Dubl. 62985
4. XI. 54
Ab

Bismarck

und die europäischen Großmächte

1879/1885


Ex-libris
Josie Gütschow

WINDELBAND

Bismarck und die europäischen Großmächte 1879—1885

Dubl. 62989
4. XI. 54
ab
283 F.

Wolfgang Windelband

Bismarck
und die europäischen Großmächte
1879-1885

Auf Grund unveröffentlichter Akten

2. Auflage

4. bis 8. Tausend

1942

ESSENER VERLAGSANSTALT

JAO

Einband und Schutzumschlag: Adolf Westerdorf, Essen



7 484/313
30-IX-54.

Alle Rechte vorbehalten. Copyright 1940 by Essener Verlagsanstalt, G. m. b. H., Essen.
Satz und Druck: Buchdruckerei G. A. Koenig, Erfurt.
Printed in Germany. Verlagsnummer 142.

Ihrer Durchlaucht Frau Fürstin
Marguerite von Bismarck-Schönhausen
in Verehrung und Dankbarkeit

62989
19.XII.54 r.

D.55056

Inhaltsverzeichnis

Vorwort 9
Abkürzungen 14

I. Teil:

Die Vorbereitung

Von der Reichsgründung bis zum deutsch-österreichischen Bündnis

1. Die Grundzüge von Bismarcks Außenpolitik seit 1871 17
2. Die praktische Anwendung bis zum Berliner Kongreß 34
3. Die Wirkungen des Berliner Kongresses 51
4. Das deutsch-österreichische Bündnis 66

II. Teil:

Die Erneuerung des Dreikaiserverhältnisses

1. Die Wiedergewinnung Rußlands als Hauptziel 93
2. Der Zweibund und die Westmächte 96
3. Wiederanknüpfen mit Rußland 111
4. Der russisch-österreichische Gegensatz 124
5. Die Balkanprobleme 127
6. Der Umschwung in England 137
7. Erneute Vermittlung zwischen Rußland und Österreich 143
8. Das europäische Konzert in der griechischen und montenegrinischen Frage 150
9. Bismarck zwischen Frankreich und Italien 159
10. Getrennte Verhandlungen mit Petersburg und Wien 165
11. Entscheid der montenegrinischen Frage 177
12. Fortschritt in den Dreikaiserverhandlungen 192
13. Das Ende der griechischen Frage 207
14. Der Abschluß des Dreikaiservertrags 220

III. Teil:

Ägypten als Zentralproblem der europäischen Politik

1. Günstige Wirkungen des Dreikaiservertrags 247
2. Rückwirkungen auf die anderen Großmächte 251

3. Das Treffen in Danzig 256
4. Wiederaufbruch der ägyptischen Frage 265
5. Italiens Heranrücken an die Mittelmächte 272
6. Schutzmaßnahmen gegen das Ministerium Gambetta 277
7. Trübung mit Rußland 282
8. Türkische Bitte um Beistand 286
9. Die Folgen des separaten Vorgehens der Westmächte in Ägypten 294
10. Die Skobelew-Affäre 303
11. Verstärkung des Blocks der Mittelmächte 316
12. Die Frage der türkischen Intervention in Ägypten 325
13. Die Botschafterkonferenz in Konstantinopel 336

IV. Teil:

Gefahr des Bruches und neuer Zusammenschluß mit Rußland

1. Allgemeine Ruhe nach der Krisis 361
2. Entspannung mit den Westmächten 367
3. Neue Zeitungsfehde gegen Rußland 373
4. Verstärkte Schutzmaßnahmen gegen den möglichen Bruch mit Rußland 384
5. Schutzmaßnahmen auf dem Balkan 399
6. Krisis mit Rußland 409
7. Krisis mit Frankreich 418
8. Erweiterung des Bündnissystems 426
9. Wiederannäherung an Rußland und Frankreich 447
10. Neuer Dreikaiservertrag 461

V. Teil:

Europa im Schatten der deutschen Kolonialpolitik

1. Freundlichkeiten für Frankreich 475
2. Beginn der deutschen Kolonialpolitik 480
3. Notwendigkeit neuer Vermittlung zwischen Wien und Petersburg 488
4. Die Londoner Ägyptenkonferenz 502
5. Allgemeine oder bloß koloniale Verständigung mit Frankreich? 512
6. Höhepunkt der Dreikaiserpolitik 523
7. Erneutes Werben um Frankreich 534
8. Zusammenstoß und Einigung mit England 552

Anmerkungen 569

Personenregister 599

Vorwort

Bismarcks Außenpolitik vom Abschluß des deutsch-österreichischen Bündnisses im Oktober 1879 bis zu dem sich zuungunsten des Deutschen Reiches vollziehenden, mit dem Sturz des Kabinetts Ferry eingeleiteten großen Umschwung der allgemeinen Lage in Europa im März 1885 soll in diesem Buche am Leser vorbeiziehen. Durch das Bündnis mit Österreich hat Bismarck die für das weitere Geschehen maßgebende Grundlage geschaffen, in freiem Entschluß die Auflösung aller vorher bestehenden Bindungen der europäischen Großmächte untereinander meisternd, die durch die orientalische Krise und ihre Folgeerscheinungen eingetreten war; durch die Ereignisse des Jahres 1885 ist er von außen her ohne sein Zutun und wider seinen Willen vor neue Tatsachen gestellt worden, denen gegenüber er zwar erst recht an dem zum Dreibund erweiterten Zweibund festgehalten, daneben jedoch auch noch andere Wege als die bisherigen eingeschlagen hat, um sein Hauptziel, die Bewahrung des Friedens für Deutschland, zu erreichen. Die zwischen diesen beiden Zeitpunkten liegenden Jahre bilden eine selbständig für sich stehende geschlossene Periode, die deshalb hier selbständig, unter gebührender Einfügung in den Gesamtablauf von Bismarcks Außenpolitik, behandelt werden soll.

Der Charakter des Buches hat sich ergeben aus dem Material, auf dem es sich aufbaut. Mit dessen Hilfe will es den Tatbestand der damaligen Beziehungen Deutschlands zu den großen europäischen Mächten feststellen. Sie als das für Bismarck Ausschlaggebende, Art und Ziele seines Handelns Bestimmende nimmt es zum Thema und zieht die übrigen Felder seiner umfassenden Außenpolitik nur insofern in den Kreis seiner Betrachtung, als von ihnen her aufhellendes Licht auf den eigentlichen Gegenstand fällt.

Solche bewußte Beschränkung darauf, den Tatbestand festzustellen, mag vielleicht zunächst etwas verblüffend wirken angesichts der Unsumme von Arbeit, die schon längst an die gleiche Aufgabe gesetzt worden ist, sowie angesichts des Umfanges an Wissen, das sich bereits aus ihr ergeben hat. Verfügen wir doch über eine sehr große Zahl wichtiger Quellen- und Memoirenveröffentlichungen, die in einem Maße, wie die Historiker sich dessen für kaum eine andere Periode der Weltgeschichte erfreuen dürfen, den

Schleier von früher sorgfältig Geheimgehaltenem fortgezogen haben. An ihrer Spitze steht die Aktenpublikation unseres Auswärtigen Amts, die mit ihren sechs ersten, die Jahre von 1871 bis 1890 umspannenden Bänden in der Bismarck-Forschung Epoche gemacht hat. Sie ist und wird dauernd bleiben die Grundlage der ganzen weiteren Arbeit. Mit dem tiefen Eindruck, den die in ihr veröffentlichten Dokumente ausgelöst haben, hat sie den Anstoß zu einer Fülle neuer Gesamtdarstellungen und Spezialuntersuchungen gegeben, so daß die Bismarck-Literatur ins schwer Übersehbare angewachsen ist. Da alles entscheidend Wichtige vorzuliegen schien, fühlte sich die Geschichtsschreibung bereits befähigt und berechtigt, von der Erkenntnis des äußeren Hergangs überzugehen zur kritischen Analyse des ihm zugrunde liegenden Sinnes.

In der Tat waren die großen Richtlinien deutlich erkennbar geworden. An den Versuchen, sie herauszuarbeiten, habe auch ich mich schon früher beteiligt und freue mich feststellen zu dürfen, daß ich noch heute zu dem Gesamtbild zu stehen vermag, das ich damals zu erkennen glaubte. Aber je tiefer ich in das mir zur Verfügung gestellte neue Material eindrang, desto stärker habe ich mich davon überzeugt, daß noch außerordentlich viel zu leisten sei, um dies Gesamtbild in den Einzelheiten sicher zu untermauern. So vieles uns bereits bekannt war, es fehlten doch wesentliche, das wirkliche Verständnis ermöglichende Züge. Sie nachzutragen und dem an sich schon so reichen Gemälde noch besser charakterisierende Farben zu verleihen, bot mein Stoff die Möglichkeit, und so bin ich darangegangen, in noch eindringenderer Weise als das bisher geschehen konnte, zunächst die Jahre von 1879 bis 1885 darzustellen. Meine Absicht ist, später das gleiche auch für den Rest von Bismarcks amtlicher Tätigkeit bis 1890 durchzuführen. Dann wird sich eine noch festere, tragfähigere Grundlage für das historische Urteil über das letzte Jahrzehnt seiner Kanzlerschaft bieten, die Basis zutreffender Analyse noch besser gegeben sein. In diesem Sinne bitte ich meinen Satz zu verstehen, daß das vorliegende Buch sich das Ziel setzt, den Tatbestand zu klären.

Worin besteht nun das neue Material, auf das ich mich stützen darf? Der Ausgangspunkt meiner Forschungen ist damit gegeben worden, daß durch Vermittlung des damaligen Herausgebers der Deutschen Revue, Dr. Fleischer, Herr Dr. von Rottenburg mir den Nachlaß seines Vaters, des letzten Chefs der Reichskanzlei unter Bismarck, zur Verfügung stellte. Das vorliegende Buch stützt sich allerdings auf diesen Nachlaß nur in ganz geringfügigem Maße, weil dieser sich in seinem weitaus größten Teil erst auf die zweite Hälfte der achtziger Jahre bezieht. Er besteht im wesentlichen aus den Briefen, die Rottenburg sich aufbewahrt hat. Leider sind alle Bemühungen, seine ausführlichen Tagebücher zu finden, die bei seinem direkten Einblick in die intimen politischen Vorgänge von besonders hohem

historischen Wert wären und die Jahre hindurch an der letzten Stätte seines amtlichen Wirkens, dem Universitätskuratorium Bonn, deponiert gewesen sind, völlig ergebnislos geblieben. Die Niederschriften müssen wohl als endgültig verloren betrachtet werden; es scheint so, als ob Rottenburg selbst sie noch vernichtet hat.

Aus meiner damals nur flüchtig geknüpften Bekanntschaft mit Rottenburgs Sohne ist dann später langjährige dienstliche Zusammenarbeit und enge Freundschaft geworden. Ich kann ihm nicht dankbar genug sein für das gleich zu Anfang mir bewiesene Vertrauen, denn ohne daß wir es ahnten, hat er den Anstoß zu der Erweiterung meiner Arbeit gegeben, deren Frucht ich hiermit der Öffentlichkeit vorlege. In dem Nachlaß befand sich nämlich eine große Zahl von Autogrammen des Kanzlers und von Briefen seiner beiden Söhne. Die Erlaubnis zu ihrer Verwertung erbat ich von Ihrer Durchlaucht Frau Fürstin Marguerite von Bismarck, geb. Gräfin Hoyos. Nicht nur wurde sie mir erteilt, sondern darüber hinaus hat die Güte der Frau Fürstin mir die Bestände des Friedrichsruher Archivs zugänglich gemacht. Sie sowohl wie Fürst Otto von Bismarck haben mich zu unwandelbarer Dankbarkeit verpflichtet, indem sie mir die langjährige Arbeit in Friedrichsruh gestatteten.

Hervorzuheben habe ich noch, daß mir auch an diesem Punkte wie stets in meinem wissenschaftlichen Werdegang die Förderung durch meinen Lehrer Erich Marcks zuteil geworden ist, dem für seine zu unserem Kummer unvollendet gebliebene Biographie des Kanzlers durch Fürst Herbert das Vorrecht auf das ganze dortige Material eingeräumt worden war und der mir das für die achtziger Jahre in Betracht Kommende freundlichst überließ, wobei im Einverständnis mit Ihrer Durchlaucht die Abgrenzung vorgenommen wurde, daß das rein Biographische von mir auszuscheiden sei und meine Arbeit sich streng auf die Außenpolitik zu beschränken habe. Der Leser wird finden, wie viel Wichtiges ich dem Friedrichsruher Archiv habe entnehmen dürfen.

Nicht nur durch anfeuernde Anteilnahme und eigene Erzählungen auf Grund ihres eindringenden Wissens hat mir die Frau Fürstin wertvollste Hilfe angedeihen lassen, ihre Empfehlung führte mich auch nach Varzin, wo Ihre Exzellenz Frau Gräfin Wilhelm von Bismarck mir in ebenso großzügiger Weise den Nachlaß ihres Gemahls zugänglich machte. Hatte ich in Friedrichsruh die an den ältesten Sohn gerichteten Briefe einsehen dürfen, so hier die an seinen jüngeren. Dadurch wurde mir auch möglich, den vollständigen Briefwechsel dieser beiden intimsten Mitarbeiter des Kanzlers untereinander kennenzulernen, dem dies Buch viel verdankt.

Weiter vermittelte mir die Frau Fürstin die Erlaubnis zum Einblick in die Briefe ihres Gemahls an seinen nächsten Freund, Graf Ludwig von Plessen-Cronstern auf Schloß Nehmten, der uns mehrfach im Laufe

der Darstellung auf wichtigen diplomatischen Posten begegnen wird. Sie sind durch die Rückhaltlosigkeit, mit der sie sich bei der Enge des persönlichen Verhältnisses aussprechen, von hohem Quellenwert.

Nachdem auf diese Weise bereits überaus wichtige, bisher völlig unbekannte Quellen erschlossen waren, wuchsen sie zum schwer einzudämmenden Strom, als mir auch noch die Benutzung des Politischen Archivs des Auswärtigen Amts gestattet wurde. Auf die grundlegende Bedeutung von dessen Dokumentenpublikation für unser Wissen von Bismarcks Außenpolitik wies ich oben hin. Aber in den sechs Bänden konnte doch nur eine Auswahl aus den ungeheuren Aktenbeständen der beiden Jahrzehnte von 1871 bis 1890 gebracht werden. Daß ich diese für die achtziger Jahre in ihrer Gesamtheit durchsehen und verarbeiten durfte, hat meinem Buch die entscheidende Ausweitung gegeben. Dabei stellte sich heraus, daß hier keineswegs bloß eine Nachlese zu dem bereits im Druck Vorliegenden zu halten war, sondern daß neue Aufschlüsse auf Feldern gewonnen werden konnten, die unter den dort befolgten Gesichtspunkten bei der Auswahl hatten zurücktreten müssen, die sich jedoch für das Ganze der Bismarckschen Außenpolitik als überaus bedeutungsvoll erwiesen.

So sind diese Akten zum eigentlichen Rückgrat meines Buches geworden, und da alles, was von Bismarcks Feder herstammt oder zum mindesten von ihr durchkorrigiert worden ist, unnachahmlichen persönlichen Reiz besitzt, habe ich mich, genau wie in meiner ebenfalls auf ihnen aufgebauten, der Öffentlichkeit bereits vorliegenden Spezialstudie über die Kronprinzenreise des Jahres 1883, befleißigt, soviel wie irgend angängig ihren Originaltext zu Worte kommen zu lassen. Alle Zitate im Folgenden, bei denen keine besondere Quellenangabe hinzugefügt ist, sind diesen bisher ungedruckten Akten des Auswärtigen Amtes entnommen. Wo der Wortlaut unveröffentlichter Schriftstücke wiedergegeben ist, habe ich das *durch Kursivschrift* hervorgehoben.

Bevor mir die Bearbeitung der amtlichen Akten gestattet war, hatte ich in den Bismarckschen Privatarchiven neben der persönlichen Korrespondenz eine große Zahl überaus schwer lesbarer Konzepte und Diktate entziffern müssen; im Politischen Archiv wurden sie mir bequem in Reinschrift zugänglich. Aber hätte ich mich auf das früher Gefundene beschränken müssen, so wäre mein Material doch nur ein mehr zufälliges Bruchstück des Ganzen gewesen, das mir nunmehr uneingeschränkt entgegentrat. Die Verbindung dieses amtlichen Stoffes mit dem Familienbesitz erlaubt erst recht einen Einblick, der über den früher möglichen erheblich hinausführt. Bei meiner Arbeit im Politischen Archiv bin ich von dessen Leitung stets mit liebenswürdigster Hilfsbereitschaft unterstützt worden. Auch ihr meinen Dank auszusprechen, ist mir aufrichtiges Bedürfnis.

Das Buch, zu dem der Plan unmittelbar nach dem Ende des Weltkriegs gefaßt wurde, erscheint zu einem Zeitpunkt, wo unser Vaterland abermals in einen Lebenskampf verstrickt ist. In solchem schweren Augenblick bedürfen wir ganz besonders des Beistands, den uns die Erinnerung an die guten Genien unsrer großen Vergangenheit zu leisten vermag, und unter ihnen dient uns insonderheit die Gestalt des Reichsgründers als Ansporn und Mahnung. Möge es mir gelungen sein, Bismarcks politische Weisheit unverfälscht sprechen zu lassen.

Abkürzungen

DDF: Documents Diplomatiques Français
FA: Friedrichsruher Archiv
GP: Die Große Politik der europäischen Mächte
VA: Varziner Archiv

Erster Teil

Die Vorbereitung

Von der Reichsgründung bis zum deutsch-österreichischen Bündnis



1. Die Grundzüge von Bismarcks Außenpolitik seit 1871

Mit der wachsenden Einsicht in das wahre Wesen von Bismarcks außenpolitischem Wollen und Handeln hat sich das Bild verflüchtigt, das ihn früher vielfach als Prototyp rücksichtsloser Gewaltpolitik erscheinen ließ. Begreiflich ist, daß sich eine solche Vorstellung unter dem Eindruck des in drei Kriegen erkämpften deutschen Aufstiegs zur Einheit festgesetzt hatte und daß sie nicht so leicht zu erschüttern war, obwohl dann zwei Jahrzehnte unweigerlichen Festhaltens am Frieden folgten. Politische Propaganda sowie überwiegend gefühlsbedingte Blickart haben das ihrige dazugetan, um ihr gläubige Anhänger zuzuführen. Allmählich jedoch, je zahlreicher sich die intimen und unwiderleglichen Dokumente seiner Politik erschlossen, schärfte sich das Verständnis für deren eigentlichen Charakter, und seitdem hat der Widerspruch gegen die alte, entstellende Auffassung den erfreulichen Erfolg erzielt, daß sie sich heute nur noch selten hervorwagt und wenigstens in der Wissenschaft kaum mehr auf Widerhall rechnen darf.

Statt dessen hat die genau gegenteilige Grundanschauung den Sieg davongetragen. Die Erkenntnis hat sich durchgesetzt, daß Bismarcks Handeln seit dem Triumph von 1871, seitdem er vermocht hatte, die „iniuria temporum" wiedergutzumachen, auf den mit allen Künsten feinster und vorsichtigster Diplomatie verwirklichten Willen zurückzuführen ist, dem Deutschen Reiche den Frieden zu bewahren. Derart stark sogar ist bei diesem Umschwung der Pendel ausgeschlagen, daß nunmehr der Vorwurf allzu starren Festhaltens an seiner Friedenspolitik gegen den Reichsgründer erhoben worden ist.

Es geschah dies einerseits mit der Begründung, daß er unterlassen habe, durch rechtzeitigen Präventivkrieg die aufsteigenden Gefahren ein für allemal zu beseitigen und Deutschlands Macht unangreifbar zu machen. Auf der anderen Seite aber ist auch von pazifistischer Weltanschauung her ihm die Verantwortung für das Verhängnis Europas aufgeladen worden, weil er die sich bietenden Gelegenheiten nicht ergriffen habe, im Bunde mit anderen starken Mächten, also ohne eigene große Gefahr, zur Sicherung des dauernden Friedenszustandes den „letzten Krieg" zu führen.

Gedankengänge also, wie sie uns in der praktischen Politik der letzten Jahre bei doktrinären Völkerbundsanhängern, z. B. in der britischen Opposition entgegengetreten sind, haben sich auch in dem historischen Urteil

über Bismarck geltend gemacht. Hier äußerten sie sich in der Form, die Sicherheit hätte endgültig erreicht werden können durch den Krieg gegen Rußland, der die asiatische Macht in ihre Heimat zurückgestoßen haben würde; damit wäre der französische Revanchewille des einzigen Bundesgenossen beraubt und die schwerste dem europäischen Frieden drohende Gefahr behoben worden. Dies aber habe Bismarck versäumt.

Indem diese These aus der Katastrophe des Weltkrieges das Urteil über die frühere Epoche ableitet, verstößt sie gegen eines der Grundgesetze historischer Forschung, an jedes Zeitalter keine anderen Maßstäbe anzulegen als diejenigen, welche gemäß den in ihm lebendigen Kräften entscheidend sein konnten und mußten. Daß sie jedoch überhaupt aufgestellt zu werden vermochte, wirft ein besonders helles Licht auf die Festigkeit, mit der die Erkenntnis von Bismarcks Friedenswillen das heutige Geschichtsbild bestimmt.

Dem Deutschen Reich den Frieden zu wahren, darin dürfen wir in der Tat den beherrschenden Grundgedanken für Bismarcks Außenpolitik vom Frankfurter Vertrag an bis zum letzten Tage seiner Kanzlerschaft erblicken. In dieser alles bestimmenden, die großen Wendepunkte wie die kleinen Einzelaktionen tragenden Richtlinie wurzelt die geschlossene Einheitlichkeit des Systems, das er zwei Jahrzehnte hindurch beibehalten hat[1]). Nach ihr ist unwandelbar das Steuer eingestellt worden, so grundverschiedene Formen das äußere Bild seiner Politik bietet; in dieser Beziehung hat das, was in den siebziger Jahren die treibende Kraft abgab, seine Gültigkeit genau so auf die achtziger erstreckt. Auf höchst einfache Formel läßt sich also am Ende, mit Bismarcks eigenen Worten, der Sinn zurückführen, in dem er seine Beziehungen zu den anderen Mächten dauernd reguliert hat: „Wir verfolgen keine Macht-, sondern eine Sicherheitspolitik“[2]).

Aber hat er die erstrebte Sicherheit erreicht? Ihm wird ja im Gegenteil vorgeworfen, daß er, indem er die Erhaltung des Friedens zum obersten Grundsatz genommen hat, Deutschlands Sicherheit schließlich untergrub. Hiernach hätte er, obwohl in seiner Amtszeit die Folge noch nicht ans Licht trat, in seinem eigentlichen Wollen Schiffbruch erlitten. Deshalb haben wir uns, wenn wir die Einzelheiten seines Tuns betrachten, zunächst die Frage vorzulegen, warum er so gehandelt hat. Was waren die Motive, die ihn zu dem bewußt gefaßten und systematisch beibehaltenen Entschluß veranlaßt haben, auf jede, wie er es auch genannt hat, „Kriegs- und Prestigepolitik“ zu verzichten?

In erster Linie ist dabei die Rücksicht auf die Realitäten der machtpolitischen Verhältnisse zu nennen, wie sie sich seinem Geiste darstellten, und unter ihnen stand seine Überzeugung voran, mit dem durch den Sieg über Frankreich geschaffenen Umfang des deutschen Staates nicht nur

dessen wirkliche Lebensnotwendigkeiten innerhalb Europas gesichert, sondern überhaupt unter den seine Zeit kennzeichnenden Voraussetzungen das Höchsterreichbare verwirklicht zu haben. Jeder Schritt weiter würde infolgedessen Widerstand hervorrufen und nicht neue Kraft, sondern nur erhöhte Gefahr mit sich bringen.

Bismarcks politisches Weltbild ist ja stets bestimmt worden durch das Bekenntnis zum Staats-, noch nicht zum Volksgedanken[3]). Das Verhängnis der Deutschen, durch das sie politisch so weit hinter glücklichere Völker zurückgeworfen worden waren, hatte in dem Verlust des starken Staates bestanden, der ihr Besitz gewesen war. Ihn wieder zu errichten und damit den Fluch der letzten Jahrhunderte zu bannen, dies Sehnen beherrschte die Generation, mit der Bismarck heranwuchs, und gerade weil er so klar vor Augen hatte, welches Unglück das Fehlen einer machtvollen staatlichen Organisation bedeutete, ist die Ausschließlichkeit leicht zu verstehen, mit der er sich dem Staatsgedanken hingegeben hat.

In dem Willen, den lebenskräftigen deutschen Staat zu schaffen, fand er sich im Einklang mit den besten seiner Zeitgenossen. Aber während diese sonst, begeistert und beschwingt von dem Ethos der nationalen Leidenschaft, sich von Anfang an zu sehr im Blick auf das hohe Endziel verloren und deswegen in den Fallstricken der bestehenden staatlichen Desorganisation verfingen, über die hinwegzukommen ihnen keine reale Macht zu Gebote stand, hat Bismarck hart und scharf die Einsicht gewonnen, daß die erste Aufgabe für den Kampf um den Aufstieg nur darin bestehen konnte, einen Kern herauszubilden, kräftig genug, um fremden Eingriff abzuwehren und die Selbstbestimmung zu wahren. Dieser Kern würde dann von selbst noch weitere Teile des deutschen Körpers an sich ziehen und so die nationale Sehnsucht allmählich erfüllen. Schritt für Schritt also sich dem Ziele anzunähern, darin sah er den einzigen erfolgverheißenden Weg.

Von diesem Gedanken hat er sich tragen lassen in all den Wechselfällen seiner zur Reichsgründung hinführenden Politik. Deren Schwankungen, der Rhythmus von kühnen Vorstößen und vorsichtig abwartendem Stehenbleiben, die zeitweilige Bereitschaft zur Teilung mit Österreich und schließlich der Entschluß, es ganz zu verdrängen — das alles erklärt sich aus der Unbedingtheit von Bismarcks Willen, sein Handeln durch kein andres Ziel, kein noch so bestechendes Prinzip, kein noch so berechtigtes Gefühl bestimmen zu lassen als durch das eine: seinen Staat zu dem im Augenblick und ohne Gefahr für die Zukunft verwirklichbaren Höchstmaß an Macht zu erheben. Angesichts der in Jahrhunderten aufgetürmten Schwierigkeiten erachtete er „die gänzliche Abstraktion von gemütlichen Regungen“[4]) als Voraussetzung für den Erfolg.

Weil dies der Grundgedanke war, der ihn leitete, ist es auch müßig zu erörtern, wie das so vielfach geschehen ist, von welchem Standpunkt aus er

an sein Werk herangegangen ist, ob um Preußens oder um Deutschlands willen. Für beide Auffassungen sind immer wieder neue Beweise beigebracht, mit einer Fülle von Aussprüchen beide belegt worden. Genau so wenig wie die Stärke seines preußischen Empfindens in Abrede gestellt werden kann, ist es möglich zu leugnen, daß nationale Gefühle in ihm mächtig gewesen sind. Aber der entscheidende Antrieb für die Art seines Handelns lag in keinem von beiden, sondern allein in dem Willen, für den Staat zu wirken, dessen gesunde Kraftfülle die Ohnmacht zu überwinden und die Grundlage „eines autonomen politischen Lebens in Gleichberechtigung mit den anderen großen Mächten Europas“[5]) abzugeben vermochte. Dahinter erst stand ihm sowohl die Vasallentreue zu dem angestammten Herrscherhaus wie das völkisch-nationale Interesse.

Entnahm er diesem letzteren die Richtlinie seiner Politik, so mußte er fürchten, wie die Zeitverhältnisse nun einmal lagen, seine Schöpfung allzusehr mit Widerständen innerer und äußerer Natur zu belasten. Die Rücksicht auf solche äußeren Widerstände ist es wesentlich gewesen, aus der er den Gedanken von sich gewiesen hat, die Balten ebenfalls in den deutschen Staat einzugliedern. Beide gemeinsam, äußere und innere, brachten ihn zum Verzicht auf Deutschösterreich, zu der tragischen Trennung, die heute der Vergangenheit angehört.

Denn daran konnte kein Zweifel sein, daß damals auch in den Deutschösterreichern das staatliche und dynastische Empfinden noch stärker war als das völkische. Ein Großdeutschland unter habsburgischer Leitung hätte natürlich ihre begeisterte Zustimmung gefunden, nur ein Teil aber von ihnen war bereit, sich auch einem von Preußen geführten einzugliedern. Es war nun einmal Deutschlands Schicksal gewesen, daß sich innerhalb seines Gesamtkörpers zwei Staatsgebilde entwickelt hatten, die beide Anspruch auf Führung erhoben oder zum mindesten — dem Wesen der Großmacht gemäß — die Unterordnung unter das andre als Selbstaufgabe empfanden. Ihr Dualismus verurteilte das Ganze zur Schwäche, mußte also vor wirklicher Genesung ausgetragen werden, und hierbei fiel der Sieg der Seite zu, deren Staatsinteressen sich in stärkerem Maße mit den gesamtdeutschen Bedürfnissen identifiziert hatten und die in dem entscheidenden Moment den großen Staatsmann an ihrer Spitze fand.

Zur Einfügung des Unterliegenden aber in das neue Gebilde konnte es schon deshalb nicht alsbald kommen, weil dieser auf so lange und stolze eigene Tradition zurückblickte, in der er sich verwurzelt fühlte. In Treue standen die Deutschösterreicher zu ihrer angestammten Monarchie, in deren Schoß sie mit so vielen anderen Nationalitäten vereinigt waren, und dachten nicht daran, sich von ihr abzuwenden. Jedem Versuch, sie ebenfalls zum Teil der neuen Einheit zu machen, würden sie entschlossenen Widerstand

entgegengesetzt haben, seine Durchführung hätte also den Zusammenhalt furchtbar belastet. Nur eine Minderheit war es, deren Blicke auch jetzt noch voll Sehnsucht am deutschen Vaterland hing. Hierin Wandel zu schaffen, die Notwendigkeit des gesamtdeutschen Staates in das allgemeine Bewußtsein des Volkes treten zu lassen, dazu bedurfte es des in die letzten Tiefen hinabreichenden Umsturzes aller historisch gewordenen Verhältnisse Mitteleuropas durch Krieg und Revolution. Solange aber die Habsburgermonarchie aufrechtstand, blieb das Gesicht der Deutschösterreicher in ihrer großen Mehrheit ihr zugewendet und daher die gesamtdeutsche Einheit ein Traum. Für Bismarck, der es sich zur Aufgabe machen mußte, alles zu vermeiden, was den auf seinem Staat von außen und innen lastenden Druck hätte erhöhen können, war dies eine Tatsache, an der er nichts ändern konnte und vor der er sich deshalb zu beugen hatte.

Auch sonst in all den Jahren seit 1871 über die Früchte des Frankfurter Friedens innerhalb Europas nicht hinauszugreifen, darin wurde Bismarck bekräftigt durch den anderen Gedankengang, daß in ihnen das Höchstmaß dessen ereicht sei, was die übrigen Großmächte hinnehmen würden, ohne sich in gemeinsamer Feindschaft gegen Deutschland hineintreiben zu lassen. Jede weitere Ausdehnungspolitik auf dem Festlande, die er nun nicht mehr mit einem Lebensbedürfnis des deutschen Staates begründen zu können meinte, würde nur das Gewonnene gefährden. Deshalb sind alle im Ausland verbreiteten Befürchtungen, wie etwa, daß er nach Belgien oder Holland greifen werde, grundlos gewesen. Aus den geschilderten Überlegungen gab es für ihn kein weiteres derart unentbehrliches territoriales Ziel, um den Einsatz von Gewalt zu rechtfertigen, wie es dreimal in den Jahren 1864 bis 1870 seinem Gewissen den Kriegsentschluß gestattet hatte. Dies ist der erste Grund für Bismarcks nunmehrige Friedenspolitik.

Um so stärker ließ er ihn auf sich wirken, weil die Erkenntnis hinzukam, daß bei den anderen Kabinetten Zweifel bestanden, ob nicht schon durch den Frankfurter Frieden das Höchstmaß des ihnen Erträglichen überschritten sei. Bei einem von ihnen, dem französischen, war das kein Zweifel, sondern klare Gewißheit. Mit vollem Recht hat Graf Harry Arnim einmal im Gespräch mit Thiers auf den polaren Gegensatz zwischen dem deutschen und dem französischen Wollen hingewiesen: während wir keine Zwecke verfolgten, die nicht durch den Frieden besser erreicht werden könnten als durch den Krieg, erkenne Frankreich den gegebenen Zustand bloß als provisorisch an[6]).

Die Entschlossenheit des französischen Revanchewillens beruhte allerdings — das muß gegenüber weit verbreiteten Vorstellungen hier wenigstens kurz betont werden — nicht so sehr auf der Wegnahme Elsaß-Lothringens, sondern in dem durch Deutschlands Einigung bewirkten totalen Wandel im Kräfteverhältnis beider Mächte. Seit Jahrhunderten war die deutsche Zer-

rissenheit die sichere Basis für Frankreichs große Stellung auf dem Kontinent gewesen. Sie zu erhalten, hatten deshalb fast ausnahmslos diejenigen französischen Staatsmänner sich zum Ziel gesetzt, die ehrgeizig vorwärtsdrängende Politik trieben. Frankreich war, nach Bismarcks Formulierung, „eine Nation, welche seit dreihundert Jahren die Gewohnheit hat, bei uns einzubrechen“[7]). Jetzt aber war Deutschland zur Einigkeit gelangt und hatte alsbald den Platz an der Spitze eingenommen, auf den die Franzosen meinten dauernden Anspruch erheben zu dürfen. Wenn darum die Dritte Republik nicht ihre ganze Kraft darangesetzt hätte, den 1871 herbeigeführten Umschwung wieder rückgängig zu machen, und wenn sie nicht propagandistisch, wie Bismarck in dem eben zitierten Brief an Hohenlohe schrieb, versucht hätte, „die Rollen zu vertauschen und historisch nur zu sehr gerechtfertigte Wachsamkeit mit aggressiver Unternehmungslust zu verwechseln“, so hätte sie das so tief in ihrem Volke begründete Verbundenheitsgefühl mit der großen Vergangenheit verleugnet — der sicherste Weg, sich selbst das Grab zu schaufeln. Das ist der eigentliche Grund, warum keiner ihrer Leiter je es hat wagen können, sich öffentlich zur Anerkennung des Friedensvertrages zu bekennen. Dessen Bedingungen ist demgegenüber, obwohl sie zweifellos verschärfend gewirkt und vor allem vortrefflichen Agitationsstoff geliefert haben, nur untergeordnete Bedeutung für die Unabänderlichkeit des Revanchewillens zugekommen.

Daß Frankreich also — zum mindesten auf lange Zeit — unversöhnlich bleiben und den sicheren Gegner des Reiches darstellen würde, war von jedem Kenner seines Nationalcharakters vorherzusehen. Es ist für Bismarck der Anlaß gewesen, im Friedensvertrag die deutsche Verteidigungsstellung so stark wie nur möglich auszubauen und den Wünschen der Militärs nach Metz nachzugeben. Es ist dann weiter als feststehender Faktor in seine Rechnung aufgenommen worden, obwohl er keineswegs gewillt war, die Tatsache als unabänderlich anzuerkennen. Solange sie jedoch Gültigkeit besaß, war sie um so ernster zu werten, als auch die Gesamtheit der anderen Großmächte die Machtverschiebung zugunsten der bisher ohnmächtigen Mitte des Kontinents, die ihnen einen furchtbaren Konkurrenten zugesellte und gleichzeitig wichtige Stützen ihres bisherigen Einflusses entzog, mit den Gefühlen peinlicher Betroffenheit betrachtete. „Täuschen wir uns nicht darüber: Deutschland hat im Auslande wenig Sympathien, selbst da nicht, wo es Achtung genießt. Es ist leichter, sich in die Suprematie eines Staates wie Frankreich zu finden, der den Nimbus dieser Überlegenheit seit Jahrhunderten besitzt, als sich an den Gedanken zu gewöhnen, daß ein Volk zur ersten Stufe emporsteigt, welches man bisher für viel zu bescheiden zu solchem Aufschwung erachtet hatte“, so hat schon im Dezember 1870 ein kluger Beobachter[8]) geschrieben, und die gleiche Erkenntnis hat Bismarck besessen.

Dank der Genialität, mit welcher der große Umschwung vorbereitet und durchgeführt worden war, hatten die andern Mächte sich vor ihm beugen müssen. Aber ihn willig und endgültig hinzunehmen, dafür waren sie innerlich noch nicht reif. Allzusehr waren auch sie in der überlieferten Denkweise befangen, daß ein starkes Deutschland sich mit ihren Interessen nicht vertrage. Und dazu kam die Sorge, daß die Mittel, mit welchen der einschneidende Wandel erzwungen worden war, sich noch weiter auswirken und daß demzufolge das Reich auch fernerhin den kriegerischen Gesetzen, unter denen sein Werdegang gestanden hatte, nachleben werde. War nicht zu erwarten, daß Deutschland seine junge Kraft mißbrauchen werde, um seinen Besitz gewaltsam zu vermehren bis zu dem Grade einer Vormacht napoleonischer Art? Lag es nicht gar zu nahe, daß der Mann, dem so Unerhörtes gelungen, daß das politisch ungeschulte Volk, dem er den Zutritt zu der hohen Bühne erschlossen, dem Rausche des Triumphes verfallen und der Versuchung erliegen würde, über fremde Lebensnotwendigkeiten hinwegzuschreiten?

Keiner der ausländischen Staatslenker war geneigt, diese bangen Fragen von vornherein zu verneinen. Darum war das Kennzeichen der diplomatischen Lage, in die sich das neugegründete Reich hineingestellt fand, das tiefe Mißtrauen, das allenthalben seinen Absichten entgegengebracht wurde. Falls auch nur der Eindruck entstand, als ob solche Befürchtungen sich zu bestätigen schienen, war deshalb zu erwarten, daß in der Art, wie Napoleon III. es nach 1866 gegen das siegreiche Preußen versucht hatte, nun wirklich eine übermächtige Koalition sich zusammenfinde. Dem vorzubeugen bestand Aussicht nur bei systematischer, laut betonter und ehrlich durchgeführter Friedenspolitik.

Ihre Grundlage allerdings war darin zu finden, daß die eigene Rüstung in einer für jede Anforderung genügenden Weise schlagfertig erhalten wurde. Denn je höher die militärischen Machtmittel entwickelt waren, um so kräftiger wirkte sich die politische Anziehung aus, gemäß dem alten Gesetz, wonach sich um den Starken stets Freunde scharen, solange er keinen Mißbrauch treibt — diesem Gesetz, das Bismarck einmal Lord Salisbury gegenüber auf die Formel gebracht hat: „aide-toi, le voisin t'aidera“[9]). Aber auch wenn es nicht gelang, solche freundschaftlichen Gefühle auszubilden, so mußte es zum mindesten jedem Kabinett überaus bedenklich erscheinen, im Gegensatz zu der derart gerüsteten Macht der Mitte zu geraten. Da also für sie alle die realistische Einsicht, in welcher Richtung ihr eigenes Interesse lag, als Mittel zur Korrektur der gefühlsmäßigen Stellungnahme diente und ihnen den Anlaß lieferte, die dargebotene Hand Bismarcks trotz aller inneren Vorbehalte nicht auszuschlagen, so galt es für Deutschland, das Maß der Attraktionen durch den Ausbau der eigenen Kraft zu erhöhen.

Hierin nicht nachzulassen, lag unerbittlicher Zwang auch in der Grundtatsache des deutschen Schicksals, der geographischen Lage, derzufolge, so hat Bismarck es einmal formuliert, „Millionen von Bajonetten ihre polare Richtung nach dem Herzen Europas haben"[10]). Die unmittelbare Nachbarschaft mehrerer Großmächte konnte jederzeit einen Krieg mit mehreren Fronten ergeben, so daß die Rüstung auf einer Höhe gehalten werden mußte, die auch gegen solche Gefahr zu decken vermochte. Was Preußens Werdegang bestimmt hatte, sicherte daher zwangsläufig im Deutschen Reiche ebenfalls den Fortbestand der alten Tradition, im Heer die wichtigste aller staatlichen Institutionen zu erblicken.

Militärische Stärke bildete also auch nach 1871 das Fundament für Bismarcks Handeln, genau wie sie die Reichsgründung ermöglicht hatte. Niemals aber durfte sie zum Selbstzweck werden, sollte sie nicht das genaue Gegenteil des Gewollten bewirken und die anderen Mächte noch tiefer in ihr Mißtrauen und ihre Abneigung hineintreiben. Vielmehr mußte Klarheit darüber geschaffen werden, daß sie nichts anderes war als das starke Werkzeug von Bismarcks entschlossenem Friedenswillen. Von diesem wurde ihr Einsatz bestimmt und durch ihn sollte die Welt überzeugt werden, daß Deutschland trotz aller Macht und allen Glanzes die Selbstbeherrschung zu üben vermochte, keinen hegemonischen Träumen nachzujagen und berechtigte fremde Ansprüche nicht zu durchkreuzen. „Das friedliche Beieinanderwohnen der großen europäischen Mächte ist überhaupt nur dadurch möglich, daß ihre Regierungen und ihre Dynastien auf die Bedürfnisse nicht nur, sondern auf die Neigungen und Wünsche der Nachbarvölker und der Souveräne derselben sorgfältig Rücksicht nehmen und Motiven zu Verstimmungen rechtzeitig vorbeugen, solange es noch mit Ehre möglich ist", das sind nicht etwa auf öffentliche propagandistische Wirkung berechnete Worte Bismarcks, sondern ein Programm, das er in geheimem Immediatbericht seinem Kaiser unterbreitet hat[11]). Wenn auch die Formulierung erst gegen Ende seiner Kanzlerschaft erfolgt ist, so gibt sie doch die Grundsätze wieder, nach denen er seit dem Siege über Frankreich unwandelbar gehandelt hat. Wurde dies aber von den anderen Kabinetten verstanden, dann konnte es eines Tages dahin kommen, daß sie das Geschehene aufrichtig bejahen und das Bestehen eines starken deutschen Staates nicht mehr als Störung ihrer eigenen Zirkel empfinden würden. In diesem Gedankengang haben wir den zweiten Grund für Bismarcks Friedenspolitik zu sehen.

Weiter hielt er sie auch deshalb für unumgänglich, weil es durchaus nicht feststand, daß einer durch eigenes aggressives Verhalten heraufbeschworenen von außen drohenden Gefahr die deutsche Kraft in ihrer einheitlichen Geschlossenheit wie im Jahre 1870 dem französischen Angriff gegenübergestellt werden könnte. Die Reichsgründung war ein herrlicher,

strahlender Erfolg gewesen, ein unermeßlicher Fortschritt auf dem schweren Wege des deutschen Volkes. Aber auch sie trug die Spuren der traurigen Vergangenheit an und in sich. Die aus so mannigfachen Quellen gespeisten Kräfte und Tendenzen, die Jahrhunderte hindurch die nationale Einheit untergraben und sich ihr entgegengestemmt hatten, waren den Deutschen viel zu sehr ins Blut übergegangen, als daß sie mit dem einen großen Schlage radikal hätten vernichtet werden können. Sie hatten dem neuen Staat den Charakter des Ausgleichs widerstreitender Strömungen aufgeprägt, mit denen auch noch weiterhin gerechnet werden mußte und die erst in langwieriger praktischer Arbeit sich aufeinander einspielen und gegenseitig abschleifen konnten zum Wohle des Ganzen.

Ebensowenig wie Bismarck sich über das außenpolitische Kräfteverhältnis zu den anderen Mächten täuschte, gab er sich im Hinblick auf diesen inneren Zustand Illusionen hin. Das erzielte Maß an Einheitlichkeit entsprach keineswegs seinem Ideal oder auch nur dem, was er auf die Dauer als unentbehrlich ansah. Es stand ihm vielmehr fest, daß das Reich, um für die Zukunft allen Stürmen trotzen zu können, erst einmal innerlich noch fester zusammenwachsen müsse. Zwar war er — seinem ganzen Wesen gemäß — weit davon entfernt, einem dogmatischen Unitarismus zu huldigen, für den nur durch eine von Grund aus revolutionäre Erschütterung des Bestehenden der Weg bereitet werden konnte. Jedoch die gewonnene Einheit noch stärker auszubauen, sie zu vertiefen, das war die Aufgabe, die er von Anfang an sich und dem deutschen Volke gestellt hat. Als Abschluß, mit dem er sich hätte begnügen dürfen, galt ihm sein Werk bei allem berechtigten Stolze nicht.

Nur allzusehr hat ihm die innere Entwicklung im neuen Reiche recht gegeben. Sehr bald schon nach der Gründungsstunde erlitt der Zusammenhalt die schweren Stöße durch die Kämpfe auf kirchlichem und sozialem Gebiet, die bittere Feindseligkeit auslösten und eindeutig offenbarten, wie tiefe Klüfte noch das deutsche Leben zerfurchten. Ihnen gesellten sich sodann die Konflikte um die Frage, welche praktischen und gesetzgeberischen Folgen aus dem in vollem Gange befindlichen, die gesamte Struktur des nationalen Lebens verwandelnden wirtschaftlichen Umbau zu ziehen seien: der früher vorwiegend agrarisch bestimmte Charakter hatte sich umgestaltet durch den glanzvollen Aufstieg von Handel und Industrie. Aber die schweren Rückschläge, welche die Krisis der Gründerzeit hierfür brachte, ließen in dem Kanzler — entsprechend der Grundabsicht seiner Innenpolitik — den Wunsch entstehen, der staatlichen Einheit Halt zu verleihen an dem gegen außen abgeschlossenen einheitlichen Wirtschaftskörper, innerhalb dessen sowohl Landwirtschaft wie Industrie zu ihrem Rechte kämen. Die heftigen Interessenkämpfe, die sich daraus ergaben, führten auch zu Bismarcks Bruch mit der Partei, die in den Jahren der Reichsgründung seine sicherste Gefolgschaft gestellt hatte. Es begannen die Jahre des parlamentarischen Lavierens

ohne feste Mehrheit, des schwierigen, kunstvollen Zickzackkurses von Fall zu Fall, den er bis zum Ende seiner amtlichen Tätigkeit zu steuern genötigt war. Seinem Bemühen, auf dem Wege des inneren Ausbaus Fortschritte von grundsätzlicher Bedeutung zu erzielen, sind Kleinlichkeit und Parteiegoismus immer wieder hemmend in den Weg getreten.

Dieser innerpolitische Zustand des Reichs, das ständige Ringen mit stärksten oppositionellen Kräften, die der Kanzler zum Teil geradezu als „Reichsfeinde" empfand, ebenso wie der Wunsch, den Prozeß der Kapitalbildung und des Aufstiegs zur Wohlhabenheit nicht zu beeinträchtigen, in dem Deutschland den Vorsprung der glücklicheren Völker nachzuholen strebte und der erst die unentbehrliche Ergänzung der politischen und militärischen Machtmittel für die Selbstbehauptung im Kreise der Großmächte schuf — sie wirkten in der gleichen Richtung wie die außenpolitischen Gegebenheiten. Alle diese Interessen wiesen gemeinsam auf die Notwendigkeit hin, jede von außen kommende Störung fernzuhalten und erst recht nicht durch eigenen Vorstoß eine solche heraufzubeschwören.

Nicht nur aber der friedliche Charakter von Bismarcks Politik ist durch sie bestimmt worden, sondern ebenso erklären sie, warum er sich so lange den kolonialen Bestrebungen verschlossen hat. Deutschlands Übergang zur Weltpolitik konnte nicht ohne Widerspruch der bisher auf diesem Gebiet führenden Mächte sich vollziehen. Er würde also das Verhältnis zu ihnen gefährden und die Schultern der jungen Schöpfung bedenklich belasten. Erst als die schlimmsten Kinderkrankheiten überstanden und — trotz der fortdauernden Kämpfe — doch schon ein höheres Maß innerer Geschlossenheit durch die Selbstverständlichkeit des Zueinandergehörens erreicht war, und vor allem als die wirtschaftliche Entwicklung den unbedingten Zwang enthielt, dem größeren Felde nicht länger fernzubleiben, hat Bismarck sich ihm zugewendet und das erhöhte Risiko auf sich genommen.

All diese sachlichen, nüchtern realen, auf äußere, innere und wirtschaftliche Rücksichten sich stützenden Überlegungen sind es jedoch nicht allein gewesen, die dem deutschen Friedenswillen zugrunde lagen. Hinzu kamen sowohl bei Bismarck wie vor allem auch bei Kaiser Wilhelm I. aus Religiosität und sittlichem Gewissen erwachsende Bedenken gegen weitere kriegerische Politik, nachdem es gelungen war, den starken deutschen Staat ins Leben zu rufen. Stets bereit, wenn es nicht anders gehen würde, zur Verteidigung der deutschen Ehre und des deutschen Lebens das Schwert zu ziehen, widersetzten sie sich beide aufs schärfste, sooft der Gedanke laut wurde, Schwierigkeiten und bedrohliche Zukunftsmöglichkeiten zum Anlaß eines Präventivkriegs zu nehmen. Sie kannten die Schrecken des Krieges und wollten ihr Volk ihnen ohne zwingende Notwendigkeit nicht aussetzen. Wir werden noch genauer sehen, mit welcher Energie gerade der greise Kaiser

sich auf diesen Standpunkt gestellt und seinen Einfluß in diesem Sinne zur Geltung gebracht hat. Hier fand er sich aber in vollständigem Einklang mit seinem Kanzler.

In zahlreichen Denkschriften, Briefen und Reden, zuletzt noch in den „Gedanken und Erinnerungen" hat Bismarck sich aufs schärfste dagegen ausgesprochen, einen Krieg aus keinem anderen Grunde als um der Furcht willen zu entfesseln, daß er sonst später in schlechterer Lage mit einem besser gerüsteten Feinde durchzuführen sein würde. Denn einerseits war er davon überzeugt, daß ein Krieg zwischen zwei großen Nationen „doch nicht mit einem Feldzug abzumachen, sondern daraus eine Serie von Kriegen entstehen werde"[12]), und andrerseits sah er in solchem Beginnen eine Bankrotterklärung der Staatsmannschaft, das Eingeständnis ihrer Unfähigkeit, schützende Dämme aufzurichten. Fatalistisch sich dem zu beugen, daß eine drohend am Horizonte stehende Gefahr unvermeidlich zur Wirklichkeit werden müsse, bespöttelte er als einer Geistesart entstammend, die sich zutraue, die Wege der göttlichen Vorsehung mit Sicherheit vorauszuschauen — allerdings, fügte er einschränkend hinzu, sei es auch nicht nützlich, dem Gegner die Gewißheit zu geben, daß man unter keinen Umständen selbst zum Angriff schreiten werde. In der Mitte zwischen beiden Extremen sei es die Sache des Staatsmanns, alle Kunst aufzubieten, um durch konstruktiv vorbeugende Maßnahmen die Drohung trotz allem noch abzuwenden.

So haben sich grundsätzliche und realistische Einsichten gemischt, um in Bismarck die feste Überzeugung aufkommen zu lassen, daß das Heil des Deutschen Reiches in ehrlicher Friedenspolitik liege. Dabei war er sich aber bewußt, daß diese, sollte sie Erfolge haben, in allerbreitestem Umfang durchgeführt werden mußte: es würde nicht genügen, von Deutschland selbst jede unmittelbare kriegerische Verstrickung fernzuhalten, sondern darüber hinaus galt es, jeden bewaffneten Zusammenstoß europäischer Großmächte zu verhindern, weil sonst auch das nicht direkt betroffene Reich in den Strudel hineingerissen werden würde.

Zu dicht waren die Fäden zwischen ihnen allen geworden, als daß die eine sich hätte erlauben dürfen, dem Kampf der anderen teilnahmlos zuzusehen. Denn der ungeheure wirtschaftliche Aufstieg war ja nicht bloß eine spezifisch deutsche Erscheinung, wenn er sich auch hier unter dem Antrieb der Siege, der nationalen Einigung und der politischen Machtentfaltung in besonders sprunghafter Form vollzog, sondern allenthalben war das Zeitalter des Hochkapitalismus zum Durchbruch gekommen, und seine Begleitumstände, speziell die rapiden technischen Fortschritte im Verkehrswesen hatten die Staaten so viel näher aneinander heranrücken lassen. Derart eng waren die allgemeinen Zusammenhänge, die geistige, politische und kommerzielle Fühlung zwischen ihnen allen geworden, daß es als überaus un-

wahrscheinlich angesehen werden mußte, einen eventuellen Brand auf seinen lokalen Herd beschränken zu können. Vielmehr war damit zu rechnen, daß er, wenn es sich um großmächtliche Interessen handelte, über der Gesamtheit zusammenschlagen, daß also das, was noch im siebziger Krieg — auch damals schon mühselig genug — gelungen war, sich nicht wiederholen würde.

Der ganze Ablauf der Geschichte des Staatensystems zeigt ja, daß es niemals einer Großmacht hatte gleichgültig sein dürfen, wenn eine andere sich zu vergrößern vermochte; daß ihr selbst hierfür dann in irgendeiner Form ein Äquivalent einzuräumen sei, in diesem Anspruch hatte das die zwischenstaatlichen Beziehungen beherrschende Prinzip des Gleichgewichts seinen Ausdruck gefunden und der Anlaß für so viele Kriege gelegen. Je höher sich die Kraft der führenden Länder entwickelt hatte, um so unentbehrlicher erschien dies System für die Regulierung ihres gegenseitigen Verhältnisses als der sicherste Ausweg, die Vorherrschaft einer einzelnen auszuschließen. Jetzt erst recht, wo die Fäden so viel enger geworden waren und alles so viel fester ineinandergriff, konnten die großen Mächte gar nicht anders als sich peinlich zu überwachen: jede Machterweiterung berührte unmittelbar die Gesamtheit.

In Erkenntnis der vollen Größe dieser Gefahr, daß der nächste Waffengang zwischen europäischen Großmächten den ganzen Erdteil in Flammen setzen werde, hat Bismarck — zumal der Neutrale sich gar zu leicht die Feindschaft der beiden Kriegführenden zuzieht — sein Bemühen darauf gerichtet, überhaupt und aberall jeder Kriegsmöglichkeit vorzubeugen. Diplomatische Spannungen zwischen ihm nicht unmittelbar befreundeten Mächten waren ihm natürlicherweise nur willkommen, weil sie einmal ihm selbst größere Ellenbogenfreiheit gewährten und andrerseits deren Zusammenschluß zu einer gegen Deutschland gerichteten Koalition verhinderten. Sie hat er deshalb nicht nur benutzt, sondern sein Verhalten vielfach darauf zugeschnitten, sie herbeizuführen. Aber bis zum Kriege durften sie sich im allgemeinen Interesse wie in Deutschlands eigenem nicht verdichten, weil der an seinen Grenzen nicht haltgemacht haben würde.

Wie falsch ist demnach das früher weit verbreitete Bild, Bismarck habe mit diabolischer Geschicklichkeit die andern aufeinandergehetzt und sich gemüht, sie in Kämpfe untereinander zu verwickeln, um währenddessen selbst im trüben zu fischen und die deutsche Vormacht zu errichten! Mit vollem Recht hat Bismarck vielmehr von sich sagen dürfen, dieser Versuchung „gewissenhaft widerstanden" zu haben[13]). An den entscheidenden Wendepunkten, wenn sonst die Explosion unvermeidlich schien, hat seine Hand auch in nicht unmittelbar das deutsche Interesse betreffenden Fragen zugunsten des Friedens eingegriffen. Im klaren Bewußtsein, durch die Tätigkeit als Vermittler, als „ehrlicher Makler", sich Schwierigkeiten aufzu-

laden, sogar solche überaus ernster Natur, hielt er dies dennoch kraft der stolzen Höhe, zu der er seinen Staat emporgehoben hatte, für dessen Pflicht, wenn er darin das letzte Mittel sah, um Europa vor dem Versinken in den Abgrund des Kriegs mit seinen furchtbaren Verlusten an Menschen und materiellen Werten zu bewahren. Getan hat er es nicht um Europas, sondern allein um Deutschlands willen — sein Wort „qui parle Europe a tort“[14]) läßt sich auch in diesem Sinne anwenden —, aus tiefstem Gefühl der Verantwortlichkeit vor dem Staat, dessen Geschicke ihm anvertraut waren. Für Deutschlands Zukunft wollte er arbeiten, wenn er dessen Stärke für den allgemeinen Frieden einsetzte.

Weist Bismarcks Außenpolitik also ihrem Ziel und ihrem Sinne nach eine geschlossene Einheitlichkeit auf, indem sie sich die Erhaltung des Friedens zur Aufgabe setzt, so trifft dies auch insofern zu, als die Mittel, die er hierfür anwendete, trotz ihres vielfachen, der veränderten Situation sich stets mit wunderbarem Ideenreichtum und feinfühliger Elastizität neu anpassenden Wechsels von einem ständig gleichbleibenden Grundgedanken getragen worden sind: stand dem Deutschen Reiche ein Staat in kriegdrohender Feindschaft gegenüber, so galt es, diesem den Zusammenschluß mit Bundesgenossen unmöglich zu machen. In diesen einfachen Satz läßt sich die allen den verschiedenen, teilweise in der praktischen Ausführung überaus komplizierten Methoden zugrunde liegende Idee zusammendrängen, die zwanzig Jahre lang Bismarcks Leitstern in seinen Beziehungen zu fremden Mächten geblieben ist.

Denn in so gewaltigem Maße hatte sich das Stärkeverhältnis dank des endlichen Siegs über alle der deutschen Einheit widerstrebenden Kräfte verschoben, daß ihr Gründer gewiß sein durfte, ein einzelner Staat würde es nicht wagen, das Reich in die Schranken zu fordern. Gelang es daher, den möglichen Gegner keinen Rückhalt an andern finden zu lassen, dann durfte die unmittelbare Kriegsgefahr als beseitigt angesehen werden.

Seiner umfassenden und eindringenden Geschichtskenntnis entnahm Bismarck das Wissen, daß es für den Frieden Europas immer besonders bedrohlich gewesen ist, wenn sich zwei Bündnissysteme gegenüberstanden. Er hat allerdings den Satz geprägt: „Alle Politik läßt sich in die Formel fassen: versuche so lange zu dreien zu sein, als die Welt durch das labile Gleichgewicht von fünf Großmächten regiert wird“[15]). Das klingt, als ob er sich auch mit dem Bestehen einer Gegenkoalition abgefunden hätte, vorausgesetzt, daß die eigene die stärkere gewesen wäre. Aber erstens war dieser Ausspruch berechnet auf seinen Gesprächspartner, den Vertreter Rußlands, dem er nicht offen eingestehen durfte, in welchem Maße er sich mühte, neben der Karte des Dreikaiserbündnisses auch die britische in sein Spiel zu bringen, und außerdem zeigt sein ganzes Verhalten, daß eine Dreier-

kombination für ihn nur ein Minimalprogramm darstellte für den Fall, daß es gar nicht anders gehe. Sein eigentliches Ziel ist immer höher gesteckt gewesen.

Die Methode, das europäische Gleichgewicht durch zwei sich befehdende Allianzen aufrechtzuerhalten, war wunderbar dienlich gewesen für England, solange es dank seiner insularen Lage eine Abseitsstellung einzunehmen und infolgedessen eine schiedsrichterliche Position zwischen den beiden an sich zu reißen vermochte. Den festländischen Verhältnissen indessen hatte sie niemals wirkliche Ruhe und Stabilität gegeben. Dies aber war es, was Bismarck brauchte, und so setzte er an in voller Vereinzelung zu erhalten, daß bei der Gesamtheit der andern jede sonstige Rücksicht dem Wunsche untergeordnet blieb, den Faden nach Berlin nicht abreißen zu lassen, und zwar entweder auf Grund direkter eigener Spannung im Verhältnis der Mächte zu dem zu Isolierenden oder durch ihre Gebundenheit an das ihre Interessen besser wahrende Wohlwollen Deutschlands. Gelang es auf diese Weise, den Gegner von jedem Anschluß an Verbündete abzusprengen, dann würde vielleicht auf die Dauer dieser selbst zur Erkenntnis kommen, daß auch sein Vorteil am besten durch aufrichtige Verständigung mit der Macht der Mitte zu wahren sei, und würde sich daher entschließen, die unfruchtbare Feindschaft zu begraben. Letztes Ziel dieses Systems war also nichts Geringeres als die nach allen Seiten ohne Ausnahme hin durchgeführte Sicherung Deutschlands vor jeder möglichen Kriegsgefahr. Solchem Idealzustand in dem Grade sich anzunähern, wie es in dieser Welt der praktischen Wirklichkeiten möglich war, das war der Zweck der Bismarckschen Außenpolitik. Ein hohes stolzes Ziel, das ganz andere Anforderungen an die diplomatische Kunst stellte als das historische Gleichgewichtssystem.

Die erfolgreiche Durchführung dieses Prinzips bewirkte automatisch, daß Deutschland in den Mittelpunkt allen außenpolitischen Geschehens trat. Bei allen großen zwischenstaatlichen Problemen wendeten sich die Blicke der anderen Kabinette stets nur in erster Linie ihm zu, um seine voraussichtliche Stellung zu erforschen. Gerade in der Größe des Einflusses, den Bismarck auf diese Weise ausübte, sah er jedoch bloß eine neue Verpflichtung, mit ihm keinen den anderen unerträglichen Mißbrauch zu treiben. Sobald sie das Gefühl nicht loswürden, daß Deutschland eben doch napoleonische Bahnen einschlüge, wirkliche Vorherrschaft ausübe und die Rücksicht auf die fremden Lebensinteressen nicht mehr wahre, würde es ihnen selbstverständlich nicht mehr als das Wichtigste erscheinen, sich seine Freundschaft zu erhalten. Vielmehr würde dann genau das eintreten, was Bismarck vor allem verhindern wollte: die Bahn zu ihrer Verständigung untereinander gegen den sie gemeinsam Bedrückenden würde frei werden.

Je besser also Bismarcks Pläne glückten, je stolzer sich infolgedessen Deutschlands Macht entfaltete, um so notwendiger wurde es, der Welt

klarzumachen, und zwar unwiderleglich durch Taten klarzumachen, daß nach wie vor sein fester Wille dahin ging, die Grenze zwischen einem überallhin ausstrahlenden, im Sinne des allgemeinen Friedens ausgeübten Einfluß und einer materiellen Vorherrschaft nicht zu überschreiten. Voraussetzung also für dauernden Erfolg des Bismarckschen Systems war feinstes Einfühlen in die Empfindungen und Gedankengänge der anderen Mächte, schärfstes Erfassen des Grades, bis zu dem ihnen der Zwang zu ständiger Rücksichtnahme auf Deutschland als tragbar und über den hinaus er ihnen als selbstentmündigende und sachlich schädigende Demütigung gelten würde. Mit einem Wort, diese Politik stand und fiel mit der höchsten und schwersten staatsmännischen Kunst, der des Maßhaltens.

Sie durfte der Reichskanzler sich zutrauen, und da er sie stets betätigt hat, ist der Erfolg ihm treu geblieben.

2. Die praktische Anwendung bis zum Berliner Kongreß

Wir haben versucht, diejenigen Prinzipien der Bismarckschen Außenpolitik zu klären, auf deren ständiger Anwendung ihre Einheitlichkeit in den beiden Jahrzehnten von 1871 bis 1890 beruht. Bevor wir dazu übergehen, im einzelnen zu verfolgen, wie sie uns in dem bunten Bild der in diesem Buche zu behandelnden Jahre von 1879 bis 1885 entgegentreten, ist es erforderlich, in summarischem Überblick, so knapp wie möglich, uns auch ihre Erscheinungsformen in dem vorhergehenden Zeitraum zu vergegenwärtigen. Dabei handelt es sich für uns um nichts anderes, als die längst bekannten Hauptpunkte der für die Jahre bis 1879 entscheidenden Linien zur Grundlage und zum Verständnis des Folgenden ins Gedächtnis zurückzurufen und damit die Ansatzstellen herauszuarbeiten, die für den Fortgang der Entwicklung entscheidend geworden sind.

Ob es gemäß den bisher dargelegten Grundsätzen gelingen werde, dem neuen Reiche einen den allgemeinen Frieden gewährleistenden Einfluß zu gewinnen, dafür war entscheidend, daß der es umgebende Wall von Mißgunst und Mißtrauen durchbrochen würde. An welcher Stelle ein solcher Versuch zum Scheitern verurteilt war und andererseits an welcher er am ehesten Aussicht bot und wo deshalb der Spaten anzusetzen sein würde, das war durch die Art der Gesamtlage nach der Reichsgründung fast eindeutig gewiesen.

Ganz klar war es, daß er im Westen vergeblich sein würde. Der Ton, auf den zunächst das deutsch-französische Verhältnis nach Kriegsende abgestimmt war, klingt heraus aus den bekannten Instruktionen Bismarcks an Graf Harry Arnim: „Frankreichs Feindschaft zwingt uns zu wünschen, daß es schwach sei“[16]), und: „Die Offenheit, mit welcher seit dem Friedensschluß in Frankreich der Nationalhaß gegen die Deutschen von allen Parteien geschürt und proklamiert wird, läßt uns darüber keinen Zweifel, daß jede Regierung, welcher Partei sie auch angehören möge, die Revanche als ihre Hauptaufgabe betrachten wird. Es kann sich nur darum handeln, welche Zeit die Franzosen brauchen werden, um ihre Armee oder ihre Bündnisse so weit zu reorganisieren, daß sie ihrer Ansicht nach fähig ist, den Kampf wiederaufzunehmen. Sobald dieser Augenblick gekommen ist, wird jede französische Regierung dazu gedrängt werden, uns den Krieg zu erklären“[17]). Nach 1871 ist es also, wenn wir den Sinn von Bismarcks Politik darin ge-

funden haben, den sicheren Gegner nicht zum Anschluß an Bundesgenossen gelangen zu lassen, vorläufig Frankreich gewesen, gegen das sich die Spitze dieses Systems richtete.

Unmittelbare Gefahr bestand allerdings so lange nicht, als die dritte Republik aus den schweren Wunden blutete, die ihr Niederlage und Revolution geschlagen hatten. Bis sie nicht verheilt waren, bis Frankreich den durch sie verursachten Schwächezustand überwinden und dann wieder Anziehungskraft auf fremde Mächte ausüben konnte, war es nicht allzu schwierig, es isoliert zu halten. Aber entscheidend war, ob Bismarck die Gunst dieser Zeitspanne würde ausnützen können, um inzwischen Deutschlands Verhältnis zu den eventuell später als Bundesgenossen für Frankreich in Betracht kommenden Staaten so zu gestalten, daß sie auch dann dessen Werben kein Gehör schenken würden.

Lag also der negative Pol für Bismarck in Frankreich, so durfte er den positiven in Rußland erkennen. Denn hier waren zweifellos die relativ günstigsten Vorbedingungen gegeben für sein Streben nach Verständigung. Als gewichtiger Faktor diente dabei das persönliche Moment der nahen Freundschaft, die Kaiser Wilhelm mit seinem Neffen, dem Zaren Alexander II., verband[18]). In der gleichen Richtung wirkte die von Bismarck immer wieder ins Feld geführte Gemeinsamkeit der monarchischen Interessen, vor allem aber das seit 1863 infolge Bismarcks Verhalten in der polnischen Angelegenheit angebahnte Zusammengehen in vielen gesamteuropäischen Fragen.

Zwar dem von Rußland angebotenen Bündnis hatte Bismarck sich mehrfach entzogen, um nicht dem damals noch übermächtigen Partner willenlos ausgeliefert zu sein. Indessen hatte er es verstanden, der Gefahr der Verstimmung vorzubeugen, die an sich so leicht in dem Nichteingehen auf ein Bündnisangebot liegt. Daß eine solche bei den Russen im Ernst nicht eingetreten war, hatte ihre Stellungnahme beim preußisch-österreichischen Krieg 1866 gezeigt und erst recht wieder 1870, wo ihr Druck mit dazu beigetragen hatte, daß die Donaumonarchie sich nicht an die Seite Frankreichs stellte. Den Dank hierfür hatte Bismarck abgestattet, indem er durch seine Haltung in der Schwarzen-Meer-Frage es dem Zaren 1871 ermöglichte, die seine Souveränität einengenden Bestimmungen des Pariser Friedens von 1856 abzuschütteln. Zahlreich waren also die Ansatzpunkte, von denen aus die beiden Mächte noch weiter aneinander heranrücken konnten; die gesunde Grundlage einer Politik des „do ut des" war hier vorhanden.

Indessen auch die Hemmungen fehlten nicht. Das Ausmaß des deutschen Erfolgs wurde auch in Petersburg nicht mit freudigen Gefühlen aufgenommen. Verbanden beide Mächte sich jetzt, so konnte Rußland nicht mehr auf die frühere Überlegenheit über Deutschland pochen. Aus diesem Gedankengang heraus hat Fürst Gortschakow von allem Anfang an erkennen lassen, daß ihm das Wiedererstarken Frankreichs im russischen Interesse

unentbehrlich schien; der damit gegebene Druck auf die Westgrenze des Reiches würde dessen Handlungsfreiheit vermindern und es zwingen, gegen die Ansprüche des östlichen Nachbarn größere Gefügigkeit zu beweisen.

Um so schärfer akzentuierte sich in Petersburg dieser Wunsch, die deutschen Bäume nicht in den Himmel wachsen zu lassen, je stärker sich die dortige Politik von dem panslawistischen Ideal bestimmen ließ. Einer seiner einflußreichsten Vorkämpfer, General Ignatiew, hat einmal im Gespräch mit dem französischen Botschafter in Konstantinopel den Grund, warum der Panslawismus seinen Feind auch in Deutschland sah, dahin zusammengefaßt, eine der beiden großen europäischen Militärmächte Rußland und Deutschland sei zuviel. Also auch als Deutschland sich noch nicht mit Österreich verbunden hatte, in dessen Bestand der allslawische Fanatismus naturgemäß das unerträgliche Hindernis für seine Ziele erblickte, richtete dieser schon seinen Haß gegen das Reich und unterstützte deshalb die Politik Gortschakows, die nach Frankreich führenden Fäden zu verdichten, dessen Freundschaft ihm noch erwünschter war, seitdem es nicht mehr wie früher den Hauptgegner des russischen Orientehrgeizes bildete. Dazu kam, daß die Reformen Alexanders II. in jeder Beziehung den liberalen Tendenzen die Tür geöffnet hatten, und die sich zu diesen bekennenden Kreise brachten ihre Sympathien nicht dem konservativen Preußen und Deutschland, sondern dem demokratischen Frankreich entgegen.

So begann sich der scharfe Unterschied zwischen der zaristischen Außenpolitik und den Wünschen der politisierten Teile der Nation, diese „Zweiseelenpolitik“[19]), abzuzeichnen, die auf die Dauer zu so vielfachen Schwankungen geführt und jedes Gefühl der Verläßlichkeit auf einen geraden Kurs Rußlands zerstört hat, da nicht zu berechnen war, welche der beiden Richtungen sich durchsetzen werde. Wie schwer schon in den siebziger Jahren diese Tatsache Bismarck bedrückt hat, läßt sich einem Brief an den Petersburger Botschafter von Schweinitz entnehmen: „Wenn man für die Geschicke eines großen Reichs verantwortlich ist, so muß man auf die Symptome, welche Bedrohungen derselben andeuten, sehr aufmerksam sein und ihnen rechtzeitig entgegenarbeiten. Wenn wir uns unbedingt der russischen Politik hingäben, wie es bei gegenseitiger Ehrlichkeit meiner Meinung entsprechen würde, . . . so müßten wir zur russischen Politik dasselbe Vertrauen haben wie zu unsrer eigenen . . . Die Zweideutigkeit und die Unfreundlichkeit der Politik des Fürsten Gortschakow nötigt mich in dieser Beziehung zu einer Vorsicht, die weder meinen früheren Erwartungen noch meiner persönlichen Neigung für den Kaiser Alexander und für das russische Bündnis entspricht“[20]).

Hat diese Entwicklung sich also allmählich durchgesetzt, so war zunächst unter dem Eindruck des deutschen Sieges der Zar fest geblieben und hatte die Erwartungen gerechtfertigt, die Bismarck in ihn setzte. Bei seinem

berühmten Trinkspruch im Dezember 1871, in dem er die nahe Freundschaft zwischen Deutschland und Rußland als beste Friedensbürgschaft feierte, horchte die Welt auf. Hier war tatsächlich ein Kern der Verständigung gegeben, an den weitere Kristalle anschließen zu lassen gute Aussicht bestand.

Denn Rußland allein sich anzuvertrauen, davon war Bismarck auch in diesen Zeiten, wo die Gegenkräfte in Petersburg noch nicht so stark waren, weit entfernt. Obgleich sich das Kräfteverhältnis so einschneidend gewandelt hatte, fürchtete er auch jetzt noch als Werkzeug des russischen Expansionsdranges herhalten zu müssen und suchte deshalb nach noch weiteren Stützen seiner Politik. In diesem Sinne hat er schon im Verlauf des französischen Kriegs die Fühlung mit Österreich-Ungarn aufgenommen in der Hoffnung, daß hier inzwischen die Frucht seiner in Nikolsburg bewiesenen Schonung genügend gereift sei, um dem Gedanken eines Heranrückens an Frankreich einen festen Riegel vorzuschieben.

Wie in Petersburg befehdeten sich in Wien zwei Richtungen, hier jedoch kam es zu endgültiger Entscheidung. Auf der einen Seite der Revanchepolitiker Graf Beust, der nach eigenem Ausdruck „nicht ohne Bedauern" sich bei Kriegsbeginn zum Verzicht auf das bewaffnete Eintreten für Frankreich entschlossen und dann versucht hatte, durch eine Aktion der Neutralen einer starken Auswertung des Siegs entgegenzuwirken. Wie unwahrscheinlich es sein würde, bei ihm ein ehrliches Entgegenkommen auf die angebotene Verständigung zu finden, zeigt sein Wort, mit dem er Bismarcks erstes Aufwerfen der Möglichkeit eines deutsch-österreichischen Bündnisses als „angenehmen Scherz" bezeichnete. Auf der andern Seite Graf Andrássy, der es im ungarischen Interesse nicht ungern sah, wenn der Habsburgerstaat den deutschen Ehrgeiz endgültig begrub, das Ergebnis von 1866 anerkannte und dafür Bismarcks Hilfe gegen ein allzu weites Vordringen des russischen Balkanehrgeizes gewann.

Was für den Zaren maßgebend gewesen war, der Eindruck des deutschen Sieges und der deutschen Kraft, brachte auch in Wien die Entscheidung zugunsten Andrássys. Auf Kaiser Franz Josephs Befehl mußte sich Beust in den „Gasteiner Honigmond" fügen, sein Treffen mit Bismarck im August 1871, wobei dieser vorschlug, fortan das Verhältnis zu begründen „auf gegenseitigen guten Willen, gegenseitiges Vertrauen und gegenseitige Erkenntnis, daß die staatlichen Interessen beider Teile nicht weiter kollidieren"[21]). Dem folgte alsbald das Zusammensein der beiden Kaiser in Salzburg und die entscheidende Festigung der neuen Linie, indem Beust am 1. November entlassen und durch Andrássy ersetzt wurde. Nun bestand kein Zweifel mehr, daß auch Österreich-Ungarn sich um ein günstiges Verhältnis zu Deutschland mühte.

In doppelter Hinsicht durfte Bismarck befriedigt auf diese Entwicklung der Dinge blicken. Einmal war es von höchster Wichtigkeit, daß dadurch

eine Macht, der Preußen so lange in bitterer Rivalität gegenübergestanden hatte, auf den Boden getreten war, der es beiden ermöglichte, in Zukunft am gleichen Strange zu ziehen. Aus der einen Großteil der Kraft absorbierenden Gegnerschaft war ein politischer Zusammenhalt geworden, der mit der Zeit zu echter Freundschaft führen konnte. Außerdem aber fiel ganz besonders ins Gewicht, daß es eine katholische Großmacht war, die sich damit dem Reich verband. Denn seit dem Ausbruch seines Kampfes mit dem Vatikan lastete auf Bismarck die Sorge, daß sich unter dem Vorzeichen des Eintretens für die katholische Kirche eine Koalition gegen Deutschland zusammenfügen könne, und aus dieser Front war nunmehr einer der mächtigsten Mauersteine herausgebrochen.

Sowohl also nach Petersburg wie nach Wien war es im Laufe des Jahres 1871 gelungen, die Brücke zu schlagen, so daß sich jetzt, um zu dem geplanten umfassenden, Frankreich vereinzelnden System zu gelangen, die Aufgabe erhob, auf Grund der eigenen Freundschaft zu beiden Kabinetten zwischen ihnen den Ausgleich herzustellen. Ein schwieriges Geschäft infolge der sie seit den Tagen des Krimkriegs trennenden Kluft, die durch die Balkanrivalität ständig neu aufgerissen wurde. Aber erst wenn es vollbracht war, würde der Rückhalt, den Deutschland an beiden fand, so gefestigt sein, daß seine Stellung unangreifbar geworden und damit der Friede gesichert wäre.

Daß ein wirklicher Dauererfolg bei diesem Bemühen kaum zu erzielen sein werde, damit hat Bismarck gerechnet, weil zwischen Österreich-Ungarn und Rußland der Gegensatz sowohl der Interessen wie der Gefühle zu tief war. Indessen jede Zeitspanne, während derer er sich überbrücken ließ, versprach derartigen Gewinn, daß dies die größten Anstrengungen rechtfertigte. Darum schien ihm schon damals, wie er es später formuliert hat[22]), das Draikaiserbündnis im Sinne einer friedlichen und erhaltenden Politik ein ideales Ziel. Zu Hilfe kam ihm dabei, daß für den Zaren im Augenblick nicht der Balkan, sondern Asien im Vordergrund stand.

Bereits im Jahre 1872 hat Bismarck, obwohl er Andrássys geringe Geneigtheit, sich mit Rußland einzulassen, kannte, dem österreichischen Botschafter Grafen Károlyi ganz offen ausgesprochen, er betrachte es als seine Aufgabe, das Bindeglied zwischen Wien und Petersburg zu sein[23]). In deren Dienst hat er seine ganze Kraft und Kunst gestellt und schließlich beide widerstrebenden Partner mitgezogen. Niemals allerdings hat er dabei den Gedanken außer acht gelassen, daß dies mühselig erzeugte Einverständnis nicht derart eng werden durfte, sich eines Tages gegen den Vermittler zu wenden. Vielmehr mußte in beiden das Bewußtsein lebendig erhalten werden, im wohlverstandenen eigenen Vorteil den Rückhalt an Deutschland nicht entbehren zu können.

Demgemäß bestand Bismarcks wirksames Druckmittel darin, daß sowohl Österreich-Ungarn wie Rußland voll Sorge auf die Freundschaft des andern mit Deutschland blickten und das dringende Bedürfnis empfanden, nicht selbst bei diesem ins Hintertreffen zu geraten. Um solcher Möglichkeit vorzubeugen, hat der Zar, als feststand, daß Kaiser Franz Joseph zur Erwiderung des ihm im vorigen Jahre abgestatteten Besuches nach Berlin kommen werde, sich zur gleichen Zeit dort angesagt. Auf diese Weise ist es zu dem überall als politisches Ereignis allerersten Ranges aufgefaßten Dreikaisertreffen im September 1872 gekommen.

Positives ist zwar dabei nicht vereinbart worden. Aber die moralische Wirkung der Demonstration war ungeheuer. Die Welt stand unter dem Eindruck, daß sie von nun an mit dem Zusammengehen der drei Reiche zu rechnen habe, und so stark hat dieser Eindruck vorgehalten, daß selbst heute noch vielfach in der historischen und erst recht in der politischen Literatur die Entstehung des Dreikaiserbündnisses auf diese Septembertage datiert wird. Das ist durchaus irrig, andrerseits aber hat die Stärke der überall herrschenden Vorstellung dazu beigetragen, um im folgenden Jahre nun wirklich vertragliche Abmachungen zustande kommen zu lassen.

Selbst diese Vereinbarungen des Jahres 1873 berechtigen jedoch eigentlich nicht zu dem üblichen Ausdruck „Dreikaiserbündnis". Denn das Schriftstück, das Franz Joseph und Alexander II. am 6. Juni in Schönbrunn unterzeichneten und dem Kaiser Wilhelm am 22. Oktober beitrat[24]), sieht bloß eine Verständigung über die gemeinsam einzunehmende Haltung im Falle des Angriffs einer fremden Macht vor, von gegenseitiger Beistandspflicht ist darin keine Rede. Eine solche hat dagegen die Militärkonvention stipuliert, die kurz vorher, am 6. Mai[25]), für Deutschland und Rußland die Feldmarschälle Graf Moltke und Graf Berg abgeschlossen hatten. Bismarck hatte diese Form, anstatt der Unterschrift der verantwortlichen Staatsmänner, vorgezogen, offenbar um der Auslegung entgegentreten zu können, daß Deutschlands politisches Verhältnis zu Rußland enger sei als zu Österreich-Ungarn, wodurch das Einverständnis zu dritt hätte gefährdet werden können. Dieses aber war nach wie vor sein eigentliches Ziel und galt ihm als die Voraussetzung, unter der die Militärkonvention mit Rußland überhaupt möglich war[26]).

In dem Dreiervertrag handelt es sich also nicht um ein Bündnis, sondern um ein Verhältnis, für das heute der Ausdruck Entente üblich ist. Wenn trotzdem der weiterführende Ausdruck sich eingebürgert hat, so hängt das damit zusammen, daß in der diplomatischen Sprachgewohnheit der Zeit der Begriff Bündnis nicht so scharf gefaßt, sondern häufig auch auf derartige politische Gemeinschaften ohne bindende Beistandszusage angewendet wurde. So hat z. B. Bismarck selbst, obwohl er es sonst mit dem Gebrauch völkerrechtlicher Begriffe überaus streng nahm und die gleiche Korrektheit

von seinen Untergebenen verlangte, nicht nur oft vom Dreikaiserbündnis gesprochen, er hat auch gelegentlich das englisch-französische Verhältnis ein Bündnis genannt, und zwar zu einer Zeit, wo kaum von einer Entente zwischen ihnen die Rede sein konnte. Diese weitere Fassung des Begriffes, als sie dem heutigen Usus entspricht, muß man sich vor Augen halten, um sich nicht in falsche Vorstellungen über Bismarcks Bündnispolitik zu verlieren[27]).

Als gewaltiger Erfolg indessen muß das Vertragswerk des Jahres 1873 auf alle Fälle gewertet werden. Wenn auch die Dinge nicht schon so weit gediehen waren, daß der Wall des Mißtrauens endgültig durchbrochen worden wäre, so war ein Angriff von seiten der beiden Reiche des Ostens vorderhand nicht zu befürchten und keines von ihnen würde sich dem französischen Revanchewillen zur Verfügung stellen. Deutschlands Sicherheit war also gewährleistet, zumal der Einigkeit der Kaiserreiche kein andrer Staatenblock gegenüberstand. Ganz also wie Bismarck gewünscht hatte, wurde Europas Schicksal nicht mehr durch das alte gefährliche Gleichgewichtsprinzip reguliert. Es bestand allein die eine sich um Deutschland gruppierende überstaatliche Organisation, und deshalb war es selbstverständlich, daß von ihr auch auf kleinere Mächte Anziehung ausgeübt wurde.

Zu diesen muß in der damaligen Zeit auch noch Italien gerechnet werden. Denn seine nicht allein aus eigener Kraft erkämpfte Einheit war noch zu jung, sein innerer Zustand zu wenig gefestigt, als daß sein Anspruch auf Großmachtsrang bereits einwandfrei festgestanden hätte. Es hat noch recht lange gedauert, daß Bismarck mit dem Konzert der fünf Großmächte in Europa rechnete, unter denen er mindestens zu dritt sein wollte. Italien schloß er also dabei nicht mit ein, ihm billigte er vorläufig in seinen Berechnungen noch keine ausschlaggebende Bedeutung zu, da es „für niemand eine potente Allianz" sei[28]). Darum hat er auch in den ganzen siebziger Jahren seinerseits keine Initiative ergriffen, um es an sich zu ziehen.

Jedoch ganz von selbst strahlte die Schwerkraft, die das Reich gewonnen hatte, auch nach Süden hin aus. Sie wurde unterstützt durch die Gemeinsamkeit der Gegnerschaft gegen den Vatikan, und schließlich mußte es König Viktor Emanuel aus dynastischer Rücksicht erwünscht sein, in möglichst enge Fühlung zu den großen Monarchien zu treten. Das alles hat ihn veranlaßt, im Herbst 1873 sowohl dem deutschen wie dem österreichischen Kaiser seinen Besuch abzustatten. Mehr aber als eine Geste beabsichtigten die italienischen Staatsmänner damit nicht. Denn sie hatten der Leidenschaftlichkeit der Gefühle Rechnung zu tragen, die dem Zusammengehen ihres Landes mit Österreich im Wege standen, sowie der Stärke der Partei, welche den Anschluß an Frankreich als die naturgegebene Politik Italiens verfocht. Dann aber auch der Tatsache, daß England, dessen Wünschen sie aus wirtschaftlichen und strategisch-geographischen Gründen besonderes

Gehör schenken mußten, den klaren Übergang in das Lager der Kaisermächte damals keineswegs gebilligt haben würde. Darum hüteten sie sich, jetzt wie fast noch ein Jahrzehnt lang, irgendwelche Verbindlichkeiten einzugehen.

Immerhin beleuchtete Viktor Emanuels Besuch die Reichweite des Einflusses, der von Berlin ausging. Daß auch Italien sich im Augenblick nicht an Frankreich anschließen und daß demzufolge dieses an keinem der Punkte des Festlandes, wo wirkliche Macht vorhanden war, Anlehnung finden würde, hatte Bismarck erreicht.

Aber lag nicht gerade in dieser Tatsache, daß die führenden Kabinette des Festlandes sich in gewissem Sinne geeinigt hatten, die Gefahr, daß zur Antwort darauf die in dem bisherigen Spiel der Bismarckschen Politik mehr am Rande gelassene Großmacht England sich Frankreich nähern würde? Schon allein deshalb mußte mit ihr gerechnet werden, weil Deutschland sich mit Rußland verbunden hatte, Rußland aber und England durch die tiefe Kluft ihres weltpolitischen Gegensatzes getrennt wurden. Zwar begann sich bereits das Weltbild von Grund aus umzugestalten durch den Aufstieg der Vereinigten Staaten und Japans. Aber als eigentlich entscheidend galten noch immer die Herrscherin der Meere und die gewaltige in Asien verwurzelte Landmacht. Mit ihrer Rivalität durfte von allen andern noch als feststehender Tatsache gerechnet werden. Zweifellos belastete demnach die Freundschaft mit Rußland Deutschlands Beziehungen zu England. Es kam hinzu, daß die Vorgänge während des siebziger Kriegs in Berlin sowohl wie in London wenig erfreuliche Erinnerungen hinterlassen hatten. Das Mißtrauen war hier besonders stark.

Zunächst jedoch wirkte sich die Gunst des Umstandes aus, daß Frankreich die Bündnisfähigkeit noch nicht wiedererlangt hatte. Seine Schwäche gestattete Bismarck, ungestört allen Nachdruck auf das Zusammengehen mit den Ostmächten zu legen, ohne deshalb die englisch-französische Gegenallianz befürchten zu müssen. Für sein eigenes Verhältnis zu Rußland war ihm sogar dessen Feindschaft zu England nur dienlich, da sie den Zaren zu stärkerer Rücksicht auf Deutschlands Wünsche veranlaßte. So hat der englisch-russische Gegensatz als auf der Handlungsfreiheit des Nachbarn lastender Druck für Bismarck eine gleichartige Rolle gespielt wie der deutsch-französische für Gortschakow.

Mit dem alle Voraussagen übertreffenden Tempo von Frankreichs Wiederaufstieg änderte sich aber die Situation gänzlich. Infolge seines wirtschaftlichen und militärischen Erstarkens begann es schon unmittelbar nach dem Ende der Okkupation Anziehungskraft auszuüben, so daß für Bismarck der Zwang sich einstellte, in ganz anderer Weise als bisher sein Augenmerk auf England zu richten und sich nicht mit der rein festländischen Sicherheit zu begnügen. Um nicht dem Nebeneinander zweier Koalitionen mit allen bedrohlichen Folgen ausgesetzt zu sein, mußte er England ebenfalls

irgendwie in sein System mit einbeziehen. Angesichts seines eigenen Verhältnisses zum Inselstaat aber wie angesichts der russisch-englischen Beziehungen bedeutete diese Aufgabe eine erhebliche Komplikation der bisher relativ einfachen Gesamtlage.

Ein Warnungssignal war bereits die Aufnahme von Handelsvertragsverhandlungen zwischen London und Paris unmittelbar nach dem Heranrücken der drei Ostmächte aneinander. Erst recht aber erwies sich die Notwendigkeit, das eigene Verhältnis zu England zu pflegen, als sich über die spanischen Wirren offenbarte, wie wenig gesichert das Zusammengehn mit Rußland war. Der Bürgerkrieg zwischen den von Marschall Serrano geführten Republikanern und den Anhängern des Kronprätendenten Don Carlos berührte an sich die deutschen Interessen nicht unmittelbar, so daß Bismarck sich zunächst aus dem Streit heraushielt und damit begnügte, dessen Ausdehnung zu verhindern. Aber die deutsche Wirtschaft hatte bereits so festen Fuß in Spanien gefaßt, daß energische Maßnahmen zu ihrem Schutz nicht vermieden werden konnten. Ein Geschwader von Kriegsschiffen wurde an die spanische Küste entsendet, woraus sich Zwischenfälle ergaben, deren Höhepunkt die Erschießung eines deutschen Zeitungskorrespondenten durch die Karlisten darstellte.

Hatte Bismarck schon vorher dem Karlismus ablehnend gegenübergestanden, weil er von dessen Sieg starken Auftrieb für den gesamteuropäischen Ultramontanismus befürchtete, so brach er nunmehr ganz mit ihm und setzte sich bei den andern Mächten für die offizielle Anerkennung Serranos und damit der Republik ein, eines der Beispiele dafür, welch scharfe Trennungslinie der Kanzler zwischen seinen innerpolitischen Überzeugungen und seinem außenpolitischen Handeln zog. Hierfür fand er auch überall Gehör, außer beim Zaren, der sich nicht zur Unterstützung einer antimonarchischen Bewegung entschließen mochte, so daß zu Bismarcks Mißvergnügen vor den Augen des schadenfrohen Europas eine Divergenz eintrat, die offenbarte, wie wenig von einem Zusammengehen Deutschlands und Rußlands durch dick und dünn die Rede sein konnte. Wenn auch Bismarcks Verhalten vor dem Zaren nachträglich gerechtfertigt wurde durch den freiwilligen Verzicht Serranos zugunsten des jungen Alfons XII., also durch Wiederherstellung der alten Dynastie, so blieb doch die Tatsache, daß das erste auftauchende gesamteuropäische Problem Berlin und Petersburg nicht im selben Lager gefunden hatte.

Trotz zweifellos erheblicher Übertreibung steckte also ein berechtigter Kern in dem Urteil des französischen Geschäftsträgers in Rußland, das Dreikaiserbündnis sei nur die verabredete Maske, hinter der sich das Auseinandergehen politischer Richtungen verberge, an dessen Zutagetreten keine der drei Mächte vorläufig Interesse habe. Der französische Diplomat ließ sich viel zu sehr durch seinen Wunsch bestimmen, wenn er nur die

Maske zu sehen glaubte. Aber richtig war, daß eine Garantie für dauernde Übereinstimmung nicht gewonnen war. Auf dieser Erkenntnis hat auch sein Chef, der Herzog von Decazes, sein Vorgehen bei dem Zwischenfall aufgebaut, der unter dem Namen der „Kriegsgefahr von 1875" in der historischen Literatur berühmt ist.

Darin, daß Bismarck gegen die laute Bekundung des französischen Revanchewillens einen seiner „kalten Wasserstrahle" nach Paris richtete, fand Decazes die Handhabe, um in London und Petersburg Schutz gegen den angeblichen deutschen Angriffswillen zu erbitten. Seine Spekulation erwies sich als völlig zutreffend, denn an beiden Stellen fand er Gehör. Die Vorstellungen, die sowohl Königin Viktoria und ihr Außenminister Lord Derby wie Fürst Gortschakow in Berlin erhoben, ließen erkennen, daß sie eine weitere Verschiebung zugunsten Deutschlands nicht hinzunehmen gesonnen seien. Eine solche hatte Bismarck gar nicht beabsichtigt, der Gedanke, seinerseits zum Angriff zu schreiten, hatte ihm ferngelegen. Aber als er den Pressedrohungen keine Tat folgen ließ, obwohl kein Wandel in der französischen Haltung eingetreten war, sah es nach diesem diplomatischen Zwischenspiel so aus, als ob er vor dem Druck der beiden Mächte zurückgewichen sei. Das Ergebnis war daher das Gegenteil dessen, was er beabsichtigt hatte: nicht eingeschüchtert waren die Franzosen worden, vielmehr durften sie sich sicherer fühlen, da ihnen die Gewißheit geworden war, zum mindesten die Sympathien starker Staaten für sich zu haben. Es war also der diplomatischen Geschicklichkeit des Herzogs gelungen, Bismarck eine empfindliche Schlappe beizubringen. Das Unangenehmste für Deutschland war dabei, daß Rußland trotz des bestehenden Vertrages geradezu demonstrativ und in verletzender Form aus der Reihe getanzt war.

Überaus folgenschwer sind diese Vorgänge gewesen, da die persönliche Gereiztheit, mit der sich seitdem der deutsche und der russische Reichskanzler gegenüberstanden, nicht wieder besänftigt worden ist. Sie hat unbestreitbar dazu beigetragen, einen Keil zwischen beide Länder zu treiben; ohne sie wäre es leichter gewesen, die eintretenden sachlichen Gegensätze auszugleichen oder wenigstens ihnen einen Teil ihrer Schärfe zu nehmen. So aber hat einerseits Gortschakow sich vielfach von dem Gefühl menschlicher Abneigung leiten lassen, und andrerseits hat auch bei Bismarck, sosehr er bei der schließlichen Option für Österreich von der felsenfesten Überzeugung ihrer politischen Notwendigkeit durchdrungen gewesen ist, in deren Vorgeschichte die Leidenschaftlichkeit seines persönlichen Fühlens sich geltend gemacht.

Innerhalb des historischen Gesamtablaufs aber ist das Allerwichtigste an den Ereignissen des Frühjahrs 1875 darin zu sehen, daß sich damals zum erstenmal die Konstellation als verwirklichbar gezeigt hat, die seit 1871 der ideale Traum aller französischen Revancheprediger geblieben ist:

das Zusammengehen Englands, Rußlands und Frankreichs gegen das Reich, während Österreich-Ungarn es abgelehnt hatte, in die gleiche Richtung einzubiegen. Die große Allianz von 1914 hat sich drohend am Horizont abgezeichnet.

Im Augenblick allerdings handelte es sich dabei noch nicht um mehr als um das Aufblitzen einer Zukunftsmöglichkeit. Diese Beruhigung konnte Fürst Bismarck der Tatsache entnehmen, daß unmittelbar nach dem friedlichen Abschluß der unerfreulichen Episode sowohl England wie Rußland ihren Wunsch betonten, das Verhältnis zu Deutschland wieder auf guten Fuß zu bringen. Bei der großen Richtlinie, der er sein Handeln einordnete, war es eine Selbstverständlichkeit, daß er dies Entgegenkommen bereitwillig erwiderte, um den Erfolg Frankreichs möglichst wettzumachen, und daß er trotz der Nachhaltigkeit des empfangenen Eindrucks das alte Spiel fortsetzte.

Immerhin fühlte er sich gewarnt, und er beherzigte dies um so mehr, als noch im gleichen Jahre durch den Aufstand der Balkanchristen gegen die türkische Herrschaft die orientalische Krisis heraufzog, die Rußland wieder mit voller Konzentration sich den dortigen Fragen zuwenden ließ und damit für das Dreikaiserbündnis so schwere Gefahr in sich barg. Um auch für den Fall, daß dessen Bruch nicht zu verhindern sein werde, zum mindesten immer noch „à trois" zu sein, war es bei der neuen Lage unerläßlich, mit England enge Fühlung zu wahren. Dies ist der Sinn der Sondierung, die Bismarck im Januar 1876 in London anstellen ließ[29]). Aber die Vorsicht Disraelis und Derbys verhinderte jedes positive Ergebnis. Dennoch ist Bismarck auch weiterhin auf der Linie verblieben, die Beziehungen zu England möglichst eng zu gestalten. Da die Sondierung aber von vornherein nicht Selbstzweck gewesen war, sondern Teil seines umfassenden Systems, liefen parallel zu ihr seine heißen Bemühungen, den Bruch zwischen Österreich und Rußland zu verhindern. Und angesichts der Vergeblichkeit seines Werbens in London, die ihrerseits wieder darauf zurückzuführen ist, daß den englischen Staatsmännern bewußt war, wie wenig Bismarck das Ziel hatte, sich ausschließlich an sie anzulehnen, lag der eigentliche Nachdruck seines Wollens in dem Bestreben, das Dreikaiserbündnis aufrechtzuerhalten.

Die Handhabe für dies schwierige Vermittlerwerk bot ihm die eigene Uninteressiertheit an den orientalischen Dingen. Sobald an ihr Zweifel auftauchten, würde seine Rolle, in voller Unparteilichkeit den Ausgleich der widerstreitenden Standpunkte herbeizuführen, hoffnungslos beeinträchtigt werden. Nur unter ihrer Voraussetzung schien es möglich, zwischen den Parteien zu stehen und beide an seiner Seite festzuhalten. Sie hat er deshalb mit unbedingter Konsequenz als eine der dauernd notwendigen Grundlagen angesehen.

Fand er also in der eignen Uninteressiertheit die Methode, die ihm die Vermittlertätigkeit ermöglichen sollte, so sah er deren Ziel in einem für die beiden direkt Beteiligten tragbaren Ausgleich. Der vollständige Sieg des einen, der den andern überhaupt vom Balkan verdrängt hätte, würde unversöhnliche Feindschaft hinterlassen und damit Bismarcks gesamteuropäischen Plänen den Boden fortgezogen haben. Den Unterlegenen dann ebenso wie den Sieger noch als positiven Faktor in die deutsche Rechnung einzustellen und sie alle beide für Frankreichs Werben unzugänglich zu erhalten, wäre ein Ding der Unmöglichkeit geworden. Die Stärke und Leidenschaft, mit der Rußland seinen Einfluß auf dem Balkan vorzuschieben dachte, war nun einmal eine Tatsache, die weder geleugnet noch abgeändert werden konnte; ihr einfach entgegenzutreten, bedeutete automatisch das Ende der eigenen Freundschaft mit Petersburg. Andrerseits war es der selbstverständliche Wille Österreichs, angesichts der Ziele des Panslawismus Rußland nicht zum Alleinherrn im Südosten werden zu lassen. Es gab also nur den Ausweg der gütlichen Verständigung, d. h. der Teilung.

Darum hat Bismarck ebenso unerschütterlich wie an dem Prinzip der eignen Uninteressiertheit daran festgehalten, daß eine Demarkationslinie gefunden werden müsse, welche die Halbinsel in eine russische und eine österreichische Einflußzone säuberlich zerlegte. Zwei Jahrzehnte hindurch ist dies der Sinn seiner Balkanpolitik geblieben. Das Einverständnis der dritten im Orient besonders interessierten Großmacht, England, der solcher Machtzuwachs Österreichs und Rußlands nicht gleichgültig sein konnte, hoffte er, wie er ganz offen Lord Salisbury am 22. November 1876 darlegte[30]), dadurch erlangen zu können, daß sie sich in Aegypten schadlos halten würde.

Auf alle Fälle also war er bereit, seiner Freundschaft mit den Großmächten, die ihm lebensentscheidend war, den Besitzstand der Türkei zu opfern. Nicht er war es, der sie darin bedrohte. Aber wenn dies der Preis war, mit dem er das seinem Land den Frieden sichernde System durchzuführen vermochte, so gab es für ihn kein Schwanken, er war entschlossen, dann dem Vorstoß der andern gegen sie keinen Widerstand zu leisten. Seine Prämisse war: „Die Frage, ob wir über die orientalischen Wirren mit England, mehr noch mit Österreich, am meisten aber mit Rußland in dauernde Verstimmung geraten, ist für Deutschlands Zukunft unendlich viel wichtiger als alle Verhältnisse der Türkei zu ihren Untertanen und zu den europäischen Mächten“[31]). Und daraus drängte sich ihm der Schluß auf, daß versucht werden müsse, „ob der so wertvolle Friede zwischen den europäischen Mächten nicht dadurch erhalten werden kann, daß die ohnehin unhaltbare Einrichtung der heutigen Türkei die Kosten dafür hergibt“[32]).

Zunächst sah es auch danach aus, als ob sein Wunsch sich erfüllen und die Verständigung zwischen Österreich und Rußland gefunden würde. Im Juni 1876 einigten sich Gortschakow und Andrássy in Reichstadt auf ein klar umrissenes Balkanprogramm. So willkommen dies Bismarck an und für sich war, erschrak er doch, als er nicht gleich über dessen Inhalt genau unterrichtet wurde. Die alte Sorge tauchte alsbald in ihm auf, die Einigung der beiden könnte zum Schaden Deutschlands erfolgt sein. Hierüber wurde er zwar rasch durch Andrássy beruhigt, jedoch seine Hoffnung, nunmehr den weiteren Verlauf der Dinge ohne Furcht vor einem Konflikt seiner beiden Partner zusehen zu dürfen, wurde zerstört, da das in Reichstadt aufgestellte Programm auf dem Zusammenbruch der Türkei basierte und statt dessen deren Sieg über die Aufständischen eintrat. Damit erhob sich die Gefahr der russischen Intervention, und aus ihr wieder die des europäischen Konflikts.

Wie ernst sie war, konnte Bismarck deutlich an der Art des russischen Verhaltens ablesen. Zunächst regte Gortschakow an, Deutschland möge zur friedlichen Lösung der Orientprobleme einen allgemeinen Kongreß einberufen. Dem lag, nach Bismarcks Ansicht[33]), nicht ehrlicher Friedenswille zugrunde, sondern der Wunsch, die überragende Stellung des Reiches zu beeinträchtigen. Denn der Vorsitz dieses Kongresses würde ein undankbares Geschäft sein, jede der drei im Orient hauptsächlich interessierten Großmächte würde stärkeren Beistand verlangen, als Deutschland ohne eignen Schaden zu leisten imstande war. Indem Bismarck auf die Gefahr hinwies, daß „unsre drei Freunde: Rußland, Österreich, England den Kongreß in übler Stimmung für uns verließen", warf er helles Licht auf die Absicht, mit ihnen allen nahe genug zu stehen, um sie von Frankreich fernzuhalten. Da er sich dies Ziel nicht aus der Hand winden lassen wollte, entzog er sich dem Ansinnen Gortschakows und nötigte diesen, mit der fortschreitenden Zuspitzung der Lage seine Pläne deutlicher zu offenbaren.

So ist es zu den vielbehandelten Vorgängen des Herbstes 1876 gekommen. Sie gipfelten in der durch General von Werder vermittelten telegraphischen Anfrage aus Livadia, ob Deutschland im Falle eines russisch-österreichischen Krieges die gleiche Haltung einnehmen werde wie Rußland 1870, und in den hieran anknüpfenden Verhandlungen in Petersburg[34]). Die Antwort, die Bismarck zunächst zwar freundlich verklausuliert, dem Sinne nach jedoch eindeutig erteilte, Deutschland könne es nicht ertragen, wenn eine der beiden ihm befreundeten Ostmächte entscheidend getroffen würde, d. h. also, Deutschland werde sich für die Erhaltung Österreichs als Großmacht einsetzen müssen, hat den Zaren tief enttäuscht und dem Teil der russischen Staatsmänner, die sowieso gegen das Zusammengehen mit Deutschland waren, Wasser auf die Mühlen geleitet. Sie diente als Bestätigung ihres Standpunktes und als Werbemittel für neue Anhängerschaft.

Darum fiel auch die Gegenfrage, durch die Bismarck sie ergänzte, ob Rußland im Fall eines Eingehens Deutschlands auf seine Wünsche die Garantie Elsaß-Lothringens übernehmen würde, auf unfruchtbaren Boden. Daß Bismarck sie überhaupt stellte, lag wohl kaum an einer Bereitwilligkeit, bei russischem Entgegenkommen im Widerspruch zu dem soeben erteilten Bescheid Österreich fallen zu lassen, vielmehr hatte es seinen Grund in dem Wunsche, Klarheit über die Grenze zu gewinnen, bis zu der im besten Falle auf russisches Wohlwollen zu rechnen sein würde. Diese Klarheit wurde auch einwandfrei geschaffen, indem Gortschakow, ganz im Einklang mit seiner bisherigen Stellungnahme, es ablehnte, über die Möglichkeit einer solchen Absage an die Hoffnungen Frankreichs auch nur zu verhandeln.

Das Ergebnis war also bloß weitere beiderseitige Verstimmung, und dieser gefährliche Zusatnd wurde auch der Öffentlichkeit erkennbar durch die Moskauer Rede Alexanders II., in der er sich feierlich zum panslawistischen Ideal bekannte. Besonders bedenklich war, daß alsbald das einsetzte, was von nun an ein dauernder Streitpunkt zwischen Deutschland und Rußland geblieben ist und immer wieder eine höchst empfindliche Reibungsfläche gebildet hat: die Verstärkung der westlichen Garnisonen des Zarenreiches, die zu entsprechenden deutschen Gegenmaßnahmen nötigte.

Da dieser Punkt einen der wichtigsten und wundesten im deutsch-russischen Verhältnis darstellt, möchte ich, obwohl sonst in diesem einleitenden Überblick nur die großen Linien herausgearbeitet werden sollen, auf den Eindruck näher eingehen, den sein erstes Auftreten bei den leitenden deutschen Stellen hervorgerufen hat. Der Generalstab meldete sich sofort. Am 26. Januar 1877 übersandte Moltke dem Reichskanzler eine Denkschrift, in der er auf die der starken antideutschen Stimmung in Rußland entspringenden militärischen Vorbereitungen hinwies: „*gerade je trostloser die wirtschaftliche Krisis ist, welche Rußland in diesem Augenblick durchmacht, desto geneigter sind erfahrungsmäßig die leitenden Glieder, einen gewaltsamen Ausweg aus der Kalamität zu suchen*". Nach welcher Richtung dieser Ausweg gesucht werden solle, das ergebe sich aus der Truppenanhäufung an der Westgrenze, wobei der geplante Angriff sich allerdings ebensogut wie gegen Deutschland auch gegen Österreich richten könne.

Da dies militärische Urteil vollständig im Einklang stand zu den politischen Nachrichten aus Rußland, hat Bismarck gemeinsam mit Moltke am 6. Februar dem Kaiser den Ernst der Lage unterbreitet. Sie schlugen vor, zwar von direkten Gegenmaßregeln im Osten abzusehen, da durch sie das Verhältnis zum Zaren in vielleicht nichtwiedergutzumachender Weise verschärft werden könnte, dafür jedoch, weil im Falle des russischen Angriffs auch der französische zu erwarten sei, zunächst das in Elsaß-Lothringen stehende Korps zu verstärken.

Man sollte annehmen, daß angesichts der vollen Übereinstimmung zwischen Kanzler und Marschall, zwischen denen er sonst so oft gütlich hat vermitteln müssen, Kaiser Wilhelm alsbald zugestimmt habe. Statt dessen erging eine kühle, entschiedene Ablehnung: durch die geplante Maßnahme würde eine starke politische, den Frieden gefährdende Erregung hervorgerufen werden; auch rein militärische Gegengründe, daß durch den überstürzten Garnisonswechsel die Ausbildung der Truppen leiden werde, führte der Kaiser ins Feld. Sicher ist für ihn entscheidend gewesen, daß er die Möglichkeit einer von Rußland drohenden Gefahr nicht wahrhaben wollte.

Bismarck und Moltke glaubten jedoch sich nicht beruhigen zu dürfen. Sie gewannen den Beistand des Kriegsministers, General von Kameke, und suchten nunmehr zu dritt in gemeinsamem Bericht die Bedenken zu entkräften. Selbst jetzt aber konnten sie nur einen Teilerfolg erzielen. Zwar erklärte Kaiser Wilhelm, sich angesichts ihrer Einmütigkeit nicht mehr ganz ablehnend verhalten zu können, aber er verbleibe dabei, „*daß bei dem großen Einfluß, welchen auffällige Truppensendungen nach Lothringen auf die politische Situation haben würden, die äußerste Vorsicht in dieser Beziehung um so mehr geboten ist, als ich nach wie vor die Hoffnung auf Erhaltung eines dauernden Friedens nicht aufgebe und als ich jedenfalls in einen abermaligen Krieg nur mit dem Bewußtsein gehen will, daß ich nichts getan habe, um ihn hervorzurufen, und daß ich ihn nicht habe vermeiden können*". Nur einer allmählichen, sukzessiven Verstärkung vermöge er daher zuzustimmen (8. März).

Erst als Reichskanzler, Generalstabschef und Kriegsminister abermals vorstellig wurden mit dem Hinweis, daß die öffentliche Vermehrung „*nicht nur nicht schädlich, sondern selbst empfehlenswert*" sei, da die Geheimhaltung doch nicht gelingen und dann nur Verdacht erzeugen werde, hat er schließlich, nach einem fast vier Monate durchziehenden Hin und Her am 26. Mai eingewilligt.

Hell beleuchtet diese Episode einerseits die Stärke von Kaiser Wilhelms Friedenswillen, andrerseits die Selbständigkeit seines Urteils. Wie er sich damals dagegen gewehrt hat, einer Maßregel zuzustimmen, von der er fürchtete, sie könne sein Verhältnis zu Rußland verschlechtern, ist ein Vorspiel im kleinen zu dem erschütternden Ringen von 1879 um das deutsch-österreichische Bündnis. Auch dies Vorspiel hat damit geendet, daß er sich fügen mußte, und so hat die Kette militärischer Grenzverstärkungen begonnen, die jedesmal von der anderen Seite mit erhöhtem Einsatz beantwortet wurden und die Stimmung verbitterten.

Aber nicht allein zu militärischen, erst recht zu politischen Schutzvorkehrungen hat die mit erschreckender Deutlichkeit an den Tag tretende Tatsache den Anstoß gegeben, wie scharf sich die Gegensätze innerhalb

des Dreikaiserbundes zugespitzt hatten. Der Eindruck dieser Geschehnisse auf Bismarck ist so tief gewesen, daß er schon damals an ein völliges Herumwerfen des Steuers dachte. Und zwar einmal in der Richtung, auf „die alte Idee eines organischen Bundes mit Österreich" zurückzukommen; daneben aber erneut an England heranzutreten, ob sich nicht jetzt dessen vor einem Jahr bewiesenes Widerstreben überwinden ließe, nachdem den britischen Orientinteressen so viel größere Gefahr von Rußland her drohte. Unter Umständen war er also, wie Staatssekretär von Bülow dem Botschafter von Schweinitz schrieb[35]), bereit, sich „mit Österreich und England in Beziehungen einzulassen, die bisher vermieden" waren. Wieder jedoch war das Ergebnis des Anklopfens in London ein rein negatives[36]). Disraeli und Derby, im alten Mißtrauen gegen Deutschland befangen, ließen sich aus ihrer vorsichtigen Zurückhaltung nicht aufrütteln, gaben vielmehr unmißverständlich zu erkennen, daß Deutschland auf bewaffneten Beistand Englands nicht zu rechnen habe.

Nachdem sich derart eine Kombination Deutschland, England und Österreich noch immer als unerreichbar erwiesen hatte, blieb Bismarck nichts anderes übrig, als trotz allem Geschehenen wieder seine ganze Kraft an die Erhaltung des Dreikaiserbündnisses zu setzen. Mit eigener Hand haben ihn also die Engländer in die Richtung gestoßen, die an sich ihnen denkbar unerwünscht war, da die Zerstörung der Einheit der Ostmächte eines ihrer wichtigsten Ziele darstellte. Jedoch sie meinten, alle Versuche, das Dreikaiserbündnis neu zu beleben, als aussichtslos beurteilen zu dürfen; je geringere Aktivität sie an den Tag legten, um so sicherer würde deshalb die erhoffte Wirkung sich einstellen.

Statt dessen schienen zunächst jedoch Bismarcks Anstrengungen von Erfolg gekrönt zu werden, indem Österreich und Rußland sich in der geheimen Konvention vom 18. März 1877 abermals über die Art ihres Vorgehens auf dem Balkan verständigten, etwa auf der Basis des Reichstadter Programms. Und nun, da infolgedessen die Gefahr ihres Konflikts als wesentlich vermindert angesehen werden durfte, nahm Bismarck den Standpunkt ein, daß es dem europäischen Frieden nur dienlich sein werde, wenn dem russischen Expansionsdrang innerhalb des mit Österreich vereinbarten Rahmens ein Erfolg zuteil würde. Stieß unter den neuen Umständen der Zar gegen die Türkei vor, so konnte dies als Ventil dienen, dessen rechtzeitige Öffnung die für den gesamteuropäischen Frieden viel gefährlichere Explosion an den Karpathen verhindern würde.

Daher hielt Bismarck den russisch-türkischen Krieg für unbedenklich, aber von dessen erster Stunde an ist all sein Bemühen darauf gerichtet gewesen, einem Übergreifen über den Nahen Orient hinaus vorzubeugen. Ebenso wie ein russisch-österreichischer Krieg in schärfstem Widerspruch zu Deutschlands Vorteil stand, fürchtete Bismarck auch den russisch-eng-

lischen. Friedliche Vermittlung schien ihm deshalb die Aufgabe, der er sich unterziehen mußte. Sie erwies sich als verhältnismäßig leicht, solange die Türkei mit von niemandem vorhergesehener Widerstandskraft dem Angriff standhielt. In dieser Zeit stand Deutschland als die nicht direkt beteiligte Macht ganz in der von Bismarck gehofften Art im Mittelpunkt des diplomatischen Getriebes. Aller Augen waren ihm zugewendet, da von seiner Haltung so viel abhing, und als im April die Gerüchte von Bismarcks aus innerpolitischen Reibungen hervorgegangenem Rücktrittsgesuch — das Kaiser Wilhelm mit seinem „Niemals" beantwortete — ins Ausland drangen, da hat die ihm sonst so wenig freundliche „Times" geschrieben, falls er wirklich gehe, so erfordere es das gesamteuropäische Interesse, daß er unverzüglich das Kanzleramt von neuem übernähme; Europa könne ihn nicht entbehren.

Insofern als Deutschlands überragender Einfluß derartige Anerkennung erfuhr, waren die Dinge ganz nach Bismarcks Wünschen gegangen. Damals hat er sich dem Auswärtigen Amt zu dem hohen Ziel seines Europa umspannenden Systems bekennen können in dem Kissinger Diktat vom 15. Juni 1877[37]). Es stellt noch einmal das Programm auf, die im Orient unmittelbar interessierten Großmächte auf Kosten der Türkei zu befriedigen, spricht auch aus, daß durch den englischen Griff nach Ägypten gleichzeitig ein Keil zwischen die Westmächte getrieben werden solle, und entwirft als Ziel das Bild „nicht irgendeines Ländererwerbs, sondern einer politischen Gesamtsituation, in welcher alle Mächte außer Frankreich unser bedürfen und von Koalitionen gegen uns durch ihre Beziehungen zueinander nach Möglichkeit abgehalten werden".

Durfte Bismarck sich damals der Verwirklichung dieses Idealprogrammes nahe fühlen, so trat der denkbar schwere Rückschlag ein, als schließlich die Türkei doch zusammenbrach und Rußland sich nach dem vollen Erfolg seiner Waffen nicht mehr an die vorher eingegangenen Verpflichtungen gebunden fühlte. Der Vertrag von San Stefano ließ die Vereinbarung mit Österreich genau so außer acht wie die Wünsche Englands und stellte sich damit in krassesten Widerspruch zu dem von Bismarck vertretenen Gedanken der etwa gleichmäßigen Machtsteigerung aller drei Mächte auf Kosten der Türkei. Es war der Versuch, die russische Alleinherrschaft auf dem Balkan aufzurichten, und Petersburg rechnete darauf, daß vor dem fait accompli, dessen Macht sich in der Geschichte der Diplomatie immer wieder gezeigt hat, Europa sich beugen werde. Diesmal jedoch war schärfster und offensichtlich nicht nur papierner Protest sowohl von Wien wie von London die Folge, die Gesamtheit der Mächte stand unmittelbar am Rande des Kriegs. Aller geleistete diplomatische Aufwand war wertlos geworden, an die Stelle des ordnenden und sichernden Prinzips war mit einem Schlage durch den Triumph des Panslawismus das Chaos getreten.

Von Dauer durfte dieser Zustand nicht sein, sollte er nicht auch für Deutschland zu ernster Schädigung führen. Im Augenblick allerdings hatte er die vorteilhafte Wirkung, daß bei der Auflösung aller bisher bestehenden Bande dem Reich erst recht die Rolle des allgemein Umworbenen zufiel. Sie sich zu erhalten, dazu sollte wieder unbedingte Unparteilichkeit dienen; mit ihrer Hilfe winkte auch die Aussicht, in alter Art nach allen Richtungen hin Beziehungen anzuknüpfen und so zum großen System zurückzukehren. Aller Beteiligten Freund zu bleiben und keinem von ihnen sich allein zu verschreiben, war Bismarcks Wille.

Deshalb hat er Österreich klar darauf hingewiesen, daß es sich für eine Politik aktiven Vordringens auf dem Balkan, ohne Rücksicht auf die russischen Ansprüche, Rückhalt nicht bei Deutschland, sondern bei England suchen müsse, mit dem es die Gemeinsamkeit des Wunsches verband, den Zaren nicht zu groß werden zu lassen. Während Bismarck früher, solange dem Dreikaiserbündnis reale Bedeutung innewohnte, eine direkte Verständigung zwischen Wien und London nicht gern gesehen hatte, legte er sie Österreich jetzt nahe, weil sie, ohne sein eigenes Verhältnis zu Rußland zu gefährden, geeignet war, den Panslawismus einzuschüchtern, und weil sie eventuell auf Umwegen doch noch das zu schaffen vermochte, was er selbst direkt von England nicht hatte erreichen können. So hat er von nun an, noch vor wie dann nach dem Abschluß des Bündnisses, dauernd die Linie innegehalten, Österreich jede Sicherheit gegen einen russischen Angriff zuzusagen, aber ebenso außer Zweifel zu stellen, daß ein eigener Vorstoß der Donaumonarchie auf ihre alleinige Gefahr vorzunehmen sei, wenigstens soweit Deutschland in Frage kam. In seiner Reichstagsrede vom 19. Februar 1878, in der er der Welt die Grundlinien seiner Politik darlegte, wendete er sich an Österreich mit dem Satz: „Längst hätte sich jeder Staatsmann in Österreich-Ungarn sagen müssen: zu fürchten haben wir Deutschland nicht, positiv zu hoffen von ihm nur das eine, daß es nie die Zerstörung der Monarchie durch Rußland zulassen werde".

Obwohl der mühsam errichtete Bau in sich zusammengestürzt war, minderte sich also Bismarcks Einfluß mitnichten. Dessen Reichweite beruhte in dieser Übergangszeit, bis etwas festes Neues geschaffen war, auf seinem Standpunkt zwischen und über den Parteien. Je schwerer aber Deutschlands Wort ins Gewicht fiel, um so größer wurde seine Verantwortlichkeit für die zukünftige Gestaltung, die dem Chaos ein Ende zu machen haben würde, und so hat Bismarck schließlich, nachdem kein anderes Mittel, die Beteiligten zu direkter Verständigung untereinander zu bewegen, mehr verfing, sich doch entschließen müssen, das zu tun, was er 1876 mit gutem Grunde von sich gewiesen hatte: den Vorsitz eines gesamteuropäischen Kongresses zu übernehmen.

Er tat es im vollen Bewußtsein der bedenklichen Konsequenzen, die sich möglicherweise einstellen würden. Aber er tat es, weil sonst der Krieg unvermeidlich war, den zu verhindern er damals mit Rücksicht auf die inneren Verhältnisse im Reich — auf der Höhe des Kulturkampfs, im Beginn des Gegenstoßes gegen die Sozialdemokratie, bei der Erschütterung der Wirtschaft durch den der Gründerzeit folgenden Rückschlag und bei ihrer einsetzenden grundsätzlichen Umstellung — mehr denn je für notwendig hielt.

Schon die bloße Aussicht auf das Zusammentreten des Kongresses genügte, um den Gegensätzen der Mächte das Schlimmste an Schärfe zu nehmen. Denn bei der Gefahr, sonst auf ihm in unangenehmste Lage zu geraten, verständigten sich zunächst England und Rußland über die Grundzüge des auf ihm Festzusetzenden, sodann England und Österreich, so daß die mit Rußland getroffene Abmachung keine Spitze gegen die Donaumonarchie besaß. Schon bevor die Staatsmänner Europas sich in Berlin versammelten, hatte sich der Zar verpflichtet, die Bedingungen von San Stefano erheblich herabzuschrauben, und erst als dies feststand, als demnach mit relativ glattem Verlauf gerechnet werden durfte, hat Bismarck die offizielle Einladung ergehen lassen.

Trotzdem sind die befürchteten Folgen eingetreten: Rußland fühlte sich durch den Kongreß tief enttäuscht und vergewaltigt, sein Groll richtete sich nicht so sehr gegen die eigentlichen Opponenten, sondern gegen den Präsidenten, von dem es wirkungsvolleren Beistand erwarten zu dürfen gemeint hatte. Das Dreikaiserbündnis ist zerbrochen.

Diese Wirkung steht fest. Ist deshalb die herbe Kritik berechtigt, die nach dem Beispiel Kaiser Wilhelms II. und Holsteins an Bismarcks Kongreßpolitik geübt worden ist? Die Antwort hierauf leitet hinüber zu der unmittelbaren Vorgeschichte des deutsch-österreichischen Bündnisses.

3. Die Wirkungen des Berliner Kongresses

Betrachten wir zunächst die Vorgänge, in denen sich die Abwendung Rußlands vom Dreikaiserbündnis offenbart hat[38]). Der erste Eindruck des Kongreßergebnisses auf den Zaren ist offenbar keineswegs ein ungünstiger gewesen. Jedenfalls hat der Hausminister Graf Adlerberg Herbert Bismarck erzählt, beim Eintreffen der Nachricht habe Alexander II. ausgerufen: *„Gott sei Dank, wir können sehr zufrieden sein*[39]);" Damit hat er sich also ganz die Auffassung Peter Schuwalows angeeignet. Dann aber machte sich bei dem schwankenden Mann der entgegengesetzte Einfluß geltend, Gortschakows Berichte, zusammen mit den Einflüsterungen der Hofgesellschaft, führten zu scharfem Wandel. Sie steigerten ihn in Zorn und Enttäuschung hinein, und die ihn nunmehr beherrschende Stimmung wurde in der nächsten Zeit neu genährt durch eine ganze Reihe von mehr oder minder ernsten Zwischenfällen.

Ihr größter Teil hat sich ergeben aus der Arbeit der Kommissionen, die das in Berlin Beschlossene durchzuführen hatten. Daß auf dem Kongreß etwas Endgültiges gefunden sei, sich solcher Hoffnung hinzugeben, war Bismarck weit entfernt[40]). Am Tage nach dem feierlichen Schluß hat er vielmehr die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" schreiben lassen: „Von den Staatsmännern, welche hier versammelt gewesen, ist wohl keiner der Meinung gewesen, ein Werk geschaffen zu haben, welches auch nur ein Menschenalter fortdauern wird" (14. Juli 1878). Die Hauptsache war ihm, den Frieden zu retten; dann würde vielleicht später, in verbesserter Atmosphäre, sich auch die Möglichkeit gründlicherer Bereinigung einstellen. Der Friede war gewahrt, das unmittelbare Ziel erreicht. Aber eine wirkliche, grundsätzliche Verständigung der direkt Interessierten war nicht gelungen, und deshalb blieb der schwüle Druck, der es nicht gestattet hat, zum abschließenden Bau auf den vom Kongreß gelegten Fundamenten zu gelangen. Bismarck hat sich nicht darüber getäuscht, daß jeden Augenblick die Kluft sich wieder auftun könne.

Eine schlimme Überraschung war ihm aber doch die Schnelligkeit, mit der sich diese Gefahr einstellte. Der nachträgliche Widerstand der Türken gegen die ihnen in Berlin auferlegten Opfer, obwohl diese die des Vertrages von San Stefano erheblich gemindert hatten, führte alsbald zu erneuten Differenzen zwischen den Großmächten. Am wichtigsten erwiesen

sich dabei vorläufig die Fragen der Grenzregulierung zwischen der Türkei einerseits, Griechenland und Montenegro andererseits; wir werden ihnen noch durch Jahre hindurch begegnen. Dazu kam die Fülle von Einzelheiten als Folge der Verselbständigung der Balkanstaaten. Der Zwist über die inneren Zustände von Rumänien, Serbien und Bulgarien, ihre wirtschaftlichen Bedürfnisse, ihre Abgrenzung sowie ihr Verhältnis untereinander und zu den Großmächten wies immer wieder auf das dahinterstehende eigentliche Problem zurück, die Demarkation des vorherrschenden Einflusses, und hierbei machte Rußland, genau wie die Türkei, den Versuch, einen Teil des in Berlin verlorenen Bodens zurückzugewinnen.

So stark erwiesen sich die aus all diesen Differenzen erwachsenden Schwierigkeiten, daß bereits im März 1879 zwischen Peter Schuwalow und Lord Salisbury die Zweckmäßigkeit einer allgemeinen Nachkonferenz in Paris oder Berlin zu ihrer Behebung erörtert wurde[41]). Bismarck verhielt sich dazu nicht grundsätzlich ablehnend, ließ aber erklären, falls die Wahl auf Berlin falle, so könne nicht auf seine persönliche Mitwirkung wie beim Kongreß gerechnet werden, da er zu sehr durch andere Geschäfte in Anspruch genommen sei. Dies war natürlich ein Vorwand; sein wahrer Grund, schrieb er an Münster, seien die schlechten Erfahrungen mit den Russen. Sicher ist es ihm erwünscht gewesen, daß der Plan sich zerschlug.

Statt dessen hat er sich bemüht, alle die auf dem Balkan auftauchenden Einzelfragen als solche zu behandeln und keine allgemeine Bedeutung gewinnen zu lassen. Ihm kam es darauf an, durch diese speziellen Entscheidungen nicht den Sinn der Kongreßbeschlüsse in Frage stellen zu lassen, weil sonst der ganze Streit von neuem losgegangen und alle aufgewendete Mühe umsonst gewesen wäre. Sein Mittel dabei war wieder das alte, die eigene Stellungnahme für eine der Parteien zu vermeiden. Abermals jedoch meinte Rußland bei ihm nicht das Maß des Wohlwollens zu finden, auf das es glaubte Anspruch zu haben.

Unter diesem Eindruck mehrten sich in der russischen Presse die sich gegen Deutschland wendenden Stimmen, während zunächst im Verlauf des Kongresses und gleich nach ihm nur vereinzelte Fanatiker in derartigem Sinn hervorgetreten waren[42]). Schon am Neujahrstag 1879 fühlte Bismarck sich daher genötigt, Artikel zu veranlassen, „*ob die russische Presse denn wirklich glaube, daß wir Rußlands orientalische Kriege zu den unsrigen machen sollten und etwa Krieg mit Österreich und England führen ohne jedes eigne Interesse, lediglich aus Liebe für die Interessen andrer: ob wir die Hand dazu bieten sollten, Österreich und England zu bekämpfen und nachher abzuwarten, ob sich die russische Politik von 1875 in Gestalt eines französischen Bündnisses nach Gelegenheit verwirklichte oder die Drohung damit doch als Pression gegen uns angewendet würde*“[43]).

Aber der deutsche Widerspruch verschärfte bloß zum Kummer des Botschafters von Schweinitz den Ton der russischen Presse, der sich zu hoher Erregung steigerte, als Anfang Februar bekannt wurde, daß Österreich in den Wunsch Bismarcks eingewilligt hatte, den die Volksabstimmung in Nordschleswig vorsehenden Artikel V des Prager Friedens aufzuheben. Nun konnte es so dargestellt werden, als ob Deutschland aus dem Grunde nicht stärker für Rußland eintrete, weil es von Österreich seinen Lohn empfangen habe. Des weiteren schuf die neue deutsche Schutzzollgesetzgebung mit ihren wirtschaftlichen Folgen böses Blut, und in gleichem Sinne wirkten die Sperrmaßnahmen, die Deutschland und Österreich gemeinsam gegen das Auftreten der Pest in Rußland ergriffen. Durch sie wurde der Eindruck hervorgerufen, „daß Deutschland einen erwünschten Vorwand hastig benutze, um die Verlegenheiten Rußlands zu erhöhen"[44]), Gortschakow nahm sie auch zum Anlaß eines offiziellen Protestes in Berlin[45]), den der Botschafter Oubril in so scharfer Form ausrichtete, daß Bismarck sie mit der berühmten Neujahrsansprache Napoleons III. 1859 an den österreichischen Gesandten Hübner verglich[46]) und Schweinitz anweisen ließ, amtlich darauf nicht einzugehen: „*der Ton des Auftrags, der von dem russischen Reichskanzler erteilt und von dem Botschafter ausgerichtet worden ist, ist derart, daß er, wenn überhaupt, nur in sehr ernster Weise releviert werden könnte, und dazu erscheint die Sache nicht angetan*"[47]). Offenbar hat die Gemeinsamkeit des deutschen Vorgehens mit Österreich in den Russen einen besonderen Stachel hinterlassen.

Daß das eigentlich treibende Element bei der Stellungnahme gegen die Mittelmächte in Gortschakow persönlich zu erblicken sei, darin stimmten Bismarck und Andrássy überein, und obwohl der letztere ihn für „*ganz fertig*" und „*vollkommen inept*" hielt, nahm der deutsche Reichskanzler die Angelegenheit so schwer, daß er sich zu einem ganz ungewöhnlichen Schritt entschloß: durch General von Werder, der durch seine Attachierung an den Zaren persönlich noch bessere Gelegenheit zu vertraulicher Aussprache als der Botschafter besaß, ließ er Kaiser Alexander unterbreiten, erst wenn Fürst Gortschakow nicht mehr Außenminister sei, könnten die Beziehungen sich bessern. Gleichzeitig wies er andererseits Andrássy noch einmal energisch auf die Notwendigkeit der Verständigung mit Rußland hin, jedoch unter dem ausdrücklichen Zusatz, daß hierin „keine Aufforderung für Österreich liege, intimere Beziehungen zu England zu vermeiden; in unsern Augen seien solche nicht fehlerhaft"[48]).

Der Zar nahm die Mitteilung Werders zwar „*sehr gnädig*" auf[49]), ist jedoch zweifellos bei seiner Empfindlichkeit sehr wenig angenehm berührt gewesen. Jedenfalls hat er den Wink praktisch unbeachtet gelassen und im Gegenteil geduldet, daß abermals das besonders gefährliche Spannungsmoment der Rüstungsverstärkung eingeschaltet wurde. Der Petersburger

Militärattaché von Lignitz meldete am 20. April den Beschluß, 152 Regimenter mit einem vierten Bataillon auszustatten. „*Es war diese Maßregel seit längerer Zeit vorherzusehen, es ist aber überraschend, daß man bei den gegenwärtigen finanziellen Zuständen und noch ehe die Armee als retabliert anzusehen ist, eine so wesentliche und kostspielige Veränderung mit einem Schlage ins Leben treten läßt*". Er berechnete, daß seit dem Sommer 1878 die Friedensstärke der russischen Armee um 58000, die Kriegsstärke um 420000 Mann erhöht worden sei[50]). General von Werder allerdings, der ebenso wie der Botschafter immer einem gewissen Optimismus hinsichtlich der russischen Pläne zuneigte, glaubte der Maßnahme keine politische Bedeutung unterschieben zu müssen, aber Lignitz blieb bei seinem Urteil, der Kriegsminister Miljutin „*organisiere das Gewicht der achtzig Millionen Menschen, als wenn es sich um eine neue Völkerwanderung nach Westen handle*"[51]).

In Berlin machte man sich auch, wohl selbstverständlicherweise, die Lignitzsche Ansicht und nicht die Werders zu eigen. Wie im Januar 1877 wies Moltke Bismarck auf die Gefahr hin, die in solchen Maßnahmen des Nachbarn liege, und wieder stimmte ihm der Reichskanzler bei[52]).

Im ganzen ergibt sich also ein überaus unerfreuliches Bild der russisch-deutschen Beziehungen während dieser Monate. Von Bündnis konnte keine Rede mehr sein. Wenn auch nicht anzunehmen war, daß ein direkter Angriff unmittelbar bevorstehe, so mußten doch die politischen Berechnungen die Möglichkeit miteinstellen, daß Rußland den Mittelpunkt einer gegen Deutschland gerichteten Koalition abgeben könne.

Das war die große neue Tatsache, die Bismarck nötigte, sein Werk von Grund aus umzubauen. Noch gab er Rußland allerdings nicht endgültig verloren, seine Anstrengung ging dahin, es zur Rückkehr in die frühere Bahn zu bewegen. Jedoch der Erfolg dieses Mühens war zweifellhaft, und so sah er sich veranlaßt, für den ungünstigsten Fall Schutzmaßnahmen zu treffen. Der an Bismarcks Kongreßpolitik geübten Kritik liegt also die unbestreitbare Tatsache zugrunde, daß das Verhältnis zu Rußland sich unmittelbar danach in einer den eigentlichen Wünschen des Kanzlers genau zuwiderlaufenden Richtung entwickelt hat. Insofern scheint sie berechtigt, zumal sie sich sogar auf sein eigenes Wort stützen kann: „Die größte Torheit meines politischen Lebens war der Berliner Kongreß. Ich hätte Rußland und England sich raufen und gegenseitig auffressen lassen sollen, wie die zwei Löwen im Walde, von denen nur die zwei Wedel übriggeblieben. Dann hätten wir jetzt mehr Einfluß, Ruhe und weniger Gefahr. Aber ich habe damals Politik gemacht wie ein Stadtverordneter"[53]).

Indessen schon diese Ausdrucksweise — ganz abgesehen davon, daß genau gegenteilige Äußerungen existieren — zeigt deutlich, daß es ihm mit der Selbstverdammung nicht recht ernst gewesen ist, und in der Tat besteht sie auch nicht zu Recht. Was wäre denn eingetreten, wenn er wirklich den

Versuch gemacht hätte, durch die gegenseitige Schwächung Englands und Rußlands schiedsrichterliche Macht zu gewinnen?

Zunächst einmal wäre der Krieg mit Sicherheit nicht auf die beiden großen Weltmächte beschränkt geblieben, sondern wie die Dinge lagen, wäre Österreich so gut wie automatisch in ihn hineingezogen und damit die Aussicht für Deutschland vernichtet worden, als tertius gaudens untätig zuzusehen. Bismarcks oberstes Ziel, die Erhaltung des Friedens, wäre verlorengegangen.

Gerade dies jedoch, daß er so starr am Frieden festgehalten hat, ist ihm — wir sprachen schon davon — als Sünde angerechnet worden. Prüfen wir, ob ein solches Urteil für die Lage von 1878 zutrifft. Die Alternative bei aktivem Handeln war: für oder gegen Rußland.

Rußland zur Seite zu treten, würde England und Österreich, denen in diesem Fall sich Italien und die Türkei beigesellt hätten, zu Feinden Deutschlands gemacht und in die Arme Frankreichs getrieben haben. Das Reich wäre in die Lage geraten, den ganzen unmittelbaren Druck dieser vereinigten Gegnerschaft aushalten zu müssen mit alleinigem Rückhalt an einem Partner, dessen bisheriges Verhalten deutlich an den Tag gelegt hatte, daß er seinerseits kein allzu starkes Interesse an einem wirklich mächtigen Deutschland besaß. Um nicht vereinzelt zu sein, hätte es sich dann den Wünschen, die Rußland an es herangebracht hätte, unbedingt gefügig zeigen müssen. Es bedarf nur dieser kurzen Feststellung, um die Unmöglichkeit solcher Haltung zu erweisen.

Die Mehrzahl derer, denen Bismarcks Vorgehen falsch erscheint, neigt daher auch dazu, die entgegengesetzte Stellungnahme, die gegen Rußland, als die gegebene zu bezeichnen. Als ob der Krieg gegen Rußland, selbst im Bunde mit England und Österreich, also wirklich unter einem Minimum von Risiko, zu dauernder Befriedung geführt hätte! Auch bei ihm wäre vom Zarenreich — wie natürlich erst recht bei einem bloß englisch-russischen — mehr als der „Wedel" übriggeblieben, dann aber das Ziel, Frankreich nicht zum Anschluß an Bundesgenossen gelangen zu lassen, unerreichbar geworden. Haben wir doch erlebt, wie selbst der völlige staatliche Zusammenbruch und der revolutionäre Aufbau auf ein im tiefsten krankes Prinzip Rußland nicht aus der Reihe der Weltmächte hat endgültig ausschließen können. Hinzu kam, daß ein vom russischen Druck befreiter Habsburgerstaat keineswegs mehr als unter allen Umständen gefeit gegen französisches Werben anzusehen gewesen wäre. Auch hier also erhoben sich überaus ernste Perspektiven. Jede kriegerische Politik würde, bei noch so glänzendem Erfolg im Augenblick, auf lange Sicht wieder zu dem geführt haben, was Bismarck als besonders bedrohlich betrachtete: zum Zerfall Europas in feindliche Koalitionen.

Auf dem Wege über den Kongreß aber war es nicht unmöglich, trotz allen Hemmnissen zu der Bismarck als ideal vorschwebenden „Gesamtsituation" wieder zurückzukommen, und tatsächlich hat das Treffen aller leitenden Staatsmänner den Ausgangspunkt gebildet, von dem der Kanzler sie verwirklicht hat, wenn auch erst allmählich, auf mühseligen Umwegen und unter größten Schwierigkeiten.

Insbesondere bot sich hier Gelegenheit, einen unwiderleglichen Beweis für Ehrlichkeit und Stärke des deutschen Friedenswillens zu erbringen und die Verleumdungen handgreiflich zu entkräften, daß Deutschland nur darauf laure, die andern untereinander zu entzweien, um selbst die Hegemonie an sich zu reißen. Schon durch die Konstanz und Aufrichtigkeit seiner Vermittlung seit dem Ausbruch der orientalischen Krisis, unter Verzicht auf jeden eignen Erwerb, hatte sich der lastende Druck des Mißtrauens erheblich gelockert, vor allem die englischen Staatsmänner hatten begonnen, ihr bisher so stur festgehaltenes Urteil zu revidieren. In dieser Hinsicht konnte der Kongreß weitere wichtige Fortschritte bringen und hat sie gebracht. Die Anklagen gegen Bismarcks Machthunger und Ländergier mußten in ernst zu nehmenden Kreisen verstummen. Fortan hat sich der politische Gegensatz gegen Deutschland, solange Bismarck dessen Steuer führte, auf andere Vorstellungen aufgebaut, als sie seit 1871 üblich gewesen waren.

Denn bei der persönlichen Aussprache aller leitenden Staatsmänner Europas konnte sich Bismarcks höchste Kunst, die der Menschenbehandlung im diplomatischen Spiel, entfalten und wertvolle Früchte zeitigen. Mit Ausnahme von Gortschakow und den Panslawisten haben sie alle Berlin beruhigt über Deutschlands Absichten verlassen.

Besonders eng ist das Verhältnis zu Andrássy geworden. Durch die Okkupation Bosniens und der Herzegowina hatte sich Österreichs Gesicht noch stärker dem Balkan zugewendet, so daß es noch mehr auf Deutschlands Freundschaft angewiesen war, und andrerseits verstärkte Bismarck, entsprechend der zunehmenden Abkühlung seiner Beziehungen zu Rußland, die Gewichte auf der Waagschale zugunsten Österreichs. Schon kam er wieder auf den Gedanken zurück, den er im Januar 1877 erwogen hatte, einen organischen, nur mit Zustimmung der Parlamente lösbaren Bund zu errichten[54]). Dem französischen Botschafter bezeichnete er am 27. Juni 1879 die enge Entente mit Österreich als „die jetzige und künftige Basis seiner ganzen Politik — n'en déplaise aux gens de la Néva"[55]). Jetzt lag ihm auch nichts mehr daran, die Verständigung zwischen Wien und Petersburg zu fördern; im Gegenteil schien sie, seitdem Rußland sich so kalt zu Deutschland stellte, geradezu gefährlich, da sie sich unter diesen Umständen leicht auf seine Kosten hätte vollziehen können. Deswegen erklärte er jede positive Einwirkung zu diesem Zweck als außerhalb der Aufgabe der deutschen Diplomatie liegend[56]), während sie bisher ihm so wichtig gewesen war.

Die ganze Tiefe des Umschwungs tritt uns hier unmittelbar entgegen. Seine Instruktion an die Vertreter in den verschiedenen Balkankommissionen ging infolgedessen dahin, sich möglichst eigener Stellungnahme zu enthalten und nur das zu unterschreiben, worauf Österreich und Rußland sich geeinigt hätten, aber auf jeden Versuch zur Herbeiführung dieser Einigkeit zu verzichten.

Demonstrativen Ausdruck hat das Heranrücken an Österreich gefunden in dem Treffen der beiden Kaiser in Gastein zu Anfang August 1879, also noch unmittelbar vor Ausbruch der eigentlichen Krisis mit Rußland. Schon die Vorbereitungen waren von besonderer Wärme getragen, denn auf die Ankündigung, daß Franz Joseph Kaiser Wilhelm in Gastein besuchen wolle, schlug dieser stattdessen ein Treffen in Salzburg vor, weil an diesen Ort sich nicht für beide so schmerzliche Erinnerungen knüpften[57]). Als aber Franz Joseph sich nicht abhalten ließ, verlief die Begegnung „*beiderseits unverkennbar herzlich*". Wiederholt dankte Österreichs Monarch sowohl Kaiser Wilhelm wie dem Staatssekretär von Bülow für die vielfache Unterstützung[58]).

Diese Intimität mit Österreich bestätigte und vertiefte nur eine schon seit längerer Zeit sich abzeichnende Linie. Wirklich einschneidenden Wandel dagegen brachte der Kongreß in der Haltung Englands: für den Rest der Amtszeit des Kabinetts Beaconsfield hat ein völlig veränderter Ton die englisch-deutschen Beziehungen beherrscht. Obwohl die Behauptung bestimmt unrichtig ist, daß schon während des Kongresses Bündnisverhandlungen zwischen Bismarck und Beaconsfield gespielt hätten, eröffnete sich doch die Aussicht, wenn wirklich der unerwünschte Fall eintreten und Rußland sich gänzlich entziehen sollte, vollwertigen Ersatz zu finden und immer noch „à trois" zu bleiben. Ohne die direkte Fühlungnahme, bei der sowohl der deutsche wie der britische Staatsmann von der Persönlichkeit des andern gefesselt wurden und sich von Vorurteilen freimachten, würde dies sicher nicht eingetreten sein. Sahen wir doch, wie ablehnend bisher die englische Regierung sich allen werbenden Schritten Bismarcks gegenüber verhalten hatte. Jetzt aber legte sie in betonter Weise ihren Willen an den Tag, den Wünschen des Reichskanzlers zu entsprechen. In der Frage der Anerkennung Rumäniens und Serbiens ging sie genau parallel mit ihm vor, beide bestanden auf der vorherigen Erfüllung der in Berlin den befreiten Staaten auferlegten wirtschaftlichen und verfassungsrechtlichen Verpflichtungen.

Englands Interesse verlangte, daß nicht wieder ein Steg über den Abgrund gelegt werde, der sich zwischen den Kaisermächten aufgetan hatte. Deshalb war es ein suggestiver Satz, wenn Beaconsfield am 13. Juli 1879 an Bismarck schrieb: „Ihre und meine Ehre sind an die Ausführung des Vertrages gebunden, und ein Mann wie Sie wird nicht zusehen, wie die

Beschlüsse eines Kongresses umgangen werden, dem er selbst präsidiert hat"[59]). Immerhin wurde dabei doch die enge Verbundenheit beider Länder betont, eine ganz andere Note war in das deutsch-englische Verhältnis hineingekommen. Hier lag ein außerordentlich wichtiger direkter Ertrag der Kongreßpolitik.

Indessen sogar noch weitere Horizonte erschlossen sich dem deutschen Kanzler: auch die Beziehungen zu Frankreich gestalteten sich völlig neu. Nachdem die Republikaner in der schweren inneren Krisis des „16. Mai" den entscheidenden Sieg über Präsident MacMahon und die hinter ihm stehenden Rechtsparteien davongetragen hatten, durfte die von Bismarck stets als unmittelbare Kriegsgefahr betrachtete monarchisch-klerikale Restauration als ausgeschlossen angesehen werden. Da aber unter den Siegern sich alsbald — Gambettas Wort bestätigend: „le péril est passé, les difficultés commencent" — Parteistreitereien eingestellt hatten, welche die äußere Schlagkraft des Landes schwer schädigten, war Frankreich wieder darauf angewiesen, nicht in Zwist mit dem starken Nachbarn zu geraten.

Grévy, als Präsident der Republik, und Waddington, erst als Außenminister, dann als Ministerpräsident, sahen daher die Erhaltung des Friedens als ihre oberste Aufgabe an und suchten zu diesem Zweck über das Stadium fortwährender Kriegsgefahr mit Deutschland hinwegzukommen. Bereitwillig kam Bismarck ihnen dabei entgegen, stets voller vorsichtiger Zweifel, ob die Basis wirklicher Verständigung zu finden sein werde, aber auch stets gewillt, seinerseits nichts zu tun, was solche erfreuliche Aussicht verschüttet hätte[60]). Daher hat er von jetzt an für die ganze Zeitspanne, während derer dies Buch sein Handeln begleitet, den Gedanken in die Praxis umgesetzt, mit dem er sich theoretisch schon lange, schon seit 1874, beschäftigte: Frankreich überall dort, wo ihm Erfolge winkten, die vielleicht seine Aufmerksamkeit von den Vogesen abzuziehen vermöchten, nicht bloß freie Hand zu lassen, sondern sogar beizustehen, soweit es mit den eigenen deutschen Interessen zu vereinbaren war. Immer aufs neue wird uns dies Prinzip entgegentreten, das er einmal dahin formuliert hat: „Unser Verständigungsgebiet mit Frankreich erstreckt sich von Guinea bis nach Belgien hinan und deckt alle romanischen Lande; nur auf deutsche Eroberungen braucht Frankreich zu verzichten, um uns befreundet zu bleiben. Je weniger wir ihm Einbrüche nach Osten hin gestatten können, desto mehr sind wir bereit, ihm zu Entschädigungen in jeder anderen Richtung zu helfen. Wenn daher Frankreich die Ausbreitung seiner politischen Operationsbasis als sein Interesse erachtet, so kann es dafür nicht nur auf unsre Enthaltung, sondern unter Umständen sogar auf unsre Rückendeckung rechnen, sofern nur unsre Stellung in Deutschland und unser einziger Anspruch, Herren im eignen Hause zu sein, nicht gefährdet wird"[61]).

Auch hier wieder ist ex post die Kritik geübt worden, daß Bismarck auf diese Weise mit eigener Hand den unversöhnlichen Gegner gestärkt habe. Gewiß ist das richtig — wir kommen noch näher darauf zurück —, aber hat es nicht in der Weltgeschichte andre Gegnerschaften gegeben, die als völlig unüberbrückbar galten und die dennoch sogar in aktive Waffenbrüderschaft verwandelt werden konnten? Der Staatsmann, dem das gelungen ist, wird mit Recht hoch gefeiert, und den Versuch zu unterlassen, resignierend die Hände einfach in den Schoß zu legen, würde doch wohl kaum als Musterbeispiel vorausschauender Politik bezeichnet werden dürfen. Ganz unlogisch aber ist es, wenn dieser Vorwurf im gleichen Atem mit dem andern erhoben wird, daß Bismarck versäumt habe, Rußland zu bekriegen. Hätte es ein sichereres Mittel gegeben, Rußland und Frankreich aneinanderzuschmieden? Für die Aufgabe jedenfalls, die Bismarck seiner Politik setzte, den Gegner nicht zu Bundesgenossen kommen zu lassen, hat er in diesem seinem Verhalten gegen Frankreichs koloniale Unternehmungen eine wirkungsvolle Handhabe gefunden.

Auf dem Kongreß ist sie zur ersten praktischen Anwendung gelangt, indem Bismarck sich bereit erklärte, einem eventuellen Griff Frankreichs nach Tunis keine Schwierigkeiten zu bereiten, und in den folgenden Monaten ist dies Versprechen mehrfach erneuert worden. Er wollte eben nicht, daß in den Franzosen das bittere Gefühl entstünde, aus der orientalischen Krisis ohne jeden Gewinn hervorgegangen zu sein, während die andern sich stärkten, genau wie er keinen Einwand erhoben haben würde, wenn Italien aus dem gleichen Grunde sich Tripolis angeeignet hätte[62]). Aber er stieß alsbald auf den Verdacht, der dann in all den Jahren bis 1885 sich immer wieder störend geltend gemacht hat, auf diese Weise Frankreich in Zwistigkeiten verwickeln zu wollen. Zu einem Teil wenigstens ist dieser Verdacht, den Clemenceau einmal entsprechend dem Vergilischen „Timeo Danaos et dona ferentes" (Justice vom 9.⅁. 81) in die Worte gekleidet hat: „Wenn Gaben von Herrn von Bismarck geboten werden, sind sie in unseren Augen besonders verdächtig", ja auch zweifellos, wie wir bereits gesehen haben und noch zu verfolgen haben werden, berechtigt gewesen. Den Einschub einer neuen Reibungsfläche zwischen Frankreich und den andern Mittelmeermächten sah Bismarck als deutschen Vorteil an. Aber sein eigentliches Ziel, um dessentwillen er diesen Vorschlag machte, war dies nicht. Im Augenblick beabsichtigte er, Frankreich eine es von Elsaß-Lothringen ablenkende Genugtuung zu verschaffen und hat deshalb auch den Engländern nahegelegt, es in Tunis nicht zu genieren.

Das hat auch sowohl Waddington wie sein Berliner Botschafter, Graf Saint-Vallier, durchaus anerkannt, wie der Brief des Ministers vom 2. Januar 1879[63]) zeigt: Bismarck wünsche Frankreich in Tunis zu sehen, „non pas pour nous chercher querelle, mais pour détourner nos préoccupations et

notre amour propre de l'Alsace-Lorraine . . . Je n'ai pas oublié sa promesse de nous aider en tout ce qui n'était pas contraire aux intérêts de l'Allemagne; de son côté il peut continuer à compter sur les assurances que je lui ai données et que le Gouvernement est plus décidé que jamais à entretenir les meilleurs rapports possibles avec l'Allemagne". Wenn auch die Mehrheit der Franzosen sich in ihrem Mißtrauen nicht erschüttern ließ, so war es doch von gewaltigem Schwergewicht, daß amtlich in Paris ein solcher Ton gegen den Sieger von 1871 angeschlagen werden konnte. Bismarcks Antwort fiel daher auch mit ungewöhnlicher Wärme aus: „Mr. Waddington au ministère et vous ici, êtes à mes yeux, des gages de paix et de l'entente".

Zu beiden Westmächten hatte sich also unter der Nachwirkung des Kongresses das Verhältnis zugunsten Deutschlands total gewandelt, und damit änderte sich auch der Standpunkt, den Bismarck zu dem Problem ihrer Beziehung untereinander einnahm. Solange die französische Revanchedrohung unmittelbar imminent war, hatte er es für unerläßlich gehalten, beide nicht zusammenkommen zu lassen. Jetzt aber war diese Gefahr in den Hintergrund getreten, die Hoffnung regte sich, sie in langsamem Fortschritt allmählich überhaupt zu bannen; England und Frankreich waren beide an Deutschland herangerückt, und andrerseits hatte sich Rußland von ihm entfernt. Wie die Dinge sich nunmehr gestaltet hatten, war, so sahen wir, der Kern einer möglichen antideutschen Koalition nicht mehr in Paris, sondern in Petersburg zu suchen. Der Zar aber war und blieb der weltpolitische Gegner Englands und insbesondere des Englands, das sich unter Führung Disraelis immer stärker mit imperialistischen Gedankengängen durchdrang und in den Mittelpunkt dieses seines Imperialismus Asien und den Nahen Orient stellte. Befreundete sich Frankreich mit diesem England, so war das nur ein Mittel mehr, um es von Rußland und der Wendung gegen Deutschland fernzuhalten. Unter den neuen Umständen lag also für Bismarck nichts Bedrohliches hierin, sondern ganz im Gegenteil etwas Wünschenswertes, eine Verstärkung seiner Friedensgarantien.

Seitdem sich die orientalische Krisis zugespitzt hatte, waren Bismarcks Gedanken in diese Richtung gegangen. Schon bei seiner Sondierung in London im Januar 1876 hatte er erklärt, daß „eine gewisse Annäherung Englands an Frankreich, indem sie letzteres durch das Schwergewicht der englischen Friedensliebe bände, jetzt eine Bürgschaft für die Erhaltung des Friedens werden könnte"[64]), und im Oktober des gleichen Jahres denselben Gedanken dem Auswärtigen Amt mitteilen lassen: „Eine Annäherung Englands und Frankreichs untereinander halte ich für unsere Interessen und für das europäische Gleichgewicht nicht nachteilig, im Gegenteil"[65]). Erst recht kam er jetzt, wo die damals vergeblich angestrebte Besserung seines Verhältnisses zu England wirklich gelungen war, auf diese Idee zurück.

In der gleichen Unterredung mit Saint-Vallier am 5. Januar 1879, in der er diesen noch einmal seines guten Willens wegen Tunis versicherte, machte er ihm tiefen Eindruck durch den Ernst, mit dem er seine Absicht bekundete, „allem vorzubeugen, was die enge englisch-französische Entente abkühlen könnte". Saint-Vallier hat auch dem englischen Botschafter von diesem Gespräch erzählt, und beide waren sich darüber einig, daß die Äußerungen des Reichskanzlers durchaus aufrichtig gemeint seien, da sie dem tatsächlichen Interesse Deutschlands entsprächen. Es war daher keine Überraschung für Lord Odo Russell, als kurz darauf auch ihm der Staatssekretär von Bülow in gleichem Sinne sprach; er begründete ganz offen Bismarcks Wunsch damit, daß England allein Frankreich von Rußland fernzuhalten vermöge[66]).

Ganz gleichbleibend tritt uns diese Linie der Bismarckschen Politik in den nächsten Wochen entgegen. Als er Anfang März den englischen Botschafter in Petersbug, Lord Dufferin, bei sich empfing, hat er ihn ebenfalls in ihrem Sinne bearbeitet: „Ich betrachte das englisch-französische Bündnis als die beste Friedensgarantie für Europa, die ich mir wünschen kann. Sie können sicher sein, daß ich jede Maßnahme begrüße, die die guten Beziehungen zwischen Euch und Frankreich befestigt. Denn je einiger Ihr seid, um so bessere Chance haben wir Deutschen, mit Euch beiden gut zu stehen"[67]). Und einen Monat später hat er sich geradezu beschwörend wieder an Saint-Vallier gewendet: „Das Wesentliche ist, daß sich keine Meinungsverschiedenheit zwischen Euch und dem englischen Kabinett einstellt ... Mit der ganzen Dringlichkeit, die mir zu Gebote steht, rate ich: bleibt eng vereinigt"[68])!

Schon diese Fülle der Zeugnisse läßt die Ehrlichkeit seines Willens hervortreten, aber er beschränkte sich nicht bloß auf Worte: um einem englisch-französischen Zwiespalt vorzubeugen, griff er zur Überraschung der Welt auf einem Gebiet ein, dem er sich bisher völlig ferngehalten hatte und wo ein solcher besonders nah im Bereich der Möglichkeit lag, in Ägypten[69]).

Englands aus den Lebensnotwendigkeiten seines Imperiums erwachsender Wille, den Suezkanal als die kürzeste Straße nach Indien nicht unter die Kontrolle einer andern Großmacht geraten zu lassen, stieß hier auf den altüberlieferten Ehrgeiz Frankreichs. Je größeren Raum der britische Einfluß seit dem Ankauf des in den Händen des Khediven Ismael befindlichen Teiles der Kanalaktien gewann, desto ernster mußte mit der Möglichkeit eines englisch-französischen Konflikts gerechnet werden, der ihre Bismarck nunmehr willkommene Einheit gestört hätte, und angesichts der üblen finanziellen Mißwirtschaft Ismaels rückte der kritische Augenblick offensichtlich schnell heran, an welchem sich zeigen mußte, welches der vorherrschende Einfluß geworden war.

Um seinem Eintritt nicht unvorbereitet gegenüberzustehen, sondern gesicherte Basis für Vermittlertätigkeit zu besitzen, hat Bismarck die günstige Gelegenheit benützt, die ihm ein die regelmäßige Abwicklung des Schuldendienstes bedrohendes Dekret des Khediven vom 22. April 1879 bot. Bisher hatte er stets zu erkennen gegeben, daß er Ägypten zur englischen Einflußzone rechnete. Aber da er wußte, wie tief die Franzosen sich hierdurch getroffen fühlen würden, und da er sie jetzt nicht zu verstimmen wünschte, schien ihm, wie zwischen Österreich und Rußland auf dem Balkan, der Ausgleich auf Grund beiderseitiger Konzessionen die beste Lösung. Damit es nicht zum Bruche komme, war er gewillt, zu deren Zustandekommen das seinige beizutragen, und er erwartete, daß schon allein unter dem Eindruck des deutschen Eingreifens die beiden Westmächte sich verständigen würden.

„*Die Kaiserliche Regierung hat bezüglich der ägyptischen Angelegenheiten, soweit es sich um die Frage allgemeiner politischer Natur und des mehr oder minder direkten Einflusses auf die Regierungsverhältnisse des Landes handelt, sich jedes tätigen Eingreifens enthalten und die Wahrung der gesamteuropäischen Interessen, mit denen sich diejenigen Deutschlands identifizieren, vertrauensvoll der wirksamen Obhut der meistinteressierten befreundeten Mächte überlassen. Dieser Politik beabsichtigt sie unverändert treu zu bleiben.*" So heißt es in dem Erlaß an sämtliche Botschafter vom 8. Mai. Aber diese grundsätzliche Stellungnahme, so fährt er fort, könne nicht so weit getrieben werden, den Vertragsbruch der ägyptischen Regierung einfach hinzunehmen; die deutschen Inhaber von ägyptischen Staatspapieren hätten Anspruch auf Schutz. Infolgedessen sehe sich das Reich gezwungen, Einspruch zu erheben. „*Wir knüpfen hieran zugleich den Wunsch, daß die Mächte sich zu einer gemeinsamen entschiedenen Zurückweisung jenes Dekrets des Vizekönigs vereinigen möchten.*"

Durch diesen Schritt war die Angelegenheit zu einer gesamteuropäischen geworden. Das eigene deutsche Interesse veranschlagte Bismarck hoch genug, um die feierliche Erklärung abzugeben: „*in keinem Falle wird Deutschland, welches keine anderweitigen Zwecke in Ägypten zu verfolgen hat, die Beschädigung seiner materiellen Interessen zugeben*"[70]), und in der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung" (26. 5.) schreiben zu lassen, „Die Zeiten sind vorüber, in denen der Deutsche im Auslande fremder Willkür schutzlos preisgegeben war". Derart ernst nahm er sogar den Fall, daß er Moltke um Äußerung über die Möglichkeit militärischer Zwangsmaßnahmen gegen Ägypten auffordern ließ. Dennoch war er weit entfernt, den Schutz des deutschen Kapitals als Selbstzweck zu nehmen. Was er eigentlich im Auge hatte, war, auf dem Weg über ihn die Hand in das große politische Spiel um Ägypten zu bekommen. „*Die Basis unsres Protestes ist mehr prinzipieller als finanzieller Natur*", ließ er durch seinen Sohn Herbert dem Auswärtigen

Amt schreiben (Varzin, 4. Juni). Wie abwegig war also Lord Salisburys Ansicht, Bismarcks plötzliche Anteilnahme an Ägypten sei nur dadurch zu erklären, daß Bleichroeder ägyptische Bonds besitze[71])!

Die ganze ägyptische Politik Bismarcks, die für eine Reihe von Jahren einer der Zentralpunkte geblieben ist, hat also ihren Ausgang genommen von der Absicht, den hier drohenden Konflikt zwischen den Westmächten zu verhindern. Im Frühjahr 1879 würde ein solcher Deutschland nicht zum Vorteil gereicht haben, und deshalb entschloß sich Bismarck, der möglichen Vergewaltigung der französischen Ansprüche durch England friedlich vorzubeugen. Als der Geschäftsträger in Paris, Graf Wesdehlen, berichtete (9. Juni), ein Teil der Pariser Presse führe den deutschen Eingriff auf Sympathien für die französischen Orientinteressen zurück, schrieb der Fürst an den Rand: „*Kluge Leute!*", dagegen als er weiter las, ein andrer Teil sehe darin die Absicht, die Westmächte zu entzweien: „*Nein. Es freut uns, wenn wir durch unsern Protest England und Frankreich wieder einig machen.*" Nicht Zwietracht zu säen war sein Zweck, sondern beide aneinanderzuschließen und dadurch Frankreich von Rußland fernzuhalten.

Daher hat er auch, als die Westmächte sich tatsächlich verständigten, im Erlaß an Wesdehlen vom 16. Juni seiner vollen Genugtuung Ausdruck gegeben: „*Die in der französischen Presse mit Vorliebe kultivierte, auch in englischen und russischen Organen weitergetragene Insinuation, als ziele die deutsche Politik in der ägyptischen Frage vorzugsweise darauf hin, zwischen England und Frankreich Mißtrauen zu stiften, ist in ihrer Haltlosigkeit durch die Tatsache, daß gerade unsre Initiative der Anlaß des erneuten Ausdrucks der französisch-englischen Übereinstimmung in Ägypten gewesen ist, hinlänglich klargestellt. Wir können uns nur darüber freuen und finden darin eine wirksame Bürgschaft für die Anbahnung geordneter und erträglicher Zustände in diesem Lande.*"

Auch mit den weiteren Ergebnissen durfte er zufrieden sein. Denn nicht nur wurde Ismael durch seinen Sohn Tewfik ersetzt, vor allem wurde eine internationale Finanzkommission errichtet, in der auch Deutschland und Österreich ihre Vertreter hatten. Damit war die Grundlage weiteren deutschen Mitredens gesichert, Bismarcks Zweck in vollem Umfang erreicht. Nachdem dies geschehen war, legte er jedoch andrerseits größtes Gewicht darauf, nicht die Vorstellung aufkommen zu lassen, daß Deutschland im Nillande selbst noch andre als finanzielle Zwecke verfolge. Es war vollständig ehrlich, wenn er zu Saint-Vallier sagte[72]), zwar habe er in Kairo protestieren müssen, die Lösung aber erhoffe er von der englisch-französischen Entente, „à laquelle il attache un prix extrême pour la paix du monde comme pour la tranquillité de l'Allemagne". Als der Generalkonsul von Saurma auf die Frage Ismaels, wie er sich gegen das britische Verlangen seines Rücktritts verhalten solle, ihm für seine Person, nicht amtlich den

Rat erteilte, es zu erfüllen, mißbilligte Bismarck telegraphisch, daß er überhaupt Stellung genommen habe, erteilte ihm eine formelle Rüge und ließ allen Kabinetten mitteilen (17. Juni), „*in der Absicht der deutschen Regierung liege es keineswegs, sich in die inneren Verhältnisse Ägyptens so weit einzumischen, wie es durch Erteilung dieses Rates geschehen wäre*". Es blieb also dabei, daß er auch hier, wie in den Balkanfragen, seinen Einfluß auf die eigene absolute Desinteressiertheit in politischen Dingen aufbaute.

Im Beginn seiner Ägyptenpolitik hat Bismarck demnach nicht den Zweck verfolgt, den Streitapfel zwischen England und Frankreich zu werfen[73]). So gewiß dies später der Fall gewesen ist, für die Lage des Jahres 1879 trifft es nicht zu. Allerdings ist auch damals schon diese alsbald in Paris laut werdende Sorge[74]) insofern berechtigt gewesen, als er von Anfang an solche Möglichkeit als Folge seines Eingreifens ebenfalls ins Auge gefaßt hat. Andrássy ließ er mitteilen[75]), „*daß es im gemeinsamen Interesse Österreichs und Deutschlands liege, den Westmächten nicht allein das Terrain in Ägypten zu überlassen. Die Einigkeit zwischen England und Frankreich könnte allerdings unter Umständen zu einem Grade von Intimität gelangen, der für die Interessen andrer Mächte nicht nützlich wäre*". Mit keinem von beiden durfte er eben die im Augenblick bestehende Freundschaft als wirklich gesichert ansehen, so daß er sich für die Zukunft ein wirkungsvolles Druckmittel schuf. Zunächst aber benutzte er es nicht, um Schwierigkeiten zu machen.

Noch einen weiteren Vorteil hat er aus der ägyptischen Angelegenheit herauszuschlagen gewußt: sie knüpfte für Deutschland ein noch stärkeres Band zu Österreich und schuf außerdem eine Reibungsfläche zwischen diesem und den Westmächten. In dem soeben bereits zitierten Erlaß vom 26. Juni findet sich der Satz: daß aus der Einigkeit der Westmächte „*kein Monopol erwachse zum Schaden der andern, dafür wird vor allem das Gewicht der Gemeinsamkeit von Deutschland und Österreich bürgen, solange deren Wege und Interessen in Ägypten sich nicht voneinander trennen*". Andrássy ist auch gern auf diesen Gedanken eingegangen und hat mehrfach die Bitte ausgesprochen, Deutschland möge doch ja nicht den Sitz in der Finanzkommission ablehnen. Österreichs Kapitalanlagen in Ägypten waren damals umfangreicher als die deutschen, deshalb hat Bismarck seine Bereitwilligkeit erklärt, sich hier der Wiener Führung zu unterstellen, „*ohne deswegen die Fühlung mit Frankreich und England aufzugeben oder eine Verstimmung aufkommen zu lassen*".

Überblicken wir diese Gesamtsituation der ersten Monate des Jahres 1879, so liegt die Richtung deutlich vor uns, in die Bismarck steuerte, nachdem der alte Kurs nicht mehr beibehalten werden konnte. Noch stand kein fester Bau, aber aus der völligen Auflösung, welche die orientalische Krise über Europa gebracht hatte, hoben sich die Fundamente bereits ab,

welche ihn eventuell ermöglichen konnten. Abermals hatte Bismarck seine Beziehungen zu den Mächten so gestaltet, daß keine von ihnen, ohne eigene Interessen zu schädigen, die Feindschaft Deutschlands in Kauf nehmen und sich dessen Gegner zur Verfügung stellen durfte. Es ist das alte Prinzip, nur wendete es sich diesmal nicht mehr gegen Frankreich, sondern gegen Rußland.

Mit feiner und weicher Hand war in aller Behutsamkeit für den Notfall die rettende Auffangstellung vorbereitet. Am Eingang aber zu dieser neuen Art, Deutschlands Sicherheit zu gewährleisten, steht der Berliner Kongreß. Ohne ihn wäre sie nicht denkbar gewesen. Das muß bei der sich gegen ihn richtenden Kritik bedacht werden.

4. Das deutsch-österreichische Bündnis

Den Verhandlungen, die zum Abschluß des deutsch-österreichischen Bündnisses geführt haben, und speziell dem menschlich ergreifenden Ringen zwischen Bismarck und seinem kaiserlichen Herrn noch einmal in allen Einzelheiten nachzugehen, kann unsre Absicht nicht sein. Viele und vortreffliche Darstellungen besitzen wir, so daß das wesentliche des Verlaufs als bekannt vorausgesetzt werden darf[76]). Aber so oft auch das in Betracht kommende Aktenmaterial bereits durchgearbeitet worden ist, enthält es doch noch eine große Zahl bisher unbeachtet gebliebener Stücke, die dem Altbekannten neue, sowohl sachlich wie psychologisch aufhellende Lichter aufsetzen und zu eindringendem Verständnis dieses über Jahrzehnte seinen Schatten werfenden Geschehnisses unentbehrlich sind. Sie gilt es hier dem bisherigen Bilde einzufügen.

Der Zorn der Russen über die Vereinzelung, in welche sie hineingeraten waren, aufgepeitscht durch wohlberechnete Artikel der englischen Presse, die sich den Abgrund zu verbreitern mühte[77]), ist zur Explosion gelangt, als sie die Grenze überschritten fühlten, bis zu der sie das Versagen des deutschen Beistands in den Balkankommissionen[78]) ertragen zu können meinten. Für das Maß der eingetretenen Hochspannung zeugte die Note des russischen Geschäftsträgers vom 6. August, die in scharfem Ton die Einzelpunkte bezeichnete, worin Petersburg den Beitritt Deutschlands zu einer „majorité pacifique" erwarte[79]), und in der zum ersten Male positive Wünsche hinsichtlich des Balkans an die Reichsregierung herangebracht wurden; vor allem aber die Sprache, die der Zar gegen Schweinitz am 7. August anschlug: „Cela finira d'une manière très sérieuse."

Diese beiden Vorgänge, zusammen mit der Nachricht des aus Gesundheitsrücksichten unmittelbar bevorstehenden Rücktritts Andrássys und einem — nachher als irrtümlich sich herausstellenden — Bericht Hohenlohes (7. August), daß auch Waddingtons Stellung bedroht und sein Ersatz durch den Gambetta nahestehenden Freycinet zu erwarten sei, das alles hat in Bismarck den Entschluß gefestigt, die längst gesponnenen Fäden zusammenzuziehen und zu klarem Abschluß mit Österreich zu gelangen. Nicht als ob er — dies sei noch einmal betont — einen unmittelbar bevorstehenden Angriff Rußlands befürchtet hätte. Aber die Gunst der sich bietenden Gelegenheit, das umfassende System, an dem er auch weiterhin

festzuhalten dachte, an einem wichtigen Punkte auf ganz feste Basis zu stellen, sollte nicht ungenutzt gelassen werden. Sah der Zar die Unzerbrechlichkeit der österreichisch-deutschen Freundschaft, so würde das nicht nur einschüchternd und mäßigend auf ihn wirken, vielleicht würde es ihn sogar zur vollen Umkehr und zum Wiedereinlenken in die frühere Bahn bewegen.

Am 13. August beauftragte Bismarck telegraphisch von Kissingen aus den Botschafter in Wien, Prinzen Reuß, festzustellen, ob und wo er im Laufe der nächsten Woche Graf Andrássy aufsuchen könne oder ob dieser den Besuch erst nach der Gasteiner Kur Mitte September vorziehe. Der Stein war ins Rollen gebracht, und die Schnelligkeit, mit der er sich fortbewegte, wurde entscheidend erhöht durch den Brief des Zaren an Kaiser Wilhelm vom 15. August, in dem er Bismarck beschuldigte, aus persönlicher Ranküne gegen Gortschakow antirussische Politik zu treiben, und drohend „des conséquences désastreuses" vorhersagte[80]). Es ist nicht unmöglich, daß Alexander bei seinem Brief die Erinnerung daran hat auf sich wirken lassen, wie Bismarck einst ihm die Trennung von Gortschakow nahegelegt hatte.

Wie Kaiser Wilhelm unmittelbar auf dies Schreiben reagierte, zeigen zwei Briefe an Bismarck: Der erste, vom 18. August, lautet:

„Gestern hat mir Herr von Radowitz gesagt, daß Sie hofften, den Grafen Andrássy sprechen zu können, ehe er noch seinen verhängnisvollen Vorsatz ausführt, und eben bestätigt ein Telegramm, daß der Graf Andrássy darauf eingeht. Ich bin geradezu außer mir über diesen Vorsatz! Es mag an seine Stelle treten wer da will, eine Persönlichkeit wie Graf Andrássy ist unmöglich, da niemand wie er das Vertrauen von uns und Rußland, also die Richtung des Dreikaiserverständnisses, zu erhalten vermag, als er unter den schwierigsten Verhältnissen es getan hat. Wenn auch Rußland in neuester Zeit nicht grün auf Österreich zu sprechen war, so ist doch das Vertrauen auf Graf Andrássy gewiß nicht beim Kaiser Alexander geschwunden. Ich autorisiere Sie, diese meine Ansicht demselben glühwarm auszusprechen und ihn um alles zu bitten, seinen Vorsatz nicht auszuführen.

Herr von Radowitz hat mir vornehmlich über unsre Stellung zu Rußland Vortrag gehalten. Ich erkenne die vielfachen unangenehmen Erfahrungen vollkommen an, die neuerlichst sich zutrugen und das Verhältnis zwischen uns stören. Des General von Schweinitz Nachricht, daß der Kaiser mir über diese Verhältnisse schreiben würde, ist soeben in Erfüllung gegangen, da ich vor einer halben Stunde die Einlage von demselben erhielt. Nachdem dies geschehen ist, glaube ich, muß das Projekt, dem Botschafter etwas Froideur hinfüro vorzuschreiben, noch aufgeschoben werden. Die[81]) *Antwort, die ich Sie bitte mir anzugeben, muß, glaube ich, einige Fälle berühren, wo m. A. nach unser Bevollmächtigter nicht anders konnte als gegen den russischen zu votieren, sonst aber*

muß dem Kaiser kein Zweifel an unsrer alten Gesinnung gelassen werden! Ihr Wilhelm."

Spricht aus diesem Schreiben sichtlich das Bemühen, das russische Vorgehen möglichst zu bagatellisieren, so bringt der Brief des nächsten Tages, den veranlaßt zu haben das Verdienst von Radowitz ist[82]), schon deutlich das Zugeständnis eines vorliegenden Affronts zum Ausdruck:

„*Mein gestriges Begleitschreiben zum Brief des Kaisers Alexander war in solcher Eile geschrieben, da ich kurz vor dem Diner schrieb, welches ich zu Ehren des Geburtstags der österreichischen Botschaft gab, dem pp. Radowitz natürlich beiwohnen mußte, dem ich sofort das wichtige Kaiserliche Schreiben mitgeben wollte, um keinen Moment zu versäumen und so rasch wie möglich in Ihre Hände gelangen zu lassen, verhinderte mich auf einen Passus des Briefes des Kaisers Alexander einzugehen, der Sie persönlich betrifft. Es ist derjenige, welcher auf der vierten Seite so anfängt: est-ce digne d'un véritable homme d'Etat usw.*

Diese Tirade beweiset, daß nach den darauf folgenden Aussprüchen über meine Gesinnungen für den Kaiser wegen 1870, daß er Sie für denjenigen hält, der eine feindliche Stellung gegen Rußland eingenommen hat, à cause d'une brouille personnelle usw.

Niemand weiß besser als ich, wie weit Sie davon entfernt sind, eine Spannung oder gar rupture mit Rußland herbeiführen zu wollen, und wie Sie immer im Gegenteil, selbst in den schwersten Momenten, immer die wiederherbeizuführende Verständigung mit Rußland im Auge hatten. Diese Gerechtigkeit muß ich Ihnen widerfahren lassen, und dies muß ich in der Antwort an den Zaren auch besonders hervorheben, um ihm zu zeigen, wie er falsch, absichtlich falsch über Ihre Intentionen inspiriert wird.

Dies war mir Pflicht, ja Gewissenssache, Ihnen noch in Bezug auf jenes Schreiben zu sagen, um Ihnen keinen Zweifel über meine Auffassung zu lassen! Ihr Wilhelm."

Auch gegen Radowitz bezeichnete Kaiser Wilhelm den Ausfall des Zaren gegen Bismarck als „*himmelschreiende Ungerechtigkeit und Undankbarkeit*"; nur dadurch sei er erklärlich, daß Alexander II., zu dessen Freundschaft er noch immer unerschütterliches Vertrauen hege, in einem überreizten Zustand sein müsse; aber es sei zu hoffen, daß er sich wieder beruhige und, wie das schon öfter geschehen, seine Übereilung einsehe. Immerhin sei das ersichtliche Übergewicht der deutschfeindlichen Einflüsse in seinem Rat höchst bedenklich. Als Antwort dachte der Kaiser zunächst nur den Empfang telegraphisch zu bestätigen „*avec regrets, bedürfe aber der Überlegung*". Von einem durch Werder vorgeschlagenen persönlichen Treffen verspreche er sich nicht viel: „*wenn Kaiser Alexander sich mit dem Fürsten Bismarck aussprechen könnte, so würde das etwas nützen, obgleich ja Gort-*

schakow und die andern es doch wieder verderben. Ich selbst wüßte aber nichts anderes zu sagen, als was ich immer gesagt habe"[83]).

Mit dem beabsichtigten Vorgehen erklärte sich Bismarck völlig einverstanden. Dennoch unterblieb die vorläufige Zwischenantwort, stattdessen wurde Feldmarschall von Manteuffel mit dem von Bismarck aufgesetzten Schreiben Kaiser Wilhelms[84]), dessen Entwurf der Reichskanzler mit der ersten seiner großen, „eifrige Pflege" des Verhältnisses zu Österreich fordernden Denkschriften begleitete, nach Warschau entsendet. Manteuffel selbst war ursprünglich für scharfes Zurückweisen gewesen, „das dürfe sich ein König von Preußen nicht schreiben lassen"[85]). Aber Bismarck hatte die verhältnismäßig weiche Form gewählt, weil er befürchtete, den scharfen Ton des Zaren darauf zurückführen zu müssen, daß dieser sich mit Österreich geeinigt habe. Als indessen Andrássy ihm bei dem Besuch in Gastein am 26. August die Sicherheit gab, daß dies in keiner Weise zutraf, stand sein Entschluß fest, mit Österreich bei Gelegenheit seines Gegenbesuches in Wien ins reine zu kommen, während umgekehrt Manteuffel sich in Warschau vollständig umstimmen ließ und von nun an den Kaiser im Festhalten an Rußland bestärkte.

Schon bevor das Ergebnis der Aussprache des Marschalls mit den Russen bekannt war, hatte Kaiser Wilhelm gegen den Plan der Fahrt nach Wien Einspruch erhoben. Am 29. schrieb er dem Kanzler:

„Erst heute komme ich dazu, Ihnen meinen Dank und meine Anerkennung für die Arbeit in der brennenden Frage auszusprechen, die uns seit den letzten Wochen beschäftigt. Ihre angegebene Antwort an den Kaiser Aexander ist in der Stilisierung des Ministers von Bülow wörtlich von mir angenommen und abgeschrieben dem Feldmarschall von Manteuffel gestern übergeben worden. Möge sie gute Früchte tragen!

Das von Ihnen aufgesetzte Memoire ist eine hervorragende Staatsschrift, deren schwarze Möglichkeiten, so Gott will, nicht eintreffen werden. Ich teile die aufgestellten Ansichten vollkommen. Nur in einer Beziehung bin ich nicht ganz auf Ihrem Standpunkt; es ist das großartige Vertrauen, welches Sie in die österreichische Politik setzen, falls unser Verhältnis zu Rußland sich wirklich ändern sollte. Wohl folge ich Ihnen dahin, daß in diesem letzteren Falle uns nichts übrig bleibt, als die österreichische Allianz zu kultivieren, aber ich sehe dies als eine Notdringlichkeit an, und das, um es mit einem Worte zu bezeichnen, ist, was Sie mir einst sagten: „Österreich wird ebenso wie Frankreich nie [Randbemerkung Bismarcks:?] das Revanchegelüst aufgeben wegen seiner historischen Stellung zu Deutschland [Bismarck: doch, aus Furcht vor Schlimmerem]. Gerade darum hielten Sie immer unsre Allianz mit Rußland vor allem aufrecht, weil dies keine feindlichen Absichten auf uns hat und haben kann, weil wir in keinerlei Weise Grund zu einem Zerwürfnis haben [Bismarck: und doch?], da Ländergelüste auf beiden Seiten nicht bestehet. Die Animosität,

welche in Rußland gegen Preußen bestehet, ist die Rivalität [Bismarck: der Hochmut], nicht mehr die europäische Politik leiten zu können, seitdem Preußen an der Spitze Deutschlands steht. Diese Richtung war bisher dem Herzen des Kaisers Alexander fremd, und unbegreiflich ist es, wie er aus so unglaublich minimen Gründen nun in dies Horn stößt!? Dies ihm klarzumachen, ist die Aufgabe meines Briefes und Manteuffels!

Noch[86]) *einen Punkt Ihres P. M. muß ich berühren, es ist der Passus über die Neutralität Österreichs im Jahre 1870. Graf Andrássy will die Drohung Rußlands, mit 200 000 Mann in Österreich einzumarschieren, nicht aktenmäßig festgestellt sehen und gibt andere Gründe zur Neutralität an, die ich nicht für stichhaltig finde [Bismarck: Ministerconseil, Beust]. Wie wenig wir auf die Neutralität Österreichs rechneten, beweiset, daß wir zwei Armeekorps gegen dasselbe in Schlesien stehen ließen. Und erst nach jener Drohung Rußlands und den Siegen vom 4. bis 18. August 1870 veranlaßte uns, jene zwei Korps nachrücken lassen zu können. Daher hatte der Kaiser Alexander ganz Recht, mich an meinen Ausspruch zu erinnern, daß ich ihm für diese Drohung nie dankbar genug sein könne. Unser Verhalten 1876—77 hat diesen Ausspruch bestätigt!*

Zur Vervollständigung meines heutigen Telegramms füge ich hier hinzu: eine Reise Ihrerseits jetzt nach Wien, wenn Manteuffels Sendung auch nur den Anfang einer Beruhigung erzeugt, muß durch eine solche Reise dies begonnene Werk durchaus zerstören und bei den russischen Souffleuren eine nur zu leicht greifbare Doppelsprache uns vorwerfen und den Kaiser Alexander von neuem irritieren. Da Sie gestern und heute Andrássy in Gastein gesehen haben sollen, der, wie ich erfahren habe, auf Ihre Weisung durch Prinz Reuß von der brennenden Frage unterrichtet wurde [Bismarck: nein], so werden Sie ja alle Gelegenheit gehabt haben, ihn zu unterrichten.

Nun nochmals herzlichen Dank für Ihre so schnelle und eingehende Arbeit, die, so Gott will, Ihrer Gesundheit nicht schaden wird. Aber diese Arbeit an sich ist Beweis genug, daß Sie mit mir die Dringlichkeit des Moments, zu handeln, erkannt haben!

Ihr widerum dankbarer Wilhelm.

Trotz der Herzlichkeit des persönlichen Tons meldet sich hier bereits deutlich die Schärfe des sachlichen Gegensatzes. Bismarck wies denn auch den Staatssekretär von Bülow an (30. August):

„Ich bitte Sr. Majestät vortragen zu wollen, daß ich Graf Andrássy versprochen habe, ihm meinen Gegenbesuch auf der Rückreise in Wien zu machen. Soll ich ihm nun schreiben, daß mir das von Sr. Majestät verboten sei? Persönlich kann ich ihm nicht sagen, daß ich das Allerhöchste Vertrauen nicht in dem Maße besitze, um für meine Heimkehr aus Urlaub unter den der Zeit nach gleichen Wegen den mir konvenierenden aussuchen zu dürfen. Politisch vermag

ich die Konsequenzen einer solchen Erklärung nach Wien in der jetzigen Situation nicht auf meine Verantwortung zu nehmen. Ich glaube daher, in vierzehn Tagen meine Rückkehr über Wien nehmen zu müssen.

Persönlich für Ew. Exc. füge ich hinzu: die Kur macht geistige Arbeit schwer und gefährlich; aber ich war im Begriff, meine Ansichten über die sehr schwierige Situation auszuarbeiten. Telegramm Nr. 20 (das im obigen Brief erwähnte, die Reise nach Wien verbietende Telegramm Kaiser Wilhelms) *raubt mir den Mut dazu; ich kann im Dienste so gesund nicht werden, wie ich für den Dienst sein muß. Mein schriftliches Gesuch um Entbindung vom Dienst wird folgen.*"

Den dringenden Vorstellungen, die der Staatssekretär daraufhin erhob, ist es auch noch am gleichen Abend gelungen, das Einverständnis des Kaisers zur Fahrt nach Wien zu erwirken. Dieser selbst depeschierte dem Kanzler: „*Mein Brief in Warschau gut aufgenommen; für jetzt also Ruhe, bis dort Klarheit; dann wäre Ihre Reise zu Andrássy in vierzehn Tagen möglich.*"

In der Tat hatte Manteuffel in Warschau einen ihn selbst überraschenden günstigen Boden vorgefunden. Andrássys Besuch bei Bismarck, die Denkschrift des Gesandten Saburow[87]), der nach einem Besuch bei Bismarck in Kissingen den Anschluß an Deutschland verfocht, der Hinweis des Finanzministers auf den katastrophalen Fall der russischen Papiere, seitdem durch die Pressefehde die Möglichkeit eines Konflikts erkennbar geworden war — das alles hatte den Zaren tief beeindruckt, zumal er im Grunde nach wie vor diese Richtung ebenfalls als die vorteilhafteste ansah. Die Absicht eines Bruches hatte ihm ferngelegen, als er den unglücklichen Brief vom 15. August absandte, durch die energische Sprache hatte er vielmehr ihn verhindern wollen. Jetzt erkannte er, die gegenteilige Wirkung ausgelöst zu haben, und ergriff deshalb voller Freude die Möglichkeit, sie wieder gutzumachen.

Ein offizielles Kommuniqué vom 29. mißbilligte die Leidenschaftlichkeit, mit der die russischen Zeitungen gegen Deutschland Stellung genommen hatten; war doch noch am gleichen Tage in der Russischen St. Petersburger Zeitung ein Artikel erschienen, Europa erwarte mit Ungeduld den Augenblick, wo das wiedererstarkte Frankreich seine Rechnung mit Deutschland abschließen würde. Als Manteuffel von den Drohungen des Briefes sprach, „*da fuhr der Kaiser auf und sagte, ein solcher Gedanke habe ihm ferngelegen, er habe von Befürchtungen gesprochen, die ihn bewegten, aber Eure Majestät kennten ihn ja und könnten niemals glauben, daß er Eurer Majestät drohen wolle*"[88]). So stark war der Eindruck, den er damit auf den Marschall machte, daß dieser — seine Instruktion überschreitend —[89]) das Treffen der beiden Monarchen in Alexandrowo anregte.

Schon Staatssekretär von Bülow, der getreue Vollstrecker Bismarckscher Gedanken, war über diese Wendung tief erschrocken. Verhindern konnte

er das Treffen auf russischem Boden nicht mehr, aber wenigstens wollte er Manteuffel warnen, sich noch weiter einzulassen. Telegraphisch wies er ihn darauf hin (1. September), daß die Zusammenkunft, zu der auch von Kaiser Wilhelm ausschließlich militärisches Gefolge, kein Vertreter des Auswärtigen Amtes mitgenommen wurde, während alle entscheidenden Staatsmänner Rußlands anwesend waren — mit Ausnahme des in Baden-Baden weilenden Gortschakow, und sein Fehlen bedeutete nicht mehr viel —, politischen Charakter nicht habe: „*Ich kann Ew. Excellenz nur dringend bitten diese Linie einzuhalten, weil die Schwierigkeiten, ja Gefahren, die aus der Aufgabe unsrer Reserve und unsrer unabhängigen Stellung hervorgehen würden, sehr groß sind. Europäische Situation und innere Lage machen gerade jetzt größte Vorsicht zur Pflicht*", worauf Manteuffels gereizte Antwort erfolgte: „Befürchtungen unbegründet. Ich bin wirklich noch nicht so altersschwachsinnig geworden, um an Verhandlungen ohne Fürst Bismarck zu denken"[90]).

Die Aufregung über die unerwünschte Wendung hat sicher viel dazu beigetragen, um den Staatssekretär aufs Krankenlager zu werfen, von dem er sich — ein schwerer Verlust für den Reichskanzler — nicht wieder erheben sollte[91]). Noch stärker aber war Bismarcks Zorn. Gleichzeitig mit der großen Denkschrift, die er am 31. an Kaiser Wilhelm richtete[92]), schrieb er an Bülow (Gastein 31. August)[93]):

„*Die Weichheit in der Haltung unsres Herrn nach diesen zwischen Großmächten ungeheuerlichen Verletzungen betrübt mich aufs tiefste. Das ist nicht der Weg, autokratische Überhebungen in ihr Geleise zurückzuführen. Der Sendung Manteuffels konnte ich von hier nicht widerraten, finde sie aber nach jenem Briefe den Verhältnissen nicht entsprechend; der älteste der Manöverofiziere wäre als Überbringer richtiger gewesen. Noch weniger kann ich billigen, daß der greise Monarch, nach dem drohenden Briefe, seinen Neffen auf russischem Boden in Alexandrowo aufsucht. Aber diese Fragen sind mir alle gleichgültig, wenn nur in der Sache das Notwendige geschieht, um der Händelsucht dieser Nachbarn und dem asiatischen Übermut der Ratgeber des Kaisers den einzigen Damm gegenüberzustellen, der sich bietet.*

Sie wissen, wie schwer es mir wird, dem alten Herrn nach den Attentaten Verdruß zu machen, und ich habe seitdem vieles auf mich genommen, was ich früher nicht getan hätte; aber in dieser Frage, wo unsre Sicherheit auf dem Spiele steht und die Abhülfe sich in gerechter und friedlicher Weise darbietet, kann ich dem Lande und dem eigenen Gewissen gegenüber meinen Namen nicht dazu geben, wenn der Kaiser eine Politik einschlagen will, die ich für bedenklich, für existenzgefährlich halte. Ich kann dem Herrn, wenn er es befiehlt, noch als Ratgeber dienen, aber ich bin zu erschöpft, um mit ihm zu ringen, wenn er meinen Rat nicht annimmt, und ich habe zu viel Ehrgefühl, um der Dynastie

und dem Lande verderbliche Dienste leisten zu helfen gegen meine klare und feste Überzeugung.

Jedes neue Abkommen mit Rußland wäre auf Wind gebaut; auf den Kaiser Alexander ist kein Verlaß mehr, seine Nerven sind hin, und, mögen Schwankungen oder Unaufrichtigkeit zu Grunde liegen, die Wirkung bleibt dieselbe. Auf diesen einen so leicht erregbaren Kopf können wir die Zukunft Deutschlands nicht bauen, und im ganzen weiten Rußland haben wir andre Freunde nicht. Ob die Gelegenheit, eine sichere Anlehnung an Österreich zu nehmen, die in Deutschland freudig begrüßt werden würde, sich wiederfindet, wenn wir sie heute versäumen, dafür kann ich die Verantwortung nicht tragen. Glaubt der Kaiser es zu können, so wird S. M. für treue und gute Dienste, die in diesem Monate gerade 17 Jahre alt werden, nicht einen Abschluß von mir verlangen wollen, den ich nach meinem Gewissen nicht mit meinem Namen sanktionieren kann. Um gegen meine Überzeugung eine verhängnisvolle Politik zu vertreten, dazu müßte ich, selbst wenn ich es wollte, gesünder sein als ich bin. Vor dritthalb Jahren habe ich wegen Krankheit meinen Abschied erbeten, bin aber seitdem keine Stunde arbeits- und sorgenfrei gewesen; im vorigen Jahre Krankheit, Kongreß, Sozialistengesetz, Ministerkämpfe, in diesem Reichstag bis Ende Juli, dabei werde ich verbraucht, ohne darüber zu klagen, aber die wenigen Wochen zu einer Kur kann ich nicht entbehren. Mir ging es in Kissingen drei Wochen lang gut, aber in der vierten kamen die Geschäfte, und zwar solche, die mich eigentlich nichts angehen. In den 10 Tagen, die ich hier bin, habe ich täglich ohne Rast in großer Anspannung arbeiten müssen, und meine diesjährige Kur ist zerstört. Am meisten ist mir das Verbot nach Wien zu gehen auf die Nerven gefallen; bis zu dem Maße halte ich meine persönliche Unabhängigkeit durch den königlichen Dienst nicht gebunden. Wenn der Kaiser mich in diesem Maße an der Leine halten will, so kann den Dienst auch ein jüngerer und kräftigerer Mann an meiner Stelle besorgen.

Ich bin durch die Wirkung und Friktion von Kur und Geschäften in einer Weise nervös und verbittert, die Sie aus diesen Zeilen ersehen und für die ich um Ihre Nachsicht bitte. Ich will diese Empfindungen und den Rückschlag der Gesundheit aber gern tragen, wenn nur schließlich gute und mannhafte Politik gemacht wird. Helfen Sie mir dazu, und verzeihen und sekretieren Sie diesen Herzenserguß eines Kurgastes!"

Als Bismarck von der telegraphischen Warnung Bülows an Manteuffel vom 1. September erfuhr, nannte er sie „*die einzige erfreuliche Depesche*" in der ganzen ihm zugegangenen Feldjägersendung, neben einem Bericht über die Haltung des Kronprinzen, dem der Staatssekretär auf Befehl des Kaisers die Denkschrift vom 31. August vorgelesen hatte: „*er hörte der Vorlesung mit wahrer Erbauung zu, ich möge Ihnen sagen, er unterschreibe jedes Wort; fühle vollkommen die Größe und die Notwendigkeit der Konzeption . . . Er ist nicht bloß einverstanden, sondern bringt auch manche andere Fragen in gün-*

stigem Sinne hinein, die Sr. Majestät vielleicht ferner liegen". Ebenso urteilte Bismarcks Schwiegersohn, Graf Rantzau, der die aufregenden Wochen im Auswärtigen Amt miterlebte, über die Haltung Friedrich Wilhelms in einem Brief (9. September, V. A.) an den in Gastein als Sekretär dienenden Grafen Wilhelm: „*das einzigste Erfreuliche ist die Korrektheit des Kronprinzen: mir scheint, mit dieser Haltung wird es dem Papa noch möglich werden können, die Sache in Gang zu bringen und die Schlacht zu gewinnen*". Auch Bismarck selbst schrieb an Radowitz (6. September), er hoffe, „*daß uns der Beistand des Hohen Herrn den Feldzug gewinnen läßt*", und ordnete an, dem Kronprinzen alle seine Denkschriften an den Kaiser vorzulegen. Selbst Kaiserin Augusta hat damals im Sinne Bismarcks auf ihren Gemahl eingewirkt[94]).

Mißbilligte Bismarck also schon den Gang nach Alexandrowo, so erst recht das „embryonische Olmütz", das sich dort zutrug. Auch Manteuffel selbst ist offenbar nachträglich nicht recht wohl zumute gewesen, insonderheit über die Verleihung des Schwarzen Adlerordens an Miljutin, in dem Bismarck „le mauvais génie" Alexanders II. und den Hauptfeind Deutschlands sah. Denn er depeschierte dem Kanzler direkt, nicht erst über das Auswärtige Amt, am 4.: „*Ich bitte dringend und aus Herzensgrunde, über einzelne Ordensverleihungen nicht zu urteilen, bis Sie meinen Brief haben. Ich schreibe Ihnen gleich aus Berlin, wo ich morgen früh eintreffe, so offen wie eine Patrouille vor dem Feinde und hoffe zu Gott, daß Sie mir* (eine nicht zu entziffernde Gruppe, wohl) *Absolution geben*". Tatsächlich schrieb er sogar noch am gleichen Tage ausführlich schon von Bromberg aus, weil er aus Albedylls und Lehndorffs Bemerkungen entnahm, daß diese Bismarcks Groll fürchteten.

In der Tat hat der Fürst der Ansicht Kaiser Wilhelms und Manteuffels, den Zwischenfall als erledigt ansehen zu dürfen, nachdem die Russen zum Einlenken gebracht seien, alles eher als beigepflichtet. Schon das billigte er nicht, daß Kaiser Wilhelm zum Dank für den der russischen Presse Mäßigung auferlegenden Befehl des Zaren eine gleiche Anweisung an die deutschen Zeitungen anordnete. Unter Berufung auf Artikel 17 der Reichsverfassung, wonach kaiserliche Erlasse zur Gültigkeit der Gegenzeichnung durch den Reichskanzler bedurften, protestierte er (11. September), und Radowitz ließ ihm auch durch Rantzau versichern, daß nur seine Befehle ausgeführt werden würden (12. September, V. A.)[95]). Das Entscheidende aber war, daß er unerschütterlich trotz aller freundlichen Worte der Russen an seinem Verlangen nach wirklicher Sicherung festhielt, die nur im Abschluß mit Österreich bestehen könne. Am 6. schrieb er, ganz im Sinne seines Briefes an Bülow vom 31. August, dem Kaiser:

„*Nach der Angabe eines russischen Freundes, der den höchsten amtlichen Kreisen nahesteht, ist Herr von Giers „sehr erschrocken" gewesen, als er Kenntnis von dem kaiserlichen Schreiben vom 15. August erhielt und hat diesen Brief*

einen verhängnisvollen genannt. Die Russen täuschen sich also nicht über den Charakter und die Stärke dieses kaiserlichen Schrittes. Wenn sie nun sehen, daß ein solcher Schritt keine andre Folge hat als Eröffnungen, wie sie Herr von Manteuffel in Warschau gemacht hat, so werden sie dadurch von einer Wiederholung ähnlicher Versuche gewiß nicht abgeschreckt, wenn nicht noch ein andres Ergebnis, unser Defensivbündnis mit Österreich dazutritt. Gerade die Weichheit, mit der Herr von Manteuffel mehr entschuldigend und rechtfertigend als beschwerdeführend nach seinem eigenen Bericht zum Kaiser Alexander gesprochen zu haben scheint, befestigt mich noch mehr in der Überzeugung, daß wir den Abschluß mit Österreich nicht zurückweisen dürfen. Erfolgt er, so brauchen wir in allem, was unsrerseits dem kaiserlichen Briefe gegenüber bisher geschehen ist, nichts weiter als eine wohlüberlegte Diplomatie zu erblicken, die für unsre freundlichen Beziehungen zu Rußland ihren Nutzen behält, während wir gleichzeitig gegen das Aufhören dieser Freundschaft die nötige Deckung nehmen.

Sind wir im Besitz dieser Deckung, so behält die biegsame Diplomatie, die wir in Warschau angewandt haben, ihren bleibenden Nutzen für unsre guten Beziehungen zu Rußland; schließen wir aber eine Allianz mit Österreich gegenwärtig nicht, so wird der ganze Verlauf, wenn er allmählich durch diplomatische Indiskretionen bekannt wird, wie ich befürchte, in preußischen und deutschen Kreisen das nationale Selbstgefühl in unerwünschter Weise berühren"[96]).

Da er aber das Widerstreben des Kaisers richtig einschätzte und sich deshalb auch von diesem Briefe keine besondere Wirkung versprach, rechnete er auch weiterhin mit der Möglichkeit seines Rücktritts — wie ernst, das zeigt der Entwurf zu einem Abschiedsgesuch, den er in diesen Tagen seinem Sohn Wilhelm diktierte[97]):

„Wie ich schon in meinem ehrfurchtsvollen Berichte vom 31. v. M. sagte, gibt es in der Politik keine mathematischen Beweise, und es kann ja sein, daß meine Befürchtungen und Berechnungen unbegründet sind. Wenn ich auch 17 Jahre hindurch, wie ich glaube, Ew. Majestät mehr zutreffende als irrtümliche Ratschläge in der auswärtigen Politik unterbreitet habe, so kann deshalb doch mein jetzt amtlich unterbreiteter Vorschlag ein unrichtiger sein; ich kann aber Ew. Majestät nur nach meiner gewissenhaften und in diesem Falle seit Jahren sorgfältig erwogenen Überzeugung beraten und dienen. Meine Überzeugung von der Nützlichkeit nicht nur, sondern von der politischen Notwendigkeit, die von Österreich dargebotene Defensivallianz abzuschließen, ist so tief gewurzelt, daß ich, im Falle der Ablehnung dieses Abschlusses von seiten Ew. Majestät, nicht den Mut finden würde, die auswärtige Politik Preußens und Deutschlands amtlich und als verantwortlicher Minister weiterzuführen.

In so wichtigen Fragen wie der vorliegenden, von der ich meinerseits mich der Ansicht nicht entziehen kann, daß sie zu einer Existenzfrage aller preußischen Errungenschaften seit 1866 werden kann — in Fragen von solcher Tragweite ist

die Übereinstimmung der Intentionen Ew. Majestät mit den Überzeugungen des leitenden Ministers nicht zu entbehren. Wenn sie fehlt und rechtzeitig nicht herzustellen ist, so muß der Minister zurücktreten und ein anderer gefunden werden, welcher die unentbehrliche Übereinstimmung wiederum verwirklicht.

So schwer es mir auch würde, aus den ehrenvollen Beziehungen zum Allerhöchsten Dienste zu scheiden, in welchem ich so lange Zeit hindurch, seit dem Monat September 1862, mein Glück und meine alleinige Beschäftigung gefunden habe, so würde ich mich doch nicht entschließen können, mit meinem Namen und meiner Verantwortung für eine Politik amtlich und öffentlich einzutreten, welche mit den Interessen nicht nur, sondern auch mit der Sicherheit des Landes und selbst der Dynastie meiner Überzeugung nach nicht vereinbar ist.

Ich würde auch, wenn ich nicht mehr die Ehre hätte, Ew. Majestät Minister zu sein, jederzeit mit Rat und Tat zu Ew. Majestät Diensten stehen. Aber die ministerielle und verantwortliche Leitung der deutschen und preußischen Politik würde ich mich nicht entschließen können weiterzuführen, wenn Ew. Majestät es nicht zu gestatten geruhen, daß die sich gegenwärtig darbietende, später vielleicht nicht mehr mögliche Sicherheitsvorkehrung gegen künftige Koalitionsgefahren getroffen werde."

In dieser Unerschütterlichkeit seines Entschlusses, auf dem Bündnis mit Österreich zu bestehen, ist Fürst Bismarck noch dadurch bestärkt worden, daß Manteuffel in Alexandrowo Wind bekam von russischerseits im August in Paris und Rom erfolgten Sondierungen, ob beide Mächte für den Anschluß an Rußland zu haben sein würden. Die Tatsache, daß solche Sondierungen, wenn auch unter Vermeidung der amtlichen Kanäle, zum mindesten in Paris erfolgt sind[98]), steht ganz außer Zweifel, da sie ausdrücklich vonWaddington sowohl Fürst Hohenlohe wie Lord Salisbury gegenüber bestätigt worden ist, und da die Russen niemals ernstlich versucht haben, sie in Abrede zu stellen, sooft Bismarck sie ihnen vorgehalten hat. Für Bismarck aber ist der Beweis, an welche Möglichkeiten zum mindesten einflußreiche Kreise Rußlands dachten, nicht nur ein neues Druckmittel auf den Kaiser[99]), sondern auch für den eigenen Willensentscheid ein ausschlaggebender Antrieb gewesen, festzubleiben. Denn hatte auch im Moment das russische Anklopfen keinen Widerhall gefunden, so bestand doch keine Gewähr, daß nicht eine andere französische Regierung, die jeden Augenblick ans Ruder kommen konnte, eine andere Haltung einnehmen werde. Offenbar aus solcher Besorgnis heraus, in der Absicht, die Friedensgarantien im Westen zu verstärken, damit für den Notfall der Weg zu festerer Verbindung nicht verschlossen wäre, ist Bismarcks neue Sondierung in London erfolgt[100]): Graf Münster wurde am 16. September angewiesen, Klarheit darüber herbeizuführen, was von England beim Ausbruch eines deutsch-russischen Konflikts zu erwarten sein würde.

Zwar nicht mehr so abweisend wie bei den früheren Gelegenheiten verhielt sich Lord Beaconsfield diesmal auf Grund der Entwicklung des letzten Jahres. Immerhin war zunächst nicht mehr zu erreichen als die Zusage, England werde Frankreich zwingen, ruhig zu bleiben —, eine Zusage, die im Augenblick gar nichts besagte, da sowohl die deutsche wie die britische Regierung sich über den Friedenswillen des derzeitigen französischen Kabinetts klar waren. Daß einem weiteren Entgegenkommen an Deutschland in der englischen öffentlichen Meinung noch sehr erhebliche Schwierigkeiten im Wege standen, wurde auch illustriert durch einen Times-Artikel aus der Feder von Blowitz am 18. September, der Zeitungskrieg zwischen Deutschland und Rußland sowie die ostensible Animosität zwischen Bismarck und Gortschakow seien nichts als Komödie, darauf berechnet, Frankreich aus seiner Reserve herauszulocken und von England zu trennen: „Nicht zum ersten Male versucht Fürst Bismarck, aus der französisch-russischen Allianz Kapital zu schlagen und die Erkältung zwischen England und Frankreich herbeizuführen." Der einflußreiche Journalist sah also nicht oder wollte in seiner Befangenheit gegen Deutschland nicht sehen, welcher Wandel im deutsch-französischen Verhältnis eingetreten war. Daß er im Augenblick wirklich vollkommen in die Irre ging, beleuchtet der ungewöhnlich herzliche Brief, den wenige Tage vorher Saint-Vallier an Staatssekretär von Bülow geschrieben hatte[101]). Solange Bismarck über so gute Beziehungen zu Paris verfügte, brauchte er den Anschluß Frankreichs an Rußland nicht zu fürchten, und würden sie sich wieder verschlechtern, so hatte er erst recht keinen Grund, einen Keil zwischen Frankreich und das ihm selbst befreundete England zu treiben: ein derartiger Versuch wäre der sicherste Weg gewesen, die Franzosen alsbald in die Arme der Russen zu stoßen. Deshalb ist auch die Auffassung unhaltbar, Bismarck habe damals ein Bündnis mit England gegen Frankreich angestrebt. Nichts anderes beabsichtigte er mit seiner Sondierung, als festzustellen, ob es, wenn der Bruch mit Rußland wirklich eintreten sollte, Zweck haben würde, mit England nähere Fühlung zu suchen, und zwar durchaus in der Hoffnung, daß London dann noch genügenden Einfluß auf Paris besitzen werde, dies von Rußland fernzuhalten.

Die Möglichkeit also umfassenden Frontwechsels wollte Fürst Bismarck offenhalten, falls er sich als notwendig herausstellen sollte. Entscheidend aber blieb ihm, ob Kaiser Wilhelm seinen Einspruch gegen das Bündnis mit Österreich fallen ließ, und darum verschärfte er gleichzeitig das Ringen um seine Zustimmung. Es ist jetzt in sein erstes entscheidendes Stadium getreten, da der Kanzler darüber Klarheit besitzen mußte, was er in Wien würde Andrássy sagen können[102]).

Das langsame Nachlassen des Widerstandes erhellt aus Kaiser Wilhelms Brief an Bismarck aus Stettin vom 15. September:

„Nachdem ich meinen letzten Brief an Sie[103]*), den Sie heute erhalten haben werden, vollendet hatte, sandte mir F. M. Manteuffel Ihr Telegramm an denselben vom 7. d. M., das mich sehr erfreute, da ich eine Verständigung aus demselben zwischen uns vorherrschen konnte (sic!). Ihr vierter Bericht, den ich gestern erhielt, nährt diese Aussicht, glücklicherweise! Aber mir ist ein bedeutendes Moment aufgestoßen, wegen der pourparlers, die Sie in Wien haben werden. Es ist dies die Konvention d. d. Petersburg 1873, die nur von den beiden Feldmarschällen Moltke und Barjatinsky [muß heißen: Berg] unterzeichnet und vom Kaiser Alexander und mir ratifiziert wurde, Sie aber Ihre Unterschrift verweigerten (ein Umstand, der zu den Ansichten Nahrung gibt, die Sie damals und so oft mir gegen bindende Konventionen anführten, wo noch kein bestimmtes Objekt vorliegt, weshalb ich mich nur schwer entschloß, die Petersburger zu unterzeichnen). Wie können wir nun eine Konvention schließen wollen, ohne die Petersburger zu kündigen? Beide sollen Defensivkonventionen sein. Die Petersburger verpflichtet Preußen und Rußland zu gegenseitiger Unterstützung, wenn der Eine angegriffen wird. Die projektierte soll dasselbe, aber gegen Rußland stipulieren. Wie ist das zu vereinigen?? Mit scheint daher der Gedanke Bülows jun. durch Fortlassung des „gegen Rußland" die Möglichkeit zu gewähren, Rußland mit in die neue Konvention zu ziehen und dabei die Petersburger zu annulieren?*

Da ich Bülow jun. nicht in das Geheimnis der Petersburger Konvention eingeweiht glaube, habe ich ihm auch von derselben nicht sprechen dürfen, umsomehr da er durch Nichterwähnung seinerseits derselben, bei Erwägung seines Gedankens, dieselbe nicht zu kennen scheint. Ihr Wilhelm[104]*).*

Graf Stolbergs Vortrag vom 17. September hat dann für den Augenblick die Bedenken zum Schweigen gebracht. Der Kaiser gab seine Einwilligung zum Defensivbündnis beider Mächte „für den Fall, daß eine von ihnen von einer oder mehreren Mächten angegriffen werden sollte". Bismarck konnte die Fahrt nach Wien antreten und mit Andrássy zum Abschluß gelangen.

Daß hier aber im Gegensatz zu dem ausdrücklichen Wunsch des Kaisers kein generelles Bündnis, sondern ein speziell gegen den Angriff Rußlands gerichtetes vereinbart worden ist, hat den Zwist noch einmal und verstärkt aufleben lassen. Der persönliche Gegensatz zwischen Herrscher und Kanzler hat erst jetzt die volle Schärfe angenommen. Für Kaiser Wilhelms Empörung bietet seine Aufzeichnung vom 28. September ein neues Zeugnis:

*„Nicht nur wie ein roter Faden, nein mit klaren Worten und Nennung Rußlands geht aus dem Schreiben des Fürsten Bismarck vom 24. aus Wien, aus dem Memorandum, dem Protokoll und dem Vertragsentwurf die offene Feindschaft gegen Rußland hervor. Ja sie geht so weit, daß man das selbst anerkanntermaßen nur auf zwei Augen (Gambettas) [*Bemerkung O. v. Bülows: *nach mündlicher Erläuterung Sr. M. Waddingtons] beruhende Vertrauen auf das durch und durch zerfressene Frankreich schonen zu müssen glaubt, um das Gift gegen Rußland, unsre seit einem Jahrhundert bestehende Freundschaft (legs séculaire de nos pères*

d'auguste mémoire, Worte des Fürsten Bismarck im Schreiben für mich an den Kaiser Alexander) durch Kündigung derselben offen darzulegen. Ja noch weiter, es soll das Geheimnis der Abmachung in Wien ja geheim gehalten werden, damit Frankreich nicht etwa alarmiert werden könne und glaube, es sei etwas gegen dasselbe im Werke, und damit England nicht geniert werde, dies der Wahrheit gemäß an Frankreich sagen zu können! Und das soll ich anerkennen durch meine Unterschrift, nachdem ich, nach Beseitigung der Mißverständnisse, dem Kaiser Alexander von neuem die Freundschaftshand gereicht habe und er mir von neuem die Überzeugung aussprach, daß nur durch das Zusammengehen der drei Kaiser der Friede Europas erhalten werden könne, Worte, die ich vor zwei Monaten dem Kaiser von Österreich wiederholend aussprach und also auch jetzt dem Kaiser Alexander auf die seinigen nur bejahen konnte!!

Der Fürst Bismarck sagt selbst in seinem Schreiben, daß es mir wohl schwer werden würde, einen Vertrag zu ratifizieren. Nicht nur schwer, sondern unmöglich ist es für mich, denn das liefe gegen mein Gewissen, gegen meinen Charakter, gegen meine Ehre, hinter dem Rücken meines persönlichen, verwandtschaftlichen und politischen Freundes eine feindliche Allianz gegen ihn zu schließen! Mit aller Überzeugung hatte ich den Vorschlag angenommen, Rußland von den Verhandlungen in Wien Kenntnis zu geben, natürlich mit der Bezeichnung der Vorschläge nicht gegen dasselbe, sondern im allgemeinen gegen Aggressivmächte, und dasselbe zum Beitritt einzuladen. Dies verwirft Österreich, und Fürst Bismarck weiß dem nichts entgegenzusetzen und erkennt die Gründe an. W.

Dies ist meine Überzeugung nach reiflicher Durchlesung und Prüfung der Wiener Expeditionen. Die ausgesprochene Feindschaft gegen Rußland muß aus demselben gestrichen werden und so modifiziert werden, daß die Abmachung zum Beitritt Rußlands ihm vorgelegt werden kann und muß."

An diesem seinen Standpunkt hielt Kaiser Wilhelm erst recht fest, als Bismarcks Unterredung mit dem im persönlichen Auftrag des Zaren nach Berlin entsandten Saburow vom 29. September noch weiteres Entgegenkommen Rußlands erkennen ließ: unter dem Eindruck des Aneinanderrückens von Deutschland und Österreich sowie vermutlich auch einer Schlappe, die den vordringenden russischen Truppen durch die Turkmenen zugefügt worden war, bezeigte Kaiser Alexander erneut seine Bereitwilligkeit, daß das Dreikaiserbündnis wiederauflebe. Noch stärker als nach Alexandrowo meinte Kaiser Wilhelm jetzt alles in bester Ordnung befindlich und deshalb das geplante Bündnis mit Österreich nur als störend ansehen zu dürfen. Bismarck hingegen erblickte in dem Einlenken Rußlands die Bestätigung für die Richtigkeit seines Vorgehens. „Da habe ich die beste Quittung für meine Wiener Politik. Ich wußte, der Russe würde mir kommen, wenn wir erst den Österreicher festgelegt haben", hat er zu Radowitz gesagt[105]), und auch dem Kaiser ließ er durch O. von Bülow erklären: „*Die friedlichen Tendenzen*

der Saburowschen Mitteilungen beruhen auf der Voraussetzung, daß wir mit Österreich einig sind. Fällt diese Voraussetzung, so werden, wie ich fürchte, auch die friedlichen Tendenzen Rußlands fallen"[106]).

Diametral liefen also die Auffassungen des Kaisers und des Kanzlers auseinander, welche Rückschlüsse aus dem Entgegenkommen Rußlands zu ziehen seien. Es folgte die Woche nervenzerreißenden Zwistes, bis am Spätabend des 3. Oktober der Herrscher nachgegeben hat. Um seine moralischen Skrupel dem Zaren gegenüber zu beschwichtigen, hatte Bismarck noch tags zuvor O. von Bülow telegraphiert: „*Mir ist nicht verständlich, wie eine Illoyalität darin liegen würde, wenn S. M. das eigene Land gegen etwaige Angriffe Rußlands zu schützen sucht. Die persönliche Ehre Sr. M. wird von Seiten des Landes für diesen Schutz für engagiert gehalten.*" Auf die Frage des Legationsrates, ob dem Kaiser empfohlen werden solle, den in Baden-Baden eingetroffenen Saburow zu empfangen, erklärte Bismarck, keinen Rat mehr erteilen zu können, da sein Abschiedsgesuch morgen abgehe, fügte allerdings hinzu, wenn der Kaiser Bülows Rat wolle, so möge dieser empfehlen, den Russen nur im Beisein Graf Stolbergs zu empfangen und ihn mit aller Politik an das Auswärtige Amt zu verweisen. Wieder war es schließlich Stolbergs Vortrag, der das Ende der Krisis brachte und die Entscheidung zugunsten des Kanzlers herbeiführte. Jedoch die ganze Verzweiflung, die den greisen Kaiser dabei erfüllte, brach aus ihm hervor, indem er an den Rand des Stolbergschen Antrags[107]) schrieb: „*Die, welche mich zu diesem Schritte veranlaßt, mögen es dereinst dort oben verantworten! W. 3. 10. 1879.*"

Selbst nach dieser Entscheidung jedoch ist, wie man weiß, der Kampf noch nicht zu Ende gewesen. Daß die Stimmung des Kaisers, die aus seinem Randvermerk spricht, auch an den folgenden Tagen noch nicht überwunden war, zeigt sein Verhalten zu Bülows Vortrag über den russischen Wunsch, in Berlin eine Nachkonferenz der Botschafter zu veranstalten, weil die rumänisch-bulgarische Grenzkommission über die Frage eines Forts der Festung Silistria, Arab-Tabia, nicht einig wurde: Rußland wollte es Bulgarien, Österreich und England Rumänien zuteilen. Dieser Vorschlag einer Nachkonferenz erschien Bismarck aber keineswegs verlockend, genau wie er früher sich dem Verlangen eines neuen Kongresses entzogen hatte. Denn er meinte, Rußland werde dann für die voraussichtlich gegen es fallende Entscheidung wieder Deutschland verantwortlich machen: „*es würde unsrer Stellung zu den orientalischen Angelegenheiten mehr entsprechen, wenn wir nicht wieder in die Lage kämen, daß in Berlin Entscheidungen unter unsrem Vorsitz zu treffen seien*"[108]). Kaiser Wilhelm genehmigte auch die vorgeschlagene höfliche Ablehnung, jedoch „*nicht aus Übereinstimmung, sondern in Unmut über die bekannten Vorgänge des vorgestrigen Abends. Der Kaiser sprach sich nicht ohne Bitterkeit etwa dahin aus: nachdem ihm eine antirussische Politik aufgedrungen worden, sei es gleichgültig, ob diese verhältnismäßig unbedeutende Angelegenheit*

gleichfalls in einem den Wünschen Rußlands entgegenstehenden Sinne behandelt und entschieden werde, und wolle er dieselbe jedenfalls nicht zum Ausgangspunkte einer neuen Differenz machen"[109]).

Dies war die Stimmung, aus der dann doch noch Hemmnisse erwachsen sind. Noch einmal stiegen ihm die Bedenken auf, daß das Bündnis seine Spitze ausschließlich gegen Rußland und nicht auch gegen Frankreich wendete, auch um Art und Form der Mitteilung an den Zaren wurde gerungen. In diesem letzten Stadium der Krisis hat sich Moltkes Hilfe als besonders wirksam erwiesen, während seine früheren Schritte zugunsten der Ansicht des Kanzlers ohne tieferen Eindruck geblieben waren. Am 16. Oktober entschloß sich Kaiser Wilhelm zur Ratifikation des am 7. in Wien unterzeichneten Vertrags.

Über die letzten Vorgänge hat O. von Bülow, unmittelbar nachdem die furchtbare Last von seinen Schultern gefallen war, am 16. an Graf Stolberg berichtet:

„*Meine Eindrücke hatten mich in den letzten Tagen und namentlich nach dem bedeutsamen Vortrage des Herrn Generalfeldmarschalls Graf Moltke am vorigen Sonntag je länger je mehr in der Überzeugung bestärkt, daß der Kaiser — nach schwerem inneren Kampfe — über die Notwendigkeit der rechtzeitigen Ratifikationserteilung mit sich einig geworden war. Ich glaubte daher das mir gesteckte Ziel am besten zu erreichen, indem ich, statt den Kaiser durch allzuscharfes Drängen zu reizen, mich vorerst darauf beschränkte, wiederholt ehrfurchtsvoll darauf hinzuweisen, daß die Ratifikationsfrist am 21. d. M. ablaufe und eine Innehaltung derselben eine Pflicht der Loyalität und Vertragstreue für uns sei. Letzteres Argument namentlich schlug bei Sr. M. durch, und so ist es unter Mitwirkung der jetzigen weichen, gütigen und resignierten Stimmung des Kaisers gekommen, daß die Ratifikationsvollziehung ohne den gefürchteten Kampf erlangt worden und uns gewissermaßen als reife Frucht in den Schoß gefallen ist.*"

Diese weiche Stimmung wandelte sich allerdings nochmals in Zorn, als der Kaiser feststellte, daß die Presse Wind von dem Vertrag bekommen hatte — nach Stolbergs Erklärung vom 17. durch Wiener Indiskretion —, und vor allem als er erfuhr, daß der Bundesratsausschuß für auswärtige Angelegenheiten einberufen und unterrichtet worden war. Stolberg suchte dies zu rechtfertigen durch die Notwendigkeit, für das Bündnis die freudige Zustimmung aller Bundestaaten zu gewinnen: „*Die Hauptgefahr, welche der in den Mittelstaaten, besonders in Bayern noch sehr starke Partikularismus für uns hat, liegt in der Möglichkeit, daß der Reichseinheit entgegengesetzte Bestrebungen, sei es der Bevölkerungen, sei es der Regierungen, in kritischen Zeiten eine Anlehnung bei einer uns feindlichen österreichischen Politik finden können. Die Stärke des Partikularismus beruht, abgesehen von anderen Momenten, in dem vielleicht nicht ganz unberechtigten peinlichen Gefühl der Bevölkerungen, daß die ihnen durch viele Jahrhunderte gemeinsamen, wenn auch unvollkommenen politischen*

Lebens liebgewordenen Beziehungen zu Österreich zerrissen worden seien. Dieser Keim der Unzufriedenheit wird vernichtet werden, wenn bei den mittelstaatlichen Regierungen und in den Bevölkerungen die Überzeugung von einer festen, der beiderseitigen Sicherheit förderlichen Anlehnung der mitteleuropäischen Kaiserreiche aneinander immer mehr Platz greift"[110]). Ausdrücklich berief sich Stolberg darauf, daß dies die Gründe seien, aus denen Bismarck sich zur Einberufung des Ausschusses entschlossen habe. Wir hören heute mit besonderer Befriedigung, wie der Kanzler im Bündnis mit Österreich, dieser Vorbereitung auf den großdeutschen Staat, ein wirksames Mittel zur Überwindung des Fluches der deutschen Geschichte, des Partikularismus, gesehen hat.

Noch immer aber war der Kaiser nicht hinweggekommen über die nervöse Gereiztheit, so daß sich ein letzter Konflikt einstellte infolge der Genauigkeit, mit der er die Art der an den Zaren ergehenden Mitteilung überwachte. Sah er doch in ihr den einzigen Weg, seine ihn immer noch peinigenden Gewissenbisse zu stillen. Deshalb wendete er ihr ganz besondere Aufmerksamkeit zu und telegraphierte am 17. an Stolberg: „*Wird es nicht nötig und gut sein, sowohl eine französische Übersetzung des Memorandums als unsrer explikativen Instruktion nach Petersburg zu senden, damit dort nicht etwa durch mauvais vouloir falsche Wendungen in eine Übersetzung sich einschleichen?*"

Der Vizepräsident des Staatsministeriums glaubte dies von sich aus, ohne den beurlaubten und erkrankten Bismarck zu befragen, ablehnen zu müssen: „*Nach der vom Herrn Reichskanzler festgestellten Praxis, welche wiederholt die ausdrückliche Billigung Sr. M. gefunden hat, werden die vom Berliner Kabinett ausgehenden, zu vertraulicher abschriftlicher Mitteilung an andre Höfe bestimmten politischen Eröffnungen stets nur in deutscher Sprache erlassen, ohne eine Übersetzung hinzuzufügen. Es ist dabei nicht so sehr die Rücksicht auf ein berechtigtes nationales Selbstgefühl als ein praktisches Interesse unsrer diplomatischen Beziehungen maßgebend gewesen. Man muß zwar zugeben, daß es unter keinen Umständen möglich sein würde, Versuche zu absichtlicher Mißdeutung von vornherein auszuschließen. Solchen Gegnern würden dann aber bessere Handhaben für ihr Vorhaben zu Gebote stehen, wenn sie in der Lage wären, sich an zwei von dem Auswärtigen Amt ausgehende, in verschiedenen Sprachen redigierte Texte zu halten. Die Unmöglichkeit, bei noch so sorgfältigen Übersetzungen die Färbung des Originals in völliger Identität wiederzugeben, erleichtert es der Interpretationskunst böswilliger oder in vorgefaßter Meinung befindlicher Leser, mit einiger Wahrscheinlichkeit einen Sinn unterzulegen, der dem Verfasser fern lag.*"

Daß ihm auf diese Weise abermals ein Wunsch nicht erfüllt wurde, der doch nur aus bestem Willen und ehrlicher Sorge geboren war, löste beim Kaiser einen neuen Zornesausbruch aus. An den Rand des Stolbergschen Schreibens setzte er den ganz ungewöhnlich scharfen Vermerk: „*Aber gerade*

damit solche Mißverständnisse nicht entstehen, will ich, daß wir die Übersetzung machen und mit dem deutschen Original übergeben. Nicht das Geringste kann ich erlangen bei der jetzigen Geschäftsführung!"

Dies war aber das letzte, schnell abklingende Grollen des Donners. Denn nun, nachdem die Würfel endgültig gefallen waren, hat der Kaiser mit der untadeligen Vornehmheit seines Wesens sich auf den neuen Boden gestellt. So schwer es ihm geworden war, hatte er doch schließlich seinen Namen unter den Vertrag gesetzt und ihn sich damit zu eigen gemacht. Daraus erwuchs ihm das Bedürfnis, auch menschlich einen Strich unter die schlimmen Wochen des Kampfes zu machen. Bitterstes hatte ihm sein Kanzler angetan, aber der Herrscher sah, daß dieser die Anstrengungen und Aufregungen mit gesundheitlichem Zusammenbruch bezahlte, er würdigte, daß Bismarck genau wie er selbst unter dem Zwange tiefster sachlicher Überzeugung gehandelt hatte, trug ihm deshalb nichts nach und wünschte, daß auch in ihm keine Verbitterung zurückbleibe. Deshalb hat er ihm am 20. Oktober aus Baden-Baden ein eigenhändiges Schreiben gesandt, das er zu O. von Bülow in seiner rührenden Weise als einen „*Friedensbrief*" bezeichnete. Sein Wortlaut ist:

„*Sie wissen aus meinen Briefen, in welch schweren Kampf mit mir selbst Ihre neueste Politik mich versetzt hat. Es ist eine geheime Umkehr unsres Verhältnisses zu dem so lange befreundeten Rußland, und zwar in einem Augenblick, in welchem ich dem Kaiser Alexander durch Ihr Diktat einen so herzlichen Brief schrieb und mündlich in diesem Tone sprach — was mich moralisch niederwarf! Nicht die Argumentation Ihrer mir vorgeschlagenen Umkehr der Politik ist es, die mich zerschmetterte, denn ich muß jener im allgemeinen beitreten, wohl aber deshalb, daß in demselben Augenblick, wo ich dem Kaiser die Freundschaftshand von neuem gereicht hatte, mir diese Umkehr zugemutet wurde. Denn die aufgestellten Praemissen zu dieser letzteren lagen momentan noch nicht vor, so daß ich nicht vermochte, mich sofort in diese Vorschläge zurechtzufinden! Nur nachdem ich es erlangte, daß dem Kaiser Alexander das von Ihnen und Graf Andrássy aufgesetzte Memorandum mit einer dasselbe begleitenden Instruktion mitgeteilt würde, habe ich mich entschließen können, die geheimen Papiere zu unterzeichnen!!*

Mein Gewissen, um nicht vor dem Kaiser als ein Wortbrüchiger und Unredlicher zu erscheinen, verlangt es, daß ich demselben privatim schreibe, nicht um mich zu rechtfertigen, sondern um ihm selbst die politische Notwendigkeit zu zeigen, die mich zu dem Memorandum bewogen hätten (sic!), *die in der veränderten Lage in den preußisch-österreichisch-deutschen Verhältnissen seit Aufhören des Deutschen Bundes eingetreten sind und die immer von Neuem bindende Stellung des neuen deutschen Kaiserreiches mit Österreich verlangten.*

Eine Andeutung auf die Moskauer Presse, auf die Nicht-Einschreitung gegen dieselbe und die daraus entstehende Möglichkeit, daß Nihilisten und Panslawisten

das russische Gouverment überflügeln könnten und daß dies einen geschlossenen Widerstand in den Nachbarländern finden würde, habe ich für nötig gehalten, da in der besagten Instruktion diese Andeutung enthalten ist. Ich wünschte diese Andeutung gestrichen zu sehen, aber Graf Stolberg erklärte sich, doch wohl auf Ihre Einwilligung, dagegen.

Ich bitte Ihre Ansicht auf das Brouillon eintragend mir bei meiner Rückkehr vorfinden zu lassen. Somit ist Frieden zwischen uns hergestellt! Ihr Wilhelm."

Zur Antwort (Varzin, 24. Oktober) faßte Bismarck noch einmal die Punkte zusammen, die besonders geeignet erscheinen konnten, das bedrückte Gemüt des Kaisers zu erleichtern: [Dessen Randbemerkungen sind in eckigen Klammern beigefügt.]

„Eurer Majestät danke ich ehrfurchtsvoll für das gnädige Handschreiben vom 20. und namentlich für das huldreiche Schlußwort desselben, aus welchem ich Eurer Majestät Verzeihung entnehme für die Sorgen, welche die seit dem Kongreß sich entwickelnde Veränderung nicht unsrer, sondern der russischen Politik mich gezwungen hat, Eurer Majestät zu verursachen.

Obschon mein Gesundheitszustand noch derselbe ist wie bei Übersendung meines Urlaubsgesuchs, so habe ich doch versuchen wollen, dem Allerhöchsten Befehl zur Darlegung meiner Ansicht nachzukommen. Dieser Versuch ist mir nicht vollständig gelungen, weil das erneute Eintreten in die sorgenvolle Arbeit der letzten Monate eine derartige Steigerung neuralgischer Schmerzen zur Folge gehabt hat, daß ich mich auf einige ehrfurchtsvolle Bemerkungen beschränken muß.

Wenn Eure Majestät sich in Allerhöchst Ihrem Gewissen dem Kaiser Alexander gegenüber durch einen scheinbaren Widerspruch zwischen Eurer Majestät letztem Briefe an den Kaiser und dem österreichischen Abschlusse bedrängt finden, so bitte ich huldreichst zu erwägen, daß ein solcher Widerspruch in der Wirklichkeit nicht stattfindet. Das Verhältnis zu Rußland, welches Eurer Majestät Brief als ein legs sacré der Väter bezeichnete, kann doch immer kein andres sein als das aus den Kriegen von 1813—15 hervorgegangene und durch Errichtung des Deutschen Bundes konsolidierte der drei Mächte Preußen, Österreich und Rußland, so wie es zu den Zeiten des Höchstseligen Königs Friedrich Wilhelm III. bestand. Schon 1872 und 1873, in Berlin, Petersburg und Wien wurde die Wiederherstellung analoger Beziehungen zwischen den drei Kaisermächten versucht, anfangs mit scheinbarem Erfolg. Daß dieser nicht dauerte, hat weder Eurer Majestät Politik noch die österreichische verschuldet; keine dieser beiden Mächte, wohl aber Rußland hat eine neue Politik eingeschlagen, panslawistisch, kriegerisch und nicht ohne revolutionäre Beimischung. Panslawistische Politik heißt die Auflösung Österreichs mit seinen zwanzig Millionen Slawen, von denen 7 in den früher zum Deutschen Bunde gehörigen Ländern wohnen. Der Deutsche Bund also, ein integrierender Bestandteil des „legs de nos pères", schützte Österreich gegen panslawistische Politik Rußlands und machte die Bekämpfung

einer solchen schon damals zu einer Vertragspflicht Preußens. Nicht minder war Preußen durch die alten Bundesverhältnisse des österreichischen Beistandes gegen russische Angriffe versichert. Daß russische Angriffe auf Preußen damals unmöglich erschienen, heute aber erwiesen ist, daß kurze Zeit vor Alexandrowo Rußland in Paris durch den General Obrutschew um Frankreichs Bündnis gegen Eure Majestät geworben hat, dies beweist, daß Rußland von den Traditionen der Väter abgewichen ist, nicht aber Eure Majestät es sind. Die Freundschaftshand, welche Eure Majestät dem Kaiser Alexander in Alexandrowo gereicht haben, brauchen Allerhöchstdieselben wegen des österreichischen Vertrages nicht zurückzuziehen [?], ebensowenig wie der Deutsche Bund Eurer Majestät Höchstseligen Herrn Vater verhindert hat, mit dem russischen Kaiserhause persönlich und politisch auf das engste befreundet zu sein. Hätte Kaiser Nikolaus Österreich angegriffen, so wäre auch Eurer Majestät Herr Vater zum Beistand Österreichs verpflichtet gewesen und würde ihn geleistet haben [?]. Eurer Majestät herzlicher Brief an den Kaiser Alexander ist daher, nach meiner ehrfurchtsvollen Überzeugung, mit unsrer neuen defensiven Verbindung mit Österreich in keinem Widerspruch [??], und noch weniger darf sie Eurer Majestät im Lichte eines Wortbruchs oder einer Unredlichkeit [??] erscheinen, wie das Allerhöchste Handschreiben vom 20. andeutet.

Zu Eurer Majestät Höchsteigenhändigem Entwurf erlaube ich mir einige Änderungsvorschläge ehrfurchtsvoll beizufügen, die ich namentlich in den Stellen Eurer Majestät huldreicher Beachtung zu empfehlen wage, welche meinem Eindruck nach dem Kaiser Alexander als Kritik seiner Regierung persönlich empfindlich sein könnten.

Eure Majestät wollen huldreichst verzeihen, wenn ich mich auf diese wenigen Bemerkungen beschränken muß; mein Gesundheitszustand setzt mich außer Gefecht. Obschon ich hoffe, daß die Ärzte übertreiben, wenn sie mir mit dem Schicksal des armen Herrn von Bülow drohen, so kann ich mich doch darüber nicht täuschen, daß jede geistige Arbeit die neuralgischen Schmerzen steigert, welche mich hindern, ohne künstliche Mittel zu schlafen, und welche es mir auch unmöglich machen selbst zu schreiben, so daß ich diese Expedition dem zum Besuche hier anwesenden Legationsrat von Holstein diktiert habe."

Daß Bismarck in diesem abschließenden Schreiben noch einmal derart starken Nachdruck auf die Erinnerungen an den Deutschen Bund legt, ist sehr bezeichnend. Wäre es nach ihm selbst gegangen, so würde sich die Rückkehr zu damaligen Prinzipien noch viel ausgeprägter vollzogen haben: sein Vorschlag war ja ein staatsrechtliches, in die Verfassungen beider Länder aufzunehmendes, nicht bloß völkerrechtliches Bündnis. Das ist an Andrássys Abneigung, den österreichisch-ungarischen Staat in allzu engen Konnex mit den deutschen Verhältnissen zu bringen, gescheitert. Bei Kaiser Wilhelm aber, das wußte Bismarck, würden die Gedankengänge, die er hiermit anschlug, besonders warmen Widerhall wecken. Deshalb hat er sie, ebenso wie

er sie schon mehrfach in seinen Denkschriften hatte aufklingen lassen, gerade in dieser Antwort auf den seinen Sieg besiegelnden Friedensbrief des Kaisers noch einmal so stark in den Vordergrund gerückt. Wenn etwas geeignet war, Kaiser Wilhelm dazu zu bringen, daß er sich auch innerlich mit dem Geschehen wirklich abfand, so war es die Aussicht, den gesamtdeutschen Gedanken, der ihm in seiner Jugend, in den Tagen der Freiheitskriege so teuer geworden war, in einer Form wiederaufleben zu lassen, die dem seither in Deutschland eingetretenen Umschwung, dem Machtaufstieg Preußens volle Rechnung trug. Das war ein Ziel, an welchem der Kaiser aus wärmstem Empfinden, aus Traditionsbewußtsein und sachlicher Einsicht mitzuarbeiten bereit war. Er hatte seine Zweifel, ob es verwirklichbar sei, aber an sich war es ihm ein Ideal deutscher Politik.

Der „Friede" war also tatsächlich durch diesen Briefwechsel wiederhergestellt, und die Art, wie es geschehen war, läßt das Wort berechtigt erscheinen, das bald darauf der dem Hause Bismarck befreundete Generaladjutant Graf Lehndorff an Herbert Bismarck schrieb (23. Dezember 1879, F. A.), daß „*die Herzen der beiden großen Männer sich unendlich und unverbrüchlich nahe*" stünden.

Mit der Tatsache, daß das deutsch-österreichische Bündnis von 1879 für Jahrzehnte die Grundlage der deutschen Außenpolitik abgegeben und die gesamteuropäische überschattet hat, ist oben gerechtfertigt worden, daß der vielbehandelte Gegenstand seiner Vorgeschichte hier noch einmal — wenigstens insoweit, als dem neuen Material neue Lichter zu entnehmen sind — näherer Betrachtung unterzogen worden ist. Erst recht jedoch ist es unerläßlich, daß wir uns verdeutlichen, welcher Zweck Bismarck dabei vorgeschwebt und welche Erwartungen er daran geknüpft hat. Angesichts der Katastrophe, in die uns zuletzt das Bündnis mit der Habsburgermonarchie hineingerissen hat, ist nicht selten das Urteil laut geworden, sein Abschluß habe die Reichspolitik in falsche Bahn gelenkt; der greise Kaiser habe, als er so verzweifelten Widerstand leistete, den eigentlichen deutschen Vorteil schärfer erkannt und klarer in die Zukunft geblickt als sein Kanzler.

Bei der Stellungnahme zu dieser Frage ist zunächst zu berücksichtigen, daß Kaiser Wilhelm vor allem das negative Programm aufstellte, sich nicht einseitig an Österreich zu binden und das Band zu Rußland nicht fallen zu lassen; positiv schwebte ihm, doch mehr gefühlsmäßig als konkret, die Idee des Dreikaiserbündnisses vor. Wie ein nicht im Besitz fester Rückendeckung an Deutschland befindliches Österreich-Ungarn nach den gemachten Erfahrungen abermals für sie zu gewinnen sein würde, dafür hat er den praktischen Weg nicht gewiesen, und zweifellos lag hier eine sehr ernste Schwierigkeit. Wenn auch Zar Alexander sich bereit erklärt hatte, die alte Bahn wieder zu betreten, so bestand doch keine Gewähr, daß nicht in Zukunft die Kräfte, die Rußlands Politik in anderem Sinne geleitet wissen wollten, sich durch-

setzen würden, und darum würde es nicht leicht gewesen sein, Österreich zu bewegen, seine Sicherheit allein in einem so wenig fundierten Bauwerk zu suchen. Schon immer war Andrássys Wunsch das Zusammengehen mit den Westmächten gegen Rußland, insbesondere mit England, gewesen, und daß sein Nachfolger anders denken würde, war nicht zu erwarten. Österreich durfte mit Recht ein höheres Maß der Sicherheit verlangen, wenn es nicht Wege einschlagen wollte, die für Deutschland unerwünscht wären. Einfache Erneuerung des alten, lockeren Dreikaiserverhältnisses würde daher zunächst einmal kaum zu erreichen gewesen sein. Man braucht ja nur daran zu denken, zu welch großem Maß des Entgegenkommens gegen die österreichischen Wünsche Bismarck sich sowohl in der Frage der generellen, nicht nur gegen Rußland gerichteten Defensivallianz wie des staatsrechtlichen Bündnisses verpflichtet gehalten hat, um sich zu verdeutlichen, welche anderen Wege der Donaumonarchie in diesem Augenblick, da alle alten Bindungen ihre Kraft verloren und neue feste noch nirgends sich ausgebildet hatten, offenstanden.

Unter diesen Umständen aber würde auch für Deutschland die bloße Wiederherstellung der verhältnismäßig wenig verbindlichen Form des alten Dreikaiserbundes die Gefahr in sich geborgen haben, eines Tages doch allein auf die russische Allianz angewiesen zu sein und sie dann überteuer bezahlen zu müssen, wenn sie nicht gar ebenfalls im entscheidenden Moment versagte. Daher konnte es auch für Deutschland nicht verlockend erscheinen, den in den siebziger Jahren gemachten Versuch in gleicher Art, ohne ihm eine haltbarere Basis zu geben, einfach zu wiederholen. Solche festere Grundlage jedoch für den Oberbau des Dreikaiserbündnisses konnte der Zusammenschluß mit Österreich schaffen.

Welche Kräfte des Gefühls und des nationalen Instinkts, mit denen in Widerspruch zu geraten nicht unbedenklich gewesen wäre, für die vertragliche Sicherung der Freundschaft mit Österreich sprachen und wie sehr diese sich im Einklang fanden mit der säkularen Linie der deutschen Geschichte, dafür erübrigt sich heute, wo der großdeutsche Staat Wirklichkeit ist, jedes Wort des Hinweises, und erst recht bedarf es nicht mehr der „Rechtfertigung", daß Bismarck sich hierzu entschlossen hat. Allein zu prüfen ist, ob wirklich Rußland dadurch zum unversöhnlichen Feind geworden und in die Richtung gestoßen ist, an deren Ende die Katastrophe des Weltkriegs gestanden hat.

Sicher ist jedenfalls das eine, daß eine solche Entwicklung genau das Gegenteil der von Bismarck gewollten darstellt. Von einem Entschluß, seinerseits den Bruch mit Rußland auf diesem Wege herbeizuführen, ist er ganz unbestreitbar himmelweit entfernt gewesen. Wäre dieser also als Folge seines Bündnisses mit Österreich eingetreten, so hätte sich Fürst Bismarck ganz ohne Frage eines schweren Rechenfehlers schuldig gemacht. Nach seinem

Willen sollte die „Option für Österreich" — die Quellen belegen das eindeutig, wir werden noch ausführlicher darauf zurückzukommen haben — nicht den Verzicht auf Rußland bedeuten, nicht bloß Schutz gegen dessen eventuellen Angriff gewähren, sondern darüber hinaus das wirksame Mittel liefern, es ebenfalls wieder heranzuholen. Denn die allgemeine Lage des russischen Staates war derart, daß er, noch geschwächt durch den Türkenkrieg, diplomatisch völlig isoliert, mit England verfeindet, von Frankreich gerade eben zurückgewiesen, die Gegnerschaft der vereinigten Macht der beiden mitteleuropäischen Kaiserreiche unmöglich riskieren durfte. Darum war zu hoffen, daß er zur Antwort einlenken und in die alte Bahn des Zusammengehens mit ihnen zurückkehren werde; sollte aber in der Zukunft die panslawistische Richtung doch zur Macht gelangen, dann konnten dem beide Mittelmächte auf Grund ihres Bundes mit ganz andrer Ruhe begegnen.

Statt vieler Zeugnisse, die für diesen schon vor dem Gelingen des Abschlusses mit Österreich angestellten Gedankengang Bismarcks sich anführen ließen, erinnere ich nur daran, daß er in dem soeben mitgeteilten, die Krisis abschließenden Brief an den Kaiser so stark betont hat, die Freundschaft zu Österreich sei, wie das die Zeiten des Deutschen Bundes bewiesen, sehr wohl vereinbar mit der zu Rußland. Im Endziel stimmten also Kaiser und Kanzler weitgehend überein, nur über die Wege, auf denen es anzustreben sei, waren ihre Ansichten so scharf auseinandergegangen. Die Verbindung mit Rußland suchten beide zu erhalten, aber um sie, wie Kaiser Wilhelm das wollte, zum Angelpunkt der deutschen Politik zu nehmen, sah Bismarck sie nicht als gesichert genug an. Diese Stellung wies er dem Bündnis mit Österreich zu.

Daß er dies aber tat, hat sich das wirklich in der Wirkung auf Rußland als Rechenfehler erwiesen? Alsbald jedenfalls nicht, denn die unmittelbare Folge ist im Gegenteil genau die gewesen, die er erwartet und gewollt hatte: gleich nach dem Wiener Besuch, als die ersten Nachrichten vom Zusammenschluß Deutschlands und Österreichs die Welt durcheilten, hat Rußland sein in Alexandrowo angekündigtes Einlenken noch verstärkt. Wir haben schon festgestellt, daß Bismarck selbst die Entsendung Saburows nach Berlin als die beste Rechtfertigung seines Verhaltens bezeichnete. Nicht bloß etwas Vorübergehendes ist dies aber gewesen, sondern was damals begann, hat in den nächsten Jahren seine Fortsetzung und Vertiefung gefunden. Eingehend werden wir zu verfolgen haben, wie in ihnen die Existenz des Zweibundes das gleiche Ergebnis bewirkt hat, Rußland zum Zusammengehen mit ihm zu veranlassen. Auch als 1885 sich die neue, schwere Balkankrisis erhob, hat Bismarck es verstanden, trotz größter Hemmnisse den Draht nach Petersburg für den Rest seiner Kanzlerzeit nicht abreißen zu lassen, und wenn dann der neue Kurs ebenfalls, trotz Festhaltens am Zweibund, trotz Preisgabe des Rückversicherungsvertrages und trotz des russisch-französischen Bündnisses

nach wenigen Jahren abermals die Freundschaft mit Rußland zu einem Eckpfeiler seiner Politik machen wollte und für einige Jahre auch machen konnte, darf man dann davon sprechen, daß 1914 die notwendige Konsequenz von 1879 gewesen sei?

Die wahre Sachlage ist vielmehr die: die Tendenzen, die schließlich auf der russischen Seite den Krieg unvermeidlich gemacht haben, sind vor dem Abschluß des deutsch-österreichischen Bündnisses bereits vorhanden gewesen, durch seinen Druck sind sie in den Hintergrund geschoben worden. So sehr sie fortgewirkt haben, entscheidenden Einfluß haben sie für lange Zeit nicht besessen. Erst infolge eines alle zu Bismarcks Zeit gültigen Voraussetzungen über den Haufen werfenden Wandels in der Gesamtsituation Europas sind sie zur Macht gelangt. Auch die neueste Untersuchung über die Vorgeschichte des russisch-französischen Bündnisses aus russischer Feder kommt zu dem Ergebnis, der Zweibund habe für zehn Jahre Rußland veranlaßt, für das Zusammengehen mit Deutschland zu optieren[111]). Deshalb darf ein ursächlicher Zusammenhang zwischen den Geschehnissen von 1879 und 1914 nicht hergestellt werden. In allererster Linie gilt es für die in diesem Buche zu überblickenden Jahre, daß ohne den Zweibund die Wiederherstellung der in die Brüche gegangenen Freundschaft mit Rußland nicht möglich gewesen wäre, sollten nicht gleichzeitig Deutschlands Beziehungen zu allen anderen europäischen Großmächten ernstlich gefährdet werden.

So aber ergab sich zu Beginn des Winters 1879/80 zu ihnen das Verhältnis: Vertraglich gesichertes Zusammengehen mit Österreich-Ungarn, enge Fühlung mit beiden Westmächten, werbendes Entgegenkommen von Seiten des Zaren. Das heißt also, der Abschluß des Zweibundes hat das Idealbild, wie es Bismarck vorschwebte, annähernd verwirklicht.

Zweiter Teil

Die Erneuerung des Dreikaiserverhältnisses

1. Die Wiedergewinnung Rußlands als Hauptziel

Am 7. Oktober[1]), dem Tage, an welchem in Wien das Bündnis abgeschlossen wurde, erschien in der „Kölnischen Zeitung" der erste Teil eines in der nächsten Ausgabe fortgesetzten Aufsatzes über die europäische Gesamtlage[2]), dessen offiziöser Charakter so unverkennbar war, daß die „Agence Havas" seinen vollen Wortlaut trotz des ungewöhnlichen Umfangs in französischer Übersetzung verbreitete. In der Tat ist er eine amtliche Auslassung gewesen. Den Entwurf des Pressereferenten im Auswärtigen Amt, Rudolf Lindau, hat Bismarck selbst genau durchkorrigiert und mit zahlreichen eigenhändigen Zusätzen versehen. Wir haben also hier eine Art Programm vor uns, das öffentlich verkündet wurde, und schon der Titel, der dem Aufsatz gegeben wurde, ist bezeichnend: „Für den Frieden."

Ausgangsstellung war die Feststellung, daß alle Mächte den Frieden wollten. Nur in Rußland sei mit der Sachlage zu rechnen, daß gegenüber den „chauvinistischen und revolutionären" Einflüssen das Gegengewicht nicht bestünde, „welches in der sachkundigen Autorität eines mit der europäischen Politik in intimer Fühlung stehenden leitenden Ministers gefunden werden könnte", da unter den neuen Männern dort „nicht ein einziger Staatsmann von europäischer Tragweite" vorhanden sei. „Der durch die slawische Presse geschürte Haß des russischen Volkes gegen das Ausland ist nicht ein so tief eingewurzelter und allgemein verbreiteter wie die Abneigung der Franzosen gegen Deutschland, aber er kann für die Ruhe Europas gefährlicher werden, weil die russische Staatsform, der Charakter und die Bildungsstufe des Volkes, die unberechenbare Elementargewalt der slwawischen Revolution, die ganze Lage des Landes endlich weniger Bürgschaft gegen plötzliche Explosionen nach außen hin bieten." Die russische Presse zeige, „daß sich die Selbstüberschätzung der Russen seit dem Kriege noch gesteigert hat; daß die panslawistische Partei mit einer Sicherheit von ihrer die ganze Welt bedrohenden ‚Mission' spricht, die komisch sein würde, wenn der zur Schau getragene Dünkel nicht der einer unskrupulösen und einflußreichen Fraktion wäre, welche großes Unheil anrichten kann".

Setze sie sich durch, dann stünden beide Mittelmächte in der Gefahr, eingeklemmt zu werden, Deutschland zwischen Rußland und Frankreich, Österreich zwischen Rußland und Italien. Darum sei ihr Zusammenschluß als „Liga zur Sicherung gegen Kriegsgefahr" ein natürlicher. Er werde auch nicht zur Bildung einer Gegengruppe führen. Denn Rußland, „wenn es auch in der defensiven Allianz zwischen Deutschland und Österreich zunächst eine Unbequemlichkeit erblicken würde, dürfte mit der Zeit zur Erkenntnis gelangen, daß dieses Bündnis faktisch zu seinem Nutz und Frommen geschlossen wird. Es würde sich der Wahrnehmung nicht für immer verschließen können, daß es mit erobernder Politik sich selbst am meisten schadet und daß es den Mächten zu Dank verpflichtet ist, welche es tatsächlich an der Entwicklung solcher Tendenzen verhindern, ohne ihrerseits seinem Besitzstand zu nahe zu treten". Wenn daher das deutsch-österreichische Bündnis umwälzend auf die russische Politik einwirke, „so würde das russische Volk in der Tat noch mehr positiven Vorteil aus dem Bündnis der beiden mitteleuropäischen Kaiserreiche ziehen, als die Alliierten selbst". Nicht unmöglich gemacht würde demzufolge das Dreikaiserbündnis durch die engere Verbindung der beiden Mittelmächte, „es würde im Gegenteil erst zur rechten Autorität gelangen, wenn der Zar, gleich den beiden anderen Monarchen, sich in rein friedlichen Absichten demselben hingeben wollte".

Mit dieser Konsequenz würde also das deutsch-österreichische Bündnis die denkbar beste Friedensgarantie sein, und überhaupt bei solchem ihm innewohnenden Sinn auch anderen Mächten der Beitritt offenstehen. Hatte ein so großer Teil des Artikels sich mit Rußland beschäftigt, so wurde mit dieser Schlußerklärung namentlich England apostrophiert.

Daß derart ein öffentliches Bekenntnis zum Zweibund ausgesprochen war, empfand Kaiser Wilhelm, dessen Gereiztheit, wie wir sahen, in diesen Tagen noch keineswegs überwunden war, als schwere Indiskretion. Auf einen Erlaß an den Botschafter von Keudell, in Rom wegen dortiger Pressemeldungen vorstellig zu werden, schrieb er (14. Oktober): „*Wird Keudell mehr dort ausrichten, als wir selbst bei uns vermögen? Denn die ‚Kölnische Zeitung' hat Artikel verbreitet, die genau abgeschrieben scheinen aus den 4 mémoires des Fürsten Bismarck an mich!*" Immerhin mußte es für den Kaiser versöhnend sein, daß als Ziel trotz aller Schärfe der gebrauchten Sprache das erneute Aneinanderrücken der drei Kaisermächte so deutlich proklamiert war, und in der Tat hat Bismarcks Praxis in der Folgezeit diesem öffentlich aufgestellten Programm durchaus entsprochen, von der festen Grundlage des Zweibundes aus abermaligem Zusammenschluß mit Rußland zuzustreben. Nichts anderes jedoch lag hierin als das konsequente Festhalten an im geheimen längst erwogenen Gedanken.

Aussicht auf solches Ziel hatte sich schon durch die Erklärungen des Zaren in Alexandrowo und dann durch die Saburows in Berlin im September

eröffnet. Der Zweck, den die Russen mit ihnen verfolgt hatten, Bismarck vom Abschluß mit Österreich abzubringen, war nicht erreicht worden; im Gegenteil hatte der Kanzler ihn nunmehr erst recht unabänderlich betrieben, weil er in ihm das wirksamste Druckmittel auf Rußland erkannte. Daß er aber alles eher als den Bruch mit dem östlichen Nachbar wünschte, und daß er darum sich auf nichts einlassen wollte, was den Zaren in seinem wiedererwachten Verständigungswillen hätte kopfscheu machen können, dafür ist ein klarer Beweis auch sein Verhalten in diesen Wochen gegen England.

2. Der Zweibund und die Westmächte

Der[3]) in London eingetretene Stimmungsumschwung zugunsten Deutschlands ließ sich deutlich ablesen am Barometer des Wirtschaftsmarktes. In ganz anderem Maße als bisher wandte sich das britische Kapital deutschen Papieren zu, insbesondere preußischen Konsols, derart, daß nach kurzer Zeit Bleichroeder sogar Bedenken äußerte: Er legte Bismarck dar (3. Februar 1880), Deutschland werde von England her mit Geld überflutet; infolgedessen sein ein Kurs der Konsols von 105 oder 110 zu erwarten, durch so hohen Preis aber würden die deutschen Konsolbesitzer, „*die nicht gewöhnt sind mit einem so geringen Zinsfuß wie die Engländer zu leben, veranlaßt, ihre Konsols hinauszuwerfen und ihre Kapitalien in auswärtigen Papieren anzulegen*".

Hinter der Börsenbewegung aber stand die hohe Politik. Auch in ihr machte sich, seitdem die Welt mit dem Zweibund rechnete, ein viel wärmeres Entgegenkommen Englands auf Bismarcks Wünsche geltend. Disraeli erkannte, daß sein Ziel, die endgültige Zerstörung des Dreikaiserbundes, nicht zu erreichen war, ohne daß England sich wenigstens gegen Rußland deutlich an der Seite der Mittelmächte festlegte. Er bedauerte daher die übergroße Vorsicht, die er der deutschen Anfrage im September entgegengebracht hatte, und überzeugte auch den gegen Deutschland stets besonders mißtrauischen Salisbury um so leichter, als dieser sich in diesen Wochen mehrfach dazu bekannte, daß es für England absolute Notwendigkeit sei, im Fall eines russischen Angriffs auf Österreich nicht untätig zu bleiben[4]). Aber zu ihrer peinlichen Überraschung stießen sie jetzt bei Bismarck, der doch bisher der Werbende gewesen war, auf größte Zurückhaltung.

Dessen Wort, die Geschichte beweise, daß versäumte Gelegenheiten sich in der Regel nicht wiederholen[5]), bestätigte sich hier den britischen Staatsmännern. Hätten sie sich nicht im September nur wenig entgegenkommender gezeigt als schon 1876 und 1877, so hätte es ihnen, obgleich dies keineswegs Bismarcks Wille gewesen war, durch entschlossenes Zupacken vielleicht doch eher gelingen können, einen Keil zwischen die Mittelmächte und Rußland zu treiben. Damals hatten sie geglaubt, ihrer Sache sicher sein zu dürfen und

die Gegengabe einer besonderen Verpflichtung nicht nötig zu haben. Jetzt aber war es zu spät, inzwischen hatte sich die Lage völlig verschoben.

Da Rußland wieder um Deutschlands Freundschaft warb, hatte Bismarck nicht mehr das gleiche Bedürfnis nach Englands Beistand. Im Gegenteil würde ein solches Abkommen nunmehr die sich anbahnende Besserung in Deutschlands Verhältnis zu seinem östlichen Nachbarn beeinträchtigt haben, und sie lag dem Kanzler vor allem andern am Herzen. Gegen Frankreich durfte die eventuelle Einigung zwischen Berlin und London sich nicht richten, weil einerseits dies, wie Königin Viktoria ihrer Tochter am 3. November schrieb[6]), vom englischen Volk niemals geduldet werden würde und weil andrerseits im Augenblick auch für Bismarck durchaus kein Anlaß für diese Richtung geboten war. Infolgedessen hätte sich die Spitze eindeutig gegen Rußland wenden müssen, und unter den neuen Umständen war der Kanzler hierfür nicht mehr zu haben; seines Kaisers Einwilligung hierzu hätte er auch nicht erlangt. Dem Fürsten schienen jetzt die deutschen Interessen am besten gewahrt, wenn mit England nur eine über generelle Verständigungsmöglichkeit nicht hinausreichende Fühlung genommen wurde, die sich im Notfall, wenn Rußland sich dennoch gegen Deutschland wenden würde, unschwer zu konkretem Ergebnis angesichts des fortdauernden englisch-russischen Gegensatzes verdichten ließ. Das Einlenken des Zaren eröffnete Bismarck eben die Möglichkeit der Rückkehr zu dem allgemeinen System, den Frieden durch nach allen entscheidenden Stellen hingezogene Fäden zu bewahren, auf das er angesichts der von Osten drohenden Gefahr vorübergehend hatte verzichten müssen, und dies allgemeine System erschien ihm viel wünschenswerter als die Anlehnung des Zweibundes an England, deren Folge auf die Dauer gar zu leicht der russisch-französische Zusammenschluß gewesen wäre.

Ließ das große System sich durchführen, so lag darin der Wiedergewinn der beherrschenden Position für Deutschland, und dies stand allerdings nicht im Einklang mit den britischen Wünschen. Lord Salisburys Rede in Manchester vom 17. Oktober, in der er den Zweibund mit demonstrativer Freude geradezu überschwenglich begrüßte, war schon darauf berechnet, das Mißtrauen der Russen gegen die Mittelmächte zu verstärken. Aber der Übereifer, den er dabei bewies, die allzu große Deutlichkeit seiner Sprache war ein Fehler, der Zar wurde dadurch keinesewgs freundlicher gegen England gestimmt, und auch auf Österreich und erst recht auf Deutschland war die Wirkung sehr ungünstig. Wenn bei Bismarck überhaupt eine Bereitwilligkeit bestanden hat, auf das zwei Tage vorher, am 15. Oktober, Graf Münster in Hatfield unterbreitete Angebot deutsch-englischen Zusammengehens sich noch einzulassen, so wurde sie durch die Rede zerstört. Nicht nur hat er sich daraufhin entschlossen, in seiner amtlichen Mitteilung nach

London über das in Wien Vereinbarte demonstrative Zurückhaltung zu beobachten, sondern auch die ursprünglich von ihm doch selbst eingeleitete Verhandlung stillschweigend einfach abzubrechen und somit sein Verhältnis zu England auf der Basis zu belassen, die vor deren Beginn bestanden hatte.

Die Folge war, daß Lord Salisbury seinerseits indirekte Mittel anwendete, um das alte Ziel zu erreichen und der Verständigung der Kaisermächte Hemmnisse zu bereiten, zumal ihn sein Berliner Botschafter vollkommen zutreffend über Bismarcks Pläne unterrichtete. Es ist ein Beweis für Lord Odo Russells Scharfblick, daß er die eigentliche Absicht, die der Kanzler mit dem deutsch-österreichischen Bündnis verband, klar erkannt hat: Am 19. Dezember schrieb er seinem Vorgesetzten, nicht Krieg gegen Rußland und Frankreich, sondern die Zurückzwingung des Zaren zum Dreikaiserbündnis sei Bismarcks Ziel, und zwar diesmal „unter seinen eigenen Bedingungen und nicht unter denen des Fürsten Gortschakow, die mehr oder weniger seit 1875 bestimmend gewesen sind"[7]). Dies aber war das diametrale Gegenteil der englischen Wünsche, Disraeli und Salisbury hätten ihre Politik absolut umstellen müssen, wenn sie nicht gesucht hätten, eine solche Entwicklung zu stören.

Ihr Ausgangspunkt dabei waren die verschiedenen Balkanstreitigkeiten, deren Verlauf wir in anderem Zusammenhang überblicken werden, insbesondere die Frage des Schicksals der Türkei. Salisburys Bereitwilligkeit, sie noch weiter zu schwächen und damit das Werk des Kongresses zu durchlöchern, nachdem er ursprünglich sich hinsichtlich dessen Dauer einem Optimismus wie wohl kaum ein anderer der Beteiligten hingegeben hatte[8]), ergab sich aus dem Willen, durch Wiederaufrollen der orientalischen Frage den Zankapfel zwischen Österreich und Rußland zu werfen. Verstärkt wurde sie durch die sich ihm auf Grund der inneren türkischen Zustände aufdrängende Überlegung, daß der von England ersehnte Damm zwischen Rußland und dem Mittelmeer vielleicht besser in Gemeinschaft mit den jungen, auf eigene Füße gestellten Balkanstaaten zu erreichen sein werde. So begann er die seit Jahrzehnten befolgte Linie der britischen Politik, ihre Hand schützend über die Pforte zu halten, umzubiegen. Noch war es kein endgültiger, konsequent durchgeführter Entschluß, die alte Tradition preiszugeben. Aber die Mächte spürten, daß gelegentlich die englisch-türkische Intimität sich lockerte und sogar in ihr Gegenteil umschlug.

Groß war Bismarcks Mißvergnügen über diese Gefährdung des in Berlin errichteten Baus. Er sprach sich gegen den französischen Botschafter sehr offenherzig darüber aus und verglich Englands Verhalten mit dem eines Arztes, der einem ihn zu Hilfe rufenden Kranken zur Heilung der ihm vom bösen Nachbarn gebrochenen Beine auch noch die Arme breche[9]).

Ebenso führte er es auf britische Inspiration zurück, daß der Schah von Persien im Dezember 1879 sich an Österreich mit der Bitte wendete,

bei den Großmächten die Neutralisierung seines Landes zu befürworten. Dahinter witterte er die Absicht Englands, nicht nur dem russischen Einfluß dort entgegenzuwirken, sondern vor allem die Mittelmächte zur Teilnahme an einer Pression auf den Zaren zu verleiten, die nicht ohne Folgen für dessen europäische Haltung geblieben wäre. Denn nicht bloß an Österreich wurde das Verlangen gestellt, sondern indirekt auch an Deutschland, das erst 1884 eine eigene Gesandtschaft in Teheran errichtet hat. Es ärgerte Bismarck, daß der österreichische Vertreter den Wunsch empfehlend weitergab; „sancta s [implicitas]!" schrieb er an den Rand. Als aber auch Andrássys Nachfolger, Baron Haymerle, der es zunächst selbst als inopportun bezeichnet hatte, Rußland derart zu provozieren, offiziell die Sache durch die Berliner Botschaft befürworten ließ, im Bestreben, sich in London gutes Wetter zu machen, erging aus Varzin ein scharfes Diktat (23. Januar 1880): „*Wir können unsre Politik in solchen geographischen Entfernungen ohne Not nicht festlegen, und nach meiner Auffassung wird auch in Österreich-Ungarn die Bevölkerung kaum ein Bedürfnis empfinden, am Kaspischen Meere einen Druck auf Rußland auszuüben. Wir haben keinen Beruf, eine Kritik dieser politischen Velleität der österreichischen Diplomaten nach Wien hin auszusprechen, und ich beschränke mich nur für unsre Akten auf die Meinungsäußerung, daß nicht mal Österreich Vorteil von einer solchen Kombination haben, sondern im Gegenteil den Vorteil einbüßen werde, mit seiner Politik der englischen in der Hinterhand zu bleiben. Ich stimme dafür, die Sache einfach abzulehnen als uns fernliegend, und weil es entweder Persiens oder Englands Sache sei, zunächst festzustellen, ob Rußland damit einverstanden sein würde.*" Zu Kaiser Wilhelm sprach er von einer „*beinahe phantastisch zu nennenden Zumutung*" (9. Februar). Haymerle hat denn den Gedanken auch alsbald fallen lassen, und daraufhin ist die Diskussion über ihn verstummt. Der Zwischenfall ist jedoch bezeichnend dafür, wie mißtrauisch Bismarck auf die britische Politik sah.

Die deutsch-englischen Beziehungen haben also unmittelbar nach Abschluß des Zweibunds manche Trübung aufgewiesen, von wirklicher Interessengemeinschaft waren sie weit entfernt. Aber im ganzen blieben sie doch derart, daß auch jetzt noch sich für Bismarck keine Bedenken gegen die englisch-französische Entente ergaben. Mit Frankreich erfreute er sich fast noch stärkerer Entspannung, als sie sich schon seit dem Frühjahr eingestellt hatte, und auf sie mußte er gerade nach dem Bündnis mit Österreich noch gesteigerten Wert legen, damit sich nicht die Befürchtung erfüllte, die Kaiser Wilhelm ihm entgegengehalten hatte, als Antwort würden sich Paris und Petersburg zusammenschließen[10]). Deshalb machte er es sich jetzt erst recht zur Pflicht, wo er es irgend könnte, sich für französische Wünsche einzusetzen. Indem er dem deutlich antirussischen Ministerium Waddington außenpolitische Erfolge zuteil werden ließ, hoffte er ihm zum Sieg über die Opposition zu verhelfen.

Deren Kern setzte sich aus allen bedingungslosen Feinden Deutschlands zu sammen. Daher hatte sie ihr einflußreichstes Sprachrohr in Gambettas „République Française", die nach Hohenlohes Bericht (3. November) so weit ging, Waddington als unmöglich für die politische Führung zu bezeichnen, weil es der Würde Frankreichs nicht entspreche, einen Außenminister zu haben, der in Deutschland persona grata sei. Gambetta selbst allerdings rückte zum mindesten nach außen von dieser Hetze ab, wie er überhaupt in diesen Monaten — die inneren Schwierigkeiten wie die äußere Gesamtlage richtig einschätzend — den Anhängern sofortiger Revanche entgegengetreten ist[11]).

Dennoch verschlechterte sich die parlamentarische Lage des Kabinetts zusehends, und diese Erkenntnis war es, die Bismarck zu dem Wunsch brachte, es dadurch zu retten, daß er ihm die Möglichkeit gab, sich auf außenpolitische Erfolge zu berufen, und zwar besonders an zwei Punkten: Griechenland und Ägypten. Auf Saint-Valliers Bitte veranlaßte er Österreich in der Frage der griechisch-türkischen Grenzziehung, in der sich Waddington besonders warm für die Wünsche Athens einsetzte, sich ebenfalls ihrer anzunehmen[12]), wodurch nebenbei auch das Verhältnis zum dänischen Hof bei dessen Verwandtschaft mit dem griechischen sich besserte: im November stattete König Christian einen bisher vermiedenen Besuch in Berlin ab. Ebenso erhielt der deutsche Vertreter in Kairo die Richtlinie: *„wir bleiben nach wie vor in Betreff der ägyptischen Angelegenheiten in enger Fühlung mit Österreich, suchen aber zu gleicher Zeit Frankreich entgegenzukommen"* (1. Dezember). Es war also das alte Prinzip, Frankreich im Mittelmeer stark werden zu lassen, nach dem Bismarck auch diesmal handelte, und da er Haymerles Verständnis fand, bekamen die Franzosen die deutsch-österreichische Intimität als eigenen Vorteil zu spüren.

Auf der Linie dieser Politik hat Bismarck dem am 14. November in Varzin weilenden Saint-Vallier — einer der Fälle, in denen er sich scheinbar mit verblüffender Offenheit ausgesprochen und dennoch lange nicht alles gesagt hat — die Gesamtlage dahin kennzeichnen können, daß den Kern des europäischen Staatensystems drei friedliebende Mächte abgäben, Deutschland, Österreich und Frankreich; England sei kriegerisch jenseits der Meere, friedlich in Europa; das Moment der Unruhe liege bei Italien und Rußland. Dies letztere sei allerdings seit dem Zweibund wesentlich vorsichtiger geworden: „L'ours de combat rentre ses griffes en voyant debout et unis tous les dogues de garde, mais le gant de velours tomberait vite s'il nous voyait nous séparer; demeurons unis et nous garderons notre tranquillité"[13]). Da er Rußlands noch keineswegs sicher sein konnte, hat er sich auch jetzt zur Notwendigkeit des englisch-französischen Zusammengehens bekannt, ebenso wie er dem britischen Botschafter in Petersburg Lord Dufferin im Dezember in Varzin das englisch-französische Bündnis als beste

Friedensgarantie bezeichnete[14]). Nicht allein gegen die Ausländer jedoch hat er seine Politik in diesem Licht erscheinen lassen, auch die Wilhelmstraße hat er instruiert, daß die englisch-französische Intimität ohne Schaden für Deutschland noch erheblich inniger werden dürfe[15]). Noch immer also suchte er Rußland zu isolieren, zu dem doppelten Zweck, es einerseits ungefährlich und andrerseits für das Dreikaiserbündnis reif zu machen.

Seine absprechende Bemerkung über den unruhigen Charakter der italienischen Politik bezog sich zum Teil auf die seinen Bundesgenossen bedrohende Irredenta, zum Teil auf die Balkan- und Mittelmeeraspirationen, denen er schon bei Crispis Besuch in Gastein 1877 entgegengetreten war. Seit dem Zweibund hatte sich das Verhältnis zwischen Berlin und Rom nicht gebessert. Der geringe Wärmegrad wird gekennzeichnet durch einen Auftrag an den Botschafter von Keudell (19. Juni 1879) schon vor dessen Abschluß, gegenüber der Bismarcks Wunsch widersprechenden Bereitwilligkeit Italiens zur Anerkennung Rumäniens sich höflich, aber entschieden zurückzuhalten, obgleich dies schwierig sei, da einerseits „*wir seit längerer Zeit keine eigentlichen Geschäfte mit Italien betrieben haben*" und andrerseits die Zurückhaltung nicht bis zu positivem Ausdruck der Verstimmung gehen solle. Der italienische Vertreter in Berlin, Graf de Launay, hat denn auch zu Radowitz sein Bedauern ausgesprochen, daß Deutschland in neuerer Zeit immer die Rücksicht auf andre Regierungen vorschiebe, bald auf Frankreich, bald auf Österreich; es könne doch der Moment wiederkehren, wo Deutschland Wert darauf legen müsse, sich in erster Linie mit Italien zu verständigen[16]). „*Vielleicht*", bemerkte Bismarck hierzu, vorläufig aber sah die Wirklichkeit noch anders aus.

Denn als Italien sich tatsächlich im Dezember 1879 zur Anerkennung Rumäniens entschloß, obwohl Deutschland, England und Frankreich noch damit zurückhielten, bis die Bedingungen des Kongresses erfüllt seien, hat Bismarck dies sehr übel genommen. Er fürchtete es so deuten zu müssen, daß Italien sich aus Haß gegen Österreich ins Fahrwasser Rußlands begeben und an dessen Seite auf dem Balkan erscheinen wolle. Daraum beauftragte er Keudell, „*kühl und empfindlich*" die Vertragswidrigkeit des Vorgehens zu konstatieren: „*bei künftigen europäischen Abmachungen wird es ebenso gut sein, sie ohne Italien zu treffen*"[17]). Und als dann in den ersten Tagen des Jahres 1880 sich aus Anlaß der Beisetzung des Irredentistenführers Avezzana schwere antiösterreichische Demonstrationen unter Teilnahme amtlicher Persönlichkeiten ereigneten, brach sein Groll unverhüllt hervor.

Trotz alsbaldigen Einlenkens der ministeriellen römischen Zeitungen hielt er energisches Auftreten Österreichs für erforderlich, zumal ihm eine gewisse Spannung zwischen Wien und Rom auch aus dem Grunde nicht unerwünscht war, daß dadurch das österreichische Bedürfnis nach einem modus vivendi mit Petersburg erhöht wurde[18]). Am 20. Januar ließ er Reuß

mitteilen: „*Daß die Wiener Regierung keine offizielle Beschwerde über das unziemliche Verhalten der ersten italienischen Würdenträger erhoben habe, wolle er nicht für unrichtig erklären; aber dergleichen Vorgänge passiv zu ignorieren, halte er für einen taktischen Fehler. An Stelle der österreichischen Regierung würde er in der Presse mit Andeutungen über das Bedürfnis der katholischen Kirche an päpstlicher Suveränität geantwortet haben*“[19]), d. h. er hielt eine die italienische Regierung an besonders empfindlichem Punkt berührende Drohung für angebracht. Haymerle jedoch fand dies bedenklich wegen der „*kompromettanten Bundesgenossen*“, der Ultramontanen und Restaurationspolitiker, und meinte auf einen „*Presse- und Vereinskrieg*“ verzichten zu sollen, der auch die republikanischen Bestrebungen ins Rollen bringen könne. Die Gefahr eines Zusammenwirkens der Irredenta mit Rußland glaubte er in Abrede stellen zu dürfen mit der überraschenden Begründung, daß dies zu weit abgelegen sei; eher seien ihre Blicke nach Frankreich gerichtet. Als bestes Gegenmittel empfahl er, England zu Einwirkungen in Rom zu veranlassen, beurteilte jedoch selbst die Aussicht, sogar das konservative Kabinett hierzu zu gewinnen, als recht gering[20]).

Die umgehende Antwort, die Prinz Reuß auf diesen Bericht erhielt, zeigt das Gewicht, das der Kanzler der Frage beilegte: „*Ew. Durchlaucht gefälliges Schreiben vom 24. habe ich mit vielem Danke erhalten und mit Interesse, aber auch nicht ohne besorgliche Eindrücke gelesen. Die sorgenfreie Auffassung Baron Haymerles bez. Italiens halte ich, wenn sie aufrichtig ist, für einen gefährlichen Irrtum; wenn sie es nicht ist, für beunruhigend. Ich hege meinerseits keinen Zweifel, daß Österreich, sobald es von Rußland angegriffen würde, auch Italien gegen sich haben würde, und ich glaube nicht, daß in diesem Falle irgendeine italienische Regierung stark genug wäre, um eine friedliebende Politik in Italien durchzusetzen ... Ob England vorkommendenfalls wirklich willens und imstande sein wird, eine kriegerische Politik Italiens mit Gewalt zu verhindern, kann nur der Erfolg lehren.*

Wenn Baron Haymerle einen ‚Preß- und Vereinskrieg‘ bedenklich findet, so teile ich diese Ansicht vollständig; meine Meinung war nicht, einen solchen anzuzetteln, sondern nur das Vorhandensein der antiitalienischen Richtung im österreichischen Parteiwesen und die antiitalienischen Interessen Österreichs gelegentlich zu akzentuieren, indem man amtlich Notiz davon nimmt und Vertreter Italiens in vertraulichen Gesprächen darauf aufmerksam macht. Ein Bündnis mit bedenklichen Pressjuden durch indiskrete offiziöse Mitteilungen würde ich niemals empfehlen. Österreich braucht auch kein Zerwürfnis herbeizuführen, sondern nur beleidigenden Velleitäten gegenüber mehr dreist und aggressiv als schüchtern und defensiv zu verfahren. Die republikanische Entwicklung in Italien wird sich vom „Rollen“ kaum abhalten lassen.

Anträge sind meines Wissens im September von Italien in Paris nicht gestellt, sondern auf die russischen Erkundigungen, welche in der ersten Hälfte

des August in Frankreich und Italien, und zwar in Frankreich durch den General Obrutschew inbetreff gemeinsamer diplomatischer und eventuell militärischer Haltung angestellt wurden, hat Frankreich zwar direkt ablehnend geantwortet, Italien aber, bevor es ausweichend antwortete, erst in Paris und London sondiert und von Paris eine Ablehnung, von London eine drohende Abmahnung erhalten. Es wird sich das aber schwerlich im September, sondern innerhalb der beiden ersten Wochen des August abgespielt haben. Für die albanesischen Gelüste Italiens hat man in Frankreich, wie es scheint, nichts übrig. Das Motiv der italienischen Politik bezeichnen Ew. Durdhlaucht ganz richtig mit der „Sucht Italiens sich mit allen kriegslustigen Elementen in Europa zu verbinden". Von wem sonst als von Rußland sollten die Irredentisten denn in erster Linie die Erfüllung ihrer Träume erwarten — namentlich von Rußland im Bunde mit Frankreich. Daß dazu Rußland den Italienern zu weit abgelegen sei, verstehe ich nicht; Rußland grenzt mit Österreich, und das ist alles, was die Italiener in diesem Falle brauchen.

Daß England unter Umständen zu Gunsten Österreichs etwas tun würde, ist mir doch nicht so unwahrscheinlich, wenn auch immer unsicher; die Wahrscheinlichkeit davon würde in gleichem Maße steigen, wie die Befürchtung, daß Österreich, wenn es auf England niemals Hoffnung hätte, dann mitsamt Deutschland versuchen müßte, wie weit es sich ohne Rücksicht auf englische Interessen mit Rußland verständigen könnte. Wenn Italien Rußland und Frankreich zu Bundesgenossen hätte, so würde es sich vielleicht auch durch England nicht hemmen lassen.

Daß Baron Haymerle die Monarchie nicht gern in gefährliche Unternehmungen verwickeln will, freut mich sehr, und ich habe inbetreff Deutschlands dieselben Gedanken. Aber im Ganzen entnehme ich aus Eurer Durchlaucht Schreiben vom 24. doch einen gewissen Eindruck einer Mutlosigkeit, die mich ansteckt. Ich bin gespannt zu hören, wie Graf Andrássy sich Ihnen gegenüber äußern wird.

P. S. Nach Eurer Durchlaucht Schreiben habe ich den Eindruck, daß weitere Besprechungen dieses delikaten Themas mit Baron Haymerle von keinem praktischen Nutzen sein werden . . . Ew. Durchlaucht wollen daher Vorstehendes nur für Ihre eigne Orientierung und nach Ihrem Ermessen zur Besprechung mit dem Grafen Andrássy bestimmt ansehen. Ich freue mich, wenn Österreich mit Italien in Frieden lebt, und halte dies für sicher, solange Rußland nicht Italien beisteht. Ich suche nur nach dem Mittel, mit Italien in Frieden zu leben, und halte die Furcht dort wirksamer als die Liebe. Wenn Baron Haymerle sich darüber klar ist, daß das Königreich Italien heutzutage keine Stütze des Friedens und friedliebender Mächte ist, so bin ich schon zufrieden. Damit unsere Absichten aber nicht verkannt werden, ist es vielleicht besser, Sie sprechen mit ihm gar nicht mehr über dieses Thema"[21]).

Trotz dieser letzten Anweisung ist Bismarck selbst schon nach wenigen Tagen auf die Sache zurückgekommen, als Reuß (4. Februar) meldete, Haymerle sei nur scheinbar vertrauensselig, in Wirklichkeit habe er die Garnisonen an der italienischen Grenze verstärken lassen; allzu heftiger Druck aber von außen werde nur alle italienischen Parteien zusammenschweißen. Dem stimmte der Kanzler bei, glaubte indessen noch einmal durch eindringliche Darlegung der möglichen Gefahr den Minister aufrütteln zu müssen:

„Die Rührigkeit italienischer Agenten auf montenegrinischem und albanesischem Gebiet, ihre Beflissenheit, durch Anerbieten von guten Diensten bei jenen Stämmen Freunde zu erwerben, deutet doch darauf hin, daß bei dem Eintreten neuer Verwickelungen Italien sich in den dortigen Grenzländern Österreichs nicht müßig verhalten will. Wenn im Falle eines hoffentlich nicht eintretenden, aber doch möglichen Bruches zwischen Rußland und Österreich etwa serbische, montenegrinische oder albanesische Streitkräfte zur Unterstützung einer Insurrektion in Bosnien-Herzegowina sich vereinigten, so würde dies einer der Punkte sein, wo Italien seine Kooperation mit Rußland durch Entsendung von Hilfstruppen und Offizieren am wirksamsten betätigen könnte. Schon Rußlands Einfluß auf die slawischen Balkanstaaten kann für Österreich sehr unbequem werden; bedenklicher aber wird die Lage, wenn auch der zweite natürliche Gegner Österreichs, Italien, im Bunde mit Rußland eine ähnliche Stellung dort einnimmt.

Die italienischen Anbandelungen würden mich daher, wenn ich mich in die Lage eines österreichischen Ministers versetze, nicht gleichgültig lassen, und ich würde besorgen, daß, falls sie noch weiter ‚reiften', daraus für die Sicherheit des österreichischen Staates schädliche Früchte sich entwickeln könnten.

Ich habe aber in diesen Dingen keinen Rat zu erteilen und kann mich nur darauf beschränken, Eurer Durchlaucht vertraulich meine Gedanken darüber auszusprechen"[22]).

Daß Bismarck also ein weniger passives Verhalten Österreichs gewünscht hätte, steht außer Frage[23]). Dennoch sind der inzwischen ans Ruder gekommene Freycinet und Saint-Vallier durchaus im Recht gewesen, wenn sie die italienischen Befürchtungen nicht teilten, er wolle Österreich zum Kriege hetzen[24]).

Daß der österreichische Außenminister solche Geduld an den Tag legte, war nicht nur Ausfluß seiner auch sonst gezeigten fast ängstlichen Vorsicht und seiner Sorge vor Rußland. Den eigentlichen Schlüssel zum Verständnis bekam Reuß in strengstem Vertrauen durch Andrássy geliefert: eine Kriegspartei, an ihrer Spitze Erzherzog Albrecht, dränge auf Losschlagen gegen Italien, einmal um es für immer ungefährlich zu machen, dann aber auch, damit es nicht mehr für Rußland als Bundesgenosse ins Gewicht falle, *„so daß Rußland selber etwaige Kriegsvelleitäten leichter aufgeben würde"*[25]). Für

solche gefährlichen Pläne seien jedoch weder der Kaiser noch Haymerle oder Andrássy zu haben, und deshalb wollten sie nicht eine Handhabe durch zu scharfes Vorgehen bieten.

Das war eine Überlegung, die bei Bismarck auf volles Verständnis stieß, weil sonst seine Zirkel von Grund aus gestört worden wären. Darum freute er sich, als die Angelegenheit im April ihren zufriedenstellenden Abschluß fand mit entgegenkommenden Erklärungen der italienischen Regierung. Selbst dann noch aber hielt er es für nötig, dem Ministerpräsidenten Cairoli sagen zu lassen, er begrüße dessen friedliche Versicherungen „*nicht nur im Interesse des Friedens überhaupt, dessen alle Völker bedürfen und dessen Notwendigkeit für Italien er so beredt geschildert habe, sondern auch weil wir bei unsrer breiten Berührung mit Österreich-Ungarn einem Konflikte, in welchem diese Monarchie etwa verwickelt würde, nicht gleichgültig zusehen könnten*“[26]). Für diese unmißverständliche Warnung ließ Haymerle dem Kanzler seinen Dank aussprechen.

Drohung allein jedoch schien Bismarck nicht der richtige Weg, der eventuellen Gefahr vorzubeugen. Vielmehr suchte er den erwachten Betätigungsdrang Italiens genau wie den französischen in für die Mittelmächte unbedenkliche Bahnen abzulenken und begrüßte daher die Begründung einer Faktorei in Assab am Roten Meer, diesen ersten schwachen Grundstein des heutigen Imperiums. Als Keudell meldete (31. März), daß England das Verlangen stelle, sich dabei auf rein kommerzielles Unternehmen zu beschränken, da es an diesem Punkte in der Nähe der indischen Verkehrsstraße auch eine geringe Militärmacht niemals zugeben könne, erwiderte der Fürst, für Deutschland sehe er kein Bedenken in der italienischen Besitzergreifung: „*Denn es kann uns im Interesse der Zivilisation und der kommerziellen Erschließung Abessiniens nur lieb sein, wenn dieselbe sich befestigen und von Dauer sein würde . . . Wir freuen uns, wenn jene Küsten dem Handel zugänglich werden und den Ausgangspunkt für eine Handelsstraße in die äthiopische Hochebene bieten.*“ Kolonialen Ehrgeiz Italiens war Bismarck also zu unterstützen durchaus bereit, mit größter Energie aber mühte er sich, es von einer Haltung abzubringen, die seinen Gegensatz zu der Front der, wie er es genannt hatte, friedlichen Mächte erzeugt haben würde.

Indem wir diesen Zusammenhängen nachgegangen sind, haben wir bereits über die Zeit hinausgegriffen, in der es sich für Bismarck darum handelte, das Kabinett Waddington vor dem Sturz zu retten. Seinen Bemühungen ist auf die Dauer der Erfolg versagt geblieben. Denn da bei den außenpolitischen Entscheidungen, in denen er den Franzosen eine „Satisfaktion“ zu verschaffen wünschte, so viele Mächte mitzureden hatten, zögerten sie sich unliebsam hinaus. Kollektives Vorgehen offenbarte alsbald seine Schwächen und Schattenseiten. So stellte sich das Ergebnis nicht rasch genug ein, um die innere Gegnerschaft gegen Waddington niederzuhalten:

am 28. Dezember 1879 wurde er durch Freycinet ersetzt. Vom deutschen Standpunkt eine Wendung zum Schlechteren, denn der neue Ministerpräsident war der alte Kampfgenosse Gambettas und stand trotz allerlei Reibungen ihm noch nahe. Aber Hohenlohe glaubte alsbald beruhigend vorhersagen zu dürfen (29. Dezember), daß Freycinet das Steuer der Außenpolitik nicht herumwerfen werde; er sei „*zu klug, um nicht einzusehen, daß der Zeitpunkt, wo Frankreich eine aktive Rolle in Europa zu spielen berufen wäre, noch nicht gekommen ist*".

Als Prüfstein für seine Prophezeiung konnte alsbald die Frage der Neubesetzung des Berliner Botschafterpostens dienen: Saint-Vallier hatte aus Solidarität mit Waddington seine Demission eingereicht. Bleichroeder übersandte dem Kanzler einen Bericht eines Pariser Korrespondenten (vom 13. Januar, F. A.), daß seine Nachfolge Gambetta angeboten worden sei und daß dieser sie mit den Worten abgelehnt habe: „*Mein Patriotismus würde gewiß auch vor diesem Opfer nicht zurückscheuen. Wenn die Sache es erforderte, ließe ich hier alles im Stich und ginge nach Berlin. Ich wäre aber dort nur am Platze in zwei Fällen: am Vorabend eines Bruches oder am Vorabend eines definitiven Arrangements. Beides liegt in weiter Ferne. An einen Krieg können wir nicht denken; ich habe aber dem Fürsten Bismarck keine Propositionen zu machen. Den laufenden diplomatischen Dienst kann jeder andre so gut und sogar besser als ich versehen.*" „*Dabei brennt er*", fügte der Korrespondent hinzu, „*vor Begier, einmal mit Bismarck persönlich zusammenzutreffen. Seine Leute sagen mir, man könne nicht eine halbe Stunde mit ihm sprechen, ohne daß er den Namen des deutschen ‚grand chancelier' in den Mund nimmt. Aber wenn er heut unter irgendeinem Vorwand nach Deutschland reiste, würden seine Wähler das nie verzeihen.*" Der Bericht schloß, Gambetta sei noch für mindestens zwei Jahre ganz von den inneren Sorgen in Anspruch genommen; die eigentliche Revanchegefahr drohe daher vorläufig nicht von ihm, sondern von der äußersten Linken unter Clemenceau.

Von solchem Angebot des Berliner Postens an Gambetta wissen allerdings weder die deutschen noch die veröffentlichten französischen Akten etwas. Hohenlohe meldete nur, Gambetta betreibe die Entsendung seines politischen Freundes Challemel-Lacour, und Freycinet habe angedeutet, daß ihm der Widerstand hiergegen leichter würde, wenn er sagen könnte, daß dieser in Berlin nicht genehm sei. Davor warnte aber der Botschafter, und auch Bismarck war viel zu vorsichtig dazu: „*Wenn Freycinet so abhängig von Gambetta ist*", schrieb er auf Hohenlohes Telegramm vom 6. Januar, „*dann ist es verlorene Mühe, ihm auf bessere Wege zu helfen, und dann würde er Saint-Vallier doch nicht auf längere Zeit zu halten wagen. Unser Wunsch, Saint-Vallier zu halten, ist unzweideutig und amtlich ausgesprochen; erzwingen können wir die Erfüllung nicht dadurch, daß wir uns die Möglichkeit abschneiden, den nächsten Ruck nach links, der nicht lange ausbleiben kann, mit derselben*

bonne mine sich vollziehen zu lassen wie den jetzigen. Die strikteste Nichtintervention ist für uns geboten, sonst schaden wir unsern Freunden und geben ihren Gegnern Waffen gegen sie." Mit dem Verbleiben Saint-Valliers fand die Anlegenheit den den Berliner Stellen erwünschtesten Ausgang, zumal es verbunden wurde mit der feierlichen Zusage, daß im Verständigungswillen Frankreichs eine Änderung nicht eingetreten sei[27]).

Dennoch hat die Herzlichkeit, von der man geradezu während der letzten Monate im amtlichen deutsch-französischen Verkehr hatte sprechen dürfen, mit Waddingtons Ausscheiden ihr Ende gefunden; an ihre Stelle trat beiderseits betonte, kühl abwartende, korrekte Höflichkeit, die immerhin sachlich ermöglichte, die bisherige Linie der deutschen Politik beizubehalten. Schon am 31. Dezember 1879 hatte das Auswärtige Amt die Instruktion aus Varzin erhalten, es liege kein Grund vor, dem neuen Kabinett „*andere als die bisherigen Gesinnungen friedliebenden Wohlwollens*" entgegenzubringen, und am 12. Januar 1880 erfolgte die Weisung, die griechische Politik Frankreichs „*wie bisher vorsichtig, aber ehrlich zu unterstützen*".

Auch in Ägypten blieb es dabei, daß sich der deutsche Einfluß zugunsten der französischen Wünsche einsetzte. Es entsprach ihnen — und Freycinet hat mehrfach seinen Dank hierfür übermitteln lassen[28]) —, wenn Deutschland dahin wirkte, die internationale Finanzkommission, in der England und Frankreich mit je zwei, Deutschland, Österreich und Italien mit je einer Stimme vertreten waren, nicht als ständiges Organ beizubehalten, sondern nach Erfüllung der Aufgabe, die Schulden zu ordnen, durch englische und französische Kontrolleure abzulösen. Nachdem die Sachverständigen in Berlin errechnet hatten, daß deutsches Kapital in Höhe von nur etwa 2,75 Millionen Pfund Sterling beteiligt war, während sich die Interessen der beiden Westmächte auf etwa 60 Millionen beliefen, hat Bismarck erst recht ihnen die Führung überlassen und sich an diesem Punkte sogar gegen Österreich ausgesprochen, das die Kommission gern als Dauerinstitut beibehalten hätte[29]). Denn da sein eigentlicher Zweck erreicht war und die andern gesehen hatten, daß sie gegebenenfalls abermals mit seinem Hervortreten zu rechnen haben würden, war es ihm lieb, wieder im Hintergrund zu verschwinden und in Ruhe die Folgen des Zustandes abzuwarten, den Graf Hatzfeldt einmal (20. Oktober 1879) dahin beschrieben hat, daß die englisch-französische Rivalität vorläufig die Form des Zusammengehens angenommen habe.

Wie in Griechenland und Ägypten ist auch in der marokkanischen Frage Bismarcks Wille zutage getreten, dem Kabinett Freycinet keine Schwierigkeiten zu bereiten[30]). Angriffe der Revancheapostel haben ihn darin nicht wankend gemacht. Als Juliette Adam in ihrer Nouvelle Revue gegen ihn hetzte, schrieb er Hohenlohe (11. Februar), er habe „*mit Vergnügen die etwas rohen Zornesausbrüche gelesen. Die Erbitterung solcher Leute ist eine*

befriedigende Quittung über die Richtigkeit unsrer Politik". Und schließlich ist Bismarck auch insofern auf der alten Linie verblieben, als er dem neuen französischen Ministerium in London den Boden zu bereiten suchte. Als Reuß (18. Januar) einen Bericht des dortigen österreichischen Botschafters weitergab, wonach Lord Salisbury sich den französischen Vorschlägen wegen der griechischen Grenze ungünstig zeigte, bemerkte der Kanzler: „*ziemlich töricht; sie sollten dem französischen Walfisch doch diese Tonne zum Spielen lassen*". Noch immer hielt er das englisch-französische Zusammengehen für vereinbar mit dem deutschen Interesse.

Das gleiche spricht aus einem Bericht Odo Russells vom 20. Februar 1880, einer seiner Freunde habe aus dem Munde des Fürsten gehört, er lege solchen Wert auf die Kooperation mit Frankreich, weil er dadurch auch Englands moralische Unterstützung erlange; überhaupt sei in Berlin die Hoffnung auf Eintritt Frankreichs in den Zweibund verbreitet, wobei dann England nachgezogen werden solle[31]). Bismarcks letzte Ziele hat der Botschafter, während er sie früher viel richtiger erkannt hatte, damit ganz falsch wiedergegeben, es sind wohl die Anschauungen und Wünsche des kronprinzlichen Kreises, denen er hier Ausdruck gibt. Aber daß der Kanzler auch jetzt keinen Bruch zwischen den Westmächten wollte, steht fest. Sogar öffentlich hat er sich hierzu bekannt.

Als Lord Beaconsfield das Parlament auflöste und im Wahlkampf der liberale Führer Lord Hartington ein Zusammengehen mit Deutschland als unmöglich bezeichnete, weil es sich gegen Frankreich richten würde, widersprach die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" am 28. März in einem vom Kanzler durchkorrigierten Artikel: „Deutschland sowohl wie Österreich-Ungarn haben weder das Interesse noch den Willen, feindlich gegen Frankreich zu wirken, noch weniger die Absicht, England für eine solche Politik zu gewinnen ... Bei den leitenden Politikern in Wien wie in Berlin hat sich die Überzeugung gebildet, daß gute Beziehungen zwischen England und Frankreich dem Frieden Europas nicht minder nützlich sind als die zwischen Deutschland und Österreich-Ungarn. Solange Frankreich und England einig sind, wird, nach diesseitigen Annahmen, ihre Politik friedliebender und gerechter sein, als die einer jeden von beiden Mächten nach gegenseitiger Erkaltung und Isolierung zu bleiben verspräche. Sie werden schwerlich über andre als verständige und im Interesse der europäischen Zivilisation liegende Zwecke einig werden und bleiben, und solange sie Hand in Hand gehen, darf man hoffen, daß beide Westmächte einander gegenseitig von Friedensstörungen abhalten und auf der Linie einer friedlichen und zivilisatorischen Politik erhalten werden"[32]). Was hier öffentlich ausgesprochen wurde, ist nicht bloß propagandistisch gemeint gewesen, sondern die gradlinige Fortsetzung der Politik des letzten Jahres.

Im ganzen ist also das Verhältnis Deutschlands zum neuen französischen Kabinett durchaus zutreffend gekennzeichnet worden, wenn Radowitz im Auftrage Bismarcks Saint-Vallier die Erklärung abgab: „In allen orientalischen Fragen suche ich mit zwei Mächten in vollem Einverständnis vorzugehen, zuerst mit Österreich, dann mit Frankreich. Meine Orientpolitik ist bestimmt durch das Ziel, dem ich jedes andre unterordne: unsern Bundesgenossen Österreich zu unterstützen, für den die Balkanangelegenheiten ein fast vitales Interesse besitzen; in zweiter Linie Frankreich gefällig zu sein, dessen seit zwei Jahren unegoistische und friedliche Politik ich anerkenne und würdige, ihm gefällig zu sein und zu helfen in jeder Frage, wo seine Absichten nicht einem starken Interesse Deutschlands oder Österreichs zuwiderlaufen"[33]). Saint-Vallier hatte vollkommen recht, wenn er diesen Versicherungen Glauben schenkte und den auch in Paris laut werdenden Stimmen widersprach, Bismarck wolle den Zweibund auf England ausdehnen und dies dadurch von Frankreich absprengen[34]).

Mit bestem Gewissen konnte der Kanzler deshalb schweres Geschütz auffahren, als die „Times" in einem Artikel ihres Pariser Korrespondenten Blowitz die bevorstehende Berufung Hohenlohes als stellvertretender Staatssekretär nach Berlin als Symptom deutsch-französischer Verstimmung deutete. Nicht nur ließ er die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" am 8. März scharf antworten, Münster wurde sogar beauftragt, die „Beängstigungskampagne" zur Sprache zu bringen: „*Herr von Blowitz, an der Spitze eines Konsortiums von Pessimisten, als dessen zweitwichtiges Mitglied Herr E. Daudet, der Journalist des Herzogs von Decazes, hervortritt, hat die schwierige Aufgabe, aus diesem Vorgang ein beunruhigendes Symptom herzustellen, durch die Weltstellung der ‚Times' in gewissem Grade erreicht*". Beaconsfield und Salisbury sprachen auch ihr lebhaftes Bedauern aus, wobei der Premierminister hinzufügte, wenn er sich nicht ganz außerstande sähe, Einfluß darauf zu üben, hätte er schon längst versucht, Blowitz aus Paris zu entfernen; es sei schade, daß der bisherige Herausgeber der „Times", Delane, nicht mehr lebe, denn der sei das letztemal, als er ihn vor seiner Erkrankung gesprochen habe, bereits entschlossen gewesen, Blowitz' Tätigkeit ein Ende zu machen[35]).

Sowohl also mit Frankreich als auch mit England und Italien hat Bismarck seit dem Abschluß des Zweibundes das Ziel verfolgt, in einem Verhältnis zu bleiben, das deren Zusammengehen mit einem sich gegen Deutschland wendenden Rußland ausschloß. Indem er dabei zu Frankreich das Mittel aktiven Beistands, zu England kühler Verständigungsbereitschaft, zu Italien ernstlicher Warnung wählte, beugte er jeder Koalitionsmöglichkeit vor. Alle diese Bemühungen aber brachten ihn nicht davon ab, gleichzeitig an dem Werk zu arbeiten, dessen Zustandekommen im Augenblick über-

haupt jede Gefahr beseitigte und darum als krönender Erfolg winkte: der Einheit der drei Kaisermächte.

Infolge der Gunst der allgemeinen Position konnte er hierbei jedoch die Dinge an sich herankommen lassen und brauchte sie nicht zu übereilen. Die Rolle des Werbenden lag nicht bei ihm. War aber der Dreiervertrag das Endziel und war für dessen Zustandekommen erforderlich, sowohl negativ den ständig drohenden Balkankonflikt zwischen Österreich und Rußland zu verhindern als auch positiv die beiden aneinander heranzuführen, so mußte als Vorbedingung für diese Leistung zunächst einmal die Krisis im eigenen Verhältnis zum Zaren überwunden werden.

3. Wiederanknüpfen mit Rußland

Nicht nur aus Saburows Munde hatte Bismarck bestätigt erhalten, daß die Verständigungsbereitschaft, zu der sich Alexander II. in Alexandrowo bekannt hatte, wirklich bestand. Auch sein Freund Fürst Orlow war aufgeboten worden, um ihm diese Sicherheit zu geben; von dessen persönlichem Einfluß erhoffte man offenbar am ehesten, den Reichskanzler zum Verzicht auf den Vertrag mit Österreich zu bewegen[36]). Um die Russen in diesem erwünschten Entgegenkommen zu bestärken, hat Bismarck, obwohl er im Hauptpunkt zu keiner Konzession zu bewegen war, der Art der Mitteilung an den Zaren über das in Wien Geschehene größte Sorgfalt zugewendet. Dem Radowitzschen Entwurf für die Instruktion nach Petersburg, die ursprünglich als Richtlinie für mündliche Erläuterung das mit Österreich vereinbarte Memorandum begleiten sollte, gab er eine noch freundlichere Form, indem er den Satz einfügte: „*Deutschland und Österreich werden bestrebt sein, den freundschaftlichen Beziehungen beider Mächte zu Rußland durch ihre Einigkeit untereinander eine verstärkte Bürgschaft zu gewähren. Die Minister nahmen daher die Fortdauer der bisherigen Freundschaft der drei Mächte untereinander als gesichert an, wenn sie auch darüber gleicher Meinung waren, daß die Interessen der Völker des Deutschen und des Österreichisch-Ungarischen Reiches den Regierungen beider die Pflicht auferlegen, in dem unerwarteten und unerwünschten Falle, daß eines der beiden Reiche von Rußland angegriffen werden sollte, diesen Angriff als gegen beide gerichtet zu betrachten.*"

Abgegangen ist diese Instruktion dann allerdings nicht, sondern ersetzt worden durch Kaiser Wilhelms Schreiben an Alexander II. vom 4. November[37]), einmal weil Schweinitz auf Urlaub war und eine so wichtige Erklärung nicht durch den Geschäftsträger abgegeben werden sollte, sodann aber auch weil bei der Verlegung des kaiserlichen Hofhalts nach Livadia das Petersburger Außenministerium vertretungsweise von Baron Jomini geleitet wurde und Schweinitz befürchtete, dieser „*sehr kluge, aber sehr übelwollende*" Mann könne die Erläuterung entstellt weitergeben[38]). Deshalb schien es besser, direkt an den Zaren persönlich heranzutreten. Immerhin werfen Bismarcks Abänderungen an dem nicht abgesandten Entwurf bezeichnendes Licht darauf, in welchem Sinn er in Rußland das Geschehene erscheinen zu lassen wünschte. Es kam ihm auch darauf an zu verhindern, daß dort, wie erwogen wurde, identische Mitteilungen der beiden Mittelmächte überreicht würden,

denn, so lautet ein Diktat (Varzin, 13. Oktober): „*Meinem auf Erfahrung begründetem Gefühl nach kann ich nicht umhin, in jeder wörtlich identischen Erklärung, welche zwei Großmächte einer dritten machen, einen Anflug von bedrohlicher Färbung zu finden. Je unwiderruflicher unser beiderseitiger Entschluß ist, um so schonender können wir in der Mitteilung desselben zu Werke gehen.*"

Ganz besonders eindringlich tritt der Wille, den Russen die Pille zu versüßen, in einem Runderlaß Stolbergs an alle Botschafter und an die Vertreter bei den deutschen Höfen vom 7. November hervor, der die fast wörtliche Wiedergabe eines Varziner Diktates vom 3. ist[39]): „*Aus der Presse aller Länder und aus den diplomatischen Berichterstattungen entnehme ich, daß unser Verhältnis zu Rußland vielfach als ein gestörtes aufgefaßt wird und daß angenommen wird, Deutschland ändere seine traditionelle Politik Rußland gegenüber. Dem ist zu widersprechen sowohl bei der Unterhaltung als auch bei vorhandener Gelegenheit in der Presse. Deutschland hat nach wie vor dieselben Gründe und dieselben Wünsche mit Rußland in Freundschaft zu leben wie früher; wir haben kein Interesse, Rußland gegenüber andre als friedliche und freundschaftliche Absichten zu hegen. Selbst die Verwirklichung der weitgehendsten Pläne, welche man Rußland im Orient zuschreibt, würde an sich kein deutsches Interesse derartig berühren, daß wir deshalb ein Bedürfnis haben könnten, Rußland entgegenzutreten. Auf der anderen Seite haben wir auch kein Interesse daran, etwaige orientalische oder panslawistische Eroberungsabsichten Rußlands zu fördern, und noch weniger, zur Förderung derselben unsre Beziehungen zu anderen Freunden — namentlich zu Österreich — zu verschlechtern oder gar durch eine drohende Haltung gegen Österreich Rußlands orientalische Politik zu unterstützen. Diese uninteressierte Stellung zur Sache hindert uns in keiner Weise, die russisch-deutsche Freundschaft nach wie vor zu kultivieren; wir haben bei einem Kriege gegen Rußland nie etwas zu gewinnen, nur zu verlieren, und wenn Rußland selbst Konstantinopel sich annektierte, so würde Deutschland das ertragen können, denn politisch würden die Vorteile und die Nachteile einer solchen Veränderung sich für uns vielleicht aufwiegen. Was wir aber nicht vertragen können, wäre die Zumutung, die an weitere russische Eroberungen im Orient sich knüpfende Feindschaft Österreichs und Englands auf uns zu nehmen. Daß ein solches Opfer unsrer Beziehungen zu anderen Mächten von manchen russischen Parteien und Politikern erwartet worden ist, müssen wir allerdings auf Grund der Haltung der öffentlichen Meinung nicht nur, sondern auch mancher amtlichen Wahrnehmungen annehmen.*"

In voller Deutlichkeit ist also bereits hier ausgesprochen, daß der russische Besitz von Konstantinopel für Deutschland annehmbar sei, dies Prinzip, das wir durch die Jahre hindurch verfolgen werden und das noch im Rückversicherungsvertrag zum Ausdruck gelangt ist.

Der Schluß des Runderlasses faßt noch einmal zusammen, daß nicht die Sorge vor eventuellen Machtverschiebungen im Orient, sondern allein vor russischem Angriff Deutschlands Entschluß zum Zweibund bestimmt habe: „*Ew. pp. wollen aus dem Vorstehenden entnehmen, daß diejenigen im Irrtum sind, welche meinen, daß wir durch die Möglichkeit weiterer russischer Fortschritte im Orient bewogen worden wären, uns der Übereinstimmung unsrer Interessen mit Österreich zu vergewissern. Wir haben die Veranlassung hierzu nur in der pflichtmäßigen Fürsorge um die Sicherheit des Deutschen Reiches an sich gefunden. In der Widerlegung dieses Irrtums wollen Ew. pp. die Schonung beobachten, welche durch die Sorgfalt geboten wird, mit der wir unsrerseits die uns erwünschten friedlichen und freundlichen Beziehungen zum russischen Reiche auch ferner zu pflegen suchen.*"

Auf dies Motiv seines Entschlusses sah sich Bismarck zwei Wochen später veranlaßt noch einmal zurückzukommen, indem er einen Nachtrag zu dem Zirkularerlaß anordnete oder, wie er sich ausdrückte, „*vorschlug*": „*Aus der Berichterstattung einiger unsrer Vertretungen im Auslande läßt sich ersehen, daß der nächstliegende Zweck des Zirkulars vom 7. d. M., wie er sich in seinem Schlußpassus ausgesprochen findet, nicht mit dem Gewicht empfunden worden ist, welches diesseits darauf gelegt wird. Neben der Aufklärung über die Genesis der jetzigen Sachlage kommt es für die deutsche Politik jetzt besonders darauf an, dem von verschiedenen ausländischen Seiten jetzt geflissentlich geförderten Irrtum entgegenzutreten, als beabsichtige Deutschland jetzt in höherem Maße wie früher, der orientalischen Politik andrer Mächte entgegenzutreten und sich selbst direkter und aktiver als früher an der Durchführung eines bestimmten negativen oder positiven Programms bzgl. der künftigen Gestaltung der Dinge in der Türkei zu beteiligen. Diese Tendenz ist es nicht, welche unsrer gegenseitigen Annäherung mit Österreich-Ungarn zugrunde gelegen hat, sondern einfach die Sicherstellung gegen direkte Angriffe auf Deutschland hat infolge militärischer und politischer Maßregeln und bedrohlicher amtlicher Eröffnungen der Gegenstand unsrer Fürsorge sein müssen. Es liegt im Interesse der deutschen Politik, solche Irrtümer sich nicht festsetzen und den Verdacht nicht aufkommen zu lassen, daß eine Kabinettspolitik auf Gebieten und in Fragen, von welchen die deutsche Nation nicht direkt berührt wird, unsre Handlungsweise leitete. Wir erstreben nur das höchste erreichbare Maß von Sicherstellung des deutschen Gebietes gegen direkte Angriffe auf dasselbe*"[40]).

Wie Bismarck mit derartiger Energie den rein defensiven Charakter des Zweibunds betonte, rückte er auch in allen Kundgebungen gegen Rußland jetzt besonders stark in den Vordergrund, daß dieser nur den Zustand aus der Zeit des Deutschen Bundes wiederherstelle, also sehr wohl sich mit Freundschaft zu dritt vertrage. Denn genau wie er hiermit schließlich auf Kaiser Wilhelm Eindruck gemacht hatte, durfte er hoffen, es auch auf den traditionsbewußten Alexander II. zu tun. Darum wurde das Amt angewiesen,

auch in der deutschen Presse diesen Punkt schärfer als bisher herauszuarbeiten[41]). Ebenso geht ein aus Varzin vom 30. Oktober datierter „Entwurf für mündliche dem Kaiser Alexander auf eventuelle Fragen zu erteilende Antwort" hiervon aus[42]). Er schloß mit der Versicherung, der Zutritt stehe „denen, die gleiche Interessen haben", reine Friedenspolitik zu betreiben, offen.

Dies letztere, was ja auch schon in dem oben zitierten Artikel der „Kölnischen Zeitung" ausgesprochen war, gab allerdings die eigentliche Absicht des Kanzlers nicht richtig wieder, sondern verschleierte sie. Denn so gewiß er die Rückkehr zum Dreikaiservertrag wünschte, war er doch fest entschlossen, als dessen Rückgrat den engeren Bund mit Österreich unantastbar aufrechtzuerhalten. Bei dem erhofften Wiedergewinn Rußlands sollte es sich daher nicht um dessen einfachen Beitritt handeln, zumal das geschlossene Bündnis ja ausdrücklich als Schutz gegen einen Angriff von seiten des Zarenreiches gedacht war, sondern der Sinn war, den errichteten Block in ein zwar möglichst nahes, im Vergleich zu dessen eigner Festigkeit jedoch lockereres Verhältnis zur Großmacht des Ostens zu bringen.

Daß aber überhaupt Bismarcks Wille auf Wiederanknüpfung mit Rußland gerichtet war, ist von dem faktischen, wenn auch vorläufig noch nicht formellen Nachfolger Gortschakows, Nikolai von Giers, erkannt und gewürdigt worden. Sein Urteil über das ihm mitgeteilte Memorandum war sehr günstig: es enthalte nichts, dem Rußland sich nicht anschließen könne, „c'est certainement un grand pas vers un rapprochement avec nous"[43]). Wie ablehnend er dem Panslawismus gegenüberstand, zeigt sein Brief an Jomini, in dem er den Glauben an die Möglichkeit der Rückkehr zum Dreikaiservertrag aussprach, allerdings werde „eine gewisse Partei" einige ihrer Ziele opfern müssen: „aber wenn man an den verhängnisvollen Einfluß denkt, den sie bei uns ausgeübt hat, so wird man das kaum bedauern"[44]). Und daß der Zar ihm beistimmte, beweist dessen Antwort an Kaiser Wilhelm[45]). Hält man ihren besonders freundlichen Ton gegen den der „Briefohrfeige" vom August, so tritt ein geradezu verblüffender Wandel der russischen Politik zutage: die beste Rechtfertigung für Bismarcks Vorgehen. Kaiser Alexander fügte sich in das Unabänderliche und sprach nun seinerseits die Hoffnung aus, daß der Dreikaiservertrag sich erneuern werde.

Groß war denn auch die Freude in Berlin, insonderheit bei Kaiser Wilhelm. „*Sie sehen*", schrieb er an Stolberg (19. November), „*daß mein Brief erreicht hat, was er bezweckte und daß die Antwort herzlich und beruhigend lautet! Aber bei diesem Tone des Briefes und seines Eingehens in die entente à trois liegt es mir schwer aufs Herz, was er nicht wissen darf!! Die Stelle über die Nihilisten und Panslawisten ist sehr umschleiert und in meinen Augen nicht ohne Besorgnis für die mangelnde Energie, indem alles zu leicht genommen wird.*" Ein letztes Mal hat hierauf Bismarck dem Gefühl des Kaisers wider-

sprochen, ein schlechtes Gewissen gegen den Zaren haben zu müssen, diesmal mit der Begründung, daß Alexander II. wahrscheinlich doch alles schon wisse, was ihm verschwiegen worden sei: „*Man dispensiert sich nur in stillschweigendem Einverständnis gegenseitig von amtlichen Aussprachen darüber, und der Kaiser Alexander richtet sich auf die Tatsachen ein, nimmt sie nach Ausweis seines Briefes vom 14. nicht übel, sondern wird in ihnen einen Halt gegen seine panslawistischen, revolutionären Ratgeber finden*“[46]).

Kaiser Wilhelm aber lag es nun, nachdem er auf solches Verständnis beim Zaren gestoßen war, erst recht am Herzen, den Zweibund nicht in Gegensatz zu Rußland geraten zu lassen und ihn vor allem auch tatsächlich jeden offensiven Charakters zu entkleiden. Als der „Temps“ die Notiz brachte, Österreich könne sein Vorgehen in Bosnien nur dann durchführen, wenn es sichere Deckung durch Deutschland habe, wendete er sich wieder (20. November) an den Stellvertreter des Reichskanzlers, diese Behauptung sei sehr bezeichnend, „*findet aber, soweit meine Auffassung des Abkommens mit Österreich geht, keine Bestätigung?? Wenigstens wäre dies eine Bestimmungsauslegung, wenn man aus dem Abkommen folgern dürfte, daß wir auch im Falle eines Krieges zwischen Österreich und Rußland wegen Bosnien etc. ersteres als angegriffen zu verteidigen hätten!?*“ Er mühte sich also, die Grenze nach Möglichkeit einzuengen, innerhalb der für Deutschland die Bündnispflicht eintreten würde.

Wenn Bismarck ihm auch nicht so weit folgte, so erregte doch seine besondere Zufriedenheit der Entschluß des Zaren, in Berlin Oubril durch Saburow zu ersetzen, „*die große Botschafternachricht*“, wie Graf Rantzau sich zu seinem Schwager Herbert ausdrückte (19. November, V. A.). Von Saburow versprach Bismarck sich viel, schon am 6. September hatte er von Gastein aus Radowitz geschrieben: „*es würde mich freuen, wenn wir mit diesem gescheuten und ruhigen Herrn in nähere Beziehungen träten*“, und die seitherigen Besprechungen hatten sein günstiges Bild bestätigt. Radowitz selbst allerdings dachte etwas skeptischer bei aller Anerkennung von Saburows Fähigkeiten: „*ich glaube*“, schrieb er Herbert Bismarck (25. November, F. A.), „*daß der gute Wille bei Saburow aufrichtig ist und ihm wirklich daran gelegen sein wird, hier Vertrauen zu erwerben und als ein wohlgesinntes Bindeglied zwischen Berlin und Petersburg zu dienen, was bisher hier ganz gefehlt hat ... Für einige Zeit wird seine gute Disposition gewiß vorhalten; auf die Dauer weiß man freilich nicht, ob der Slawe Stich hält*“. Die Zukunft hat ihm recht gegeben.

Neben dem Botschafterwechsel konnten als günstige Zeichen registriert werden ein abermaliger Befehl des russischen Innenministers an die Presse, sich jeden Angriffs auf die Mittelmächte zu enthalten[47]), der Besuch des Großfürsten-Thronfolgers in Wien und Berlin und schließlich überaus freundschaftliche Äußerungen des Finanzministers Walujew bei seiner

Durchreise durch Berlin[48]), denen um so größere Bedeutung beigemessen werden durfte, als er bald darauf zum Vorsitzenden des Ministerkomitees ernannt wurde. Ein untrügliches Symptom für die neue Richtung, in der der Wind wehte, war, daß Graf Ignatiew an Schweinitz herantrat und ihm versicherte, er sei immer für gute Beziehungen zu Deutschland eingetreten; das russische Volk frage weniger nach den politischen Maßregeln als nach den Namen der Männer, die sie ausführten, und er habe stets Fühlung mit dem nationalen Leben gehalten[49]). Wenn dieser Exponent des Panslawismus für nötig hielt, sich dem deutschen Vertreter zu empfehlen, so mußte er überzeugt sein, daß künftighin der deutsche Einfluß auf den Zaren stark sein werde.

Bei aller Gunst der sich derart eröffnenden Aussichten fehlten jedoch auch die bitteren Tropfen nicht. Stutzig machen mußte es schon, daß Fürst Gortschakow, trotz der Versicherungen des Zaren nicht mehr auf ihn zu hören, Anfang Dezember die auswärtigen Geschäfte wieder übernahm und bei den Vorträgen, die sein Vertreter Giers dem Kaiser hielt, anwesend war. So war mit seinem Einfluß zu rechnen, und daß dieser sich nicht im Sinne des Anschlusses an Deutschland geltend machen werde, stand außer Frage. Noch am 7. April 1880 hat denn auch der französische Botschafter General Chanzy bezeugt, daß Gortschakow energisch gegen die Verständigung mit Deutschland gearbeitet habe[50]). In der Tat haben den Winter 1879/80 hindurch zwei Parteien um den Zaren gerungen, Gortschakow und Miljutin auf der einen Seite, Giers und Walujew, von Berlin aus durch Saburow sekundiert, auf der andern.

Mit diesem außenpolitischen Gegensatz verflocht sich aber aufs engste der innerpolitische Kampf. Bismarcks Sorge vor einer die Monarchie bedrohenden Entwicklung hatte von jeher den Aufstieg des Panslawismus begleitet und wurde neu geschärft durch einen überaus pessimistischen Bericht Schuwalows: „*Seit meiner Rückkehr beobachte ich die Menschen und die Dinge, gewinne aber auch nicht einen tröstlichen Eindruck. Wir schreiben unsre inneren Wunden der allgemeinen Lage Europas zu, wie wir ihr unsre außenpolitischen Fehler zugeschrieben haben, und davon ausgehend tun wir nichts, um dem Übel abzuhelfen*“ (28. Dezember, F. A.). Zieht man auch in Betracht, daß bei Schuwalow, wie Schweinitz sich einmal ausgedrückt hat, „das Mißbehagen des Hofmannes en disgrâce“ mitredete, so gab er doch die Tatsachen im wesentlichen richtig wieder. Auch Walujew hatte sich in Berlin sehr pessimistisch über die innere Lage ausgesprochen. Mit ruhiger Zuversicht auf Rußland zu bauen, war ein Ding der Unmöglichkeit geworden.

Bismarcks persönliches Urteil hierüber ist enthalten in einem von ihm durchkorrigierten Brief Graf Herberts an den bayrischen Oberststallmeister von Holnstein, durch dessen Vermittlung er häufig vertrauliche Nachrichten an König Ludwig gelangen ließ (vom 2. März 1880, F. A.): „*Hier wird jetzt*

das allgemeine Interesse durch die Diskussion der Militärvorlage im Reichstag und was damit zusammenhängt in Anspruch genommen. Ob mein Vater persönlich an dieser Diskussion wird teilnehmen können, erscheint bei seinem leidenden Gesundheitszustand noch zweifelhaft: falls es ihm noch möglich sein sollte, so wird es für ihn schwer sein, einen Hinweis auf die bedeutenden russischen Truppenanhäufungen an unsrer Grenze zu vermeiden; es ist merkwürdig, daß die russische Regierung bei ihren friedlichen Versicherungen und Bedürfnissen in diesen Aufstellungen noch immer keine Änderung hat eintreten lassen, welche alle unsre Besorgnisse vor ihren kriegerischen Tendenzen doch leichter und gründlicher beseitigen könnte als die freundschaftlichsten Beteuerungen und Beschönigungen. Erklärlich ist dies nur durch die doppelte Strömung, welche die russische Staatsleitung beeinflußt und die in ihrer einflußreichsten Richtung, der des Grafen Miljutin, bewußt deutschfeindlich und kriegerisch ist. Daß der Kaiser Alexander sich persönlich mit Angriffsgedanken gegen uns tragen sollte, ist wohl nicht anzunehmen, aber zu dem türkischen Kriege hat er sich auch gegen seinen Willen drängen lassen, und vorher schien er zu dem gegen Österreich bereit; wenigstens wurden wir ernstlich um Erklärung gedrängt, ob wir in solchem neutral bleiben würden. Dabei ist dieser einflußreiche Minister nach hiesiger Meinung kein sicherer Anhänger seines Monarchen.

Wir sind hier überhaupt schon der Meinung, daß die Nihilisten in hohen Kreisen, die dem russischen Hofe nahestehen, Sympathien und Förderung haben, und mein Vater fürchtet, daß ihnen das Handwerk nicht gelegt werden kann, solange man Anstand nimmt, hoch hinauf zu greifen, — wenn er auch nicht gerade glauben will, was man über orleanistische Thronbegehrlichkeiten eines der dem Zaren am nächsten Stehenden [Großfürst Konstantin] sagt, so ist es ihm doch sehr wahrscheinlich, daß die anarchistische Partei in den dortigen ministriellen Kreisen Beziehungen hat. Die am Ruder befindlichen Pfleger dieser Beziehungen haben vielleicht nicht vorausgesehen, daß die Sache so weit kommen würde, — vielleicht halten sie aber auch an den nihilistischen Bestrebungen fest, weil sie glauben, auf diesem Wege, wenn nicht zur Republik, so wenigstens zu konstitutionellen Zuständen zu gelangen oder doch den Kaiser Alexander in neue Kriege zu verwickeln. In letzterer Beziehung vermutet man namentlich, daß Miljutin tätig sei, dessen Stellung zum Zaren zu meines Vaters größtem Bedauern im vorigen September in Alexandrowo noch durch die Verleihung des Schwarzen-Adler-Ordens befestigt ist! Das Verhalten des russischen Kriegsministers kann sich mein Vater nicht anders erklären, als wenn er annimmt, daß derselbe zu den Gegnern der Dynastie gehört und daß nicht einmal der Kaiser Alexander auf seine Anhänglichkeit zählen kann.

Sehr merkwürdig ist auch, daß die genaue Meldung des Planes des Explosionsattentats vom 17. v. M. bereits Ende Dezember v. J. von hier nach Petersburg gemeldet war und daß es trotzdem hat stattfinden können. Das kompromittiert die russische Polizei doch in höchstem Grade!"

In Miljutin also sah Bismarck nicht nur den Führer der antideutschen, sondern auch der revolutionären Partei, und bei dessen Geschicklichkeit hielt er „*das Hinüberschwenken aus dem Extrem des Absolutismus in das Extrem der Anarchie*“[51]) nicht für unmöglich. Dies Hinüberschwenken aber selbst durch Stärkung der revolutionären Partei herbeizuführen, worin nach Chanzys Bericht[52]) sogar ernste russische Kreise die der erneuten deutschen Zeitungspolemik zugrunde liegende Absicht erkennen wollten, ist ganz gewiß nicht sein Wunsch gewesen. Wenn er sie veranlaßte, so handelte er wesentlich in der Sorge vor den russischen Truppenaufstellungen, in der ihn der Generalstab abermals bestärkt hatte. Wieder warf diese bittere Frage ihren Schatten.

Den Sachverhalt legte Moltke (8. November 1879) dergestalt dar, daß in den westlichen Gouvernements nahezu die Hälfte der russischen Armee stehe; die starke Vermehrung der dortigen Garnisonen sei schon vor dem Türkenkrieg angeordnet, aber erst nach ihm durchgeführt worden und bilde „*für Rußland eine Versuchung, für uns im Frieden eine Drohung, im Kriege eine Gefahr*“. Bei weiteren Verwicklungen seien daher militärische Vereinbarungen mit Österreich erforderlich. Allerdings spreche die neuerdings angeordnete Entlassung der Reserven — deren Nichtentlassung hatte Bismarck vorher zu Radowitz als bedenklich bezeichnet —[53]) nicht für das Bevorstehen eines Angriffs in allernächster Zeit: „*Zurückverlegung der Kavallerie würde ein wirkliches Pfand freundlicher Gesinnung Rußlands sein.*“ Auch dem englischen Botschafter hat Moltke auseinandergesetzt, wie bedrohlich es sei, daß dreiviertel der russischen Armee an der polnischen, dreiviertel der französischen an der elsaß-lothringischen Grenze massiert seien[54]).

Bismarck sah ebenfalls in der Tatsache, daß die Aufstellung nach dem Krieg durchgeführt sei und sich infolgedessen zweifellos gegen die Mittelmächte wende, das bedenkliche Symptom. Als geeignetes Mittel, um das von Moltke gewünschte Pfand zu erreichen, erschien ihm, die Öffentlichkeit sowohl in Deutschland als auch in Österreich auf die Gefahr aufmerksam zu machen und dadurch indirekt auch auf Rußland selbst einzuwirken. „*Ich habe dabei den Gedanken*“, ließ er an Stolberg schreiben (23. November), „*einmal daß die öffentliche Meinung in beiden Reichen bei der Bedrohlichkeit dieser Haltung Rußlands von der Nützlichkeit unsres Zusammenhaltens und von der Notwendigkeit eines starken und bereiten Heeresstandes unwiderleglich überzeugt wird — und letzteres ist jetzt namentlich in Österreich von Wichtigkeit —, dann aber ist dies auch der einzige Weg, auf welchem man den herausfordernden Charakter der russischen Politik einigermaßen zum Bewußtsein der Russen selbst bringen und den friedliebenden Teil des russischen Volkes davon überzeugen kann, daß nicht feindliche Tendenzen der beiden Nachbarmächte, sondern die unruhige Bedrohlichkeit und Kriegslust der eignen russischen Regierung die Schuld an der Ungewißheit der Lage trägt.*“ Deshalb befahl er auch, die Artikel

sollten nicht polemisch und in gereiztem Ton gehalten sein, denn nur wenn sie rein sachlich wären, könnte der Hauptzweck, ihnen Eingang in der russischen Presse zu gewinnen, erreicht werden[55]). Deutliche Sprache aber wie überhaupt kühles Auftreten hielt er für unerläßlich, um nicht in den Russen eine allzu hohe Vorstellung von Deutschlands Verständigungsbedürfnis zu erzeugen und damit den Grad ihres Entgegenkommens abzukühlen.

Daß solche Erwartung, durch breites Ausmalen der über Deutschland hängenden Gefahr die russische öffentliche Meinung günstig zu stimmen, täuschen würde, hat Schweinitz vorhergesagt, er warnte, diesen Punkt, an dem der Zar überaus empfindlich sei, amtlich oder in der Presse zu berühren. Auch Baron Haymerle schloß sich dem an[56]), und Graf Stolberg befürwortete den Abbruch der Zeitungspolemik. In der Tat hat diese beim Zaren einen dauernden bitteren Nachgeschmack hinterlassen. Bismarck hingegen bestand auf ihrer Fortsetzung, da der Zweck, auf Rußland zu wirken, nicht durch vereinzelte Artikel zu erreichen sei, sondern bloß dadurch, *„daß man immer von neuem auf die Tatsache der Truppenaufstellungen hinweist, und sollte es jahrelang dauern"*[57]). Gewiß ist es ein zweischneidiges Schwert gewesen, das er hiermit anwandte. Daran indessen kann kein Zweifel sein, daß ihm auch hier die ihm untergeschobene machiavellistische Absicht, Rußland zu reizen und zu unwiderruflichen Schritten hinzureißen, gefehlt hat. Mit Moltke übereinstimmend fühlte er Deutschland bedroht und reagierte dementsprechend. Dessen Wunsch jedoch, mit Österreich Generalstabsbesprechungen aufzunehmen, setzte er sein Urteil entgegen: *„In Wien zu sondieren, was Österreich im Kriegsfalle leisten kann und will, wäre unzeitig; würde dort beunruhigen und, bei Indiskretion, auch anderwärts. Unsre Aufgabe ist jetzt, Rußland nicht zu beunruhigen, sondern friedliebend zu machen, soweit es geht"*[58]).

Mit dieser Absicht, Rußland nicht vor den Kopf zu stoßen, hielt Fürst Bismarck nicht allein energische Pressesprache für vereinbar, sondern auch erhöhte militärische Kraftentfaltung: durch beides hoffte er Rußland zum Einlenken zu bringen. Obgleich er Moltkes Wunsch nach engerer Fühlung mit Wien widersprach, teilte er seine Bedenken gegen die dortige Sparmaßnahme der Entlassung von etwa 20000 Mann von der Fahne. Reuß wurde beauftragt, *„in möglichst schonender und vorsichtiger Form"* auszusprechen, daß dies *„ein berechtigter Anlaß zu einiger Verwunderung"* in Berlin sei: *„das deutsch-österreichische Bündnis habe einen friedlichen Zweck, der jedoch nur dann erreicht werden könne, wenn die beiden Verbündeten stark genug seien, um den Frieden im Notfall zu verteidigen"*[59]). Für Deutschland selbst zog Bismarck die Konsequenz einer neuen Heeresvorlage, die er im Januar 1880 einbrachte und die er Saint-Vallier ausdrücklich als nicht gegen Frankreich gerichtet bezeichnete, sondern als den nötigen Schutz gegen die wachsende russische Rüstung[60]). Den Sinn seines Verhaltens gegen Rußland hat er eben einmal dahin zusammengefaßt, um mit ihm befreundet zu bleiben,

dürften die die Freundschaft gefährdenden Momente nicht ignoriert werden, trotz des in solchen Schutzmaßnahmen liegenden Risikos, daß „*auf beiden Seiten der Grenze Gewicht sich an Gewicht hängt, ähnlich wie von 1865 an zwischen Österreich und uns*“[61]).

Kriegsgefahr ist in der Tat nicht eingetreten, aber seinen eigentlichen Zweck hat Bismarck nicht erreicht: an der Dislokation der Garnisonen wurde nichts geändert. Vielleicht stand Kaiser Alexander dabei wirklich, wie Bismarck annahm, unter Miljutins Einfluß, den Schweinitz (20. Februar) im Vergleich zu Giers „*den eisernen Topf neben dem irdenen*“ nannte. Daß es wesentlich die Rücksicht auf die scharf antideutsche Haltung des Generalstabs sei, die dem Zaren jedes Nachgeben unmöglich machte, ist auch Werders Urteil gewesen[62]). Aber das Selbstbewußtsein Alexanders, sein Wille, sich in inneren Angelegenheiten nichts von außen vorschreiben zu lassen, genügten schon allein, um ihn gegen eine Forderung aufzubringen, die er bei seinem ehrlichen Bewußtsein, keinen Angriff zu wollen, als unberechtigt ansah.

Blieb es also im Hauptpunkt beim alten, so war doch auf beiden Seiten der Verständigungswille groß genug, um seit Saburows Amtsantritt als Botschafter Mitte Januar, seit der Rückkehr des Zaren aus Livadia, die wieder direktere Fühlung mit ihm ermöglichte, und seit dem Ende der Abwesenheit Bismarcks von Berlin die Intensität der Bemühungen um ein positives Ergebnis sich erheblich steigern zu lassen. Nach ausgiebigen mündlichen Besprechungen mit Saburow hielt Bismarck es für nötig, durch Schweinitz festzustellen, ob hinter dessen Angeboten eines Abschlusses zu zweit, oder wenn Deutschland es durchaus verlange, zu dritt, auch wirklich der Zar stehe[63]). Er äußerte dabei, jetzt nicht unzufrieden über das Scheitern der Verhandlungen im Herbst 1876 zu sein: „*ich bin heute zweifelhaft, ob ich damals nicht die Macht Rußlands, noch mehr aber, ob ich nicht die Sicherheit der Bürgschaft überschätzt habe, welche ich in dem Worte des Kaisers Alexander zu finden glaubte*“. Schweinitz solle eingehend berichten, ob der Zar „*für uns noch die frühere Aufrichtigkeit hegt oder ob die Mißgunst, die Rassenfeindschaft, der caesarische Eroberungsdrang und weiblicher Glaubenseifer seiner Umgebung seit etwa sechs Jahren schon eine Wandlung bewirkt haben, welche nicht auszuschließen brauchte, daß die früheren Gemütsregungen gelegentlich wieder durchbrechen und dann für den Moment auch aufrichtig empfunden werden ... Noch selten hat ein leitender Minister zu der Politik eines fremden Monarchen ein so weit gehendes Vertrauen gehabt, wie das meinige, getragen von persönlicher Anhänglichkeit an den Kaiser Alexander, war. Aber es gibt in einer Stellung wie die meinige notwendig gewisse äußerste Linien, wo, wenn bei ihnen das Mißtrauen nicht beginnt, entweder Dummheit oder Verrat anfängt.*“ Deshalb sei auch Saburows Entgegenkommen mit andern Augen zu prüfen, als es noch vor einem Jahr der Fall gewesen wäre, insbesondere wegen der Art seines

Auftretens: „*Das Ergebnis davon, daß Saburow mich 7 Viertelstunden über mannigfache Modalitäten freundschaftlicher Verabredungen katechisierte und nachdem meine Antworten ihn in allen Punkten befriedigt hatten, war, daß er in der achten Viertelstunde die Unterredung damit abbrach, daß er mir keine Vorschläge zu machen habe. Ich sehe in ihm nichtsdestoweniger einen gescheiten und liebenswürdigen Botschafter und habe gegen ihn persönlich noch kein Mißtrauen.*"

Der also deutlich vorhandene Zweifel an der Ehrlichkeit des russischen Wollens wurde aber dadurch beschwichtigt, daß Saburow noch am gleichen Tage, an dem dieser Erlaß abgegangen war, den schriftlichen Entwurf zu dem neuen Dreikaiservertrag übersandte[64]). Nunmehr durfte als feststehend angenommen werden, daß es den Russen Ernst war, „*zum mindesten*", schrieb Bismarck einschränkend an Schweinitz (10. Februar), „*für die Zwischenzeit, bis Frankreich fertig ist. Es ist auch dies im Interesse des Friedens immerhin mitzunehmen, vor allem in der Erwägung, daß nur Gott vorhersieht, ob Frankreich jemals im russischen Sinne fertig werden wird.*" Jedenfalls könne bei dieser Möglichkeit, daß es sich bloß um ein Interimistikum handle, Deutschland um Rußlands willen seine Beziehungen zu Österreich und England auf keine harte Probe stellen: „*Die zu Österreich wollen wir überhaupt festhalten; aber wir könnten, wenn das frühere Vertrauen zu Rußland existierte, doch mit Überzeugung und vielleicht mit Erfolg auch in Wien Konzessionen für eine Annäherung zu drei erstreben. Wiederherstellen in seiner vollen Integrität läßt sich dieses alte Vertrauen nicht. Die erfolgte Drohung mit und das wirklich erfolgte Greifen nach der französischen Hilfe gegen den alten und erprobten Freund lassen sich eben nicht ungeschehen machen.*"

Nicht uneingeschränkt also war die Wendung zum Guten eingetreten, immerhin ein entschiedener Fortschritt erzielt worden, wieder zur großen Freude Kaiser Wilhelms. Um Bismarck noch zu weiterem Entgegenkommen an Rußland zu bewegen, wies er ihn auf von Keudell gemeldete Werbungen Gambettas um Italien hin (10. Februar): „*Daß er Waddington beseitigte, weil dieser die russische Allianz zurückwies, also unter seiner Präsidentschaft kultivieren würde, ist klar. Wir müssen daher die Saburowschen Fühlhörner ja schonend kultivieren, da, solange Gortschakow am Ruder ist, wir keinen Moment sicher vor Gambetta-Gortschakowschen Intrigen sind, namentlich weil sie hinter dem Rücken des Kaisers gesponnen werden! Wenn also Saburow Sie nochmals 2 bis 3 Stunden inkommodieren sollte, verlieren Sie ja nicht die Geduld. Ihr W.*"

Obwohl an sich der Kanzler mit diesem Wunsch, Rußland „schonend zu kultivieren", durchaus übereinstimmte und er infolgedessen in Wien scharf den defensiven Sinn des Bündnisses betonte[65]), hielt er doch noch daran fest, daß nur durch energisches Auftreten und ständig wiederholtes Bohren wegen der Truppendislokation zum Ziele zu kommen sei. Denn er war in der Sorge vor dem Panslawismus neu bestärkt worden durch amtliche

und private Berichte aus Paris, daß dort wieder wie im August 1879 russische Agenten tätig seien. Gegen auf sie zurückzuführende Artikel der französischen Zeitungen, Deutschland plane einen Angriffskrieg gegen Rußland, befahl er in der deutschen Presse scharfe Antwort: „*Die solidarische Bewegungs- und Kriegspartei in Frankreich und Italien arbeitet sich in die Hände. Wenn man alle die Verdächtigungen von Kriegslust zusammenhält, welche gegen die deutsche Regierung seit 1866 von der französischen, polnischen, italienischen Bewegungspartei verbreitet worden sind und von denen sich auch nicht eine auch nur annähernd bewahrheitet hat, so weiß man nicht, ob man sich mehr über die Unverfrorenheit der Redaktionen oder die Leichtgläubigkeit des Publikums wundern soll, daß wie von den Bildern eines Bänkelsängers immer wieder dieselben Moritaten abgeleitet werden und immer wieder Zuhörer finden: Holland, die deutschen Provinzen Österreichs, die russischen Ostseeprovinzen, ein Überfall Frankreichs. Wenn man statt Kurland setzte Finnland oder Perm, so würde die Geschichte ebensoviel Glauben finden, denn die französischen und italienischen Leser wissen weder wo das eine noch wo das andre liegt, und ein Aufhören wird wohl erst eintreten, wenn in Frankreich und Italien ein besserer geographischer Unterricht erteilt wird — also wohl erst recht spät*“[66]).

Obwohl Bismarck auch diesmal die russischen Hetzereien in Frankreich unverantwortlichen Organen zuschob[67]), hielt er es doch für nötig, erneut dem Kabinett Freycinet eindringlich seine Verständigungsbereitschaft zu bekunden[68]), andrerseits aber Rußland unmißverständlich zu warnen. Allerdings nicht auf offiziellem Wege, weil „*niemand wissen kann, ob der erste derartige Schritt nicht durch eine Reihe sich steigender Auslassungen zu einer Spannung führen würde, die wir kein Interesse haben herbeizuführen, und viel Interesse zu verhindern*“[69]). Das Richtige schien ihm, den Zaren persönlich aufmerksam zu machen, und so wurde Schweinitz, sehr gegen seinen Wunsch, beauftragt, diesem die peinliche Frage der Truppenaufstellung im Privatgespräch zu unterbreiten. Das Ergebnis war, wie der Botschafter vorausgesehen hatte, rein negativ: Alexander II. war höchst unangenehm berührt und lehnte jede Änderung ab[70]).

Zugleich mit dem Bericht über die hierbei sich abspielende peinliche Szene (23. März) hatte Schweinitz eine bedenkliche Äußerung Miljutins zu melden: Als General Todleben, der Verteidiger Sebastopols, Befestigungen am Schwarzen Meere und nicht im Westen forderte, da der Krieg gegen England doch eher möglich sei als der gegen Deutschland, hatte der Minister erwidert, der Westen dürfe nicht wehrlos gelassen werden; Rußland denke zwar nicht an Angriff auf Deutschland, aber Deutschland scheine Krieg zu wollen. Kaiser Wilhelm nahm dies sehr ernst; so könne, meinte er, Miljutin nur reden, wenn er selbst etwas im Schilde führe, und Bismarck versah dies mit einem „*sehr richtig*“. Die Sorge vor dem panslawistischen Rußland hatte sich also keineswegs gemindert, und es wirkte auch nicht erleichternd, daß

Manteuffel von einem Brief Gortschakows berichtete, er bleibe auf dem Posten, es komme, was wolle[71]).

Irgend etwas Weiteres aber in der militärischen Streitfrage nach dem Mißerfolg beim Zaren zu unternehmen, warnte Schweinitz dringend, unsanfte Behandlung werde zum Bruch führen, und diesmal fand er Bismarcks Zustimmung: „*Es ist geschehen was tunlich, und weder sanft noch unsanft darauf zurückzukommen.*" Wenn also dieser Punkt vorläufig fallen gelassen wurde, schied er doch keineswegs aus Bismarcks Überlegungen aus. Am 27. April sprach er Moltke den Wunsch aus, Ostpreußen nun durch rechtzeitige Truppenverstärkung zu sichern.

Das greifbare Friedenspfand war demnach nicht zu erreichen, aber wir sahen, Bismarck war, wenn es nicht anders ging, bereit, sich auch mit einer Teillösung zu begnügen, und für ihr Zustandekommen sprachen auch vom russischen Standpunkt gewichtige Gründe. Stark wirkte neben allem Gefühl der Anhänglichkeit an Kaiser Wilhelm die von Giers vertretene sachliche Überlegung auf den Zaren, daß im Falle mangelnden Entgegenkommens Deutschland nicht nur zu Österreich, sondern auch zu England engere Fühlung nehmen könnte, und das in dem Augenblick, wo zwischen Rußland und Frankreich schwere Verstimmung wegen der Nichtauslieferung des Attentäters Hartmann sich eingestellt hatte. Die Isolierung wäre vollständig gewesen.

Wie Bismarck den Entschluß des französischen Kabinetts beurteilte, zeigt sein Immediatbericht vom 12. März. Die juristische Begründung hielt er für recht schwach: „*Eine starke Regierung würde ohne Zweifel es dem Interesse der Zivilisation entsprechend gefunden haben, die Auslieferung zu bewilligen. Daß gegenwärtig weder die am Ruder befindliche französische Regierung noch eine andre, die etwa an ihre Stelle treten könnte, sich zu einem solchen Akte der Autorität stark genug fühlen würde, habe ich vorhergesehen und würde daher, wenn ich einen Rat in Rußland zu geben gehabt hätte, nicht dazu geraten haben, die amtliche Forderung der Auslieferung zu stellen. Für unsre politischen Interessen erscheint jede Entfremdung zwischen unsern beiden kriegerischen Nachbarn immerhin nützlich.*" Dieser nützlichen Entfremdung sollte es auch offenbar dienen, wenn er Saint-Vallier die Korrektheit des französischen Verhaltens bestätigte mit dem sich an das nationale Selbstgefühl wendenden Zusatz: „*Es war nicht angängig, Hartmann auszuliefern und das zu tun, was Rußland von England zu fordern nicht den Mut gehabt hätte*"[72]). Für den Zaren aber war der Zwischenfall die Bestätigung, daß Giers und Saburow im Recht wären, wenn sie das Zusammengehen nicht mit Frankreich, sondern mit Deutschland für den einzig gangbaren Weg erklärten und, da dies nur in Gemeinschaft mit Österreich zu haben war, das Dreikaiserbündnis befürworteten.

4. Der russisch-österreichische Gegensatz

Zusammengehen aber von Rußland und Österreich, das bedeutete in Petersburg das Hintanstellen eines dem Rassenbewußtsein wie der politischen Gegnerschaft entstammenden, in leidenschaftlicher Agitation aufgepeitschten Gefühls, das Fallenlassen von Plänen, an denen so gut wie die Gesamtheit der politisch interessierten Russen hing. Das bedeutete in Wien den Verzicht auf die Linie, die schon Andrássy eingeschlagen hatte und auf der fortzuschreiten Haymerle gewillt war[73]). In tiefem Mißtrauen gegen den Zarismus begrüßten sie das Bündnis mit Deutschland in erster Linie als Befreiung von der Notwendigkeit dauernder Rücksicht auf Rußland und suchten es daher zu vervollständigen durch die Interessengemeinschaft mit England, zumal sie von diesem hoffen durften, daß es ihren südlichen Nachbarn Italien veranlassen werde, sich eventuellen Werbungen des nördlichen zu verschließen. In der Annäherung an London sahen sie das geradezu naturgegebene Ziel und verfolgten daher Bismarcks Bemühungen um Rußland mit größtem Mißbehagen. Ein offiziell im Auftrag des Zaren unternommener Versuch Schuwalows im November 1879, in direktem Gespräch von Österreich günstigere Bedingungen auf dem Balkan zu erlangen als bei dem Kongreß, war ohne jedes Ergebnis geblieben[74]), und seitdem hatte sich die Stimmung nicht wesentlich geändert. Diametral liefen sich die Hintergedanken der deutschen und österreichischen Staatsmänner zuwider.

Zwar gab Kaiser Franz Joseph zu, er müsse dem Petersburger Kabinett das Zeugnis ausstellen, daß es verstanden habe, „*in sehr geschickter Weise bonne mine à mauvais jeu zu machen*“[75]), zwar bezeichnete Andrássy das russische Benehmen seit dem September als viel vernünftiger, als er es erwartete[76]), und auch Haymerle sprach seine Freude über den Verständigungswillen des Zaren aus. Aber er warnte, ihn zu ernst zu nehmen, indem er sich das Bismarck selbst geläufige Argument aneignete, daß nicht mehr der Kaiser, sondern der Panslawismus entscheidend sei[77]), und zog hieraus den Schluß, sich mit Rußland nicht erneut einlassen zu können.

So konnte Bismarck hoffen, nur in ganz allmählicher Arbeit mit Hilfe von äußerst vorsichtigen, aber konsequent wiederholten Winken, über diese sachlichen und gefühlsmäßigen Hemmungen auf beiden Seiten hinwegzukommen. Auch hier wieder war ehrliche Maklerarbeit unentbehrlich. Keineswegs lagen die Dinge ja so, wie Saint-Vallier sie ansah, daß der

Zweibund die einfache Unterordnung Österreichs unter Deutschland gebracht hatte, „la haute main mise sur la politique du cabinet de Vienne", womit der Franzose den säkularen Traum der Deutschen erfüllt fand, „die Vereinigung aller Staaten, in denen die germanische Rasse vorwiegt, in gemeinsamem politischen System und machtvoller Solidarität"[78]). Aus dieser falschen Prämisse der angeblichen „annihilation de l'Autriche au profit de l'Allemagne" kam der Botschafter zu der sachlich richtigen Schlußfolgerung, daß Bismarck die Ausdehnung des Zweibundes auf eine dritte Großmacht, sei es Rußland oder England, nicht beabsichtige, allerdings mit der wieder irrtümlichen Begründung, daß der Eintritt eines solchen Partners deswegen nicht erwünscht sei, weil er das Herabsinken Österreichs auf die Stufe eines bloßen Satelliten verhindern würde[79]). Damit hat der sonst so klarblickende Diplomat sich in ein vollständig falsches Gesamtbild von Bismarcks Politik verrannt und insofern seine Regierung unzutreffend informiert, als er zum Unterschied von seinem englischen Kollegen nicht erkannte, wie ernst der Kanzler darum rang, Rußland wieder heranzuziehen. Von der Sorge, daß dieser nach einer Vormacht napoleonischer Art strebe, war er selbst frei, aber mit seiner Berichtersattung über den Sinn des Zweibundes hat er ihr fälschlich Vorschub geleistet. Denn in Wirklichkeit hat Bismarck, im Interesse seines Gesamtspiels, peinlich vermieden, die Selbständigkeit des Habsburgerstaates anzutasten. Gerade wenn das Dreikaiserbündnis sein Ziel war, mußte Österreich als vollwertiger Partner erhalten werden; ihm kam es an auf die auf freiem Willen und der Erkenntnis des eignen Nutzens beruhende enge Freundschaft der österreichisch-ungarischen Großmacht.

Hieraus jedoch ergab sich notwendig, daß im Verhältnis der beiden Reiche sein Wille nicht einfach und unbedingt entschied. Obwohl es ihm eine Selbstverständlichkeit war, daß die Führung im Bündnis in Berlin zu liegen habe, ist die Selbständigkeit der österreichischen Politik auch schon ihm gegenüber, keineswegs erst seinen Nachfolgern, in Erscheinung getreten. Wenn er es schließlich fertiggebracht hat, ihr die erwünschte Richtung zu geben, so bedurfte es doch höchster Geschicklichkeit und oft sehr großer Mühen, um die sich erhebenden Widerstände in Wien zu überwinden. Weit sind die Dinge davon entfernt gewesen, daß sein Wort dort einfach Gesetz gewesen wäre; wer sich das einbildet, unterschätzt die Schwierigkeiten erheblich, mit denen er zu ringen hatte.

Die notwendig gebotene Rücksichtnahme auf die Stimmung in Österreich-Ungarn machte also höchste Vorsicht bei der Arbeit an der Erneuerung des Dreikaiservertrages zur Pflicht, und in der gleichen Richtung wirkte der Umstand, daß, solange dies Ziel nicht erreicht war, das Verhältnis zu England besonders schonend behandelt werden mußte. Darum ist es Bismarck, während er selbst die Verhandlungen mit Petersburg aufnahm, erwünscht gewesen, daß Österreich Fühlung mit London bewahrte. Das Grundprinzip,

das wir schon festzustellen hatten und das in seiner ausgesprochensten Form uns 1887 in der Gleichzeitigkeit von Rückversicherungsvertrag und Orientalischem Dreibund entgegentritt — direkte Verbindung mit Rußland, indirekte über die Bundesgenossen mit England —, ist auch hier angewendet.

Als Haymerle im Dezember 1879 Bismarcks Standpunkt, daß im Interesse der Mittelmächte die englisch-französische Intimität erwünscht sei, als erfreulich bezeichnete und anregte, durch die Haltung in den orientalischen Kommissionen zu zeigen, daß der Zweibund doch mehr mit England als mit Rußland sympathisiere, erklärte der Kanzler es für unbedenklich, wenn Österreich das tue: „*Österreich hat politische Gründe dazu, sachliche, die uns fehlen*“[80]). Sich selbst zu antirussischem Auftreten hinreißen zu lassen, lehnte er also ab, hatte aber nichts dagegen, daß Österreich durch die Betonung seiner Freundschaft zu England den Russen die Stärke seiner Position und deshalb die Notwendigkeit des Einlenkens zum Bewußtsein bringe, ebenso wie er es umgekehrt zu bewegen suchte, in London die Aussicht seiner Verständigung mit Petersburg möglichst günstig erscheinen zu lassen[81]).

Österreichs Abneigung, sich abermals in ein Dreikaiserbündnis hineinziehen zu lassen, kam auch zu deutlichem Ausdruck, als Bismarck wenige Tage, nachdem Saburow den Entwurf des neuen Vertrages vorgelegt hatte, die Dinge also in Fluß gekommen waren, den Petersburger Botschafter Graf Kálnoky bei sich empfing. Die Art, wie dieser hierbei die Anlehnung an England verfocht, bezeichnete sogar sein vorgesetzter Minister als „*zu ausgedehnt*“[82]); immerhin blieb Haymerle dabei, daß mit Rußland kein über den Berliner Vertrag hinausgehendes Abkommen geschlossen werden solle. Erweise sich dieser als unhaltbar, so sei es immer noch Zeit, mit den Russen zu reden, war sein merkwürdig optimistisches Urteil. Selbst dann aber sei dies Gespräch nicht mit Rußland allein zu führen, da England ebensowenig wie dies den Eindruck gewinnen dürfe, isoliert werden zu sollen. Zusammenfassend äußerte er daher den Wunsch, Bismarck möge verhindern, daß Rußland in Wien wegen eines neuen Vertrages vorstellig werde[83]). Sein eigner Plan war, im Augenblick auf jede Erweiterung des Zweibunds zu verzichten; um Deutschlands willen sei er bereit, mit den „*Konfidenzen an England*“ einzuhalten, aber Bismarck solle auch nicht zu Abmachungen mit Rußland drängen[84]).

So wenig aufnahmefähig war der Boden, den Bismarck für seine Absichten in Wien vorfand.

5. Die Balkanprobleme

In der Überzeugung, die Interessen seines Staates nicht Seite an Seite mit Rußland wahren zu können, hatte Haymerle sein Amt angetreten und war er bestärkt worden durch die letzten Vorgänge auf dem Balkan, hinter denen er das russische Streben witterte, doch noch zu besserer Position zu gelangen, als den Berliner Beschlüssen entsprach. Tiefen Eindruck hinterließ ihm das Auftauchen des Projektes, dem so große historische Bedeutung später zukommen sollte, die selbständigen Balkanstaaten zu einem Bund zusammenzuschließen, dessen Drahtzieher in Moskau säßen. Die „Russische St. Petersburger Zeitung" brachte am 28. Oktober 1879 einen Artikel, es sei generell die Pflicht der Kleinen, sich durch Zusammenschluß stark zu machen, und speziell der Balkanstaaten angesichts des deutsch-österreichischen Bündnisses. Um so peinlicher fühlte sich der Minister hierdurch betroffen, als schon kurz vorher derselbe Gedanke von Rom aus propagiert worden war, so daß sich die ihm unerträgliche Aussicht auf russisch-italienische Kooperation eröffnete, auf die, wie wir gesehen haben, auch Bismarck warnend hinwies. Konstantinopel ließ ebenfalls Alarmrufe über solche Pläne nach Wien gelangen. Bald wurde es allerdings wieder ganz still von ihnen. Vielleicht hat ein freundschaftlicher Rat Österreichs an Bulgarien[85]) dazu beigetragen, entscheidend jedoch ist ihre Unvereinbarkeit mit der Bereitschaft des Zaren zu neuem Dreikaiserbündnis gewesen. Immerhin beeinflußte der Gedanke an solche Möglichkeit das österreichisch-ungarische Verhältnis noch lange schädlich.

Ebenso ungünstig wirkten die aus den Beziehungen beider zu den einzelnen Balkanländern erwachsenden Differenzen, die ihnen den Verdacht aufdrängten, der andre begnüge sich nicht mit dem status quo, sondern strebe nach alleiniger Vorherrschaft. Demgegenüber war Bismarcks Ziel, jede Abweichung von den Berliner Beschlüssen zu verhindern, die sofort neue internationale Diskussion und neuen Streit ergeben haben würde. Deshalb sah er zunächst seine Aufgabe in warnenden Hinweisen nach allen Seiten auf das vertraglich Vereinbarte. Der Auffassung, daß der europäische Bestand der Türkei sich doch nicht länger halten lassen werde, begegnete er mit großer Skepsis: „*möglich*", war sein Urteil, „*aber abzuwarten. Zu Konjekturalpolitik haben wir keinen Beruf*"[86]).

Daß aber mehr als bloß passives Abwarten erforderlich sein würde, um die Flammen nicht abermals emporschlagen zu lassen, erwies der scharfe Ton, den Gortschakow unmittelbar nach seiner Rückkehr ins Amt anschlug und der nicht überhört werden durfte, da ihm die voll berechtigte Beschwerde zugrunde lag, daß hinsichtlich Montenegros die Berliner Beschlüsse durch türkische Schuld nicht ausgeführt würden. Eine Depesche, die in Berlin und Wien am 12. Dezember vorgelegt wurde, enthielt die Sätze: „*trouvons situation intolérable. Traité Berlin reste inexécuté, le sang coule, Montenégro se ruine à maintenir militaire considérable. Proposons démarche collective énergique à Constantinople*". Damit wurde grundsätzliche Entscheidung verlangt, ob die Mittelmächte sich an einem Druck zugunsten des russischen Schützlings gegen die Türkei beteiligen wollten.

Das wirre Hin und Her aufgeregter Verhandlungen, das sich aus dem russischen Vorstoß ergab und sich noch lange Zeit hinzog, im einzelnen darzustellen, kann ebensowenig wie bei den andern Balkanproblemen unsre Absicht sein. Uns kommt es nur darauf an zu schildern, wie Bismarck sich zu ihnen gestellt, inwieweit sie seine Gesamtpläne erschwert haben und inwieweit er sie andrerseits in deren Dienst stellen konnte. Ihm waren sie ja ausschließlich in dem allgemeinen Rahmen der Großmachtspolitik von Wichtigkeit, nicht um ihres Eigengewichtes willen.

So sehr er die Berechtigung des russischen Verlangens als im Einklang mit dem von ihm selbst verfochtenen Programm anerkennen mußte, hatte er doch andrerseits Rücksicht darauf zu nehmen, daß Österreich die Pforte nicht stärker als bisher schon vor den Kopf stoßen wollte. Die durch die Okkupation Bosniens erzeugte Animosität bekam es häufig in Konstantinopel zu spüren. Haymerle meinte sie allerdings auch darauf zurückführen zu müssen, daß die Türken Österreich als Freund Englands ansähen und ihren Unmut über die Politik Lord Salisburys auf den Kaiserstaat übertrügen. Auf diese Meldung von Reuß ließ Bismarck, gemäß dem alten Standpunkt, daß Österreich die unmittelbare Stütze seiner Balkanpläne nicht bei Deutschland, sondern bei England zu suchen habe und daß in diesem Sinne ein allzu starkes Schwinden des britischen Einflusses auf den Sultan bedenklich sei, durch Münster am 27. Februar in London warnen, er sehe mit Bedauern, „*wie das Ansehen und die frühere Stellung Englands in Konstantinopel sich schon so weit geändert habe, daß die Empfindlichkeit der Türken sich im Wege der Ansteckung selbst auf diejenigen Mächte erstrecke, die für Englands Freunde gälten*".

In der Verstimmung der Türkei gegen Österreich besaßen jedoch Rußland und Frankreich eine willkommene Handhabe, für eigne Zwecke Gehör in Konstantinopel zu finden. Um dem entgegenzuwirken, änderte Bismarck seine bisherige Linie, die Pforte die Kosten für die Einigung der andern bezahlen zu lassen. Zwar bezeichnete er noch im Dezember Lord Dufferin die Türkei als eines der „Dinge, die verschwinden müßten", aber seine

Praxis ging auf ihre Erhaltung in dem vom Kongreß gebilligten Umfang, und daraus ergab sich der Zwang, vorläufig völlig unparteiisch zwischen England und Rußland in Konstantinopel zu verbleiben[87]).

Aus diesen Gründen billigte Bismarck den Entschluß Haymerles, an dem von Gortschakow geforderten Kollektivschritt, also dem schroffsten diplomatischen Mittel, nicht teilzunehmen, wohl aber in eigner energisch gehaltener Note die Türkei zur Aufgabe ihrer Obstruktion aufzufordern; er selbst nahm die gleiche Haltung ein. Jedoch nur im Augenblick zogen sich die Mittelmächte hiermit aus der Schlinge, denn mit dieser milderen Form wurde Eindruck auf Konstantinopel nicht gemacht, die montenegrinische Frage blieb offen. Und ebensowenig kam die griechische vorwärts, da hier England, um nicht die Türkei in Rußlands Arme zu treiben, dem französischen Verlangen nach Pression widersprach. Statt dessen wurde im März 1880 auf Vorschlag Lord Salisburys von den sechs Großmächten eine Kommission eingesetzt in der Hoffnung, daß deren einstimmigem Beschluß der Sultan sich fügen werde, einer Hoffnung, der Kaiser Wilhelm alsbald größte Skepsis entgegenbrachte. Er wies darauf hin[88]), daß die Türkei vor dem Kriege dreimal solchen einstimmigen Beschlüssen nicht entsprochen habe; jetzt wisse sie, daß England für schroffen Durchgriff nicht zu haben sei, und werde deshalb erst recht nicht nachgeben. Er hat vollständig recht behalten. In all diesen Streitfragen war es eben die günstige Position für den Sultan, daß immer nur ein Teil der Mächte, und zwar ein in den verschiedenen Zwistigkeiten je nach der Interessenlage wechselnder Teil, zu Zwangsmaßnahmen bereit war. Diese Schwäche im Panzer der Kollektivität hat Abdul Hamid klar erkannt und gründlich ausgenutzt.

Gegen die Türkei hat Bismarck Stellung nehmen müssen, als sie ihre Truppen nach Ostrumelien schicken wollte, was Rußland nicht geduldet haben würde. Den ganzen Winter 1879/80 hat diese Frage auf den Kabinetten gelastet. Auch in ihr trat die deutsch-französische Interessengemeinschaft in Erscheinung: ebenso wie der Botschafter Fournier wurde Graf Hatzfeld angewiesen, „*mit Entschiedenheit abzumahnen; der Krieg sei in diesem Falle sicher, die Unterstützung von außen, welche die Pforte bei einem von der Mehrzahl der Mächte widerratenen Schritte finden würde, höchst problematisch*“ (29. Oktober 1879). Bismarck benutzte also diese Gelegenheit, sich in einem den Russen erwünschten Sinn auszusprechen. Andrerseits aber kam das Prinzip, nicht mehr als unbedingt erforderlich auf den Sultan zu drücken, zum Ausdruck bei der Ermordung eines russischen Offiziers in Konstantinopel. Zwar erhielt Hatzfeld zunächst den Auftrag, das russische Sühneverlangen zu unterstützen, um auch hiermit „*dem Petersburger Kabinett bei den vielen abwehrenden Schritten, zu denen uns die russische Politik in letzter Zeit genötigt hat, zu zeigen, daß wir für gerechte Ansprüche Rußlands auch heute noch dessen sichere Freunde sind*“. Als sich aber herausstellte, daß die Russen selbst ihr

Verlangen nur in milder Form vorgebracht hatten, wurde der Botschafter sofort zur Vorsicht gemahnt (9. April 1880): „*ich bin nicht gewiß, ob hinter der Zurückhaltung der russischen Botschaft nicht die Berechnung der russischen Politik steckt, sich eventuell bei der Pforte auf Kosten der andern Mächte eine Stellung zu machen und die Gefälligkeit der fremden Vertretungen auszunützen, um schließlich auf deren Kosten die eignen Geschäfte zu fördern.*"

Größte Zurückhaltung also, um einerseits nicht abermals den Stein ins Rollen zu bringen und andrerseits nicht die Ungebundenheit der eignen Stellung einzubüßen, war Bismarcks Grundgedanke gegenüber der Türkei und ebenso gegenüber den selbständigen Balkanstaaten. Allerdings sollten diese nach ihrer Befreiung nicht etwa in ihrer Gesamtheit dem russischen Einfluß verfallen und zur Gefahr für Österreich werden. Solange sein Verhältnis zu Rußland noch so wenig gesichert war, lag kein Anlaß für ihn vor, dessen Balkaninteressen auf Kosten der österreichischen irgendwie zu fördern. Aber auch ganz ausschalten wollte er es nicht, um sich nicht jede Verständigungsmöglichkeit zu verschütten. Darum blieb er bei dem alten Prinzip der Teilung in getrennte Einflußzonen, legte jedoch im Augenblick mehr Gewicht in die österreichische Schale, zumal bei dem starken Mißtrauen aller Balkanstaaten gegen Wien bis zu dessen alleiniger Vormacht ein weiter Weg war. In diesen Zusammenhängen hat er sich damals (25. Februar, an Prinz Reuß) zu dem Grundsatz bekannt, nach dem er nicht nur hier, sondern sein ganzes Leben lang gehandelt hat und der auch in der Formulierung geradezu als charakterisierendes Motto über seine gesamte Außenpolitik gestellt werden könnte: „*Ich halte in allen politischen Fragen den Grundsatz für richtig und nützlich: ein sicherer und gefälliger Freund für seine Freunde, aber auch ein tätiger Gegner für den Widersacher zu sein.*" Demgemäß setzte er jetzt den deutschen Einfluß zugunsten Österreichs ein und ließ Rußland, ohne es endgültig zu vergrämen, deutlich spüren, welche Gefahr es lief, wenn es sich nicht mit den Mittelmächten verständigte.

Entsprechend dem Willen, an dem in Berlin hergestellten status keine bedenkliche Änderung eintreten zu lassen, war Bismarck darauf bedacht, daß die neuen Staaten zunächst in die ihnen gegebene Form hineinwachsen und deshalb nicht auf weiteren Erwerb ausgehen sollten. Dabei erhob sich das Problem der endgültigen Anerkennung Rumäniens und Serbiens, das wir schon gestreift haben. Sie war von Rußland und Österreich, um ihrem Einfluß den Boden zu bereiten, alsbald ausgesprochen worden, während die übrigen Mächte erst abwarten wollten, daß die auferlegten Bedingungen erfüllt würden. Bei diesen handelte es sich vornehmlich um zwei Fragen: die Neuorganisation und den weiteren Ausbau der Eisenbahnen, bei denen insbesondere deutsches, österreichisches und französisches Geld investiert war, und die den veränderten staatlichen Verhältnissen angepaßt werden mußten, sowie um die bürgerliche Gleichberechtigung der Juden[89]). Wie sehr beides

aus taktischen Gründen von Bismarck miteinander verknüpft worden ist, läßt sich am besten am Falle Rumäniens klarlegen.

Artikel 44 des Berliner Vertrags hatte Rumänien verpflichtet, jede Beschränkung der Gleichberechtigung aus konfessionellen Motiven zu beseitigen. Neben der englischen hatte sich besonders die italienische Regierung hierfür eingesetzt, so daß es um so mehr überraschen mußte, als sie dann die Anerkennung aussprach, ohne die Durchführung abzuwarten. Denn dieser stand entgegen der § 7 der rumänischen Verfassung, der die Juden von bürgerlichen und politischen Rechten ausschloß, und das Kabinett Bratianu erklärte sich außerstande, zu dessen Aufhebung eine parlamentarische Mehrheit zu finden. War Deutschland hieran nur insoweit beteiligt, als ihm an der Durchführung der Berliner Beschlüsse gelegen sein mußte, so war es unmittelbar betroffen durch den zweiten Streitpunkt, die dauernden Schikanen Rumäniens gegen die bestehende Eisenbahngesellschaft, mit dem offensichtlichen Zweck, diese derart zu verärgern, daß sie schließlich die Bahnanlagen für ein Spottgeld an den Staat verkaufen würde. Dabei aber standen etwa 100 Millionen deutschen Kapitals auf dem Spiel, an denen insbesondere das Haus Bleichroeder beteiligt war. Außerdem mußte Bismarck schon deshalb der Eisenbahnfrage besondere Aufmerksamkeit zuwenden, weil sie in allen Balkanländern im Lauf der nächsten Jahre eminent politischen Charakter angenommen hat: an ihr trat der Streit um die politische Prädominanz unmittelbar zutage. Diese Entwicklung ist aber erst allmählich eingetreten und hat dann Deutschland nur indirekt berührt, da es ja selbst machtpolitisch uninteressiert zu bleiben entschlossen war. Der eigentliche Anstoß für Bismarcks Eingreifen lag in dem Schutzbedürfnis des deutschen Kapitals. Aber er benutzte die Judenfrage, um Rumänien sein Mißfallen fühlen zu lassen, weil an ihr die Westmächte besonderen Anteil nahmen und er infolgedessen mit der Berufung auf sie England und Frankreich, die an der Eisenbahn nur wenig interessiert waren, abhalten konnte, den Staat anzuerkennen.

Mit dieser Taktik war Kaiser Wilhelm wenig zufrieden, einmal aus Hohenzollernschem Hausinteresse, und dann weil ihm das Eintreten für die Juden zuwider war. „*Wir können unmöglich*", schrieb er am 10. November, „*ein Weiteres verlangen als das Erreichte, da ich von Anfang an die Kongreßforderungen für einen Fehler erklärt habe, ich hatte aber damals keine voix au chapitre!*" Auch der Hinweis von Radowitz, daß die Judenfrage für Deutschland das Druckmittel sei, Rumänien gefügig zu machen, beschwichtigte ihn nicht: „*Wir können doch nicht auf die Kongreßmächte einwirken wollen, unserer Eisenbahn-Interessen willen die rumänische Anerkennungsfrage hinzuhalten. Sollten jene Mächte die Anerkennung früher aussprechen, als unsre Eisenbahnfrage erledigt ist, so steht es immer noch bei uns, unsere Anerkennung auszusetzen, bis jene Frage entschieden ist. So wenig ich gewünscht, daß ein Hohenzoller*

nach Rumänien ging, so bleibt als Chef dieses Hauses mir die Verpflichtung, einem Gliede dieses Hauses hülfreiche Hand zu leisten. Da dies bei der geographischen Lage Rumäniens niemals eine materielle Hilfe sein kann, sondern nur moralische, so liegt es in dieser Verpflichtung, die Anerkennung des Fürsten zu seiner Selbständigkeit alle moralische Hülfe zu leisten, nicht aber aufhalten zu wollen. W. 11. 11."

Die Verkuppelung der beiden Fragen aus taktischen Gründen ist besonders klar herausgearbeitet in der Darlegung, die Radowitz dem Kronprinzen am 1. August gegeben hat: „*Die Kaiserliche Regierung wird es sich nicht zur Aufgabe stellen, für das hinlänglich bekannte unsaubere Element der polnischen und galizischen Juden den sofortigen Zugang in Rumänien zu erzwingen. Wir würden vielmehr mit jeder Kombination uns einverstanden erklären können, welche wenigstens den deutschen Israeliten in Rumänien eine gleichmäßige Behandlung mit ihren Landsleuten andrer Konfession sichert und im übrigen zunächst die Ausdehnung bürgerlicher und politischer Rechte auf die anständigeren Klassen der rumänischen Judenschaft ins Auge faßt. Auch wegen der Bestimmungen für die spätere graduelle Zulassung der anderen Israeliten in Rumänien würde Deutschland an sich kein Interesse haben, eine für Rumänien besonders ominöse Auslegung des Artikels 44 zu unterstützen. Die schließliche deutsche Zustimmung zu jeder Lösung würde aber immer abhängig bleiben müssen von der Stellung, welche die rumänische Regierung in bezug auf die großen in diesem Lande engagierten materiellen Interessen deutscher Untertanen einnimmt.*"

Österreichs Vermittlung, zusammen mit der Tatsache, daß England und Frankreich nicht absprangen, ist es schließlich gewesen, die Rumänien zum Nachgeben gebracht hat. Ihre Inanspruchnahme durch Bismarck erfolgte auch mit dem wohlberechneten Nebenzweck, auf diese Weise den Wiener Einfluß in Bukarest zu befestigen und so Rumäniens Widerstandskraft gegen die russische Agitation zu verstärken[90]). Sowohl dies als auch das unmittelbare Ziel, die befriedigende Regelung der Eisenbahnfrage, ist erreicht worden. Kaum war es erfolgt und auch hinsichtlich der Judenfrage einiges Entgegenkommen von der Regierung bewiesen, meldete Kaiser Wilhelm erneut seinen Wunsch an, daß Deutschland jetzt mit der Anerkennung die Initiative ergreife: Es sei seine „*auf Kenntnis der jüdischen Rassen in den Oststaaten basierte*" Überzeugung, daß die sofortige gänzliche Emanzipation eine Unmöglichkeit bilde (1. Februar). In der Tat ist nunmehr in identischen, auf Bismarcks Wunsch von Frankreich formulierten Noten die Anerkennung durch die drei Großmächte ausgesprochen worden.

Ob es gelingen würde, das als unabhängig anerkannte Land vom russischen Einfluß freizuhalten, dafür war von größter Wichtigkeit der Besuch Bratianus in Wien und dann auch in Berlin im März 1880[91]), bei dem er sich der Festigkeit des Zweibundes versichern und klären wollte, ob Rumänien im Falle seiner Anlehnung an Österreich auch von Deutschland

Rückhalt zu erwarten habe. Bismarcks Antwort ging dahin (an Reuß 29. März), wenn Rumänien aufrichtig und ehrlich die Politik des Friedens betreibe, werde es der Sympathie und der Unterstützung beider Mächte versichert sein können; wenn es sich aber zu Konspirationen zur Störung des europäischen Friedens verleiten ließe, so werde es sie zu Gegnern haben. Dies genügte, um Bratianu weiterhin, wenn er sich auch nicht entscheidend festlegte, zum Verharren in mißtrauischer Zurückhaltung gegen Rußland zu veranlassen. Als sich sein Außenminister Boeresku in diesem Sinne zu dem deutschen Vertreter Graf Wesdehlen aussprach und dabei den Vorkämpfer des Anschlusses an Rußland, Gregor Sturzda, „*halb verrückt*" nannte, ließ Bismarck dem Gesandten erwidern (2. April), dieser Ausdruck sei recht stark, „*aber für politische Unternehmungen sind Leute, die man in der gewöhnlichen Welt so zu nennen pflegt, häufig die geeignetsten und gefährlichsten*". Sein Ziel aber faßte er noch einmal so zusammen: „*Unsre Gesamtpolitik ebenso wie der persönliche Wille Seiner Majestät verlangt die Unterstützung der Regierung des Fürsten Karl sowie die Förderung der Anlehnung derselben an Österreich und dadurch an Deutschland.*"

Ebenso wie in Rumänien war Bismarck auch in Serbien bemüht, den österreichischen Einfluß zu stärken[92]). Denn daß hier dieser prädominieren müsse, war ihm aus geographischen Gründen und angesichts der Tatsache, daß sonst bedenklichste Rückwirkungen auf den inneren Zustand des Kaiserstaates eintreten konnten, selbstverständlich. Bei der ihm vorschwebenden Teilung des Balkans wies er deshalb Serbien der österreichischen Zone zu. Dem Gesandten in Belgrad wurde die Notwendigkeit für Deutschland eingeschärft, „*Österreich in seiner großen und mächtigen Stellung zu erhalten*", und deshalb befohlen, sowohl die panslawistischen als auch die panserbischen Tendenzen zu überwachen[93]).

Ganz anders dagegen lagen die Dinge in Bulgarien[94]), für das der Kongreß auf Grund des schon vor seinem Zusammentritt festgelegten englisch-russischen Kompromisses mit der Zweiteilung des Landes, der Scheidung zwischen dem eigentlichen Bulgarien und Ostrumelien, ein offensichtlich unbefriedigendes Ergebnis gezeitigt hatte. Daß an diesem Punkt der errichtete status nicht lange zu halten sein werde, war vorauszusehen bei der Stärke des bulgarischen Nationalgefühls in beiden Hälften, und daß dann auch das vergrößerte Bulgarien ein russischer Stützpunkt sein sollte, war von vornherein Bismarcks Ansicht gewesen und ist sie geblieben. Auch den Österreichern hat er sie schmackhaft zu machen gesucht. Während sie also bei allen Versuchen, Bukarest und Belgrad an sich zu ziehen, durchaus seine Zustimmung besaßen, hat er sie vor gleichem Streben in Sofia stets gewarnt, weil sonst Rußland, mit der alleinigen Ausnahme Montenegros, vollständig vom Balkan verdrängt worden wäre. Das aber würde es friedlich nicht hingenommen haben, der Zusammenprall hätte sich nicht vermeiden lassen.

Die Zugehörigkeit Bulgariens zur russischen Einflußzone empfand Bismarck demnach als berechtigten Anspruch des Zaren. Gerade deshalb jedoch wollte er es nicht so stark werden lassen, daß das Gleichgewicht auf dem Balkan gestört worden wäre. Dies ist der Grund, aus dem er sich dem im November 1879 auftauchenden Gedanken widersetzte, die Frage der Nachfolgerschaft für den kinderlosen Fürsten von Rumänien dadurch zu lösen, daß dieser den Fürsten Alexander von Bulgarien adoptierte. Die Mutter des Battenbergers hatte diesen Plan in Bukarest angeregt. In Zukunft sollte also die Vereinigung beider Länder hergestellt, in ganz andrer Form als in San Stefano, aber sachlich genau so unerträglich für Österreich, ein Balkangroßstaat ins Leben gerufen werden. Nicht nur Haymerle, auch Bismarck begrüßte es daher mit Genugtuung, daß die Rumänen sich nicht darauf einließen: „*Ganz abgesehen*", ließ er dem Amt schreiben (Varzin, 17. November), „*von der politischen Seite, welche die Sache hat, glaube ich kaum, daß sachlich die durch jene Fürsten repräsentierten Stämme sich zu einer Verschmelzung eignen würden, und aus dem Gesichtspunkte der Politik der Großmächte, namentlich der deutschen und der österreichischen, erscheint es nicht nützlich, dort ein größeres, in sich aber vermöge der verschiedenen Nationalitäten sehr locker zusammenhängendes Reich in Aussicht zu nehmen. Für die ruhige Entwicklung Rumäniens würde es auch nicht förderlich sein, wenn der Fürst Karl den Fürsten von Bulgarien für die ganze Dauer seines nach natürlichen Verhältnissen noch dreißigjährigen Lebens gewissermaßen als Koadjutor cum spe succedendi neben sich hätte. Auch die Konsolidierung der neuen bulgarischen Schöpfung würde nicht gefördert durch die Aussicht, daß demnächst Bulgarien von Bukarest aus und durch Rumänien werde regiert werden. Dieser zusammengeklebte Doppelstaat würde unsicherer sein, als jetzt jeder von beiden es im einzelnen ist, und die ganze damit intendierte Schöpfung würde in russischer Richtung gravitieren.*"

Kein allzu mächtiges, aber immerhin ein gegenüber den Berliner Beschlüssen verstärktes Bulgarien war Bismarck also bereit dem Zarismus als Stützpunkt zuzugestehen — dem Zarismus, nicht dem Panslawismus. Zum Ausstrahlungsherd für diesen durfte es nicht werden. Hieran jedoch arbeiteten zweifellos die russischen Agenten, die dem jungen Fürsten beigegeben waren und in denen Bismarck Werkzeuge Miljutins erblickte. Hinter der die Rechte des Herrschers stark einengenden Verfassung, die der Statthalter Fürst Dondukow-Korsakow erlassen hatte, dieser „*unmöglichen Verfassung*", wie er sie gegen Schweinitz (25. Februar) nannte, vermutete er den Zweck, die Konsolidierung des Landes zu verhindern, um dauernd Vorwand zu Eingriffen zu finden. Die Schwierigkeit war also für ihn, die Österreicher dazu zu bewegen, sich mit dem russischen Einfluß in Sofia abzufinden, und die Russen von panslawistischen Umtrieben dort abzuhalten.

Diesem doppelten Zweck sollte seine Aktion dienen, die mit der Anregung gleichzeitig in Wien und London (8. März) begann, daß die Signatar-

mächte den bulgarischen Vorgängen erhöhte Aufmerksamkeit zuwenden möchten, um rechtzeitig zu verhindern, daß sich dort „*für ähnliche Ereignisse wie diejenigen, welche dem letzten orientalischen Krieg vorausgingen, der Zündstoff*" ansammle. Als aber Haymerle dies begierig ergriff und so zu wenden suchte, daß ein gemeinsamer Schritt der Mächte in Petersburg erfolgen solle, bog er das alsbald energisch ab[95]), weil ein solcher dort „*leicht einen komminatorischen Eindruck machen und dann von der russischen Kriegspartei ausgebeutet werden*" könnte. Nur Fürst Alexander könne sich, wenn er beim Zaren kein Gehör fände, an die Mächte wenden; hierin aber solle Reuß, dem er dies am 23. März schrieb, nicht etwa einen deutschen Vorschlag erblicken, sondern „*nur eine akademische Kundgebung meiner Ansicht als Sachverständiger in Sachen der Politik*". Als Kaiser Wilhelm nachträglich diesen Erlaß vorgelegt erhielt, wurde in ihm das alte Mißtrauen gegen Österreich wieder lebendig: „*nach Durchlesung der Anlage ist mir die Ansicht wieder aufgestoßen, daß Österreich, seit seinem Ausscheiden aus Deutschland, die dort verlorengegangene politische Stellung in Europa nach und nach wiederzugewinnen suchen will. Die Okkupation von Bosnien und der Herzegowina war dazu der Anfang; denn an eine Wiederherausgabe dieser Länder denkt Österreich ebensowenig wie England an die von Zypern. Nun scheint mir aus der vorliegenden Korrespondenz hervorzugehen, daß es ihm nicht unangenehm sein würde, den Prinzen Alexander Fiasko machen zu sehen, um seinerseits bei irgendeiner Veranlassung auch zur Okkupation dieses Ländchens zu schreiten! Nur : avis au lecteur! W. 4. April.*"

Auch auf Bismarck selbst hatte der Vorstoß Haymerles einen überaus schlechten Eindruck gemacht. Er dachte nicht daran, sich in die vorderste Reihe gegen Rußland schieben zu lassen, und hatte dies Reuß am gleichen 23. März in einem zweiten Erlaß zum Ausdruck gebracht: „*Ew. Durchlaucht haben aus meinem gleichfalls mit der heutigen Feldjägerexpedition abgegangenen Erlaß ersehen, wie österreichischerseits in der vertraulichen Besprechung über bulgarische Verhältnisse, mit der ich Ew. Durchlaucht beauftragt hatte, mehr gesucht worden ist, als meiner Absicht nach darin liegen sollte. Ich vermag nicht zu beurteilen, welchen Anteil an diesem Mißverständnis die Form der Mitteilung und das Bestreben des Freiherrn von Haymerle hat, in Fragen, die Österreich mehr interessieren als Deutschland, uns eine Initiative zuzuschieben. Unsre erste ähnliche Anregung, Italien und die Irredenta betreffend, schien fast einem gewissen Mißtrauen in die Ehrlichkeit unsrer Absichten zu begegnen. Ein ähnlicher Eindruck wäre bei Graf Andrássy nicht zu befürchten gewesen. Jedenfalls wird es nach den Erfahrungen, welche wir bisher in dieser Beziehung gemacht haben, nützlich sein, wenn Ew. Durchlaucht für ähnliche Besprechungen stets die Form der gelegentlichen und akademischen Unterhaltung wählen, die in meinen Erlassen entwickelten Gesichtspunkte mehr als eigne persönliche Auffassung wiedergeben und jede Bezugnahme auf diesseitige amtliche Anregung oder Zuschrift vermeiden. Bei unsern jetzigen Beziehungen zu Österreich ist es natürlich, daß*

ich mir auch bei den mehr Österreich wie uns berührenden Fragen ein Bild davon zu machen suche, wie wir dieselben behandeln würden, wenn wir an Österreichs Stelle wären. Für Ew. Durchlaucht Verhältnis zu Baron Haymerle ist es nützlich, unsre Meinung bei vorkommenden Unterredungen zu kennen. Nur müssen wir bei Darlegung derselben nicht mehr Eifer zeigen, als Baron Haymerle erwartet und nach seinem Sinne erklärlich findet. Der größte Teil der politischen Mitteilungen, welche Eurer Durchlaucht in letzter Zeit von hier aus über italienische, bulgarische, rumänische und andre orientalische Verhältnisse zugegangen sind, verfolgten nur den Zweck, einmal zu konstatieren, inwieweit die österreichischen Informationen und Eindrücke mit den unsrigen übereinstimmen, und dann dem Wiener Kabinett die Aussicht zu gewähren, daß es in diesen Fragen auf unsre Sympathie und Unterstützung rechnen kann, wenn es dieselben seinerseits in die Hand nehmen will. Für uns sind sie an sich fast gleichgültig. Wir wollen sozusagen nur zu verstehen geben, daß wir für Österreich zu Hause sind. Unsre Rolle den orientalischen Dingen gegenüber bleibt immer die, daß wir wohl zu folgen, aber nicht zu führen bereit sind, und auch der Schein, als wollten wir die Initiative nehmen oder Österreich unsern Rat aufdrängen, ist zu vermeiden."

Trotz allen Strebens, die Russen von der Aufrichtigkeit des deutschen Verständigungswillens zu überzeugen, hat Bismarck also seit dem Zweibund im ganzen auf dem Balkan die österreichischen Aspirationen stärker gefördert. Nicht länger jedoch durfte dies in der gleichen Weise fortgeführt werden, als die englischen Wahlen des Frühjahrs 1880 einen totalen Umschwung herbeiführten, die sich tiefgreifend auf die Gesamtlage auswirkte.

6. Der Umschwung in England

Sie brachten den Sturz der konservativen Regierung, zur größten Überraschung des Premierministers selbst, der eigenhändig durch die Parlamentsauflösung die Katastrophe herbeigeführt hatte, aber auch der kontinentalen Kabinette und Bismarcks. Die Gründe der Niederlage und die Grundzüge der neuen Situation hat Lord Beaconsfield selbst einige Monate später (16. Juni) folgendermaßen Bleichroeder dargelegt, der eine Abschrift des Briefs an Bismarck weitergab:

„There has been a great change here, but it should not have been so unexpected, as it seems to have been, both here and abroad. There never was such a combination of disastrous circumstances as my late government had to encounter: a depressed commerce, a declining revenue, combined with continued seasons of agricultural sterility. How we could carry on affairs so long as we did, seems to me remarkable and we owe that to the devotion and fidelity of the late Parliament.

I do not myself believe that the English nation has at all changed its views so far as its external affairs are concernd; only they have suffered so much and are in so distressed a condition, that they can only think of hearths and homes. I am not surprised that with their patience exhausted, they took refuge in change. I should have done so myself.

All my whishes and all my hopes now are that England should maintain peace with honor, and if the new Ministry act in that spirit I shall support them. But it is difficult to comprehend what they are after, and perhaps they hardly comprehend themselves. The Cabinet is too large, consists of too many inexperienced men; some of them mere demagogues; and their leader though highly gifted, possesses every quality except that of being a leader.

Lord Granville, the Secretary of State, is a gentleman, a statesman, but he has lost the energy of youth, and is unhappily visited with some of the infirmities of age: among them extreme deafness. So, the management of our external affairs falls much into the hands of the new Undersecretary Sir Charles Dilke, who, until he took office, was an avowed republican, and who is not only the friend, but the pupil of Gambetta, with whom he is in constant, even daily correspondence. The new French Ambassador [Challemel-Lacour] is to work with them.

Here is our danger! Dilke wants to do something frappant in foreign affairs, in order to prove that the Liberals are as patriotic and imperial as the Tories: Gambetta thinks, that if France and England would be seduced into

activity together, about Greece for example — England would get so entangled in feeling with France, that she must become and continue her ally, when the greater question arises and arrives.

This, I take it, is about the real situation of affairs, and I am uneasy, for I feel that the general peace is endangered.

I am sorry to hear that your great friend is so much troubled with his home business, as his commanding intelligence is, at this moment, required in external matters. I always remember my conversations with him at Berlin with deep interest, and feel for him, personally, sincere regard."

Mit dem Sturz des konservativen Kabinetts war für Bismarck in einem entscheidenden Faktor eine grundlegende Veränderung eingetreten. Denn die Fäden nach London waren nun wieder gerissen, von Gladstone fühlte er sich durch eine Welt getrennt, und Lord Granville würde nichts ohne dessen Einverständnis tun. Gegen Dilke schließlich hegte er das gleiche Mißtrauen wie Beaconsfield, und hierin hat sich in den nächsten Monaten noch nichts geändert: während Graf Münster sich am 16. Juli befriedigt aussprach, Dilke benehme sich sehr klug und ziehe sich vom Radikalismus so weit er könne zurück, berichtete Hohenlohe am 27. Juni dem Kaiser das Urteil Bismarcks, er finde dessen Geschäftsbehandlung auch hinsichtlich der Orientpolitik nicht geeignet, Vertrauen einzuflößen; seine Hast und sein dilettantischer Übereifer seien dazu angetan, ernste Besorgnisse zu erwecken.

Schwerer aber noch als das Fehlen jeder engeren Beziehung zu den neuen Männern wog die unleugbare Tatsache, daß von den Liberalen nicht die gleiche Energie weltpolitischen Einsatzes und ganz besonders nicht im Nahen Orient zu erwarten war und daß infolgedessen ein Abflauen des englisch-russischen Gegensatzes, der bisher als fester Punkt in das politische Kalkül hatte eingesetzt werden können, in den Bereich der Möglichkeit trat. Der wirksamste Antrieb für das Heranrücken Englands an Deutschland fiel damit fort. Das aber bedeutete, daß eine der Grundbedingungen für das Fortbestehen des alle Mächte erfassenden Bismarckschen Systems in Frage gestellt war.

Nur teilweise allerdings hatte Bismarck die Vorhersage als berechtigt anerkannt, daß die Geschehnisse in England die deutsche Politik in grundsätzlich neue Bahnen drängen müßten. Gewiß bedauerte er den Fall des Kabinetts, zu dem trotz aller beiderseitigen Zurückhaltung sich in den letzten Monaten doch bessere Beziehungen eingestellt hatten, und vor allem fürchtete er bedenkliche Rückwirkungen auf das Verhalten Rußlands. Dem Prinzen Reuß sprach er seine Überzeugung noch am 7. Mai aus, „*daß eine störende Wirkung auf dem Festland sich weniger durch die Aktion des englischen Ministeriums fühlbar machen werde als durch die Erwartungen und Illusionen, welche die Existenz einer solchen Regierung bei den panslawistischen Parteien in Rußland erwecken wird*". Dennoch hielt er an der Hoffnung fest, auf die

Dauer nicht zum Verzicht auf die bisher befolgten Prinzipien genötigt zu werden, weil die Schwerkraft der realen britischen Interessen den Sieg über jedes Parteidogma davontragen und eine sich mit ihnen in Widerspruch setzende Regierung nicht lange am Ruder bleiben werde. Entweder würde also Gladstone von den während seiner Oppositionszeit aufgestellten Richtlinien abweichen müssen, nachdem die Verantwortung bei ihm ruhte, oder binnen kurzem fallen. In diesem Gedankengang meinte der Kanzler bei seinen Schutzmaßnahmen bloß taktisch, nicht strategisch vorgehen zu brauchen.

Worin diese zu bestehen hätten, sprach gleich nach dem Bekanntwerden des liberalen Siegs ein Erlaß an die Botschaften in Petersburg und Paris vom 7. bzw. 8. April aus[96]). Er verhehlte nicht die sich aufdrängende Sorge: Der Wahlausfall sei „*gleichbedeutend mit der Wiederaufnahme der antimonarchischen Kontinentalpolitik Lord Palmerstons, mit dem Unterschiede, daß Lord Palmerston die Mittel zur Bekämpfung des Kaisers Nikolaus außerhalb der Grenzen Rußlands sich zusammensuchen, zum Teil sie aus England selbst nehmen mußte, während eine von Gladstone inspirierte revolutionäre Politik die Verbündeten gegen den Thron des Kaiser Alexander in Rußland und den stammverwandten Nebenländern bereits unter der Fahne der panslawistischen Föderation gesammelt vorfindet*". Demgegenüber müsse Deutschland suchen, sich mit Frankreich zu verständigen, und sich allem enthalten, was den russischen Einfluß auf die Türkei abschwächen könne: „*Wir sind vielmehr gern bereit, Rußland im Orient Konzessionen zu machen und waren es früher sogar noch mehr, bis zu dem Augenblicke, wo Rußland sich die Aufgabe gestellt zu haben schien, uns durch Zurückweisung unsres Entgegenkommens zum Gefühl einer uns drohenden Isolierung zu bringen. Heute müssen wir allerdings unser Augenmerk auch darauf richten, die Fühlung mit Österreich nicht zu verlieren, tatsächlich wird dadurch jedoch das Programm von 1872 für uns kaum verändert, denn nach wie vor bleibt es unsre Hauptaufgabe, den Frieden zu erhalten und zwischen den in Europa noch unerschütterten monarchischen Elementen als vermittelnder und verbindender Faktor zu wirken.*"

Mit der Möglichkeit, daß grundsätzlicher Wandel nötig werden könnte, rechnet dieser bedeutsame Erlaß offenbar: hatte das System, den gefährlichsten Gegner nicht zu Bundesgenossen kommen zu lassen, sich nach 1871 zunächst gegen Frankreich, seit 1879 gegen Rußland gewendet, so tritt uns hier das Projekt der kontinentalen Allianz gegen England für den Notfall entgegen. Aber auch nur für den Notfall, und daß Bismarck an dessen Eintreten nicht glaubte, zeigt ein zweiter wichtiger Erlaß, der am gleichen 8. April an Hohenlohe abging: „*Die Wandlungen der inneren englischen Politik berühren uns wenig, dagegen bleibt die entente cordiale der beiden Westmächte für uns erwünscht, weil es nicht fehlen kann, daß in dieser Genossenschaft Englands beruhigende Einwirkung sich im Sinne einer Verminderung etwaiger Kriegs-*

gefahren geltend macht. In der Überzeugung, daß die Neigung Englands für die Erhaltung des europäischen Friedens sich mutmaßlich steigert, wenn es befürchten kann in den Krieg eines Alliierten mit hineingezogen zu werden, habe ich, wie Eurer Durchlaucht bekannt, dem englisch-französischen Zusammengehen schon während der letzten Jahre Vorschub geleistet. Außerdem aber widerspricht es unserem Interesse nicht, wenn die durch Gladstone — sei es im Kabinett, sei es außerhalb desselben — beeinflußte englische Politik bemüht ist, in Frankreich die bestehenden republikanischen Institutionen zu stützen.

Mit Rücksicht auf das französische Mißtrauen, welches in jedem Vorteil Deutschlands einen Nachteil Frankreichs erblickt, dürfte es sich empfehlen, das letztere Argument den französischen Republikanern zu überlassen; im übrigen aber wollen Euer Durchlaucht sich bei jeder geeigneten Gelegenheit wohlwollend für die englisch-französische entente aussprechen."

Auch jetzt also, im Augenblick des großen Umschwunges in England, war Bismarck an seiner Überzeugung nicht irre geworden, daß das englisch-französische Zusammengehen dem deutschen Bedürfnis nicht widersprach, im Gegenteil war das neue Argument hinzugetreten, daß die Verbindung mit Gladstone den französischen Republikanismus stärken und der gefürchteten Restauration entgegenwirken werde. Allerdings schien es unter den neuen Verhältnissen, die immerhin die Möglichkeit völliger Abwendung Englands in sich trugen, geboten, im Verhältnis zu dieser Entente noch mehr als bisher das Gewicht der für den Frieden wirkenden Kräfte auf der französischen Seite zu erhöhen. Die nächsten Wochen sind daher gekennzeichnet durch ganz besondereFreundlichkeiten Deutschlands für Frankreich.

Als für den zur vertretungsweisen Leitung der Wilhelmstraße berufenen Hohenlohe Radowitz die Pariser Botschaft übernahm, wurde er (23. April) beauftragt, mit Genugtuung die zahlreichen Punkte hervorzuheben, in denen der deutsche und der französische Standpunkt übereinstimmten: „*Wir vertrauen, daß jenes Einvernehmen auch ferner fortdauern und gute Früchte tragen werde.*" Freycinet nahm dies zwar mit höflichstem Entgegenkommen auf und erklärte seinerseits, er werde „*nicht aufhören, in derselben Weise wie bisher, d. h. mit vollkommener Offenheit, sich über alle Fragen der auswärtigen Politik mit dem deutschen Kabinett in Fühlung und Übereinstimmung zu halten*"[97]), dennoch charakterisierte Radowitz (10. Mai) die Gesamtstimmung der Pariser politischen Kreise dahin, daß voller Freude als Folge der englischen Wahl die Unmöglichkeit weiteren Zusammengehens Englands mit dem Zweibund festgestellt werde; die Revancheanhänger wollten sogar bereits die Brücke zwischen den Mittelmächten und Rußland als abgebrochen ansehen und träumten von englisch-französisch-russischer Koalition. Um so wichtiger war es, daß ihr Haupt Gambetta erneut seine Bereitschaft erkennen ließ, mit Deutschland „*im Orient oder sonstwo Geschäfte zu machen*"[98]), und hierzu war Bismarck seit dem Umschwung in England mehr als je bereit.

Sein Wohlwollen für außereuropäische Unternehmungen Frankreichs hat er praktisch betätigt durch die Befehle an den Vertreter in Marokko, dem Trans-Sahara-Bahnprojekt keine Schwierigkeiten zu bereiten[90]), sowie an den Madrider Gesandten, auf der dortigen Marokkokonferenz tunlichst im Einvernehmen mit seinem französischen Kollegen zu bleiben[100]). Als eine algerische Zeitung meldete, Deutschland habe selbst Absichten auf Marokko, wurde Radowitz (29. Mai) angewiesen, dies „*als erheiterndes Thema*" gelegentlich in Privatunterhaltungen einzuflechten. Und daß der Reichskanzler all dies Werben um Frankreich nicht als ergebnislos betrachtete, dafür ist ein Symptom seine Stellungnahme, als Kaiser Wilhelm dem Plan eines rein privaten Besuchs der Kronprinzessin in Paris widersprach (5. Mai) mit der Begründung: „*Des Kronprinzen Stellung im Kriege und die der Kronprinzessin als erste Prinzessin des siegreich gewesenen Staats zur Republik läßt mir diesen Besuch in Paris unmöglich erscheinen und sieht wie ein Kokettieren mit dort aus.*" Bismarck jedoch erklärte die Inkognitoreise für politisch unbedenklich: „*Wenn sie einen politischen Eindruck überhaupt macht, würde sie diesen im Sinne friedlicher Stimmungen und Absichten machen, das Vertrauen zum Frieden also stärken. Auch feindliche Roheiten, denen der Prinz wohl dort ausgesetzt sein könnte, hat die Frau Prinzessin schwerlich zu fürchten.*" „*Wenngleich nicht gänzlich ohne Besorgnis*", stimmte der Kaiser daraufhin zu.

Daß auch französischerseits die Linie besserer Verständigung nicht preisgegeben wurde, äußerte sich nicht nur darin, daß in diesen Wochen bei Einweihungen von Kriegerdenkmälern, wobei sonst so häufig bittere und verletzende Worte fielen, zur Freude von Radowitz (17. Mai) nichts Derartiges, kein verblümter Hinweis auf künftige Vergeltung sich ereignete. Selbst der deutschenfresserische „Rappel", das Blatt Victor Hugos und Rocheforts, billigte ausdrücklich die Vorsicht Freycinets, allerdings ausschließlich aus dem innerpolitischen Grunde: „Supposez un général nous rapportant dans une main l'Alsace et dans l'autre la Lorraine et dites-moi, combien de temps ce général restera différent d'un empereur"[101]). Im ganzen stellte sich der amtliche Verkehr beider Länder in so günstiger Form dar, daß Bismarck am 24. Mai Hatzfeld beauftragen ließ, den neu ernannten französischen Botschafter in Konstantinopel, Tissot, zu unterstützen „*als den Vertreter einer befreundeten Macht, zwischen welcher und uns, abgesehen von der Rheingegend, unvereinbare Interessen kaum auftauchen könnten*".

Aus alledem ergibt sich, daß der Kabinettswechsel in London für Bismarck tatsächlich kein unmittelbarer Anlaß gewesen ist, sein Verhalten gegen die beiden Westmächte abzuändern. Aber er war darauf gefaßt, daß von jeder von ihnen und nunmehr insonderheit von England, ohne sein Zutun Anstöße erfolgen könnten, die ihn eben doch vor neue Sachlage stellen würden. Und zwar nicht nur in außenpolitischer Hinsicht: „*Nachdem das englische Ministerium sich veranlaßt gesehen hat, äußerste radikale Elemente wie Sir Charles*

Dilke und Chamberlain sich beizufügen, sind die dortigen Zustände so wenig berechenbar wie die französischen", äußerte er, auch hier Beaconsfields Sorge teilend, zu Hohenlohe (30. April).

Um so zwingender erschien ihm die Notwendigkeit, wie ja schon sein Erlaß vom 7. April an Schweinitz vorgesehen hatte, nicht nur Frankreich zu umwerben, sondern erst recht den jede wirkliche Gefahr bannenden Weg zu beschreiten, indem er sich Rußland versicherte. Mit ganz anderer Intensität als bisher wandte er sich daher von nun an den Verhandlungen über den neuen Dreikaiservertrag zu.

7. Erneute Vermittlung zwischen Rußland und Österreich

Hatte Fürst Bismarck bisher die Russen an sich herankommen lassen, so spürte jetzt auch Saint-Vallier, der bisher mit solcher Energie jede Absicht des Kanzlers, das Dreikaiserbündnis zu erneuern, geleugnet hatte, das Wehen eines anderen Windes, und diesmal sah er vollkommen richtig: Die Absicht sei nicht eigentliche Hereinnahme Rußlands in den Zweibund, aber der Gewinn des Zaren für die Stellung eines Freundes zweiten Grades. Jetzt gingen also dem Botschafter die Augen auf für den Ernst, mit dem Bismarck um den Ausgleich zwischen Rußland und Österreich rang.

Ihn herbeizuführen, bot Gladstones Wahlsieg sowohl Anstoß als auch wirksame Handhabe. Denn hatten die Österreicher bisher sich in ihrem unüberwindlichen Mißtrauen gegen Rußland bestärken lassen durch die Hoffnung auf Rückhalt an England, so war die Aussicht hierauf sehr viel schlechter seit den leidenschaftlichen Angriffen, zu denen sich Gladstone gegen den Habsburgerstaat im Wahlkampf hatte hinreißen lassen. Zwar hatte er sich nach dem Amtsantritt zu förmlicher Entschuldigung verstehen müssen, aber das änderte nichts an der Tatsache, daß Österreich von ihm wenig Gutes zu erwarten hatte. Automatisch erhöhte sich damit das Bedürfnis des Wiener Kabinetts, nicht in Zwist mit Rußland zu geraten, infolgedessen aber auch seine Zugänglichkeit für Bismarcks Vermittlungsversuche, zu denen es sich bis jetzt so ablehnend gestellt hatte, obwohl in seinem Urteil über die russische Politik keineswegs ein Wandel eintrat.

Erleichternd kam hinzu, daß in Wien die gleiche Besorgnis wie in Berlin wegen der radikalen Tendenz des britischen Kabinetts und vor allem auch wegen der möglichen Rückwirkung auf Rußland bestand. Die letztere besonders ließ Bismarck eindringlich ausmalen, um Haymerle zu größerer Rücksichtnahme auf die Gefühle des Zaren zu veranlassen. Welche Art des Vorgehens Österreichs ihm vorschwebte, dafür ist aufschlußreich sein Erlaß an Reuß vom 23. April. Ganz offen legte er seine uns bereits bekannte Überzeugung dar, daß „*die Tendenzen einzelner Persönlichkeiten*" sich nicht gegen die Schwerkraft der britischen Interessen durchsetzen würden; die Nation glaube „*an das Bedürfnis, von Indien eine gefährliche Nachbarschaft fern und die Verbindung dahin offen und sicher zu erhalten. Daß die sichre Befriedigung desselben von den Beziehungen zwischen Rußland und Frankreich abhängt, wird englischen Staatsmännern jeder Farbe einleuchtend sein . . . Ägypten kann von*

Rußland ohne Schädigung seiner eigenen Interessen an England preisgegeben werden, von Frankreich nicht. In Kleinasien und Mesopotamien könnte Frankreich den Engländern freie Hand lassen, Rußland nicht. Eine Verständigung zwischen Rußland und Frankreich, auf anderswo gesuchten Vorteilen beruhend, eine Identifizierung ihres beiderseitigen Gewichts wäre für England eine außerordentliche Gefahr . . . England bedarf einer starken und friedlichen Kontinentalmacht neben Rußland und Frankreich . . . Vor 1866 fand England eine solche Macht in Österreich und machte deshalb uns Opposition. Nach 1866 glaubte man von dem Norddeutschen Bund den gewünschten Nutzen zu haben. England wird denselben nicht voller und sichrer haben können, als wenn Österreich und Deutschland in gemeinsamen Friedensbestrebungen vereinigt sind . . . Durch alles dies ist freilich nicht ausgeschlossen, daß in der Wahl der Wege und in der Energie, mit welcher dieselben verfolgt werden, zwischen verschiedenen englischen Ministerien große Unterschiede bestehen können", und zumal da Gladstone „*neuen Experimenten mit dem sogenannten Nationalitätsprinzip mit Teilnahme zusehen würde*", sei verdoppelte Wachsamkeit gewiß indiziert.

War hiermit eine höchst energische Warnung ausgesprochen, die Fäden nach London, trotz Gladstone und bei aller gebotenen Vorsicht, nicht abreißen zu lassen, so schloß der Erlaß mit um so eindringlicherem Hinweis auf die Notwendigkeit, auch Rußland nicht vor den Kopf zu stoßen. Dafür sei aber Voraussetzung, den Zaren als „*Kristallisationspunkt der friedliebenden Elemente in Rußland freundlich zu behandeln*".

Dieser Erlaß beweist, daß in Bismarcks Sinn sich auch hinsichtlich der Stellung Österreichs innerhalb der Gesamtheit der Mächte nichts geändert hat: Die angestrebte Wiederherstellung des Dreikaiservertrags dachte er sich nicht etwa als Option Österreichs für Rußland gegen England; wie bisher vielmehr sollte das Habsburgerreich sich die Möglichkeit wahren, nötigenfalls bei letzterem Schutz gegen das erstere zu finden. Gleichzeitig aber sollte die Wahrscheinlichkeit dieses Notfalls durch die vertragliche Festlegung zu dritt herabgemindert werden. Noch allerdings war ja nur vorsichtig von schonender Behandlung des Zaren, nicht von neuem Vertrag die Rede. Aber gleich darauf sah sich Bismarck veranlaßt, seine wirklichen Absichten klarer hervortreten zu lassen.

Denn am Tage nach dem Abgang des Erlasses (24. April) erschien Saburow in der Wilhelmstraße bei Hohenlohe mit dem offiziellen Vorschlag, die grundsätzliche Einigkeit der drei Kaisermächte in den Balkanfragen jetzt herbeizuführen, und es war ein gewichtiges Druckmittel, wenn er damit den Hinweis verband, daß sonst Kaiser Alexander, da Gladstone sich wahrscheinlich der Christen im Orient stärker annehmen, d. h. antitürkische Politik betreiben werde, „*in die Versuchung gebracht werden könnte, sich lieber mit England als Deutschland und Österreich zu einigen*"[102]). Angesichts dieser Drohung war es Bismarck sehr erwünscht, darauf hinweisen zu können, daß

er den vorbereitenden Schritt in Wien bereits von sich aus getan hatte. Er entschloß sich jetzt, die abwartende Taktik preiszugeben und beschleunigteres Tempo anzuschlagen.

Am 27. wurde Reuß von der russischen Demarche benachrichtigt, mit dem Zusatz, es sei sachlich nötig, an Rußland heranzukommen. Am 28. erfolgte der Auftrag an Schweinitz, Giers die Erklärung abzugeben, Deutschland sei gern bereit, dem Wunsch der russischen Regierung zu entsprechen und ihre Annäherung an Österreich zu erleichtern; das Gespräch über die Detailfragen eines möglichen Einverständnisses, das bisher nur zwischen Berlin und Petersburg geführt worden war, solle auch mit Wien in Gang gebracht werden. Genau also das nahm Bismarck in Angriff, was zu unterlassen ihn Haymerle im Winter ausdrücklich gebeten hatte.

Sein rasches Eingehen auf Saburows Anregung erwies sich als um so nützlicher, da dieser bereits am 29. eine vom 24. datierte formelle Note von Giers überreichte, in der zunächst wegen Montenegro und Ostrumelien vorgeschlagen wurde „*d'établir dès à présent une entente entre les trois Cours Impériales, afin de ne pas être pris au dépourvu par les évènements et d'y faire face par une attitude combinée qui deviendrait le centre d'une entente générale*". Rußland sei bereit zu identischer Instruktion nach Konstantinopel mit Deutschland und Österreich. Offenbar hatte Giers Eile, damit die Forderungen der Balkanchristen durch russische, nicht durch englische Initiative erfüllt würden.

So starkem russischen Drängen nachzugeben wurde Bismarck auch dadurch nicht leichter, daß in diesen Tagen — sicher kein Zufall — Gortschakow endlich aus dem aktiven Dienst ausschied und die tatsächliche, wenn vorläufig auch nicht die formelle Leitung der Geschäfte an Giers überging. Das stärkte gewaltig sein Zutrauen zu der Ehrlichkeit des russischen Verständigungswillens, und so nahm er nun wirklich die Vermittlertätigkeit auf, die er seit dem Frühjahr 1879 preisgegeben hatte. Dies Wiedereinbiegen auf die alte Linie der siebziger Jahre ist ein Augenblick von hoher grundsätzlicher Wichtigkeit.

Es offenbarte sich in der Instruktion an Hatzfeldt, sich allem anzuschließen, worauf Rußland und Österreich sich einigten, und seinerseits auf diese Einigung hinzuwirken, was ja früher ihm ausdrücklich ebenso wie allen Vertretern im Orient untersagt worden war. Würde es aber gelingen, die Wiener umzustimmen und die dortigen Widerstände zu überwinden? Hier lag die eigentliche Schwierigkeit, und sie nahm Bismarck entsprechend seiner Zusage an die Russen alsbald in Angriff.

Im Erlaß an Reuß vom 2. Mai erkannte er die Besorgnisse von Giers wegen der Haltung der Türkei als gerechtfertigt an; dessen Wunsch nach engerer Fühlung mit den Mittelmächten dürfe nicht zurückgewiesen werden. Offenbar um Haymerle zu erschrecken und aus seiner übergroßen Zurück-

haltung aufzurütteln, fügte er, einen bereits am 27. hingeworfenen Gedanken verstärkend, hinzu, wenn der Sultan noch weiter die Durchführung des Berliner Vertrags verhindere, „*wird es vielleicht nicht überraschen dürfen, wenn man in Rußland zu jener Auffassung zurückkehrt, wonach dieser Vertrag aufhört für Rußland verbindlich zu sein und die Abmachungen von San Stefano wieder in Kraft treten . . . Nach unsrer Ansicht würde der geeignetste Weg, zu einer praktischen Verständigung zu gelangen, der sein, daß die drei Mächte über die einzelnen im Orient auftauchenden Fragen in Gedankenaustausch träten und sich über die ihren Vertretern in Konstantinopel zu erteilenden Instruktionen von Fall zu Fall einigten.*" Äußerste Vorsicht hielt Bismarck also angesichts der in Wien herrschenden Stimmung für geboten: vorläufig wagte er es nicht, sich zu seinem eigentlichen Ziel des Dreiervertrags offen zu bekennen, sondern regte nur Verständigung von Fall zu Fall an.

Wie nötig diese Vorsicht auch wirklich war, zeigt die Art von Haymerles Reaktion. Schon der Erlaß vom 23. mit der ersten Andeutung des Wechsels in der Bismarckschen Taktik hatte bei dem Minister überaus geringe Freude ausgelöst. Nur insofern stimmte er zu, als auch er „*die größte Gefahr des englischen Kabinettswechsels in dem leidenschaftlichen und urteilslosen russischen Chauvinismus*" sah und infolgedessen die Notwendigkeit bejahte, Kaiser Alexander freundlich zu behandeln. Aber er möchte, fügte er einschränkend hinzu, „*doch auch einmal praktische Folgen von dessen friedlicher Gesinnung sehen*"[103]). Das bedeutete, daß er den ersten Schritt weiteren Entgegenkommens den Russen zuschob; und daß er seine wahren Gefühle hierbei nur sehr vorsichtig angedeutet hatte, bewies die Erzählung des österreichischen Botschafters in Konstantinopel an Hatzfeldt, Bismarcks Rat, die russischen Annäherungen nicht abzuweisen, habe wahre Bestürzung in Wien hervorgerufen[104]). Das einzige, wozu die Österreicher sich praktisch bewegen ließen, war tatsächlich die freundlichere Behandlung des Zaren ganz persönlich: auf Bismarcks Bitte entsandten sie ebenso wie Deutschland eine besondere Militärmission zum Geburtstag Alexanders. Weiter jedoch wollte Haymerle nicht gehen. Denn er erkannte Bismarcks eigentliches Ziel des Abkommens zu dritt und setzte dem den Einwand entgegen, er könne „*sich noch nicht die Formel denken, welche einer solchen Abmachung von unberechenbarer Tragweite die Gefahren nehmen könnte, die sich in ihrem Schoße befänden*". Im Augenblick sei man in der glücklichen Lage, kitzlige Fragen nicht diskutieren zu brauchen; durch die Verhandlungen würden sie aber heraufbeschworen, und damit könnten „*solche Verständigungsversuche viel eher zur Entzweiung führen als zur Erhaltung des Friedens dienen*". Er berief sich auf die geringe Geneigtheit, die Kaiser Franz Joseph, die Ungarn und die Deutschösterreicher — die Polen verschwieg er wohlweislich — dem Wiederaufleben des Dreikaiserbündnisses entgegenbrächten und bekannte sich dazu, daß „*die beste Garantie für ein gutes Einvernehmen mit Rußland immer darin liege, dieser Macht gegen-*

über nicht gebunden zu sein". Die Zustände auf dem Balkan würden sich nicht bessern, wenn die Mächte sich in alles mischten, „*und daß Rußland dies bezwecke, das sei zu fürchten*" ; die Folge würde daher „*materielle Intervention*" mit allen ihren Gefahren sein[105]).

Während Bismarck also die Politik rechtzeitigen Vorbeugens predigte, stellte Haymerle sich auf den Standpunkt, schlafende Hunde liegen zu lassen. Nur in einem Punkte zeigte er sich bereit, aus seiner mißtrauischen Passivität herauszutreten: die ostrumelische Frage hielt auch er für so brennend, daß eine Verständigung mit Rußland in ihr dringend zu wünschen sei. Damit bot er wenigstens die Möglichkeit, auf dem Verhandlungsweg fortzuschreiten, so daß Hohenlohe dem Kaiser die Demarche in Wien als „*doch nicht ganz ohne Erfolg*" geblieben bezeichnen konnte (10. Mai)[106]). Auch Bismarck gab der Hoffnung Ausdruck, daß Österreichs Mißtrauen sich allmählich mildern werde, und wies Reuß an (7. Mai), zu diesem Zwecke immer wieder auf die Gemeinsamkeit der monarchischen Interessen hinzuweisen: „*gegen die Gefahren, welche die Monarchie bedrohen, treten meines Erachtens die orientalischen Dinge in den Hintergrund*". Außerdem aber ließ er Haymerle beruhigen (18. Mai), keinesfalls beabsichtige er, Rußland in den Zweibund hineinzuziehen, und auch ein bis in alle Details ausgearbeiteter Balkanvertrag, den Haymerle für unmöglich erklärt hatte, schwebe ihm nicht vor: „*ein solches Abkommen halte ich auch nicht für erreichbar, weder sachlich noch sprachlich. Die Entwicklung der Tatsachen würde durch dasselbe niemals gedeckt sein. Weder wir noch Österreich können die Zukunft des Orients in einer für Rußland mundrechten Gestalt vorausbestimmen, wohl aber würden wir durch eine geschickte Behandlung Rußlands die Durchführung panslawistischer Pläne zu hindern oder doch hinauszuschieben imstande sein . . . Es liegt nicht im Interesse Österreichs und Deutschlands, daß Rußland isoliert seinen Weg suche.*"

In der Tat war ja das Projekt, das Saburow ihm am 6. Februar unterbreitet und das grundsätzlich seine Zustimmung gefunden hatte, etwas ganz anderes: es enthielt die Verpflichtung zu wohlwollender Neutralität im Falle des Angriffs von seiten einer fremden Macht und zu gemeinsamem Vorgehen, falls eine territoriale Änderung des türkischen Besitzstandes sich als notwendig erweise; von den Spezialfragen des Balkans waren erwähnt nur die Garantie der Okkupation von Bosnien und der Herzegowina sowie die Schließung der Meerengen. Ein über den Berliner Vertrag hinausgehendes, umfassendes Orientabkommen war also nicht in Aussicht genommen, diese Besorgnis der Österreicher durfte Bismarck mit bestem Gewissen für gegenstandslos erklären. Auch sie wies er wie Kaiser Wilhelm und den Zaren beruhigend hin auf das Vorbild des Deutschen Bundes und auf das Beispiel Metternichs, „*der Rußland ebensowenig getraut, aber mit ihm stets gute und formell liebenswürdige Beziehungen unterhalten*" habe. Wieder empfahl er den Weg, durch Verständigung von Fall zu Fall das beiderseitige Mißtrauen ab-

zuschwächen, und versicherte zum Schluß nochmals, kein „*Abkommen in Absicht auf die Zukunft des Orients mit Rußland zu dreien*" zu wollen. „*Ein solches Abkommen könnte kaum mehr der defensiven Tendenz angehören, welche unsre gemeinsame Politik beherrscht, denn ich wüßte nicht, wessen Angriff Rußland zu befürchten hätte.*"

Zeigte Bismarck insoweit Verständnis für die österreichischen Bedenken, so nützte er zugleich den Ansatzpunkt aus, der ihm hinsichtlich Bulgariens geboten worden war, um den Boden für allgemeineren russisch-österreichischen Interessenausgleich zu bereiten. „*Ein geeinigtes Großbulgarien*", ließ er Haymerle durch Reuß sagen (25. Mai), „*wird vielleicht weniger nach Rußland hingravitieren, als dies jetzt jedes der bulgarischen Länder tut. Die stärkere Mischung verschiedener Bevölkerungselemente, die größere Ausdehnung nach der See hin und die durch die Konfiguration seiner Grenzen gegebene breitere Berührung mit dem Auslande würde ein großbulgarisches Staatswesen mehr auf die europäischen Beziehungen hinweisen, während das kleine und unbefriedigte cisbalkanische Fürstentum, ähnlich wie Montenegro, stets ein lockendes Versuchsfeld für panslawistische Agitationen bleiben wird.*" Indessen solle Reuß jeden Anschein vermeiden, als ob wir Österreich „*Rat aufdrängen oder seine Politik auf Wege lenken wollten, die es nicht aus eigenem Interesse allein wählt*". Wieder ist die Behutsamkeit und Schonung der Wiener Empfindlichkeit unverkennbar, die Bismarck sich zur Pflicht machte.

Der Eindruck aber seiner Argumentation war gering. Haymerle antwortete[107]), das vereinigte Bulgarien würde nach weiterem Gebietszuwachs bis zu dem in San Stefano vorgesehenen Maße streben; deshalb sei es besser, die in Berlin angelegten Fesseln nicht zu lockern. Wenn allerdings Bulgarien auf solche Aspirationen verzichte, ließe sich darüber reden. Ein Hoffnungsschimmer blieb also, zerrissen waren die Fäden nicht, und allmählich erwies sich auch, daß der starke Hinweis auf die Notwendigkeit des Zusammenstehens der großen Monarchien nicht ohne Wirkung geblieben war. Reuß konnte berichten (21. Mai), die Österreicher „*verlangten nichts Besseres als die konservativen Regungen in Rußland zu unterstützen*". Auch diesmal jedoch blieb der Zusatz nicht aus: „*nur wäre es zu wünschen, daß diese Regungen sich auch nach außen hin etwas deutlicher zeigten*", ebenso wie Haymerles Ausruf, wie solle man Vertrauen haben zu einer Regierung, „*in welcher ein schwacher Mann wie Giers zwar die Feder führe, ein großer Revolutionär wie Miljutin aber hervorragendenden Einfluß ausübe*", bewies, daß so schnell kein Wandel in Österreichs Haltung zu erwarten sei.

Noch einmal zwar suchte Bismarck die Bedenken zu entkräften (28. Mai): „*man dürfe von Rußland nicht mehr Konservatismus verlangen, als es leisten könne, que la plus belle femme ne peut donner que ce qu'elle a. Das Maß des Vorhandenen sei gering, aber den Kaiser zu pflegen scheine unerläßlich, um die entgegengesetzte Richtung, gegen deren Gefahren wir auf der Hut wären und bleiben*

müßten, allmählich abzuschwächen." Aber angesichts des verhärteten Standpunkts der Österreicher wird es Bismarck nicht unerwünscht gewesen sein, daß die ganze Angelegenheit vorläufig, ehe also noch irgendein positiver Fortschritt erzielt war, ins Stocken geriet, weil unmittelbare Sorgen die volle Aufmerksamkeit aller Kabinette in Anspruch nahmen. Die Frage, ob die Balkanprobleme durch kollektives Vorgehen sämtlicher Großmächte gelöst werden sollten und könnten, trat in den Vordergrund und nötigte, alle Sonderprojekte im Augenblick zurückzustellen.

8. Das europäische Konzert in der griechischen und montenegrinischen Frage

Neu aufgerollt wurde diese Frage durch England. Die Türkenfeindlichkeit des Kabinetts Gladstone äußerte sich in dem Verlangen (2. Mai) nach gemeinsamer Pression aller Mächte auf den Sultan zur endlichen Durchführung des Berliner Vertrags. Sachlich wurde also das gleiche gefordert, was Bismarck grundsätzlich als sein Ziel bezeichnet, was Rußland hinsichtlich Montenegros verlangt und was Lord Salisbury hinsichtlich Griechenlands verhindert hatte. Um aber nicht von England an Wohlwollen für die Balkanchristen übertrumpft zu werden, forderten die Russen nun ihrerseits, daß der Kollektivschritt die Drohung enthalten solle, falls der Sultan nicht endlich den Vertrag ausführe, würden sich die Mächte über „*wirkliche Maßnahmen*" verständigen. Dies wiederum ging den Engländern zu weit, da Lord Granville besorgte, es könne sich daraus schließlich bewaffnete Intervention ergeben, wozu weder das Kabinett noch das Parlament Neigung besaßen. Jedenfalls stimmten England und Rußland im Verlangen nach verstärktem Druck überein, so daß Bismarck, wenn er nicht seinem alten Prinzip, keine eigne Initiative in diesen Fragen zu ergreifen, untreu werden wollte, sich anschließen mußte. Und daß er nicht gewillt war, aus seiner Zurückhaltung hervorzutreten, beweist sein lakonischer Vermerk zu Hohenlohes Aufzeichnung (5. Mai): Saburow hatte erklärt, daß Kaiser Alexander nervös werde, und daß es deshalb nötig sei, ein Mann von der Erfahrung des deutschen Reichskanzlers zeige den übrigen Mächten den Weg; hierüber urteilte Hohenlohe: „*es scheint, daß man in Petersburg nicht weiß, was man tun soll*", und Bismarck schrieb nur an den Rand: „*ich auch nicht*".

Mitgewirkt für den englischen Vorstoß hat offenbar auch die Sorge, daß die Türkei allzusehr dem deutschen Einfluß verfallen könnte, wenn es nicht gelinge, die eigne Hand wieder stärker ins Spiel zu bringen. Denn gerade in diesen Tagen wurde das zur Wirklichkeit, wovon schon längere Zeit gemunkelt worden war, die Bitte des Sultans um Entsendung deutscher Beamten und Offiziere[108]).

Daß Abdul Hamid gehofft hat, auf diese Weise die Hilfe der Präsidialmacht des Kongresses zu finden, um sich schließlich doch eines Teiles seiner Verpflichtungen zu entledigen, ist anzunehmen. Aber Bismarck war nicht

gewillt, so weitgehende politische Konsequenzen zu ziehen, die ihn von seiner Linie abgedrängt hätten. Der Bitte an sich stand er nicht unsympathisch gegenüber: „*lehrreich für die Beteiligten und gibt uns Einfluß und Berichterstattung*", war sein Urteil, und deshalb befürwortete er sie beim Kaiser (1. Juni), obwohl er das tiefe Mißtrauen der andern Mächte gegen den Plan kannte. Aber als diese — mit der einzigen Ausnahme Österreichs, dem Bismarck erklärt hatte, er werde nur mit seiner Einwilligung dem Ansinnen entsprechen, obwohl er der Ansicht nicht beipflichte, daß die reformierte türkische Armee eine Gefahr für die Donaumonarchie sei[109]) — ihr Unbehagen doch noch stärker erkennen ließen, als der Fürst erwartet hatte, zögerte er die Angelegenheit bis nach Abschluß der gleich zu besprechenden Konferenz über die griechische Frage hinaus. Erst dann gab er die Erlaubnis, aber auch jetzt nur für wenige Zivilbeamte; Offiziere wurden erst im April 1882, also nach beinah zwei Jahren, als die Grenzstreitigkeiten längst bereinigt waren, entsendet. Und zugleich mit der Auswahl des ersten Beamten für Konstantinopel ließ er den Kabinetten eine beruhigende, den Sinn seiner Orientpolitik zutreffend umreißende Versicherung abgeben: „*Die Stellung der Kaiserlichen Regierung zu diesen türkischen Wünschen ist eine von jeder politischen Erwägung und von der momentanen Konstellation der Politik durchaus unabhängige und wird uns niemals verhindern, uns allen den Maßregeln der übrigen Konzertmächte anzuschließen, welche als Konsequenzen des Berliner Vertrages und der Konferenzen von seiten dieser Mächte als notwendig und erforderlich anerkannt werden. Wenn die Pforte sich überzeugt, daß, nachdem sie den Abmachungen des Kongresses und ihren Konsequenzen entsprochen haben wird, wir oder andre europäische Mächte ihren finanziellen und militärischen Einrichtungen nicht nur keine Hindernisse bereiten, sondern dieselben fördern werden, so kann diese Wahrnehmung nur dazu beitragen, sie der Erfüllung der jetzigen europäischen Wünsche geneigter zu machen und auch ihrerseits ein Verhältnis anzustreben, in welchem sie darauf rechnen darf, daß die europäischen Mächte sie in der Erhaltung dessen, was ihr bleiben wird, unterstützen werden. Unsrer Überzeugung nach entspricht es der europäischen Politik, der Pforte zur Konsolidierung des Besitzes, der ihr schließlich verbleiben wird, behülflich zu sein, sobald sie die Gedanken des Kongresses ausgeführt haben wird*"[110]).

Jedoch selbst der Eintritt eines einzigen preußischen Regierungsrats in den türkischen Dienst genügte, um alsbald in der französischen Presse den Vorwurf hervorzurufen, Deutschland stärke die Türkei, während Europa sie zur Nachgiebigkeit zu bewegen suche; es falle also dem Konzert in den Rücken. So konnte Bismarck für die Erfolglosigkeit der kollektiven Bemühungen verantwortlich gemacht werden. Der Vorfall beleuchtete hell, welches Maß von Vorsicht in allen diesen Fragen geboten war.

Das unmittelbare Objekt der erneuten kollektiven Bemühungen waren wieder die Gebietsabtretungen an Griechenland und Montenegro. In beiden

Fällen wurden albanische Bevölkerungsteile betroffen, und sie lehnten es ab, sich der Oberhoheit anderer christlicher Stämme zu unterstellen. Das Schlagwort der Freiheit für die Balkannationen, unter dessen Zeichen das Werk von Berlin gestanden hatte, wirkte auch hier als mächtiger Antrieb für die Hoffnungen, die erst so viel später in der zeitweiligen Begründung des selbständigen Albanien zum Erfolg gelangt sind. Solange dies Ideal nicht zu verwirklichen war, zogen die Albanesen das Verbleiben im türkischen Reich vor, weil bei dessen Schwäche sie eher hoffen konnten das Endziel zu erreichen, als wenn sie zwischen mehreren der jungen Staaten aufgeteilt worden wären. Bei ihrem kriegerischen Charakter nahm ihr Widerstand gegen Griechen und Montenegriner derartige Formen an, daß die Pforte sich mit Recht darauf berufen konnte, nur mit Waffengewalt sei er zu brechen, und hierzu erklärte sie sich selbst außerstande. Ihr schlechter Wille, dem Vertrag zu anderem als bloß papierenem Charakter zu verhelfen, fand hier einen schwer widerleglichen Vorwand. Es kam hinzu, daß der albanesische Einfluß in Konstantinopel sehr stark war und daher Abdul Hamid, wenn er diese mächtigen Kreise verletzte, unmittelbar Sorge für Thron und Leben haben mußte. So ist es zu erklären, daß er die Abtretungen an Montenegro nicht durchführte, obwohl er sich in einer Konvention vom 18. April noch einmal dazu verpflichtet hatte, und daß auch über das Ausmaß dessen, was an Griechenland fallen sollte, keine Einigung zustande kam.

Wir sahen schon, wie peinliche Zurückhaltung sich Bismarck seit dem Wiederaufrollen der Frage kollektiven Eingreifens zur Pflicht gemacht hat, während andrerseits England mit der Entsendung Goschens nach Konstantinopel sich immer schärfer in den Vordergrund stellte. Daß es dem Fürsten wie immer nur auf die möglichen Rückwirkungen auf die gesamteuropäischen Verhältnisse und nicht auf die Art der Einzelreglung ankam, sei statt vieler Zeugnisse durch zwei ausschließlich für den inneren Dienstgebrauch bestimmte, also ungeschminkte, belegt: „*Wir können noch besser wie alle dazu schweigen. Die Notwendigkeit, daß überhaupt etwas geschieht, liegt für uns nicht vor*“[111]). Und „*wir müssen meines Erachtens alles mitmachen, worüber die anderen Mächte einig sind, selbst wenn wir es für unsinnig halten, damit es nachher nicht heißt, wir wären schuld, wenn die Sache nicht zustande kommt oder die Demarche erfolglos bleibt*“[112]). Zu dem gleichen Prinzip hat er sich auch bekannt in einem Überblick über die außenpolitische Lage, den er durch Hohenlohe am 31. August dem König von Bayern erstatten ließ: „*Sowohl in der montenegrinischen Frage wie in der der griechischen Grenzregulierung ist es das stete Bemühen des Reichskanzlers gewesen, die Einigkeit unter den Mächten zu erhalten, da er von der Überzeugung geleitet wird, daß nur dann der Friede unter den Mächten erhalten werden kann, wenn sich dieselben in den Angelegenheiten der Balkanhalbinsel fortwährend verständigen und damit das einseitige Vorgehen der einen oder der anderen Macht unmöglich machen.*“

Aus dieser Grundhaltung ergab sich seine Weigerung, in den Streit über die verschiedenen von England und Rußland vorgeschlagenen Formen der identischen Note an die Pforte einzugreifen. Es erschien ihm als schlechter Auftakt des kollektiven Handelns, „*wenn um solcher Formfrage willen überhaupt so viel Zeit verloren wird. Papier ist Papier*" (Marginal vom 17. Mai). Auch noch einige Wochen später (18. Juni) legte er seinen Standpunkt dahin fest: „*Mögen die andern, die im Orient interessiert sind, sich einigen! Wir werden ihnen, sobald sie einig sind, gern beitreten. Nur keine Beteiligung an diesen unruhigen Initiativen!*" So hoffte er ruhig abwartend in der Hinterhand bleiben zu können, nicht ohne Freude an den Zwistigkeiten der andern, die sie fesselten, jeden Moment aber bereit hervorzutreten, wenn der Streit den Frieden ernstlich zu gefährden drohte.

Um so lieber verzichtete er auf führende Beteiligung, weil er von vornherein der Wirksamkeit der in Frage stehenden kollektiven Schritte ebenso wie Kaiser Wilhelm große Skepsis entgegenbrachte. „*Ich glaube nicht*", telegraphierte er Hatzfeldt (18. Mai), „*daß andre als einstimmige Schritte Erfolg haben, und selbst von letzteren erwarte ich keinen. Die Erfolglosigkeit auch einstimmiger Vorstellungen zu konstatieren, würde aber immer nützlich sein. Suchen Sie Ihren russischen Kollegen davon zu überzeugen; wenn er aber bei Ablehnung beharrt, so vermeiden Sie, Rußland allein zu lassen und enthalten sich.*" Wie hier kam der Wunsch, in Rußland nicht den Eindruck systematischer deutscher Gegnerschaft aufkommen zu lassen, auch am 22. Mai zum Ausdruck, wenn Bismarck das feste Zusammengehen mit Österreich zwar auch für die Zukunft als vollständig gesichert bezeichnete, aber entgegenkommendes Verhalten gegen Rußland empfahl, weil „*ein Zerwürfnis mit Rußland weder für uns noch für Österreich Aussicht auf Vorteile bietet, wohl aber ernste Gefahren*". In diesem Sinne begrüßte er es, als die Russen schließlich ihre über den englischen Vorschlag hinausgehende Formel zurückzogen, so daß am 12. Juni die identischen Noten in Konstantinopel überreicht werden konnten.

Inzwischen aber hatte die griechische Frage ein neues Gesicht gewonnen durch die Anregung, auf einer neuen Konferenz der Großmächte die Entscheidung herbeizuführen. Wenn Freycinet dabei äußerte, nur in Rücksicht auf Bismarcks Wunsch auf Paris als Tagungsort verzichtet zu haben[113]), so entspricht dies nicht den Tatsachen. Denn wir hatten schon festzustellen, daß der Kanzler den Gedanken, einer neuen internationalen Zusammenkunft zu präsidieren, ablehnte: als jetzt England, Rußland, Österreich und Italien sich für Berlin aussprachen, hat er sich dem nicht widersetzt, sich selbst jedoch den vom 16. Juni bis 1. Juli währenden Sitzungen ferngehalten und durch Hohenlohe vertreten lassen. Immerhin lag der Vorsitz in deutscher Hand, und so war besondere Vorsicht geboten, um den Schein der eigentlichen Verantwortlichkeit für die zu fassenden Beschlüsse zu vermeiden. Schon vor Zusammentritt wurde deshalb nach Wien mitgeteilt (11. Juni), daß

Deutschland keine Initiative beabsichtige, sie vielmehr dem hauptsächlich interessierten Frankreich überlassen werde, und das faktische Verhalten hat dem entsprochen.

Denn das ist der eigentliche Grund, warum Bismarck Berlin als Tagungsort zugelassen hat, daß sich ihm auf diese Weise die Gelegenheit bot, seine Gefälligkeit gegen Frankreich eindeutig klarzustellen. Dies war das Hauptziel, das er, wie schon früher, mit der ihm an sich beinahe gleichgültigen griechischen Grenzfrage verband.

Als Radowitz noch vor der Eröffnung den Ausspruch Freycinets berichtete (3. Juni), „*er sei seit seinem Amtsantritt hocherfreut darüber, daß die tatkräftige Hilfe, die sein Vorgänger Waddington immer in Berlin gefunden, sich auch auf ihn übertragen habe*", erhielt er die Antwort (10. Juni)[114]: „Wir werden die durch die Konferenz gebotene Gelegenheit gern benutzen, um Frankreich gefällig zu sein und uns allen seinen Anträgen, falls sie nicht zu weit über die Kongreßvorschläge hinausgehen, bereitwillig anschließen." Daß allerdings auch die Gegenkräfte in Frankreich an der Arbeit waren, erhellte aus Artikeln des Gambetta-Blattes und andrer Zeitungen, welche die Lage im Orient so darstellten, als ob eine Einheitsfront England, Rußland, Frankreich und Italien gegen die Mittelmächte bestehe. Dem ließ Bismarck widersprechen: „*Deutschland, das durch kein eignes Interesse gehindert wird der christlichen Bevölkerung Griechenlands so viel Unterstützung angedeihen zu lassen, als nach der Gesamtlage möglich ist, hat schon auf dem Kongreß die französischen Bestrebungen unterstützt. In diesem Sinne hat die deutsche Regierung bisher gehandelt. Die französische und deutsche Auffassung sind wesentlich identisch oder mindestens verwandt. Auch die österreichische Regierung hat niemals eine Abneigung gegen Griechenland kundgegeben, wenn sie auch als Grenznachbar der Pforte ihre Beziehungen zu dieser nach eigenem Ermessen zu pflegen hat. Meinungsverschiedenheit zwischen Frankreich und Deutschland ist bei dieser Frage nicht vorhanden gewesen und nicht zu erwarten*"[115]). Abermals also bekannte er sich öffentlich zu deutsch-französischem Zusammengehen, und das war doppelt bedeutsam, weil gerade in diesen Tagen Europas Aufmerksamkeit durch den ersten schroffen Zusammenprall zwischen Frankreich und Italien über Tunis in Anspruch genommen wurde[116]).

Es war nur folgerichtig, daß er auch in dieser Hinsicht den Franzosen deutlich seine Sympathien bekundete. Als am 1. Juni Freycinet zu Radowitz geäußert hatte, Frankreich brauche Tunis, Italien könne sich später Tripolis nehmen, und als wenige Tage darauf Saint-Vallier sich über die italienischen „tracasseries" beschwerte, erging (9. Juni) nach Paris die formelle, von Bismarck abgefaßte programmatische Erklärung: „*Wir haben nicht nötig, unsre Politik in diplomatische Schleier zu hüllen. Frankreich im Elsaß würde uns zu nahe kommen. Dagegen kann Frankreich bei Verfolgung andrer uns fernerliegender Kulturzwecke, auch wenn es sich nicht um Tunis handelt, mit uns als einem ganz*

sicheren Faktor rechnen. Uns liegt der Gedanke fern, Frankreichs Aufmerksamkeit auf auswärtige Unternehmungen hinzuleiten; wir enthalten uns deshalb aller Ratschläge hinsichtlich seiner äußeren wie seiner inneren Angelegenheiten. Diejenigen Schwierigkeiten aber, die für Frankreich wie für jeden Staat, der auf auswärtige Politik nicht vollständig verzichten will, zeitweilig erwachsen können, werden wir eintretendenfalls durch moralische Unterstützung oder mindestens durch eine unzweideutig wohlwollende Haltung zu beseitigen mitbestrebt sein."

Genau im gleichen Geist und ebenfalls sich auf ausdrücklichen Befehl des Kanzlers berufend, sprach am selben Tag Hohenlohe mit Saint-Vallier: „dans ma pensée, il ne s'agit nullement d'inciter la France à se lancer dans des aventures qui lui créeraient des embarras et paralyseraient son action en Europe; je n'ai aucune intention machiavélique de lui conseiller une politique agressive en Afrique ou ailleurs, mais, tant que nos relations seront amicales comme depuis deux ans, je l'appuierai de mon concours moral dans les questions où son honneur, sa sécurité, ses intérêts véritables et légitimes seront engagées"[117]).

Ferner wurde auf der gleichzeitig in Madrid tagenden Marokkokonferenz, früheren Zusagen entsprechend, „*der deutsche Einfluß ohne Einschränkung der französischen Regierung zur Verfügung*" gestellt[118]). Nimmt man schließlich hinzu, daß Bismarck so weit ging, den Franzosen seine Befriedigung aussprechen zu lassen, daß mit der Rückkehr des russischen Botschafters Fürst Orlow nach Paris die Störung des russisch-französischen Verhältnisses durch den Fall Hartmann glücklich überwunden sei — er begründete diese Genugtuung damit, nunmehr bestehe die Gefahr nicht mehr, „*daß die Sympathie, welche französischem Wesen bisher von russischer Seite entgegengetragen worden war, sich von dem gegenwärtigen Regime abgewandt hätte und um so stärker weil ungeteilt zugunsten derjenigen Pareteien und Prinzipien sich betätigte, welche für uns eine potenzierte Kriegsgefahr bedeuten. Jeder échec der jetzigen französischen Regierung äußert dadurch, daß er eine Trumpfkarte im Spiel ihrer inneren Feinde wird, seine Rückwirkung auch auf unsre politische Sicherheit*" —, so tritt die ganze Stärke von Bismarcks Werben auch um Waddingtons Nachfolger zutage.

Trotz dieser Grundtendenz hat er in dem Einzelfall Tunis nachträglich sich stärker zurückgehalten. Weil die Beziehungen zu Frankreich nicht gesichert genug waren und vor allem weil die Gefahr bestand, daß die französische öffentliche Meinung ihm falsche Motive unterschob, wies er Radowitz (17. Juni) an, jeder Meinungsäußerung auszuweichen; zwar bestehe kein Anlaß, sich für die italienischen Ansprüche zu erwärmen, andrerseits dürfe jedoch der Verdächtigung keine Handhabe geboten werden, beide in Streit verwickeln zu wollen. In der griechischen Frage aber blieb er, weil hier solche Unterstellung nicht möglich war, konsequent auf der Linie des Zusammengehens mit Frankreich.

Daher war es ihm unerwünscht, als auf der Konferenz plötzlich Saburow zu allgemeiner Überraschung mit einem für Griechenland noch günstigeren Antrag als der französische hervortrat, vielleicht um den Balkanchristen die russischen Pläne in möglichst rosigem Licht erscheinen zu lassen, vielleicht aber auch in der sehr viel weiter reichenden Absicht — und dies vermutete der König von Griechenland[119]) —, daß Rußland, wenn die Mächte selbst sich von der strikten Einhaltung der Kongreßbeschlüsse entfernten, zu gegebener Zeit die ihm passenden Folgerungen daraus ziehen könne. In dieser Hinsicht war es sachlich beruhigend, daß Schweinitz feststellen konnte, Giers stehe nicht hinter der Aktion[120]). Dadurch aber, daß Saburow aus eignem Antrieb derart gehandelt hatte, wurde Bismarck in seinem bisherigen freundlichen Urteil über ihn erschüttert, und stets ist es überaus schwer gewesen, ein einmal geweckte Mißtrauen des Fürsten zu überwinden. Er bezeichnete ihn als weniger vertrauenswürdig, Holstein schrieb an Graf Herbert, der Botschafter habe sich als „*kleiner Ignatiew entpuppt*"[121]), und auch der Rückzug, den Saburow alsbald antrat, so daß die Konferenz einstimmig die von Frankreich vorgeschlagene Grenze annehmen konnte, hat das Geschehene nicht gutzumachen vermocht, zumal bald darauf ein neuer Zwischenfall sich einstellte. In Petersburg wurde die Möglichkeit besprochen, den wegen seiner Verhandlungen mit den Franzosen im August 1879 in Berlin höchst mißliebigen General Obrutschew zu den deutschen Herbstmanövern zu entsenden, und als darauf Schweinitz und Werder beauftragt wurden, einige Verwunderung über diesen Gedanken auszusprechen, stellte sich durch Rücksprache mit Giers heraus, daß Saburow ihn angeregt hatte[122]). Das war nicht geeignet, das beeinträchtigte Vertrauen wiederherzustellen, und seitdem ist das Verhältnis des Kanzlers zu dem Botschafter, wenn es vorläufig auch äußerlich noch gut blieb, nicht mehr das alte gewesen.

Mit einmütig beschlossener „manifestation solennelle de la volonté de l'Europe", wie Hohenlohe sich in seinem Schlußwort ausdrückte, konnten die Mächte vor die Türkei treten, jedoch Bismarcks Erwartung bestätigte sich: Eindruck machten sie ihr damit nicht. Sie lehnte den Konferenzbeschluß ab, so daß nun wieder die Kabinette vor der Notwendigkeit neuer Entschlüsse standen. „*Interessant*", hatte Holstein am 26. Juni an Herbert Bismarck geschrieben (FA), „*ist weniger, wo die Grenze hinkommt, als wie die Entscheidung ausgeführt wird*", und in diesem wichtigsten Problem bestand keine Einmütigkeit. Niemand wollte die verantwortungsvolle Initiative ergreifen. Als England den Franzosen die Abfassung der dem Sultan zu erteilenden Antwort zuschieben wollte und diese es ablehnten, fanden sie Bismarcks Billigung: „*es ist das auch ein schwieriges Stück Arbeit; die Antwort wird entweder drohend oder würdelos sein müssen, vermutlich beides, da Drohung ohne Ausführung bleiben würde. Meo voto ist gar nicht zu antworten; jede Macht kann sich Freiheit ihrer Entschlüsse vorbehalten*"[123]). Kaiser Wilhelm hatte

also recht, wenn er (Marginal vom 15. August) die Lage als „*wahre misère*" bezeichnete.

Hoch flammte die Leidenschaft des griechischen Volkes auf, als das erhoffte Ergebnis ausblieb — derart, daß der König, dem ebenso wie dem Kabinett die militärische Unterlegenheit gegen die Türkei bewußt war, heimlich die Bitte aussprach, die Mächte möchten in Athen energisch zur Mäßigung raten. Als Bismarck erfuhr, daß die Regierung sich dem populären Drängen nach Mobilisation — die dann doch erfolgt ist — widersetze, urteilte er: „*Dann wird sie auch kaum erreichen, was sie wünscht; für uns ist das Stillsitzen der Griechen nützlich, weil ihr Rüsten den Frieden stören kann; für Griechenland aber ist der Glaube an fliegende gebratene Tauben zwar bequem, aber nicht einträglich!*"[124]). Ohne eigne Kraftanstrengung, nur durch die Gnade der Großmächte schien ihm der Kleinstaat den erhofften Gewinn nicht einstreichen zu können. In der Tat blieb Griechenland ruhig, aber die Berliner Konferenz auch ohne jede praktische Folge. Weder in dieser noch in der montenegrinischen Frage wurde ein Fortschritt erzielt.

Beide ungelöste Probleme sich nicht miteinander verquicken zu lassen, war Bismarcks Bestreben, weil bei ihnen das deutsche Interesse in verschiedenen Richtungen ging: Bei der griechischen Frage, so ließ er dem Amt am 13. Juli schreiben, leite uns „*das Gefühl der Gefälligkeit gegen Frankreich und die Wahrung unsrer guten Beziehungen zu diesem Lande*", sowie die Rücksicht auf die finanziellen Forderungen, die dem bayrischen Königshaus noch gegen Griechenland zustanden; bei der montenegrinischen hingegen „*hätten wir vor allem unsre Beziehungen zu Österreich und indirekt zu Rußland zu menagieren und die Möglichkeit russisch-österreichischen Zwistes, die aus den dort widerstreitenden Interessen entstehen könnte, zu beachten*". In dieser seien wir deshalb, während in der ersteren unbedenklich Stellung genommen werden könnte, „*die letzten, die Entschlüsse zu fassen hätten*". Hieran hat er sich gehalten, als nun auf englisches und russisches Treiben der Plan erörtert wurde, den Montenegrinern durch Drohung mit bewaffnetem Einschreiten zu dem ihnen Versprochenen zu verhelfen — diesem Plan, der dann in der gemeinsamen Flottendemonstration vor Dulcigno verwirklicht worden ist.

Sich von ihr überhaupt fernzuhalten, war ursprünglich Bismarcks Wille gewesen, und erst als die Österreicher dringend darum baten, willigte er ein, aber auch jetzt mit der Einschränkung, daß es sich für das direkt nicht betroffene Deutschland um nicht mehr handeln könne als um die bloße Geste des Zeigens seiner Flagge. Den Vorschlag Haymerles, daß das Reich als die Präsidialmacht des Kongresses den Oberbefehl über die internationale Flotte übernehmen solle, wies er, der für bloße Prestigepolitik kein Organ besaß und sie nicht nötig hatte, weit von sich. Und zwar sowohl weil er keine besondere Verantwortung übernehmen wollte, als auch weil er, genau wie wir es bei Tunis gesehen haben, befürchtete, daß allzu intensive Teilnahme

Deutschlands Stoff zur Verdächtigung bieten würde, es wolle die andern in Schwierigkeiten hineinhetzen. Auf der andern Seite wollte er sich aber auch nicht den Vorwurf zuziehen, die europäische Solidarität zu brechen. So wählte er den Weg denkbar zurückhaltender Beteiligung, betonte das Fehlen jedes eignen Interesses, indem er seine formelle Zustimmung erst dann gab, als die aller andern bereits vorlag, und ließ schließlich noch in London erklären (31. Juli), nur aus Gefälligkeit für die Mächte und zur Demonstration der Einigkeit nach außen hin erfolge sie; sich über die Modalitäten des Vorgehens zu verständigen, müsse er indessen den Interessierten überlassen. Als unter diesen sich die Diskussion zuspitzte und Frankreich die Bedingung stellte, daß die Flotte keinen Gebrauch von ihren Kanonen machen solle, erweckte das seinen Spott: „*wenn das ausgeschlossen bleibt, so hat die ganze Demonstration etwas Komisches. Wir brauchen dies aber nicht in erster Linie zu erklären.*"

Bei diesem Prinzip, Deutschland nicht die Verantwortung aufdrängen zu lassen, ist er geblieben. Weder fand die Türkei Gehör, als sie in aller Form seine Vermittlung erbat; sie wurde dahin beschieden, das Reich könne sich nicht von den Mächten trennen, das Sicherste für sie sei, sich den Konferenzbeschlüssen zu fügen[125]) — Bismarck verhielt sich also demonstrativ korrekt und loyal gegen das Konzert. Noch war auf der entgegengesetzten Seite ein britischer Versuch erfolgreich, Bismarck in der Reihe der Gegner der Türkei an prominente Stelle zu bringen. Goschen hatte seinen Kollegen in Konstantinopel vorgeschlagen, dem Doyen — das aber war Hatzfeldt — die alleinige Verhandlung mit der Pforte wegen aller sich aus der Flottendemonstration ergebenden Probleme zu übertragen, und die Agence Havas hatte dies in ihrer Meldung noch dahin übertrieben, Deutschland solle ein Mandat für „*alle mit dem europäischen Konzert zusammenhängenden Fragen*" erhalten. Schon den Goschenschen Plan empfand Bismarck als „*insidiöse Zumutung*", die „*höflich und entschieden*" abzulehnen sei, und ließ allen Kabinetten „*unsre Verwunderung darüber aussprechen, daß die Vertreter in Konstantinopel uns diese Zumutung machen wollten. Wir sind nach wie vor bereit unsre Unterstützung jedem Beschlusse zu leihen, über den die andern, direkt interessierten Mächte sich einigen werden; daß wir aber, ohne ähnliche Interessen Deutschlands dafür anführen zu können, die Bahn eigner und isolierter Aktion im Orient nicht betreten werden, darüber glaubten wir durch unser bisheriges Verhalten jeden Zweifel beseitigt zu haben*"[126]). An Deutlichkeit ließ diese Sprache nichts zu wünschen übrig. Was Bismarck hier aber festlegte, war der Grundsatz, nach dem er wirklich in allen diesen Monaten gehandelt hat.

9. Bismarck zwischen Frankreich und Italien

Bei dem montenegrinischen Streit, so sahen wir, stand für die deutsche Politik im Vordergrund die Rücksicht, zwischen Österreich und Rußland keinen Zwist aufkommen zu lassen, bei dem griechischen die auf Frankreich. Aber trotz aller Anerkennung, die Freycinet dem guten Willen der deutschen Regierung zollte[127]), ließ sich die französische öffentliche Meinung von unfreundlichen Preßartikeln so deutlich beeinflussen, daß von Stabilität des gewonnenen Verhältnisses keine Rede war. Soweit es irgend ging, war Bismarck gewillt, derartige Stimmen und insbesondere alles, was gegen ihn persönlich geschrieben wurde, zu ignorieren. Als der Deutschenhasser Rochefort einen Roman ankündigte, „Mademoiselle de Bismarck", befahl er (15. Juli) volle Gleichgültigkeit zu beobachten, „*da es nicht angezeigt sei, die Franzosen zu dem Glauben zu verleiten, als ob wir durch solche Mittel verwundbar wären*". Ernster jedoch war, daß die Tatsache des vielfachen Zusammengehens beider Länder von den Gegnern des Kabinetts und insbesondere von Gambettas Kreis als wirksames Agitationsmittel ausgebeutet wurde; als Folge des ersten feierlichen Begehens des Nationalfestes am 14. Juli berichtete Radowitz (19. und 20. Juli), daß das Selbstbewußtsein des Landes gehoben sei und sich trotz aller offiziellen Freundlichkeit im Lauterwerden des Revanchegeschreis äußere.

Zunächst hoffte Bismarck dem durch verdoppelte Rücksichtnahme entgegenwirken zu können. Als in Belgien das 50. Jubiläum der staatlichen Selbständigkeit feierlich begangen wurde, wünschte er nicht, daß noch andre deutsche Städte als die unmittelbar benachbarten ihre Vertreter entsendeten und speziell nicht die Reichshauptstadt, weil dies als Symptom für deutsche Annexionsgelüste und als gegen Frankreich gerichtete politische Geste ausgelegt werden könnte: „*es wäre mir das für die auswärtige Politik sehr unerwünscht, gerade jetzt, wo wir tun, was wir können, um jeden Vorwand zu chauvinistischen Aufregungen zu vermeiden*"[128]). Ein kaum zu überbietendes Maß von Rücksichtnahme und Verständigungswillen tritt uns in dieser Einzelheit entgegen.

Jedoch er sah sich zu anderen Methoden gezwungen, als Gambetta selbst auf der Bühne erschien und in der Hoffnung, seine Anhängerschaft zu mehren und damit seinen Anspruch auf die höchsten Staatsämter zu stützen, am 9. August seine Rede in Cherbourg hielt, in der er mit dem Aufruf zu

Vertrauen auf die immanente Gerechtigkeit der Geschichte öffentlich in die Linie wieder einlenkte, als deren stärkster Exponent er stets gegolten hatte. Obwohl zusammen mit Grévy und Freycinet der größte Teil der französischen Presse den lauten Revancheruf als inopportun empfand, hielt Bismarck nicht nur deutliche Antwort für unumgänglich, vielmehr nahm er den Vorstoß des Inhabers der „pouvoir occulte" so ernst, seinem eigenen Verhalten gegen die französischen Expansionsversuche, obwohl dessen äußere Form die alte blieb, einen völlig veränderten Sinn zu geben.

Wir hatten festzustellen, wie wenig die immer wieder erhobene Anklage bisher zutraf, daß er nur deshalb Frankreich zu aktiverer Mittelmeerpolitik ermutige, um es in Schwierigkeiten mit anderen Großmächten zu verwickeln. Mit solcher Möglichkeit hatte er von Anfang an gerechnet, bis jetzt jedoch tatsächlich den Gesichtspunkt vor allem auf sich wirken lassen, daß dadurch der französische Betätigungsdrang in für Deutschland ungefährliche Bahnen gelenkt werde. Unter Gambettas Drohung trat darin der Wandel ein.

In den gleichen Tagen, in denen die Aufmerksamkeit ganz Europas durch das Ereignis von Cherbourg gefesselt wurde, gelangte die Frage zur Entscheidung, ob der Bey von Tunis dem französischen Protest gegen den Erwerb der mit englischem Kapital gebauten Bahn von Tunis zum Meer durch die italienische Gesellschaft Rubattino stattgeben würde. Setzte Frankreich dies durch, so war eine wichtige Vorstufe für die dahinter stehenden politischen Hoffnungen erreicht, und es war klar, daß Italien schwer verstimmt sein würde. Bis hierüber Sicherheit gewonnen war, hat Bismarck mit der Antwort auf Gambettas Rede zurückgehalten, weil vorher eine scharfe deutsche Stellungnahme vielleicht die beiden Streitenden veranlassen würde sich zu verständigen, was ihm unter den neuen Verhältnissen nicht erwünscht war. Der Artikel, den Bismarck für die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" bestimmt hatte, durfte aus diesem Grunde erst mehrere Tage später erscheinen, eben erst dann, als Frankreich seinen Willen erreicht hatte und so das Zerwürfnis mit Italien in voller Schärfe eingetreten war[129]). Jetzt durfte die Polemik unbedenklich und hart aufgenommen werden, da sie in Frankreich ernüchtern, in Italien ermutigen konnte. Diese Taktik Bismarcks beweist, daß seine Gefälligkeit gegen die französischen Kolonialunternehmungen nunmehr tatsächlich auf den ihm bisher unberechtigterweise zugeschobenen Gesichtspunkt zurückging, durch die sich daraus ergebenden Schwierigkeiten die Revanchepolitik unmöglich zu machen.

Weil aber keineswegs unwiderruflich feststand, daß die unversöhnliche Richtung in Paris die noch am Ruder befindliche gemäßigte endgültig verdrängen würde, hat Bismarck auch jetzt noch die Möglichkeit sich offengehalten, in der bisherigen Bahn zu bleiben, und hat gerade in diesem Augenblick sich grundsätzlich dazu bekannt, daß es für Deutschland, auch ohne den Hintergedanken möglicher Komplikationen, nützlich sei, wenn die

Franzosen ihre wiedergewonnene Kraft in abgelegenen Gebieten einsetzten. Eingehender als je zuvor hat er, in derselben Zeit, wo er den Hieb gegen Gambetta vorbereitete, sich in diesem Sinn ausgesprochen.

Anlaß dazu bot ihm ein Bericht Keudells vom 12. August, daß, während französische Blätter behaupteten, Deutschland mühe sich, Italien zur Aktion in Tunis anzutreiben, in Rom die Ansicht verbreitet sei, Bismarck hetze Frankreich vorwärts. Der Botschafter empfahl, weil ihm fortgesetzt Fragen hierüber vorgelegt würden, zur Stärkung der deutschfreundlichen Kreise sowohl in vertraulicher Form amtlich, als in der Presse Sympathie für die italienischen Ansprüche zu bekunden. Um Frankreich derart vor den Kopf zu stoßen, schienen jedoch die Dinge dem Kanzler keineswegs weit genug gediehen zu sein. Er blieb vielmehr auf demselben Standpunkt wie im Juni, jede publizistische und diplomatische Äußerung über den Streit zu vermeiden. Dadurch aber, daß er anordnete, seinen diesen Befehl enthaltenden Erlaß an Allerhöchster Stelle vorzulegen, gab er dem Kaiser Gelegenheit, seine in mehreren Punkten abweichende Meinung zum Ausdruck zu bringen. So gewinnt dieser Erlaß vom 17. zusammen mit Kaiser Wilhelms vom 20. datierten Marginalien den Charakter einer grundsätzlichen Aussprache von programmatischer Wichtigkeit über die entscheidenden Linien der deutschen Politik zwischen Frankreich und Italien. Für die Rückschau ist bedauerlich, daß Hohenlohe die Randbemerkungen des Kaisers nicht noch einmal dem Kanzler zugehen ließ, ihm also keine Möglichkeit der Replik gab, offenbar in der wohlmeinenden Absicht, nicht abermals wie im vergangenen Sommer die Kur durch eine Differenz mit dem Herrscher zu stören.

Dem Wortlaut des Erlasses füge ich in eckigen Klammern die Randbemerkungen des Kaisers ein:

Kissingen, 17. August 1880.

„Die Annahme, daß eine Ausdehnung der französischen Herrschaft in Afrika im deutschen Interesse liege, ist meiner Überzeugung nach vollständig begründet, wenn es auch für uns nicht tunlich ist, uns über dies Thema zu äußern [Einverstanden]. Ich kann auch nicht zugeben, daß der Kaiserliche Botschafter in den vertraulichen Gesprächen in die Lage kommen könne, sich hierüber äußern zu müssen: seine Stellung ist mit seinen eignen Worten dahin umschrieben, daß bis jetzt für die Kaiserliche Regierung kein Anlaß vorgelegen, zu dieser ihr fernliegenden Frage Stellung zu nehmen [Einverstanden].

Ich halte es für einen Irrtum des Herrn von Keudell, daß Vergrößerung der französischen Macht in Afrika das Verlangen nach Revanche verschärfen werde. Die außerordentlich günstige Lage Afrikas zu Frankreich macht die Kolonialentwicklung unsrer Nachbarn nach dieser Richtung hin zu einer Aufgabe, die wohl geeignet ist, die französische Nation ernstlich zu beschäftigen, und nicht bloß äußerlich, sondern durch sehr reale Interessen auf andere als deutschfeindliche Gedanken zu bringen [Ich kann nicht zugeben, daß diese realen Interessen

jemals ein Revanchegelüst unterdrücken werden]. Jedenfalls aber wächst der Bedarf an Besatzungstruppen für Afrika, die also am Rhein nicht verwendbar sind, genau in demselben Verhältnis wie die französische Kolonisation daselbst [Bei der enormen Verstärkung der französischen Armee und Neuformationen im einstigen Tunesien wird dieses niemals so viel Truppen absorbieren, daß dies am Rhein von Einfluß sein kann]. Für die deutschen Handelsinteressen erwarte ich von der Hebung des italienischen Handels in Nordafrika wenig oder gar keinen Vorteil [Ich halte es für unsere Handelsinteressen für unbedingt nötig, denselben immer mehr und neue Handelsbeziehungen zu eröffnen, wenn sie auch nicht anfänglich bedeutend sein mögen, jedenfalls müssen wir sie nie durch Unfreundlichkeit hemmen], mit großem Gewicht aber machen sich unsere politischen Interessen in der der Ansicht des Herrn Botschafters entgegengesetzten Richtung, ich kann wohl sagen, gebieterisch geltend. Wenn Italien wirklich gegenwärtig eine der vorübergehenden Anwandlungen empfunden, welche der Bericht Nr. 76 als Anlehnungsbedürfnis charakterisiert, so erwarte ich von diesen Stimmungen weder Dauer, noch Zuverlässigkeit, noch praktische Betätigung. Erfahrungsmäßig wiegen die romanischen Sympathien für Frankreich und die garibaldinischen für die Republik bei unsern Bundesgenossen von 1866 auf die Dauer vor; es war dies schon im Kriege 1866 der Fall [Mir scheint jede Annäherung Italiens an uns nicht prinzipienmäßig abgewiesen werden zu sollen, wodurch wir dasselbe unbedingt in das feindliche Bündnis drängen. Auch kann ich die uns von Italien 1866 gebrachte Hilfe nicht für gering anschlagen, da sie 120 000 Mann Österreicher festhielt, die in Böhmen und Süddeutschland uns mehr gegenüberstehend keinen so leichten Sieg hätten erringen lassen], und unter der jetzigen Regierung hat die uns abgewandte Stimmung von Jahr zu Jahr Terrain gewonnen, in den letzten beiden Jahren und insbesondere sooft in Rußland die antideutsche Politik vorwiegend erschien, namentlich aber seit in England eine antiösterreichische Regierung herrscht, müssen wir uns den Gedanken gegenwärtig halten, daß wir Italien unter unsern Gegnern finden werden, sobald die Koalition gegen uns stark genug erscheint, um sich ihr mit Sicherheit anschließen zu können. Mein Glaube an Italien als sicheren Bundesgenossen für uns ist insbesondere unter der jetzigen dortigen Regierung so gering, daß ich auch die allergeringste Gefährdung unsrer Beziehungen zu anderen Mächten für einen zu hohen Preis für die Pflege unsrer italienischen Beziehungen ansehen würde [Unter dieser Koalition kann nur eine russisch-französische gemeint sein, und ist es schlimm genug, daß mit Bestimmtheit Italien als zu derselben gehörig angenommen wird. Wenn 1866 100 000 Mann Italiens mit uns, wie vorstehend angeführt wurde, waren, so sind es jetzt 200 000 Mann, die mehr gegen uns sein würden, und mit denen ist doch zu rechnen. Darum muß m. A. nach Italien nicht von uns brüskiert werden, sondern die Möglichkeit uns offen erhalten werden, jene 200 000 Mann für uns eintreten zu sehen. Andere Mächte durch dieses Verfahren zu entfremden, fällt mir gewiß nicht ein. Österreich kann sich einer Allianz mit Italien nicht

widersetzen, weil es ja im Gegenfall seine italienischen Länder gefährdet sieht]. Der Preis aber, den Herr von Keudell zahlen will, ist schon ein recht hoher [Gegen den sogenannten Preis, den von Keudell vorschlägt, bin auch ich, aber im Allgemeinen warne ich nur vor mehr feindlichen als freundlichen Beziehungen zu Italien, um den erwarteten Bruch mit demselben nicht unsrerseits herbeizuführen]; eine vertrauliche, aber amtliche Erklärung, ein offiziöser Akt in einem hervorragenden Preßorgan in der fraglichen Richtung würde nicht nur der Kriegspartei in Frankreich Wasser auf ihre Mühle geben, sondern auch bei den notorisch vorhandenen Begehrlichkeiten der Italiener nach österreichischem Gebiet das Wiener Kabinett beunruhigen und unseren Freunden in Österreich-Ungarn Zweifel über unsere Zuverlässigkeit erregen [Ganz einverstanden; das schließt aber den Gedanken des Schlußsatzes in margine der vorstehenden Seite nicht aus].

Ich bitte dem Herrn Botschafter telegraphisch auf seine beiden Berichte zu antworten, daß eine Manifestation in der Presse in dem von ihm angeregten Sinne in keinem Falle stattfinden werde, und ihn zu ersuchen, daß er sich auch vertraulicher Äußerungen über diese uns fernliegende Frage enthält."

Besonders wichtig bei dieser Meinungsverschiedenheit zwischen Kaiser und Kanzler ist die Divergenz im Urteil über die Rückwirkung der kolonialen Expansion auf Frankreichs Verhalten in Europa, insbesondere auf den Stand seiner Rüstung. Bismarcks Ansicht, daß sie dem Revanchegeist entgegenwirken und daß sie eine dauernde militärische Last darstellen werde, ist durch die Entwicklung gründlich widerlegt worden. Genau im Gegenteil ist einerseits das Selbstvertrauen der Nation durch die kolonialen Erfolge mächtig gehoben, damit aber auch der Revanchegeist gestärkt worden, und andrerseits stellt die Kolonialarmee seit langem einen schwer ins Gewicht fallenden, systematisch ausgebauten Aktivposten für das Mutterland dar, einen immer unentbehrlicher werdenden Ausgleich für dessen Geburtenrückgang. Zweifellos hat also Kaiser Wilhelm, wie überhaupt seine Einwände ein besonders wertvolles Zeugnis für seine klare, ruhig abwägende und selbständig denkende Verstandesart liefern, an diesem Punkte richtiger gesehen, obwohl auch er an derart weittragende Konsequenzen, wie sie tatsächlich eingetreten sind, nicht gedacht hat: an Schwächung und Ablenkung, wie Bismarck, glaubte er zwar nicht, jedoch auch nicht an positiven Kraftzuwachs.

Jedenfalls darf die gegen Bismarck gerichtete Kritik, zu einem solchen den Franzosen mit eigener Hand verholfen und damit die Revanche erleichtert zu haben, sich darauf berufen, daß auch der Kaiser von Bedenken nicht frei gewesen ist. Immerhin ist geltend zu machen, daß Frankreich an das Ziel seiner Sehnsucht gelangt ist nicht auf Grund der eignen aus den Kolonien geholten Stärkung, sondern nur mit Hilfe des vollkommenen Umschwungs in dem allgemeinen Verhältnis der Großmächte, wie es von Bismarck hergestellt war. Den Fürsten leitete die Hoffnung, die Deutsch-

feindlichkeit in Paris werde, solange die Franzosen keine Bundesgenossen für die Aktion gegen das Reich besäßen, desto weniger zum extremen Durchbruch gelangen, wenn gerade der deutsche moralische Beistand es sein würde, der dazu mitgewirkt hätte, ihnen derartige Erfolge zu verschaffen. So ernst Bismarck die Leidenschaftlichkeit des Revanchestrebens stes eingeschätzt hat, erkannte er sie doch nie als etwas völlig Unabänderliches an, vor dem die Hände in den Schoß zu legen seien, und man muß bedenken, daß schwere Fehler der deutschen Politik, vor denen er immer gewarnt hat, nötig gewesen sind, um das katastrophale Ergebnis zu ermöglichen.

Der zweite Punkt von höchstem Gewicht, in dem Kaiser Wilhelm sich uneins mit seinem Ratgeber fühlte, war das Verhalten zu Italien. Hier aber bestand faktisch gar keine Meinungsverschiedenheit. Denn wenn er „jede Annäherung Italiens an uns nicht prinzipienmäßig abgewiesen", die „Brüskierung" vermieden wissen wollte, so sprach er nur etwas aus, womit Bismarcks Absichten sich vollkommen deckten. Hätte der Fürst die Randbemerkungen zu Gesicht bekommen, so würde er — das darf man auf Grund seines ganzen Verhaltens und aller sonst vorliegenden Zeugnisse mit Bestimmtheit annehmen — darauf hingewiesen haben, daß es ihm zwar unmöglich erscheine, zugunsten der italienischen Aspirationen Partei zu ergreifen, daß er aber trotz allen Mißtrauens gegen das derzeitige römische Regime nicht daran denke, es absichtlich zu verletzen und „mehr feindliche als freundliche Beziehungen" herbeizuführen. Immer hätte er das als Fehler empfunden; wie viel mehr nun gar in dem Augenblick, wo Gambetta seine Stimme erhoben hatte!

Obwohl also die von Keudell gewünschte Kundgebung unterblieb, hat der tunesische Konflikt die Leiter der Konsulta veranlaßt, den Mittelmächten ihre eventuelle Bereitschaft zu engerer Fühlungnahme zu erkennen zu geben. Es kann keine Frage sein, daß der Generalsekretär des Außenministeriums Graf Maffei Ende August im Einverständnis mit dem Ministerpräsidenten Cairoli in diesem Sinne zu einem deutschen Journalisten gesprochen hat[130]) zum Zwecke der Weitergabe an die Wilhelmstraße. Maffei bezeichnete den tunesischen Zwist geradezu als Glück für Italien, weil er vielen der Anhänger Frankreichs die Augen geöffnet habe. Aber er nahm seiner Demarche sofort einen guten Teil ihres praktischen Werts, indem er den etwaigen Frontwechsel an die Bedingung knüpfte, daß Österreich Konzessionen in der Trentinofrage mache. Daß hierzu in Wien auch nicht die Spur von Bereitwilligkeit vorhanden war, wußte man in Berlin genau. Haymerle hat es denn auch sofort abgelehnt, überhaupt bezweifelte er den Ernst eines solchen ab irato gefaßten Beschlusses[131]). Noch handelte es sich ja auch wirklich nicht um mehr als einen ballon d'essai, und praktische Folgen haben sich unmittelbar nicht eingestellt.

10. Getrennte Verhandlungen mit Petersburg und Wien

War demnach eine Änderung im Verhältnis zu Italien nicht eingetreten, so diente die Tatsache, daß wieder stärker mit unerwünschter Form der deutsch-französischen Beziehungen gerechnet werden mußte, als Anstoß für Bismarck, mit voller Kraft die seit Ende Mai ins Stocken geratenen Versuche mit dem Ziel der Erneuerung des Dreikaiservertrags wiederaufzunehmen. Zu seiner Freude kamen ihm die Russen auch jetzt auf halbem Wege entgegen.

Um sie von der Ehrlichkeit des deutschen Verständigungswillens zu überzeugen, war recht wichtig gewesen die eingehende Aussprache, die der Kronprinz im Juni mit dem Zaren, dem Thronfolger sowie einer Anzahl der führenden russischen Staatsmänner, insbesondere Miljutin, gehabt hatte, als er zur Beisetzung der Zarin nach Petersburg entsendet worden war[132]). Besonders hoffnungsvoll für die Zukunft war dabei der befriedigende Verlauf der persönlichen Fühlungnahme zwischen den beiden Thronerben gewesen: Friedrich Wilhelm hatte in dem bisher als wenig deutschfreundlich geltenden Zarewitsch den Irrtum zerstören können, daß Bismarck nach den baltischen Provinzen strebe. Miljutins Versicherungen allerdings, treu zum Zaren zu stehen und den Frieden mit Deutschland zu wollen, hatten bei Bismarck in beiden Punkten keinen Glauben gefunden[133]).

Aus der durch diesen höfischen Besuch verbesserten Atmosphäre konnten desto eher greifbare Früchte erwachsen, weil die Aktivität der britischen Orientpolitik auf den Zaren starken und wenig angenehmen Eindruck machte. An sich konnte ihm allerdings die antitürkische Tendenz Gladstones, die, wie Bismarck mehrfach mit Mißfallen feststellte, das russische Spiel zu befördern geeignet war, durchaus erwünscht sein. Aber das nicht vorhergesehene Maß der von London gegen die Pforte entfalteten Energie, die Möglichkeit, daß die Flottendemonstration im Mittelmeer von England schließlich nicht allein in den Dienst der montenegrinischen Frage gestellt und deshalb nicht mehr gegen das relativ unwichtige Dulcigno, sondern gegen lebenswichtige Bestandteile der türkischen Herrschaft, vielleicht sogar gegen die Meerengen gewendet würde, erfüllte Kaiser Alexander mit Sorge.

So ist es zu erklären, daß auch diesmal die Initiative zu erneuten Verhandlungen über einen Dreiervertrag von Rußland ergriffen worden ist. Zunächst mehr privat vorfühlend, regte Saburow im Gespräch mit dem Kanzler, das er am 14. Juli vor dessen Abreise nach Kissingen hatte[134]), für

den Fall eines derartigen Vorstoßes Englands gemeinsame Gegenmaßnahmen der drei Ostmächte an, und die Aufnahme dieses Vorschlags war günstig genug gewesen, um die Russen zu veranlassen, ihn in vollamtlicher Form weiterzutreiben: am 4. August erschien der Botschafter bei Hohenlohe in der Wilhelmstraße und unterbreitete ihm, diesmal ausdrücklich auf Befehl des Zaren, den gleichen Gedanken[135]). Nach den erfolglosen Kollektivbemühungen der letzten Monate ergriff Bismarck gern die Gelegenheit, zu Sonderverhandlungen zurückzukehren.

„*Bei der Unberechenbarkeit*", so schrieb er an den Rand der Hohenloheschen Aufzeichnung vom 4. August, „*der englischen, französischen und italienischen Politik ist es indiziert meines Erachtens, auf Zusammenhalten der drei Kaiser zu wirken, namentlich in Wien, und Rußland nicht fürchten zu lassen, daß wir englische präpotente Politik gegen Rußland moralisch unterstützen würden.*" Besonders wichtig aber um Österreich umzustimmen, mußte die Klärung der beiderseitigen Standpunkte wegen Bulgariens sein. Zu Hohenlohes Bericht vom 13., Saburow habe Bedauern ausgedrückt, daß Wien, statt sich mit Petersburg „*über die Eventualitäten auf der Balkanhalbinsel*" zu verständigen, Bulgarien zum Zankapfel machen zu wollen scheine, äußerte er deshalb: „*Wenn Rußland uns offen sagen wollte, was zu dieser Verständigung nötig sein würde, so könnten wir versuchen, sie herbeizuführen.*" Und als der österreichische Geschäftsträger Baron Pasetti am gleichen Tage erklärte, die Vereinigung beider Bulgarien solle keineswegs für alle Zeit verhindert werden, nur müsse die Donaumonarchie ihre Bedingungen daran knüpfen, billigte er dies mit dem Zusatz: „*Warum wird diese Bedingung nicht gestellt?*" Ihm kam es eben darauf an, das diplomatische Gespräch zu dritt in Fluß zu bringen, und hierzu tat er nun den entscheidenden Schritt: die erneute Versicherung Saburows am 17., wie lebhaft sich der Zar mit Österreich zu vertragen wünsche, wenn nur dessen Kompensationsanspruch für die Vergrößerung Bulgariens zu erfahren sei, beantwortete er mit der formellen Zusage seiner Bereitschaft, Wien in dieser Richtung zu sondieren und die Verständigung zu fördern; nur benötige er hierzu drei Wochen Zeit.

Ihm selbst wäre als solches Kompensationsobjekt die Personalunion zwischen Griechenland und Albanien erwünscht gewesen, die einen kräftigen nichtslawischen Balkanstaat ergeben und insofern dem österreichischen Interesse dienlich sein würde: „*Die Unabhängigkeit der Albanesen, ihre Stärkung gleich der Griechenlands halte ich für österreichisches antislawisches Interesse so gut wie für griechisches und albanisches. Aber organische Verbindung Albanien-Griechenland wird nicht erreichbar sein; Albanien wird immer türkische Protektion vorziehen und ist auch, solange die Türkei erhalten werden soll, dazu ein nützliches Element.*" Nicht nur die Albanesen würden nicht wollen, auch Rußland, England und Italien würden Schwierigkeiten machen. Dies gleiche Bedenken hatten auch die Österreicher, immerhin bezeichneten

sie den Gedanken als „*ausgezeichnetes Negotiationsobjekt*". Faktisch hat er im weiteren Verlauf keine Rolle gespielt. Aber während der Vertreter des beurlaubten Haymerle, Baron Kállay, diese Ansicht äußerte, öffnete er gleichzeitig die Tür für weiterführende Verhandlungen, indem er betonte, vor allem komme es Österreich darauf an, daß Mazedonien türkisch bleibe; hier liege sein eigentliches Interesse, Saloniki begehre es nicht für sich selbst, könne es aber nicht an Rußland oder Griechenland fallen lassen. Das war ein willkommener Anknüpfungspunkt für das von Bismarck erhoffte diplomatische Gespräch. Er fühlte den Zeitpunkt gekommen, um die bisher getrennt laufenden Fäden nach Petersburg und Wien zusammenzuziehen: am 28. August erging an Schweinitz ein Erlaß Hohenlohes von entscheidender Wichtigkeit.

Er versicherte zunächst noch einmal Bismarcks Bereitschaft, die Verständigung zwischen Rußland und Österreich über die bulgarische Frage zu fördern, sofort aber mit dem wichtigen Zusatz: „*und nicht bloß über diese*". Der weitreichende Sinn der deutschen Vermittlungsaktion wurde also außer Zweifel gestellt. Zu diesem Zwecke sollte der Botschafter dem Zaren und Herrn von Giers den folgenden Gedankengang entwickeln:

Bismarck glaube, „*von der Annahme ausgehen zu dürfen, daß die russische Politik in erster Linie Wert auf die Sicherung der Dardanellen gegen Flottenangriffe lege und daß sie ferner die Vereinigung von Ostrumelien mit Bulgarien als eine im Laufe der Zeit eintretende Eventualität ins Auge fasse. Über beide Punkte hält der Herr Reichskanzler eine Verständigung mit Österreich nicht für unmöglich und für Rußland wie für Österreich gleich nützlich. Die wechselnden parlamentarischen Konjunkturen in England können seiner Ansicht nach nichts an den großen Grundzügen der Politik ändern. Die Konkurrenz der russischen und der englischen Interessen in Asien werde sofort wieder in Erscheinung treten, wenn das Gladstone'sche Kabinett eine Politik verfolge, welche Konstantinopel in die Abhängigkeit Rußlands brächte; das jetzige Ministerium werde dann zu Fall kommen. Rußland könne für die Dauer auf England mit keiner größeren Sicherheit zählen, als Österreich dieses vor einem Jahre zu können glaubte. Dagegen biete Österreich für Rußland, sobald Verständigung beider möglich, eine gesicherte Anlehnung. Auch mache das allmähliche Hingleiten der westeuropäischen Staaten zur republikanischen Staatsform das Zusammenhalten der drei Kaiser auf der Basis des status quo zu einem Gebote monarchischer Politik. Das Interesse der auswärtigen Politik Rußlands empfehle diese Verbindung um so mehr, als sie die beste Garantie für einen Rückfall Europas in eine antirussische Koalition biete.*"

Waren insoweit noch einmal die oft gebrauchten Argumente neu ins Gedächtnis zurückgerufen, um generell die Nützlichkeit des Abkommens für Rußland zu beweisen, so wendete sich der Erlaß nunmehr den konkreten Einzelfragen zu, die zu bereinigen sein würden. Zunächst wurde Rußland

beschworen, nicht zu starken Wert auf unfreundliche österreichisch-ungarische Pressestimmen zu legen, da sie „*doch vorzugsweise nur die Ergebnisse journalistischer Spekulationen und die Anschauungen leidenschaftlicher Parteirichtungen zum Ausdruck*" brächten und meist „*von jungen und unreifen Männern redigiert*", daher nur als „*Krankheitssymptome der Monarchie*" zu werten seien. Dann aber wurde das Feld der praktisch bestehenden Verständigungsmöglichkeiten abgesteckt, um die Basis für die nächsten diplomatischen Schritte zu schaffen: „*Was die oben erwähnten russischen Wünsche: die Sicherung der Dardanellen und die Vereinigung der beiden bulgarischen Länder betrifft, so ist der Herr Reichskanzler bereit, dieselben seinerseits zu fördern und zu unterstützen, soweit er irgend vermag. Er hofft dabei, bei dem Wiener Kabinett ein entgegenkommendes Verständnis zu finden oder herbeizuführen. Bezüglich der bulgarischen Union haben sich schon bisher gewichtige österreichische Stimmen nicht ungünstig ausgesprochen, vorausgesetzt, daß dabei die Interessen Österreich-Ungarns auf der Balkanhalbinsel Berücksichtigung finden. In dieser Beziehung könnte, wie wir annehmen, zunächst die Vergrößerung und Stärkung des Königreichs Griechenland, dann die Befestigung der österreichischen Stellung in Bosnien und der Herzegowina, die Sicherung Mazedoniens gegen bulgarische Pläne, endlich die Garantie eines mäßig starken türkischen Besitzstandes in Konstantinopel in Betracht kommen. In Verbindung hiermit ließe sich dann vielleicht ein herrschender Einfluß beider Kaiserreiche auf die Türkei anstreben, welche letztere ihrerseits in das Bündnis mit hineingezogen werden könnte.*

Wir beabsichtigen mit der Aufzählung dieser Kombinationen keine bestimmten Vorschläge zu machen, sondern wollen damit nur andeuten, daß es ein weites Feld von Kompensationen gibt, auf dem sich mit Österreich unterhandeln ließe, wenn wir benannte Zahlen und bestimmte Wünsche Rußlands vor uns hätten. Zu einer vertraulichen Aussprache über diese Fragen bietet sich gerade jetzt ein äußerer Anlaß. Freiherr von Haymerle hat nämlich vor kurzem den Wunsch ausgesprochen, bei Gelegenheit seines Badeaufenthaltes in Norddeutschland mit dem Herrn Reichskanzler zusammenzukommen. Fürst Bismarck ist auf diesen Wunsch gern eingegangen, um Gelegenheit zu haben, mit dem österreichischen Minister einen Gedankenaustausch über jene Fragen herbeizuführen. Wäre der Herr Reichskanzler zugleich in der Lage, Andeutungen über die russischen Wünsche zu machen, so würde er dadurch vielleicht in den Stand gesetzt, die österreichische Auffassung in Erfahrung zu bringen und zu beeinflussen; es wäre durch die Klarstellung der beiderseitigen Standpunkte immer schon ein Schritt zu der Verständigung zwischen Österreich und Rußland getan, die, wie Euer Excellenz wissen, stets das Ziel unsrer Politik bildet."

Alle Einzelpunkte, die Gegenstand der bisher getrennten, behutsam vortastenden Besprechungen gewesen waren, sind hier zusammengefaßt. Die Wichtigkeit des Erlasses wurde noch dadurch unterstrichen, daß sein Kommen dem Botschafter telegraphisch angekündigt und seine Erledigung

als sehr dringlich bezeichnet wurde; sie erfordere persönliche Rücksprache mit dem Zaren und Giers. Dies jedoch war zu Bismarcks Enttäuschung nicht ausführbar, da beide bereits am 29., noch vor dem Eintreffen des Erlasses in Petersburg, nach Livadia abreisten. Vertretungsweise leitete Baron Jomini das Außenministerium, und bei dem Mißtrauen, das sowohl Bismarck wie Schweinitz ihm entgegenbrachten, erschien nun eine ganz andre Taktik erforderlich. Auf telegraphische Rückfrage wurde der Botschafter angewiesen, „*weit mehr Zurückhaltung*" zu beobachten, „*da wir von Jomini leider Mißbrauch unsrer Eröffnungen, namentlich Übertreibung dessen, wozu wir uns erboten, und Mitteilung nach Wien zu befürchten hätten*"; er solle daher nur im allgemeinen den guten Willen zur Vermittlung erklären.

Ein so weitreichender Schritt, wie er deutscherseits zunächst geplant war, ist also infolge der Abreise der beiden entscheidenden Männer nicht unternommen worden. Aber er war auch nicht erforderlich, denn inzwischen war in Petersburg, wie die Aussprache mit Jomini erwies, die von Bismarck gewünschte Richtung schon stärker eingeschlagen worden, als man in Berlin hatte annehmen können: mit Hohenlohes Erlaß kreuzte sich eine Anweisung an Saburow, die wieder einen wichtigen Fortschritt brachte. Am 1. September eröffnete er in der Wilhelmstraße, der Zar habe, der Besorgnis Österreichs Rechnung tragend, nicht den Wunsch, den Lauf der Dinge in Bulgarien seinerseits künstlich zu beschleunigen; das Fürstentum sei noch nicht stark genug, um die Vereinigung aus eigner Kraft gegen die Türkei durchzusetzen, und ein Krieg gegen diese sei Rußland im Augenblick nicht genehm. Deshalb scheine es angebracht, schon jetzt in Verhandlungen einzutreten, damit in dem Zeitpunkt, wo schließlich sich die Union doch vollziehen werde, das Einverständnis bereits erreicht und damit die Gefahr von Komplikationen ausgeschlossen sei. Was Bismarck schon immer den Österreichern nahegelegt hatte, rechtzeitig sich auf zukünftige Eventualitäten vorzubereiten, wurde also auch von den Russen vertreten.

Über diese Bedingungen, unter denen die Zustimmung Wiens gewonnen werden sollte, enthalte seine Instruktionen nichts, fügte Saburow hinzu, „*er wisse aber, daß man in Petersburg bereit sein werde, die Annexion Bosniens und der Herzegowina zuzugeben, vielleicht auch, doch sei dies weniger sicher, die Annexion des Sandjak von Nowibazar. Zusicherungen, daß Bulgarien sich nicht gegen Mazedonien hin vergrößern werde, würde die russische Regierung auch geben*".

Was Saburow hier angeblich aus privatem Wissen über die Wien zu gewährende Kompensation angedeutet hatte, war in Wirklichkeit ausdrücklicher Bestandteil des Giersschen Erlasses, wie sich dadurch herausstellte, daß Jomini, offener vorgehend als der Botschafter, Schweinitz den Wortlaut vorlegte. An dem Punkte, wo Saburow sich besonders vorsichtig ausgedrückt hatte, Nowibazar, besagte er, daß Rußland die Regelung der Zukunft über-

lassen, d. h. sich jetzt noch nicht verpflichten wolle. Außerdem enthielt er die Forderung, daß die Türkei von ihrem Recht, die Balkanpässe zu besetzen und die Militärstraße zu benutzen, keinen Gebrauch machen, also eine neue empfindliche Einengung ihrer militärischen Möglichkeiten über sich ergehen lassen solle. Hinsichtlich Mazedoniens war Jomini wesentlich weniger entgegenkommend als Saburow; er meinte, die Anschlußbewegung an Bulgarien werde dort nicht lange auf sich warten lassen.

Obwohl also das, was Bismarck eigentlich angestrebt hatte, eine allgemeine Klärung des russischen Standpunktes, welche die Basis seines Gespräches mit Haymerle hätte bilden können, nicht gewonnen war, war der Fortschritt doch unverkennbar: die Spezialverhandlungen waren nun endlich tatsächlich eröffnet. Giers hat denn auch über den sich mit seiner Anweisung kreuzenden deutschen Schritt im gleichen Sinne lebhafte Freude bezeigt. Der Zar verlange nichts Besseres, telegraphierte er — unwissentlich den gleichen Ausdruck gebrauchend, den Haymerle früher gegen Bismarck angewendet hatte — seinem Stellvertreter, als sich mit Österreich zu vereinbaren und halte die deutsche Vermittlung für sehr wünschenswert, begrüße daher die sich durch Haymerles Besuch in Friedrichsruh bietende Gelegenheit.

Von dem Verlauf dieser Aussprache hing also viel ab. Angeregt war sie bereits Ende Juli von Haymerle worden, und Bismarck war gern darauf eingegangen. Denn bei ihr konnte er eher hoffen, die ihm in steigendem Maß auf die Nerven gehende ängstliche Vorsicht, das ständig zur Schau getragene Mißtrauen gegen Rußland zu beschwichtigen. Als Schweinitz (19. 8.) an dieser Haltung Haymerles Kritik übte mit der ausgezeichneten Formulierung: „*Mißtrauen gegen eine Regierung wie die jetzige russische, deren Absichten zuweilen durch Neben- oder Gegenströmungen vereitelt oder in ihr Gegenteil verkehrt werden, zu hegen ist selbstverständlich; es immer zu zeigen aber nicht ratsam*", stimmte Bismarck mit seinem „*sehr wahr!*" zu. Bei dem persönlichen Treffen würde es vielleicht gelingen, den Minister auf den eigenen Boden hinüberzuziehen und zu größerem Entgegenkommen zu bewegen. Auch Prinz Reuß versprach sich Gutes davon, zumal er berichten konnte, daß Kaiser Franz Joseph mit dem Plane sympathisiere; allerdings, fügte er hinzu, Haymerles Natur, „*die nun einmal mehr auf Defensivpolitik gerichtet ist*", werde dadurch kaum geändert werden[136]). So wurde die Zusammenkunft vereinbart. Daß sie bevorstand, war der Grund, aus dem, wie wir oben gesehen haben, Bismarck die Russen für seine Sondierung der Österreicher um drei Wochen Zeit gebeten hatte.

Am 4. September erschien der Minister in Friedrichsruh und blieb bis zum folgenden Tag. In aller Ausführlichkeit wurde er über das unterrichtet, was zwischen Deutschland und Rußland seit dem Winter besprochen worden war, und zugunsten des Dreiervertrags unter Druck genommen. Über den

Verlauf hat Bismarck selbst dem Grafen Rantzau am 8. einen ausführlichen Bericht für die Akten diktiert:

„*Nach den Mitteilungen des Generals von Schweinitz hatte ich gehofft, dem Baron von Haymerle neuere und genauere Nachrichten über die russischen Wünsche und Absichten geben zu können; nachdem das nicht der Fall gewesen ist, wäre mir eine Eröffnung des Herrn von Saburow immer noch erwünscht gewesen, um danach aus den sehr umfassenden Erörterungen, die ich mit meinem österreichischen Kollegen gehabt habe und die in Ermangelung der uns fehlenden praktischen Unterlagen keinen sehr präzisen Charakter haben konnten, die Äußerungen des Herrn von Haymerle zu sichten und den russischen gegenüberzustellen, soweit sie sich mit den letzteren decken. Nachdem uns aber genauere Angaben über das Bild fehlten, welches Rußland sich von der weiteren Entwicklung der Balkanhalbinsel macht, beschränke ich mich darauf, die Hoffnungen und Befürchtungen des Baron Haymerle zu unsern Akten zu bringen, damit dem russischen Botschafter das Geeignete daraus mitgeteilt wird, sobald er den Wunsch danach äußert.*

Baron Haymerle entnahm aus den kurzen und allgemeinen Andeutungen, die ich ihm über Rußlands Absichten geben konnte, vor allen Dingen mit großer Befriedigung die Überzeugung, daß Rußland jede Absicht, die Entwicklung der Dinge zu beschleunigen, fernliege. Auch er glaubte, daß sich die Verbindung Bulgariens mit Ostrumelien mit der Zeit ohne direkten Schaden für österreichische Interessen vollziehen könne, wenn nur diese eventuelle Konsolidierung mit Sicherheit auf die im Berliner Kongreß festgestellten Grenzen Bulgariens und Ostrumeliens beschränkt bleibe und Bürgschaften gegen Ausdehnung derselben nach West und Süden über die heutigen Grenzen der genannten Landesteile hinaus gegeben werden. Wenn Österreich für die Duldung der Vergrößerung Bulgariens durch Ostrumelien ein Äquivalent erwarte, so werde das wesentlich in einer wirksamen russischen Unterstützung der österreichischen Politik in Serbien zu finden sein. Die Regelung der Verkehrsbeziehungen, auf welche Serbien und Österreich miteinander angewiesen seien, begegne bei der serbischen Regierung Hindernissen, deren Überwindung durch Hilfe des russischen Einflusses Österreich zu Dank verpflichten würde. Ein weiteres Äquivalent für die Vergrößerung Bulgariens würde für Rumänien wünschenswert sein, zu dessen Nachteil die bisherigen Machtverhältnisse beider Länder zueinander [nicht] sich ändern sollten. Ich vermute, daß die Abtretung von Silistria an Rumänien gemeint war. Wenn nach der Depesche vom 1. d. M. Rußland ‚Bürgschaften' gegen türkische Grenzbesetzung und Benutzung der Militärstraße wünscht, so erfüllte dieser Ausdruck Herrn von Haymerle mit einiger Sorge, weil politische ‚Bürgschaften' als Verpflichtung zu militärischer Erzwingung des Zugesagten gedeutet werden könnten; der Ausdruck sei ein unbestimmter. Aus dem Grunde, daß er dies ist, habe ich ihn für die Sicherheiten gewählt, welche Österreich gegen Ausdehnung bulgarischer Organisationen südlich und westlich von der heutigen ostrumelischen

Grenze verlangt; der Versuch, dieselben präziser zu definieren, blieb ohne Erfolg; ich glaube, den Gedanken meines Herrn Kollegen dahin richtig zu übersetzen, daß Österreich entschlossen ist, einer weiteren Ausdehnung bulgarischer Einrichtungen als auf Ostrumelien nicht ruhig zuzusehen. Die Wahrscheinlichkeit, daß Rußland die gleiche Auffassung gegenüber etwaigen türkischen Heeresentwicklungen in Bulgarien oder Ostrumelien haben werde, beunruhigte Herrn von Haymerle um deshalb, weil seiner Meinung nach die Tätigkeit der uneingestandenen, außeramtlichen russischen Agitation in Ostrumelien und in neuester Zeit namentlich in Mazedonien geeignet sei, das türkische Einschreiten in dieses Ländchen notwendig zu machen oder doch herbeizuführen. Wenn dann dieser Fall eintrete, so werde Rußland nach den Äußerungen seiner amtlichen Organe zu einem neuen Kriege gegen die Türkei genötigt sein. Um diesen zu führen, werde Rußland dann Rumänien zum Anschluß zwingen oder sonst vergewaltigen wollen. Letzteres könne Österreich nicht zulassen, und hierin liege die Gefahr eines europäischen Krieges. Sollte letzterer verhindert werden, so müßte die bulgarische Agitation in Mazedonien und Ostrumelien aufhören, denn in dieser liege der erste Anstoß, an welchen sich das Einrücken der Türken und dann die Kriegserklärung Rußlands in unaufhaltsamer Entwicklung anreihen würden.

Ich habe Baron Haymerle erwidert, daß ich seine Befürchtungen bis zu dem Stadium eines neuen russischen Krieges gegen die Türkei nicht für ganz grundlos hielte, daß ich aber nicht glauben könnte, daß Rußland, wenn es einen für den europäischen Frieden allerdings gefahrvollen Entschluß der Art fasse, die Ausführung desselben auf dem Wege der Vergewaltigung des durch den Kongreß neu errichteten unabhängigen Staates der Rumänen und also durch tatsächliche Zerstörung dieser Neubildung bewirken würde. Rußland habe, wenn es glaube die Türkei bekriegen zu müssen, durch seine erhebliche Stellung in Kleinasien und besonders im Hinblick auf die Lage der armenischen Christen daselbst gar nicht nötig, die Türkei in Europa und unter Verletzung der neu begründeten rumänischen Unabhängigkeit anzugreifen. Daß Österreich die letztere im Falle der Not zu schützen entschlossen sei, begriffe ich; um so mehr aber wäre ich überzeugt, daß Rußland, wenn es überhaupt den Türkenkrieg von neuem glaube führen zu müssen, diesen von Kars aus führen werde, oder daß, wenn es Bulgariens als Kriegsschauplatz zu bedürfen glaube, das Petersburger Kabinett sich vorher in analoger und vielleicht präziserer Form wie in Reichstadt des österreichischen, rsp. des rumänischen Einverständnisses versichern und Österreich nicht durch einen Angriff auf Rumänien herausfordern werde. Bei der alsdann wahrscheinlichen Auflösung der Türkei würde eine neue Verständigung der Mächte ohnedies unentbehrlich sein.

Auf die Gestattung der Annexion Bosniens und der Herzegowina, selbst auf die von Nowibazar legte Baron Haymerle nicht dasselbe Gewicht, welches die russischen Äußerungen dieser Konzession zuzuschreiben scheinen. Seiner Meinung nach sei die Wiederholung einer solchen russischen Zusicherung zwar

immerhin nützlich, aber, im Grunde genommen, doch keine wesentliche Verstärkung derer, die sich bereits aus den Jahren 1877 und 1878 in den Händen Österreichs befänden. Fehlte diesen älteren Zugeständnissen die bindende Kraft, so wisse man nicht, warum man neueren von demselben Charakter mehr Gewicht beilegen solle. Die dauernde Okkupation Bosniens sei von Rußland schon 1877 zugestanden, die von Nowibazar durch das Abkommen vom 13. Juli 1878, welches mir bis dahin, wie ich glaube, nicht bekannt war; ich bitte in unsern Akten danach zu recherchieren: es war russischerseits von zwei Namen, von Gortschakow jedenfalls und entweder von Schuwalow oder Oubril unterzeichnet. Der Inhalt gestand Österreich das Recht zu, auch Nowibazar mit Gebiet zu okkupieren und für den Fall, daß die türkische Verwaltung daselbst auf die Dauer Inkonvenienzen haben sollte, die Okkupation in eine permanente gleich der des übrigen Bosniens zu verwandeln. Das Aktenstück, welches Baron Haymerle mir hierüber vorlas, trug das Datum des letzten Kongreßtages, und war in der Abschrift etwa zwei Quartseiten lang."

Aus dem Ton dieses Diktats spricht deutlich die geringe Befriedigung, die Bismarck empfand, sowohl über den Mangel der aus Petersburg erhofften Verhandlungsunterlage wie über den Verlauf der Aussprache selbst: Positiv Förderndes hat sie wenig gebracht, und die skeptische Kritik an Haymerles Persönlichkeit hat sich noch verstärkt. In letzterer Hinsicht ist aufschlußreich der Satz in Graf Rantzaus Begleitschreiben vom 9. zu dem Diktat: „*Die Äußerungen Herrn von Haymerles waren so unbestimmt und unentschieden, daß es dem Fürsten Bismarck schwer gewesen ist, den führenden Gedanken zu erfassen*"[137]), und gegen seinen Schwager Herbert sprach er sich erst recht ungeschminkt aus: „*Haymerles Eindruck war ein betrübter, d. h. sein aktiver.*" Im einzelnen erzählte er noch, Bismarck habe im Laufe des Gespräches vorgeschlagen, auch Saburow nach Friedrichsruh zu bitten; das jedoch habe der Minister abgelehnt — „*unter Hinweis auf jenes Versatilität*" —, offenbar fürchtete er zu einer bindenden Erklärung gedrängt zu werden und betrachtete die Dinge noch nicht reif genug für direkte Verhandlung zu dritt: „*Haymerle wollte sich nicht zu einer offenen Verständigung mit Rußland bequemen, weil ihm nicht zu trauen sei; auf der andern Seite perhorreszierte er den Krieg und merkwürdigerweise auch das Expeditiv mit Krieg zu drohen; er will sich nur für jeden Fall verständigen. Die Verhandlungen mit ihm waren sehr mühsam, er ist der reine Schneider. Dein Papa sagt von ihm, er ist ein bodenscheues Pferd*"[138]).

Bismarcks Meisterschaft psychologischer Beeinflussung hat also in diesem Fall versagt, sie hat nicht ausgereicht, um den Wall des Mißtrauens bei Haymerle zu durchbrechen. Zwar glaubte Reuß den Eindruck, den der Kanzler auf ihn gemacht habe, sehr hoch veranschlagen zu dürfen[139]), in seinem praktischen Verhalten änderte sich indessen nichts. Gegenüber dem Vorschlag des Nichtangriffspakts zu dritt blieb er bei dem Standpunkt, den

er einem umfassenden Balkanvertrag gegenüber früher eingenommen hatte, sich einen solchen nicht recht denken zu können, er betonte die Gefahr, dadurch in Widerspruch mit den Abmachungen des Zweibundes zu geraten. Sein Entgegenkommen bestand nur darin, daß er die Möglichkeit für die Zukunft nicht verneinte. Im Augenblick aber solle nichts geschehen, damit er frei vor die Delegationen zu treten vermöge, vor denen er besonders angesichts der bei den Polen und Ungarn herrschenden Stimmung „*etwas brummen müsse, ohne Rußland zu verletzen*“[140]). Nach wie vor wünschte er also die Angelegenheit hinauszuzögern, und wir werden diesem Wunsche noch längere Zeit begegnen. Deshalb wird die Auffassung, daß seit dem Friedrichsruher Treffen Österreich sich „ganz in Bismarcks Schlepptau“ begeben habe, den Tatsachen nicht gerecht. So weit hat des Kanzlers Erfolg keineswegs gereicht. Als günstiges Ergebnis konnte nur das angesehen werden, daß die Tür zu weiteren Verhandlungen nicht geschlossen worden war. Durch die Wiederholung der früheren österreichischen Erklärung, sich der Union Bulgariens nicht unbedingt widersetzen zu wollen, war ein wichtiger Punkt zwar noch nicht endgültig bereinigt, aber eine bessere Atmosphäre geschaffen. Und auch in einer anderen für Rußland besonders wichtigen Frage, den Meerengen, hat das Treffen wertvolle Folgen gezeitigt.

Obwohl Bismarcks Diktat kein Wort darüber enthält, war eingehend über sie gesprochen worden, und der Österreicher hatte sich in einem den Fürsten überraschenden Maße dem russischen Standpunkt zugänglich gezeigt, die Dardanellen im Kriegsfall verschlossen und damit die englische Flotte vom Schwarzen Meer fern zu halten. Daß hierüber bereits in Friedrichsruh Einvernehmen erzielt worden war, wurde erst einige Wochen später festgestellt: als Reuß am 3. Oktober berichtete, Haymerle habe in dieser Richtung guten Willen bekundet, fiel es Bismarck schwer auf die Seele, dies in seinem Diktat übergangen zu haben: „*Der Gedanke ging nicht von Rußland, sondern von mir aus, als Saburow in Berlin früher von mir Mitwirkung für Anerkennung des Satzes wünschte, daß die Dardanellen Kriegsschiffen, die gegen Rußland kämpfen wollten, nicht geöffnet werden können, ohne daß die Türkei sich durch diese Öffnung am Kriege gegen Rußland beteiligt. Ich fand das natürlich, da der Bosporus türkisches Gebiet ist, und Durchmarscherlaubnis für bewaffnete Macht (Flotte) mit Neutralität nicht vereinbar ist. Soll der Gedanke praktisch werden, so muß die Pforte ihm zustimmen. Darüber habe ich mit Saburow wiederholt gesprochen, dies jetzt Haymerle gesagt, und daß dieser ohne Zögern darauf eingehen würde, hatte ich nicht erwartet. Es geschah aber. Das muß Saburow nachträglich gesagt werden, wenn ich es in meiner ersten Aufzeichnung nicht erwähnt, so möge er mich entschuldigen, ich war sehr elend damals. Die Absicht hatte ich.*“ Dieses „elende“ Befinden ist wohl auch der Grund, warum dem langen Diktat vom 8. September der gewohnte sprachliche Glanz abgeht, und vielleicht die Erklärung für den geringen sachlichen Eindruck auf

den Gesprächspartner. Es ist einer der seltenen Fälle, wo das körperliche Leiden nachteilige Wirkung für die Politik Bismarcks ausgeübt hat. Denn beim Urteil über seine Leistung muß man sich ja vor Augen halten, daß es ein kranker Mann gewesen ist, der sie vollbracht hat. Die ständigen Klagen des Kanzlers über seine Gesundheit sind zwar sicher gelegentlich zweckberechnet gewesen, aber auch ebenso sicher sachlich gerechtfertigt. Die Krankheit hat ihn an der ungeheuren Arbeitsleistung nicht gehindert, und es ist eine ganz seltene Ausnahme, daß sie hier seine geistige Konzentration so beeinträchtigt hat, in der Wiedergabe eines wichtigen Gesprächs einen entscheidenden Punkt zu vergessen.

Wie groß die Genugtuung der Russen war, als sie nachträglich das österreichische Entgegenkommen in der Meerengenfrage erfuhren, zeigt der daraufhin zwischen Bismarck und Saburow erfolgte Briefaustausch[141]). Neben Bulgarien lag also auch hier ein sehr positiv zu bewertender Ansatzpunkt für die weitere Arbeit vor. Und es kam hinzu, daß Rußland seinerseits, schon vor Kenntnis des österreichischen Zugeständnisses, sich bereit gezeigt hatte, wenn erst einmal das Dreikaiserverhältnis bestünde, dann auch die Türkei miteinzubeziehen[142]). Darin lag die Zusage, deren weiteren Bestand nicht anzutasten, und das war geeignet, in Wien zu beruhigen, während es andrerseits darauf berechnet war, das Wohlgefallen des deutschen Kanzlers zu erregen, wenn Saburow die Lage auf dem Balkan mit der Vorgeschichte der ersten polnischen Teilung verglich: wie Friedrich der Große damals zwischen Rußland und Österreich vermittelt und durch die Teilung den Krieg verhindert habe, so heute Bismarck. Dem Botschafter war genau bekannt, wie großen Wert der Fürst auf das Teilungsprinzip für den Balkan legte, und deshalb deutete er auf diese Weise Rußlands Bereitschaft an. Als Bismarck diese Aufzeichnung des Grafen Limburg-Stirum, Hohenlohes Nachfolger in der provisorischen Leitung des Auswärtigen Amtes, vom 25. September las, schrieb er an den Rand: „*Die Teilung des heutigen Polen, am Balkan, könnte zwischen Rußland und Österreich immerhin geschehen, ohne daß wir Einspruch zu tun brauchten oder etwas begehren müßten. Österreich wird nur nicht mögen. Maria Theresia wollte auch nicht, nahm aber doch das beste Stück, und sie halten es heut noch fest.*"

Aussicht auf Einvernehmen bestand also in der bulgarischen Frage, der der Meerengen und der des künftigen Bestandes der Türkei. Scharfer Dissens dagegen lag vor hinsichtlich des Sandjaks von Nowibazar: Während die Russen zu keiner bindenden Zusage bereit waren, hatte sich Haymerle in Friedrichsruh darauf berufen, daß sie schon durch die Konvention vom 13. Juli 1878 Österreich das Recht zugestanden hätten, ihn ebenso wie Bosnien voll in seine Verwaltung einzubeziehen, so daß eine solche Zusage gar nicht als neue Konzession und damit als Kompensation für die bulgarische Union anzusehen sei. Diesen Vertrag hat Bismarck in seinem Diktat zur

Einsichtnahme vom Amt angefordert, aber groß war die Überraschung, als in dessen Akten nicht die geringste Spur von ihm festzustellen war. Es erwies sich also, daß Andrássy auf dem Kongreß hinter Deutschlands Rücken einen Geheimvertrag mit Rußland abgeschlossen hatte —, ein Symptom für den geringen Grad wirklichen Vertrauens, der damals vor dem Bündnis noch zwischen Wien und Berlin bestand, und gleichzeitig die beste Rechtfertigung für Bismarcks häufig ausgesprochene Sorge vor der Möglichkeit direkter Vereinbarungen zwischen Wien und Petersburg ohne Rücksicht auf Deutschland. Nunmehr ordnete der Fürst an, Haymerle um eine Abschrift des Abkommens zu bitten, nachdem er ihn mündlich bereits orientiert habe. Dem Ansuchen wurde auch bereitwillig entsprochen und Bismarck in den Stand gesetzt, seine Vermittlertätigkeit auf genaue Kenntnis der Sachlage aufzubauen[143]).

Von dem Inhalt der Friedrichsruher Aussprache hatte Bismarck gemäß seiner Rückkehr zur Maklerrolle alsbald Saburow durch den Grafen Limburg-Stirum unterrichten lassen. Allerdings geschah dies nur mündlich, eine schriftliche Mitteilung wollte der Kanzler vermieden wissen, da sie „*fast die Natur einer amtlich redigierten Unterlage eines Vertrags*" haben würde und hierzu die Dinge noch nicht genügend gefördert waren[144]). Saburow begrüßte die Stellungnahme wegen Bulgariens mit offensichtlicher Erleichterung. Hinsichtlich Nowibazars bestätigte er die Existenz der Konvention, berief sich indessen darauf, daß der in ihrem zweiten Absatz vorgesehene diplomatische Beistand Österreichs bei der Ausführung der Kongreßbeschlüsse nicht gewährt und infolgedessen auch die Verpflichtung für Rußland hinfällig geworden sei[145]). Daher sei es, meinte er, besser, so wenig wie möglich von dem Abkommen zu reden. Jedenfalls stelle es eine gewichtige Konzession dar, falls Rußland sich entschließen sollte, das damals Zugestandene erneut zu bestätigen.

Bei diesem scharfen Gegensatz der Standpunkte in einer der zu bereinigenden Fragen und bei der unverändert in Wien herrschenden Stimmung mußte Bismarck seine Taktik auf Zeitgewinn einstellen. Er pflichtete Haymerle bei, daß „*jedes drängende Vorgehen auf Anbahnung eines förmlichen Abkommens*" verschoben werde. Allerdings fügte er hinzu: „*damit bis nach Schluß der Delegationen zu warten, scheint mir unbedenklich*", womit er aussprach, daß keine allzu lange Zeit verstreichen und der Fortgang nicht etwa ad calendas Graecas vertagt werden dürfe.

11. Entscheid der montenegrinischen Frage

Desto eher durfte sich der Kanzler das Temporisieren Haymerles aneignen, weil in diesen Septembertagen die noch immer ungeklärten, sich aus dem Kongreß herleitenden Streitfragen wieder einmal in ein kritisches Stadium traten und die volle Aufmerksamkeit der Kabinette erforderten, sollte nicht das mühsam erhaltene Konzert in die Brüche gehen. England hatte zur Flottendemonstration gedrängt in der Erwartung, daß die bloße Drohung den Sultan auf die Knie zwingen werde. Diese Hoffnung hatte getrogen, und so waren die Schiffe in Fahrt gesetzt worden, zunächst um sich in Catarro zu vereinigen. Aber die Pforte wußte, daß sie nicht schießen sollten, und ließ sich deshalb nicht beeindrucken. Vielmehr machte sie einen neuen Versuch, Deutschlands Hilfe zu gewinnen und die Einigkeit der Mächte zu sprengen.

Am 16. September sprach Abdul Hamid Hatzfeldt die Bitte aus, „*in seiner überaus peinlichen und gefahrvollen Lage zwischen der Pression Europas und dem Widerstand seiner albanischen Untertanen, deren Blut er nicht vergießen könne*", möge Kaiser Wilhelm die Entscheidung übernehmen[146]), und zwei Tage später wurde der türkische Botschafter in Berlin in gleichem Sinne vorstellig. Noch nicht genug damit aber, am 22. telegraphierte der Sultan direkt an den Kaiser, er möge zur Verhinderung der Flottendemonstration vermitteln.

Kaiser Wilhelm gab die Depesche noch am gleichen Tage ans Auswärtige Amt zur Weiterleitung nach Friedrichsruh, zusammen mit einem eigenen „*projet de réponse*", das seinen politischen Blick wieder in bestem Lichte erscheinen läßt: „*Einfach dankend für bewiesenes Vertrauen und würde das Telegramm den anderen Mächten mitgeteilt werden. Oder: Dankend für bewiesenes Vertrauen. Ich sei aber Mitkontrahent des Berliner Friedens und aller in bezug auf Montenegro seitdem gepflogenen Unterhandlungen, namentlich der Beschlüsse der letzten Berliner Konferenz. Ich dürfe mich nicht trennen von den übrigen Großmächten, würde denen daher das Telegramm zur Beschlußfassung vorlegen, könne aber keine Initiative ergreifen, als die politisch wenigst beteiligte Großmacht. Oder: höflichst abweisen und Anheimstellung, sich direkt mit den Vorschlägen des Telegramms an die andern Großmächte zu wenden (vielleicht Andeutung, daß die geforderten Garantien weiter gingen als alles bisher Geforderte, also unannehmbar). Wilhelm.*"

„Der Chef war sehr frappiert von der Schärfe, mit welcher die Alternativen des Kaisers gefaßt waren", schrieb Rantzau an Limburg-Stirum, die Antwort des Kanzlers übersendend (23. September). Sie ist wieder bezeichnend für das folgerichtige Festhalten an der Vorsicht, die Bismarck von jeher auf die orientalischen Fragen verwandte.

„Bei Beurteilung der durch das Telegramm des Sultans an Seine Majestät den Kaiser hervorgerufenen Situation ist meines Erachtens daran festzuhalten, daß einerseits wir den Sultan nicht bedrängen und uns nicht zum Werkzeug der für den Frieden gefährlichen Gladstoneschen Umsturzpolitik hergeben sollten; daß wir aber andrerseits jeden Anschein vermeiden müssen, als ob wir das Organ oder die Begünstiger des Widerstandes gegen Ausführung von Kongreßbeschlüssen wären.

Ich würde deshalb vorschlagen, bei Beantwortung des Telegramms des Sultans von den drei in dem Allerhöchsten Handschreiben präzisierten Wegen Nr. 2 und 3 kumulativ einzuschlagen.

Die Zusage der Mitteilung des Telegramms an die Mächte in Nr. 1 wäre mir um deshalb bedenklich, weil darin doch in gewissem Sinne eine Unterstützung der der Kongreßakte widersprechenden Wünsche des Sultans durch Seine Majestät liegen würde. Eine solche können wir aber, wie der Kaiser sehr richtig in Nr. 2 bemerkt, keinem Vorschlage leisten, welcher die Wiederaufhebung der Berliner Kongreßbeschlüsse beantragt. An letzteren hat nicht nur Seine Majestät, sondern auch der Sultan teilgenommen, und beide hohen Mitkontrahenten sind daher zu Schritten nicht berechtigt, die eine Wiederaufhebung der Kongreßstipulationen beabsichtigen.

Ich würde daher vorschlagen, die Antwort Sr. Majestät dahin zu fassen, daß Deutschland ohne Gefahr für den Frieden sich von den übrigen Mächten nicht trennen könne und S. M. der Kaiser sich nicht für berechtigt halte, eine von dem Berliner Vertrag abweichende und absehende Stellung einzunehmen. Der Kaiser würde keiner Konzession widersprechen, über welche die anderen Mächte sich einigten, könne aber ungeachtet der persönlichen Freundschaft für den Sultan und der Sympathie, welche das Vertrauen des letzteren in ihm wecke, die Initiative in Vorschlägen zur Abänderung der Berliner Abmachungen nicht ergreifen; ein solches Verhalten würde mit dem Rücktritt von diesen Abmachungen der Wirkung nach zusammenfallen und mit der Heiligkeit des Kaiserlichen Wortes und der völkerrechtlichen Verträge nicht verträglich sein. S. M. würde außerdem befürchten müssen, das Selbstgefühl der übrigen Mächte zu verletzen, wenn Deutschland denselben eine so weitgehende und neue Forderung stellen wolle, wie sie in dem „abandon de tout projet de démonstration pour n'importe quelle question que ce soit" enthalten sei."

Die hiernach von Holstein französisch abgefaßte Note wurde nicht nur auf Bismarcks Anordnung sowohl dem Sultan als auch allen deutschen Botschaftern en clair telegraphiert, um Entstellungen vorzubeugen, sondern

auch — dies wieder auf besonderen Befehl Kaiser Wilhelms — auf diplomatischem Wege den Großmächten zugeleitet. Der vorsichtige Hatzfeldt sah aber voraus, daß die Pforte den abgeschlagenen Versuch in der Form erneuern werde, ihn in seiner Eigenschaft als Doyen in Anspruch zu nehmen, und bat für diesen Fall um Instruktion (29. September). Sie wurde ihm erteilt gemäß dem Marginal des Fürsten: *„Der Doyen ist kein Organ für politische Eröffnungen der Pforte an seine Kollegen; die letzteren sind berechtigt, sie abzulehnen, wenn sie ihnen durch den Doyen und nicht direkt zugehen. Hatzfeldt muß seine Kollegen fragen, ob sie ihn zur Entgegennahme ermächtigen und die Pfortenmitteilungen durch seine Vermittlung in Empfang nehmen wollen. Erklären sie sich dazu bereit, so mag er der Pforte den Gefallen tun, ihr Spediteur zu sein; bis zur Erklärung seiner Kollegen sich aber des Vermittleramtes enthalten und der Pforte sagen, warum und wie lange er sich enthält."* Herrscher und Kanzler stimmten also vollständig überein in dem Prinzip, auch weiterhin gegen das Konzert äußerste Korrektheit zu bewahren und sich selbst nicht in den Vordergrund drängen zu lassen.

Kaum war jedoch der türkische Versuch abgewehrt, erfolgte, ganz ähnlich wie im Juni, ein britischer im entgegengesetzten Sinne. Diese letzten Septembertage sind überhaupt von einer ungeheuren diplomatischen Betriebsamkeit erfüllt gewesen, von der die Akten Zeugnis ablegen durch eine geradezu unheimliche Flut von Telegrammen und Berichten und die Bismarck nötigte, dem Amt die Grundlinien seiner Politik in ungewöhnlich zahlreichen und umfangreichen Erlassen einzuschärfen. Sie bieten die beste Handhabe, über das Hin und Her des Einzelgeschehens den Blick auf das Wesentliche zu gewinnen.

Das Londoner Kabinett sah, so hatte Graf Münster berichtet, die Lage überaus ernst an; Europa könne nicht nachgeben und müsse daher *„weitergreifende Zwangsmaßnahmen"* ins Auge fassen. Was England bisher den Russen verweigert hatte, beantragte es also nunmehr selbst. Gedacht wurde dabei entweder an Besetzung Smyrnas oder sogar Konstantinopels. Für den allgemeinen Frieden eröffnete dies bedenkliche Perspektiven, nicht nur insofern als sich gar zu leicht Komplikationen unter den Mächten selbst einstellen konnten, sondern auch als ein allzu heftiger Druck auf die Türkei eine Explosion in deren Inneren in den Bereich der Wahrscheinlichkeit rückte, die weit über die unmittelbaren Absichten hinausführen und unberechenbare Folgen haben mochte. Hatte Bismarck sich bisher schon größte Vorsicht zur unabänderlichen Pflicht gemacht, so schien sie ihm jetzt erst recht geboten.

Zunächst beschränkte er sich darauf, am 29. einen *„Leitfaden der ministeriellen Behandlung, nicht zur Mitteilung an die Botschaft"* aufzusetzen:

„Daß die Krisis ernst werden kann, ist möglich, obschon nicht notwendig. Daß Europa nicht nachgeben kann, ist ein Satz, den ich nicht akzeptiere, da ich

den Solidaritätsbegriff ‚Europa' nicht zulasse. Die fünf Mächte haben sich über bestimmte Maßregeln verständigt, deren Tragweite von uns von Hause aus als möglicherweise nicht ausreichend erkannt war. Sie sind darin schon abgewichen von den Grundsätzen des Berliner Kongresses, die ausdrücklich dahin gingen, daß die Mächte sich nicht zu gewaltsamer Durchführung ihrer Beschlüsse verpflichteten.

Einen förmlichen Krieg gegen die Pforte zu führen, um sie zur Durchführung der Berliner Kongreßbeschlüsse zu zwingen, kann in unsrer Absicht keinesfalls liegen: Ich würde eine Landung deutscher Truppen, bei der das Leben unsrer Soldaten für ganz fremde Zwecke aufs Spiel gesetzt wird, Seiner Majestät nicht empfehlen können. Die Ziele der englischen Politik sind uns unbekannt, und nach allen bisherigen Kundgebungen darüber haben wir keine Unterlage für irgendwelches Vertrauen in deren Ergebnisse. Die englische Politik hat im Wesentlichen einen für Österreich unfreundlichen Charakter, und soweit dies zutrifft, gefährdet sie meiner Ansicht nach den europäischen Frieden und schwächt in allen Ländern das Vertrauen zu demselben. Wir können uns von der Politik Englands in der Richtung uns unbekannter Ziele nicht ins Schlepptau nehmen lassen. Meines Erachtens bleibt es für uns politisch richtig, jede Politik diplomatisch zu unterstützen, über welche Österreich und Rußland sich einigen, ganz unabhängig von dem, was die übrigen Mächte dazu sagen. Aber an der kriegerischen Aktion gegen die Türkei teilzunehmen, selbst wenn Österreich und Rußland es wünschen sollten, dazu könnte ich dem Kaiser niemals raten: einmal kann niemand wissen, ob uns die Türkei nicht unter Umständen nützlich ins Gewicht fallen kann bei den unberechenbaren Wendungen der englischen und russischen Politik; dann aber würde ich außerstande sein, die Kosten und die Verluste an Menschenleben zu vertreten, für welche man keinen andern Grund anführen kann, als daß andre Mächte es getan und gewünscht hätten."

Ganz deutlich wird hier, wie unter dem Eindruck von Gambettas Auftreten in Bismarcks Orientpolitik das Ziel der Verständigung mit Frankreich zurücktritt hinter dem andern, die drei Kaiserhöfe zusammenzubringen. Voraussetzung dafür aber war die starke Stellung Österreichs, und deshalb ließ Bismarck die Rücksicht auf dessen Interessen jetzt besonders auf sich wirken. Am Tage, nachdem er den „Leitfaden" diktiert hatte (30. September), ergänzte er ihn noch in diesem Sinne: „*Wenn England und Rußland allein agieren wollten, so würden wir sie daran nicht hindern, vielleicht im Gegenteil uns darüber freuen können. Es frage sich nur, wie Österreich sich dazu stellen würde. Unter dem Ministerium Disraeli wäre man sicher gewesen, daß England zu gleicher Zeit auch die österreichischen Interessen deckte; diese Gewißheit fehle jetzt.*" Die gleiche Rücksicht auf Österreich spricht aus einem Diktat vom 2. Oktober. Zahlreiche absprechende Urteile des Kanzlers über Gladstone sind längst bekannt. Dies ist eines der schärfsten:

„Auch ich hege nicht nur Zweifel an der Bereitwilligkeit Österreichs, englische Vorschläge für ‚weitergehende Zwangsmaßregeln' zu unterstützen, sondern bin fest überzeugt, daß die an sich ängstliche österreichische Politik sich nicht weiter in das englisch-russische Schlepptau wird nehmen lassen. Selbst wenn eine englische Regierung an der Spitze stünde, deren Ziele man mit einiger Wahrscheinlichkeit berechnen und als förderlich für den europäischen Frieden ansehen könnte, würde Österreich schwerlich zu ‚weitergehenden Zwangsmaßregeln', also zu kriegerischer Operation gegen die Türkei sich hergeben und nach der Stimmung seiner Völker und Parlamente hergeben können. Ich hatte kaum erwartet, daß Österreich bis zur eventuellen Beschießung von Dulcigno mitgehen würde; indessen kann man diese Operation, da Dulcigno nach den bestehenden Verträgen rechtlich nicht mehr zur Türkei gehört, noch in dem Lichte betrachten, daß sie einen Akt der Kriegführung gegen die Türkei nicht bildet und daß die türkischen Truppen, welche sich dort in die Schußlinie der Schiffe der Kongreßmächte begeben, sich außerhalb der anerkannten Grenzen des türkischen Reichs befinden. „Weitergehende Zwangsmaßregeln" aber können kaum in etwas anderem bestehen als in Akten der Kriegführung gegen die Türkei. Warum sollte nun Österreich sich zur Kriegführung gegen die Türkei entschließen? Es ist von dieser weder angegriffen noch bedroht; im Gegenteil wegen Nowibazar usw. auf das Verständnis mit ihr angewiesen. Man kann von Österreich nicht erwarten, daß es die unbekannten Pläne einer uneingestandenen und unberechenbaren russischen Politik unterstütze, bevor es über die Ziele derselben nicht vertragsmäßige Klarheit hat. Ebensowenig kann von einem so vorsichtigen Kabinett erwartet werden, daß es pour les beaux yeux de Mr. Gladstone sich mit seinen Parlamenten im Innern überwerfe und für einen so notorischen Feind, wie Gladstone sich für Österreich dokumentiert, irgendwelche Kastanien aus dem Feuer hole. Man wird auch dort keine übertriebene Meinung von der Weisheit der europäischen Politik des Herrn Gladstone und von der Geschicklichkeit ihrer Ausführung haben und sich daher an Bord dieser Politik nicht einschiffen wollen. Ich teile diese Meinung und glaube, daß seit dem amerikanischen Unabhängigkeitskriege die Leitung der englischen Politik niemals in so unfähigen Händen gewesen ist. Sich solchen Politikern beizugesellen, würde auch für uns nicht ohne Gefahr sein, und die Gefahr, welche in einer Verbindung mit unfähigen Politikern liegt, ist eine um so größere, wenn diese Unfähigkeit mit dem Gefühl der Unfehlbarkeit eines Doktrinärs gepaart ist.

Ich werde deshalb auch meinerseits, wenn England „weitergehende Zwangsmaßregeln" im Sinne hat, Seiner Majestät nicht vorschlagen können, bei denselben mitzuwirken.

Wir würden eine Politik der Art nicht vertreten können, weil wir nicht imstande sind, das deutsche Interesse nachzuweisen, welches Opfer an Menschen und Geld rechtfertigt; und niemand kann vorhersehen, welche Ausdehnung diese Opfer schließlich nehmen werden. Außerdem hat die Frage auch ihre verfassungs-

mäßigen Bedenken. Nach Artikel 11, Absatz 2, der Reichsverfassung ist, der Fall feindlichen Angriffs ausgenommen, zur Erklärung des Krieges im Namen des Reiches die Zustimmung des Bundesrats erforderlich. Angegriffen sind wir von den Türken nicht, und zwischen ausdrücklicher Erklärung des Kriegs und tatsächlicher Einleitung des Kriegs durch einen Angriff auf ein andres Land ohne Kriegserklärung, was völkerrechtlich zulässig ist, einen Unterschied zu machen, wird ehrlicher Weise kaum tunlich sein; die Verfassungsbestimmung wäre sonst eine inhaltlose.

Auch wenn daher der Fall nicht vorläge, daß unsre Interessen uns die Beteiligung an kriegerischen Operationen gegen die Türkei untersagen, und wenn wir auch gewiß wären, daß uns die Genossenschaft mit der englischen Politik keinen unbekannten Abenteuern entgegenführen würde, so würde ich doch glauben, daß wir zu solcher Beteiligung die Zustimmung des Bundesrats einholen sollten. Ich zweifle nicht, daß wir sie erhalten würden, wenn wir sie ernstlich verlangten; zu letzterem kann ich indessen nicht raten.

Wir sind noch weniger wie Österreich durch politische Interessen berufen, den Frieden des Landes zu gefährden, da Österreich eigene Interessen dort hat; wir könnten meines Erachtens es ruhig zulassen, wenn England und Rußland allein auf eigne Hand „weitergehende Zwangsmaßregeln" ergriffen; der Verlauf derselben würde bald die Unnatürlichkeit des Zusammenwirkens dieser beiden Mächte zutage fördern, und die Beunruhigung der Friedensaussichten, welche in dem Gladstone'schen Regimente liegt, würde vermutlich bald ein Ende nehmen. Ich weiß nicht, ob das Wiener Kabinett sich in der Lage fühlt, mit gleicher Ruhe wie wir dieser Eventualität entgegenzusehen und ob es das hinreichende Selbstvertrauen haben würde, um das Ergebnis jener unnatürlichen Verbindung Englands und Rußlands ruhig abzuwarten. Es wäre mir erwünscht, wenn Prinz Reuß zu einer vorsichtigen Sondierung auf diesem Gebiete Gelegenheit fände. Der Gedanke darf aber nicht als diesseitiger Vorschlag gebracht werden, sondern nur im Wege einer akademischen Erörterung der verschiedenen Eventualitäten, welche die Situation möglich erscheinen läßt. Zum Vortrag bei Seiner Majestät wird der Gedanke erst reif sein, wenn wir entweder die Ansichten des Wiener Kabinetts kennen oder wenn inzwischen Vorschläge zu „weitergehenden Zwangsmaßregeln" direkt an uns herantreten sollten."

Dies letztere wurde noch am gleichen Tage zur Wirklichkeit, der englische Botschafter erklärte dem Grafen Limburg-Stirum, seinem Kabinett scheine der Augenblick gekommen *„to place this pressure upon a broader issue"*, vorläufig allerdings ohne nähere Angabe, nach welcher Richtung diese Verbreiterung erfolgen solle. So schärfte Bismarck dem Auswärtigen Amte noch einmal seinen Standpunkt ein (3. Oktober):

„Die Symptome mehren sich, welche vermuten lassen, daß England und Rußland eventuell allein in der Exekution gegen die Türkei fortzufahren geneigt

sind. Ich habe meine Ansicht, daß man sie darin nicht stören soll, schon ausgesprochen, füge aber zu ihrer Motivierung noch einiges hinzu.

Wenn, wie man nach den Äußerungen des Herrn von Saburow annehmen darf, etwaige russisch-englische Maßregeln auf den Zweck beschränkt blieben, bezüglich Montenegros den Berliner Vertrag durchzuführen, so wird, wie ich glaube, auch Österreich solche Bestrebungen nicht hindern wollen. Die österreichische Politik hat bisher, und wie ich glaube mit Recht, vermieden, den Montenegrinern im Lichte eines Gegners zu erscheinen und sich die Bevölkerung dauernd zu entfremden; wenn das Wiener Kabinett, wie ich hoffe, diese Politik beibehalten will, so kann es kaum seines Dienstes sein, einer Aktion, welche lediglich zu dem Zwecke auftritt, Montenegro zu seinem vertragsmäßigen Rechte zu verhelfen, hindernd in den Weg zu treten und den Montenegrinern als verantwortlich für die Nichterfüllung ihrer Ansprüche zu erscheinen. Wenn England und Rußland feindlich gegen die Türkei vorgehen sollten, so übernehmen sie eine Aufgabe, die vielleicht schwerer ist, als sie aussieht; sie werden daher die Schwierigkeiten derselben nicht dadurch vermehren wollen, daß sie das Ziel, welches sie sich stecken, überschießen und dadurch die Beziehungen zu den anderen Mächten komplizieren. Darum schließe ich, daß sie keine dieser anderen Mächte in die Versuchung führen werden, aus der Neutralität herauszutreten, daß vielmehr das Gewicht der beobachtenden Neutralität der übrigen Mächte ein sehr wirksames sein werde, vielleicht wirksamer als die Opposition gegen einen Plan, welche an den Tag tritt, bevor die Ausführung des Planes begonnen hat, also zu einer Zeit, wo die Unternehmer bezüglich der Richtung ihrer Pression noch freie Wahl haben.

England hat sich in der Dulcigno-Sache, vielleicht ohne Absicht, so fest engagiert, daß ich nicht recht sehe, wie seine Politik oder doch die jetzige Regierung anders könnte als den Zwang gegen die Türkei weitertreiben. Die Schwierigkeiten, welche England auf diesem Wege zu überwinden haben wird, hat sich die jetzige Regierung wohl nicht klar zu machen gewußt, und diese werden noch größer werden, als sie jetzt scheinen, wenn die gemeinsame Aktion mit Rußland auf dem bisher zwischen beiden streitigen Boden die Hintergedanken beider zum Ausdruck und vor die Öffentlichkeit bringt. Ich will dabei nicht sagen, daß ich bei dem Gladstone'schen Kabinett Hintergedanken überhaupt vermute, aber gerade die Tatsache, daß dergleichen nicht vorhanden sind, daß diese ganze Politik keinen andern Untergrund hat als den arbiträren und phantastischen Willen einiger Dilettanten, diese Tatsache wird, wenn sie in England zum Bewußtsein der Nation kommt, doch wahrscheinlich dahin führen, die Politik dieses mächtigen Landes wieder in regelmäßige und friedliche Geleise zu schieben."

Hoffte Bismarck also, daß die Leidenschaft der antitürkischen Politik Englands auf die Dauer zur Rückkehr der Konservativen an die Macht führen werde, so wollte er Deutschland auf keinen Fall an einer weiteren Aktion gegen die Türkei beteiligen; wenn jedoch England und Rußland sich dazu

entschließen würden, sah er weder vom deutschen noch vom österreichischen Standpunkt aus ein unmittelbares Bedenken dagegen. Deshalb war es ihm nicht unlieb zu hören, daß der auf Besuch in Berlin weilende österreichische Thronfolger bei der Tafel im Neuen Palais gesagt haben sollte, Österreich habe gar keinen Grund, den Russen Konstantinopel nicht zu gönnen, falls es selbst Saloniki bekäme —, eine Äußerung, die übrigens Kronprinz Rudolf selbst, wie Reuß berichtete (3. Oktober), gegen Haymerle energisch in Abrede stellte und die auch nicht im Einklang stand mit der faktischen Wiener Politik.

Bei dem so deutlich verkündeten Programm, selbst nicht mitzumachen, aber auch keine Schwierigkeiten zu bereiten, wenn andere Zwang anwendeten, blieb Bismarck, als England am 4. Oktober die grundsätzliche Ankündigung vom 2. konkretisierte und die internationale Besetzung Smyrnas beantragte. Daß dieser Schritt zum Ziele führen werde, erwartete der Kanzler nicht: „*Die Frage bleibt immer die: kann der Sultan nachgeben, ohne Opfer türkischer Explosion zu werden, und wagt er es? Er wird lieber ohne Smyrna weiterregieren als Thron und Kopf verlieren.*" Zusammenfassend schrieb er deshalb dem Amt: „*Meo voto gehen wir nicht mit, fahren aber fort, dem Sultan Nachgeben zu raten, damit er auf unsre Sympathie mit seinem Widerstand nicht etwa rechne. Zustimmen ja, mittun nein. Seine Majestät in diesem Sinne zu fragen. Wir können uns nicht unter Gladstones Leitung auf Abenteuer und Komplikationen ins Ungewisse einschiffen. Niemand weiß, was Gladstone schließlich will; er selbst auch nicht. Seine Führung ist unannehmbar antimonarchisch, revolutionär, friedlos. Wir brauchen nicht gleich nein zu sagen, sondern antworten, daß ich die Befehle des Kaisers erst einholen könnte, wenn wir die Entschließungen der näher interessierten Mächte (Österreich, Rußland, Frankreich, Italien) kennten. Zunächst würden wir also diese befragen.*"

Das Ergebnis dieser auf Zeitgewinn berechneten Sondierung war, daß Rußland und Italien sich bereit zeigten, sich dem englischen Vorschlag anzuschließen, daß dagegen Frankreich und Österreich wie Deutschland nicht mitmachen würden und auch nicht daran dachten, den aktiv vorgehenden Mächten etwa ein Mandat auszustellen. Die „unnatürliche" Mächteverbindung, wie Bismarck sich ausgedrückt hatte und die er jetzt der Tatsache zuschrieb, daß England und Rußland auf Umsturz ausgingen, während Deutschland, Frankreich und Österreich „*die einzigen sind, die ehrlich den Frieden wollen*"[147]), zeichnete sich also am Horizont ab, mit der Einmütigkeit des europäischen Konzerts schien es vorbei. Jedoch der Friedenswille war auch in London und Petersburg vorhanden; wohl auch in der Einsicht, daß diese Kombination den Spezialfall, für den sie ins Leben gerufen würde, nicht überdauern könnte, verzichteten beide Kabinette auf die Aktion gegen Smyrna, diese nach Kaiser Wilhelms Ausdruck[148]) „*Don Quichottiade*". Äußerlich war damit die Einheit wiederhergestellt, aber sachlich war man im montenegrinischen Streit keinen Schritt weitergekommen. Wie in Eng-

land das Ergebnis beurteilt wurde, zeigt der Witz der „Truth", Goschen solle als „Baron del Fiasco di Dulcigno" ins Oberhaus berufen werden.

Denkbar schärfste Skepsis gegen das britische Kabinett hat alle die zitierten Äußerungen Bismarcks aus diesen bewegten Tagen bestimmt. Auch die Begründung, die Lord Russell am 2. Oktober für die Notwendigkeit scharfen Einschreitens gegen den Sultan gab, daß sonst alle mohammedanischen Untertanen Englands einen Anreiz für Unbotmäßigkeit finden könnten, war nicht geeignet, den Kanzler von ihr abzubringen: *„Die grundsätzliche und unprovozierte feindliche Behandlung des Kalifen durch England wird die englischen Muselmänner auch nicht zu Freunden Gladstones machen"*, war sein schwer widerleglicher Einwand. Daß er aber mit seinem absprechenden Urteil über Gladstones Politik auch den andern Kabinetten gegenüber nicht hinter dem Berge hielt, ist offensichtlich darauf berechnet gewesen, die Stimmung in England selbst zu beeinflussen und dort die Gegenkräfte gegen die liberale Regierung mobil zu machen. Holsteins Eindruck war, so schrieb er am 16. Oktober an Herbert Bismarck (F. A.), daß es dem Fürsten jetzt in erster Linie darauf ankomme, Gladstone zu stürzen, wodurch sein eigenes Herankommen an Rußland zweifellos erleichtert worden wäre.

Bei dieser Stimmung kann es nicht wundernehmen, daß erst recht ein englischer Versuch, ihn aus der peinlich jede Initiative meidenden Zurückhaltung herauszuoperieren, nicht die geringste Gegenliebe fand, genau wie wir es bei dem türkischen gesehen haben. Auf Münsters Telegramm vom 29. September: *„Englische Regierung und Lord Granville persönlich würden es dankbar anerkennen, wenn sie in vertraulicher Weise von der Ansicht des Herrn Reichskanzlers über die gegenwärtige kritische Lage unterrichtet werden könnten"*, war seine erste Reaktion das Marginal: *„ich habe keinen Beruf, mir eine Ansicht darüber zu bilden. Doktorfrage"*. Und auf den schriftlichen Bericht des Botschafters bemerkte er: *„ich bin froh, wenn ich mir selbst raten kann"*. Den Inhalt der offiziellen Antwort bestimmte er im Diktat vom 4. Oktober: *„Wenn Lord Granville mir die Ehre erweist, meine Meinung über das, was geschehen könnte, wissen zu wollen, so wird derselbe darüber nicht im Zweifel sein können, daß ich mit amtlicher Aussprache derselben doch eine große Verantwortung übernehmen würde. Die Entschließungen, welche die Regierung eines großen Landes in solchen Fragen faßt, sind immer zum großen Teil das Ergebnis der Rücksichtnahme auf die öffentliche Meinung und die innere Politik des einzelnen Landes. Dies ist bei uns der Fall, und wird es auch in England sein. Schon hierüber fehlt mir in Betreff Englands der Mut, mir ein Urteil zu bilden.*

In zweiter Linie hängen solche Entschließungen wesentlich davon ab, wie dritte und vierte Großmächte sie auffassen und sich zu ihrer Ausführung stellen. Auch darüber wage ich keine Vorhersagungen; nur die Kabinette selbst können wissen, was sie tun werden, und auch das nicht immer; aber sie können wenigstens Versprechungen darüber geben. Ich vermute, daß Österreich einer aus-

schließlich englischen Aktion in Montenegro nicht entgegen sein, eine russische aber ohne eigne Mitwirkung nicht wünschen wird. Daß Österreich in weiterer Entfernung von seinen Grenzen englisch-russischen Zwangsmaßregeln gegen die Pforte entgegentreten wird, habe ich keinen Grund anzunehmen.

Von der Besetzung türkischer Ortschaften verspreche ich mir wenig Wirkung auf die Entschließungen der Pforte, es sei denn Konstantinopel. Das ist aber eine Frage, welche die Macht oder die Mächte, die ein entscheidendes Vorgehen durch ihre Interessen geboten finden, sich selbst beantworten müssen; kein Fremder kann darin die Verantwortlichkeit eines Vorschlags, eines Rates oder auch nur einer Suggestion übernehmen"[149]).

Vergleicht man diesen Bescheid an Lord Granville mit den anderen Diktaten dieser Tage, so wird man finden, daß er in vorsichtiger und höflicher Form, wenn auch mit unverkennbaren Spitzen, Bismarcks wirkliches Urteil über die Lage enthält. Auch hier hat er klargestellt, daß es nicht Deutschlands Sache sei, eine führende Rolle bei dem kollektiven Vorgehen zu übernehmen. Die Verdächtigung aber, die vielfach und besonders in der französischen Presse laut wurde, daß diese betonte Zurückhaltung nichts anderes sei als eine Spekulation auf Konflikte zwischen den direkt Betroffenen, ist völlig gegenstandslos gewesen. Denn in Wirklichkeit hat Bismarck dem europäischen Konzert den denkbar besten Dienst erwiesen und sich ihm höchst loyal gezeigt, indem er unter der Hand, wie schon immer, jetzt erst recht dem Sultan zur Nachgiebigkeit gegen dessen Forderung riet. Ohne nach außen hervorzutreten, hat Graf Hatzfeldt den ganzen Einfluß, den er sich durch seine Geschicklichkeit und seinen Takt erworben hatte, in dem Sinn eingesetzt, daß die Erfüllung der vertraglichen Verpflichtungen die beste Methode sei, den geplanten Zwangsmaßnahmen vorzubeugen. Bei der Natur Abdul Hamids versprachen sich die deutschen Staatsmänner von solchem Vorgehen mehr als von demonstrativen Gesten und Drohungen.

Besonders wichtig vom deutschen Interesse aus war, daß hierbei sich erneute Gelegenheit zum Zusammengehen mit Frankreich bot; den Anstrengungen Hatzfeldts parallel liefen gleichgeartete Schritte des französischen Botschafters Tissot, und darauf, daß sie den Auftakt zu noch engerem Heranrücken der beiden Länder aneinander bilden konnten, eröffnete sich gute Aussicht durch den neuen Regierungswechsel in Paris, den Ersatz Freycinets durch Jules Ferry, unter dem Barthélemy Saint-Hilaire, der Schüler und Verehrer deutscher Philosophie, das Außenministerium übernahm. Von ihm durfte erwartet werden, daß er noch stärker in die Bahn Waddingtons zurücklenken werde, und gerade bei Bismarcks Urteil über Gladstone mußte ihm dies von doppelter Wichtigkeit sein: denn je geringer sein Zutrauen zur englischen Politik war, um so mehr bedeutete ihm die Entspannung mit Frankreich.

Daß Bismarck jetzt wieder einem Zusammengehen mit Frankreich mehr zuneigte, als er es in den letzten Monaten seit Gambettas Drohung getan hatte, läßt sich nicht bloß einer privaten Äußerung zu Hohenlohe[150]) entnehmen, sondern auch seinen Taten. Er lehnte es ab, die deutsche Vertretung in Marokko zum Rang einer Gesandtschaft zu erheben[151]), um in Paris keinen Stoff für Mißtrauen und Agitation zu liefern. Vor allem aber änderte er wieder seine Stellung im Streit um Tunis. Wir sahen, daß zuletzt seine Anweisungen dahin gegangen waren, überhaupt jede Äußerung und erst recht jede Parteinahme für eine der streitenden Parteien zu vermeiden. Statt dessen hat er jetzt, offenbar auch unter dem Eindruck, daß Italien in den Orientfragen fast stets im anderen Lager stand, persönlich sich Saint-Vallier gegenüber wiederholt ganz eindeutig zugunsten des französischen Anspruchs festgelegt[152]). Nach Saint-Valliers Bericht vom 29. November ist er dabei so weit gegangen, diesem bei einem Besuch in Friedrichsruh in Aussicht zu stellen, Deutschlands „concours moral et diplomatique, mes bons offices, si vous y avez recours, notre neutralité amicale et bienveillante si les choses vont plus loin; il n'y a que l'appui par les armes sur lequel je me récuse et que d'ailleurs vous ne me demanderiez pas".

Verstärkt hat er diese Stellungnahme noch dadurch, daß er vor den Italienern kein Hehl aus ihr gemacht hat. Unmittelbar im Anschluß an Saint-Valliers Aufenthalt in Friedrichsruh erhielt Keudell (1. Dezember) den Auftrag, da infolge des Konflikts vermutlich „*Minister und Presse in Italien von einer Annäherung an Deutschland und Österreich sprechen*" würden, in solchen Fällen zu antworten: „*Wir würden jedes Zerwürfnis der beiden uns befreundeten Mächte bedauern und rieten zu friedliebender und vorsichtiger Behandlung der tunesischen Verhältnisse, deren Entwicklung auf den französischen Besitz in Afrika nicht ohne Rückwirkung bleiben könne. Frankreich erstrebe, wie wir glaubten, keine ausschließliche Stellung in Tunis, werde aber eine solche auch keiner anderen Macht einräumen wollen, um seines algerischen Besitzstandes sicher zu bleiben.*" Diese Antwort solle der Botschafter in eine Form kleiden, „*die, ohne unfreundlich zu sein, doch den Italienern keinen Zweifel darüber läßt, daß sie in einem Konflikte wegen Tunis uns nicht den Franzosen gegenüber ausspielen können*". Der Schlußsatz des Erlasses betont noch einmal die für Deutschland bestehende Notwendigkeit der Rücksichtnahme auf die französischen Ziele: „*Wir wünschen mit Frankreich in Frieden zu leben, und dieser Wunsch ist stärker als unser Interesse an der Gestaltung der Dinge in Tunis.*"

Wieviel Bismarck in diesem Moment an besserem Verhältnis zu Frankreich gelegen war, geht daraus hervor, daß er die bestehende Übereinstimmung auch öffentlich festgestellt hat. Der Londoner „Standard" hatte ein Telegramm aus Köln gebracht, das auf die Gleichzeitigkeit der Besuche

Hohenlohes und Saint-Valliers — wobei dessen Name mit „Desvalliers" angegeben war — hinwies; ihr Ergebnis sei eine deutsch-französische Verständigung, und zwar auf der Basis gemeinsamen Kampfes gegen den Kommunismus, der Erhebung Rumäniens zum Königtum, während Serbien der gleiche Schritt nicht gestattet werden solle, sowie des beruhigenden Einflusses auf Mazedonien und Rumelien. Dem widersprach die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" in einem vom Kanzler persönlich diktierten Artikel am 7. Dezember: „Englische Blätter haben seit Jahren die Gewohnheit, unwahre Nachrichten, welche sie in das Publikum werfen wollen, ohne eigene Verantwortlichkeit dafür zu übernehmen, unter der Rubrik eines Telegramms oder einer Korrespondenz aus Berlin in Kurs zu setzen; sie dienen damit in der Regel zugleich ihrer Feindschaft gegen Deutschland und dessen Politik, indem sie letzterer allerhand üble Tendenzen durch das Datum ‚Berlin' unterschieben. In den Nachrichten, welche der ‚Standard' aus keineswegs ‚glaubwürdiger Quelle' (diesmal angeblich aus Köln) über französisch-deutsche Verabredungen in Friedrichsruh erhalten haben will, liegt zwar weiter keine böswillige Tendenz, denn alle die Nachrichten des ‚Standard' könnten ja wahr sein, ohne Deutschland zur Unehre oder zum Schaden zu gereichen; sie sind aber in jedem einzelnen Punkte aus der Luft gegriffen. Die Besprechungen des Reichskanzlers mit den beiden Botschaftern haben gleich allen anderen Beziehungen der jüngsten Zeit den Beweis geliefert, daß die Regierungen der beiden großen Nachbarländer in der friedlichen Tendenz ihrer Politik und in ihren Ansichten über die einstweilige Behandlung der orientalischen Frage vollständig übereinstimmen; aber weder kommunistischer Bestrebungen und deren Unterdrückung, noch der Eventualität neuer Königreiche an der Donau ist unter den drei Diplomaten in Friedrichsruh auch nur mit einer Silbe Erwähnung geschehen." In der Form also eines sachlich voll berechtigten Dementis der Einzelheiten wurde das Entscheidende, die Tatsache der deutsch-französischen Übereinstimmung bestätigt. Sie erstreckte sich vor allem auf Tunis, ermöglichte aber auch das Zusammengehen im Orient.

Für Gesamteuropa hat sich die inoffizielle deutsch-französische Kooperation in Konstantinopel alsbald überaus nützlich erwiesen. Was niemand zu hoffen gewagt hatte, wurde unter dem sanften Druck der beiden Botschafter zur Wirklichkeit: Abdul Hamid gestand am 9. Oktober die bedingungslose Übergabe Dulcignos an Montenegro zu, noch bevor die internationale Flotte vor der Stadt überhaupt erschienen, geschweige denn die Demonstration auf größere Ziele hingelenkt war. Die eben noch hoffnungslos verfahren erscheinende Lage war aufs glücklichste bereinigt, in einer besonders bedrohlichen Wetterecke hatten sich die über dem europäischen Frieden hängenden Wolken verzogen. Und daß das Hauptverdienst an dem guten Ergebnis dem Grafen Hatzfeldt zufiel, darüber herrschte Einstimmigkeit bei allen Kabi-

netten. „*Bravo Hatzfeldt!*", schrieb Odo Russell, erleichtert aufatmend, an Limburg-Stirum.

Indessen gerade in diesem Maße des internationalen Lobes für den Botschafter barg sich, wohl nicht bei Odo Russell, jedoch ohne Frage an vielen Stellen ein gut Teil wenig harmloser Berechnung: daß schließlich eben doch Deutschland den Entscheid herbeigeführt hatte, wenn auch in der dem einstimmigen Entschluß der Mächte genau entsprechenden Form, diente als Handhabe, die Verantwortlichkeit des Reichs im Orient in den Vordergrund zu rücken —, dem Bild also die Farbe zu geben, die Bismarcks Wunsch genau zuwiderlief. Darum ist in diesen Tagen sein Entschluß gereift, Hatzfeldt, auf dessen Persönlichkeit der deutsche Einfluß in Konstantinopel so stark mit beruhte, von dort fortzunehmen und ihm das lange schon bloß vertretungsweise besetzte Staatssekretariat des Auswärtigen zu übertragen. „*Die hervorragende Stellung*", schrieb Limburg-Stirum bald danach (23. Oktober) dem Kronprinzen, „*welche Graf Hatzfeldt als Doyen des Diplomatischen Korps in Konstantinopel einnahm, schien schon seit längerer Zeit für die der deutschen Politik gebotene Zurückhaltung in orientalischen Dingen nicht vorteilhaft.*" Zunächst wurde dem Botschafter ein Urlaub in privaten Angelegenheiten erteilt, damit er sofort aus der Schußlinie komme. Aber es trat dann ein neuer Aufschub ein. Denn der Sultan hatte zwar feierlich sein Wort gegeben, die Ausführung jedoch ließ wie so oft auf sich warten. Unter diesen Umständen erhob Kaiser Wilhelm Einspruch gegen die alsbaldige Abreise des Botschafters, dem die Zusage erteilt worden war (24. Oktober). In seinem stets wachen Mißtrauen gegen unverantwortliche Einflüsse witterte Bismarck dahinter eine Intrige gegen Hatzfeldts Berufung nach Berlin: „*vielleicht*", telegraphierte er ihm, „*finden mir unbekannte Einwirkungen von Gegnern Ihrer künftigen Stellung statt*". Es ist keine Frage, daß er bei diesen Gegnern in erster Linie an Radowitz dachte[153]).

Diesmal allerdings ist es in Konstantinopel doch glatter gegangen als zu befürchten war, nur ein kurzer Aufschub ist eingetreten, obwohl jetzt auch von seiten Montenegros eine neue Komplikation herbeigeführt wurde durch das Verlangen nach internationaler Garantie seines Landgewinns. Aber die Hauptsache, die wirkliche Bereitschaft der Pforte zur ehrlichen Ausführung ihres Wortes, stand bald fest, und so konnte Hatzfeldt seinen Urlaub antreten, aus dem er dann aber doch noch einmal nach Konstantinopel zurückgekehrt ist, da seiner Amtsübernahme in Berlin sich vorläufig noch private Schwierigkeiten entgegenstellten. Der als sein Nachfolger in Konstantinopel in Aussicht genommene Radowitz[154]) ging daher zunächst nach Athen, während Hohenlohe auf seinen alten Posten in Paris zurückkehrte.

Am 26. November ist Dulcigno nach so vielen Wirren den Montenegrinern übergeben worden. Die genaue Grenzziehung hat sich noch fast zwei Jahre hingezogen, aber die Gefahr, daß von dieser Frage her der europäische

Friede gestört werde, war überwunden. Alsbald befahl Bismarck, bei Kaiser Wilhelm die Heimberufung des zur Flottendemonstration entsandten Schiffes zu beantragen. Er atmete auf, daß sie nun so harmlos zu Ende ging und wollte so schnell wie möglich den Schlußstrich unter die Angelegenheit setzen. Dem Wunsche Russells, die internationale Flotte solle sich nicht sofort in alle Winde zerstreuen, stellte er entgegen: „*Wir gehen nach Haus, um aus dem Wind zu kommen*“[155]). Andrerseits aber sollte kein Mißverständnis darüber möglich sein, daß für Deutschland nur der militärische, nicht auch der politische Teil des gemeinsamen Vorgehens abgeschlossen sei, denn für die noch unerledigte griechische Frage wollte Bismarck das Prinzip der Kollektivität beibehalten. „*Konzert immerhin*“, lautete deshalb seine Anordnung, „*aber keine militärische Aktion, keine Flotte unter gemeinsamem Oberkommando mehr, besonders nicht unter englischem, dazu ist die englische Politik nicht besonnen und verständig genug. Dulcigno war ein Schlag ins Wasser, den wir bis zu Ende mitgemacht, um keine Vorwände zu Verdächtigung zu geben, aber wir können froh sein, ohne Blamage aus dieser unklugen Demonstration loszukommen. Die Übergabe ist in Konstantinopel erreicht, nicht durch die Flotte. Frankreich und Österreich denken wie wir, England treibt Gladstonesche Politik, nicht englische, und Rußland hat uneingestanden Interessen an Störung des Friedens.*“ Alle Sorgen, mit denen die montenegrinische Frage den Kanzler belastet hatte, sind hier zum Schlusse noch einmal in nuce zusammengefaßt.

Mit dem Prinzip, so schnell wie möglich abzuschließen, war auch der Kaiser durchaus einverstanden. Nur hielt er eine noch größere Vorsicht für angebracht, um jeden Schein zu vermeiden, als ob Deutschland das Konzert störe. Er erklärte deshalb in aller Bestimmtheit[156]), das Schiff erst dann abzuberufen, wenn das Einverständnis andrer Mächte vorläge: „*Wenn ich dem gestellten Verlangen, unser Schiff zurückzuziehen, beitrete, so will ich diese Zurückziehung doch nicht einseitig tun, was le concert sehr laidieren würde, wohl aber in Verbindung, also nach vorheriger Verständigung mit Österreich und Frankreich.*“ Zweifellos war er auch im Recht, wenn er es als unrichtig bezeichnete, daß die Flottendemonstration gar keinen Eindruck gemacht habe: „*dem kann ich nicht unbedingt beitreten, denn wie oft hat die Pforte uns ersucht, die Flotte zurückzuziehen. Erst als versprochen wurde, keine Landungstruppen abzusenden, und dann, daß man nur sehr äußersten Falls die Montenegriner und Türken von der See aus vielleicht durch einige Schüsse unterstützen würde, erklärte die Türkei mit einem Male, ihrerseits nicht auf eigene Untertanen schießen zu dürfen. Somit ward sie Unterstützerin des Aufstandes, so daß die Flotte nun nichts mehr tun durfte, ohne einen kriegerischen Konflikt mit der Pforte herbeizuführen.*“ Zwar war Bismarcks Hinweis richtig, daß die schließliche Entscheidung in Konstantinopel und nicht durch die Flotte herbeigeführt war, aber ganz ohne Eindruck ist die internationale Demonstration tatsächlich auf den Sultan doch nicht geblieben.

Von besonderem Interesse ist auch, daß Kaiser Wilhelm schließlich in seinem Marginal, während er dem harten Urteil über Gladstone lebhaft zustimmte, hinsichtlich Rußlands seine abweichende Meinung zu erkennen gab. Als er den Satz las, daß es uneingestandene Interessen an der Störung des Friedens habe, schrieb er: „*Sehr kühn! statt ‚es' setze man ‚Miljutin'? Rußlands Politik in der Türkei jedoch kann keine andere sein, als sich für immer die Durchfahrt aus dem Schwarzen nach dem Mittelländischen Meer frei zu erhalten; das ist nie zu vergessen bei Beurteilung seiner Politik, die einen Ruin seines Handels im Süden seiner Staaten nicht ertragen könnte.*" Auch hier also suchte er seines Kanzlers Mißtrauen gegen Rußland abzuschwächen; an dessen Willen, sich den Russen zu nähern, konnte er ja nicht mehr zweifeln.

Angesichts des übereinstimmenden deutschen, österreichischen und französischen Wunsches ist dann die Flotte geschlossen von Cattaro abgefahren und hat sich auf hoher See getrennt. Über Dulcigno durfte die internationale Diplomatie ihre Akten schließen. Die friedliche Durchführung der Kongreßbeschlüsse hatte triumphiert, und das war das Ziel von Bismarcks Politik gewesen.

12. Fortschritt in den Dreikaiserverhandlungen

Mehrfach in den letzten Monaten hatte es so ausgesehen, als ob ein gemeinsames Einschreiten Englands und Rußlands infolge des beiderseitigen Gegensatzes gegen die Türkei bevorstünde, diese „unnatürliche" Verbindung, die auch bei kürzestem Zeitraum ihres Bestehens in unvereinbarem Widerspruch stand zu dem Grundprinzip von Bismarcks außenpolitischem System. Auf zwei Wegen mühte er sich daher, die in ihr liegenden Gefahren abzumildern. Einmal durch positiven Ausbau der Balkanstellung Österreichs, so daß es der eventuellen Kooperation der beiden von gefestigter Stellung aus entgegensehen könne. Sodann durch energisches Betreiben des russisch-österreichischen Ausgleichs, dessen Zustandekommen den Hauptgrund für die Hinneigung der Russen zu England beseitigt haben würde und zu dem sich desto bessere Aussicht bot, auf je festere Position Österreich sich stützen konnte. Jedoch für solchen Ausbau des österreichischen Einflusses standen die Dinge im Augenblick keineswegs günstig. Vielmehr mußte Bismarck zu seinem Bedauern feststellen, daß in der letzten Zeit die Beziehungen zwischen Wien und den einzelnen Balkanstaaten sich bedenklich verschlechtert hatten. Ganz besonders galt dies für Rumänien.

Deutschlands eigenes Verhältnis zu dem Fürstentum war trotz der dynastischen Verwandtschaft bestimmt, wie Bismarcks ganze Orientpolitik, durch betontes Desinteressement. Aus diesem Grunde hatte sich der Kanzler dem Gedanken des Fürsten von Hohenzollern, die rumänische Erbfolge durch eine von Kaiser Wilhelm zu erlassende Hausdeklaration zu regeln, widersetzt. Es dürfe, erwiderte er am 27. September auf eine aus Sigmaringen ergangene Anfrage, nicht so aussehen, als ob die Erbfolge von Entschließungen des Deutschen Kaisers abhängig sei, sonst könnte eine bedenkliche Analogie zu der spanischen Frage von 1870 entstehen: „*Es würde den Anschein gewinnen, als wenn die Thronfolge in Rumänien von dem ‚consentement' Seiner Majestät des Deutschen Kaisers überhaupt abhängig wäre und S. M. anderen Mächten gegenüber den vorwiegenden Einfluß spezieller Rechte und spezieller Garantien beanspruchte. Ich könnte im Sinne der deutschen Politik mir die Konsequenzen dieser Eindrücke nicht aneignen und würde zunächst befürchten, daß der Vorgang seiner Königlichen Hoheit dem Fürsten Karl und seiner Dynastie im eignen Lande sowohl wie bei den fremden Mächten schadet und gegenüber allen den Feindschaften, welchen das Deutsche Reich an sich ausgesetzt ist, in*

Mitleidenschaft zieht. In den Augen Rußlands, Frankreichs, Englands ist es für Rumänien keine Empfehlung, mit Deutschland und dessen Kaiser in näherer Beziehung zu stehen als mit den genannten Ländern und ihren Regierungen. Je mehr S. M. der Kaiser im Verein mit Österreich-Ungarn geneigt ist, die Interessen Rumäniens und des fürstlichen Hauses zu vertreten, und je bereitwilliger die deutsche Politik diesen allerhöchsten Neigungen entspricht, um so wünschenswerter ist es, daß die praktische Betätigung dieser Politik für Deutschland nicht durch den Verdacht erschwert werde, als knüpfe S. M. an das verwandtschaftliche Verhältnis mit dem regierenden Hause den Anspruch auf deutschen Einfluß in Rumänien und auf eine nähere Berechtigung Deutschlands zur Einwirkung auf die Zukunft des Landes und seiner Dynastie."

Auch im Interesse Rumäniens also, erst recht aber in dem Deutschlands hielt Bismarck sich vorsichtig zurück. Desto stärkeren Wert jedoch legte er darauf, daß Österreich als Nachbar Rumäniens seinen Einfluß dort befestige und nahm es sehr ernst, daß das Gegenteil eintrat. Der österreichische Widerstand gegen die Erhebung zum Königtum, wirtschaftliche Streitigkeiten, speziell über die Art der internationalen Aufsicht über die Donauschiffahrt, vor allem aber die Tonart, die Wien Bukarest gegenüber anschlug, erregten bei den Rumänen wachsenden Unmut und trieben sie in die Arme der Russen. Als der deutsche Gesandte Graf Wesdehlen Anfang September aus längerem Urlaub auf seinen Posten zurückkehrte, stellte er zu seinem Schrecken tiefgreifenden Wandel fest: Bratianu, früher Parteigänger der Anlehnung an Österreich, habe ganz die Segel vor der prorussischen Opposition gestrichen[157]). Den gleichen Eindruck gewann auch Bismarck persönlich aus einem Gespräch mit Fürst Karl[158]) und ordnete deshalb einen zwar vorsichtig gehaltenen, immerhin deutlich warnenden Erlaß nach Wien an.

Als jedoch dieselbe Erscheinung ihm auch aus Sofia und Belgrad entgegentrat, entschloß er sich zu scharfer Sprache. „*Ich sehe mit Besorgnis*", schrieb er dem Prinzen Reuß am 3. Oktober, „*daß die österreichische Politik nach und nach mit den sämtlichen kleinen Donaustaaten in Mißhelligkeiten gerät, während wir uns vor einem Jahre mit der Hoffnung schmeichelten, daß es Österreich-Ungarn gelingen werde, die Anhänglichkeit dieser Staaten zu erwerben und sie den russischen Einflüssen zu entziehen. Zuerst hat Serbien eine fast feindliche Stellung eingenommen; seitdem scheint die Hingebung Rumäniens, deren wir im vorigen Jahre sicher zu sein glaubten, in Verstimmungen umzuschlagen; und so wenig Rumänien und Bulgarien übereinstimmen, so scheint dies bezüglich der Entfremdung gegen Österreich doch der Fall zu sein. Ich beklage das lebhaft; denn eine wirksame Förderung der österreichischen Interessen auf der Balkanhalbinsel, welche zu unterstützen wir als unsre Aufgabe betrachten, wird dadurch erheblich erschwert; ich beklage dies um so mehr, als wir meiner Ansicht nach daran nichts ändern können. Denn wir können dem befreundeten Kabinett unsern*

Rat nicht ungefragt aufdrängen, und wenn er verlangt würde, so weiß ich auch noch nicht, über welche Mittel wir verfügen könnten, um den Interessen Österreichs in jenen Ländern förderlich zu sein. Dem Fürsten von Rumänien gegenüber habe ich meinen dringenden Rat an Österreich festzuhalten wiederholt akzentuiert, aber ich fürchte, daß der Fürst selbst die Entscheidung nicht in Händen hat, teils von seiten Rußlands und seiner Freunde in neuerer Zeit wirksamer beeinflußt wird als früher. Ich kann Ew. Durchlaucht keine Instruktionen und Aufträge für den Baron Haymerle geben, aber ich habe Ihnen doch zu Ihrer Information meine Eindrücke und Ansichten mitteilen wollen."

Verstärkt wurde die Sorge, mit der diese Entwicklung Bismarck erfüllte, durch die unverhohlene Freude der Russen über sie. Noch mehrere Monate später (31. 12.) mußte Schweinitz berichten, Saburow habe in Petersburg Haymerle genau den Minister genannt, den Rußland brauche, weil er ihm durch die Art seines Verkehrs mit den Balkanstaaten diese in die Arme treibe. Sogar gegen Bismarck selbst hat Saburow offen in diesem Sinne gesprochen. Darüber berichtet Limburg-Stirum an Reuß (13. 1. 81): „*Rußland, sagte der Botschafter in ironischem Tone, habe geglaubt, daß nach dem Berliner Kongreß, der die Vasallenstaaten an der Donau auf eigene Füße gestellt und von russischer Protektion emanzipiert habe, Österreich als Nachbar und natürlicher Nachfolger in das Vakuum treten und den dominierenden Einfluß in jenen Fürstentümern erwerben würde. Statt dessen habe das Wiener Kabinett sich dort nur mit kleinen Lokalfragen beschäftigt und seinen Einfluß in mehr oder weniger gereizten Verhandlungen über allerlei Zwischenfälle und Differenzen untergeordneter Natur verbraucht.*" „*Der Herr Reichskanzler*", fügte Stirum hinzu, „*findet, daß die Bemerkung des Herrn von Saburow einer gewissen Berechtigung nicht entbehre.*"

Bismarcks Wunsch wäre also gewesen, daß Österreich sich möglichst stark auf dem Balkan machte, und in dieser Zeit drohender russisch-englischer Kooperation reihte er, wie der zitierte Erlaß vom 3. Oktober zeigt, sogar Bulgarien in die Zone ein, in welche sich der österreichische Einfluß ergießen solle. Aber im ganzen war für den Erfolg solcher Anstrengungen von seiten Wiens trotz des Triumphes in Serbien, wo mit dem Sturz des Ministeriums Ristitsch eine deutlich antirussische Politik einsetzte, die Aussicht nicht sehr rosig, und das beeinträchtigte den russisch-österreichischen Ausgleich und damit das Zustandekommen des Dreikaiservertrags. Um so dringlicher empfand Bismarck die Notwendigkeit, sich wieder mit stärkerer Aktivität als Vermittler zwischen Petersburg und Wien einzuschalten.

In dieser Richtung bis zum Schluß der Delegationen nichts zu tun, hatte er Haymerle zugesagt und hat sein Wort gehalten. Jedoch auch dann erwies sich die Hoffnung als trügerisch, das Gespräch zu dritt aufnehmen zu können. Im Gegenteil, auf der in Budapest stattfindenden Delegationstagung war Haymerle noch stärker unter den antirussischen Einfluß Andrássys geraten, und so versteifte sich seine Haltung erneut zu der Bitte, die Verhandlungen

noch weiter zu vertagen[159]). Jetzt aber war Bismarck nicht mehr geneigt, die Zügel noch länger schleifen zu lassen. Vielmehr bezeichnete er es dem Auswärtigen Amt als die Aufgabe der deutschen Politik, „*il faudra continuer notre métier de mettre de l'eau dans tous les vins, du haut et du bas Danube*"[160]). Da im Augenblick in Wien nicht vorwärtszukommen war, spann er, auf bessere Zeiten wartend, mit verdoppeltem Eifer den Faden nach Petersburg weiter und ließ sich hiervon um so weniger abbringen, weil dort sich bereits wieder deutschfeindliche Stimmen in der Presse regen durften. Der Militärattaché von Lignitz berichtete (10. November), daß der „Golos", auf die gewaltige Arbeit im deutschen Heer hinweisend, geschrieben hatte: „Wer beständig an den Krieg denkt und sich beständig darauf vorbereitet, der muß auch den Krieg erwarten und wünschen", was Bismarck mit dem Satz quittierte, „*wir haben es 50 Jahre lang ohne Krieg getan*". Aber weil Derartiges wieder laut werden konnte, gebot die Vorsicht, das amtliche Rußland besonders freundlich zu behandeln, und das Werben des Kanzlers blieb auch nicht ohne Frucht. Es war ein das Endziel des Dreikaiserbündnisses nicht unwesentlich erleichterndes russisches Zugeständnis, wenn Saburow am 14. November erklärte: „*den Interessen Rußlands schade es nicht, wenn Österreich auch durch Handelsverträge, Eisenbahnanschlüsse usw. handelspolitischen Einfluß auf der Balkanhalbinsel gewinne. Denn Rußlands politische Methode und russische Art weise (im Gegensatz zu England) nicht darauf hin, in erster Linie kommerzielle Vorteile zu erstreben.*" Damit war den Österreichern ein weites Maß von Handlungsfreiheit zugestanden.

Nachdem auf diese Weise der gute Wille Rußlands noch einmal erhärtet war, hat Bismarck die Dinge weitergetrieben, indem er Saburow zu sich nach Friedrichsruh bat und hier am 27. und 28. November sich mit ihm eingehend über das im Februar aufgesetzte Vertragsprojekt aussprach[161]). Umfassender als damals sollte es auch jetzt nicht angelegt werden. Der Kanzler persönlich ging allerdings sehr weit in dem, was den Russen zu bewilligen er sich vom rein deutschen Standpunkt bereit erklärte: er bekannte sich abermals zu dem Prinzip der Demarkation auf dem Balkan und unterstrich, daß der russische Besitz von Konstantinopel für ihn bedenkenlos sein würde. Aber angesichts der Stimmung in Wien müsse das alles zurückgestellt werden, um nicht die ohnedies schon so starken Schwierigkeiten für das bescheidenere Vertragswerk zu erhöhen. Dies aber unter Dach zu bringen, blieb sein unwandelbar festgehaltenes Ziel.

Mit so wertvollen Zusicherungen fuhr Saburow nach Petersburg und fand hier besonders aufnahmefähigen Boden infolge der Sanierungspläne des neuen Finanzministers Abaza, die nur im Frieden durchführbar waren und daher den Verzicht auf jede Politik der Abenteuer bedingten; schon Ende November hatte der Zar dessen Abstrich von 40 Millionen Rubel am Militär-

budget genehmigt[162]). Um die für solche Ersparnis notwendige außenpolitische Voraussetzung zu schaffen, erklärte Giers kurz vor dem Eintreffen Saburows formell gegen Schweinitz (5. Dezember), die Erhaltung der Türkei in ihrem gegenwärtigen Bestand entspräche den Wünschen und Interessen Rußlands. Wieder war also ein Schritt erfolgt, der Österreich zu beruhigen geeignet war. Während Bismarck hierüber lebhafte Zufriedenheit empfand, blieb er skeptisch gegen das Bild, das Schweinitz von Miljutin zeichnete, womit der Botschafter offenbar nachträglich auf das Urteil antworten wollte, das ihm bei seinem Besuch in Friedrichsruh am 22. November vor der Rückkehr auf seinen Posten entgegengetreten war[163]). Er wies darauf hin, „*daß der als wahrheitsgetreu erprobte Herr von Giers Bürgschaft für die Gesinnungen seines ihm überlegenen Kollegen leistet*", daß also Miljutin nicht so schlimm sein könne, wie der Kanzler ihn sah. Zu dem „*überlegen*" bemerkte Bismarck „*an Leidenschaft und an Undurchsichtigkeit gewiß, an politischer Einsicht sicher nicht*", und ebenso war er nur teilweise einverstanden mit den Sätzen des Botschafters: Miljutin sei „*Patriot, dem Kaiser ergeben und freiheitliche, friedliche Entwicklung seines Vaterlandes anstrebend; aber er gefährdet die Dynastie und bedroht den Frieden durch sein System. Für wahrhaft soldatisches Wesen hat er ebensowenig Verständnis wie für ritterlich-monarchische Gesinnung*"; zahlenmäßig habe er die Armee auf bedrohliche Höhe gebracht, „*dabei durch Verdrängung der deutschen Adligen die Zahl verringert, die fähig wäre, die Massen im Krieg zu führen, und ehrlich und ordnungsliebend genug, um sie zu ernähren*". Befriedigend sei es jedenfalls, daß sich sein politischer Einfluß gegenwärtig im Sinne des Friedens betätige. Zu dem von Schweinitz gebrauchten Wort „Patriot" schrieb Bismarck: „*vieldeutig*", zu „*dem Kaiser* ergeben": „*nein*", zu „freiheitlich": „*ja*", zu „friedlich": „*nein*", und faßte am Schluß sein Urteil zusammen: „*meo voto richtige Darstellung; nur halte ich M. für bösartiger und für weniger begabt, als Schw. taxiert. Bornierter Haß?*"[164]).

Wie nun auch Miljutin sich in Zukunft stellen würde, im Augenblick war es eine erhebliche Erleichterung, daß er tatsächlich der von Giers empfohlenen Politik der Verständigung mit den Mittelmächten beim Zaren keinen Widerstand leistete, und so konnte Saburow zu Beginn des neuen Jahres die volle Zustimmung seiner Regierung zu dem zwischen Bismarck und ihm Besprochenen nach Berlin mitbringen.

Inzwischen aber hatte die Tatsache, daß Bismarck den Faden mit Rußland weiterspann, auch in Wien gewirkt: Saburows Besuch in Friedrichsruh war dort genau beachtet worden. Haymerle geriet in größte Unruhe und bestürmte Reuß mit Fragen, legte ihm allerdings auch die alten Bedenken gegen ein neues Dreierabkommen dar, was Bismarck Gelegenheit bot, sie noch einmal zu entkräften mit dem Hinweis auf das Wort: „le mieux est l'ennemi du bien[165]). Das Ergebnis war, daß der Minister sich nun endlich

(25. November), wenn auch mit Vorbehalten, zum Eintritt in „Pourparlers" bereit erklärte. Nach wenigen Tagen schränkte er zwar auch dies wieder dahin ein, daß man sich nicht auf detaillierte Unterhandlungen über die Zukunft der Balkanhalbinsel einlassen solle, wünschte jedoch selbst den Gedankenaustausch fortzuführen. Das war ein gewaltiger Fortschritt. Der erste, bisher unersteigliche Wall war überwunden.

Die verhältnismäßig günstige Stimmung auszunützen, ließ Bismarck nicht entgehen, sobald ihn Saburow des Einverständnisses des Zaren versichert hatte. Er leitete jetzt die eigentliche Aktion ein, von tiefstem Geheimnis umgeben. In Rußland, ließ er dem Prinzen Reuß mitteilen (17. Januar), waren nur der Kaiser und der Thronfolger sowie Giers, Miljutin, Saburow und in gewissem Grade der jetzt in Wien amtierende Botschafter Oubril eingeweiht — Bismarck vergaß dabei Jomini —, in Deutschland außer ihm selbst der Kaiser und der Kronprinz — „*Mein Sohn hat mir gesagt, daß Sie ihn au fait gesetzt hätten. Er wunderte sich, daß England nicht en quatrième hinzugezogen werde!! Ich sagte: es sei nur vom Kontinent die Rede, wie 1872*", schrieb Kaiser Wilhelm an Bismarck (20. Januar) —, die beiden Botschafter und die zu den Schreibarbeiten herangezogenen Graf Herbert Bismarck, Graf Rantzau und Herr von Holstein. Bei seinem geringen Vertrauen zur Diskretion der Wiener Amtsstellen wies Bismarck Reuß sehr dringlich auf die Notwendigkeit hin, das Geheimnis zu wahren: „*Es wäre dringend zu wünschen, daß in Wien die gleiche Vorsicht beobachtet würde, denn wenn die Angelegenheit in der Presse bekannt würde, was doch ohne höhere Zulassung nicht möglich ist, so würde sie schon aus diesem Grunde wahrscheinlich mißlingen, da die Oppositionsparteien der österreichisch-ungarischen Regierung die Zustimmung erschweren würden. Eine indiskrete Behandlung der Sache und ihr Mißlingen der Publizität gegenüber würde nicht nur in Petersburg, sondern auch hier sehr empfindlich berühren und meine Hoffnung, irgend in diskreter Weise mit Wien verhandeln zu können, sehr niederschlagen.*" Die strikte Geheimhaltung entsprach aber auch dem eigenen Wunsch der Wiener Regierung und ist deshalb aufs beste durchgeführt worden.

Um die besondere Wichtigkeit der Aktion noch zu unterstreichen und außerdem auch um sie nicht allein in Haymerles Hand zu lassen, wurde der Gedanke verwirklicht, der zwischen Bismarck und Saburow schon in Friedrichsruh besprochen worden war, unmittelbar an Kaiser Franz Joseph heranzutreten. Den Vertragsentwurf begleitete ein Handschreiben Kaiser Wilhelms[166]). Diese Taktik hat sich als richtig erwiesen. Denn Haymerles erste Reaktion, als Reuß ihm am 19. den Entwurf vorlas, war zwar ein Ausdruck der Genugtuung über die sich bietende Friedensgarantie, jedoch auch der Sorge, daß „*vielleicht den russischen traditionellen Absichten auf die Konfiguration der Balkanhalbinsel zu wenig Zügel angelegt worden sei*", wozu Bismarck bemerkte: „*die Tradition will aber für einige Zeit ruhen, weil der Rubel fehlt.*

Diese Ruhe zu fördern bleibt doch nützlich". Waren zunächst also die alten Bedenken alsbald in den Vordergrund gestellt worden, so erwärmte sich der Ton des Ministers nach einigen Tagen intensiver Prüfung und nach Vortrag bei dem Kaiser. Am 23. eröffnete Reuß seine Bereitschaft, „*mit Freude auf dieser gegebenen Basis über den gegenseitigen Austausch von Friedensbürgschaften zu verhandeln*". Damit bestätigte er, was er früher unter dem Eindruck der deutsch-russischen Verhandlungen schon in Aussicht gestellt hatte; der große Unterschied aber war, daß es jetzt geschah nach Kenntnis des Vertragsentwurfs. Es eröffneten sich also nicht ungünstige Aussichten. Daß Haymerle gleichzeitig einige Amendements ankündigte, für die er bei der Wichtigkeit der Sache Zeit brauche, konnte nicht überraschen. Sofortige diskussionslose Annahme war selbstverständlich nicht zu erwarten gewesen.

Die Hauptsache war, daß das immer wieder hinausgeschobene Gespräch überhaupt in Fluß gekommen war. Er seinerseits gleich weiterleitend äußerte Haymerle seine Befriedigung, daß die Details in dem Entwurf nicht allzusehr präzisiert worden seien: „*Er finde es meisterhaft, wie Ew. Durchlaucht zu generalisieren verstanden hätten und auf diese Weise manche delikaten Punkte umschifft worden wären.*" Die Notwendigkeit absoluten Geheimnisses betonte auch er, sowohl im Hinblick auf die innere Stimmung als auf England: „*Denn wenn man hier auch keine großen Rücksichten auf die Gladstonesche Regierung zu nehmen gesonnen sei, so sei diese doch hoffentlich nicht unsterblich, und Österreich müsse immer mit der ihm freundlich gesinnten konservativen Partei rechnen.*"

Der Gesamteindruck, den Prinz Reuß aus allen diesen Äußerungen Haymerles gewann, war ein günstiger: „*Der Gedanke, den ich dem Minister immer wiederholt habe, nämlich daß es Rußland mit der vor seinen Ambitionen gezogenen Barriere des Vertrags schwerer werden wird, dieselben auf der Balkanhalbinsel zu verfolgen als ohne diese Barriere, ist dem Minister vollkommen einleuchtend. Er hat die große europäische Seite des Unternehmens erfaßt und weiß sie zu würdigen; und wenn auch einesteils die Verantwortlichkeit, die er für die Zukunft Österreichs auf sich ladet, für seinen ängstlichen Charakter etwas Bedrückendes hat, und andrerseits die Neigung vorhanden ist, mit Schärfe alles zu bestimmen und zu erkennen, was sich aus dem Vertrage für Österreich befürchten oder erhoffen läßt, so scheint es mir doch, als wenn der Baron Haymerle geneigt wäre, die Kleinlichkeiten dem großen Ziele zu opfern*"[167]).

Diese optimistische Auffassung wurde in Berlin noch wesentlich verstärkt durch die überaus entgegenkommende Antwort Franz Josephs auf das Handschreiben Kaiser Wilhelms:

Wien, 31. Jänner 1881.

„*Lieber Bruder und Freund.*

Ich danke Dir herzlich für Dein Schreiben vom 16. d. M. Der Ton, der dasselbe durchdringt, kennzeichnet die Innigkeit unsres Verhältnisses und läßt mich lebhaft empfinden, wie wertvoll es für uns und unsre Völker ist, daß Beziehungen

zwischen uns walten, die uns eine gleichzeitig so rückhaltlose und herzliche Erörterung aller politischen Fragen gestatten.

Du wirst es begreiflich finden, daß ich mich heute noch nicht über alle Einzelheiten des mir übersandten Entwurfes aussprechen kann. Ich habe Haymerle beauftragt, denselben sorgfältig und mit jenem Entgegenkommen zu prüfen, welches die Wichtigkeit des Gegenstandes und dessen hohe Bedeutung für uns alle erfordert.

Das hindert mich aber nicht, Dir schon jetzt meinen ersten Eindruck mitzuteilen. Es würde mich innig erfreuen, wenn ich damit Deinen eigenen Grundgedanken in der ganzen Angelegenheit begegnete.

Ich teile vollständig Deine Auffassung, daß nichts, was erreichbar ist, versäumt werden sollte, um die Möglichkeit eines Krieges mit Rußland auszuschließen oder wenigstens einzuschränken.

Gegen diese Gefahr haben wir uns durch unser Bündnis vom Oktober 1879 zu sichern gesucht, und gelingt es uns, noch weitere Bürgschaften für die Friedenserhaltung zu gewinnen, so entspricht das unserem beiderseitigen Interesse und dem Geiste unserer Allianz. Auch darin stimme ich mit Dir überein, daß der Zeitpunkt jetzt ein günstiger ist, um zu einer Verständigung mit Rußland zu gelangen. Ich glaube, daß der Einfluß der Kriegspartei dort im Sinken und daß die Absicht einer Annäherung an uns bei Kaiser Alexander und seinen nächsten Ratgebern eine aufrichtige ist.

In diesem Umschwunge erblicke ich eine der segensreichen Wirkungen der Intimität, welche das Oktoberbündnis zwischen unseren Reichen geschaffen hat. Wären wir uneinig, so würden wir wahrscheinlich die öffentliche Meinung Rußlands gegen einen von uns einig finden. Nur wenn wir fest zusammenstehen, wird sich auch in weiteren Schichten in Rußland diejenige konservative Auffassung befestigen, welche uns nicht nur gestattet zu einem Abkommen mit demselben zu gelangen, sondern uns auch die Hoffnung gibt, die russische Politik in den Richtungen dieses Abkommens erhalten zu sehen.

Meine Empfindung bezüglich Deines Vorschlages geht also dahin, daß ich den Kern desselben: unser Bündnis mit weiteren Friedensbürgschaften zu umgeben, mit Freuden begrüße. Auch betrachte ich den Entwurf als eine geeignete Basis für ernste und hoffentlich zum Ziele führende Verhandlungen. Ich bin aber sicher, nur Deinen eigenen Gesinnungen zu begegnen, wenn ich unser Bündnis in die erste Reihe stelle[168]*) und meine Regierung beauftrage, nach einem Ausdrucke zu suchen, welcher dieses Bündnis über alle Wechselfälle einer Politik à trois emporhebt. Entscheidenden Wert lege ich daher darauf, in irgendeiner Form zwischen uns konstatiert zu sehen, daß das mit Rußland abzuschließende Übereinkommen unserem Vertrage vom Oktober 1879 nur zur Seite steht und daß unser beiderseitiges Verhältnis dadurch an Intensität nichts verlieren könne.*

Es hat mir wohlgetan, in Deinem Briefe die Solidarität der monarchischen Interessen und die Pflichten erwähnt zu finden, welche sie uns auferlegt. Mehr als je sind wir in diesen haltlosen Zeiten berufen, dieses große Prinzip im Interesse der uns von Gott anvertrauten Völker wie in unserem eigenen Interesse hochzuhalten. Auch hierin finden wir uns einig und fühlen, daß angesichts der demokratischen Bewegung unserer Zeit es gefährlich ist, expansive politische Velleitäten in den Völkern zu wecken, die nur zu einem Bündnisse mit den revolutionären Ideen und zu der Erschütterung des monarchistischen Gedankens führen können. Dein Reich und das meine haben über die konservativen Interessen Europas zu wachen. Wird das neue Verhältnis zu Rußland, wie es uns jetzt vorschwebt, dazu beitragen, es auch seinerseits ganz und dauernd auf den Boden dieser konservativen Interessen zu stellen, so wird dies ein großer Vorteil für die Weltlage sein.

Ich hoffe, Du wirst in diesen Zeilen meine warme und aufrichtige Bereitwilligkeit erkennen, das uns gemeinsame Ziel gemeinsam anzustreben. Ich habe es meinem Minister zur Pflicht gemacht, in den bevorstehenden Verhandlungen keine Forderung zu erheben, welche uns nicht durch gewichtige Interessen und Bedürfnisse aufgedrängt würde und bei welchen nicht auch die Interessen Deines Reiches jede Würdigung gefunden hätten. Bei gleich aufrichtiger Gesinnung Rußlands glaube ich an den Erfolg unseres Gedankenaustausches. Sei versichert, daß jedes Abkommen, das uns den Frieden verbürgen würde, ohne größere Opfer von uns zu verlangen, als wir selbst dem Frieden bringen dürfen, von niemanden mit freudigerer Genugtuung begrüßt werden könnte als von mir.

Es liegt mir am Herzen, auch noch eine persönliche oder vielmehr eine Familienfrage mit Dir zu besprechen. Sie betrifft die Teilnahme meines Sohnes an dem glücklichen Feste, welches Ihr in Berlin feiern werdet. Du weißt, mit welch inniger Freude ich die aufblühende Freundschaft zwischen Deinem Enkel und meinem Sohne gesehen habe. Deine Einladung zur Hochzeit des Prinzen Wilhelm konnte daher von mir und Rudolph nur auf das dankbarste und herzlichste aufgenommen werden. Allein Du wirst auch das eigentümliche Verhältnis in Erwägung ziehen, welches für meinen Sohn durch die Verschiebung seiner Heirat eingetreten ist. Natürlich mußte ihn dieser Aufschub auf das Schmerzlichste berühren und rief sofort den Wunsch in ihm hervor, durch neue Eindrücke über die erste Zeit hinwegzukommen und, nachdem er noch seine Braut gesehen, den lange gehegten Plan seines Besuches des Orientes und des Heiligen Landes zur Ausführung zu bringen. Du lebst selbst zu innig in dem Leben Deiner Familie, um nicht mit mir zu fühlen, daß an so zarte Empfindungen, wie sie jetzt Rudolph erfüllen, selbst die Hand des Vaters nicht gern tastet. Ich habe ihm daher den ganzen Wert, welchen ich auf die Annahme der Einladung legte, nicht verhehlt, mußte aber doch die letzte Entscheidung seinem eigenen Gefühle überlassen. Wie Rudolph mir nun mitgeteilt, hat er selbst Deinem Enkel geschrieben und ihm gesagt, mit wie schwerem Herzen er auf die Freude verzichte, dem Freunde an

dem Tage, an welchem er sein Lebensglück begründet, die Hand zu drücken. Ich lege indes den größten Wert darauf, Dich an dem kommenden Freudentage durch einen Vertreter meines Hauses unsrer tiefsten und mitfühlenden Teilnahme zu versichern, und habe daher den mir in meiner Familie Nächststehenden, meinen Bruder Karl, mit der Überbringung dieser unsrer Herzenswünsche beauftragt.

In unwandelbarer Anhänglichkeit Dein treu ergebener Bruder und Freund

Franz Joseph."

„*Mit dem Inhalt des Briefes einliegend kann man doch sehr zufrieden sein*", schrieb Kaiser Wilhelm an Bismarck (1. Februar), und in der Tat stellte dies auch in der Formulierung ausgezeichnete Schreiben — bei aller diplomatischen Vorsicht — ein sehr erfreuliches Eingehen auf die Absichten der deutschen Politik in Aussicht. Feierlich bestätigte es sowohl den allgemeinen Verständigungswillen wie die Bereitschaft zu Verhandlungen auf Grund des Entwurfs. Daß als Voraussetzung dafür mit solchem Nachdruck die Beseitigung jeden Zweifels an der weiteren Gültigkeit des Zweibundes verlangt wurde, beeinträchtigte den günstigen Eindruck keineswegs, da es ja vollkommen in Bismarcks Sinne war, das Bündnis mit Österreich „über alle Wechselfälle einer Politik à trois emporzuheben". Auch mündlich hatte Kaiser Franz Joseph, nachdem Haymerle schon am 23. gegen Reuß diesen Gedanken aufgeworfen hatte, ihn vor Abgang seines Briefes dem Botschafter ausgesprochen, dabei mit größter Energie sich zu dem von Deutschland gewünschten Ziel bekennend: „*Ich versichere nochmals, daß die Sache meine vollkommenste Sympathie hat; ein Abkommen in der vom Fürsten Bismarck gedachten Tendenz wird zustandekommen und muß zustandekommen*"[168]). Darum hatte nicht nur Prinz Reuß Haymerle alsbald in dieser Hinsicht zu beruhigen gesucht, auch Bismarck telegraphierte sofort (25. 1.): „*Der dortige erste Eindruck ist beim Kaiser so wie ich erwartete, beim Minister darüber. Nur das hatte ich nicht erwartet, daß er befürchten könne, unser Oktobervertrag könne beeinträchtigt werden. Zur Vermittlung von Vervollständigungen und Amendements bin ich gern bereit, wenn nur der Zweck vermehrter Friedensbürgschaft festgehalten wird.*"

Die Österreicher haben sich jedoch hierdurch nicht abhalten lassen, den Entwurf eines neuen mit Deutschland als Voraussetzung für das Dreierabkommen abzuschließenden Vertrages in Berlin vorzulegen, und durch ihn haben sie das bisher herrschende günstige Bild zerstört. Denn Bismarck meinte die ihnen dabei vorschwebende Absicht so deuten zu müssen, daß sie in aggressivem Sinne die Verpflichtungen des Bündnisses verstärken wollten. Dafür aber war er und war erst recht Kaiser Wilhelm nicht zu haben.

Der österreichische Vorschlag bezeichnete es als casus foederis für Deutschland, wenn, nach dem Scheitern der im ersten Artikel des geplanten Dreikaiservertrages, wie er zwischen Bismarck und Saburow besprochen und jetzt in Wien vorgelegt worden war, vorgesehenen Vermittlung im Fall eines

Konflikts zwischen Rußland und Österreich, das erstere einen Angriff auf die Kriegsmacht des letzteren unternehme. Diese Fassung war Bismarck viel zu unbestimmt. Am liebsten hätte er einen neuen Vertrag zu zweit überhaupt vermieden und hatte deshalb angesichts des österreichischen Drängens formell bestätigt, daß das Bündnis „unter allen Umständen intakt und maßgebend" bleibe[169]). Auf keinen Fall aber war er bereit, über das 1879 Zugestandene hinauszugehen. „*Die in der angeführten Formulierung liegende Erweiterung unsres Bündnisses von 1879 würde mir ähnliche Schwierigkeiten machen wie diejenigen, die vor anderthalb Jahren zu überwinden waren, und ich würde die Erweiterung mit weniger Überzeugung erkämpfen*", schrieb er an Reuß (8. 2.). „*Wir würden die Grenzen des Defensiven überschreiten, wenn eine vorgängige aggressive Bewegung der österreichischen Streitmacht als Voraussetzung des Eintretens des casus foederis gedacht wäre.*" Zum mindesten mußte also klargestellt werden, daß bei derartigem Vorstoß über die eigenen Grenzen hinaus Österreich keinen Anspruch auf den deutschen Beistand habe. „*Wenn die österreich-ungarische Streitmacht*", lautet ein zweiter Erlaß an Reuß (10. 2.), „*eine Stellung außerhalb der Reichsgrenzen im Einverständnis mit Deutschland einnimmt, so wird dies die demnächstige Kooperation von selbst ergeben. Anders liegt die Sache aber, wenn wir uns verpflichten, diese Kooperation auch dann eintreten zu lassen, wenn die betreffende Aufstellung einer österreichischen Streitmacht ohne unser Wissen oder gegen unsern Rat stattgefunden hätte. Wir haben kein Recht, die Politik Österreichs hemmen oder kontrollieren zu wollen, wenn sie aus der Defensive herausträte, aber mit den Waffen für sie einzutreten haben wir nur in der Defensive oder in einer mit uns besprochenen und von uns gebilligten Aggressive.*"

Glatt abgewiesen hat Bismarck also den österreichischen Wunsch nach einem neuen Zweibund nicht, um nicht den Gang der Verhandlungen zu dritt zu schädigen; was er verweigerte, war die Erweiterung der bündnismäßigen Pflichten. Aber sein Mißtrauen war geweckt, der Optimismus der letzten Tage herabgedrückt. Er hat zwar noch in der Eröffnungsrede für die Reichstagssession am 15. Februar Ausdruck gefunden: „Unter den europäischen Mächten herrscht nicht nur in dem Willen, den Frieden zu erhalten, die volle Übereinstimmung, sondern es besteht auch inbetreff der wesentlichen Ziele der zwischen ihnen schwebenden Unterhandlungen keine prinzipielle Meinungsverschiedenheit"[170]). Aber in scharfem Widerspruch zu dieser zur Schau getragenen Hoffnungsfreudigkeit brach die wirkliche Stimmung in einer geheimen Nachschrift zu dem Erlaß vom 10. 2. durch: „*Haymerles Zumutung hat mir einen unerwünschten Eindruck gemacht, als Versuch, unsre Bundesfreundlichkeit über das Maß der Billigkeit hinaus auszubeuten und die Verfügung über das deutsche Heer zu ungewissen Plänen orientalischer Politik in Anspruch zu nehmen. Ich würde eine solche Ausdehnung für um so bedenklicher halten, weil die bisherigen Ergebnisse der österreichischen*

Politik gegen die kleinen Balkanländer wenig Hoffnung auf Gewinnung derselben für Anlehnung an Österreich gewähren. Ich fürchte die Lokalagenten und die Komplikationen, die aus persönlicher Politik derselben oder aus ihrem Ungeschick hervorgehen können. Wir wollen russischem Chauvinismus, der à la Louis XIV. gegen einen von uns auftreten könnte, mit aller Macht entgegentreten, aber für aggressive Zwecke uns gebrauchen zu lassen, das würde die öffentliche Meinung in Deutschland der Regierung nie verzeihen." Noch einmal ist hier ganz klar und scharf der Sinn umrissen, in dem Bismarck den Zweibund abgeschlossen hat. Seine Worte zeigen gleichzeitig die Entschlossenheit, von vornherein einer Entwicklung den Riegel vorzuschieben, von der sich die deutsche Politik nach seinem Ausscheiden nicht freizuhalten verstanden hat.

Kamen jedoch die Österreicher mit dem Verlangen, die Bündnispflicht zu erweitern, so bestand für Bismarck kein Grund, dem nicht ein eigenes auf anderem Gebiet entgegenzusetzen, und so wies er Reuß (8. 2.) an, seinen alten Gedanken der Balkandemarkation, den er schon Saburow unterbreitet hatte, jetzt auch in Wien zur Diskussion zu stellen: „*Wenn die beiden anderen Kaiserhöfe sich über die Begrenzung des Einflusses eines jeden für die Zukunft verständigen und eine Scheidelinie ziehen wollten, welche für jeden von ihnen die Grenze ihrer Machtsphäre und, bei unabwendbaren Ereignissen, die Grenze ihrer Operationen und Okkupationen zu bilden hätte, so würde keine der Eventualitäten, über welche sie sich miteinander einigen könnten, bei uns Widerspruch finden. ... Wir haben kein Bedürfnis, eine solche Verständigung zu fördern, aber auch keines, ihr zu widersprechen, wenn durch dieselbe der Frieden unsrer beiden befreundeten Nachbarn gefördert werden kann.*" Indem er mit diesem Vorschlag drohte, die Gesamtfrage des Nahen Orients aufzurollen, wollte er offenbar Wien veranlassen, sich bei dem weniger umfassenden Verhandlungsprogramm nicht so hartnäckig zu zeigen.

Auch ohne daß Reuß dies Druckmittel einsetzen mußte, hat Haymerle, sobald er von Bismarcks Bedenken gegen seinen Entwurf des neuen Zweibundes erfuhr, sich zu anderer Fassung bereit erklärt. Sein Vorschlag war jetzt, daß im Falle des Scheiterns der Vermittlung Deutschland die in Artikel IV des Bündnisses vorgesehene Erklärung in Petersburg abgeben werde, einen Angriff auf Österreich als gegen sich selbst gerichtet ansehen zu müssen. Er empfand dies als Entgegenkommen und fühlte sich nunmehr berechtigt, seine Einwände gegen das Dreierabkommen, die sich, je länger er damit rang, immer mehr häuften und verdichteten, ganz deutlich auszusprechen: kein österreichischer Minister, so sagte er Reuß[171]), würde es unterzeichnen können, da es Österreichs Hände gegen die kleinen Balkanstaaten vollkommen binde und Rußland zum Herrn der Halbinsel mache.

Das klang erheblich anders, als die ersten freundlichen Äußerungen hatten erwarten lassen; insbesondere erregte das letztere, in der Tat weit

über das berechtigte Maß hinausschießende Urteil den heftigen Zorn Bismarcks. An die Stelle der bisherigen Hoffnungsfreudigkeit trat ausgesprochene Gereiztheit, zumal er in der neuen Fassung des Zweibundes, die Haymerle als Entgegenkommen betrachtete, noch eine Verschlimmerung erblickte.

„*Der Reichskanzler*", so grollt ein Diktat vom 22., „*hat sich gewundert, als der neueste österreichische Vorschlag weiterging als der erste.*" Haymerle scheine sich das nicht klarzumachen. „*Danach würde sich die Sache so stellen, daß Österreich eine Kriegsgefahr mit Rußland hervorrufen könnte jeder Zeit in der herausforderndsten Weise in der Sicherheit, für jeden russischen Krieg (auch zweifellos österreichischen Angriff) über die deutsche Streitmacht zu verfügen. Denn, wenn Rußland gegen österreichische Provokation die deutsche Vermittlung anriefe und wir sie versuchten, so läge es an Österreich, den Versuch mißlingen zu lassen, und wir müßten dann, wenn der Versuch an der Abneigung Österreichs den Frieden zu halten scheiterte, dennoch Rußland die bekannte Erklärung nach Art. IV des Oktobervertrages geben.*" Haymerle scheine gar nicht zu wissen, welche Kämpfe seinerzeit dessen Zustandebringen gekostet habe. Bismarck sei überzeugt, daß nicht der Kaiser der Dränger sei, denn Franz Joseph sei viel zu korrekt konstitutionell und überlasse den Ministern mehr als Kaiser Wilhelm.

„*Seines Erachtens*", so fährt das Diktat fort, „*wäre Österreich durch die bestehenden Verträge gedeckt, und wenn die russischen Vorschläge ihnen nicht konvenierten, dann könnten wir sie nicht durchbringen. Die Österreicher möchten sich überlegen, daß dann in Rußland ein außerordentliches Mißtrauen entstünde . . . Hauptsache schiene ihm für Österreich, bei italienischem Angriff der russischen Neutralität sicher zu sein, für uns bei französischem Angriff dieselbe Sicherheit, für Rußland die Dardanellenfrage. Darin liege eine friedenfördernde Konstellation, wenn man darauf einginge. Der Reichskanzler bedauert, daß Haymerle auf Texte und künstliche Wendungen so viel Gewicht legte, als wenn es sich um juristisch klagbare Verträge handle, bei denen es einem von beiden darauf ankommen könne, durch Fassungsfragen den andern fester oder weiter zu binden. Der Reichskanzler bedauert, daß Haymerle so wenig durchdrungen sei vom Gefühl, daß unser Bündnis ein Ausdruck der politischen Lage, ja einer politischen Notwendigkeit wäre . . . Bei der Abneigung des Kaisers, neue Unterschriften, die Rußland geheimzuhalten, von sich zu geben, lasse sich jetzt die relativ längere Dauer des Oktoberbündnisses nur dadurch herstellen, daß man der Verabredung zu drei eine kürzere Dauer gibt, etwa 3 Jahre. Der Reichskanzler bittet über diese Fragen um Äußerung, wenn man überhaupt die Sache fördern wollte. Wenn diese Förderung nicht in Haymerles Absicht liege, so könne der Reichskanzler weder dem Kaiser noch dem russischen Kabinett gegenüber die Verantwortung für Ablehnung auf sein Konto nehmen.*"

Der Schluß verfällt, bezeichnend für die Leidenschaft des Diktierenden, in direkte Rede: „*Ich weiß nicht, was ich zur Durchführung der Sache weiter*

anführen sollte, und ich bitte Sie deshalb, Baron Haymerle zu sagen: 1. daß ich mich unsern Kaiser zu weiteren Unterschriften zu bewegen außerstande fühle; 2. ob ich den Russen vorschlagen soll, die Bestimmung über Mediation fallen zu lassen; 3. ob Haymerle mit oder ohne diesen Abstrich zu einem Abkommen geneigt sein würde, wenn es auf drei Jahre beschränkt wird."

Der diesem Diktat entsprechend am 26. Reuß übersandte Erlaß ging auf die zahlreichen Einzelfragen des Ministers, genau wie das Diktat selbst, absichtlich nicht ein, um nicht durch solche Spezialdiskussion den Eindruck des hohen Zieles oder, wie Reuß sich ausgedrückt hatte, der großen europäischen Seite des Unternehmens zu verwischen. Er gipfelte in dem Satz: „*Kommt ein Abkommen zu drei nicht zustande, so wird die nächste Folge sein, daß in Petersburg neues Mißtrauen gegen Österreich-Ungarn entsteht. Dieselbe Wirkung würde auch uns gegenüber eintreten, wenn wir ihr nicht begegnen.*"

„Wenn wir ihr nicht begegnen", das bedeutete unmißverständlich, daß Deutschland angesichts des österreichischen Zögerns mit Separatverständigung mit Rußland drohte. Der Weg, den Bismarck dann später, als 1887 der Dreikaiservertrag zerbrach, tatsächlich gegangen ist, ist also hier schon den Österreichern vorgehalten worden. Es war wirklich schweres Geschütz, das Bismarck auffuhr.

Die Wirkung war auch prompt, zumal Reuß dem Minister „*sehr deutlich*" sagte, daß er für die Folgen des eventuellen Scheiterns verantwortlich sein werde[172]), und da Bismarck in guter Psychologie gleich nach dem Einschlagen der Bombe Entgegenkommen auf anderem Gebiet bewies, indem er anbot, anstatt durch neuen Vertrag durch Ministerialerklärungen festzulegen, daß der Zweibund durch das Dreikaiserabkommen nicht beeinträchtigt werde. Den gleichen Gedanken hatte Haymerle inzwischen schon von sich aus aufgeworfen, so daß dieser den Österreichern sehr wichtige Punkt zur beiderseitigen Zufriedenheit geregelt war, und ebenso erhielten die beiden andern Fragen des Kanzlers klare Antwort: Haymerle zog es vor, die im Entwurf vorgesehene Vermittlung des Dritten auszuschalten und die Vertragsdauer auf 3 Jahre zu beschränken. An dem guten Willen zum Abschluß zu kommen, konnte danach nicht mehr gezweifelt werden. Allerdings beharrte er noch auf der Notwendigkeit von Amendements, die den Charakter als Friedensinstrument sichern würden — wozu Bismarck bemerkte: „*was denn sonst?*" —, und zwar nach zwei Richtungen: jeder Ausdruck müsse vermieden werden, aus dem eine Pflicht Österreichs zu aktiven Leistungen beim Verschluß der Meerengen abgeleitet und der so gedeutet werden könnte, als ob, wenn man sich einmal zur Annexion Bosniens entschließe, erst noch Rußlands Erlaubnis einzuholen sei[173]). Diese beiden Vorbehalte fand Bismarck berechtigt, das Wichtigste war ihm, daß die grundsätzliche Zustimmung Wiens nun vorlag.

So schien endlich die „grande affaire", wie Saburow sich gern ausdrückte, auf glücklichen Weg gebracht zu sein. Die Stimmung allerdings, in der Haymerle nachgab, offenbarte sich in seiner Klage zu Reuß, im ganzen Lauf der Verhandlungen nicht das geringste Entgegenkommen gefunden zu haben. Aber sein Entschluß war gefaßt, der Boden für sachliches Einvernehmen zu dritt schien bereitet. In diesem Moment erfolgte die Ermordung Alexanders II. am 13. März, neuer Aufschub war unvermeidlich.

13. Das Ende der griechischen Frage

Bevor wir jedoch die Folgen des russischen Thronwechsels untersuchen, müssen wir den Blick zurücklenken auf die Entwicklung des gesamteuropäischen Konzerts in diesen Wintermonaten 1880/81, des größeren Rahmens, in den Zweibund und Dreikaiservertrag als fester und lockerer Kern hineinzustellen sein würden. Nach dem glücklichen Abschluß des montenegrinischen Streitfalls war noch ungelöst der griechische, bei dem für die Pforte viel mehr auf dem Spiel stand. Mit Sicherheit darf deshalb angenommen werden, daß dem Sultan die ihm von Hatzfeldt angeratene Nachgiebigkeit in dem ersteren leichter geworden ist durch die Überlegung, dann alle Kraft konzentrieren zu können auf den letzteren[174]). Die Notwendigkeit, diesen Rest der Kongreßbeschlüsse in die Wirklichkeit umzusetzen, stand also nunmehr im Mittelpunkt des gesamteuropäischen Getriebes.

Welche Stellungnahme hierzu die deutschen Interessen erheischten, hat Bismarck meisterhaft umrissen in der allgemeinen Instruktion, die Radowitz vor seinem Amtsantritt in Athen am 7. November aus Friedrichsruh mitbrachte und die das volle Einverständnis des Kaisers fand[175]). Ihr Kernpunkt war die knappe Zusammenfassung: „Es erscheint in Bezug auf die Gesamtpolitik des Orients generell als unsere Aufgabe: Erhaltung des Friedens womöglich unter allen — im besonderen die Verhinderung des Konflikts zwischen Österreich und Rußland und ebenso nach Möglichkeit die Verhinderung der Chance eines kriegerischen Vorgehens von England und Rußland allein gegen die Türkei."

Blieb dies der übergeordnete Gesichtspunkt, so ist auch hinsichtlich der im einzelnen anzuwendenden Methoden kein Wandel der bisher maßgebenden eingetreten. Nach wie vor kam es dem Kanzler auf die beiden Prinzipien an, sich vor eigener Initiative zu hüten und durch bereitwilliges Eingehen auf die Wünsche Frankreichs die Plattform für weiteres Zusammengehen zu schaffen.

Im ersteren Sinne ließ er in London mitteilen: „*Wir werden uns freuen über jeden Erfolg Griechenlands im Sinn der Kongreßbeschlüsse und keiner Macht, die ihm dazu verhelfen wolle, Hindernisse in den Weg legen, ihr im Gegenteil Erfolg wünschen. Wir werden aber uns jeder eignen Aktion enthalten und Griechenland von solcher abreden, solange es nicht ausreichenden Beistandes sicher ist*"[176]). Selbst dies jedoch schien ihm nachträglich zu weit zu gehen —

vielleicht unter dem Eindruck einer Rede Lord Granvilles in Hanley, die Deutschlands Rolle bei der Erhaltung des Konzerts stark in den Vordergrund rückte mit dem Zusatz, Bismarck suche seinen Einfluß geringer erscheinen zu lassen, als er tatsächlich sei[177]). Jedenfalls schränkte der Kanzler nun seinen Erlaß dahin ein, daß eine Mahnung zu friedlichem Verhalten nicht von Deutschland allein, sondern nur in Gemeinschaft mit anderen Mächten in Athen auszusprechen sei[178]). Als österreichische Zeitungen Nachrichten brachten, welche die deutsche Politik in dem Licht erscheinen ließen, als ob sie in dem Streit die führende Rolle übernehmen wolle, ließ er dies durch Reuß als unerwünscht bezeichnen (29. 12.), und schließlich wurde noch einmal ganz grundsätzlich dem Geschäftsträger Graf Radolinski in Konstantinopel die zwingende Notwendigkeit eingeschärft, sich vorsichtig zurückzuhalten (18. 1.): „*Deutschland kann seiner ganzen nationalen Stellung nach nur aktive Politik treiben, wenn unmittelbare deutsche Interessen ins Spiel kommen oder wenn es gilt, unsre Friedensstellung durch unsre Machtstellung zu wahren. Wir haben nicht wie die anderen Mächte direkte Interessen im Orient. Wenn bei jenen Grenznachbarschaft, Glaubens- und Stammesverwandtschaft mit den christlichen Bevölkerungen der Türkei oder Jahrhunderte geschichtlicher Tradition ein tätiges Eingreifen in die dort schwebenden Fragen als etwas Natürliches erscheinen lassen, so wird dagegen jedes Heraustreten Deutschlands aus seiner dem Orient gegenüber von jeher beobachteten Zurückhaltung von seinen Nachbarn als eine Änderung seiner europäischen Politik angesehen. Diesen Gesichtspunkt bittet der Herr Reichskanzler, auch falls man Ew. pp. türkischerseits von deutscher Initiative in der griechischen Frage sprechen sollte, hervorzuheben und dabei den Gedanken auszuführen, daß unser Handeln oder Stillsitzen, unser Tun oder Unterlassen in den Fragen orientalischer Politik nicht als Maßstab unsrer Sympathien für die Pforte gelten könnte. Nur unsre Besorgnis, die Beziehungen zu unsern Nachbarn und damit vielleicht den allgemeinen Frieden zu gefährden, hindern uns, in jenen Fragen voranzugehen oder uns in die erste Linie zu stellen.*“ Ein entsprechender Erlaß erging an Radowitz nach Athen.

Genau wie also in dieser Hinsicht alles beim alten blieb, so auch in der anderen, daß die Wichtigkeit des griechischen Grenzstreites für Deutschland darin lag, sich Frankreich gefällig erweisen zu können. Wie weit Bismarck dabei zu gehen bereit war; zeigt sein Verhalten zu Barthélemy St.-Hilaires Vorschlag, daß die sechs Mächte als Schiedsrichter auftreten sollten. Er sah dies für aussichtslos an, zumal die Franzosen trotz der bei Dulcigno gemachten Erfahrung mit keinem Wort andeuteten, wie sie sich die Exekution des eventuellen Spruchs vorstellten; als Hohenlohe telegraphisch den Plan berichtete (7. 12.), hat der Kanzler sein Urteil klar und hart in das eine Wort zusammengefaßt: „*Blech!*“ In dem Bedürfnis jedoch, den Franzosen keinen Grund zum Ärger zu geben, schloß er sich ihrer Anregung an, allerdings unter drei Vorbedingungen, von denen er wußte, daß sie kaum zu erfüllen

sein würden: daß zweifellos konstatiert sei, Griechenland und die Türkei würden sich dem Spruch unterwerfen, daß dieser mit einer Majorität von 4:2 zustande komme, und daß Einigkeit erzielt würde, in welcher Weise er auszuführen sei. Dem Auswärtigen Amt ließ er gleichzeitig sagen: „*Das ganze Schiedsgericht würde doch eigentlich ein neuer Kongreßakt sein, und ich würde es würdelos finden, Europa noch einmal beschließen zu lassen, um nachher mit einer leeren Demonstration wie vor Dulcigno oder Smyrna-Projekten zu enden. Für Deutschland ist solche Rolle nicht zum zweiten Male akzeptabel, und wenn ich jene Vorbedingung auch für schwer erfüllbar halte, so ist es im Interesse unsrer Machtstellung und unsrer Würde nicht tunlich, ohne dieselbe dem französischen Vorschlage beizutreten*“[179]). Die dritte Bedingung ließ er allerdings auf Barthélemys Bitte fallen, wenn die erste wirklich gesichert sei, lehnte es jedoch mit erhöhter Energie ab, im Falle nachträglicher Schwierigkeiten sich an europäischen Zwangsmaßnahmen zu beteiligen, indem er von vornherein erklärte, „daß wir uns nachher verbitten müßten, von der Ehre Europas zu sprechen, denn unseren Teil daran betrachteten wir nicht als engagiert“[180]).

Bei so skeptischer Haltung war es selbstverständlich, daß ein schüchterner Versuch des französischen Außenministers, Bismarck zu aktivem Einsatz zugunsten des Schiedsgerichtsplans zu bewegen, eindeutig abgewiesen wurde (17. 12.): „*Warum? Sicher nicht! Keinenfalls Initiative Deutschlands. Wir sind bereit, Frankreich zu folgen und gefällig zu sein. Eignes Interesse liegt nicht vor.*“ Der ganze Gedanke, von dem Bismarck einige Wochen später[181]) gesagt hat, die ihn begleitende diplomatische Aktion habe die Sache am falschen Ende angefaßt, indem sie den Hauptdruck in Athen ausübte und dadurch die Türkei indirekt in ihrer Unnachgiebigkeit bestärkte, scheiterte dann an der Weigerung der beiden Betroffenen, sowohl der Türkei wie Griechenlands.

Damit aber stand das europäische Konzert abermals vor dem absoluten Nichts, so daß es mit allgemeinem Aufatmen begrüßt wurde, als der Sultan, sehr geschickt seinen guten Willen trotz der Ablehnung des Schiedsspruchs zur Schau tragend, weitere Verhandlungen in Konstantinopel vorschlug. Sachlich durchaus zutreffend wiesen England und Österreich darauf hin, daß diese Unterhandlung erfolgreich durchzuführen sei nur, wenn sie in einer Hand läge; wenn sie aber wie schon früher anregten, daß Deutschland dieser eine Unterhändler sei, also gewissermaßen ein europäisches Mandat der Pforte gegenüber erhalten solle, so stand das in schärfstem Widerspruch zu Bismarcks eben noch so eindeutig verkündeten Absichten. Es hätte ihn von seiner konsequent festgehaltenen Linie abgedrängt, wenn er sich hätte bereit finden lassen, einen solchen Auftrag zu übernehmen[182]).

Nicht so einfach lagen indessen die Dinge, als Giers ein isoliertes Vorgehen der drei Kaisermächte anregte. An sich war alles, was deren Interessen-

gemeinschaft unterstrich, Bismarck als förderndes Moment für die Dreierverhandlungen überaus erwünscht. Aber er fürchtete, dadurch die Westmächte, insonderheit Frankreich, zu verletzen, und solange der Ostvertrag noch nicht wirklich abgeschlossen war, mußte er dies unter allen Umständen vermeiden. In scherzhafter Form hatte er schon früher Saburow nahegelegt, sich doch mit England zu verständigen, solange das liberale Kabinett am Ruder sei, allerdings alsbald hinzugefügt, von Dauer könne dies Bündnis wohl kaum sein[183]). Immerhin schien es ihm im Augenblick untunlich, ohne die Westmächte im Orient zu handeln. Das war ja der Vorteil seiner Mitgliedschaft im Konzert, daß es ihm die Möglichkeit bot, seine Fäden nach allen Seiten hin zu spinnen und je nach Bedarf die eine oder die andere Seite auszuspielen. Darum entzog er sich in höflichster Form dem Giersschen Vorschlag. „*Sosehr er*", ließ er durch Stirum an Reuß schreiben (20. 1.), „*in den Fragen der großen europäischen Politik, wo es sich um Krieg und Frieden oder die Verhinderung von Koalitionen handle, an der Verständigung und dem gemeinsamen Vorgehen der drei Kaiserhöfe festhalte, so glaube er nicht, daß in der vorliegenden Spezialfrage ein Vorgehen zu dreien in Konstantinopel praktisch sei. Dasselbe würde die Empfindlichkeit der anderen wecken, und die Pforte, welche aus einer divergierenden Haltung der Vertreter stets Nutzen zu ziehen weiß, dadurch in etwaigem Widerstande gegen die ihr zu machenden Vermittlungsvorschläge bestärken.*" Sowenig Bismarck sich von „Europa" versprach, das Konzert zu erhalten schien ihm nützlich, und deshalb hat er sich ihm auch jetzt, gerade so wie er es in der montenegrinischen Frage getan hatte, loyal gezeigt. Sein Blick war eben stets auf das Ganze gerichtet, und um eines taktischen Vorteils willen gab er die große strategische Linie nicht preis.

Aber hinsichtlich Griechenlands war die Lage wieder ganz verfahren, und obgleich die allgemeine Ratlosigkeit automatisch Deutschlands Einfluß nach allen Richtungen hin verstärkte — Deutschlands Stellung sei nie so brillant gewesen, hat Bismarck am 15. Dezember zu seinem Arzt gesagt[184]) —, so mußte es doch auf die Dauer unfruchtbar und bedenklich sein, wenn alle Vorschläge der andern, auf welche Art weiterzukommen wäre, in Berlin bloß negierend aufgenommen wurden. Das hätte dem falschen Vorwurf Stoff geboten, Bismarck wolle das Konzert zerstören, weil die Gefahr ja nahelag, daß dies über die dauernde Erfolglosigkeit in die Brüche gehe. Deshalb hat der Kanzler, als schließlich am 18. Januar Lord Granville ihn bitten ließ, doch seinerseits einen Vorschlag zu machen — mit dem Zusatz: „*the confidence and respect Prince Bismarck inspires could ensure the success of any proposal he would make to Europe*" —, nicht mehr mit dem reinen Hinweis auf die Notwendigkeit der Zurückhaltung für Deutschland wie bisher geantwortet. Er hat zwar daran festgehalten, keine eigene Initiative ergreifen zu können, hat aber eingewilligt, einen ihm möglich erscheinenden modus procedendi aufzuzeigen.

Seine ersten Überlegungen hierfür gingen davon aus, der Türkei die Kriegslust zu benehmen durch den Hinweis, daß Europa, falls sie es zum Krieg mit Griechenland kommen lasse, ihr die Ausnützung des zu erwartenden militärischen Sieges doch nicht gestatten, die gebrachten Opfer also nutzlos sein würden, und andrerseits die Griechen „*an den Gedanken zu gewöhnen, daß es besser sei zu nehmen, was sie bekommen könnten, anstatt dauernd Opfer an Geld zu bringen. Mit der Zeit würde man dann auch von etwaigen Kompensationen reden können, die an Stelle der schwierigen albanesischen Distrikte treten könnten*". Worin solche Kompensationen bestehen könnten, dafür machte er auch sofort einen ganz konkreten Vorschlag: er dachte an Kreta, das auf die Dauer kaum von den Türken zu halten war[185]). Indem er diesen Gedanken anregte, ging er sachlich doch weit hinaus über den bloßen modus procedendi, auf den sich zu beschränken er angekündigt hatte. Es war tatsächlich ein Lösungsvorschlag für das Europa so belastende Problem.

Dies Programm hat er mit dem Berlin passierenden Goschen[186]) am 5. Februar eingehend besprochen und nicht nur dessen, sondern auch des Londoner Kabinetts Zustimmung gefunden. Was seit Gladstones Machtübernahme so unwahrscheinlich geworden war, ein Hand-in-Hand-Gehen Englands und Deutschlands, wurde zur Tatsache, zur großen Freude Russells, der sich mit aufrichtiger Wärme zu diesem Ziel bekannte und weitgehende Zukunftshoffnungen an das Erreichte knüpfte. In Selbsttäuschung über seine eigene Stellungnahme in der ersten Zeit seiner Berliner Tätigkeit hat er am 19. Februar an Lord Granville geschrieben: „For ten years have I preached confidence in Bismarck as a means of success in foreign policy, but in vain! I never could overcome the deep-rooted distrust his wish for a cordial understanding with England inspired at home. The coming settlement of the Greek question in concert with Germany will, I trust, remove that feeling of distrust for the future"[187]).

Nachdem die englische Zustimmung vorlag, hat Bismarck sein Programm in die feste Form einer Instruktion für den seinen Konstantinopler Posten wieder antretenden Hatzfeldt gegossen, deren besondere Wichtigkeit durch die eigenhändige Niederschrift des umfangreichen Konzeptes zum Ausdruck gekommen ist[188]). Heimberufen war der Botschafter worden, nachdem er in der montenegrinischen Frage den entscheidenden Stoß geführt hatte; das gleiche in der griechischen zu tun, da sonst das kollektive Vorgehen wieder ergebnislos zu bleiben drohte, war der Auftrag, mit dem er jetzt zurückkehrte.

Drei Etappen der zu führenden Verhandlungen sah Bismarcks Programm vor. Zunächst sollten die sechs Mächte in Konferenzen ihrer Vertreter in Konstantinopel sich untereinander über die zu ziehende Grenze endgültig einigen, und um dies zu erleichtern, erfolgte sein Vorschlag, Kreta

statt der festländischen Gebiete an Griechenland zu geben; dringend warnte Bismarck davor, in diesem Stadium sich irgendwie mit der Pforte oder mit Athen einzulassen, weil das die Einigung erheblich erschweren würde und nur nach deren Vorliegen eine klare, erfolgreiche Sprache geführt werden könne. Die zweite Etappe würde dann darin bestehen, an Griechenland heranzutreten und sich seiner Annahme zu versichern. Dann erst zum Schluß, wenn die Vorwände und Möglichkeiten für Winkelzüge so gut wie ausgeschlossen wären, sei die Verhandlung mit dem Sultan aufzunehmen.

Ein formeller, fest umrissener Lösungsvorschlag lag damit vor, hinter dem Deutschland und England standen. Bismarck hatte sich also bereit gefunden, von der Linie seiner bisherigen Politik abzuweichen. Nur insofern verharrte er auf ihr, als er keinen Zweifel daran ließ, daß er ausschließlich theoretisch einen möglichen Weg des Vorwärtskommens zeigen, nicht aber bei der praktischen Durchführung in die erste Reihe treten wolle. Ganz in der bisherigen Weise erging am 27. Februar an Hatzfeldt die Mahnung zu größter Vorsicht: „*Um das für den weiteren Verlauf der Geschäfte so nützliche Vertrauen zu erhalten, welches der Sultan zu Ew. Exzellenz hat, wird es sich empfehlen, daß Ew. Exzellenz weder in der Konferenz noch im Druck auf den Sultan jetzt eine gegen den letzteren gerichtete Initiative übernehmen. Es kann in einer späteren Phase nützlich sein, daß Ew. Exzellenz sich dem Druck der mehr interessierten Mächte anschließen; wenn Sie aber eine Initiative nehmen, was dem Sultan nicht verschwiegen bleibt, so wird Ihr Rat bei demselben später weniger Gewicht haben. Meine Instruktion vom 8. beabsichtigt nicht, für Deutschland eine Führung zu übernehmen, sondern ich habe auf Verlangen Englands meine Ansicht als Fachmann ausgesprochen, wie die Sache zu behandeln sei. Die Führung und das Odium bei der Pforte sollten billigerweise England und Frankreich auf sich nehmen, von denen Frankreich im Kongreß und England seit Gladstone die Ansprüche der Griechen und damit die jetzige Spannung herbeigeführt haben. Wir wünschen dringend das Zustandekommen des Friedens, aber die Führerrolle dabei würde uns notwendig in der Zukunft den Verstimmungen der beiden Beteiligten, Türkei wie Griechenland, aussetzen, und wenn dies geographisch auch erträglich wäre, liegt kein Grund vor, es herbeizuführen.*“

Schon allein die Tatsache, daß, wie Saint-Vallier sich ausdrückte, Bismarck „sich bereit gezeigt hat, ratend einzugreifen“[189]), wirkte wie ein frischer Wind in der stickigen Luft der kollektiven Politik. Der tote Punkt schien überwunden zu werden. Aber das faktische Vorgehen erfolgte dann auf anderem Wege, als Bismarck ihn gewiesen hatte, und wahrscheinlich liegt gerade in diesem Abweichen der Grund, warum der Anlauf schnell wieder ins Stocken gekommen ist: weder ist die Reihenfolge der von ihm geratenen Schritte eingehalten, noch das von ihm vorgeschlagene Kompensationsobjekt gewählt worden, und die Folge war, daß auch das deutsch-englische Ein-

vernehmen im Gegensatz zu den Hoffnungen Russells nicht einmal für die ganze Endphase der Verhandlungen vorgehalten hat.

Schon unmittelbar nachdem Bismarck aus seiner Zurückhaltung herausgetreten war, erregte es seinen Zorn, daß, während ihm aus London, Petersburg und Paris außerordentliche Befriedigung entgegenklang, Haymerle bei aller Freude, die auch er über den deutschen Vorstoß empfand, sofort Bedenken gegen die Abtretung Kretas erhob. Einen Augenblick — es sind die gleichen Tage, in denen Bismarck schon über den österreichischen Vorschlag einer Neufassung des Zweibundes so gereizt war — riß Bismarck die Geduld. Offenbar nach seiner Anweisung entwarf Limburg-Stirum einen typisch Bismarcksche Redewendungen enthaltenden scharfen Erlaß an Reuß:

„*In der Politik gibt es überhaupt keine sichere mathematische Rechnung, die alle Fälle deckt, und die Frage, was tun wir, wenn dies und wenn das kommt, macht, wenn konsequent durchgeführt, jede auf Zukunft berechnete Politik unmöglich. Jede Sicherheit fehlt, daß der Fall wirklich eintritt, man kann sich seine Gedanken machen, was man vorschlagen will, aber man kann das nicht vorher festlegen, weil Tatsachen und Ereignisse anders kommen, als berechnet worden. Haymerle mag beherzigen, daß Politik keine exakte Wissenschaft ist, die mit sicheren Tatsachen der Zukunft, sondern mit Vermutungen und Wahrscheinlichkeiten rechnet.*" Der Reichskanzler werde sich nicht über Doktorfragen äußern und müsse der Besorgnis Ausdruck geben, daß Österreichs Zukunftsideen für den Balkan jetzt weniger genügsam seien als zur Zeit Andrássys. „*Indessen können wir über den Gedanken reden, daß die ganze Ostküste des Adriatischen Meeres österreichisch würde, inklusive Griechenland, aber ‚cartes sur table'?*" Sofort trat Bismarck auch, nachdem die Frage des zukünftigen Gesichtes des Balkans aufgeworfen war, wieder mit seinem eigenen Plan, der Demarkation, hervor. Reuß solle fragen, „*ob die Österreicher sich eine Linie gedacht hätten, hinter der eine Auseinandersetzung mit Rußland möglich wäre. Er möchte fragend anregen, ob Österreich darauf eingehen würde. Früher ist dem Reichskanzler mitgeteilt worden, daß Rußland auf eine Linie derart von Nordwest nach Südost, die wenigstens Saloniki auf Österreichs Seite läßt und die Unabhängigkeit Konstantinopels respektiert, eingehen würde. Diese Eventualität wäre von Rußland hingeworfen worden, diese Linie als eine Einfluß-, vielleicht Zukunftsgrenze zu ziehen. Die Kompensationsfrage später vorzubringen wäre nutzlos. Der Reichskanzler hat auch hier wieder den Eindruck, daß Österreich an der Verhinderung des Kriegsausbruchs gar nicht so viel läge. Über die weitere Entwicklung der Sache sich zu äußern, fällt ihm nicht ein, wenn er bei den ersten Schritten schon so viel Schwierigkeiten hat. Er wird sich ausschweigen, und weitere Projekte, namentlich über die Grenze, aufzustellen wäre nicht unsre Aufgabe, sondern in erster Linie Englands und Frankreichs, von denen Griechenland am meisten ermutigt worden wäre.*" Abgegangen ist dieser Donnerkeil dann allerdings nicht. Bismarck fürchtete wohl die Stimmung in Wien zu sehr zu ver-

schlechtern. Es kam auch hinzu, daß der Demarkationsplan kurz vorher (8. Februar) an Reuß herangebracht worden war. So wurde der Entwurf nicht ausgefertigt, aber er wirft ein Licht auf die Gefühle Bismarcks.

Waren Haymerles Einwände schon kein gutes Vorzeichen gewesen, so stellte sich gleich bei Beginn der Konstantinopler Besprechungen heraus, daß die dortigen Vertreter sich ganz anders verhielten, als der freudige Beifall der Kabinette hatte erwarten lassen. Gegen Kreta als Kompensationsobjekt erhob sich wie schon bei Haymerle Widerspruch, und vor allem wurde gegen den einleuchtenden Grundgedanken Bismarcks, die Türkei erst dann zuzuziehen, wenn die Einigkeit hergestellt sei, verstoßen. Hatzfeldt konnte daran nichts ändern, weil Bismarck ihm ja die größte Zurückhaltung aus Gründen der allgemeinen Politik zur Pflicht gemacht hatte. Zu Russell hat der Kanzler damals gesagt, Konstantinopel sei von jeher ein eigentümlicher Posten, wo die Mächte ihre Vertreter nicht so in der Hand hätten wie anderswo[191]), und in der Tat hat die Eigenwilligkeit dortiger Diplomaten — man braucht nur an Stratford Canning zu denken — öfters in das Schicksal Europas eingegriffen. Diesmal jedoch haben die Botschafter, wenn sie Bismarcks Rat nicht befolgten, offensichtlich auf Befehl gehandelt. Keine Spur läßt sich dafür erkennen, daß sie rektifiziert worden wären. Begrüßt worden war eben sehr viel mehr die Tatsache des deutschen Hervortretens als der Inhalt des Vorschlags. Selbst Barthélemy St.-Hilaire fürchtete jetzt allzu starken Einfluß Deutschlands im Orient[192]), und sein nächster Berater, der Direktor der politischen Abteilung des Quai d'Orsay, Baron de Courcel, hielt die Wiederaufnahme des in den letzten Monaten vernachlässigten Zusammengehens mit England für erforderlich[193]). Beide standen offenbar stark unter dem Eindruck der heftigen Kritik, die Gambetta an der Kooperation mit Deutschland übte, und befürchteten davon innerpolitische Rückschläge.

So führten die Konstantinopler Verhandlungen zu einer völlig neuen Mächtegruppierung: der gemeinsame deutsch-englische Vorschlag fand Widerspruch in erster Linie von seiten Frankreichs und Italiens, während Österreich sich passiv verhielt, und als dann unter englischem Druck Italien umschwenkte, bildete sich eine französisch-österreichisch-russische Opposition heraus. Demgegenüber ging auch die deutsch-englische Einigkeit alsbald in die Brüche, deren Grundlage ja überaus schwach war: um nicht von Frankreich und Rußland an Griechenfreundlichkeit übertrumpft zu werden, forderte Goschen jetzt ebenfalls außer Kreta noch festländische Abtretungen. Der Gesamteindruck war derart, daß Hatzfeldt (14. März) ernstliche Sorge für den Frieden aussprach.

Zu dem Zweck, die gemeinsame diplomatische Arbeit der Großmächte zu fördern, hatte Bismarck sich entschlossen, seinen Rat zu erteilen, und nun mußte er feststellen, daß sein Hervortreten ihn in vollständige Isolierung

hineinzuoperieren drohte. Unter diesen Umständen fielen die Gründe fort, die ihn zur Rücksichtnahme auf das Gesamtkonzert veranlaßt hatten. Es hatte seine Unfruchtbarkeit abermals erwiesen, und so warf Bismarck das Steuer herum. Der griechische Zwist diente ihm von nun an nur noch dazu, die Interessengemeinschaft der drei Kaisermächte zu fördern: „*Der Herr Reichskanzler*", so telegraphierte Limburg-Stirum an Hatzfeldt (27. März), „*erinnert daran, daß das hier mit Herrn Goschen verabredete Programm, dessen Gelingen von vornherein durch die verfrühten Verhandlungen der Botschafter mit der Pforte gefährdet worden sei, in erster Linie das Einschieben von Kandien als Kompensationsobjekt ins Auge gefaßt habe. Soweit an diesem wesentlichsten Punkte der hiesigen Verabredung festgehalten würde, seien Ew. Exzellenz ermächtigt, sich jeder mäßigenden Majorität bezüglich festländischer Konzessionen anzuschließen. Wolle man dort aber den Gedanken wegen Kandien aufgeben, so würde damit der ganze mit Herrn Goschen besprochene Plan hinfällig. Ew. Exzellenz würden in diesem Falle sich jeder aktiven Rolle zu enthalten und, indem Sie mit Ihren russischen und österreichischen Kollegen enge Fühlung bewahren, die Einigung der übrigen abzuwarten, eine Isolierung mit dem englischen Botschafter aber zu vermeiden haben. Wenn vier Mächte, darunter Österreich und Rußland, einig seien, so seien Ew. Exzellenz ermächtigt, sich ohne weiteres anzuschließen. Auch falls Österreich und Rußland allein zusammengingen, seien wir bereit zu folgen, doch möchten Ew. Exzellenz in diesem Falle vorher hier anfragen.*"

Es war also vorbei mit dem Versuch englisch-deutscher Kooperation, jetzt klingt wieder der alte Ton herber Kritik aus einem Privatbrief Limburg-Stirums an Hatzfeldt vom 27. März: „*Das Bedürfnis, in der griechischen Frage mit England zusammenzugehen, hätte den Grund gehabt, daß wir zu jeder Aussicht auf Erhaltung des Friedens und Erhaltung der Monarchie in Griechenland die Hand bieten wollten. Im übrigen findet der Herr Reichskanzler auch, daß die englische Politik etwas Raketenartiges hat, an das wir uns nicht halten können und was zu unserem Bedauern die Sicherheit unserer Entschließungen für die Zukunft vermindert. Abgesehen von der griechischen Frage, durch deren Besonderheiten unser bisheriges Zusammengehen mit England gerechtfertigt wurde, liegt unsere Aufgabe daher so, daß wir das Zusammehalten mit Österreich und Rußland in der europäischen Gesamtpolitik pflegen müssen. Das würde natürlich auch in der Orientpolitik zum Ausdruck kommen müssen. Wir hätten die Frage des Zusammengehens bei der jetzigen Botschafterkonferenz dem dringenden Wunsche, überhaupt etwas zustande zu bringen, untergeordnet. Auf die Dauer sei das aber nicht tunlich, und wenn der Reichskanzler Ihnen in einem seiner letzten Telegramme vorgeschlagen, die Wechselreiterei auf die Übereinstimmung zwischen uns und England zu überbieten durch die Aufstellung ähnlicher Vorbedingungen, wie z. B. das Zusammengehen von Goschen und Novikow oder von Tissot und Goschen, so hätte jede derartige Kombination, außer derjenigen mit Österreich*

und Rußland, doch nur die Bedeutung, das Verfahren der andern ad absurdum zu führen."

Gegen Bismarcks Rat hatten sich also die Mächte gestellt, aber über die zu findende positive Lösung waren sie untereinander genau so uneinig wie vor seiner Initiative. Der Wind war wieder verweht, der tote Punkt eben doch nicht überwunden, von kollektiver Einmütigkeit Europa weit entfernt. Jeder suchte den andern für den Weg in die Sackgasse verantwortlich zu machen. Auch persönlich hatte sich überaus gereizte Stimmung zwischen den Vertretern in Konstantinopel eingestellt, Hatzfeldt tadelte (21. März) den „*sträflichen Leichtsinn, mit dem Goschen durch seine übertriebenen Forderungen die Ruhe im Orient und vielleicht auch in Europa gefährdet*". Ein Teil der englischen Staatsmänner bedauerte jetzt, Bismarcks Rat nicht gefolgt zu sein: „*Had the Ambassadors*", schrieb der zum Lord Ampthill erhobene Russell ganz offen an Stirum (23. März), „*adhered to Prince Bismarck's suggestion of making a line for the Greeks first, before accepting conference with the Turks, the question might have been already settled.*" Der tief verstimmte Kanzler verweigerte jedes weitere aktive Eingreifen.

In dieser anscheinend hoffnungslosen Lage erfolgte am 24. März wahrhaft dramatisch der Umschwung. Die Pforte erklärte sich ganz plötzlich zu festländischen Abtretungen bereit, die zwar nicht voll den griechischen Wünschen gerecht wurden, ihnen jedoch weit entgegenkamen. Was Abdul Hamid hierzu gebracht hat, ist aus unseren Akten nicht zu erkennen. Das eine steht jedenfalls fest: wenn in der montenegrinischen Fragen der deutsche Rat, Hatzfeldts persönlicher Einfluß zum guten Teil die Entscheidung herbeigeführt hatten, so trifft dies diesmal nicht zu. In dem Telegramm, mit dem er das türkische Nachgeben meldete, bezeichnet Hatzfeldt selbst es als unerwartet, und Bismarck hätte es vorgezogen, wenn Kreta den Griechen gegeben worden wäre. Sie sind es also nicht gewesen, die die Wendung veranlaßt haben.

Ihr Schwierigkeiten zu bereiten, daran dachte der Kanzler aber nicht. „*Unsre Aufgabe ist es nicht, ein Abkommen zu hindern, über welches Einstimmigkeit erreicht werden kann*", telegraphierte er noch am gleichen Tage dem Botschafter zurück, und tatsächlich war sowohl bei den Konstantinopler Vertretern wie bei den Regierungen die Freude über den kaum mehr erhofften Fortschritt und über die Aussicht, endlich einen Strich unter die leidige Frage ziehen zu können, so groß, daß sie einstimmig, zum Kummer allein der Griechen, das türkische Angebot am 27. März als Verhandlungsbasis akzeptierten und es am 4. April in kollektiver, empfehlender Note nach Athen weiterleiteten.

Hier trat noch eine kleine Hemmung dadurch ein, daß die Gesandten, anstatt die Note einfach der griechischen Regierung zu überreichen, auf Betreiben des französischen und italienischen geringfügige Änderungen im

Text für nötig erachteten und deshalb noch an ihre Regierungen telegraphierten. Daß Radowitz sich dem nicht widersetzt hat, ist ihm von Bismarck, der, wie wir schon sahen, zur Kritik gegen ihn neigte, schwer verübelt worden[194]). Eigenhändig schrieb er (7. April) die Depesche an ihn: „*Ich weiß nicht, wie der Eingriff in die mit Europa vereinbarte Politik, der durch das identische Telegramm der Gesandten in Athen gegen die Erwartung ihrer Kabinette erfolgt ist, praktisch verlaufen wird. Vorbehaltlich weiterer Auseinandersetzung mache ich Ew. Exzellenz dafür verantwortlich, daß durch diesseitige Schuld nicht eine Stunde Zeit weiter verloren gehe, bis die Überreichung der identischen Note erfolgt.*" Wie stark Bismarck zum Abschluß drängte, wird hier offenbar. Tatsächlich wurde die gemeinsame Demarche noch am selben Tage unternommen, und wenn auch widerstrebend fügte sich Griechenland. „*Es lief besser ab, als die Unvorsichtigkeit verdiente*", war Bismarcks Schlußwort.

Einen Augenblick allerdings schien auch jetzt noch das mühsam erreichte Ergebnis bedroht. Da Radowitz die Gefahr republikanischer Erhebung gegen das griechische Königtum wegen dessen Nachgiebigkeit sehr ernst nahm, ließ Bismarck den Großmächten mitteilen, Deutschland habe sich für die Konzessionen nur an das monarchische Griechenland eingesetzt. Einer griechischen Republik gegenüber behielt er sich also Handlungsfreiheit vor. Damit fand er Beifall in Österreich, Rußland und Frankreich, nicht aber in England. „*Man muß mit Bedauern*", so trug er Kaiser Wilhelm am 11. Mai vor, „*aus dieser Tatsache schließen, daß England mit Erhaltung einer offnen Wunde im Orient, wie es eine griechische Republik sein würde, nicht unzufrieden wäre. Es ist zu beklagen, daß in England die liberale Parteipolitik auf alle auswärtigen Verhältnisse so mächtig einwirkt und daß die radikalen Tendenzen, welche im englischen Ministerium die Oberhand haben, die Betätigung der liberalen Tendenzpolitik in Griechenland höher stellen als die Sicherung des Friedens im Orient.*" Bis zum Schluß ist also die griechische Frage eine Quelle von Reibungen zwischen Bismarck und Gladstone gewesen. Die Befürchtungen erwiesen sich aber bald als gegenstandslos, in Athen regte sich nichts.

In letzter Stunde jedoch erhob sich, diesmal wieder von der Pforte her, ein neues Hemmnis. Mit der oft bewährten Taktik suchte sie aus der eingegangenen Verpflichtung auszubrechen. Als sich davon die ersten Spuren zeigten, war Bismarck sofort für energischen Kollektivschritt aller Mächte, er wollte nun wirklich zum Ende kommen. „*Die sechs Mächte*", telegraphierte er an Hatzfeldt (14. Mai), „*würden vor ihren Nationen eine Art von Ridicule auf sich laden, wenn sie jetzt durch türkische Winkelzüge ihr mühsames Werk zum Scheitern kommen ließen. Wenn die Pforte nicht schleunig und glatt ausführt, so sind meines Erachtens kollektive ultimative Schritte um so mehr notwendig, als auch die bulgarischen Dinge sich komplizieren können und Ignatiew wieder am Ruder ist.*" So wurden abermals Beratungen der Konstantinopler Bot-

schafter erforderlich, und bei ihnen offenbarten sich noch einmal in voller Deutlichkeit die Gegensätze unter den Großmächten, die den ganzen Verlauf bestimmt hatten.

In einem überaus interessanten Bericht vom 25. Mai schildert Hatzfeldt, wie England und Italien sofort für Zwangsmaßregeln plädierten, während namentlich Österreich und Rußland für milderes Vorgehen sich einsetzten und sogar das Wort Ultimatum vermieden wissen wollten; Frankreich sei für schonende Behandlung des Sultans gewesen, um ihn, den es schon durch seinen Griff nach Tunis als dessen formellen Oberherrn verletzt hatte, nicht noch mehr vor den Kopf zu stoßen. So kam es zu „*mehrstündiger, unerquicklicher und aufregender Diskussion*". Erst dann habe er selbst, der sich bis dahin vollständig zurückgehalten und das Wort den direkt Interessierten überlassen hatte, eingegriffen mit der kategorischen Erklärung, falls nicht einstimmig eine scharfe identische Note an die Pforte, für die er einen Entwurf vorlegte, beschlossen werde, sei er genötigt, den Tatbestand der Uneinigkeit dem Reichskanzler zu melden. Mit dieser Drohung des deutschen Rückzugs aus dem Konzert erreichte er sofort die allgemeine Zustimmung zu der von ihm vorgeschlagenen Fassung, und da die Mächte einmütig geblieben waren, so fügte sich die Türkei nun wirklich. Am 24. unterzeichnete sie die Konvention, in der die Einzelheiten der Räumung festgesetzt wurden.

Sein Urteil über diese letzten Geschehnisse faßte Hatzfeldt dahin zusammen, sie seien ein Zeichen, „*auf wie schwachen Füßen der von Gladstone in Szene gesetzte Akkord der Mächte in der orientalischen Frage steht.*" Erhalten sei er worden lediglich durch Deutschland. Und in der Tat, abermals nur durch deutschen Druck ist im allerletzten Moment die Einigkeit hergestellt worden, die systematisch stören zu wollen Bismarck von allen Deutschenfeinden so vielfach angeklagt wurde.

Mit vollem Rechte durfte daher ein offiziöser Artikel der „Post" (12. Mai) feststellen: „Die Politik des Fürsten Bismarck ist im Auslande oftmals verdächtigt worden, und auch heute noch wird gedruckt, daß der deutsche Reichskanzler Europa nicht zur Ruhe kommen lassen wolle. Doch ist es eine Tatsache, daß Fürst Bismarck in allen Krisen, welche Europa während der letzten Jahre beunruhigt haben, unausgesetzt bemüht gewesen ist, den Weltfrieden, sooft derselbe von irgendeiner Seite gefährdet wurde, aufrechtzuerhalten. Die Aufgabe, welche die europäischen Kabinette sich der Türkei und Griechenland gegenüber gestellt hatten, war keine leichte. Daß diese Aufgabe nun voraussichtlich in befriedigender Weise gelöst werden wird, darf zum großen Teil auch der Tätigkeit unsrer Regierung zugeschrieben werden. Es wäre erwünscht, wenn dieser Umstand nicht so schnell aus den Augen verloren würde; die nachteilige Wirkung gewisser böswilliger Verdächtigungen würde dadurch wesentlich abgeschwächt werden."

Das große Verdienst, das Hatzfeldt sich dabei erworben hatte, ist wieder, wie in der montenegrinischen Frage, sehr warm anerkannt worden. Besonders stolz durfte er auf das Zeugnis sein, das ihm, als er nun wirklich endgültig abberufen wurde, Abdul Hamid in einem Brief an Kaiser Wilhelm (20. Juni) ausstellte: „*Votre Majesté Impériale connait déjà la haute opinion que j'ai de Son digne représentant auprès de ma cour. Ce diplomate distingué a su si bien concilier les intérêts réciproques et a montré tant de tact dans l'accomplissement de sa mission que j'ai été heureux de partager la haute confiance de Votre Majesté Impériale à son égard et de prendre son avis éclairé sur les divers questions que mon Gouvernement a été appelé à résoudre dans ces derniers temps. Je dois ajouter que ses conseils, suivis avec d'autant plus d'empressement qu'ils étaient désintéressés, m'ont puissamment aidé à contribuer au maintien de la paix européenne.*" Wahrlich eine ungewöhnliche Anerkennung für einen scheidenden Botschafter.

Wieder war ein gefährliches Problem auf friedlichem Wege ausgeräumt worden, die letzte noch offene Bestimmung des Berliner Kongresses war endlich geregelt. Welch wechselnde Möglichkeiten hatten sich in dem Hin und Her dieser Verhandlungen abgezeichnet! Ihr Beginn hatte Deutschland und Frankreich in engem Einvernehmen gesehen; als sie dann ins Stocken geraten waren, wurden sie wieder in Fluß gebracht durch gemeinsame deutsch-englische Aktion; an ihrem Ende steht Bismarcks Wunsch, sie als Mittel zur Befestigung des Dreikaiserverhältnisses zu benutzen. So spiegelt sich im Verlauf dieser Einzelfrage das ganze große System von Bismarcks Außenpolitik, je nach dem Bedarf des Augenblickes durch wechselnden Einsatz der möglichen Schachfiguren den allgemeinen Frieden Europas zu erhalten.

14. Der Abschluß des Dreikaiservertrags

Das in der letzten Phase der Verhandlungen wegen Griechenland zutage getretene Bedürfnis der deutschen Politik, die Interessengemeinschaft der drei Kaisermächte auch hier zu unterstreichen, beruhte mit auf der Ungewißheit über die Folgen des Thronwechsels in Rußland. Der neue Zar hatte nie als warmer Freund Deutschlands gegolten. Er war der Schwager des Prinzen von Wales, so daß das dynastische Moment die Möglichkeit einer Verständigung Rußlands mit dem liberal regierten England erhöhte. Sein starkes Mißtrauen gegen Österreich war unbezweifelbar. Wenn man auch nicht an aggressive Absichten glaubte, so richteten doch alle Feinde des Reichs ihre Augen auf ihn. Bezeichnend war, daß Hohenlohe von „*triumhierender Stimmung*" in allen nicht unmittelbar der Regierung nahestehenden politischen Kreisen von Paris berichten mußte. Es kam hinzu, daß schon in den letzten Monaten Alexanders II. die russische öffentliche Meinung sich wieder deutlich für liberale Politik und deshalb außenpolitisch für Zusammengehen mit Frankreich ausgesprochen hatte. Die Stellungnahme der Presse war von Schweinitz beschrieben worden (23. Januar): „*Die Redakteure halten sich fern von den ihnen streng untersagten Gebieten, namentlich also von Besprechung aller Vorgänge am Hofe; um so ungebundener ergehen sie sich auf dem Felde der auswärtigen Politik, wo sie Gelegenheit finden, die eigne Regierung indirekt zu kritisieren; ihre Sympathien wenden sich überall den Elementen des Fortschritts oder des Umsturzes zu: in Frankreich sind sie für Gambetta, in Deutschland für Richter oder Virchow, in Irland für Parnell. Das Lobpreisen des Wohlstandes und der Herrlichkeit, welche Frankreich in der Republik gefunden hat, ist ihr Lieblingsthema, wobei sie selten versäumen, die Franzosen schmeichelnd oder höhnend aufzufordern, daß sie der kleinmütigen Politik Herrn Barthélemys ein Ende machen und die ihnen gebührende Stellung wieder einnehmen möchten.*" Schweinitz hatte auch dringend gewarnt, solche Stimmen etwa leicht zu nehmen, denn „*bei Abwesenheit jeder wirklichen Autorität und Macht wird die der Presse immer gefährlicher und terrorisierender*" (19. Februar).

Die Sorge war also nicht von der Hand zu weisen, daß sich durch den Thronwechsel alle die Mühe, die auf die sich nun schon mehr als ein Jahr hinziehenden Dreikaiserverhandlungen verwendet worden war, als umsonst herausstellen könnte. Reuß hat denn auch gleich am Abend, als die Nach-

richt der Mordtat in Wien eintraf, Haymerle bittere Vorwürfe gemacht, durch sein Hinzögern kostbare Zeit verloren zu haben: „*wir hätten gewußt, was wir an Alexander II. hatten, und stünden nun vor dem Ungewissen.*" Daß bei den Österreichern selbst das Gefühl lebendig war, einen Fehler begangen zu haben, daß sie aber auch gewillt waren ihn wieder gutzumachen, zeigen die Worte, die nach Reuß' Bericht (2. April) Kaiser Franz Joseph zu Oubril sprach, als dieser sein neues Kreditiv überreichte, er bedauere, daß die eingetretene Verzögerung teilweise Österreich zur Last falle. Da also in beiden Mittelmächten die Vorstellung herrschte, besondere Anstrengungen machen zu müssen, um Alexander III. jeden Zweifel an ihrem Verständigungswillen zu benehmen, ist festzustellen, daß die russische Verhandlungsposition durch die Tragödie des 13. März nicht unwesentlich verbessert worden ist, und die Russen haben das natürlich ausgenützt.

Die Notwendigkeit, den Zaren gut zu stimmen, minderte automatisch Bismarcks Bereitwilligkeit, sich für solche Wünsche Österreichs einzusetzen, die in Petersburg mißliebig waren. Dies kam alsbald zum Ausdruck in dem Gespräch, das der Kanzler am 18. März mit Saburow vor dessen Abreise zu den Beisetzungsfeierlichkeiten hatte[195]) und in dem er ihm Kenntnis gab von den oben erwähnten Amendements Haymerles wegen der Meerengen und Bosniens. Wir sahen, an sich empfand Bismarck sie als berechtigt. Aber er hielt jetzt besondere Vorsicht für seine Pflicht und war außerdem schwer verstimmt durch die Verhandlungsart des Ministers, auf die Formulierung der Spezialklauseln solch entscheidenden Wert zu legen. Er fürchtete, daß deren Voranstellen das hohe Ziel gefährde, zumal er wußte, daß diesem Endzweck das Wiener Kabinett nicht mit der gleichen Überzeugung zustrebte wie er selbst. Darum glaubte er unter dem Eindruck der Petersburger Katastrophe, ebenso wie Reuß es schon von sich aus getan hatte, dem Minister energische Vorhaltungen machen zu müssen, und ordnete einen scharfen Erlaß nach Wien an, dessen Entwurf Lothar Bucher am 17. März vorlegte.

Haymerles Art und Weise, ließ er sagen, mache auf ihn einen entmutigenden Eindruck: „*ich erkenne darin den alten Wiener Stil, mit dem ich von Frankfurt her vertraut bin und dort mit größerer Geduld zu ertragen hatte, als in der vorliegenden Sache . . . Ich habe mich auf die ganze Sache nur im Interesse Österreichs eingelassen. Wir könnten dieselben Vorteile Frankreich gegenüber besser für uns von Rußland allein erreichen, ohne unseren Verpflichtungen gegen Österreich untreu zu werden.*" Der Vorwurf des Ministers, im ganzen Verlauf der Verhandlungen nicht das geringste Entgegenkommen gefunden zu haben, sei eine persönliche Kränkung für ihn; bei dessen anspruchsvoller Argumentierung habe er wenig Lust, das Geschäft fortzuführen. In der Tat war dieser Vorwurf auch insofern unberechtigt, als, wie wir festzustellen hatten, Bismarck in seinen direkten Besprechungen mit den Russen

einige wichtige Zugeständnisse erreicht hat, die diese ohne seine Fürsprache den Österreichern kaum gebracht haben würden.

Abgegangen ist dieser heftige Entwurf dann allerdings ebensowenig wie der gleich scharfe aus dem Februar. Er blieb Entwurf, obwohl Bismarck ihn, wie Saburows Erzählung beweist, diesem vorgelesen hat. Offenbar schien es doch nicht opportun, in dem Augenblick, wo in Rußland alles in Frage gestellt war, Österreich derart grob anzufassen und es eventuell zu vergrämen. Andrerseits aber hielt Bismarck es auch nicht für richtig, sich energisch für die österreichischen Abänderungsvorschläge gegen die Russen einzusetzen. Als Saburow sofort — zunächst für seine Person — Widerspruch erhob, hat sich der Kanzler bei der neuen Sachlage davor gebeugt und es nach des Botschafters Bericht „peinlich vermieden, zugunsten der österreichischen Formulierung zu sprechen". Zur Zeit sollte eben alles unterbleiben, was Alexander III. kopfscheu hätte machen können.

Kaiser Wilhelm gegenüber hat Bismarck allerdings den Glauben ausgesprochen, daß eine ungünstige Wendung nicht eintreten werde. Noch am Tage der Ermordung schrieb er seinem Herrscher als „*dem nächsten Freunde, den der Kaiser Alexander, vielleicht mit Einschluß der eigenen Familie besaß*", einen Kondolenzbrief[196]) mit dem beruhigenden Zusatz: „*Politisch erwarte ich von dem Regierungswechsel keine Änderung der auswärtigen Politik. Sowohl die Gesinnung des Thronfolgers wie der Zustand Rußlands geben der Überzeugung Grund, daß die ruhige und friedliche Politik des letzten Jahres andauern werde.*" Die Taten des Kanzlers beweisen jedoch, daß er auch mit der gegenteiligen Möglichkeit durchaus rechnete und alles aufbot, um ihr vorzubeugen. Während damals Saint-Vallier glaubte von einem russisch-deutschen „rapprochement dont l'intimité surpasse tout ce que l'on prévoyait" reden zu müssen, wodurch Bismarck zum wirklichen Dirigenten der Petersburger ebenso wie der Wiener Politik geworden sei — er fügte hinzu, die hierdurch ausgelöste Unruhe der Österreicher würde komisch sein, wenn die Sache nicht so ernst wäre[197]) —, und während Chanzy ebenfalls meldete, für ihn sei es kein Zweifel, daß die Politik der drei Kaisermächte nunmehr in Bismarcks Hand liege[198]), herrschte in Wirklichkeit in Berlin bange Sorge, ob nicht die Aussicht auf den Dreiervertrag überhaupt geschwunden sei. Dieser Eventualität entgegenzuwirken, schien die äußerste Rücksicht auf die Gefühle Alexanders III. notwendig.

Vor allem war zu diesem Zweck erforderlich, daß sich vom Balkan her keine neuen Streitigkeiten einstellten, weil sie im jetzigen Augenblick von katastrophalen Folgen hätten sein können. Deshalb mühte sich Bismarck, bei allen hier in den nächsten Monaten auftauchenden Fragen, ebenso wie er es bei den Konstantinopler Verhandlungen getan hatte, das Gefahrenmoment auszuschalten, indem er die drei Kaisermächte zu einheitlichem Vorgehen

brachte. Zuerst begegnet uns dies bei der Erhebung Rumäniens zum Königtum.

Bismarck wußte, daß dieser Wunsch des Fürsten wie des Parlaments in Wien wenig angenehm empfunden wurde. Reuß hatte noch am 27. Februar den Ausspruch Haymerles berichtet, wenn Rumänien diesen Schritt vollziehe, werde Serbien alsbald folgen, und er könne sich nicht denken, „*daß es den alten Monarchien Europas erwünscht sein werde, eine ganze Sammlung von kleinen Königen an der unteren Donau entstehen zu sehen, deren Titel der Bedeutung ihrer Länder durchaus nicht entsprechen*", — wozu Bismarck mit Recht bemerkte: „*Das ist das Schlimmste, nicht aber der nationale Lockvogel?*" Um sich den Österreichern gefällig zu erweisen und sie dadurch für den größeren Zweck des Dreikaiservertrags gefügiger zu machen, hatte er am 3. März, also noch zu Lebzeiten Alexanders II., Schweinitz anweisen lassen, die Bedenken in Petersburg zur Sprache zu bringen: „*Fürst Bismarck hat das Gefühl, als ob die Titeländerung Rußland doch vielleicht nicht gleichgültig sei wegen ihrer Wirkung auf die beßarabische Bevölkerung. Ein rumänisches Reich, nach dem alle rumänischen Volkselemente bis zum Dnjester hin gravitierten und dessen Bestreben sich in Zukunft möglicherweise darauf richte, eine europäische Neutralität zu erlangen, um an der Donau die Rolle eines zweiten Belgien zu spielen, möge für Rußland kein willkommener Nachbar sein.*" Wir stünden der Frage fern und dächten nicht daran, hohenzollernsche Hauspolitik zu treiben. „*Die Frage interessiere uns vielmehr, insoweit der europäische Frieden und die Beziehungen unsrer Nachbarn zu einander durch eine Änderung der Verhältnisse an der unteren Donau affiziert werden könnten.*" Noch bevor aber die Mächte zu einem Entschluß gekommen waren und als das Petersburger Ereignis ihre Aufmerksamkeit fesselte, wurden sie am 26. vor eine vollendete Tatsache gestellt, indem Kammer und Senat in Bukarest das Königtum proklamierten.

Bedingungslos das hinzunehmen, war jedoch auch Giers nicht gewillt. Unter dem Eindruck der Mordtat verlangte er Garantien, daß der in seiner Würde erhöhte Staat in Zukunft nicht mehr eine „*Herberge für Sozialdemokraten und Nihilisten*" bilde, und sowohl Deutschland wie Österreich unterstützten ihn darin. Es war der erste Vorstoß in der Richtung, die dann nachher in breiterem Maßstab eingeschlagen wurde mit dem Antrag, einen internationalen Kongreß zur Bekämpfung der subversiven Kräfte einzuberufen. Bismarck, dem diese weitergehende russische Absicht bekannt und erwünscht war, hat alsbald Österreich zugeredet (1. April), auch sie ebenso wie das Vorgehen in Rumänien zu fördern. Aber schon gegen dieses erhob sich der Widerstand der westlichen Demokratien, an dem auch der umfassendere Plan gescheitert ist. Italien und dann auch Frankreich beeilten sich, die bedingungslose Anerkennung des Königtums auszusprechen, woraufhin die Ostmächte sich darauf einigten, es ebenfalls zu tun und nur gleichzeitig

der Hoffnung Ausdruck zu geben, daß die Rangerhöhung verstärkte Garantie für die Erfüllung der internationalen Pflichten bieten werde.

Bezeichnend für Bismarcks Wunsch, die deutsche Politik konform mit den beiden andern Kaisermächten zu halten, ist ein kleiner Zwischenfall, der sich hierbei ereignete. Der Gesandte in Bukarest, Graf Wesdehlen, war am 3. April instruiert worden, sich stets auf derselben Linie mit dem russischen und dem österreichischen Vertreter zu bewegen. Dennoch glaubte er, als diese beiden in gleichlautender Note die Anerkennung aussprachen, sich ohne besondere neue Anweisung an einem so schwerwiegenden Schritt nicht beteiligen zu dürfen, und erklärte nur vorläufig, er zweifle nicht daran, daß Deutschland denselben Standpunkt einnehmen werde. Damit jedoch durchkreuzte er den Eindruck, den Bismarck hatte erzielen wollen, und mußte es über sich ergehen lassen, daß dieser ihm formell seine Unzufriedenheit aussprach (6. April): „*Ich verhehle Ihnen meine Überzeugung nicht, daß der Inhalt Ihrer Instruktionen Ihnen keinen Zweifel darüber lassen konnte, daß Sie verpflichtet waren, Ihr Verhalten in genaue und vollständige Übereinstimmung mit demjenigen Ihrer beiden Kollegen, namentlich dem russischen, zu setzen. Dadurch daß Ew. pp. dies unterlassen haben, haben Sie die Kaiserliche Regierung in die unerwünschte Notwendigkeit versetzt, diese Abweichung von dem gleichmäßigen Verfahren, welches wir beiden Kabinetten versprochen hatten, diesen gegenüber durch ausdrückliche Erklärungen zu rechtfertigen.*" Bismarcks Zorn war so groß, weil in der Ungleichförmigkeit des Vorgehens den Gegnern der Dreikaiserverständigung eine Handhabe geboten war.

Der gleiche Wille, die Politik der drei Kabinette auf einer Linie zu halten, ist dann auch festzustellen in bezug auf Bulgarien, als dies Anfang Mai durch den Staatsstreich des Fürsten Alexander in den Brennpunkt der Aufmerksamkeit rückte[199]). Er befreite sich von den Fesseln der alle praktische Arbeit lähmenden demokratischen Verfassung. Hier war für Bismarck besondere Vorsicht geboten, weil der ganze Verlauf der bisherigen Dreikaiserverhandlungen eindeutig den Beweis erbracht hatte, daß mit Bulgarien sowohl in Rußland wie in Österreich ganz besonders empfindliche Nerven berührt wurden. Mit Leichtigkeit konnten sich jederzeit von hier aus gefährliche Probleme aufrollen.

Daß Fürst Alexander sich nicht länger mit dem unerträglich gewordenen Zustand der bulgarischen Innenpolitik abfand, billigte Bismarck durchaus. Er bezeichnete es Kaiser Wilhelm (8. Mai) als „*politisch klug und richtig, wenn er sein Land vor die Alternative seines Rücktritts oder die Übertragung außerordentlicher Gewalten stellt. Nachdem die bulgarischen Verhältnisse sich bis heute immer mehr nach der radikalen Seite entwickelt haben, würde die Stellung des Fürsten nicht haltbar bleiben, wenn die Befugnisse der Regierung nicht verstärkt und erweitert würden. Als ich die Ehre hatte, den Fürsten bei seiner letzten Anwesenheit in Berlin zu sprechen, äußerte derselbe mir gegenüber*

schon seine Zweifel, ob es nicht notwendig sein werde, daß er den Schritt tue, den er jetzt unternimmt. Ich habe Seiner Königlichen Hoheit darauf erwidert, daß auch ich eine Remedur gegen die herrschende Zuchtlosigkeit und das Übergewicht der radikalen Parteien für notwendig hielte, wenn das Fürstentum Bestand haben solle."

Bismarck hatte also den Fürsten zu seinem Vorgehen ermutigt und hat deshalb, als in Petersburg und speziell bei Alexander III. persönlich Befremden laut wurde, daß dieser gehandelt hatte, ohne noch einmal Rußland zu benachrichtigen, beschwichtigen lassen, im monarchischen Interesse und in dem der Erhaltung der Ruhe auf dem Balkan sei es dringend erforderlich, ihn diplomatisch zu stützen. Giers hat denn auch in diesem Sinne den Zaren erfolgreich beeinflußt. Wegen des Eindrucks auf diesen war es aber Bismarck geradezu erwünscht, daß Gladstone um des liberalen Prinzips willen sich gegen den Staatsstreich und die „Bedrohung der verfassungsmäßigen Freiheiten des bulgarischen Volkes" wandte. Das bot erwünschte Gelegenheit, erneut zu betonen, wie wenig Rücksicht auf das monarchische Interesse von dem gegenwärtigen englischen Kabinett zu erwarten sei. Auch ließ der Kanzler durch Münster (19. Mai) Lord Granville darauf aufmerksam machen, „*daß die Erhaltung des Friedens im Orient unsrer Ansicht nach von der Frage wesentlich abhängt, ob die Stellung des Fürsten Alexander sich befestigt. Würde letzterer durch Agitationen, welche infolge englischer Duldung entstehen könnten, bewogen sein Land zu verlassen, so würde in Bulgarien zweifellos Anarchie entstehen, für welche und für deren Rückwirkung auf den Frieden die deutsche Politik die Verantwortlichkeit nicht zu teilen wünscht.*" In diesem Stadium der bulgarischen Frage begegnen wir also der Situation, die sich später in ihr genaues Gegenteil verwandelt hat, daß England dem Battenberger Schwierigkeiten bereitete, während Bismarck seine bedenkliche Lage zu erleichtern suchte. Daß er es tat, ergab sich aus der grundlegenden Tendenz seiner ganzen Orientpolitik seit 1878, jeder Änderung an dem in Berlin hergestellten status, soweit nicht Einigkeit zwischen Österreich und Rußland hergestellt war, vorzubeugen. Weil sie sonst fast notwendigerweise in Zwist geraten würden, setzte er sich dafür ein, den mit Zustimmung Europas auf den bulgarischen Thron erhobenen Fürsten an der Macht zu erhalten: „*Die Hauptsache ist, daß die drei Kaisermächte identisch auftreten. Wir können alles mittun, worüber Österreich und Rußland einig werden*", lautet ein Marginal vom 11. Juni, und das bedeutet nichts anderes als erneutes Bekenntnis zu der Richtung, in die er in allen diesen Monaten seine bulgarische Politik gelenkt hat.

Der übergeordnete Gesichtspunkt bei allen Balkanereignissen war also für Bismarck, dem neuen Herrscher Rußlands den Zweifel an der Verständigungsbereitschaft der Mittelmächte zu nehmen und auf diese Weise die durch den Thronwechsel abermals ins Stocken geratenen Verhandlungen

neu in Fluß zu bringen. Die Spezialfragen des Nahen Orients sind für ihn nichts anderes gewesen als die Bausteine für den in der „grande affaire" zum Ziele führenden Weg. Darüber hinaus aber bestimmte die Unsicherheit über die Entschlüsse Alexanders III. Bismarcks Stellungnahme zu allen brennenden Fragen der gesamteuropäischen Politik. Hier indessen, wo es sich nicht so unmittelbar um das Verhältnis zwischen den drei Ostmächten handelte, zog er aus ihr eine ganz andere Konsequenz: er machte es sich zur Pflicht, solange der Zar sich noch nicht für die Mittelmächte entschieden hatte, nichts zu tun, was dessen internationale Position erleichtert und damit sein Anschlußbedürfnis vermindert hätte.

Dieser Gesichtspunkt begegnet uns bei einem an sich äußerst geringfügigen, aber symptomatisch wichtigen Geschehnis. Der Botschafter von Keudell hatte dem Ministerpräsidenten Cairoli die Frage vorgelegt, ob nicht eine geplante große Parade in Rom verschoben werden würde bis nach den russischen Beisetzungsfeierlichkeiten. Dies erweckte die Besorgnis Bismarcks, es könne so gedeutet werden, als ob der deutschen Politik an einer Besserung der Beziehungen zwischen Rußland und Italien gelegen sei, und da, um Österreich nicht zwischen zwei Feuer kommen zu lassen, das Gegenteil der Fall war, ließ er Keudell durch Stirum schreiben (19. März), er verkenne nicht seine wohlmeinende Absicht, würde es aber „*lieber gesehen haben, wenn Sie sich des in dieser Frage liegenden Rates enthalten hätten, da es nicht unsre Aufgabe sei darüber zu wachen, daß alles vermieden werde, was eine Verstimmung zwischen Italien und Rußland erzeugen und einer intimen Verständigung der beiden Mächte hinderlich sein könnte. Der Herr Reichskanzler fürchtet, daß Herr Cairoli Ihre Äußerung unrichtig aufgefaßt haben könnte, und hat den Eindruck, als ob Ew. Exc. sich bei Ihrer Andeutung mehr von allgemeinem Wohlwollen als von politischer Berechnung hätten leiten lassen*".

Was hier angedeutet war, daß es im Augenblick für Deutschland nicht wünschenswert wäre, Rußland zu wirklicher Intimität mit einer anderen Großmacht kommen zu lassen, besaß Gültigkeit natürlich noch viel mehr hinsichtlich Frankreichs, und so hat es für Bismarck den Antrieb dargestellt, sich wieder der Franzosen besser zu versichern, die im letzten Stadium der griechischen Verhandlungen deutlich im anderen Lager gestanden hatten. Zu diesem Zwecke war es ihm willkommen, daß sie jetzt Ernst machten mit Tunis. Ihr Vorgehen dort führte am 7. April zur Demission Cairolis, die zwar zunächst von König Humbert abgelehnt, aber dann, als am 12. Mai Frankreich dem Bey den Bardovertrag aufgezwungen hatte, erneuert und diesmal angenommen wurde. Die Nachfolge übernahm Depretis, mit Mancini als Außenminister und Baron Blanc als Generalsekretär der Konsulta, in einer Atmosphäre leidenschaftlicher Gereiztheit. Die schwere französisch-italienische Spannung bot Bismarck Gelegenheit, dem Kabinett Ferry sowohl

seine Gefälligkeit wie seine Unentbehrlichkeit zu beweisen, zumal auch England, alter Tradition gemäß, die Erweiterung der französischen Machtstellung im Mittelmeer alles eher als freudig begrüßte.

Schon seit Anfang April hat Bismarck die Franzosen zum Handeln ermutigt und ihnen den Entschluß erleichtert, getreu den Versprechungen, die er ihnen gemacht hatte. Hohenlohe erhielt am 9. die Instruktion: „*Das französische Protektorat verletzt kein deutsches Interesse, und wir stehen deshalb neben Frankreich in der Haltung des aufrichtig wohlwollenden Nachbars. Wir sind weit entfernt von dem Wunsche, Frankreich in Händel verwickelt zu sehen, freuen uns andrerseits aber wahrzunehmen, daß das Nachbarland seine Kräfte nicht mehr lediglich für eine Aktion gegen Deutschland aufspart, und wünschen ihm nach jeder andern Richtung hin Erfolg und Befriedigung für das französische Selbstgefühl. Wir halten Frankreich für einen der stärksten Kulturträger aller Zeiten und glauben, daß seine Einflußnahme auf die verkommenen tunesischen Zustände einen Fortschritt der Zivilisation kennzeichnet. Wenn daher von irgendeiner Seite der Gedanke angeregt würde, der französischen Aktion auf welche Art immer entgegenzutreten, würde auf unsre Unterstützung oder auch nur Ermutigung derartiger Bestrebungen in keinem Falle zu rechnen sein.*“ Der Botschafter solle in seiner Haltung „*jede Absichtlichkeit vermeiden, daher kein empressement zeigen, aber ebensowenig durch auffallendes Schweigen Verdacht erwecken*“.

Im gleichen Sinne hat Bismarck zu dem Berlin passierenden General Pittié gesprochen, dem Chef der maison militaire Grévys. Hierüber schrieb der sonst so rabiat deutschenfeindliche Ernest Daudet im „Figaro“ vom 9. April: „Ce qui est vrai, c'est que l'Allemagne a, elle aussi, un impérieux besoin de paix, c'est qu'elle tient à vivre en bons termes avec nous et que tant qu'elle ne nous trouvera pas sur son chemin, aucun mauvais vouloir de son côté n'est à craindre.“ Das unwahrscheinlich hohe Maß von Rücksicht, das Bismarck für angebracht hielt, um den Franzosen keine Zweifel an den Absichten Deutschlands aufkommen zu lassen, geht aus einem Telegramm an Keudell hervor (14. April): „*Ich höre, daß Professor Helbig vom Germanischen Archäologischen Institut eine Reise nach Tunis beabsichtigt. Dieselbe würde in diesem Augenblick der Vorwand für viele Gerüchte und Lügen werden. Suchen Sie die Reise jedenfalls zu hindern und geben Sie jetz niemand derart Empfehlungsschreiben oder auch nur Legitimation nach Tunis.*“ So wichtig nahm der Reichskanzler die Angelegenheit, daß er das Konzept dieses Telegramms eigenhändig niederschrieb.

Jedoch wie schon früher stieß er bei Kaiser Wilhelm auf Bedenken gegen die einseitig profranzösische Stellungnahme. Der Kaiser schrieb ihm (14. April): „*Seit einiger Zeit brachten verschiedene Zeitungen Nachrichten, daß hinter dem französisch-tunesischen Konflikt Deutschland stecke. Ich achtete auf diese Mitteilung gar nicht, weil ich sie für eine Ente hielt. Heute sehe ich aber in*

einer Depesche des Fürst Hohenlohe, daß Sie dem General Pittié wirklich encouragierend für die französischen Kriegsrüstungen gesprochen haben. Da ich glaubte, daß wir uns in dieser Wüstenfrage ganz passiv verhalten wollten, General Pittié jetzt aber Kapital aus Ihrer Äußerung schlagen wird, wünsche ich zu wissen, wie wir zu der Sache eigentlich stehen?"

Bismarck erwiderte darauf (15. April): *„Die Insinuationen der öffentlichen Blätter und die Äußerungen des Generals Pittié stehen nicht auf demselben Boden. Die von Zeitungen verschiedener Länder kolportierte Verdächtigung, als beabsichtige Deutschland die Franzosen nach Tunis in eine Falle zu locken, charakterisiert sich als tendenziöse Erfindung, behufs Förderung deutschfeindlicher bzw. italienischer Interessen. Abgesehen davon, daß es in Frankreich eine Partei gibt, welche jede französische Leistung auf den Revanchekrieg konzentrieren möchte, hat auch Italien das Bestreben, seine Stellung Frankreich gegenüber durch den Hinweis auf Deutschland diplomatisch zu verstärken.*

Im vollen Gegensatz zu diesen Insinuationen ist die Auslassung des Generals Pittié gegen Fürst Hohenlohe, insofern sie die wohlwollende Haltung Eurer Majestät und Allerhöchst Ihrer Regierung Frankreich gegenüber betont, ein Ausdruck der friedliebenden Strömung in Frankreich und entspricht dem wirklichen Inhalte meiner Unterredung mit dem General und dem gleichzeitig anwesenden Grafen Saint-Vallier. Auf die Bemerkung des Botschafters, daß Frankreich sich in der Notwendigkeit befinde, die tunesische Angelegenheit militärisch in die Hand zu nehmen, habe ich, wie ich höflicherweise kaum anders konnte, den Herren erwidert, unsre Sympathien seien bei allen Streitigkeiten von Europäern mit Nichtchristen und wilden Völkerschaften auf Seiten der Christen und der Zivilisation und auf Seiten „der Weißen gegen Farbige", beispielsweise auf Seite der Russen gegen die Turkmenen, wie auch auf Seite der Engländer gegen die Afghanen oder gegen die Zulus (aber nicht gegen die Buren).

Das Gespräch hatte keinen amtlichen Charakter, und wenn ich mich anders hätte äußern oder schweigend verhalten wollen, so würden meine Gäste es in beiden Fällen als eine Mißbilligung der französischen Politik, vielleicht als eine Drohung ausgelegt haben, die nach meiner Kenntnis den Allerhöchsten Intentionen Eurer Majestät nicht entsprochen haben würde. Nach diesen betrachte ich es als die Aufgabe der Regierung Eurer Majestät, jede politische Regung Frankreichs wohlwollend zu berücksichtigen, welche geeignet ist, durch Ableitung der öffentlichen Meinung Frankreichs von der Frage des Revanchekrieges die Ruhe an unsrer Westgrenze zu erhalten. Meine Bemerkungen an die beiden französischen Herren waren diesem Zweck entsprechend sorgfältig erwogen und haben auch, wie sich aus diesem Berichte des Fürsten Hohenlohe ergibt, den gewünschten Erfolg gehabt. Auch ich bin der Meinung, daß die deutsche Politik in dieser Frage nur eine ‚passive' sein kann. Dafür gehört aber meines ehrfurchtsvollen Dafürhaltens, daß wir die Franzosen durch Abreden nicht zu beeinflussen suchen.

Unter den heutigen Verhältnissen halte ich eine andre Politik in der tunesischen Frage Frankreich gegenüber gar nicht für möglich und habe in diesem Sinne jeder Zeit Eurer Majestät Botschafter in Petersburg und Paris instruiert."

Daß er mit seinen Darlegungen, die seinem Handeln nicht ganz entsprechen, die Bedenken des Kaisers nicht zu überwinden vermochte, zeigt dessen Marginal: nicht „einverstanden", bloß „*gelesen*" setzte er darauf. Der Schlußsatz des Immediatberichtes aber, mit den Worten „unter den heutigen Verhältnissen" und der ausdrücklichen Erwähnung der Petersburger Botschaft läßt klar erkennen, wie stark Bismarcks Blick bei der ganzen Frage auf Rußland gerichtet gewesen ist. Ein im Mittelmeer gebundenes Frankreich hat den Russen weniger zu bieten, infolgedessen erhöhte sich die Anziehungskraft des Zweibundes auf Alexander III., und das konnte gerade in diesem Augenblick, wo er sich über die künftige Richtung seiner Außenpolitik zu entscheiden hatte, von ausschlaggebender Bedeutung werden. „Hinter dem französisch-tunesischen Konflikt zu stecken", „Frankreich in eine Falle locken zu wollen", durfte Bismarck mit gutem Gewissen in Abrede stellen. Insofern war Saint-Vallier, der zur Begründung des eigenen leidenschaftlichen Eintretens für die tunesische Aktion immer aufs neue die Harmlosigkeit der Absichten Bismarcks hervorhob, durchaus im Recht. Wenn er aber versicherte, daß für den Reichskanzler nichts anderes bestimmend sei als der Wunsch, Frankreich durch andre Erfolge vom Rhein abzulenken, und wenn er noch am 26. Juni und dann wieder am 17. Juli der von seinem Petersburger Kollegen Chanzy vertretenen Meinung, Frankreich solle auf diese Weise isoliert werden, widersprochen hat[200]), so ist er entschieden zu weit gegangen. Auch die andern sich bietenden Möglichkeiten für das eigene Spiel auszunützen, war Bismarck gewillt.

Wir sahen, daß er unter Gambettas Drohung den Gesichtspunkt, den Saint-Vallier als den ausschließlich für ihn entscheidenden ansah und der bis dahin tatsächlich der allein entscheidende gewesen war, gewechselt hatte und daß der andre hinzugetreten war, wie nützlich es für Deutschland sei, wenn Frankreich sich Schwierigkeiten auflade. Solche Gedanken waren ihm also nicht fremd, und daß sie „unter den heutigen Verhältnissen", noch dazu nachdem Frankreichs Orientpolitik den wachsenden Einfluß der dem Zusammengehen mit Deutschland widerstrebenden Kreise offenbart hatte, besonderes Gewicht erhielten, muß als fast selbstverständlich bezeichnet werden. Sicher hat er Frankreich nicht in kriegerische Abenteuer hineinhetzen wollen, aber die Minderung von dessen kontinentaler Schlagkraft war ihm um Rußlands willen erwünscht, so daß im ganzen offenbar doch Chanzy, gerade weil er von Petersburg aus, also dem Punkt, auf den es für Bismarck ankam, die Dinge beurteilen konnte, klarer gesehen hat als Saint-Vallier. Daß der Streit um Tunis eine dauernde Verstimmung zwischen Paris und Rom hervorrufen und demzufolge zu grundlegendem Front-

wechsel Italiens führen werde, glaubte Bismarck nicht[201]). Diese Hoffnung ist also nicht für sein Verhalten ausschlaggebend gewesen, sondern die zu erwartende Wirkung auf den Zaren.

Weil ihm unter solchem Aspekt die französische Aktion erwünscht war, weil er aber andrerseits kriegerische Verwicklungen nicht eintreten lassen wollte, hat er sich nicht auf rein akademische Versicherungen seines Wohlwollens beschränkt, sondern das seine dazu beigetragen, daß die Mächte sich mit dem Vorgehen Frankreichs abfanden. Wie er Hohenlohe am 20. April mitteilen ließ, hat er England durch Vermittlung Lord Dufferins vor einer antifranzösischen Stellungnahme gewarnt: „*Als dieser im Lauf der Unterhaltung die Frage hinwarf, wo denn wohl das nächste Feuer ausbrechen werde, erwiderte Fürst Bismarck, er halte das für eine höfliche Art, unsre Stellung zur tunesischen Frage zu ermitteln. England möge von uns nicht erwarten, daß wir etwaigen Versuchen, die französische Politik in Tunis zu durchkreuzen, uns anschlössen. Wir liebten den Frieden und wären deshalb froh, wenn Frankreich den fighting sport, den es leider drei Jahrhunderte hindurch an unsrer Grenze gefunden habe, einmal anderswo suche. Frankreich habe zu dem Vorgehen in Tunis unsern Segen. Aber abgesehen von diesen Opportunitätsrücksichten halte Fürst Bismarck das Streben Frankreichs, seiner seit 50 Jahren mit großen Opfern erhaltenen algerischen Kolonie einen festen Frieden auf allen Grenzen zu sichern, auch für an sich berechtigt.*

Für Euer Durchlaucht liegt ein Anlaß, die Tatsache oder den Inhalt der eben erwähnten Unterredung zu verheimlichen, um so weniger vor, da Sie dem Verdachte vorzubeugen wissen werden, als bezweckten wir eine Aufmunterung französischer Unternehmungslust.“

Was hier zunächst privat zur Kenntnis der Engländer gebracht worden war, wurde kurz darauf in aller Form den Kabinetten eröffnet. Am 10. Mai wurden alle Botschafter beauftragt, offiziell zu erklären, Deutschland werde sich nicht an etwaigen Pourparlers über die staats- und völkerrechtliche Seite beteiligen. Soweit eine Neigung zur Intervention Dritter vorhanden war, wurde sie hierdurch erheblich herabgestimmt.

War dies schon ein wichtiger Dienst für Frankreich gewesen, so hat Bismarck ihm noch einen zweiten sehr wertvollen erwiesen, indem er durch Hatzfeldt den Sultan von der Absicht abbringen ließ, zur Wahrung der eigenen, längst rein formellen Charakter tragenden Oberhoheitsrechte Truppen nach Tunis zu entsenden. Diesen Plan hoffte Abdul Hamid auf eine höchst überraschende Weise zu ermöglichen. Am 7. Mai eröffnete er Hatzfeldt, er wolle Tunis „*unter Aufgabe der bisherigen Privilegien und Absetzung des Bey wieder zur türkischen Provinz machen*“, und sei bereit, wenn Deutschland damit einverstanden wäre, diesem den jetzt von Frankreich verlangten Hafen von Biserta abzutreten. Es war ein phantastisches Projekt, vollkommen unvereinbar mit allen Absichten Bismarcks. Sein Grundsatz, daß Deutsch-

land materiell im Orient desinteressiert bleiben müsse, sein Wunsch, sich mit Frankreich besser zu verständigen —, dies alles hätte preisgegeben werden müssen um des Gewinns des tunesischen Hafens willen! Es ist für Abdul Hamids Persönlichkeit bezeichnend, daß er ernstlich einen solchen Versuch überhaupt hat machen können. Den deutschen Staatsmännern ist der Gedanke auch nicht einen Augenblick diskutabel erschienen. Schon Hatzfeldt hat ihn sofort, als der Sultan ihn äußerte, zurückgewiesen, ohne sich auch nur eine Rückfrage in Berlin vorzubehalten: „*Ich habe Eingehen hierauf mit dem Bemerken abgelehnt, daß Deutschland keine direkten Interessen im Orient habe noch haben wolle, und daß es überdies mit unsrer ganzen europäischen Friedenspolitik, die auch für die Pforte nur wohltätige Folgen gehabt habe, im Widerspruch stehen würde, Frankreich, dessen Berechtigung, sich an den Grenzen seiner Kolonien Ruhe zu verschaffen, in Europa allgemein anerkannt werde, hierbei irgendwie in den Weg zu treten. Auf die Frage, welchen Rat ich persönlich dem Sultan in der Sache geben könnte, habe ich lediglich anheim gestellt, sich mit Frankreich, auf dessen fortdauerndes Wohlwollen die Türkei vielfach angewiesen sei, direkt über Tunis zu verständigen*“[202]).

Selbstverständlich fand Hatzfeldts Verhalten die uneingeschränkte Billigung Bismarcks. Der Besitz eines Mittelmeerhafens, ließ er ihm antworten, sei „*für uns nicht erstrebenswert, selbst wenn wir mit Frankreich nicht im Frieden bleiben wollten. Wir könnten nicht wie die großen Seemächte darauf ausgehen, maritime Stationen am Mittelmeer zu halten, in dessen Bereich wir keine Besitzungen hätten und wo wir niemals direkte Interessen zu verfolgen haben würden.*“ Um den Sultan nicht zu kompromittieren und sein so schon schwer belastetes Verhältnis zu Frankreich gerade in diesen Tagen, wo die letzte Phase der griechischen Verhandlungen begann, noch mehr zu verschlechtern, wurde das Angebot Bisertas, das in Paris sehr übel genommen wäre, vollständig sekretiert, im übrigen aber Hatzfeldts Äußerungen zum Sultan Saint-Vallier mitgeteilt, um den Franzosen zu zeigen, „*wie weise Ihre Ratschläge im Sinne des Friedens gewesen sind und welchen Dienst Sie damit der französischen Politik geleistet haben*“[203]).

Der Dank der Franzosen speziell hierfür wie für die deutsche Gesamthaltung im tunesischen Zwist fiel denn auch ungewöhnlich herzlich aus. Nicht nur der Botschafter wurde beauftragt, den Berliner Stellen zum Ausdruck zu bringen, wie sehr die französische Regierung sich des „concours si bienveillant et utile“ bewußt sei; auch der Präsident der Republik persönlich sagte zu Hohenlohe[204]), „*er habe nie an den Intentionen Eurer Durchlaucht gezweifelt, so oft man ihn auch gewarnt und so viel man ihm von den geheimen Plänen Deutschlands gesprochen habe.*“ Wie Bismarck hierauf reagierte, ist bezeichnend für seine peinliche Korrektheit in allen Formalien. Er ließ Hohenlohe erwidern, daß der Ausspruch Grévys geeignet sei, „*die Empfindlichkeit Seiner Majestät zu wecken, und daß deshalb der Bericht Allerhöchsten*

Orts nicht habe vorgelegt werden können. Der Dank des französischen Staatsoberhauptes könne sich füglich nur an S. M. den Kaiser richten, auch habe nur dieser Intentionen, während der Reichskanzler Vorschläge mache."

In diesen Wochen nach der Ermordung Alexanders II. ist Bismarcks Politik also charakterisiert durch das Nebeneinander zweier Gedankenreihen: einerseits den Zaren dazu zu bringen, daß er die von seinem Vater begonnene Verhandlung bis zu gutem Ende durchführe, und andrerseits für den Fall, daß diese Bemühungen scheitern sollten, die internationale Lage Rußlands nicht zu stark, die Aussicht auf Bundesgenossen möglichst gering werden zu lassen. Groß war die Erleichterung, als sich klärte, daß Alexander III. den ersteren Weg zu gehen und Rußlands Sicherheit durch Vertrag mit den Mittelmächten zu suchen bereit war.

Seine erste Kundgebung gegenüber Deutschland, ein an sich herzlich gehaltenes Schreiben an Kaiser Wilhelm vom 3. April, brachte allerdings noch keine Gewißheit hierüber. Er sprach den Dank für die Anteilnahme und für die Entsendung des Kronprinzen zu der Beisetzung aus und wiederholte, was der Zar diesem mündlich gesagt hatte, daß ihm das gute Einvernehmen mit Deutschland ganz besonders am Herzen liege. Aber während er mündlich Friedrich Wilhelm auch seine Zufriedenheit über die freundliche Haltung Österreichs bekundet hatte, die in seiner sofortigen Ernennung zum Chef des gleichen Ulanenregiments wie sein Vater dokumentiert worden sei, schwieg das Schreiben zu diesem Punkt vollständig. Der Zar bezeichnete es darin als seine Aufgabe, Rußlands Größe und Prosperität zu sichern: „*Je les crois inséparables des relations de confiance et d'amitié qu'ont uni la Prusse à la Russie et qui doivent se perpétuer entre elle et l'Allemagne pour leur bien commun et pour la paix du monde. Dans les graves moments que nous traversons le salut de la société chrétienne dépend de l'union de tous ceux qui ont mission de la défendre. Mon Père bien aimé a succombé sur la brêche. Il m'a tracé mes devoirs. Le premier est de continuer l'oeuvre qu'Il a entreprise d'accord avec Votre Majesté pour resserrer l'intimité que trois générations de Souverains ont créés entre nos deux pays. C'est surtout dans les coeurs et les institutions, qu'elle réside. Votre Majesté peut compter sur moi. J'ai foi dans le puissant concours dont Elle me donne l'assurance, dans les sentiments d'amitié qu'Elle veut bien reporter sur moi. Pour la vie votre dévoué neveu Alexandre.*"

Mußte dies ominöse Schweigen über Österreich und die begonnenen Verhandlungen, sowie erst recht die am 7. April erfolgende Ernennung Ignatiews zum Domänenminister in Berlin bedenklich berühren, so konnte Saburow bei seiner Rückkehr aus Petersburg darüber beruhigen, daß der Zar auch in dieser Beziehung gewillt sei, die ihm von seinem Vater hinterlassene Erbschaft fortzuführen. Allerdings hatte der Botschafter seine eigene vorläufige Stellungnahme zu bestätigen, daß Haymerles Amendements wegen

der Meerengen und Bosniens für Rußland nicht annehmbar seien: denn, schrieb er an Bismarck (21. 4.), „*si à Vienne il y a des amateurs d'arguties, il y en a malheureusement aussi à Pétersbourg.*"

Durch diese Stellungnahme der Russen, die trotz der Versicherung der Bereitwilligkeit zur Fortführung der Verhandlungen deutlich die Gefahr ihres Scheiterns in sich trug, hat Bismarck sich veranlaßt gesehen, sich jetzt auch seinerseits gegen Haymerles Vorschlag auszusprechen. Die Argumentation des Erlasses, den er am 25. April an Reuß richtete und der einen Markstein in der Vorgeschichte des Vertrages bildet, entsprach sachlich der des nicht abgesendeten Entwurfes vom 17. März, war aber in der Form sehr viel gemäßigter.

Unter Berufung auf einen von Saburow vorgelegten Brief von Giers brachte der Erlaß zunächst den Österreichern zur Kenntnis, daß der Zar in „*einem gewissen mißtrauischen Befremden über die von österreichischer Seite gemachten Schwierigkeiten*" den Befehl erteilt habe, wenn die Verständigung mit Wien nicht gelänge, in Berlin Vorschläge über ein Abkommen zu zweien zu unterbreiten. „*Daß wir auf ein solches, ohne unsern vertragsmäßigen Verpflichtungen gegen Österreich untreu zu werden, eingehen könnten und dadurch denselben Vorteil Frankreich gegenüber wie durch das Abkommen zu drei, ja in höherem Maße erreichen würden, ist nicht zweifelhaft.*" Wieder wurde also den Österreichern die Möglichkeit deutsch-russischer Separatverständigung neben dem Zweibund vor Augen gehalten.

Von dieser Grundlage aus steigert sich der Erlaß, ohne auf Einzelheiten einzugehen, zu einer förmlichen Beschwörung, nur das hohe, für beide Mittelmächte alles andre an Wichtigkeit überschattende Ziel, den vertraglichen Schutz gegen die Gefahr eines russischen Angriffs und damit wirkliche Sicherung innerhalb des gesamteuropäischen Rahmens, im Auge zu behalten. Diesen eigentlichen Sinn seines Planes hat Bismarck hier noch einmal in voller Klarheit herausgearbeitet. Über Haymerles Einzeleinwendungen wurde in wohlberechneter Absicht nur im allgemeinen gesagt, sie gingen weiter, als „*nach der Natur des Geschäftes*" gerechtfertigt sei: „*Dieselben verraten eine juristische Ängstlichkeit in der Wahl einzelner Wörter, die aus einer Besorgnis vor bösen Absichten oder, um seinen eigenen Ausdruck zu wiederholen, vor Fallen und Schlingen entspringt . . . Es ist ja möglich, daß die friedliche Stimmung in Petersburg einmal wieder verschwindet, aber Herr von Haymerle wird zugeben, daß es unmöglich ist, sich für den Fall gegen illoyale Auslegung, Gewalttat, Bruch, Kriegserklärung durch irgendeine Wortfassung zu schützen. Die Hauptsache ist das Wort des Kaisers von Rußland, sich nicht gegen uns mit Frankreich und nicht gegen Österreich mit Italien oder Frankreich in Koalitionen einzulassen. Wenn wir diese, für uns wenigstens, sehr wertvolle Sicherheit eintauschen können gegen unsre Zustimmung zu dem Art. 3 des projet de traité, die Meerengen betreffend, der im Grunde genommen, soweit er sich nicht von selbst*

versteht, eine reine Formalität der Anzeige ausbedingt, so vermag ich es vor meinem Lande und meinem Souverän nicht zu verantworten, die gebotene Gelegenheit dazu zu versäumen. Nach meiner unmaßgeblichen Ansicht spricht dieselbe Erwägung in Österreich ebenso laut wie bei uns, ja noch lauter für die Annahme der russischen Vorschläge." Der Schluß des Erlasses umriß die Sachlage, vor der die Mittelmächte stünden, knapp und deutlich dahin, daß bei längerem Zögern Kaiser Alexander nicht weiter entgegenkommen, sondern ganz zurücktreten werde.

Formal schärfer, als die Russen selbst es getan hatten, aber inhaltlich völlig zutreffend war die Stellung Petersburgs damit wiedergegeben, und gerade weil dieser Appell sich darauf beschränkte, das eigentliche Ziel, um das es ging, so ungetrübt ins Licht zu stellen, hat er seinen Eindruck nicht verfehlt. Einige Tage heißen Ringens hat es noch zwischen Haymerle und Reuß gegeben, dann hat der Minister, „wenn auch mit zagendem Herzen", seine Zusage erteilt[205]): „Es hat die Überzeugung der ganzen Schwere der Verantwortung dazu gehört, durch seine Schuld das Friedenswerk zu kompromittieren, um den allzu vorsichtigen Mann dazu zu bestimmen, seine Bedenken zu opfern und nur das eine große Ziel im Auge zu behalten, zu welchem wir zu gelangen wünschen. Um zu diesem Resultate zu kommen, bedurfte es der vollen Wucht des Einflusses, den Eure Durchlaucht auf den Geist des Ministers sowohl wie auf den seines Kaisers ausüben, und des unbegrenzten Vertrauens in die guten und ehrlichen Absichten des deutschen Bundesgenossen."

An einem Punkt allerdings, während alle andern Amendements zurückgezogen wurden, blieb Haymerle unerschütterlich fest: Bosniens, der Herzegowina und Nowibazars müsse in einer Weise Erwähnung getan werden, die keinen Zweifel über das österreichische Recht zulasse. Hierfür fand er auch Bismarcks volles Verständnis. Er teile die Ansicht und werde sie gegen Saburow vertreten, telegraphierte er Reuß (4. Mai), seiner Freude über das Erreichte Ausdruck gebend, und hat diesem Versprechen am 7. die Tat folgen lassen.

Saburow hatte sofort schwere Bedenken, aber der geschmeidige Diplomat wußte ihnen in einer Form Ausdruck zu geben, die Bismarcks Hoffnung nicht herabstimmte. Beide einigten sich darauf, daß Österreich und Rußland je einen Entwurf vorlegen sollten, die dann zur endgültigen Fassung zusammenzuarbeiten sein würden. Daß dies nicht mehr übermäßig schwierig sein würde, war Bismarcks Ansicht. So hat er noch am gleichen Tage Reuß mitgeteilt: „*Ich halte das Einverständnis der drei Höfe damit für gesichert und danke Eurer Durchlaucht für die erfolgreiche Mitwirkung dazu, indem ich zugleich bitte, Baron Haymerle gegenüber die Genugtuung auszudrücken, die Seine Majestät der Kaiser darüber empfinden wird, daß die wichtige Friedensbürgschaft, die wir mit dieser Verhandlung erstreben, gesichert erscheint. Ich zweifle nicht,*

daß Baron Haymerle diese Befriedigung teilen und sein eigenes Vertrauen gerechtfertigt finden wird, mit welchem er schließlich auf unsre Bitte den russischen Vorschlägen entgegengekommen ist. Wir sind unsrerseits bei der loyalen Durchführung der Verabredungen nicht bloß direkt, sondern durch unser dauerndes Verhältnis zu Österreich im höchsten Grade daran interessiert, daß die Befriedigung aller drei Mächte, namentlich die des Wiener Hofes, für die Dauer dieser Verabredung stets die gleiche bleibe und dadurch die Möglichkeit gewonnen werde, eventuell in den neu angebahnten Beziehungen der drei Kaiserhöfe den gemeinsamen Gefahren, denen sie durch Krieg oder Revolution ausgesetzt sein könnten, eine auch für längere Zeit haltbare Schutzwehr entgegenzustellen und dadurch die monarchischen und friedlichen Interessen zu wahren, welche den drei Kaiserreichen gemeinsam sind. Ich lege auf den baldigen Abschluß der Sache um so mehr Wert, als ich hoffe, daß durch denselben eine größere Klarheit und Stetigkeit in die russische Politik gebracht wird, nachdem ich das Hervortreten der Herren Ignatiew und Pobjedonoszew in den Gerüchten, welche über zukünftige Konstellationen in Petersburg kursieren, nicht ohne Besorgnis sehe."

Bismarck fühlte sich also berechtigt, schon eine Art Schlußwort für die eigentliche diplomatische Arbeit an dem Vertrag zu sprechen. Um die Österreicher in der günstigen Stimmung zu erhalten, ordnete er jetzt die ihnen zugebilligte Ministerialerklärung an, wonach das Abkommen zu dritt in keinem Falle dem Zweibund derogieren solle[206]).

Auch dem König von Sachsen, der bei seiner persönlichen Freundschaft mit Kaiser Franz Joseph in das Geheimnis eingeweiht und veranlaßt worden war, ihm brieflich größeres Entgegenkommen gegen die russischen Wünsche nahezulegen, schrieb Bismarck wenige Tage später, am 11., sachlich sei die Einigkeit hergestellt. Hier aber schleicht sich bereits ein Zweifel ein. Rußland wolle seine Zusage wegen Bosniens, der Herzegowina und Nowibazars nicht in dem eigentlichen Vertrag, sondern nur in einem Annex aussprechen: „*Ich bin nicht ganz sicher, ob hinter diesem russischen Vorschlage nicht das Bestreben liegt, sachlich eine Nuance zu erreichen, etwa den Ausdruck des Unterschiedes zwischen der bisherigen staatsrechtlichen Lage Nowibazars von der Bosniens und der Herzegowina; in Bezug auf die beiden letzteren sind Österreichs Rechte schon jetzt stärker verbürgt, als bei Nowibazar der Fall ist. Meine Überzeugung steht in dieser Frage ganz auf seiten Österreichs, nicht bloß sachlich, sondern auch auf Grund früherer russischer Äußerungen.*" So ungetrübt wie am 7. war also Bismarcks Optimismus bereits nicht mehr.

Und in der Tat erwies sich die Hoffnung, daß nun endlich alle Hemmnisse überwunden seien, als trügerisch. Als Saburow zunächst für seine Person dem österreichischen Wunsch nach voller Gleichstellung Nowibazars mit Bosnien und der Herzegowina widersprochen hatte, wußte er schon genau, daß Petersburg nicht darauf eingehen werde. Deutlich erkannte er

den Ernst dieser neuen Differenz, in dem Bericht an seine Regierung bezeichnete er die Situation als kritisch, da zum erstenmal im Lauf der ganzen Verhandlung Bismarck sich eindeutig gegen die russische Stellungnahme ausgesprochen habe[207]). Noch bevor der endgültige Entscheid des Zaren bei ihm eingetroffen war, hatte der Botschafter ein zweites Gespräch mit Bismarck (am 18. Mai), in dem dieser mit allen Künsten der Überredung dem Russen den österreichischen Standpunkt schmackhaft zu machen suchte. Er führte unter anderm aus, daß die Zustimmung zur vollen Annexion der Gebiete durch Österreich Rußland um so leichter fallen könne, da Wien damit den Boden des Kongresses verlasse, sich vor England und der Türkei kompromittiere, Rußlands Position sich also erheblich verbessere. Zu solchen machiavellistischen Gedankengängen konnte er greifen, weil ihm alles daran lag, den Vertrag unter Dach zu bringen, aus welchen Motiven auch immer das geschehe, in der Hoffnung, daß, wenn es erst so weit sei, die praktische Lösung der offen bleibenden Streitfragen erheblich leichter sein würde. Aber sein Zureden verfing nicht. Ein überaus schlechtes Symptom war die Bestätigung der Gerüchte, von denen er schon zu Reuß gesprochen hatte, mit dem Hinüberwechseln Ignatiews aus dem Domänen- in das politisch so viel wichtigere Innenministerium nach Entlassung des in den letzten Monaten Alexanders II. so gut wie allmächtigen Loris Melikow. Dessen Sturz bedeutete die Rückkehr zur Autokratie, den Schlußstrich unter die konstitutionellen Tendenzen, und bei der Persönlichkeit des Nachfolgers wurde er vielfach gedeutet auch als Triumph des Panslawismus.

Alle Berichte allerdings, die aus Rußland in Berlin und Wien einliefen, stimmten darin beruhigend überein, daß dies nicht die Absicht Alexanders III. sei; Einfluß auf die Außenpolitik wolle er Ignatiew mit der Berufung an die Spitze der Verwaltung nicht einräumen. In der Tat hat die panslawistische Partei die bittere Enttäuschung erlebt, daß Miljutin entlassen wurde. Der Mann also, dem Bismarck vor allen andern die Schuld an der Entfremdung zwischen Rußland und Deutschland auflud, den er als den bösen Geist Alexanders II. bezeichnet hatte, war ausgeschaltet. Hier lag eine für Deutschland zweifellos erfreuliche Maßnahme Alexanders III. vor, wie überhaupt seine Abkehr vom Konstitutionalismus Bismarcks auch im eignen russischen Interesse begrüßenswert erschien. Denn, so ließ er an Hatzfeldt (5. Mai) schreiben, eine liberale Verfassung werde in Rußland nur der administrativen die parlamentarische Korruption hinzufügen und den Nihilisten freien Spielraum eröffnen: „*Es werde allerdings nach einer größeren Beteiligung der gebildeten Klassen an der Regierung zu streben sein, aber nicht eher, als bis das anatomische Messer des Absolutismus benutzt worden sei, um kranke Teile des Staatskörpers zu entfernen.*“ Als die am dringlichsten zu lösenden Aufgaben für die innere Gesundung des russischen Staates bezeichnete er die Säuberung des Unterrichtswesens, die Reform der Bürokratie

und die Verwandlung des kommunalen Grundbesitzes in den individuellen der Bauern.

Immerhin blieb ein Moment der Unruhe für Europa und der besonderen Sorge für Bismarck die hohe Stellung Ignatiews, die ihn in dauernde persönliche Berührung mit dem Zaren brachte. Bei dem Urteil, das ihm der Kanzler von jeher entgegengebracht hatte, war sein neues Hervortreten ein empfindlicher Schlag; wir hatten bereits festzustellen, wie es ihn im letzten Stadium der griechischen Frage beeinflußt hat. Dennoch hat der Reichskanzler, während er früher die deutschen Zeitungen veranlaßt hatte, sich ganz persönlich gegen diesen Exponenten der Deutschfeindlichkeit in Rußland zu wenden, dies jetzt den offiziösen Blättern ausdrücklich verboten und das gleiche von Haymerle erbeten[208]), weil „*Angriffe der deutschen wie der österreichischen Presse auf Graf Ignatiew das von diesem selbst gewünschte und erwartete Mittel sein würden, ihn in der russischen öffentlichen Meinung zu befestigen, und ihm zunächst die zahlreichen Österreich und Deutschland feindlichen Elemente sichern würden*". So blieb alles still, aber es geschah nicht aus Freiheit von Sorge, sondern ausschließlich unter solchem taktischen Gesichtspunkt; die Wirkung der früheren Preßpolemiken diente offenbar zur Lehre. Hinter der äußeren Ruhe indessen barg sich größte Wachsamkeit, und schon die ersten Tage nach Ignatiews Ernennung brachten den Beweis, daß der Zar in der Tat auch außenpolitisch für die von ihm vertretenen Gedankengänge zugänglich war: am 27. erhielt Saburow den erwarteten abschlägigen Bescheid seiner Regierung wegen Nowibazar. Die einzige Konzession an Österreich, für die sich Bismarck eingesetzt hatte, wurde nicht gebracht.

Daß dennoch keine ungünstigen Folgen für die Russen sich aus ihrer Intransigenz ergeben haben, ist zurückzuführen auf die neue Verschiebung der Gesamtsituation, die inzwischen dadurch eingetreten war, daß sich innerhalb des Zweibundes ein auf beiden Seiten bitter empfundener Zwiespalt aufgetan hatte. Die zwischen Berlin und Wien geführten Handelsvertragsverhandlungen, deren Zweck hatte sein sollen, die Zusammenarbeit beider Reiche auf noch festere Basis zu stellen, waren an einen toten Punkt gelangt und hatten eine Atmosphäre der Gereiztheit erzeugt, die in dem Erlaß Bismarcks an Reuß vom 17. Mai[209]) Niederschlag gefunden hat. Er übertrifft an Schärfe der Sprache noch die nicht abgegangenen Entwürfe vom Februar und März. Jetzt kam wirklich zum Ausdruck, was schon lange in Bismarck bohrte, und so nachhaltig war seine Empörung, daß er in einem zweiten Erlaß an Reuß am 26. noch einmal ähnlich scharfe Worte gebraucht hat: er müsse leider sehen, „*wie schwer es ist, den Baron Haymerle zu der Überzeugung zu bringen, daß spitze Redensarten Verhandlungen nicht fördern*"; sollten sie weiterhin angewendet werden, so solle der Botschafter „*ernst und bestimmt Ihre Weigerung gegenüberstellen, dergleichen ganz außerhalb der Sache liegende, tadelnde, drohende, mißvergnügte Redensarten, deren Verstimmung hier an-*

steckend wirkt, nach Hause zu melden". Sachlich blieb Bismarck allerdings dabei, die österreichische Forderung wegen Nowibazars als berechtigt anzuerkennen und deren Befürwortung gegen die Russen in Aussicht zu stellen. „*Ich habe früher geglaubt, daß Rußland dem nicht entgegen sei, und glaube auch noch, daß vor dem Tode Kaiser Alexanders II. man in Petersburg hierin keine Schwierigkeit sah. Ich werde mich bemühen, mit Herrn von Saburow die österreichische Redaktion festzuhalten, kann aber wiederholt Eurer Durchlaucht gegenüber mein Bedauern nicht zurückhalten, daß das tempus utile der ersten Verhandlungen ungenutzt verloren gegangen ist.*" Jetzt drohe die Möglichkeit, daß Giers in den Hintergrund geschoben werde[210]). Inhaltlich hatte sich also an Bismarcks Standpunkt nichts geändert, aber es war unvermeidlich, daß seine schwere Verstimmung sich auch für die Dreierverhandlungen fühlbar machte.

Am 27. erschien im Auftrag des erkrankten und für eine Reihe von Tagen für niemand sichtbaren Vaters Graf Herbert Bismarck bei Saburow, zwei Stunden nachdem dieser den abschlägigen Bescheid von Giers erhalten und noch bevor er ihn an die Wilhelmstraße weitergegeben hatte, und eröffnete ihm den Entschluß des Kanzlers, sich nicht länger als Briefträger zwischen Petersburg und Wien gebrauchen zu lassen: „*beide möchten sich über die noch schwebenden Redaktions- und Ausdrucksstreitigkeiten direkt verständigen*". Die gemachte Zusage, sich für den österreichischen Wunsch wegen Nowibazars einzusetzen, erfüllte er, indem er gegen Saburow den Rat wiederholte, Rußland möge Haymerles Entwurf akzeptieren, mit dem ausdrücklichen Zusatz: „*Der Reichskanzler könne sich der Wahrheit der Bemerkung des Baron Haymerle nicht verschließen, daß die russische Diplomatie wiederholt bereits gemachte Zusagen zurückgezogen hätte. Die dadurch bereitete unfruchtbare Arbeit erschöpfte ihn zu sehr*"[221]). Trotz seines Zornes hat er also die Loyalität gegen den Bundesgenossen durchaus gewahrt und den Russen gegenüber seinen Rückzug von der Vermittlertätigkeit nur mit deren eigenem mangelnden Entgegenkommen begründet. Unter diesen Umständen hat Saburow es für richtig gefunden, den ihm gewordenen Auftrag nicht auszuführen und die Ablehnung des österreichischen Vorschlags vorläufig noch zu verschweigen.

Als dies dann nicht mehr länger angängig war, hat er in den nächsten Tagen, und zwar unter ausdrücklicher Berufung auf den persönlichen Wunsch des Zaren, den Reichskanzler mit der Bitte umworben, seinen Entschluß nicht auszuführen. Persönlich gab er sich, um gutes Wetter zu machen, den Anschein, die in Petersburg beschlossene Haltung zu mißbilligen: „*si cela avait dépendu de moi, j'aurais flanqué Novibazar aux Autrichiens sans phrases, je ne connais pas des intérêts russes qui seraient compromis par une telle concession. Mais l'Empereur qui ne s'entend pas bien à la politique extérieure et qui manque de jugement sous ce rapport, émet opiniâtrement ce seul principe qu'il*

ne veut pas aller un doigt au delà des concessions faites par son feu père"[212]). Was Saburow aber tatsächlich nach Hause schrieb, ist, soweit es bekannt ist, von solcher Befürwortung des österreichischen Standpunktes entfernt gewesen. Sein Wunsch indessen, daß Bismarck sich nicht zurückziehen möge, wurde vom Zaren und von Giers geteilt, wie Schweinitz (1. Juni) bestätigte; so weit ging der Minister sogar in seiner Rücksichtnahme auf die Gefühle des deutschen Reichskanzlers, daß er dem Zaren von einem direkten Brief an Kaiser Franz Joseph abriet, weil ein solcher Schritt das Mißfallen des Vermittlers erregen könnte, und er bewies die russische Bereitwilligkeit zu weiteren Verhandlungen, indem er als deren Basis die von Bismarck empfohlene Gegenüberstellung der gegensätzlichen Standpunkte überreichen ließ[213]). Schweinitz selbst vertrat auch die Meinung, daß Österreich trotz der russischen Ablehnung sich zum Abschluß verstehen solle: „*In Wien sollte der Vorteil nicht unterschätzt werden, welchen man jetzt noch erreichen kann, indem man von Rußland ein schwer rückgängig zu machendes Zugeständnis verbrieft erhält, während ein Erfolg in der inneren Politik des Grafen Ignatiew diesen stark genug machen könnte, in die äußere störend einzugreifen.*"

Dieser Hinweis auf den steigenden Einfluß des Panslawismus war eine Warnung, von der der Botschafter wußte, daß sie bei Bismarck auf volles Gehör stoßen würde, und ihre Wirkung wurde entscheidend verstärkt dadurch, daß sie in einem Augenblick kam, wo Haymerle dem Kanzler Grund zu neuem Zornesausbruch bot, nachdem doch erst vor kurzem eine so schwere Explosion erfolgt war. Reuß hatte am 29. Mai melden müssen, daß der Minister einen Schritt zurücktue und im Gegensatz zu dem am Anfang des Monats erwiesenen Entgegenkommen jetzt wieder auf der früheren Forderung bestehe, daß Rußland sich verpflichte, seinerseits nichts zur Beschleunigung der bulgarischen Union beizutragen. Die formellen Freundlichkeiten der Russen, Schweinitz' Warnung, das erneute Ausbrechen Haymerles aus dem als bereits vereinbart Angesehenen, das alles hat dazu geführt, daß Bismarck nunmehr sich scharf gegen Österreich wendete.

Er ließ offiziell in Wien die Erklärung abgeben[214]), mit der er bisher nur gegen Saburow gearbeitet hatte, wegen seines Gesundheitszustandes nicht länger vermitteln zu können: nur mit der Drohung seines Ausscheidens habe er die Russen dazu gebracht, die Verhandlungsbasis schriftlch zu fixieren; sich weiter damit zu befassen sei er außerstande. Aber es sei seine Überzeugung, daß kein ernsthafter Grund dem Abschluß entgegenstehe. Alexander III. sei „*zuverlässig im Halten eines gegebenen Worts, aber solange er dasselbe nicht gegeben hat, dem Eindruck mündlicher Vorträge leicht unterworfen*". Wenn Österreich und Rußland nunmehr direkt miteinander verhandeln wollten, rate er dafür die Entsendung Saburows nach Wien zu erbitten — ein Gedanke, den dieser ihm nahegelegt hatte. Es war offenbar sein Ehrgeiz, die Angelegenheit persönlich zum guten Ende zu bringen; in

einer Stunde, hatte er schon am 27. Mai zu Herbert Bismarck gesagt, würde er mit Haymelle einig sein.

Schon bevor Bismarck derart das bisher bloß gegen die Russen angewendete Druckmittel gegen Österreich einsetzte, hatte er zu Schweinitz seinen Unmut über Haymerles Verhalten ausgesprochen (6. Juni): „*Ich teile das Urteil über die Schwierigkeit, mit Haymerle zu verhandeln. Meine Äußerung, daß ich der Sache überdrüssig wäre, gilt nur ihm und seinen kleinlichen Schwierigkeiten. Ein direkter russischer Schritt in Wien von Kaiser zu Kaiser würde für mich nichts Mißfälliges haben, aber für nützlich halte ich ihn nicht. Baron Haymerle würde nach seiner Denkungsweise aus diesem Ausdruck ehrlichen Wollens den Schluß ziehen, daß Rußland den Abschluß zu dringend wünscht, entweder aus Bedürfnis oder weil er Fallen und Schlingen birgt, die Österreich noch nicht erkannt hat. Ich bin augenblicklich krank und nicht arbeitsfähig, hoffe in einigen Tagen die Sache wieder anzugreifen und glaube an Erfolg.*"

Dieser letzte Satz ist höchst wichtig für die Erkenntnis der Bismarcks Handeln zugrunde liegenden Psychologie. Er beweist zweierlei: einmal, daß die Krankheit, die den Kanzler effektiv befallen hatte, doch auch in sein Spiel paßte und für dieses ausgenützt wurde; sie besaß also auch ihre diplomatische Seite, indem sie den anderen Zeit gab, die Folgen von Bismarcks Ausscheiden als Mittler und des möglichen Scheiterns zu bedenken. Und außerdem beweist der Satz, daß es Bismarck mit seiner Drohung nicht wirklich Ernst, daß sie ihm doch nur ein Mittel zum Zweck gewesen ist.

Als solches hat sie sich überaus erfolgreich erwiesen. Am 12. war sie ausgesprochen worden, schon am 14. konnte Reuß depeschieren, daß Kaiser Franz Joseph den Vertragsentwurf „*tel quel*" annehme. Über diese letzte Phase hat der Botschafter in einem Privatbrief an Limburg-Stirum berichtet, Haymerle habe bald eingesehen, daß ihm nichts anderes übrigbleibe als zuzustimmen. „*Das schwere Geschütz von den Separatverhandlungen zwischen Saburow und Haymerle habe ich nicht erst aufzufahren gebraucht; eine solche Perspektive wäre allerdings geeignet gewesen, ein Jawort im schnellsten Tempo zu erreichen.*" „*Sie können sich denken*", so schloß Reuß, „*welch ein Stein mir vom Herzen ist, nun diese verantwortliche und epinöse Verhandlung zum guten Ende geführt zu sehen. Es ist das größte und schwerste Geschäft gewesen, was ich geführt habe.*"

Unter Bismarcks Druck haben sich die Österreicher entschlossen, ihre Einzelbedenken endgültig zurückzustellen. Sie nahmen es in Kauf, daß in den eigentlichen Vertrag nach der Zusage wohlwollender Neutralität im Fall eines Angriffs von seiten einer vierten Großmacht — dieser Bestimmung, in der für Bismarck der allentscheidende Kern lag — und nach der generellen Verpflichtung, die gegenseitigen Balkaninteressen zu respektieren, von den Spezialproblemen zwar der Verschluß der Meerengen, also der für Rußland wichtigste Punkt, aufgenommen, die anderen aber, über die Einvernehmen

erzielt war, in ein Zusatzprotokoll verwiesen wurden, dem allerdings die gleiche bindende Kraft wie dem Vertrage selbst innewohnen sollte. In ihm stimmte Rußland der eventuellen Annexion Bosniens und der Herzegowina zu, hinsichtlich Nowibazars wurde einfach die Gültigkeit der Konvention vom 13. Juli 1878 bestätigt, d. h. nur die Ausdehnung der Verwaltung, nicht die volle Annexion des Gebietes war für Österreich gesichert. Weiter versprachen die drei Kaiser, die Türkei von der Absicht Ostrumelien militärisch zu besetzen abzubringen und sich der Union Bulgariens nicht zu widersetzen, „si cette question venait à surgir par la force des choses"; das war die Formel, zu der sich Rußland verstanden hatte statt der von Österreich geforderten ausdrücklichen Zusage, seinerseits zur Beschleunigung nichts zu tun. Schließlich wurde vereinbart, daß der Geist der Verständigung, aus dem der für drei Jahre abgeschlossene Vertrag erwachsen war, Ausdruck finden solle in einer Generalinstruktion an die diplomatischen Vertreter und Agenten im Orient.

In dieser Form[215]) ist nach all dem heißen Mühen, das wir an uns haben vorbeiziehen lassen, am 18. Juni das Dreikaiserbündnis in Berlin unterzeichnet worden. Kein Bündnis im eigentlichen Sinne des Wortes also, von militärischem Beistand, wie ihn die deutsch-russische Vereinbarung von 1873 vorgesehen hatte, ist keine Rede. Aber eine Entente, eine Basis, von der aus, so hoffte Bismarck, es sehr viel leichter sein würde, neu auftauchenden Schwierigkeiten zu begegnen und die noch unausgetragenen alten Differenzen zu bereinigen.

Besonders befriedigt über das Ergebnis war Saburow. Der Vertrag hielt sich ja auch vollständig auf der Linie, die er von Anfang an hatte befolgt wissen wollen, und sein persönlicher Anteil an dessen Zustandekommen war unbestreitbar ein großer gewesen. Dies Verdienst ist auch von Bismarck warm anerkannt worden, obgleich, wie wir festzustellen hatten, das Vertrauen zu ihm kein unbedingtes mehr war. Den Haupterfolg für Rußland erblickte Saburow zutreffend darin, daß die gefährliche Lage des Jahres 1879, die vollständige Vereinzelung, überwunden sei und infolgedessen die schwere Aufgabe der inneren Gesundung in Ruhe, ohne Sorge vor einem Angriff von außen angepackt werden könne. Wenn er allerdings meinte triumphieren zu dürfen, ein gegen Rußland gerichteter deutsch-österreichischer Zweibund existiere nicht länger, so gab er sich einem großen Irrtum hin. Dieser Wall war unangetastet geblieben, denn da er von vornherein zu keinem anderen Zweck als dem der Sicherung errichtet worden war und in keiner Weise aggressiven Plänen dienen sollte, widersprach sein Fortbestand weder dem Wortlaut noch dem Geiste der neuen Vereinbarung, obwohl natürlich darin ein Mißtrauen in die Festigkeit des Erreichten zum Ausdruck kam. Die Zustände in Rußland machten es eben seinen Partnern unmöglich, so sicher auf seine Verläßlichkeit zu vertrauen, wie es nötig gewesen wäre, um das

Dreikaiserbündnis zum wirklichen Kern und Ausgangspunkt aller weiteren Außenpolitik zu nehmen. Deren Basis blieb vielmehr nach wie vor der Zweibund.

Insofern täuschte sich also der Botschafter über das Ausmaß des russischen Erfolges. Dagegen hatte er Recht, wenn er es als großen Gewinn für Rußland bezeichnete, daß die Mittelmächte sich vertraglich an Klauseln gebunden hatten, die grundsätzlich eine Abänderung der Berliner Kongreßbeschlüsse bedeuteten, sowie daß sie noch eindeutiger als auf dem Kongreß sich den russischen Standpunkt in der Meerengenfrage angeeignet hatten. Das eröffnete vom russischen Standpunkt aus günstige Ausblicke in die Zukunft. Im wesentlichen hatte er sich durchgesetzt.

Geschehen war dies auf Kosten der österreichischen Wünsche. Schritt für Schritt hatte Haymerle zurückweichen müssen, sich in Bedingungen gefügt, die er ursprünglich weit von sich gewiesen hatte, eigene Vorschläge waren unbeachtet geblieben. Im großen und ganzen war es doch so, daß er einen Vertrag unterschrieben hatte, von dem er zunächst erklärt hatte, daß kein österreichischer Minister ihn akzeptieren könne. Eine gewisse Bedrücktheit des Gefühls in Wien war deshalb unvermeidlich. „*Die Verhandlungen*", schrieb Prinz Reuß in dem bereits zitierten Brief an Limburg-Stirum, „*haben die Liebe Österreichs zu Rußland nicht vermehrt. Ich spreche hier nicht bloß von Haymerle, sondern auch vom Kaiser und von Andrássy. Er wird es nicht so leicht vergessen, daß man russischerseits Bosnien und Herzegowina am liebsten aus dem Vertrag herauseskamotiert hätte.*" Hier lag zweifellos eine Gefahr für die Zukunft und den inneren Wert des Abkommens. Dennoch darf es nicht als ungünstig für das Habsburgerreich beurteilt werden.

Denn man empfand doch auch in Wien sehr stark, was die vertragliche Bindung des Zaren bedeutete, wie sehr sich dadurch die internationale Lage Österreichs erleichterte. Daß so vielen Wünschen und Befürchtungen nicht Rechnung getragen worden war, daß das Bild noch Schönheitsfehler aufwies, und zwar solche, die leicht zu viel Schlimmerem werden konnten, war nicht zu leugnen, und keiner der Beteiligten gab sich darüber Illussionen hin. Wenn Bismarck trotzdem die Wiener Regierung unter solchen Druck gesetzt hatte, bis sie schließlich diese Fehler in Kauf nahm und die allgemeinen Gesichstpunkte voranstellte, so hat er das getan nicht bloß aus dem Grunde, daß für Deutschland die Einzelfragen des Balkans keine vitale Wichtigkeit besaßen, die gegenüber dem Wunsch nach Verständigung mit Rußland ins Gewicht gefallen wäre, sondern in der ehrlichen Überzeugung, damit dem wahren Vorteil auch Österreichs zu dienen. Einige der umstrittenen Probleme waren bereinigt, und für den Rest hoffte er die Möglichkeit zu schaffen, in einer zum mindesten von der Last unmittelbarer Kriegsgefahr befreiten Atmosphäre weiterzuverhandeln. Das Bestehen des Vertrages verbesserte, wenn nicht neue unangenehme Zwischenfälle sich einstellen würden, die

psychologischen Voraussetzungen für wirkliche Verständigung: gab es überhaupt eine Möglichkeit des Ausgleichs, wurde sie erheblich gesteigert. In dem Vertrag sah Bismarck daher eine wesentliche Stärkung auch gerade seines Bundesgenossen.

Gewiß war das Ideal nicht erreicht, eine alle Gefahr bannende Dauerlösung nicht gefunden, und gewiß bestand der Einwand der Unzuverlässigkeit der russischen Politik zu Recht, der Balkangegensatz war keineswegs ausgetragen. Aber selbst wenn es nur für kurze Frist sein sollte, war der vertragliche Verzicht des Zaren auf aggressives Vorgehen von unschätzbarem Vorteil. Dafür bestand in Wien, so teuer man ihn bezahlt zu haben meinte, volles Verständnis, und der abwägende Betrachter wird zu dem Ergebnis kommen, daß trotz aller Schattenseiten der Gewinn den bezahlten Preis weit überstieg. So ist es nicht allein diplomatische Höflichkeit, es ist doch mehr als gute Miene zum bösen Spiel gewesen, wenn Haymerle (14. Juni) Prinz Reuß auftrug, dem Reichskanzler „*seinen verbindlichsten Dank für die erfolgreiche Vertretung der Wünsche des hiesigen Kabinetts*" auszusprechen und ihn zu bitten, auch Saburow ein Wort des Dankes zu übermitteln.

Durfte Bismarck in dem Zustandekommen des Dreikaiservertrages auch für Österreich einen wichtigen Erfolg sehen, so war es für ihn selbst ein Triumph. In seinen Überlegungen hatten ja immer vorangestanden die möglichen Rückwirkungen auf den gesamteuropäischen Zustand, und in dieser Beziehung erreichte er, was ihm stets als besonders wichtiger Bestandteil seines großen Systems galt: die Lücke, die sich darin seit 1878 aufgetan hatte, schloß sich wieder. Die Großmacht, die zum Kern einer gegnerischen Koalition zu werden drohte, hatte keine Bundesgenossen gefunden und kehrte deshalb zurück auf den Boden freundschaftlicher Verständigung. So durfte der Kanzler Kaiser Wilhelm mit Stolz berichten, daß der Vertrag „ein sehr erfreulicher Zuwachs zu den Bürgschaften des allgemeinen Friedens" sei.[216]).

Die Mehrung dieser Bürgschaften lag nicht nur darin, daß zwischen Österreich und Rußland vorläufig, „auf Jahre hinaus", wie Bismarck sich ausdrückte, die Kriegsgefahr ausgeschaltet erschien; besonders zufrieden durfte der Kanzler damit sein, daß dies erreicht war mit Hilfe der Methode, die er von jeher als die einzig gesunde angesehen hatte: jeder gab das Bestehen von Interessen des andern zu und versprach, diese zu respektieren, d. h. grundsätzlich war die Teilung des Balkans beschlossen, wenn auch deren praktische Durchführung nicht klar geregelt war.

Dazu kam das Zweite, daß erst recht im deutsch-russischen Verhältnis die Möglichkeit eines Angriffs für die Dauer des Vertrags als ausgeschlossen gelten durfte. Hier bestanden keine direkten und unversöhnlichen Interessengegensätze, und das Vorliegen des Abkommens bot allen Gegnern einer aggressiven und abenteuerlichen Politik in Rußland eine ausgezeichnete

Waffe, machte also eine bedrohliche Wendung zwar nicht unmöglich, erschwerte sie jedoch erheblich. Daß wirkliche Sicherheit für die Dauer nicht gewonnen war, wurde in Berlin genau so wie in Wien empfunden. Darum war ja auch der Unterschied zwischen Zweibund und Dreikaiservertrag gemacht und der erstere als verläßlichere Basis alles weiteren außenpolitischen Tuns beibehalten worden. Aber zum mindesten vorübergehend brachte auch der letztere erhöhte Sicherheit, und hier galt es ebenso, daß der kürzeste Zeitraum, in dem es gelang den Frieden zu wahren, in dieser Periode gewaltigen Anstiegs, in der sich die innere Kraft des Reiches so imponierend entfaltete, vielleicht von entscheidendem Wert sein konnte, um allen Zukunftsgefahren siegreich zu begegnen.

Und schließlich stand neben der direkten noch die indirekte Auswirkung des Vertrags: Deutschland gewann die weitere, wichtige Friedensbürgschaft, daß der Zar, der diese Verpflichtungen auf sich genommen hatte, solange sie in Kraft waren, nicht dem französischen Revanchewillen zur Verfügung stand. „Außerdem", so heißt es wieder in Bismarcks Immediatbericht vom 15. Juni, „wird für Deutschland die Gefahr einer französisch-russischen Koalition vollständig beseitigt und dadurch das friedliche Verhalten Frankreichs gegen uns so gut wie verbürgt." Die Revanchedrohung war zwar bei der augenblicklichen Form, die es gelungen war den deutsch-französischen Beziehungen zu geben, nicht aktuell, aber wie lange diese vorhalten werde, dafür bestand keine Gewähr. Darum war es ein besonders wertvoller Gewinn, wenn in dieser Hinsicht für einige Jahre entscheidende Gegengewichte geschaffen wurden. Sehr richtig hat der König von Sachsen, dem Bismarck, weil er ihn in kritischem Moment in die Verhandlungen miteinbezogen hatte, nunmehr deren günstigen Abschluß mitteilte, in seiner Antwort[217]) — seiner großen Freude Ausdruck gebend — als das vom Standpunkt der deutschen Politik Wichtigste diesen die französische Position schwächenden Erfolg bezeichnet: er sei *„nicht hoch genug zu schätzen, da er Frankreich einen möglichen Alliierten entzieht, noch dazu in einem Augenblick, wo es sich durch seine afrikanische Politik Italien entfremdet und sich so ganz isoliert hat. So wird es uns wohl in Frieden lassen"*.

Den gesamteuropäischen Frieden zu erhalten, das war der Zweck, um dessentwillen Bismarck seine ganze Kraft an das Zustandekommen des Dreikaiservertrags gesetzt hat. Nun war er errichtet, die Tür war geöffnet, durch die der Weg in eine bessere Zukunft führen konnte. Ob sie offen bleiben würde, das hing ab von dem Geist, durch den die drei Partner weiterhin ihr Handeln im Schatten des Abkommens bestimmen lassen würden.

Dritter Teil

Ägypten als Zentralproblem der europäischen Politik

1. Günstige Wirkungen des Dreikaiservertrags

Was Bismarck vom Dreikaiservertrag erhofft hatte, eine sich für ganz Europa geltend machende friedensstärkende Wirkung, hat sich als unmittelbare Folge tatsächlich eingestellt, obwohl es nicht möglich gewesen ist, den Fortschritt auszudehnen auf die für die Gesamtbeziehungen zwischen Deutschland und Rußland besonders wesentliche militärische Seite. In dieser Hinsicht wurde personell in Berlin bitter empfunden, daß, während Miljutins Nachfolge im Kriegsministerium der als reiner Soldat geltende General Wannowski übernahm, zum Chef des Generalstabs ein ausgesprochen politischer Offizier ernannt wurde, der seit seinen Pariser Verhandlungen von 1879 als Deutschenfeind angesehene General Obrutschew. Und sachlich blieb die russische Truppendislokation, nachdem Bismarcks Versuch, den Zaren zu ihrer Änderung zu bewegen, erfolglos verlaufen war, in der gleichen von der deutschen Heeresleitung als bedrohlich bezeichneten Form. Die wichtigste aller Friedensbürgschaften war also nicht zu erreichen gewesen, auch insofern besaß der Vertrag nicht den Charakter einer wirklich umfassenden Generalregelung.

Immerhin fiel stark ins Gewicht, daß sein Abschluß, dies „Waterloo pacifique", wie Saburow sich einmal ausgedrückt hat, der Reichsregierung wenigstens gestattete, auf noch weitere Verstärkung der militärischen Schutzmaßnahmen zu verzichten, die sonst nötig gewesen wären, in Petersburg aber neues Mißtrauen hätten wecken können. Zur Fortsetzung des in letzter Zeit sehr vorsichtig und unauffällig, deshalb aber auch nur in bescheidenem Maßstab betriebenen Werkes hatte der Kriegsminister von Kameke am 5. Juni, also im letzten Stadium der Verhandlungen, die ihm völlig unbekannt waren und von deren Ergebnis er auch nicht unterrichtet wurde[1]), dem Reichskanzler den Vorschlag des stärkeren Ausbaus des Ostbahnnetzes zur Erleichterung des Aufmarsches unterbreitet mit der Anfrage, ob dagegen politische Bedenken bestünden. Drei Tage, nachdem der Vertrag unter Dach gebracht war, erfolgte Bismarcks das Bestehen solcher Bedenken klar bejahende Antwort (21. Juni): *„Die gegenwärtigen Aspekte von Krieg und Frieden machen das praktische Bedürfnis nicht wahrscheinlich. Allerdings können Todesfälle und revolutionäre Vorgänge die Situation verändern, indessen sind unsre politischen Beziehungen der Art, daß sie eine Störung des Friedens für die nächsten Jahre sehr unwahrscheinlich machen, wenn wir nichts tun, was unsre Nachbarn*

veranlassen könnte, Mißtrauen in unsre Absichten zu setzen und sich zu fürchten." Die Vorlage unterblieb daraufhin. In der Tat wären solche Maßnahmen gerade in diesem Zeitpunkt in Rußland doppelt unangenehm empfunden worden, weil dessen eigene militärische Kraft zum Teil durch das Vordringen in Zentralasien gebunden war. Deutschland hat also im Vertrauen auf den Vertrag alsbald von einem das Wettrüsten fördernden Schritt Abstand genommen.

Ebenso war es ein günstiges Symptom, daß es gelang, gegenüber Bulgarien, diesem besonderen Prüfstein für das österreichisch-russische Verhältnis, die Politik der drei Kaiser auf der gleichen Linie zu halten. Fürst Alexander hatte Wahlen für die Nationalversammlung ausgeschrieben, die seine Abkehr von der früheren Verfassung billigen sollte; dabei wäre es eine starke Stütze für ihn gewesen, wenn die Großmächte in gemeinsamer Kundgebung sich zu seinen Gunsten ausgesprochen hätten. Daß Österreich und Rußland übereinstimmend einen solchen Schritt in Berlin anregten, ließ erfreulichen Umschwung erkennen; womöglich sollten ihn alle Mächte, zum mindesten aber die drei Kaiserreiche tun[2]). Infolge des Widerspruchs Englands gegen die von Rußland vorgeschlagene Fassung konnten zwar in den wenigen zur Verfügung stehenden Tagen die Verhandlungen hierüber nicht zum Abschluß gebracht werden, aber sie standen ganz im Zeichen des engen Einvernehmens der Ostmächte und brachten diese Tatsache den andern zum vollen Bewußtsein.

Der geplante Schritt erwies sich dann als unnötig infolge des überwältigenden Sieges, den die Wahlen dem Fürsten einbrachten: die Nationalversammlung, in der das bäuerliche Element viel stärker als bisher vertreten war, bewilligte durch Akklamation die verlangten Vollmachten und konnte alsbald wieder geschlossen werden. Nach diesem Erfolg ließ Fürst Alexander dem Reichskanzler seinen Dank für den tatkräftigen Beistand übermitteln, er sprach die Zuversicht aus, „*sich dieser Gesinnung bei Fortführung des Werkes wert zu zeigen*"[3]). Bismarck beantwortete das mit dem „*aufrichtigen und ehrerbietigen Glückwunsch zu dem erwünschten Resultat und zu der Entschlossenheit, mit welcher Seine Hoheit es erreicht hätten*". Das Verhältnis Bulgariens zu Deutschland, ebenso aber zu den andern Kaiserreichen entwickelte sich also vorläufig durchaus befriedigend, zumal in Petersburg die in den Zielen von Giers und Ignatiew bestehende Divergenz zunächst nicht nach außen hervorgetreten war. Denn der letztere, dem das Bestehen des Dreikaiservertrages völlig unbekannt war, hielt es nach einem Bericht von Schweinitz (21. Juni) für besser, die Dinge nicht auf die Spitze zu treiben, weil er in seinem persönlichen Interesse die Frage der Nachfolge Gortschakows erst dann zur Entscheidung bringen wollte, wenn er die eigene Stellung genügend gestärkt hatte, um das Erbe selbst antreten zu können. Diese Möglichkeit, daß Ignatiew die Leitung der Außenpolitik übertragen werde, bestand also und

erhöhte die Unsicherheit für die Vertragspartner Rußlands. Im Augenblick jedoch hatte sich Europa in der besonders kitzlichen bulgarischen Frage von dem Zurücktreten des österreichisch-russischen Gegensatzes überzeugt.

Um diese für den Frieden so segensreiche Tatsache desto stärker zu akzentuieren, regte Saburow an, daß nunmehr die im Vertrag vorgesehene gleichlautende Instruktion an die diplomatischen Vertreter und Agenten im Orient ergehen solle. Hatzfeldt, der inzwischen die Leitung des Auswärtigen Amtes übernommen hatte, stand dem nicht ohne Bedenken gegenüber, er vermutete dahinter die russische Absicht, bei der Pforte Kapital zu schlagen, und fürchtete, auf diese Weise das Geheimnis des Vertrages zu gefährden und die deutsche Stellung in Konstantinopel zu erschüttern. Dagegen ließ Bismarck vor allem die Überlegung auf sich wirken, daß Deutschland sich keinesfalls dem Verdacht aussetzen dürfe, als wolle es den vertraglich übernommenen Verpflichtungen ausweichen. Selbst allerdings eine solche Generalinstruktion, die unter Umständen als Basis der weiteren gemeinsamen Orientpolitik höchst folgenschwer werden konnte, in ihrem Wortlaut zu formulieren, diese Verantwortung war er nicht auf sich zu nehmen gewillt. So griff er zu seinem altbewährten Mittel, sich auf Deutschlands eigenes Desinteressement zurückzuziehen und es beiden Partnern zu überlassen sich zu einigen, mit der Erklärung, er werde alles mitmachen, worauf sie sich verständigten.

In einem Diktat (Kissingen 21. Juli) instruierte er Prinz Reuß, bei den eventuellen Verhandlungen „*nur die Stelle der Hebamme zu übernehmen, während es Rußlands und Österreichs Sache sei, das Kind herzustellen: er würde deshalb angewiesen werden, alles zu tun, um die Geburt nach Möglichkeit zu erleichtern*". Um jedoch zu verhindern, daß die beiden Kabinette dabei allzusehr ins Detail gingen und infolgedessen alle ungelösten Fragen sich erhöben, schlug er vor, sich mit ganz genereller Fassung zu begnügen; materiell scheine es ihm ausreichend, wenn die Instruktion in die Form des deutschen Zirkulars vom 20. Februar 1875 gebracht würde, durch das auf Grund des damaligen Dreikaiserbündnisses die Vertreter im Orient angewiesen worden waren, sich um besonders freundliche Beziehungen zu ihren russischen und österreichischen Kollegen zu bemühen. „*Wenn aber*", fuhr er fort, „*Rußland sich mit Österreich über eine weitergehende oder andre Fassung einigt, so ist unsrerseits nicht nur darauf einzugehen, sondern jedes Bedenken und jede Zögerung zu vermeiden.*"

Zum Schluß geht das Diktat noch auf die Besorgnis Hatzfeldts ein, daß allzu gleichförmiges Auftreten der Orientvertreter das Geheimnis des Vertrags gefährden und Deutschlands Stellung in Konstantinopel erschüttern könne: „*Zur Wahrung des Geheimnisses haben wir uns allerdings verpflichtet, aber wenn das Geheimnis absolut gewahrt bliebe, so würde das Verhältnis seine Wirkung auf die Erhaltung des Friedens, auf welche wir gerechnet haben, doch*

nur unvollkommen üben können. Unser Hauptzweck ist Erhaltung des Friedens zwischen Österreich und Rußland, und in England und Frankreich den Eindruck zu machen, daß die drei Kaiserhöfe über ihre gemeinsame Politik einig sind. Diesem Bedürfnis gegenüber kann die Besorgnis, daß die uns sehr erwünschte Freundschaft des Sultans geringer werden könne, nicht ins Gewicht fallen. Wenn die Türken aber ihre Politik verstehen, so können sie sich nur freuen über die Einigkeit der drei Kaisermächte, da gerade in dieser ein moderamen für Rußland und eine Bürgschaft des Friedens liegt. Der Sultan brauchte es sich nur einmal umgekehrt zu denken, daß Rußland sei es mit der jetzigen englischen Regierung oder mit Frankreich oder gar mit beiden auf Kosten der Türkei einig würde. In dieser Kombination läge wohl die größte Gefahr für den Sultan, und eine solche Eventualität würde gerade gehindert, wenn Österreich und Deutschland als Ballast mit Rußland verknüpft wären und an diesem festhingen."

Der dementsprechend benachrichtigte Saburow stimmte zu, daß die in dem Zirkular von 1875 gewählte generelle Fassung eventuell genügen könne, erklärte aber jetzt, die Sache habe überhaupt keine Eile[4]). Rußland bestand also nicht auf sofortiger Einlösung des Scheines, den es in Händen hielt, wie überhaupt die Form, in der die ganze Aussprache verlief, den Beweis lieferte, daß fürs erste die Erwartung sich erfüllte, die Bismarck an den Vertragsabschluß geknüpft hatte: in gebesserter Atmosphäre konnte zwischen den drei Kaisermächten weiterverhandelt werden.

Wie viel günstiger sich die Stimmung gestaltet hatte, zeigt auch jetzt ein Eingreifen Bismarcks auf militärischem Gebiet. Am 3. September schrieb er aus Varzin an Moltke, in Polen liefen Gerüchte um, daß zahlreiche deutsche Offiziere dort als Spione tätig seien. „*Diese Nachrichten sind gerade jetzt besonders peinlich, wo wir mit Rußland in den günstigsten Beziehungen stehen, welche ganz auf der persönlichen Neigung des Kaisers Alexander beruhen. Bei der Leichtigkeit, mit der dieser Monarch persönlichen Einflüssen unsrer Gegner zugänglich ist, könnten aber böswillige Meldungen über Reisen unsrer Offiziere in Polen leicht zu unberechtigten Mißverständnissen führen.*" Moltke möge daher veranlassen, daß „*derartige Terrainstudien in Polen einstweilen unterblieben*".

2. Rückwirkungen auf die anderen Großmächte

Der erhoffte Spannungsrückgang ist nicht bloß direkt zwischen den Vertragspartnern eingetreten, für Gesamteuropa war die Wirkung groß, obwohl das Geheimnis so peinlich gewahrt wurde. Die Absicht, von der Bismarck in dem eben zitierten Diktat sprach, „*in England und Frankreich den Eindruck zu wecken, daß die drei Kaiserhöfe in ihrer gemeinsamen Politik einig sind*", ist voll erreicht und dadurch eine für Deutschlands Gesamtlage überaus günstige Wirkung erzielt worden. Durch die Erkenntnis, daß die Großmacht der Mitte Rückhalt im Osten gefunden hatte und im Augenblick von dort her keiner Gefahr ausgesetzt war, wuchs das Bedürfnis, sich mit ihr gut zu stellen.

Besonders gilt dies für Italien, wo die Zugänglichkeit für derartige Überlegungen begünstigt wurde durch den Zorn gegen Frankreich. In erster Linie hervorgerufen durch Tunis, fand er neue Nahrung durch Vorgänge im Roten Meer: die französische Festsetzung in Obok, die allerdings erst nach Jahren, im Mai 1884, zur Errichtung einer wirklichen Kohlenstation führte, wurde von vornherein als gegen die italienische in Assab gerichtet empfunden. Vor allem herrschte nach einer Meldung des Militärattachés von Villaume (5. Juni) in der Armee geradezu Begeisterung für ein eventuelles Vorgehen gegen Frankreich an der Seite Deutschlands, aber auch in den entscheidenden politischen Kreisen regte sich die gleiche Tendenz. Dem Herrscherhaus und allen monarchisch Gesinnten mußte der Rückhalt an den Kaisermächten als das gegebene Ziel erscheinen.

So konnte Keudell am 22. Juni von sehr entgegenkommenden Äußerungen Baron Blancs berichten. Persönlich, hatte der Generalsekretär des Außenministeriums gesagt, sei er stets Anhänger guter Beziehungen zu Deutschland gewesen und sei es jetzt erst recht, nachdem Italien „*wahrscheinlich durch eigene Schuld*" völlig isoliert sei; eine solche Lage lasse sich nicht von heute auf morgen ändern, aber keine Gelegenheit dürfe außer acht gelassen werden, um Deutschland oder Österreich eine Gefälligkeit zu erweisen. Auch die von Bismarck vorhergesagten Pressestimmen zugunsten des Anschlusses an die Mittelmächte blieben nicht aus. Aber gerade weil sie erwartet worden waren, riefen sie weder in Berlin noch in Wien tieferen Eindruck hervor. Haymerles Stellvertreter, Baron Kállay, bezeichnete sie zu Reuß (25. Juni) bloß als Ausfluß momentaler Wallung; in ganz andrer Weise müsse Italien zeigen, daß es

ihm ernst sei, wenn es das Mißtrauen Österreichs besiegen wolle. „*Sicher wahr*", bemerkte Bismarck hierzu. Solch skeptisches Abwarten schien desto mehr geboten, weil die Gegenströmung in Italien noch keineswegs aus dem Felde geschlagen war. Daß derart tief der Eindruck der tunesischen Ereignisse nicht reichte, kam auch in der Presse zum Ausdruck. Als der „Diritto" ganz offen ein Bündnis mit den Mittelmächten forderte, lehnte das Organ des Ministerpräsidenten Depretis dies kühl und deutlich ab, Italien dürfe es nicht mit Frankreich verderben[5]). Obwohl also zweifellos einflußreiche Kräfte sich dafür einsetzten, den vollständigen Frontwechsel zugunsten Deutschlands und Österreichs vorzubereiten, standen ihnen vorläufig noch zum mindesten ebenso starke gegenüber. Immerhin war unverkennbar, daß die Aussicht auf ein Heranrücken Italiens sich erheblich verbessert hatte, seitdem die Position der Mittelmächte von allen Kabinetten als gestärkt betrachtet wurde.

Solange aber solche Möglichkeit nicht Niederschlag in unbezweifelbaren amtlichen Schritten gefunden hatte, bestand für Bismarck kein Anlaß, seine Haltung zwischen Italien und Österreich abzuändern, und um so weniger war dies der Fall, weil in diesen Tagen sich die Aussicht eröffnete, die in letzter Zeit wieder günstig gewordenen politischen Beziehungen zum Kabinett Ferry zu ergänzen und zu befestigen durch eine wirtschaftliche Vereinbarung. Die Initiative zu diesem Plan ist von Bismarck ausgegangen. Ein Brief Saint-Valliers an Graf Herbert Bismarck vom 20. Juni läßt erkennen, daß wenige Tage vorher der letztere im Auftrage seines Vaters dem Botschafter streng vertrauliche Vorschläge in dieser Richtung unterbreitet hat. Den Ausgangspunkt sollte dabei abgeben das gemeinsame Interesse für Frankreich, seine Kanal-, und für Deutschland, seine Nordseehäfen gegen die Konkurrenz von Antwerpen und Amsterdam zu verteidigen, und zwar wurden als Waffen hierfür ins Auge gefaßt Zollermäßigungen, Herabsetzung der Bahntarife für Vieh, landwirtschaftliche Produkte und Kohle, Erleichterungen für Auswanderer, gegenseitige Begünstigung in den Hafengebühren. Auf diese glückliche Aspekte eröffnende Idee ist Saint-Vallier, seiner ganzen Haltung entsprechend, bereitwillig eingegangen, und er konnte dem Grafen Herbert mitteilen, daß sowohl der Außen- als auch der Handelsminister sich grundsätzlich zustimmend geäußert hätten. Deren Stellungnahme faßte er dahin zusammen, daß beide „*envisagent comme le Prince les avantages politiques d'un arrangement particulier entre nous, qu'ils sont très sensibles à la pensée qu'il a sur ce sujet et qu'ils désirent vivement rechercher tous les moyens propres à rendre de plus en plus cordiaux et intimes les bons rapports entre nos deux pays. Aussi, mon Gouvernement accepte-t'-il avec empressement l'ouverture confidentielle du Prince Chancellier et se declare-t'-il prêt à un échange de vues sur les facilités réciproques qu'il serait possible de nous concéder mutuellement*".

Zu genauerer Besprechung wurde — auch ein Zeichen, wie ernst Bismarck die Sache meinte — ein persönliches Treffen zwischen ihm und dem

Botschafter in Aussicht genommen. Aber infolge seiner Erkrankung und Abreise nach Kissingen ist daraus nichts geworden, und als er dann nach Monaten wieder in die Reichshauptstadt zurückkehrte, hatte sich inzwischen die politische Lage derart geändert, daß der Plan nicht weiter betrieben worden ist.

Die bloße Tatsache seines Auftauchens ist indessen ein deutliches Kennzeichen für die eingetretene Entspannung, und aus ihr wieder ergab sich, daß Bismarck seine Frankreich freundliche Haltung in der tunesischen Frage beibehielt. Wie er früher die Reise eines deutschen Gelehrten nach Tunis für inopportun erklärt hatte, hat er jetzt erst recht die Anfrage des Generalstabs, ob die Entsendung eines Offiziers politisch bedenklich sei, „*unbedingt*" bejaht (27. Juni), erst nach Eintritt völliger Ruhe in Algier und Tunis sei sie möglich. Einen überaus pessimistischen Bericht des Konsuls Froebel in Algier über die Wahrscheinlichkeit eines großen arabischen Aufstandes benutzte er zu neuer freundlicher Geste gegen Frankreich; er ließ ihn Barthélemy mitteilen mit dem Zusatz, in Deutschlands Interesse liege es nicht, daß Frankreich in koloniale Schwierigkeiten gerate[6]). Auf dieser Linie fortzuschreiten gab ihm Gelegenheit ein scharfer Angriff einer Londoner konservativen Zeitung gegen Gladstones Frankreich in Nordafrika behindernde Politik. Er befahl (13. Juli), daß Hohenlohe mit dem Hinweis hierauf die abermalige Zusage verbinde, Deutschland werde den Franzosen im Mittelmeer „ganz freie Hand" lassen in der Hoffnung, „daß die französische Politik am Ende doch zu der Einsicht gelange, wie ein befreundetes Deutsches Reich mit 45 Millionen Einwohnern nützlicher und ein stärkerer Posten unter den französischen Activis sein würde als eine Million Elsaß-Lothringer"[7]). Der Erlaß schloß mit dem Urteil, um das durch seine derzeitige Politik sich selbst schwächende England brauche Frankreich sich nicht zu bekümmern.

Es ist ein tiefgreifender Wandel in den von Bismarck angewendeten Mitteln, der uns in diesem wichtigen Satz entgegentritt. In den letzten Jahren, seitdem sich die Möglichkeit eingestellt hatte, daß Rußland zum Kern einer sich gegen Deutschland richtenden Allianz werde, hatte Bismarck alles in seinen Kräften Liegende getan, um die englisch-französische Entente aufrechtzuerhalten. Wir haben dies seit dem Frühjahr 1879 zu verfolgen gehabt. Das Hand-in-Hand-Gehen der beiden Mächte war ihm eine Garantie dafür, daß keine von ihnen sich einem eventuellen russischen Angriffswillen zur Verfügung stellen würde. Auch nach Gladstones Amtsantritt, als die unter konservativer Führung ausgeschlossen erscheinende Möglichkeit russisch-englischer Verständigung nicht mehr als reine Utopie zu bezeichnen war, hatte er sich an diesem Prinzip nicht irremachen lassen. Jetzt aber, wo Rußland sich vertraglich an die Mittelmächte gebunden hatte, paßte die englisch-französische Intimität nicht mehr in dem gleichen Maße in Bismarcks Spiel. Daß er selbst sich mit dem liberalen britischen Kabinett, von besonders

gelagerten Einzelfällen abgesehen, zu wirklicher Interessengemeinschaft zusammenfinden könnte, mußte als höchst unwahrscheinlich gelten; die Erfahrung hatte gelehrt, daß Gladstones England bei den den gesamteuropäischen Frieden bedrohenden Problemen fast stets im anderen Lager stand als Deutschland. Und in Frankreich gab es keine Gewähr für die Fortdauer der gegenwärtigen, zwar niemals zu ausdrücklichem Verzicht auf die Revanche bereiten, jedoch sie nicht in den Mittelpunkt ihres unmittelbaren Handelns stellenden Richtung. Unter diesen Umständen gebot Deutschlands Vorteil, die bisherigen Bemühungen, London und Paris auf einer Linie zu halten, nicht länger fortzusetzen.

Das Ziel war vielmehr jetzt wieder, daß dem deutschen Vertragssystem keine Allianz der nicht einbezogenen und nicht miteinbeziehbaren Großmächte gegenüberstehe. Sonst hätten sich nicht nur die aus dem Zerfall Europas in zwei starke Koalitionen automatisch folgenden Gefahren eingestellt, ein englisch-französischer Block würde außerdem für die dem Zusammengehen mit den Mittelmächten abgeneigten Kräfte innerhalb Rußlands sowohl Anziehungskraft ausgeübt wie Agitationsmittel geboten haben. Solcher Blockbildung mußte also vorgebeugt werden, und in diesem Sinne war es Bismarck erwünscht, daß Frankreichs Vorgehen in Tunis von England als Störung des Machtverhältnisses im Mittelmeer mit Mißtrauen aufgenommen wurde. Hatten wir früher festzustellen, daß der Bardovertrag von Bismarck begrüßt wurde, weil er durch die daraus erwachsenden Bindungen Frankreichs Anziehungskraft auf Rußland verminderte, so trat jetzt der Gesichtspunkt hinzu, daß dadurch auch Frankreichs Verhältnis zu England erschwert wurde. Der wiedergewonnenen Einigkeit der Ostmächte sollte nicht der zusammengeschweißte Westen entgegentreten. Blieb er in sich uneins, dann konnte wieder mit besserer Erfolgsaussicht die Arbeit an dem von Berlin nach allen Richtungen ausstrahlenden System in Angriff genommen werden.

Darum galt es zu verhindern, daß Frankreich sich durch die Zeichen des britischen Mißfallens einschüchtern lasse und einen Schritt zurücktue. Zu diesem Zweck wurde Hohenlohe auf seine Meldung, daß Barthélemy befürchte, England und Italien könnten nach dem Vorbild von San Stefano die Revision des Bardovertrags verlangen, mit der Erklärung beauftragt, der deutschen Regierung sei von solcher Absicht nichts bekannt und sie glaube auch nicht daran: „*Keinenfalls würden wir uns aber auf eine solche Demarche einlassen, falls sie wirklich von England und Italien angeregt werden sollte, und wir glaubten auch nicht, daß Österreich oder Rußland sich daran beteiligen würden, wenn sie wider Erwarten zu einer Realität werden sollte*“[8]). Andrerseits jedoch sollte im deutschen Interesse der englisch-französische Antagonismus sich auch nicht ernstlich in einem den allgemeinen Frieden gefährdenden Maß zuspitzen. Dies war der Grund, warum Bismarck dazu beigetragen hat,

die Besorgnisse des englischen Kabinetts vor allzu großer Machtverschiebung im Mittelmeer herabzumindern, indem er durch Münster Lord Granville beruhigend sagen ließ, „*wir hätten, ohne uns danach erkundigt zu haben, vom französischen Kabinett Versicherungen über Tripolis erhalten, nach denen die Zusage Frankreichs, daß es keine Absichten auf dieses Land hätte, vollkommen ernst und ehrlich gemeint sei*“[9]).

Unverkennbar ist also der Wunsch, die Franzosen auf der betretenen Linie festzuhalten und ihnen gleichzeitig den Weg zu erleichtern. Deshalb war es nicht ganz ohne sachliche Berechtigung, wenn der deutschfeindliche Petersburger „Golos“schrieb (16./28. Juli), daß, während noch vor einem Jahr jemand, der in Paris von einem deutsch-französischen Bündnis zu sprechen gewagt hätte, einfach gesteinigt worden wäre, solche Möglichkeit heute nicht von der Hand zu weisen sei. Der Abschluß des Dreikaiservertrags wurde aufs glücklichste ergänzt durch relativ enge Fühlung mit Frankreich.

So durfte Bismarck in einem Brief an König Ludwig von Bayern[10]) befriedigt die ungewöhnliche Ruhe des Kontinentes feststellen. Es herrsche noch größere Stille, als die Sommerzeit in der Regel mit sich bringe. Für mindestens drei Jahre sei der Friede zwischen Österreich und Rußland durch den Geheimvertrag gesichert, weder Frankreich noch Italien hätten irgendwelche Aussicht auf ein Bündnis mit Rußland, und der Dreikaiservertrag werde wohl noch für längere Zeit als die zunächst ausgemachten drei Jahre zu haben sein. Die Beziehungen zu Frankreich seien „günstiger als zu irgendeiner früheren Zeit“.

Aber der augenblickliche Erfolg verleitete Bismarck nicht die Augen vor möglichen Zukunftsgefahren zu verschließen. Niemand könne voraussehen, so fügte er hinzu, wie schnell der Umschwung in Frankreich eintreten werde, und die englische Politik sei fast ebenso unsicher wie die französische. Die Vertiefung des Dreikaiserbündnisses sei deshalb die wichtigste Aufgabe.

3. Das Treffen in Danzig

Der Erfüllung dieser Aufgabe diente das Treffen zwischen Kaiser Wilhelm und Kaiser Franz Joseph in Gastein am 4. August, wobei sich der letztere nach einem Bericht des Prinzen Reuß (8. August) sehr befriedigt darüber aussprach, wie sich seine Beziehungen zu Rußland gestaltet hätten. Zu ihrer Freude konnten die deutschen Staatsmänner feststellen, daß er viel weniger Mißtrauen als früher gegen die russische Politik zur Schau trug. Bei dem österreichischen Partner war also die als Folge des Vertrags erhoffte Erwärmung des Gefühls und Erhöhung des Willens zur Zusammenarbeit tatsächlich eingetreten. Dieser erfolgreiche Verlauf der Aussprache bestärkte Kaiser Wilhelm in dem Wunsch, nunmehr auch mit Alexander III., mit dem er bisher nur in schriftlichem Verkehr stand, die persönliche Fühlung aufzunehmen.

Über diesen Gedanken wurde bereits seit fast einem Monat eifrig zwischen Berlin und Petersburg verhandelt. Der Anstoß dazu war von russischer Seite erfolgt, an sich ein hocherfreuliches Symptom. Wie Schweinitz in einem Privatbrief an den Unterstaatssekretär im Auswärtigen Amt Dr. Busch erzählte, hatte Giers im Lauf eines mehrstündigen Gesprächs am 12. Juli sehr vorsichtig angeregt, daß der Zar Kaiser Wilhelm in Deutschland, eventuell in Kiel, besuche[11]). Da Giers hinzufügte, daß gegebenenfalls er selbst seinen Herrscher begleiten werde, war klar, daß es sich bei diesem Treffen nicht um eine bloße Höflichkeitsgeste, sondern um einen hochpolitischen Akt handeln sollte. So warm Schweinitz alles begrüßte, was geeignet war, die Freundschaft zwischen Deutschland und Rußland zu befördern, hielt er es dennoch mit Rücksicht auf die ungeheure Verantwortung für das ständig bedrohte Leben des Zaren für besser, der Anregung nicht stattzugeben; ihm wäre es am liebsten, schrieb er, wenn die Reise unterbliebe.

Ganz anders jedoch Bismarck. Seine Politik des Zusammengehens mit Rußland war gestellt auf die Person des Selbstherrschers und dessen guten Willen. Besaß der Zar Vertrauen zu Deutschland, dann bestand viel bessere Aussicht, noch über das im Dreikaiservertrag Erreichte hinauszukommen und festere Friedensgarantie zu gewinnen. Deshalb durfte die Möglichkeit persönlicher Aussprache und Beeinflussung nicht verabsäumt, jedes andere Bedenken mußte hintangestellt werden. Mit beiden Händen griff der Reichskanzler zu. „*Ich teile*", ließ er durch Hatzfeldt Kaiser Wilhelm vortragen[12]),

„die Ansicht des Herrn von Schweinitz nicht, daß es besser sei, wenn man die Anregung des Herrn von Giers auf sich beruhen ließe und wenn die Sache unterbliebe; nach meiner Überzeugung würde ein solcher Besuch des Kaisers Alexander wesentlich nützliche Folgen haben: einmal für den Glauben an den Frieden, auf dem das geschäftliche Vertrauen beruhe, ganz allgemein; dann in seiner Wirkung auf die öffentliche Meinung in Rußland, ganz besonders aber in der Rückwirkung auf den Kaiser Alexander persönlich, dessen Politik voraussichtlich um so sicherer in ruhigen Wegen verharren werde, je mehr er persönlich mit unserem Allergnädigsten Herrn in Beziehung käme resp. bliebe.“ Da Schweinitz unmittelbar vor seinem Urlaub stand, schien der beste Weg, die Angelegenheit durch General von Werder als den in der direktesten persönlichen Beziehung zum Zaren Stehenden zu betreiben.

Kaiser Wilhelm billigte den Standpunkt des Kanzlers alsbald; eine Ablehnung, meinte er, würde sich nicht rechtfertigen lassen. Ihm persönlich sei Kiel als Treffpunkt genehm, aber er offenbarte den ihm eigenen rücksichtsvollen Takt, wenn er Kiel, obwohl die Russen selbst es vorgeschlagen hatten, nur dann in Betracht kommen lassen wollte, falls die Zarin die Reise nicht mitmache, da deren Gefühle als dänische Prinzessin durch diese Ortswahl leicht verletzt werden könnten[13]). Sein Vorschlag war daher entweder Danzig oder Stettin. Demgemäß wurde Werder angewiesen, diese beiden Städte zur Wahl zu stellen, es wurde ihm aber dabei zur Pflicht gemacht, keinesfalls Giers zu übergehen. Für Deutschland kam es eben darauf an, die Stellung des Mannes, der so deutlich sich das Programm der Verständigung gesetzt hatte und weiter setzte, nach Möglichkeit zu stärken.

Mit der Art jedoch, wie Werder, der offenbar die gleichen Bedenken hegte wie sein Freund Schweinitz, den Auftrag ausführte, war Bismarck wenig einverstanden, zumal Kaiser Wilhelm, wie gesagt, seit dem Gasteiner Treffen mit Kaiser Franz Joseph erst recht das Verlangen empfand, auch Alexander III. selbst zu sprechen. Mehrfach wurde der General zurechtgewiesen, er zeige zu wenig Dringlichkeit, später (2. September) hat Busch in einem Immediatbericht geschrieben, Werder habe den Gedanken als hoffnungslos bereits aufgegeben gehabt. So wurde schließlich doch der offizielle diplomatische Weg beschritten und der Geschäftsträger Graf Redern beauftragt mit Giers zu reden, der daraufhin sofort dem Zaren Vortrag hielt und sich warm für die Reise einsetzte[14]). Außerdem aber erfolgte der entscheidende Schritt, indem Kaiser Wilhelm sich persönlich direkt an Alexander wandte. Am 20. August schrieb er ihm den folgenden, von Hatzfeldt entworfenen und von Bismarck überarbeiteten Brief:

„Mon cher neveu. De retour de mon voyage aux eaux, je profite du premier moment pour vous exprimer ma vive satisfaction que nous avons réussi à établir une entente entre les trois Cours Impériales auxquelles les intérêts monarchiques recommandent aujourd'hui encore plus sérieusement qu'à nos prédécesseurs de

s'entendre vis-à-vis de l'incertitude de l'avenir et de l'instabilité des institutions dans les autres grands pays de l'Europe pour renforcer les garanties de la paix et le l'avenir monarchique.

La visite dont l'Empereur François Joseph a bien voulu m'honorer à Gastein m'a donné l'occasion de recevoir de sa bouche l'assurance qu'il éprouve la même satisfaction que moi de la conclusion de cette oeuvre dont votre père avait pris l'initiative dans la dernière année de son règne et qu'il ne lui a pas été donné de voir aboutir.

Les bienfaits assurés à nos peuples par l'entente des trois Cours sont si grands, il est tellement incontestable qu'ils seront généralement reconnus que je ne doute pas, quand le terme pour lequel nous nous sommes engagés jusqu'à présent sera arrivé, que chacun de nous éprouvera le désir et le besoin d'en prolonger les effets et d'en assurer plus longtemps les bienfaits à l'Europe.

Je me serais très vivement réjoui si les circonstances m'avaient fourni l'occasion de vous exprimer verbalement les sentiments de satisfaction et de joie que j'éprouve de la continuation des rapports d'amitié intime que j'ai de tout temps entretenue avec votre père et votre grandpère. Si dans un avenir plus ou moins rapproché vos projets pourraient se concilier avec une rencontre entre nous, vous pouvez être assuré que j'irai avec plaisir au devant de l'occasion qui nous permettrait d'échanger des sentiments qui pour ma part m'animeront aussi longtemps que je vivrai pour le fils d'un proche parent et de mon meilleur ami.

Vous vous réjouirez avec moi d'apprendre que la santé de l'Impératrice qui m'avait inspiré des craintes pendant mon séjour à Ems s'est sensiblement améliorée. Cette heureuse circonstance me permettra de me rendre à mes devoirs militaires sans emporter des inquiétudes. Le programme fixé à ce sujet me mènera à Hanovre dans la première semaine de septembre, dans la seconde dans les environs de Danzig, et à Kiel dans la troisième semaine.

C'est avec le plus vif contentement que j'ai lu les rapports qui rendent compte de l'enthousiasme avec lequel le peuple russe vous a reçu partout lors de votre voyage. Vous trouverez sans doute dans les témoignages unanimes de l'attachement de votre peuple les moyens de délivrer votre patrie du petit nombre d'individus dont l'audace criminelle a troublé les dernières années du règne de votre père et attristé votre coeur au moment de monter sur le trône de vos ancêtres. Les menées du parti subversif forment un danger commun pour tous les Gouvernements de l'Europe; mais j'ai la ferme conviction que l'indignation des nations et de tous les hommes de bien du monde civilisé unie à la vigilance des Gouvernements finira par triompher de ces machinations funestes.

Je suis pénétré de cet espoir et je prie Dieu qu'Il prenne sous Sa protection spéciale votre vie si précieuse pour nous tous.

Votre oncle dévoué Guillaume."

Schon allein die Länge dieses eigenhändigen Schreibens des 84jährigen war eine Geste, dazu kam der besonders herzliche, von ehrlicher Freude über

die wiedergewonnene, vertraglich gesicherte Freundschaft der beiden Reiche getragene Ton, so war die Antwort des Zaren die umgehende Annahme der Einladung. Am 25. beauftragte er Werder, in Berlin anzufragen, ob sein Besuch in Danzig zwischen dem 8. und 11. September passend sei, und legte auch seinerseits größte Herzlichkeit an den Tag, indem er hinzufügte, Kaiser Wilhelm, der Kronprinz und Bismarck wüßten, was sie von ihm zu halten hätten, „*es gibt aber sowohl in Rußland als in Deutschland Leute, welche Zweifel an meinen deutschen Sympathien hegen. Es kommt mir gerade darauf an, diesen Personen ein öffentliches und unwiderlegliches Zeugnis meiner freundschaftlichen Gesinnungen gegen Deutschland und sein Herrscherhaus zu liefern*"[15]).

Diese an sich erhoffte und erfreuliche Ankündigung lief in Berlin zu einem insofern ungünstigen Zeitpunkt ein, als Kaiser Wilhelms Gesundheit zu wünschen übrig ließ. Infolgedessen setzte er auf Werders Telegramm das zurückhaltende Marginal: „*Ich bin seit fünf Tagen und namentlich heut sehr unwohl, daß ich gar keine Pläne für so lange im voraus machen kann, was zunächst dem General von Werder zu chiffrieren ist. Die Wahl der Tage 8.—11. verlangt, daß ich die Kavallerie Manöver von zwei Divisionen gegeneinander aufgeben muß! was Werder dem Kaiser nicht zu sagen hat.*" Immer ist ja dem Soldatenkaiser ein Verzicht auf Teilnahme am Manöver besonders schwer gefallen, aber bei dem Gewicht, das er auf den russischen Besuch legte, gab es für ihn kein Schwanken, es blieb bei dem vorgeschlagenen Termin.

Der inzwischen nach Varzin übergesiedelte Reichskanzler sprach am 29. dem Kaiser seine Freude über die bevorstehende Begegnung aus, „*da sie nicht nur nützlich für unsre Beziehungen zu Rußland, sondern beruhigend für die ganze Welt sein würde*". Um ihr politisches Gewicht zu vermehren, regte er an, selbst an ihr teilzunehmen, weil sein Fehlen auffallen könnte, zumal bisher zwischen ihm und Giers noch keine persönliche Bekanntschaft bestand. Allerdings war in diesem Augenblick noch nicht geklärt, ob Giers wirklich, wie er zunächst als seine Absicht angekündigt hatte, den Zaren begleiten werde. „*Sollte*", war Bismarcks Urteil, „*der Kaiser Alexander ohne politische Begleitung nach Danzig kommen, so würde das möglicherweise bedeuten, daß Seine Majestät der Begegnung einen persönlichen, und nicht einen politischen Charakter beilegen will.*" Aber alsbald erwiesen sich solche Zweifel als gegenstandslos, sowohl Giers wie Saburow wurden zugezogen, und damit stand auch Bismarcks Teilnahme fest.

Während bis dahin strengstes Geheimnis gewahrt und in Petersburg sogar Ignatiew nicht informiert worden war, was dieser nach Rederns Bericht (9. September) Giers sehr verübelte, bekam eine Danziger Zeitung bei den zu treffenden Vorbereitungen Wind von dem bevorstehenden großen Ereignis. Um der Sicherheit des Zaren willen wurde aber ihrer Meldung von der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung" ein glattes Dementi entgegengesetzt, was dann zur Heiterkeit der Beteiligten von der fortschrittlichen

Presse moralisch hart verurteilt wurde. Nachdem jedoch das Projekt vorzeitig bekannt geworden war, wurde erwogen, ob nicht im letzten Moment besser ein andrer Ort zu wählen sei. Weil indessen die nötigen Maßnahmen in der kurzen Zeit schwer zu treffen waren, blieb es bei Danzig. Eingeweiht wurde auch Haymerle, der den Plan warm begrüßte. Er knüpfe, sagte er zu Reuß, die freudigsten Hoffnungen an das Treffen. Auch benutzte er die Gelegenheit, dem deutschen Botschafter wie schon vorher dem russischen sein Bedauern auszusprechen über den Ton, „*den hier eine zügellose Presse, welche fälschlich für offiziös ausgegeben wird, gegen das russische Nachbarreich in jüngster Zeit angeschlagen hat*“[16]). Er mühte sich also zu verhindern, daß von Österreich her den eventuellen nützlichen Folgen des Treffens Hemmnisse erwüchsen. Weil die Stellungnahme der österreichischen Presse die Gefahr in sich trug, daß die russische sie in gleicher Tonart beantworten werde, war im Interesse des Zusammengehens das deutliche Abrücken des Ministers sehr zu begrüßen. Darin gelangte sein Wunsch zum Ausdruck, daß die Begegnung der beiden Herrscher und ihrer leitenden Minister die Festigkeit der Entente auch mit dem nicht direkt beteiligten dritten Vertragspartner stärken möchte. Wie hatten sich also die Dinge gewandelt im Vergleich mit dem letzten Treffen, das zwischen einem deutschen Kaiser und einem Zaren stattgefunden hatte, als Kaiser Wilhelm Alexander II. in Alexandrowo besuchte!

Das Ergebnis der am 9. September stattfindenden Entrevue hat Busch in einem Privatbrief an Prinz Reuß (12. September) dahin zusammengefaßt, daß der Reichskanzler „*durchaus befriedigenden Eindruck*“ gewonnen habe. Da besondere Vereinbarungen von vornherein nicht beabsichtigt gewesen waren, sei „*geschäftlich genau genommen nichts verhandelt*“ worden. Jedoch zwischen Alexander III. und Bismarck hätten wiederholt längere Besprechungen stattgefunden, in denen dem Zaren offenbar daran gelegen gewesen sei, „*den Eindruck friedliebender konservativer Gesinnung zu vertiefen und zu verhüten, daß sich an dem Namen Ignatiew irgendwelche Besorgnisse knüpften. Konstitutionelle und panslawistische Regungen verurteilte Kaiser Alexander*“. Auch der im Anschluß an Danzig erfolgte Besuch Saburows in Varzin habe keine geschäftlichen Motive gehabt, „*wenn nicht etwa das, den Eindruck der freundschaftlichen Begegnung in Rußland wie im übrigen Europa womöglich zu verstärken*“. Hierbei erwähnt Busch nicht, daß, wie ein Brief Herbert Bismarcks an Graf Rantzau (10. September, F. A.) bezeugt, sowohl in Danzig wie in Varzin eingehend über Maßnahmen gegen den Nihilismus und Anarchismus gesprochen worden ist, im Anschluß an die äußerlich private, aber vom Zaren persönlich finanzierte Gründung der Kampforganisation der Druschina.

Neue Bindungen oder überhaupt greifbar konkrete Ergebnisse sind also in Danzig nicht erzielt worden. Aber daran kann kein Zweifel sein, daß das

Treffen dennoch als schwerwiegender Erfolg für Bismarck zu werten ist. Denn einerseits ist der von ihm erhoffte Eindruck auf die andern Mächte in vollem Umfang erzielt worden. Der französische Geschäftsträger in Wien erwog voller Sorge, ob jetzt wirklich das Frankreich so unerwünschte Dreikaiserbündnis zustande kommen werde[14]), ein Beweis, wie ausgezeichnet das Geheimnis des Junivertrags gewahrt worden ist. Besonders starker Widerhall war in Italien festzustellen. Das Urteil des deutschen Geschäftsträgers von Derenthall (16. September), daß in Rom geringe Freude herrsche, weil der eigne Wert Italiens für die Mittelmächte sich infolge der Freundschaft Deutschlands mit Rußland mindere, wird bestätigt durch die Meldung seines französischen Kollegen[18]), Mancini habe die umlaufenden Gerüchte von einer bevorstehenden Reise König Humberts nach Wien als bloße Ausgeburt journalistischer Phantasie dementiert, in Wirklichkeit aber habe der Plan bestanden und sei nur bei der neuen Lage endgültig aufgegeben worden. Der Zeitpunkt, in dem Rußland so demonstrativ an die Seite Deutschlands getreten war, erschien den Italienern nicht günstig, um die Verhandlungen über ihren eventuellen Anschluß an Bismarcks Block aufzunehmen, weil sie jetzt auf geringeres Entgegenkommen zu rechnen hätten. Wie hoch der Erfolg der deutschen Politik eingeschätzt wurde, kann kaum besser illustriert werden.

In der Tat ist der Zar — und das war das zweite für Bismarck hocherfreuliche Ergebnis — mit überaus günstigen Eindrücken heimgekehrt. Er war bestärkt in der Überzeugung von der Richtigkeit und Notwendigkeit des von Giers vertretenen Zusammengehens mit den Mittelmächten. Noch von Danzig selbst aus erging ein Zirkular an die diplomatischen Vertretungen Rußlands, und zwar um den Eindruck zu verstärken, en clair, das die „*stabilité des relations si heureusement établies entre les deux pays*" feststellte, und alle aus Rußland in Berlin und Wien einlaufenden Berichte stimmten darin überein, daß nicht nur Alexanders Gefühle für Deutschland sich erwärmt hätten, sondern auch seine Freude an dem Zusammenwirken zu dritt verstärkt sei. Um ihn hierbei festzuhalten, war es ein geschickter Schachzug, daß Kaiser Franz Joseph ihn bei der Ankunft in Petersburg mit einem Telegramm begrüßte, in dem er seine freudige Teilnahme an dem Ereignis zum Ausdruck brachte. Nicht nur erfolgte darauf die Antwortdepesche (12. September): „*Das Telegramm, welches Du anläßlich meiner Ankunft sendetest, hat mich lebhaft erfreut, und ich danke Dir dafür aus ganzem Herzen. Ich war sehr glücklich Kaiser Wilhelm wiederzusehen, den Blutsfreund, an welchen uns die gemeinsamen Bande der intimsten Zuneigung binden*", sachlich viel weiter ging einige Wochen später ein eigenhändiger Brief Alexanders. Nach einem Bericht des Prinzen Reuß (7. Oktober) sprach er zunächst noch einmal seine hohe Befriedigung über Danzig aus, erging sich sodann in „*bündigsten Freundschaftsbeteuerungen*" auch für Franz Joseph und schloß mit dem

Wunsch, dies eines Tages „*de vive voix*" wiederholen zu können. Daß der Zar also von sich aus den Wunsch nach einem persönlichen Treffen mit dem Kaiser von Österreich aussprach, woraufhin dieser sich jederzeit mit Freuden bereit erklärte, war ein gewaltiger politischer Fortschritt. Auch das war ein vortreffliches Zeichen, daß Österreich und Rußland sich gleich nach Danzig hinsichtlich der im Junivertrag vorgesehenen Generalinstruktion an die Vertreter im Orient darauf einigten, ihnen in der Art, wie Bismarck es vorgeschlagen hatte, ganz allgemein „*übereinstimmendes Auftreten*" vorzuschreiben. Würde also die alte Kluft infolge des Dreikaiservertrags doch überbrückt werden können?

Für das deutsch-russische Verhältnis schließlich brachte die Begegnung noch ein weiteres Ergebnis von hoher Bedeutung, indem Bismarck bei der persönlichen Bekanntschaft mit Giers das günstige Urteil voll bestätigt fand, das er ihm auf Grund seines praktischen Verhaltens seit der Übernahme der auswärtigen Geschäfte entgegengebracht hatte. Um, wie bereits in den dem Treffen vorausgehenden Verhandlungen, die noch immer ungesicherte Stellung dieses sachlichen, gemäßigten und vorsichtigen Mannes zu befestigen, ließ er ihm denkbar auszeichnende Behandlung zuteil werden, Kaiser Wilhelm verlieh ihm das Großkreuz des Roten Adlerordens mit Brillanten. Persönliches und Sachliches verband sich also, um Giers zu einem ungewöhnlich warmen Dankschreiben (Petersburg, 14. September) zu veranlassen. Auch hier wie in dem Danziger Zirkular stellte er in starken und herzlichen Worten den hohen politischen Wert der Begegnung fest: „*elle m'a confirmé dans la conviction que l'entente entre nos deux Gouvernements ne laisse rien à desirer. Elle répond à leurs intérêts réciproques et assure le bienfait de la paix à l'Europe entière.*" „*Dies Schreiben*", war Kaiser Wilhelms Urteil, „*und die Bekanntschaft der beiden Minister ist eines der besten Resultate der Danziger Begegnung!*"

Bismarck selbst hat erst verhältnismäßig spät (29. September) geantwortet, weil er im unmittelbaren Anschluß an das Treffen einen neuen gesundheitlichen Zusammenbruch in Varzin erlitt; die Briefe seiner Familie zeigen, wie schwer in diesen Wochen die Sorge um sein Leben gewesen ist. Als er dann endlich antworten konnte, tat er es desto ausführlicher und herzlicher:

„*Une indisposition sérieuse et surtout très douloureuse dont je commence à peine à me remettre m'a empêché à répondre plus tôt à la lettre que Votre Excellence m'a fait l'honneur de m'adresser le 2./14. de ce mois; cependant je n'ai pas tardé de porter vos remerciments à la connaissance de Sa Majesté l'Empereur. Vous ne douterez pas du vif plaisir que j'ai éprouvé en apprenant par votre lettre les excellentes impressions que Sa Majesté l'Empereur Alexandre a rapportées de Danzig et en voyant que notre entrevue vous a laissé un bon souvenir. J'avais désiré depuis longtemps faire la connaissance personelle de l'homme d'Etat*

auquel les affaires étrangères de la Russie sont confiées et je suis heureux que ce désir se soit réalisé dans des conditions qui conserveront à notre entrevue une valeur plus que passagère. La haute satisfaction que nos Souverains ont rapportée de leurs entretiens formera une garantie précieuse de paix et de confiance dans l'avenir et ceux qui ont travaillé à amener ce resultat y trouveront la meilleure récompense de leurs efforts.

L'entrevue a démontré une fois de plus et d'une manière éclatante que l'amitié fondée depuis des générations sur les relations personelles des deux Souverains et les intérêts des deux nations subsiste toujours. Cette amitié est d'autant plus solidement établie que dégagée de part et d'autre de toute visée ambitieuse, elle ne tend qu'à la conversation du principe monarchique et au développement du bienêtre des deux pays si étroitement liés. C'est à Votre Excellence que revient le mérite d'avoir de tout temps et en toutes circonstances suivi cette politique traditionelle qui s'attache à resserrer les relations entre les deux nations en cultivant avec piété les éléments de rapprochement qu'offrent les liens de famille qui unissent les deux Cours. Les hommes politiques aussi bien que l'opinion publique dans les deux pays considéreront, j'en suis convaincu, la présence de Votre Excellence à la tête des affaires étrangères comme une garantie que les rapports d'amitié et de parenté entre les deux Souverains trouveront leur expression également dans les relations de Gouvernement à Gouvernement. J'ai poursuivi ce but depuis le commencement de ma carrière et je suis d'autant plus heureux de constater que c'est à vos efforts qu'est due la plus récente manifestation de cette politique à laquelle nous avons assisté à Danzig."

Wenige Staatsmänner der ganzen Welt haben sich rühmen können, von Bismarck ein in solchem Tone warmer Anerkennung gehaltenes Schreiben zu besitzen. Natürlich spielte auch hier, bei aller Aufrichtigkeit des Gefühls, die politische Berechnung mit, Giers den Rücken zu stärken für die Kämpfe, die er in Zukunft noch zu bestehen haben würde, und dieser Zweck ist auch erreicht worden. Schweinitz erzählt[19]), daß der Zar auf das ihm von Giers vorgelegte Schreiben Bismarcks den Vermerk gesetzt hat: „Ich kann das, was Bismarck schreibt, nur noch bekräftigen, für Ihre ehrenhafte und gewissenhafte Amtsführung hege ich längst volle Anerkennung."

Daß dennoch Kämpfe nicht ausbleiben würden, wurde alsbald deutlich. Denn selbst in diesem Augenblick besonders enger amtlicher Beziehungen wurde den deutschen Staatsmännern die Stärke der in Rußland vorhandenen Gegenkräfte und damit das geringe Maß der gewonnenen Sicherheit als ernste Warnung vor Augen gestellt. Politisch war es richtig berechnet, wenn Kaiser Wilhelm am 30. September zu Saint-Vallier in Karlsruhe sagte, die Begegnung habe die Sicherheit geschaffen, daß keine Wolke das deutsch-russische Verhältnis bedrohe[20]), aber sachlich genommen war es zu viel. Werder hatte zu melden (24. September), daß die gesamte Presse in geradezu feindseligem Tone über Danzig berichtet habe[21]); bei denjenigen Russen,

die sich über das Treffen gefreut hätten, sei die Hoffnung ausschlaggebend gewesen auf ein Bündnis mit Deutschland gegen Österreich, und nach der Erkenntnis der Aussichtslosigkeit dieses Wunsches seien auch sie viel kühler geworden. „*Ignatiew!*", schrieb Bismarck an den Rand, und tatsächlich gehörte mindestens die Duldung des Innenministers dazu, wenn die Presse sich in mehr oder minder versteckten Angriffen auf die Außenpolitik erging Der Gegensatz, in dem die öffentliche Meinung zu der von Giers vertretenen Richtung stand, war also abermals offenbar geworden. Nach wie vor hing alles davon ab, ob er das Ohr des Zaren weiter finden werde, endgültig gesichert konnte die Zukunft nicht erscheinen.

Im Augenblick jedoch bestand kein Zweifel an Alexanders Verständigungswillen, und Bismarck ließ sich die Möglichkeit nicht entgehen, hieraus auch innerpolitisch Kapital zu schlagen. Er ordnete eine Pressekampagne an, die einen Vergleich zwischen der allgemeinen Kriegsangst bis zum Kongreß und der jetzigen allgemeinen „*berechtigten Friedensseligkeit*" anstellen und daraus den Schluß ziehen sollte, für die Regierung zu stimmen heiße für den Frieden wählen[22]).

4. Wiederaufbruch der ägyptischen Frage

Die Nachhaltigkeit des Eindrucks, daß die Danziger Begegnung die Position der Mittelmächte außerordentlich verbessert hatte, wird klar illustriert durch das Verhalten Italiens. Die „definitive" Aufgabe der Reise König Humberts nach Wien hatte der französische Diplomat gemeldet. Aber in Wirklichkeit brachten schon die nächsten Wochen neue Verhandlungen über diesen Plan, und sie verliefen so erfolgreich, daß er durchgeführt werden konnte. Die Bedenken des italienischen Kabinetts wegen des ungünstigen Zeitpunktes sind also zurückgestellt worden. Es geschah dies aber nicht etwa, weil durch neue Verschlechterung im Verhältnis der Mittelmächte zu Rußland sich für Italien Aussicht auf bessere Bedingungen eröffnet hätten, sondern ganz im Gegenteil, weil durch den Rückhalt im Osten Deutschlands Anziehungskraft gewaltig gestärkt wurde, so daß sie bei dem aus der Gesamtlage sich ergebenden italienischen Anlehnungsbedürfnis unwiderstehlich wurde. In dieser Richtung den Weg aus der vollen Isolierung herauszusuchen, dafür sprach neben der Enttäuschung wegen Tunis die Sorge, daß Frankreich trotz aller Versicherungen seinen Herrschaftsbereich in Nordafrika noch weiter ausdehnen und auch nach Tripolis greifen könne, eine Sorge, die der Sultan teilte, so daß er begann Truppen dorthin zu schicken[23]). Bei ihm wirkte auch noch die andere Gefahr mit, daß Italien sich hier für den französischen Machtzuwachs schadlos halten könne. Noch stärkeren Eindruck aber als Tripolis machte in Rom der die italienischen Interessen auf engste berührende Wiederaufbruch des Problems Ägypten[24]), das von nun an so lange Zeit für die gesamteuropäische Politik im Vordergrund der Bühne stehen sollte.

Nachdem in den letzten Jahren den großen Mächten bittere Sorgen daraus erwachsen waren, daß das Nationalitätsprinzip solchen Widerhall bei den Balkanvölkern gefunden hatte, erlebten sie jetzt, daß auch die Araber sich zu dem gleichen Ideal bekannten. Der Beginn dieser bis auf den heutigen Tag folgenschweren Entwicklung ist in Ägypten eingetreten. Schon im Februar 1881 hatte die von Arabi Pascha geleitete Bewegung zu einer Militärrevolte gegen den Khediven Tewfik geführt, und dies wiederholte sich verstärkt zu Anfang September. Allerdings konnte die Ruhe auch diesmal rasch wiederhergestellt werden, da die arabischen Notabeln eingriffen und friedliche Unterwerfung vermittelten. Aber es war deutlich geworden, worum es

hier ging: in doppelter Front hatte der Aufstand gekämpft, in erster Linie gegen den abendländischen Einfluß, daneben jedoch wenigstens zu einem Teile gegen die ebenfalls als Fremdherrschaft empfundene türkische Souveränität. Und nicht zu zweifeln war an der Sympathie, welche der Bewegung von der Bevölkerung entgegengebracht wurde. Infolgedessen waren neue Zwischenfälle mit Sicherheit vorauszusehen, wodurch die mühsam hergestellte Ruhe im Nahen Orient erschüttert zu werden drohte. Aber selbst wenn solche größeren Auswirkungen sich nicht einstellen sollten, genügte schon allein die Unsicherheit in Ägypten selbst, bei der gewaltigen Bedeutung, die dem Lande durch den Suezkanal für Weltpolitik und -handel zukommt, um die gespannteste Aufmerksamkeit der Mächte auf sich zu ziehen, auf diese Weise aber auch alsbald die Möglichkeit von Konflikten zwischen ihnen herbeizuführen.

So erhob sich bei der Nachricht von den Unruhen in Kairo vor allen Kabinetten die Frage, in welcher Form ein eventuell erforderlicher Eingriff von außen sich vollziehen solle. Durch europäische Mächte und dann durch welche? oder durch den Sultan als den rechtmäßigen Oberherrn? Der letzteren Lösung neigten in diesem Stadium einflußreiche Kreise Englands zu, die „Times" bezeichnete am 12. September die militärische Okkupation seitens der Türkei als den einzig möglichen Weg, da an eine gemeinsame Expedition der hauptsächlich interessierten Großmächte England und Frankreich nicht zu denken sei. Als die Franzosen widersprachen, sie fürchteten, daß die Belebung des türkischen Einflusses in Ägypten sich für ihre nordafrikanischen Besitzungen unangenehm fühlbar machen werde, indem der Sultan sich dann vielleicht verleiten lassen könnte, sowohl seine tripolitanische Stellung, wie schon begonnen, fester auszubauen, als auch darüber hinaus die ihm vorläufig von Hatzfeldt ausgeredeten Ansprüche auf Tunis doch noch nachträglich anzumelden oder zum mindesten dort Unruhen der Stämme zu unterstützen. Denn zu dem politischen kam verschärfend hinzu das religiöse Moment: klar erkennbar verband sich mit der national-arabischen Tendenz infolge der gemeinsamen Gegnerschaft gegen die Herrschaft der Christen die panislamische, obgleich sie ihr Gegengewicht fand in dem Haß der Araber gegen die Türken. Das alles wurde in Paris als so bedrohlich empfunden, daß die sämtlichen wechselnden Regierungen darin übereingestimmt haben, gegen die türkische Intervention in Ägypten ein scharfes Veto einzulegen, sooft dieser Gedanke auftauchte. Erreicht haben sie allerdings damit schließlich doch nur das, was ihnen noch stärker wider den Strich ging, die alleinige englische Herrschaft am Nil.

Zu allen diesen sich möglicherweise erhebenden Fragen hat Bismarck, noch bevor feststand, daß der Putsch in Kairo rasch und friedlich sein Ende fand, dem Auswärtigen Amt die grundsätzliche Haltung skizziert, die von der deutschen Politik einzunehmen sei[25]). Sein Ausgangspunkt war wieder,

daß Deutschland in den orientalischen Dingen stets eine Richtung zu befolgen habe, „*wie es unseren beiden näher interessierten Verbündeten konveniert*". Der Türkei gegenüber, von deren Einbezug in den Junivertrag so viel in den vorhergegangenen Verhandlungen gesprochen worden war, sei es die Aufgabe, die Neigung des Sultans, sich den Ostmächten zu nähern, „*nicht zu entmutigen, aber doch auch nicht eine Entwicklung herbeizuführen, durch welche die beiden Westmächte sich wegen ihrer Interessen genötigt glauben würden, sich näher aneinander zu schließen, da die Lockerung der Beziehungen, welche momentan zwischen ihnen besteht, offenbar das Interesse des Friedens fördert*". Hier begegnet uns abermals der Gedanke, den wir — im Gegensatz zu der vorher eingehaltenen Linie — gleich nach dem Abschluß des Dreikaiservertrags feststellten, daß es nicht mehr im deutschen Interesse liege, die Intimität zwischen London und Paris zu festigen. Dies neue Prinzip hat Bismarck noch näher ausgeführt, indem sein Erlaß sich sodann der Frage zuwendete, wie Deutschland sich zu verhalten hätte gegenüber den verschiedenen Möglichkeiten des Eingriffs von außen: „*Wenn die beiden Seemächte sich zu einer Aktion in Ägypten entschließen sollten, so scheint es mir kaum ratsam, sie daran zu hindern. Würden sie durch die Kaisermächte gehindert, ihre Interessen in Nordafrika wahrzunehmen, so könnte ihre Einigung eben dadurch in einer den Kaisermächten entgegengesetzten Richtung sich befestigen; läßt man sie aber machen, so werden sie vielleicht dauernd eine befriedigende Beschäftigung in den Schwierigkeiten finden, welche die afrikanischen Bevölkerungen und die Erhaltung der Einigkeit zwischen den beiden Seemächten selbst bei Erfüllung ihrer Aufgabe ihnen bieten werden. Nach den bisherigen Erfahrungen läßt sich annehmen, daß sowohl die republikanische Regierung Frankreichs als die radikalen Staatsmänner Englands in Bewältigung solcher Schwierigkeiten ein großes Maß von Geschick und Besonnenheit nicht entwickeln werden.*"

Der Wandel in Bismarcks Anschauungen ist also ein nachhaltiger gewesen. Die Lockerung der englisch-französischen Entente erschien ihm, zumal die Aufnahme von Handelsvertragsverhandlungen zwischen ihnen den Willen bewies, sie noch fester zu gestalten, für die Gesamtlage friedensfördernd und deshalb wünschenswert. Dafür aber war Ägypten das wirksamste Mittel. Gingen sie dort gemeinsam vor, so sah er Reibungen zwischen ihnen voraus. Mit eigener Hand an deren Eintritt mitzuwirken, England und Frankreich also, wie ihm so oft vorgeworfen worden ist, gegeneinander zu hetzen, lag nicht in seiner Absicht, im Gegenteil, je stiller er sich hielt, je weniger er sich in die Entwicklung einschaltete, desto sicherer glaubte er des Ergebnisses sein zu dürfen. In noch stärkerem Maße deshalb als in den Balkanfragen hat er sich in der ägyptischen Angelegenheit betont korrekte Passivität zur Pflicht gemacht, verbunden allerdings mit höchster, stets auf dem Sprunge liegender Wachsamkeit. Den Nagel auf den Kopf trifft das Urteil eines amerikanischen Historikers: „Der Deutsche Kanzler kann kaum

mit der Verantwortlichkeit für den Bruch der englisch-französischen Entente belastet werden. Daß er Vorteil aus ihm gezogen hat, kann man ihm nicht zum Vorwurf machen"[26]). Von nun an gewann demnach Ägypten für Bismarck die Bedeutung eines, wie er es später formuliert hat, „Schleswig-Holstein" für die Westmächte, des Punktes also, an dem sich mit Notwendigkeit aus ihrer Gemeinsamkeit der Zwist einstellen würde.

Nachdem in dieser Art das Verhalten den Westmächten gegenüber festgelegt war, erörterte der Schluß von Bismarcks Erlaß die Möglichkeit der türkischen Intervention. So weit der Kanzler davon entfernt war, einem englisch-französischen Eingriff Hindernisse zu bereiten, wollte er doch auch nicht das eigene Verhältnis zur Türkei dadurch trüben, daß er an der Beeinträchtigung ihrer Rechte mitwirkte. Im Gegenteil, er bezeichnete es als „*weder gerecht noch nützlich*", der Pforte den Mut zu nehmen, falls sie sich gegen wirkliche Übergriffe „*unfügsam*" zeigen wolle. Sich gut mit ihr zu stellen, würde das Interesse der drei Kaisermächte erst recht dann gebieten, wenn tatsächlich, gemäß dem Rat der „Times", England sie wieder nach Ägypten hineinzulassen bereit sei, da hiermit ihr Einfluß auch auf die europäische Politik gestärkt würde. Indessen glaubte er nicht recht an solche Möglichkeit, denn England werde sich sagen, daß es weniger gefährlich sei, wenn der Khedive am Nil herrsche als der Sultan, der erstens stärker und zweitens russischem und österreichischem Einfluß zugänglicher wäre.

Noch am gleichen Tage, an dem diese tatsächlich, wie wir sehen werden, für lange Zeit die deutsche Politik in der ägyptischen Frage bestimmende Instruktion von Varzin erging, lief in Berlin wie in Petersburg und Wien die Bitte des Sultans ein um wohlwollende Unterstützung, wenn er seine Rechte geltend mache. Entsprechend dem Erlasse des Kanzlers wurde den beiden Vertragspartnern als Ansicht der Reichsregierung über die zu erteilende Antwort mitgeteilt, „*daß es sich im Interesse des Friedens nicht empfehle, die Pforte in dieser schwierigen Lage sich selbst zu überlassen und ihr abweisend zu antworten*". Alsbald bestätigte sich aber auch die Voraussage, daß England die türkische Intervention doch nicht als bedenkenlos ansehen werde. Zwar warnte die „Times" noch in einem zweiten Artikel vom 15. September vor gemeinsamer Aktion mit Frankreich als einer allzu harten Probe auf das gute Einvernehmen und setzte sich abermals dafür ein, der Pforte die Wiederherstellung der Ordnung zu überlassen. Lord Granville jedoch zeigte sich ebenso wie Barthélemy empört, als Abdul Hamid einen Kommissar nach Kairo entsandte und damit seinen Willen bekundete, sich die oberherrlichen Befugnisse nicht entwinden zu lassen; galt schon diese bescheidene Maßnahme als unerträglich, so waren die Bedenken gegen eine militärische Aktion der Türkei natürlich noch viel größer, denn sie wurde, wie Lord Ampthill es später formulierte, als indirekt gleichbedeutend mit der Intervention der drei Kaisermächte betrachtet[27]).

Da jedoch die Ruhe inzwischen von selbst mit dem friedlichen Ende des Putsches eingetreten war, konnte die englische Regierung am 17. den Kabinetten erklären, zur Zeit sei jeder Eingriff überflüssig. Um sich indessen auf künftige Entscheidungen vorbereiten zu können, fügte Lord Ampthill in der Wilhelmstraße hinzu, liege seinem Minister daran, über die Stellung unterrichtet zu werden, die Deutschland gegebenenfalls einnehmen wolle; daher würde Lord Granville sehr dankbar sein, wenn der Reichskanzler „*ihm seine Ansicht über die Behandlung der ägyptischen Frage oder einen Rat, was etwa sonst darin zu tun sei, zukommen lassen wollte*"[28]). Noch öfter sollte sich diese uns auch schon von den Balkanzwistigkeiten bekannte Taktik wiederholen. Dem Staat aber, zu dem er im Augenblick in weniger guter Beziehung stand als zu allen anderen Großmächten, das Spiel zu erleichtern, indem er selbst vorzeitig die Karten auf den Tisch legte, war genau das Gegenteil von dem, was wir als Bismarcks Absicht kennengelernt haben. „*Ich bin krank und unbekannt mit der Lage*", war die ganze Antwort, die er dem Auswärtigen Amt erteilte.

Petersburg dagegen war mit so völliger Zurückhaltung nicht einverstanden. Eine wirkliche, sich eventuell auch in Europa fühlbar machende Stärkung der Türkei wünschte Giers allerdings ebenfalls nicht und wollte deshalb nicht so weit gehen, den Sultan zur Entsendung von Truppen zu ermutigen. Das aber hatte Bismarck ja gar nicht geraten, sein Vorschlag war nur gewesen, dem Sultan Freundlichkeit zu erweisen. Immerhin ging es über die Absicht des Kanzlers hinaus, wenn Saburow am 3. Oktober anregte, die drei Kaiser sollten dem Sultan auf seine Bitte den Rat erteilen, die Entscheidung aller Großmächte einzuholen. Dieser amtlichen Eröffnung fügte der Botschafter für seine Person die Begründung hinzu, ebenso wie Rußland müsse auch Österreich daran gelegen sein, „*die ganze türkische Erbmasse zusammenzuhalten und nicht stückweise liquidieren zu lassen*"; die ägyptische Frage dürfe deshalb nicht „*aus dem Gesamtinventar der orientalischen Frage ausgesondert und von den Westmächten in separato geregelt*" werden[29]).

Der amtliche Teil dieser Demarche paßte gut zu Bismarcks Absicht; auch ihm kam es ja darauf an, das Feld nicht allein den Westmächten zu überlassen, sondern die Finger im Spiele zu behalten, nicht um für Deutschland etwas herauszuschlagen, vielmehr als wirksames, indirektes Druckmittel seiner Gesamtpolitik. Darum bedauerte er, daß die Österreicher den Giersschen Vorschlag, als er ihnen von Berlin aus mitgeteilt wurde, mit großer Skepsis aufnahmen; sie wurden mißtrauisch einmal durch die Tatsache, daß Rußland sich nicht unmittelbar auch an sie gewendet hatte, sodann offenbar besonders durch den persönlichen Zusatz Saburows, der so weise Aspekte auf den türkischen „Gesamtnachlass" eröffnete. Baron Kállay, der Stellvertreter des erkrankten Haymerle, sah die Spaltung des europäischen Konzertes voraus, wenn der Sultan gemäß der russischen Anregung die Gesamt-

heit der Mächte anrufe, und die Folge würde dann sein, daß England, Frankreich und Italien sich zu einem bedenklichen Grad von Einigkeit zusammenfänden[30]). Dies ließ Bismarck jedoch nicht gelten. „*Warum? sie werden nicht einig werden*", war sein Urteil, und er hatte die Genugtuung, daß Österreich seinen Widerspruch preisgab, als die Russen auch in Wien ihren Vorschlag unterbreiteten, und zwar ohne irgendwelche Anspielung auf künftige Teilungspläne.

Mitgewirkt zu diesem Entschluß der Wiener Regierung hat sicher die Überlegung, daß ihr Auftreten Schulter an Schulter mit den beiden anderen Kaisermächten geeignet war, die Türkei zum Nachgeben in einer anderen wichtigen Frage zu veranlassen, um die schon seit Monaten gestritten wurde. Die Pforte weigerte sich, die Weiterführung der Eisenbahn von Nisch nach Saloniki zu genehmigen, weil sie den Versicherungen Österreichs, daß es sie ausschließlich aus wirtschaftlichen Gründen anstrebe, nicht traute und die möglichen politischen Folgen scheute. Die hierdurch entstandene Kluft suchte die „Times" zu verbreitern, indem sie am 28. September einen Artikel brachte, Österreichs wirtschaftliche Aktivität im östlichen Mittelmeer sei stärker als die aller andern Mächte außer England, und da es jetzt obendrein auch Griechenland in seinen Einflußbereich zu ziehen suche, brauche England als Gegengewicht die sichere Kontrolle Ägyptens. Als Haymerle sich bei Reuß bitter über diesen Versuch beschwerte, sowohl bei Griechenland als auch bei der Türkei Mißtrauen gegen Österreich zu erzeugen, beantwortete Bismarck das mit einem neuen heftigen Ausfall gegen Gladstone[31]), um Österreich noch williger für die Dreikaisergemeinschaft zu machen, und auch Kállay gebracuhte daraufhin sehr scharfe Worte gegen England, er halte es „*für den einzigen und für den gefährlichsten Feind Österreich-Ungarns auf dem orientalischen Gebiete . . . Mit Rußland könne man sich dort immer verständigen oder aber, wenn es durchaus sein müßte, mit gleichen Waffen diese Macht bekämpfen. Englands Macht sei aber eine andere, viel gefährlichere, und der Kampf werde dort auf einem Terrain, dem der wirtschaftlichen Interessen, geführt, auf welchem Österreich-Ungarn den englischen Waffen nicht gewachsen sei und auf welchem keine Verständigung möglich . . . Diese Ansicht finge hier und sogar auch in Pest an, immer mehr und mehr Boden zu gewinnen, und er tue sein Möglichstes, um derselben Eingang zu verschaffen*".

Das war genau was Bismarck erreichen wollte, und um die Österreicher in dieser Stimmung zu erhalten, hat er sich in ihrem Eisenbahnstreit mit dem Sultan scharf zu ihren Gunsten eingesetzt. Er befahl dem türkischen Botschafter zu sagen[32]): „*die üblen Folgen für die Pforte, wenn sie sich Österreich ungefällig zeige, würden vermutlich darin bestehen, daß letztere Macht in sämtlichen großen und kleinen Fragen stets auf der Seite ihrer Gegner zu finden sein und daß dies bei den nahen Beziehungen Österreichs zu Deutschland auch auf unsre Haltung der Pforte gegenüber einwirken würde*". Trotz derart starken

Druckes gab die Türkei nicht gleich nach, erst als Bismarck ihn wiederholte (3. Oktober), fügte sie sich, hilfsbedürftig wie sie um Ägyptens willen war. Es wurde ihr dies dadurch erleichtert, daß Kállay Deutschland ermächtigte, bei seiner Vermittlung zu erklären, Österreich denke nicht an den Marsch auf Saloniki[33]).

So spürte Österreich deutlich den Vorteil der engen Verbundenheit mit Deutschland, und weil sich dadurch auch seine Freude am Dreikaiserbündnis erhöhte, stellte es seine Bedenken gegen den russischen Vorschlag zurück, dem Sultan die Anrufung aller Großmächte anzuraten. Die Übereinstimmung war also hergestellt. Dennoch ist es nicht zu entsprechendem Handeln gekommen. Hatzfeldt machte nämlich nunmehr von sich aus — ganz im Sinne der früheren russischen Stellungnahme — den Vorschlag, mit derartigem Sondervorgehen ohne Rücksicht auf das europäische Konzert, wodurch England und Frankreich verärgert würden, zu warten, bis praktische Notwendigkeit vorliege, sich im Augenblick also mit der erzielten Einigkeit zu begnügen und erst dann, wenn der Sultan erneut bedrängt würde, ihm zu dritt den Rat zu erteilen, er möge den Westmächten anheimgeben, ihrerseits die Stellungnahme der andern einzuholen[34]). Mit der Rücksicht auf beide Westmächte begründete der Staatssekretär seinen Gedanken, in Wirklichkeit leitete ihn bloß die auf Frankreich, und dem stimmte der Kanzler alsbald zu. Denn diese Tendenz hatte er selbst wenige Tage vorher (18. Oktober) zum Ausdruck gebracht, indem er auf die Konstantinopler Meldung, daß der französische Botschafter Tissot die Meinung geäußert habe, Deutschland sei in den Mittelmeerfragen günstig für Frankreich gestimmt, zu erwidern befahl, diese Auffassung „*zeugt von richtigem Erkennen unsrer Interessen und unsrer Politik. Wir freuen uns, wenn Frankreich seine nationalen Bestrebungen anders als auf unsre Kosten befriedigt und haben auch nie, sei es französischen sei es anderseitigen Anregungen gegenüber, aus dieser unsrer Anschauung ein Hehl gemacht*". Auch hier begegnet uns der Wille, die Fäden nach Paris in Ergänzung des Dreikaiserbündnisses möglichst eng zu knüpfen.

Desto eher fand darum Hatzfeldts aus dem gleichen Wunsch geborener Gedanke die Zustimmung des Kanzlers. Er gab ihm noch konziliantere Form, indem er hinzufügte, „*wir würden unsre Richtschnur, in orientalischen Dingen dem zuzustimmen, worüber Rußland und Österreich einig wären, natürlich auch in dem Falle festhalten, wenn unsre Anregung von den beiden Kaisermächten nicht akzeptiert würde*"[35]). Aber noch bevor dies ausgerichtet werden konnte, lief deren Einwilligung ein. Praktisch nötig wurde dann infolge des vorläufigen Wiedereintritts der Ruhe in Ägypten der Schritt überhaupt nicht, jedoch war es erfreulich, daß grundsätzliche Einigkeit zwischen den Ostmächten über die Haltung hergestellt war, die bei eventuellem Aufrollen der für die Gesamtheit so wichtigen Frage einzunehmen sein würde. Wieder hatte der Junivertrag eine Probe bestanden.

5. Italiens Heranrücken an die Mittelmächte

Alle diese aus dem Wiederaufbruch der ägyptischen Frage sich ergebenden Ereignisse hinterließen bei der zahlenmäßigen Stärke der dortigen italienischen Kolonie tiefen Eindruck in Rom, und so war die Unruhe, die über die ganze europäische Diplomatie kam, hier besonders groß. Schon am 12. September fragte Mancini den Geschäftsträger von Derenthall, ob Deutschland sich an der eventuellen Intervention beteiligen werde, und ließ dann durch Graf Launay seinen Standpunkt dahin präzisieren, daß ihm als beste Lösung der Verzicht auf jeden Eingriff erscheine; erweise er sich aber als unvermeidlich, möge die Türkei ihn durchführen, reiche auch dies nicht aus, dann England, Frankreich und Italien gemeinsam[36]). Die Kooperation dieser drei, vor der Kállay solche Sorge empfand, wurde also in Rom tatsächlich erwogen.

Aber je klarer sich herausstellte, daß die Westmächte nicht daran dachten, gegebenenfalls Italien zur Aktion zuzuziehen, und je fester sich andrerseits der Zusammenhalt der drei Kaiser erwies, desto mehr erhöhte sich die Anziehungskraft der letzteren auf die italienischen Staatsmänner. Vor Derenthall entwickelte Baron Blanc ein Programm politischen Verzichts, wie es im Augenblick die praktische Voraussetzung für Italiens Anschluß an die konservativen Mächte bildete[37]). Er stellte jede Absicht auf Tripolis in Abrede, die Erhaltung des status quo, nicht Erwerb sei Italiens Ziel: das Land müsse „*der Eitelkeit, die Rolle einer Großmacht zu spielen oder gar seine Machtsphäre zu erweitern, entschieden entsagen und mit ernster Konzentration auf seine inneren Angelegenheiten den Anfang machen . . . Die bisherigen Versuche, sich in europäischen Angelegenheiten vorzudrängen und eine abenteuerliche Kolonialpolitik zu treiben, hätten die traurigsten Früchte getragen, und je mehr die nationale Eigenliebe sich durch dergleichen Aspirationen geschmeichelt fühle, um so mehr sei es Pflicht eines ernsten Staatsmannes, den Mut zu haben, solchen Torheiten entgegenzutreten*". Das erste Bestreben dieser neu orientierten Außenpolitik müsse sein, sich gut mit Österreich zu stellen, und dafür sei Vorbedingung der Verzicht auf die Irredenta. „*Das Stückchen Trentino*", so weit ging der Generalsekretär, „*sei für Italien wertlos im Vergleich zu dem Vorteil engerer Beziehungen zu dem nordischen Nachbarlande*". Deutschland erwähnte er mit keinem Wort.

Die Möglichkeit des Anschlusses an die Mittelmächte wurde also von den Italienern abgetastet, aber es ging darüber schon hinaus, als sie auch den Plan der Reise nach Wien wiederaufnahmen, allerdings unter einem auch der fremden Diplomatie deutlich erkennbaren häuslichen Ringen. Daß dabei die positive Richtung sich durchsetzte, glaubten die Österreicher gar nicht so sehr wünschen zu sollen[38]). Denn ihr Mißtrauen in die Aufrichtigkeit des italienischen Verständigungswillens war noch immer ungeschwächt, zum mindesten müsse deshalb die Initiative eindeutig bei Rom liegen. Bekannten sich die Italiener allerdings offen hierzu, dann war Haymerle bereit, Entgegenkommen zu bezeigen.

Dies praktisch zu betätigen, ist dem Minister selbst nicht mehr vergönnt worden: nach ganz kurzer Krankheit ist er am 12. Oktober verschieden. Seiner Witwe sprach Bismarck in einem Telegramm, dessen Konzept er eigenhändig niederschrieb, die Trauer über den Verlust „*eines persönlichen Freundes und eines zuverlässigen Kollegen und Mitarbeiters*" aus. Provisorisch wurde Kállay mit der Leitung des Außenministeriums betraut. Sachliche Änderung hinsichtlich der Besuchsfrage ergab sich hieraus nicht, da auch Kállay sich auf den Standpunkt stellte, daß das Treffen nur dann von Bedeutung sein könne, wenn die Initiative allein und deutlich bei Italien liege, und in diesem Falle wie Haymerle entgegenkommen wollte. Bismarck aber legte jetzt mehr Wert auf Italien zu bezeugende Freundlichkeit, so große Kühle wie bisher hielt er nicht mehr für richtig. Denn mit dem gewonnenen Rückhalt an Rußland fühlte er den Zweibund stark genug, Italien an seiner Seite festzuhalten, wenn es einmal den Trennungsstrich zu Frankreich gezogen haben würde, und selbst für den Fall, daß es sich nur um eine vorübergehende Wendung handeln sollte, erschien ihm jetzt, wo über einen englisch-französisch-italienischen Gegenblock diskutiert wurde, alles angebracht, was dem entgegenwirkte. Sein in der ägyptischen Frage angetrebtes Ziel war auch leichter zu erreichen, wenn England und Frankreich dabei allein standen. Deshalb hat er, als in Rom die Richtung, nach welcher der unbedingt erforderliche Anschluß zu suchen sei, zugunsten der Mittelmächte beantwortet und die Königsreise beschlossen wurde, einen ganz andern Ton angeschlagen als bisher.

Diese Nachricht gelangte nach Berlin durch ein Telegramm König Humberts an den ihm persönlich befreundeten Kronprinzen vom 15. Oktober, das dieser sofort an Bismarck weitergab mit dem Bemerken, auch nach Berlin zu kommen scheine nicht beabsichtigt zu werden. Bismarcks Antwort (17.) läßt die Befriedigung über den gefaßten Entschluß erkennen — er sprach außerdem amtlich in Rom seine „*aufrichtige Freude*" aus —, zeugt jedoch auch von der Vorsicht, die er Frankreich gegenüber genau so für Deutschland wie für Italien angebracht hielt: „*Für unsre eigenen Beziehungen zu Italien ist bei unsrem jetzigen Verhältnis zu Österreich vor allen Dingen die*

Beseitigung aller Verstimmungen zwischen Italien und Österreich wünschenswert, und der König Humbert kann für die Pflege seiner Beziehungen zu uns nichts Nützlicheres tun, als die mit Österreich nach Möglichkeit wohlwollend und friedlich zu gestalten. Wenn er gleichzeitig Seine Majestät den Kaiser besuchen wollte, so würde dies gegenwärtig das Gewicht der Annäherung an beide deutschen Mächte kaum verstärken, wohl aber mag der König die Rückwirkung fürchten, die eine deutsche Entrevue auf die schon unfreundliche Stimmung der öffentlichen Meinung Frankreichs Italien gegenüber voraussichtlich haben würde. Ich glaube deshalb kaum, daß ihm gegenwärtig eine Einladung von unsrer Seite erwünscht sein würde. Wenn es der Fall wäre, so würde Seine Majestät sich bei der guten persönlichen Beziehung zu Eurer Kaiserlichen Hoheit vielleicht schriftlich darüber geäußert haben. Ich habe deshalb das Gefühl, daß der König es als eine rücksichtsvolle Diskretion auffassen würde, wenn wir nichts tun, um ihn über die schon nach Frankreich hin demonstrative österreichische Entrevue hinauszuführen."

Wie sehr aber dem Kanzler daran gelegen war, den Italienern keinen Zweifel zu lassen, daß er die neue Richtung freudig begrüßte, geht aus der Instruktion an Keudell (21. Oktober) hervor, „*daß er, falls er fände, die Italiener wären des Glaubens, wir fühlten uns wegen der Beschränkung des Besuches auf Wien zurückgesetzt, dem widersprechen und Herrn Mancini sagen solle, alle Freundlichkeiten, die Italien an Österreich erweise, betrachteten wir auch als an unsre Adresse gerichtet, und wir hätten volles Verständnis dafür, daß die italienische Regierung Frankreich menagieren müßte*". Das war wirklich ein andrer Ton, als Italien ihn bisher zu hören bekommen hatte. Dennoch wurde ihm gleichzeitig die Enge des deutsch-österreichischen Verhältnisses zum Bewußtsein gebracht. Bismarcks alte Politik wird sichtbar, jeder möglichen Koalition zwischen andern Großmächten vorzubeugen: nachdem neben den Zweibund das Dreikaiserverhältnis gestellt war, diente der Gesamtkomplex der aus Ägypten erwachsenden Fragen dazu, nicht nur England und Frankreich auseinander zu halten, sondern auch Italien an die Mittelmächte heranzuziehen.

Gleichzeitig aber liegt in Bismarcks Erklärung, Deutschland habe volles Verständnis dafür, daß Italien Frankreich menagieren müsse, der Wink, sich nicht etwa der Hoffnung auf Rückhalt für aggressives Vorgehen hinzugeben. Trat Italien in näheres Verhältnis zu den Mittelmächten, so durfte dem keine Spitze gegen Frankreich innewohnen. Dies kam auch in der deutschen Presse offen zum Ausdruck. Die „Post" schrieb am 27. Oktober, des Königs Besuch in Wien bringe nicht nur die Abkehr von der Irredenta, sondern auch von Angriffsplänen gegen Frankreich in Nordafrika: „die Machtverteilung im Mittelmeer ist eine Frage, deren Lösung heute nicht bevorsteht, und weder in Wien, ganz gewiß aber nicht in Berlin wird man so töricht sein, heute Versprechungen für die Lösung dieser Frage abzugeben". Beruhigend für Rom wurde hinzugesetzt: „Daß Italien, wenn jene Frage zur Entscheidung

reif ist, nicht leer ausgehen kann, wird an keinem Ort bestritten werden." Über diesen Artikel sprach der französische Geschäftsträger Hatzfeldt seine Befriedigung aus, kam aber dann am gleichen Tage noch einmal zurück, um im Auftrag Barthélemys zu fragen, ob er die amtliche Ansicht wiedergebe. Der Staatssekretär erwiderte, den Artikel nicht einmal gesehen zu haben — an dessen offiziösem Charakter kann trotzdem kein Zweifel bestehen —, fügte jedoch hinzu: „*Die Erfahrung und speziell unser ganzes Verhalten in der letzten Zeit müßten seiner Regierung aber den Beweis geliefert haben, daß Frankreich an uns einen guten und freundlich gesinnten Nachbar besitze, und die so konsequent durchgeführte friedliche Politik der beiden Kaisermächte, die darin dem laut ausgesprochenen Bedürfnis der Bevölkerung entspräche, sei überdies die beste Bürgschaft dafür, daß eine Annäherung Italiens an Österreich ebenfalls nur eine friedliche Bedeutung haben und von den beiden Mächten nur in diesem Sinne aufgefaßt werden könne*"[39]).

Ohne also sein Verhalten gegen Frankreich abzuändern, bestärkte Bismarck die Italiener in ihrem Bedürfnis, Anschluß bei den Mittelmächten zu gewinnen, zur Freude Kaiser Wilhelms, dessen mehrfache Warnungen, das Entgegenkommen Roms nicht abzuweisen, wir bereits festzustellen hatten. So äußerte er auch jetzt[40]) „*den politischen Wunsch, daß eine Annäherung, namentlich nach dem Besuch in Wien, in Rom freundlich genährt werde, um der italienischen jetzigen Tendenz, mit dem Norden Europas sich zu verständigen, Nahrung zu geben*".

Das mit so großer Spannung erwartete Wiener Treffen hat vom 27. bis 30. Oktober stattgefunden. In ganz Europa wurde es als Triumph der Mittelmächte angesehen, in Wirklichkeit aber ist ein sachlicher Fortschritt nicht davon ausgegangen. An sich wäre die Möglichkeit zu ihm geboten gewesen, da sowohl Depretis als auch Mancini das Königspaar begleiteten, so daß nach außen hin das Gewicht der Reise ganz außerordentlich betont wurde. Auch waren beide gewillt, in nähere Erörterung der bestehenden Möglichkeiten einzutreten[41]). Aber auf der österreichischen Seite war die alte Gegnerschaft noch zu lebendig, um auf den ersten Schlag überwunden zu werden. Kurz vor dem Treffen sagte Kállay zu dem Geschäftsträger Graf Berchem (28. Oktober), zu Abmachungen habe er wenig Neigung, und wenn er stets erklärt hatte, die Initiative müsse ganz eindeutig den Italienern zufallen, so führte er dies unter dem Vorwand, selbst nur provisorisch die Geschäfte zu leiten und dem endgültigen Außenminister nicht vorgreifen zu dürfen, während ihrer Anwesenheit in derart betonter Weise durch, daß sie nun ihrerseits zurückhaltend blieben. Keiner wollte den ersten Schritt tun, und so ist es zu eigentlich politischen Gesprächen überhaupt nicht gekommen.

Übereinstimmend wurde hinterher sowohl von österreichischer als auch italienischer Seite den deutschen Diplomaten erzählt, daß „*das Gebiet der*

sachlichen Politik gar nicht betreten" und die Grenze „*allgemeiner Versicherungen politischer Sympathien und freundnachbarlicher Gesinnungen*" nicht überschritten wurde[42]). Das einzige günstige Ergebnis war die persönliche Annäherung zwischen den beiden Herrschern. Da aber die italienischen Minister ganz anderes sich erhofft hatten, hat die Magerkeit des Erfolges als Rückschlag und daher der ganze Besuch eher schädlich gewirkt. Obwohl nach außen das Gesicht gewahrt wurde, war die Enttäuschung in Rom groß, und sie wurde noch verstärkt, als bei der Tagung der ungarischen Delegation Anfang November Kállay eine von Andrássy noch unterstrichene Erklärung abgab, die das Treffen bagatellisierte, die ausschließliche italienische Initiative betonte und vom Fortbestehen der irredentistischen Gefahr sprach.

Eine dauernd ungünstige Wirkung ist jedoch nicht eingetreten, weil man in Wien, ohne daß etwa eine deutsche Vermittlung erkennbar wäre, einsah, zu weit gegangen zu sein. Ein Erzherzog sagte zu Reuß (1. November): „*wenn ein Österreicher es dahin bringt, einmal etwas politisch Verständiges zu tun, so können wir sicher sein, daß der Effekt davon immer durch eine Ungeschicklichkeit wieder abgeschwächt wird*". In dieser Erkenntnis erläuterte der Botschafter Graf Wimpffen Kállays Rede Mancini in so freundschaftlicher Weise, daß der Zwischenfall befriedigenden Abschluß fand. Immerhin war der erhoffte Nutzen der Reise nicht eingetreten, ein bitterer Nachgeschmack verblieb, und auf lange Sicht ist ja dann der Besuch in Wien dadurch von ausgesprochen unerfreulichen Folgen gewesen, daß Kaiser Franz Joseph ihn um des Papstes willen nicht in Rom erwiderte. Es ist bekannt, daß hierdurch das Bundesverhältnis stark beeinträchtigt worden ist; wie verbitternd diese Tatsache auch schon in der nächsten Zeit gewirkt hat, werden wir verfolgen.

Das Treffen hat also die Versöhnung der beiden alten Gegner nicht erleichtert, aber die allgemeine Lage hielt doch den Wunsch nach ihr lebendig. Gar zu offensichtlich war der Nutzen für beide Teile. Darum ist wohl die Rücksicht auf Italien nicht ohne Einfluß auf die Auswahl von Haymerles Nachfolger gewesen. Die Entscheidung lag zwischen Baron Kállay und dem Botschafter in Petersburg, Graf Kálnoky. Fiel sie zugunsten des ersteren, so würde das in diesem Augenblick, wo die Italiener so geringes Entgegenkommen bei ihm gefunden hatten, sie vielleicht von neuen Annäherungsversuchen abgehalten haben, und die österreichische Politik stimmte ja mit der deutschen überein, daß sie nicht „entmutigt" werden sollten. Das war also ein starker Grund, der gegen Kállay sprach, und da es außerdem bei der entscheidenden Bedeutung, die das Verhältnis zu Rußland für Österreich besaß, von größtem Voretil war, an der Spitze des Außenministeriums einen Mann zu haben, der genau mit dem Petersburger Boden vertraut war, ist die Wahl für Kálnoky ausgefallen.

6. Schutzmaßnahmen gegen das Ministerium Gambetta

War es schon vor der Wiener Begegnung in Bismarcks Sinne gewesen, alles zu vermeiden, was Italiens Empfindlichkeit reizen konnte, so galt dies erst recht, als das Kabinett Ferry am 10. Oktober fiel. Dies Ereignis verschob die Gesamtlage in einschneidender Weise, denn die Nachfolge übernahm Gambetta. Der Mann, von dem Bismarck nach der Cherbourg-Rede gesagt hatte, daß seine Berufung zur Macht auf Europa wirken werde wie ein Trommelschläger im Krankenzimmer, leitete Frankreichs Politik. Ihn mit der Kabinettsbildung zu beauftragen, hatte Grévy sich durch das innere Kraftverhältnis genötigt gesehen trotz der bitteren Gegnerschaft, die zwischen ihnen bestand[43]). Damit war natürlich eine völlig andere Lage gegeben, als wenn Barthélemy dem Quai d'Orsay vorstand. Unmittelbare Konsequenzen für sein eigenes Verhalten gegenüber Frankreich hieraus zu ziehen, war Bismarck jedoch nicht gewillt. Schon bei früheren Kabinettswechseln hatte er stets mit solcher Möglichkeit gerechnet und den deutschen Vertretern eine Haltung vorgeschrieben, die in diesem Fall keine unüberbrückbaren Schwierigkeiten schaffen würde. Denn er hielt es nicht für ausgeschlossen, daß das Tragen der Verantwortung mäßigend auf den Tribunen einwirken werde, der mit südlicher Leidenschaft starken Realismus verband[44]). Beruhigend war es auch, durch Bleichroeder, der bei Ausbruch der Krise, als der Sturz Ferrys und Gambettas Machtübernahme zwar noch nicht Wirklichkeit geworden, jedoch bereits sicher vorauszusehen war, in Paris weilte, von einem Grévy gegenüber getanen Ausspruch des Inhabers der „pouvoir occulte" zu erfahren, es würde ein Verbrechen sein, „*die neue Aera anders als in friedlichem Sinne zu machen*". Daß der Apostel der Revanche angesichts seiner ganzen Vergangenheit auf die Dauer keine friedliche Politik treiben könnte, ohne seine Anhängerschaft an sich irre zu machen, mußte als feststehend in Rechnung gestellt werden, aber unwahrscheinlich war, daß er bei der inneren Zerspaltung Frankreichs und dem Mangel äußerer Bundesgenossen alsbald zur Aggressive übergehen werde. Darum galt es für Deutschland, der Zukunftsgefahr nach Möglichkeit vorzubeugen und das gambettistische Frankreich noch weniger als das bisherige zu Bundesgenossen kommen zu lassen; aber sich sofort eindeutig feindlich gegen es zu stellen, bestand kein Anlaß.

Desto weniger war dies der Fall, weil berechtigte Zweifel gehegt werden durften, ob Gambettas Herrlichkeit von langer Dauer sein werde. Hohenlohe teilte allerdings die Vorhersage Barthélemys nicht, daß er sich schnell abnutzen werde[45]), jedoch bewiesen die Vorgänge bei der Kabinettsbildung, wo alle führenden Persönlichkeiten des Parlaments ihm die Mitarbeit versagten, so daß er an Stelle des „grand ministère" nur den engsten Kreis seiner Gefolgsleute ins Amt brachte, daß seine Hoffnungen auf faktische Diktatur auf recht schwachen Säulen ruhten. Die parteipolitische Zerrissenheit war nicht überwunden, sondern noch stärker akzentuiert. Darum schien es angebracht, nicht um des im Augenblick leitenden Mannes willen die sachlich gegenüber Frankreich eingeschlagene Linie umzubiegen. Blieb sie erhalten und bestätigten sich die schwarzen Prophezeiungen für Gambetta, dann hatte Bismarck es leichter, die Beziehungen zu dessen Nachfolger auf den früheren Fuß zurückzubringen.

Dies waren die Überlegungen, die den Reichskanzler zu der Anweisung sowohl an das Auswärtige Amt wie an die Pariser Botschaft veranlaßten[46]), trotz des Kabinettswechsels und trotz des in Berlin sehr bedauerten Rücktrittes Saint-Valliers bei der bisherigen Tonart zu bleiben. Aber wenn er immer schon darauf hingewiesen hatte, wie gering die Sicherheit sei, daß das Zusammengehen mit Frankreich durchgeführt werden könne, so war jetzt erst recht größte Vorsicht geboten. Vollständig richtig hat also der scheidende Botschafter dem neuen Ministerpräsidenten die Haltung, die er von Bismarck zu erwarten habe, charakterisiert als „ni malveillant, ni hostile, de parti pris, mais certainement empreint d'une défiance et d'une réserve marquée"[47]). Daß Bismarck erhöhte Vorsicht für erforderlich hielt, dafür lag schon eine leise Andeutung in seiner Reichstagsrede vom 29. November, wo er unter Exemplifizierung auf Frankreich warnte, der Liberalismus gerate immer weiter, als seine Träger wollten, und darum den Untergang der angestammten Monarchie als Unglück bezeichnete[48]).

Die Kombination der beiden Tendenzen, erhöhte Vorsicht im Hinblick auf Zukunftsgefahren und vorläufiges Festhalten an der frankreichfreundlichen Richtung, begegnet uns in der Aufnahme eines spanischen Schrittes wegen Marokkos. Der Gesandte Graf Benomar äußerte die Sorge[49]), daß französische Truppen dort unter dem Vorwand des Kampfes gegen unruhige Stämme eindrängen; Spanien werde dann prüfen müssen, ob es nicht geboten sei, selbst einige Hafenplätze zu besetzen. Zu dem ersten Teil dieser Mitteilung bemerkte Bismarck: „*abzuwarten, namentlich für uns*", zu dem zweiten aber: „*no objection!*" Das bedeutete, daß ihm auch hinsichtlich Marokkos die bisherige ausschließliche Begünstigung des französischen Anspruchs unter den jetzigen Umständen nicht mehr angebracht erschien, daß er indessen für eigene aktive Gegenwirkung noch nicht zu haben war. Im letzteren Sinne bezeichnete er die Benomar durch Hatzfeldt erteilte Antwort, er rate

zu direkter Verständigung mit Paris, jede erkennbare Beteiligung Deutschlands würde in Frankreich unfehlbar Argwohn erregen und den spanischen Wünschen nur schaden, ausdrücklich als „*sehr richtig*".

Innerhalb solcher Grundhaltung sah Bismarck sich jedoch genötigt, stärkeren Nachdruck auf das Prinzip erhöhter Vorsicht zu legen, als festzustellen war, daß Gambetta mit der österreichischen Presse anknüpfte. Reuß meldete (8. Dezember), daß das „Neue Wiener Tagblatt" durch den Chefredakteur Szeps, den Freund des Kronprinzen Rudolph, Gambetta zur Verfügung gestellt worden sei, und ergänzte das später (31. Januar 1882) dahin, daß auch die „Neue Freie Presse" und die „Wiener Allgemeine Zeitung" von französischem Kapital, insbesondere den Häusern Bontoux und Veil-Picard abhängig seien. Bei der ersteren sei dies um so bedenklicher, da sie auch öfters von Ignatiew benutzt werde. Den großen Einfluß französischen Geldes auf die österreichische Presse bestätigte auch Bleichroeder (7. Januar), er nannte außer den drei angeführten Blättern noch das „Prager Tage- und Abendblatt", die „Grazer Tagespost", das „Extrablatt" und die „Alte Presse". Das war in der Tat ein bedenklicher Zustand, die häufigen Klagen der österreichischen Staatsmänner über eine ihren Intentionen zuwiderlaufende Stellungnahme der Zeitungen fanden hier eine keineswegs beruhigende Aufklärung.

Gleichzeitig liefen in Berlin Nachrichten ein, daß erst recht in Italien Gambetta die größten Anstrengungen mache. Dem Ministerium Ferry war es noch kurz vor seinem Sturz, am 3. November, unmittelbar nach dem enttäuschenden Wiener Treffen, gelungen, einen Handelsvertrag mit der römischen Regierung unter Dach zu bringen. Das bewies, daß es nicht unmöglich war, die durch Tunis aufgerissene Kluft zu überbrücken, und hierum bemühte sich Gambetta aufs eifrigste, ebenfalls auf dem Weg, in der Presse Einfluß zu gewinnen. Im ganzen zeichnete sich damit eine Aktion ab, der im deutschen Interesse nicht tatenlos zugesehen werden durfte, zumal ein Heranrücken Italiens an das gambettistische Frankreich notwendig zur Stärkung der republikanischen Parteien, zur Gefahr für die Dynastie Savoyen und damit für das monarchische Prinzip geführt haben würde.

Um unerwünschter Entwicklung in Rom vorzubauen, beschloß Bismarck, die begonnene Abkehr von seiner früheren Haltung verschärfend, sich dort direkt einzuschalten. Gelegenheit dazu bot ihm, daß Mancini wegen seiner Äußerung im Reichstag über den Liberalismus und vor allem seiner weiteren, am folgenden Tag (30. November) gehaltenen Rede über den Stand des Kulturkampfes eine Aussprache mit Keudell herbeiführte. War die erste Rede in Paris peinlich vermerkt worden, so war nach dem Bericht des Botschafters (9. Dezember) der Eindruck beider in Rom „*erschütternd*". Denn Bismarcks Bemerkung, daß zu dem gegenwärtigen Inhaber des päpstlichen Stuhles „die höflichsten und freundlichsten Beziehungen" bestünden, wurde,

zumal nach der Wiederaufnahme des diplomatischen Verkehrs durch Schlözers Entsendung, als Zeichen für das nahe Ende des Kulturkampfes gedeutet und dabei die Sorge gehegt, daß der Friedensschluß erreicht werden könnte durch deutsche Konzessionen in der römischen Frage. Verstärkt wurde diese Furcht durch einen Artikel der „Post", der die Möglichkeit besprach, daß Leo XIII. Rom verlasse[50]). Gerüchte liefen um und fanden Glauben vom Vorliegen eines festen Planes zur teilweisen Wiederherstellung der weltlichen Macht des Papstes, so daß Bismarcks Reden als schlimmer bezeichnet wurden als das Einrücken der Franzosen in Tunis.

Darum hatte Mancini das dringende Bedürfnis, die wirkliche Sachlage aufzuhellen. Diesem Versuch schuf er eine günstige Basis, indem er bei der außenpolitischen Kammerdebatte am 6. Dezember die Erklärung abgab, an ein Bündnis sei zwar nicht zu denken ohne das Vorliegen bestimmter Zwecke, aber ein intimeres Verhältnis zu den Mittelmächten anzustreben sei die Absicht der Regierung. Auch kleidete er ihn in die denkbar höfliche Form, keinen Zweifel zu hegen, daß Bismarcks Ausführungen durchaus freundliche Gefühle für Italien zugrunde lägen. Umgehend bejahte dies der Kanzler telegraphisch (8. Dezember): „*Ich bitte Minister Mancini zu versichern, daß seine Auffassung meiner politischen Äußerungen mit der meinigen übereinstimmt und ich ihm für seine Aussprache danke. Wenn ich unseren Parlamenten die Gefahren schildere, welchen das monarchische Prinzip durch Übertreibung parlamentarischer Ansprüche ausgesetzt sein kann, so liegt darin kein Widerspruch gegen die freundschaftlichen Gesinnungen, welche wir für Italien, und die aufrichtigen Wünsche, welche wir für die der unsrigen befreundete Dynastie hegen.*"

Saint-Vallier irrte sich also sehr, wenn er noch immer fest an den „dégoût" Bismarcks gegen Italien glaubte[51]); richtig aber sah er, wenn er als Folge einer Deutschland beunruhigenden französischen Politik prophezeite, daß Bismarck den italienischen Avancen entsprechen werde: „les rapports avec Paris décideront de ceux qu'on aura avec Rome". Nur war das, was er unter Umständen glaubte für die Zukunft befürchten zu müssen, wenigstens teilweise bereits zur Wirklichkeit geworden.

Einen eigentlichen Garantievertrag allerdings, der für Österreich aus Rücksicht auf den Papst nicht möglich gewesen wäre und Deutschlands eigenes Verhältnis zu diesem schwer belastet hätte, hielt Bismarck auch jetzt nicht für angebracht[52]). Als aber Leo XIII. in seiner Weihnachtsansprache die römische Frage in aller Form öffentlich aufrollte und den gegenwärtigen Zustand durchaus unverträglich mit der Freiheit und Würde des Heiligen Stuhles nannte, so daß das Anlehnungsbedürfnis Italiens gesteigert und infolgedessen neue Fühlungnahme mit den Mittelmächten zu erwarten war, riet der Kanzler in Wien Entgegenkommen zu beweisen, es jedoch an die Herstellung eines modus vivendi mit der Kurie zu knüpfen und die Übernahme von Pflichten seitens der Mittelmächte ausdrücklich an die Dauer

des vertraglichen Verhältnisses zu Rußland zu binden. Denn „solange unsre Beziehungen zu Rußland gesichert sind, könnten wir auch Italien Deckung gewähren, ohne für seine Händel den Degen ziehen zu müssen“[53]).

Bismarck hat also die Besorgnisse der Italiener hinsichtlich der römischen Frage für seine Zwecke ausgenützt. Die Taktik aber, die er den Österreichern anriet, beweist, daß es ihm nicht auf Eile ankam. Denn daß ein Einvernehmen mit dem Vatikan für den Quirinal nicht von heute auf morgen zu haben sein würde, lag auf der Hand. Stellte Bismarck diese Vorbedingung, so steckte dahinter der Wunsch nach weiterem Zeitgewinn, um die Dinge in Ruhe heranreifen zu lassen.

Mancini indessen, dem ja diese geheimen Erwägungen, die ihn aufs äußerste erschreckt hätten, unbekannt waren, ist durch den Anspruch Leos XIII. tief beeindruckt worden und setzte sich mit Hilfe dieses Argumentes im Ministerrat durch. Auf den Plan des Garantievertrags allerdings verzichtete auch er in der Erkenntnis, daß er nicht zu haben wäre. Aber mit Zustimmung des Kabinetts teilte der König den Botschaftern in Wien und Berlin den Entschluß mit, sich „abgesehen von einzelnen Fragen“ den Mittelmächten anzuschließen[54]). Die grundsätzliche Entscheidung war damit gefallen, die Detailverhandlungen über das Bündnis konnten beginnen.

7. Trübung mit Rußland

Gegenüber dem mißglückten Wiener Besuch war also ein beträchtlicher Fortschritt erzielt, und er fiel doppelt ins Gewicht, weil, seitdem Frankreichs Wiedereinlenken in die Revanchepolitik möglich erschien, alsbald in Rußland abermals Stimmen laut wurden, die den Anschluß an Gambetta gegen die Mittelmächte befürworteten. Schon im Oktober hatte der Geschäftsträger Graf Redern festgestellt (18. Oktober), Ignatiews wachsender Einfluß zeige sich in Presseangriffen auf Giers, den Berliner Kongreß und Österreichs Orientpolitik[55]). Bei seiner Rückkehr auf seinen Posten überzeugte sich Schweinitz zwar, daß die Betrauung des Generals mit Gortschakows Nachfolge nicht zu befürchten war — in seinen Denkwürdigkeiten[56]) ist erzählt, der Zar habe Ignatiew damals sagen lassen, er solle sich keine Hoffnung auf das Außenministerium machen —, aber auch er mußte berichten (11. November), die Zeitungen erhöben immer wieder den Ruf nach einem durch Abstammung und Gesinnung echt russischen Außenminister, wendeten sich also gegen Giers, was Kaiser Wilhelm zu dem Marginal veranlaßte: „*Giers wäre für uns nie zu ersetzen.*" Hinzu kam noch eine leidenschaftliche Preßkampagne gegen Österreich, zunächst aus Anlaß von König Humberts Besuch, dann wegen seines steigenden Einflusses in Belgrad. Seit Gambettas Machtübernahme richteten sich die Angriffe aber auch gegen Deutschland, die angebliche Wehrlosigkeit der Westgrenze wurde beklagt. So kam Schweinitz zu dem Uretil, Ignatiew sei „*als Minister des Innern schädlicher, als er als Minister des Äußern sein könnte, denn als solcher müßte er die vom Kaiser vorgezeichnete Politik befolgen, während er dieselbe jetzt agitatorisch bekämpft*". „*Unbehagen und Unsicherheit*", schrieb er ein andermal (30. November), seien die mildesten Ausdrücke für die in Rußland herrschende Stimmung. Das war ein besorgniserregender Zustand. Der Zar stand zwar einwandfrei zu der eingegangenen Verpflichtung, aber würde er die Kraft besitzen, seinen Willen gegen so viele Widerstände durchzuzwingen?

Dem schlimmen Eindruck, den solche Zweifel in Berlin hervorrufen mußten, entgegenzuwirken, war Giers sichtlich bemüht. Den herzlichen Ton, den er seit Danzig gegen die deutschen Vertreter anschlug, behielt er bei, so hat er z. B. es als unbegreiflich bezeichnet — wie das übrigens auch Gam-

betta getan hat —, daß der Reichstag der Arbeit des Kanzlers am inneren Ausbau des Reiches so unendliche Schwierigkeiten bereitete; es sei peinlich, schrieb er an Saburow (2. Dezember), und dieser legte den Brief dem Auswärtigen Amt vor, „*de voir cet homme éminent qui a tant fait pour son pays aux prises avec les passions mesquines des partis*". Sehr viel wichtiger aber war, daß er sich auch nach außen, obgleich der Vertrag natürlich nicht erwähnt werden durfte, auf die Dreikaisergemeinschaft festlegte. Am 22. Dezember brachte der Regierungsanzeiger, also das offizielle Organ, einen Artikel über die internationale Lage. Nach Bezugnahme auf Kaiser Wilhelms Thronrede vom 17. November, in der er ausgesprochen hatte, in keinem der vergangenen zehn Jahre mit solchem Vertrauen auf die Fortdauer des Friedens in die Zukunft geblickt zu haben wie in dem gegenwärtigen, wurde festgestellt, daß im Augenblick nicht die geringste ernstliche Gefahr bestehe: „Die Annäherung Deutschlands an Rußland und Österreich hat somit durchaus keinen Einfluß auf seine guten Beziehungen zu den andern europäischen Mächten gehabt, und die Befestigung der freundschaftlichen Beziehungen zwischen Rußland, Deutschland und Österreich kann daher auch keinesfalls ungünstig auf das Einvernehmen wirken, welches auf Gladstones Initiative zwischen sämtlichen Großmächten zustande gekommen ist und dessen Aufrechterhaltung anscheinend auch in der festen Absicht der andern Regierungen liegt." Amtlich wurden also die Argumente der Panslawisten entkräftet.

Ernstliche Gefahr für den Frieden bestand im Augenblick in der Tat nicht. So rosig jedoch, wie die deutschen und russischen Verlautbarungen erscheinen ließen, war die Lage keineswegs. Denn genau wie in Rußland selbst die Opposition gegen die offizielle Politik fortdauerte, machte sich auf dem Balkan der Widerspruch zwischen dieser und den Taten der russischen Agenten fühlbar, und deren panslawistisches Treiben mußte in Österreich mit tiefer Sorge betrachtet werden. Besonders deutlich trat es in Bulgarien zutage. Wir hatten zu verfolgen, daß der Sieg des Fürsten Alexander bei seinem energischen Durchgriff die Zufriedenheit der drei Kaiserhöfe erregte. Aber während er sich dabei auf persönlichen Befehl des Zaren des Beistandes des russischen Vertreters Hitrowo erfreut hatte, war dieser seitdem ins Lager seiner Gegner übergegangen. Der deutsche Vertreter von Braunschweig berichtete von dessen dauernder Wühlarbeit, um dem Fürsten die Anwendung der ihm erteilten Vollmachten unmöglich zu machen, und Hitrowo verstand im Zaren den Glauben zu erwecken, daß der Entschluß des Fürsten, Bulgaren an die leitenden Stellen zu berufen, gleichbedeutend sei mit außenpolitischer Wendung gegen Rußland. Infolgedessen verschlechterte sich das persönliche Verhältnis, es hat nicht wieder gutgemacht werden können. Schon zu Beginn des neuen Jahres bezeichnete der Fürst selbst seine Situation als sehr ernst[57]). Ebenso aber wuchs die Abneigung des Zaren gegen Österreich, weil er dessen Einfluß hinter dem Verhalten des Fürsten witterte.

So war trotz des Dreikaiservertrags von Bulgarien her neue Verwicklung zu erwarten. Deutschland beschränkte sich vorläufig darauf, die Dinge sorgfältig zu beobachten, und enthielt sich jeder Einmischung.

Das Bedauern aber über die neue Unruhe wurde verstärkt durch einen Konflikt Österreichs mit Rumänien. Über die zwischen ihnen vorhandenen Differenzen in der Donaufrage gebrauchte König Karl in seiner Thronrede Worte, die in Wien derart verstimmten, daß der Gesandte Graf Hoyos in einem Telegramm en clair angewiesen wurde, bis auf weiteres seine persönlichen Beziehungen zu den Ministern einzustellen[58]). Während Bismarck zunächst den Eindruck übergroßer Empfindlichkeit Österreichs hatte, stellte er sich dann ganz auf dessen Seite. Zu der Begründung, die der Außenminister Statescu für die vom König gewählte Sprache gab, das sonst die populäre Stimmung ihm ungenügenden Patriotismus vorgeworfen hätte, bemerkte er: „*Popularität auf Kosten nachbarlicher Beziehungen ist nur für sehr starke Mächte und auch für die nicht immer tunlich*", und gab in aller Form zu erkennen, daß Deutschland den österreichischen Standpunkt teile. „*Deutschland steht*", schrieb Hatzfeldt an den Gesandten Graf Wesdehlen (11. Dezember), „*bekanntlich zwischen den beiden streitenden Parteien in der Mitte und hat für beide wohlwollende Gesinnungen. Ew. pp. wissen auch, daß wir in Donauschiffahrtsfragen manche und nicht immer ganz befriedigende Verhandlungen mit der österreich-ungarischen Regierung haben und daher in den tatsächlichen Fragen vorläufig kaum Grund haben können, parteiisch zu sein. Die rumänische Regierung hat jedoch für die Wahrung ihres Standpunktes eine Form gewählt, welche im Munde eines Souveräns beinahe einem Schlag an den Degen gleichkommt und sich nur als Ausdruck vollständiger Gleichgültigkeit bezüglich der Fortdauer diplomatischer Beziehungen zur österreichisch-ungarischen Monarchie erklären läßt und letztere mit Recht verstimmt hat.*"

Das deutliche Eintreten für Österreich war nicht nur veranlaßt durch den alten Wunsch, dessen Balkanstellung innerhalb der Rußland erträglichen Grenzen möglichst stark zu machen, sondern auch durch den, dem neuen österreichischen Außenminister gleich zu Beginn seiner Amtstätigkeit den Nutzen des Bündnisses mit Deutschland handgreiflich zu beweisen. Dem Grafen Kálnoky wurde in manchen politischen Kreisen Berlins einige Skepsis entgegengebracht, Holstein ging so weit, ihn geradezu als „*Preußenfeind*" zu bezeichnen[59]). Hierin lag zweifellos eine — bei Holstein nicht überraschende — Übertreibung, richtig aber war, daß Kálnoky früher, bis zu seiner Ernennung zum Botschafter in Rußland, sich ganz in Andrássys Sinne für den Anschluß an England und deswegen gegen die Erneuerung des Dreikaiserbündnisses eingesetzt hatte. Dann aber hat er in Petersburg, wohl unter dem Eindruck von Gladstones antiösterreichischer Politik einerseits und der Ehrlichkeit des Giersschen Verständigungswillens andrerseits, sich derart gut mit den Russen gestellt, daß Giers[60]) seine Ernennung zum Mi-

nister als „*indice d'un désir de conciliation*" bezeichnete, Aus dem Saulus war ein Paulus geworden, und daß erst recht von Deutschfeindlichkeit keine Rede sein konnte, betonte er, indem er seinen Weg von Petersburg zum Amtsantritt in Wien über Berlin nahm und hier am 7. Dezember eine programmatische Aussprache mit Bismarck hatte. In unsern Akten ist nichts Näheres über sie enthalten[61]), offenbar ist sie zu beiderseitiger Befriedigung, ohne erhebliches Neues zu bringen, verlaufen.

Immerhin war es nützlich, dem Minister praktische Beweise von Deutschlands gutem Willen zu liefern, und so hat Bismarck sich energisch gegen Rumänien eingesetzt. Um es zu raschem Nachgeben zu bringen, war er sogar willens, seinen Druck noch zu verstärken. Wenn Österreich es wünsche, erklärte er sich bereit (19. Dezember), auf einen Ministerwechsel in Bukarest hinzuwirken. Dies jedoch erwies sich als unnötig. Denn Rumänien sprach in einer sehr entgegenkommenden Note sein Bedauern in Wien aus, wodurch der Zwischenfall sein gütliches Ende fand.

In dem Augenblick also, wo der geringe Grad der Verläßlichkeit auf Rußland erneut zutage getreten war, hat Bismarck sich bemüht, der österreichischen Balkanstellung drohende Schwierigkeiten auszuräumen. Auch diesmal war sein Gesichtspunkt dabei, je stärker Österreich dastehe, ohne auf das überzugreifen, was Rußland als eigne Einflußzone ansah, um so bessere Gründe würden in Petersburg für das Festhalten an versöhnlicher Politik sprechen.

8. Türkische Bitte um Beistand

Hatte Österreich hier zu spüren bekommen, wie sehr ihm auf dem Balkan der feste Zusammenhalt des Zweibundes zustatten kam, so erlebte es das gleiche in seinen Beziehungen zur Türkei. Die Einführung des Wehrgesetzes in Bosnien und der Herzegowina — ein Schritt, der übrigens von Bismarck mißbilligt wurde, weil die aus der gemischten Bevölkerung gebildeten Truppen nicht so bald zuverlässig sein würden — führte nicht nur dort zum Aufstand, sondern erregte auch im Sultan den alten Groll über den Verlust der Provinzen, so daß der türkische Botschafter in Wien gegen sie vorstellig wurde[62]). Gleichzeitig jedoch war Abdul Hamid sich darüber klar, daß er es sich bei den mit Sicherheit von Ägypten her vorauszusehenden Verwicklungen, bei denen er schärfstem Druck von seiten der Westmächte ausgesetzt sein würde, nicht leisten könnte, die Gegnerschaft auch der Mittelmächte herauszufordern. So entschloß er sich zu einem neuen Versuch, Deutschlands Beistand zu gewinnen. Er entsandte, um „*Rat und Unterstützung Deutschlands zu erbitten*", den Marschall Ali Nizami Pascha nach Berlin und gab ihm als Begleiter und eigentlichen Unterhändler den Mann seines Vertrauens, seinen Privatsekretär Reschid Bey mit. Der Plan wurde dem Geschäftsträger von Hirschfeld angekündigt mit der Begründung, „*nous n'espérons notre salut que de l'Allemagne*", gleichzeitig wurde die Bitte um Überlassung weiterer Beamter ausgesprochen, die Türkei sei bereit, Deutsche zum Zwecke der Reform an die Spitze aller Verwaltungszweige zu stellen[63]).

Damit erhob sich vor Bismarck die Notwendigkeit erneuten grundsätzlichen Entscheides, ob seine Stellungnahme zu den orientalischen Fragen für den Preis des engen türkischen Anschlusses abzuändern sei. Die Wichtigkeit der Mission wurde auch überall erkannt, und es war wenig günstig für die türkischen Hoffnungen, daß die allgemeine Aufmerksamkeit sich ihr zuwandte. Um ihren Erfolg zu verhindern, schrieb die „Times" am 8. Dezember, Reschid wolle in Berlin feststellen, ob infolge Gambettas Ministerpräsidentschaft der Krieg zwischen Deutschland und Frankreich bevorstehe, in diesem Falle solle er Bismarck gegen den Rückgewinn von Tunis und Algier ein Bündnis anbieten. Das war ein geschickter Schachzug, weil auf diese Weise sowohl gegen Deutschland wie gegen die Türkei das Mißtrauen der Franzosen gestärkt und ihre Bereitwilligkeit zu gemeinsamem Vorgehen

mit England in Ägypten gefördert wurde, und weil er andrerseits die Verhandlungsposition der Türken in Berlin von vornherein verschlechterte. Denn zeigte ihnen Deutschland jetzt Entgegenkommen, so setzte es sich dem Verdacht aus, auch solchen Plänen Abdul Hamids Gehör zu schenken, die den europäischen Frieden schwer gefährdeten.

Hätte Bismarck also irgendwelche Neigung besessen, sich mit den Türken einzulassen, dann war dies nunmehr noch bedenklicher geworden. Und der Sultan selbst tat das seine, um sie herabzustimmen, indem er sich, bevor Bismarck die Gesandten überhaupt gesehen hatte, den Anschein gab, des günstigen Ausgangs gewiß zu sein. Die Zeit der Demütigungen sei vorüber, erklärte er; gestützt auf die Freundschaft eines mächtigen Reiches blicke er wieder hoffnungsvoll in die Zukunft[64]). Derart hochgespannte Erwartung konnte sich nicht erfüllen, wenn Deutschland nicht seine ganze Politik umgestalten sollte.

Daran jedoch hat Bismarck keinen Augenblick, auch nicht vor dem Erscheinen des „Times"-Artikels gedacht. Der Bescheid, der den Abgesandten deshalb in Berlin wurde, ließ an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig, daß das Reich für ein Offensivbündnis nicht zu haben sei, trotz allen Wunsches freundschaftlichen Zusammengehens mit der Türkei. Reschid hütete sich allerdings, als zunächst Hatzfeldt ihn am 15. Dezember empfing, mit der Tür ins Haus zu fallen, von antifranzösischen Absichten sagte er kein Wort. Aber sich ausdrücklich auf Abdul Hamids Befehl berufend, entwickelte er das Programm eines „*rapprochement plus intime*", also einer Art genereller Allianz. „*Ich erwiderte ihm*", schrieb der Staatssekretär in seiner Aufzeichnung über das Gespräch, „*Allianzen seien, wie ich ihm dies früher schon mehrfach gesagt, überhaupt unserer Neigung entgegen, da der Herr Reichskanzler die Auffassung habe, daß die Dauer eines Einverständnisses, mit oder ohne Bündnis, gleichbedeutend sei mit der Dauer der gemeinsamen Interessen. Deutschland sei der Vertreter des Friedens in Europa. Wir seien besonders gut Freund mit einigen Staaten, welche gleich uns eine friedliche, erhaltende Politik trieben, auf welcher unser Einfluß in Europa zum großen Teil beruhe. Das beste Mittel für die Türkei, um mit uns gut zu stehen, würde sein, l'ami de nos amis zu werden.*" Reschid verstand vollkommen, worauf es Hatzfeldt hierbei in erster Linie ankam; er gab die Zusage, Österreich Entgegenkommen zu beweisen.

Genau im gleichen Sinne hat dann der Reichskanzler selbst zu den Türken gesprochen. Wie entscheidend wichtig für die allgemeinen politischen Zusammenhänge er die Angelegenheit ansah, geht daraus hervor, daß er eine ungewöhnlich eingehende Aufzeichnung über die Unterredung zu den Akten gegeben hat[65]). Danach hat er, ebenfalls in höflichster Form, mit aller Deutlichkeit erklärt, daß die Türkei für keine den Frieden bedrohende Unternehmung auf deutschen Beistand rechnen dürfe. Insofern ist er über Hatzfeldt hinausgegangen, als er von sich aus, ohne den Türken Gelegenheit zur

Initiative zu lassen, das deutsch-französische Verhältnis anschnitt und den festen Entschluß kundgab, „keine, auch keine anscheinend günstige Gelegenheit zu benutzen, um aggressiv gegen Frankreich vorzugehen". Es genügte ihm aber nicht, dies den Türken selbst auszusprechen; um die Wirkung des „Times"-Artikels zu durchkreuzen, wurde es auch alsbald Hohenlohe zur Verwertung am Quai d'Orsay mitgeteilt und zur Entlastung der Türken, entsprechend dem wirklichen Verlauf, dabei betont, daß sie keine Bitte um Beistand in Nordafrika ausgesprochen hätten: „*Sollte sie aber auch beabsichtigt gewesen sein, wofür kein Anhaltspunkt vorliegt, so hat der Reichskanzler dies von vornherein abgeschnitten. Er hat die türkischen Abgesandten aus eigener Initiative darüber aufgeklärt, daß Deutschland kein Interesse an nordafrikanischen Territorialfragen habe, daß wir von Seiten Frankreichs Ruhe brauchen und wünschen und daher in keinem Falle die Pforte in etwaigen Bestrebungen zur Wiedergewinnung von Tunis unterstützen könnten. Auch darauf hat Seine Durchlaucht hingewiesen, daß der Argwohn der Pforte in Bezug auf etwaige französische Absichten gegen Tripolis ihm ganz unbegründet erscheine*"[66]). Gambetta hat diesen Schritt Hohenlohes „très charactéristique" genannt und im übrigen der Versicherung, daß Bismarck den Türken nicht die Gelegenheit geboten habe ihre Bitte auszusprechen, keinen rechten Glauben geschenkt[67]).

Zuviel jedoch hing davon ab, die Pforte in den kommenden Verwicklungen nicht zum Gegner zu haben, um die Abgesandten mit bloß negativem Bescheid enttäuscht nach Hause zu schicken. Hatte schon Hatzfeldt neben seiner Warnung vor Angriffsplänen den positiven Rat erteilt, sich mit Deutschlands Freunden zu befreunden, so hieb Bismarck in die gleiche Kerbe. Er riet, hinsichtlich der durch den Berliner Kongreß verlorenen Gebiete „*de faire le deuil du passé*". „*In Bezug auf Österreich*", fährt seine Aufzeichnung vom 22. Dezember fort, „*riet ich, diesem nächsten Nachbarlande der Pforte den Besitzstand auf der Basis des Berliner Kongresses nicht zu beunruhigen und die gute Nachbarschaft nach Möglichkeit zu pflegen. Auch in Betreff Rußlands stände meine Überzeugung fest, daß der Kaiser zu einer Politik des Friedens auch der Pforte gegenüber entschlossen sei und daß auch nach dieser Richtung hin Befürchtungen der Pforte vor Gewalttaten unbegründet seien.*" Bismarcks Darlegungen sind also von dem Bestreben geleitet gewesen, den Boden für die erhoffte Ausdehnung des Dreikaiservertrags auf die Türkei zu bereiten, und es ist bezeichnend für seine Gesamtpolitik, daß sich dieser Versuch vereinigen ließ mit dem scharfen Hinweis auf die Notwendigkeit des Verzichtes auf aggressives Vorgehen gegen Frankreich.

Aber noch weiter ging der Kanzler, um klarzumachen, daß der Vorteil der Türkei in aufrichtigem Friedenswillen liege. Auch über Englands Absichten suchte er sie zu beruhigen, als sich das Gespräch Ägypten zuwandte, also dem Punkt, um dessentwillen die Mission eigentlich gekommen war:

„Auf die Besorgnisse der türkischen Herren bezüglich Ägyptens suchte ich sie zu überzeugen, daß Englands Interesse auf Erhaltung des status quo am Kanal von Suez ebenso wie am Bosporus gerichtet sei und daß die englische Politik das Interesse habe, eine für die Engländer ungefährliche Macht wie die Pforte im Besitz der Schlüssel zu diesen großen Seewegen zu erhalten, und daß die Erhaltung des freien Verkehrs im Suezkanal in dem Maße, wie England desselben bedürfe, durch Konsolidierung der türkischen Macht in ihrem jetzigen Bestande am wirksamsten gesichert sei. Selbst der direkte englische Besitz würde wegen der Größe und Isolierung der Streitkräfte, welche England alsdann dort unterhalten müßte, keine Vorzüge gegen den status quo bieten. England habe deshalb ein Interesse an Erhaltung der türkischen Macht und werde zu Gewaltmaßregeln in Ägypten sicherlich nur dann schreiten, wenn es durch solche die Okkupation Ägyptens durch eine dritte Macht zu hindern genötigt wäre. Die Pforte habe deshalb keinen Grund zu Mißtrauen in die englische Politik. Allerdings vermöchte ich die Äußerungen dieser Politik in zwei Fällen mit den Interessen Englands nicht in Einklang zu bringen: das eine sei die Beunruhigung der Pforte durch Forderung von Reformen; die Nützlichkeit solcher Reformen in der Richtung der Humanität sei unsicher, ihre Schädlichkeit für die Konsolidierung der türkischen Verhältnisse aber wahrscheinlich. Der andere Fall betreffe die bisherige Abneigung Englands, die Ordnung in Ägypten, wenn sie durch Aufstände gestört würde, durch türkische Truppen wiederherstellen zu lassen. In der ersten dieser beiden Fragen seien englische Humanitätsbestrebungen ohne Zweifel maßgebend, in der zweiten das Bedürfnis, mit Frankreich im Einverständnis zu bleiben; aber von feindlichen Intentionen gegen die Pforte sei meiner Überzeugung nach das Verhalten Englands in keinem von beiden Fällen eingegeben."

Die Auffassung, die Bismarck hier hinsichtlich der inneren Reformen, d. h. der armenischen Frage entwickelte, hatte er schon längst England gegenüber vertreten. Als während der Verhandlungen über die griechische Grenze im Januar 1881 und dann wieder im Juni nach deren Abschluß das britische Kabinett einen Schritt zugunsten der leidenden Armenier anregte, hatte er sich zwar bereit erklärt, alles mitzumachen, worauf sich die andern einigten, jedoch abgelehnt selbst einen Druck auszuüben, denn, wie es in einem Erlaß an den damaligen Geschäftsträger in Konstantinopel Graf Radolinski (10. März) heißt: *„Wir können nicht wünschen, künstlich herbeigeführte Interessen an Verhältnissen, die uns an sich fernliegen, entstehen zu sehen, und sind nicht dazu berufen, über Armenien eine Art Protektorat auszuüben oder uns an einem solchen zu beteiligen"*. Erst recht dem Gedanken an internationale Zwangsmaßregeln stand er nach den bei Dulcigno gemachten Erfahrungen kritisch gegenüber: *„wir wollen keine Spielverderber sein, aber auch keine Zeche bezahlen"*[68]). Jetzt aufs neue bestätigt zu erhalten, daß Deutschland ihnen wegen Armenien keine Unannehmlichkeiten bereiten werde, war von hohem Wert für die Türken, und ebenso konnten sie sich

freuen, ihr Recht auf Mitwirken in Ägypten bestätigt zu hören. Für das Urteil über Bismarcks Politik aber ist wichtig, daß seine Bemühungen um friedlichen Ausgleich außer seinen Vertragspartnern und Frankreich auch England ausdrücklich und besonders ausführlich miteinbezogen. Daß er die britische Außenpolitik in vollem Umfang billigen würde, war, wie er nun einmal über sie dachte, nicht zu erwarten; vor allem mit dem, was er über die türkische Intervention gesagt hatte, widersprach er den Absichten der Westmächte. Aber die Grundtendenz seiner Ausführungen war geeignet, den Türken die Lust zu gefährlichen Abenteuern zu nehmen und ihr Mißtrauen herabzudrücken.

Hierfür das Ohr des Sultans zu gewinnen, darauf durfte Bismarck um so eher rechnen, weil er auf der andern Seite die Kritik, die er an der englischen Politik vor den türkischen Abgesandten übte, ebenso wie er es früher in der armenischen Frage getan hatte, ganz offen in London zur Kenntnis brachte. Vortreffliche Gelegenheit hierzu bot ihm die Ernennung seines Sohnes Herbert zum Legationsrat bei der Londoner Botschaft Ende November, durch die eine viel bessere Möglichkeit unauffälliger Fühlungnahme hergestellt wurde, als sie bisher bei dem persönlich kühlen Verhältnis zwischen dem Reichskanzler und Graf Münster bestanden hatte, und an solcher engeren Fühlung mußte Bismarck, seitdem Gambetta Frankreich regierte, wieder mehr gelegen sein. Graf Herberts Entsendung war von der französischen Presse als Sensation aufgebauscht worden, er komme, hatte das dem Ministerpräsidenten nahestehende Blatt „Paris" geschrieben, mit dem Auftrag, Ägypten den Engländern anzubieten als Zankapfel mit Frankreich, was dann von Blowitz in der „Times" fortgeführt wurde, besonderer Mission habe es gar nicht bedurft, da Bismarck schon seit Jahren England zu überreden suche, sich Ägyptens zu bemächtigen. Das war bis zu einem gewissen Grade tatsächlich der Fall gewesen vor dem Berliner Kongreß, solange Bismarck in der Aufteilung der Türkei die Rettung für den Frieden Europas erblickte; seither jedoch entbehrte es jeder Begründung, da Bismarck sich zum Leitstern machte, den status quo im Orient nicht zu stören. Von derartigem Auftrag an seinen Sohn ist denn auch faktisch nicht die Rede gewesen, aber Granville benutzte dessen Besuch auf Walmer Castle, um ihm eingehend seine Sorgen darzulegen. Neue Unruhen in Ägypten, meinte er, könnten England in Konflikt mit Frankreich bringen, und fuhr fort[69]): *„Ich weiß augenblicklich wirklich nicht, was für England im Hinblick auf Ägypten die richtige Politik sein würde, und wäre sehr dankbar, wenn Sie Ihren Vater gesprächsweise (in your conversations) fragen wollten, ob er uns nicht einen Wink geben wollte (if he would not give us any hint), wie wir in dieser Sache am besten verfahren würden. Wir wünschen nichts sehnlicher als uns einer deutschen Führung in der ägyptischen Frage anzuschließen und would support anything was Ihr Vater uns vorschlagen würde"*. Abermals also unternahm Granville den

Versuch, Deutschland aus seiner ihm unheimlichen Reserve herauszulocken und es zu führender Rolle im Orient zu bewegen.

Aber die Erfahrungen, die Bismarck gemacht hatte, als er auf englischen Wunsch in der griechischen Frage seinen Rat erteilte, waren nicht ermutigend. Graf Herbert antwortete deshalb mit größter Vorsicht, sein Vater werde sich durch diesen Beweis von Lord Granvilles Vertrauen gewiß hoch geehrt fühlen, „*so viel ich mich aber entsänne, glaubte ich von Dir gehört zu haben, daß der jetzige Stand der Dinge für Deutschland um so annehmbarer sei, als die englisch-französische Kontrolle in Ägypten ja ganz gut funktioniere und doch seit ihrem Bestehen entschieden schon Ordnung geschaffen habe*". „*Mein Gesamteindruck war*", so schließt der Brief, „*daß Granville'n in der entente mit Frankreich und der Isolierung von den Kaisermächten unheimlich wird, daß er keine Richtschnur für seine orientalische Politik finden kann und deshalb wirklich optima fide seine naive Bitte ausgesprochen hat, Du möchtest ihm doch irgendeinen Wink geben.*"

Rein persönlich, nicht amtlich war dieser Wunsch ausgesprochen worden, und eine Antwort wurde erst erwartet, wenn Graf Bismarck auf seinem bevorstehenden Weihnachtsurlaub mit seinem Vater gesprochen haben würde. Deshalb hat der Reichskanzler in der offiziellen Unterredung, die er am 20. Dezember mit Lord Ampthill über die türkische Mission führte, keinen Bezug auf ihn genommen, aber er hat sich doch veranlaßt gesehen, ausführlich seine Ansicht über die Lage im Orient auseinanderzusetzen[70]). Nachdem er dem Botschafter einen völlig zutreffenden Bericht über sein Gespräch mit den Abgesandten gegeben hatte, fügte er hinzu, die Türkei suche Schutz gegen ihre Beschützer, die alle außer Deutschland Streifen aus ihrer Haut schneiden wollten; ihre Aufteilung aber halte er für eine so ernste Gefahr für Europa, daß er „was prepared to go to great length to keep it together". Weit ist er also in diesem Moment entfernt gewesen, die Annexion Ägyptens den Engländern anzuraten. Er wiederholte auch seine Einwände gegen die britische Politik, ergänzte sie aber hinsichtlich Armeniens noch durch das auf den Engländer besonders berechnete Argument, „to press for administrative reforms which the Turks had not the capacity to carry out, being a military nation and nothing else, was simply playing the Russian game". Weil ihm jedoch so viel daran lag, daß seine Ausführungen in London richtig wiedergegeben würden, informierte er auch die dortige Botschaft[69]) sowohl von seiner Versicherung, daß von deutsch-türkischem Bündnis nicht die Rede sei, wie von seiner Warnung, den Sultan vor den Kopf zu stoßen.

Bismarcks eingehende Aufzeichnung sowie der ungewöhnliche Raum, welcher dem Gespräch mit der türkischen Mission im diplomatischen Schriftwechsel gewidmet worden ist, sind ein sicheres Kennzeichen für die hohe Bedeutung, die ihm zukam. Und in der Tat tritt hier wie in einem

Brennspiegel zusammengefaßt zutage, auf welche Weise der Reichskanzler gedachte, die orientalischen Probleme seiner Gesamtpolitik nutzbar zu machen. Die Türkei an Deutschland, aber auch an beide andern Kaisermächte heranzuziehen, sie von gefährlicher Wendung gegen Frankreich abzuhalten, weiter die zwischen ihr und England stehenden Differenzen auszugleichen, beide Westmächte durch diese wertvolle Gefälligkeit freundlich für Deutschland zu stimmen, dies alles hat hier seinen Niederschlag gefunden. Mit Recht faßt deshalb Bismarcks Aufzeichnung vom 22. Dezember den Sinn, den er in die ganze Verhandlung gelegt hat, dahin zusammen: „*Mein Bestreben in dieser Unterhaltung ist hauptsächlich gewesen, die Pforte von Unternehmungen, die den europäischen Frieden in ihren Konsequenzen berühren könnten, abzuhalten und ihrem Mißtrauen gegen alle übrigen Mächte außer Deutschland entgegenzutreten.*" Wieder wird ebenso der friedliche wie der umfassende Charakter seiner Politik deutlich. Die Türkei sollte darauf rechnen können, von Deutschland kein unfreundliches Vorgehen gewärtigen zu müssen, aber sie sollte es ihm auch nicht unmöglich machen, zu allen Großmächten sein Verhältnis zu wahren.

Um den guten Willen Deutschlands zu beweisen, fand schließlich noch, wenn auch längst nicht in dem vom Sultan angedeuteten Umfang, die türkische Bitte um Entsendung weiterer Beamten Gehör. Die von Offizieren wurde aus den gleichen Gründen wie bisher verweigert. Bismarcks Aufzeichnung endet: „*Den weiteren Wünschen des Sultans, deutsche Beamte und Offiziere in seinen Dienst zu nehmen, habe ich entgegenkommende Behandlung zugesagt, soweit sie das Gebiet der Verwaltung sowohl im Zivil- wie im Armeedienst beträfen. Ein Bedürfnis an aktiven Offizieren und Instrukteuren für die Truppen habe ich in Abrede gestellt und erklärt, daß wir brauchbare Offiziere nicht entbehren und überhaupt aktive Offiziere nicht veranlassen könnten, fremde Kriegsdienste zu nehmen, in dieser Beziehung vielmehr etwaige Wünsche auf den Weg der Privatverhandlung verweisen müßten.*"

So kehrten die Türken, obwohl im Hauptpunkt nichts zu erreichen gewesen war, doch nicht mit leeren Händen zurück, ihr Freundschaftsangebot war nicht einfach ablehnend beschieden worden. Die Reihe von Konzessionen ist auch nicht ohne Eindruck geblieben. In der Hinsicht, die für Deutschland besonders wichtig war, haben sie tatsächlich Entgegenkommen gezeigt und sich um besseres Verhältnis zu Österreich bemüht. Zu diesem Zweck nahmen sie ihren Heimweg über Wien, und auch dort noch hat Bismarck sie unter Druck gehalten. Zunächst in denkbar freundlicher Form, indem er ihnen durch Prinz Reuß sagen ließ, wie er es früher den Italienern getan hatte, „*daß wir jede Rücksicht gegen Österreich als eine uns erwiesene Liebenswürdigkeit ansehen*"[72]); dann aber, als die Besprechung mit Kálnoky über das bosnische Wehrgesetz nicht glatt verlief, durch den scharfen Hinweis, „*daß, wenn die*

Pforte sich nicht einmal mit dem Wiener Kabinett zu stellen vermöge, sie es noch schwerer haben werde, andere Freunde zu gewinnen"[73]). Dies hat gewirkt, und als dann die Österreicher ihre frühere Versicherung, sie dächten nicht daran, über Mitrowitza hinauszugehen, „*entschieden und förmlichst*" wiederholten, also jede Absicht, den Sandschak von Nowibazar als Sprungbrett nach Saloniki zu benutzen in Abrede stellten, trat die gewünschte sich auch in der umstrittenen Eisenbahnfrage alsbald geltend machende Entspannung ein[74]).

9. Die Folgen des separaten Vorgehens der Westmächte in Ägypten

Um die Türken in diese Richtung zu drängen, hat zweifellos beigetragen, daß die beiden Westmächte in Ägypten die oberherrlichen Rechte des Sultans beiseite schoben. Auf Lord Granville zwar, so berichtete Münster (6. Januar), hatte Bismarcks Gespräch mit Lord Ampthill, sein offener Hinweis, wie schwach Englands Stellung in Konstantinopel bereits geworden sei, Eindruck gemacht; er sowohl wie der Nachfolger Goschens als Botschafter bei der Pforte, Lord Dufferin, sähen gleichfalls den früheren Einfluß als fast verloren an, vermöchten jedoch nichts auszurichten gegen Gladstone, der, während er sich sonst um die Außenpolitik wenig kümmere, in den orientalischen Dingen nichts ohne sein Wissen und Wollen geschehen lasse. Zum Ausgleich für den Verlust in Konstantinopel war der Minister bestrebt, die Stellung in Ägypten zu befestigen, nicht etwa aber durch isoliertes Vorgehen, sondern gemeinsam mit Frankreich. Schon lange drängte Gambetta, die Rechte der Westmächte dort energischer zu betonen, und er gewann seinen Freund Dilke hierfür, als dieser ihn zu Jahresbeginn in Paris aufsuchte.

So stand Englands Entschluß zu gemeinsamer Aktion mit Frankreich bereits fest, als Herbert Bismarck die vertrauliche Antwort seines Vaters auf die Bitte um einen „Wink" überbrachte[75]). Sie wiederholte in überaus freundlicher, aber auch vorsichtig verklausulierter Form hinsichtlich der allgemeinen Orientfragen die Mahnung, den Sultan zur Ruhe kommen zu lassen, und bezeichnete hinsichtlich Ägyptens, wie Graf Herbert sofort angedeutet hatte, den Fortbestand des status quo, d. h. des englisch-französischen finanziellen Kondominats, „solange er erhalten werden könne", als das für ganz Europa Ersprießlichste. Falls England einen europäischen Areopag über die Frage wünsche, würde dieser unschwer zu erreichen sein, für die britische Politik jedoch schiene er dem Reichskanzler nicht vorteilhaft. Daraus glaubte Lord Granville entnehmen zu dürfen, was er zu erfahren gewünscht hatte: Deutschland gedenke nicht seinerseits hervorzutreten und bestehe nicht darauf, in dem augenblicklichen Stande der Frage formell

gehört zu werden. So überreichten die Westmächte am 8. Januar 1882 eine Note in Kairo, daß sie die Erhaltung des Khediven auf dem Thron als alleinige Garantie für die Ordnung ansähen.

Damit verleugneten sie die in der letzten Zeit streng gewahrte Beschränkung auf das finanzielle Gebiet und erhoben den Anspruch, in den rein politischen Fragen des Landes mitzureden. Das war ein Bruch des status quo, und als glücklich gewählt erwies sich der Schritt nicht. Schon in Kairo erregte er Unzufriedenheit, der Ministerpräsident sagte dem deutschen Vertreter, England und Frankreich behandelten Ägypten „*wie ein Kind, dem man zur Verstärkung wohlgemeinter Ermahnungen die Rute zeige*"[76]). Außerdem aber verstieß das Vorgehen gegen den Teil des Bismarckschen Rates, den Sultan in Ruhe zu lassen, da in ihrer Erklärung eine unzweideutige Stellungnahme gegen einen eventuellen türkischen Eingriff lag. Die Pforte protestierte deshalb alsbald bei allen Kabinetten gegen solche „Einmischung in die inneren Verhältnisse" und fand auch Gehör. Denn nicht alle Mächte — und dies hat Bismarck zweifellos vorhergesehen, so daß sein Entgegenkommen faktisch weniger bedeutete, als es auf den ersten Blick erschien — waren gewillt ruhig zuzusehen, und ihr Eingriff veränderte die Lage auch für Deutschland.

Italien, verärgert durch das isolierte Vorgehen, regte in Wien an, es nicht stillschweigend hinzunehmen, weil darin die Anerkennung liegen würde, daß England und Frankreich schutzmächtliche Rechte über Ägypten ausübten. Die wichtigste Folgerung jedoch, welche die römische Regierung zog, bestand darin, daß sie nunmehr tatsächlich die seit Jahresbeginn im Grundsatz beschlossenen Bündnisverhandlungen mit den Mittelmächten eröffnete. Am 18. Januar fand die erste, wenn auch beiderseits mit höchster Vorsicht geführte Besprechung zwischen Kálnoky und Robilant statt[77]). Ein vielgestaltiger Komplex von Motiven hat also den italienischen Entschluß ausgelöst. Es ist keineswegs allein, wie vielfach angenommen worden ist, Tunis gewesen[78]), dazu kam die Tatsache der im Moment vollständigen Isolierung, die Sorge für die Monarchie, die römische Frage und nun auch Ägypten.

Da Italien die Hand hinstreckte, waren die Österreicher, denen das separate Vorgehen der Westmächte ebenfalls sehr unerwünscht war, erst recht geneigt, auch ihrerseits auf dem gesamteuropäischen Charakter des ägyptischen Problems zu bestehen. Graf Kálnoky legte daher in Berlin die Frage vor, ob das nicht am besten in der Form geschehe, sich dem englisch-französischen Schritt einfach anzuschließen[79]). Für Bismarck stand es nach seiner grundsätzlichen Haltung und besonders nach der Lord Granville erteilten Antwort fest, daß er die Initiative zu solchem sich faktisch gegen die Westmächte richtenden Einschreiten nicht ergreifen konnte. Aber er betrachtete deren Demarche, weil sie den status quo erschütterte, mit ernsten

Bedenken. Englands Vorgehen empfand er als „Mangel an Vorsicht, wie er in der langen Geschichte dieses Landes kaum seinesgleichen hat“[80]); dazu kam die Besorgnis, daß die augenblickliche Einigkeit zwischen beiden bald in für den allgemeinen Frieden bedrohlichen Zwist umschlagen könne. In einem späteren informatorischen Rückblick für die Botschaften in Petersburg, Wien und Rom (1. März) heißt es: „*Es lag die Besorgnis nahe, daß unter Gambettas Führung ein solches Unternehmen in seinem weiteren Verlauf das Einvernehmen der beiden Westmächte und infolgedessen den Frieden Europas gefährden könnte.*“ So willkommen es ihm war, wenn Frankreich, seitdem dessen Wendung gegen Deutschland wahrscheinlich geworden war, in Schwierigkeiten mit England geriet, wünschte er doch keinen wirklichen Konflikt. Außerdem mußte er Rücksicht nehmen auf die Wünsche der ihm nahestehenden Kabinette, in deren Kreis jetzt schon Italien einbezogen war.

Auch bei der Türkei durfte er schließlich nicht durch bloßes schweigendes Zusehen Zweifel an der soeben gegen Ali Nizami und Reschid ausgesprochenen freundschaftlichen Gesinnung erwecken. In einem Runderlaß an die diplomatischen Vertretungen (17. Januar) wurde deshalb dem Protest des Sultans „*eine gewisse Berechtigung*“ zuerkannt, weil er in erster Linie berufen sei, gegen die Störung der Ruhe einzuschreiten. Nur galt es dem vorzubeugen, daß Abdul Hamid sich Hoffnungen hingäbe, Deutschland würde nun doch den Beistand gewähren, den es soeben abgeschlagen hatte. Darum wurde der Runderlaß in Konstantinopel ausdrücklich dahin erläutert, eine solche Aussicht bestehe nicht; es würde eine Gefahr für den allgemeinen Frieden sein, wenn die Türkei die Anerkennung ihres Rechts als Hilfsversprechen auslege und deshalb „*die Notwendigkeit ihres Eingreifens, wenn auch nicht provoziere, so doch vergrößere*“[81]). Waren einerseits die Engländer ermahnt worden, den Sultan zur Ruhe kommen zu lassen, so jetzt andrerseits erneut der Sultan, die Ruhe nicht zu stören.

Insbesondere aber mußte Bismarck daran gelegen sein, daß die drei Kaisermächte im Gleichschritt blieben. Deshalb hatte er nach der auf italienischen Anstoß erfolgten österreichischen Anfrage die russische Stellungnahme erkundet, ehe er selbst sich äußerte. „*Hauptsache bleibt Übereinstimmung in Haltung der drei Höfe in Konstantinopel*“, lautet ein Marginal vom 21. Januar, und ein anderes zu einem Bericht des Prinzen Reuß vom 23., Wien hoffe auf Deutschlands Einverständnis nichts zu tun, was die Westmächte verletzen könnte: „*gewiß, aber die Übereinstimmung der drei Kaiserhöfe zu konstatieren ist noch wichtiger*“. Dieser Bericht läßt die große Vorsicht der österreichischen Politik erkennen, die sich zwar in Ägypten nicht ausschalten lassen, aber einen Konflikt vermeiden wollte. Sie bewegte sich also auf derselben Linie wie Bismarck, und zu dessen Freude taten das auch die Russen. Petersburg und Wien einigten sich direkt auf die gemeinsame Erklärung in

Konstantinopel, ihr Wunsch gehe auf Erhaltung des status quo; abgeändert dürfe er werden nur durch eine „*entente entre les grandes puissances et la puissance suzeraine*". Dem trat Bismarck alsbald bei, und auch Italien schloß sich dem Schritt an, der am 2. Februar bei der Pforte erfolgte. Der „europäische Areopag" hat sich also doch konstituiert, England und Frankreich mußten sich überzeugen, daß sie nicht einseitig das ägyptische Problem würden lösen können und daß ihr separates Vorgehen das äußerst unerwünschte Ergebnis gehabt hatte, die vier anderen zusammenzuschweißen. Daß die englischen Staatsmänner dies nicht vorhergesehen hatten, erhöhte nicht Bismarcks Achtung vor ihrer politischen Weisheit[82]).

Angesichts des Widerspruches zwischen dem Ergebnis und den gehegten Erwartungen lockerte sich die eigene Einigkeit der Westmächte. In Frankreich verstärkte die Sorge, durch Ägypten mit den kontinentalen Ländern in Konflikt zu geraten, die bittere innerpolitische Feindschaft gegen Gambetta. Beide gemeinsam führten am 26. Januar zu seinem Sturz, aufs neue übernahm Freycinet die Leitung. So hatte sich Barthélemys Prophezeihung bestätigt, nur wenig mehr als zwei Monate hatte Gambettas Herrlichkeit gedauert. Wenn Bismarck es auch peinlich vermieden hatte, sich offen gegen ihn zu wenden, war doch sein Ausscheiden beruhigend. Jetzt konnte, obgleich zu übertriebenem Optimismus auch Freycinets Persönlichkeit keinen Anlaß bot, wieder eher auf ein befriedigendes Verhältnis gerechnet werden, in der Art wie es in den letzten Jahren vor Gambettas Machtantritt bestanden hatte. Die freundlichen Empfindungen, die Bismarck dem neuen Kabinett entgegenbrachte, gelangten alsbald zum Ausdruck in der Weisung an Hohenlohe (1. Februar), noch einmal zu versichern, daß die türkische Mission in Berlin kein Bündnis angeboten habe, und Freycinet bekannte sich als Antwort zu der Absicht, zwar die Entente mit England zu wahren, aber nicht über sie die Gegnerschaft der anderen Mächte zu riskieren[83]).

Genau das gleiche aber wollte Lord Granville. Für ihn ist Gambettas Sturz eine „*unangenehme Überraschung*" gewesen[84]), da er die Aussicht auf das Gelingen der Handelsvertragsverhandlungen verschlechterte. Jedoch er wußte alsbald gute Miene zum bösen Spiel zu machen. Zu Herbert Bismarck äußerte er: „*Gambetta war für mich nicht durchsichtig, er hat mit auswärtigen Dingen nie zu tun gehabt, ist mehr Parlamentarier als Staatsmann und hatte als Minister nicht das Vertrauen der Mächte. Freycinet ist vorsichtig und in wirklichen Geschäften bewandert, er wird eine Krisis in Ägypten zu verhindern verstehen*"[85]). Da er wußte, daß dem neuen französischen Premierminister angesichts der Einigkeit des übrigen Kontinents unheimlich zu Mute war und daß infolgedessen von ihm nicht die Beibehaltung des von seinem Vorgänger inaugurierten isolierten Vorgehens der Westmächte erwartet werden durfte, kam er ihm zuvor, indem er am 6. Februar den Kabinetten einen

Meinungsaustausch über Ägypten vorschlug: falls sich eine Intervention als unumgänglich erweise, solle sie im Namen ganz Europas geschehen und der Sultan an ihr beteiligt werden[86]). Damit erkannte er den von den vier Mächten in ihrer Konstantinopler Note vom 2. Februar eingenommenen Standpunkt als berechtigt an und gab ihr gegen Münster eine freundliche Interpretation, sie stellte keinen Protest dar, sondern „*nur den Ausspruch einer den sachlichen und durch Verträge sanktionierten Verhältnissen entsprechenden Auffassung, die ihm in diesem Augenblick geradezu erwünscht gewesen sei, da er durchaus nicht beabsichtige, sich allein mit der französischen Regierung von den übrigen Vertragsmächten zu trennen*"[87]). Der britische Botschafter in Wien, Sir Henry Elliot, ging sogar so weit, ganz vertraulich dem Prinzen Reuß zu sagen, „*er staune über das unverdiente Glück seiner Regierung, denn wenn Gambetta am Ruder geblieben, wäre England unausbleiblich in die gefährlichsten Verwicklungen geraten*"[88]).

Den Wechsel in der britischen Politik hat Freycinet alsbald mitgemacht und ebenfalls seine Bereitwilligkeit betont, die andern Mächte nicht zu übergehen. Beide bemühten sich also, ihre Note an den Khediven nicht als Verstoß gegen das europäische Konzert erscheinen zu lassen und insbesondere sich des guten Willens Deutschlands zu versichern. Gerade jedoch weil die Entscheidung wieder in die Hände Gesamteuropas gelegt wurde, hielt Bismarck für nötig, hinter die direkt Interessierten zurückzutreten, genau wie er es in den Balkanfragen getan hatte, und sich alle Möglichkeiten offenzuhalten. Solche Notwendigkeit hat er dem deutschen Vertreter in Kairo, Generalkonsul von Saurma, energisch eingeschärft, als dieser etwas aufgeregt über die Hilflosigkeit der ägyptischen Regierung berichtete. Er ließ ihm erwidern (10. Februar), sein Interesse an der Wohlfahrt des Landes, bei welchem er akkreditiert sei, finde er natürlich: „*Jedoch gehört die Herbeiführung dieses Zustandes nicht zu den näheren politischen Aufgaben Deutschlands. Die Verwicklungen, welche in Ägypten entstehen könnten, würden wir pflichtmäßig zu verhindern suchen, aber ihnen auf Kosten unsres Friedens und unsrer Interessen entgegenzutreten, würden wir nur dann berechtigt sein, wenn die mit einem derartigen Unternehmen verknüpften Opfer nicht bedeutend größer wären als die Gefahren und Einbußen, die Deutschland dabei schlimmstenfalls zu gewärtigen hätte. Diese Vorbedingung ist noch nicht eingetreten, solange es sich nur um mögliche Hilflosigkeit der ägyptischen Regierung und um einige Unordnung im Lande handelt.*"

Von hier aus erhebt sich der Erlaß zu hoher Bedeutung für die orientalische nicht nur, sondern für die gesamte Politik Bismarcks: „*Das Bewußtsein, eine starke Großmacht zu sein, darf uns nicht verleiten, eine Prestige-Politik nach französischer Art zu treiben. Tatsächlich sind unsre kosmopolitischen oder gesamteuropäischen Interessen nicht stark genug, um uns die Führung in ägyptischen Dingen wünschen zu lassen.*

Wir können uns zuvörderst nur abwartend verhalten, um uns demnächst derjenigen Politik der mehr interessierten Großmächte anzuschließen, welche für den europäischen Frieden die wahrscheinlichste Bürgschaft bietet. Selbst eine aktive Beteiligung der europäischen Mächte an den inneren Wirren Ägyptens hat keine Aussicht, uns in erster Linie in die Aktion zu berufen. Etwaigem isolierten Vorgehen einzelner Mächte gegenüber würden wir unser Votum stets im Sinne des europäischen Vertragsrechts abzugeben haben. Die Frage aber, ob dies Votum durch Beteiligung an einer militärischen Aktion zu vervollständigen sei, hängt für uns von ganz andern Erwägungen ab als von denen, was für Ägypten, für den Orient oder für andere Großmächte nützlich und wünschenswert sei.

Wenn einer isolierten Beteiligung der Westmächte von anderen Mächten auf der Basis europäischer Verträge widersprochen würde, so würden wir uns der Aufgabe, einen berechtigten Widerspruch diplomatisch zu unterstützen, niemals entziehen. Eine direkte Gefahr für Deutschlands Interessen aber würde der Herr Reichskanzler selbst dann nicht besorgt haben, wenn in Ägypten die extremen Entschließungen des Gambettaschen Kabinetts zur Geltung gekommen wären. Ebenso würde die Gefährdung des Friedens zwischen England und Frankreich oder zwischen diesen beiden und anderen Mächten uns, wenigstens in erster Linie, nicht berühren."

Als Richtlinie seines Verhaltens wurde deshalb dem Generalkonsul vorgeschrieben, die größte Reserve zu bewahren, „*sich stets in zweiter Linie zu halten und gegenüber allen Anträgen und Zumutungen auf deutsche Beteiligung bei ägyptischen Fragen sich lediglich auf Entgegennahme ad referendum zu beschränken*".

Die großen Gesichtspunkte sind also unverändert geblieben. Überraschend wirkt nur der Satz, daß der kriegerische Konflikt zwischen England und Frankreich oder zwischen ihnen und andern Mächten Deutschland nicht oder wenigstens nicht in erster Linie berühre. Offenbar ist dies so zu erklären, daß Bismarck das Verhalten seines Untergebenen nicht vorsichtig genug fand und ihm die Notwendigkeit unbedingter Reserve so eindringlich wie nur irgend möglich klarmachen wollte. Denn sein wirkliches Urteil gibt der Satz nicht wieder, er steht vielmehr vollkommen allein, in scharfem Widerspruch zu allen sonstigen, vorherigen wie nachherigen Zeugnissen. Daß der Reichskanzler in seiner ersten Unterredung mit Saint-Valliers Nachfolger Baron de Courcel am 14. Februar[89]) die Möglichkeit eines englisch-französischen Konflikts „une perturbation désastreuse pour la prospérité du monde entier" genannt und daß er dem ihn in Berlin besuchenden Goschen versicherte, er denke nicht daran, England und Frankreich entzweien zu wollen[90]), ist als diplomatisch berechnete Äußerung selbstverständlich kein schlüssiger Beweis für seine wahre Anschauung. Aber wir haben seine einheitlich die letzten Jahre hindurch festgehaltene Stellungnahme zu diesem Problem verfolgt

und haben gesehen, wie ihm, selbst als Gambetta an der Spitze Frankreichs stand, zwar Reibereien zwischen beiden erwünscht gewesen sind, aber nicht der Krieg, und jetzt, wo sich nach dessen Sturz die Aussicht auf besseres Verhältnis zu Frankreich wieder eröffnete, sollte er umgeschwenkt sein? Das ist äußerst unwahrscheinlich, und auch sein faktisches Verhalten in der Folgezeit beweist, daß sein Ausspruch zu Courcel sein wirkliches Urteil wiedergab.

Im übrigen hat er sich gegen den Vertreter Frankreichs warm für die Unbedenklichkeit der türkischen Intervention eingesetzt und, als dieser *„eine gefährliche Verstärkung des mohammedanischen Fanatismus von Indien bis Senegal und Bosnien"* als Folge befürchtete, darauf hingewiesen, daß das Einschreiten der Türken gegen die arabische Nationalbewegung doch gerade geeignet sei, der panislamischen Entwicklung vorzubeugen. *„Jedenfalls sei von dem Sultan für die europäischen Interessen in Ägypten weniger zu befürchten als von der Herrschaft arabischer Fanatiker, denn der Sultan sei viel mehr, als jene arabische Soldateska es sein würde, auf die Mächte angewiesen und von ihrem Einfluß abhängig."* Am Ende des Gesprächs drückte der Reichskanzler noch einmal seine Freude aus, daß der Versuch isolierten Vorgehens jetzt der Vergangenheit angehöre; wüßten England und Frankreich das europäische Konzert hinter sich, so sei Ägypten ihrem eigenen Frieden nicht so gefährlich: *„Dieser europäische Areopag würde in der Lage sein, auch solche etwaigen Divergenzen, die sich aus der gemeinsamen Aktion der Westmächte für diese ergeben könnten, zu verhüten oder auszugleichen und im Sinne des allgemeinen Friedens beizulegen."*

Vergleicht man diese Äußerung zu dem Franzosen mit dem „Wink" an Granville, die Einsetzung des Areopags würde nicht in Englands Interesse liegen, so wird deutlich, daß Bismarck damals, als Deutschland Gefahr von Gambetta drohte, ganz offenbar das englische Vorgehen gewünscht hat, um Frankreich vom Rhein abzuziehen. Jetzt dagegen war er wieder, wie bei seinem ersten Eingriff in Ägypten 1879, bereit, sein Mitbestimmungsrecht dort in ausgleichendem Sinne auszuüben.

„Der Herr Reichskanzler", so schließt die Aktennotiz, *„resümierte sich dahin, daß Deutschland bereit sein werde, an einem Gedankenaustausch aller Mächte, einschließlich des Sultans, über Ägypten teilzunehmen, und daß er die obige Besprechung der Eventualitäten einer Intervention bisher als akademisch betrachte, indem der Fall nicht vorliege und hoffentlich nicht eintreten werde. Geschähe Letzteres dennoch, so würde sich in erster Linie immer die Erwägung der Rechte des Sultans aufdrängen."* Die freundschaftliche Gesinnung, die er der türkischen Mission zugesagt hatte, ist also abermals betätigt worden. Es lag nicht in seinem Wunsche, daß die ägyptische Frage über Abdul Hamids Kopf hinweg geregelt würde.

Indem die Westmächte aber den gesamteuropäischen Charakter des ägyptischen Problems erneut anerkannten, rückte wieder Berlin eindeutig in das Zentrum des diplomatischen Getriebes, und diese Stellung verstärkte sich noch erheblich, weil Italien seine bisher bloß in Wien unternommenen Versuche jetzt auch hierher ausdehnte. Keudell wurde am 31. Januar durch Baron Blanc von dem unmittelbaren Bevorstehen einer Demarche verständigt, die den Zweck haben sollte, „*die Politik Italiens durch eindeutige Erklärung zu einer bestimmten Richtung zu verpflichten, um in Zukunft Bestrebungen nach anderen Zielen nicht aufkommen zu lassen; es sei aber nicht beabsichtigt, der Kaiserlichen Regierung Übernahme irgendwelcher entgegenkommender Verpflichtung oder Zusage anzusinnen*“[91]). Der Sinn dieser Ankündigung ist schwer zu verstehen. Denn was noch am gleichen Tage Graf Launay Bismarck persönlich unterbreitete, war genau das, was Blanc in Abrede gestellt hatte, nämlich das Angebot eines Vertrags zu dritt in aller Form[92]). Keudell hat diesen Widerspruch auf bewußte Irreführung seitens Blancs zurückgeführt (26. Februar), „*um den auf Eure Durchlaucht beabsichtigten Angriff zu maskieren*“. Aber was sollte das für einen Zweck haben, wenn dieser schon gleichzeitig erfolgte? Bismarck hat jedenfalls klarstellende Schritte, die Keudell tun wollte, untersagt (2. März), „*da die Heilung des tausendjährigen Fehlers der italienischen Politik wohl nicht erreichbar und nicht unsre Aufgabe*“ sei. Er wünschte nicht durch Rekriminationen den Verlauf der Verhandlung zu stören.

Denn für diese war Launays Schritt von höchster Bedeutung. Italien brachte nun auch an Deutschland seinen Wunsch nach förmlichem Vertrag offiziell heran, und dabei verstärkte der Botschafter das Gewicht seiner Mitteilung noch durch derartiges Insistieren, daß, wie an Keudell geschrieben wurde (7. Februar), der Fürst „*einige Mühe hatte sich seiner zu erwehren*“. Vielleicht war es darauf berechnet, Klarheit zu gewinnen, wieweit das Einverständnis zwischen den Mittelmächten und Rußland reiche, wenn Launay am Schluß der Unterredung sogar von einem Anschluß an die drei Kaiserhöfe sprach. Den Gefallen, hierauf einzugehen, hat Bismarck ihm jedoch nicht getan, sondern sich streng auf Österreich beschränkt, und erst recht hat er sich versagt, als der Botschafter den Wunsch durchblicken ließ, Deutschland möge die Ausarbeitung eines Entwurfs für den abzuschließenden Vertrag übernehmen. Weil die Schwierigkeiten zwischen Österreich und Italien, nicht zwischen Deutschland und Italien standen, verwies er nach Wien, dort sei „der Schlüssel der Tür, die zu uns führt“, zu finden, und noch immer hielt er, bei aller Freude über Italiens Angebot, ein solches Maß von Zurückhaltung für angebracht, daß er den Österreichern riet, den Italienern das Aufstellen der formellen Vertragsvorlage zu überlassen[93]). Denn wenn sie das täten und es zu Verhandlungen über ihren Entwurf komme, so sei dies der beste Weg, um einwandfrei zu erkennen, was ihr eigentliches

Ziel sei. Deshalb widersprach er der Absicht Kálnokys, einen wirklichen Vertrag abzulehnen und Italien nur den faktischen Anschluß an die Friedenspolitik der Mittelmächte nahezulegen, obwohl Kaiser Wilhelm dem beitrat[94]). Aber er tat es allein aus solcher taktischen Überlegung, nicht weil er jetzt etwa entschlossen auf das Bündnis hinsteuerte. Ob ein solches vorteilhaft sein würde, stand ihm noch immer nicht fest. Diese Vorsicht hat er jedoch ausschließlich in Wien erkennen lassen, Graf Launay gegenüber hat er sich gehütet irgend etwas zu sagen, was die Italiener hätte abschrecken können. Im Gegenteil, im Gespräch mit ihm hat er die deutsche Bereitwilligkeit, sich einem zwischen Rom und Wien gefundenen Einvernehmen anzuschließen, außer allen Zweifel gesetzt, so daß nach seinem Eindruck der Botschafter ihn nicht unbefriedigt verließ, obgleich nur ein Teil seiner Hoffnungen sich erfüllt hatte.

10. Die Skobelew-Affäre

Die Aussicht auf festere Verständigung mit Italien war unter allen Umständen erfreulich, besonders aber deshalb, weil sich in den letzten Wochen die Symptome gemehrt hatten, daß auf Rußland kein sicherer Verlaß war. Ein neues Anwachsen der deutschfeindlichen Stimmen war zu verzeichnen und erforderte die gespannte Aufmerksamkeit der beiden Mittelmächte. Kaiser Franz Joseph erkannte zwar ausdrücklich an, daß die russische Politik sich absolut korrekt verhalte und sich bestrebe, die Übereinstimmung mit den Vertragspartnern zu wahren[95]); aber er verhehlte nicht sein Bedauern, daß daneben der Einfluß des geheimen, panslawistischen Rußland stehe, verkörpert in Ignatiew, der Giers in jeder Weise Schwierigkeiten bereite, und fragte, ob Bismarck nicht eine Möglichkeit sehe, dem Zaren über ihn die Augen zu öffnen. Vor einem derartigen Schritt bei Alexander III. warnte der Reichskanzler jedoch dringend (27. Januar): „*Ich habe Gelegenheit gehabt wahrzunehmen, daß derselbe als Thronfolger mit Mißfallen und Mißtrauen jedes Bemühen beobachtete, welches von unseren Vertretern gemacht wurde, um auf die Entschließungen des Kaisers direkt einzuwirken; und ich habe daher, seit er zur Regierung gekommen, alles vermieden, was wie eine deutsche Einmischung in Angelegenheiten, die nicht zur Verhandlung zwischen den beiden Regierungen standen, hätte erscheinen können. Eine Neigung zum Mißtrauen würde, fürchte ich, sich ganz besonders geltend machen, wenn unsre Einwirkung gegen einen Minister persönlich gerichtet wäre und daher zunächst als eine Einmischung in die Personalien erscheinen würde, so sehr es sich dabei auch in der Tat um materielle Dinge handelte. Es ist wohl anzunehmen, daß der Kaiser Alexander geglaubt hat, dem Grafen Ignatiew in dem Ministerium des Innern einen Wirkungskreis anzuweisen, in welchem seine gefährlichen Eigenschaften und Neigungen kein Feld finden würden.*“ Deshalb sei es besser, die Nachrichten über die gegen die Mittelmächte gerichteten Umtriebe in die Zeitungen zu bringen; der Zar lese viel, um unabhängig zu bleiben, und werde auf diese Weise unterrichtet werden. Abermals also meinte Bismarck zu dem Mittel einer sich nicht gegen Rußland, sondern den Panslawismus und Ignatiew wendenden Zeitungspolemik trotz der früher gemachten Erfahrungen greifen zu müssen.

Die Korrektheit des amtlichen Rußland trat auch hervor bei dem Besuch der besonders fanatischen Deutschenfeindin Juliette Adam in Petersburg und Moskau. Als ihr in den Salons ein demonstrativ glänzender Empfang bereitet wurde, erhielt Baron Jomini den Auftrag, „*ihr mit den liebenswürdigen und geistvollen Formen, die er in so hohem Maße besitzt, zu verstehen zu geben, daß sie in einen schweren Irrtum verfallen würde, wenn sie das politische Geschwätz, welches sie hier hört, oder die phantastischen Pläne, welche man ihr in den Aksakowschen Kreisen Moskaus entwickeln wird, ernst nehmen wollte*“[96]). Aber daß ein solcher Auftrag überhaupt erforderlich war, beleuchtete die in der Gesellschaft herrschenden Gefühle. Schlimm war, daß neben dem ganz extremen Absakow sich auch der Herausgeber der Moskauer Zeitung Katkow deutlicher gegen die Gierssche Politik wendete, da dies bei seiner engen Verbindung mit Pobjedonoszew und beider Einfluß auf Alexander III. praktische Folgen haben konnte; sein Blatt beklagte laut Gambettas Sturz, Frankreich brauche eine starke Regierung, und nur der große Tribun vermöge sie auszuüben[97]). Katkow bog also ganz in die frühere Richtung Gortschakows ein, Deutschland dadurch gefügiger zu machen, daß es sich in der Mitte zwischen Rußland und einem diesem befreundeten, kraftvollen Frankreich befinde. Daß gleichzeitig auch die Verdächtigungen gegen Bismarcks Absichten wieder einsetzten, zeigt das Beispiel des „Golos“, der einen Artikel brachte, Deutschland wolle Rußland Polen abnehmen und es zu einem Vasallenstaat unter dem König von Sachsen machen, worauf die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ (9. Februar) scharf erwiderte, es sei bedauerlich, daß dies Blatt, das in letzter Zeit — vorher war es zeitweise wegen seiner Deutschenhetze verboten gewesen — auf friedliche Sprache zurückgekommen sei, „sich von neuem auf das Gebiet der phantastischen Zeitungspolitik begeben habe“. Am ernstesten zu nehmen war aber, daß General Skobelew, der populäre Held des Krieges gegen die Turkmenen, am 26. Januar in Moskau eine kriegerische Rede hielt. Von diplomatischer Beschwerde hiergegen sah Bismarck ab und warnte auch in Wien davor, „weil von einer solchen mit Sicherheit nur ein Erfolg zu erwarten sein dürfte, als Reklame für Skobelew und Genossen zu dienen“, ließ jedoch den General in der Presse lächerlich machen[98]).

Die neue Welle der Feindseligkeit gegen die Mittelmächte war zum Teil erzeugt durch die fortdauernden Konflikte zwischen Fürst Alexander von Bulgarien und den russischen Agenten. Als sie sich derart zuspitzten, daß Battenberg sich mit der Bitte um Rat an Bismarck wandte, erging als Antwort eine ausführliche Instruktion an den Vertreter in Sofia, von Braunschweig, am 31. Januar:

„*Aus Eurer pp. Berichterstattung habe ich ersehen, in welcher Weise sich russische Beamte und Militärpersonen an den panslawistischen Anfeindungen beteiligen, denen der Fürst ausgesetzt ist. Der Tätigkeit dieser Kategorie von*

Revolutionären ist schwer entgegenzutreten, weil dieselben durch ihre Verbindungen mit Petersburg in der Lage sind, vermittels amtlicher Entstellungen der Tatsachen die Entschließungen ihres Kaiserlichen Herrn im Parteiinteresse zu beeinflussen . . . Bei der eigenartigen Natur russisch-bulgarischer Beziehungen würde schon der bloße Argwohn, als wolle eine andre europäische Macht sich zwischen beide einschieben, den Kaiser von Rußland empfindlich berühren und folglich eine schädliche Rückwirkung auf die Stellung des Fürsten Alexander ausüben. Die Beziehungen des letzteren zum Kaiser Alexander halte ich nicht durch irgendwelche spontane Absichten oder bewußte Pläne des Kaisers, sondern nur durch den Eindruck für gefährdet, welchen das Zusammenwirken übereinstimmender, wenn auch unwahrer Darstellungen bei der geschäftlichen Isolierung des Kaisers Alexander auf Seine Majestät kaum verfehlen kann. Dieser ungünstige Eindruck könnte leicht verstärkt werden durch die Dazwischenkunft einer fremden und insbesondere der deutschen Macht, mit deren Interessen, im Gegensatz zu den russischen, man alsbald das Verbleiben des Fürsten identifizieren würde.

Wenn überhaupt jemand, so ist vielleicht der Prinz Alexander von Hessen noch am besten geeignet, bei seinem Kaiserlichen Neffen die Interessen seines Sohnes persönlich zu vertreten. Noch unverfänglicher würde es sein, wenn sich die Möglichkeit böte, durch die russische Presse direkt auf den Kaiser Alexander einzuwirken. Es kann nicht schwer sein zu erfahren, welche Blätter Seine Majestät regelmäßig liest. Bekannt ist, daß der Kaiser Alexander viel liest, um sich über ihm unbekannte Vorgänge selbständig zu informieren, und man darf annehmen, daß Veröffentlichungen in russisch geschriebenen Organen über bulgarische Vorkommnisse ihre Wirkung auf den Kaiser nicht verfehlen und ein geeigneter Weg sein würden, Seiner Majestät gegenüber den tendenziösen Berichten von der Art der Hitrowoschen die Wahrheit zur Anschauung zu bringen."

Auch hier also wurde die Methode anempfohlen, über die Presse den Kaiser zu beeinflussen. Sodann wendete sich der Erlaß der allgemeinen Lage Bulgariens zu:

„*Bei dem naturgemäßen Anlehnungsbedürfnis Bulgariens würde der Fürst unsres Erachtens wohltun, nicht nur der Aufrechterhaltung seiner Beziehungen zum Kaiser alle irgend möglichen Opfer zu bringen, sondern gleichzeitig auf die Beseitigung der Spannung mit der Pforte, welche die Gefahr seiner Lage wesentlich erhöht, seine Aufmerksamkeit zu wenden und folgende Gesichtspunkte in die Erwägung mit hineinzuziehen.*

So notwendig wegen der Gemeinsamkeit dynastischer und sonstiger Interessen die Fortdauer des Zusammehangs mit dem Kaiserlichen Rußland für den Fürsten ist und bleibt, so wünschenswert erscheint andrerseits die Befreiung von dem Drucke der panslawistischen Partei, deren Ziele die Negation der Existenz des Fürstentums sind. Diese Befreiung kann ich, indem ich die Angaben Eurer pp. über die fortschreitende autonomistische Richtung der Bulgaren meiner Beurtei-

lung zugrunde lege, nicht als unerreichbar ansehen. Sobald die Furcht vor einer möglichen Rückkehr der türkischen Vergangenheit geschwunden ist, wird der nationale Egoismus das übrige tun. Nichts ist aber so geeignet, dem bulgarischen Volke das für die Zwecke des Fürsten erforderliche Gefühl von Sicherheit zu geben, wie die Herstellung normaler Beziehungen zur Pforte.

Der Fürst hat also zu überlegen, ob seine Stellung mehr gefährdet sein würde durch die von den Türken geforderte unverkürzte Ausführung des Berliner Vertrags bezüglich der Festungs- und der Emigrantenfrage oder durch die Fortsetzung der bisherigen Politik, welche dem Eigennutzen des Volkes in einer Richtung entspricht, demselben aber gleichzeitig die Möglichkeit eines Bruches und damit die Notwendigkeit einer Anlehnung an die Panslawisten vor Augen hält.

Euer pp. sind ermächtigt, sich nach Maßgabe dieses Erlasses ganz vertraulich gegen Seine Hoheit den Fürsten zu äußern. Ich bitte jedoch bei der Wiedergabe die größte Vorsicht walten zu lassen und solche Gedanken zurückzuhalten, hinsichtlich derer nach Ihrer Personal- und Lokalkenntnis die Gefahr einer Mißdeutung oder Entstellung näher liegt als die Aussicht auf nützliche Verwendung. Bei Ihren Äußerungen wollen sich Euer pp. auch stets vor Augen halten, daß unser aufrichtiges Interesse für die Befestigung des Fürsten nicht so weit gehen kann, uns in Petersburg Verdächtigungen durch die russischen Agenten in Sofia auszusetzen, welche den antideutschen Elementen in der Umgebung des Kaisers Alexander Vorwände liefern würden, Mißtrauen Seiner Majestät gegen unsere Haltung zu erregen."

Bismarcks bulgarische Politik blieb also bei dem alten Sinn, das Land dem zaristischen, nicht aber dem panslawistischen Einfluß zuzuweisen, und Schutz gegen den letzteren erhoffte er davon, daß der Fürst sein Verhältnis zur Türkei verbessere. Denn, so erläuterte Holstein in einem Privatbrief an Herbert Bismarck (17. Februar, FA) nach London diesen Erlaß, „*die Bulgaren suchen nicht aus Liebe, sondern aus Furcht vor der Rückkehr der Türken Anlehnung bei den Panslawisten. Mit der Furcht wird auch der Einfluß der letzteren aufhören.*" Gleichzeitig ist der Erlaß einzureihen in die Bestrebungen, sich der Türkei gefällig zu erweisen.

Aber Bulgarien war nicht der einzige Stein des Anstoßes auf dem Balkan. Neue Unruhe war über die ganze Halbinsel gekommen durch die umfangreichen militärischen Maßnahmen, zu denen der Aufstand in Bosnien und der Herzegowina Österreich nötigte. Eine besondere Komplikation ergab sich daraus, daß der Sultan für dessen Niederwerfung seine Kooperation anbot. Er verfolgte dabei den doppelten Zweck, einerseits seinen Einfluß in den verlorenen Provinzen wieder zu stärken und so die Chancen für ihre Rückgewinnung zu verbessern, gleichzeitig aber auch auf diesem Umweg doch noch zu dem von Bismarck verweigerten Bündnis mit den Mittelmächten zu gelangen. Graf Kálnoky empfand begreiflicherweise dies mehrfach und in dringlichster Form erfolgende Angebot keineswegs angenehm[99]). Auf seine

Bitte, kalmierend auf die Pforte einzuwirken, ließ Bismarck in Konstantinopel sagen, Deutschland erkenne die dem befreundeten Österreich gewährte moralische Unterstützung dankbar an, durch welche die auf das Entgegenkommen des Sultans gesetzte Erwartung in vollem Umfang erfüllt sei; aktive Beteiligung türkischer Truppen würde jedoch den Panslawismus aufregen und die Stellung der russischen Regierung erschweren. Deutschlands Ziel sei der allgemeine Friede, und indem die Türkei alles vermeide, was zu dessen Störung beitrage, könne sie am besten ihren Wunsch nach Anschluß an die Mittelmächte verwirklichen[100]).

Auch insofern lagen im bosnischen Aufstand besondere Gefahren, als er die Möglichkeit unangenehmer Zwischenfälle mit Montenegro schuf, die bei dessen engem Verhältnis zu Rußland bedenkliche Rückwirkungen ausüben konnten. Aus diesem Grunde herrschte in Berlin der Wunsch nach schnellem österreichischen Erfolg, und nicht, wie Courcel vermutete, wegen eigener deutscher Absichten[101]). Der Ernst der Lage wurde offenbar, indem Saburow am 31. Januar zu Hatzfeldt ganz offen von „*neuerdings wieder stärkerer Suszeptibilität in Petersburg gegen Österreich*" sprach; Wien zeige kein Verständnis für die Notwendigkeiten des kleinen Landes. Nachdem Hatzfeldt mit dem Rat geantwortet hatte, den russischen Einfluß für ein rasches Ende des Aufstandes einzusetzen, rückte der Botschafter mit seiner eigentlichen Beschwerde heraus. Er sprach von der „*Besorgnis über ce que le comte Kálnoky appelle la fable de Salonique*", ließ also Zweifel an der Ehrlichkeit der mehrfach wiederholten österreichischen Versicherungen durchblicken, nicht über den Sandschak von Nowibazar hinausgreifen zu wollen. Während die Türken sich wenigstens nach außen beruhigt hatten, sahen die Panslawisten hier einen ausgezeichneten Agitationsstoff, und jetzt griff auch das amtliche Rußland danach. Wie dies zu deuten sei, darüber gingen in der Wilhelmstraße die Meinungen auseinander. Holstein nannte es in dem eben zitierten Brief an Herbert Bismarck einen ballon d'essai, wie Deutschland sich zu voller Aufteilung des Balkans stelle. Dagegen zog Hatzfeldt den Schluß, Giers sehe sich nach Beistand um gegen die panslawistischen Einflüsse auf den Zaren[102]). Dies letztere ist wohl zutreffend gewesen, denn tatsächlich ist die russische Politik ja keineswegs auf Teilung des Balkans mit noch größerer österreichischer Stellung gerichtet gewesen, und außerdem war in Petersburg wohl bekannt, daß Bismarck seit langem den Demarkationsgedanken begünstigte; es bedurfte keiner neuen Sondierung, um dessen sicher zu sein. Auf jeden Fall aber bewies die Demarche, daß das Verhältnis zwischen Wien und Petersburg wieder recht empfindlich geworden war. Wolken begannen am Himmel aufzusteigen.

Um dem entgegenzuwirken, wurde der erste Teil von Saburows Mitteilung in Wien zur Kenntnis gebracht (4. Februar), in der Form, Rußland habe empfohlen, den Fürsten Nikolaus freundlich zu behandeln, ihm even-

tuell sogar einen kleinen Landgewinn zu konzedieren, und daß dieser Wunsch deutscherseits befürwortet wurde, ging aus dem Hinweis auf die besondere Empfindlichkeit des Zaren für den Vorteil Montenegros hervor. Die Andeutung wegen Salonikis wurde sorgfältig verschwiegen, um nicht zu verstimmen und Kálnokys Verständigungsbereitschaft herabzumindern. Daß diese an sich bestand, bewies ein sich mit dem Erlaß kreuzender Bericht des Prinzen Reuß, Österreich denke nicht daran, in Bulgarien den Russen Schwierigkeiten zu machen: „*Graf Kálnoky ist entfernt davon, eine Konkurrenz mit Rußland anzustreben, und zeigt sich nicht empfindlich, wenn der russische Einfluß in Bulgarien stärker ist als der österreichische.*" Was hier ausgesprochen wurde, stimmte überein mit Bismarcks Politik und mußte daher in Berlin angenehm berühren. Zu solchem ausdrücklichen Zugeständnis hatte sich Haymerle nie bereit gezeigt. Andrerseits führte die Aussprache zwischen Hatzfeldt und Saburow auch zu einem russischen Entgegenkommen, indem ein Verbot solcher Zeitungsartikel erlassen wurde, die geeignet waren, die südslawischen Länder gegen Österreich aufzuhetzen[103]). Eine neue Entspannung schien sich hoffnungsvoll anzubahnen, da hat der Fall Skobelew sie abermals zerstört[104]).

Während Kaiser Wilhelm in berechtigtem Zorn über die neue, diesmal vor serbischen Studenten[105]) in Paris am 16. Februar gehaltene Hetzrede des Generals diplomatisches Einschreiten verlangte, hielt Bismarck das um der höheren politischen Ziele willen nicht für angebracht, obwohl er genau so empört war wie der Herrscher. Seine Gefühle sprechen deutlich aus seinem Immediatbericht vom 18.: „*Ich bin leider durch eine seit mehreren Wochen unüberwindlich hartnäckige Grippe so aufgerieben in meinen Kräften, daß ich zur Arbeit untauglich bin und nur um Erlaubnis einer kurzen ehrfurchtsvollen Meinungsäußerung bitten kann. Meines alleruntertänigsten Dafürhaltens ist es nicht ratsam, gegen Skobelew etwas zu tun. Jeder Schritt, den auswärtige Monarchen von der Stellung Eurer Majestät gegen diesen eitlen Schwätzer tun würden, würde seine Bedeutung und seine Popularität bei den urteilslosen Massen in Rußland heben. Er posiert für eine nationale Größe, die er nicht ist. Sein kleiner Feldzug, dessen Gefahren er sorgfältig übertrieb und bei dem die Russen alles in allem 250 Mann verloren, ist kein hinreichendes Piedestal, um ihn so hoch zu heben, daß er der Wahrnehmung Eurer Majestät wert wäre. Was er trunkenen Muts in Paris geredet hat, richtet sich ebensosehr und vielleicht noch mehr gegen den Kaiser Alexander wie gegen Österreich oder gegen Deutschland.*

Er bedroht in seiner Pariser Rede die Deutschen in Rußland. Nach den Begriffen der russischen Revolutionäre, zu denen Skobelew in erster Linie gehört, ist unter den Deutschen, die Rußlands Feinde sind, die Kaiserliche Familie, das Haus Holstein-Gottorp, stets in erster Linie begriffen. Skobelew ist ein ehrgeiziger General, wie sie bisher der russischen Armee fremd waren. Er studierte die Geschichte Napoleons I., er will nicht seines Kaisers erster Diener, sondern des

Kaisers Nachfolger werden. Er wirbt um Popularität in der russischen Armee gegen den Kaiser Alexander. Wenn man ihm die Wichtigkeit beilegt, daß die großen Mächte sich diplomatisch über ihn beschweren, so spielt man sein Spiel. Er würde für die Russen dadurch größer und nationaler, und wenn die Beschwerde Erfolg hätte, so würden seine Gesinnungsgenossen ihm die Gloriole eines nationalen Märtyrers bereiten. Bliebe sie aber erfolglos, so wäre der Kaiser Alexander mit Skobelew identifiziert, und der Vorteil und der Ruhm dieser Zusammenstellung wären auf Seiten Skobelews und nicht des Kaisers. Meines alleruntertänigsten Dafürhaltens wäre Skobelew, der eine politische Bedeutung an sich nicht hat und sie erst durch die Wichtigkeit bekommt, welche das Ausland ihm beilegt, amtlich zu ignorieren, in der Presse aber als trunkener Schwätzer geringschätzig zu behandeln und hervorzuheben, daß seine Umtriebe sich in ihrer praktischen Spitze nicht gegen das Ausland, sondern gegen den Kaiser Alexander und seine Dynastie richten. Ich glaube nicht, daß er den Krieg erstrebt, dazu kennt er die heutige Schwäche Rußlands doch zu gut. Er strebt vielmehr danach, den Kaiser Alexander in der Armee und bei den slawischen Chauvinisten unpopulär zu machen und in russischem Sinne herabzusetzen, indem er die Dynastie als deutsch und als Instrument der Deutschen darstellt.

Ich kann nach meinem Gefühl von jeder amtlichen Demarche nur ehrfurchtsvoll abraten."

Das gleiche Verfahren wie bei der Rede im Januar hielt Bismarck also auch jetzt für richtig, amtliches Ignorieren und Lächerlichmachen durch die Presse. Demgemäß wurde Schweinitz jede offizielle Vorstellung untersagt (19. Februar); falls die Russen ihrerseits ihn auf die Sache ansprächen, solle er antworten, Deutschland seien die Redereien eines „*petit provinzial russe*" politisch gleichgültig[106]). Wie dem Kaiser wurde auch dem Botschafter gegenüber betont, daß Skobelew vielleicht gar nicht so sehr auf die Mittelmächte abgezielt habe wie auf die Deutschen in Rußland, „*zu denen er wie seine Vorgänger aus den Schulen Herzens und Bakunins auch die kaiserliche Familie rechnen dürfte. Auch in dem Umstand, daß Skobelew die Gesundheit des Kaisers Alexander mit einem Glase Wasser ausgebracht habe, möchte nach russischen Vorstellungen eine Geringschätzung gegen den Kaiser liegen.*"

Obwohl also Deutschland den Russen gegenüber amtlich die Affäre ignorierte, ist doch die Atmosphäre durch sie erheblich bedrückt worden. Denn es war ein böses Zeichen, daß die konservative russische Presse, während ein Teil der liberalen Skobelews Rede scharf verurteilte, sie feiern durfte, ohne von der Behörde moniert zu werden. Das Stärkste leistete sich wieder einmal die „Nowoje Wremja", indem sie von der „ruhigen und staatsmännischen Politik" des Generals sprach[107]). Noch schlimmer aber war, daß amtlich außer Skobelews sofortiger Rückberufung aus Frankreich nichts gegen ihn veranlaßt wurde. Zwar eröffnete ihm der Zar unter vier Augen sein Mißfallen, und Giers ließ in Berlin ein überaus höfliches Schreiben vor-

legen, in dem er sein Bedauern und den Fortbestand der freundschaftlichen Gesinnung beteuerte. Jedoch nach außen kam der Sünder ungestraft davon, die Kriegstrompete fand, wie Graf Kálnoky sich ausdrückte, nicht den Dämpfer, der sie vollkommen tonlos gemacht hätte, und dies wirkte als Auftrieb für den großen Kreis seiner Gesinnungsgenossen. Insofern ging der Panslawismus gestärkt aus dem Zwischenfall hervor.

Es war ein höchst trübes Bild, das infolgedessen Großfürst Wladimir bei einem Besuch in Wien entwarf. Er habe es aufgegeben, sagte er, seinem Bruder zu raten, der zwar voll der besten Absichten sei, aber zu apathisch, um sie durchzuführen: „*Er hat noch die Gewalt, um sich und sein Reich zu retten, aber er braucht sie nicht und tändelt einer trüben Zukunft entgegen*“[108]). Ein anderer hochgestellter Russe beurteilte kurz darauf Fürst Hohenlohe gegenüber die Zustände ebenfalls äußerst pessimistisch: „*Die für die Leitung der Geschäfte geeigneten Persönlichkeiten würden sich nur dann finden, wenn der Kaiser eine bestimmte Richtung einschlüge. Jetzt aber halte sich jeder fern, weil niemand wisse, was der Kaiser und ob er überhaupt etwas wolle. Es herrsche jetzt nur Kopflosigkeit, Unfähigkeit und Mangel jedes Gedankens.*“ Kaiser Wilhelm bemerkte zu diesem Bericht (vom 29. April): „*Leider ist alles, was hier gesagt wird, auch meine Auffassung. Was soll also daraus werden!*“

Dieser Lage mußten die Mittelmächte mit völlig ungebundenen Händen begegnen können. Deshalb sah Bismarck mit Sorge auf das Fortdauern des bosnischen Aufstandes, der Österreichs Schlagkraft beeinträchtigte. „*Wenn je*“, schrieb Busch an Prinz Reuß (28. Februar), „*eine polnische Zeitung ein wahres Wort gesagt habe, so sei es der Ausspruch des ‚Czas‘, daß es vor allem von der schnellen Unterdrückung des Aufstandes in der Herzegowina abhinge, ob die Brandreden des Generals Skobelew praktische Folgen haben würden.*“ Bismarck habe daher „*mit Betrübnis bemerkt*“, daß Österreich dort nur eine Division einsetze; „*der Friede in Europa hinge doch daran, daß man bald des Aufstandes Herr werde*“. Der schnelle Wiedereintritt der Ruhe genügte dem Reichskanzler jedoch nicht, jetzt hielt er auch genaueste Beobachtung der russischen militärischen Maßnahmen für erforderlich und ließ die Österreicher ebenfalls hierzu ermahnen. Grundsätzlich willigte Graf Kálnoky ein, obgleich er erklärte, nicht den Eindruck zu haben, als ob Rußland am Vorabend eines Krieges stehe: „*Die Kriegsmaschine sei so schwerfällig und so wenig geschmiert, daß man an ihrem Knarren lange vorher hören würde, ob sie in Bewegung gesetzt werden sollte.*“ Alexander III. werde um panslawistischer Ideale willen Deutschland oder Österreich nie den Krieg erklären; nur dann würde diese Gefahr eminent werden, wenn ihm ein Unglück widerstoße[109]).

Dieser hinsichtlich Kaiser Alexanders persönlicher Haltung durch den historischen Ablauf bestätigten Auffassung stimmte Bismarck zu. Auch er sehe, teilte er Reuß mit (24. März), die Kriegsgefahr von seiten Rußlands durchaus nicht als naheliegend an und glaube nicht an einen russischen An-

griff: „*Immerhin aber sei es im Hinblick auf unberechenbare innere Umwälzungen und Explosionen in Rußland nützlich, sich rechtzeitig über strategische Maßnahmen zu verständigen und namentlich auch das Kundschaftswesen zu pflegen.*" Besprechungen der beiderseitigen Militärattachés seien deshalb wünschenswert.

Bismarck war also bereit, die politischen Vereinbarungen mit Österreich durch militärische zu ergänzen. So tief wirkte die Skobelew-Affäre in ihm nach. Aber zur praktischen Durchführung ist es nicht gekommen, denn inzwischen hatte sich die Lage wieder entspannt, so daß Kálnoky — unter theoretischer Zustimmung zu Besprechungen zwar nicht der Militärattachés, sondern höherer Offiziere — die Angelegenheit als nicht dringlich bezeichnete, zumal Kaiser Franz Joseph „*ängstlich alles vermeiden wolle, was die Vorstellung einer Friedensstörung auch in ihm selbst heraufzubeschwören vermöchte*"[110]).

Hingewirkt auf das Eintreten dieser Entspannung hat die Tatsache, daß Skobelews Auftreten in Frankreich äußerst geringen Widerhall auslöste. „*Wenn Skobelews Rede*", schrieb Hohenlohe am 2. März, „*ein Fühler hat sein sollen, wie kriegerische Absichten Rußlands und der Gedanke einer französischen Kooperation in Frankreich aufgenommen würden, so haben der General und seine panslawistischen Freunde Gelegenheit gehabt, sich zu überzeugen, daß hier zur Zeit wenig Lust besteht, sich mit Rußland in eine abenteuerliche Politik einzulassen.*" Sogar Gambetta suchte den Botschafter eigens auf, um ihm — im Widerspruch zu der detaillierten Erzählung des Generals Gallifet, mit Gambetta und Skobelew im Café Anglais gespeist zu haben[111]) — zu versichern, daß er den Russen während seiner Anwesenheit in Frankreich überhaupt nicht gesehen und infolgedessen an seinem Auftreten keinen Anteil gehabt habe. Aber gerade, daß Gambetta es für politisch nötig hielt, diese Erklärung abzugeben, beleuchtete deutlich, daß die Hoffnung der Panslawisten auf Frankreich im Augenblick unbegründet war. Sie sei es auch gar nicht gewesen, was Skobelew angetrieben habe, hat Blowitz in der „Times" (3. April) behauptet; er gab vielmehr dessen Auftreten die eine völlige Unkenntnis der wirklichen Lage verratende Deutung, Ignatiew habe den General nach Paris geschickt, um Deutschland zu erschrecken und dadurch für die Wiederherstellung des Dreikaiserbündnisses zu gewinnen, dessen Verlust Rußland so schmerzlich empfinde; die Franzosen wären aber nicht in die Falle gegangen, „the instinct of France preserved her from the snare". So unsinnig diese Darstellung an sich war, beweist sie doch ebenfalls, daß Skobelews Appell von den Franzosen überhört worden ist, und die eindeutige Feststellung dieser Tatsache brachte Wasser auf die Mühle von Giers.

Er besaß nun das wirkungsvollste Argument, um beim Zaren der panslawistischen Agitation entgegenzutreten. Selbst Katkow, der als einziger russischer Journalist durch Indiskretion Saburows das Bestehen des Juni-

vertrages erfahren hatte[112]), sah die Notwendigkeit ein, die Auswüchse der Hetze zu beschneiden, und bezeichnete am 23. März in seiner Moskauer Zeitung die Anklagen gegen Bismarck, Rußland vor und auf dem Kongreß nicht genügend unterstützt zu haben, als unberechtigt: „Nur uns selbst ganz allein haben wir Vorwürfe zu machen, wenn unsere Geschäfte nicht ganz den nationalen Interessen entsprachen." Hinzu kam der gute Eindruck der freundlichen Haltung sowohl der deutschen wie der österreichischen Diplomatie. Schweinitz behandelte den Zwischenfall mehr scherzweise, derart, daß er sogar in Kaiser Wilhelm ein Mißverständnis hervorgerufen und ihn ernstlich erschreckt hat. „*Unter den soeben durchlaufenden Depeschen*", lautet ein Marginal vom 11. März, „*finde ich die neueste von Schweinitz. Vor wenigen Tagen sprach er davon, daß er lächelnd an Giers gesagt hat, er solle mit Ignatiew tauschen!! Das Lächeln verstand ich; heute aber meldet er, daß er in allem Ernst mit Giers von der Idee gesprochen hat und Orlow hineingezogen hat in den Ideengang! Wenn bloß von Ignatiews Sturz die Rede ist, bin ich einverstanden; ihm aber das Auswärtige Ministerium zu übertragen, wenn Schweinitz im Ernst gemeint hat, halte ich für eine Verantwortung, die ich nicht übernehmen mag!*" Giers aber war dankbar, daß der Botschafter die Schwierigkeiten, mit denen er zu ringen hatte, nicht noch vermehrte, und hat sich beim Zaren energisch für ein deutliches Bekenntnis zum Frieden eingesetzt.

Er legte ihm dar, daß Deutschland in Wirklichkeit tief beleidigt sei, tiefer als es sich den Anschein gebe, und daß die mühsam errungenen Vorteile zweijähriger Arbeit und des Danziger Treffens infolgedessen verloren seien[113]). Das war nun wieder entschieden zuviel gesagt und hat aus diesem Grunde wohl keinen rechten Eindruck gemacht, aber für Giers sprach die Tatsache, daß infolge der Angst vor einer kriegerischen Politik alle Bemühungen um eine ausländische Anleihe scheiterten[114]). Diesen Einfluß der Finanzlage auf den russischen Friedenswillen hat Bismarck schon damals sehr hoch veranschlagt; im Marginal zu einem Bericht Schweinitz' vom 4. Mai über die Schwierigkeit, Einnahmen und Ausgaben im Gleichgewicht zu halten, schreibt er: „*Und wenn es erreicht, so wird Rußlands Haltung wieder den Frieden bedrohen. Gute russische Finanzen sind der Krieg.*" So tief ist Bismarcks Vertrauen in die Zuverlässigkeit der russischen Politik gesunken. Aber im Augenblick hatte Giers den Erfolg, daß Kaiser Alexander demonstrativ den Anlaß des Geburtstages Kaiser Wilhelms am 22. März ergriff, um ihn „als seinen besten Freund und Verbündeten" zu feiern, und daß das grundsätzliche Verbot öffentlicher politischer Reden für alle Militärpersonen erging. Darin lag eine nachträgliche Mißbilligung für Skobelew. Vor allem aber wurde erreicht, daß Alexander III. seinen Willen bekannte, sich außenpolitisch nicht in die vom Panslawismus gewünschte Bahn drängen zu lassen, indem er jetzt endlich Giers zum Minister des Äußeren auch formell ernannte. Hiermit war eine wichtige Grundlage für die Fortdauer der Dreikaiserpolitik gegeben.

Gegenüber der allzu schwarzen Darstellung von Giers hat Bismarck das wirkliche Maß des Schadens, der nicht einmal so sehr durch den hetzenden General als durch das Unvermögen des Zaren, sich deutlich gegen die hinter diesem stehenden Kreise zu wenden, angerichtet worden war, in einem Erlaß an Schweinitz vom 21. März festgestellt[115]):

„Euer Exc. Bericht vom 15. d. M. habe ich mit lebhaftem Interesse gelesen, leider kann ich ihn Seiner Majestät nicht vorlegen, da diejenigen Stellen desselben, in denen mein Name genannt wird, so gefaßt sind, als ob es bei uns in politischen Fragen nicht auf Seiner Majestät, sondern auf meine Entschließungen ankäme.

Sehr richtig haben Ew. Exc. das Gefühl, welches die Skobelewschen Ausschreitungen in Deutschland hervorgerufen haben, als dasjenige ‚tiefer Beleidigung' bezeichnet. Zur Zeit des Berliner Kongresses fand ähnliches statt durch die drohende Sprache, die Kaiser Alexander II. mündlich gegen Ew. Exc. und in dem Brief vom 15. August 1879 gegen Seine Majestät geführt hatte. Wir hatten damals geglaubt, durch den Kongreß Rußland Dienste zu erweisen, und sind, nachdem wir alles getan, was Rußland von uns verlangte, und vielleicht mehr getan haben würden, wenn Rußland ein Mehr von uns verlangt hätte, behandelt worden wie säumige Domestiken, die den Willen der Herrschaft nicht schnell und richtig verstehen. Die damalige Kränkung ist aber bei uns nicht ins Volk gedrungen, weil die Hergänge in größeren Kreisen nicht genau bekannt wurden. Von Seiner Majestät wurde die darin liegende Beleidigung aus verwandtschaftlicher Liebe verziehen. Die schlechte Behandlung war wesentlich nur mir und meinen politischen Mitarbeitern bekannt und blieb wirkungslos, weil unsere Politik nicht nach Empfindlichkeit, sondern nach Staatsräson geleitet wird. Nicht in Verstimmung gegen Rußland, sondern in pflichtmäßiger Sorge für unsere Sicherheit haben wir damals bei Österreich die Garantie gesucht, die wir früher in Rußland zu besitzen glaubten. Die damaligen kränkenden Eindrücke sind ohne äußere Folgen geblieben, wenn auch die Festigkeit des früheren Vertrauens sich schwer wiederherstellen ließ. Der Genesungsprozeß wird unterbrochen durch die Skobelewsche Episode, welche in weiten Kreisen die Wirkung einer herausfordernden Beleidigung gehabt hat. Nicht bloß die Armee, sondern unser Nationalgefühl im Allgemeinen befindet sich unter dem Eindruck einer unprovozierten, unerwarteten und öffentlichen Kränkung.

Diesen Eindruck zu verwischen ist nicht leicht, und er übt, ohne daß wir es wollen, einen gewissen Druck auf unsere Politik. Unsere amtliche Haltung aber wird nach dem Willen Sr. M. des Kaisers auch ferner nur von dem Bestreben, den Frieden zu erhalten, beeinflußt sein. Wegen Skobelewscher Verbalinjurien führt unser Kaiser keine Kriege. Die russischen Chauvinisten rechnen vielleicht darauf, daß wir uns durch beleidigende Worte säbelrasselnder Schwätzer zu provokatorischen Schritten oder Äußerungen drängen lassen; darin irren sie sich; sie haben kein Verständnis für das Pflichtgefühl der Staatsmänner zivilisierter

Völker. Wir würden selbst bei noch unverschämteren Herausforderungen wie die vorgekommenen die Ruhe bewahren, welche Gewohnheit ernster Politik und das Vertrauen auf die Macht und die Entschlossenheit des Monarchen und des Volkes uns geben. Viele der Elemente, welche in Rußland zum Kriege drängen, mögen die Bedeutung der österreichischen wie der deutschen Armee unterschätzen und sich von der Leistungsfähigkeit der russischen übertriebene Vorstellungen machen. Französische Militärs, welche den Russen wie den Österreichern gegenübergestanden haben, sind der Meinung, daß selbst Österreich allein einem russischen Angriff gewachsen sein werde.

Wir sehen deshalb jeder Eventualität ohne Kleinmut entgegen, — aber jeder Krieg, auch ein siegreicher, ist eine Kalamität, die wir namentlich da sorgfältig zu vermeiden haben, wo es kein deutsches Interesse gibt, welches durch Krieg, selbst durch einen glücklichen, gefördert werden könnte. Ew. Exc. wollen daher nach wie vor nicht von unserer berechtigten Empfindlichkeit, sondern von dem europäischen Friedensbedürfnis die Richtschnur Ihres Verhaltens entnehmen und unserer begründeten Verstimmung über den ganzen Verlauf der Skobelewschen Sache und die herausfordernde Haltung eines großen Teils der russischen Presse auch dann nicht Ausdruck geben, wenn die Initiative dazu von anderer Seite ergriffen wird.

Ew. Exc. wolle die ganze Skobelewsche Sache und die Frage einer Genugtuung nunmehr fallen lassen und namentlich Baron Giers nicht ermutigen, die Verlegenheit, in welcher der Kaiser Alexander seinen Argumenten gegenüber der Skobelewschen Episode sich befinden muß, noch zu steigern. Für uns gilt l'incident Skobelew als ‚clos'.

Durch die Argumentation, die Ihr Bericht vom 15. wiedergibt, ist der Kaiser Alexander Giers gegenüber schon gewissermaßen an die Wand gedrängt. Das Bewußtsein davon kann schließlich auf Giers' Stellung gefährlich zurückwirken, und es ist für uns wichtiger, ihn und seinen Einfluß zu erhalten, als die Skobelewsche Sache zu einem besseren Ende, als sie bisher fand, führen zu wollen. Ich halte es nicht für nützlich, den Kredit, den Baron Giers bei Seiner Majestät besitzt, für diese verfahrene Personalfrage zu verbrauchen, man muß ihn für wichtigere sachliche Fragen aufsparen und den Kaiser nicht weiter mit Mahnungen beunruhigen, auf die er aus inneren Gründen einmal nicht glaubt, eingehen zu können."

Ein P. S. vom 23. würdigte die Geste des Zaren am Geburtstag Kaiser Wilhelms, von der oben gesprochen wurde: *„Die freundlichen Kundgebungen des gestrigen Tages bestätigen mich um so mehr in dem Schlußresultat der vorstehenden, vorgestern von Sr. M. dem Kaiser gutgeheißenen Auffassung. Ew. Exc. wollen Skobelew als für uns erledigte innere Angelegenheit Rußlands der Vergangenheit übergeben und sich nur der gestrigen erfreulichen Vorgänge amtlich erinnern."*

Amtlich war der Fall abgeschlossen, die Wogen der Erregung ebbten ab, die Erinnerung an ihn jedoch war nicht so leicht auszutilgen. Die segensreiche Wirkung des Junivertrages war, wenn auch nicht, wie Giers gemeint hatte, verloren, so doch schwer beeinträchtigt. Den genau treffenden Ausdruck hat Bismarck gebraucht: der „Genesungsprozeß" im deutsch-russischen Verhältnis war unterbrochen, das Mißtrauen der Mittelmächte trotz aller amtlichen Korrektheit außerordentlich gesteigert. In ihren geheimen Überlegungen spielte wieder das Gespenst des Krieges mit Rußland eine Rolle, wenn es auch nach außen nicht hervortreten durfte.

Am 28. März trat der Kriegsminister von Kameke an den Reichskanzler heran, der Generalstab wünsche jetzt den im Juni 1881 zurückgestellten Ausbau der Ostbahnen durchzuführen. Auch diesmal lehnte Bismarck ab: „*Im jetzigen Augenblick, wo Rußland einlenke, würde eine solche Demonstration nicht tunlich sein*" ; „*nur wenn neue Skobeleffiana eintreten sollten*", würde er eine entsprechende Vorlage im Landtag für die richtige Antwort halten[116]). Aber er fügte hinzu, daß die Dinge anders lägen bei Bauten, die ohne Inanspruchnahme des Landtages ausführbar seien, ermunterte also derartige Vorsichtsmaßnahmen im kleineren Stil. So ergibt sich die tiefgreifende Wirkung der Skobelew-Affäre, daß Bismarck sich zur Rückkehr zu dem früheren Prinzip genötigt fühlte, einerseits alles aufzubieten, damit Rußland nicht vollends entgleite, und gleichzeitig für den Fall, daß dies dennoch eintrete, die Gegenkräfte möglichst stark zu machen. Das bedeutet, daß das Verhältnis zwischen Deutschland und Rußland abermals die Form annahm, wie sie vor dem Junivertrag bestanden hatte. Immerhin bildete dessen Fortbestehen eine Garantie, die damals nicht vorhanden gewesen war.

11. Verstärkung des Blocks der Mittelmächte

Zu dem zweiten dieser Zwecke, die Gegenkräfte möglichst stark zu machen, hat Bismarck sich in Wien dafür eingesetzt, daß die Bedenken gegen den Vertrag mit Italien fallen gelassen würden[117]). Früher war er der Meinung gewesen, daß ein solcher nur so lange sinnvoll sein würde, als die Mittelmächte über ein gutes Verhältnis zu Rußland verfügten; bloß in diesem Falle versprach er sich wirkliche Haltbarkeit. Jetzt hingegen hatte er das Bedürfnis, sich Italiens zu versichern, gerade weil von Rußland neue Gefahren drohten. Die Vorbedingungen der Intimität zu der Großmacht des Ostens ließ er fallen, obwohl er noch im Erlaß vom 31. Dezember 1881 auf ihr bestanden hatte, „weil das, was seit dem Datum desselben vorgegangen ist, trotz des unverminderten Vertrauens in die Gesinnung Seiner Majestät des Kaisers Alexander leider auf Zweifel darüber führen muß, wie das Ringen der in Rußland einander bekämpfenden Kräfte ablaufen wird"[118]).

Aufs neue begegnen wir seinem Prinzip, von der kriegdrohenden Macht jeden eventuell möglichen Bundesgenossen fernzuhalten, und daß Italien sich einem angriffslustigen Rußland nicht zur Verfügung stelle, war von höchster Bedeutung, weil sonst Österreich zwischen zwei Feuer geraten würde. Wenn Bismarck den Dreibund befürwortete, so tat er das bei der im Augenblick geltenden Gesamtlage nicht deshalb, weil er von ihm eine dauernde Zukunftsgarantie erwartet hätte, sondern das Entscheidende war ihm die Sicherung vor der unmittelbar drohenden Gefahr. Mehr auf die Ersparung österreichischer Streitkräfte, das hat er offen ausgesprochen[119]), kam es ihm an als auf den Gewinn italienischer.

Unter diesem Gesichtspunkt ist es auch zu verstehen, daß er jetzt an die Bereinigung des Gegensatzes zwischen Österreich und Italien von dem Standpunkt aus heranging, nicht was da vereinbart würde, sei von ausschlaggebender Wichtigkeit, sondern daß überhaupt ein bindender Vertrag zustande kam, der ein Zusammengehen Italiens mit Gegnern der Mittelmächte verhinderte. Konnte Rußland nicht auf Italiens Mitwirkung gegen Österreich zählen, dann ließ sich eher darauf rechnen, daß der panslawistische Kriegswille gebändigt und der Zar auch weiterhin sich mit der Giersschen Politik identifizieren würde. Diese momentane Wirkung war die Hauptsache, das übrige der Zukunft zu überlassen. Um so besser, wenn der Vertrag sich von

Dauer erweisen würde; sollte er das aber nicht tun, so würde er wenigstens dazu beigetragen haben, über die Schwierigkeit des Augenblicks hinwegzuhelfen.

Deshalb hat Bismarck seine Bemühungen fortgesetzt, die Österreicher dazu zu bringen, daß sie die angebotene schriftliche Vereinbarung nicht abwiesen. Seine Sorge war dabei, Kálnoky möchte gegen die Italiener einen ähnlichen Ton anschlagen wie den, der in den Balkanstaaten so verletzend gewirkt hatte[120]), und, um die Verhandlungen nicht zu komplizieren, erklärte er seinerseits einfach, alles anzunehmen, worüber zwischen Wien und Rom Einigkeit erzielt werden würde.

Einen von den Italienern gewünschten, den vollen Territorialbestand deckenden Garantievertrag, der die feierliche Anerkennung des Endes der weltlichen Macht des Papstes gebracht haben würde, fand er allerdings auch jetzt für Österreich sowohl wie für Deutschland ebensowenig möglich wie bisher, aus Rücksicht auf den Vatikan und die eigene katholische Bevölkerung, aber andrerseits widersetzte er sich dem Gedanken des Grafen Kálnoky, einen bloßen Neutralitätsvertrag anzubieten. Denn hierin lag kein wirklicher Anreiz für die Italiener: was sie brauchten, war aktiver Beistand, nicht Neutralität im Falle eines Angriffs von seiten Frankreichs, und nur wenn die direkte Hilfe gewährt wurde, war zu erwarten, daß sie den Frontwechsel zugunsten der Mittelmächte vornehmen würden, gegen den noch immer so starke Gefühlsmomente sprachen. Dieser einleuchtenden Beweisführung konnten die Österreicher sich nicht entziehen, aber genau wie im Jahre 1879 beim Abschluß mit Deutschland wünschten sie die Spitze nicht eindeutig gegen Frankreich zu richten und bestanden deshalb auf genereller Fassung. Dem stimmte Bismarck bei, „zumal nach der augenblicklichen Lage Rußland auf dem abschüssigen Wege zum Kriege Frankreich voraus zu sein scheine“[121]), namentlich aufgeführt solle aber auch Rußland nicht werden, bei dem bestehenden Vertragsverhältnis sei es „anständiger“, das zu vermeiden. Auf Veranlassung von Depretis, der die Verbindlichkeiten für sein Land einzuschränken bemüht war[122]), ist dann schließlich dennoch die Beistandspflicht ausdrücklich im Falle des Angriffs von Frankreich (Art. 2) stipuliert worden, während der Artikel 4 die generelle Verpflichtung vorsah, daß, falls einer der Vertragschließenden mit einer Großmacht in Krieg gerate, die beiden andern wohlwollende Neutralität zu beobachten hätten. Das war genau, was Bismarck als Schutz gegen die russische Gefahr gewünscht hatte.

An diesem Punkt, der für ihn der wichtigste war, hat er übrigens auch aktiv in den Gang der Verhandlungen eingegriffen. Auf ein Telegramm von Reuß, Italien biete bei russischem Angriff „*wohlwollende und bewaffnete Neutralität*“ schrieb er: „*bewaffnete und wohlwollende Neutralität treffen gewöhnlich nicht zusammen. Die Waffen haben für den andern Teil nur dann eine freundliche Bedeutung, wenn sie gebraucht werden, bevor der Freund geschlagen ist. Ge-*

schieht das nicht, so ist einfache wohlwollende Neutralität in der Regel beruhigender für den anderen." Es blieb auch bei der bloß „wohlwollenden" Neutralität.

Die Rücksicht auf Rußland hat Bismarck auch geleitet, wenn er Mancinis Versuche ablehnte, in den Vertrag einen Zusatz aufzunehmen, daß England der Beitritt zu ihm offen stehen solle. Statt dessen wurden in Anerkennung der besonderen Lage Italiens gegenüber England Ministerialerklärungen ausgetauscht, daß die Vereinbarungen in keinem Fall als gegen dies gerichtet angesehen werden könnten.

In dieser Form wurde der Vertrag am 20. Mai in Wien unterzeichnet. Mancini hatte am 26. April durch Graf Launay angeregt, den feierlichen Vorgang in Berlin stattfinden zu lassen, damit die „*persönliche Unterschrift Fürst Bismarcks die historische und politische Bedeutung des Aktes erhöhe*", und hatte damit bei dem Reichskanzler Zweifel erregt, ob Italien nicht Separatverträge zu zweit statt des einheitlichen Vertrages zu dritt anstrebe. Das aber widersprach seiner Absicht, und so bestand er auf Wien. Die Italiener haben sich auch alsbald gefügt.

Der Dreibund ist also abgeschlossen worden, der dann doch nicht bloß die von Bismarck erwartete augenblickliche Wirkung zugunsten des Friedens ausgeübt hat, sondern, wenn auch in erheblich umgestalteter Form, zu einer der Grundtatsachen der europäischen Gesamtpolitik für lange Zeit geworden ist. Der deutsch-österreichische Zweibund bestand neben ihm völlig unbeeinflußt weiter, wie er auch neben dem Dreikaiservertrag weiterbestand. Genau wie diese beiden ist der Dreibund ausschließlich defensiver Natur gewesen und erhöhte damit das Risiko für jede Macht, die einen Angriff auf den von Bismarck errichteten Block wagen würde, verringerte also die Chance einer eventuellen Gegenkoalition. Konnte das Dreikaiserverhältnis aufrechterhalten werden, so war mit der Ergänzung durch Italien ein unangreifbarer Machtkomplex geschaffen. Erfüllten sich jedoch die Besorgnisse, welche die Skobelew-Affäre auslösen mußte, und ging die Einheit der drei Kaiser tatsächlich in die Brüche, so hätten die Mittelmächte einen überaus wichtigen Ersatz gewonnen. Sie besaßen, solange der Vertrag in Gültigkeit blieb, die Sicherheit, daß der Panslawismus zerbrach, wenn der Damm gegen seine Angriffsabsichten an Italien keinen Rückhalt finden würde.

Neben diesem sehr schwerwiegenden Erfolg standen die in ihrer Art gleichgerichteten Bemühungen Bismarcks, auch auf dem Balkan Gegengewichte gegen das Vordringen des Panslawismus zu schaffen. Wie früher im Rahmen dieser Politik der Ausbau der Stellung Österreichs von Bismarck betrieben worden war, so auch jetzt. Voller Sorge sah er auf das die mohammedanische Bevölkerung der okkupierten Provinzen verbitternde Vorgehen der Wiener Regierung, insbesondere auf die Durchführung des Wehrgesetzes. Er warnte, „*Maßregeln, welche man als Fehler erkannt hat, des Prinzips wegen*

durchzuführen. Es sei ein Irrtum, in der Politik nicht wenden zu können. Eine Wendung sei das einzige Mittel, aus einer derartige Sackgasse herauszukommen. Schreite man in ihr weiter, werde sie immer enger und unwegsamer"[123]). Graf Kálnoky gab die Schwierigkeit zu, aber um Ungarns willen und um allzu großen Prestigeverlust bei der südslawischen und mohammedanischen Bevölkerung zu vermeiden, müsse das Wehrgesetz durchgeführt werden.

Den Zweck, daß Österreich möglichst stark Rußland gegenüberstehe, erstrebte Bismarck, ebenso wie bei der Pazifizierung der besetzten Provinzen, auch bei der Pflege der Beziehungen zu den selbständigen Balkanstaaten. Da Serbien sich eindeutig dem österreichischen Einflußbereich eingefügt hatte, erstreckten sich solche Bemühungen in erster Linie auf Rumänien, wo die Stimmung sich ungünstig zu gestalten drohte. Denn es wurde hier ungern gesehen, daß auch Milan von Serbien am 6. März 1882 sich die Königskrone aufgesetzt hatte; man witterte dahinter die österreichische Absicht, Rumänien zu demütigen. Als der Fall Skobelew eintrat, wurde auf dem Balkan viel über die Möglichkeit eines Krieges zwischen Rußland und den Mittelmächten und über die dann einzunehmende Haltung diskutiert. Um die Erregung zu vermindern, wies Bismarck den Bukarester Gesandten an, in allen Gesprächen hierüber den Krieg als unwahrscheinlich zu bezeichnen, falls nicht unberechenbare Umwälzungen in Rußland einträten; vertraulich dagegen solle er der Regierung sagen, daß Österreich, wenn es angegriffen würde, des deutschen Beistandes sicher sei[124]). Daß solche Möglichkeit bestehe, gab er also im geheimen diplomatischen Verkehr zu und suchte durch die Betonung der Festigkeit des Zweibundes dessen Anziehungskraft zu erhöhen. Auch warnte er ausdrücklich vor der in der „*Schaukelpolitik*" liegenden Gefahr, „*Rumänien würde schließlich dahin gelangen, sich sowohl mit Österreich als mit Rußland zu verfeinden, und wenn sich dereinst die beiden Großmächte einigen würden, so drohe ihm das Schicksal, Ausgleichsobjekt zwischen beiden zu werden*"[125]). Der beste Weg sei das Vermeiden aller Streitigkeiten mit Wien, und um dies den Rumänen schmackhafter zu machen, wies er Österreich gleichzeitig auf deren große Empfindlichkeit hin, riet also indirekt, sie zu schonen.

Statt dessen mußte er jedoch feststellen, daß Graf Kálnoky wie seinerzeit Haymerle in Bukarest einen verletzenden Verkehrston gebrauchte. Es war wirklich kein Wunder, daß die Rumänen es übel nahmen, wenn zum Beispiel ein neuer Gesandter ohne vorherige Anfrage[126]) ernannt und damit ein fester Brauch außer acht gelassen wurde, der, wie Bismarck an den Rand schrieb, „*doch überall außer bei den ‚Kanadiern, die Europas übertünchte Höflichkeit nicht kennen*'," anerkannt war. Wie falsch er solche Art des Vorgehens fand, sprach er auch in Wien offen aus, Reuß mußte sagen, „*daß Seine Durchlaucht es als Politiker durchaus nicht verstehen könne, warum Österreich den Rumänen gegenüber in der Form so unhöflich auftrete. Österreich könnte in der Form von der*

vollendetsten Höflichkeit sein, ohne der Schärfe seines sachlichen Auftretens den geringsten Abbruch zu tun"[127]).

Würde es tatsächlich zum Konflikt mit Rußland kommen, so war ebenso wichtig wie die Haltung Rumäniens die der Türkei. Als deshalb Hirschfeld meldete (14. März), Abdul Hamid sei enttäuscht, daß Fürst Radziwill, der ihm als Antwort auf die Mission Ali Nizamis nach Berlin den Schwarzen Adler überbrachte, außer allgemeinen Freundschaftsversicherungen nicht die geringste Zusage hatte machen dürfen, entschloß er sich in seinen positiven Konzessionen weiter zu gehen als bisher und stimmte jetzt auch der Überlassung deutscher Offiziere an die Türkei als Instrukteure zu. Ausdrücklich teilte er in Wien mit, wenn er früher aus Rücksicht auf Rußland hiergegen gewesen sei, so glaube er, nach dem Skobelew-Zwischenfall gegenüber dem erneut und dringend ausgesprochenen Ansuchen des Sultans diese Rücksicht nicht mehr als maßgebend ansehen zu sollen[128]), und als das Militärkabinett Schwierigkeiten machte, da es unmöglich sei, eine beträchtliche Zahl von Offizieren freizustellen, bestand er darauf, daß wenigstens zwei oder drei sofort entsendet würden, damit der Sultan den guten Willen sähe[129]). Es war also nicht ganz unberechtigt, wenn Lord Ampthill nach Hause meldete, zwischen Deutschland und der Türkei bestehe ein „state of real intimacy which has never before existed"[130]).

Um aber nicht dem Sultan falsche Hoffnungen zu erregen und ihn nicht durch den Beweis des Entgegenkommens zu aggressivem Vorgehen zu ermutigen, benutzte er die Antwort auf einen eigenhändigen Brief Abdul Hamids, den Fürst Radziwill zurückgebracht hatte, zu klarem Hinweis auf die Notwendigkeit friedlicher Politik (Friedrichsruh, 4. April): „*Je reste de mon côté convaincu que l'entente intime entre la Turquie et l'Allemagne et ses Alliés contribuera puissamment au maintien de la paix qui forme l'objet principal de la politique de l'Empereur mon auguste maître. Le représentant de Sa Majesté à Constantinople a l'ordre de faire tout ce qui dépend de lui afin de seconder le gouvernement de Votre Majesté dans la voie de cette politique pacifique.*" Hier wurde also von „Deutschland und seinen Verbündeten" gesprochen, d. h. der Brief war darauf berechnet, den Spekulationen auf einen Konflikt Deutschlands mit Rußland den Boden fortzuziehen und somit das Interesse für die Türkei, sich mit den Mittelmächten gut zu stellen, als noch größer erscheinen zu lassen.

Denn wenn auch in Bismarcks Brief die Mahnung an die Türkei lag, sich nicht mit Rußland zu überwerfen, kam es Bismarck vor allem darauf an, daß die österreichisch-türkischen Beziehungen sich besserten. Mit Bedauern las er in einem Bericht Hirschfelds (14. April), daß in Konstantinopel die Abneigung gegen Österreich trotz der äußerlichen Freundschaft noch keineswegs geschwunden sei, wie dies aus dem Ausspruch des Großvezirs Said Pascha zu dem italienischen Botschafter Graf Corti hervorging, er rechne auf

österreichisch-russischen Konflikt, um Bosnien zurückzugewinnen. Hierdurch sah sich Bismarck zu der deutlichen Sprache veranlaßt, *„wenn die letzten Ziele der Türkei derart wären, würden sie auch uns zu Feinden haben; sobald sie Österreich angriffen, müßten wir sie zu unseren Gegnern rechnen"*[131]).

Während er sich hier so warm für Österreich einsetzte, entzog er sich jedoch dessen Wunsch, als Kálnoky ihn in zwei untergeordneten Eisenbahnfragen in Anspruch nahm. *„Denn"*, ließ er dem Auswärtigen Amt schreiben (13. Mai), *„jeder Einfluß verbraucht sich naturgemäß, wenn man ihn benutzt, und unseren Einfluß auf die Pforte würden wir besser zu politischen Zwecken verwenden, für die er uns in der Folge sehr fehlen könnte, wenn wir ihn jetzt abnutzten . . . Dieser Verlust würde auch für Österreichs politische Interessen unangenehm sein."*

Das Hervorstechende an dieser ganzen Haltung gegen die Türkei ist, daß hier, während bei Rumänien eindeutig das Ziel verfolgt wurde, sich seiner als Stütze für den Notfall gegen Rußland zu versichern, das gleiche Bestreben sich verband mit deutlicher Warnung, sich deshalb etwa aktiv gegen Rußland zu wenden. Und erst recht gegenüber Bulgarien durfte nichts geschehen, was in Petersburg so hätte ausgelegt werden können, als ob das Land dem russischen Einfluß entfremdet werden sollte. Denn um einem besonders starken russischen Wunsch, wie er hier vorlag, entgegenzutreten, waren die Dinge noch nicht weit genug gediehen; sonst wäre die gefährliche Entwicklung innerhalb Rußlands beschleunigt worden.

In diesem Sinne wurde die Bitte des Fürsten Alexander höflich abgelehnt, zum Wiederaufbau des im Krieg fast ganz zerstörten Sofia beizutragen, indem Deutschland nach dem Vorbild Rußlands, Österreichs und Italiens dort ein Gesandtschaftspalais errichte. Der Bau, schrieb Bismarck dem Fürsten, (Friedrichsruh, 7. April), könne nur mit Bewilligung des Reichstages erfolgen, das aber könne zu einer Debatte führen, *„die zu vermeiden ich zur Zeit von hohem Interesse erachte"*. *„Bei der künstlich erzeugten Erregung der öffentlichen Meinung in Rußland"*, fuhr Bismarcks Brief fort, *„halte ich es nicht für ratsam, die Rivalität Deutschlands ihm gegenüber gerade jetzt in Bulgarien zu akzentuieren, wo das russische Nationalgefühl durch den letzten Krieg und seine Erfolge und seine Ziele vorzugsweise engagiert ist. Ich würde fürchten, damit die schon vorhandene Spannung des russischen Chauvinismus noch zu verschärfen und ihr eine Spitze gegen die Regierung Eurer Hoheit als eines deutschen Fürsten zu geben. Es ist zu hoffen, daß die jetzt in Rußland herrschende Stimmung sich legen und kühleren Erwägungen Platz machen wird. In diesem Augenblick möchte ich Seiner Majestät nicht dazu raten, im Reichstag eine Diskussion herbeizuführen, welche sich auf die ganze Orientpolitik, auf unser und Österreichs Verhältnis zu Rußland, auf die Zukunft und den möglichen Umfang Bulgariens, die schließliche Wahl der Residenz erstrecken würde. Eine solche Diskussion würde auf alle Mächte und vielleicht auch auf Rußlands*

Stimmung bezüglich Bulgariens eine Wirkung üben können, die ich mir nicht mit Sicherheit zu berechnen getraue. Ich möchte daher ehrerbietig anheimstellen, dem sympathischen Gedanken erst näherzutreten, wenn Deutschlands Beziehungen zu Rußland auch in der öffentlichen Meinung der Russen die Stellung wieder sicher einnehmen, welche den Interessen beider Reiche und den Traditionen ihrer Herrscherhäuser entspricht."

Trotz dieser großen Vorsicht hat sich Bismarck dann warm für den Fürsten eingesetzt, und zwar in zwei verschiedenen Richtungen, welche wieder die Doppelpoligkeit seines Verhaltens gegen Rußland erkennen lassen: einmal suchte er, um Battenberg Rückhalt zu verschaffen, auch jetzt dessen Stellung in Konstantinopel zu verbessern — Hirschfeld wurde angewiesen (1. Mai), „*jede Gelegenheit zu benutzen, um ein gutes Wort für den Fürsten von Bulgarien bei der Pforte einzulegen*" —, gleichzeitig aber half er ihm beim Zaren. Als der Fürst infolge seiner dauernden Schwierigkeiten mit Hitrowo Anfang Mai nach Petersburg reiste und dessen Abberufung verlangte, wurde er durch Bismarck unterstützt. Schweinitz mußte erklären[132]), „*daß wir die Ansicht Österreichs teilten und die Agitationen in Bulgarien für eine Bedrohung des europäischen Friedens erachteten mit Rücksicht auf die Folgen, welche die systematische Erregung haben könnte. Die Agitationen ständen in krassem Widerspruch zu der friedlichen Politik des Kaisers Alexander, wie er sie bei jeder Gelegenheit dokumentiere*". Eine gemeinschaftliche Demarche mit dem österreichischen Botschafter wurde aber Schweinitz untersagt, „*damit nicht der Schein erweckt würde, als ob Rußland in der Vereinigung à trois von seinen beiden Verbündeten majorisiert werden sollte*".

Wieder ist der Unterschied scharf gezogen zwischen der zaristischen und der panslawistischen Politik, und Bismarck hatte die Befriedigung, daß Alexander III. tatsächlich Hitrowo abberief. Es sah so aus, als ob die Verständigungspolitik die Oberhand behauptete.

Die gleiche Rücksicht auf russische Empfindlichkeit wie in Bulgarien bewies Bismarck auch hinsichtlich Montenegros, als Saburow seinen schon früher ausgesprochenen Wunsch erneuerte, Österreich möge dem Ländchen eine kleine territoriale Konzession darbringen als Entschädigung für die Rangerhöhung Serbiens[133]). Er billigte Hatzfeldts Antwort, Deutschland werde, falls Österreich sich dazu entschließe, nicht widersprechen. Dennoch erfüllte ihn der russische Vorstoß mit sehr geringer Freude[134]), weil „*es den Anschein gewinne, als ob die Insurrektion in der Herzegowina zur Schraube werden sollte, mit der man Österreich zur Aufgabe von Rechten drängen wollte, welche ihm im Berliner Vertrag nach Verhandlungen mit sämtlichen Mächten ausdrücklich zugestanden worden seien. Das Bedenkliche der Forderung werde vergrößert durch ihre Begründung mit der öffentlichen Meinung in Rußland, welche aus einer Minderheit von Literaten bestehe. Wenn die russische Politik*

sich veranlaßt sehe, dieser öffentlichen Meinung Konzessionen zu machen, so sei vorauszusehen, daß die Ansprüche derselben von Jahr zu Jahr in verschärftem Maße auftreten würden. Wohin das führen würde, sei um so weniger zu übersehen, als die jetzigen montenegrinischen Wünsche uns unbekannt seien. Sie möchten aber bestehen worin sie wollten, wir lehnten jede Vermittlung oder Befürwortung bei Österreich ab und würden diesem gegenüber schweigen. Wenn auch die ganze Angelegenheit für Europa wie für Österreich von keiner wesentlichen Bedeutung sei, so müsse man aus ihr doch die besorgliche Folgerung ziehen, daß die Wunde, welche der europäische Friede in den südslawischen Bergen habe, wieder und wieder offen gehalten werden solle."

Darum lehnte er es ab, den russischen Wunsch nach Wien zu übermitteln oder gar dort zu befürworten. Es konnte nicht seine Absicht sein, den sicheren Bundesgenossen um des unsicher gewordenen Vertragspartners willen zu verletzen. Jedoch änderte er seine Haltung, als die Stärke des russischen Wunsches dadurch in Erscheinung trat, daß Giers ihn wenige Tage später, ausdrücklich sich auf den Befehl des Zaren berufend, Schweinitz gegenüber wiederholte. Zwar blieb der Kanzler nach außen hin auf dem Standpunkt, Deutschland müsse es den Russen überlassen, selbst die Frage in Wien anzuregen, unterderhand jedoch benachrichtigte er die Österreicher mit dem Zusatz, er würde, „*falls er österreichischer Minister wäre, die montenegrinischen Wünsche oder wenigstens irgendwelche Konzessionen aus freien Stücken bewilligen, ohne daß Rußland eine Pression ausübte. Für Österreich wäre es gleichgültig, ob Montenegro einige Quadratmeilen Land mehr oder weniger besäße. Dagegen wäre es für Österreich sehr nützlich, Montenegros Freundschaft zu gewinnen und eine Rivalität zwischen ihm und Serbien, Rumänien und Bulgarien zu erzeugen. Vorstehendes repräsentiere aber nur Seiner Durchlaucht persönliche Auffassung. Es liege uns fern, irgendwelchen Druck auf Österreichs Entschließung üben zu wollen.*"

Er blieb also bei seiner Rolle vorsichtiger Vermittlung zwischen seinen beiden Partnern. Graf Kálnoky indessen lehnte ab. Für Rivalität zwischen den Balkanstaaten, meinte er, brauche man nicht erst zu sorgen, sie bestehe bereits in erwünschtem Maße; aber für eine territoriale Konzession an Montenegro sei die Zeit noch nicht gekommen, da dessen Loyalität keineswegs einwandfrei sei[135]). Weiteres Drängen untersagte Bismarck daraufhin[136]). Das Ganze ist bezeichnend, wie sehr er in diesen Wochen sich mühte, gleichzeitig Österreichs Balkaneinfluß zu stärken und dennoch die Russen nicht vor den Kopf zu stoßen.

Daß innerhalb Rußlands die Kräfte, die den Weg der Verständigung beschreiten wollten, keineswegs einflußlos geworden waren, hatte die Ernennung von Giers zum Minister und die Abberufung der treibenden Kraft der panslawistischen Agitation in Bulgarien erwiesen. Dies waren

wichtige Folgen, die wenigstens für den Augenblick erlaubten, die Lage als beträchtlich entspannt anzusehen, obwohl sie nicht als endgültig betrachtet werden durften und die Möglichkeit von Rückschlägen offenließen. Ohne das Bestehen des Dreikaiservertrages wären sie wohl kaum zu erreichen gewesen. So aber konnte Bismarck die Anfrage des preußischen Finanzministers Bitter verneinen, ob die vom Kriegsministerium geforderte sofortige Bereitstellung eines vom Landtag nicht bewilligten Betrages von etwa 800000 Mark derart notwendig sei, daß sonst wichtige Staatsinteressen gefährdet wären; nach allem was vorauszusehen sei, ließ er antworten[137]), sei augenblicklich keine Gefahr im Verzuge. Wieder also wollte er vermeiden, daß deutscherseits durch auffallende militärische Schutzmaßnahmen die abklingende Gereiztheit neu geweckt werde.

12. Die Frage der türkischen Intervention in Ägypten

Diese Besserung des Verhältnisses zu Rußland fiel um so mehr ins Gewicht, weil dem europäischen Konzert abermals gefährliche Belastung von Ägypten her erwuchs. Daß hierbei die drei Kaisermächte nicht auseinandergehen durften, hatte Bismarck von Anfang an sich zum Ziel gesetzt und war von entscheidender Wichtigkeit, sowohl um die unmittelbar sich aufdrängenden Probleme zu bewältigen als auch um ihre Einheitlichkeit auch in Zukunft gegenüber anderen Fragen zu stärken. Der dauernd steigende Einfluß der nationalistischen Partei Arabis, ihre scharfe Wendung gegen den Khediven gefährdete die Ruhe des Landes und machte den baldigen Eintritt neuer Zwischenfälle und damit die Notwendigkeit des Eingriffs von außen immer wahrscheinlicher, so daß die Frage erneut brennend wurde, in welcher Weise dieser sich vollziehen solle. In einem Runderlaß an die Botschafter in Petersburg, Wien und Rom hatte Bismarck noch einmal betont, daß in erster Linie der Sultan zuständig sei, dabei aber gleichzeitig ausgesprochen, daß ein eventuelles isoliertes Vorgehen der Westmächte, „*falls dasselbe auf Grund einer gemeinsamen Beratung und Entschließung der Großmächte erfolgen sollte*", jetzt, nach Gambettas Sturz, „*für die Erhaltung des Friedens zwischen Frankreich und England, also auch für die Erhaltung des europäischen Friedens erheblich weniger Gefahr bieten würde*". Ausdrücklich hielt er also an dem Anspruch Gesamteuropas fest, in Ägypten mitzureden, ließ aber die Möglichkeit durchblicken, daß die beiden Hauptinteressierten ein Mandat zum Eingreifen erhalten könnten. Sich irgendwie festzulegen war jedoch den Botschaftern verboten worden, sie „*sollten bloß wohlwollende Redensarten machen und erklären, wir trauten uns in der Frage kein Urteil zu*".

Wie Gambetta aber widersprach Freycinet der türkischen Intervention, obwohl er die von seinem Vorgänger verlangte eigene Aktivität preisgab, weil er im isolierten Vorgehen mit England ernste Konfliktsgefahr erblickte. Lord Granville dagegen war durch die nach der Note vom 8. Januar gemachten Erfahrungen stark beeindruckt. Als Graf Münster ihm auf Grund einer in Friedrichsruh persönlich erhaltenen Instruktion Bismarcks Ansicht übermittelte, den status quo im Orient zu bewahren sei die sicherste Garantie für den europäischen Frieden, stimmte er lebhaft bei und fügte im Widerspruch zu seiner früheren Meinung hinzu, falls es dennoch wider Erhoffen zum Aufstand in Ägypten komme, sei die türkische Intervention das geringste

Übel, stellte sich also theoretisch ganz auf Bismarcks Standpunkt. Die Schwierigkeit, meinte er, läge nur darin, daß England sich gebunden fühle, *„in der ägyptischen Frage stets de concert mit Frankreich zu agieren"*, und daß dieses von der relativen Harmlosigkeit des Eingreifens des Sultans nicht zu überzeugen sei[138]).

Das war für Bismarck der Anstoß, direkt an Freycinet heranzutreten, den nicht zu verstimmen und gegenüber Gambettas Angriffen am Ruder zu halten in dieser Zeit der Auflockerung des Dreikaiservertrages besonderer Grund vorlag. *„Unser erstes Bedürfnis"*, ließ er dem Auswärtigen Amt am 25. April schreiben, *„sei der Frieden, für dessen Wahrung auch wir die Übereinstimmung Englands und Frankreichs wichtiger hielten als die theoretische Frage, ob die Türkei die zum Einschreiten zunächst berechtigte Macht sei. In Englands Interesse aber würde es liegen, Frankreich en demeure zu setzen, daß es sich erkläre, was es zu unternehmen gesonnen sei, wenn die Zustände in Ägypten eine bedenkliche Wendung nähmen."* Demgemäß erhielt Hohenlohe den Auftrag, noch einmal darzulegen, daß Deutschland auch vom französischen Standpunkt aus die Intervention des Sultans als unschädlich betrachte, daß es aber, wenn Frankreich auf seinem Bedenken beharre, auch für andere Wege zu haben sei.

„Ich kann", lautet dieser Erlaß vom 26. April, *„mich des Eindrucks nicht erwehren, daß eine arabische Regierung in Ägypten für die französischen Interessen bedenklicher sein würde als eine türkische Intervention. Die Erhaltung des status quo in Ägypten ist immer das Ungefährlichste. Wenn aber der status quo durch force majeure zusammenbricht, so kann man die Frage, was dann zu geschehen haben wird, nicht gut im voraus entscheiden, weil gerade die Spezialität des bisher Unbekannten, was geschehen wird, für die Interessen und Entschließungen der beteiligten Mächte von Gewicht sein kann. Eine türkische Intervention ist völkerrechtlich das am nächsten Liegende. Wenn sie aber Frankreich absolut unerträglich ist und also die Folge hat, daß Frankreich ihr diplomatisch oder sogar schärfer entgegentritt, so muß man darauf denken, andere für Frankreich annehmbare Auskunftsmittel zu finden. Dies liegt namentlich im Interesse derjenigen Mächte, welche gleich Deutschland in Ägypten keine Interessen von der Bedeutung haben, daß die Stellung Frankreichs in der europäischen Politik für sie nicht wichtiger wäre als die ägyptische Frage. Wenn ich früher in einem Stadium rein akademischer Besprechungen die Befürchtung vertraulich ausgesprochen habe, daß eine gemeinsame Intervention Englands und Frankreichs in Ägypten den Frieden dieser beiden Mächte untereinander gefährden werde, so fällt für uns minder Interessierte dasselbe Motiv gegen die türkische Intervention ins Gewicht, sobald feststeht, daß Frankreich dieselbe als bedrohlich für sein Interesse und deshalb für unannehmbar ansieht. Wir hoffen und wünschen, daß alle diese Eventualitäten durch die Erhaltung des Status quo entbehrlich werden; sollten aber Ereignisse in Ägypten ein Einschreiten nötig machen, so hat*

die deutsche Politik gegen die Form dieses Einschreitens kein parti pris, sondern würde die Verständigung über die Frage „ob" und „wie" ebenso wie bisher den meist beteiligten Mächten England und Frankreich überlassen und sich auf eine vermittelnde Tätigkeit beschränken, wenn die mehr beteiligten Mächte eine solche anregen."

Übereinstimmend hiermit wurde dem Sultan der Rat erteilt, sich nicht eher zu „*ernsten Maßregeln*", also zur Truppenentsendung nach Ägypten, zu entschließen, bevor er sich über deren Eindruck auf Frankreich und England vergewissert habe, „*da wir diesen Mächten gegenüber keine Garantie übernehmen könnten*"[139]). Daß Deutschland sich nicht für türkische Interessen gegen die Westmächte einspannen lassen würde, wurde also, nachdem diese diplomatisch gemahnt worden waren nicht gegen die Rechte des Sultans zu verstoßen, abermals außer Frage gestellt. Ebenso wie in Paris wurde die Erklärung, zunächst England und Frankreich die Herstellung des Einvernehmens über die zu ergreifenden Schritte zu überlassen, auch in London abgegeben, hier mit der Begründung, „*daß die ohnehin schwierige Verständigung beider Mächte durch fremde Intervention nicht gefördert würde und wir dabei Gefahr liefen, uns die Unzufriedenheit beider, jedenfalls aber einer von ihnen, zuzuziehen*"[140]).

Seine wirklichen Gedanken aber, warum er den Westmächten keine Hindernisse bereitete, enthüllte Bismarck, als Österreich darauf bestand, nicht ausgeschaltet zu werden. Schon in dem eben zitierten Erlaß an Fürst Hohenlohe vom 26. April hatte er sich vermittelnde Tätigkeit vorbehalten, wenn „die mehr interessierten Mächte" eine solche anregen würden, und daß weder Österreich noch Italien einem seperaten Vorgehen stillschweigend zusehen würden, war mit Sicherheit vorher zu berechnen gewesen. Es entsprach also nur Bismarcks Erwartung, wenn Kálnoky es als nötig bezeichnete, einen Modus auszudenken, bei dem die Westmächte nicht allein beteiligt blieben. Dies fand er richtig, fügte jedoch hinzu: „*aber die Arbeit des Denkens möchte ich in erster Linie England und Frankreich überlassen, sie auch nicht stören, wenn sie zu Resultaten gelangen, die für sie Schwierigkeiten in der Ausführung haben können. Sie würden im Widerspruch gegen uns und andere bald einiger sein wie in positiven eigenen Entschließungen*"[141]).

Hier ist offen ausgesprochen, daß der Grund, aus dem der Kanzler sich vorläufig möglichst zurückhielt, in seiner Berechnung lag, die sich allein überlassenen England und Frankreich würden sich auf die Dauer nicht zu verständigen vermögen. Wir haben gesehen, wie er im Jahre 1879 in Ägypten eingegriffen hatte, weil in einem solchen Schritt das beste Mittel lag, sie zu gegenseitigen Konzessionen und zum Anschluß aneinander zu veranlassen, der sie beide von dem Deutschland bedrohenden Rußland fernhielt, und haben verfolgt, wie hierin allmählich ein Wandel nach der Richtung hin eingetreten ist, daß Bismarck ihr aktives Vorgehen um dessentwillen begrüßte,

weil es unvermeidlich zu Reibungen zwischen ihnen führen würde. Diese letztere Richtung hat sich jetzt entscheidend verstärkt. Obwohl die russische Gefahr nicht als überwunden gelten konnte, war eine akute Wendung des Zaren gegen die Mittelmächte nicht zu befürchten. Andrerseits erhöhte die Gereiztheit unter den Westmächten, vorausgesetzt, daß sie sich nur nicht bis zu wirklichem Konflikt zuspitzte und den Gesamtfrieden störte, ihr Angewiesensein auf den guten Willen Deutschlands. Außerdem verminderte sie die Anziehungskraft, die jede von ihnen auf Rußland ausübte. Deshalb vermied Bismarck auch weiterhin sich vorzeitig einzumischen.

Es paßte vortrefflich in sein Spiel, daß Freycinet, als Lord Granville zugunsten der türkischen Intervention an ihn herantrat, sie im Besitz der Sicherheit, daß Deutschland nicht auf ihr bestehen werde, glatt ablehnte. Damit war die erwartete Spannung zwischen London und Paris eingetreten, und nun hielt sich Bismarck erst recht peinlich zurück. Vorläufig jedoch schloß sich die Kluft noch einmal, weil der Bruch zwischen dem Khediven und Arabi Pascha voll zutage trat. Die gemeinsame Sorge vor dem ägyptischen Nationalismus schweißte die Westmächte zu gemeinsamem Handeln zusammen: zur Entsendung von Kriegsschiffen nach Alexandrien.

Daß es hiermit zu wirklicher Kooperation auf einem Gebiete kam, wo ihre Interessen sich faktisch nicht vereinigen ließen, bestärkte Bismarck in seiner bisherigen Haltung. Nun glaubte er sicher sein zu können, daß seine Berechnung sich erfüllen und binnen kurzem sich Reibungen zwischen beiden einstellen würden, die Deutschlands Gesamtlage wesentlich erleichterten. Die Festigkeit seines Entschlusses, die begonnene Entwicklung durch eigenen Eingriff nicht zu hemmen, wird bezeugt durch eine Fülle von Marginalien aus diesen Tagen, die Deutschlands Politik gegen die einzelnen Mächte festlegten.

Auf österreichisches Befragen erwiderte er: „*meo voto wird es nützlich sein, die Westmächte nicht zu stören; es ist unmöglich, daß sie sich über die Zukunft Ägyptens, über mehr als status quo oder replâtrage verständigen. Die Einmischung der anderen würde die Einigkeit der Westmächte befestigen und dauernder machen als sie sonst sein kann; sie würde ihnen eine Solidarität verschaffen, die sie jetzt nicht haben*“[142]). Er billigte Kálnokys Absicht, den Westmächten zuzureden, sie möchten die Empfindlichkeit des Sultans schonen, fügte jedoch hinzu: „*die der vereinten beiden Westmächte aber auch, sonst nagelt man sie aneinander, für lange Zeit vielleicht, trotz ihrer divergierenden Interessen. Wenn Österreich und Rußland ex post ihre Kritik aussprechen wollen, so können wir das in mäßiger Form auch tun; nur nicht ihnen ein gemeinsames Fundament gegen die drei Kaiser schaffen*“[140]). Von Österreich erwartete er also die gleiche Haltung, die er sich selbst zur Pflicht machte.

Ähnlich reagierte er, als Rußland den Wunsch zu erkennen gab, die westmächtlichen Zumutungen mit Reserve zu behandeln: „*gewiß, aber ohne*

Bosheit, laissant faire à leur risque, duldend, ignorierend, höchstens mißbilligend oder verwahrend, aber nur nicht komminatorisch, weil man damit die Westmächte solidarisch einig machen würde"[141]). Italiens Drängen, ebenfalls Kriegsschiffe zu entsenden, wies Hatzfeldt ab (14. Mai). Schließlich faßte der Reichskanzler sein Urteil zusammen in zwei Instruktionen an das Auswärtige Amt. Die erste, vom 16., lautet:

„*Das Verfahren der Westmächte erscheint bei dem vorwiegenden Interesse, welches sie, namentlich England, in Ägypten haben, frei von jeder Tendenz der Friedensstörung und absichtlichen Rechtsverletzung. Dabei läßt sich aber nicht bestreiten, daß es formell mit dem Rechte des Sultans und den Verträgen bezl. des türkischen Reiches in Konflikt geraten kann. Wir haben kein Interesse, zu diesem Dilemma eine feste Stellung zu nehmen, die uns nötigen würde, entweder beide Westmächte oder eine derselben zu verstimmen und uns dem Vorwurf der Erschwerung einer an sich schwierigen Situation auszusetzen, oder andererseits auf den Sultan einen Druck zu üben, der mit den Verträgen in Widerspruch stehen wird. Ohne die Gefühle dieses Souveräns zu verletzen, könnten wir in Konstantinopel immer freundschaftlich darauf aufmerksam machen, daß bei Erhaltung des status quo auch die Pforte interessiert ist und die westmächtlichen Demonstrationen, wenn sie Unordnung in Ägypten verhindern, nicht nur dem Frieden, sondern auch der Autorität des Sultans förderlich sind, da diese Autorität nach allem was bisher bekannt ist, dem Khediven als Statthalter des Sultans zur Seite steht. Solange die Mächte für die Erhaltung des Bestehenden aufträten, fiele deshalb ihre Einwirkung auch für die Autorität des Sultans ins Gewicht, in dessen Rechte die Entsendung einer Flotte an sich einen Eingriff noch nicht darstelle.*"

Dem folgte am nächsten Tag, dem 17., die zweite Instruktion:

„*Ich bin mit der Kritik des westmächtlichen Verfahrens ganz einverstanden, auch wenn die beiden befreundeten Höfe es ihrerseits angezeigt halten, dies den Seemächten auszusprechen, sobald nur die Aussprache in verbindlicher und freundlicher Form erfolgt. Die Sache hat aber doch ihre zwei Seiten. Ist es für die drei Kaisermächte nützlich, wenn die Intimität der beiden Westmächte sich konsolidiert? Für Österreich und für uns zweifellos nicht, und für Rußland jedenfalls jetzt noch nicht, und bei verständiger Politik auch in Zukunft nicht. Nur ein verrückter Haß gegen das Germanentum könnte es der russischen Politik eventuell in der Zukunft erwünscht machen, fest geeinigte Westmächte vorzufinden, in deren Bunde Rußland die dritte sein könnte. Für uns und Österreich aber ist die Uneinigkeit der Westmächte unter sich gleichbedeutend mit einer Bürgschaft, daß wir nicht beide gleichzeitig gegen uns haben. Nun ist es für die Westmächte an sich sehr schwierig, namentlich in Ägypten, einig zu bleiben, wenn sie nicht durch äußern Druck einig gemacht werden. Ihre Interessen divergieren dort noch mehr wie anderswo, und es ist nur das Unsichere der eigenen Situation im Innern und ihre Entfremdung allen andern Mächten gegenüber,*

welche sie zusammenhält, nicht ein gemeinsames politisches Interesse. Wenn wir sie aber in dieser ihrer jetzigen Einigkeit dadurch befestigen, daß wir ihnen die Majorität der Mächte mißbilligend gegenüberstellen und sie zu einem Rückzuge nötigen, der das Unbehagen einer jeden von ihnen der öffentlichen Meinung gegenüber steigern wird, so drängen wir sie dazu, ihre Meinungsverschiedenheiten über Ägypten einstweilen, dem Antagonismus aller andern Großmächte gegenüber, in den Hintergrund treten zu lassen und sich als Genossen zu betrachten, die aufeinander angewiesen sind. Letzteres zu verhüten halte ich für wichtiger als die Verhinderung einer Demonstration, die nicht ohne Präzedenzfälle ist und die, wie es heute scheint, gar nicht zur Reife gelangen wird."

Alle diese Zeugnisse lassen erkennen, mit welcher Überlegenheit Bismarck die Aufregung zu nutzen wußte, die über die europäische Diplomatie gekommen war. Sie sind so lebendig und frisch im Ton wie Weniges in den letzten, von fortwährender Krankheit erfüllten Monaten. Seine Freude am großen Spiel war neu belebt. Die ägyptische Frage trug so viele Möglichkeiten in sich, daß von ihr vielleicht auf lange hinaus die Konstellation der Großmächte bestimmt werden würde, und die entscheidende Stunde fand den Kanzler auf dem Posten.

Einfach zuzuschauen indessen und die Dinge ohne eigenes Zutun in der mit Sicherheit vorhergesehenen Richtung heranreifen zu lassen, wurde ihm unmöglich durch die formelle Bitte der Westmächte am 17. Mai, ihr Vorgehen in Konstantinopel zu unterstützen. Was Bismarck prophezeite, erkannten auch England und Frankreich als sehr wohl möglich, sie fürchteten schlimme Folgen des isolierten Eingreifens für ihren eigenen Zusammenhalt und für ihr Verhältnis zu den andern Mächten. Sobald klargeworden war, daß Österreich, Rußland und Italien sich nicht ausschalten ließen, lenkten London und Paris alsbald ein: die Bitte um Einwirkung auf den Sultan bedeutete schon die Anerkennung des gesamteuropäischen Charakters der Frage.

Bismarcks vorläufige Antwort ging dahin, Deutschland sei beschäftigt, eine Annäherung der Kaiserhöfe an die westmächtliche Auffassung zu vermitteln, könne aber ohne oder gegen Wien und Petersburg nicht Stellung nehmen[145]). Hiermit erreichte er zweierlei: einmal brachte er zum Bewußtsein, daß mit einheitlichem Auftreten des Ostblocks zu rechnen und deshalb auf diesen Rücksicht zu nehmen sei, ohne daß diese Tatsache bei der vorsichtigen Form, die er wählte, die Westmächte verbitterte, und außerdem gewann er Zeit für die eigne Entscheidung. Diesen Zeitgewinn nutzte er, durchaus gemäß dem auf die Demarche der beiden Botschafter erteilten Bescheid, zu beruhigender und mäßigender Einwirkung nach allen Seiten hin. Wieder entnahm er der Tatsache der eigenen relativ geringfügigen Interessiertheit den Vorteil, Maklerdienste zur Erhaltung des Friedens leisten zu können, zumal sie im Augenblick nicht so gefährlich erschienen, weil an sich keine Macht gewillt war, es über Ägypten zum Kriege kommen zu lassen.

Er mißbilligte die Intransigenz Frankreichs, der Türkei auch die Beteiligung an der Flottendemonstration zu verweigern; nach Hirschfelds Bericht (23. Mai) wäre sie übrigens technisch kaum durchführbar gewesen, weil für die türkischen Kriegsschiffe keine Kohle und kein Tauwerk vorhanden waren und die Händler von Galata nur gegen Barzahlung liefern wollten. „*Ich meine*", bemerkte der Reichskanzler zu einem Bericht Hohenlohes vom 18. Mai, „*es wäre im Gegenteil geraten, den Sultan durch die Satisfaktion der Beteiligung seiner Flagge bei Laune zu erhalten und den Ägyptern den Eindruck von entente cordiale der Mächte mit dem Sultan zu machen. Wir haben aber keinen Beruf zu schulmeistern*". Aus diesem letzteren Grunde gab er Freycinet seine Mißbilligung nicht amtlich zu erkennen und lehnte auch die österreichische Anregung ab, den englischen Druck auf Frankreich zu unterstützen: „*Dabei ist wenig Dank zu gewinnen, aber viel Verantwortlichkeit und Gefahr, Sündenbock zu werden*"[146]). Statt dessen wiederholte er in Paris wie in London den schon oft ausgesprochenen Rat, sich gütlich mit dem Sultan zu verständigen. „*Man soll den Sultan nur in den Formen etwas anständiger behandeln; ihm nicht verbieten, sich um Ägypten zu bekümmern und dergleichen mehr fortiter in modo Prozeduren, dann kommt man in re weiter*", lautet ein anderes Marginal (24. Mai). Und wieder war es die alte Methode: setzte er sich derart für die Pforte ein, so redete er andererseits, sie hiervon in Kenntnis setzend, auch ihr gut zu, sich nicht allzu sehr zu versteifen und dadurch die Gegenseite erst recht zu isoliertem Vorgehen zu reizen. Sein Vorschlag an den Sultan war, „*er sollte den Wirt der Westmächte machen und tun als wären es seine Exekutoren. Bonne mine à mauvais jeu. Wir können doch wegen der Seepromenade nicht Krieg führen*"[147]). Etwaige Hoffnungen auf deutschen Beistand wurden also erneut im Keime erstickt.

Wenn aber von schroffem Auftreten der Türkei gegen England und Frankreich zu befürchten war, daß es sie aneinanderkettete, so würde dies natürlich erst recht die Folge eines gleichartigen Verhaltens der andern Großmächte sein. Deshalb baute der Kanzler auch in dieser Richtung vor, konsequent die eingeschlagene Linie beibehaltend. Nachdem Rußland zunächst, wie wir sahen, kühle Reserve für angemessen gehalten hatte, verlangte es dann doch einen gemeinsamen Protest der drei Kaiser gegen die Entsendung der Kriegsschiffe[148]). Bismarck jedoch warnte in Petersburg und Wien sowohl vor scharfen wie vor identischen Noten und schlug vielmehr vor, eine goldene Brücke für den bereits eingeleiteten Rückzug zu bauen[149]). Sein mäßigender Einfluß ist auch von Courcel anerkannt worden[150]).

Glaubte der Reichskanzler also schon Anzeichen dafür zu erkennen, daß die Westmächte den Rückzug anträten, so hat ihm der Verlauf alsbald recht gegeben. Denn schon am Tage, bevor dieser letzte Erlaß aus Friedrichsruh erging, hatten sie sich zu identischen Noten an die andern Kabinette

entschlossen: nur wegen der dringenden Gefahr hätten sie ohne vorherige Rücksprache mit ihnen die Flotte aufgeboten, sie dächten jedoch nicht daran Truppen zu landen und würden die Schiffe sofort nach Wiedereintritt der Ruhe zurückziehen; sollte diese aber weiter gestört werden, so würden sie sich mit den Großmächten und mit der Türkei verständigen (concerter) über die besten dann zu ergreifenden Maßnahmen[151]). „*Das nennt man ein geschicktes Einlenken aus einem vorschnell beschrittenen Fahrwasser*", quittierte Kaiser Wilhelm die Noten. War durch die Demarche vom 17. Mai schon anerkannt worden, daß die Interessen der andern Großmächte durch die ägyptischen Ereignisse berührt wurden, so lag nunmehr die förmliche Zusage vor, mit ihnen vor weiterer Aktion in Fühlung zu treten. Ein erhebliches Entgegenkommen war also zu verzeichnen, Rußland zog denn auch sofort seinen Vorschlag gemeinsamen Protestes zurück[152]). Bismarcks vermittelnde Politik hatte vollen Erfolg davongetragen.

Was aber sollte positiv geschehen, um der täglich wachsenden Gefahr entgegenzuwirken? Durch den ungünstigen Widerhall, den die Flottendemonstration im übrigen Europa gefunden hatte, ließ Freycinet sich insoweit umstimmen, daß er erklärte, ein türkisches Schiff würde von den französischen vor Alexandria freundlich aufgenommen werden. An einer eventuell erforderlichen Landung aber wollte er nach wie vor die Pforte nicht beteiligen. Hierfür erstrebte er jetzt das europäische Mandat an die Westmächte. Bismarck, der, um die Lage zu entspannen, schon vorher in Petersburg, Wien und Rom geraten hatte, jeden übereinstimmenden Wunsch Englands und Frankreichs zu unterstützen[153]), war hierzu an sich bereit, nur glaubte er nicht, daß England dem französischen Verlangen beistimmen werde: „*wir haben kein Interesse dagegen zu sein und stimmen jedem wirksamen Friedensmittel zu, welches keinen Zwiespalt unter den Mächten verursacht; aber England wird schwerlich die Okkupation Ägyptens durch französische Truppen zugeben wollen, und hat selbst nicht genug übrig*"[154]). Tatsächlich lehnte Granville ärgerlich ab, erneut divergierten die Standpunkte beider Kabinette. „*Zu früh*", schrieb Bismarck auf ein Telegramm des Prinzen Reuß vom 30., das deren Entente als nur noch sehr locker bezeichnete. Für Deutschland wünschte er, daß die erwartete Abkühlung zwischen ihnen sich erst dann einstelle, wenn sie sich fest engagiert hätten.

In der Tat konnte auch diesmal noch das Einvernehmen wiederhergestellt werden auf der Basis des gemeinsamen Vorschlags einer Gesamtkonferenz in Konstantinopel. Obgleich Bismarck von deren Mißerfolg überzeugt war, begrüßte er ihren Zusammentritt: „*ihr praktischer Effekt würde zunächst sein, daß wir den Westmächten gefällig sind, ihnen die Verantwortlichkeit belassen und ihnen keine Vorwände gäben, sie uns zuzuschieben, wenn die Entwicklung nicht nach Wunsch geht*"[155]). Darum beschwichtigte er die Bedenken der Österreicher, die vor dem Beginn der Beratungen Bescheid wissen wollten

über die dort zu erwartenden Vorschläge: „*das heißt Kreuzverhandlung vor der Konferenz; dann wird nichts, gleich Ablehnung; es ist ziemlich gleichgültig und unbedenklich, erst in der Konferenz zu erfahren, was sie sich denken; viel wird es nicht sein*“[156]). Desgleichen wirkte er, getreu der Maklerrolle, auf den Sultan ein, den Widerstand gegen den Konferenzplan fallen zu lassen. Abdul Hamid hatte vertraulich angeregt, daß auch alle anderen Großmächte Schiffe nach Alexandrien entsenden möchten; bevor er sich aber an die übrigen wende, wolle er Bismarcks Ansicht erfahren[157]). Zu solchem aktiven Eingreifen aber ließ Bismarck sich nicht bewegen: „*Ich bin zweifelhaft, ob ein durch alle europäischen Flaggen verstärkter Druck auf die aufständischen Elemente in Ägypten mehr Wirkung üben würde als die an sich militärisch hinreichend starken westmächtlichen Flotten. Ich glaube, daß die moralische Wirkung der Autorität des Sultans und Kalifen eine um so stärkere sein wird, je freier von der Anlehnung und dem Drucke der europäischen Mächte sie auftritt. Ich halte es weder für die Sache noch für die Mächte nützlich, unfruchtbare avale Demonstrationen wie vor Dulcigno zu machen. Die stärksten Seestreitkräfte können ohne Landungstruppen den Ägyptern nicht viel tun, sobald letztere sich ernsthaft wehren wollen, zumal sie Alexandrien doch nicht beschießen können, ohne dem europäischen Handel mehr Schaden zu tun als den aufständischen Ägyptern. Die Flottendemonstration der Westmächte ist ein Mißgriff gewesen und wird dadurch nicht besser, daß noch Andere sich daran beteiligen. Was die Autorität des Sultans an sich in Ägypten nicht vermag, das werden die europäischen Schiffe auch nicht vermögen, solange sie nicht eine Armee dort ausschiffen, was nicht in der Absicht liegt. Ich kann daher nur raten, es mit der Entsendung eines großherrlichen Kommissars mit hinreichender Vollmacht und ohne Bezugnahme auf europäische Schiffe zu versuchen.*“

Schon bevor dieser Rat in Konstantinopel eintraf, war dort die Entsendung eines solchen Kommissars nach Kairo zur Wiederherstellung der Ordnung beschlossen, Marschall Derwisch Pascha dazu ernannt worden. Hiermit jedoch hielt Abdul Hamid das Dringlichste für getan, die Konferenz daher für überflüssig und protestierte gegen ihren Zusammentritt. Die Westmächte indessen bestanden darauf, und als Rußland dem sofort zustimmte, befahl Bismarck telegraphisch Österreich und Italien zu gleicher Haltung zu bewegen, um nicht hinter der Bereitwilligkeit Petersburgs zurückzustehen, weil „*eine spröde Zurückhaltung der anderen Kabinette leicht zu einer nicht erwünschten Gruppierung der Mächte führen könne*“[159]). Auf keinen Fall sollte eben die Einigkeit der Ostmächte als zweifelhaft erscheinen oder etwa gar ein isoliertes Zusammengehen Rußlands mit England und Frankreich zur Wirklichkeit werden.

Mit ebenfalls auf die Gefährlichkeit dieser Konstellation hinweisender Begründung wurden die eigenen deutschen Bemühungen, die Pforte zum Nachgeben zu bewegen, fortgesetzt. Indessen legte Bismarck hierbei den

größten Wert darauf, nicht etwa im Sultan den Glauben zu erwecken, Deutschland sei in das Lager seiner Gegner übergegangen. Hirschfeld mußte ihm ganz vertraulich mündlich eröffnen, *„daß er in unsrer Unterstützung der neusten westmächtlichen Demarche nicht einen Mangel an Interesse und Wohlwollen für ihn erblicken möge. Wir hätten Grund zur Annahme, daß, falls wir uns von der Demarche ferngehalten hätten, möglicherweise eine anderweitige Gruppierung der Mächte, ohne uns, herbeigeführt worden sei, die den türkischen Interessen gefährlicher werden könnte als die jüngsten gemeinsamen Vorstellungen zugunsten der Konferenz. Unsere Teilnahme an gemeinsamen Schritten der Mächte gewähre uns die Möglichkeit, das Vorgehen derselben zu kontrollieren und unter Umständen der Türkei nützlich zu sein. Wenn wir uns isolierten und außerhalb des europäischen Konzerts stellten, vermöchten wir das nicht.*" Noch einmal sprach er seine Überzeugung aus, daß der Sultan durch das Fernbleiben von der Konferenz sich selbst schädige. *„Die Konferenz werde sich so sehr auf die Mitwirkung des Sultans angewiesen finden, daß sie Beschlüsse, die den türkischen Wünschen entgegen seien, nicht fassen könne"*[160]).

Diesen Druck verstärkte Bismarck noch, als die Notwendigkeit schnellen Handelns sich erwies durch die schweren fremdenfeindlichen Unruhen in Alexandrien am 11. Juni[161]). Die Dinge komplizierten sich neu, indem England zwar als Ziel der Konferenz die türkische Intervention aufstellte, jedoch sie an feste Bedingungen binden wollte: höchstens einen Monat dürften ihre Truppen in Ägypten bleiben, falls nicht der Khedive und die Mächte einer längeren Dauer zustimmten. Dies lehnte Abdul Hamid als unvereinbar mit seinen Souveränitätsrechten ab und protestierte nun erst recht trotz Bismarcks Rat gegen die Konferenz.

Wieder einmal hatte sich der Wagen der Kollektivität festgefahren, und wieder ist der tote Punkt überwunden worden durch Bismarcks Hervortreten. Er entschloß sich hierzu, nicht um die Lage durch Einschaltung der weniger Beteiligten noch weiter zu erschweren, sondern um den Fortbestand des europäischen Konzerts zu ermöglichen. Eigene Aktivität erschien im Augenblick erheblich weniger gefährlich, nachdem seine auf der Einigkeit der Ostmächte basierende Politik einen großen Triumph errungen hatte mit der Entlassung Ignatiews aus seinem Amt als Innenminister am 13. Juni. Obgleich den Anstoß hierzu offenbar rein innenpolitische Erwägungen abgegeben haben[162]), war das Ausscheiden dieses Mannes von hoher Bedeutung auch für die Außenpolitik. Giers war seines zur Zeit gefährlichsten Gegenspielers ledig, die Aussicht auf weitere Zusammenarbeit der drei Kaiserhöfe entscheidend gebessert. Damit war für Bismarck der psychologisch günstigste Moment gekommen, um zur Initiative überzugehen. Sein Vorstoß konnte erfolgen mit verstärkter Rückendeckung und verringertem Risiko.

Wenn Lord Ampthill glaubte, die neue deutsche Aktivität damit erklären zu sollen, daß Bismarck als Gegengewicht gegen die im Reichstag

erlittene Niederlage im Streit um das Tabakmonopol den deutschen Einfluß in der Türkei und in Ägypten zu erhöhen wünsche[163]), so ist das ganz gewiß nicht die eigentliche Absicht gewesen. Entscheidend war vielmehr auf der einen Seite die Sorge, daß ernste Verwicklungen eintreten könnten, wenn es nicht gelinge, in dieser die Allgemeinheit berührenden schwerwiegenden Frage die Einheitlichkeit des Konzerts zu wahren, und auf der anderen Seite der Wille, den Westmächten die Möglichkeit zu weiterem Vorgehen zu schaffen, von dessen Rückwirkungen er sich in Zukunft, in einem dem deutschen Vorteil besser entsprechenden Moment, den Bruch ihrer diplomatischen Entente versprach. Wie die Dinge jetzt noch lagen, bestand in England und Frankreich der Wille und auch die Möglichkeit sich zu verständigen, so daß sie sich, falls ihnen von außen Hindernisse bereitet würden, nur noch fester zusammenschließen würden. Solange sich also ihre Wege in Ägypten nicht endgültig getrennt haben würden, hatte Deutschland das Interesse, das Seine dazu beizutragen, um die Einigkeit aller sechs Großmächte zu erhalten.

So machte Bismarck auf einem Diner, das er sämtlichen Botschaftern gab, den Vorschlag, trotz des Protestes der Türkei die Konferenz auch ohne diese sofort beginnen zu lassen[164]). Indem er hiermit gegen den ausgesprochenen Wunsch des Sultans verstieß, beruhigte er ihn gleichzeitig, sein Vorgehen richte sich nicht gegen ihn, sondern verhindere Schlimmeres; jetzt trete die Konferenz zusammen ohne ein die Türkei in der Freiheit ihrer Entschließungen einengendes Programm[165]). Auch Hatzfeldt erläuterte dem türkischen Botschafter Sadullah Pascha den Vorgang dahin, der Reichskanzler habe „*durch seine persönliche Einwirkung, die er nur in den seltensten und wichtigsten Fällen im Interesse des Friedens eintreten läßt, auch dem Sultan einen wesentlichen politischen Vorteil zuzuwenden geglaubt*"[166]). Daß Bismarck in der Tat nicht die Rücksicht auf die Türkei beiseiteschieben wollte, geht aus seiner auch in diesem Augenblick wiederholten Mahnung an England hervor, die Pforte nicht zu übergehen, wenn es sich durch die Unruhen zur Besetzung des Suezkanals genötigt sehen sollte[167]). Dafür, daß es notfalls zu dieser Maßnahme werde greifen müssen, hatte er volles Verständnis; in sein Spiel paßte ein solcher Schritt ja auch gut hinein. „*England braucht Suez wie das tägliche Brot*", lautet ein Marginal zu einem Bericht Hohenlohes vom 21. Juni, und in vertrautem Kreise tat er den Ausspruch: „*Wenn ich Engländer wäre, ich wäre längst am Suezkanal*"[168]). Er blieb also bei seinem Bemühen, englische und türkische Interessen miteinander zu versöhnen. Abdul Hamid ließ sich jedoch nicht umstimmen, und so trat die Konferenz ohne ihn am 23. Juni zusammen. Das europäische Konzert war wieder als höchste Instanz von allen Großmächten anerkannt und mußte formell in Aktion treten. Deutschland hatte die Hand im Spiele und somit die Möglichkeit, alle sich je nach der eintretenden Entwicklung bietenden Gelegenheiten auszunutzen.

13. Die Botschafterkonferenz in Konstantinopel

Genau dasselbe Verfahren, das wir bei dem griechischen Grenzstreit beobachtet haben, war Bismarck auch diesmal einzuschlagen gewillt: nachdem er seinen Rat erteilt hatte, wie über den toten Punkt hinwegzukommen sei, überließ er bei der praktischen Ausführung den unmittelbar Beteiligten den Vorantritt, zog sich daher sofort in die alte Reserve zurück und hütete sich insbesondere, durch irgendwelches aktives Eingreifen in dem eigentlichen Brandherd Ägypten eine Verantwortung zu übernehmen. Als der Generalkonsul in Kairo von Saurma die Ansicht aussprach (22. Juni), dauernde Ordnung zu erreichen sei zwar schwierig, aber durchaus möglich, wenn nur die Voraussetzung erfüllt würde, „*daß in der hier stets irritierenden Sonderpolitik Englands und Frankreichs eine Wendung eintritt*", urteilte der Kanzler: „*Kaum zu erwarten; für uns auch kein Bedürfnis, dem wir andere unterzuordnen hätten . . . Wir sind nicht berufen, die undankbare Rolle tugendhafter Weltverbesserer in Ägypten zu spielen.*" Deshalb mißbilligte er es, daß Saurma sich bewegen ließ, dem Khediven, wenn auch in inoffizieller Form, seinen Rat zu erteilen. Wie recht Bismarck hatte, daß höchste Vorsicht notwendig sei, beweist die alsbald erfolgende, den Sachverhalt grob verfälschende Darstellung des französischen Vertreters in Kairo, die Bildung des neuen Kabinetts sei „auf Befehl Herrn von Bismarcks" erfolgt[169]). In wirklichen Zorn aber geriet der Kanzler, als Saurma bei den zunehmenden Zwistigkeiten zwischen der vor Alexandrien ankernden britischen Flotte und den Streitkräften Arabis es als wünschenswert bezeichnete, die Engländer zur Ruhe zu mahnen. Eine solche Stellungnahme gegen Aktionen, die England als notwendig erachtete, war genau das, was Bismarck unbedingt im allgemeinen deutschen Interesse vermeiden wollte. Dadurch erklärt sich die Schärfe seines am 7. Juli aus Varzin ergehenden Diktates:

„*Ich habe die Kritik des Barons Saurma über das Verhalten des englischen Admirals und sein Petitum, ‚denselben als überlegungslos in ernstester Weise zur Ruhe zu mahnen', mit Bedauern gelesen, weil ich darin zum erstenmal einen unpraktischen Eindruck von dem Verhalten unsres Vertreters empfange. Unsere Aufgabe ist nicht, den englischen Admiral, sondern Saurma zur Ruhe zu ermahnen. Derselbe hat sich in das Verhalten einer der europäischen Mächte nicht einzumischen, resp. Petita dahin zu stellen, wenn nicht deutsche Interessen das notwendig machen. Dieser Fall liegt hier nicht vor. Es ist schwer zu beurteilen,*

ob vom Standpunkt der englischen Interessen aus das Verhalten des Admirals richtig oder unrichtig war, und ich bin froh, daß ich darüber nicht zu entscheiden habe. Ob es im ägyptischen, orientalischen, westmächtlichen Interesse liegt, geht uns auch nichts an. Selbst die Frage, ob es im europäischen liegt, berührt uns nicht immer, und behalte ich mir darüber Seine Majestät zu beraten ausschließlich vor. Saurma läuft, wie dies deutschen Agenten in minder zivilisierten Ländern öfters passiert, Gefahr, die Dinge objektiv nach ihrer Nützlichkeit für andere zu betrachten und dabei den Standpunkt zu verlieren, der allein für ihn der richtige ist und der ausschließliche bleiben muß — den der deutschen Interessen und die egoistische Wahrnehmung derselben. Er verfällt damit dem bedauerlichsten politischen Fehler unseres Nationalcharakters: der kosmopolitischen Objektivität.

Ich hätte gewünscht, daß dieser Teil seines Telegramms unseren Botschaftern nicht mitgeteilt worden wäre, weil ich befürchte, daß einer oder der andere daraus schließen könnte, daß die Kaiserliche Regierung sich diese in ihrem Wortlaut sehr scharfe Kritik des englischen Admirals aneigne. Wir würden damit die Grenzen überschreiten, welche unsere Beziehungen zu England uns notwendig ziehen, und zu unbegründeten und mißliebigen Vermutungen über unsre Politik Veranlassung geben. Der englische Admiral wird voraussichtlich nichts tun, wozu er nicht telegraphisch ermächtigt ist, und bei den Schwierigkeiten, mit welchen das englische Ministerium sich zu einer energischen Politik widerwillig entschlossen hat, reicht möglicherweise jede unberufene Kritik einer Macht wie Deutschland hin, um den Vorwand zum Rückfall in die frühere Unentschlossenheit auf unsere Kosten zu gewähren. In schwierigen Lagen, wo jeder sich nach Möglichkeit zurückhält, gehört viel weniger als ein so scharfer Tadel dazu, um daraus Schlüsse auf die Hintergedanken einer großen Macht zu ziehen, deren Politik mit Überlegung geleitet wird. Ich wenigstens würde, wenn ich ein englischer Minister wäre, ein solches Symptom als sehr bedeutsam für die weitere Politik meines Landes ansehen"[170]).

Was hier dem Vertreter in Ägypten eingeschärft wurde, hat den Leitgedanken für Deutschlands Haltung auf der Konstantinopler Konferenz abgegeben. Äußerste Vorsicht war erst recht geboten, weil Bismarcks von vornherein bestehende Zweifel an ihrer Fruchtbarkeit sich inzwischen noch wesentlich vermehrt hatten. „*Ich habe*", schrieb er dem Auswärtigen Amt am 29. Juni, „*die Konferenz von Hause aus als ein Notbehelf des Augenblicks angesehen und amtlich ausgesprochen, daß wir, zur Konferenz versammelt, nicht mehr wissen und vermögen werden als alle Einzelnen bisher. Wir haben dem Drängen der Westmächte, besonders Frankreichs, nachgegeben, aber kein Motiv, uns mit dem Sultan zu verfeinden oder Verantwortungen durch Beteiligung oder durch Mandat zu übernehmen, welche ich vor dem Deutschen Reiche nicht vertreten könnte. Allerdings ist auch zu wünschen, daß der Sultan sich nicht mehr mit dem Wahn schmeichelt, als könnten wir oder Österreich für ihn den Degen ziehen, wenn er sich die Westmächte auf den Hals ladet.*"

England und Frankreich hatten den Konferenzgedanken angeregt, zu dessen Verwirklichung hatte Bismarck ihnen verholfen, nunmehr aber sah er es als ihre Sache an, positive Vorschläge für die zu fassenden Beschlüsse zu unterbreiten. Je deutlicher in dieser Beziehung die Initiative ihnen überlassen wurde, um so wahrscheinlicher würden sie untereinander uneins werden. Indem Bismarck gemäß dieser Erwartung handelte, machte er sich das Urteil eines englischen Ministers zu eigen, der zu Münster sagte: „*Wenn zwei Leute zusammen Arm in Arm auch über den kleinsten Graben springen wollen, fallen sie sicher beide hinein. So ist es uns mit Frankreich gegangen. Liegt man erst im Wasser, so sieht dann jeder zu, wie er herauskommt, und bekümmert sich nicht mehr um seinen Freund. Kommen sie beide heraus, so fallen sie übereinander her*“[171]).

Um ein wenn auch in den Folgen nicht so weit gehendes, aber ähnlich geartetes Ergebnis nicht zu gefährden, wehrte sich Bismarck jetzt dagegen, den Westmächten eine geschlossene Front der vier anderen entgegenzustellen, so sehr ihm sonst an deren Zusammehalt selbstverständlich auch weiterhin gelegen war. Die ägyptische Frage erschien ihm jetzt nicht mehr als der geeignete Punkt, diesen äußerlich in Erscheinung treten zu lassen, weil das von starker und unerwünschter Wirkung in London und Paris hätte sein können. Darum predigte er in Wien, Petersburg und Rom die gleiche Zurückhaltung, die er sich selbst auferlegte. Er fand es sehr richtig, daß Österreich unter dem Gesichtspunkt an das Problem heranging, zu verhindern, daß die von der Südküste des Mittelmeers abgedrängte Pforte sich wieder stärker dem Balkan zuwendete[172]). Das offene Eingeständnis des Grafen Kálnoky, er wisse die Fäden nicht zu entwirren, beantwortete er: „*ich auch nicht, habe mich aber auch nie dazu verpflichtet und nicht die Aufgabe*“, reserviertes Verhalten sei für alle vier Mächte geboten; „*die Frage brennt uns nicht; was Deines Amtes nicht ist, da laß Deinen Fürwitz.*“ Den italienischen Wunsch eines Ideenaustauschs zu viert lehnte er ab: „*dazu gehören Ideen; die erwarten wir von den Westmächten als Interessenten und Berufene*“[173]).

Erst recht schließlich wollte er nichts wissen von dem russischen Vorschlag einer gemeinsamen Sondierung aller vier Kabinette in London. Diese Anregung Saburows hat ihn sehr beschäftigt und in Sorge versetzt, mehrfach ist er auf sie zurückgekommen, weil er dahinter die Absicht witterte, Deutschland und England zu verfeinden, und demnach glaubte, sie als Symptom für die Unzuverlässigkeit der russischen Politik deuten zu müssen. Neben zahlreichen Marginalien hat er sich am eingehendsten dazu geäußert in einem Diktat vom 4. Juli aus Varzin.

Es ging davon aus, daß man sich auf die von Saburow vorgeschlagene Politik nur einlassen könne, wenn man volles Vertrauen auf die Stetigkeit der russischen hätte: „*Sobald die sich aber ändert, wird die Spaltung der Mächte*

in zwei und vier erstens die Folge haben, daß die beiden Westmächte sich näher aneinander schließen und sich à tout prix verständigen, und zweitens, daß Rußland in die Lage kommt, durch Vertretung westmächtlicher Auffassungen im Lager der vier Mächte einen starken diplomatischen Druck üben zu können; ferner, daß auch Italien durch westmächtliche Anbietungen beeinflußt werden kann, so daß Österreich und wir in dem anscheinend stärkeren Lager der vier die einzig gegenseitig sicheren Genossen sein würden. Aus diesem Grunde bin ich gegen eine Sondierung oder Pression à quatre in London oder Paris, ebenso aber gegen jede verletzende Behandlung des Sultans.

Die Frage, was in und aus Ägypten wird, kann für uns doch immer nur sekundär sein; darüber dürfen wir uns durch das für ehrliche Regierungen natürliche Streben, überall, auch in Ägypten, das objektiv Beste zu wollen, nicht täuschen lassen. Es kann in Ägypten sehr schlimm werden, ohne daß die Folgen davon für Österreich und Deutschland auch nur annähernd so schwerwiegende sein würden, wie die einer Politik, welche England — und zwar nicht Gladstone, sondern das englische Volk — in den Gegensatz zu den deutschen Mächten brächte. Das Auftreten einer Quadrupelallianz, wenn auch nur in den unbestimmten Umrissen, aber mit der erkennbaren Absicht, die Verlegenheiten Englands zu steigern, würde einen außerordentlich bequemen Vorwand abgeben, die Ungeschicklichkeiten der englischen Politik von Gambetta-Dilke bis heute in Vergessenheit zu bringen und an ihrer Stelle die grundlose, durch keine eigenen Interessen gerechtfertigte Bedrohung Englands durch uns und Österreich zum Ableiter der öffentlichen Verstimmung zu machen. Ich halte nicht für ausgeschlossen, daß es in Rußland Politiker gibt, denen dieser Entwicklungsgang vorschwebt, und ob sie ans Ruder gelangen, hängt von uns nicht ab. Ich glaube nicht an eine englische kriegerische Aktion, weil ich mir nicht denken kann, daß sie, wenn sie sie ernstlich beabsichtigten, von dieser Absicht und von ihren Rüstungen so viel und so laut gesprochen hätten. Wenn die Tatsachen mir hierin Unrecht geben sollten, so wäre das auch noch kein Unglück, denn England würde mit seiner verhältnismäßig geringen Truppenzahl sich vor einer sehr schwierigen Aufgabe befinden, und wenn es die wider Erwarten vorläufig löste, in einer Position, welche der Eifersucht aller Mächte einschließlich Frankreichs und der Feindschaft der vergewaltigten Türken und Ägypter gegenüber, namentlich mit mohammedanischen Truppen auf die Dauer kaum zu halten sein würde.

Alle diese Eventualitäten sind, für Deutschland wenigstens, und ich glaube auch für Österreich, nicht annähernd so wichtig wie die Kränkung des britischen Nationalgefühls, wenn sie tiefgehend und dauerhaft ist; und das könnte sie leicht werden, wenn man dieser Nation in der schwierigen Lage, in welche das Ungeschick ihrer jetzigen Regierung sie gebracht hat, noch die Demütigung zufügte, die eine Maßregelung leichtsinniger Politik durch eine überlegene Koalition in den Herzen der Völker zurückzulassen pflegt. Ich glaube, daß wir jeden Akt der Selbsthilfe, durch welchen die Westmächte ihrerseits versuchen könnten, sich

aus ihren selbstgeschaffenen Verlegenheiten herauszuziehen, weder hindern noch fördern, sondern mit nachbarlichem Wohlwollen sich entwickeln lassen sollten. Ich bin überzeugt, daß wir dabei keinen Schaden leiden werden, wenn wir unserem tolerari posse nach beiden Seiten hin weite Ausdehnung geben, es dagegen vermeiden, uns mit einer von beiden Seiten solidarisch zu erklären.

Daß wir weder für eigensinnige Weigerungen des Sultans mit unsrer Macht einstehen noch militärische Exekutionen im Interesse der Westmächte resp. Italiens unsrerseits vollziehen werden, nehme ich als beiderseits[174]*) einverstanden an, aber auch die Erteilung eines Mandats an irgendwelche Mächte geht über das Maß dessen, was ich glaube in Deutschland verantworten zu können. Meinungsverschiedenheiten darüber sind mit Zwistigkeiten zwischen Mandant und Mandatar gleichbedeutend.*"

So tief war sein Mißtrauen gegen Rußland, daß er schon am nächsten Tage (5. Juli) noch einmal dem Auswärtigen Amt schrieb: „*Die Lebhaftigkeit, mit der die Russen Verständigung à quatre und mit Spitze gegen die Westmächte betreiben, hat mir etwas Verdächtiges. Koalition zu viert erschwert die Verständigung zu sechst*", und daß er am 8. Hatzfeldt beauftragte, Kaiser Wilhelms Genehmigung einzuholen, „*daß wir uns sorgfältig hüten, zu irgendwelcher antiwestmächtlichen Operation à quatre die Hand zu bieten oder auf die isolierten Entschlüsse der Westmächte durch Kritik, Ratschläge oder gar Pression irgenwie einzuwirken.*"

Deutlich läßt Bismarcks Diktat erkennen, daß er damit gerechnet hat, die ägyptischen Wirren würden zu Gladstones Sturz führen, und daß er für diese Eventualität dessen Nachfolger den Weg nach Berlin nicht verbauen wollte. Sein staatsmännisches Gefühl für das richtige Maß verbot ihm, sich eine große Nation dadurch dauernd zu verfeinden, daß er in ihrem Herzen den Stachel zurückließ, durch überlegene Koalition an der Durchführung von als berechtigt und notwendig empfundenen Maßnahmen gehindert zu werden. In dieser Hoffnung, dereinst mit einem konservativen Kabinett engere Zusammenarbeit aufnehmen zu können, stoßen wir auf einen weiteren Grund, warum der Reichskanzler auf der Konstantinopler Konferenz es für angebracht hielt, sich vorsichtig im Hintergrund zu halten. Aus ihr ist es zu verstehen, wenn er am 9. durch seinen Sohn Herbert dem Auswärtigen Amt schreiben ließ, „*unsrerseits dürfe nichts, was die Engländer täten, auch nur mit einem schiefen Blick angesehen werden, sondern wir müßten alles ganz ruhig geschehen lassen, so z. B. auch wenn sie zur Besetzung des Suezkanals schreiten sollten.*"

Weder also selbst aktiv einzugreifen noch den Westmächten hierfür ein Mandat auszustellen, war sein Entschluß. Das letztere bedeutet, daß er seine Vorsicht sogar noch weiter getrieben hat, als er ursprünglich für nötig erachtet hatte. Denn im Anfang war ein solches Mandat ihm nicht indiskutabel erschienen. Jetzt aber wies er den Gedanken ab, und wir werden ver-

folgen, wie sein Widerstand dagegen mit längerer Konferenzdauer nur noch heftiger geworden ist. Es blieb bei Deutschlands „tolerari posse", eigene Verantwortlichkeit sollte es nicht auf sich laden. Gegenüber Versuchen, sie ihm doch in irgendeiner Form zuzuschieben, hat er sich auch hinter seiner Krankheit verschanzt. Unter Berufung auf sein Befinden, das ihm das bisherige Arbeitsmaß nicht weiter gestatte, wies er am 9. Juli Hatzfeldt an, jetzt, nachdem die großen Richtlinien feststünden, selbständiger ohne Rückfragen in Varzin zu handeln, zumal „*für uns nach der Lage der Dinge und nach den von Seiner Majestät genehmigten Erfordernissen unsrer Politik auf allen Gebieten, namentlich aber auf dem orientalischen, keine aktive Mitwirkung, sondern ein reserviertes Abwarten der Entschließungen der Anderen indiziert ist. Wir werden uns von keiner Maßregel ausschließen dürfen, über welche die andern fünf Mächte einig sind, selbst wenn sie dem Sultan unerwünscht sein sollte. Aber wir haben auch keinen Beruf, jene Einigung der fünf Anderen in irgend einem Punkte zu fördern oder einer der Westmächte von irgendwelcher selbständigen Entschließung abzuraten, geschweige denn sie zu hindern.*"

Jedoch, es durfte auch dem Vorwurf kein Grund geboten werden, daß Deutschlands Passivität, indem sie den Sultan zum Widerspruch ermuntere, das Werk der Konferenz sabotiere. Gemäß der erhaltenen Instruktion hat daher Hirschfeld, als alle anderen sich einigten, den Sultan um militärische Intervention in Ägypten zu ersuchen, sich angeschlossen, obwohl die von Bismarck mißbilligten beschränkenden Bedingungen aufrechterhalten blieben. Selbst Frankreich hatte seinen bisher so konsequent erhobenen Protest fallen lassen. Denn in der Furcht, in eine unübersehbare militärische Expedition hineingezerrt zu werden, die ihm die Mißbilligung des Parlaments einbringen würde, hatte Freycinet die französischen Schiffe von Alexandrien zurückgezogen und die Engländer dort allein gelassen; um diesen jedoch nicht völlig freies Feld zu geben, stimmte er nunmehr für die türkische Intervention als das kleinere Übel. So lag die Einstimmigkeit vor, von der Bismarck sich keinesfalls ausschließen wollte.

Die Konferenz richtete offiziell das Ersuchen an den Sultan, Truppen nach Ägypten zur Wiederherstellung der Ruhe zu entsenden. Dabei entsprach es ganz der bisherigen deutschen Politik, wenn Bismarck noch einmal der Pforte ausdrücklich die Hoffnung nahm, im Falle der Weigerung den Beistand des Reiches zu finden. „*Die Frage wäre für den Sultan*", lautet ein Varziner Diktat vom 5. Juli, „*doch schließlich die, ob er glaubte, den vereinten Westmächten, denen sich auch Italien zugesellen könnte, mit seinen Defensivmitteln gewachsen zu sein, falls sie Gewalt brauchten. Wenn die Konferenz sich nicht über ein Mandat einigte, so wäre es wahrscheinlich, daß die Westmächte auch ohne ein solches ihre Interessen nach Kräften wahrnehmen würden und der Sultan sich dann möglicherweise völkerrechtlich oder doch faktisch im Kriege mit England, Frankreich, vielleicht auch mit Italien befinden würde. Wenn er in*

diesem Falle darauf rechnete, daß die drei Kaisermächte der Pforte kriegerisch beistehen würden, so wüßte ich nicht, ob er dafür von seiten der andern Mächte Indizien hätte; für Deutschland würde es schon aus konstitutionellen Gründen absolut unmöglich sein, einen großen europäischen Krieg aus andern Motiven als wegen direkter Bedrohung Deutschlands und seiner Interessen zu unternehmen. Wir würden nicht imstande sein, dem Reichstage oder der öffentlichen Meinung nachzuweisen, daß dieser Fall hier vorliege, und also nicht einmal die Geldbewilligungen erhalten, die ein so gewaltiger Krieg wie zwischen Deutschland und den Westmächten erforderlich machte, und noch weniger könnten der Kaiser und die deutschen Fürsten, deren Zustimmung zu einer Kriegserklärung erforderlich sei, ihrerseits das Reich den Opfern und Gefahren aussetzen, welche ein Krieg so großer Völker untereinander unter allen Umständen im Gefolge hätte, zumal die geographische Lage es mit sich brächte, daß die Kriegslasten, auch wenn andere sie teilten, in der Hauptsache auf Deutschland ruhten.

Diese Erwägungen sind bei uns jedermann im Volke so einleuchtend, daß es niemand für erforderlich hält, sie öffentlich auszusprechen, aber dennoch halte ich es für eine Pflicht der Loyalität, der Pforte, wie ich das schon Reschid und Nizami im vergangenen Dezember ausgesprochen habe, keinen Zweifel darüber zu lassen, daß wir der Türkei als einem befreundeten Staat unsre volle Sympathie widmen, ernsthafte Kriege aber nur dann vor dem deutschen Volke verantworten können, wenn sie zur Verteidigung der Unabhängigkeit oder der Ehre Deutschlands notwendig sind. Wir würden es daher bedauern, wenn der Sultan über die Grenze, bis zu welcher Seine Majestät der Kaiser imstande ist seine Freundschaft praktisch zu betätigen, sich Täuschungen hingäbe. Die Pforte wird die Erfordernisse ihrer Politik selbst am richtigsten beurteilen, aber wenn dieser Beurteilung die Voraussetzung der Möglichkeit zugrunde läge, daß die deutsche Kriegsmacht direkt oder indirekt in ägyptischen Angelegenheiten intervenieren könnte, so sind wir der befreundeten Macht schuldig, diesen Irrtum rechtzeitig zu berichtigen. Die ägyptische Frage birgt für uns keine Eventualitäten, an denen eine bewaffnete Intervention Deutschlands zulässig wäre. Solange die Konferenz währt, werden wir auf derselben bemüht sein, im Sinne der Mäßigung und der Achtung vor den Rechten und der Würde des Sultans zu wirken. Wir können aber nicht vorhersehen, welches die Entschließungen der einzelnen Mächte im Falle fruchtlosen Verlaufes der Konferenz sein werden, und sind außerstande, dieselben zu kontrollieren oder zu hemmen, solange und soweit sie keine für die eigenen Interessen des Deutschen Reiches schädliche oder bedrohliche Wendung nehmen.“

Weil der Kanzler die Verständigung der Türkei mit den Mächten wünschte, bedauerte er ihr Fernbleiben von der Konferenz. Zu der Erkenntnis, hiermit einen schweren Fehler begangen zu haben, kam aber auch Abdul Hamid selbst unter dem Eindruck der umfassenden britischen Vorbereitungen für militärischen Zugriff, der sich als nötig herausstellte, weil die Flottendemonstration ihren Zweck, die ägyptischen Nationalisten einzuschüchtern,

keineswegs erfüllte. Darum ließ der Sultan am 9. Juli durch Hirschfeld in Berlin anfragen, ob Bismarck auch jetzt noch die nachträgliche Teilnahme an den Beratungen für nützlich erachte. Er erhielt die Antwort[175]), dieser Entschluß würde nicht nur im europäischen Interesse zu begrüßen sein, sondern auch im eigenen der Türkei, „*da dieselbe den Frieden brauche und da ihre Beteiligung an der Konferenz im Interesse des Friedens sein würde*". In korrektester und loyalster Weise hat Bismarck also alles in seiner Kraft Stehende getan, um der Konferenz zu einem Erfolg zu verhelfen.

An dem gleichen Tage jedoch, an welchem dieser Erlaß nach Konstantinopel abging, änderte sich die Lage von Grund aus durch die Beschießung Alexandriens. Sie war der Beginn von Englands isolierter Aktion, und automatisch trat Hochspannung mit Frankreich ein. Kurz zuvor, als ein derartiges Ereignis schon vorherzusehen war, hatte Bismarck konstatiert, „*die Gefahr des engen Anschlusses der beiden Westmächte sei vielleicht schon überwunden, aber wir müßten uns auch ferner hüten, etwas zu tun, was beide aufeinander anwiese*"[176]). Seine Berechnung begann sich als richtig zu erweisen, um so mehr verblieb er auf der bewährten Linie.

Deshalb war es ihm in hohem Maße unerwünscht, daß Graf Münster sich für einen neuen englischen Versuch hergab, Bismarck zu deutlicher Stellungnahme zu veranlassen. Am 10., also am Tage vor dem Bombardement sandte Lord Granville dem Botschafter einen Brief, in dem er abermals zu der schon mehrfach angewendeten Taktik griff, in strikt vertraulicher Form Bismarcks Rat zu erbitten: „*I have no right to press Prince Bismarck for any opinion, but I attach so much importance to whatever is settled being done with general assent of the Great Powers and I know so well the great influence which he exercises over their decisions, that I cannot help telling you, that if I knew his views as to the best means, failing the task of dealing with the general Epyptian question and with the protection of the Canal, I should consider it of great use. I should of course reserve a full liberty of action, but the knowledge of what the Chancellor thougt was practicable and desirable would be a most useful guide and probably prevent some unnecessary mistakes being made.*" Als dann die Nachricht von dem Bombardement Alexandriens eintraf, erneuerte der Minister seine Bitte in so dringlicher Weise, daß Münster sich verpflichtet fühlte, direkt nach Varzin zu telegraphieren, mit dem Hinzufügen, Lord Granville lasse ihm keine Ruhe, da das Kabinett vollständig ratlos sei.

Die Antwort jedoch, die er erhielt, war für ihn selbst keineswegs angenehm. Denn sie brachte ihm einen kaum verhüllten, scharfen Verweis, daß er sich für englische Zwecke habe mißbrauchen lassen, und lehnte es im übrigen eindeutig ab, in der eingetretenen kritischen Lage den gewünschten Rat zu erteilen. Gerade in diesem Augenblick, wo England zu handeln begonnen und damit die Trennung von Frankreich eingeleitet hatte, wo also das feste Engagement vorgenommen wurde, von dem sich Bismarck so

Günstiges für die Gesamtlage Deutschlands versprach, war er erst recht nicht bereit, die bisher beobachtete Vorsicht preiszugeben und sich der Gefahr auszusetzen, daß Deutschland in ausgesprochenen Gegensatz zu einer der Westmächte gerate.

„*Eurer Excellenz*", so lautet dies aus Varzin vom 14. Juli datierte Schreiben, „*danke ich für den Beweis Ihres Vertrauens auf meine Hingebung für den öffentlichen Dienst, der für mich in der Voraussetzung liegt, daß ich die Rücksicht auf meine Gesundheit beiseite setzen würde, sobald Lord Granville Ihnen den desfallsigen Wunsch ausdrückt. Ich bin aber überzeugt, daß Sie dem Wunsch des englischen Ministers nachhaltigen Widerstand entgegengesetzt haben würden, wenn Sie wüßten, wie leidend ich bin, besonders da es sich hier um Fragen handelt, deren Beantwortung für mich selbst dann unmöglich wäre, wenn ich volle Fühlung mit unseren eigenen Geschäften bis zum heutigen Tage hätte. Es würden mir auch dann die Stimmungen und Wünsche des englischen Volkes, daß Maß von Mitteln und von Risiko, dessen die englische Regierung ihre Zwecke wert hält, die Widerstandsfähigkeit der Ägypter, insbesondere aber die vorhandenen oder erstrebten Beziehungen Englands zur Pforte und zu Frankreich zu unbekannt sein, um eine Meinung aussprechen zu können, für welche ich die Verantwortung zu tragen bereit wäre.*

Daß ich von der Konferenz niemals erwartet habe, wir würden, zu ihr vereint, Mittel finden, die uns bisher nicht bekannt gewesen wären, ist Ew. Exc. bekannt. Die Konferenz konnte nur dann ein Resultat haben, wenn die Westmächte auf ihr von Hause aus vereint mit einem bestimmten Plan den anderen Mächten gegenüber getreten wären, welcher entweder die türkische Intervention unter Bedingungen, die dem Sultan annehmbar waren, herbeiführte oder den übrigen Mächten Sicherheit über das gab, was die Westmächte zur Wahrung ihrer Interessen zu tun beabsichtigten, wenn die türkische Intervention versagt wurde. Ich habe mich meinerseits jeder Zeit außerstande erklärt, verantwortliche Vorschläge auf einem Terrain zu machen, welches ich nicht übersehe, und wo die Ausführung des Vorgeschlagenen und Angenommenen in den Händen anderer Mächte mit möglicherweise anderer Politik läge. Diese Ansicht habe ich noch heute: es würde ein politischer Charlatanismus sein, wenn die deutsche Regierung und ich persönlich die Heilung einer Krankheit übernehmen wollten, ohne die Krankheit und die Mittel beurteilen zu können. Ein deutscher Antrag auf der Konferenz steht nicht in Aussicht. Wir haben die Konferenz aus Gefälligkeit für die anderen Mächte und namentlich wegen der Dringlichkeit Frankreichs beschickt, um nicht unwillfährig zu erscheinen; aber die Konferenz wird hier so wenig den Stein der Weisen entdecken wie bei Dulcigno. Wenn Lord Granville anzunehmen scheint, daß bei uns irgendeine politische Weisheit vorhanden wäre, die nicht in jedermanns Bereich läge, so ist das sehr schmeichelhaft für uns, aber ein Irrtum. Wir kochen mit Wasser wie alle anderen und sind froh, wenn wir unsere eigene Küche so versehen, daß wir keine Not leiden. Aus den divergieren-

den Interessen der Konferenzmächte, den eingestandenen wie den uneingestandenen, vermag ich ein praktisches Ergebnis weder zu ziehen noch zu erwarten. Ich will damit den Abbruch der Konferenz nicht befürworten; ein solcher würde falsche Eindrücke im Publikum machen. Ich will nur meiner Ansicht Ausdruck geben, daß die Mächte, welche wesentliche Interessen im Orient wahrnehmen wollen, solche selbst mit eigener Initiative und mit Energie vor allen Dingen vertreten müssen. Für England wird das Verständnis mit Frankreich und mit dem Sultan, oder doch mit einem von Beiden, viel notwendiger sein als mit uns. Wir werden aus Gründen allgemeiner Politik England in der Wahrnehmung seiner Interessen kein Hindernis in den Weg legen, so lange eigene wesentliche Interessen Deutschlands nicht im Spiele sind, und das ist ein Fall, dessen Wahrscheinlichkeit in den orientalischen Fragen nicht absehbar ist. Von uns hat England kein Hindernis in der Wahrnehmung seiner Interessen zu erwarten; aber wir können uns auf eine aktive Vertretung derselben über das Maß der eigenen Interessen nicht einlassen. Frankreich, die Türkei und selbst Italien und Österreich stehen den Dingen näher, und es wäre daher meines Erachtens Aufgabe der englischen Politik, mit einer oder einigen dieser Mächte einen modus vivendi zu suchen, über welchen die sechs oder sieben Mächte sich schwerlich einigen werden, wenn auch die Minderbeteiligten auf Widerspruch verzichten. Wir würden beispielsweise niemals in der Lage sein, anderen Mächten ein verantwortliches Mandat zu erteilen, aber wir würden ein sehr weitgehendes tolerari posse haben und von unserer liberty of action keinen böswilligen Gebrauch machen, wenn interessierte Mächte sich selbst helfen. Hierzu wird England vielleicht gezwungen sein, wenn es seiner Regierung nicht gelingt, die oben angedeutete Verständigung mit Frankreich und der Türkei oder mit einer von Beiden diplomatisch herbeizuführen. Ich halte diese Verständigung außerhalb der Konferenz leichter erreichbar als unter der Mitwirkung von sechs anderen Mächten, denen sie nicht allen erwünscht sein würde.

Schon diese Betrachtungen sind kaum zur Mitteilung an Lord Granville geeignet, da wir keine Bürgschaft haben, ob sie nicht im Parlament oder in vertraulichen Besprechungen mit anderen Mächten transpirieren würden. Noch weniger kann ich mich aber dazu verstehen, die guten Beziehungen Deutschlands zu anderen Mächten dadurch einer Schädigung auszusetzen, daß ich für die englische Politik Vorschläge machte, deren demnächstige Ausführung vielleicht andere Mächte gegen den Ratgeber sowohl wie gegen den Ausführer verstimmen könnten. Es gibt dort rivalisierende Interessen, welche einander ausschließen; wenn das nicht der Fall wäre, so würden die Verständigungen sich schon von selbst ergeben haben: so aber wird England sie entweder auf dem Wege do ut des erstreben, oder seine Interessen auf eigene Gefahr und Kosten wahrnehmen müssen. Wir holen keine Kastanien für andere aus dem Feuer; aber wir können es ohne Mißgunst mitansehen, wenn andere ihre eigenen sich selbst holen. Was ich tun würde, wenn ich englischer resp. französischer Minister wäre, werde ich

jedenfalls für mich behalten, denn dergleichen akademische Auslassungen sind in ihren Rückwirkungen gefährlich und doch ohne Nutzen.

Ich kann mich aber auch schon bis zur vorliegenden Grenze nur zu Euerer Excellenz aussprechen und muß Ihnen und Ihrer eigenen Verantwortlichkeit anheimstellen, ob und wie Sie Sich zu Lord Granville im vorstehenden Sinne äußern wollen.

Ich kann dieses Schreiben nicht schließen, ohne Ihnen mitzuteilen, daß das Diktat desselben für mich nicht ohne erhebliche körperliche Schmerzen tunlich ist, daß selbst der Kaiser, unser Allergnädigster Herr, die Gnade hat, jede Rückfrage bei mir sorgfältig zu vermeiden, und daß ich Ew. Exc. bitte überzeugt zu sein, daß mein Gesundheitszustand in der Tat jede Mitwirkung an den Geschäften ausschließt, auch wenn Lord Granville, oder wer es sonst in England sein mag, Ew. Exc. noch so dringlich bäte, mich ohne Berücksichtigung meines Gesundheitszustandes ins Gefecht zu ziehen. Daß ich auf eine so komplizierte Frage, welche nicht nur die ganze orientalische Frage, sondern das ganze europäische Staatensystem umfaßt, nicht telegraphisch antworten kann, wird selbst Lord Granville Ew. Exc. nicht bestreiten: es ist schon schriftlich in befriedigender Weise nicht möglich."

Diesmal ist also die englische Bitte um Rat fruchtlos geblieben. Das einzige Konkrete, was Lord Granville zu hören bekam, war die Versicherung, daß England von Deutschland kein Hindernis, aber auch keinen Beistand und kein Mandat zu erwarten habe, und wenn es auch wichtig war, dies nach Eintritt der Krisis bestätigt zu erhalten, konnte es doch für die britischen Staatsmänner nichts Neues darstellen. Sie mußten also die weiteren Entschlüsse ohne Rückendeckung fassen, während Deutschland sich alle Möglichkeiten offenhielt.

Trotz der Unzweideutigkeit, mit der ausgesprochen war, daß Deutschland ein Mandat für den militärischen Eingriff nicht erteilen werde, haben die Westmächte in den Verhandlungen der nächsten Wochen alles aufgeboten, ein solches von Gesamteuropa zu erlangen. Ursprünglich hatten sie in der Konferenz sich dafür eingesetzt, daß der Sultan zur Entsendung von Truppen aufgefordert werde. Aber sie hatten es getan nur in der sicheren Annahme, daß er sich weigern werde, wie das auch zunächst eintrat, weil es ihm in Rücksicht auf die Gefühle der mohammedanischen Welt unmöglich sei, seine ägyptischen Glaubensgenossen zum Vorteil der christlichen Großmächte zu züchtigen[177]), und gerieten in peinliche Lage, als Abdul Hamid seinen nachträglichen Frontwechsel vornahm: nicht nur trat er, entsprechend Bismarcks am 19. Juli wiederholtem Rat, der Konferenz doch noch bei, sondern erklärte sich auch zur Intervention bereit. Das entsprach weder Englands noch Frankreichs eigentlichem Wunsch; in der durch das Bombardement veränderten Lage erklärte England jetzt, die Türken nicht mehr alleine vorgehen lassen zu können und zog die Verhandlungen über ihre Beteiligung

an der eigenen Aktion hin, in Wirklichkeit gingen aber seine Anstrengungen dahin, von Gesamteuropa mit der Wiederherstellung der Ruhe beauftragt zu werden.

Bismarck indessen blieb dabei, daß es im eigenen Interesse der Westmächte liege, zur alten Tradition der Türkenfreundlichkeit zurückzukehren, den Sultan zu schonen und ihn nicht des Einflusses in Ägypten zu berauben. „*Ägypten und Suez*", ließ er durch seinen Sohn Herbert am 17. Juli dem Auswärtigen Amt schreiben, „*können niemals für englische Interessen in bessere Hände geraten, als in die einer mit England befreundeten Pfortenregierung, und wenn ich die englische Politik zu beraten hätte, so würde ich ihr empfehlen, Alexandrien für den Sultan als legitimen Souverän in Depot zu halten . . . Auch für Frankreich wird ein europäisch protegierter Herrscher am Bosporus immer noch ein weniger gefährlicher Nachbar in Afrika bleiben als ein arabisches Kalifat in Ägypten, welchem jede andere Basis als die des mohammedanischen Fanatismus abgeht. Glücklicherweise ist es nicht unsre Aufgabe, den Westmächten Vorschläge über deren eigene Interessen zu machen, und wir würden, wenn wir es versuchten, das Mißtrauen mindestens einer derselben, wenn nicht beider auf uns ziehen. Ich bitte daher das vorstehend Gesagte nur als weitere Motivierung der durch die Kaiserliche Instruktion bestimmten Politik zu betrachten und eventuell nach Bedürfnis zu verwerten.*"

Die Verhandlungen spitzten sich jetzt speziell auf das für die Allgemeinheit wichtigste Problem, den Schutz des Suezkanals, zu. Daß dieser Punkt in den Vordergrund rückte, war Bismarck willkommen, denn hier wurde England durch seine Lebensnotwendigkeiten gezwungen, nicht untätig zu bleiben, handelte es aber, so verbreiterte sich die Reibungsfläche mit Frankreich, und dann waren beide auf Deutschlands guten Willen stärker angewiesen. Um dieses Ergebnis nicht zu stören, brauchte Bismarck nur auf der Linie der Zurückhaltung zu verharren. Auch nicht durch Freycinets Warnung, sonst werde Gambetta sein Nachfolger werden, ließ er sich darin irremachen[178]).

In zahlreichen Marginalien und Erlassen mit stets neuer Formilierung und Begründung hat er immer wieder betont, daß der deutsche Standpunkt nach wie vor der bisherige bleiben müsse: kein Veto, aber auch kein Mandat, oder wie er Lord Ampthill und Courcel sagen ließ (19. Juli), „*daß wir England und Frankreich nichts tun würden, wenn sie ihre Interessen selbständig wahrnehmen wollten, — wir wollten aber nicht ihre Hausknechte sein.*" Nicht „*action*" sondern bloß das endgültige „*settlement*" erfordere die „*sanction*" Europas. Abermals wird klar, nicht er rief die Schwierigkeiten der andern hervor, er war in keiner Weise für sie verantwortlich, aber sie kamen ihm gelegen und er nützte sie für die allgemeine Lage Deutschlands.

Ganz besonders bezeichnend ist dabei, daß er wieder jedem einheitlichen Auftreten der vier andern Staaten gegen die beiden Hauptinteressierten vorbeugte, weil „*damit die itio in partes 4 : 2 akzentuiert*" und infolge-

dessen die Einigkeit Englands und Frankreichs verstärkt würde[179]). Er hätte es sogar gerne gesehen, wenn Italien, als England ernstlich die Okkupation vorbereitete und, nachdem das Mandat nicht zu haben war, auf Vorschlag Freycinets die römische Regierung zur Beteiligung aufforderte, hierauf eingegangen wäre. „*Ich würde*", war sein Urteil[180]), „*es für nützlich halten, wenn Italien auch teilnähme, nicht in unserem Mandat, sondern proprio parte. Italien würde ein dem Frieden der beiden Westmächte nützliches Mittelglied bilden, und wenn das nicht, das Gewicht Englands verstärken. Wenn aber Italien keine Lust hat, so wollen wir ihm nicht zureden. Ich glaubte, Italien würde des Prestiges wegen darauf brennen, und freue mich, wenn sie dort vernünftiger sind als ich annahm.*" In der Tat lehnte Mancini, wohl in der Sorge sich zwischen beide Stühle zu setzen, zur Empörung Crispis ab[181]). Für das Bild der Bismarckschen Politik aber ist wichtig, daß er die aktive Teilnahme einer der Dreibundmächte nicht ungern gesehen haben würde. Damit erweist sich, wie stark seine Bedenken gewesen sind, den Westmächten den Block der andern entgegenzustellen und auf diese Weise die ägyptische Frage zum Anlaß des stets von ihm gefürchteten Zerfalls Europas in zwei Koalitionen werden zu lassen. Im Augenblick schien ihm seine Position fest genug, um das höchste Ziel anzustreben: gute Beziehungen nach allen Richtungen hin, zu ausnahmslos allen Großmächten.

Daß aber Lord Granville im Oberhaus, also vor der europäischen Öffentlichkeit, ankündigte, des „moral support" Deutschlands sicher zu sein, nahm er um der Wirkung auf Frankreich und eventuell auch auf Rußland willen übel. Zu so weitgehendem Ausdruck, ließ er durch Hatzfeldt Kaiser Wilhelm schreiben (25. Juli), habe er England kein Recht gegeben, und als dann Dilke im Unterhause ebenfalls von deutscher Unterstützung sprach, mußte der Geschäftsträger formell protestieren. Nichts zu hindern, aber auch nichts zu fördern blieb sein Grundsatz, am „tolerari posse" trat keine Änderung ein.

Von den vielen hierfür in den Akten befindlichen Zeugnissen ist besonders wichtig ein Diktat vom 19. Juli: „*Wenn wir ein Mandat geben, so machen wir uns damit verantwortlich für das, was infolge dieses Mandats geschieht. Uns fehlt aber jede Möglichkeit der Direktive oder auch nur der Kontrolle der auf Grund des Mandats von den Mandataren ausgeführten Aktion; die letztere richtet sich voraussichtlich in erster Linie gegen den Sultan und dessen territoriale Gerechtsame als Souverän. Wir machen uns also dem Sultan gegenüber mitverantwortlich für mehr oder weniger feindliche Handlungen, die gegen ihn oder sein Recht zur Ausführung kommen. Der Sultan sieht uns bisher mit Recht als befreundete Macht an, und wir wünschen uns seine Freundschaft nach Möglichkeit zu erhalten. Unsere Beteiligung an der Schiffahrt im Suez-Kanal beträgt etwa 1 Prozent (im vorigen Jahr 48 Schiffe), die der Engländer über 75 Prozent. Es muß daher von unserem Standpunkt aus dem Sultan als eine besonders feind-*

selige Parteinahme erscheinen, wenn wir die Verantwortlichkeit für diejenigen Gewaltmaßregeln, welche möglicherweise gegen ihn zur Anwendung kommen können, ihm gegenüber in erster Linie mitübernehmen. So natürlich es ist, wenn England seine Interessen am Suez-Kanal wahrnimmt, so wenig entspricht es den unsrigen, eine Verantwortlichkeit für eine Aktion gegen ihn, deren Tragweite wir weder berechnen noch einschränken können, in erster Linie mitzuübernehmen.

Wir haben 1870 nicht gefunden, daß England bei dem ungerechten Angriff Frankreichs auf uns die objektive Beurteilung vom Standpunkte der Gerechtigkeit und des Friedens zum Maßstabe seiner Handlungen gemacht hätte. England hat vielmehr seine Politik ausschließlich nach seinen eigenen Interessen damals eingerichtet, die Vertretung Frankreichs bei uns sofort nach der Kriegserklärung übernommen und eine für Frankreich wohlwollende Neutralität beobachtet. Wir sind weit davon entfernt gewesen, dem englischen Kabinett damals aus seiner, nur englische Interessen berücksichtigenden Haltung einen Vorwurf zu machen, und auch jetzt erinnere ich an die damalige Zeit nicht aus Empfindlichkeit, sondern lediglich um zu beweisen, daß eine große Nation ihre Politik jederzeit innerhalb der Grenzen ihrer eigenen Interessen hält. Der viel gemißbrauchte Begriff „europäische Interessen" wird uns nicht verleiten dürfen, der deutschen Nation zuzumuten, daß sie ihre Politik nach anderen als deutschen Interessen regelt. Die letzteren fordern meiner Ansicht nach in diesem Falle, daß wir uns innerhalb der von den bestehenden europäischen Verträgen gezogenen Grenzen der Türkei gegenüber bewegen. Wir haben außerhalb derselben deutsche Interessen nicht wahrzunehmen, und können die deutsche Politik und ihren Einfluß nicht in den Dienst der Interessen anderer Nationen stellen und keine Mitverantwortlichkeit für die Mittel übernehmen, durch welche andere Nationen sich veranlaßt finden können, ihre Interessen sicher zu stellen. Unser Verhalten wird solchen Vorkommnissen gegenüber stets friedliebend und unseren freundschaftlichen Verhältnissen für England entsprechend bleiben, aber eine direkte oder indirekte Mitwirkung zu militärischer Aktion gegen einen befreundeten Souverän, wie es der Sultan für uns ist, würde ich Seiner Majestät dem Könige nicht raten und vor dem deutschen Volke nicht vertreten können."

An dem gleichen Tage (19.) ließ er dem Grafen Kálnoky sagen, „*mit Mandat würden wir eine Granate auf die Türkei werfen, deren Tragweite wir noch gar nicht berechnen könnten, und daß wir besser tun würden, die Hervorrufung von Erbitterung beim Sultan und bei den Mohammedanern im Allgemeinen Andern zu überlassen*". Ein weiterer Grund gegen das Mandat wird am folgenden Tag (20.) dargelegt, Deutschland würde damit die Mitverantwortlichkeit für etwaige neue Beschießungen und Zerstörungen zufallen: „*Nach allgemein geltendem Rechtsgrundsatze wäre der Mandant für seinen Mandatar immer haftbar; im Falle letzterer das Mandat einer Kriegführung hätte, könne aber unmöglich über eine jede Kriegsoperation vorher eine Beratung und Verständigung zwischen ihm und seinen Auftragsgebern erzielt werden. Nun sehe man schon*

jetzt, wie allgemein in unserer Presse das Bombardement Alexandriens abfällig beurteilt und zu Angriffen auf England benützt würde, so daß wir sie nur mit Mühe im Zaume hielten. Wir würden der öffentlichen Meinung gegenüber aber eine viel schwerere Stellung haben, wenn das Bombardement unter unserem Mandate erfolgt wäre." Auch der Sorge gab Bismarck schließlich Ausdruck (21. Juli), daß die französische Opposition ihren Kampf gegen das Kabinett Freycinet unter dem aufreizenden Schlagwort führen werde, es habe für nötig gehalten Deutschlands „Erlaubnis" für das Vorgehen in Ägypten einzuholen.

Alle diese Gründe ergaben für den Reichskanzler die zwingende Notwendigkeit, auch den Schein jeder Verantwortlichkeit abzulehnen. Jedoch auch diesmal genügte auf die Dauer die reine Passivität nicht, weil der Zar England die Beschießung von Alexandrien und die Vorbereitungen der militärischen Okkupation während und trotz der Konferenz derart übelnahm, daß er seinem Vertreter die weitere Teilnahme an deren Sitzungen untersagte. Damit drohte ein ernster, für die Allgemeinheit gefährlicher Konflikt, und getreu der selbst gestellten Aufgabe, einem solchen vorzubeugen, trat Bismarck aus seiner Zurückhaltung hervor und griff nun doch wieder einmal positiv ein. Als besten Ausweg aus der Sackgasse bezeichnete er vorläufig einfach abzuwarten, bis durch effektive Störung der Schiffahrt sich unwiderleglich erwiesen habe, daß der Sultan der in den grundlegenden, den Kanalverkehr regelnden Verträgen übernommenen Pflicht ihres Schutzes nachzukommen nicht willens oder außerstande sei; stehe das fest, dann sollten die Großmächte ihre Interessen „*selbst und direkt*" in der Form verteidigen, „*daß sie sich sämtlich bei der Ausübung der Polizei auf dem Kanal mit gleichen Rechten beteiligen, sodaß jede Maßregel, welche über die polizeiliche Überwachung hinausgeht, von Fall zu Fall zu beschließen sein würde. Eine derartige allgemeine Kooperation würde in Ausübung der Sicherheitspolizei auf dem Kanal eine begrenzte, ausführbare und von der öffentlichen Meinung aller Länder gebilligte Aufgabe haben, welche im Bereich der Leistungsfähigkeit maritimer Aktion und nicht wie bei Dulcigno außerhalb derselben liegt*"[182]).

Demgemäß wurden alle Kabinette zunächst im geheimen sondiert, wie sie sich zu diesem Gedanken einer „kooperativen Kanalpolizei" stellen würden, an der teilzunehmen Deutschland bereit sei. Bismarck hat also den Versuch gemacht, der steckengebliebenen Konferenz doch noch zu einem Erfolg zu verhelfen und damit das zerbrechende europäische Konzert zu retten. Zunächst sah es auch aus, als ob dies Bemühen von Erfolg gekrönt sein würde. Denn sein Vorschlag, der den Verzicht auf eigentliche Okkupation enthielt, fand in allen Hauptstädten Zustimmung. Rußland, dem Bismarck auch dadurch seine Rücksicht erwiesen hatte, daß er dem Vorschlag der Türkei, auch ohne es weiter zu tagen, scharf widersprach mit der Begründung, „*Sitzungen ohne Rußland sind nicht mehr Konferenzsitzungen*"[183]), willigte ein, sich wieder

zu beteiligen. Die unmittelbare Krisis war also dank des deutschen Eingreifens überwunden.

So weit zu gehen, seinen Vorschlag offiziell der Konferenz zu unterbreiten, war Bismarck allerdings nicht geneigt, um seinem Prinzip äußerster Reserve nicht untreu zu werden. Dieser Aufgabe hat sich auf seine Veranlassung Italien unterzogen, dem ihre Übernahme aus Prestigegründen willkommen war. Ebenso wie es gegenüber den Russen geschehen war, erwies der Kanzler seinem Verbündeten eine Freundlichkeit und blieb selbst in dem grundsätzlich vorgezeichneten Rahmen. Als jedoch am 2. August der italienische Antrag auf der Konferenz gestellt wurde, hatte sich unzwischen die Lage entscheidend verändert: am 29. Juli hatte die französische Kammer den von Freycinet für die eventuelle gemeinsame Aktion mit England geforderten Kredit abgelehnt und ihn gestürzt[184]). Mit diesem Beschluß, der richtig bezeichnet worden ist als „mehr eine Nervenattacke denn ein klarsichtiger Entschluß"[185]), war Frankreichs Trennung von England endgültig in der ägyptischen Frage vollzogen; das Parlament hat, indem es dem neuen Ministerpräsidenten Duclerc völlige Zurückhaltung auferlegte, den französischen Einfluß in Ägypten selbst vernichtet und so, sehr gegen seinen Willen, das Spiel der englischen Imperialisten getrieben. Denn von nun an stand, trotz aller Bedenken, der Entschluß des Kabinetts Gladstone zum alleinigen Einschreiten fest, nur noch zum Zwecke des Zeitgewinns für die erforderlichen Vorbereitungen wurden die Verhandlungen über die türkische Beteiligung fortgeführt, als ihre Vorbedingung aber der Abschluß einer ihre Modalitäten genau regelnden Konvention aufgestellt.

Damit war die Lage für die Konferenz eine vollkommen unhaltbare geworden: während sie diskutierte, holte England deutlich zum Schlage aus. Der Sturz Freycinets hat also nicht nur Frankreich selbst geschädigt, sondern auch Bismarcks Rettungswerk für die Kollektivaktion durchkreuzt. Die Unwürdigkeit der Situation empfand der Reichskanzler genau so stark wie Alexander III. Da er aber von vornherein von der gesamteuropäischen Beratung sich nichts versprochen hatte, bedeutete sachlich ihre Ergebnislosigkeit keine Enttäuschung für ihn. Ihr vorläufiger Fortbestand bot ihm vielmehr den taktischen Vorteil, sein Spiel zwischen den Parteien weiter betreiben und ihnen allen deutlich machen zu können, welches Interesse sie an gutem Verhältnis zu Berlin hatten.

Frankreich erwies er die freundliche Geste, auf Aussetzung der Konferenz zu bestehen, bis es wieder eine aktionsfähige Regierung besaß, ebenso wie er nicht ohne Rußland hatte tagen wollen; „*diese Rücksicht auf Frankreich ist nötig*", schrieb er dem Auswärtigen Amt (8. August). England ließ er, ohne sich jemals formell oder öffentlich dazu zu verpflichten, keinen Zweifel, daß er ihm nicht in den Arm fallen werde. Auch jetzt war dabei sein Motiv, zukünftiger Wiederannäherung kein entscheidendes Hemmnis zu bereiten.

Aktiv geholfen hat er ihm nicht, um Frankreich nicht zu verletzen, aber er hütete sich ihm in den Weg zu treten und bekämpfte die bei Kaiser Wilhelm hierzu vorhandene Tendenz[186]). Denn während er an wirkliche Versöhnung mit Frankreich nicht glaubte, hielt er für eine spätere Zeit an der Möglichkeit fest, sich mit England zu verständigen. Hierzu äußert sich grundsätzlich ein Diktat vom 6. August:

„Je richtiger es ist, daß das Resultat, welches England erreicht oder erstrebt, für uns unter allen Umständen ziemlich unerheblich ist, um so weniger Anlaß haben wir, unsre Zukunft mit England durch prophylaktische Verhütung des Resultats zu verderben. Diese Zukunft mit England ist von Gladstone und seiner Dauer ganz unabhängig: es kommt auf den Eindruck an, den die englische Nation davon behält, wie wir uns in einer für England sehr kritischen Lage verhalten haben. Die englische Nation und unser Eindruck auf dieselbe ist noch immer ein hinreichend konstanter Faktor, um mit ihm rechnen zu können.

Dagegen sind die in Frankreich durch die wechselnden Feldzüge der Presse gegen oder für uns gelegentlich stattfindenden Bearbeitungen zu flüchtig, zu künstlich und zu wechselvoll, um daraufhin Politik treiben zu können. Frankreich ist und bleibt, wie seit zweihundert Jahren, so auch in Zukunft, unser Gegner, und würde es bleiben, auch wenn wir ihm Metz oder Straßburg wiedergegeben hätten. Darin würde eine vorübergehende Preßbefriedigung, die wir dort gewinnen könnten, für die Dauer nichts ändern. Ich glaube auch nicht einmal, daß es uns gelingen würde, durch die angegebenen Mittel den beabsichtigten günstigen Eindruck in Frankreich zu machen. Unsere dortigen Gegner glauben ja doch selbst nicht an die Insinuationen, mit denen sie gegen uns hetzen, und würden sich andere ausdenken, wenn wir die heutigen entkräften. Die Gambettisten, mit denen gerade jetzt wieder gerechnet wird, können den Revanche-Gedanken als den eigentlichen Nerv ihrer inneren Politik gar nicht entbehren. Sie haben auch keine notwendigen Pläne, für deren Ausführung sie unserer bedürften, während in England keine Partei die Feindschaft Deutschlands für innere Politik braucht, das ganze England aber, je dreister es jetzt vorgeht, um so mehr später unsrer Freundschaft bedürfen wird. Wir können uns von England nicht eine blamierte Konferenz und die Hauptrolle in der Blamage aufnötigen lassen; dem müssen wir uns mit Anstand entziehen. Aber eine unternehmende und gewagte Politik Englands wird unseres Wohlwollens früher oder später bedürfen, und wir müssen sie nicht lähmen, indem wir avant la lettre dagegen demonstrieren. Daß wir von Frankreich Dank ernten und den Hetzereien gegen uns einen Riegel vorschieben, wird uns nicht gelingen, und wenn wir den Franzosen Geld und Einfluß wiederschaffen, so werden sie immer nachweisen und glauben, daß sie das uns nicht verdanken.

Was Courcel anbelangt, so traue ich ihm weder richtiges Uretil noch Aufrichtigkeit uns gegenüber zu. Deshalb kann immer richtig sein, was er von der französischen Presse sagt; die letztere aber wird niemals das Bedürfnis haben,

Deutschland Gerechtigkeit widerfahren zu lassen. In aller ihrer Wandelbarkeit, je nach den Bedürfnissen der inneren Politik und der Börsenspekulationen wird der Mangel an Wohlwollen für uns immer das einzige Konstante bleiben"[187]).

Dies waren die allgemeinen Überlegungen, die für Bismarck ausschlaggebend waren, um England keine Schwierigkeiten zu bereiten, und er bewies, daß er hierfür nicht zu haben war, indem er sich auf einen dahinzielenden Vorschlag Rußlands nicht einließ. Am 6. August legte Saburow, wenn auch betont informell, Hatzfeldt die Frage vor, „*ob nicht der Moment da sei, wo alle Mächte gemeinsam dem Vorgehen Englands Halt gebieten sollten. Rußland werde, wenn es allein bleibe, nicht aus seiner jetzigen Haltung heraustreten, aber das Interesse aller Mächte scheine hierbei doch identisch zu sein. Deutschland habe nie daran gedacht, die ungeheure Machtstellung, welche es während des letzten Jahrzehnts eingenommen, in ähnlicher Weise auszubeuten und zu mißbrauchen wie jetzt England. Wenn letzteres sich auch durch seine geographische Lage geschützt glauben könne, so würden doch die vereinigten Flotten der übrigen Mächte vollständig hinreichen, um ihm in Ägypten Halt zu gebieten*"[188]).

An weitest reichende Konsequenzen war also bei diesem Zusammenschluß aller andern Mächte gegen England gedacht, und hierfür war Bismarck unter keinen Umständen zu haben, selbst wenn der russische Vorschlag ernst gemeint gewesen sein sollte. Daran jedoch mußte gezweifelt werden, es war wohl wieder nur ein Mittel, Mißtrauen zwischen Berlin und London zu säen, und somit geeignet, die Zuverlässigkeit Rußlands in unerfreulichem Licht erscheinen zu lassen, genau wie die früheren Versuche, gegen die Westmächte die Einheitsfront der vier andern zustande zu bringen. Jedenfalls entzog sich der Staatssekretär dem Versucher sofort, indem er mit der Antwort, „*Was, gegen Ihren Freund Gladstone wollen Sie vorgehen?*", die Sache ins Scherzhafte wendete, und der Botschafter verstand ihn richtig. Er kam nicht wieder auf den Plan zurück. In Bismarck aber waren neue Zweifel geweckt, und wir werden sehen, wie stark sie in ihm nachgewirkt und praktische Folgen erzeugt haben.

Deutlich zeigt jedoch dieser Zwischenfall, daß es vollständig zutrifft, wenn von englischer Seite wenige Monate später festgestellt wurde, der Reichskanzler habe es in der Hand gehabt, „den Wagen umzuwerfen", und England verdanke Ägypten dem Umstand, daß er dies nicht getan habe[189]). Rußlands Vorschlag, es zu tun, hat er abgewiesen aus zwei verschiedenen Gedankengängen heraus. Einmal wollte er im deutsch-englischen Verhältnis eine zukünftige Wendung zum Besseren nicht unmöglich machen, und andrerseits versprach er sich von der Bindung Englands in Ägypten, daß sie es stärker auf das deutsche Wohlwollen anweisen würde. Als das unrühmliche Ende der Konstantinopler Konferenz schon deutlich zu erkennen war, hat er seine alten Gedanken über das von Englands isoliertem Vorgehen zu erwartende Ergebnis neu formuliert, indem er am 10. August an Reuß schrieb:

„Für die Interessen des Deutschen Reiches an sich ist es ziemlich gleichgültig, ob Ägypten in englische Botmäßigkeit übergeht oder nicht. Die österreichisch-ungarische Politik könnte auf den ersten Eindruck das Interesse haben, die Politik der Pforte mehr nach Ägypten gravitieren zu sehen, um in Bosnien freiere Hand zu haben; ich möchte aber eher glauben, daß letzteres Ergebnis in höherem Maße eintritt, wenn England den gegenwärtigen Marasmus Frankreichs benutzt, um den direkten englischen Besitz Ägyptens dem nominellen der Pforte zu substituieren. Ich würde, wenn ich englischer Minister wäre, den früheren Zustand vorziehen, allerdings unter Fortsetzung der traditionellen Freundschaft Englands und der Pforte. Benutzt England die gegenwärtige Ohnmacht der Pforte, um sich Ägyptens wider den Willen des Sultans und im Kampfe mit dem Muhammedanismus zu bemächtigen, so ist es zwar möglich, die dadurch notwendig entstehende Spannung durch den äußeren Schein eines englisch-türkischen Bündnisses zu übertünchen; in der Tat aber ist anzunehmen, daß sie dauernd fortbestehen und an Intensität zunehmen wird. Es ist auch nicht anzunehmen, daß Frankreich den Engländern die fragliche Stellung in Ägypten auf die Dauer gönnen werde. Auch Rußland würde wahrscheinlich mit der antienglischen Haltung, deren gelegentliches Hervortreten ich gegenwärtig für ein diplomatisches Manöver halte, Ernst machen müssen, wenn die Vorwegnahme dieses wertvollen Beutestücks durch England ein fait accompli mit Aussicht auf Dauer geworden wäre.

Wenn es aber nicht wahrscheinlich ist, daß Frankreich und Rußland den Engländern auf die Dauer den Besitz Ägyptens gönnen würden, so ist auch anzunehmen, daß die Pforte die Hoffnung nicht aufgeben wird, den Besitz dieser wertvollen Provinz aus den Händen der Ungläubigen zurückzugewinnen. Die Pforte wird also nicht aufhören, der Anlehnung an die Freunde, welche ihr blieben, und in erster Linie an den österreichisch-ungarischen Nachbar zu bedürfen, und wird sich letzteren nicht durch Anregung bosnischer Fragen auch noch zum Feinde machen können. Die Pforte wird hilfsbedürftiger werden, als sie war, und diese Hilfe bei uns und Österreich-Ungarn erhoffen; aber auch England wird die Spannung seiner über alle Weltteile gestreckten Situation zu einem Grade steigern, der seine Macht kaum gewachsen sein wird. Die Leichtigkeit, in Händel zu geraten mit jeder Seemacht, mit den französischen Interessen in Ägypten, für welche es die Verantwortlichkeit übernehmen würde, mit der russischen Politik in Asien und mit dem gesamten Islam in Indien und der Levante würde sehr gesteigert werden, und England würde gegenüber allen diesen geborenen und auf die Dauer unvermeidlichen Gegnern seiner Herrschaft im Orient notgedrungen auch seinerseits unsere Unterstützung zu suchen Anlaß haben."

Mit diesen Darlegungen sind noch einmal ganz knapp die Gründe zusammengefaßt, aus denen Bismarck die britische Aktion in Ägypten willkommen und der Meinung war, daß die Mittelmächte sich hüten müßten, ihr in den Weg zu treten. Alles hier Ausgesprochene ist uns in seinem prak-

tischen Verhalten der letzten Wochen begegnet. Das erste Motiv, daß der Sultan sich genötigt sehen werde, stärker in der Richtung nach Deutschland und Österreich zu gravitieren, hat ein etwas späteres Marginal[190]) auf die Formel gebracht: „*in der Politik ist Freundschaft ein Ausdruck für Gemeinsamkeit der Interessen: er wird uns brauchen*". Entscheidend jedoch blieb, daß Englands Isolation, der Bruch seiner Entente mit Frankreich für Deutschland jede Gefahr beseitigte, solange es gelang, die Russen an der Seite des Reiches festzuhalten, und somit Frankreichs Zusammenschluß mit ihnen nicht zu befürchten war.

Mit zwingender Notwendigkeit ergab sich also aus der neuen Sachlage, die ohne Bismarcks Billigung und Einverständnis sich nicht hätte herausbilden können, sein Bemühen, jeder Lockerung im Dreikaiserbündnis vorzubeugen. Nur unter der Voraussetzung von dessen Fortbestand konnte auch weiterhin die Politik formell strikter Unparteilichkeit, die sachlich der allein handelnden Macht, also England zugute kam, Deutschland zum Nutzen gereichen. Hierfür aber bot der Verlauf der Konstantinopler Konferenz gute Handhaben, weil er in Petersburg die Stimmung gegen England verschlechterte und die Neigung verringerte, sich mit Gladstone zu verbinden. Im Augenblick war tatsächlich jede Form einer sich gegen Deutschland wendenden, gefährlichen oder gar überlegenen Koalition in weite Ferne gerückt.

So führt Bismarcks Verhalten in der ägyptischen Frage ganz direkt hinein in das höchste, über Sein oder Nichtsein des Reiches entscheidende Problem. Ausdrücklich in diesen Zusammenhang stellt es der eben schon zitierte Erlaß vom 10. August an Prinz Reuß, wenn er fortfährt:

„*Unsere Gefahr für die Zukunft liegt, trotz der gegenwärtig günstigen Beziehungen zu Rußland, bei der Unberechenbarkeit der russischen Politik, in der russisch-französischen Koalition und in der Frage, ob England einer solchen eventuell angehört oder nicht. Diese Tripelallianz gegen Österreich-Ungarn und Deutschland bildet die Hoffnung der gambettistischen Politik in Frankreich, und um sie zu erlangen ist vielleicht der natürlichste Weg das Festhalten der westmächtlichen Allianz um jeden Preis. Solange dieselbe besteht, hat Rußland die Möglichkeit, ihr durch seinen Beitritt ein Übergewicht zu geben, und diese Möglichkeit kann einstweilen die beiden andern Kaiserreiche unter einen schweren diplomatischen Druck Rußlands bringen. Die monströse Tripelallianz, welche durch Gladstones Bruch mit den alten Traditionen Englands ermöglicht scheint, ist allerdings auf die Dauer nicht wahrscheinlich. Aber der gemeinsame Haß gegen Deutschland und Österreich-Ungarn kann ihr als Kitt dienen, solange unsere beiden Reiche in ungebrochener Macht und eng verbündet dastehen.*

In dieser Auffassung halte ich es für eines der nächsten Ziele unserer Politik, die Situation zu verhüten, in welcher England und Frankreich sich aufeinander angewiesen und miteinander isoliert finden, und solche Ereignisse nicht zu hem-

men, welche auf natürlichem Wege und ohne unser Zutun dahin führen können, die Unverträglichkeit der englischen Interessen sowohl mit den französischen wie mit den russischen zur Entwicklung zu bringen, bevor jene drei Mächte in die Lage kommen, sich uns gegenüber zu einigen. Der russischen Diplomatie, zu deren Aufrichtigkeit ich leider seit vier Jahren noch immer das volle Vertrauen nicht wiedergewinnen kann, sind die englischen Eroberungsgelüste nützlich, insoweit als sie zur Handhabe dienen können, uns oder Österreich in schärferen Gegensatz zu England zu bringen. Selbst wenn mein Vertrauen in die zukünftige russische Politik sicher wäre, würde ich doch eines sehr viel zwingenderen Grundes bedürfen, als die ganze ägyptische Frage für uns enthält, um anderen Mächten die Freude zu machen, daß wir uns mit England — nicht bloß mit der Gladstoneschen Regierung — dauernd und gründlich erzürnen, nachdem die Gegnerschaft von Frankreich für uns, von Rußland für Österreich-Ungarn ohnehin schon durch politische Ursachen, die keine menschliche Macht beseitigen kann, zu den Wahrscheinlichkeiten der näheren oder entfernteren Zukunft gehört.

Ich bin daher der Meinung, daß wir, wenn die Engländer bei ihrem löblichen Ehrgeize beharren, den Widerspruch dagegen Frankreich oder Rußland überlassen und unsererseits mit der Aussicht rechnen, daß England früher oder später unser umso dringender bedürfen wird, je kühner es auf Gebieten vorgeht, wo es schließlich auf rivalisierende, nicht bloß türkische, sondern französische und russische Interessen stoßen muß, ohne deutsche und österreichische Interessen nachweislich und notwendig zu schädigen."

Dies sind die leitenden Gesichtspunkte, denen Bismarck sein Handeln untergeordnet hat und unter denen es zu verstehen ist. Als Schutzmittel gegen mögliche Zukunftsgefahren wirklich vitaler Natur hat er der ägyptischen Frage die aufs äußerste gespannte Aufmerksamkeit gewidmet, die uns aus der Fülle der Zeugnisse entgegengetreten ist. Vollständig irrte Courcel — die Skepsis Bismarcks gegen seine Berichterstattung, der wir oben begegnet sind, war also nicht unbegründet —, wenn er ihm das Motiv unterschob, sich selbst in Ägypten an Frankreichs Stelle neben England setzen zu wollen[191]), und wenn er diesen Wunsch aus dem Verlangen Deutschlands ableitete, eines Tages die erste Handels-, Industrie- und Kolonialmacht der Welt zu werden, wie es bereits die erste Militär- und Kontinentalmacht sei[192]). Auch nicht ein Schatten solcher Pläne ist nachzuweisen. Bismarcks wirkliches Ziel war vielmehr kein anderes, als die „monströse Tripelallianz" England-Frankreich-Rußland, mit anderen Worten die Koalition von 1914, zu verhindern.

In dieser Beziehung durfte er mit dem Erreichten durchaus zufrieden sein. Das kommt auch in einer Art Schlußwort zum Ausdruck, das er am 28. August durch Graf Rantzau dem Auswärtigen Amt übermitteln ließ: *„unsre Ziele in der orientalischen Politik beschränkten sich darauf, die Wege Anderer nicht zu kreuzen, namentlich wo die Anderen auf so guten Wegen wären*

und weil wir keine Prestigenarren sind". Auf „gutem Wege" sah er die anderen, das heißt, nicht auf dem Wege zur gegenseitigen Verständigung auf Kosten Deutschlands.

Als eine Art Schlußwort zur Ägypten-Konferenz durften wir diesen Satz Bismarcks bezeichnen. Denn die Entwicklung ging über sie hinweg und machte sie sinnlos. Am 9. August besetzte England Suez und vollzog damit den ersten Schritt der tatsächlichen Okkupation des Landes. Damit war das eingetreten, was Bismarck zu stören sich immer gehütet hatte: England stand auf dem Punkt, von dem aus es nicht mehr zurück konnte, zwischen ihm und Frankreich hatte sich ein schwer wieder niederzulegender Wall erhoben, und auch Rußland sah mit lebhaftem Unbehagen auf die enorme Festigung der britischen Weltmacht, die in der Herrschaft über den Kanal gegeben war. Das allgemeine Ziel, das Bismarck seiner Politik gestellt hatte, war also erreicht. Andrerseits aber war es angesichts der vollendeten Tatsache, vor die England mit seinem isolierten Zugriff Europa gestellt hatte, nicht mehr angängig, über die Modalitäten der türkischen Intervention zu verhandeln.

So telegraphierte Bismarck dem Auswärtigen Amt am 11. August: „*Neben dem die Konferenzbeschlüsse ignorierenden Vorgreifen der Engländer ist die Rolle der Konferenz, da ich nicht dafür stimmen kann, daß sie antienglische Beschlüsse faßt, keine kleidsame, und wird es sich empfehlen, sie in unauffälliger Weise vorübergehend oder dauernd einschlafen zu lassen.*" Die Blamage, den vollkommenen Mißerfolg offen eingestehen zu müssen, wollte er dem europäischen Konzert ersparen, weil das nur verbitternd auf die Beziehungen zwischen den Großmächten hätte wirken können. Deshalb riet er, von förmlichem Schluß abzusehen und bloß die Beratungen faktisch zu Ende zu bringen. Dieser Weg ist auch beschritten worden. Am 14. vertagte sich die Konferenz, ohne das Datum einer neuen Sitzung zu vereinbaren, und es ist zu keiner weiteren gekommen. Als später die Österreicher den Wunsch vorbrachten, sie doch noch einmal einzuberufen nur zu dem Zweck, daß in feierlicher Sitzung das Recht Gesamteuropas, in Ägypten mitzureden, durch eine gemeinsame Erklärung aller ausdrücklich festgelegt werde, widersetzte er sich. Er warnte in Wien und Konstantinopel „*vor der Neigung, über eine selbstverständliche Sache neue Versicherungen geben zu wollen. Das bestehende ganz zweifellose europäische Vertragsrecht würde durch diese Diskussion abgeschwächt, um so mehr wenn man noch zweifelhafte Ausdrücke wählt. Die Konferenz wäre auch gar nicht das Organ oder der Weg, um ein neues, alle europäischen Mächte bindendes Vertragsrecht herzustellen, das zweifellos bestehende bedürfe aber der Bestätigung der Konferenz in Konstantinopel nicht*"[193]).

Sein wirklicher Grund war natürlich, daß er eine neue, unvermeidlich zu Gegensätzen mit England führende Diskussion verhüten wollte. Das ist dort auch verstanden und warm anerkannt worden. Die „Times" schrieb am

8. September: „No European power, not even our pacific selves, has borne itself with greater modesty and prudence than the Empire . . . Germany is in fact the great moderating and restraining influence in Europe. Her immense military strength has been used to give commanding authority to a skilful and farseeing diplomacy which, without professing to do more than safeguard German interests, has steadily and surely crushed every attempt to disturb European peace." Es war eine vollkommen zutreffende Charakteristik von Bismarcks Politik, die das Blatt hiermit gab, aber es war etwas Ungewohntes, sie in seinen Spalten zu finden.

Die Konferenz ist also nicht mehr zusammengetreten, und der rasche Sieg der britischen Landungstruppen über die ägyptischen Nationalisten, der unrühmliche Zusammenbruch Arabis hat dann das für Jahrzehnte gültige Faktum englischer Alleinherrschaft geschaffen.

Vierter Teil

Gefahr des Bruches und neuer Zusammenschluß mit Rußland

1. Allgemeine Ruhe nach der Krisis

Nachdem mit Englands faktischer, wenn auch nicht formeller Abkehr vom Prinzip der Kollektivität die Entscheidung gefallen war, auf welchem Wege das ägyptische Problem gelöst werden würde, ebbte zunächst die fieberhafte Erregung der letzten Monate ab. An ihre Stelle trat als Reaktion eine ungewöhnliche Ruhe. Erschütterungen blieben auch jetzt natürlich nicht völlig aus. Diskutiert wurde weiterhin lebhaft, wie man sich zu der Tatsache von Ägyptens Übergang in den englischen Herrschaftsbereich zu stellen habe, an vielen Punkten Europas hinterließ sie schmerzliche Gefühle, und gelegentlich machte sich die Empörung in heftigen Ausbrüchen Luft. Über Einzelheiten, die sich aus der Neuordnung ergaben, mußte verhandelt werden, und immer wieder erhob sich hierbei die grundsätzliche Frage, ob Englands einseitiges Vorgehen nicht doch noch international umgebogen werden könne und solle. Das Ende der Konstantinopler Konferenz bedeutete also keineswegs, daß damit die Angelegenheit als abgetan anerkannt worden wäre. Jedoch aktiv gegen das Geschehene einzuschreiten, was nunmehr Kampf mit England bedeutet haben würde, war keine einzige der Mächte gewillt, auch nicht das sich am unmittelbarsten und empfindlichsten betroffen fühlende Frankreich.

Als endgültig allerdings wurde der britische Erfolg hier erst recht nicht hingenommen. Der Ministerpräsident Duclerc sagte zu Hohenlohe, Frankreich, das bisher Garant des ägyptischen Geschäfts gewesen sei, werde sich nicht dazu verstehen, bloß noch Kassierer zu sein, es fordere Anteil an der Verwaltung des Landes und an der Finanzkontrolle[1]). Aber die wachsende Erkenntnis, daß England, nachdem es allein die zur Wiederherstellung der Ruhe erforderlichen finanziellen und militärischen Opfer gebracht, gar nicht daran dachte, den Franzosen auch nur die bescheidenere Rolle des „Kassierers" zu belassen, erzeugte tiefe Verstimmung, und aus ihr wieder erwuchs, obschon damals wie später beim Faschodakonflikt 1898 Stimmen laut wurden, daß es besser sei, sich abzufinden als durch Konflikt mit England die eigentliche Hoffnung Frankreichs zu zerstören, die Bereitwilligkeit, sich unter Umständen antienglischen Kombinationen anzuschließen. Infolgedessen ist auch weiterhin und noch auf lange hinaus die ägyptische Frage einer der die europäische Gesamtlage bestimmenden Faktoren geblieben.

Zur Zeit aber besaßen weder das Kabinett Duclerc noch das ihm Ende Januar folgende Kabinett Fallières Wille oder Fähigkeit zu energischer Außenpolitik. Sie waren gehemmt durch den Parteienstreit, der nicht bloß sie jeder sicheren Basis beraubte, sondern der republikanischen Staatsform zur ernsten Gefahr wurde, weil die Trostlosigkeit der durch ihn verursachten Zustände den Monarchisten den besten Agitationsstoff bot. Im In- und Ausland wurde in diesen Monaten die Möglichkeit der Restauration erörtert[2]), vielfach als unmittelbar bevorstehend beurteilt. Der Plan tauchte auf, daß der Herzog von Aumale als die populärste Persönlichkeit des Hauses Orléans den Weg beschreiten solle, den Napoleon III. dereinst gegangen war, über die Wahl zum Präsidenten der Republik an die Spitze des Staates zu gelangen — ein Gedanke, den Kaiser Wilhelm als unverträglich mit dem monarchischen Prinzip aufs schärfste verurteilte, während Bismarck ihn im unveränderten Glauben, daß die Restauration der Krieg sei, als bedenklich für Deutschland empfand[3]). Im Laufe des Januar 1883 steigerte sich diese Bewegung derart, daß die Republik sich bedroht sah wie nicht mehr seit den Tagen MacMahons. Für ihre Außenpolitik aber hatte dies die Wirkung, daß sie sich von allem fernhielt, was irgendwie die Gefahr europäischer Verwicklung in sich barg. In ihren Gefühlen hin und her gerissen, ob sie die alte Wunde der Niederlage von 1871 oder die frische Enttäuschung in Ägypten stärker ihr Handeln bestimmen lassen sollte, blieb sie bei vorsichtigem Abwarten nach allen Seiten hin.

Hierzu trug auch bei, daß mit Gambettas Tod am 30. Dezember die am leidenschaftlichsten zu außenpolitischer Aktivität drängende und hinter den Kulissen noch immer einflußreichste Kraft verlorenging. Für Bismarck war dies Ausscheiden des Herolds der Revanche beruhigend, übertriebene Hoffnungen hat er aber nicht daran geknüpft. Auf den Bericht eines Bleichroederschen Agenten in Paris, daß nun alles Mißtrauen und alle Befürchtungen hinfällig seien, schrieb er: „*doch nicht ganz.*" Frankreich indessen hatte den Mann eingebüßt, dessen Willenskraft und Führertum am ehesten geeignet gewesen war, die Massen hinter sich zu bringen. Fortan spitzte sich der innere Zwist immer mehr zum Ringen zwischen den Häuptern der liberalen und der autoritären Republikaner zu, zwischen Ferry und Freycinet. Solange dies unentschieden hin und her schwankte und außerdem die Gefahr der Restauration bestand, war das Gewicht, das Frankreich bei den internationalen Debatten in die Waagschalen zu werfen hatte, wieder recht unbedeutend geworden. Das erleichterte Bismarcks Politik in diesen Monaten relativer Ruhe erheblich, zumal die ägyptischen Ereignisse genau den Zustand herbeigeführt hatten, den er vorausgesehen und gewünscht hatte: bei der Schwäche der Franzosen war ein wirklicher den europäischen Frieden gefährdender Zusammenstoß zwischen ihnen und England nicht zu befürchten, bei ihrer Empörung aber auch kein Zusammenschluß.

Da Frankreich demnach als Führer des Widerstandes gegen Englands Herrschaft über Ägypten versagte, konnten die anderen erst recht nicht an solche Rolle denken. Sie alle beschränkten sich darauf zu beobachten, welche Folgen sich einstellen und welche Möglichkeiten sich bieten würden, d. h. sie gingen zu der Taktik über, die Bismarck von Anfang an für Deutschland als die gegebene angesehen hatte. Hieraus ergab sich die allgemeine Atempause. Mit ihr aber eröffnete sich gute Aussicht für Bismarck, das begonnene Werk fortzusetzen und Deutschlands Stellung durch gute Beziehungen nach allen Seiten hin über jede Gefahr zu erheben.

Wir haben verfolgt, wie er sich auf der Konferenz in Konstantinopel gegen die „itio in partes" zu viert gestemmt hatte, um nicht die Westmächte zu verletzen und aneinanderzuketten. Aber nur für solch demonstratives gemeinsames Auftreten nach außen mit bestimmter Spitze war er nicht zu haben; im übrigen tat er, was in seiner Kraft stand, um die innere Festigkeit des sich um Deutschland gruppierenden Blocks zu fördern. Wieviel hier noch zu geschehen hatte, darüber gab er sich keinem Irrtum hin. Was hatte errichtet werden können, war ja kein einheitlicher und deshalb widerstandsfähiger Bau, er zerfiel vielmehr in verschiedene, nicht im Zusammenhang stehende Teilstücke, das Nebeneinander von Zweibund, Dreikaiservertrag und Dreibund trug naturgemäß Lockerheit und Reibungsmöglichkeit in sich. Hier galt es vorzubauen und sie auf ein erträgliches Maß zu beschränken.

Daß dabei die Hauptschwierigkeit in der Unzuverlässigkeit Rußlands lag, hatte der Kanzler schon in dem zitierten Varziner Diktat vom 10. August ausgesprochen, worin er die Gegnerschaft zwischen Rußland und Österreich als eine der Wahrscheinlichkeiten der Zukunft bezeichnete, weil sie auf durch keine menschliche Macht zu beseitigenden politischen Ursachen beruhe. Aber ebenso wie er den französischen Revanchewillen als unabänderliche Tatsache hinzunehmen nicht bereit war, sondern sich angestrengt mühte seine Explosion zu verhindern, hielt er es für seine staatsmännische Pflicht, dem wirklichen Eintritt des Konfliktes mit Rußland unter Einsatz seiner ganzen Kraft und Kunst entgegenzuwirken oder zum mindesten ihn so weit wie möglich hinauszuschieben. Erwies sich dieser Krieg, der ihm als sinnlos galt, tatsächlich unvermeidbar, so sollte die Verantwortlichkeit nicht auf den Schultern Deutschlands lasten, und er traute sich zu, daß jeder Zeitgewinn von ihm in dem Sinne ausgenützt werden könne, das Risiko eines Angriffs auf das Reich zu erhöhen und so den Anreiz hierzu zu vermindern. Die Einsicht in die Stärke der sich in Rußland gegen die Mittelmächte wendenden Kräfte brachte ihn also zur Wiederaufnahme der früheren Politik, gleichzeitig alles zu tun, um Rußland an seiner Seite festzuhalten, und für den Fall des Scheiterns die Abwehrposition denkbar stark auszubauen, vor allem Rußland nicht zum Zusammenschluß mit Großmächten kommen zu lassen, die für eine Aggressive gegen Deutschland zu haben sein würden.

Gerade unter diesem Gesichtspunkt war ihm der Zustand, wie er sich auf Grund der ägyptischen Krise herausgestellt hatte, willkommen. Frankreich hatte sich als aktionsunfähig erwiesen, und England hatte die Russen durch sein isoliertes Vorgehen schwer verletzt. So ist Ägypten nicht nur im Hinblick auf das Verhältnis der Westmächte untereinander, sondern auch auf deren Beziehungen zu Rußland von Vorteil für Bismarck gewesen. Die dortigen Geschehnisse schufen ihm Waffen gegen die panslawistische Agitation, daß Giers durch sein Zusammengehen mit den Mittelmächten die wahren Interessen Rußlands schädige.

Ihr durchschlagende Argumente entgegenzusetzen, erwies sich als um so notwendiger, weil sie neue Nahrung zu saugen vermochte aus der Verstimmung, die in Petersburg zurückgeblieben war über Bismarcks sprödes Verhalten bei den verschiedenen russischen Lösungsvorschlägen, vor allem bei dem gemeinsamen Einschreiten gegen England. Der Reichskanzler hatte sie wesentlich als diplomatische Manöver aufgefaßt, um das Mißtrauen gegen Deutschland in London und Paris zu verstärken und dadurch die eigene russische Position gegenüber den Mittelmächten zu verbessern. Daß er aber so ablehnend geblieben war, konnte propagandistisch ausgewertet werden als Symptom für das geringe Maß guten Willens, das Rußland von ihm zu erwarten habe, und zur Motivierung des Verlangens dienen, den alten Gegensatz mit England zu bereinigen, solange Gladstone dort am Ruder war. Bei der neuen Sachlage aber ließ sich hiergegen zugunsten der Giersschen Politik ins Feld führen, daß selbst das liberal regierte England in seiner Orientpolitik imperialistischen Grundsätzen huldigte und mit der Alleinherrschaft über Ägypten und den Suezkanal sich in außerordentlicher und für Rußland bedrohlicher Weise gestärkt hatte. Zweifellos war das Kraftverhältnis im Nahen Orient zu Englands Vorteil verschoben.

Um diesen Eindruck, der gerade bei Kaiser Alexander persönlich sehr stark war, nicht zu beeinträchtigen, war Bismarck besonders viel daran gelegen, den Russen keinen Grund zu dem Glauben zu geben, daß sein Festhalten an der deutsch-österreichischen Intimität irgendwie aggressiv gegen sie gemeint sei, wie es ja auch in der Tat nicht in seinem Willen lag. Als deshalb Kaiser Wilhelm und Kaiser Franz Joseph sich Anfang August 1882 in Ischl trafen und Saburow alsbald einige Unruhe darüber verriet, beschwichtigte er ihn, es sei eine „*Reisezufälligkeit*", der fälschlich von der Presse politische Bedeutung beigelegt werde. Er ärgerte sich auch über „*die dumme Bezeichnung Zweikaiserbegegnung: weniger als zwei können sich nicht begegnen. Es liegt in dem zwei ein Gegensatz zu drei*"[4]), und daß diese Vorstellung aufkomme, ging ihm sehr wider den Strich.

Aus dem gleichen Grunde, den Zaren nicht zu verstimmen, hütete er sich, gegen die weitgehende Begünstigung des Polonismus durch den Warschauer Generalgouverneur Albedinski Stellung zu nehmen. Denn gegen

jede Einmischung in innerrussische Maßnahmen war Alexander III. ganz besonders empfindlich, und auch abgesehen hiervon war Bismarck überzeugt, daß auf die Dauer Rußland sich damit nur ins eigene Fleisch schneide, obwohl die mögliche Rückwirkung auf das preußische Polentum ihn selbstverständlich mit Bedenken erfüllte. „*Wir könnten*", diesen Ausspruch berichtete Graf Rantzau dem Auswärtigen Amt (3. September), „*uns diese wahrscheinlich gegen uns gemünzte Polonisierung gern gefallen lassen. Wenn die Russen solche Wege wandeln wollten, sollten sie das nur tun; sie würden sich früh genug die Finger daran verbrennen. Die Russen würden die in der jüngsten Zeit wenigstens äußerlich nicht mehr bemerkte nationale Bewegung in hohem Maße wachrufen.*" Sei jedoch der polnische Nationalismus erst einmal zu vollem Leben wieder erwacht, so werde er sich schließlich bei einem Krieg zwischen den Mittelmächten und Rußland gegen das letztere wenden: „*die polnischen Politiker*", führte er bald darauf aus[5]), „*hätten das Bedürfnis, uns mit dem Panslawismus zu drohen, aber im Ernstfalle würden sie schon des Katholizismus wegen mit Österreich gehen müssen, also auf unsrer Seite gegen Rußland stehen.*" Noch sah er für sein zukünftiges Verhältnis zu Rußland nicht schwarz genug, um selbst etwas zur Aktivierung des polnischen Nationalgefühls zu tun; daß jedoch von der russischen Seite daran gearbeitet wurde, betrachtete er vorläufig als für Deutschland unbedenklich.

Charakteristisch aber ist, daß der Gedanke an Krieg mit Rußland auch in dieser relativ ruhigen Zeit eine solche Rolle gespielt hat. Weil kein dringendes Problem vorlag, daß Rußlands Aufmerksamkeit abgelenkt und es zu gutem Verhältnis mit den Mittelmächten genötigt hätte, lebte Bismarck in der Furcht, der Panslawismus könne sich sammeln und auf seine mit Österreichs Lebensnotwendigkeiten unverträglichen Ziele besinnen.

Unter diesem Gesichtspunkt durfte er mit Befriedigung feststellen, daß die allgemeine Ruhe dieser Wochen sich auch auf den Balkan übertrug. Kleine Zwiste zwischen Österreich und den dortigen Staaten blieben allerdings nicht aus, diesmal ereigneten sie sich besonders mit Bulgarien, wobei Graf Kálnoky sich nicht von dem verletzenden Ton frei hielt, den Bismarck schon an Haymerle gerügt hatte. Er habe den Eindruck, ließ er dem Auswärtigen Amt mitteilen (4. September), „*daß die Österreicher durch ihre kassanten Formen sich ihre Beziehungen mit all den kleinen Donaustaaten von Fall zu Fall verschlechtern würden; er bedaure das, da wir später die üblen Folgen davon mitzutragen hätten, aber seinerseits durch irgendeine auch nur indirekte Kritik auf Anwendung liebenswürdiger Formen hinzuwirken, getraue er sich nicht zu versuchen; wir würden damit auch nur verletzen, ohne Erfolge zu haben.*"

Ernsteren Charakter trugen diese Zwischenfälle indessen nicht, und das wichtigste war, sie beeinträchtigten nicht die russisch-österreichischen Beziehungen trotz der Petersburger Empfindlichkeit in allem, was Bulgarien

anging. Selbst Nikolaus von Montenegro hinterließ bei einem Besuch in Wien den erfreulichen Eindruck, daß ihm in Moskau, wo er unmittelbar vorher geweilt hatte, der Rat erteilt worden sei, „*sich mit Österreich möglichst gut zu stellen und sich nicht auf Abenteuer einzulassen, bei denen ihm Rußland nicht viel helfen könnte*“[6]).

Auf dem Balkan herrschte also ungewohnte Ruhe, und zusammen mit dem Eindruck des englischen Vorgehens in Ägypten brachte dies, im Gegensatz zu Bismarcks Befürchtungen, die panslawistische Agitation vorläufig zum Schweigen. In diesen Wochen ist in Rußland der Verständigungswille der Mittelmächte in einer Weise gewürdigt worden wie schon lange nicht mehr, und zwar nicht bloß von den amtlichen Stellen, sondern auch von der öffentlichen Meinung. Als in erfreulichem Kontrast zu den Zeiten Ignatiews konnte der Geschäftsträger Graf Redern die Stimmung der Presse charakterisieren (26. September), und um diesen günstigen Zustand noch zu verbessern, war wichtig die in Moskau Anfang Oktober stattfindende Aussprache zwischen Giers und Katkow, die sich bis dahin persönlich nicht gekannt hatten. Sie zeitigte einen Artikel des einflußreichen Journalisten, der das russische Publikum zu größerer Gerechtigkeit im Urteil über die deutsche Politik auf und seit dem Kongreß ermahnte. Daß Giers diese starke Stütze gewann, durfte hoch veranschlagt werden.

2. Entspannung mit den Westmächten

Durchaus befriedigend hatten sich demnach die Dinge gestaltet. Aber eine Gewähr, daß die Gunst des Augenblicks dauern werde, sah Bismarck nicht und versäumte deshalb um ihretwillen nicht den anderen Teil seiner Politik, zukünftigen Gefahren durch rechtzeitige Schutzmaßnahmen zu begegnen. Die zur Zeit vorhandene Unzugänglichkeit der Russen für eventuelle Werbungen des enttäuschten Frankreich gestattete ihm den Ausbau des auf der Konstantinopler Konferenz begonnenen Werkes, die Ergänzung seines Blockes jetzt mehr in London statt in Paris zu suchen. Größte Vorsicht war hierbei allerdings geboten, denn jeder erkennbare derartige Versuch mußte gefährlich auf den Zaren wirken und die vorteilhafte Gesamtsituation beeinträchtigen.

Deswegen war für Bismarck der Gedanke eines engen Zusammenschlusses mit dem Inselreich nicht diskutabel. Als diese Frage an ihn durch den höfischen Kanal vom englischen zum deutschen Thronfolger herantrat, ist er ihr ausgewichen und hat sie damit faktisch verneint[7]). Aber sie war ein Kennzeichen für die veränderte Situation; es mußte ihn mit Genugtuung erfüllen, daß, während bisher alle Schritte in der Richtung, die beiden Länder fester als zu bloß taktischen, momentanen Zwecken aneinander heranzuführen, von ihm ausgegangen waren, jetzt die Initiative bei einer englischen Stelle lag. Das Kabinett hat allerdings sicher nicht dahinter gestanden, es war wohl ein rein höfisches Unternehmen, vielleicht hat auch der Kronprinz, bei dem der Wunsch der Vater des Gedankens sein mochte, mehr in die Äußerungen seines Schwagers hineingelegt, als dieser gewollt hatte. Jedoch selbst dann war es für Bismarck wegen des Ausblicks in die Zukunft, den es eröffnete, erfreulich. Darum kam viel darauf an, die günstige Stimmung nicht zu verderben. Es entsprach dem Grundgedanken seiner Politik, die gebotene Hand nicht einfach zurückzustoßen; die Absage mußte in einer Form geschehen, die ihr alles Verletzende nahm.

Das war der Sinn der Entsendung seines zur Kur in Ostende weilenden Sohnes Herbert zu Lord Granville[8]). Ihm wie dem Unterstaatssekretär Sir Charles Dilke, dessen Einfluß im Foreign Office von beiden Bismarcks als der eigentlich entscheidende angesehen wurde[9]), hat der Graf in eingehenden Besprechungen vom 11. bis 13. September den Standpunkt neu bekräftigt,

den Bismarck im letzten Stadium der Konstantinopler Konferenz eingenommen hatte. Er gab den Engländern die Sicherheit, daß Deutschland ihnen in Ägypten kein Hindernis in den Weg legen werde, selbst dann nicht, wenn sie sich zur Annexion des Landes entschlössen; allerdings, fügte er hinzu, halte der Kanzler dies letztere vom englischen Standpunkt aus für unrichtig und nach wie vor für das beste, sich gütlich mit dem Sultan zu verständigen. Entscheidend war die formelle Erklärung, daß für Deutschland die Freundschaft der britischen Nation wichtiger sei als das Schicksal Ägyptens.

Dies durch seinen eigens dazu entsandten Sohn eindeutig aussprechen zu lassen, war ein so schwerwiegender Schritt, daß das englische Kabinett Grund zu lebhafter Zufriedenheit besaß, auch wenn die Erfolglosigkeit des vom Prinzen von Wales unternommenen Versuches — er wurde mit keinem Wort zwischen Graf Herbert und den englischen Staatsmännern berührt — verstimmend gewirkt haben sollte. Die Aufnahme des Boten ist denn auch denkbar freundlich gewesen, und Bismarck verstärkte den Eindruck noch, indem er Lord Granville zu dem den Zusammenbruch Arabis besiegelnden und den ägyptischen Feldzug beendigenden Sieg von Tel-el-Kebir durch den Geschäftsträger von Stumm offiziell beglückwünschte. Auch wurde, gemäß der durch Graf Herbert gemachten Zusage, dem deutschen Vertreter in Kairo die Richtschnur vorgezeichnet (26. September), *„daß die Politik der Kaiserlichen Regierung in der ägyptischen Frage, abweichend von der Sprache eines großen Teiles der deutschen Presse, durch den Wunsch geleitet wird, dem uns befreundeten Londoner Kabinett keine Schwierigkeiten zu bereiten“;* deshalb solle er *„nach außen hin nicht nur jede Kritik englischer Maßnahmen vermeiden, sondern denselben gegenüber eine entgegenkommende Haltung einnehmen und überhaupt auf ein gutes Einvernehmen mit den englischen Autoritäten bedacht sein.*

Andererseits entsprach es ebenfalls der durch Graf Herbert übermittelten Erklärung, wenn Bismarck dabei blieb, die Engländer täten gut daran, ihr Vorgehen in Ägypten formell durch den Sultan decken zu lassen, sich dort „unter türkischer Firma“ zu etablieren. In der europäischen Diplomatie wurde die Frage erörtert, ob England nach Art des Zypernvertrags von 1878 der Pforte als Preis für die Zustimmung zur Okkupation des Landes die Garantie ihres sonstigen Besitzes anbieten werde. Mit Deutschlands Interesse würde das zu vereinigen sein, äußerte sich Bismarck gegen das Auswärtige Amt (27. September): *„Es gibt eine Menge von Abstufungen, von der einfachen Faktorei und Kohlenstation bis zum wirklichen Besitz, und die Sache würde sich faktisch vielleicht mit geringeren Schwierigkeiten machen lassen, als es jetzt den Anschein hat. Ich halte sie nicht für unmöglich, und sie würde auch für uns von keinen Nachteilen begleitet sein, die schwerer wiegen könnten als eine dauernde Verstimmung mit England. Aber ganz abgesehen von der Stimmung des Sultans, die ich nicht kenne, traue ich den Engländern so viel Schneid, wie dazu gehört,*

nicht zu, wenn nicht die energischeren Kabinettsglieder wie Dilke und Chamberlain noch mehr in den Vordergrund treten." Bismarcks praktisches Verhalten stand also in striktem Einklang mit dem, was er in London hatte sagen lassen.

Wichtiger jedoch als das englisch-türkische Verhältnis war für Bismarck die Frage, welche Folgen sich für das englisch-französische ergeben würden. Die „Times" warnte (26. September) davor, durch Intimität mit Deutschland die Freundschaft mit Frankreich zu beeinträchtigen: „the alliance of England and France is not merely political, it is national." Danach waren Versuche zu erwarten, die aufgerissene Kluft wieder zu überbrücken, und hierfür sah Bismarck die Möglichkeit voraus, daß England den Weg anderweitiger Konzessionen an Frankreich in Afrika gegen freie Hand in Ägypten beschreiten, also nach dem Prinzip handeln werde, das dann 1904 zum Erfolg geführt und den Abschluß der Entente gestattet hat. Vorläufig dachte er allerdings an solche Konzessionen in Tunis, nicht wie 1904 in Marokko, das damals noch nicht so in den Vordergrund getreten war. Ein solches Abkommen, meinte er (27. September), würde für Deutschland keinen Anlaß zu unmittelbarer Besorgnis bieten: „*wir würden unsrerseits jede weitere Abmachung über Tunis mit trockenem Auge sehen*", allerdings unter der Voraussetzung, daß es gelinge, die zur Zeit gewonnene bessere Fühlung mit London beizubehalten. Dann würde wieder der friedliche Einfluß der britischen Politik mäßigend auf die Franzosen wirken. Die Notwendigkeit liege also auf der Hand, „*England nicht so zu isolieren, daß ihm kein andrer Freund auf jede Bedingung bleibe wie Frankreich.*" Noch nie hatte seit dem Amtsantritt Gladstones das Streben nach Freundschaft mit England so starken Ausdruck gefunden.

In diesem Sinne war es dem Kanzler auch nicht unerwünscht, daß sein Bundesgenosse Italien sich wieder stärker um England bemühte. Er hat es nicht dazu veranlaßt, erfuhr vielmehr erst nachträglich von dem Schritt, aber er hielt ihn mit den Interessen des Dreibunds für wohl vereinbar. Lord Granville erzählte Münster, daß der italienische Botschafter Graf Menabrea plötzlich aus seinem Urlaub nach London zurückgekehrt sei und ihn sondiert habe, ob England für „*eine intime Allianz mit Italien*" zu gewinnen wäre; er selbst habe sich jedoch völlig abweisend verhalten, weil die italienische Regierung viel zu unsicher sei, um sich mit ihr einzulassen[10]). „*Sie weiß doch, was sie will! Wer das nicht weiß, ist auch nicht sichrer*", war Bismarcks Urteil mit scharfem Stich gegen das Schwanken der Gladstoneschen Politik, und nach Wien ließ er sagen (5. Oktober): „*es täte ihm leid, daß Lord Granville den Italienern einen Korb gegeben habe. Das wäre nach den Erfahrungen, die man mit England gemacht, aber doch vorauszusehen gewesen, und es gehörte ein ziemlicher Grad von politischer Naivität dazu, um zu glauben, daß die Engländer, welche jetzt noch nicht wüßten, was sie selbst tun wollten, sich auf eine gefährliche Sache à longue échéance mit einem dritten einlassen würden.*" Glaubte er dem-

nach nicht an die Möglichkeit eines englisch-italienischen Zusammenschlusses, so natürlich erst recht nicht an die eines englisch-deutschen Bündnisses. Aber England möglichst günstig zu stimmen, war sein Ziel.

Wie schon das eben zitierte Marginal erweist, empfand Bismarck als Erschwerung der eigenen Entschlüsse und als Bestätigung seines schlechten Urteils über die staatsmännische Weisheit des britischen Kabinetts die noch immer nicht überwundene Unsicherheit in dessen Zielen. „*Er erstaune*", ließ er durch Graf Rantzau dem Auswärtigen Amt schreiben (2. Oktober), „*über die politische Leichtfertigkeit, daß England immer noch nicht wüßte, was es wolle, und daß die Engländer nicht bei dem ersten Keime Arabis oder mindestens bei den ersten eignen Velleitäten zum Einschreiten sich ganz feste und klare Ziele gestellt hätten. Er würde nicht darüber sprechen, wenn in der Handlungsweise der Engländer nicht ein politischer Leichtsinn und eine Unfähigkeit lägen, die ihn als Freund, der auf Gegenseitigkeit hoffe, etwas entmutigten.*" Die gleiche Skepsis brachte Kaiser Wilhelm der englischen Politik entgegen; sie kaue jetzt, schrieb er an Bismarck am 11. November, an den Folgen ihres unüberlegten Handelns seit der Beschießung von Alexandrien, „*worauf natürlich ein kriegerisches Fortspinnen notwendig war.*" Ebenso sprach Graf Kálnoky von der „*beispiellosen Kopflosigkeit des fast rat- und entschlußlosen England*"[11]).

Dennoch blieb der Reichskanzler dabei, daß Deutschland seinerseits nichts tun dürfe, was die glücklich erreichte Besserung seines Verhältnisses zu England gefährdet hätte. Denn nun war ja eingetreten, worauf er gerechnet hatte: der Streit um Ägypten hatte den Wert des deutschen Wohlwollens für London ebenso wie für Paris wesentlich gesteigert, die Frucht der bewiesenen Vorsicht war herangereift. Da infolgedessen wirklich kein Anlaß bestand, die bewährte Methode preiszugeben, so kennzeichnet freundliche Neutralität nach beiden Seiten hin Bismarcks Verhalten auch in den folgenden Wochen, die erfüllt waren von dem Streit um die neue Gestalt der ägyptischen Finanzverwaltung. Frankreich wollte es nicht hinnehmen, daß England die bisherige gemeinsame Kontrolle als der neuen Sachlage nicht mehr angemessen beseitigte.

Verschärfend für das Verhältnis der beiden Westmächte kam hinzu der Beginn der umfassenden weltpolitischen Aktivität Frankreichs. Während es sich in Europa völlig passiv verhielt, regte sich sein kolonialer Ehrgeiz in Madagaskar, Westafrika, Kochinchina, gleichzeitig wurde die Stellung in Tunis ausgebaut und der Anspruch auf Beteiligung in Ägypten nicht preisgegeben. Mit tiefem Unbehagen sahen dies die britischen Staatsmänner, sie hatten das Gefühl, einem Kampf ähnlichen Ausmaßes um die Führung jenseits der Meere entgegenzugehen, wie ihr Land ihn im 18. Jahrhundert mit Frankreich zu bestehen gehabt hatte. Bismarck dagegen, der von jeher die Expansion Frankreichs auf allen vom Rhein ablenkenden Gebieten begünstigt hatte, versprach sich auch jetzt eine vorteilhafte Wirkung. Deutsch-

land verharre, hatte er deshalb bereits am 31. Juli in einem Erlaß an den Konsul in Saigon beim Beginn der französisch-chinesischen Zwistigkeiten ausgeführt, *„angesichts der Ausbreitung der französischen Macht- und Kolonisationssphäre in außereuropäischen Ländern in der wohlwollenden Neutralität eines unbeteiligten, übrigens sympathischen Zuschauers"*, und dies blieb in dem ganzen chinesischen Handel sein Standpunkt, ebenso wie gegenüber der erhöhten Intensität des französischen Vorstoßes an so vielen Stellen der Welt. Die Redaktion der „Post", die gegen die afrikanische Kolonialpolitik Frankreichs zu Felde zog, ließ er hinweisen *„auf das Absurde, daß eine deutsche Zeitung die Aufmerksamkeit der Franzosen von Afrika ab nach dem Rhein hinlenke"*[12]).

Je sicherer aber die Franzosen sein durften, bei allen derartigen Unternehmungen nicht von seiten Deutschlands auf Schwierigkeiten zu stoßen, desto mehr drängte sich für den Reichskanzler, um nicht in einseitige Parteinahme zu verfallen, die Notwendigkeit auf, in Ägypten die Politik der letzten Monate fortzusetzen und England kein Hindernis zu bereiten. Konsequent hat er dies Prinzip festgehalten. Es ist vollkommen die alte Tonart, wenn — ein Zeugnis für viele — eine Anweisung vom 13. November lautet: *„wir müßten der Entwicklung der englischen Politik jetzt ruhig zusehen und uns namentlich jeder Ratserteilung nach London enthalten"*. Wieder sah er es gern, wenn sich Schwierigkeiten zwischen den Westmächten ergaben, jedoch nicht er war es, der sie herbeiführte. Die Engländer gewähren, aber auch nicht in Paris den Eindruck entstehen zu lassen, daß Deutschland sie unterstütze, war sein Ziel.

Im letzteren Sinne war es ihm nicht unerwünscht, daß ein Teil der deutschen Presse, geführt von der „Kölnischen Zeitung", sich recht scharf gegen das englische Vorgehen in Ägypten wendete; das war geeignet, günstig auf die Franzosen zu wirken. Die offizielle „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" dagegen forderte (27. Oktober) das englische Publikum auf, sich nicht an derartige antibritische Artikel, sondern an die amtliche deutsche Politik zu halten: „an der Spitze der deutschen Regierung steht ein Staatsmann, der sich nicht von augenblicklichen Parteistellungen, vorgefaßten Ab- und Zuneigungen, sondern von der Rücksicht auf die Interessen des Landes allein leiten läßt. Diese aber weisen darauf hin, mit England in Freundschaft zu leben, weil wir keinen Grund haben, uns mit demselben zu entzweien". Prinz Reuß wurde auch beauftragt, dahin zu wirken, daß die österreichische Presse das englische Nationalgefühl schone, *„damit nicht die englische Regierung, die gegenwärtige liberale oder eine künftige konservative, in einer Verstimmung gegen Österreich und Deutschland für diejenige Konstellation gewonnen werde, welche man russischerseits herbeizuführen wünscht"*[13]).

In der Tat ist es gelungen, die Engländer immer deutlicher von der Nützlichkeit freundschaftlicher Beziehungen mit Deutschland zu überzeugen.

Schon vor dem Artikel der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung" hatte Sir Charles Dilke, früher ein leidenschaftlicher Verfechter des Einvernehmens mit Frankreich, jetzt aber als glühender Imperialist von dessen Weltpolitik besonders betroffen, zu dem ihm persönlich nahegetretenen Herbert Bismarck den Wunsch engen Anschlusses an Deutschland geäußert: „*I wish that there shall always be open understanding und confidence between us and Germany*"[14]). Bei Dilkes steigendem Einfluß durfte dies Wort als nicht unwichtig veranschlagt werden.

Indem Bismarck England wie Frankreich, jedem auf anderem Gebiet, Gefälligkeiten erwies, suchte er seine vertraglich gesicherten Beziehungen zu Österreich, Rußland und Italien durch gutes Verhältnis zu beiden Westmächten zu ergänzen und die Friedensgarantie lückenlos abzurunden. Durchaus zu Recht hat Baron Courcel sich damals dafür eingesetzt, daß der Wille des Kanzlers, einen englisch-französischen Konflikt zu verhindern, aufrichtig sei, weil sonst seine großen Pläne gestört und eine Mächtegruppierung herbeigeführt würde, die Deutschland nicht zum Vorteil gereichte. „Ni conflit, ni intimité", das sei der Bismarck erwünschte Stand des Verhältnisses zwischen den Westmächten, beiden zeige er „un visage amical et un phlegme courtois"[15]).

3. Neue Zeitungsfehde gegen Rußland

Die Schwierigkeiten dieser umfassenden Politik, die sich das Ziel guter Beziehungen zu der Gesamtheit der Großmächte setzte, wurde jedoch alsbald offenbar durch die Art der Aufnahme, die sie bei einem Teil der bisher schon in engerer Verbindung mit Berlin stehenden Kabinette fand. Österreich allerdings begrüßte den eingetretenen Wandel, besonders da Bismarck keinen Zweifel in London aufkommen ließ, daß er nicht an Preisgabe der Interessen seines Bundesgenossen dachte; im Gegenteil befahl er dem Auswärtigen Amt (26. November), *„ganz offen zu sagen, daß wir mit Österreich zusammengingen; die Engländer müßten sich daran gewöhnen"*. Wenig erfreut indessen zeigte sich die Türkei.

Sie fürchtete nun gar keinen Rückhalt an Deutschland mehr zu finden. In der vorsichtigen Form eines Privatbriefes an Hatzfeldt (28. November), den dieser allerdings zu den Akten gab, glaubte Radowitz warnen zu müssen, Abdul Hamid beginne über Deutschlands Orientpolitik Enttäuschung zu empfinden und werde in dem Sinne bearbeitet, von Bismarck doch nichts anderes erwarten zu dürfen als freundliche Redensarten. *„Von Anderen aber Schlimmeres!"*, schrieb der Kanzler an den Rand und gab den Auftrag (10. Dezember), in Konstantinopel daran zu erinnern, *„wie wir bei verschiedenen Anlässen der Pforte keinen Zweifel darüber gelassen haben, daß wir ihretwegen es auf einen offenen Bruch mit den uns befreundeten Mächten nicht ankommen lassen könnten. Unsere gesamte politische und geographische Lage lege uns in einem höheren Grade als anderen Mächten die Verpflichtung auf, mit unseren großen Nachbarstaaten gute und friedliche Beziehungen zu pflegen und in den Fragen, die ihr Interesse direkter berühren als das unsrige, Zurückhaltung zu üben. Wenn es bisher trotz mancher drohenden Verwicklungen gelungen ist, Europa den Frieden zu bewahren, so ist das zum erheblichen Teile gerade unsrer Zurückhaltung und unsrer parteilosen Stellung zu verdanken, und man braucht sich in Konstantinopel nur die Rückwirkung zu vergegenwärtigen, die ein europäischer Konflikt auf die Verhältnisse der Balkanhalbinsel gehabt haben würde, um der Vorteile inne zu werden, welche die Pforte in erster Linie aus dem friedlichen*

Verlauf der Dinge gezogen hat . . . Wir haben es grundsätzlich vermieden, unsre freundschaftlichen Ratschläge der Pforte aufzudrängen oder die Fortdauer unsrer wohlwollenden Haltung von der Annahme derselben abhängig zu machen; die Ratgeber des Sultans werden aber heute bei einer Erwägung des Verlaufs, den die ägyptische Frage genommen hat, vielleicht selbst sich der Erkenntnis nicht verschließen können, daß unser Rat einer freundschaftlichen Verständigung mit den beiden Westmächten nicht nur ein wohlgemeinter war, sondern daß dessen Befolgung der Pforte zu wesentlichen Vorteilen gereicht haben würde. Unsre Schuld ist es nicht, wenn der Sultan bis zum letzten Augenblick gezögert hat, sich an der Konferenz zu beteiligen und durch seine Beteiligung der ganzen Angelegenheit eine andre Wendung zu geben."

Dieser Erlaß bekannte sich von neuem zu den Prinzipien, die seit der Mission Ali Nizamis immer wieder als für Deutschland maßgebend den Türken dargelegt worden waren. Um jedoch der Pforte zu beweisen, daß Deutschland, auch wenn es nicht um ihretwillen das Risiko eines Krieges auf sich zu nehmen bereit war, ihr dennoch freundschaftlich gesinnt sei, hatte der Kanzler schon kurz vorher ihr Verständnis bezeigt, als sie über montenegrinische Angriffspläne klagte. Von Graf Kálnoky, an den sie sich zunächst gewendet hatte, war ihr für diesen Fall kräftigster Beistand in Aussicht gestellt worden[16]), und Bismarck ließ ihr sagen, er halte ihre Besorgnisse nicht für begründet, werde sich aber, falls sie sich doch bestätigten, nach Österreich richten. Das bedeutete also, daß Deutschland ebenfalls bei unprovoziertem Angriff für sie eintreten werde. Im ganzen hat demnach das Heranrücken Deutschlands an England den Sinn seiner Haltung gegen die Türkei nicht verändert. Es blieb bei wohlwollender Neutralität unter Vermeidung jeden eigenen Eingriffs. Wie wenig der Kanzler an einen solchen dachte, zeigt die Vorsicht, die er auch auf wirtschaftlichem Gebiet empfahl: als Graf Kálnoky die Hoffnung äußerte, daß deutsches Kapital sich an den türkischen Eisenbahnen beteiligen werde, bezeichnete er dies als unerwünscht[17]).

Viel ernster als die türkische Enttäuschung war, daß Rußland die sich abzeichnende Besserung des deutsch-englischen Verhältnisses zu unterbinden trachtete. Obgleich von Bismarck durchaus nicht gegen Rußland gedacht, erschien sie in Petersburg doch unvereinbar mit den eigenen Zielen, weil sie die diplomatische Lage der Mittelmächte außerordentlich verbesserte und diese unabhängiger machte. Der Wunsch, hier einen Riegel vorzuschieben, bestand darum wie früher bei Gortschakow so jetzt selbst in den Kreisen, die keineswegs geneigt waren, den von den Panslawisten verlangten Frontwechsel vorzunehmen. Schon während der Konstantinopler Konferenz ist er uns begegnet, jetzt, wo die Annäherung zwischen Berlin und London so viel deutlicher geworden war, kehrte er verstärkt wieder.

Am 17. Oktober legte Saburow dem Unterstaatssekretär Busch dar, nachdem England das europäische Konzert zerstört habe, „*könne doch der gegenwärtige Zustand des Gehen- und Gewährenlassens nicht ins Unbestimmte hinein verlängert werden*"; die russische Regierung überlege daher, ob sie nicht den Anstoß zu erneuter gesamteuropäischer Beratung der ägyptischen Frage geben solle, möchte sich jedoch vorher versichern, ob Deutschland Ägypten zu den Gegenständen rechne, bei denen der Dreikaiservertrag die Pflicht gemeinsamen, dem Handeln voraufgehenden Einvernehmens stipuliere, oder ob hier jeder der Partner freie Hand besitze. In seiner das Gespräch mit dem Botschafter wiedergebenden Aufzeichnung hob Busch dessen „*sehr geschraubten und gewundenen Vortrag*" hervor, „*als wenn es ihm darauf angekommen wäre, die Pointe des Vorschlags zu verbergen, die doch dahin geht, England en demeure zu setzen und sich dazu der deutschen und österreichischen Mitwirkung zu versichern*".

Daß hinsichtlich Ägyptens keine vertragliche Bindung der drei Kaiser zu gemeinsamem Handeln bestehe, bestätigte Bismarck alsbald, gab also den Russen freie Hand und behielt sie für sich selbst vor, ebenso wie er sich früher bemüht hatte, nicht auf diesem Boden den Zusammenschluß der vier andern Mächte gegen England und Frankreich in Erscheinung treten zu lassen. Gleichzeitig aber stellte er außer Zweifel, daß Deutschland seine Handelsfreiheit nicht in antienglischem Sinn ausnützen werde. Genau das gleiche, was er den Engländern mitgeteilt hatte, bekamen auch die Russen von ihm zu hören. Ein Varziner Diktat vom 19. Oktober wies Busch an, Saburow zu erwidern: „*Das Interesse, welches Deutschland an Ägypten hätte, wäre nicht so groß, daß wir die Zustimmung der Nation haben würden und könnten, wenn wir Deutschland darüber in Händel verwickelten. Diese Grenze müßten wir innehalten und hätten deshalb nicht die Absicht, aktiv zu werden und uns an einer Initiative zu beteiligen, die uns nicht aufgedrängt würde. Aber selbst wenn die Sache anders läge, so wäre die Gefahr, daß sich faits accomplis bildeten, doch immer nicht so groß, daß man nicht England Zeit lassen könnte. Ferner hätten wir im Interesse des Friedens immer die Aufgabe, England nicht zwangsweise und durch die Alternative der vollen Isolierung auf das alleinige Bündnis mit Frankreich hinzuweisen und dies insbesondere in einer Frage von wesentlich maritimer Situation und Bedeutung, wie es die ägyptische ist, in der die englische Flotte allein und umsomehr in Verbindung mit der französischen das Lokal vollkommen beherrscht. Wenn die Sache schließlich zu Spannungen und von Spannungen zur Gefahr des Bruches käme, so wäre England für alle drei Kaiserreiche unerreichbar, und der Bruch mit Frankreich fiele wesentlich Deutschland als einzigem Grenznachbar zur Last, was wir ja schließlich, wenn notwendig, tragen müßten, was aber immerhin doch kein Kampf wäre, den man ohne zwingende Notwendigkeit für Deutschland herbeiführte; namentlich wäre es bei einer solchen Schlußeventualität, wenn sie eintritt, von Wichtigkeit, daß*

die Ungleichheit der Streitenden zur See nicht durch englisch-französisches Zusammenhalten zur erdrückenden würde. Aus all diesen Gründen und im Interesse des Friedens überhaupt hielte der Herr Reichskanzler es nicht für eine vor der öffentlichen Meinung Deutschlands haltbare Politik, daß wir die Stimmung Englands ohne zwingende Gründe aufregten resp. zu Frankreich notwendig hindrängten."

Wurde hier offen dargelegt, daß die allgemeine Situation des Reiches eine Aktion gegen England nicht gestattete, so wurde andrerseits die Loyalität gegen Rußland gewahrt durch das Verbot an das Auswärtige Amt, von der Demarche in London oder Wien Kenntnis zu geben. Der Versuch, störend in die begonnene Entwicklung einzugreifen, wurde also abgewiesen, jedoch war die Wendung des deutsch-russischen Verhältnisses zum Schlechten nicht so weit fortgeschritten, um aus dem Vorstoß Rußlands bei den andern Staaten zu dessen Ungunsten Kapital zu schlagen. Es durfte ja gehofft werden, daß trotz aller Schwierigkeiten Giers sich auch weiterhin durchsetzen werde.

Daß dieser selbst nicht irre geworden war, bewies er, indem er die Gelegenheit einer aus familiären Gründen unternommenen Reise in die Schweiz benutzte, um Bismarck am 18. November in Varzin zu besuchen und von da aus nach Berlin zu kommen, wo er vom Kaiser und Kronprinzen in der auszeichnendsten Weise[18]) empfangen wurde. Kein bestimmter Anlaß leitete ihn, nur das Bedürfnis, seine freundschaftlichen Absichten zu demonstrieren und durch allgemeine Aussprache dem Auftauchen störender Mißverständnisse vorzubeugen. Zu irgendwelcher neuen Abmachung ist es daher zwischen beiden Staatsmännern nicht gekommen. Über den Verlauf des Besuches in Varzin berichtete der Fürst Kaiser Wilhelm telegraphisch (19. November): „*Giers hat sich zu mir über alle Seiten der politischen Lage ausgesprochen, ohne irgendwelche Abweichung von Eurer Majestät Politik oder Wunsch nach Änderung derselben kundzugeben. Ich habe den Eindruck, daß Politik und Finanzen die Befestigung des Vertrauens der Kabinette und Börsen zur Dauer des Friedens und namentlich zur Festigkeit der deutsch-russischen Freundschaft für Rußland wünschenswert machen.*" Demgemäß ließ er auch die Wiener Botschaft informieren, „*viel mehr ließe sich darüber nicht sagen, da eben nichts verhandelt wäre*"[19]).

Jedoch als Saburow in der Wilhelmstraße von den außerordentlich günstigen Eindrücken seines Ministers in Varzin sprach, weil der Kanzler die Petersburger Besorgnisse über die „*sogenannte Mission*" Graf Herberts in London durch seine freimütigen Äußerungen beseitigt habe[20]), als somit der Botschafter zugestand, daß solche Besorgnisse empfunden worden waren, gab Bismarck noch eine Ergänzung: „*Ich habe Herrn von Giers außerdem gesagt, die Engländer würden ihre Entschließungen nicht fassen, solange sie mit Frankreich unterhandelten, und der Abschluß dieser Unterhandlungen würde*

vielleicht eher durch englische als französische Nachgiebigkeit herbeigeführt werden. Jede Parteinahme oder Raterteilung in diesen Unterhandlungen, bei denen beide Teile klare Ziele und feste Entschlüsse nicht haben, würde bei einem von beiden oder bei beiden Mißtrauen gegen uns erwecken, und wir haben daher keinem von beiden etwas anderes zu sagen, als daß wir weder ihren gemeinschaftlichen noch den isolierten Entschließungen des einen Hindernisse in den Weg legen würden, wegen Mangels eigenen Interesses"[21]). Das hieß, daß Bismarck auch gegen Giers unzweideutig klargestellt hat, Deutschland werde an einem Einschreiten gegen England nicht teilnehmen, und nach dieser Ablehnung sind die Russen nicht mehr darauf zurückgekommen.

Äußerlich war durch den Besuch in Varzin das deutsch-russische Einvernehmen neu bekundet, in Wirklichkeit indessen Bismarcks Vertrauen in die Kraft des Ministers, seine wohlmeinenden Absichten durchzusetzen, nicht gestärkt worden. Nach seiner eigenen Rückkehr nach Berlin zu Beginn Dezember betonte er noch einmal Österreich gegenüber energisch, daß die friedliche Haltung Rußlands wesentlich durch seine Finanzlage bedingt sei. „*Der Reichskanzler*", schrieb Hatzfeldt dem Prinzen Reuß am 9. Dezember, „*hält es für möglich, daß man in Petersburg die Erhaltung des Friedens um des Friedens willen wünscht und hofft, ist aber mehr geneigt, die friedliche Richtung, die sich in dem Besuche des russischen Ministers kundgibt, wesentlich als die Wirkung eines finanziellen Bedürfnisses anzusehen und sich des Gortschakowschen „La Russie se recueille" zu erinnern, c'est à dire en roubles*"[22]). Dieser Ansicht hatte Graf Kálnoky schon vorher zugestimmt mit dem Bemerken, „*das setze nun allerdings keine sehr tiefgehenden Freundschaftsgefühle voraus, habe aber doch den Vorzug, daß, da das Bedürfnis Rußlands für Hebung seiner Finanzen noch nicht so bald befriedigt sein werde, die jetzige Politik Aussicht auf eine längere Dauer habe*"[23]).

Bismarck aber glaubte die Zukunftsaussichten recht düster malen zu müssen. Der Erlaß an Reuß vom 9. fuhr fort: „*Die Stimmung, welche in Rußland, namentlich in der Armee herrsche, und die inneren Schwierigkeiten, mit denen die Regierung zu kämpfen habe, ließe befürchten, daß man, sobald man Geld habe, zum Kriege schreiten werde und zwar zunächst gegen Österreich-Ungarn*[24]). *Wenn die Russen darauf rechneten uns dabei ex nexu zu halten, so gehe daraus hervor, daß sie unsre geheimen Abmachungen mit Österreich nicht kennten. Auch die Abmachung zu dritt vom 18. Juni 1881, auf die, wie Herr von Giers betont habe, der Kaiser Alexander großen Wert lege, lasse sich sehr wohl aus dem Bedürfnis erklären, einige Jahre Ruhe zu haben und sich zu sammeln.*"

Sosehr bei diesem pessimistischen Bilde die Absicht die Feder geführt haben mag, den Österreichern die Notwendigkeit militärischer Stärke vor Augen zu halten, ist doch nicht zu bezweifeln, daß es Bismarcks wirkliches Urteil wiedergibt. Daß es trotz des Besuches von Giers und trotz der im

Augenblick zweifellos beobachteten Vorsicht der russischen Presse aufkommen konnte, ist zu verstehen aus dem starken Eindruck, den bei dem Fürsten die nun schon seit Monaten andauernden russischen Versuche hinterließen, einen Keil zwischen England und Deutschland zu treiben, woraus er auf unfreundliche Grundeinstellung schloß. Vor allem aber aus der Tatsache, daß die alte Wunde der militärischen Vorbereitungen neu aufbrach und ihre unheilvolle Wirkung übte. Kurz vor Gier's Kommen hatte der Kanzler (7. November) das Auswärtige Amt zu der Anfrage an den Generalquartiermeister Graf Waldersee veranlaßt, ob nicht „*die Notwendigkeit einer Verstärkung unsrer Defensivkraft durch Errichtung von Sperrforts in den Bereich unsrer Erwägungen*" gezogen werden müsse; auch stärkere Belegung der Grenze mit Infanterie hielt er für erforderlich. Noch bevor jedoch dieser Auftrag ausgeführt werden konnte, stellte Moltke von sich aus (16. November) den alten Antrag auf Erweiterung des Ostbahnnetzes: er könne „*nicht beurteilen, ob politische Verhältnisse auch ferner noch bedingen, daß wir mit großer Vorsicht Maßregeln, die im Interesse der Landesverteidigung liegen und zu denen wir von Rußland mit Beharrlichkeit provoziert werden, vermeiden*"; vom militärischen Standpunkt sei es nicht zulässig, länger untätig zu verharren. Als solche neuen Provokationen von seiten Rußlands zählte er auf: die Verstärkung der Bespannungen für die reitenden Batterien längs der Grenze, die Entfernung aller deutschen Beamten aus der Verwaltung der Bahn Myslowitz—Warschau—Petersburg, die Befestigung von Kowno, Goriondz und Warschau, unter deren Schutz die russische Offensive sich vollziehen solle.

Bismarcks pessimistische Stimmung äußerte sich darin, daß er sich diesmal nicht so negierend verhielt wie bisher immer. Zu Moltkes Forderung von Maßregeln im Interesse der Landesverteidigung schrieb er an den Rand: „*defensive jederzeit tunlich, aggressive würde ich nicht hindern, wenn militärische Anträge über Notwendigkeit vorlägen; solange das nicht der Fall — ich meine ministerielle, verantwortliche —, kann ich keine prüfen*", und demgemäß erging seine offizielle Antwort[25]) in dem Sinne, daß neue Bauten nur dann zweckvoll seien, wenn sie auch genügend geschützt wären; die Anregung dazu müsse vom Kriegsministerium ausgehen. Alsbald nahm er auch die Vorbereitung der öffentlichen Meinung in Angriff. Im Militärwochenblatt waren Artikel aus der Moskauer Zeitung und der Nowoje Wremja zitiert worden über russische Kavallerieverstärkungen an der Westgrenze, die einen überraschenden Einfall in Deutschland ermöglichen sollten; sie befahl er (20. November) in mehreren deutschen Zeitungen abzudrucken, „*damit sie möglichst weit bekannt werden. Es könnte bei diesem Abdruck gesagt werden, daß wir mit Rußland in den besten und freundschaftlichsten Beziehungen ständen, die hier besprochene Tatsache wiese aber immer darauf hin, daß in der Ausbildung und Stärkung der Wehrkraft bei anderen niemals ein Stillstand statt-*

fände und daß deshalb auch Deutschland bei seiner Lage mitten in Europa nicht zurückbleiben könne". Das verschärfte er noch am 29. durch den Hinweis, „*daß die Übereinstimmung der Rüstungen in Frankreich und Rußland auffallend sei . . . Wir glaubten nach wie vor nicht an Krieg in einer nahen und absehbaren Zeit, aber daß die großen Nachbarmächte nicht dauernd Frieden halten wollten, ginge aus ihren stets steigenden Rüstungen hervor . . . Der Herr Reichskanzler hält es für notwendig, derartigen Zeitungsartikeln möglichst weite Verbreitung zu verschaffen, damit die öffentliche Meinung aufmerksam und nicht plötzlich alarmiert würde, wenn wir mit Forderungen betreffs Eisenbahnbauten etc. vor das Parlament treten*".

Hauptsächlich war demnach die neue Zeitungspolemik für inneren Konsum bestimmt, sie war berechnet auf das deutsche Publikum, und Bismarck sorgte dafür, daß sie in großem Stile durchgeführt wurde, indem er am 11. Dezember Graf Waldersee zu sich bat und ihn aufforderte, die Notwendigkeit besseren Grenzschutzes angesichts der verstärkten russischen Maßnahmen „*durch Autoritäten in der Presse ventilieren zu lassen*"[26]; er selbst könne nicht, weil das zu großes Aufsehen hervorrufen würde, die Initiative dazu ergreifen. Bloß auf dem militärischen Gebiet jedoch sollte die Polemik ausgetragen werden, Bismarcks Wunsch war es nicht, daß sie auch auf das politische übergriff, indem die „Grenzboten" und die „Politische Korrespondenz" die Enge des deutsch-österreichischen Bündnisses feierten, die letztere mit dem Zusatz, es sei so innig, daß keine dritte Macht zu ihm in ähnlich festem Verhältnis stehen könne. Diese Artikel sind erschienen vor dem Gespräch des Kanzlers mit Waldersee, und obwohl beide Organe häufig vom Auswärtigen Amt über Bucher und Moritz Busch benützt worden sind, läßt sich aus den Akten keine Spur amtlichen Einflusses nachweisen. Bismarck hat ihn vielmehr ausdrücklich in Abrede gestellt: „*Ich stehe*", lautet ein Marginal[27]), „*weder zu dem Artikel der ‚Grenzboten' noch zu dem der ‚Politischen Korrespondenz' in irgend welcher Beziehung. ‚Grenzboten' nimmt wohl auf, was er erhält, dieses aber hat er selbständig geleistet wie in der Regel; er wird sehr selten benutzt. Mit der ‚Politischen Korrespondenz' habe ich gar keine Beziehung. Dementieren ist schwierig, ohne anderweit schädliche Eindrücke zu machen.*" Als dann die „Kölnische Zeitung" am 13. Einzelheiten über den Zweibund brachte, hat er „*bei denjenigen Herren, die mit der „Kölnischen Zeitung" Verbindung haben, Erkundigungen eingezogen und von diesen die unbedingte Erklärung erhalten, daß sie den Artikeln des gedachten Blattes über den deutsch-österreichischen Vertrag völlig fremd gegenüberstehen*"[28]). Zu Kaiser Wilhelm sprach er die Vermutung aus, die Indiskretion müsse sich aus Wien herleiten und ließ dort erklären, mit allen drei Veröffentlichungen nichts zu tun zu haben: wenn auch „Kölnische Zeitung" und „Grenzboten" „*im Lauf der Jahre hin und wieder Mitteilungen von amtlichen Stellen erhalten haben, so ist ihnen doch die Redaktion derselben meistens überlassen worden, für welche wir*

daher keine Verantwortung übernehmen können. Aus der Tatsache, daß ein solches Blatt vielleicht alle drei Monate eine Mitteilung erhält, folgt aber keineswegs, daß alles, was inzwischen von ihm publiziert wird, auf unsere Information zurückgeführt werden darf"[29]).

Der Kanzler distanzierte sich von diesen Artikeln, weil, sollte nicht das Gegenteil der gewünschten Wirkung eintreten, die Pfeile gegen Rußland nicht allzu scharf zugespitzt werden durften, zumal Kaiser Wilhelm mit wenig Freude auf die Pressefehde sah[30]). Inzwischen war auch der erste der bei Waldersee bestellten rein militärischen Artikel am 15. in der „Kölnischen Zeitung" erschienen und hatte großes Aufsehen erregt, an der Börse Bestürzung hervorgerufen. Mit dieser Folge war Bismarck an sich keineswegs unzufrieden, denn da, so schrieb Hatzfeldt an Reuß (21. Dezember), für weitere russische Rüstung ausländisches Geld erforderlich sei, wäre es nur nützlich, wenn die Börsen zur Vorsicht gemahnt würden. Aber rein außenpolitisch sah der Kanzler jetzt, nachdem der Schreckschuß abgefeuert war, den Zeitpunkt zum Wiederabblasen der Fehde gekommen, und zwar um so mehr, weil inzwischen in der russischen Presse unter dem Einfluß des Gierschen Besuches abermals freundliche Stimmen laut geworden waren. Der „Golos" bezeichnete (30. November) gute Beziehungen zu Deutschland als eines der besten Mittel, um dem Angriff von seiten Österreichs vorzubeugen[31]), und dies wurde durch Katkow fortgesetzt, der am 14. Dezember[32]) noch einmal betonte, daß die Schuld für Rußlands Mißerfolge nicht bei Bismarck, sondern bei Gortschakow und der frankophilen Publizistik gelegen habe, und den Wunsch aussprach, „daß keine böswilligen Parteien das Band lockern werden, welches zwei Mächte verknüpft, deren wirkliche Interessen sich überall begrenzen, ohne sich irgendwo zu kreuzen." Diesen Aufsatz druckte die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" am 19. ab und fügte ihm am folgenden Tage die von Graf Herbert verfaßte, vom Reichskanzler selbst durchkorrigierte Erklärung hinzu: „Der Leitartikel der ‚Moskauer Zeitung', welchen wir in unserer Nr. 593 zum Abdruck brachten, ist in den hiesigen politischen Kreisen mit um so größerer Befriedigung begrüßt worden, als man annehmen darf, daß derselbe den Auffassungen an leitender Stelle in St. Petersburg entspricht. Die früheren Mißverständnisse, von denen das Moskauer Blatt spricht, waren durch unruhige Politiker und durch Organe der russischen Presse künstlich herbeigeführt und genährt worden, für die verantwortlichen Leiter der Geschäfte der beiden Nachbarreiche waren Mißverständnisse nicht vorhanden, aber es war der russischen Publizistik unter Mitwirkung einzelner Personen in amtlicher Stellung gelungen, das Urteil ihrer Leser zu trüben und diese selbst einer künstlich geschaffenen Erregung zugänglich zu machen. Es ist deshalb erfreulich, daß ein so bedeutendes Organ wie die ‚Moskauer Zeitung' es unternimmt, die öffentliche Meinung in Rußland über die damaligen Mißverständnisse aufzuklären, und wir sind

überzeugt, daß die historische Logik ihrer Darlegungen und ihre praktische Auffassung sich Bahn brechen und gute Früchte tragen werden.

Die Reise des Herrn v. Giers, welche der ‚Moskauer Zeitung' den Ausgangspunkt zu ihrem rückblickenden Aufsatz gibt, ist in Deutschland sofort bei ihrem Bekanntwerden mit Genugtuung begrüßt worden, und das herzliche Entgegenkommen, mit welchem der russische Minister bei uns am Hofe und im Lande empfangen worden ist, entsprach nicht nur den nahen persönlichen Beziehungen der Staatsmänner beider Reiche, sondern war auch der natürliche Ausdruck der Beziehungen beider Kabinette.

Wenn die ‚Moskauer Zeitung' hofft, ‚daß die Zusammenkunft des Herrn v. Giers und des Fürsten Bismarck den Boden säubern würde zum gegenseitigen Verständnisse', so möchten wir an Stelle dieser Hoffnung die Überzeugung aussprechen, daß es dessen für die beiden Minister gar nicht bedurfte: wohl aber kann die ‚Moskauer Zeitung' sich das Verdienst vindizieren, daß sie mit praktischem Blick darangegangen ist, den Boden der Tatsachen von den Irrtümern zu säubern, welche eine gewissenlose Geschichtsfälschung so weit darauf gehäuft hatte, daß es ihr gelungen war, den klaren Blick der öffentlichen Meinung in Rußland zu trüben." Daß von den Ausführungen des Blattes „*etwas haften bleiben und daß die Hetzerei gegen Deutschland ein weniger williges Gehör finden wird, auch wenn Herr Katkow wieder in einen anderen Ton verfallen sollte*", diese Hoffnung sprach Hatzfeldt zu Schweinitz aus (22. Dezember).

Mit den letzten Worten war schon angedeutet, daß bloß ein Teilerfolg errungen war, und dessen Begrenztheit wurde offenbar, indem nicht nur Schweinitz melden mußte (29.), daß der Aufsatz der „Moskauer Zeitung" von der übrigen Presse mit Stillschweigen übergangen wurde, sondern Katkow selbst sich genötigt sah, gegen den eben noch so friedfertigen „Golos" scharf zu Felde zu ziehen (27.), weil dieser — doch wohl als Antwort auf die deutschen Artikel — den Krieg mit Deutschland als unvermeidlich hinstellte. Auch von dieser Stellungnahme des Moskauer Journalisten nahm die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" ausdrücklich befriedigte Notiz (5. Januar 1883).

Gerade weil demnach die zur Zeit einflußreichsten Kräfte Rußlands offensichtlich an der Verständigungspolitik festhielten, durften den Gegnern keine Argumente geliefert werden, als ob sich hinter der Zeitungspolemik ein Angriffswille verberge. Deshalb gab sich Bismarck gegen Wien und Petersburg den Anschein, als ob er den doch von ihm selbst bestellten Artikel der „Kölnischen Zeitung" mißbillige, und warnte ganz im allgemeinen, Zeitungsstimmen zu ernst zu nehmen: „*Ich kann überhaupt auf Presselaborate die Wichtigkeit nicht legen, die sie in Wien und leider in allen Börsenkreisen haben, selbst auf offiziöse Mitteilungen nicht, denn letztere verfolgen mitunter*

ganz andere Zwecke, als das Publikum zunächst aus ihnen herausliest, und wirklich inspirierte Artikel haben sehr selten den Zweck, gerade auf den vulgären Zeitungsleser einen Eindruck zu machen. Daß die Presse, um ihre Spalten zu füllen, und daß die Intriganten der Börse an offiziöse Presseerzeugnisse Konjekturen knüpfen, welche ihren Spekulationen förderlich sind, wird man nicht verhindern können, und in Ermangelung offiziöser Kommuniqués würden solche Konjekturen und Spekulationen an andere Vorkommnisse anknüpfen"[33]). Für Schweinitz dagegen wurde das Maß des Abrückens von den Artikeln dahin eingeschränkt (23. Dezember), sie seien doch „*ein Symptom davon, daß die bisherige russische Politik, die Rüstungen und Aufstellungen in ganz Europa das Gefühl wachhalten, daß man auf einen plötzlichen Friedensbruch von Seiten Rußlands gefaßt sein muß, sobald finanzielle und politische Chancen den Erfolg eines Kriegszugs zu versprechen scheinen. Wie bedauerlich lähmend dies Gefühl nicht nur politisch wirken muß, sondern finanziell schon gewirkt hat, zeigt die Bewegung auf dem Geldmarkt.*"

Das war eine neue Warnung; deutlichen Hinweis auf die möglichen Folgen panslawistischer Kriegstreiberei hielt Bismarck also auch jetzt noch für angebracht, um ihr entgegenzuwirken. Die Zeitungsfehde wurde aber abgebrochen, indem die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" am 21. Dezember feststellte: „Die Beziehungen des Deutschen Reiches zu Österreich-Ungarn wie Rußland sind, durch die geschichtlichen und politischen Verhältnisse dieser drei großen Reiche, durch die Gesinnungen ihrer Monarchen bedingt, von so schwerem Gewichte, daß sie durch gelegentliche Erörterungen in der Presse nicht verschoben werden können." Das offizielle Organ bekannte sich damit unzweideutig zur Unantastbarkeit der Dreikaiserpolitik.

So war der öffentliche Zwist beendet. Bismarcks wirkliches Urteil jedoch über die Möglichkeiten der Zukunft spricht aus der Anweisung an das Auswärtige Amt (11. Dezember), Reuß in regelmäßigen Abständen, etwa jeden Monat, daran zu erinnern, daß er die österreichische Regierung zu stärkerer Rüstung dränge, weil dies das sicherste Mittel sei, um den Frieden zu erhalten[34]). Allerdings trat der Reichskanzler ausdrücklich der Ansicht Kálnokys bei, daß unmittelbare Kriegsgefahr nicht bestehe. Der Minister hatte das damit begründet, daß Rußland infolge der inneren Desorganisation und des Fehlens einer für die Armeeleitung geeigneten Persönlichkeit im Augenblick zum Angriff außerstande sei[35]). Dem stimmte Bismarck zu, und als der Generalstabschef von Beck es für Österreich als unerwünscht bezeichnete, wenn die Mobilmachung vor Mai 1883 nötig würde[36]), bezeichnete er das als nicht wahrscheinlich. Dennoch mahnte er, die Sache nicht zu leicht zu nehmen, die Zukunft sei unsicher, in Rußland seien eben doch Vorbereitungen im Gange, welche „*den Übergang aus dem Frieden in den Kriegszustand*" erleichterten, was von kriegslüsternen Militärs ausgebeutet werden könne[37]).

Den fortdauernden Ausbau des Grenzschutzes und die Versuche, Keile zwischen Deutschland und England zu treiben, hat Bismarck also als Symptome für die Unzuverlässigkeit der russischen Freundschaft und für die geringe Festigkeit des Dreikaiserverhältnisses gewertet. Daß es gar keinen Inhalt mehr besitze, so weit ging er nicht; dem schriftlich gegebenen Wort des Zaren wohnte doch ein Wert bei, der für die Gegenwart die Gefahr so gut wie ausschloß, und wenn der Kanzler auch für die Zukunft Gewitter heraufsteigen sah, so hielt er doch, wie schon betont, jeden Zeitgewinn, auch den kürzesten, für wichtig, vielleicht entscheidend. Darum dachte er nicht daran, auf den Vertrag zu verzichten. Nur konnte dieser weniger denn je als eigentliche Grundlage seiner Außenpolitik dienen.

4. Verstärkte Schutzmaßnahmen gegen den möglichen Bruch mit Rußland

Das geringe Vertrauen in Rußlands Zuverlässigkeit ist der Grund, warum Fürst Bismarck den nach London geknüpften Faden durch seinen nach dem Weihnachtsurlaub dorthin zurückkehrenden Sohn weiterspinnen ließ, und er fand verständnisvolles Entgegenkommen, weil England der Franzosen nicht sicher sein durfte. „*Alle drei Unterstaatssekretäre* (Dilke, Fitzmaurice und Pauncefote)", berichtete Graf Herbert über seine ersten Eindrücke (10. Januar, F. A.), „*sprechen mir aus eigenem Antriebe ihre Befriedigung über die guten Beziehungen zu Deutschland und ihre Dankbarkeit über den Nutzen aus, den England daraus zöge. Unterstaatssekretär Pauncefote, sonst ein ziemlich verschlossener und zurückhaltender Mann, hielt mir geradezu eine kleine Rede, in der er Granvilles Zauderpolitik mit Frankreich offen tadelte und mit der Lobpreisung schloß, Deutschland wäre die einzige Macht, auf die man sich verlassen könne. Es war das nur ein Ausdruck der Meinung, welcher ich in der kurzen Zeit meines Hierseins schon wiederholt begegnet bin: seit meiner vorjährigen Gastrolle hier hat sich entschieden manches geändert und besonders ist das Mißtrauen geschwunden, welches man hier noch bei meinem damaligen Fortgange — im Juni — gegen uns hegte.*" Lord Granville selbst sprach sich dann im gleichen Sinn aus, mit dem Zusatz, die Lage sei durch Gambettas Tod wesentlich erleichtert, denn Frankreich würde nunmehr „*für England traitabler und im ganzen friedfertiger*" sein[38]).

Der neue Ton kam auch darin zum Ausdruck, daß der britische Thronfolger im Februar bei einem Besuch in Berlin ungewöhnlich gefeiert, zum Feldmarschall[39]) und Chef der Blücherhusaren ernannt wurde. Derart günstig nahm die englische Presse dies auf, daß Münster berichtete (28. Februar), er entsinne sich nicht, „*eine so warme Anerkennung Deutschlands und eine so freundschaftliche Betonung der zwischen uns und England bestehenden guten Beziehungen in einer hiesigen Zeitung jemals gelesen zu haben.*" Z. B. schrieb der „Standard" (28. Februar): „Deutschland hat keinen Mißbrauch mit seiner Macht getrieben, es ist ohne Zweifel die am meisten bedrohte unter den Großmächten und wünscht selbst nichts als die Erhaltung des europäischen Friedens . . . Deutschland wünscht ebenso wie England Frieden zu behalten, aus dem einfachen Grunde, weil es erreicht hat, was es wollte, die nationale Einheit und die Provinzen, die, obwohl lange einer anderen Macht

einverleibt, einst deutsch waren und jetzt ein Bollwerk gegen einen Angriff bilden." Vor kurzem erst war von russischer Seite ausgesprochen worden, daß Deutschland mit seiner gewaltigen Macht keinen Mißbrauch treibe, und nun erfolgte das gleiche von englischer her. Besonders angenehm berührte natürlich in Berlin die Anerkennung des deutschen Rechts auf Elsaß-Lothringen, die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" druckte daher den Artikel befriedigt am 3. März ab. Unzweifelhaft entspannten sich trotz des liberalen Kabinettes die Beziehungen zwischen Deutschland und England, und als in Paris nach dem Wirrwarr der letzten Monate eine kraftvolle Regierung unter Jules Ferry — mit Challemel-Lacour als Außenminister, der in London als Botschafter wenig beliebt gewesen war — ans Ruder kam, verstärkte sich diese Tendenz noch weiter.

Lord Granville sprach zu Herbert Bismarck von der „*bonne entente*" ihrer beiden Länder, unterließ allerdings nicht den Wunsch anzudeuten, Deutschland möge für sie ein praktisches Pfand geben, indem es Frankreich nicht zu sehr ermutige, England in allen Teilen der Welt Schwierigkeiten zu bereiten. „*Ich melde dies*", schrieb Graf Herbert seinem Vater, „*nur als Symptom, daß hier neuerdings wieder gegen unsre Politik gehetzt worden sein muß. Granville schien die Äußerung fast zu bereuen, als er sie gemacht hatte, mir kam es vor, als ob er rot wurde, und er sprach gleich von etwas anderem. Ob die Stichelei von russischer Seite kommt, lasse ich dahingestellt. Sehr überraschen würde es mich nicht, wenn sie mit auf Ampthills Berichterstattung zurückgeführt werden könnte, der gern ‚prickelnd' schreibt*"[40]).

Lord Granvilles Bemerkung war zweifellos insofern berechtigt, als Bismarck den weltpolitischen Ehrgeiz Frankreichs nach wie vor als nützlich für Deutschland betrachtete und infolgedessen zum mindesten ihn nicht zu hindern gewillt war. Daß er überhaupt nicht daran dachte, um des verbesserten Verhältnisses zu England willen sich nun etwa gegen Frankreich zu wenden — ebensowenig wie es in seinem Sinne lag deshalb gegen Rußland aufzutreten —, wird illustriert durch sein Verhalten, als Ferrys Vorgänger Fallières zum Kriegsminister seines Kabinetts den General Thibaudin ernannt hatte, der 1870 als Kriegsgefangener aus der Festung Mainz trotz schriftlich gegebenen Ehrenworts entflohen war[41]). Die Zeitungen hatten ausführlich darüber berichtet, und das Aufsehen war groß gewesen, in Paris hatte die Börse durch eine Baisse reagiert aus Furcht, daß Deutschland sich provoziert fühlen könnte. Blowitz hatte in der „Times" die Ernennung einen Beweis für die Größe der Verlegenheit bei der Auswahl eines republikanischen Armeechefs genannt. Bismarck jedoch war völlig passiv geblieben: „*Die Korrektheit der Antezedentien eines französischen Kriegsministers*", hatte er dem Fürsten Hohenlohe schreiben lassen (2. Februar), „*falle für uns weniger in Gewicht als die Frage, ob derselbe nach seiner Persönlichkeit, seinen Ansichten und Verbindungen mehr oder weniger geeignet scheine, zu einer Gefährdung der von uns ver-*

folgten Politik des Friedens mitzuwirken"; Zurückhaltung sei allerdings für den Botschafter angebracht, aber er solle ihr nicht „*bis zu einem Grade Ausdruck geben, welcher die Stellung des Kriegsministers und damit gleichzeitig die des Präsidenten Grévy schädigen könnte.*" Angesichts dieser Rücksichtnahme Bismarcks hat auch Ferry den General im Amte belassen. Als ein Vertrauter Grévys, der Direktor im Finanzministerium Pallain, Hohenlohe versicherte, wie dankbar der Präsident für die Haltung des Reichskanzlers sei, erhielt er die Antwort: „*Wer uns hier loyal in dem Bestreben unterstütze, zwischen Deutschland und Frankreich den Frieden zu wahren, könne sicher sein, daß wir ihm Gleiches mit Gleichen vergelten würden*"[42]). Aus demselben Geist wurde sowohl von Bismarck wie von Kálnoky ein angeblicher Brief Ferrys ignoriert, den er kurz vor seinem Amtsantritt einer italienischen Zeitung geschrieben haben sollte — er selbst stellte die Echtheit in Abrede —, Triest und Straßburg seien das Band zwischen der italienischen und französischen Demokratie[43]).

An solchem Bemühen Bismarcks, Frankreich freundlich zu behandeln, änderte sich durch die Entspannung mit England nichts, und so durften die britischen Staatsmänner über die Begrenztheit ihrer Entente mit dem Reich nicht im Zweifel sein. Der Sinn seiner Politik blieb der alte, gute Beziehungen zu England stellten nur ein Teilstück des umfassenden Baus dar, an dessen Sicherung nach allen Richtungen hin er unvermindert weiterarbeitete. Weder gegen Frankreich noch gegen Rußland nahm er einen Wandel vor. Ihm war es darauf angekommen, durch die engere Fühlung mit England zu verhindern, daß, falls eine dritte Macht sich gegen Deutschland wenden sollte, sie dort Beistand finde, und erst recht ging sein Streben zum gleichen Zweck dahin, im Dreibund keine Risse aufkommen zu lassen.

Hier warf die bittere Frage des Gegenbesuchs Kaiser Franz Josephs in Italien ihren Schatten. Er hatte im Juli 1882 angeboten, nach Monza zu kommen, und zwar, um das Treffen besonders feierlich zu gestalten, in Begleitung von Kronprinz Rudolph, jedoch die Italiener glaubten auf Rom bestehen zu müssen[44]). Das aber war wegen des Papstes dem Kaiser nicht möglich, so wurde keine Lösung gefunden, und nach dieser unglücklichen Erfahrung mit Österreich verzichtete König Humbert auf den Plan einer Reise nach Berlin. Die Notwendigkeit dieses Entschlusses leuchtete Bismarck nicht ein. Bei dem Geheimnis, das über den Dreibund gewahrt wurde, hätte er es gern gesehen, wenn die Intimität mit Italien öffentlich demonstriert worden wäre, und ließ deshalb dem Auswärtigen Amt schreiben (Varzin, 21. November 1882), für den Berliner Besuch „*liegen denn doch die Verhältnisse wesentlich anders; der Kaiser von Österreich würde durch die Ablehnung des Papstes ihn zu empfangen auf einem Gebiete betroffen werden, wo er eigentlich wehrlos verwundbar ist, während die Frage für unsre Herrschaften in diesem Sinne nicht vorliegt und ein Besuch des Papstes von Seiten eines evangelischen*

Monarchen an sich überhaupt nur in Frage kommen kann, wenn die darin liegende Höflichkeit mit Sicherheit auf Erwiderung oder doch auf freundliches Entgegenkommen zu zählen hat. Die Frage des Gegenbesuches läßt sich in der Tat durch Bezugnahme auf die politische Stellung des Papstes zu dem dortigen Territorium ausweichend behandeln.

Ich will hiermit in keiner Weise andeuten, daß es mir angezeigt erschiene, einen Besuch des Königs von Italien bei uns zu provozieren und noch weniger unserem Allergnädigsten Herrn in seinen Jahren eine Reise nach Rom vorzuschlagen. Die Sorge für die Gesundheit Seiner Majestät würde mich auch dann, wenn ein politisches Bedürfnis sehr viel dringender wäre, davon abhalten, dem Kaiser solche Reise zuzumuten. Meine Ansicht, daß die Beziehungen zum Papst eventuell kein Hindernis sein würden, ist daher lediglich als eine theoretische aufzufassen. Ich würde einen Besuch des Königs von Italien politisch für nützlich halten; wenn er aber nur dadurch herbeigeführt werden kann, daß unser 86jähriger Herr zu einer Reise nach Rom genötigt wird, so muß ich unbedingt Wert darauf legen, daß der Besuch überhaupt vermieden werde. Das Verhältnis zum Papst würde einen Besuch des Kaisers in Rom nicht verbieten; die Entfernung aber und die mit Reise und Aufenthalt verbundenen Anstrengungen sind nach Verhältnis der Jahre Seiner Majestät derart, daß ich das Gefühl der Rücksichtslosigkeit gegen Allerhöchstdenselben haben würde, wenn ich die Frage überhaupt anregen wollte."

Außer der Besuchsfrage beeinträchtigte den Zusammenhalt des Dreibunds die Hinrichtung des Irredentisten Oberdank am 22. Dezember wegen des beabsichtigten Attentats auf Kaiser Franz Joseph, die in Italien zu leidenschaftlichen Ausbrüchen des alten Hasses gegen den jetzigen Bundesgenossen führte. Im Bestreben, alle Schärfen zu vermeiden, die bei der Unzuverlässigkeit Rußlands hätten bedenklich werden können, hat sich Bismarck in diesem Falle vorsichtiger gezeigt als der sonst sich so warm für die Freundschaft mit Italien einsetzende Keudell. Während dieser (2. Januar 1883) um Erlaubnis bat, Depretis zu sondieren, ob er sich nicht zur Auflösung der irredentistischen Vereine entschließe, untersagte das der Kanzler, weil es nur ungünstig wirken könne, von dem Kabinett eine Maßnahme zu fordern, die durchzuführen es weder Mut noch Kraft besitze. Solle etwas unternommen werden, so müsse die Initiative „*schon anstandshalber*" bei Österreich liegen; Keudell sollte nur sagen, „*daß Steine auf Österreich uns mittreffen*". Bismarck vermied also zugunsten des einen Bundesgenossen gegen den andern einzuschreiten, und da auch Graf Kálnoky sich sehr gemäßigt, andrerseits die italienische Regierung durchaus korrekt zeigte, blieb der Zwischenfall ohne unmittelbare Folgen. Auf lange Sicht aber hat er schlimme Wirkung erzeugt, der Fall Oberdank ist eines der wirksamsten Agitationsmittel der Irredentisten gewesen.

In Anerkennung des ehrlichen Verständigungswillens des römischen Kabinetts überhörte Bismarck auch geflissentlich die in der Franzosenfreundlichkeit weitgehende Antrittsrede des von London nach Paris versetzten Botschafters Menabrea, der als alter Garibaldianer den gemeinsamen Feldzug mit Frankreich seine teuerste Erinnerung genannt hatte. Als Mancini die Hoffnung aussprach, der Kanzler werde dem keine besondere Beachtung schenken, erwiderte dieser freundschaftlich, er sähe darin „*nur den Umständen entsprechende Gelegenheits- und Kaptationsphrasen; es wäre unhöflich gewesen, hätte er davon nicht geredet*“[45]). Im gleichen Geiste des Entgegenkommens bekämpfte er das in Italien weit verbreitete Gefühl, keinen rechten Nutzen von dem Anschluß an die Mittelmächte zu spüren. Er empfahl in London Entgegenkommen gegen römische Wünsche hinsichtlich der Besteuerung der italienischen Kolonie in Ägypten, und als Mancini darauf hinwies, ihm werde fortwährend entgegengehalten, daß im deutsch-österreichischen Bündnis für einen dritten doch kein Platz sei, bestritt er dies energisch: „*Allerdings werde der Natur der Sache nach das Verhältnis zu dem stammverwandten Österreich, mit welchem uns die Geschichte und zahlreiche besondere aus der geographischen Lage entspringenden Interessen verbinden, immer ein hervorragend enges und intimes sein und bleiben. Dadurch werde aber die Stellung Italiens in dem Bunde und eine Verständigung mit demselben über die allgemeinen Fragen der europäischen Politik nicht beeinträchtigt*“[46]).

Arbeitete der Kanzler auf solche Weise an der Festigung des Dreibundes, so blieb es ihm daneben, trotz seines Heranrückens an England und trotz oder auch gerade wegen seines pessimistischen Urteils über die russische Politik, eine der entscheidenden Aufgaben, ausgleichend zwischen Wien und Petersburg zu wirken. Sein Mißtrauen gegen Saburow war nach den Ereignissen der letzten Monate noch größer geworden; als dieser zu Jahresbeginn sich nach Petersburg begab, wurde Schweinitz angewiesen (7. Januar), ein Auge auf seiner Tätigkeit zu behalten. Indessen war von einer Intrige keine Spur festzustellen, im Gegenteil erschien am 12. Januar ein neuer Artikel Katkows zugunsten der Giersschen Richtung, und diesmal wurde er auch von den andern Zeitungen nachgedruckt[47]). Der Minister selbst nahm zu Bismarcks Freude seinen Rückweg aus der Schweiz über Wien — eine nicht unwichtige Tatsache vor allem für die Außenwirkung, um den Glauben an die Festigkeit des Dreikaiserverhältnisses zu bestärken. Irgendwelche Abmachungen wurden auch hier so wenig getroffen wie in Varzin, aber der freundliche Verlauf der allgemeinen Aussprache erwies sich als nützlich. Wenn Kálnoky seinen Besucher auch etwas „*verschreckt*“ fand — „*der viele Lärm, der um seine Reise gemacht worden, die vielen unsinnigen Kommentare, die man in der Presse daran knüpfte, hätten ihn so verängstigt, daß er noch vorsichtiger als gewöhnlich in der Wahl seiner Ausdrücke gewesen wäre, namentlich anfangs*“[48]) —, war der Gesamteindruck doch ein derart günstiger, daß die

Österreicher in ihrer Absicht bestärkt wurden, eine eventuelle antirussische Politik des Fürsten von Bulgarien nicht zu begünstigen. Schon vor Giers' Eintreffen hatte Graf Kálnoky den Standpunkt vertreten, sich so wenig wie möglich in Sofia einzumischen: „*den Russen dort Opposition zu machen sei unnütz und würde nur in Petersburg verstimmen, ohne den Bulgaren zu nützen*"[49]). Dies Urteil wiederholte er, nachdem er Giers offen auf die Hetze der russischen Agenten in Serbien, Rumänien und Bulgarien gegen die bestehenden Autoritäten hingewiesen und dieser Remedur zugesagt hatte, gegen Prinz Reuß mit der Begründung, „*Fürst Alexander würde der erste sein, welcher uns im Stich lassen würde und müßte*"[50]), weil er Rußland doch nicht entbehren könne.

Bismarcks Freude war groß, bildete doch Österreichs Verzicht auf antirussische Einflüsse in Bulgarien eine der wichtigsten Vorbedingungen für ein erträgliches Verhältnis der beiden Großmächte. Sehr viel weniger befriedigend war, daß Kálnoky, indem er für die Gegenwart davon absah sich in Bulgarien einzumischen, für die Zukunft solche Möglichkeit ausdrücklich in Anspruch nahm. Rußland werde sich dort, meinte er, durch sein Streben nach Präpotenz von Jahr zu Jahr unpopulärer machen: „*ich habe mich schon oft gefragt, ob man nicht das Ziel, Rußland ganz von der Balkanhalbinsel zu verdrängen, am besten dadurch erreichen würde, wenn man die Vereinigung beider Bulgarien geschehen ließe. Ein starkes selbständiges Bulgarien würde sehr bald die lästige russische Bevormundung abschütteln, ohne daß Rußland imstande sein würde, dagegen etwas zu tun.*" Das Bekenntnis zu dem Ziel, Rußland ganz vom Balkan zu verdrängen, stand in unvereinbarem Kontrast zu den Grundlinien von Bismarcks Politik. Zu widersprechen schien ihm jedoch nicht vorteilhaft, offenbar weil das die günstige Wirkung des Giersschen Besuchs gefährdet hätte. Im Augenblick war ihm die Hauptsache, daß dieser erfolgreich verlaufen, Giers mit guten Eindrücken nach Hause zurückgekehrt war und infolgedessen sich um so kräftiger für seine bisherige Politik einsetzen würde.

Ob der Minister aber den Zaren auf seiner Seite behalten würde oder nicht, wirkliche Sicherheit gegen die mögliche Zukunftsgefahr war auf keinen Fall gewonnen, solange die russische öffentliche Meinung sich nicht stärker bekehrte und solange die Rüstungen weitergetrieben wurden. Und in dieser Hinsicht lautete der Bericht des Petersburger Militärattachés von Lignitz wenig beruhigend. Obwohl auch er betonte (16. Februar), daß unter dem Regime Giers-Tolstoi-Katkow, nach Verdrängung der Gruppe Ignatiew-Skobelew-Aksakow, die Idee eines Krieges mit Deutschland „*ziemlich allgemein perhorresziert*" werde, stellte er fest, daß die Vorbereitungen durch das Kriegsministerium dennoch intensiv betrieben würden; besonders bedrohlich schien ihm die Verstärkung der Festung Nowogeorgiewsk. Deshalb konnte sich auch Bismarcks Grundanschauung nicht ändern, von der Notwendigkeit

starker Rüstung für beide Mittelmächte blieb er überzeugt. Tiefes Bedauern empfand er über die Kritik, die während der Debatte im Reichstag von der Opposition am Heerwesen geübt wurde, weil sie den Respekt des Auslandes zu beeinträchtigen geeignet war. Andrerseits freute er sich, als in Österreich auf Grund persönlicher Intervention des Kaisers der Ausbau der strategischen Bahnen Ungarns und Galiziens beschlossen wurde[51]). Nachdem dieser wichtige Schritt erfolgt war, nahm er die vor zwei Monaten erlassene Anweisung, daß Reuß dauernd zur Rüstung antreiben solle, wieder zurück, um nicht „*durch zu häufige und zu dringende Ratschläge das Gefühl der Bevormundung hervorzurufen, zu welchem man in Wien wohl geneigt sei*“[52]).

Während somit die Schraube der beiderseitigen militärischen Vorbereitungen auf den schlimmsten Fall weiter angezogen wurde, setzte sich das diplomatische Mühen intensiv fort, seinen Eintritt zu verhindern. Giers fand bei seiner Rückkehr den Kaiser Alexander in ebenso friedlicher Stimmung wie er ihn im Herbst verlassen hatte; Schweinitz hatte sogar den Eindruck, der Zar habe sich während der langen Abwesenheit des Ministers nur noch fester mit dem Glauben an die Richtigkeit von dessen Politik durchdrungen[53]). Allerdings war es keine direkte Folge hiervon, wie zunächst auf deutscher Seite angenommen wurde, aber immerhin ein Symptom, wenn zu Anfang Februar Saburow in Berlin die Verlängerung des noch fast anderthalb Jahre laufenden Dreikaiservertrags anregte. Gleichzeitig deutete er an, daß dabei auch über Abänderungen im Sinne weiterer Aufteilung des Balkans zu reden sei[54]). Genauere Erkundigung ergab jedoch, daß der Botschafter hierbei auf eigene Faust ohne amtlichen Auftrag gehandelt hatte und daß der Zar, obwohl an sich dem Gedanken durchaus geneigt, es für besser hielt, ruhig zu warten, bis die Frist herankomme oder Ereignisse einträten, die neue Verständigung erheischten: „*eine solche*“, berichtete Schweinitz (14. Februar), „*hat Seine Majestät wörtlich gesagt, würde mit unserem allergnädigsten Herrn gewiß jeden Augenblick zu erreichen sein.*“ Ebenso hielt Giers es für unangebracht, schwierige Fragen, die im Augenblick nicht drängten, unnötig früh heraufzubeschwören.

Saburow wurde also von Petersburg desavouiert. Daß jedoch der Aufschub nicht als Unfreundlichkeit ausgelegt werden dürfe, bewies das gleichzeitige Verbot des gegen die Mittelmächte, speziell gegen Österreich gehässigen „Golos“ sowie ein Artikel Katkows vom 2. März, der auf die Bündnisunfähigkeit des innerlich zerrissenen Frankreich hinwies: „Frankreich geht systematisch und fast freiwillig in seiner inneren Politik chaotischer Auflösung, in der äußeren der Lethargie entgegen; es sieht und fühlt, wie man sich versammelt, um es zu Grabe zu tragen, und ist doch nicht imstande sich aus der Erstarrung aufzurütteln. Und dabei verlangen einige französische Politiker, daß Rußland sein Schicksal mit diesem sich zersetzenden Leichnam verbinde, der bei seinen Lebzeiten stets danach strebte, Rußland zu

schaden und stets und in allem als dessen erbitterter Gegner auftrat!"[55]). Wie früher von englischer Seite wurde jetzt auch von russischer Frankreichs Schwäche als Grund für das eigene Heranrücken an Deutschland angegeben.

Angesichts solcher Demonstrationen hat Bismarck gute Miene zum Aufschub der Verhandlungen gemacht, obgleich dieser ihm tatsächlich insofern in die Quere kam, als er inzwischen unter dem Eindruck, die anscheinend vorhandene günstige Stimmung der russischen Regierung nützen zu müssen, bereits gehandelt hatte. Nicht nur hatte er selbst Saburows Anregung, wenigstens hinsichtlich der Verlängerung des Vertrags, sofort „mit zweifelfreier Zustimmung" beantwortet, sondern sie bei Österreich befürwortet[56]). Graf Kálnoky hatte auch bereitwillig sein Einverständnis erklärt. Ausschließlich auf wirklichen Verständigungswillen glaubte er allerdings die russische Demarche nicht zurückführen zu sollen, denn zur Zeit träten sogar die Gegner der Mittelmächte in Rußland für den Vertrag ein, weil er Frist zur Erholung verschaffe; immerhin sei erfreulich, *„daß der Kaiser Alexander in seiner friedliebenden Politik immer fester zu wurzeln scheint"*[57]). Was Kálnoky hier aussprach, war auch Bismarcks Ansicht. Im Gegensatz zu Schweinitz verharrte er auf dem Standpunkt, die glückliche Wendung sei *„nicht durch unsre Liebenswürdigkeit, sondern durch unsre Festigkeit erreicht. Ob sie länger als die Geldklemme dauert, ist unsicher"*[58]). Aber gerade weil er an diesem alten Zweifel festhielt, galt es erst recht, den günstigen Augenblick zu nützen. So waren Deutschland und Österreich bereit, den von Saburow an sie herangebrachten Wunsch zu erfüllen, und empfanden es deshalb peinlich, daß die russische Regierung das Vorgehen ihres Botschafters nicht billigte. Sie mußten das hinnehmen, überstürzt durfte nichts werden. Sobald Klarheit hierüber eingetreten war, unterließen sie darum jeden weiteren Schritt; aber zur Vertrauensstärkung hat der Vorfall nicht beigetragen. Weil jedoch Kaiser Alexander und Giers kundtaten, daß in dem Aufschub nicht etwa der Verzicht gesehen werden dürfe, hat Bismarck sein Mißbehagen sorgfältig verborgen. Im Gegenteil war es eine demonstrative Geste, wenn er zum Geburtstag des Zaren am 10. März einen persönlichen Brief an Saburow schrieb: *„Mon cher Ambassadeur. Comme ma santé m'empêche toujours de sortir, je vous prie de recevoir par écrit et de bien vouloir faire parvenir aux pieds de S. M. l'Empereur Alexandre l'expression très humble et très respectueuse des voeux qu'aujourdhui nous formons pour Sa Majesté chez nous comme chez vous. Tout à Vous."* Die Absicht war, in Petersburg etwaige Zweifel auszuräumen, daß Deutschland jederzeit zur Erneuerung des Vertrags bereit sei.

Obwohl Saburows Anregung sich im Augenblick als undurchführbar erwiesen hatte, ist durch sie eine wichtige Folge ausgelöst worden. In demselben Erlaß nämlich, der die Österreicher von ihr informierte, schlug Bismarck vor, um abermals außer Frage zu stellen, daß der Zweibund durch das Dreikaiserverhältnis in keiner Weise berührt wurde, vor dem neuen Abschluß

mit Rußland „die direkten Beziehungen zwischen uns und Österreich-Ungarn zu erneuern". Wien begrüßte den Vorschlag begreiflicherweise mit besonderer Freude, und obwohl sich dann die Verlängerung des Dreikaiservertrags als nicht unmittelbar aktuell herausstellte, wurde der Plan durchgeführt. Die Atmosphäre, in der über ihn verhandelt wurde, verbesserte sich noch dadurch, daß bei Gelegenheit der am 8. Februar in London zusammentretenden internationalen Konferenz über die Donauschiffahrt Deutschland sich warm für die österreichischen Interessen einsetzte, obwohl es dabei gegen die eigenen wirtschaftlichen Interessen zu handeln glaubte. „*Die ganze Donaufrage*", lautet ein den seitdem eingetretenen Wandel hell beleuchtender Erlaß Hatzfeldts an den Gesandten in München von Werthern (1. Februar), „*hat für uns kein direktes politisches Interesse. Ebensowenig berührt sie unmittelbar unsere kommerziellen Interessen; eher könnte man die Hebung und weitere Entwicklung von Handel und Schiffahrt an der unteren Donau unseren Interessen zuwiderlaufend bezeichnen, denn bei unsrer Absicht, die intimen Beziehungen zu Österreich unter allen Umständen zu pflegen, müssen wir es für politisch nützlicher halten, wenn der österreichische Handel mehr nach Deutschland als nach dem Schwarzen Meer gravitiert, wenn Hamburg statt der Donauhäfen der Hauptausfuhrplatz für Ungarn und Nordösterreich wird. Je mehr der österreichische Handel die Richtung nach der Nordsee nimmt, desto mehr wird Österreich sich genötigt sehen, sich kommerziell und politisch an uns anzuschließen.*" Aber der Wille, Österreich gut zu stimmen, siegte über diese Bedenken, und so hat sich Deutschland in London für dessen Wünsche eingesetzt. Für die Geschicklichkeit übrigens, mit der Graf Münster Freundlichkeiten nach allen Seiten hiermit zu verbinden wußte, spricht der Umstand, daß am Schlusse der Konferenz nicht nur der österreichische Botschafter, sondern ebenso der russische sowie Lord Granville ihm für die gewährte Unterstützung dankten. „*Mehr könne man doch wirklich nicht verlangen*", schrieb Graf Herbert seinem Vater[59]). Außerdem war es vorteilhaft für die Mittelmächte, daß die Donaukonferenz den russischen und englischen Standpunkt aufeinanderprallen ließ und erhebliche Mißstimmung zwischen beiden Kabinetten erzeugte[60]).

So sind die Vorbedingungen günstig gewesen, unter denen über die Verlängerung des Zweibundes gesprochen wurde[61]). Kaiser Wilhelms Wunsch allerdings, bei dieser Gelegenheit die generelle Fassung zu erreichen, um die im Jahre 1879 zwischen ihm und Bismarck so bitter gerungen worden war, fand kein Gehör. Pflichtmäßig hat der Kanzler ihn in Wien zur Sprache gebracht, dann aber, als die Österreicher sich abermals ganz unzugänglich zeigten, weiteres Insistieren untersagt mit der ausdrücklichen Begründung, daß „die jetzt geltende Verabredung tatsächlich genügt". Es blieb also bei dieser. In dem am 22. März in Wien unterzeichneten Protokoll wurde das Bündnis bis 1889 verlängert. Nur der eine Punkt wurde neu geregelt, daß der Vertrag stillschweigend darüber hinaus noch drei weitere Jahre laufe,

wenn nicht zwei Jahre vor dem Verfallstermin — bisher war bloß ein Jahr vorgesehen gewesen — neue Verhandlungen aufgenommen würden. Insofern war seine Festigkeit noch verstärkt worden.

Mit dem Rückhalt engster Verbundenheit untereinander konnten die Mittelmächte nunmehr abwarten, ob der Zar zur gegebenen Zeit sich entschließen werde, auf der Linie der letzten Jahre zu bleiben, und bei der augenblicklichen Unmöglichkeit für Rußland, sich mit einer der anderen Großmächte zusammenzufinden, war die Aussicht um so besser, in je stärkerer Gesamtposition Deutschland ihm gegenüberstand. Deshalb begrüßte Bismarck es, daß der das Geheimnis des Dreibundes deckende Schleier ohne sein Zutun wenigstens teilweise gelüftet wurde; das Risiko, das mit einem Angriff auf das Reich verbunden war, wurde dadurch noch stärker zu Bewußtsein gebracht. Seit langem waren Gerüchte in der europäischen Diplomatie verbreitet, daß Italien sich vertraglich den Mittelmächten verbunden habe, jedoch Gewisses wußte niemand. Alle Versuche, Klarheit zu gewinnen, scheiterten, die Tatsache des Bündnisses wurde ebenso fest behauptet wie bestritten.

Da beseitigten mehrere Reden Mancinis im März und April die Zweifel über das Bestehen einer Vereinbarung, wenn auch über deren Form und Tragweite nichts in die Öffentlichkeit drang, so daß in dieser Hinsicht nach wie vor Spielraum für die verschiedensten Konjekturen blieb. Eindeutig legte sich der Minister auf das Zusammengehen mit den Mittelmächten fest. Seinen Mut, mit dem er sich gegen die Irredenta gewendet hatte, hob Keudell erfreut hervor (27. März); sie durch das Nationalitätsprinzip rechtfertigen zu wollen, hatte er als bare Unwissenheit und lediglich den Vorwand bezeichnet, die italienische Monarchie zu stürzen und der Regierung ihre „natürlichen Stützen" zu entziehen. Das ging in der Tat sehr weit, mit Recht konnte der Botschafter schreiben: „*noch nie hat ein italienischer Staatsmann Ähnliches auch nur anzudeuten gewagt.*"

Der Widerhall war denn auch stark, insbesondere natürlich in der französischen Presse. Deren Stellungnahme faßte Hohenlohe dahin zusammen (5. April), daß sie noch immer nicht an einen formellen Vertrag glauben wolle; allein der „Temps" rechne mit dem Bündnis als vollendeter Tatsache und begründe es damit, Bismarck habe, um sein Werk, die deutsche Einheit, gegen alle Gefahren zu schützen, „*Italien zum deutsch-österreichischen Bündnis zugelassen in der Absicht, Frankreich zur Untätigkeit zu zwingen oder vielmehr zu isolieren. Fürst Bismarck, der Europa durch drei große Kriege beunruhigt hatte, bestrebt sich jetzt, ihm einen dauernden Frieden aufzuzwingen.*"

Die Zweifel am Bestehen des Bündnisses zu beseitigen, lag in Deutschlands Interesse. Deshalb zog am 7. April die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" „die Schlußfolgerung aus der allgemeinen Lage: daß die drei friedliebenden Mächte, Deutschland, Österreich, Italien durch die Logik

der Politik genötigt sein werden für den Frieden einzutreten, wenn eine von ihnen durch andre Mächte mit einem Angriff bedroht würde". Das war nun auch von deutscher Seite das Eingeständnis des vorliegenden Bündnisses. Nachdem also nicht mehr bestritten werden konnte, daß Italien sich den Mittelmächten angeschlossen hatte, ging die Diskussion erst recht weiter, gegen wen sich das Bündnis richte und ob es sich tatsächlich auf defensive Zwecke beschränke. Hierüber suchte Bismarck die aufgeregten Franzosen zu beruhigen. Schon nach Mancinis erster Rede hatte er angeordnet, „*das Thema anerkennend zu besprechen, aber nicht in französenfeindlichem Tone. Friedensbürgschaft*"[62]), das Wort Frieden war zweimal unterstrichen. Demgemäß wurde in der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung" hervorgehoben, daß keine der drei Mächte ein Motiv habe, sich gegen Frankreich feindlichen Absichten hinzugeben. Als der Pariser „Rappel" darauf erwiderte, der defensive Charakter würde sich alsbald in einen offensiven verwandeln, wenn die Republik durch die Monarchie ersetzt würde, schrieb der Kanzler an den Rand: „*auch dann nicht; immer defensiv*", und ließ die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" noch einmal (18. April) in diesem Sinne Stellung nehmen.

Nicht bloß Zeitungsartikel aber sollten Frankreich beruhigen. Diesem Zwecke dienten neue Anweisungen an die deutschen Vertreter, seine kolonialen Unternehmungen nicht zu hindern[63]), und vor allem eine Reise des Grafen Herbert nach Paris Ende März. Obwohl sie durchaus privater Natur war, hatte er dort eingehende Aussprachen mit einer Anzahl der führenden Staatsmänner[64]). Den stärksten Eindruck machte ihm dabei neben dem jungen Barrère, dem später so erfolgreichen Botschafter in Rom, der erst 35jährige Innenminister Waldeck-Rousseau, der zukünftige Ministerpräsident, der allerdings bei hoher formaler Liebenswürdigkeit große Zurückhaltung bewies. Überraschendes Entgegenkommen dagegen trug Léon Say zur Schau, der als Frankreichs bester Finanzpolitiker galt und in dem vielfach Grévys Nachfolger gesehen wurde. Er warf den Gedanken eines Zollvereins zwischen Deutschland und Frankreich auf, den er „*großartig, aber sehr schwer auszuführen*" nannte: „*Wir würden dadurch unsre beiden Länder in eine den Welthandel und alle Handelsvertragsverhältnisse absolut beherrschende Stellung bringen. Die Basis, auf der wir uns geeinigt hätten, würde der maßgebende Standard für ganz Europa sein. Allerdings liegt die Gefahr vor, que tout d'abord cela ressemblerait un peu à un blocus continental.*" Die Verwirklichung dieser Idee würde in der Tat gewaltige Zukunftsperspektiven eröffnet haben, aber wie hätte sie, auch ganz abgesehen von den aus der Politik erwachsenden Hemmungen, möglich sein sollen, wo Deutschland gerade seinen Übergang zum Schutzzoll vollzogen hatte, während Frankreich an seinem freihändlerischen Prinzip festhielt! Daß es sich hier um eine schöne Utopie handelte, war beiden Gesprächspartnern deutlich, immerhin war es viel, daß sie überhaupt von einem der führenden Männer Frankreichs mit einem Bismarck

diskutiert wurde, wie die ganze persönliche Aufnahme des Grafen derart war, daß er seinem Vater schrieb: „*ich muß gestehen, daß ich auf so viel liebenswürdiges Entgegenkommen, wie mir französischerseits hier bewiesen wird, nicht im Geringsten gefaßt war.*"

Um diese günstige Stimmung nicht zu stören, ließ der Kanzler den Kriegsminister General Thibaudin über einen Angriff der „Kölnischen Zeitung" beruhigen; Hohenlohe mußte ihm sagen, „*daß wir für die Eier der Kölnischen-Zeitungs-Hühner* (von Huhn war der Name ihres Pariser Korrespondenten) *nicht verantwortlich sind*"[65]). Wenig erfreut war der Kanzler indessen, von seinem Sohn zu erfahren, daß in Paris die Absicht bestehe, im Herbst an der Vogesengrenze Kavalleriemanöver im ganz großen Stil abzuhalten und deren Leitung dem General Gallifet zu übertragen, dem populären Reiterführer von 1870, den er im Verdacht hatte, der „französische Skobelew" werden zu wollen. Daraus hätten sich leicht unerwünschte Zwischenfälle ergeben können. Zwar wurde er die Sorge rasch wieder los, indem der Plan alsbald amtlich dementiert wurde, immerhin nahm er die Angelegenheit ernst genug, um in vorsichtig das Selbstbewußtsein der Franzosen schonender Form zu warnen. „*Der Herr Reichskanzler*", lautet ein Erlaß Hatzfeldts an Hohenlohe (7. April), „*hat mit Befriedigung ersehen, daß das große Kavalleriemanöver, welches General Gallifet längs unsrer Grenze auszuführen wünschte, unterbleiben wird. Die Beziehungen zwischen den Regierungen haben sich zu günstig gestaltet, um durch einen solchen Zwischenfall gestört werden zu können. Es erscheint aber kaum zweifelhaft, daß diese Vorgänge im Publikum und in der Presse zu Mißdeutungen Anlaß gegeben hätten. Euer Durchlaucht wollen sich gelegentlich und ohne Erwähnung eines Auftrags in diesem Sinne gefälligst aussprechen. Ihrem bewährten Takt darf ich es überlassen, gleichzeitig in geeigneter Weise darauf hinzudeuten, daß die Ausführung des Plans, welcher dem General Gallifet eine bedeutende Machtstellung verliehen hätte, auch aus inneren Gründen für die französische Republik nicht unbedenklich gewesen wäre.*" Der Vorfall zeigt, wie ernstlich Bismarck jedem Zwischenfall vorzubeugen wünschte, beweist aber auch andrerseits das überaus geringe Maß von Stabilität im Verhältnis der beiden Länder.

Deshalb ist es auch nicht erstaunlich, daß die französische Presse wie die amtlichen Vertreter mit allen Mitteln hinter das Geheimnis des Dreibunds zu kommen suchten. Schon vor dem ersten Artikel der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung" wurde Graf Kálnoky von dem Geschäftsträger auf das Bündnis angesprochen; er erteilte die Antwort, König Humberts Besuch sei der erste Schritt der Annäherung Italiens gewesen, die in Wien sehr gut aufgenommen und seitdem weiter gepflegt worden sei, aber dem daraus hervorgegangenen intimen Verhältnis wohne keine Spitze gegen eine andere Macht inne[66]). Positives war dem nicht viel zu entnehmen, und ebenso wich Herbert Bismarck aus, als der französische Botschafter Tissot ihn in London anredete:

„Eh bien, vous avez donc annexé l'Italie?"[67]), und seine Besorgnis aussprach, daß das Bündnis eine Territorialgarantie einschließe: *„Von Deutschland besorgen wir nichts, wir wissen, daß Sie uns nicht ohne Weiteres anfallen werden, und deshalb sind von Deutschlands Seite Allianzen, die es abschließt, für uns gar nicht bedenklich. Die Italiener aber, mit denen allein wir bei Aufwendung unsrer halben Kraft rasch fertig werden würden und die uns im Bewußtsein ihrer eigenen Schwäche nur umso bitterer hassen, würden sich, wenn ihnen der Rücken gedeckt wäre und sie wüßten, daß sie nichts verlieren könnten, sehr leicht zu einem Angriff auf Frankreich fortreißen lassen. Ein Garantie-Bündnis mit ihnen würde mir deshalb für Deutschland unbequem erscheinen und für Frankreich aus dem Grunde bedenklich, weil die turbulenten Italiener in solchem Falle uns mit Ihnen, die wir beide im Frieden leben wollen, in Verwicklungen bringen könnten."*

Schließlich suchte Waddington bei Gelegenheit seiner Durchreise nach Moskau, wo er Frankreich bei der Krönung Alexanders III. vertrat, von Bismarck selbst auf Grund des früheren günstigen Zusammenarbeitens Klarheit zu erhalten. Schon der eigene Bericht des Franzosen über das Gespräch[68]) läßt erkennen, daß dem Reichskanzler nach anfänglich größter Liebenswürdigkeit schließlich die Geduld gerissen ist angesichts der fortgesetzten drängenden Fragen und er den Besucher in beinahe brüsker Manier verabschiedet hat. Sein Zorn spricht auch aus der Aufzeichnung, die er am 16. Mai zu den Akten gab: Waddington habe *„mit indiskreter Bonhommie die unmöglichsten Fragen gestellt; ich habe ihm schließlich, da ich mich zur Aufrichtigkeit nur so weit verpflichtet halte, als ich freiwillig rede, gesagt: ‚c'est plutôt une situation qu'un traité'. Ich habe hinzugefügt, es komme uns bei unserem Verhältnis zu Italien nicht auf eine aggressive Verstärkung, sondern darauf an, uns für gewisse Fälle der Neutralität desselben zu versichern. Überhaupt habe unser Entgegenkommen für Italien weniger Frankreich als die innere Politik Italiens im Auge. Wir gönnten Frankreich die Republik, aber wir wünschten in Italien eine Monarchie und die Dynastie zu erhalten. Soweit in den vorstehenden Äußerungen eine Abweichung von dem Sachverhalte liegt, war dieselbe durch die franchise de faux bonhomme Waddingtons erlaubt und geboten."*

Mit vollem Recht dagegen durfte er wie Graf Kálnoky für sich in Anspruch nehmen, beim Bündnis mit Italien von jeder Angriffsabsicht gegen Frankreich frei zu sein. Dem Wortlaut wie dem Geiste nach war es tatsächlich strikt defensiver Natur, und es hinderte Bismarck nicht, in der Gemeinsamkeit des Handelns mit den Bundesgenossen alles zu vermeiden, was Frankreich reizen konnte.

Dies hat er kurz vor dem Gespräch mit Waddington praktisch betätigt. Graf Launay hatte Hatzfeldt (das genaue Datum geht aus den Akten nicht hervor) die Frage vorgelegt, wie Deutschland sich zu einem eventuellen Griff Frankreichs nach Tripolis verhalten würde, und die Antwort bekommen, es sei verfrüht, hierüber zu sprechen, da keine Symptome für solche

Pläne vorlägen. Aber zu Anfang Mai kam der Botschafter mit großem Nachdruck darauf zurück, sich offiziell auf Artikel I des Dreibunds berufend, der einen Ideenaustausch über die allgemeinen politischen und wirtschaftlichen Fragen sowie gegenseitigen Beistand „dans les limites de leurs propres intérêts" vorsah. Weiteres Ausweichen war infolgedessen nicht mehr tunlich. So erhielt Keudell am 6. Mai die folgende Instruktion:

„Wir würden uns unter entsprechenden Umständen bereitwillig an einer kühnen, aber nicht gern an unpraktischer Politik beteiligen. Eine solche würde es aber sein, wenn wir ohne jeden realen Anlaß gemeinsam eine Haltung gegen Frankreich annehmen wollten, durch welche die französische Politik beunruhigt und von Richtungen abgelenkt werden würde, in denen sie für Italien wie für Deutschland unschädlich sich bewegen könne. Wir wären fest überzeugt, daß die Konjekturen des Herrn Mancini unbegründet sind und daß die afrikanischen Vergrößerungspläne Frankreichs sich auf andre Ziele als Tripolis richten. Frankreich darin irre zu machen, wäre nach Ansicht des Herrn Reichskanzlers ein politischer Fehler, von dem er dringend abrät. Abmachungen zum Schutz von Tripolis ließen sich, wie Herr Mancini aus Erfahrung wissen wird, nicht lange geheim halten, und im vorliegenden Falle würde sich die dem Bekanntwerden folgende Spannung in Frankreich umso schärfer akzentuieren, da die französische Regierung das Bewußtsein haben kann, diesmal keinen Anlaß zu Akten des Mißtrauens und der Feindschaft gegeben zu haben.

Wir werden jede Vertragsbestimmung nicht nur buchstäblich, sondern mit dem vollen Nachdruck gemeinsamer Interessen und Überzeugungen ausführen, uns aber das eigne politische Urteil über Voraussetzungen und politische Schachzüge bewahren, die wir für unrichtig halten. Wir teilen vollkommen die Auffassung, daß die Interessen Italiens eine französische Blockade im Mittelmeer nicht vertragen, und würden es als eine Aufgabe eigener Politik betrachtet haben, Italien vor Schaden zu bewahren, sobald Anzeichen dafür vorhanden wären, daß die französische Regierung jene Blockadegedanken wirklich verfolgt. Unsre Überzeugung, daß dies nicht der Fall ist, steht umso fester, als das Vorgehen Frankreichs gegen Tripolis einen Krieg mit der Türkei und infolgedessen voraussichtlich einen europäischen Krieg mit sich bringen würde, und die öffentliche Meinung in Frankreich schwerlich geneigt sein wird, für die damit verknüpften Opfer und Gefahren ein entsprechendes Aequivalent in der für Frankreich ganz unnötigen, unfruchtbaren und unhaltbaren Besitzergreifung von Tripolis zu erblicken."

Während somit den Italienern offen ausgesprochen wurde, daß Deutschland sich nicht ohne zwingende Notwendigkeit gegen Frankreich ausspielen lasse, hat Bismarck andrerseits, um dem Bundesgenossen seine Loyalität zu beweisen, dessen Sorgen wegen Tripolis Waddington gegenüber bei seinem Besuch erwähnt und sofort die feste Versicherung ihrer Gegenstandslosigkeit erhalten. Der Franzose behauptete sogar, Italien könne unmöglich aufrichtig

an solche Pläne glauben. Aber unmittelbar danach legte Graf Launay eine neue, vom 8. Mai datierte, bei ihm erst am 18. eingetroffene Anweisung Mancinis vor, die auf Grund konsularischer Berichte aus Tripolis die Gefahr des französischen Zugriffs als imminent bezeichnete; Bismarck werde zugeben, daß es ein schwerer Fehler sein würde, zu warten bis das Haus in Flammen stehe und erst dann Rettungsmaßnahmen zu treffen. „*Feuer anzulegen, wenn es nicht von selbst brennen will*", war der Gegeneinwand des Kanzlers, und auch die Schlußargumentation Mancinis, Italien sei gemäß der Politik des do ut des bereit, „*seine kräftige Unterstützung zur Wahrung der deutschen oder österreichischen Interessen im Orient in Aussicht zu stellen für einen Beistand, der die Verschiebung des Gleichgewichts im Mittelmeer verhindert*", vermochte ihn nicht zu verlocken. „*Orientinteressen, die Italien unterstützen könnte, hat nur Österreich, nicht Deutschland*", schrieb er an den Rand und gab die Richtlinie: „*Sobald Frankreich wirklich gegen Tripolis vorgeht oder vorbereitet, werden wir nicht mit unsrer Meinung zurückhalten. Bis dahin lehne ich Äußerung über Doktorfragen ab. Italien sollte nur seinerseits tun, wessen die Konsuln Frankreich anklagen!*" Seinen Bundesgenossen würde er demnach nicht gehindert haben, wenn er eine vollendete Tatsache geschaffen hätte, aber seine eigene bisherige Haltung zu revidieren lehnte er ab. Der feste Rückhalt, über den er verfügte, änderte nichts an seinem Entschluß, alles zu vermeiden, was Frankreich reizen konnte, und seinerseits das Mögliche zu tun, um es vielleicht doch einmal zum Verzicht auf die Revanche zu bringen.

Solche Rücksichtnahme auf Frankreich hat er auch betätigt, indem er in dessen Zwist mit China weiterhin unbedingte Neutralität beobachtete. Als der chinesische Gesandte um „*einen gewissen moralischen Beistand*" bat, hat Hatzfeldt das um Frankreichs willen für unzulässig erklärt, und Bismarck selbst hat es noch verschärft zu dem Rat, sich direkt mit Paris zu verständigen[69]). Präsident Grévy, dem das chinesische Unternehmen unheimlich war — nach Bernhard Bülows Urteil (14. Juni) aus Ruhebedürfnis und nicht wie die meisten Franzosen aus Mißtrauen gegen Deutschland und dem Wunsch, die Kräfte für die Revanche freizuhalten — hat das dankbar anerkannt mit den Worten: „*Deutschland hat uns seit dem Kriege nur Gutes erwiesen*"[70]).

5. Schutzmaßnahmen auf dem Balkan

Mit England auf einem seit langem ungewohnt gutem Fuß, mit dem amtlichen Frankreich in korrektem Verhältnis auf der gesunden Grundlage von dessen Einsicht, Deutschlands guten Willen nicht entbehren zu können, mit Österreich und Italien verbündet, so konnte Bismarck an die Fortsetzung des Werkes gehen, das ihm immer noch als die Krönung seines Strebens galt, des Ausgleichs zwischen Österreich und Rußland. Zwar das Problem des Dreikaiservertrags brauchte noch nicht angerührt zu werden. Ein Ende April erfolgender neuer Vorstoß Saburows in diesem Sinne war wieder wie im Februar auf eigene Faust unternommen und wurde von Petersburg desavouiert. Er hatte den in Berlin weilenden Prinzen Reuß — diesmal also nicht direkt die zuständigen Stellen — auch über weitere Teilung des Balkans sondiert[71]), weil „es doch gut wäre, sich beizeiten zu verständigen, um nicht durch die Tatsachen überrascht zu werden", und hatte in einem so weitgehenden Optimismus, daß er bei seiner Kenntnis der Sachlage nicht echt sein konnte, hinzugefügt, „daß man gewiß sehr leicht eine Demarkationslinie zwischen dem Interessengebiet Rußlands und Österreichs ziehen könne". Jedoch Graf Kálnoky hatte sich sofort gegen „derartige halsbrecherische Pläne" gewehrt und sich genau wie früher gewillt gezeigt, den Vertrag zu verlängern, nicht aber ihn abzuändern.

Da also weder Petersburg noch Wien Bereitschaft zu so weitausholenden Verhandlungen erkennen ließen, nahm die deutsche Politik amtlich von Saburows erneuter Anregung überhaupt keine Notiz. Die Zeit wäre dafür schon deshalb nicht günstig gewesen, weil die wenig glückliche Aufnahme, die neue österreichische Vorschläge über den Handelsvertrag in Berlin gefunden hatten, sowohl Kaiser Franz Joseph als auch Kálnoky schwer enttäuschte[72]). Dennoch rückte für Bismarck das russisch-österreichische Verhältnis immer deutlicher wieder in den Vordergrund, weil offensichtlich die Zeit der Ruhe im Nahen Orient zu Ende ging. Größte Aufmerksamkeit auf die dortigen Vorgänge und die möglichen Rückwirkungen war geboten.

Ein Sturmzeichen war, daß Kálnoky am 1. Mai seinen Berliner Botschafter Graf Széchenyi, beauftragte, Deutschland auf die neubelebte „slawianophile" Regsamkeit der russischen „Wohltätigkeitsvereine" hinzuweisen und zu fragen, ob nicht ein vorsichtiger Wink an Giers deswegen angebracht erscheine. Da aber Schweinitz (19. Mai) die Agitation vorläufig

als unbedeutend und deshalb einen Schritt als verfrüht bezeichnete, unterblieb ein solcher; die Mittelmächte begnügten sich damit, die Vorgänge auf dem Balkan aufs genauste zu überwachen.

Hier setzte die neue Welle gleich am empfindlichsten Punkte ein, in Bulgarien. Durch den im Laufe des März sich zuspitzenden Konflikt zwischen Fürst Alexander und seinen russischen Ratgebern wurde die Unhaltbarkeit des Zustandes offensichtlich, auch für Deutschland würde sich bald die Notwendigkeit der Stellungnahme ergeben, insbesondere zur eventuellen Vereinigung der beiden bulgarischen Landesteile, die Battenberg als seine einzige Rettung erklärte, die früher auch vom Zaren erstrebt worden war, aber ihm nicht mehr so wünschenswert erschien, seitdem er sich von dem Fürsten enttäuscht fühlte. Um rechtzeitig Klarheit über die österreichische Ansicht zu besitzen, wurde Reuß am 30. März zu fragen beauftragt, ob es nicht besser sei, die Union zu dulden, die weniger bedenklich wäre als anarchische Zustände beim eventuellen Sturz des Fürsten und überdies, wie Kálnoky selbst noch vor kurzem zugegeben hatte, größere Selbständigkeit gegenüber Rußland herbeiführen würde. Zur Antwort bekannte sich der Minister grundsätzlich als Gegner der zwischen Salisbury und Schuwalow vereinbarten Trennung. Darum werde er keinen Einspruch erheben, wenn die Union sich durch die Macht der Verhältnisse vollziehe, aber sie aktiv zu beschleunigen, scheine ihm gefährlich, „*weil dadurch viele Fragen ins Rollen kommen würden, die besser ruhten*“[73]). Er beharrte also genau auf dem im Dreikaiservertrag festgesetzten Prinzip.

Noch bevor diese Antwort in Berlin eintraf, hatte Bismarck gegen den Fürsten Alexander seinen mehrfach erteilten Rat erneuert, sich gut mit der Pforte zu stellen, weil dies der einzige Weg sei, „*um in Petersburg Gewicht zu behalten*“; gleichzeitig hatte er die Sorge Battenbergs, daß seine Stellung beim Zaren hoffnungslos untergraben sei, beschwichtigt, nach seinen Nachrichten sei sie noch durchaus gut, „*nur ist man dort etwas besorgt vor Tatenlust*“[74]). Entsprechend ließ er durch Radowitz die Pforte zu Entgegenkommen an Bulgarien mahnen. Zu weit aber durfte er hierbei nicht gehen, um nicht in Petersburg den Anschein zu erwecken, dem Fürsten den Rücken in antirussischem Sinne stärken zu wollen. Auf Radowitz' Bericht, daß er den Großvezir bearbeitet habe, gebot der Kanzler Vorsicht (1. April) und untersagte jede weitere eigene Aktivität: „*Ich habe Euer Excellenz nur von der Situation Kenntnis geben wollen, damit Sie gefällig sein können, wenn Sie im Sinne der Annäherung von Pforte-Bulgarien von einer von beiden Seiten angegangen werden. Ohne das tun Sie nichts, und wenn Sie angegangen werden, antworten Sie wohlwollend und telegraphieren Sie um Instruktion.*“

Zunächst gab die Entwicklung seiner Diagnose insofern recht, als ein Besuch des Fürsten beim Sultan[75]) die russischen Agenten in Sofia nach dem Bericht des Generalkonsuls von Braunschweig (15. April) alsbald zu in letzter

Zeit ungewohnter Höflichkeit veranlaßte. Aber der weitere Verlauf war wenig erfreulich. Denn vom Goldenen Horn aus begab sich Battenberg nach Montenegro und Griechenland und erweckte hiermit in Petersburg wie in Berlin, Wien und Konstantinopel den Verdacht, an einem Balkanbund zu arbeiten, der in diesem Augenblick, unter seiner Führung nirgends gern gesehen worden wäre. Daß er in der Tat einen solchen Bund mit der Spitze gegen die Türkei vorgeschlagen hat, die er soeben seiner Freundschaft versichert hatte, ist nicht nur durch den griechischen Gesandten in Konstantinopel Konduriotis Radowitz hinterher bestätigt[76]), sondern auch durch König Georg in Wien zur Kenntnis gebracht worden[77]). Aber schon der Verdacht genügte, um Battenbergs Stellung allerseits zu verschlechtern. Die „Tatenlust", vor der Bismarck gewarnt hatte, schien nicht abzubremsen zu sein, und sie hatte eine Richtung eingeschlagen, die der von ihm empfohlenen genau zuwider lief. Zudem warf Battenbergs Verhalten ein sonderbares Licht auf seine persönliche Zuverlässigkeit, was später noch verstärkt wurde, indem er in Gegensatz zu der in Berlin als bewiesen geltenden Tatsache seinen Besuch in Athen und Cetinje als völlig unpolitisch hinstellte[78]).

Ungünstig für ihn wirkte auch eine an sich wenig bedeutungsvolle, aber wieder seine persönlichen Eigenschaften unerfreulich beleuchtende Angelegenheit. So gut an sich der Besuch beim Sultan abgelaufen war, hatte doch über die Stiftung eines eigenen bulgarischen Ordens keine Einigkeit erzielt werden können. Gewiß wünschte Battenberg dies nicht bloß aus persönlicher Eitelkeit, sondern um die eigene Selbständigkeit auch äußerlich zu betonen. Gerade deshalb aber hatte Abdul Hamid nicht eingewilligt. Dennoch hat der Fürst auf dem weiteren Verlauf der Reise mit der Verleihung des Ordens begonnen und damit den Erfolg seines Besuchs in Konstantinopel zerstört. Bismarck sah hierin den Beweis, daß es ihm mehr auf Äußerlichkeit als auf die Sache ankomme: „*Wir können*", schrieb er an Braunschweig (18. Mai), „*unsre Politik dem persönlichen Wohlwollen für Seine Hoheit nicht völlig unterordnen, und die letzten Pläne des Fürsten, die Motive seiner jüngsten Reise nach Montenegro und Griechenland sind uns nicht klar, auch das Vertrauen in seinen politischen Sinn etwas erschüttert durch die Art, wie er die Ordensangelegenheit behandelt hat.*" Als Battenberg dann im Juli in Berlin weilte, hat Bismarck mit seiner Kritik nicht hinter dem Berge gehalten und ihm „*keinen Zweifel gelassen, daß er die Schwierigkeiten seiner Lage durch die Art, wie er die Ordensfrage in den Vordergrund gestellt und vor andern dringend behandelt habe, sowie auch durch seine Reise nach Athen und Cetinje selbst vermehrt habe*"[79]).

Hier liegt der Moment des Umschwungs in Bismarcks persönlichem Urteil über Battenberg. Der Zweifel, der sich eingestellt hatte, ob er der richtige Mann für seine für den europäischen Frieden so wichtige Stellung sei, ist nicht mehr zum Schweigen gekommen und hat dann mitgewirkt, als

die sachlich-politischen Bedenken hinzukamen, um den Fürsten keinen Rückhalt mehr am Reichskanzler finden zu lassen. Battenberg hat diesen auch nicht mißverstanden. Nach seiner Rückkehr nach Sofia sagte er voller Enttäuschung zu Braunschweig[80]), er habe sich in Berlin überzeugt, daß man dort „*den Ereignissen in Bulgarien im Wesentlichen nur insoweit Interesse zuwende, als daraus eine Störung des Friedens zu befürchten sei*". „*Ja*", schrieb Bismarck an den Rand, und zu der Folgerung, die Fürst Alexander zog, unter diesen Umständen sei er nicht stark genug für den Kampf gegen Rußland: „*glaube ich auch nicht*".

Jedenfalls war die unerwünschte Folge eingetreten, daß die Machtverteilung auf dem Balkan aufs neue zur Debatte stand und Unruhe erzeugte. Die Tragweite trat alsbald zutage, indem auch England die Dinge möglichst schwarz malte, um das Mißtrauen der Mittelmächte gegen Rußland zu stacheln. Lord Granville beschwerte sich bei Graf Münster, in Bulgarien würfen die Russen die Maske ab und suchten es zu ihrer Provinz zu machen. Selbst wolle er allerdings nicht gern die Initiative übernehmen — „*sollten wir etwa?!*" — schrieb Bismarck an den Rand —, aber „*unangenehme Eröffnungen*" könnten sich doch bald ergeben[81]). Empört sprach er von der „*Frechheit der Russen, die alles übersteigt, was sie bisher geleistet*"[82]).

Den gleichen Sinn, Unruhe im Orient anzufachen und so einen Keil zwischen die Kaisermächte zu treiben, legte Bismarck dem Auftreten Lord Dufferins unter, der bei seiner Abschiedsaudienz in Konstantinopel vor Antritt seines Urlaubs durch Aufrollen der armenischen Frage den schweren Groll Abdul Hamids erregt hatte[83]). Wie schon früher warnte der Kanzler die Engländer, nicht die politischen Notwendigkeiten über doch nicht zu verwirklichenden humanitären Gesichtspunkten zu vergessen. Die einzige Folge würde sein, die Widerstandskraft der Türkei nach außen wie ihren inneren Zusammenhalt zu schwächen[84]). Dem folgte (17. Mai) eine ausführliche Instruktion: „*Ich vermag nicht einzusehen, welches Interesse England daran haben kann, den Sultan zu beunruhigen. Die sogenannten ‚armenischen Reformen' sind ideale und theoretische Bestrebungen, welche in dem ornamentalen Teile der Kongreßverhandlungen eine schickliche Stelle behufs parlamentarischer Verwertung erhalten haben. Ihre praktische Bedeutung, wie auch die Sache verlaufen mag, ist von sehr zweifelhaftem Werte und für die Armenier zweischneidig. Nach unsrer Auffassung der Verhältnisse kann es nicht Aufgabe der englischen Politik sein, die Lebensfähigkeit des osmanischen Reiches zu schmälern und auf Lockerung der Bande, welche Armenien mit der Türkei verbinden, hinzuarbeiten. Eine Einmischung in diese inneren Angelegenheiten würde aber der beste Weg zur Erreichung dieses schwerlich erstrebten Zieles sein.*

Im Interesse des europäischen Friedens und der Ruhe im Orient bedaure ich die Demarche des Lord Dufferin und kann mich einer Politik nicht anschließen, welche ihre praktischen Ziele einem vorübergehenden philanthropischen Nimbus

opfert. Tatsächlich wird Armenien deshalb nicht besser regiert und das kurdische Räuberwesen nicht abgestellt werden."

Radowitz wurde „*jede Unterstützung oder Befürwortung dieser wenig geschickten englischen Politik*" untersagt (13. Mai). Erst später (18. Juni) erhielt er den Auftrag, wenigstens insofern Deutschlands Anteilnahme an der Not der Armenier zum Ausdruck zu bringen, daß er auf Entsendung eines guten Generalgouverneurs dringen sollte. Die möglichen allgemeinpolitischen Folgen veranlaßten den Kanzler zu einem Immediatbericht an den Kaiser (18. Mai), der hervorhob, daß ein praktischer Erfolg doch nicht erzielt werden würde, und erkennen läßt, wie sehr Bismarck noch an der seit dem Kongreß betriebenen Politik der Erhaltung des status quo festhielt: „*Im Interesse des europäischen Friedens sowie der Ruhe im Orient scheint es geboten, die Autorität des Sultans, soweit sie noch vorhanden ist, intakt zu erhalten, und ich habe daher, sooft eine Gelegenheit sich darbot, den englischen Staatsmännern vertraulich und freundschaftlich widerraten, den im Orient schon hinlänglich vorhandenen Zündstoff durch Aufwerfen einer ‚armenischen Frage' zu vermehren, zumal dieselbe auch Rußland berühre, das in seinen asiatischen Grenzprovinzen eine große Anzahl armenischer Untertanen zählt.*" „*Sehr interessant und überzeugend*", war das Urteil Kaiser Wilhelms.

Schließlich hat Bismarck noch sehr eindringlich mit Lord Ampthill gesprochen. Nach einem undatierten Diktat an Rottenburg, das am 22. Mai dem Prinzen Reuß zur Kenntnis gebracht wurde, hat er dem die russischen Einflüsse in Armenien beklagenden Botschafter erwidert: „*Es wäre möglich, daß Grund zu solchen Besorgnissen vorhanden wäre; aber ob das gewählte Mittel einer Pression auf den Sultan, selbst wenn letzterer sich ihr fügte, das richtige Mittel wäre, um den russischen Einflüssen die Spitze zu bieten, wäre mir fraglich. Die Art, wie Reformen, auch wenn sie wirklich beabsichtigt werden, in der Türkei ausgeführt zu werden pflegten, gewährt keine Bürgschaft, daß auf diesem Wege die Gemüter gewonnen werden. Ich hielte den von Lord Dufferin getanen Schachzug für einen fehlerhaften und hätte schon deshalb Herrn von Radowitz zu einer Unterstützung nicht ermächtigen können. Aber auch wenn er im englischen Sinne richtig wäre, läge deshalb noch kein Beruf für uns vor, den Sultan zu drängen, vielmehr wäre es in der Linie deutscher Politik, wie ich sie mir dächte, begründet, daß England seine englischen Interessen selbst wahre, ohne uns für dieselben vorzuschieben. Am allerwenigsten wäre ich dazu geneigt, wenn diese Wahrung auf dem Wege einer falschen Humanität und Beglückung fremder, für englische Einrichtungen nicht reifer Nationen erstrebt werden sollte, um damit im englischen Parlament Gelegenheit zu einem humanitären Pronunciamento zu erlangen.*

Die Drohung Englands, den für Zypern versprochenen Schutz Kleinasiens zurückzuziehen, würde dem Sultan schwerlich einen Eindruck machen, da er auf einen wirksamen Eintritt dieses Schutzes, wenn er nötig werden sollte und

nicht im englischen, sondern nur im türkischen Interesse geboten wäre, wohl kaum gerechnet haben würde."

Diese Darlegungen sind nicht ohne Eindruck in London geblieben. Lord Granville sagte zu Münster: „*vous prêchez un converti; denn ich bin ganz Fürst Bismarcks Ansicht, daß es heiße, die Türkei in Rußlands Arme zu treiben, wenn wir irgend etwas täten, um uns den Sultan zu entfremden*", und entzog sich der Schwierigkeit, indem er am 14. Juni Englands im Zypernvertrag übernommene Schutzverpflichtung für hinfällig erklärte, nachdem die Reformen in Armenien ausgeblieben seien. Als eigentliches Motiv vermutete Graf Herbert dahinter die Furcht vor dem russischen Einmarsch in Armenien, für welchen Fall England rechtzeitig seiner Beistandspflicht ledig sein wolle[85]). Jedenfalls begab es sich damit des Titels, aus dem es formell sein Recht zum Drängen auf Reformen herleitete; für längere Zeit brauchte der Sultan in dieser Hinsicht keinen britischen Druck mehr zu befürchten. Faktisch hat das Kabinett Gladstone demnach so gehandelt, wie Bismarck es für politisch richtig hielt.

Neben Bulgarien und Armenien erwies sich als Unruhequelle die Unzufriedenheit Rumäniens mit den im März erfolgten Beschlüssen der Londoner Donaukonferenz. Sie richtete sich hauptsächlich gegen Österreich und wurde zudem gespeist durch aus dem Nationalitätsprinzip erwachsende irredentistische Aspirationen. Wenn manche Rumänen hofften, hierfür Deutschlands Verständnis und Beistand zu finden, sind sie schwer enttäuscht worden. „*Wir können*", instruierte der Kanzler den Gesandten von Saurma in Bukarest (19. Mai), „*die rumänische Regierung nicht hindern, solche politischen Richtungen einzuschlagen, die unsrer friedliebenden und erhaltenden Politik nicht entsprechen; aber wir können eine Anwaltschaft dafür bei fremden Mächten nicht übernehmen. Wir müssen im Interesse Deutschlands den Schein vermeiden, als könnten die persönlichen Gefühle, die Seine Majestät mit dem König Karl verbinden, die Veranlassung bilden, eine Politik Rumäniens zu ermutigen, deren Richtung und deren Ziele ohne Rücksicht auf die Interessen und die vertragsmäßigen Beziehungen der europäischen Mächte zu einander in Bukarest bestimmt werden. Wir sind nicht berechtigt, die deutsche Politik für andere als deutsche Interessen einzusetzen; letztere werden durch die Donaufrage wenig berührt, sehr wesentlich aber hängen sie mit unseren Beziehungen zu den europäischen Mächten zusammen, auf deren Verträgen der bisherige Zustand der Donaufrage beruht. Die weitere Entwicklung derselben werden wir abwarten, ohne eine Initiative dafür zu übernehmen.*"

Jedoch Bismarck mußte sich überzeugen, daß, um Rumänien bei der Stange zu halten, das bloße Versagen aktiven Beistands in der Donaufrage nicht genügte. Der Zorn gegen Österreich äußerte sich dort immer lauter und immer deutlicher in der Form territorialer Ansprüche. Gegen solche Bedrohung seines Bundesgenossen wendete sich der Reichskanzler mit aller

Energie. Zunächst allerdings holte er um des verwandtschaftlichen Verhältnisses willen die Genehmigung Kaiser Wilhelms durch einen von ihm selbst durchkorrigierten Immediatbericht Hatzfeldts vom 13. Juni ein: „*Es scheinen sich leider die Befürchtungen zu erfüllen, die zu der Zeit entstanden, als Rumänien unter einer dem Bildungsstand und den Bedürfnissen des Volkes wenig entsprechenden Verfassung nach belgischem Muster seine Selbständigkeit erlangte, daß der junge Staat nicht Kraft und Besonnenheit genug besitzen würde, um der Versuchung nach Vergrößerungen auf Österreichs Kosten zu widerstehen. Die stammverwandte rumänische Bevölkerung Österreich-Ungarns an den Grenzen Rumäniens hat eine natürliche Attraktionskraft für einen rumänischen Nationalstaat, dessen Bevölkerung ihre Bedeutung und Macht überschätzt. Daß die rumänische Regierung, wenn sie eine Politik des Nationalprinzips verfolgt, Gefahr läuft, ihre beiden mächtigen Nachbarn untereinander oder sich mit beiden zu verfeinden und daß sie dabei unter Umständen die mühsam errungene selbständige Existenz auf das Spiel setzt, liegt auf der Hand. Der Herr Reichskanzler hofft daher, daß es Eurer Majestät Intentionen entsprechen werde, wenn der Gesandte in Bukarest die Weisung erhält, die rumänische Regierung von dem Betreten dieser Bahn unter Hinweis auf die ernsten Gefahren, welche sie bietet, fest abzumahnen.*“

Nachdem Kaiser Wilhelm sich „*ganz einverstanden*“ erklärt hatte, ging ein scharfes Geschoß nach Bukarest ab (15. Juni). Der im Immediatbericht entwickelte Gedankengang erhielt noch den Zusatz, Rumänien möge seine Bestrebungen vor allem „*auf die Pflege seiner inneren Verhältnisse und seiner friedlichen Beziehungen zu seinen Nachbarn richten . . . Es erscheint uns nicht zweifelhaft, daß jeder Krieg der Rumänien benachbarten Großmächte in seinen Ergebnissen der Unabhängigkeit des neuen Reiches, an dessen Gedeihen Seine Majestät ein so lebhaftes Interesse nehmen, gefährlich werden kann, weil die siegende Großmacht von den Rücksichten, welche der status quo ihr auferlegt, frei werden würde. Wir glauben daher, daß die Erhaltung des Friedens im Interesse Rumäniens ebenso sehr wie in dem der übrigen neu entstandenen Donaustaaten liegen wird*“. Diese überaus ernste Mahnung sollte Baron Saurma „*vertraulich und vorsichtig, ohne Anlaß zu Empfindlichkeiten zu bieten*“, wiederholen, sooft sich unverfängliche Gelegenheit einstelle.

Er hat es auch in einer Form getan, die ihm eine voll befriedigende Antwort Bratianus eintrug. Der Ministerpräsident verwahrte sich dagegen, territorialen Erwerb auf Kosten Österreichs anzustreben, bezeichnete vielmehr ein gutes Verhältnis zu ihm als Lebensbedingung für Rumänien. Trotzdem hielt Bismarck, weil ja Bratianu bekannt war als Meister schöner Worte, denen seine Taten nicht immer entsprachen, es für erforderlich, durch Kaiser Wilhelm persönlich König Karl warnen zu lassen. Der Kaiser willigte sofort ein und machte den Vorschlag, hierfür den privaten Weg eines Briefs

an dessen Vater, den Fürsten von Hohenzollern, zu wählen[86]). Die Anhaltspunkte für dieses Schreiben setzte Bismarck selbst auf[87]).

Gleich im Eingang wurde — wohl in Erinnerung an die Zweifel, die Bratianu früher gehegt hatte, ob Deutschland sich wirklich hinter Österreich stellen werde — mit aller Deutlichkeit festgelegt, daß jede Bedrohung Österreichs sich ebenso gegen das Reich richte; von Komplikationen, in welche Österreich verwickelt werde, werde Deutschland „*naturgemäß mitbetroffen*" und sei daher „*bei den Aufregungen, die in Rumänien bereitet würden, mitinteressiert*", um so mehr, als die dortigen Vorkommnisse, wenn sie sich weiterentwickelten, eine Gefahr für den Frieden Gesamteuropas darstellten. Diesen bedrohlichen Ehrgeiz seiner Untertanen zu bändigen, sei Aufgabe des Königs. „*Rumänien*", fuhr der Entwurf fort, „*kann nicht die Rolle einer Großmacht spielen. Wenn es das wollte und wenn es gar auf Annexionsvergrößerungen seine Politik einrichtete, so würde es nicht, wie bei seiner Gründung berechnet war, der Zivilisation, sondern dem Kriege und damit der Verwirrung in Europa dienen. Es wäre deshalb zu wünschen, daß der König derartigen Bestrebungen fest entgegenträte ... Die vom türkischen Reich abgezweigten Balkanstaaten haben mehr wie irgend andere in Europa das Interesse, den Frieden zu erhalten. Denn wird derselbe gestört, so treten Kräfte und Massen in Tätigkeit, denen gegenüber die rumänische Armee, trotz ihrer Vortrefflichkeit, doch nicht zahlreich genug ist, um eine selbständige Rolle zu spielen. Die Balkanstaaten und insbesondere Rumänien können sich gewiß einer der kriegführenden Mächte anschließen, aber Rumänien wird nach einem großen Kriege schwerlich dasselbe Maß von Unabhängigkeit behalten, welches jetzt vorhanden ist. Wenn Rumänien für eine unterliegende Macht Partei genommen hat, so ist gar keine Bürgschaft seines Fortbestandes vorhanden. Ist es Bundesgenosse des Siegers gewesen, so wird es in Abhängigkeit von diesem geraten. In allen Fällen läuft es Gefahr, Ausgleichungsobjekt für die kämpfenden großen Mächte zu bieten.*

Meiner Überzeugung nach hat Rumänien ein dringendes Interesse, den Frieden zu erhalten und seine politische Bestrebungen auf das bescheidene, seinen Kräften entsprechende Maß einzurichten."

Entsprechend diesen Angaben ist Kaiser Wilhelms Brief am 8. Juli von der Insel Mainau abgegangen. Die Wirkung war prompt, umgehend traf eine nach jeder Richtung hin entgegenkommende Antwort des Fürsten von Hohenzollern ein. Vor allem versicherte er, König Karl sei aus innerster Überzeugung für den Anschluß an die Mittelmächte; das Unglück Rumäniens liege, worauf ja auch Bismarck hingewiesen hatte, in der „*alle Grenzen der Regierungsfähigkeit überschreitenden Verfassung*", die dem Intrigenspiel der Parteien Tür und Tor öffne[88]). Der Eindruck des kaiserlichen Schreibens, zusammen mit der Tatsache, daß Rußland die rumänische Bitte um Beistand in der Donaufrage ablehnte[89]), ist offenbar auch auf die leitenden Männer in Bukarest stark gewesen. Denn in den nächsten Wochen findet

sich kein Wort mehr in den Akten von dortiger antiösterreichischer Agitation. Dem deutschen Eingreifen war demnach eine sofortige, erhebliche Entspannung zuzuschreiben.

Nicht nur durch Rumänien, auch durch Griechenland wünschte Bismarck Österreichs Balkanstellung zu verstärken. Es war ganz in seinem Sinne, wenn Radowitz den griechischen Gesandten in Konstantinopel, als dieser ihn wegen Deutschlands Stellung zu dem von Battenberg angestrebten Balkanbund sondierte, zur Wahrung des Friedens und zum Verzicht auf aggressive Pläne mahnte, wobei Griechenland am besten seinen Vorteil durch Anschluß an Österreich finden werde[90]). Diese Antwort ließ der Kanzler ausdrücklich dem Athener Ministerpräsidenten Trikupis bestätigen und dabei seine Genugtuung aussprechen, daß er sich *„nicht auf eine den Bestand der Verhältnisse im Orient gefährdende Politik eingelassen"* habe. *„Unsre Politik ist wesentlich auf Erhaltung des Friedens gerichtet; wir würden daher eventuell unsern Einfluß zunächst gegen diejenigen geltend machen, welche die Entwicklung friedlicher und geordneter Zustände im Orient störten. Griechenland werde in seinem eigenen wohlverstandenen Interesse handeln, wenn es an dem festhalte, was die Verträge ihm gewährten, und nicht von jedem Jahre und jeder Konstellation eine Änderung und neue Vorteile erwarte"*[91]).

Lag hier der Schwerpunkt in der drohenden Mahnung, den status quo nicht zu gefährden, so hat Bismarck doch auch, falls Griechenland danach handle, den zweiten Teil des Radowitzschen Bescheides bestätigt, indem er in Wien zu Entgegenkommen riet, als König Georg dort erst in tiefstem Vertrauen, dann aber amtlich durch seinen Gesandten den Willen zu erkennen gab, intimen Anschluß an Österreich zum Grundprinzip seiner Politik zu machen, und einen schriftlichen Vertrag anbot. Graf Kálnoky hat dies sofort dem Prinzen Reuß mitgeteilt; er sei bereit, darauf einzugehen, jedoch nur unter größter Vorsicht und auf der Basis des status quo, so daß griechische Eroberungspläne keine Stütze finden würden[92]).

Dem stimmte Bismarck im Prinzip zu, nur mahnte er eindringlich, die beabsichtigte Vorsicht auch tatsächlich in höchstem Maße zu beobachten. Er halte, schrieb sein Sohn Wilhelm dem Auswärtigen Amt (Friedrichsruh, 5. Juli), *„für nützlich, den Griechen Vertrauen zur Erhaltung des status quo einzuflößen und deshalb ihre Hand nicht zurückzuweisen, aber auf der anderen Seite schiene es auch wieder bedenklich, solche Abschließungen mit ihnen zu machen, die eine Handhabe bieten könnten, an der Gegner der beiden Kaiserreiche Österreich und eventuell Deutschland in Händel verwickeln könnten. Bei der Unselbständigkeit des Königs von Griechenland, wie sie durch die Verfassung bedingt sei, und bei der Maßlosigkeit, die den Chauvinisten dort so gut wie in Rumänien eigen sei, wäre die Gefahr nicht ausgeschlossen, daß der König ins Schlepptau einer unausführbaren Nationalpolitik genommen würde. Was man ihm aber verspräche, müßte man doch auch zu halten entschlossen sein. Über die*

Sicherstellung des status quo würde man also unter keinen Umständen hinausgehen und auch dafür keine unter allen Umständen bindende Garantie übernehmen können."

Diese Bedenken wurden von Kaiser Franz Joseph geteilt, obwohl er an sich mit Kálnoky die Stärkung des griechischen Elementes auf Kosten des Slawentums als österreichisches Interesse empfand; vor allem scheute er sich vor der Unsicherheit der griechischen Regierung, und so fiel schließlich die Entscheidung doch gegen den Garantievertrag[93]). Aber der erteilte Korb wurde den Griechen versüßt durch herzliche Freundschaftsversicherungen und insbesondere durch die Zusage, Saloniki nicht nehmen zu wollen, auf das die griechischen Zukunftshoffnungen in erster Linie gerichtet waren[94]). Für Bismarck bildete das negative Ergebnis keinen Gegenstand des Kummers: „*Griechenlands Bündnis würde immer nur gegen die Pforte einigen Wert haben; in der Richtung wird aber die österreichische Politik nicht wirken wollen*", war sein abschließendes Wort. Die Hauptsache war ihm, daß bei der augenblicklichen Lage Griechenland sich nicht gegen Österreich wenden würde.

Abgerundet wird dies Bild durch den Einbezug auch noch Serbiens in die Reihe der den Mittelmächten befreundeten Staaten. Weil König Milan eindeutig Österreichs Partei ergriffen hatte — wie weitgehend das erfolgt war, darüber besaß Bismarck, wie wir noch sehen werden, keine Kenntnis —, empfahl der Reichskanzler seine Einladung zu den Kaisermanövern nach Homburg: „*König Milan ist in gutem Wege und zu wünschen, daß er darin befestigt wird*"[95]). Im ganzen durfte Österreichs Balkanstellung als erfreulich gesichert angesehen werden.

6. Krisis mit Rußland

Alle diese Ereignisse sind Symptome dafür, daß der Nahe Orient wieder in Fluß zu kommen begann und die große Frage, wie dort die Einflußzonen abzugrenzen seien, sich erneut stellte. So ernste Gefahr hierin beschlossen war, durfte Bismarck dem doch ruhiger entgegensehen, weil von Westen her im Augenblick nichts drohte und weil Österreich so stark dastand. Keineswegs indessen hat er deshalb weniger ehrlich den Wunsch empfunden, Rußland nicht entgleiten zu lassen, sondern die alte Linie beibehalten, obgleich sein Urteil über den Erfolg pessimistisch blieb. Als Hohenlohe den Ausspruch des an sich wenig deutschfreundlichen französischen Diplomaten d'Abzac berichtete (17. April), Rußland denke nicht an Krieg gegen die Mittelmächte, weil seine ganze Aufmerksamkeit durch die sehr ernst zu nehmende, durch Zwischenfälle an der Ussurigrenze entstandene Kriegsgefahr mit China gefesselt sei, widersprach er: „*China als militärisches Hauptaugenmerk Rußlands würde selbst dann ein unwahrscheinlicher Gedanke sein, wenn die Dislozierung der russischen Truppen und die beschleunigte Fertigstellung strategischer Bahnen an der Südwestgrenze uns nicht Schlußfolgerungen anderer Art aufdrängten. Überdies fehlt es auch nicht an politischen Anzeichen dafür, daß die russische Diplomatie auf der Balkanhalbinsel und auch anderswo die Punkte aussucht und bearbeitet, an denen, wenn nicht jetzt, dann später und eventuell auf indirektem Wege im geeigneten Augenblick eine Friktion, zunächst mit Österreich, am leichtesten herbeizuführen sein dürfte. Es bleibt deshalb für uns angezeigt, in der wachsamen Prüfung jedes Symptoms, welches Anhaltspunkte für die Beurteilung der allgemeinen Richtung oder der zeitweiligen Stimmung der russischen Politik bieten könnte, fortzufahren*“[96]).

Weil Bismarck jedoch durch die Erkenntnis der möglichen Zukunftsgefahr nur darin bestärkt wurde, alles zu tun, um ihrem Eintritt vorzubeugen, hat er sich auf das hier entwickelte Programm des bloßen aufmerksamen Beobachtens keineswegs beschränkt. Wir haben eben verfolgt, wie seine ganze Balkanpolitik in diesen Monaten darauf zugeschnitten war, eine starke Abwehrposition aufzubauen, und auch in Rußland selbst mühte er sich den bedrohlichen Kräften entgegenzuwirken.

Ein Mittel allerdings, das ihm damals angeboten wurde, um die russische öffentliche Meinung zu beeinflussen, glaubte er verschmähen zu

müssen. In einem Privatbrief an Hatzfeldt (2. Mai) berichtete Fürst Hohenlohe, daß ein Russe, von Cyon, ihm den Vorschlag unterbreitet habe, seine guten Verbindungen auszuspielen, damit das wegen Deutschfeindlichkeit ergangene Verbot des „Golos" rückgängig gemacht werde, und dann das Blatt zu kaufen; er sei bereit, deutsches Geld in die Zeitung hineinzunehmen, und für das Reich würde dieser Einfluß nützlich sein. Schon die Persönlichkeit des Antragstellers schien nicht zuverlässig genug, um sich mit ihm derart einzulassen. Aber auch grundsätzlich versprach sich Bismarck keinen Vorteil vom Erwerb ausländischer Blätter: „*Der Reichskanzler*", antwortete Hatzfeldt (8. Mai), „*glaubt, daß dauernde finanzielle Subventionen auswärtiger Zeitungen oder gar der Erwerb solcher Blätter im allgemeinen politisch nicht nützlich ist. Er ist der Ansicht, daß die Unterstützung unsrer Politik durch fremde Zeitungen nur so lange für uns einen gewissen Wert hat, als diese Unterstützung eine spontane ist oder dem Leserpublikum mindestens als solche erscheint. Aber abgesehen von der schwer zu konstatierenden Zuverlässigkeit des Redakteurs eines subventionierten Blattes wird es auch der geschicktesten Leitung kaum möglich sein zu verhindern, daß mit der Zeit das zwischen der Regierung und dem Blatte bestehende Verhältnis durchsichtig und das Blatt als in fremdem Solde stehend angesehen wird. Damit fällt das Interesse an einer solchen Verbindung, und es entspringt daraus noch die weitere Inkonvenienz, daß man für den Gesamtinhalt der Zeitung verantwortlich gemacht wird, während man sich nicht in der Lage befindet, einen tatsächlichen Einfluß auf dieselbe auszuüben.*" Daß das von Bismarck verschmähte Mittel doch sehr wirkungsvoll sein konnte, hat Deutschland später zu seinem Schaden erfahren müssen.

Cyon jedoch hat sich nicht so leicht abweisen lassen. Er hat sich noch einmal an Hohenlohe herangemacht und unter der Bedingung der Hergabe deutschen Kapitals das Programm entwickelt: für Stärkung der Autorität, gegen den Anarchismus speziell an den Universitäten, gegen Panslawismus als revolutionäre Bewegung, für Zusammengehen mit Deutschland[97]). Aber da auch Fürst Orlow ihn als eitel, unvorsichtig und taktlos bezeichnete, scheint er diesmal überhaupt keiner Antwort gewürdigt worden zu sein. So teilte er mit, den Plan aufgegeben zu haben, da er sich habe überzeugen müssen, daß ein konservatives und friedliches Organ kein Leserpublikum in Rußland zu finden vermöge[98]). Vielleicht hat dies Nichteingehen auf seinen Wunsch ihn in die deutschfeindliche Richtung getrieben, die er dann später in seinen gehässigen und wahrheitsentstellenden Schriften bewiesen hat.

Trotz des Verzichts auf Einflußnahme durch ein gekauftes Blatt hing Bismarcks Blick mit Sorge am inneren Zustand Rußlands. Allerdings übertrug sich dorthin die am Balkan begonnene Bewegung nicht unmittelbar, weil das große Ereignis der Krönung in Moskau von jeder Störung freigehalten werden sollte. Im Gegenteil hat sich das offizielle Rußland noch einmal zur Richtung der letzten Zeit bekannt, indem am 20. Mai in einer

Sitzung in Moskau Saburow mit seinem Antrag auf Abänderung des Dreikaiservertrags, der jetzt für die Mittelmächte günstiger sei als für Rußland, gegen Giers unterlag[99]). Im ganzen Verlauf der Krönungsfeierlichkeiten sind auch panslawistische Tendenzen in keiner Weise hervorgetreten. Katkow hat sie sogar zum Anlaß eines neuen, wieder von der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung" (7. Juni) abgedruckten Aufsatzes genommen, der sich für Bündnis mit Deutschland aussprach: „weder die eine noch die andre Macht kann ohne eigenen Schaden Bündnisse suchen enger als dasjenige, in welchem sie die Geschichte verband". Noch Ende Juni hat er einem Vertreter des „Deutschen Tageblatts" ein Interview gegeben, das Mißtrauen in Rußland gegen Deutschland zur Zeit des Berliner Kongresses sei geschaffen worden nur „par une parfaite incapacité", es sei verständlich, daß Deutschland dagegen Sicherung für nötig erachtet habe; jetzt aber sei zum Glück die Stimmung ganz anders.

Solche russischen Liebenswürdigkeiten wurden mit besonderer Herzlichkeit beantwortet. Jedoch das änderte nichts daran, daß im geheimen Bismarcks Gedanken darum kreisten, welche Schutzmaßnahmen gegen eventuellen russischen Friedensbruch zu ergreifen seien. Offenbar hat abermals der Militärattaché von Lignitz sowohl Kaiser Wilhelm als auch ihn stark beeindruckt durch einen Bericht (9. Mai), in den militärischen Kreisen Rußlands nehme das Mißtrauen als Antwort auf die deutschen Bekundungen der Sorge vor russischem Angriff dauernd zu: „*all dem, was in deutschen Zeitungen über Artillerievermehrung, zweite Geleise und Festungsbauten geschrieben worden ist, legt man hier große Bedeutung bei und sucht mit dem einfachen militärischen Verwaltungsapparat das Praevenire zu spielen. Man hält es für auffällig und bedenklich, daß die deutsche Militärliteratur in neuerer Zeit eine besondere Detailkenntnis der russischen Armeeverhältnisse dokumentiert. Das Endresultat ist, daß man hier baut und arbeitet.*" Der Sieg dieser militärischen Kreise über Giers, das war es ja, was als Alpdruck auf Kaiser und Kanzler lastete. Wieder erwies sich das Verhängnis der Rüstungsschraube.

In scharfem Widerspruch zu der äußerlich zur Schau getragenen Zuversicht hat Hatzfeldt in einem von Bismarck durchkorrigierten Erlaß an Prinz Reuß vom 8. Juni die Möglichkeit des russischen Angriffs erörtert und für diesen Fall die Wiederherstellung Polens zur Diskussion gestellt. Er griff zurück auf eine Instruktion vom 8. März 1878, also aus der Zeit der Kriegsgefahr vor dem Kongreß, in der ausgeführt war, daß, wenn es durch russische Schuld zum Kriege komme, die polnische Frage „*aus unserem Programm nicht auszuschließen sei, solange sie von der Wiener Regierung in der Hand gehalten und im Sinne ihrer allgemeinen Politik gezügelt würde; daß aber der Gedanke, ein von Österreich unabhängiges polnisches Staatengebilde herzustellen, für uns nicht annehmbar sei.*" „*An dieser Auffassung*", schrieb Hatzfeldt, „*hält der Reichskanzler auch heut fest.*" Kaiser Wilhelm hat sich aus-

drücklich einverstanden erklärt. Was also im Dezember (siehe oben S. 436) mit Waldersee besprochen war, wirkte noch fort, und es ist von besonderer historischer Wichtigkeit, hier so scharf formuliert zu finden, daß Bismarck zwar im Notfall, wenn im Existenzkampf jedes Mittel einzusetzen sein würde, wohl an die Abtrennung Polens von Rußland gedacht hat, jedoch ausschließlich in Abhängigkeit von Österreich. Ein selbständiger polnischer Staat ist ihm 1883 genau so wenig mit Deutschlands Wohl vereinbar erschienen wie 1878. Immerhin beleuchtet es seine wirkliche Stimmung, daß er sich auf eine Kampfmaßnahme von äußerster Schärfe zur Abwehr eines russischen Angriffs vorbereitete und dafür die Billigung des Kaisers fand. So ernst rechneten die deutschen Staatsmänner damit, daß der Zar sich von Giers abwende.

Wieder aber suchten sie den Widerstand innerhalb Rußlands gegen das Treiben zur Katastrophe zu stärken. Am 20. Juni hat Schweinitz, ohne erkennbaren Auftrag aus Berlin, Giers sehr ernst auf die Rüstungen angesprochen[100]). Daß sie im Gange seien, hat der Minister diesmal eingeräumt, aber er suchte sie wieder als durch die Kriegsgefahr mit China bedingt und als unbedenklich für die Mittelmächte hinzustellen, und erreichte damit nur neue Beunruhigung, weil es geradezu als Hohn wirkte, die systematischen Maßnahmen im Westen mit China zu begründen. Diesen Erklärungsversuch hat Bismarck sehr ernst genommen. Er ließ nun offiziell antworten, daß aus dem russischen Vorgehen sich für Deutschland der Zwang zu besserem Grenzschutz ergebe: „*Man wird bei uns keine Änderung unserer freundnachbarlichen und friedliebenden Gesinnung befürchten dürfen, wenn unsre Garnisonen in Ostpreußen behufs Deckung dieser Provinz vermehrt und verstärkt werden*“[101]). An den Kriegsminister erging entsprechende Aufforderung[102]), allerdings solle dabei jedes Aufsehen und deshalb auch jeder Nachtragsetat im Reichstag vermieden werden, der Reichskanzler sei bereit, die finanzielle Verantwortlichkeit seinerzeit auf sich zu nehmen[103]).

Die Wechselseitigkeit des Problems erwies sich sofort, nun fühlten sich die Russen bedroht, der Wiener Botschafter Fürst Lobanow führte Beschwerde über auffällige Tätigkeit an der Grenze, die den Anschein bevorstehenden Kriegs erwecke. Gleichzeitig jedoch schien sich ein Lichtblick zu eröffnen, indem er trotz dieser wenig erfreulichen Einleitung die Frage stellte — und zwar sich auf direkten Auftrag des Zaren berufend —, ob Österreich geneigt sei, den Dreikaiservertrag zu verlängern[104]). Was Alexander im Februar abgelehnt hatte, regte er nunmehr an und bewies so, daß trotz allem der Einfluß von Giers noch der stärkste war. Besonders wertvoll war, daß der Anstoß diesmal in Wien erfolgte, denn indem die beiden direkt Interessierten sich zuerst besprachen, wurde dokumentiert, daß nicht etwa wie früher im Hintergrund der Gedanke russisch-deutscher Sonderverständigung stehe.

Kálnoky bejahte die Frage sofort, voller Freude, daß sie sich bloß auf Verlängerung, nicht Erweiterung des Vertrages erstreckte. So mißtrauisch er hinsichtlich der letzteren war, so gern stimmte er der ersteren zu. Außerdem brachte Lobanow noch eine zweite wichtige Anregung, eines Treffens zwischen Franz Joseph und Alexander, und auch sie hat der Minister „*sehr warm aufgegriffen*" und nach Vortrag bei seinem Kaiser erwidert, dieser würde sich außerordentlich freuen und überlasse dem Zaren ganz, Ort und Zeit zu bestimmen[105]). Über mangelndes Entgegenkommen konnten die Russen sich diesmal nicht beschweren. Weil aber die Fühlungnahme mit den Russen bevorzustehen schien, empfand Kálnoky den Wunsch, sich vorher mit Bismarck auszusprechen, und fragte an, ob sein Besuch in Kissingen oder Friedrichsruh genehm sei[106]). Umgehend stimmte der Kanzler zu, mit dem Ausdruck der Freude, „*daß Graf Kálnoky mein Bedürfnis einer Begegnung teilt. Dasselbe bestand bei mir schon, bevor ich Kenntnis von den jüngsten russischen Mitteilungen hatte, und wird durch dieselben nur umso dringlicher. Als Symptom sind die letzteren an sich sehr erfreulich und würden es noch mehr sein, wenn die Truppenaufstellungen und die fortwährende Steigerung des Kriegsbudgets das Gewicht derselben nicht abminderten*"[107]). Skepsis war also vorhanden, immerhin die Hoffnung auf Wendung zum Guten wieder größer geworden.

Aber mit dem Plan der Monarchenbegegnung mußte Kálnoky das gleiche erleben wie Bismarck wegen der Vertragsverlängerung im Februar: dieser Teil der Lobanowschen Eröffnung beruhte nicht auf Befehl des Zaren und wurde von ihm desavouiert[108]). Offenbar ist dies abermals nicht aus Feindseligkeit geschehen, sondern schwerfällig, von langsamem Geiste, war Alexander III. ein Feind plötzlicher Entschlüsse aus Furcht, dabei überrumpelt zu werden. Als nun der Plan ihm ohne besondere Vorbereitung unterbreitet wurde, versagte er sich[109]). Damit aber hat Lobanows Anregung nur geschadet. Denn unvermeidlich erhob sich sowohl in Wien wie in Berlin der Verdacht, daß der Zar eben doch den Gegnern von Giers sein Ohr leihe. Daß deren Zahl groß war, gab auch Schweinitz zu, indem er am 5. Juli berichtete, zwar seien zur Zeit alle einflußreichen Personen am Hof, in der Regierung, der Armee und selbst der Presse friedfertig, vielfach jedoch nur deshalb, um später desto kriegstüchtiger zu sein; das Heer sei durch Obrutschew viel besser geworden als unter Miljutin, der die Quantität über die Qualität gestellt habe. Und nun sah es so aus, als ob der Zar vermeiden wolle, sich auf Giers' Politik festzulegen.

Groß war insonderheit die Enttäuschung bei Kaiser Wilhelm. Den Gedanken des Präventivkriegs hat er allerdings auch jetzt grundsätzlich von sich gewiesen. Als der Generalkonsul in Warschau von Rechenberg von General Gurkos Antrittsrede als Generalgouverneur in Warschau berichtete (24. Juli), Rußlands Größe verbiete weitere Ausdehnung, so daß es sich

streng defensiv verhalten, bei einem Angriff aber sich zur Wehr setzen müsse, schrieb er an den Rand: „*da kann er lange warten!*" Aber zu Kálnoky und vor allem zu Reuß, die sich in Gastein bei ihm meldeten, sprach er sich so scharf aus, wie er es sonst nie über Rußland tat. Die russische Politik in Bulgarien nannte er „*vollständig illoyal*", und sein Gesamturteil war: „*er habe Vertrauen in den Kaiser Alexander und in Giers; wer garantiere ihm aber, ob man ersteren am Leben lassen und letzteren nicht wegbeißen würde. Die Anhäufung von russischen Streitkräften sei unbegreiflich.*" „*Mein Eindruck ist*", so faßte Reuß die Äußerungen des Kaisers für Hatzfeldt zusammen (6. August), „*daß Seine Majestät durch das russische Gebaren gereizt ist, daß er den offensiven Charakter der dortigen militärischen Maßnahmen nicht verkennt, aber an der Hoffnung festhält, die Vernunft werde dort doch noch siegen.*" Das veranlaßte Bismarck zu dem Marginal: „*ich auch, aber —! Giers wird als Deckmantel gehalten und fallengelassen, sobald die Umstände günstiger zum Kriege sind.*"

Die Weigerung, sich mit Franz Joseph zu treffen, hat also Bismarcks Pessimismus erheblich verstärkt, ein neuer schwerer Krankheitsanfall mag dazu beigetragen haben. Unter den vorliegenden Umständen war es eine unmißverständliche Geste, daß auf seine Bitte Kaiser Wilhelm dem Grafen Kálnoky in Gastein den Schwarzen Adlerorden verlieh, und durch das Treffen Kaiser Wilhelms mit Kaiser Franz Joseph in Ischl am 8. August wurde die Festigkeit des Zweibundes noch unterstrichen. Der Bericht des französischen Geschäftsträgers in Wien: „l'intimité est si *étroite et si complète qu'il serait difficile de la resserrer davantage*"[110]), beweist, daß der gewollte Eindruck erzielt wurde.

Außerdem wurde die Ende Juni eingeleitete Arbeit an der militärischen Rüstung mit vollem Ernst betrieben. Kaiser Wilhelm hat hier allerdings einigen Widerstand geleistet[111]), aber nach schließlich erfolgter Genehmigung wurden die Ostgarnisonen um 5 Bataillone und 10 Schwadronen verstärkt, denen später (1885) noch ein weiteres Kavallerieregiment folgen sollte[112]). Bismarck erschien dies aber noch nicht ausreichend, er bedauerte, „*daß die volle Ausführung so weit hinausgeschoben sei ... Dem russischen Kabinett irgendwelche diplomatische Erläuterungen unsrer Maßregeln zu geben, nachdem General von Schweinitz schon im Allgemeinen auf dieselben vorbereitet hat, halte ich nicht für angezeigt. Die Russen haben uns über ihre in der Tat bedrohliche und rein offensive Aufstellung, über die Steigerung ihrer Präsenzstärke und über ihre Befestigungen niemals ein Wort der Erläuterung oder Beruhigung gesagt, und wenn wir es täten, würde diese Höflichkeit eher gemißbraucht als gewürdigt werden ... Wenn ich auch die Zukunft nicht voraussehen kann, so zweifle ich doch daran nicht, daß es in der Absicht der russischen Politik liegt, den Krieg mit uns zu führen, sobald Frankreich fähig und bereit sein wird daran teilzunehmen, wenn wir uns nicht bereit finden lassen, Österreich im Stich zu lassen, wozu ich Seiner Majestät mit Rücksicht auf die dann entstehende weitere*

politische Situation nicht raten kann. Diese in dem russischen Programm begründete Kriegsgefahr kann durch Umwälzungen in Frankreich wider Erwarten beschleunigt werden. Ich würde deshalb sehr dankbar sein, wenn Eure Excellenz mit mir das Bestreben nach weiteren Vorkehrungen an der Grenze fortzusetzen geneigt wären"[113]). Als der Kriegsminister daraufhin für rechtzeitige Ausbildung und Bekleidung von Landwehr 850 000 Mark anforderte, bewilligte das der sonst so sparsame Kanzler alsbald mit dem Zusatz: „*Euer Exc. möchten versichert sein, daß der Reichskanzler allen Maßregeln, welche auf den Schutz unsrer Grenze gerichtet sind, stets seine vollste Unterstützung zu Teil werden lassen und dieselben fördern wird, soweit es für ihn im Bereiche der Möglichkeit liegt*"[114]).

Entsprechend erhöhte er den Druck auf Österreich, sich ebenfalls für den Notfall stark zu machen. Eine Reihe dringender Erlasse erging in diesem Sinne an Prinz Reuß. Am 16. August wurde er beauftragt Kálnoky darzulegen, Rußland sei nicht gewillt dauernd Frieden zu halten; Vorstellungen dagegen würden nichts helfen, wohl aber eigene Bereitschaft. Dem folgte am 18. ein neuer Warnruf: „*Wir teilten auch das Vertrauen zu Herrn von Giers, aber immer doch mit der Maßgabe, daß wir in Herrn von Giers die dauernde und künftige russische Politik nicht vertreten sehen; sowohl nach der fortdauernden Grenzaufstellung der russischen Armee, die finanziell eine ruinöse ist, als auch nach den in jedem Jahr gesteigerten Rüstungen der russischen wie der bulgarischen Truppen kann man daran nicht zweifeln, daß Rußland sich zum Kriege ernstlich vorbereitet. Dazu braucht es Zeit und Bundesgenossen, wartet also nicht nur die eigne finanzielle Erstarkung, sondern die Ereignisse in Frankreich ab, die dieses Land für Rußland bündnisfähig machen. Erst wenn dies der Fall ist, will man Krieg, und für die Zwischenzeit soll der Vertrauen erweckende auswärtige Minister von Giers als Deckmantel dienen, den man fallen läßt, sobald er seinen Dienst getan und seine Zeit erfüllt hat. Ich habe gegen von Giers ebenfalls kein Mißtrauen. Die definitive Leitung der russischen Politik liegt aber nicht in seinen Händen, und deshalb wird man ihm auch nie eine einflußreiche Stellung machen, sondern ihn auf dem bisherigen bescheidenen Fuße erhalten, um ihn jeden Tag, wo es opportun erscheint, beiseite schieben zu können. Ich sehe in ihm nichts als das Schafskleid der wölfischen Instinkte der russischen Politik.*" Kaiser Wilhelm hat bei nachträglicher Kenntnisnahme dieses Schriftstücks erklärt (2. September), leider zustimmen zu müssen; es sei seine „*oft privatim und offiziell ausgesprochene Ansicht, daß solange Giers am Ruder steht, ich an Erhaltung des Friedens sicher glaube, aber wann er abtritt, die russische Politik sich ändern könne.*"

Bei so ernstem Ausblick in die Zukunft galt es, die eigene militärische Rüstung der Mittelmächte zu ergänzen durch den Gewinn solcher Bundesgenossen, die direkt gegen Rußland eingesetzt werden konnten, was mit Italien ja nicht der Fall war. Hierfür richteten sich Bismarcks Blicke auf Serbien

und die Türkei, in erster Linie aber auf Rumänien. Dessen Konflikt mit Österreich hatte er ja zum Glück gütlich beigelegt, und gegen Rußland war der Groll wegen des Verlustes Bessarabiens dauernd lebendig. So war vielleicht die Basis eines Bündnisses zu finden, und in dieser Richtung den ersten Schritt zu tun, bot der Besuch König Karls in Berlin vortreffliche Gelegenheit. „*Wenn mit dem König von Rumänien*", schrieb Herbert Bismarck dem Auswärtigen Amt (17. August), „*bei seiner bevorstehenden Anwesenheit in Potsdam Politik gesprochen wird, so wird es nützlich sein, ihn darauf aufmerksam zu machen, daß die Zukunftspolitik Österreichs mit der Existenz Rumäniens sehr gut verträglich ist, die Rußlands aber nicht; wenn letztere auch nur auf den Besitz Konstantinopels und den Verschluß der Dardanellen gerichtet wäre, so würde eine solche Einsperrung von Rumänien und die Verwandlung des Schwarzen Meeres in einen russischen See doch schon ein Abhängigkeitsverhältnis Rumäniens schaffen; wenn man aber die Arbeit der russischen Politik in Bulgarien sehe, die nur darauf gerichtet sei, in Zukunft doch kein Fürstentum Bulgarien, sondern nur eine russische Provinz zu haben, und wenn man dies mit der panslawistischen Gesamtentwicklung der russischen Zukunftspolitik zusammenhielte, so wäre in der letzteren für einen rumänischen Staat überhaupt kein Platz.*"

Bevor aber die Rumänen dergestalt erschreckt und für den Anschluß an die Mittelmächte reif gemacht wurden, war festzustellen, ob hierfür in Wien überhaupt Neigung bestünde, und so richtete Bismarck am 19. August, am Tage nach dem dringlichen Hinweis auf die Unsicherheit von Giers' Stellung, dorthin die Frage, „ob es nützlich und möglich erscheint, unsere Friedensliga mit Italien auch nach Osten zu erweitern und dadurch die Politik von Rumänien, eventuell auch Serbien und der Pforte in feste Bahnen zu leiten"[115]). Um so lieber ging die österreichische Regierung darauf ein, weil jetzt, von der Weigerung des Zaren her gesehen, die Balkanvorgänge in neuem, bedrohlicheren Licht erschienen. Nie waren ja die Klagen verstummt über die Wühlarbeit der russischen Agenten, nunmehr aber glaubte Kálnoky ihrem „*unter- und überirdischen Getriebe*" erhöhte Bedeutung beimessen zu müssen; nicht heute oder morgen werde Rußland den Schlag führen, aber es wolle den Boden wund erhalten[116]), die Schöpfungen des Berliner Vertrags sollten sich nicht lebensfähig erweisen. Am unerträglichsten war ihm, daß die Agitation sich auch in Serbien rührte, dem oft anerkannten österreichischen Einflußgebiet, und so ließ er — Bismarcks Warnung, daß diplomatische Vorstellungen nutzlos seien, nicht beachtend — Giers hierüber durch den Botschafter Graf Wolkenstein zur Rede stellen, Österreich werde in Serbien, wenn es nicht anders ginge, die Wiederherstellung der Ruhe erzwingen. Obwohl sich der Graf eines milden Tons befleißigte, spitzte sich die Unterredung derart zu, daß Giers sein Bedauern äußerte, offenbar bei Österreich nicht mehr das bisherige Vertrauen zu finden. Dem widersprach der Botschafter zwar energisch, und in der Tat bestanden an der Gesinnung des

Ministers nirgends Zweifel, unglücklicherweise aber erweiterte Wolkenstein die aufgerissene Kluft, indem er unmittelbar danach seinen Urlaub antrat, ohne die Feier von Franz Josephs Geburtstag abzuwarten[117]).

Das ging nun wieder Bismarck viel zu weit. Giers persönlich zu verärgern, wollte er unter allen Umständen vermeiden. War doch alles, was er gegen den drohenden russischen Angriff tat, darauf berechnet, dem Minister den Rücken zu stärken im Kampf um die Verständigung mit den Mittelmächten. Deshalb urteilte er herb über das Geschehene, nannte die schnelle Abreise des Botschafters eine Unhöflichkeit und die Drohung wegen Serbien einen Fehler, der um so schlimmer sei, weil hier der Dreikaiservertrag gemeinsames Einverständnis vorschrieb: „*alle derartigen Formfehler machen aber am meisten böses Blut*"[118]). In der Tat ist der Eindruck in Petersburg ein ganz übler gewesen, obwohl Schweinitz sich sofort beruhigend einschaltete.

In diesem kritischen Augenblick aber offenbarte sich der volle Wert des Vertrags. Denn ohne ihn würde Giers sicher nicht den Weg haben gehen können, den er bei der Ehrlichkeit seines Verständigungswillens einschlug. In einer „lettre secrète" beauftragte er den Wiener Geschäftsträger, Kálnoky ganz schlicht die Frage vorzulegen, ob Österreich an einen Wechsel seiner Politik denke oder ob seine Absicht nach wie vor auf Verständigung mit Rußland gerichtet sei. Diese menschlich sympathische, offene Haltung hat großen Eindruck auf Kálnoky gemacht, er beantwortete sie mit der bündigen Versicherung, sein Kaiser wie er selbst legten größten Wert auf Freundschaft mit Rußland; nur weil sie dies täten, habe er seinen Besorgnissen so rückhaltlos Ausdruck gegeben[119]). Daß er keinen Bruch wollte, hat er in der Tat schon am Tage vorher (25.) bewiesen, indem er nach Berlin mitteilte, er sei sich der vertraglichen Pflicht, nicht ohne Einverständnis zu dritt in Serbien einzuschreiten, voll bewußt, habe es aber für nötig erachtet, Rußland zu avertieren, in welche Zwangslage Österreich versetzt würde, wenn die Ruhe an seiner Grenze gestört werden sollte. Dem Grafen Wolkenstein sprach er seine Unzufriedenheit über die voreilige Abreise aus[120]), und da dieser selbst auf der Reise von Petersburg nach Wien in Berlin mit Hatzfeldt, um Rußland zu beschwichtigen, eine gemeinsame Mahnung an Milan zu größerer Höflichkeit gegen den russischen Vertreter verabredet hatte[121]), durfte der Höhepunkt der akuten Krise als überschritten gelten.

7. Krisis mit Frankreich

Die Zuspitzung des Verhältnisses mit Rußland hatte inzwischen alsbald schwere Folgen für Deutschlands Gesamtlage mit sich gebracht: parallel zu ihr ging eine heftige Fehde zwischen der deutschen und französischen Presse[122]). Während das amtliche Frankreich, seiner Isolierung bewußt, sich korrekt gegen Deutschland verhalten hatte, war durch Paul Déroulèdes Patriotenliga, die noch unter der Aegide Gambettas nach dessen Sturz gegründet worden war, die Revanchehetze wieder heftig in Gang gebracht worden[123]). Allerdings blieb Bismarck der Überzeugung, daß Hohenlohe recht hatte, wenn er immer wieder betonte, die große Masse erliege der Agitation noch nicht und behalte ihren Friedenswillen bei; so schrieb der Botschafter z. B. noch am 1. August, es sei nur ein verhältnismäßig kleiner Bruchteil, „*der sich nicht mit dem durch den Frankfurter Frieden hergestellten Zustand befreunden könnte*". Aber der Reichskanzler kannte die Geschichte zu gut, um nicht zu wissen, was eine entschlossene Minderheit insonderheit in Frankreich auszurichten vermag, zumal die beunruhigende Entwicklung der französischen Wirtschaft die Nervosität und damit die Zugänglichkeit für hetzerische Propaganda erhöhte. Deshalb nahm er schon während der relativ ruhigen Monate die Agitation keineswegs leicht, ohne ihretwegen in übertriebene Schwarzseherei zu verfallen. Erst recht jedoch wendete er ihr genauste Aufmerksamkeit zu, als sie mit dem Erkennbarwerden der Spannung zwischen Rußland und den Mittelmächten leidenschaftlichere Form annahm und als die Zahl der sich ihr anschließenden Zeitungen ständig stieg. Hatte er bis vor kurzem seine Politik danach einrichten können, daß von Westen nichts drohte, so erhob sich jetzt — seine oft getane Vorhersage bestätigend — das Gespenst des Zweifrontenkrieges.

Denn auch die amtlichen Kreise schienen jetzt nicht mehr frei zu bleiben. Nicht bloß, daß die Regierung nicht das geringste zu tun wagte, um zu hemmen, es sah sogar aus, als ob sie ihrerseits zu bedenklichen Maßnahmen entschlossen sei. Die „République Française" meldete das Bevorstehen einer Probemobilisation an der Vogesengrenze. Hatte Bismarck in der ruhigen Zeit des Frühjahrs den Gallifetschen Plan von Kavalleriemanövern in den Ostdepartements schon als gefährlich empfunden, so würde bei der jetzigen Sachlage die viel weitergehende Probemobilmachung schlimmen Zündstoff angehäuft haben. Hohenlohe wurde daher angewiesen, falls er die Zeitungs-

nachricht für begründet halte, „*sich freundschaftlich und friedliebend, aber sehr bestimmt dahin auszusprechen, daß versuchsweise Mobilmachungen an und für sich ihr Bedenkliches hätten, wir uns aber schwerlich beunruhigen würden, wenn sie im Westen Frankreichs stattfänden und sich auf ein Korps beschränkten, womit dem Bedürfnisse des Versuchs vollständig genügt sein würde. Die Tatsache einer weiter ausgedehnten Mobilmachung und namentlich eine solche im Osten Frankreichs würde uns zu unserem Bedauern zu Vorsichtsmaßregeln von gleicher Ausdehnung zwingen.*" „*Ich hoffe*", fügte Bismarck hinzu, „*daß der ganze Plan nur im Gebiete der publizistischen Phantasien schwebt, andernfalls dürfen wir nicht ermangeln, die französische Regierung auf den Ernst der Situation aufmerksam zu machen, die sie damit herbeiführen würde. Wir können unmöglich neben der so gut wie mobilen und kriegsbereiten russischen Armee auf unsrer Ostgrenze auch noch Frankreich irgendeinen Vorsprung in der Mobilmachung faktisch lassen, mag sie unter dem Vorwand des Versuchs geschehen oder nicht*"[124]).

Der befohlene Schritt konnte unterbleiben, weil sich die Meldung als unbegründet herausstellte. Aber Beruhigung kehrte deshalb nicht ein, denn der Kriegsminister General Thibaudin besichtigte in umfassender Weise die Ostgarnisonen und bot damit den französischen Zeitungen Gelegenheit, unter neuen schweren Ausfällen gegen Deutschland die eigene Bereitschaft zu betonen. Beiderseits verbitternd wirkte weiter die publizistische Tätigkeit deutschfeindlicher Elsaß-Lothringer, die den Statthalter Feldmarschall von Manteuffel veranlaßte, das Organ des Straßburger Abgeordneten Kablé und das beabsichtigte Erscheinen einer neuen Zeitung des Metzer Tierarztes Antoine zu verbieten, mit der Begründung, sie dienten ausländischen Interessen. Es wirft ein Schlaglicht, daß hierüber Baron Courcel, also der Vertreter des amtlichen Frankreich, sich empörte: Manteuffel scheue sich nicht, „Frankreich als Ausland zu bezeichnen in einem Gebiet, das nur ein in die Herrschaft des Auslandes übergegangenes Stück von Frankreich selbst" bilde[125]). So weit war er entfernt, den Friedensvertrag anzuerkennen, und da seine Ansicht von vielen und einflußreichen Franzosen geteilt wurde, mußte damit gerechnet werden, daß sie, wenn die Umstände es erlaubten, das bestimmende Moment der französischen Politik abgeben würde.

Demgegenüber fühlte sich Bismarck, ebenso wie er durch den öffentlichen Hinweis auf die russischen Rüstungen die friedlichen Elemente in Petersburg stützen wollte, zu gleichartigem Vorgehen vor Frankreich verpflichtet. Er griff zurück zur Politik des „kalten Wasserstrahls", mit der er in den Jahren nach 1871 nicht eigenen Angriffswillen ankündigen, sondern die Kriegstreiber hatte warnen wollen. Am 19. August erging aus Kissingen die Instruktion ans Auswärtige Amt: „*Der Herr Reichskanzler wünscht, daß in unsrer Presse gegen die französischen Revancheartikel etwas härter und ernster reagiert werde, einmal der Franzosen wegen und dann auch damit die Leute bei*

uns sich nicht zu sehr in Sicherheit wiegen; aus diesen beiden Gründen müsse der von den Revanchepolitikern hingeworfene Handschuh aufgenommen werden. Es würde dabei besonders hervorzuheben sein, daß Frankreich der einzige Staat sei, der den Frieden Europas dauernd bedrohte, und daß solche Zustände nicht dauern könnten, ohne den Teufel zu zitieren, den man an die Wand malte." Zwei Tage später (21.) befahl er in Wien mitzuteilen, „*für uns liegt die Frage vor, wie lange wir den Umtrieben, welche in Bezug auf die Reichslande von der französischen Regierung mindestens geduldet werden, und den damit verbundenen militärischen Provokationen schweigend zusehen können.*" Um die Bedeutung zu ermessen, muß man sich vor Augen halten, daß es die gleichen Tage sind, in denen er die Österreicher so eindringlich darauf hinwies, daß auf die Dauer die russische Politik nicht von Giers bestimmt werden würde und deshalb mit russischem Angriff zu rechnen sei, sobald Frankreich die Bündnisfähigkeit zurückgewonnen hätte. Gerade weil von Rußland Gefahr drohte, glaubte er stark gegen Frankreich auftreten zu müssen.

Auf Grund des Erlasses vom 19. brachte die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" am 22. August einen überaus scharfen Artikel. Er warf der französischen Presse feindliche und beleidigende Sprache gegen Deutschland vor und bezeichnete sie als fortdauernde Gefahr für den Frieden Europas. „Je höher die Flut der Leidenschaften anschwillt, welche eine gewissenlose Agitation für ihre verschiedenartigen Zwecke anzufachen nicht ermüdet, um so weniger läßt sich vorhersagen, ob und wie lange dieselbe noch innerhalb der Dämme des äußerlichen Friedens zurückgehalten werden kann." Die Wirkung war gewaltig. Wie nach dem „Post"-Artikel 1875 wurde überall der deutsch-französische Krieg als unmittelbar bevorstehend angesehen. Aber der ungeheure Unterschied der Gesamtsituation trat alsbald zutage: während damals England und Rußland in Berlin gegen den angeblichen Angriffswillen interveniert hatten, verhielt sich diesmal die europäische Diplomatie absolut still, und auch die Reaktion der öffentlichen Meinung war eine völlig andere. Mit der einen Ausnahme der „Times" haben die großen englischen Zeitungen sich eindeutig auf die deutsche Seite gestellt[126]) und zugegeben, was sie 1875 nicht hatten einsehen wollen, daß die scharfe Sprache nicht auf eigenem Angriffswillen beruhte, sondern den fremden einzuschüchtern bezweckte. Allerdings darf diese Stellungnahme nicht als ehrliche Anerkennung des seit so vielen Jahren bekundeten Friedenswillens Bismarcks schlechthin gedeutet werden, offenbar beruhte sie auch stark auf dem augenblicklichen Groll gegen Frankreich um Ägyptens willen. Auf jeden Fall jedoch war sie dem Kanzler überaus willkommen, und sie fand, um den Eindruck auf Frankreich zu verstärken, ihre Ergänzung in dem Widerhall, den der Artikel der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung" bei Katkow auslöste. Eindringlich warnte er nochmals vor dem Bündnis mit Frankreich: „Welche Macht kann ein Bündnis suchen, für dessen Dauerhaftigkeit man

nicht mal einen Tag bürgen kann? Vor allem wozu braucht Rußland ein derartiges Bündnis? Wenn französische Chauvinisten an Elsaß-Lothringen und Revanche denken, was geht das Rußland an? Wenn Frankreich in Europa seiner dominierenden, Rußland gegenüber stets feindlichen Stellung verlustig gegangen ist, welcher Wahnsinn könnte da Rußland zwingen, sein Blut zu opfern in einem unsinnigen Versuch, seinen Feind zu erhöhen zur Schädigung seines ständigen Verbündeten, der mit ihm solidarisch ist in allen wesentlichen Interessen der europäischen Politik"[127]). Nicht bloß wegen der Einwirkung auf Frankreich war dies zu begrüßen, sondern als Beweis, daß die Bemühungen, Rußland von dem Friedenswillen der Mittelmächte zu überzeugen, nicht erfolglos geblieben waren, sowie als Anzeichen, daß die Giersche Politik weiter betrieben würde.

Die übereinstimmende Mißbilligung, die aus England und Rußland zurückschallte, überzeugte die Franzosen, wie isoliert sie noch waren. Der auf Urlaub in Paris befindliche Courcel leugnete vor Hohenlohe jede feindliche Absicht und suchte ihn zu überzeugen, daß es nur ein kleiner Teil der französischen Presse sei, der die Hetze betreibe. Daß dies geschehe, räumte er damit ein, und der Fülle der Einzelbeispiele, die Hohenlohe ihm vorhielt, vermochte er nichts entgegenzusetzen[128]). Die scharfe Kritik der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung" wurde also vom amtlichen Frankreich hingenommen und hat ihren Zweck erfüllt. Seinen Gesamteindruck faßte Fürst Hohenlohe dahin zusammen (24. August), daß der Artikel wie ein reinigendes Gewitter gewirkt habe. Er sei notwendig gewesen, schrieb er privat an Holstein (25.), „*die Frechheit war zu groß geworden*".

Nachdem Bismarcks Schreckschuß Erfolg gehabt hatte, konnte er, im Bestreben, die günstige Wirkung vorhaltend zu machen, alsbald einlenken. Er untersagte den offiziösen Blättern weitere Polemik und befahl (28. August), nur in der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung" die französischen Zeitungsstimmen zu resümieren „*und dabei den Gemäßigten Recht zu geben, welche meinten, daß in dem neulichen Artikel der ‚Norddeutschen Allgemeinen Zeitung' eine Drohung nicht läge. Es müsse aber gesagt werden, daß die Revanchepartei sich durch Hetzen und Schimpfen in eine gewisse Trunkenheit hineinredete, und wenn die Leidenschaft einmal montiert wäre, so würde es für jeden, der nach Stellung strebte, angezeigt sein, diese aufgeregten Bestrebungen zu fördern . . . Wenn die Franzosen so wie bisher durch ihre Presse im Sinne des Krieges und Hasses gegen Deutschland bearbeitet werden, so können die praktischen Folgen nicht ausbleiben, und wir glauben den Dank aller Freunde des Friedens auch in Frankreich zu verdienen, wenn wir auf diese Konsequenzen rechtzeitig hinweisen*". So suchte er die öffentliche Meinung zu beschwichtigen, und der Regierung streckte er die Hand hin, indem er, die Tatsache benützend, daß ihm der Wortlaut des von ihm angeordneten scharfen Artikels nicht vor Erscheinen vorgelegt worden war, sich den Anschein gab,

nicht damit einverstanden zu sein: er gehe ihm zu weit und über seine Bedürfnisse hinaus, ließ er durch Hohenlohe Challemel-Lacour sagen[129]): „*Wir hätten angesichts der Rüstungen Frankreichs nur das Bedürfnis, die unsrige zu stärken und die öffentliche Meinung darauf vorzubereiten, keineswegs die Absicht Frankreich zu drohen, das läge uns absolut fern, wie er wissen werde.*" Offen räumte er ein, daß es ihm neben der Wirkung auf Frankreich und das übrige Ausland auf die innerhalb Deutschlands ankam. Blieb die Mahnung zur Vorsicht in Frankreich erfolglos, so hatte er das deutsche Volk auf dann notwendige Rüstungsforderungen vorbereitet. Ganz falsch ist der Vorwurf, er habe die französische Leidenschaft übertrieben dargestellt, um den Vorwand für diese Rüstungen zu finden. Denn dann hätte er sie doch alsbald in Angriff genommen, und das ist nicht geschehen.

Daß er von keinen feindlichen Gefühlen gegen Frankreich beseelt sei, dokumentierte er auch dadurch, daß er Hohenlohe befahl, Ferry seinen Glückwunsch zu einem Waffenerfolg in Annam zu übermitteln (1. September). Ausgerichtet konnte das allerdings nicht werden, weil noch vorher die französischen Truppen einen Rückschlag erlitten. Dies alles beweist, daß tatsächlich die Schärfe seiner Sprache nichts anderes sein sollte als ein Friedensmittel.

Die zunächst günstige Wirkung auf die französische Presse in diesem Sinne wurde aber beeinträchtigt, indem Anfang September die „Times" in mehreren Artikeln erneut gegen die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" zu Felde zog, so z. B. am 6. erklärte, es sei „unwürdig eines Staatsmannes von so gewaltiger Autorität und unvergleichlichem Einfluß wie Fürst Bismarck, sich zu kleinlichen Schreckschüssen herzugeben, die, selbst wenn sie die öffentliche Ruhe nicht ernstlich bedrohen, doch eine Menge privater Not verursachen". Bismarcks Macht umfasse ganz Europa, und dem stehe Frankreich „isoliert, hilflos, harmlos" gegenüber. Unter diesen Umständen „bilden die eigenartigen Tiraden der ‚Norddeutschen Allgemeinen Zeitung' nur den Ausbruch übertriebener Empfindlichkeit und unbegründeten Argwohns"[130]). Um der bedenklichen Wirkung auf Frankreich willen, wo es mit Aufatmen begrüßt wurde, daß die ihm gegenüberstehende Einheitsfront durchbrochen wurde, und wo infolgedessen der Mut zu weiterem antideutschen Auftreten zurückzukehren begann, hat Bismarck nicht nur die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" gegen die „ebenso unmotivierte wie kindische" Äußerung protestieren lassen, sondern auch Vorstellungen bei Granville erhoben: „*Wenn die englische Regierung die ‚Times' nicht desavouierte, sondern gewähren ließe, würde das für uns ein Wink sein, daß unsre bisherige Politik unrichtig eingerichtet sei. Die englische Regierung wisse sehr gut, daß von unsrer Seite Frankreich nicht im entferntesten eine Gefahr drohe, daß wir uns nie an Frankreich reiben wollten. Wir wollten aber auch nicht, daß letzteres sich an uns riebe, und müßten deshalb darauf ausgehen, den Hetzereien der ‚Times' den Boden zu*

entziehen." Ernst genug nahm Bismarck also den Vorstoß der Zeitung, um mit nichts Geringerem als der Revision seiner Ägyptenpolitik zu drohen. Der Erfolg war denn auch prompt, Lord Granville sagte indirekte Einwirkung auf das amtlich ihm nicht zugängliche Blatt zu, die dessen Sprache in der Tat alsbald mäßigte. Überdies sprach er seine dankbare Genugtuung aus, wie heilsam auch im englischen Interesse die den Franzosen erteilte Warnung gewesen sei. Die Kluft zwischen London und Paris hatte sich also nicht geschlossen.

Um den Franzosen ihre Isolation ganz deutlich zu machen, unterstrich Bismarck die Intimität der deutsch-italienischen Freundschaft, indem er den Kronprinzen bat, den Vorsitz zu übernehmen in einem Komitee für im Reich abzuhaltende Sammlungen zugunsten der durch eine furchtbare Erdbebenkatastrophe betroffenen Einwohner der Insel Ischia. Ihr starker Erfolg ist in Italien zum Ärger des französischen Geschäftsträgers[131]) warm anerkannt worden und führte durch einen persönlichen Briefwechsel zwischen Mancini und Bismarck zur tatsächlichen Erhärtung des Bandes zwischen Rom und Berlin. Mancini hatte am 2. September dem Reichskanzler sehr herzlich gedankt und dem Geschäftsträger amtlich ausgesprochen, „*die italienischen Majestäten seien tief ergriffen und die Regierung wie die ganze Nation hätten die politische Tragweite dieser in ihrer Großartigkeit einzig dastehenden Demonstration gut erfaßt*"[132]). Bevor Bismarck antworten konnte, verbreiteten sich Gerüchte, Depretis wolle sich von Mancini trennen und ihn durch eine mehr zu Frankreich neigende Persönlichkeit ersetzen[133]). Darum wünschte Bismarck Mancini durch seine Antwort den Rücken zu stärken und hat ihr ganz besondere Sorgfalt angedeihen lassen. Nach drei amtlichen Entwürfen hat er den Text des am 19. abgehenden Schreibens so gut wie ganz selbst aufgesetzt: „*Mon cher collègue. En réponse à votre aimable lettre je remercie Votre Excellence des sentiments qu'Elle a bien voulu y exprimer à mon égard. Tout en partageant la douloureuse impression que des désastres de la nature de ceux qui ont frappé l'île d'Ischia doivent produire dans tout coeur humain, j'éprouve une vive satisfaction à constater à cette occasion l'unanimité avec laquelle mes compatriotes ont exprimé leurs sympathies pour l'Italie. Nos deux pays sont unis par la solidarité qui résulte de leurs intérêts actuels et de l'analogie qu'offrent leur historie et les évènements qui leur avaient fait perdre et qui leur ont fait regagner l'unité et l'indépendance nationale. Nouvellement reconstitués ils ont le même besoin de paix, pour travailler à la consolidation de l'ordre des choses qui forment la base de leurs institutions. C'est la ressemblance du passé et l'identité des instincts nationaux qui ont graduellement amené la politique des deux nations à cette conformité de vues qui n'est que le résultat logique des conditions données par l'histoire. Je suis heureux de savoir que Votre Excellence, appelée à diriger la politique de l'Italie, voit comme moi le plus sûr moyen de sauvegarder la paix dans l'union intime de ceux qui la veulent. Toutes*

les nations la désirent en général, et je suis heureux de constater que nos deux Gouvernements sont de ceux qui partagent et qui tâchent de réaliser par leur politique les voeux des nations qu'ils gouvernent. Cette tâche nous sera facilitée par les sentiments d'amitié et de bon vouloir mutuel dont les Souverains et les habitants des deux pays sont également animés. Je suis, cher collègue, avec les sentiments de la plus haute considération de Votre Excellence le très humble et très dévoué serviteur." Der gewünschte Zweck wurde auch erreicht, Mancini blieb im Amt.

Rußland, England, Italien, sie alle hatten erkennen lassen, daß sie Wert auf gutes Verhältnis mit Deutschland legten. Betont wurde die Stellung des Reiches im Zentrum der europäischen Diplomatie noch durch den Besuch des Königs von Rumänien in Berlin und die Ankündigung, daß die Könige von Spanien und Serbien, der Prinz von Wales, der Thronfolger von Portugal sowie auf Befehl des Sultans der Marschall Mukhtar Pascha zu den Kaisermanövern nach Homburg kommen würden. Der Londoner „Standard" gab dazu den Kommentar (23. August): „What Mekka is to the true believer, what Rome used to be to the devout Roman Catholic before the Piedmontese invaded it, Berlin is now to all men who reign, who fight, or who study statecraft . . . Prince Bismarck builds his politics on a study of human nature, their only sound basis." So konnte der Pressestreit abgeschlossen werden mit dem erfreulichen Ergebnis, daß Frankreich, wenn es sich gegen Deutschland wendete, im Augenblick völlig vereinzelt dastehen würde, und daß ihm infolgedessen die Unmöglichkeit solchen Entschlusses vor Augen geführt war.

Wie sich Frankreichs innerer Zustand fortentwickeln werde, dafür hat Bernhard Bülow in einem Brief an Herbert Bismarck (Paris 22. September, FA) die folgende Prognose gestellt: „*Soweit sich hier etwas voraussehen läßt, wird die innere Geschichte Frankreichs in der nächsten Zeit ein Kampf zwischen Ferry und Freycinet, vielleicht einmal Ferry-Say und Freycinet-Clemenceau sein. Der ersteren Kombination gegenüber müssen wir aufpassen, daß sie nicht, etwa auf dem Wege einer Präsidentschaft Aumale, in die Monarchie umschlägt; der letzteren, daß sie nicht durch die Kommune ebendahin gelangt. Auskommen läßt sich m. u. E. jedoch vom Standpunkt der diesseitigen Interessen mit beiden Eventualitäten. Wenn Ferry mehr Schneid für Kolonialpolitik hat, so ruiniert Freycinet die französische Industrie, indem er durch sein Laisser-Faire die Streiks großzieht, welche wiederum die exorbitante Höhe der Arbeitslöhne zur Folge haben. Beide haben ihr Gutes, jeden sollten wir m. E. für unsere Zwecke benützen, mit keinem es verderben. Für jetzt scheint mir übrigens Ferry vorzuziehen. Nur möchte ich, daß das ganze Kabinett inklusive Challemel und Thibaudin bliebe.*"

Die Vereinzelung ist in Paris erkannt und die Konsequenz gezogen worden. Das Kabinett Ferry blieb im Einverständnis mit Präsident Grévy auf der Linie, die es seit seinem Amtsantritt beobachtet hatte, ein für beide Teile nützliches Zusammenwirken mit Deutschland anzustreben, ohne des-

halb die fernen Ziele preiszugeben. In der öffentlichen Meinung kehrte auch schnell Ruhe ein. Bernhard Bülow hat über sie am 5. September einen ausführlichen Bericht geschrieben. Er ging davon aus, daß im Sommer die Gereiztheit gegen Deutschland so groß gewesen sei wie schon lange nicht mehr, und zwar aus drei Gründen: dem gesteigerten militärischen Selbstbewußtsein, dem Zorn über die Preisgabe Ägyptens und das schwächliche Auftreten in Annam und Madagaskar, der Hetze der Patriotenliga. Unter der ernüchternden Einwirkung des „Norddeutsche-Allgemeine-Zeitung"-Aufsatzes sei die Erregtheit deutlich zurückgegangen. Die ungeheure Mehrheit sei auch weiterhin für den Frieden. Falls jedoch Deutschland von einer dritten Macht angegriffen werde, dann *„dürfte es auch einem so friedliebenden Manne wie Herrn Grévy nicht mehr gelingen, die Neutralität zu bewahren. Daß dies einer Monarchie noch viel weniger möglich sein würde, liegt auf der Hand"*.

Es war genau das Bild, das Bismarck selbst entworfen hatte. Eine Woche später (13. September) ergänzte Bülow es auf Grund der Aussage eines stets besonders gut informierten Vertrauensmannes der Botschaft dahin, daß in ganz Frankreich der Glaube an einen im Frühjahr zwischen Rußland und den Mittelmächten bevorstehenden Krieg verbreitet sei und daß dieser Aussicht die *„Mehrheit, die keinen anderen Wunsch hat als verständig regiert zu werden und Frieden zu bewahren"*, nicht mit Freude, sondern mit Unruhe entgegensehe. Mit aus beiden gemischten Gefühlen wurde der weitere Verlauf der Krise von der französischen Presse gespannt beobachtet. Ein durchgreifender Wandel zum Besseren war nicht eingetreten, wohl aber der drohenden Wendung zum Schlimmeren vorgebeugt worden.

8. Erweiterung des Bündnissystems

Wir haben das Abebben des Wellenkreises verfolgt, der durch den Steinwurf des „Norddeutsche-Allgemeine-Zeitung"-Artikels erregt worden war, und müssen nunmehr zurücklenken zu der Krisis im Osten, deren Höhepunkt mit seinem Erscheinen zusammengefallen ist. Seitdem Giers und Kálnoky direkte, befriedigende Fühlung aufgenommen hatten und seitdem Katkow dem Gedanken des Bündnisses mit Frankreich so eindeutig entgegengetreten war, durfte die unmittelbare Gefahr als überwunden gelten, obwohl der Warschauer Generalkonsul von Rechenberg von *„tagtäglichen Hetzereien und unflätigen Ausfällen"* der übrigen russischen Presse gegen Deutschland berichtete (31. August). Nicht überwunden war auch die Labilität des Zustandes, daß jeden Augenblick vom Balkan her bedrohliche Störungen eintreten konnten. Für beides, einerseits für den russischen Verständigungswillen und andrerseits für die Tatsache, daß der status quo kaum mehr länger zu bewahren sein werde, erhielten die Mittelmächte das Anzeichen, indem Saburow am 25. August abermals die Aussprache über die Verlängerung des Dreikaiservertrags anregte, dabei aber sofort darauf hinwies, daß seiner Auffassung nach Modifikationen im Sinne weiterer Aufteilung unvermeidlich seien. Was er darunter verstand, zeigte seine Berufung auf das Reichstadter Abkommen von 1876, das von dem damals erwarteten Zusammenbruch der Türkei ausgegangen war. Er griff also zurück auf seine im Februar mißglückte Aktion, betonte diesmal gleich selbst, ohne Auftrag, nur aus eigener Initiative zu handeln, ging aber so weit zu behaupten, Giers sei die einzige Persönlichkeit in Rußland, die für unveränderte Beibehaltung des alten Vertrages zu haben sei[134]).

Seine Auffassung, daß die Unhaltbarkeit des bisherigen Balkanzustandes erwiesen sei, konnte sich stützen auf den ständigen Zwist zwischen Battenberg und den beiden als seine Minister amtierenden russischen Generalen, der sich derart zuspitzte, daß diese die vom Fürsten verlangte Demission verweigerten — eine Handlungsweise, die der Wiener englische Botschafter Sir Henry Elliot, Öl ins Feuer gießend, als ersten Schritt der russischen Annexion, d. h. des Bruches des Berliner Vertrags, denunzierte[135]). Außerdem kam über die ganze Halbinsel Unruhe durch den Besuch des Fürsten Nikolaus von Montenegro in Konstantinopel[136]). Er hatte zwar im Juli dem deutschen Konsul in Ragusa — einen eigenen Vertreter hatte das Reich bis

dahin in Cetinje nicht, auf Österreichs Befürwortung wurde der Konsul jetzt dort beglaubigt — erklärt, Kaiser Franz Joseph benehme sich zu ihm und seinem Lande wie ein Vater, und er sei ihm in unbegrenzter Treue und Dankbarkeit ergeben. Aber gerade solcher Überschwang war nicht geeignet Vertrauen zu erwecken. Auch die Versicherung, die der Fürst bei seiner Ankunft in Konstantinopel Radowitz erteilte, er wisse, obwohl er in ganz Europa als blindes Werkzeug Rußlands gelte — Bismarck schrieb dazu „*ja*" —, die Notwendigkeit aufrichtiger Freundschaft zu Österreich zu würdigen, und sein Ehrgeiz erschöpfe sich jetzt in zivilisatorischer Arbeit im Innern, beseitigte die Annahme nicht, daß er beim Sultan gegen die Mittelmächte arbeiten wolle. In Wien befürchtete man, er suche dessen Zustimmung zum Gewinn der Herzegowina zu erreichen, während Karageorgewitsch statt Battenbergs in Bulgarien eingesetzt werden solle[137]). Hat er wirklich solche Hoffnung gehabt, so ist sie nicht erfüllt worden. Radowitz konnte am 4. September mit Bestimmtheit melden, daß zwar eine endgültige Verständigung über die früher für Europa so bedenkliche türkisch-montenegrinische Grenzlinie erzielt, aber alle sonstigen Wünsche ungehört geblieben waren: „*der Besuch ist danach eine Probe des unverändert andauernden Übergewichts der deutsch-österreichischen Politik bei dem Sultan trotz äußerer Freundlichkeit für Rußland gewesen.*" Immerhin trug die Reise dazu bei, daß die begonnene Bewegung auf der Halbinsel weiter in Fluß blieb.

Bei dieser Sachlage konnte in Bismarcks Überzeugung, daß, um den Frieden zu wahren, Deutschland und Österreich sich nach jeder Richtung hin stark zu machen hätten, ein Wandel nicht eintreten. Allerdings dachte er genau so wenig wie im Februar daran, Saburows Anregung einfach abzuweisen. Er sei unter allen Umständen bereit, die weitere Entente zu dritt zu fördern, war die erste Antwort, die er erteilte[138]), und auch in der gewünschten Abänderung sah er an sich nichts für Deutschland Unmögliches. Wenn er sich auch in den letzten Jahren konsequent für die Erhaltung des durch den Berliner Kongreß geschaffenen Zustandes eingesetzt hatte, so wollte er doch neuen Teilungsbeschlüssen keinen Widerstand leisten, vorausgesetzt, daß über sie Einigkeit zwischen Österreich und Rußland bestand. Der ganze Balkan war ja für ihn nur Mittel zu dem Zweck, seine beiden Partner unter sich einig und an seiner Seite festzuhalten. Verständigten sie sich, sollte es an seiner Bereitschaft nicht fehlen.

Bevor jedoch Deutschland sich in detailliertes Gespräch mit den Russen einließ, war festzustellen, wie Österreich dachte. Denn bei der wachsenden Intimität des Bündnisses einerseits, dem geringen Vertrauen zu Rußland andrerseits verbot sich diesmal der 1880 betretene Weg, zunächst mit dem letzteren zu verhandeln und dann Österreich auf den vereinbarten Boden hinüberzuziehen. Jetzt sollten die Mittelmächte als einheitlicher Block auftreten, wenn auch dies offen den Russen auszusprechen taktisch unange-

bracht schien. Darum ließ er Saburow antworten, er sehe nichts in seinem Vorschlag, was den deutschen Interessen zuwiderliefe, könne sich aber über Einzelheiten nicht äußern, ohne Kaiser Wilhelms Ansicht zu kennen, und diese wiederum könne er nicht einholen, solange nicht Saburow im formellen Auftrag seiner Regierung spräche[139]).

Das war ein Wink an Rußland, das verwirrende Hin und Her privater und amtlicher Schritte aufzugeben, außerdem aber wurde Zeit gewonnen, sich mit Österreich in Verbindung zu setzen. Hierzu drängte auch noch eine zweite wichtige Frage. Bismarck selbst hatte das Bündnis mit Rumänien angeregt, und Kálnoky war gern auf den Gedanken eingegangen. Bei dem Besuch König Karls in Berlin am 20. August ist zwar hierüber angesichts des zur Zeit noch wenig befriedigenden Verhältnisses zwischen Wien und Bukarest nicht gesprochen worden[140]). Jedoch wurde ein wichtiger Fortschritt erzielt, indem der König, allerdings mit der ausdrücklichen Erklärung, es nur um des deutschen Wunsches willen zu tun, versprach, alles aufzubieten, um den Zwist zu bereinigen. Er gestand offen ein, daß sein Kommen durch Kaiser Wilhelms Brief an seinen Vater verursacht sei, und suchte seine unfreundliche Haltung gegen Österreich damit zu entschuldigen, daß ihm durch die öffentliche Meinung seines Landes die Hände gebunden seien. „*Wer macht die? Wohl weniger als 8 Blätter und einige demokratische Redner. Wenn der König sich von der will leiten lassen, so kann er weit kommen!*", war Bismarcks Kommentar, und als Karl auf Hatzfeldts Hinweis, welche Gefahr der Selbständigkeit Rumäniens von Rußland drohe, erwiderte, Europa habe das Interesse ihn zu schützen, bemerkte der Kanzler: „*Dazu muß das Verhalten Rumäniens angepaßt sein; ist es chauvinistisch und ‚irredent', so hat Europa nur das Interesse, es wieder untertauchen zu sehen.*" Auch Kaiser Wilhelm persönlich hat den König unter Druck genommen, er hat dem Innenminister von Puttkamer erzählt, ihm wegen seines Benehmens gegen Österreich „*ordentlich den Kopf gewaschen zu haben*"[141]).

Tatsächlich ist König Karl von Berlin sofort nach Wien gereist, und sein dortiger Besuch verlief so günstig, daß der alsbaldige Eintritt in Verhandlungen zwischen dem konstitutionell zuständigen Ministerpräsidenten Bratianu und Kálnoky vereinbart wurde. Als derartig nachhaltig erwies sich der in Berlin empfangene Eindruck, daß am 29. August ein Kronrat in Bukarest beschloß, die Haltung in den mit Österreich zu führenden Verhandlungen ganz von Bismarcks Rat abhängig zu machen, und zu diesem Zwecke Bratianu erst einmal zu ihm zu entsenden[142]). Damit begegnete sich des Reichskanzlers eigener Wunsch, schon am 21. August hatte er dem Auswärtigen Amt telegraphiert, er würde Bratianu gern sehen.

Vor allem aber lag ihm daran, jetzt das längst geplante Treffen mit Kálnoky zu verwirklichen. Sollte sich Saburows Anregung als ernst zu nehmen erweisen, war grundsätzliche Klärung der beiderseitigen Auffassung

über die Lage im Osten dringend erforderlich, und so sind am 30. August in Salzburg zwischen beiden Staatsmännern die vitalen Probleme besprochen worden. Daß dies in voller Offenheit, dabei in voller Harmonie trotz keineswegs voller sachlicher Übereinstimmung geschehen konnte, ist der beste Beweis, zu welcher Selbstverständlichkeit bereits der Zweibund geworden war[143]). Der durchschlagende Erfolg des Treffens wurde auch nicht dadurch beeinträchtigt, daß ein Teil der italienischen Presse es zum Anlaß nahm, um mit dem Hinweis auf das Fehlen Italiens sowohl bei der Monarchenbegegnung in Ischl als auch jetzt in Salzburg über die eigene unbefriedigende Stellung im Dreibund zu klagen[144]). Diese Beschwerden sind ebenfalls ein Grund für Bismarck gewesen, sich gegen Mancini so besonders liebenswürdig zu verhalten.

Neu bestätigt wurde in dem Salzburger Gespräch der beiderseits bestehende Wunsch, wenn irgend möglich den Dreikaiservertrag zu verlängern. Trotz der Konflikte, die während seines Bestehens mit dem dritten Partner nicht ausgeblieben waren, und trotz des Zweifels an dessen letzten Absichten stimmten Bismarck und Kálnoky völlig überein, daß er sich als überaus nützlich erwiesen hatte. Dagegen gingen die Ansichten auseinander hinsichtlich der von Saburow gewünschten Abänderungen. Bei der entscheidenden Wichtigkeit dieser Frage einigte man sich darauf, erst noch die beiderseitigen Standpunkte in weiteren Verhandlungen ausführlicher zu klären, als es bei dem kurzen Treffen möglich war, in der Hoffnung, dann die Basis gemeinsamen Handelns zu finden.

Wenige Tage später, am 8. September, erging zu diesem Zwecke aus Gastein ein Erlaß Bismarcks an Prinz Reuß[145]), dessen grundlegende Wichtigkeit schon dadurch bezeugt wird, daß der Reichskanzler eigenhändig das Konzept aufgesetzt hat. Saburow hatte an die Reichstadter Konvention von 1876 erinnert, in der das volle Ende der Türkenherrschaft in Europa vorgesehen war; Konstantinopel sollte damals mit einer Bannmeile in eine freie Stadt verwandelt, der Rest verselbständigt und aufgeteilt werden. Waren dies wirklich, was noch keineswegs feststand, die russischen Absichten, so hielt Bismarck es für notwendig, dann auch seitens der Mittelmächte zu der Politik zurückzukehren, die er damals verfochten hatte, nämlich daß sie den Widerstand gegen russische Maßlosigkeiten nicht alsbald selbst aufnähmen, sondern zunächst den unmittelbar Betroffenen überließen, worunter er nicht nur die Türkei und die Balkanstaaten verstand, sondern vor allem England. Rückhaltlos bekannte er sich den Österreichern gegenüber zu dem Standpunkt, daß der russische Griff nach Konstantinopel zunächst, wenn auch nicht auf die Dauer, ruhig hingenommen werden könne. Denn dann würde der Gegensatz Englands zu Rußland nicht mehr zu überbrücken, Österreich demnach des englischen Beistands versichert sein; außerdem würde sich die strategische Lage der Russen empfindlich verschlechtern,

wenn „deren Hals unter den Druck der siebenbürgischen Position zu liegen kommt". Das gegenseitige Gewichtsverhältnis liegt ganz anders, solange Rußland noch die Wahl hat, ob es in Bulgarien oder in Galizien Krieg führen will." Die Ereignisse bei Kriegsbeginn 1914 haben bestätigt, welch furchtbare Gefahr für Österreich darin lag, wenn sich der russische Angriff mit voller Wucht auf Galizien warf. „Ich halte es deshalb", fuhr der Erlaß fort, „politisch nicht für richtig, wenn wir, d. h. zunächst Österreich, die Rolle des europäischen Polizisten in der Beaufsichtigung resp. Festhaltung Rußlands übernähmen." Das Gefahrloseste und Nützlichste würde immer die Verständigung der drei Kaiser sein. Gelinge sie jedoch nicht, „so geht mein politisches Votum dahin, daß man Rußland scheinbar ohne Kontrolle und auf seine Verantwortung seinen Weg gehen lassen soll, bis andere Mächte darüber beunruhigt und unsres Beistands bedürftig werden."

In die letzten Tiefen des Orientproblems führt dieser Erlaß hinein, Bismarck hat in ihm seine prinzipielle Auffassung zur Diskussion gestellt. An ihr ist vom historischen Standpunkt die Kritik geübt worden[146]), sie habe einen Rechenfehler zum Ausgangspunkt genommen: die Bestimmtheit der Annahme, England müsse und werde sich dem russischen Vorstoß auf Konstantinopel entgegenwerfen, sei nicht berechtigt gewesen. Tatsächlich ist nicht in Abrede zu stellen, daß ein Teil der englischen Politiker sich damals schon von dem früheren Dogma abgekehrt hatte, wonach England aus eigenstem Lebensinteresse seine Hand über die Türkei halten müsse. Sowohl Gladstone wie Salisbury, der liberale wie der konservative Führer, waren nicht gewillt, die Politik Beaconsfields fortzusetzen, der eine aus seiner aus christlicher Leidenschaft geborenen Türkenfeindschaft, der andre in der Überlegung, daß für die britische Mittelmeerstellung nach dem Ausbau der eigenen Position durch Zypern und Ägypten und nach dem Sinken des Interesses am Getreideimport aus Südrußland vielleicht mehr vom Zusammengehen mit den jungen, aufsteigenden Balkanvölkern als mit der kranken, erlahmenden Türkei zu erwarten sei.

Dies steht fest, und dennoch scheint mir die Wahrscheinlichkeit, daß England in der damaligen Situation dem Griff Rußlands nach Konstantinopel ruhig zugesehen hätte, überaus gering. Denn die große Mehrheit der britischen Politiker hielt noch an der überlieferten Auffassung fest, und vor allem tat es die öffentliche Meinung. Ihr Aufwallen später, bei der Kriegsgefahr des Jahres 1885, beweist, daß für sie das alte Dogma noch in Kraft stand; ihr erschien es damals als Selbstverständlichkeit, die Verteidigung Indiens wesentlich im Schwarzen Meer zu führen. Wie ungern aber Gladstone sich in Widerspruch zu einem einmütigen Verlangen der öffentlichen Meinung setzte, ist bekannt. Und Salisbury ist zwar bereit gewesen, die Türkei eventuell zu opfern, aber keineswegs zur Preisgabe des Balkans an Rußland. Aus seinem Wort, „daß die Ausdehnung der russischen Macht

über das Kaspische Meer nach Afghanistan und Persien viel gefährlicher für England sei, als es selbst der Besitz von Konstantinopel sein würde", darf nicht der Wille herausgelesen werden, sich mit einem russischen Konstantinopel abzufinden. Schon die Einfügung des Wortes „selbst" läßt erkennen, wie hoch er diese Gefahr einschätzte, nur schien ihm der unmittelbare Druck auf Indien das noch größere Übel. Sein praktisches Verhalten, als er dann ans Ruder gelangte, steht auch ganz damit im Einklang, die Russen durch den Damm der Balkanstaaten vom Mittelmeer fernzuhalten[147]).

Für Bismarck aber kam es auf das gleiche heraus, ob England dies Ziel im Bunde mit ihnen oder mit der Türkei anstrebte, wenn es nur überhaupt eingriff. Desinteressement an der Türkei war nicht gleichbedeutend mit Desinteressement am Balkan, und daß England sich zum letzteren nicht entschließen werde, für diese Annahme besaß er sehr gute Gründe. So scheint der Vorwurf des Rechenfehlers nicht berechtigt.

Der Grundsätzlichkeit von Bismarcks Argumenten ist Kálnoky, der Schwere der Entscheidung bewußt, zunächst ausgewichen, er brauche noch Zeit zum Studium der Frage[148]). Wenn er aber darauf hinwies, daß die Tendenz des Vertrages von 1881 nicht mehr der Sachlage entspreche, da er damals eine geheime Spitze gegen die Türkei gehabt habe, die heute nicht mehr mit den Absichten der Mittelmächte vereinbar sei, so übersah er, daß damals doch im Gegenteil auch schon die Möglichkeit vorgesehen worden ist, die Pforte miteinzubeziehen. Bismarck aber drängte im Augenblick nicht weiter. In einer Aussprache zwischen Giers und Schweinitz[149]) war kein Wort über den Vertrag gefallen; der Botschafter hatte dagegen die Gelegenheit benutzt, sehr ernst noch einmal auf die russischen Rüstungen hinzuweisen, und das Versprechen des Ministers erlangt, darüber mit dem Zaren zu reden. Offenbar also hatte Saburow tatsächlich wieder bloß auf eigene Faust gehandelt, in Petersburg wurde die Angelegenheit nach wie vor nicht als eilig angesehen. So verzichtete auch Bismarck vorläufig bei der Diskrepanz der Standpunkte auf weitere Diskussion über die eventuell möglichen Abänderungen und begnügte sich damit, daß Kálnoky als Ergebnis des Ideenaustausches das volle Einverständnis feststellte, wenn irgend möglich, den Dreikaiservertrag zu verlängern. Dem stimmte auch Kaiser Wilhelm zu, es fand seinen Beifall, daß Franz Joseph die Verlängerung, selbst wenn sie nur auf kurze Zeitspanne erfolgte, ersprießlich nannte[150]).

Außer dieser Frage von entscheidender Wichtigkeit für die gesamteuropäische Lage war bei dem Salzburger Treffen das schon früher festgestellte Einverständnis neu bekräftigt worden, *„daß wir uns in Bulgarien zu enthalten hätten"*. Ein Diktat Bismarcks an seinen Sohn Herbert (Gastein 6. September) legte fest, Kálnoky habe zugegeben, *„daß das von Rußland angedrohte Einschreiten die ganze europäische Situation nicht unvorteilhaft verändern würde, ohne zu Feindseligkeiten zwischen Deutsch-Österreich und Ruß-*

land zu führen; daß ferner das Ergebnis schließlich kein ungünstiges für Rußlands Friedfertigkeit sein würde; daß wir zwar den Fürsten von Bulgarien aus Rücksicht auf Rußland nicht ermutigen dürften, ihn aber auch nicht entmutigen sollten. Das russische Einschreiten ist für uns nicht nachteilig, wenn wir uns nur vollständig gleichgültig und ruhig dazu verhalten. Ich habe wiederholt auch darüber mein Einverständnis mit dem Grafen Kálnoky festgestellt, daß die Verschmelzung von Bulgarien und Ostrumelien für uns kein Unglück sein würde, daß im Gegenteil Ostrumelien antirussische Elemente den bulgarischen hinzufügen und Bulgarien um so selbständiger sein werde, je größer es wäre". In dieser Hinsicht hat Kálnoky also der Bismarckschen Auffassung zugestimmt, daß die Erweiterung der russischen Einflußsphäre kein Moment der Stärke, sondern im Gegenteil der Schwäche sein werde. Das war schon eine Annäherung an das grundsätzliche Urteil. Jedenfalls lag im Augenblick die beruhigende Sicherheit vor, daß der ewige Streitpunkt Bulgarien sich nicht als unüberwindliches Hemmnis zwischen Österreich und Rußland stellen werde.

Schließlich hat in dem Salzburger Gespräch auch Rumänien breiten Raum eingenommen. Hier ist ebenfalls volle Einigkeit erzielt worden, daß der Versuch gemacht werden sollte, es zum Bündnis zu gewinnen. Dabei wurden die Rollen derart verteilt, daß die Einzelheiten der Donauprobleme, an denen Deutschland nicht beteiligt war, zwischen Kálnoky und Bratianu zu regeln seien, daß Bismarck sich dagegen die eigentlich politische Seite vorbehielt[151]). Demgemäß hat Kálnoky, als der Rumäne in Wien eintraf, ihn für diese — dessen eigenen Absichten entsprechend — auf Bismarck verwiesen, „*da volles Einverständnis zwischen beiden Kabinetten herrsche; beide wollten den Krieg nicht, müßten aber darauf gefaßt und bereit sein*"[152]). Eine überaus weitgehende Unterstellung der Großmacht Österreich unter die Führerschaft des Reiches lag damit vor. Wie hatten sich die Verhältnisse geändert seit den Tagen, wo Haymerle so bitter sich gegen das von Bismarck für notwendig Erachtete wehrte! Graf Kálnoky konnte den scheinbaren Verzicht auf Selbstbestimmung bringen, weil es Österreichs Interesse war, die Rumänen von der unbedingten Festigkeit des Zweibundes zu überzeugen. Je stärker sie diesen Eindruck gewannen, desto größer war die Aussicht, daß sie sich zum Anschluß verstehen würden. Kálnoky hat durch sein Verhalten bewiesen, daß er, um Bismarcks Ausdruck zu gebrauchen, kein „Prestigenarr" war. Er beschränkte sich also mit Bratianu auf die Donaufragen, und sie kamen zu dem Ergebnis, sie zunächst einfach ruhen zu lassen. Die Entscheidung lag in der Unterredung Bismarcks mit dem Rumänen.

Sie hat am 7. September in Gastein stattgefunden. Der Reichskanzler stellte gleich zu Beginn klar, daß es sich nicht um „ein Schutz- und Trutzbündnis mit Gewinnanteil", sondern ausschließlich um „defensive Friedensassekuranz" handeln könne, und hat Bratianu ermuntert, auf dieser Basis sich mit Österreich zu einigen, worauf Deutschland dann beitreten werde.

Restloses Vertrauen hat er zu der Persönlichkeit des Ministerpräsidenten nicht gefaßt, aber er empfahl doch in Wien den Abschluß nicht zu versagen. Graf Herbert erzählt, daß Bratianu geringes Vertrauen in Österreichs Zukunft an den Tag gelegt und deshalb erklärt habe, nur dann abzuschließen, wenn Deutschland mitmache. Versagte sich also der Reichskanzler, würde Rumänien sich auf Rußlands Seite schlagen. „*bei der entschieden antideutschen Haltung und Stimmung Rußlands blieb nichts übrig, als mit Rumänien abzuschließen, wenn es uns auch nicht gerade bequem war.*" Bismarcks Urteil war: „*wenn Rußland uns anfällt, fassen wir schließlich auch glühendes Eisen an, um den Feind damit niederzuwerfen; bei einer so großen Gefahr il faut faire flèche de tout bois*"[153]). War er, wie wir sahen, gewillt, in solchem Notfall das glühende Eisen Polen anzufassen, so mußten die Bedenken gegen das rumänische Bündnis sehr viel geringer sein. Wieder jedoch offenbarte er die beiden Seiten der Politik, die er Rußland gegenüber für nötig hielt: neben dem Vertrag mit Rumänien, schrieb er[154]), sei die Verständigung mit Rußland anzustreben, „und wenn diese Verständigung mißlingt, den Russen das bulgarische Tor offenzuhalten, damit sie zunächst diejenigen Kräfte auf sich ziehen, deren Bündnis im Fall des Bedarfs wir auf diesem Wege vielleicht sicherer gewinnen als wie durch ein unterschriebenes Papier". Auf der einen Seite verstärkte er die Kraft der Abwehr gegen den eventuellen Angriff Rußlands, auf der anderen mühte er sich es festzuhalten. Bei diesem Nebeneinander der beiden diplomatischen Aktionen warnte er, die Verhandlungen mit Rumänien zu überstürzen. Das wichtigere blieb ihm das Abkommen mit Rußland, und deshalb war es angebracht, sich mit Rumänien erst dann festzulegen, wenn über die russischen Absichten Klarheit herrschte, zumal eine Indiskretion von Bukarest nach Petersburg dort böses Blut gegen die Mittelmächte erzeugen konnte[155]). Da jedoch Bratianu sein baldiges Eintreffen in Wien ankündigte, schränkte Bismarck seinen Wunsch auf langsame Verhandlungsführung ein, im Einverständnis mit Kálnoky, der es übrigens für unbedenklich ansah, wenn eine „*in rein defensivem, den Frieden erhaltenden Sinne gehaltene Präliminar-Einigung*" von den Rumänen in Petersburg zur Kenntnis gebracht würde[156]). Mit der Randbemerkung „*Das werden sie wohl*" verriet Bismarck das geringe Maß seines Vertrauens zu Bratianu.

Außer mit Rumänien hatte Bismarck schon früher ein Bündnis auch mit Serbien und der Türkei vorgeschlagen. Die Art des Verhältnisses zur Pforte hing aber erst recht davon ab, wie sich das zu Rußland entwickeln würde. Deshalb brauchte deutscherseits im Augenblick nichts unternommen zu werden, zumal Radowitz im Gegensatz zu von Paris aus verbreiteten Gerüchten die Stärke des deutschen Einflusses in Konstantinopel betonen und das Bevorstehen einer neuen türkischen Annäherung melden konnte: der Sultan kündigte ihm die Entsendung Marschall Mukhtar Paschas nach Deutschland an, um in drei die Türkei belastenden Fragen Bismarcks Rat

zu erbitten, die zunehmende Rüstung Bulgariens, die fortdauernde englische Okkupation Ägyptens und Englands Bestreben, unter dem Vorwand des Verlangens nach Reformen Armenien zur Autonomie zu verhelfen[157]). Diese Mission mußte abgewartet werden.

Hinsichtlich Serbiens schließlich erlebte die deutsche Diplomatie eine große Überraschung. Daß Milan sich dem österreichischen Einfluß unterstellt hatte, war seit langem erkennbar und wurde in Berlin begrüßt. Aber als nun Reuß bei Kálnoky ein wirkliches Bündnis mit Serbien anregte, erhielt er die verblüffende Antwort, daß dies doch schon seit dem 28. Juni 1881 bestehe. Der Minister erklärte im Glauben gelebt zu haben, daß Deutschland Bescheid wisse, und es nicht begreifen zu können, daß sein Vorgänger den Abschluß nicht mitgeteilt habe[158]). So erfreulich die Tatsache des Vertrags an sich war, fiel doch auf Haymerles Verhalten ein sonderbares Licht. Es sprach nicht gerade für die Innigkeit seiner Gefühle gegen Deutschland, wenn er hinter dessen Rücken einen anderen förmlichen Bundesvertrag eingegangen war. An sich stand das Abkommen durchaus im Einklang mit dem Rat, den Bismarck oft erteilt hatte, sich möglichst gut mit den Balkanstaaten zu stellen und nur in Bulgarien sich nicht einzumischen. Wenn trotzdem Haymerle es verschwiegen hat, so kennzeichnet das die Zurückhaltung, die der stets übervorsichtige Mann für erforderlich hielt. Auch er ist von dem Mißtrauen, das trotz des Zweibundes in Teilen der österreichischen Diplomatie, besonders bei dem alten Beust gegen Deutschland weiterbestand, nicht frei gewesen. Manche Ereignisse im Laufe der schwierigen Verhandlungen über den Dreikaiservertrag fanden nachträglich ihre psychologische Erklärung. Aber nach der nunmehr gewonnenen Kenntnis war es das beste, dies merkwürdige Verhalten einfach stillschweigend zu übergehen. Mit Genugtuung durfte ja festgestellt werden, daß Kálnokys Politik aus ganz anderen Stimmungsgrundlagen erwuchs. Der Zweibund war fester als je, und nun durfte in die Kalkulationen der Orientpolitik das Faktum des österreichisch-serbischen Bündnisses als verstärkendes Moment eingesetzt werden. Da außerdem die Verhandlungen mit Rumänien auf gutem Wege waren, und es nur an den Mittelmächten selbst lag, wenn Griechenlands Bitte um ein Bündnis noch nicht erfüllt war, hatten die Balkanfragen ein sehr günstiges Gesicht gewonnen. Die Russen mußten mit gefestigter Stellung Österreichs rechnen.

So erfreulich diese Entwicklung sich darstellte, schwerer fiel doch noch, das hatte Bismarck betont, die Frage ins Gewicht, ob Rußland selbst festzuhalten sein würde, und hierfür eröffnete gute Aspekte die mehrfach von Giers wiederholte Versicherung, in Bulgarien nichts anderes anzustreben als Ordnung und Sicherheit des Fürsten[159]), vor allem aber eine Sonderbotschaft des Zaren an Kaiser Wilhelm. Der Militärbevollmächtigte in Berlin, Fürst Dolgoruki, hatte sich bei Alexander III. gemeldet, als dieser zum Besuch

seiner Verwandten in Kopenhagen weilte, und hatte ihm, so berichtete der Fürst dem Grafen Redern[160]), im Verlauf einer politischen Konversation die Frage vorgelegt, ob er Krieg gegen Deutschland beabsichtige, „*da alle Vorgänge in Rußland zu einem solchen Schluß berechtigten.*" Der Kaiser sei bei dieser Frage von seinem Stuhl aufgesprungen und habe ausgerufen: „*Que Dieu me préserve d'une chose pareille, je ne désire que la paix et de bons rapports avec tout le monde, tout particulièrement avec nos voisins.*" Der Zar habe noch hinzugefügt, auch der Herzog von Cambridge liege ihm jeden Tag wegen der Gefahr eines deutsch-russischen Kriegs in den Ohren: „*je ne comprends pas comment on peut croire à des bêtises pareilles.*" Der Eindruck, den Dolgorukis Schilderungen der in Deutschland herrschenden Besorgnisse auf den Zaren machte, war so stark, daß Alexander im Wunsch, die entstandenen Zweifel an seinem guten Willen zu beseitigen, den Fürsten mit einer direkten Mission an Kaiser Wilhelm betraute.

Über sie hat Kaiser Wilhelm mit eigener Hand eine umfangreiche Aufzeichnung niedergeschrieben; er begann sie in Merseburg am 16. September und beendete sie in Baden-Baden am 3. Oktober: „*Der Fürst Dolgoruki trat mich an, um einen Auftrag seines Monarchen mir auszurichten, den er in Kopenhagen von demselben erhalten habe. Kaiser Alexander habe ihn gefragt, ob ich ihm über die Beunruhigungen gesprochen habe, die über die Truppenzusammenziehungen der russischen Armee an unsrer Grenze stattgefunden hätten und selbst in preußischen Zeitungen Ausdruck fänden? Er habe geantwortet, daß eine solche Äußerung gegen ihn meinerseits nie stattgefunden habe, was ich als der vollen Wahrheit entsprechend bejahte. Der Kaiser habe ihn nunmehr beauftragt, mir zu versichern, daß irgendeine Absicht zu dieser Beunruhigung nicht stattfinden könne, da er niemals an eine feindliche Absicht gegen Preußen und Deutschland dächte, im Gegenteil, er habe zum Minister Giers stets als seine bestimmte Politik ausgesprochen, daß er dafür sorgen solle, daß vor allem die russische Politik jeden Anlaß verhüten müsse, der zu einem Kriege mit mir führen könne; Minister Giers befolgte diesen Befehl, da derselbe mit seiner politischen Überzeugung völlig übereinstimme. Die friedlichen und freundschaftlichen Beziehungen, welche seit den Regierungszeiten meines Vaters und Kaisers Alexannders I. beständen, durch die Kriege 13—15 und seitdem unter allen folgenden Souveränen der beiden Reiche fortbeständen, müßten und sollten aufrecht erhalten werden; das sei des jetzigen Kaisers bestimmter Wille.*

Ich erwiderte, daß mich diese Mitteilung sehr erfreue und daß ich niemals eine andere Absicht beim jetzigen Kaiser vorausgesetzt hätte. Indessen mit dieser so friedlichen Gesinnung stände im Widerspruch die in einem so enormen Maßstab noch immer fortgesetzte Vermehrung der russischen Streitkräfte an meinen Grenzen, die nicht nur in Preußen und Deutschland, sondern in ganz Europa alarmiere, wo noch hinzukomme, daß eine ähnliche russische Truppenanhäufung an den österreichischen Grenzen stattfände, was die öffentliche Meinung bestärke,

daß irgendein Grund zu einer russischen Offensive gegen Deutschland und Österreich geplant werde. Solange die stete Vermehrung dieser Truppenmassen daure, so lange würden diese Beängstigungen in Europa fortdauern. Fürst Dolgoruki äußerte mir, daß diese Akkumulierung der russischen Streitkräfte doch schon auf seit lange bestehendem Projekte basierte und nur jetzt bei der Vermehrung der Armee zur Ausführung hätte kommen müssen.

Ich erwiderte, daß allerdings schon seit Jahren an der schlesischen Grenze Truppenvermehrungen stattgefunden hätten, und zwar in einem Umfange, die, unseren Nachrichten zufolge, den Zuständen der Truppen, namentlich der Kavallerie zum größten Nachteile gereichten, weil Quartiere, Stallungen im höchsten Grade mangelhaft seien. Wir sahen uns damals veranlaßt, böse Bemerkungen fallen zu lassen über diese Vorgänge zu einer Zeit, wo ernste Besorgnisse bei uns noch gar nicht bestanden, und dies hatte zur Folge, daß uns Aussicht gegeben wurde, daß bei der Dislozierung der russischen Armee nach dem letzten türkischen Kriege die Kavallerie an der schlesischen Grenze vermindert werden würde. Dies geschah nicht nur nicht, sondern die Armee in Polen wurde immer mehr verstärkt.

Fürst Dolgoruki gab diese starke Besetzung der schlesischen Grenze zu sowie die Vermehrung der Armee in Polen, dies sei aber wegen der in diesem Lande herrschenden oppositionellen Stimmung des Volkes durchaus geboten. Dasselbe sei auch wegen der Vermehrung und Verbesserung der Festungen notwendig geworden, über welche man auch alarmiert sei bei uns und im Auslande.

Ich erwiderte, daß dies allerdings der Fall sei und das Zusammentreffen der Truppenvermehrungen mit der der Festungen sowie die Vermehrung der Eisenbahnen, im ausgesprochenen Sinne aus militärischen Rücksichten, trüge allerdings zur Alarmierung in Europa bei: indessen haben wir kein Recht, uns in diese Maßregel zu mischen, weil jeder Staat Festungen und Eisenbahnen zu bauen das Recht hat wie es ihm nötig erscheint, und wir geben darin das Beispiel, da wir Königsberg, Posen, Boyen, Thorn teils neu erbauten und verbesserten. Aber die russischen Maßregeln zusammengehalten mit Äußerungen russischer Generale und Offiziere im In- und Auslande seien so drohender Art, daß keine Ruhe in die Gemüter käme, wozu die Presse das ihrige täte.

Fürst Dolgoruki: es sei gegründet, daß die von mir erwähnten Bauten stattfänden; diese seien defensiver Natur und bei dem so bestimmt ausgesprochenen Willen des Kaisers, im Frieden mit uns zu leben, beweise dies hinreichend (sic!).

Ich: Glaubt man denn im Ernst bei Ihnen, daß wir Rußland angreifen werden und deshalb alle diese Defensivmaßregeln ergriffen würden? Ich muß Sie fragen, welchen Grund wir haben könnten, einen Krieg mit Ihnen zu suchen? Que'est-ce nous chercherions chez vous? pardonnez-moi l'expression! Polen? Ich glaube, Sie würden es ebenso gern aufgeben als wir es unangenehm acquirierten, wir kennen es aus Erfahrung. Die deutschen Provinzen? Es sind die treuesten Untertanen Rußlands durch Religiosität, Bildung und Überzeugung deshalb! Ich habe es den Kaisern Nikolaus und Alexander II. oft gesagt, wenn sie von Russi-

fizierung dieser Länder sprachen wegen ihrer Prätentionen; denn dies wären ihnen garantierte Privilegien, und wenn ihnen diese angegriffen würden, so wäre es nicht zu verwundern, wenn sie nach Deutschland sähen (Randbemerkung Bismarcks: „hilft ihnen auch nichts, wir können nichts für sie tun und sie nicht brauchen") ; dies zu vermeiden wäre ebenso im Interesse Rußlands wie Deutschlands. Daher ist nirgends ein Grund zu finden, um unsererseits in Rußland Eroberungen zu machen.

Fürst Dolgoruki: Ich verstehe vollkommen, was Eure Majestät sagen, und da der Kaiser und Giers vollständig einverstanden sind, so könnte ich überzeugt sein, daß der Frieden erhalten wird.

Ich: Diese Zuversicht in die Beruhigung Europas kann ich nur teilen, solange Giers im Amte ist, dem ich völlig vertraue, und vor allem, daß der Anfang gemacht würde, die Truppenmassen an der Grenze nach und nach zu vermindern, das ist die Hauptsache. Denn diese drohende Zusammenziehung solcher Truppenmassen, deren Zweck unbekannt bleibt, ist wie ein Pulverfaß, in welches ein unvorhergesehener Funke fällt und zur Explodierung bringt!"

Mit welch innerer Anteilnahme Kaiser Wilhelm die Spannung mit Rußland verfolgte, mit welchem Aufatmen er die Friedensbotschaft des Zaren begrüßte, wie entschlossen er aber auch die Gelegenheit wahrnahm, die ihn bedrückenden Sorgen ganz im Sinne der Bismarckschen Politik zur Kenntnis Kaiser Alexanders zu bringen und ihm nahezulegen, durch Eingehen auf sie einen der Hauptgründe der Entfremdung zu beseitigen, das alles spricht aus dieser Niederschrift des 86jährigen.

Wenige Tage darauf hat noch in Berlin zwischen Dolgoruki und Waldersee ein Gespräch über das gleiche verbitternde Problem stattgefunden[161]), wobei dieser darauf hinwies, daß schon wieder neue Divisionen an die ostpreußische Grenze verlegt worden seien, und mit der Ansicht nicht zurückhielt, eine Nebenregierung in Rußland bereite hinter der Deckung der vom Zaren und Giers betriebenen Friedenspolitik den Krieg mit Konsequenz vor. Als Gesamteindruck gab der Generalquartiermeister an, Dolgoruki sei „*ehrlich besorgt, daß wir zum Kriege trieben*". „*Wir nicht; ob Rußland, muß der Erfolg lehren*", bemerkte Bismarck.

Solche Zweifel, ob der Zar seinen so eindringlich bekannten Friedenswillen werde durchsetzen können, ob dieser Friedenswille sich nicht ausschließlich auf Deutschland und nicht auch auf Österreich erstrecke, von dem ominöserweise Dolgoruki kein Wort gesagt hatte, ja sogar ob die Beteuerung aufrichtig sei, stellten sich erhöht ein im Zusammenhang mit dem die Welt überraschenden Besuch Gladstones in Kopenhagen vom 16. bis 18. September bei Gelegenheit einer Erholungsreise zur See. In dessen Verlauf war der britische Ministerpräsident nicht nur Gast des dänischen Königs in Anwesenheit des Zaren, sondern er konnte am folgenden Tage das rus-

sische, dänische und griechische Herrscherpaar an Bord seines Schiffes begrüßen. Als gewaltige Sensation wurde das allenthalben empfunden. Die diplomatischen Berichte aus allen Hauptstädten stimmten darin überein, daß man nun tatsächlich dem Beginn russisch-englischer Annäherung gegenüberzustehen glaubte, von der bei Gladstones Amtsantritt so viel die Rede gewesen war.

Besonderes Mißbehagen löste das Ereignis begreiflicherweise beim Sultan aus. Mancini fürchtete, „*man habe möglicherweise neben die Friedensliga zwischen Deutschland, Österreich und Italien noch eine zweite stellen wollen*“[162]). Aus Wien berichtete Sir Henry Elliot der Königin Viktoria, alles Mißtrauen gegen England, das er seit drei Jahren zu beschwichtigen suche, sei neu belebt[163]). Kálnoky selbst hat allerdings sich sehr ruhig zu Reuß geäußert, größere politische Bedeutung sei dem Ereignis nicht beizumessen; der Minister benutzte den Anlaß, um dem türkischen Botschafter die Notwendigkeit klarzumachen, sich besser mit England zu stellen, da hiermit das wirksamste Mittel gegeben sei, die gefürchtete englisch-russische Allianz zu sprengen[164]).

Auch Bismarck hat zunächst angenommen, in Kopenhagen habe eine politische Aussprache stattgefunden, obwohl der dortige Gesandte sofort in Abrede stellte, daß Vereinbarungen erfolgt seien. Graf Herbert berichtet in seinen nicht veröffentlichten Erinnerungen (FA) seinen Ausspruch: „*Als einen so oberflächlichen Touristen kann ich den englischen Premierminister in meine politischen Besprechungen nicht einstellen. Er muß sich doch Rechenschaft davon ablegen, daß bei dem entscheidenden Einfluß, den er in seiner Stellung auf Englands Politik ausübt, und bei seinem bekannten Renomee als Russen- und Franzosenfreund die anderen Kabinette ihre Schlußfolgerungen aus dieser von ihm herbeigeführten Begegnung ziehen und sich demnach einrichten. In seiner Situation gibt es keine bloßen „Vergnügungsreisen“*. Und als Lord Granville dem Geschäftsträger Baron Plessen darlegte, er wundere sich nicht, daß dem Besuch im Ausland eine gewisse Bedeutung beigelegt werde, in der Tat sei jedoch nicht der mindeste Grund hierfür vorhanden, urteilte der Kanzler: „*dann ist es einfach eine Dummheit*“. Die gleichen beruhigenden Versicherungen wurden formell in allen Hauptstädten abgegeben, stießen jedoch fast überall auf Unglauben. Dennoch entsprachen sie offenbar der Wahrheit, jedenfalls hat Gladstone selbst seiner Königin, die über das Geschehene wenig erbaut war, bestimmt erklärt, „an absolute silence in regard to public affairs“ beobachtet zu haben[165]), und auch russischerseits wurden die umlaufenden Gerüchte energisch dementiert. Der König von Griechenland gab in Wien auf der Rückreise, nach Kálnokys Eindruck im Auftrag des Zaren, die „*bündigsten Versicherungen*“ ab[166]). Ebenso hat Giers nach der Rückkehr Alexanders dem inzwischen nach Petersburg versetzten Baron Plessen gesagt, daß in Kopenhagen von Politik keine Rede gewesen sei[167]).

Nach der ersten Überraschung ist Bismarck auch von selbst zu dieser Anschauung gekommen. Denn der Versuch der Annäherung an Rußland hätte in vollem Widerspruch zu der britischen Politik der letzten Zeit gestanden, die in Kenntnis der in Petersburg gegen Battenberg herrschenden Mißstimmung die Vorgänge in Bulgarien zum Anlaß genommen hatte, nicht nur den eigenen Unwillen laut und scharf zum Ausdruck zu bringen, sondern auch die anderen Mächte zu aktiver Stellungnahme gegen Rußland anzutreiben. Vor dem Salzburger Treffen hatte Elliot zu Kálnoky gesagt: „*vous savez que d'avance je donne ma bénédiction à toute conspiration que vous ferez avec le Prince de Bismarck*"[168]), und dann waren Schritte in Berlin, Wien und Konstantinopel erfolgt, ob nicht Vorstellungen gegen den Besuch des Berliner Vertrags angezeigt seien[169]). Bismarck und Kálnoky hatten das von sich gewiesen. Im Einklang mit dem seit Salzburg ständig wiederholten Rat ließ der Reichskanzler in Wien wissen, er halte es „*für richtig und nützlich, wenn Österreich sein Interesse nicht kundgebe, sondern sich ganz zurückhalte, und dem Sultan sowie England bei eventuellen Anzapfungen zu verstehen gäbe, sie möchten ihre eigenen Geschäfte besorgen. Wir dürften vor allem den Engländern bei ihrer schwankenden Haltung nicht den Eindruck machen, als ob wir ihnen nachliefen, sondern ihnen klarmachen, daß wir bei ihrer Unzuverlässigkeit und Zweideutigkeit Verständigung mit Frankreich und besonders mit Rußland suchen würden, was gar nicht so schwer wäre. Die Engländer müßten erst merken, daß sie bei der Politik des Kabinetts Gladstone vollständig isoliert werden könnten und würden; dann würden sie uns schon entgegenkommen*"[170]).

Wie in diesem Erlaß ist überhaupt der Ton gegen England wieder wesentlich schärfer geworden, offenbar unter dem Eindruck der erwähnten „Times"-Artikel trotz Granvilles mäßigendem Eingriff und weil festzustellen war, daß England in Frankreich den Glauben zu wecken sich mühte, Deutschland bereite ihm Schwierigkeiten in China. Insofern könnte man an sich annehmen, daß Gladstone bei solcher deutschen Haltung das Steuer seiner Außenpolitik herumgeworfen und nun trotz Bulgarien die Verständigung mit Rußland angestrebt habe. Aber als er in Kopenhagen eintraf, lag diese Stellungnahme der Mittelmächte noch nicht vor, sie konnte demnach sein Motiv nicht sein. Außerdem hat das Foreign Office kurz vorher dem deutschen Geschäftsträger mitgeteilt, es habe die Bulgaren von seiner Bereitwilligkeit benachrichtigt, anderen Mächten, wenn sie dem Fürsten Alexander gegen den russischen Druck zu Hilfe kämen, „moral support" zu leihen[171]), und daß Petersburg von Sofia aus alsbald hierüber unterrichtet würde, damit war doch mit Sicherheit zu rechnen. Weil es deshalb ein äußerst ungünstiger Moment für Gladstone gewesen wäre, den Faden mit Rußland anzuspinnen, hielt Bismarck die Ableugnungen jedes politischen Charakters des Besuches für glaubhaft und wurde darin noch fester, als die Linie der britischen Bulgarien-Politik genau so antirussisch blieb wie bisher. Der zu den Kaiser-

manövern in Homburg erscheinende Prinz von Wales hat dort im Auftrag seiner Mutter Hatzfeldt bedrängt, zugunsten Battenbergs einzugreifen, worauf er die Antwort erhielt, wenn England sich derart für den Fürsten interessiere, möge es doch selbst handeln[172]).

Nachdem Bismarck aber sich überzeugt hatte, daß von Kopenhagen aus kein Wandel der internationalen Gesamtlage erfolgen werde, nahm er den Umstand, daß Gladstone den für England ungünstigen Eindruck seines Besuchs auf die anderen Staaten nicht vorgesehen hatte, als neuen Beweis für dessen mangelnden außenpolitischen Sinn. Mehrfach hat er sich in den nächsten Wochen, wo das diplomatische Gespräch sich immer wieder dem sensationellen Geschehnis zuwendete, sehr scharf geäußert. Als Lord Granville Ende Oktober gegen Herbert Bismarck auf die Angelegenheit zurückkam und mit aller Bestimmtheit erklärte, Gladstone habe nach längerem Verweilen auf hoher See erst in Kopenhagen zu seiner eigenen peinlichen Überraschung die Anwesenheit des Zaren erfahren und keine politische Absicht gehabt, geschweige denn Abmachungen getroffen, und als der Graf erwiderte, sein Vater glaube hieran, schrieb der Kanzler an den Rand: „*weil ich weiß, wie unzurechnungsfähig Gladstone ist*". Ein derart scharfes Urteil blieb natürlich in den Akten, aber daß er die Ableugnungen für zutreffend hielt, hat er mehrfach betont. Den Marschall Mukhtar Pascha hat er „*zu überzeugen gesucht, daß Herr Gladstone keine ernsten Geschäfte, sondern höchstens eine Attitüde vor Europa, vielleicht namentlich vor dem Sultan beabsichtigt hat*". So unglaubwürdig erschien das dem Türken, daß er, wie Bismarck berichtet, „*an meiner Aufrichtigkeit zweifelhaft zu werden schien . . . Mukhtar Pascha hat natürlich keine Idee von dem Mangel an Nachdenken, mit welchem die auswärtige Politik Englands unter dem gegenwärtigen Ministerium betrieben wird, und wollte nicht recht glauben, daß der Leiter der Politik eines so großen Reiches nur nach Laune eine Demonstration macht, welche das Mißtrauen andrer Mächte in einem Maße erregt, dessen Abschwächung hinterher durch Erläuterungen und Beteuerungen immer schwierig ist*"[173]). Ebenso hat Herbert Bismarck, bei dem nach Lord Granville auch der Prinz von Wales sich für die Harmlosigkeit der Kopenhagener Eskapade verbürgte, geantwortet, sein Vater „*sei vielleicht der einzige Minister auf dem Kontinent, welcher der Darstellung wirklich Glauben schenke*". Seine frühere Methode, durch offenes Aussprechen seiner geringen Hochachtung vor Gladstones Außenpolitik gegen diesen Stimmung in England zu machen, hat Bismarck demnach wieder aufgenommen. Denn wenn ein britisches Kabinett bei den anderen Mächten auch nur den Anschein zu erwecken wußte, es könne sich mit Rußland verständigen, verschob sich die Gesamtlage vollkommen, auf ganz anderem Grunde hätte die Außenpolitik aufgebaut werden müssen.

Daß Derartiges zur Zeit nicht drohte, darüber glaubte sich der Kanzler sehr bald beruhigen zu dürfen. Immerhin baute er vor, damit nicht doch

durch den Eindruck auf andere Staaten sich unerwünschte Folgen einstellten. Insbesondere durfte nicht etwa Rußland Geschmack an der Richtung finden. Deshalb mußte alles vermieden werden, was den Anschein erweckte, als stelle Deutschland sich den Engländern zur Verfügung. Sonst hätten die Gegner von Giers die beste Waffe gefunden, die nur langsam abklingende Krisis wäre neu belebt worden. Aus diesem Grunde erhielt Radowitz, während er in letzter Zeit beauftragt gewesen war, das türkische Mißtrauen gegen England zu beschwichtigen, und noch am 23. September dem Großwezir Said Pascha den Rat erteilt hatte, „*nichts zu unterlassen, was einer direkten und freundschaftlichen Verständigung mit England förderlich sein könnte*", jetzt (28. September) die Anweisung: „*bei der Unberechenbarkeit Gladstonescher Politik, die sich bei jeder Gelegenheit gezeigt, könne es nicht unsre Aufgabe sein, unseren Kredit in Konstantinopel für deren Pläne einzusetzen*". Ebenso hat Graf Hatzfeldt die türkische Mission in Homburg zu direkter Verständigung mit Rußland ermahnt, gleichzeitig allerdings wie bisher vor provokatorischen Schritten gegen England gewarnt[174]). Die vermittelnde Tätigkeit in friedlichem Sinne wurde also von Deutschland fortgesetzt, nur jetzt dabei stärkeres Gewicht in die russische Schale geworfen. Dem entsprach es, daß Hatzfeldt auch König Milan größere Höflichkeit gegen Rußland ans Herz legte, da Deutschlands und Österreichs Interesse der Frieden sei[175]), was Graf Kálnoky „*nützlich*" fand und seinerseits wiederholte, als der König auf der Rückreise durch Wien kam[176]).

Nahm die deutsche Diplomatie derart das Kopenhagener Treffen zum Anlaß, um verstärkt für den Frieden zu wirken, so war jedoch die öffentliche Meinung überall in neue Unruhe geraten. Daß es nicht bei der Zarenreise zu einem Besuch in Deutschland gekommen war, wurde als übles Symptom gedeutet. Die Angst fand lauten Ausdruck, daß im Frühjahr der Krieg nicht mehr zu vermeiden sei, und hierbei stellten die Berichte aus allen Teilen Rußlands[177]) fest, daß dort der Angriff von seiten Deutschlands für sicher gehalten werde. Da Bismarck dies nur als Maske der eigenen russischen Kriegsvorbereitungen betrachtete, entschloß er sich, zumal die Demonstrationen gegen den aus Homburg zurückkehrenden König Alfons XII. von Spanien die Deutschfeindlichkeit der Pariser unterstrichen und nun wieder Hinweise der Presse auf eine französisch-russische Offensivallianz an der Tagesordnung waren, Giers noch einmal zur Rede zu stellen. Der Geschäftsträger Baron Plessen gab bei seinem Antrittsbesuch dem Minister die bestimmte Erklärung ab, Deutschland denke nicht an Angriff, aber „*die unbestreitbare Tatsache der drohenden Aufstellung russischer Truppen an unserer Grenze, für welche eine Veranlassung unsererseits nicht vorliege, rufe einen beunruhigenden Eindruck in Deutschland hervor und nötige zu Vorsichtsmaßnahmen*"[178]). Dem kam um so höheres Gewicht zu, weil Plessen unmittelbar vorher auf Grund seiner nahen Freundschaft mit Herbert Bismarck in

Friedrichsruh gewesen war. Es geschah also auf direkten mündlichen Auftrag des Kanzlers, wenn er die Problematik des russisch-deutschen Verhältnisses in den Jahren seit dem Kongreß zur Diskussion stellte, an den Zarenbrief vom 15. August 1879 unter Vorlage des Wortlauts erinnerte, d. h. die Analogie der jetzigen Lage zur damaligen betonte.

Während aber der Minister auf ähnliche Hinweise Schweinitz' im September sich stark beeindruckt gezeigt hatte, verhielt er sich diesmal lange nicht so entgegenkommend. Die Heeresleitung, erwiderte er, stelle alles Geschehene als unerläßliche Antwort auf deutsche Bewegungen hin. Trotzdem liege kein Gegensatz zwischen Rußland und Deutschland vor, der Zar *„perhorresziere den Gedanken eines Kriegs mit Deutschland und werde sich nie dazu entschließen, solange er nicht dem Zwange einer unüberwindlichen Macht weichen müsse"*; Kaiser Alexander verabscheue den Gedanken eines Bündnisses mit Frankreich. Anders allerdings ständen die Dinge mit Österreich. Giers gab jedoch zu, daß sogar gegen Deutschland starke kriegslustige Elemente vorhanden seien, sich zusammensetzend aus Polen, Liberalen und Juden. *„Generäle"* fügte Bismarck hinzu und schrieb zu der mit seiner eigenen oft vertretenen Auffassung übereinstimmenden Bemerkung von Giers, daß die Kriegshetzer identisch seien mit der Umsturzpartei: *„wenn man das weiß, warum stopft nicht der Kaiser seinen Generälen das lose Maul?"* Giers schloß, die Hetze falle auf fruchtbaren Boden, weil die Zahl derer, die an den deutschen Angriffswillen glaubten, so groß sei. Er selbst bekannte sich auch fernerhin zum Kampf gegen solche Entstellungen: *„il faut travailler pour effacer cette idée"*. An seinen Zielen hatte sich nichts geändert, aber wie er die Lage schilderte, war alles eher als beruhigend, obwohl der formelle Verlauf des Gesprächs *„äußerst freundlich und zuvorkommend"* war.

Unter solchen Umständen hat Bismarck zu Marschall Mukhtar Pascha bei dessen schon erwähntem Besuch in etwas anderem Sinne gesprochen, als Hatzfeld das in Homburg getan hatte[179]). Die Tatsache, daß er ihn nach Friedrichsruh lud, unterstrich von vornherein den Willen, dem Vertreter des Sultans ungewöhnliche Freundlichkeit zu erweisen. Daran allerdings ließ er genau so wenig Zweifel wie früher, daß Deutschland um der Türkei willen nicht das Risiko eines Konflikts auf sich nehmen werde, aber bis zu dieser unüberschreitbaren Grenze suchte er den Marschall von der Aufrichtigkeit seines Wohlwollens zu überzeugen: „Deutschland als die einzige Macht, welche so gut wie gar keine orientalischen Interessen hat, liefe, wenn es für die Wünsche des Sultans bei anderen eintrete, immer Gefahr, die Rolle des europäischen Gendarmen oder Schulmeisters zu spielen und das Selbstgefühl der anderen Mächte zu verletzen. Diese Gefahr, für anmaßend zu gelten, falle fort bei jeder anderen Macht, die, wenn sie bei anderen Mächten reklamiert, ihre eigenen Interessen zugleich mit denen des Sultans vertritt."

Er besprach im einzelnen die türkischen Sorgen und kam immer wieder zu dem Rat, sich an die direkt beteiligten Großmächte zu wenden. Während aber Hatzfeldt ausdrücklich die Verständigung sowohl mit England wie mit Rußland gewünscht hatte, hat Bismarck offenbar Rußland nicht besonders erwähnt, wohl aber freundliche Behandlung des britischen Botschafters empfohlen. Viel Positives war es demnach nicht, was die türkische Mission nach Hause mitnahm, aber Bismarcks Schweigen wegen Rußland war doch ein Fingerzeig für Abdul Hamid, welche Richtung die Politik der Mittelmächte im Augenblick einschlug. Die Pforte in den Dreikaiservertrag hineinzuziehen, konnte nicht das Ziel sein in einer Zeit, wo dessen Bestand gefährdet war. Suchte Deutschland sich ihre Freundschaft zu erhalten, so geschah das jetzt, um sich zu vergewissern, daß sie sich im Falle des russischen Angriffs nicht gegen die Mittelmächte wende.

Der Überzeugung, daß dieser Angriff bald bevorstehe, begegnete der Anfang Oktober in Wien weilende Prinz Wilhelm. Er berichtete seinem Großvater, in Hofkreisen sei die Ansicht verbreitet, „*daß in Kopenhagen mehr beraten worden ist als gut ist und daß man noch Manches davon hören werde*"; insonderheit behaupte Kronprinz Rudolph ganz bestimmt, „*daß Rußland — etwa im nächsten Frühjahr — in einem der Balkanstaaten Unruhen anstiften und einrücken werde, auch gegen Serbien agiere, sie dort gegen Rußland auftreten und dann der große Krieg mit Rußland ausbrechen werde.*" Hierüber war Kaiser Wilhelm, weil es seine eigenen Befürchtungen bestätigte, so erschreckt, daß er Bismarck einen Auszug des Briefes mit langem eigenhändigen Kommentar übersandte (Baden-Baden, 19. Oktober, FA):

„*Ich verstehe die Andeutung, daß schon im nächsten Frühjahr wegen der Balkanstaaten ein Krieg zwischen Rußland und Österreich ausbrechen werde, veranlaßt durch russische Intrigen daselbst, leider ganz gut, wenn auch der Zeitpunkt mir doch noch zu nahe gerückt scheint. Die russische Politik wird es nie vertragen, daß ihm die Bosporus-Dardanellen-Beherrschung, wohin seit bald einem Jahrhundert ihr Augenmerk gerichtet ist, durch den Berliner Frieden, wohl für immer (Randbemerkung Bismarcks:?), vereitelt worden ist ... Der Berliner Frieden, der wie gesagt durch Kreierung dreier selbständiger Staaten und auch die Eintreibung seitens Österreichs eines Keils als eine vierte Sperrung des russischen Wegs nach den Meerengen bei Konstantinopel schuf, ist der Grund geworden, fortgesetzt russischerseits zu versuchen, diese Sperrungen durch Intrigen für die Dauer zu zerstören. Dies siehet Österreich durchaus vorher ... Die Mitteilungen des Kaisers Alexanders III. durch Fürst Dolgoruki an mich sagen kein Wort von des Kaisers so freundlichen und friedlichen Versicherungen für mich, daß er dies auch gegen Österreich hege. Daß man in Rußland Kenntnis von unseren geheimen Artikeln des Vertrags vom Jahre 1879 hat, bin ich nach menschlichen Berechnungen, daß in unserer Zeit nichts geheim bleibt, überzeugt. Es muß also vorhersehen, daß ein Krieg mit Österreich bevorstehen kann und*

daß Deutschland der Alliierte Österreichs sein muß, und somit erklärt sich die Massenzusammenziehung der russischen Streitkräfte an unseren Grenzen, unter dem stets ausgesprochenen Grunde einer Defensivmaßregel, da aus jener Allianz eine Offensive unsererseits beabsichtigt werden müsse gegen Rußland, woran ohne eine solche Voraussetzung ja nicht gedacht werden kann von unserer Seite, wohl aber als Alliierte des bedrohten Österreichs. Da diese Allianz nur in dem Falle stipuliert ist, daß Österreich nicht den Krieg seinerseits provoziert hat, so wird dasselbe gewiß alle Vorsicht anwenden, eine Provokation gegen Rußland zu vermeiden. Bricht aber dieser gedachte Krieg aus, dann ist Frankreich gewiß der Alliierte Rußlands, wobei dann die Allianz unsrerseits mit Italien sehr bedeutend sein wird und in den Vordergrund tritt. Ebenso wichtig wird bei einer solchen kriegerischen Kombination das Verhalten Spaniens. Der junge König und sein auswärtiger Minister [Marquis Vega de Armijo] *berührten gegen mich diese corde sensible, und ich sagte beiden, daß ich wünschen müßte, daß Spanien dann eine Politik befolgen möge, die durch eine neutralité bienveillante für uns französische Truppenmassen gegen die Pyrenäen aufzustellen nötigen würde. Der Minister (der leider nun abgegangen ist) nahm diese Äußerung beistimmend auf, der König ging aber einen Schritt weiter und sagte: ‚non, je serai dans un cas pareil votre allié'—, was ich mit einer halb drohenden Bewegung dahin modifizierte, daß ein so entscheidender Ausspruch eines Monarchen im Voraus leider bedenklich sei, um sich die Hände zu binden — was ich bei seiner Lebendigkeit und enthusiastischem Eindruck meiner Truppen auf ihn für nützlich hielt... Ich bin nach den Andeutungen meines Enkels zu einem politischen Räsonnement verleitet worden, ohne es zu ahnen, aber eines entwickelte sich sachgemäß aus dem andern, daß ich Ihre Zeit zu sehr in Anspruch genommen habe.*"

Man weiß, wie unerträglich dem alten Kaiser der Gedanke des Bruchs mit Rußland war. Wie schwer muß ihm dieser Brief gefallen sein, in dem er sich eingehend mit solcher Möglichkeit beschäftigte! In seiner Antwort, Friedrichsruh, 22. Oktober[180]), sprach Bismarck ebenfalls die Überzeugung aus, „*daß Rußland, wenn überhaupt, doch nicht schon im nächsten Frühjahre die Störung des Friedens im Orient versuchen werde*". Abermals bekannte er sich dazu, daß der Gefahr des Krieges mit Rußland vorzubeugen das oberste Ziel deutscher Politik sein müsse. Wie er den Ernst und die Schwierigkeiten der internationalen Lage deutlich zum Ausdruck brachte, so auch den unbeugsamen Willen, die Dinge trotz allem zum Guten zu wenden. Erfolg versprach er sich aber hierbei nur von energischer Haltung, der Hetze müsse entgegengetreten und den Friedensfreunden in allen Ländern die Größe der Gefahr gezeigt werden. Zu diesem Zweck befahl er (23. Oktober) dem Abdruck eines zum Zusammenschluß der durch die deutsche Hegemonie betroffenen Staaten aufrufenden Artikels der russischen Zeitung „Nowosti" „*die Frage hinzuzufügen, wer denn die zahlreichen Staaten wären, welche die angebliche Hegemonie Deutschlands als ein Unglück empfänden. Das Ganze wäre*

doch höchstens ein Plaidoyer für ein russisch-französisches Offensivbündnis, von dem schon Napoleon I. die Zukunft vorhergesagt habe mit seinem Ausspruch: Republik oder kosakisch, der eine würde den anderen fressen. Rußland und Frankreich wären die einzigen Staaten, in denen starke Elemente den Krieg wollten; zu diesen Elementen könne man aber nicht einmal die Regierungen rechnen. Es handle sich also schließlich nur um ein Bündnis der russischen und französischen Chauvinisten. Damit wäre aber nichts gesagt und am wenigsten etwas Neues."

Dem gleichen Wunsch, den Russen das Maß des Risikos vor Augen zu führen, entsprang es, wenn er die Österreicher jetzt zum Abschluß mit Rumänien ermunterte, während er noch vor kurzem abgebremst hatte. Das Bündnis sollte allerdings geheim gehalten werden, aber wie Kaiser Wilhelm war auch Bismarck überzeugt, die Tatsache werde alsbald in Petersburg bekannt werden und abschreckende Wirkung üben. Jedoch dann galt es erst recht, in Wortlaut und Form des Vertrags alles unnötig Reizende zu vermeiden[181]). In dieser Überlegung widersetzte er sich dem Abschluß zu dritt und bestand auf genereller Fassung der Beistandspflicht gegen jeden unprovozierten Angriff, nicht bloß gegen den russischen. Die Beschränkung auf diesen, der er beim Zweibund und seiner Verlängerung zugestimmt hatte, nannte er „*unnötige Bosheit*"[182]) und „*sachlich nicht erforderlich, denn einmal drohte Rumänien von keiner anderen Seite eine Gefahr, und dann ist ein Angriff auf Österreich von anderer als russischer Seite nur in dem Falle denkbar, daß Rußland zugleich mitangriffe. Österreich hat keinen Angriff zu besorgen, wenn es mit Rußland in Frieden bleibt*"[183]). Anstoß nahm er auch daran, daß Kálnokys Entwurf den Abschluß zwischen Österreich-Ungarn und Rumänien statt zwischen den Herrschern vorsah[184]).

Alle seine Bedenken wurden berücksichtigt, und so ist der Vertrag am 30. Oktober unterzeichnet worden. Es war ein Geheimvertrag, aus Rücksicht auf Rußland durfte er nicht dem rumänischen Parlament unterbreitet werden, und dies hat sich bekanntlich als seine formale Schwäche erwiesen. Hier fanden die Gegner der Mittelmächte 1914 die Handhabe, die Bündnispflicht zu bestreiten. Daß im Augenblick aber Rumänien sich dem Abwehrblock eingefügt hatte, war ein schwerwiegender Erfolg.

Kam es jedoch trotzdem zum Bruch mit Rußland, so würde der Friede auch im Westen nicht zu halten sein. Deshalb ergriff Bismarck mit schnellem Entschluß die sich bietende Möglichkeit, auch hier seine „Friedensliga" auszudehnen. Schon lange hatte Alfons XII. von Spanien seinen Wunsch nach Bündnis mit den Mittelmächten zu erkennen gegeben[185]). In geringem Vertrauen auf den Wert eines solchen Abkommens bei der inneren Auflösung des spanischen Staates sowie im Wunsche Frankreich nicht zu reizen, hatte Bismarck sich aber bisher taub gestellt, und auch Kaiser Wilhelms oben zitierter Brief zeigt, daß er zur Vorsicht gemahnt hat. Die Lage änderte sich

jedoch, als das Nationalgefühl der Spanier infolge des ihrem Herrscher in Paris angetanen Schimpfes leidenschaftlich aufbrauste. In denselben Tagen, in denen die Verhandlungen mit Rumänien zu Ende gingen, wurde deshalb der Entschluß gefaßt, den Kronprinzen nach Madrid zu entsenden mit dem Ziel des Bündnisabschlusses. Welche Form es haben sollte, ob die eines Geheimvertrags wie mit Rumänien oder bloß des Austauschs mündlichen Beistandsversprechens im Fall eines französischen Angriffs, das überließ Bismarck vollständig dem Wunsche des Königs. Ihm kam es zunächst darauf an, diesen festzulegen, den monarchischen Gedanken in Spanien zu kräftigen und damit die Voraussetzung für allmähliche Erholung des Staates zu schaffen, die schließlich die spanische Macht mehr ins Gewicht fallen lassen würde.

König Alfons hat sich, als Friedrich Wilhelm im November und Dezember nach Spanien kam, zugunsten des bloß mündlichen Austauschs ohne Zuziehung seiner Minister entschlossen. Wenn es also während seiner Regierungszeit zu einem Angriff Frankreichs auf Deutschland gekommen wäre, so wäre er verpflichtet gewesen, sein Heer an die Pyrenäengrenze zu werfen und Frankreich zur Abzweigung eines Teiles seiner Armee zu nötigen. Obwohl in noch loserer Form als Rumänien, war auch Spanien dem Abwehrblock der Mittelmächte für den äußersten Fall eingegliedert.

Parallel zu diesem Ausbau des Bündnissystems lief die Stärkung der eigenen deutschen Rüstung. Dem so oft aus politischer Rücksicht abgewiesenen Antrag der Heeresleitung auf Ausbau des Ostbahnnetzes hat Bismarck sich jetzt nicht länger versagt. Es ist ein sicheres Symptom, wie ernst er die Lage, nicht im Augenblick, jedoch für die Zukunft beurteilte, wenn er dem Kriegsminister von Bronsart in Aussicht stellte, dessen am 8. November ihm erneut unterbreitetes Verlangen nach einem Kredit von 17,5 Millionen für diesen Zweck zu unterstützen.

9. Wiederannäherung an Rußland und Frankreich

Nachdem auf diese Weise die Schutzwehr für den äußersten Fall diplomatisch und militärisch verstärkt war, durfte wieder mehr Nachdruck auf die andere Seite der Politik gelegt werden, dessen Eintritt abzuwenden. Durch offensichtliches Einlenken der Russen verbesserten sich hierfür die Chancen. Obwohl Giers' Antwort an Plessen am 6. Oktober ungünstiger gelautet hatte als früher, erwies sich, daß er stark beeindruckt worden war. Denn er hat, ganz wie er Schweinitz im September versprochen hatte, dem Zaren eingehenden Vortrag erstattet sowohl über die friedlichen Versicherungen Deutschlands als auch über dessen Besorgnisse, und dabei, wie Dolgoruki in Kopenhagen, den kategorischen Bescheid erhalten, ihm liege nichts ferner als Deutschland zu bedrohen. „*Je suis sûr de l'Empereur*", war Giers' freudige Feststellung[186]). Später hat Oberst von Lignitz berichtet, unter dem Eindruck des Vortrages habe Kaiser Alexander die Absicht Obrutschews vereitelt, noch eine weitere Division an die Westgrenze zu verlegen[187]).

Die günstige Tendenz fand auch öffentlich Ausdruck in einem Artikel Katkows, der im Gegensatz zu dem erwähnten Aufsatz der „Nowosti" vor den Folgen des Zerfalls Europas in zwei Koalitionen warnte, sich also zu einem der Leitmotive Bismarcks bekannte; praktisch bedeutete das für Rußland den Verzicht auf das Bündnis mit Frankreich, dessen innere Zustände Katkow wieder überaus schwarz malte. Der Ton der übrigen Presse stand allerdings dieser Äußerung des einflußreichen Journalisten entgegen. Er bot Bismarck Anlaß zu der Bemerkung: „*Jedes Land, auch das freiste, trägt dem Ausland gegenüber die Konsequenzen seiner Presse, die Presse rentiert nicht, wenn keine Spannung, Unruhe, Kriegsfurcht, Sensation; sie hetzt also und malt alle Teufel an die Wand, um Leser zu finden*"[188]). Auch Giers gab zu, daß Katkow „*eine rühmliche Ausnahme*" *darstellte*[189]). Immerhin war dessen offenes Bekenntnis lebhaft zu begrüßen, und Bismarck benutzte es, um seinerseits einen neuen Streich gegen die Kriegstreiber zu führen. Er befahl im Anschluß an Katkows Artikel in der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung" zu schreiben: „*Ein Bündnis sei eine Assoziation zu bestimmten aktiven Zwecken, und wenn Europa sich in zwei Bündnislager teilte, so wäre das im Interesse des Friedens zu bedauern. Bündnisse aggressiven oder auch nur aktiven Charakters werden aber unsres Wissens bisher nirgends gesucht oder geschlossen. Wenn man von einer Teilung Europas in zwei Lager spricht, so kann dies nur in*

dem Sinne verstanden werden, daß die Mehrzahl der europäischen Staaten und vielleicht die Gesamtheit der europäischen Völker den Frieden wünscht, es daneben aber auch Staaten gibt, die geneigt wären Kriege zu führen, sobald Gelegenheit und Situation dazu günstig wären, und daß die Freunde des Friedens sich mehr und mehr zu einer gegenseitigen Assekuranz des von ihnen gewünschten Friedens zusammenschließen mit der Absicht, gegen jeden zusammenzuhalten, der den Frieden bricht, und für Erhaltung des Friedens solidarisch einzutreten . . . Der Satz, daß auch für den Sieger jeder Krieg immer eine große Kalamität sei, findet im heutigen Stande der Zivilisation vielleicht mehr Anerkennung als früher"[190]). Das war eine Warnung, daß Kriegshetze nur dazu führen werde, die Gegenkräfte mobil und einig zu machen.

Aber solche Abwehr mit Wort und Tat durfte nicht übertrieben werden, sollte nicht das Gegenteil der gewünschten Wirkung eintreten. Das Bestreben, das richtige Maß innezuhalten, ist uns schon bei Bismarcks Eingriff in die Verhandlung mit Rumänien begegnet und trat erneut hervor, als Graf Kálnoky mit Rücksicht auf die antirussische Stimmung in Ungarn am 28. Oktober in der Delegation von den beiden Richtungen der russischen Politik sprach, die Beziehungen zur russischen Regierung als „normal" bezeichnete und den russischen Friedenswillen auf das Bestehen des Zweibundes zurückführte. Der Unwille in Petersburg war groß, Kálnoky selbst sah ein, zu weit gegangen zu sein und hielt am nächsten Tag eine abschwächende Rede. Bismarck suchte die erste schärfere mit „*Mangel an Übung und sprachlicher Gewandtheit*" zu entschuldigen[191]). In der Tat hat der Minister sich auf dem glatten parlamentarischen Boden zu stärkeren Ausdrücken verleiten lassen, als sie seiner faktischen Politik entsprachen. Daß sich an ihr nichts geändert hatte, beweist ein Bericht des Wiener Geschäftsträgers Graf Berchem vom gleichen 28. Oktober, daß der Minister den Vertreter in Sofia zu größter Reserve angehalten habe; erhebe sich die Alternative des Rücktritts des Fürsten Alexander oder stärkeren russischen Einflusses in Bulgarien, würde sich Österreich für das letztere entscheiden.

Aber der üble Eindruck der Rede war nicht leicht zu beseitigen. Saburow folgerte aus der Wendung, Österreich werde bei einem Krieg nicht alleinstehen, daß der Zweibund nicht bloß defensiv sei[192]), Plessen berichtete (1. November), nun finde die Ansicht erst recht Glauben, daß die Mittelmächte einen Angriff planten, wozu Kaiser Wilhelm „*Unsinn!*" an den Rand schrieb, und ergänzte den amtlichen Bericht durch einen Privatbrief an Holstein, die Rede sei in Militärkreisen als Provokation und Insulte aufgefaßt worden; mehrfach hätten sich Generäle geäußert, das Richtige sei jetzt Separatverständigung mit Deutschland auf der Basis, daß dies Rußland freie Hand gegen Österreich gebe[193]). So deutete Plessen es auch, daß selbst Ignatiew ihm versicherte, er sei immer für Zusammengehen mit Deutschland gewesen. Die Rede Kálnokys hat übrigens auch in Italien wenig glücklich

gewirkt. Der bayrische Gesandte beim Vatikan Tautphöus berichtete, daß in Rom große Verstimmung herrsche über die geringschätzige Art, in welcher der Minister vom Dreibund gesprochen habe, während er den Zweibund stark in den Vordergrund gerückt habe[194]). Die Wirkung war also erheblich anders, als der Redner gewollt hatte.

Der Zwischenfall war Bismarck besonders unerwünscht, weil gerade zu derselben Zeit Giers sich entschlossen hatte, seinem Kampf gegen die allgemeine Unruhe demonstrativen Ausdruck zu geben durch neuen Besuch in Deutschland. Am 31. Oktober teilte er Plessen diese Absicht mit, hinzufügend, daß sie dem Wunsch des Zaren entspreche. In direktem Telegramm an den Geschäftsträger sprach Bismarck seine Freude aus, offenbar damit Giers nicht unter dem Eindruck der Rede sich wieder anders besinne, und um dem kommenden Gespräch fruchtbare Unterlage zu schaffen, bewies er seinerseits Entgegenkommen. In Wien gab er seine geringe Zufriedenheit über die Rede zu erkennen, Hatzfeldt schrieb (11. Nobember) an Reuß, der Reichskanzler finde es nicht verwunderlich, daß Petersburg sie übelgenommen habe. Wichtiger aber war, daß er, ebenso wie er die Abwehr mit Wort und Tat geführt hatte, jetzt auch durch die Art seines Verhaltens gegen andere Staaten den Russen sein Wohlwollen bezeigte.

Als sich eine Gelegenheit bot, noch einmal klarzustellen, daß der deutschen Freundschaft zur Türkei kein aggressiver Sinn gegen andere unterliege, ergriff er sie sofort. Von dem dort als Instrukteur tätigen General Kaehler hörte Radowitz, daß ihm, wie früher dem Prinzen Wilhelm, in Wien die Überzeugung von der Wahrscheinlichkeit des Krieges mit Rußland und infolgedessen der Wunsch entgegengebracht worden sei, der Sultan möge sein Heer schlagfertig halten und gegebenenfalls durch Besetzung Ostrumeliens und Bulgariens dem russischen Einmarsch zuvorzukommen[195]). Alsbald widersprach Bismarck gemäß seiner oft geäußerten Ansicht, durch den Einmarsch werde Rußland erst für Österreich angreifbar; er lobte es, daß der General sofort abgelehnt hatte, auf Abdul Hamid in diesem Sinn einzuwirken: „*Gottlob, point de zèle. Ganz nützlich, soweit via Kaehler darauf gedrückt werden kann, daß die Pforte sich stärkt und zusammennimmt. Festlegung von Operationsplan in Wien aber ist schädlich, verfrühte Zukunftsmusik.*"

Seine Zurückhaltung erstreckte sich aber nicht bloß darauf, solche gegen Rußland gerichtete strategische Vereinbarung zu verhüten, Kaehler wurde ersucht, von jeder Einwirkung auf den Sultan hinsichtlich der Armeereform abzusehen: „*Dieselbe könnte sowohl auf türkischer, als wenn sie bekannt würde, auch auf anderen Seiten zu Mißdeutungen und falschen Folgerungen führen*"[196]). Außerdem wurde die österreichische Regierung gewarnt, „*daß sie nicht den Bestand der Türkei als ein eigenes Interesse Österreichs oder gar Deutschlands der Pforte gegenüber hinstelle. Andernfalls würde die Pforte sich darauf verlassen, daß wir ihr helfen müssen, weil das in unserem Interesse liegt, und kaum*

geneigt sein, sich finanziell und militärisch zu stärken. Österreich und Deutschland müßten ruhig abwarten, was geschehen wird, und der Pforte die Vorstellung beibringen, daß wir kein größeres Interesse am Bestande der Türkei haben, als irgend jemand anders und daß es sich um das türkische Interesse allein handle, wenn die Russen einen Angriff auf Konstantinopel unternehmen. Dann würden die Türken sich selbst anstrengen, um nicht wehrlos dem russischen Angriff entgegenzustehen. Die Verabredung so weitaussehender Zukunftspläne hätte einmal den Nachteil, der Pforte dadurch, daß man den Krieg als so nah bevorstehend schildere, die Vorstellung zu erwecken, daß es unser Interesse wäre für sie einzutreten, und dann wäre sie auch deshalb mißlich, weil zu leicht Indiskretionen begangen werden könnten, die in Rußland den schon vorhandenen Zunder vermehren müßten. Prinz Reuß möge wiederholt darauf aufmerksam machen, wie notwendig es sei, daß Österreich alles vermeide, was provozierend wirken könne, und wie dringend wünschenswert es wäre, daß Österreich ruhig bleibe; um Konstantinopel könnte es keinen aggressiven Krieg führen, es müsse abgewartet werden, daß Rußland sich an der Türkei vergreife. Ebenso wie man England auf unsrer Seite nur dann haben werde, wenn dasselbe bereits in einen Krieg verwickelt wäre, aber niemals, solange es im Frieden wäre, so würde auch die Türkei nur dann ein nützlicher Bundesgenosse sein, wenn er sich bereits im Gefecht befindet, wenn wir ihm Hilfe bringen; nur wenn er von Rußland bereits angegriffen ist, werden wir seine Kräfte haben. Nach Ansicht des Herrn Reichskanzlers würde außerdem die Stellung der Russen an der Donau gleichsam in der Auslage für die Russen die schwächste, für die Österreicher die stärkste und beste Position sein"[197]).

So deutlich hieraus der Wunsch hervorleuchtete, die Türkei möge sich für alle Fälle stark machen, wurde doch andrerseits der rein defensive Sinn der deutschen Balkanpolitik betont. Der Erfolg war, daß Kálnoky ausdrücklich wie schon in Salzburg zugab, der russische Einmarsch in Bulgarien bringe Österreich in günstige strategische Lage. Die teilweise Billigung des Bismarckschen Standpunkts wurde wiederholt. Nachdem diese Sicherheit abermals gewonnen war, erteilte Bismarck dem Fürsten Alexander den Rat, alles zu vermeiden, was sein Verhältnis zu Rußland verschlechtere: „*die Fühlung mit seinem eigenen Lande müßte der Fürst notwendig behalten, die Fühlung mit der Pforte wäre nur ein pis aller, wenn es mit Rußland nicht ginge*"[198]). Die Frage, die Battenberg dem deutschen Vertreter vorlegte, ob Deutschland denn tatsächlich den russischen Anspruch auf Oberbefehl über die bulgarische Armee als berechtigt anerkenne, wurde nicht beantwortet; nur für den Innendienst war es bestimmt, wenn der Kanzler an den Rand schrieb: „*nein, aber wir haben nicht den Beruf, der Katz die Schelle anzuhängen*"[199]). Seine ganze Haltung war darauf abgelegt, den Russen keinen Stoff zu bieten für den Vorwurf, aktiv an einer Schwächung ihres Einflusses auf Bulgarien mitzuarbeiten. Wurde in ihnen der Glaube erweckt, daß die Mittelmächte sie ganz vom Balkan auszuschließen suchten, dann konnte ein Strich

unter den Dreikaiservertrag gemacht werden. Dann war der unheilbare Bruch da. Ihn zu verhindern blieb Bismarcks Ziel, und deshalb hat er sich nach wie vor um einen Ausgleich bemüht, der dem Rechnung trug, was jeder seiner beiden Partner für sich als lebensnotwendig betrachtete. So stark die von Rußland drohende Gefahr ihm vor der Seele stand, hat er, solange noch Aussicht war ihr zu entgehen, sich nicht zu einer ihm unerträglichen Politik hergegeben, und damals hat er hierfür noch Verständnis bei Kálnoky gefunden.

In den Rahmen dieser Politik ist auch die Antwort einzustellen, die Graf Herbert dem Prinzen von Wales erteilte, als dieser sich erneut für eine deutsche Aktion zugunsten Battenbergs verwandte[200]). „*Sie wissen*", so begann der Thronfolger das Gespräch, „*daß ich mit politischen Geschäften und der Regierung dieses Landes gar nichts zu tun habe. Ich bitte Sie deshalb meine jetzigen Äußerungen auch vor unserem Gouvernement zu verschweigen. Könnte ich Ihren Vater persönlich sehen, so würde ich ihm das Folgende selbst sagen. Da dies nicht möglich ist, so spreche ich zu Ihnen, als ob ich jetzt in seinem Arbeitszimmer säße*". Angesichts der schwierigen Lage des Fürsten Alexander, die sich dadurch noch verschlimmert habe, daß Deutschland in letzter Zeit sich zu ihm etwas kühl zu verhalten scheine, wünsche Königin Viktoria dringend, daß das Reich sich entweder in Petersburg für ihn einsetze oder ihm mit gutem Rat beistehe. Graf Herbert widersprach, die deutsche Haltung habe sich nicht geändert, wir hätten uns immer gehütet, uns in die inneren Angelegenheiten der Balkanstaaten einzumischen; England dagegen sei nahe genug interessiert, um das tun zu können. „*Dies ist gewiß richtig*", erwiderte der Prinz, „*aber was ist mit unsrer Regierung anzufangen! Die Königin hat sich alle Mühe gegeben, ihre Minister zu einer Demarche in Petersburg zu bestimmen, jedoch vergebens. Sie ist darüber sehr verstimmt, befindet sich aber in der Unmöglichkeit, von Lord Granville etwas zu erreichen, und hält es doch für geboten, daß etwas für den Fürsten von Bulgarien geschehe.*" „*Und das soll ich besorgen!*", bemerkte der Reichskanzler.

Als Graf Herbert sich schweigend verhielt, berührte der Prinz den kitzlichsten Punkt des deutsch-russischen Verhältnisses, die Truppenaufstellungen: „*Er hätte sich hierüber auch mit Sr. M. dem Kaiser unterhalten und teile vollkommen Allerhöchstdessen Überzeugung, daß der Kaiser Alexander von den friedlichsten Gesinnungen beseelt sei. Das Unglück wäre nur, daß Letzterer gar keine Neigung hätte, sich mit militärischen Sachen zu befassen, und in die Regierung seines Landes überhaupt zu wenig eingriffe. Während der vielen Wochen des Kopenhagener Aufenthalts habe der Kaiser Alexander keinen einzigen Minister oder Beamten gesehen, und das sei für einen absoluten Monarchen doch eigentlich unmöglich, wenn er nicht den Überblick verlieren und die Regierungsgewalt in die Hände Unberufener geraten lassen wollte. Es könne dann immer einmal ein Moment kommen, wo der Souverän trotz der monarchischen*

Allgewalt wider seinen Willen in kriegerische Verwicklungen gebracht würde: dem Kaiser Alexander II. sei es z. B. mit dem letzten Türkenkrieg so gegangen." Herbert Bismarck beschränkte sich darauf, „*zu bestätigen, daß wir nicht nur zum Kaiser Alexander, sondern auch zu Herrn von Giers volles Vertrauen hätten und daß unsre Beziehungen zu Rußland die denkbar besten wären*".

Zum Schluß wandte sich der Prinz der Frage der Restauration in Frankreich zu. Der Graf von Paris und der Herzog von Chartres hätten den Wunsch, Bismarcks Stellungnahme kennenzulernen. Er wisse, daß der Reichskanzler den Fortbestand der Republik für vorteilhafter ansehe, weil sie keinen Bundesgenossen für einen Angriffskrieg finden würde, aber auch sie habe ihre Gefahren. Ebenso wie Bismarck selbst dies mit dem Marginal quittierte: „*nicht für uns, aber für England, wenn Gladstone Minister bleibt*", antwortete sein Sohn mit der Gegenfrage, ob der Prinz nicht glaube, daß die französischen Zustände sehr nützlich als abschreckendes Beispiel und zur Stärkung des monarchischen Prinzips wirkten, was der Thronfolger lächelnd erklärte nicht verneinen zu können. Im übrigen versicherte der Graf an der Friedensliebe der Orléans nicht zu zweifeln, wies aber sehr geschickt darauf hin, der Prinz selbst habe eben gesagt, sogar ein absoluter Herrscher könne wider seinen Willen in einen Krieg verwickelt werden, und Deutschland dürfe sich nicht der Gefahr aussetzen, daß gleichzeitig in Rußland und Frankreich kriegerische Tendenzen durchbrächen. Mit der Bemerkung: „*das ist wohl leider nicht zu bestreiten, und allerdings spricht von Ihrem Standpunkte zugunsten der Konservierung der jetzigen Regierungsform in Frankreich, daß sich der Kaiser von Rußland mit der Republik schwerlich jemals alliieren wird*", ließ Eduard den Punkt fallen.

Diesen Bericht des Grafen Herbert legte Bismarck dem Kaiser vor. „*Ich habe*", schrieb er dazu (Friedrichsruh, 6. November), „*dem, was mein Sohn dem Prinzen von Wales erwidert hat, nur hinzuzufügen, daß, wie ich glaube, die Mitteilungen des Prinzen wohl eher durch persönliche als durch politische Erwägungen veranlaßt worden sind, und daß, wenn politische Rücksichten mitgesprochen haben, das englische Interesse dabei in höherem Maße bestimmend gewesen ist als dasjenige Deutschlands. Was die Herstellung der Julimonarchie anlangt, so würde meines alleruntertänigsten Dafürhaltens ein Prinz von Orléans als König nicht stark genug sein, um der französischen Politik seinen Willen aufzuzwingen und um einer etwa vor der Restauration gegebenen Zusage, Frieden und Freundschaft mit Deutschland halten zu wollen, einen maßgebenden Wert beilegen zu können. Namentlich der Graf von Paris würde gerade durch seinen Ruf der Friedensliebe gezwungen sein, den Makel wegzuwischen, welcher ihm in den Augen der Mehrzahl der Franzosen die Tradition Louis Philippes und seine deutsche Verwandtschaft geben, und um sich auf dem Thron zu halten, sich den Wogen des Chauvinismus zu überlassen statt ihn zu regieren.*" Kaiser Wilhelm stimmte zu: „*Sehr dankbar bin ich Ihnen*",

erwiderte er (Berlin, 7. November), „*für die hierbei zurückerfolgenden Depeschen Ihres Sohnes und Ihre Bemerkungen zu denselben, die ich vollkommen mit meinen Auffassungen teile (sic!) und namentlich die Antworten Ihres Sohnes sehr richtig finde. In der bulgarischen Sache sind wir allerdings sehr wenig direkt beteiligt, danach scheint mir, müssen wir vor allem uns bei den Balkanverhältnissen auf die Aufrechterhaltung der Schöpfungen des Berliner Friedens stellen und daher in dem vorliegenden Falle Bulgariens den Fürst zu erhalten suchen. Die letzten Vorgänge sind noch nicht erledigt, aber sie beweisen doch klar genug, daß das russische Verfahren seiner dortigen Generale und Bevollmächtigten gegen den Fürsten ein solches gewesen ist, wie es durchaus nicht zu rechtfertigen ist. Dies scheint der Kaiser Alexander selbst einzusehen, und man muß abwarten, ob er die Intrigen, die dort geschmiedet wurden, strafen und beseitigen wird. Würde es aber immer klarer, daß es wirklich auf den Sturz des Fürsten abgesehen ist, dann könnten wir doch als Vorsitzender des Friedenskongresses nicht schweigen?*

Zu der Gladstoneschen Episode habe ich nichts hinzuzufügen, denn auch mir erscheint dieselbe durchaus irrelevant zu sein, während man sonst diesem unberechenbaren Premier alles zutrauen darf, was man von einem solchen sonst nicht erwarten könnte!

Mit Ihrer Auffassung, was als Zutat zu den französischen Verhältnissen in Ihrem Brief an mich ausspricht (sic!), bin ich ganz einverstanden. Ich glaube aber, daß im Voraus dort gar nichts zu tun ist und wir uns nur freuen könnten, wenn ohne Einfluß von außen, dort aus einer neuen Katastrophe eine durable Monarchie entstände, denn darin hat der Prinz von Wales ganz Recht, daß durch die Dauer der Republik in einem so großen Staat die Gefahr der Nachbarstaaten gefährdet ist (sic!)."

Graf Herbert wurde daraufhin angewiesen, dem Prinzen zu versichern, daß deutscherseits die friedlichen Absichten der Orléans nicht bezweifelt würden, wohl aber ihre Kraft zu deren Verwirklichung, und dabei hinzuzufügen, daß diese Anschauungsart den Kanzler „*nie dazu bringen würde, dem Kaiser eine Einmischung in die inneren Verhältnisse Frankreichs anzuraten, und wegen der Herstellung der Monarchie würden wir mit Rußland keinen Krieg anfangen*"[201]).

Die Intervention des Prinzen von Wales zugunsten der Orléans gewann ein neues Gesicht, als bald darauf an den deutschen Kronprinzen bei seiner Spanienreise der in Sevilla residierende Herzog von Montpensier herantrat und ihm im Auftrag des Grafen von Paris als offiziellen Hauptes des Royalismus die Zusage gab, die wiederhergestellte Monarchie werde den Frieden um jeden Preis erhalten und sich unter keinen Umständen in den Revanchekrieg hineinziehen lassen[202]). Die beiden Schritte zusammen beleuchten, wie groß damals die Hoffnung war, infolge des Parteienstreits das Königtum wiederaufrichten zu können. Sie hat sich als trügerisch erwiesen, aber es bleibt von hohem historischen Interesse, daß, um Bismarcks Mißtrauen zu

beschwichtigen und die Restauration zu ermöglichen, der Führer der Royalisten auf die Revanche und damit auf den gewaltsamen Wiedergewinn Elsaß-Lothringens verzichten wollte. Irgendeine deutsche Antwort ist auf die Demarche des Herzogs nicht erfolgt.

Das Wichtigste aber an dem Gespräch des englischen Thronfolgers mit Herbert Bismarck ist sein Versuch gewesen, Deutschland zu einer Aktion für Battenberg, d. h. gegen Rußland zu bewegen, und der ist vollkommen gescheitert, obwohl Kaiser Wilhelms Schreiben eine unfreundlichere Note gegen Rußland enthält als das Bismarcks. Bei dem unmittelbaren Bevorstehen von Giers' Besuch war der Zeitpunkt ungünstig gewählt, zumal er sich eine günstige Plattform schaffte, indem er den Innenminister veranlaßte, der Presse Artikel über Krieg mit Deutschland und überhaupt über Kriegsgerüchte zu verbieten[203]).

Bei der Unverkennbarkeit des beiderseits vorhandenen Willens, das Mißtrauen zu zerstreuen, ist der Besuch in Berlin und Friedrichsruh am 13. und 14. November höchst befriedigend verlaufen. Er stand im Zeichen ungewöhnlicher Offenheit. Nachdem Giers sich mit Hatzfeldt wesentlich über Bulgarien, und zwar bei aller Schärfe des Urteils über Battenberg beruhigend über die russischen Absichten ausgesprochen hatte[204]), berührte er sofort zu Beginn des Gesprächs mit dem Reichskanzler die Rüstungen, leugnete kategorisch jede aggressive Tendenz und erklärte, sie sollten nur so lange erhalten bleiben, bis die Befestigungsbauten vollendet wären. Auf Bismarcks Gegenfrage, ob denn tatsächlich in Rußland an einen deutschen Angriff geglaubt werde, erfolgte die Erwiderung, daß ein solcher bei Lebzeiten Kaiser Wilhelms nicht befürchtet werde, wohl aber die Sorge bestünde, nach seinem Tode könnten sich englische Einflüsse geltens machen. Der Kanzler antwortete, in solchem Falle nicht im Amt bleiben zu werden, bestritt aber auch die Möglichkeit; Preußen und Deutschland seien zu große Mächte, um von andren Gesichtspunkten als den eigenen Staatsinteressen geleitet werden zu können, und die Ruchlosigkeit, zwei große Nationen in unnötige Kriege aus Gefälligkeit gegen eine dritte zu verwickeln, sei auf dem Throne Preußens unmöglich. Er wies auf die Nachteile selbst eines siegreichen Krieges für Deutschland hin und verschwieg dabei nicht, daß die Begünstigung des polnischen Nationalismus trotz der darin liegenden Gefahr eine der deutschen Waffen würde sein müssen. Um solchem Übel vorzubeugen, erklärte er sich sogar zu vollem Offensiv- und Defensivbündnis der drei Kaiser bereit, zu großer Überraschung seines Besuchers. Offenbar war sein Zweck, den eigenen guten Willen in hellstem Licht erscheinen zu lassen; sachlich ernst kann er es nicht gemeint haben, dagegen spricht sein gesamtes politisches Verhalten. Aber in der Gewißheit, daß die Russen so weit nicht mitgehen und infolgedessen auch er selbst nicht genötigt sein werde, den Österreichern gegenüber eine derartige Idee zu verfechten, war ihm der

Vorschlag ein Mittel zur Erreichung des eigentlichen Zieles, den Russen zur Verlängerung des Neutralitätsvertrags zu bewegen: mußte dieser den weitgehenden Plan ablehnen, so war es psychologisch naheliegend, daß er dann den bescheideneren erfüllte.

Die Notwendigkeit zu dritt zu bleiben betonte Bismarck nachdrücklichst, Deutschland könne unmöglich Österreich fallen lassen. Kurz ließ er die Demarkationsfrage aufklingen, wobei Giers auf deren Schwierigkeit hinwies, da Rußland Serbien und Montenegro nicht dem ausschließlichen Einfluß Österreichs überlassen könne. Vertieft wurde das Problem nicht, da sich hierdurch die Divergenz der Standpunkte herausstellte und beide der Ansicht waren, es nicht vorzeitig aufrollen zu wollen. Den Aufbau eines so starken Blocks, wie er durch die Freundschaft mit Italien und Spanien hergestellt war, begründete Bismarck damit, daß im Interesse des monarchischen Prinzips den dortigen Dynastien Rückhalt gewährt werden müsse.

Der Höhepunkt wurde erreicht, als Giers, der Hoffnung Bismarcks entsprechend, die Frage stellte, ob Deutschland zur Verlängerung des Dreikaiservertrags bereit sei, und warme Zustimmung fand. Von sachlichen Zusatzbestimmungen im Sinne Saburows war nicht die Rede. Da Giers den Wunsch äußerte, die Angelegenheit selbst in der Hand zu behalten, damit sie nicht von anderen „*mit weniger Liebe*" bearbeitet werde, wurde sie bis nach seiner Rückkehr aus der Schweiz zurückgestellt.

Dies alles war gerade wegen der die Atmosphäre klärenden Rückhaltlosigkeit erfreulich. Den Gesamteindruck nannte Bismarck Kaiser Wilhelm „einen günstigen und im Sinne der friedlichen Intentionen Rußlands sehr beruhigenden", an Reuß telegraphierte er, aus Giers' Haltung zweifellos schließen zu dürfen, daß Rußlands Absichten bis auf weiteres durchaus friedliebend wären. Eine Sicherheit endgültiger Besserung sah er allerdings auch jetzt nicht gegeben, und deshalb war es ihm nicht unlieb, daß Berliner Blätter warnten, als das Bankhaus Mendelssohn eine russische Anleihe auflegte[205]). Im Augenblick jedoch konnte er sich der einwandfrei verbesserten Lage freuen, und den gleichen günstigen Eindruck nahm auch Giers mit. Wenn auch, wie General von Werder meldete, die russische Gesellschaft weiter daran festhielt, daß der Krieg mit Deutschland bevorstünde, weil dieses ihn wolle, war die Haltung der amtlichen Stellen durchaus befriedigend. Der Presse wurden Hetzartikel gegen das Ausland verboten. Fürst Lobanow sagte in Wien, der Minister habe ihm von vollständiger Übereinstimmung mit Deutschland und von der Hoffnung auf eine gleiche mit Österreich geschrieben. Um nicht zurückzubleiben, ließ Kaiser Franz Joseph in Berlin sein Einverständnis mit der Vertragsverlängerung abermals mitteilen und dem Zaren seine Freude und den eigenen Wunsch nach Fortbestand des Vertrags ausdrücken[206]). Auch Saburow gab sich vor Hatzfeldt den Anschein, ebenso befriedigt zu sein wie Giers, wenn er auch eine breitere Basis und damit eine

dauerndere und intimere Verständigung gewünscht habe; das aber sei bloß ein Unterschied der Nuance, erklärlich aus seiner größeren Jugend und seinem Temperament[207]). Klang dies recht sauersüß, so schrieb Giers selbst um so herzlicher aus seinem Urlaub an Schweinitz[208]).

Mit diesen Zeugnissen der allerseits durch das Treffen ausgelösten Befriedigung stimmen die Taten überein. Unmittelbar danach erging aus Friedrichsruh ein Erlaß an das Auswärtige Amt (15. November), der die Notwendigkeit neu einschärfte, den Russen nicht in Bulgarien entgegenzutreten: „*wir könnten keine Position nehmen, welche wegen der übrigen Großmächte, namentlich Rußlands, Zweifel an unsrer Unparteilichkeit erwecken könnte; deshalb wäre für uns absolute Enthaltsamkeit geboten. Auch dem Fürsten Alexander würde es in seinem Verhältnis zu Rußland und zu den Bulgaren förderlich sein, wenn er nicht als deutscher Schutzbefohlener gelte; es wäre ja nicht ausgeschlossen, daß seine Beziehungen zu Rußland auch ohne seine Schuld sich verschlechterten, es wäre aber besser für ihn, zu Rußland in keinem schlechten Verhältnis zu stehen, und für uns sei eine Position nicht indiziert, welche seine Beziehungen sowohl wie unsre eignen zu Rußland verderben könnte. Für sein persönliches Wohl hätten sowohl der Kaiser wie wir alle als für das unseres deutschen Landsmannes das lebhafteste Interesse; aber von da bis zum politischen Eintreten wäre ein zu großer Sprung, als daß wir ihn machen könnten.*" Der diplomatischen Beschränkung folgte auch die militärische, ebenso wie die Schutzmaßnahmen auf beiden Gebieten getroffen worden waren: hatte der Reichskanzler vorher dem Ausbau der Ostbahnen zugestimmt, so hielt er dies jetzt wieder für inopportun: „*wir würden den Frieden unsicherer machen als er ist und seine Befestigung stören, wenn wir gerade im jetzigen Augenblick vor Europa zu erkennen gäben, daß wir an seine Dauer Rußland gegenüber nicht glauben*"[209]). Während er bereit war allem zuzustimmen, was die Militärs Frankreich gegenüber für erforderlich hielten, bestand er darauf, sich gegen Rußland auf solche Maßregeln zu beschränken, die durch bloße Etatüberschreitung, also zunächst ohne parlamentarische Diskussion durchführbar waren. Desgleichen verweigerte er die Zustimmung zu der von der Admiralität geplanten Entsendung eines Schiffes zur Aufnahme von Seekarten im Finnischen Meerbusen, die in Rußland „*erwünschten Anlaß zu Verdächtigung und Verhetzung geben*" würde[210]). Auch die Frage Waldersees, ob er auf das Angebot des englischen Militärattachés Oberst Swaine eingehen dürfe, ihm seine Nachrichten über die russische Truppenaufstellung zukommen zu lassen, wurde beschieden: „*rezeptiv ja, nur keine Gegenmitteilungen; England hat ein Interesse, daß wir mit Rußland in schlechten Beziehungen und gelegentlich im Kriege stehen.*"

Besonderen Wert legte der Kanzler darauf, seine Bundesgenossen von der Besserung des Verhältnisses zu Rußland zu überzeugen. Noch kurz nach dem Treffen hatte Mancini sich ängstlich zu Keudell geäußert, die ganze Lage scheine ihm etwas bedenklich; trotz des Besuches sei es schwer, sich

der Sorge zu erwehren, daß Giers' Einfluß bald von feindlichen Mächten überflügelt werden könne, die Truppenanhäufungen in Polen seien ein zu ernstes Symptom. Er bitte daher inständig, „*wenn Euer Durchlaucht einen Krieg herannahen sähen, womöglich einige Monate vor dem Ausbruch desselben unterrichtet zu werden, damit Italien sich militärisch einigermaßen vorbereiten könne und im entscheidenden Moment nicht ‚schlechte Figur' mache*"[211]). Das versprach Bismarck und beschwichtigte gleichzeitig die Sorge. Er befahl (23. November) sowohl nach Rom als auch nach Bukarest zu schreiben, er sei von der Aussprache mit Giers um so mehr befriedigt, weil dieser ausdrücklich betont habe, auf Befehl des Zaren zu kommen: „*Die Garantie liege also nicht in Herrn von Giers, sondern in dem Kaiser selbst. Der Kaiser wäre nicht ein Charakter, der unaufrichtig genug wäre, um solche Züge zu machen, daß er mit der Absicht des Bruches im Herzen unaufgefordert und ungefragt friedliche Zusicherungen gäbe.*" Um nicht den beruhigenden Eindruck abzuschwächen, widersetzte er sich dem Vorschlag des Wiener Militärattachés von Wedel (19. November), eine Vereinbarung über die Kooperation der österreichischen und italienischen Flotte im Falle des Krieges mit Frankreich herbeizuführen. Hatzfeldt mußte Waldersee und Caprivi mündlich informieren, daß das Bündnis mit Österreich sich nicht auf den Krieg mit Frankreich erstrecke. Ganz generell ließ Bismarck sie aufmerksam machen (13. Dezember), „*wie notwendig es sei, Verabredungen oder Zukunftspläne wie den vorliegenden mit der größten Vorsicht und Diskretion zu behandeln, weil die Möglichkeit naheliege, daß die Annahme, ein Krieg sei bevorstehend, sobald dieselbe in die Welt der Erscheinungen träte, genügen könnte, den Krieg hervorzurufen*".

Bei der Stärke seines Wunsches, Öl auf die errregten Wogen zu gießen, geriet er in heftigen Zorn, als Waldersee dem auf Urlaub in Berlin weilenden früheren preußischen Regierungsrat, jetzigen türkischen Unterstaatssekretär Wettendorff von der Notwendigkeit sprach, die türkische Armee möglichst bald in schlagfertigen Zustand zu versetzen, da ihr bei einem Angriff Rußlands und Frankreichs auf Deutschland und Österreich eine wichtige Rolle zufalle[212]). Unterrichtet wurde er hiervon durch Radowitz, der im Auftrag Abdul Hamids von Reschid Bey ziemlich aufgeregt interpelliert worden war, ob der Krieg bevorstehe und wie England sich dann verhalten werde. Der Botschafter hatte sofort beruhigt, Deutschlands Bestreben sei allein der Frieden: „*daß dazu die denkbar vollkommenste Organisation unsrer militärischen Kräfte und die stete Vorbereitung auf Abwehr von Angriffen das beste Mittel sei, glaubten wir allerdings, und der Erfolg habe es bisher bewiesen.*" Bismarck unterstützte das, indem er umgehend direkt an Radowitz telegraphierte (1. Dezember): „*Die Äußerungen des Grafen Waldersee sind mir neu und unerwünscht, weil sie der Situation nicht entsprechen und den Sultan befürchten lassen, daß Kriegsgefahr näher als sie uns scheint. Englands Haltung für Kriegsfälle zu sondieren ist ganz unmöglich, weil die englische Regierung selbst nicht*

weiß, was sie eintretendenfalls tun würde; das Wahrscheinlichste ist: Stillsitzen. Englisch-russisches Bündnis halte ich für außerhalb der Möglichkeit liegend."

Im Auftrage des Kanzlers stellte Hatzfeldt Waldersee zur Rede, der sich mit der Annahme entschuldigte, Wettendorff habe nicht als türkischer Unterstaatssekretär, sondern als preußischer Regierungsrat mit ihm geredet. „*Auch diese Eigenschaft reicht nicht aus zur Einweihung in sekrete Politik*", urteilte Bismarck und wies das Auswärtige Amt an, „*nach dieser Erfahrung in Gesprächen mit dem Grafen Waldersee über Politik sehr zurückhaltend zu sein.*" Obwohl ihm der Kanzler die Rücksicht erwies, den Bericht von Radowitz nicht dem Kaiser vorzulegen, liegt in diesem Vorfall einer der Gründe für die persönliche Gegnerschaft Waldersees gegen Bismarck, die bei der Entlassung 1890 eine so wichtige Rolle gespielt hat. Insofern ist er überaus folgenschwer gewesen. In Konstantinopel allerdings ging unter dem Eindruck von Bismarcks Telegramm die Erregung rasch vorbei und wurde auch nicht dadurch neu angefacht, daß Ignatiew die Anwesenheit von Giers ausnützte, um dem türkischen Botschafter zu sagen, der Krieg Rußlands gegen die Mittelmächte sei wahrscheinlich, und für diesen Fall ein Bündnis anzubieten[213]). Er erhielt die Antwort, die Pforte sei nur vom Außenminister persönlich eine solche Mitteilung entgegenzunehmen in der Lage. Auch in Rußland fand Ignatiews Vorstoß keinen Widerhall, obwohl dann im Januar 1884 Saburow, der davon Wind bekommen hatte, daß zwischen Bismarck und Giers sein Ersatz durch Fürst Orlow vereinbart worden war, nach Petersburg eilte und Stimmung gegen die einfache Verlängerung des Dreikaiservertrags und damit gegen Giers machte[214]). Die Erfolglosigkeit dieser Intrigen war der beste Beweis, daß mit der Fortdauer der friedlichen Tendenz gerechnet werden durfte.

Nachdem sich auf diese Weise die Wolken im Osten wieder zu verziehen begannen, konnte Bismarck von erheblich gefestigter Position aus alsbald darangehen, das vom Westen drohende Gewitter zu beschwören. Gelegenheit zu besserer Fühlung mit Frankreich bot ihm der Wunsch des aus dem Urlaub zurückkehrenden Botschafters Courcel, ihm persönlich den Dank für die freundliche Haltung in den letzten Wochen auszusprechen. Es war das nicht bloß die Antwort auf die Anfang November durch Hohenlohe abgegebene Versicherung, Deutschland bleibe auf der bisherigen Linie freundschaftlichen Verhaltens; sicher ist der französischen Regierung auch die Antwort Bismarcks auf einen neuen Schritt der Royalisten zur Kenntnis gekommen, Deutschland denke unter keinen Umständen an einen Angriff gegen Frankreich[215]). Vor allem aber begründete sich die Dankbarkeit darauf, daß Bismarck es auch weiterhin vermied, ihre Schwierigkeiten mit China zu erhöhen. Wie peinlich er die französischen Gefühle schonte, zeigt sein Befehl (24. November), die Redaktion der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung", die von dem „ernsten Charakter" des Konflikts gesprochen hatte, „*darauf*

aufmerksam zu machen, daß, wenn sie Fühlung mit uns haben wollte, sie sich derartiger Ungeschicklichkeiten enthalten müsse. Im Gegenteil wäre der französisch-chinesische Zwischenfall mit Geringschätzung zu behandeln, weil es sonst in der französischen Presse heißen würde, wir hätten mit Schwarzmalerei den Chinesen Mut gemacht". Nachdem der kalte Wasserstrahl des August seine Wirkung erzielt hatte, ist Bismarck wieder zum Prinzip größter Rücksichtnahme zurückgekehrt.

Daß Courcel beim ersten Gespräch nach seiner Rückkehr mit Hatzfeldt den Wunsch äußerte, dem Kanzler persönlich zu danken, war von besonderem Gewicht, weil während seiner Abwesenheit ein Wechsel im französischen Außenministerium eingetreten war: für den erkrankten Challemel-Lacour hatte Ferry persönlich es übernommen. Bismarck hat deshalb den Botschafter alsbald nach Friedrichsruh geladen. In drei geheimen Berichten und zwei sehr ausführlichen Privatbriefen hat dieser Ferry über das dort Besprochene informiert[216]). Er hob den evidenten Willen des Kanzlers hervor, günstigsten Eindruck auf ihn zu machen: „il semble qu'après nous avoir assez maltraité dans sa presse officieuse pendant tout le cours de cette année, le Chancelier d'Allemagne tienne maintenant à se concilier les bonnes dispositions de la France." Bismarcks Korrektheit in der tonkinesischen Frage erkannte er an, der Schwerpunkt lag aber natürlich bei den gesamteuropäischen Problemen. Wie zu Giers hat Bismarck auch hier sehr offen gesprochen. Seinerseits werde Deutschland nicht angreifen. Er zweifle nicht an den guten Absichten der französischen Regierung, aber er fürchte, daß die nationalistische Überhitzung zum Konflikt treiben könne. Auf das Elsaß könne Deutschland nun einmal nicht verzichten, und durch die Revanchehetze schädige Frankreich sich selbst, da die dadurch erzeugte Unruhe Handel und Industrie paralysiere und den Kredit lähme, genau wie die panslawistische Hetze der russischen Wirtschaft zum Nachteil gereiche. Während also die beiden Länder, in denen zum Krieg getrieben würde, materiell litten, florierten die friedlichen Staaten Deutschland, Österreich, Italien und Spanien[217]). Stark hob er Deutschlands gute Beziehungen zu den beiden letzteren hervor, um dem Franzosen das Risiko aggressiver Politik vor Augen zu führen.

Eingehend erörterte er sodann die Kriegsgefahr mit Rußland. Im Gegensatz zu allen anderen Zeugnissen seit dem Giersschen Besuch malte er sehr schwarz, wenn er auch den guten Willen des Zaren und des Ministers betonte. Auch hier sprach er von der Notwendigkeit, im Kriegsfall Polen wiederherzustellen: „si nous devons avoir un voisin peu sympathique sur nos frontières, nous aimons naturellement mieux ce voisin faible que fort." „Pour nous la Pologne est une arme que nous n'emploierions que malgré nous, et parceque nous n'avons pas autre chose sous la main; c'est un fer rouge que nous saisissons pour nous défendre." Zwei aneinandergrenzende

Staaten seien selten befreundet, deshalb sei bessere Aussicht, sich mit Rußland gutzustellen, wenn der Pufferstaat dazwischenstände.

Der Botschafter war erschüttert durch diese „confidences redoutables", die unbedingt geheimzuhalten er Ferry dringend ans Herz legte. Natürlich legte er sich die Frage vor, welches der Zweck Bismarcks dabei gewesen sein könne. Er sah klar genug, daß damit nicht etwa ein deutscher Angriff auf Rußland angekündigt wurde: „je crois qu'il s'efforcera au contraire d'empêcher cette explosion brutale des faits. Tant que la paix pourra être maintenue, il la maintiendra." Die Deutung, die er vielmehr gab und die auch Ferry sich aneignete, ist wohl richtig, daß den Franzosen das Dilemma in seiner ganzen Schwere klargemacht und sie zur Wahl zwischen Krieg und Frieden aufgefordert werden sollten. Einem zum Krieg treibenden Rußland würde Ferry bei dem augenblicklichen Kräftezustand sich wohl kaum verbinden; entzog sich aber Frankreich der russischen Werbung, so würde Giers sich sicher durchsetzen. Später hat Courcel auch noch das andere Motiv vermutet, daß Bismarck gehofft habe, seine polnische Drohung werde durch Pariser Indiskretion den Russen bekannt und diese dadurch zur Mäßigung veranlaßt werden[218]). Da aber Bismarck selbst schon mit Giers hierüber gesprochen hatte, hat dies seine Absicht nicht sein können. Jedenfalls war der Zweck, einen Keil zwischen Paris und Petersburg zu treiben. Wieder sollte die für Deutschland gefährliche Macht isoliert und auf diese Weise auf den Weg der Verständigung gedrängt werden. Die Franzosen waren sich dieser Taktik durchaus bewußt.

Daß in der Tat von Rußland her der Krieg entbrennen könne, obwohl Bismarck stärker aufgetragen hatte, als seiner wirklichen Ansicht entsprach, darauf hat Courcel nachdrücklich hingewiesen: während er früher immer die Explosion im Osten vom russisch-österreichischen Gegensatz her erwartet habe, sei sie jetzt wahrscheinlicher auf Grund des russisch-deutschen. Weil aber Frankreich Krieg nicht riskieren konnte, fielen Bismarcks Freundlichkeiten und friedlichen Versicherungen in Paris auf günstigen Boden, sie ermöglichten den ruhigen Ausbau des Kolonialreichs. Insofern durfte mit dem Besuch des Franzosen die seit August schwelende Krisis als überwunden gelten. Durch die beiden diplomatischen Gespräche mit Giers und Courcel verbesserte sich die Gesamtatmosphäre erheblich.

10. Neuer Dreikaiservertrag

Die Nachhaltigkeit der Wirkung auf Rußland wurde erfreulich bestätigt, indem Giers wie im Vorjahre auf der Heimreise den Weg über Wien nahm. Zur Vorbereitung der hier zu führenden Besprechungen fuhr Lobanow zu ihm nach Montreux und kehrte in rosigster Laune zurück, kein Wölkchen stehe am Horizont, Kaiser Alexander habe sich immer mehr in den Gedanken eingelebt, daß das Heil Rußlands allein im festen Zusammenhalt der drei Ostmächte liege[219]). Auch Schweinitz kam zu dieser Überzeugung und nutzte aus eigener Initiative die Gunst des Momentes aus, indem er den Zaren darauf hinwies, daß die russischen Hetzer gegen Deutschland gleichzeitig die Feinde des Zarismus seien, und indem er Giers in einem vertraulichen Brief noch einmal die Wirkung der Truppenaufstellung auf Deutschland darlegte[220]). Um die Russen in der guten Disposition zu bestärken, regte Bismarck beim Kaiser an, den Grafen Herbert nach Petersburg zu versetzen, weil darin „ein Beweis seines persönlichen Vertrauens in die Dauer guter und angenehmer Beziehungen beider Souveräne" gesehen und neben den guten Verbindungen, über die der Botschafter verfügte, noch eine zweite direkte Brücke zwischen Bismarck und Giers geschlagen würde. Allerdings gab er ihm die Instruktion mit auf den Weg, sich vorderhand „*mehr rezeptiv als kommunikativ*" zu verhalten[221]). Kaiser Wilhelm dagegen erteilte in der Abschiedsaudienz dem Grafen den besonderen Auftrag, auf die Maßnahme hinzuwirken, die für den Wiedereintritt des Vertrauens am wirkungsvollsten sein würde, die Änderung der Truppendislokation[222]). Hierfür gab der Generalstab eine Aufstellung, wonach am 1. Januar 1884 in den Militärbezirken Wilna und Warschau 335 Bataillone, 182 Schwadronen und 498 Geschütze zusammengezogen seien, denen deutscherseits in Ost- und Westpreußen, Posen, Schlesien und Pommern 124 Bataillone, 100 Schwadronen und 312 Geschütze gegenüberstünden; seit dem 1. Januar 1879 hätten die Russen den Bestand um 76 Bataillone, 40 Schwadronen und 60 Geschütze vermehrt. Daß andrerseits die Russen sich bedroht fühlten, war in einem Schreiben Baron Jominis an Schweinitz (6. Januar 1884) nochmals ausgesprochen worden. So war die Frage, ob der Mut zum Entgegenkommen in dieser entscheidenden Frage gefunden werden würde.

Von ihr abgesehen aber erschienen die Aussichten so gut, daß Bismarck den Gedanken erwog, den Dreikaiservertrag nicht bloß zu verlängern, sondern auf Italien auszudehnen. In demselben Verhältnis, in dem bisher der Zweibund sich zu Rußland befunden hatte, würde dann der Dreibund zu ihm stehen. Bismarck hielt das mit dem Wortlaut der Verträge für durchaus vereinbar und gab mündlich Prinz Reuß den Auftrag, Kálnoky dahin zu sondieren. Da dieser jedoch Bedenken hatte[223]), bestand er zunächst nicht weiter auf der Idee, denn er zweifelte auch, ob Rußland für sie zu haben sein würde, weil dem Zaren so viel auf die Geheimhaltung ankam und diese in Rom nicht unbedingt gewährleistet schien. So war es besser, die Verhandlungen über die Verlängerung nicht noch weiter zu komplizieren und alle Kraft auf sie zu konzentrieren.

Für ihre Aussichten war es wichtig, daß der Aufenthalt von Giers in Wien neuen Fortschritt brachte. Sein Kommen war den Österreichern an sich natürlich erwünscht, aber viel versprachen sie sich nicht. Unmittelbar vorher sagte noch Kaiser Franz Joseph zu Prinz Reuß, er könne kein großes Vertrauen in die Zukunft setzen, weil zu oft die militärischen Maßnahmen und das Verhalten der Agenten in Bulgarien im Widerspruch zu den Petersburger Versicherungen gestanden hätten[224]). Zunächst erschreckte es auch Kálnoky, seinen Besucher recht befangen und zurückhaltend zu finden, bis ihm Lobanow die Aufklärung gab, daß Giers erst in Wien die Intrigen Saburows erfahren habe und nunmehr nicht wage sich festzulegen. Aber nach einer sehr befriedigend verlaufenen Aussprache mit Kaiser Franz Joseph und vor allem als die Nachricht eintraf, daß der Zar Saburow hatte ablaufen lassen, ist der Erfolg schließlich doch groß gewesen: die alsbaldige Aufnahme der Detailverhandlungen wurde vereinbart[225]). Giers' Wunsch, sie in Petersburg zu führen, damit sie nicht in Saburows Händen lägen, erfüllten Kálnoky und dann auch Bismarck gern. Der Reichskanzler hatte jetzt jedes Vertrauen zu dem Botschafter verloren, mit dem er ursprünglich so gut zusammengearbeitet hatte, der aber immer deutlicher in Gortschakowsche Bahnen eingelenkt war. Darum bildete es einen vortrefflichen Auftakt, daß Saburow nun tatsächlich abberufen und durch den Bismarck persönlich befreundeten Fürsten Orlow ersetzt wurde. Das Maß des Grolles spricht aus Bismarcks Telegramm an Schweinitz (8. Februar): „*Herr von Saburow hat den Wunsch ausgesprochen sich vor seinem Abgang von mir zu verabschieden. Solange er Botschafter des Kaisers Alexander ist, kann ich das nicht abweisen, bin aber über seine Schändlichkeit hinreichend informiert, um nichts mit ihm zu handeln.*"

Daß der Zar für die von den Panslawisten unterstützten Einflüsterungen Saburows unzugänglich blieb, ist offenbar zu einem wesentlichen Teile auf die Änderung der Gesamtlage zurückzuführen, die durch den großen russischen Erfolg in Zentralasien eintrat: am 18. Februar wurde Merw besetzt. Damit näherte sich Rußland dem englischen Einflußgebiet, sein Druck auf

die indische Grenze nahm bedrohlichen Grad an, und es war zu erwarten, daß England hierauf reagieren werde. Bei aller Ablehnung imperialistischer Ziele sah sich doch auch das Kabinett Gladstone zu diplomatischen Vorstellungen in Petersburg genötigt. Nach Münsters Bericht (1. März) soll Giers darauf geantwortet haben, die russische Regierung würde es bedauern, wenn dem englischen Kabinett Schwierigkeiten erwüchsen, da sie vor allem von dem Wunsch beseelt werde, Herrn Gladstone noch recht lange an der Spitze der Regierung zu sehen. „*Die Russen benutzen ganz geschickt die Aera Gladstone, und von ihrem Standpunkt aus haben sie Recht*", fügte der Botschafter hinzu.

Diese Ereignisse haben sich allerdings erst abgespielt, nachdem der Entschluß zur Vertragserneuerung in Petersburg bereits gefaßt war, aber in den Tagen, in denen er erfolgte, war das unmittelbare Bevorstehen des Falles von Merw der russischen Regierung doch schon bekannt und sie hatte mit dessen Folgen zu rechnen. In dem Moment also, wo Spannung mit England vorherzusehen und gutes Verhältnis zu Deutschland darum besonders wichtig war, durfte Bismarck nicht durch übertriebene Forderungen im Nahen Orient oder gar durch Preisgabe des Vertrags vor den Kopf gestoßen werden. Das war eine scharfe Waffe für Giers. Bismarck hat den Vorteil erkannt, den ihm die asiatische Expansion Rußlands in die Hand spielte. Genau wie er jede vom Rhein ablenkende Betätigung Frankreichs begünstigte, so auch den russischen Vorstoß in anderer Richtung als gegen Ostpreußen oder den Balkan. Je fester die Russen sich in Zentralasien engagierten, desto besser. An Schweinitz ließ er schreiben (12. Februar), daß die Besetzung Merws „*seiner Ansicht nach dem europäischen Frieden wenigstens soweit wir in Betracht kämen, einen großen Dienst leisten würde.*"

Die Weltpolitik legte demnach den Russen den Zwang auf, sich nicht die Mittelmächte zu Gegnern zu machen, und so sind die Verhandlungen recht glatt verlaufen[226]). Graf Kálnoky sah ihnen allerdings mit einiger Bangigkeit entgegen, trotz Giers' beruhigender Zusagen könnten sich Saburows Ideen doch noch durchsetzen, insbesondere fürchtete er wieder die Balkandemarkation, zumal Bismarck gerade in den Tagen, wo Giers sich in Wien aufhielt, abermals auf sie hingedeutet hatte. Der Kanzler hatte geraten[227]), rechtzeitig über die Verlängerung des im Mai ablaufenden Mandats für Aleko Pascha als Generalgouverneur von Ostrumelien Fühlung mit Rußland aufzunehmen, damit dieser angesichts der bulgarischen Unionspläne für die Allgemeinheit wichtige Posten nicht einer unerwünschten Persönlichkeit wie etwa Karageorgewitsch übertragen würde, und hatte hinzugefügt: „*Wir selbst unterließen dies nur, um Österreich den Vortritt in der Freundlichkeit gegen Rußland zu lassen; wenn der Schritt von uns beiden gemeinsam geschähe, so würde das in Rußland schon den mit dem Abkommen à 3 nicht zu vereinbarenden Eindruck machen, daß nicht die drei Mächte, sondern nur wir beiden uns*

vorher verständigt hätten. Gerade jetzt, wo es sich um die Erneuerung der Abmachung vom 18. Juni 1881 handle, schiene es nützlich gegen Rußland freundlich zu sein, und diese Freundlichkeit wäre eine kostenlose, nachdem die österreichische Politik an der bulgarischen Sache kein von Rußland divergierendes Interesse nähme. Wenn Österreich sich einmal eine feste Grenze seines Entgegenkommens an Rußland in Gedanken gezogen habe, so müßte es sich nach Ansicht des Herrn Reichskanzlers empfehlen, innerhalb dieser Grenze gegen Rußland freundlich und entgegenkommend zu sein, vorausgesetzt, daß Österreich die Überzeugung mit uns teilt, daß der Frieden mit Rußland an sich etwas Wünschenswertes sei." Dies, zusammengehalten mit den früheren Saburowschen Eröffnungen, legte den Gedanken nahe, daß die Demarkation zur Sprache gebracht werden würde.

Darum hielt Kálnoky es für erforderlich, seinen Standpunkt in Berlin rechtzeitig klarzustellen. „*Man müßte blind sein*", setzte er Reuß auseinander[228]), „*wenn man behaupten wollte, daß der jetzige Zustand auf dieser Halbinsel ein ewig dauernder sein würde. Das türkische Reich treibe unaufhaltsam einer weiteren Zersetzung entgegen. Die Aufgabe der Mächte sei aber darauf gerichtet, daß dieser Prozeß kein gewaltsamer, Europa erschütternder werde. Unser Vertrag zu 3 verfolge diesen Zweck. Durch den Berliner Vertrag seien neue Schöpfungen gemacht worden, welche Zeit brauchten, um sich zu konsolidieren. Sei dies einmal geschehen, hätte sich die Lebensfähigkeit dieser neuen Staaten herausgestellt, dann würde es an der Zeit sein, an die Fragen heranzutreten, welche die russischen Heissporne jetzt schon erledigen möchten; man könnte dann auf eine Lösung ohne große Erschütterungen hoffen.*" Auch wies er darauf hin, daß die Zustimmung der Ungarn nicht zu haben sein würde.

Als dieser Bericht in Berlin eintraf, stand inzwischen schon fest, daß keine derartigen Forderungen Rußlands zu erwarten seien. So beschränkte sich Bismarck auf die Verfügung: „*Der Inhalt ist überholt. Ich teile die Abneigung des Österreichischen Kabinetts gegen Eventual-Verständigung, Demarkationslinie zwischen Österreich und Rußland nicht. Das kann Petersburger Botschaft vertraulich wissen; aber ich halte die österreichische Ängstlichkeit nicht für überwindlich, pro tempore; deshalb schweigt man am besten nach beiden Seiten über diesen Punkt. Österreich fürchtet den Krieg mit Rußland an sich mehr wie wir; solange es unseren Sukkurs hat, aber weniger wie wir.*" Am nächsten Tag (13. Februar) ergänzte das Graf Rantzau: „*Der Herr Reichskanzler fügte noch für die Akten hinzu, es wäre nicht ausgeschlossen, daß die Österreicher Hintergedanken hätten, die sie auch uns nicht sagen wollten und die Ursache für ihre Abneigung gegen eine eventuelle Verständigung über eine Demarkationslinie wären.*" Der Satz beweist, welch tiefen Eindruck Kálnokys frühere Anspielungen auf die Möglichkeit, Rußland ganz vom Balkan zu verdrängen, in Bismarck hinterlassen haben. Trotz aller Intimität des Bündnisses rechnete er damit, in Wien auf Wünsche zu stoßen, die er nicht erfüllen

zu dürfen glaubte. Der Zweibund blieb eben der Zusammenschluß zweier selbständiger Großmächte und nicht, wie seine Gegner es so gern hinstellten, die einfache Unterordnung der einen unter die andere. Im Augenblick jedoch wäre es inopportun gewesen, die unmittelbar zur Debatte stehende Frage, bei deren glücklicher Lösung sich genau wie beim Vertragsabschluß von 1881 die Aussicht eröffnete, in verbesserter Atmosphäre weiterverhandeln zu können, durch Aufrollen des ganzen schweren Problems zu belasten. Wie die Österreicher war er froh, daß dies nicht von Seiten Rußlands geschah, und hütete sich die Hand dazu zu bieten.

Erweiternde Abänderungen wurden also nicht von den Russen verlangt, wohl aber mußte Einverständnis erzielt werden über die textlichen Modifikationen, die Giers bereits im November in Friedrichsruh angedeutet hatte, und hierbei stellte sich heraus, daß es eben doch Saburows Geist war, der hinter ihnen steckte. Zwei Punkte waren insbesondere zu klären. Zunächst die Dauer des Vertrags. In Wien hatte Giers statt der bisherigen drei Jahre sogar sechs angeboten; um so peinlicher war die Überraschung, als der Minister plötzlich mitteilte, daß der Kaiser Alexander nur um ein Jahr zu verlängern wünsche. Obwohl Bismarck das lebhaft bedauerte, war er entschlossen, wenn alle Gegenwirkungen fruchtlos bleiben sollten, auch hierauf einzugehen, gemäß seinem von jeher eingenommenen Standpunkt, daß selbst die kürzeste Zeitspanne ein Gewinn sei, und Kálnoky trat dem bei. Aber schon am 10. Februar konnte Giers drei Jahre wie bisher anbieten.

Der andere russische Wunsch ging dahin, den Satz des Vertrages zu streichen, wonach für den Fall, daß einer der Partner von einem der beiden anderen bei einem Krieg mit einer vierten Großmacht über wohlwollende Neutralität hinausgehenden Beistand erhalte, der dritte zu solcher wohlwollenden Neutralität verpflichtet bleibe. Sowohl Bismarck wie Kálnoky waren lange Zeit im dunkeln geblieben, aus welchem Grunde dieser Absatz beseitigt werden sollte, obwohl die generelle Verpflichtung zu wohlwollender Neutralität fortbestand. Gelegentlich des Besuches in Wien war dann die Erklärung gegeben worden, daß Saburow in seiner Neigung, Politik durch Pressen und Überspitzen diplomatischer Formeln zu treiben, ständig darauf hingewiesen hatte, diese Bestimmung gebe den Mittelmächten freie Hand gegen Frankreich, und nunmehr erwies sich, daß er bei seinem Kampf gegen Giers so weit gegangen war, Bismarck des Willens zu verdächtigen, sobald der Vertrag erneuert sei, über Frankreich herzufallen. Nachdem dies zur Kenntnis des Reichskanzlers gekommen war — der Ausdruck „Schändlichkeit" in der vorhin zitierten Depesche bezieht sich wohl in erster Linie hierauf —, räumte er die Bedenken des Zaren durch die eindeutige telegraphische Erklärung (5. Februar) aus: „Solange ich Minister bin, wird ein Angriff Deutschlands auf Frankreich nicht stattfinden. Ich würde zurücktreten, wenn eine so unmotivierte Gewalttat befohlen würde."

Er gab also den Russen die gleiche Zusicherung, die er im Dezember den Engländern erteilt hatte, und da im übrigen die generelle Stipulation wohlwollender Neutralität erhalten blieb, so daß die Streichung des beanstandeten Satzes nicht das geringste sachlich änderte, haben Bismarck und Kálnoky ihr zugestimmt, um in dieser für sie harmlosen Weise ihren guten Willen zu betätigen. Auch diese Schwierigkeit war behoben.

Bei dem erfreulich glatten Verlauf ist Bismarck auf den von ihm bereits um die Jahreswende erwogenen Gedanken zurückgekommen, an den neuen Vertrag auch Italien anzuschließen[229]). Voraussetzung müsse allerdings sein, „*daß die Italiener von der Existenz des älteren Vertrages nichts erführen und Rußland den Text unsres Vertrages mit Italien nicht kennenlernte. Unter dieser Voraussetzung würde es den italienischen Staatsmännern vielleicht nicht schwer werden, sich in das Verhältnis einzuleben. Ein solches Doppelsystem sei an sich gut denkbar.*" Daß Bedenken bestünden, hob er selbst wie schon im Januar hervor, wies jedoch auf den Vorteil eines unter allen vier Mächten eingestandenen Vertrages hin.

Nach Vortrag bei Franz Joseph verharrte Kálnoky indessen bei seiner Ablehnung[230]). Er unterstrich die in der Tat unleugbare Kompliziertheit des geplanten Systems und bezeichnete es als für Österreich gefährlich, wenn die Italiener an einer Kombination teilnähmen, „*die sie gar nichts anginge*". Die alte Abneigung kam zum Ausdruck, Italien irgendeine Plattform zu bieten, von der aus es Anspruch auf Mitreden am Balkan erheben konnte. Außerdem wandte er ein, daß voraussichtlich recht langwierige Besprechungen mit Italien erforderlich sein würden, wobei sich dann in Rußland im Augenblick nicht vorhandene Hemmnisse einstellen könnten. Sein Vorschlag war, zunächst zu dritt zu bleiben, eventuell jedoch nachträglich an Italien heranzutreten und einen Vierervertrag derart abzuschließen, „*daß er auch über die Dauer unsrer jetzigen geheimen Verträge hinausreiche und gewissermaßen auch dazu dienen würde, für die Erneuerung der letzteren eine Garantie zu bieten.*" Hierdurch verhinderte Kálnoky in Berlin den Eindruck, als sei er grundsätzlich gegen ein neues, den Dreibund befestigendes Band mit Italien.

Seiner einleuchtenden Argumentation hat Bismarck sich nicht entzogen, vor allem aber hat sicher der Hinweis, die Russen nicht warten lassen zu dürfen, auf ihn gewirkt. So telegraphierte er umgehend an Reuß (24. Februar), nicht wieder auf das Thema zurückzukommen.

Kaum war das geschehen, stellte sich heraus, wie notwendig es war, das Werk rasch unter Dach zu bringen. Um es zu fördern, hatte Kálnoky noch einmal die Erklärung in Petersburg abgegeben, Österreich wünsche den status quo zu erhalten. Mit dem Dank hierfür beteuerte Giers das gleiche und gab die Zusage, Kaiser Alexander werde stets bereit sein, sich über etwaige Differenzen mit den beiden Kaisermächten zu verständigen[231]). Aber gleich darauf ließ Lobanow erkennen, daß Giers unter dem status quo auch den

gegenwärtigen Zustand in Bosnien und der Herzegowina verstehe und erwarte, Österreich werde ihn nur bei Vorliegen unvorhergesehener gebieterischer Umstände abändern[232]). Obwohl Kálnoky mit Recht hierüber stark betroffen war, hütete er sich, die Angelegenheit aufzubauschen. Zwar betonte er unmißverständlich das Österreich längst zugestandene Recht, jederzeit die Annexion statt der Okkupation vorzunehmen, erklärte jedoch versöhnlich, er habe nicht die Absicht, die Sache zu forcieren und auch nicht Rußland vor eine vollendete Tatsache zu stellen: „*aus den freundschaftlichen Beziehungen und dem Geist und Buchstaben des geheimen Vertrages gehe ja hervor, daß das Wiener Kabinett eine so wichtige Frage nicht ohne vorherige Verständigung Rußlands einer Lösung zuführen wolle.*" Dies genügte denn auch Giers und fand Bismarcks Anerkennung. „*Ihm schienen*", schrieb Rantzau dem Auswärtigen Amt (2. März), „*die Bedenken des Grafen Kálnoky ganz natürlich, denn man könne in Petersburg doch nicht erwarten, daß Österreich auf etwas früher Abgemachtes und ihm Konzediertes verzichten und die durch frühere Verhandlung erreichte Konzession von einer nochmaligen russischen Zustimmung abhängig machen sollte. Es wäre überhaupt beunruhigend zu sehen, daß Rußland auf diese seiner Machtsphäre so fernliegenden, in die österreichischen aber geographisch eingeschobenen Gebiete nicht verzichten zu wollen scheine. Es gäbe dafür keine anderen Motive als eben die panslawistischen, welche nachher ebenso gut Prag und Steiermark decken würden wie Bosnien. Wenn Österreich über Bulgarien Zweifel erweckte, ob es dieses Land nicht in Zukunft zu seinem indirekten Machtgebiet einberechnete, so könnte man ebenso gut Zweifel an der aufrichtigen Friedensliebe Österreichs empfinden.*

Der Herr Reichskanzler hielte es indessen nicht für nützlich, gegenwärtig diese Fragen anzuregen, weder in Wien noch in Petersburg, und Prinz Reuß möchte sich absolut enthalten, die österreichischen Besorgnisse oder Schwierigkeiten irgendwie durch Kundgebung der vorstehenden Ansicht zu ermutigen. Der ganze Wortstreit stände bisher einigermaßen in der Luft und verdiente nicht die Wichtigkeit, welche man ihm anscheinend in Petersburg beilegte. Die Ereignisse würden zu irgendeiner Zeit der Zukunft, möchten sie nun zu einem Bruch oder zu einem engeren Zusammenschluß führen, so mächtig sein, daß diese feinen Wortnuancen dagegen verschwänden. Der Herr Reichskanzler teilte dem Herrn Botschafter seinen Eindruck überhaupt nur mit, um zu verhindern, daß er etwa durch stärker akzentuierte Befürchtungen in Bezug auf mögliche Verstimmungen in Petersburg dem Grafen Kálnoky den Eindruck machte, als ob die neueste russische Annäherung an uns uns unbillig für berechtigte österreichische Forderungen machte."

Der Zwischenfall ging schnell und spurlos vorüber. Dennoch zeigte er, wie leicht sich noch Hemmnisse einstellen konnten, die das Ganze gefährdeten. Darum wurde es in Kauf genommen, daß ebenso wie 1881 am wichtigsten Punkt, der Truppendislokation, nichts zu erreichen war. Gegen

Schweinitz gab der Zar der Hoffnung Ausdruck, daß man hierauf nicht mehr zurückkommen werde, denn dann bemächtigten sich die Zeitungen des Stoffes und „*vous voyez, comme il est facile de nous brouiller*". „*Ich machte*", schrieb der Botschafter[233]), „*einen Versuch den Kaiser zu überzeugen, daß starke Regierungen sich nicht ‚brouillieren' zu lassen brauchen, wenn Polen, Literaten und andere gemeinsame Feinde dies in ihrem Interesse betrieben. Ich muß gestehen, daß meine Dialektik ohne den gewünschten Erfolg blieb; der russische Generalstab hat den Kaiser Alexander durch ein oder zwei nicht zu widerlegende Beispiele davon überzeugt, daß man in Berlin falsche Nachrichten für wahr gehalten hat, und jetzt wird ihn keine Beredsamkeit von dem Glauben abbringen, daß heute nicht mehr Truppen im Westen stehen, als durch die Miljutinsche Dislokation vom Jahre 1874 dorthin bestimmt worden sind. Argumente bringen überhaupt auf Seine Majestät nur dann Wirkung hervor, wenn sie auf klar in die Augen springende handgreifliche Wahrheiten begründet sind; dies war der Fall bei der historischen Unterredung, welche S. K. und K. H. der Kronprinz mit dem damaligen Zarewitsch nach der Beerdigung der hochseligen Kaiserin gehabt hat; der langgehegte Verdacht, daß wir Absichten auf die baltischen Provinzen haben, ist ihm da benommen worden. Jetzt nun hat der Kaiser miterlebt und mit eigenen Augen gesehen, daß Gerüchte, welche er für falsch hält, nahe daran waren, uns zu ‚brouillieren'. Er fürchtet, daß was geschah wieder geschehen könnte, und in dem Bewußtsein, nichts Böses beabsichtigt zu haben, fühlt er sich verdächtigt.*"

Unter diesen Umständen blieb nichts übrig, als sich mit der politischen Vereinbarung in Hoffnung auf Besseres zu begnügen. Die Garantie, die Kaiser Wilhelm dem Grafen Herbert so eindringlich ans Herz gelegt, war auch diesmal nicht erreichbar. Schon aber meldeten englische Zeitungen das unmittelbare Bevorstehen eines Abkommens der drei Kaiser, der türkische Botschafter redete Hatzfeldt darauf an, der italienische bat um Bestätigung, daß dadurch der Dreibund nicht berührt werde[234]), und andrerseits erhoben liberale Wiener Zeitungen Anklagen gegen Deutschland, es suche Anschluß an Rußland auf Kosten Österreichs. Während der Sektionschef im Außenministerium, Graf Szögyényi, dies auf französische und panslawistische Einflüsse zurückführte, berichtete Graf Rantzau Bismarcks Ausspruch (2. März), „*man brauchte gar nicht an fremde auswärtige Einflüsse zu denken, die eigene Niederträchtigkeit der demokratischen Presse, der Mangel an Stoff bei ihr, an Bildung bei den Lesern und das Bedürfnis, auf die Regierung zu schimpfen und sich überhaupt ein politisches Ansehen zu geben, erklärten diese nach den Erfahrungen des Herrn Reichskanzlers nicht auffällige Erscheinung vollständig; die internationale Natur der Demokratie ließe die panslawistische, republikanische, sozialistische gegenseitige Unterstützung aus allen Ländern ganz natürlich erscheinen, und das Unterbleiben von tendenziösen Verdächtigungen würde viel auffälliger sein als ihre Erscheinung.*"

Vorzeitiges Bekanntwerden jedoch konnte den ganzen Plan zunichte machen, und auch aus einem anderen Grunde war Eile geboten. Nach einem Geheimbericht des Wiener Militärattachés von Wedel vom 31. Januar hatte die Probemobilmachung der Ersten österreichischen Kavalleriedivision ein ungünstiges Ergebnis gehabt. Außerdem meldete er, daß unter dem Einfluß Erzherzogs Albrechts Aufmarschpläne ausgearbeitet seien, zunächst nur einen relativ dünnen Grenzschutz aufzustellen, hinter dessen Schleier die eigentliche Mobilmachung sich recht langsam vollziehen sollte. Graf Wedel fand den Verzicht auf Offensive höchst bedenklich, und sämtliche Berliner Stellen teilten seine Ansicht. Bismarck befahl (13. Februar) Kaiser Wilhelm Vortrag zu halten: „*Glücklicherweise wäre die Kriegsgefahr für jetzt nicht unmittelbar bedrohlich; wenn dies der Fall, würde es doch notwendig sein, daß eine Verständigung über den gemeinsamen Feldzugsplan unsrerseits angeregt würde, um so widersinnige Pläne, wie sie dort vorzuschweben schienen, zu beseitigen. Jetzt eine solche militärische Mission zu unternehmen, würde rein äußerlich an sich einen beunruhigenden Eindruck in Petersburg und anderswo machen, auch selbst dann, wenn die in Wien so häufigen und von dem dortigen Parlamentarismus untrennbaren Indiskretionen darüber sich verhüten ließen.*“ Des Kaisers Urteil war: „*Die Anlage ist von größtem Interesse, aber teilweise niederschlagenden Inhalts. Ich wünsche, daß dieselbe ungesäumt bei den berufenen Militärpersonen zirkuliere, um mir einen zusammenfassenden Vortrag durch den Chef des Generalstabs und den Kriegsminister halten zu lassen, auch mit Parallelziehung auf unsere Kavallerie. Mit der Schlußbetrachtung des Fürsten Bismarck ganz einversatnden.*“ Darauf erging an Reuß die Instruktion (17. Februar):

„*Unsere Abneigung gegen einen Krieg mit Rußland wäre an und für sich eine sehr große; aber sie wäre erheblich gesteigert durch die Eindrücke, die wir von der bisherigen Bereitschaft der österreichischen Armee und der Tätigkeit derselben im Kriegsfalle gewännen und die bei allen unseren militärischen Behörden niederschlagend wirkten. Dies wäre um so mehr der Fall, als es für uns außerordentlich schwer wäre, Einfluß darauf zu nehmen, ohne uns den Anschein unberechtigter Einmischung und Bevormundung unsrer Bundesgenossen zu geben. Die energische und umsichtige Tätigkeit, welche dagegen von russischer Seite zur Verstärkung der Schlagfertigkeit der Armee entwickelt würde, die zweifellose Absicht der militärischen Autoritäten Rußlands, bei Ausbruch des Krieges sofort mit schneidiger Offensive vorzugehen, vermehrten die Sorge, mit der uns die analogen österreichischen Erscheinungen und Aussichten erfüllten. Diese Sorgen, die sich daran knüpften, würden zwar nicht, wie ein österreichischer Militär sich ausgedrückt hätte, zur Kündigung des Bündnisses führen, welches nicht kündbar ist; müßten uns aber in dem Bestreben bestärken, den Eintritt des casus belli soweit als irgend möglich zu verhüten und die Kriegschancen, welche für uns in dem Verhalten auch der kleineren Mächte lägen, möglichst sicher und günstig zu gestalten.*

Diese Seite der Sache möchte der Kaiserliche Botschafter natürlich mit der Diskretion und Zurückhaltung zur Sprache bringen, welche einerseits die Schonung der Empfindlichkeit des Grafen Kálnoky und insbesondere der militärischen Leiter, andrerseits die Quellen unsrer Nachrichten bedingen. Prinz Reuß möchte sich aber unverhohlen darüber aussprechen, daß, wenn der casus belli näher als heute bevorstehen sollte, eine vorgängige Verständigung über einen gemeinsamen Operationsplan zwischen den beiderseitigen Heeresleitungen notwendig wäre. Jetzt wäre der Moment dazu natürlich nicht gekommen, und es würde nur Aufsehen machen. Wenn der Fall aber einträte, so wäre die Verständigung unerläßlich. Selbst Laien würde die Notwendigkeit einer Verständigung zur rechten Zeit einleuchten, wenn sie von einem solchen Plan nach dem ‚Schleiersystem' und einer so unpraktischen Berechnung der Mobilisierung und Verwendung der Kavallerie hörten. In Österreich ist die Voraussetzung ausgeschlossen, daß es Parteien und Staatsmänner gebe, die auf einen unglücklichen Krieg ihre Spekulation richten. Dagegen könnte denen, die schwarz in die Zukunft sehen, die Befürchtung auftauchen, daß im Fall eines russischen Krieges die Beteiligung Österreichs an demselben sich zunächst auf eine abwartende, defensive beschränkte und der erste Anprall im wesentlichen von uns allein abzuhalten sein würde." Wenige Tage später wurde die Angelegenheit noch einmal ausdrücklich als zu delikat für diplomatische Schritte erklärt.

Aber der Eindruck ungenügender militärischer Bereitschaft Österreichs verstärkte den Wunsch, mit Rußland zum Abschluß zu kommen, und er fiel um so schwerer ins Gewicht, weil gleichzeitig ein neuer Konflikt zwischen Wien und Bukarest auszubrechen drohte. Gegen die Beschlüsse der internationalen Donaukonferenz von 1883 hatte Rumänien, das zu ihr nicht zugezogen gewesen war, Protest eingelegt, und das Bündnis mit Österreich war dadurch erheblich erleichtert worden, daß dies sich bereit erklärte, nicht auf sofortiger Ausführung zu bestehen. Es war jedoch zu erwarten, daß sie auf der im Frühjahr bevorstehenden Tagung von andrer Seite verlangt werden würde, Anzeichen dafür lagen aus Petersburg und Paris vor. Die Rumänen fürchteten, daß Österreich dann ebenfalls seine Zurückhaltung aufgeben würde, und Bismarck warnte, sie vor den Kopf zu stoßen. Für Deutschland, erklärte er in Wien[235]), wäre die Sicherheit, im Kriegsfalle die rumänische Armee zur Seite zu haben, von sehr viel höherem Werte als alle Donaufragen; die Sorgen der Rumänen verdienten daher mehr Rücksicht als sie fänden: „*Wenn sie von uns lediglich als eventuelles Kanonenfutter behandelt und verwertet würden, und die den neu verstaatlichten Völkern eigene Eitelkeit in Spezialitäten gar keine Rechnung dabei fände, so würden unsre Beziehungen zu ihnen schwierigen Verhältnissen nicht gewachsen sein. Dem Herrn Reichskanzler schiene es eigentlich, daß die Österreicher kaum ein mächtigeres Interesse für stürmische Zeiten, welche möglich wären, hätten wie dasjenige, sich die Sympathien dieser kleinen Donaustaaten mehr und mehr zu gewinnen und ihr*

Vertrauen für Krieg und Frieden zu erwerben. Daß sie dem Wiener Kabinett ein erhebliches Maß von Achtung gerade nicht einflößten, wäre begreiflich, aber in der Politik müßte man mit Elementen zählen, die man sittlich und dynamisch nicht gerade hochstellte."

Die Notwendigkeit, Rumänien bei der Stange zu halten, gab Kálnoky durchaus zu, aber er beschwerte sich bitter über die Schwierigkeiten der Balkanpolitik: „*Man könne sich außerhalb Österreichs keinen Begriff davon machen, was für eine Geduld („Wer braucht die nicht als Minister!*", schrieb Bismarck an den Rand) *dazu gehöre, von einer Gruppe von halbbarbarischen Staaten umgeben zu sein, deren hochmütige Auffassung ihrer neu erlangten Selbständigkeit täglich zu Reibereien Anlaß gäbe*"[236]). Er seinerseits werde nicht auf die Durchführung der Konferenzbeschlüsse dringen, sehe aber nicht ein, wie um sie herumzukommen sei. „*Cunctando*", gab ihm Bismarck als Rezept[237]) und wies darauf hin, daß England, wie schon 1867 beim Luxemburger Vertrag, durch sein Vorgehen in Ägypten das Recht verwirkt habe, auf der Einhaltung internationaler Abmachungen durch andre zu bestehen.

Rumäniens Verstimmung war aber ein weiterer Grund, sich möglichst schnell Rußlands so weit zu versichern, wie es unter den gegebenen Verhältnissen nun einmal möglich war. Deshalb ließ Bismarck auch seine Pläne hinsichtlich Italiens fallen und stimmte dem Abschluß zu dritt auf der Grundlage des russischen Vorschlags vom 10. Februar zu. Der offizielle Akt zögerte sich noch etwas hinaus, weil Giers, um den Panslawisten einen Angriffspunkt zu nehmen, nicht seinen eigenen, sondern einen echt russischen Namen unter dem Vertrag stehen haben und deshalb die Unterschrift in Berlin vollziehen lassen wollte. Das bedingte jedoch den vorherigen Wechsel zwischen Saburow und Orlow, in dem übrigens Courcel „die endgültige Bürgschaft für die friedlichen Absichten Rußlands" gegen die Mittelmächte erblickte[238]). Sobald der neue Botschafter seinen Posten angetreten hatte, ist der Abschluß am 27. März erfolgt.

Auf Bismarcks Vorschlag wurde kein eigentlicher neuer Vertrag aufgesetzt, sondern bloß ein Protokoll über die Verlängerung und die Modifikationen. „*Ich halte Prolongation mehr als einen neuen selbständigen Akt dem Interesse der ferneren Zukunft entsprechend, sie erleichtert die Fortsetzung*", telegraphierte er an Reuß (24. März) und hat, während er ursprünglich die Aufgabe der Formulierung den Russen zuschob, das Protokoll dann eigenhändig entworfen in der Fassung, in der es unterzeichnet worden ist[239]).

Die Hoffnung, der Bismarck gleich beim Abschluß im Jahre 1881 Ausdruck gegeben hatte, daß der Vertrag über die damals vereinbarten drei Jahre hinaus zu haben sein werde, war in Erfüllung gegangen. Das beweist, daß alle Partner ihn als nützlich empfanden. Wir haben verfolgt, wie weit entfernt er gewesen ist, wirkliche Intimität zu erzeugen und das Verhältnis umfassend zu bereinigen, wie häufig sich vielmehr bedrohliche Konflikte

dennoch eingestellt haben. Aber wir haben auch gesehen, daß positive Erfolge erreicht worden sind, die ohne sein Bestehen kaum möglich gewesen wären. Immer wieder haben sich die Konflikte abbiegen lassen, und vor allem hat er verhindert, daß Rußland sich ernstlich mühte, Anschluß bei andern Großmächten mit dem Ziel einer Koalition gegen die Mitte des Kontinents zu finden. Das schriftlich gegebene Wort des Zaren stand dem entgegen. Insofern hat sich der Vertrag bewährt. Aber angesichts seiner Schwächen konnte er niemals ein für sich selbst genügendes Ziel sein, sondern immer nur eines der Mittel, mit denen der Friede gewahrt wurde. In deren Gesamtheit ist er einzureihen und darf nicht isoliert betrachtet und gewertet werden.

Für weitere drei Jahre war der gleiche Zustand nun gesichert, Gewiß war er kein idealer. Aber er trug den unschätzbaren Vorteil in sich. daß für diesen Zeitraum der Ausbruch eines Krieges als überaus unwahrscheinlich angesehen werden durfte. Damit bot sich die Möglichkeit, die während der ersten drei Jahre seines Bestehens so gewaltig aufgerichteten Schutzdämme noch weiter zu befestigen, vielleicht noch durch andre zu ergänzen und auf diese Weise den friedensfeindlichen Kreisen Rußlands den Mut zu nehmen, gegen sie anzurennen, oder wenigstens die Widerstandskraft der Männer, in deren Händen die Entscheidung lag, zu verstärken. „*Jetzt sind wir*", sagte Peter Schuwalow zu Herbert Bismarck[240]), „*ja wieder glücklich da angelangt, wo wir hätten immer bleiben sollen. Bei uns war man irregeleitet und unverständig geworden. Ihr Vater hat Rußland aber richtig behandelt, und jetzt ist zu meiner Freude wieder alles in Ordnung. Ich bin selbst Russe, und darum ist es mir peinlich es auszusprechen — mais il faut quelque fois nous maltraiter un peu. Si votre père nous avait pas montré les dents, tout les efforts de Mr. de Giers d'amener une entente seraient restés stériles. „Die engen Beziehungen, die Deutschland nach und nach mit andern Mächten geknüpft hat, haben Rußland schließlich mit der Nase darauf gestoßen, daß es isoliert wurde, und Sie sehen das heilsame Resultat.*" Graf Herberts eigenes Urteil war[241]), daß in der russischen Politik sich zwar nicht Parteigeist und Fraktionstaktik geltend machten, wohl aber persönlicher Egoismus und Neid. Während dem Panslawismus gegenüber „oderint dum metuant" immer der beste Grundsatz bleibe, sei der Zar in seiner ausgesprochenen Vorliebe für die starke preußische Monarchie augenblicklich für Deutschland so freundlich wie nur denkbar, und bei seinen Charaktereigenschaften werde sich der Fortbestand des Vertrags als beste Friedensgarantie auswirken. Denn Alexander III. sei „*friedlich und ehrlich, außerdem Gewohnheitsmensch, und je langsamer sich die Überzeugung bei ihm Bahn bricht, desto fester sitzt sie, wenn sie die nötige Zeit hat, um sich einmal festzusetzen. Unsere friedlichen Beziehungen also noch durch einige Jahre glücklich durchzubringen, ist meines Erachtens unberechenbarer Gewinn.*"

Fünfter Teil:

Europa im Schatten der deutschen Kolonialpolitik

1. Freundlichkeiten für Frankreich

Obgleich das Geheimnis des Dreikaiservertrags auch diesmal erfolgreich gewahrt blieb, war die Tatsache des nahen Aneinanderrückens der drei Ostmächte doch offenkundig. Nirgends bestanden Zweifel, daß Deutschlands Gesamtpolitik hierdurch außerordentlich gestärkt war. Aber wie schon früher von russischer und englischer Seite ist in diesem Augenblick besonderer Machtentfaltung auch von einem Franzosen Bismarck das Zeugnis ausgestellt worden, daß Europa napoleonische Pläne von ihm nicht zu befürchten habe. „Le caractère très ostensiblement pacifique", meldete Courcel nach Hause[1]), „que l'Allemagne a cru devoir imprimer à sa conduite depuis plus de douze ans, le programme de conciliation et d'accomodement mutuel autour duquel elle rallie les Gouvernements et les peuples entrés dans l'orbite de son influence morale, enfin les satisfactions partielles qu'elle s'efforce de procurer aux nations mêmes qui refusent encore de nouver avec elle des relations intimes, lui assurent dans le monde une autorité à la fois dominante et modératrice contre laquelle aucune récrimination ne prévaudrait actuellement dans l'opinion générale du public européen. Cette situation, conquise d'abord par les armes, mais exploitée et agrandie ensuite par une habileté merveilleuse, est solidement établie aujourd'hui; elle est entretenue avec une constante sollicitude par mille soins délicats."

Zu den Nationen, denen der Kanzler solche partiellen Genugtuungen zuteil werden ließ, gehörte auch jetzt insbesondere Frankreich. Wieder hat der Gewinn der Sicherheit im Osten nicht etwa dazu geführt, daß Bismarck gegen den Nachbarn im Westen schärferen Ton angeschlagen hätte. Sondern abermals machte er den Versuch, die Franzosen von ihrer Feindseligkeit abzubringen, indem er seinen erhöhten Einfluß benutzte, ihnen Gefälligkeiten zu erweisen. In diesen Wochen hat er besonders eindringlich seinen Willen betätigt, ihnen bei Unternehmungen fern vom Rhein keine Hindernisse in den Weg zu legen[2]).

Einem spanischen Appell, den sich vorbereitenden Einbezug Marokkos in die französische Machtsphäre nicht zu dulden, schenkte er kein Gehör, trotz des angebahnten Bundesverhältnisses mit König Alfons. Der noch wichtigere Gesichtspunkt war ihm eben, den Revanchewillen nicht zu reizen. Darum antwortete Graf Hatzfeldt dem Gesandten Grafen Benomar: „*Wir hätten keine direkten Interessen in Marokko und befänden uns auch nicht im*

Besitze eingehender Information über dortige Vorkommnisse. Außerdem würde wegen unsrer eigenartigen Beziehung zu Frankreich die deutsche Einmischung in diese Frage in Frankreich anders aufgefaßt werden als die Einmischung andrer Mächte. Es liege aber im Interesse der spanischen Regierung wie in dem unsrigen daß eventuelle Schritte der zunächst beteiligten Kabinette in Bezug auf Marokko nicht durch die Tatsache unsrer Beteiligung einen Anschein erhöhten Ernstes bekämen. Indem wir aus dem Spiele blieben, wahrten wir uns auch die nötige Objektivität, um erforderlichenfalls in einer späteren Phase beruhigend einzuwirken." Unmittelbaren Beistand müsse Spanien sich bei den direkt interessierten Italienern und Engländern holen[3]).

Denn auch Italien sah mit so tiefer Sorge auf die Eventualität noch weiterer französischer Expansion in Nordafrika, daß Graf Launay von Mancini beauftragt wurde, nicht nur in der gleichen Richtung wie Benomar in Berlin vorstellig zu werden, sondern, während dieser bloß moralischen Beistand erbeten hatte, unter Hinweis auf die vertraglichen Pflichten darzulegen, es würde in Italien sehr enttäuschen, wenn zu seinem Nachteil in Marokko Änderungen eintreten sollten, ohne daß Deutschland etwas dagegen täte[4]). Dieser Versuch, Deutschland gegen Frankreich auszuspielen, dabei jedoch gleichzeitig, wie es in Mancinis Kammerrede vom 5. April geschah, den Wunsch nach Freundschaft mit Frankreich trotz aller Betonung des Dreibunds stark herauszustreichen, erregte den Groll des Reichskanzlers. Schon Hatzfeldt hatte sofort das Vorliegen vertraglicher Pflichten hinsichtlich Marokkos kategorisch in Abrede gestellt und im übrigen dem Italiener die gleiche Antwort wie dem Spanier erteilt. Bismarck aber fand, von der Großmacht Italien dürfe verlangt werden, daß sie, wenn sie Wünsche in Marokko habe, zunächst einmal le courage de son opinion in Paris selbst betätige, anstatt den Bundesgenossen vorzuschicken und dessen Verhältnis zu Frankreich zu gefährden. An Keudell richtete er einen überaus scharfen Erlaß[5]), der in den Sätzen kulminierte: „Wir sind bereit, Italien zur Seite zu stehen, wenn es von Frankreich angegriffen oder auch nur ernstlich bedroht ist. Aber wegen vager Sorgen über nicht einmal aktuelle, sondern erst von der Zukunft gehoffte italienische Interessen in Marokko, oder im Roten Meere, oder in Tunis, oder Ägypten oder in irgendeinem andern Weltteile Händel mit Frankreich anzufangen und Europa vor die Eventualität eines Krieges von größten Dimensionen zu stellen, das ist eine Zumutung, die man wegen der sich darin ausdrückenden Geringschätzung unsrer und aller sonstigen nichtitalienischen Interessen kaum mit Gleichmut entgegennehmen kann." Die offizielle Mitteilung von Mancinis Kammerrede beantwortete er mit einem formell sehr freundlichen, ironiegeladenen Brief an Launay (8. April): „*Je remercie Votre Excellence de son aimable communication d'hier. Les extraits donnés par nos journaux m'avaient déjà mis à même d'apprécier le tact et l'éloquence que Mr. Mancini a apportées à la tâche épineuse d'exposer en public*

les rapports intimes de l'Italie avec l'Allemagne et l'Autriche, tout en faisant la juste part aux relations améliorées avec la France. Si les derniers échanges d'idées relatifs au Maroc avaient pu me faire craindre que le Gouvernement italien n'attache pas le même prix que nous au maintien des bonnes relations avec la France, je constate avec plaisier que cette préoccupation a disparu avec la lecture du discours de Mr. Mancini."

Aber auch Frankreich direkt von dieser seiner Haltung zu benachrichtigen hielt Bismarck für erforderlich. Dem Fürsten Hohenlohe wurde zur Weitergabe mitgeteilt (13. April), die Kaiserliche Regierung „*beabsichtige im Hinblick auf die Geringfügigkeit der deutschen Interessen in Marokko nicht, ihre jetzigen guten Beziehungen zu allen Mächten durch eine Einmischung in marokkanische Fragen aufs Spiel zu setzen. Jede noch so harmlose Frage, welche zwischen Frankreich und andern Staaten schwebt, erhält durch die bloße Tatsache der Beteiligung Deutschlands bei den Erörterungen alsbald einen bedenklichen Charakter*". Auch an Graf Münster ging dieser Erlaß, denn England sah ebenfalls in Sorge auf das französische Vordringen in Marokko. Der britische Gesandte in Tanger ging so weit, gemeinsames Auftreten gegenüber den Übergriffen Frankreichs vorzuschlagen[6]), und vermutlich ist es sein Einfluß gewesen, der den Sultan von Marokko veranlaßte, in aller Form die Intervention Deutschlands, Englands, Italiens und Spaniens zu erbitten[7]). Bismarck jedoch änderte seinen Standpunkt nicht, ein Zirkular Hatzfeldts an die Botschafter (1. Mai) stellte fest, daß es nicht im Rahmen der deutschen Politik liege, „*wenn wir anläßlich einer derart fernliegenden Frage aus unsrer gewohnheitsmäßigen Zurückhaltung heraustreten wollten.*"

So wichtig nahm Bismarck die Frage, daß er persönlich Courcel am 12. Mai darlegte[8]), „*daß Deutschland, wie die Politik des letzten Jahrzehnts zur Genüge dartue, weder in Afrika noch anderswo Interessen habe, welche gegen das Hauptinteresse an der Erhaltung guter Beziehungen zu unsern westlichen Nachbarn ins Gewicht fallen könnten. Lediglich in ihrem Interesse für Erhaltung des Friedens hege die Kaiserliche Regierung den Wunsch, daß die fortschreitende Zersetzung des marokkanischen Reichs keinen Anlaß zu Zerwürfnissen zwischen Frankreich und andern interessierten Mächten, namentlich dem zunächst beteiligten Spanien, ergeben möchte. Er würde sich freuen, wenn Frankreich und Spanien sich bei Zeiten über ihre respektiven sphères d'action in Marokko verständigen könnten. Sollte diese Auffassung von der französischen Regierung geteilt werden, so würde er, Fürst Bismarck, eventuell zu freundschaftlicher Vermittlung geneigt sein*".

Das Angebot freundschaftlicher Vermittlung beweist, daß Bismarck Deutschlands Beziehungen zu Frankreich doch schon als wesentlich gebessert ansah. Denn niemals würde er sonst so weit gegangen sein. Aber die Tatsache, daß Bismarcks großes Bündnissystem den Franzosen im Augenblick jede Aussicht auf kontinentale Bundesgenossen nahm, konnte nicht ohne Einfluß

auf ihr Verhalten bleiben. Rußland stand deutlich im andern Lager, zu dem Österreich und Italien vertraglich gehörten. Allein war Frankreich zu schwach, um den Kampf aufzunehmen oder auch nur die deutliche Gegnerschaft zu riskieren. So blieb ihm nichts übrig, als einen modus vivendi zu suchen. Automatisch wurde es an Deutschland herangezwungen. Zur Annahme von Bismarcks Vermittlungsangebot ist es zwar nicht gekommen, weil zur Zeit der Marokko-Ehrgeiz der Franzosen noch gar nicht so stark war, wie in Italien und Spanien befürchtet wurde. Dennoch haben sie unmißverständlich den Wunsch bezeigt, wenigstens in gewisser Hinsicht, in einem ganz konkreten Fall gemeinsam mit Deutschland zu handeln: der beiderseitige Gegensatz gegen England führte Berlin und Paris zusammen.

In der gleichen Unterredung zwischen Bismarck und Courcel, wo das Vermittlungsangebot erfolgt war, wurde eingehend besprochen der englisch-portugiesische Kongovertrag vom 26. Februar, der später von deutscher Seite als „Konfiskation von Zentralafrika" bezeichnet worden ist[9]). Ferry hatte den Botschafter beauftragt[10]), die Aufmerksamkeit des Reichskanzlers auf ihn zu lenken, da auch Deutschlands Handel geschädigt werde. Hier liegt der Beginn des die nächsten Monate beherrschenden deutsch-französischen Zusammengehens in den Fragen der Weltpolitik mit scharfer Spitze gegen England. Die Initiative hierzu ist also ursprünglich von Ferry ausgegangen, sein Plan war es, Deutschland gegen Englands Vorherrschaft mobil zu machen. Dabei kam es ihm ausschließlich darauf an, mit Deutschlands Hilfe die weltpolitischen Ziele Frankreichs gegen den englischen Widerstand zu realisieren. Sooft der Reichskanzler einen Versuch machte, darüber hinaus auch sonst zum Zusammenschluß zu gelangen, hat Ferry — wir werden das im einzelnen verfolgen — sich entzogen. Denn keineswegs darf sein Heranrücken an Deutschland gedeutet werden als Verzicht auf die Revanche. An ihr hielt er unabänderlich fest, er dachte nicht an wirkliche Versöhnung mit dem Sieger von 1871. Seine stolze Weltpolitik war ihm das Mittel, seinem Lande das erschütterte Selbstvertrauen zurückzugeben, es derart zu stärken, daß es wieder Anziehungskraft auf Großmächte ausübte, und so den nochmaligen Waffengang mit Deutschland zu ermöglichen[11]).

Bismarck hat die hingestreckte Hand ergriffen und Frankreich tatsächlich zum weltpolitischen Erfolg verholfen. Er hat es getan, nicht nur weil ihm in der allgemeinen Lage, die sich im Sommer 1884 herausbildete und die wir genau untersuchen werden, Frankreichs Beistand von zweifellosem Werte war, also nicht nur aus opportunistischen Überlegungen des Moments, sondern ohne jede Frage mit dem Ziele, doch noch weiterzukommen und die Basis für ein gesundes nachbarliches Verhältnis zu finden. Erkannten die Franzosen, von wie großem Nutzen ihnen die Freundschaft mit der Macht der Mitte zu sein vermochte, dann würden sie vielleicht umzustimmen sein, und Bismarck wußte genau, was es nicht nur für beide Länder, sondern für

die Menschheit bedeuten konnte, wenn sie ihre Feindschaft begruben. In diesem hohen Ziele ist er gescheitert, Frankreich blieb unversöhnlich und war nur zu momentaner, taktischer Interessengemeinschaft bereit, stets auf dem Sprunge, sich einer gegen Deutschland auftretenden Macht anzuschließen. So ist es eine unbestreitbare Tatsache, daß er mit eigener Hand den künftigen Gegner gestärkt hat.

Aber wir haben schon früher darauf hingewiesen, daß es nicht der koloniale Machtzuwachs gewesen ist, der den Franzosen zum siegreichen Bestehen des Revanchekampfes verholfen hat. Nie hätte hierzu alles dadurch gehobene Selbstbewußtsein und aller dadurch errungene materielle und militärische Gewinn ausgereicht, zumal ja nicht vergessen werden darf, daß gleichzeitig auch Deutschland dank dem Zusammengehen mit Frankreich das eigene Kolonialreich begründete. Ausschlaggebend ist allein gewesen, daß spätere Fehler der deutschen Politik, Fehler, vor denen Bismarck stets gewarnt und sich selbst gehütet hat, den großen Umschwung herbeigeführt haben, der dem französischen Vergeltungsstreben Bundesgenossen schuf.

2. Beginn der deutschen Kolonialpolitik

Zu dem Versuch, die alte Feindschaft zu überwinden, war der Moment besonders günstig, weil in Frankreich unter dem Eindruck der ägyptischen Ereignisse und der vielen sonstigen weltpolitischen Zwistigkeiten die Stimmung gegen England höchst ungünstig geworden war, sein Vorgehen indessen nur dann Aussicht bot, wenn nicht auch Deutschlands Gegnerschaft erwartet werden mußte. Charakteristischerweise hat damals ein so scharfsichtiger Mann wie der große Historiker Gabriel Monod sich äußern können, Englands Machtstellung beruhe nur auf dem deutsch-französischen Antagonismus: *„wenn Frankreich nicht Gefühls-, sondern Verstandespolitik triebe und sich weniger von der Revancheidee dominieren ließe, würde es diesen Moment benutzen, um nach Verständigung mit Italien, Spanien und der Türkei dem englischen Übergewicht im Mittelmeerbecken ein Ende zu machen"*[12]).

Andrerseits mußte Deutschland zur Zeit viel daran gelegen sein, Frankreich nicht zum Gegner zu haben, weil damals die Schritte erfolgten, die den Auftakt seiner eigenen Kolonialpolitik darstellen. Sie haben es sofort in Gegensatz zum meerbeherrschenden England gebracht. Am 15. März fand, nachdem Bismarck die Überzeugung gewonnen hatte, daß England *„unsre berechtigten Anträge nicht nur mit Gleichgültigkeit, sondern mit Härte und entschlossener Ungerechtigkeit behandelt hätte"*[13]), die Aussprache zwischen Graf Hatzfeldt und Lord Ampthill über die Fidschiinseln statt, die dafür Zeugnis ablegte, daß Deutschland nunmehr entschlossen sei, sich dem kolonialen Felde zuzuwenden. Faßte es aber hier Fuß, so durfte es nicht die Gegnerschaft beider großen Seemächte herausfordern, von denen die eine noch dazu sein kontinentaler Nachbar war. Darum hat Bismarck keinen Zweifel daran gelassen, daß sein Wunsch darauf gerichtet war, mit Frankreich Hand in Hand zu gehen. Wie er selbst die französische Expansion begünstigte, hoffte er, daß Frankreich der deutschen das gleiche Wohlwollen erweisen und daß hieraus eine allgemeinere Interessengemeinschaft erwachsen werde. Zu diesem umfassenderen Zweck sprach er schon am 24. April zu Courcel von der Möglichkeit, den Handel gegen englische Übergriffe durch eine Art „bewaffneter Seeneutralität" wie zur Zeit Katharinas II. zu schützen[14]), ein Projekt, auf das er mehrmals in den nächsten Monaten zurückgekommen ist. Alles Derartige blieb jedoch ungehört, so angenehm es den Franzosen war,

in den rein kolonialen Dingen mit Deutschland übereinstimmend vorgehen zu können.

Den Einzelheiten von Bismarcks Kolonialpolitik nachzugehen würde den Rahmen unserer Darstellung sprengen. Nur insoweit dürfen wir sie heranziehen, als sie bestimmend auf Deutschlands Verhältnis zu den europäischen Großmächten eingewirkt hat, und können uns deshalb auch nicht in die Motive vertiefen, aus denen er in die bisher grundsätzlich gemiedene Weltpolitik eingetreten ist. Er hat den deutschen Staat nach Übersee hinausgeführt und damit ein neues Kapitel deutscher Geschichte aufgeschlagen. In ihm einen Gegner kolonialer Betätigung zu sehen, wie so oft geschehen ist und geschieht, führt vollkommen auf Abwege. Gewiß hatte er bis dahin sich solchen Plänen entgegengestemmt und hat auch weiterhin noch am Übereifer des kolonialen Enthusiasmus harte Kritik geübt. Aber sie galt nicht der kolonialen Expansion als solcher, sondern nur allzu hitzigen Übertreibungen, die den Beziehungen des Reiches zu den Weltmächten geschadet und bedrohliche Rückwirkungen innerhalb Europas ausgelöst hätten. Hier aber lag nach wie vor die Entscheidung über Deutschlands Zukunft, und deshalb durfte hier durch überseeische Geschehnisse kein Wandel zum Schlechteren herbeigeführt werden. Es ist schwer verständlich, wie die Ansicht hat Anhänger finden können, daß Bismarck, der doch der Gründer des deutschen Kolonialreichs ist, Gegner deutscher Weltpolitik gewesen sei. Nicht daß Deutschland Weltpolitik getrieben hat, hat er bekämpft, sondern er hat verhindert, daß ein den andern erträgliches, wenn auch unter diplomatischen Reibereien so doch friedlich hingenommenes Maß überschritten, ihre Gegnerschaft herausgefordert und damit der Grund für ihren Zusammenschluß gelegt wurde. In dem obersten Prinzip seiner gesamten Außenpolitik, solchen Zusammenschluß zu verhindern, hat sich nichts geändert.

Daß neue Reibungsflächen eingeschaltet und sein Spiel zwischen den Mächten noch weiter kompliziert wurde, war Bismarck wohl bewußt. Gerade der führenden Weltmacht gegenüber schränkte das Bestehen dieses bei der so gut wie nicht vorhandenen maritimen Rüstung nicht zu verteidigenden Angriffspunktes die deutsche Handlungsfreiheit erheblich ein. Aber er vertraute darauf, in Europa die nötigen Gegengewichte schaffen und durch sein europäisches System den Kolonien die nötige Sicherheit geben zu können, und räumte deshalb solchen Bedenken keine derartige Durchschlagskraft ein, um sich gegen die nun einmal das Zeitalter entscheidend bestimmenden Triebkräfte zu stemmen: die wirtschaftlich in ungeheurem Aufstieg befindliche, dabei jedoch an Rohstoffmangel leidende Macht durfte sich nicht in Widerspruch setzen zu den allenthalben zum Durchbruch gekommenen Prinzipien des Imperialismus und Hochkapitalismus.

Mit diesem generellen Hinweis müssen wir uns begnügen. Kurz muß nur schon hier, als in engstem Konnex mit den von uns zu behandelnden

Problemen stehend, hingewiesen werden auf die neueste Darstellung der Bismarckschen Kolonialpolitik aus englischer Feder[15]), die das Verdienst hat, den zwischen den europäischen und kolonialen Vorgängen bestehenden intimen Kausalzusammehang in den Mittelpunkt zu stellen, leider aber den richtigen Grundgedanken total verfälscht, indem sie die These überspitzt, daß Bismarck das weltpolitische Gebiet betreten habe in der bewußten Absicht, Konflikte mit England zu provozieren, weil er dann den Franzosen bei ihrem eigenen Gegensatz zu England als wünschenswerter Bundesgenosse erschien. Der Zweck, um dessentwillen er nach Kolonien griff, sei also gewesen, Frankreichs Feindschaft zu überwinden.

Wie unzutreffend diese kühne Theorie ist, wird unsre Betrachtung des Verhältnisses zu England und Frankreich in den nächsten Monaten erweisen. Aber ganz im allgemeinen ist ihre psychologische Unmöglichkeit sofort zu betonen. Immer wieder haben wir bisher die längst bekannte Tatsache bestätigt gefunden, daß Bismarck als Mittel, den Revanchewillen abzulenken, die französische koloniale Betätigung begünstigt hat; es ist nichts Neues, wenn er das fortsetzte. Aber ebenso haben wir gesehen, wie sehr er sich hütete, wegen des Abgrundes, der ihn von Gladstone trennte, die englische Nation sich zum Feinde zu machen, und hätte es hierfür ein besseres Mittel gegeben als ein auf der Grundlage gemeinsamen weltpolitischen Zwistes mit England beruhendes Bündnis mit Frankreich? Das würde doch gerade den imperialistisch denkenden Konservativen, deren Wiederaufstieg zur Macht Bismarck erwartete und erhoffte, unerträglich gewesen sein. Wenn es tatsächlich zu solchem kolonialen Zusammengehen mit Frankreich zeitweilig gekommen ist und wenn Bismarck ernstlich gewünscht hat, dies auf Europa auszudehnen, so nicht deswegen, weil das sein eigentliches Ziel gewesen wäre, sondern als Folge des britischen Widerstandes. Das Ziel konnte es schon deshalb nicht sein, weil Bismarck im Einklang mit seiner bisherigen, uns oft entgegengetretenen Überzeugung im innersten Herzen mit Recht nicht daran glaubte, daß die französische Freundschaft auf die Dauer zu haben sein werde. Den Versuch zu machen, fühlte er sich bei der relativen Gunst der Situation verpflichtet, aber der Erfolg war ihm von vornherein so fraglich, daß ihm jeder Weg ausgeschlossen galt, der England endgültig abgestoßen hätte. Daß er in Einzelmomenten den Konflikt mit England benützt und ihn sogar absichtlich verschärft hat, um näher an Frankreich heranzukommen, steht fest. Jedoch hierin das beherrschende Leitmotiv seiner Kolonialpolitik zu erblicken, übertreibt einen richtigen Kern geradezu ins Unsinnige. Immer werden wir Bismarck bestrebt finden, trotz aller Schärfe seines Auftretens die englische Nation nicht endgültig vor den Kopf zu stoßen.

Daß er den Zwist mit England nicht gesucht hat, geht schon aus der Haltung hervor, die er zunächst in der ägyptischen Frage einnahm, als diese

durch den Streit über die künftige Finanzverwaltung des Landes und durch das Auftreten des Mahdi im Sudan wieder derart hervortrat, daß Lord Granville zur Regelung des ersteren Punktes die Mächte am 19. April zu einer Konferenz nach London lud. Es war ja immer so gewesen, daß die Franzosen, während sie sonst überall in der Welt auf Bismarcks Wohlwollen rechnen konnten, in Ägypten keinen Beistand von ihm zu erwarten hatten; hier hatte er sich gehütet, England entgegenzutreten, allerdings auch nicht daran gedacht, ihm aktiv Hilfe zu leisten. Dieser Richtlinie blieb er treu. Wäre ihm daran gelegen gewesen, in Gegensatz zu England zu geraten, so hätte er doch nur hier sich für die französischen Wünsche, deren Stärke ihm bekannt war, einzusetzen brauchen, und davon ist vorläufig keine Rede gewesen.

Daß er bei seiner alten eigenen Reserve und vorsichtigen Zurückhaltung nach allen Seiten hin zu verharren gedachte, hatte er verschiedentlich in den letzten Monaten außer Frage gestellt. Im Januar hatte er auf die Meldung, daß Sir Evelyn Baring, der spätere Lord Cromer, auf die Räumung des Sudan dränge, dem Auswärtigen Amt geschrieben: „*Die Absicht Englands, ein so großes Gebiet der Negerbarbarei wieder zu überantworten, habe doch etwas Bedenkliches. Namentlich verständen wir nicht die Motive zur Aufgabe von Karthum, das ein Hauptplatz wäre und, da es am Nil gelegen, doch wohl leicht gehalten werden könnte, jedenfalls mit geringerer Schwierigkeit, als die spätere Wiedergewinnung, wenn es einmal verloren wäre, verursachen würde. Über die Zweckmäßigkeit der englischen Entschließung enthielten wir uns selbstverständlich jedes Urteiles und hätten auch zu wenig Interesse an der Entwicklung, um aktiv hineinzureden. Nur würden uns die angeführten Motive verhindern, dem Sultan irgendwie entgegenzutreten, wenn er sich entschlösse einzugreifen. Wir würden nach keiner Seite hin eine Initiative ergreifen; wenn England aber verlangen sollte, wir möchten dem Sultan hinderlich sein, so wäre das für uns nicht tunlich, und wir glaubten auch, daß England nach allem, was es für die Abschaffung des Sklavenhandels getan, im Interesse der Zivilisation sich nicht darauf einlassen könnte*“[16]).

Ebenso betonte er die Unmöglichkeit eigenen Hervortretens, als Anfang März Abdul Hamid wieder einmal seinen vertraulichen Rat erbat. „*Die Erteilung eines bestimmten Rates*“, schrieb Graf Rantzau dem Auswärtigen Amt (11. 3.), „*würde eine gewisse Garantieübernahme involvieren, daß es auch gut auslaufen würde. Wenn man sich auch theoretisch das Bild zurechtlegen könnte, so würde doch alles auf die weitere praktische Durchführung ankommen ... Das Vertrauen des Sultans auf unsere politische Einsicht wäre sehr ehrenvoll, aber er überschätzte doch unsere Fähigkeit in die Zukunft zu sehen. Wir hielten es immer für richtiger, wenn der Sultan ganz offen den Rat aller Großmächte einholte, anstatt nur uns zu fragen; wir wären vielleicht die unparteiischsten, aber unfähig ihm einen Rat zu erteilen.*“ Die Notwendigkeit der Zurückhaltung

wurde Radowitz ausdrücklich damit begründet, England werde eine Einmischung in Ägypten als „*Akt direkter Feindseligkeit*" betrachten: „*weitergehende Ratschläge würden als eine Prätension autoritativer Überwachung der anderen Mächte erscheinen, und es würde selbst im türkischen Interesse nicht nützlich sein, wenn Deutschland in erster Linie als Anwalt und Vorkämpfer der Pforte aufträte und sich dadurch der Möglichkeit beraubte, im gegebenen Augenblick mit dem Ansehen, das ihm seine Unparteilichkeit gibt, zu Gunsten der Pforte seine Vermittlung eintreten zu lassen*"[17]).

Genau entsprechend war nunmehr die Haltung gegenüber der von England beantragten Konferenz. Die erste Ankündigung dieser Absicht[18]) versah Bismarck mit dem Marginal: „*Die Frage ‚ob' ist kaum abzulehnen, wenn England es beantragt. Die Frage ‚was' ist nicht reif und diesseits zu ignorieren; in Betreff ‚wo' bin ich für London; Berlin würde uns in den Vordergrund drängen, London England, was besser ist.*" Deutschland war auch der erste Staat, der sich bereit erklärte, allerdings unter der Voraussetzung, daß alle anderen es ebenfalls täten, und als der Sultan als Tagungsort Berlin vorschlug, wurde das dem Marginal gemäß sofort abgelehnt: „*Wir wollen aus unsrer reservierten Haltung nicht heraustreten; dies liegt auch nicht im Interesse der Türkei, der wir unter der Hand nützlichere Dienste leisten können als im Präsidium einer Konferenz.*"

Zeigt dies alles schon deutlich, wie wenig Bismarck daran dachte, sich gegen England zu wenden, so hat er nun einen überaus bedeutsamen Schritt im genau gegenteiligen Sinne unternommen. Das Bevorstehen der Konferenz dachte er als Handhabe zu benützen, um das Verhältnis beider Länder grundsätzlich zu bereinigen. Er selbst verfügte mit seinen Bündnissen und dem Dreikaiservertrag über glänzende Position, die Englands dagegen war alles eher als beneidenswert. Im Innern schwer erschüttert durch die irischen Wirren war es außenpolitisch belastet durch die asiatische Rivalität mit Rußland, durch die Folgen des Zurückweichens vor den Buren, durch Ägypten und den Sudan und durch das koloniale Umsichgreifen Frankreichs. Dazu kam die Ankündigung des Reichsschutzes für Lüderitz in Angra Pequena am 24. April und der dem französischen folgende offizielle deutsche Protest gegen den Kongovertrag am 29. April. Bei dieser Fülle von über sie hereinbrechenden Schwierigkeiten würden, so rechnete der Reichskanzler, die britischen Staatsmänner sich vielleicht bereit finden, durch konkrete Zugeständnisse zu erkaufen, daß Deutschland sich nicht auf die Seite seiner Gegner schlage.

In zwei Erlassen an Graf Münster vom 5. und 11. Mai[19]) bot er „unsern Beistand in den politischen Geschäften Englands, den wir unter der Bedingung leisten würden, daß wir in der Südsee und in Afrika einchließlich des englisch-portugiesischen Vertrages klaglos gestellt werden und daß England uns durch die Abtretung von Helgoland in dem Bestreben unterstützt, die

öffentliche Meinung in Deutschland für eine entsprechende Haltung der deutschen Politik zu gewinnen". So gab er England die Möglichkeit, mit klar umrissenen Gegenleistungen sich des guten Willens Deutschlands zu versichern[20]). Indem er den Vorschlag politischen Zusammengehens machte und offen alsbald seinen Preis, Entgegenkommen auf die kolonialen Wünsche und Helgoland, nannte, war er sich bewußt, einen Schritt von großer grundsätzlicher Tragweite zu tun. Er wünschte das koloniale Feld im Einverständnis mit England zu betreten, womit die entscheidende Erleichterung gegeben worden wäre. So weit war er von der ihm zugeschriebenen Absicht entfernt, den Konflikt wegen des Eindrucks auf Frankreich herbeizuführen. Für das Gesamtbild seiner Außenpolitik ist bezeichnend, daß er sein Angebot für vereinbar ansah mit seiner vertraglichen Bindung an Rußland, die ja eben erst erneuert worden war. Das Zusammengehen mit England durfte sich also nicht auf Felder erstrecken, die ihn in Widerspruch mit seinen Pflichten gegen den Zaren gebracht hätten. Den Dreikaiservertrag zu opfern und auf Rußland zu verzichten, davon ist auch nicht ein Schatten bei ihm vorhanden gewesen. Vielmehr haben wir hier wieder eine der Erscheinungsformen seines Bestrebens vor uns, den Frieden durch intensive Pflege seines Verhältnisses sowohl zu London als auch zu Petersburg zu sichern und damit Deutschland absolut unangreifbar zu machen. Trotz ihres Gegensatzes untereinander wirkte er darauf hin, sie beide die Vorteile der Freundschaft mit Deutschland, in dem Umfang, wie das praktisch verwirklichbar sein würde, spüren zu lassen und beide an seiner Seite festzuhalten.

Um sich dem englischen Wunsch nach Zusammentritt der Ägypten-Konferenz gefällig zu zeigen und so die Bereitwilligkeit für sein Angebot zu erhöhen, hat er Ferrys starke Abneigung dagegen beschwichtigt. Mitgespielt hat auch der Gedanke, daß auf der Konferenz aller Voraussicht nach England und Frankreich hart aufeinanderplatzen und infolgedessen beide genötigt würden, größere Rücksicht auf Deutschland zu nehmen. „*Wir würden*", sagte er am 12. Mai zu Courcel[21]), „*es auch vom französischen Standpunkt für nützlich halten, wenn Frankreich auf den englischen Vorschlag einginge. Es werde nicht möglich sein, das Ergebnis der Konferenz durch Vorverhandlungen zwischen zweien der Teilnehmer festzulegen, bevor sie eröffnet ist. Unterbliebe die Konferenz ganz, so werde England durch die Macht der Verhältnisse dazu getrieben werden, auch ferner auf eigene Hand in Ägypten weiter vorzugehen, und könne sich damit rechtfertigen, daß es Verständigung mit den anderen Mächten gesucht habe, ihm aber die Besprechung versagt worden sei. Uns schiene es, als ob man sich in Paris wegen der Kompetenzfrage nicht zu beunruhigen brauche; denn es sei sachlich kaum möglich, die finanzielle Seite der Sache von der Frage der Gestaltung und Administration des Landes loszulösen und von ägyptischen Anleihen zu sprechen, ohne die Garantie dafür und andere damit zusammenhängende Fragen zu berühren. Frankreich würde es also in der Hand*

haben, zur Besprechung zu bringen, was es in seinem Interesse diskutiert zu sehen wünschte. Das französische Kabinett habe alle Aussicht, auf der Konferenz in diesem Bestreben bei anderen Mächten Unterstützung zu finden, und wir rieten insbesondere mit Italien Verständigung zu suchen, weil dieses gleiche Interessen am Nil zu vertreten habe wie Frankreich. Auch Rußland würde die europäische Bedeutung der ägyptischen Frage stets betonen, weil es nicht wünsche, daß über einen Teil der etwaigen türkischen Erbmasse vor Befriedigung aller Prätensionen verfügt werde.

Was uns betrifft, so wisse die französische Regierung, daß wir in allen Fragen, die nicht unsre Grenzen betreffen, stets bereit gewesen seien, allen französischen Wünschen förderlich zu sein. Wir hätten in der ägyptischen Frage kein deutsches Interesse zu vertreten, sondern nur das allgemeine, mit den übrigen Mächten und namentlich mit Frankreich gute Beziehungen zu unterhalten. Es würde daher mit unsrer ganzen bisherigen Politik gegenüber Frankreich im Widerspruch stehen, wenn wir nicht auch in den weiteren Stadien den französischen Wünschen entgegenkommen wollten. Wir hätten vor allem zu vermeiden, daß den aus der Vergangenheit hervorgehenden Verstimmungen Frankreichs gegen uns nicht noch die neue Ursache zuwachse, daß das französische Volk uns die Schuld der Enttäuschungen zuschreibe, die es von England erleiden könnte."

Für direkten Beistand verwies Bismarck also die Franzosen auf Italien und Rußland, während er von Deutschland Entgegenkommen auf die französischen Wünsche in Aussicht stellte. Er wählte diese unverbindliche Form, weil er sich nicht gegen England festlegen wollte, solange das Ergebnis seines Angebots vom 5. Mai nicht feststand. Mehr war auch nicht erforderlich, Ferry ließ sich desto leichter umstimmen, weil er inzwischen erkannt hatte, daß die Konferenz ihm eine Möglichkeit bot, mit Hilfe Europas den verlorenen Boden in Ägypten zurückzugewinnen. Ein Abgeordneter sagte zu Bernhard Bülow, Gladstone habe „*seiner törichten ägyptischen Politik die Krone aufgesetzt, als er die Einladungen zur Konferenz ergehen ließ, was so viel hieß, als uns die seit zwei Jahren verschlossene Tür von Ägypten wieder öffnen*", denn Frankreich würde die Mehrheit hinter sich haben, weil es den Kuchen mit andern teilen wolle, während England ihn allein zu essen wünsche[22]). So schien das Zustandekommen der internationalen Aussprache gesichert, und ihr unmittelbares Bevorstehen erhöhte in beiden Westmächten das Bedürfnis, sich des guten Willens Deutschlands zu versichern.

Dennoch ist das Ergebnis von Bismarcks Angebot an England ein völlig enttäuschendes gewesen. Durch Schuld Graf Münsters, der aus Antipathie gegen koloniale Versuche einseitigen Nachdruck auf Helgoland legte, ist der umfassende Charakter und die Tragweite des Angebots Lord Granville nicht klargeworden. Er ließ ihm glatte Absage zuteil werden, die deutsche Demarche hat nur die Folge gehabt, daß England sich seitdem angestrengt mühte, noch vor dem Zusammentritt der Konferenz zu direkter Verständi-

gung mit Frankreich zu gelangen und damit die Dinge in die Bismarcks Plänen genau zuwiderlaufende Richtung zu wenden. Sein Zorn hierüber spricht aus der Instruktion an das Auswärtige Amt (20. Mai): „*Wenn es möglich wäre, daß England und Frankreich sich vor der Konferenz verständigten, so würde unser Interesse an derselben entfallen, da eine Zusammenkunft zu bloßer Unterschrift nicht ersprießlich sei. Diesen Standpunkt schon jetzt in bestimmter Form auszusprechen, hält S. D. aber nicht für zweckmäßig, sondern bittet Euer Exc. nur zu äußern, daß wir im Falle der gedachten Verständigung zu prüfen haben werden, ob für uns und andere ein Interesse an der Konferenz noch vorliege.*" Wegen Helgoland wurde Münster verboten weiter zu verhandeln (25. Mai), und an alle Botschafter erging ein Zirkular (28. Mai): „*Über Wien erfahren wir, daß nach Äußerungen des Herrn Gladstone Verhandlungen zwischen England und Frankreich behufs Verständigung über Ägypten im Gange sind, aber geheim gehalten werden, um den anderen Mächten einen Abschluß vorzulegen, dessen Annahme dann in rein finanzieller Konferenz erledigt werden könne. Minister Gladstone hält für zweifellos, daß alle Mächte das Abkommen Englands und Frankreichs billigen werden.*" Der letzte Satz enthielt eine unverkennbare Drohung, und tatsächlich ist das Scheitern von Bismarcks Aktion für das englisch-deutsche Verhältnis von bösen Folgen gewesen. Sein Angebot, gegen die verlangten Konzessionen Englands Gegnern keinen Beistand zu gewähren, hatte den Hinweis enthalten, daß Deutschland diese unterstützen könne, wenn der Preis nicht gezahlt werde. England hatte ihn verweigert, und so folgte der Kurswechsel der deutschen Politik: nunmehr suchte sie „die Förderung ihrer Interessen im Zusammenhang mit anderen Mächten", das hieß praktisch mit Frankreich.

Besonders aber brach der Groll des Kanzlers über Münster herein. Ein überaus scharfer Erlaß vom 1. Juni[23]) forderte Rechenschaft von ihm. Von weiteren Schritten gegen ihn wurde jedoch vorläufig noch abgesehen, offenbar in Rücksicht auf die persönliche Vorliebe Kaiser Wilhelms für den Botschafter.

3. Notwendigkeit neuer Vermittlung zwischen Wien und Petersburg

Daß hinter Bismarcks Angebot an England keinesfalls die Bereitschaft zum Verzicht auf Rußland vermutet werden darf, haben wir betont. Für Pläne, wie sie früher von Österreich verfochten worden waren, den Zweibund anzulehnen an die große Seemacht statt an die Landmacht des Ostens, war er auch jetzt vollkommen unzugänglich. Jedoch hat offenbar zu seinem Entschluß die Erkenntnis beigetragen, daß trotz des Dreikaiservertrags wirkliche Stabilität nicht gewonnen war. Über die dem Vertrag innewohnenden Schwächen hat sich Bismarck keine Illusionen gemacht, namentlich weil der Abbau der militärischen Maßnahmen nicht zu erreichen gewesen war. Aber an wirkliche Gefahr glaubte er für seine Dauer nicht und widersprach, als Graf Kálnoky das Erreichte als bloßen Waffenstillstand bezeichnete und die ganze Balkansituation recht schwarz malte. „*Die Verhältnisse auf der Balkanhalbinsel*", sagte der Minister[24]), „*seien so prekärer Natur, das Verhalten der russischen Politik auf diesem Terrain so unsicher, daß dort Verwicklungen unschwer vorauszusehen seien. Die Lage habe sich insofern verschlechtert, als sich England immer mehr von den alten Bahnen seiner traditionellen Politik entferne. Mit einer gewissen ängstlichen Hast habe das britische Kabinett gegen die Andeutung protestiert, welche ihm gelegentlich der bulgarischen Angelegenheiten im vorigen Jahre gemacht worden sei, daß der heutige Bestand der europäischen Türkei und die Schließung der Meerengen ein hervorragend englisches Interesse sei. Wenn die englische Politik in dieser Richtung weiter zurückginge, so würden wir uns auf der Balkanhalbinsel bald in einem tête à tête mit Rußland befinden, und es sei vorauszusehen, daß wir das Ausbleiben Englands in jenen Fragen einmal recht störend empfinden würden.*"

Groß war die Zuversicht also nicht, die man in Wien auf den Vertragsabschluß setzte, und um so pessimistischer beurteilte Kálnoky die Lage, weil er stärker als Bismarck mit der Eventualität rechnete, bei der kommenden Orientregulierung nicht mehr bei England Rückhalt zu finden. Die Unvermeidlichkeit solcher Entwicklung bestritt der Kanzler sofort.

„*Ich verstehe*", schrieb er an Reuß (9. April), „*nicht recht, in welcher Absicht der Graf Kálnoky an die Mitteilung, wie befriedigt der Kaiser Franz Joseph über die Verlängerung des geheimen Vertrages ist, die pessimistischen*

Auslassungen geknüpft hat, die in Eurer Durchlaucht geheimem Bericht vom 30. wiedergegeben sind. Fürchtet er Krieg mit Rußland? Ich will nicht darüber streiten, ob der gegenwärtige Zustand als ein Waffenstillstand zu bezeichnen sei, bin aber geneigt, demselben innerhalb eines Zeitraums, für den überhaupt in den internationalen Beziehungen Berechnungen mit einiger Sicherheit gemacht werden können, eine längere Dauer zuzutrauen. Auch unser Friede mit Frankreich ist nicht auf Menschenalter hinaus gesichert und doch gegenwärtig nicht als bedroht anzusehen. Für die nächste Zeit betrachte ich nach Osten hin die Ruhe als gesichert, weil ich nicht zweifle, daß der Kaiser Alexander sein Wort halten wird; daß nach Ablauf der Vertragsfrist Verwicklungen im Orient zu kriegerischen Ereignissen führen müßten, vermag ich nicht abzusehen. Es würde sich doch vielleicht eine Scheidelinie zwischen russischen und österreichischen Interessen im Orient finden lassen, auch wenn nicht, was doch möglich, in Rußland im Laufe der Jahre neue Gestaltungen eintreten sollten.

Ich glaube auch nicht, daß England in der gegenwärtigen unnatürlichen und schädlichen Entfernung von seiner traditionellen Politik beharren wird. Gladstone, der nach außen mehr die Befriedigung seiner persönlichen Antipathie als die Interessen des Staates verfolgt, ist 75 Jahre alt, und sein Bestreben, durch die Reformbill die Konservativen für immer von der Regierung auszuschließen, kann einen dauernden Erfolg nicht haben. Die Deutschfeindlichkeit der englischen Politik wird nicht ewig dauern.

Ich sehe endlich in dem „tête à tête mit Rußland" nichts außergewöhnlich Beängstigendes; ähnliche Situationen sind in der europäischen Politik seit Jahrhunderten stets vorhanden gewesen. Wohl aber sehe ich in der Möglichkeit eines solchen eine Mahnung zur Verständigung mit Rußland, soweit sie möglich ist; die Divergenz der Orient-Interessen beider ist doch nicht absolut unlösbar."

Das war ein neuer Hinweis auf seinen Demarkationsplan, Bismarck benutzte die Wiener Befürchtungen, um an dies oft empfohlene Ziel zu erinnern, und in der Tat, gerade wenn die Österreicher des englischen Beistands nicht mehr sicher waren, lag aller Grund für sie vor, nach festerer Basis gütlichen Ausgleichs mit Rußland zu suchen. Reuß konnte darauf auch einschränkend berichten (17. April), eine besondere Absicht habe Kálnoky mit seiner Schwarzmalerei nicht verbunden, ebensowenig wie Kaiser Franz Joseph zweifle er an der Worttreue des Zaren: *„Aber er kann sich eines Gefühls der Unsicherheit nicht erwehren, wenn er die inneren Zustände des russischen Reiches betrachtet, die die Möglichkeit einer Umwälzung leider nicht ausschließen. Er fürchtet einen Krieg nicht, solange der jetzige Zustand besteht, und sieht in unseren neusten Abmachungen die beste Garantie für die Erhaltung des Friedens. Er kann sich indessen der Evidenz nicht verschließen, daß, wenn einmal andere Faktoren als die jetzigen in Rußland maßgebend sein sollten, es mit der Weisheit, die Herr von Giers jetzt in seiner Beurteilung der Orientpolitik Rußlands an den Tag legt, ein Ende haben könnte."*

„*Wenn der Himmel einfällt, sind die Spatzen tot! alle!*", bemerkte Bismarck. Bezogen sich die österreichischen Besorgnisse nur auf solche Zukunftsmöglichkeit, so stimmte er mit ihnen überein und hat deshalb vorsichtig seine Einwirkungen in Wien fortgesetzt, sich militärisch stark zu halten. Schwere Bedenken empfand er über den Plan, die zisleithanischen Bahnen nach nationalem Gesichtspunkt aufzuteilen, er nannte ihn „*ein nicht bloß auf militärischem Gebiet für die Zukunft der österreichischen Monarchie gefährliches Experiment*". Hineinreden dürfe der Botschafter in die Wiener Entschlüsse indessen nicht: „*Ich betrachte als selbstverständlich, daß Euer Durchlaucht jeden Anschein, als ob wir uns unter dem Vorwande des bundesfreundlichen Interesses in die inneren Angelegenheiten Österreichs zu mischen suchten, sorgfältig und mit oft bewährtem Takte vermeiden wollen*"[25]). Um so erfreulicher war es, daß die Idee in einem Kronrat vom 5. Juni trotz zähesten Widerstandes der polnischen Minister abgelehnt wurde[26]).

Kálnokys Zukunftssorgen teilte der Reichskanzler, weil unverkennbar die Zahl der Gegner des Einvernehmens mit Österreich in Petersburg nicht geringer geworden war. Der Vertragsabschluß konnte ja bei dem Geheimnis, das ihn bedeckte, nicht unmittelbar auf die Stimmung wirken, und die Agitation gegen die in ihm festgelegte Politik fand Auftrieb in der Anwesenheit des durch seinen Mißerfolg tief enttäuschten Saburow. Zwar gab er sich gegen Herbert Bismarck den Anschein, loyal jeder Wühlarbeit gegen Giers fernzubleiben, und spielte sich als ehrlichen Verfechter der Verständigung auf, indem er seinem von Bismarck verübelten Verhalten die Erklärung gab: „*Ich wollte die engen Grenzen, in denen sich unser jetziger Vertrag bewegt, erweitern, und zwar zu dem Zwecke der dauerhaften Befestigung unsrer guten Beziehungen. Der Orient ist und bleibt das Hauptobjekt für die russische Politik, unsre Interessen konvergieren dahin und nicht nach dem Okzident, und die Blicke aller Russen würden von letzterem ganz abgelenkt werden, wenn man greifbare Errungenschaften im Orient erreichen könnte ... Rußland wird bei der den Slawen anhaftenden Unruhe und seinem in gewissen Perioden wiederkehrenden Gefühl von überschießender Kraft alle 20 bis 25 Jahre die Ableitung eines großen Krieges brauchen: wird ihm durch fesselnde Traktate der Orient versperrt, so entsteht die Gefahr, daß ein Krieg auf der Westgrenze heraufbeschworen wird. Dies für alle absehbare Zukunft zu verhüten, ist meines Erachtens die Aufgabe unsrer Diplomatie*"[27]). Das war mit schönen Worten eine reichlich widerspruchsvolle Argumentation, denn gerade wenn wirklich periodisch wiederkehrende kriegerische Explosionen von Rußland zu befürchten waren, war das ein Grund für die Mittelmächte, es nicht allzu stark werden zu lassen, um nicht selbst das Opfer zu werden. Saburows Rechtfertigung stieß deshalb auf starke Skepsis, und in der Tat hat er sich eindeutig den Gegnern von Giers zugesellt.

Um dessen Stellung durch den Beweis zu stärken, daß seine Politik

Rußland Früchte einbringe, hat Bismarck das seine beigetragen, den russischen Einfluß in Persien zu befestigen. Dem persischen Postminister hat er auf die Frage, nach welcher Richtung sein Land, das für selbständige Politik zu schwach sei, sich anlehnen solle, geantwortet[28]): „*wenn seine Regierung darauf angewiesen sei, zwischen Rußland und England zu wählen, so würde sie gut tun, den Unterschied zu erwägen, welcher in der Verfassung beider Staaten läge. Eine Zusage, die Rußland geben könnte und würde, wäre die sicherere, weil dort die Politik von einem Monarchen geleitet würde, der willens und imstande sei, ein gegebenes Wort zu halten, während man England gegenüber darauf gefaßt sein müsse, daß mit einem Wechsel des Ministeriums auch die Politik wechsele, wie z. B. der Sultan erfahren habe, mit dem England unter einem neuen Ministerium die ererbten Beziehungen abgebrochen habe. Ich machte Mirza Kuli Khan den Unterschied an dem Beispiel klar, ob Persien in der Lage sein würde, eine konsequente und Vertrauen erweckende auswärtige Politik zu treiben, wenn die Entschließungen des Schah von einer Versammlung abhängig wären, die alle paar Jahre von Kaufleuten, Kameltreibern und Arbeitern gewählt würde. Ich könnte ihm nur diese Erwägung empfehlen, aber keinen Rat geben.*"

Unmittelbaren Erfolg verschaffte er der russischen Regierung, indem er im Gegensatz zu seiner früheren Haltung die Auflage einer Anleihe in Deutschland begünstigte. Schon vor dem formellen Abschluß des Vertrages, sobald die Einigkeit über seine Grundlinien feststand, hat er in diesem Sinne auf Bleichroeder eingewirkt[29]), und als sie dann wirklich Anfang April aufgelegt wurde, hat er die Seehandlung veranlaßt, sich an ihr zu beteiligen und dadurch ihr glänzendes Ergebnis sichergestellt. Ihm lag daran, seine Freundschaft zu Rußland unmißverständlich zu bekunden. Als Graf Herbert berichtete (19. April), daß in Petersburg behauptet werde, Bismarck habe die Beteiligung der Seehandlung gewünscht, um den deutschen Kapitalisten Vertrauen einzuflößen und der Angelegenheit eine politische Färbung zu geben, bejahte er das ausdrücklich.

Der Erfolg der Anleihe hat auch günstig auf die russische Stimmung eingewirkt. Wenn der Bericht des französischen Generalkonsuls in Warschau zuträfe, würde sogar auf dem entscheidenden militärischen Gebiet, wo Kaiser Alexander eben noch jede Konzession verweigert hatte, ein Umschwung eingetreten sein: er behauptete, Kosakenregimenter seien von der Grenze ins Innere zurückgezogen worden[30]). Aber die deutschen Akten enthalten hierüber kein Wort, und es ist äußerst unwahrscheinlich, daß sie von einer derart schwerwiegenden Tatsache, durch die endlich dem immer wieder geäußerten Wunsch entgegengekommen wäre, keine Notiz genommen hätten[31]).

Andre wichtige Anzeichen indessen stellten sich für die verbesserte Atmosphäre ein. Der Gehülfe des Hausministers, General Durnow, als Vorsitzender des allslawischen Komitees eine überaus wichtige Persönlichkeit,

unterbreitete zusammen mit dem Alexander III. nahestehenden Pobjedonoszew dem Grafen Herbert den Gedanken neuer Verbindung der beiden Kaiserhäuser: der Großfürstthronfolger solle eine der jüngeren Töchter des Kronprinzen heiraten; Pobjedonoszew fügte hinzu, Intimität mit Deutschland sei die einzig vernünftige Basis russischer Politik[32]). Der Reichskanzler griff alsbald zu, und es ist nicht überraschend, daß auch Kaiser Wilhelm freudig auf den Vorschlag einging.

Schweinitz hat in seinen Denkwürdigkeiten[33]) erzählt, wie glücklich Graf Herbert war, daß ihm sein Vater aus diesem Anlaß einen langen eigenhändigen Brief geschrieben hat: „es ist das erste Mal, daß ich einen längeren Brief von meines Vaters Hand erhalte seit 1870, als ich nach Mars La Tour verwundet im Lazarett lag", — bei der Enge des menschlichen Verhältnisses ein besonders aufschlußreiches Symptom für Bismarcks Widerwillen gegen das „Tintfaß" in seinen späteren Jahren. Der Brief (Berlin, 14. Mai, FA) umreißt die über das Dynastische weit hinausführende Bedeutung des Heiratsplans:

„Die Zukunftspläne in Deinem geheimen Bericht vom 23. April haben bei Seiner Majestät sehr sympathischen Anklang gefunden, sowohl in Erinnerung an alte Zeiten wie im Hinblick auf die Zukunft. Ich erhielt den Auftrag, die Sache mit dem Kronprinzen zu besprechen, was erst vorgestern sich ermöglichen ließ und, wie ich erwartete, ohne eigene Parteinahme, mit Kundgebung der Absicht schloß, mit Ihrer K. H. zu sprechen. Dort werden voraussichtlich eigne und mütterliche Anglikanismen die deutsche und politische Seite der Frage in ihrer Bedeutung herabdrücken; auch die Diskretion ist dort nicht sicher, die Instanz aber nicht zu umgehen, wenn ich mir eine Meinung über die Möglichkeiten bilden will. Ich habe darauf gestern von Neuem mit Sr. M. gesprochen und die Ermächtigung leicht erhalten, Dir zu antworten, daß der Kaiser aus persönlichen wie aus politischen Gründen eine Verbindung der Art für sehr erfreulich und im Interesse beider Völker wünschenswert hält. Die konfessionelle Frage findet bei Sr. M. kein Bedenken, in Erinnerung an den Hergang mit der Frau Schwester; mehr Gewicht wurde darauf gelegt, daß die jungen Herrschaften sich doch einmal sehen müßten, bevor über sie entschieden würde. Meine Einwendung, daß gegenseitige Eindrücke in dem Alter für große politische Entschließungen der Monarchen nicht maßgebend wären, kam gegen die Reminiszenzen aus der romantischen Zeit nicht ganz zur Anerkennung, und daß unser Herr seinerseits auch nicht gefragt worden ist, wen er heiraten wollte, wagte ich nicht in Erinnerung zu bringen. In seinem Herzens-Kodex dominieren die Reminiszenzen an mütterliche und schwesterliche Hergänge aus der Zeit von 1820.

Ich schlage Dir nun vor, daß Du den beiden Herren gegenüber, die mit Dir davon gesprochen haben, die Initiative nimmst, indem Du ihnen in gleicher harmloser Form sagst, Du hättest mir privatim über die Unterhaltung geschrieben, und ich, lebhaft für den Gedanken eingenommen, hätte geantwortet, daß ich den

Kaiser gelegentlich sondiert und, wie oben, angenehm davon berührt gefunden hätte. Ich fügte hinzu, daß ich, wenn der Sache jemals amtlich näher getreten würde, von der konfessionellen Seite keine unüberwindlichen Schwierigkeiten erwartete; ich teilte die Ansicht, daß eine Kaiserin von Rußland griechisch sein müsse; ohne das würde sie der Freundschaft beider Völker eher störend als förderlich werden. Im Volke würde bei uns die Verbindung sehr populär sein, weil der Friede mit Rußland populär ist. Widerstand wäre nur vom englischen Einfluß am Hofe zu erwarten. Die englische Politik habe die Fortdauer der Verstimmung Rußlands gegen Deutschland nötig, unter deren Regime Gladstone ans Ruder kam. Die deutsch-russische Freundschaft paßt ihr nicht, und sie wieder zu stören ist die Hauptaufgabe englischer Politik, soweit eine solche unter Gladstone überhaupt betrieben wird, im Auswärtigen nämlich. Der neueste truc, der zu diesem Behufe in Anwendung kommt, ist der stürmische Versuch, eine Heirat zwischen dem Fürsten von Bulgarien und unsrer Prinzeß Viktoria zu Stande zu bringen. Gelänge es, so meint man damit die dynastische Politik unsres Hauses in Sofia in antirussischer Richtung festzulegen und dort den archimedischen Punkt gefunden zu haben, um unsre russische Freundschaft aus den Angeln zu heben. Der Plan ist nicht ungeschickt ausgedacht und wird so eifrig betrieben, daß ich ihn als den Hauptgrund der Reise der Königin Viktoria nach Darmstadt und des Prinzen von Wales hierher betrachte. Der Fürst Alexander ist dazu nach Darmstadt zitiert und durch englische Instruktion, gegen den Wunsch des Kaisers, hierher dirigiert worden. Prinz Wales patronisierte hier ihn und die Heirat. Letztere hat S. M. für unmöglich erklärt und energisch verboten: Sr. Kaiserlichen Hoheit war sie sehr unwillkommen, wegen Standesungleichheit. Von anderer Seite wird mit Leidenschaft daran gearbeitet; ich habe erklärt, daß ich mein Amt niederlegen würde, wenn mir dieser politische Querstrich gemacht werden sollte. Dem Fürsten habe ich jede Aussicht auf diplomatische Unterstützung durch uns, solange ich Minister sein würde, scharf abgeschnitten, es sei denn, daß sie im Einverständnis mit Rußland geschähe, welches ich ihm zu suchen riet. Eine Bewerbung um die Hand unsrer Prinzessin könne diese Politik nur verschärfen, weil wir dann jeden Verdacht entkräften müßten, als wollten wir in Sofia jalons für dynastische Einwirkung stecken. Ich riet ihm, sich um eine russische Abfindung zu bemühen und das Spiel als Bulgare aufzugeben, weil es keinen Trick enthalte.

Das alles kannst Du Giers oder einem sonstigen geeigneten Vertrauensmann vertraulich klatschen; dazu schreibe ich es. Von dem Thronfolgerprojekt aber sprich außer Durnow und Pobjedonoszew mit Niemand, der nicht die Initiative dazu nimmt, und dann nur so weit, wie die Initiative eines Jeden Dir Deckung gibt."

Bevor jedoch noch dieser Brief eingetroffen war, mußte Graf Herbert melden, daß die Zarin ihren ganzen Einfluß zugunsten der Heirat mit der hessischen Prinzessin aufbiete, und dies ist ja, wenn auch in den nächsten

Wochen noch gelegentlich über das preußische Projekt gesprochen worden ist, schließlich die Lösung gewesen. Die Bereitwilligkeit aber, mit der Bismarck auf die letztere eingegangen ist, bietet ein untrügliches Symptom für die Richtung, in die er zu steuern wünschte, genau wie die Schärfe, mit der er dem Battenbergischen Heiratsplan entgegentrat. Diese Absicht bestand am kronprinzlichen Hof schon seit dem Sommer 1883[34]), und der Brief des Kanzlers an seinen Sohn beweist, wie fest er überzeugt war, hier ein englisches Manöver zur Störung seiner Freundschaft mit Rußland vor sich zu haben. An sich suchte er damals neben dem Draht nach Petersburg den nach London zu knüpfen; sind es doch die gleichen Tage, in denen er Münster beauftragte die Hand hinzustrecken. Aber nicht war er gewillt, sich deshalb sein Verhältnis zu Rußland zu verderben, wie er es bei der persönlichen Antipathie Alexanders III. gegen Battenberg von der Heirat befürchten mußte. Darum hielt er es auch für nötig, Giers über Kaiser Wilhelms und seine eigene Haltung zu informieren[35]).

Die Schärfe ihrer Stellungnahme ist zu verstehen, weil gerade in diesen Wochen abermals bulgarische Ereignisse ein bedrohliches Spannungsmoment zwischen Rußland und Österreich erzeugten. Giers urteilte gegen Herbert Bismarck mit Ausdrücken, wie sie bei dem sonst so ruhigen und vorsichtigen Mann ganz ungewöhnlich waren, über Battenbergs Charakter[36]), er schob ihm zu, unterirdisch an der Union mit Ostrumelien zu arbeiten, also an einem Machtzuwachs, den die Russen früher begünstigt hatten, aber jetzt Bulgarien, wenigstens solange Fürst Alexander auf dem Throne saß, nicht mehr zuteil werden lassen wollten. Das schlimmste jedoch war, daß sie hinter diesen Umtrieben Österreich vermuteten, das sie ganz vom Balkan verdrängen wolle. In dieser Besorgnis protestierten sie beim Sultan gegen die Amtsverlängerung des Generalgouverneurs von Ostrumelien, Aleko Pascha, über die bisher mit Wien Einigkeit bestanden hatte. Denn sie hatten ihn im Verdacht — nach dem Urteil des deutschen Vertreters in Sofia (18. April) mit Unrecht —, abgekartetes Spiel mit Österreich und Battenberg zu treiben. Zu der Meldung Graf Herberts übrigens, daß Giers Aleko als „*personnage de double fond*" bezeichnet hatte (2. April), bemerkte der Kanzler: „*gilt das nicht auch von der russischen Politik in ihrer Gesamtheit? Zwei Seelen und nicht ein Gedanke, sondern mehr als zwei*". Trotzdem hielt er es im Interesse der Gesamtlage für untunlich, einem so deutlich ausgesprochenen Wunsch Rußlands sich zu widersetzen. In Wien jedoch wurde die plötzliche russische Wendung gegen Aleko schwer verübelt als Bruch der früheren Abrede, zumal sie ohne vorherige Fühlungnahme erfolgt war. So hat sich schon wenige Tage nach der Unterzeichnung des neuen Vertrags die besonders gefährliche bulgarische Kluft abermals geöffnet. Daß dessen Wirksamkeit damit in Frage gestellt war, ist offenbar der Anlaß zu Kálnokys Pessimismus gewesen.

Sofort schaltete sich Bismarck vermittelnd ein. Auf die Meldung des Prinzen Reuß (23. April), Kaiser Franz Joseph fühle sich derart verletzt, daß er sich vorläufig nicht entschließen könne, den an Stelle Alekos von Rußland gewünschten Chrestowitsch auch seinerseits bei Abdul Hamid zu nominieren, in dessen Hand die formelle Ernennung lag, beruhigte er in Wien: „*Ich meine, man sollte sich unter Verhältnissen wie die vorliegenden fragen, ob man eine Sache tun kann und schließlich tun will, und sie im Bejahungsfalle schnell und liebenswürdig tun oder gar nicht; in diesem Falle liegt meines Erachtens die Grenze der Gefälligkeit gegen Rußland da, wo die Schädlichkeit für Österreich anfängt, und bei Ostrumelien fängt sie noch nicht an, wenn die Wiener Politik in der Fusionsfrage noch dieselbe ist wie bisher, wo sie die Fusion als zulässig und vielleicht als nützlich ansah. Ich glaube letzteres noch heut, weil ich die Fusion für eine Stärkung der Widerstandskraft Bulgariens gegen Rußland halte. Ich begreife die Verstimmungen, die in Wien über Rußlands schwankendes und rasches Vorgehen herrschen, und halte sie für berechtigt. Aber ich habe kein Verständnis dafür, daß man in einer rein politischen Frage eine Verstimmung mitreden läßt, wenn der Urheber derselben etwas unter dem Verstimmten Nützliches beginnen will. Ich kann mir nicht denken, daß Graf Kálnoky auf das System, die Regelung der orientalischen Verhältnisse auf dem Wege friedlicher Politik unter geschickter und abwartender Benutzung der Umstände zu suchen, verzichten und es aufgeben sollte, den Kaiser Alexander durch unschädliche Gefälligkeiten in der Bahn zu erhalten, welche die russische Politik neuerlich betreten hat*“[37]). Österreich möge deshalb zwar Chrestowitsch in Konstantinopel befürworten, aber auch nicht gegen ihn protestieren.

„*Ich kann*“, so schloß der Erlaß, „*mir wohl die Möglichkeit denken, daß der österreichischen Politik für eine entferntere Zukunft weitere Ziele vorschweben als die jetzt im Einverständnis mit Rußland erreichbaren. Das könnte aber doch nur für eine spätere, durch bestehende Verabredungen nicht gedeckte Zeit sein und würde durch die heutige Frage: ob Chrestowitsch oder nicht? kaum berührt werden.*“ Aufs neue warnte er davor, sich vorzeitig, ohne Englands sicher zu sein, gegen Rußland festzulegen. Ein Postskriptum schärfte dem Botschafter ein, „*vor allen Dingen zu verhüten, daß wir in Wien den Eindruck zu lebhafter Parteinahme für russische Auffassungen machen.*“

Zu Bismarcks Freude kreuzte sich der Erlaß mit der Nachricht, daß Kálnoky sich von selbst entschlossen hatte, nicht gegen Chrestowitsch zu protestieren und nur keine Initiative für ihn zu ergreifen. Der Minister fügte hinzu, er fürchte wie bisher die Union durchaus nicht, seine Sorge sei bloß, daß der neue Mann ein willenloses Werkzeug Rußlands sein werde, „*ein Tschinownik, der den Kaiser von Rußland als seinen Brodherrn betrachte*“. Auch dem Fürsten Alexander riet er bei dessen Durchreise durch Wien, sich möglichst gut mit dem Zaren zu stellen, und lehnte seine Bitte um eine

Anleihe ab[38]). Sachlich handelte er demnach genau, wie Bismarck es wünschte, loyal im Sinne des Dreikaiservertrags. Allerdings hatte Reuß ergänzend zu melden, noch nie habe er ihn so zäh gefunden, und noch verärgerter sei Kaiser Franz Joseph: „*beide finden, daß es nicht nützlich für den Fortbestand der guten Beziehungen sei, den Russen derartige coups durchzulassen*". Insgesamt urteilte der Botschafter: „*Graf Kálnoky ist nicht mißtrauisch gegen uns, auch weiß er den immensen Vorteil für die allgemeine politische Lage in hohem Grade zu würdigen, welcher aus unsrer wiederhergestellten Intimität mit dem Petersburger Kabinett entspringt, gerade weil sich eine solche Intimität zwischen Wien und Petersburg wohl schwerlich herausbilden dürfte. Er ist viel zu klug, um nicht zu begreifen, daß wir den russischen Wünschen uns entgegenkommend zeigen, damit man in St. Petersburg den Nutzen des guten Einvernehmens auch praktisch erkenne. Aber ich glaube, daß es ihm nicht immer ganz leicht wird, diese Gesichtspunkte dem Kaiser Franz Joseph gegenüber zur Geltung zu bringen, dessen Vertrauen in die russische Politik durch deren Machinationen sich leider nicht befestigt hat.*"

Der aus solcher Stimmung entspringende Riß im Dreikaiserbund ist offenbar eines der Motive für Bismarcks Angebot an England gewesen, aber andrerseits hat er ihn, auch schon bevor dessen Scheitern feststand, darin bekräftigt, die Gefälligkeiten für Rußland fortzusetzen, deren Maß Schweinitz schon zu hoch fand[39]). Auf dieser Linie liegt die Entsendung des Prinzen Wilhelm zur Feier der Großjährigkeitserklärung des Thronfolgers[40]). Schon ihre Ankündigung hat nach einem Brief des Grafen Herbert an seinen Bruder (13. Mai, FA) sehr günstig gewirkt, der Zar habe sich „*ganz gerührt*" über diese „*charmante attention*" ausgesprochen, und zweifellos ist ihr Verlauf sehr glücklich gewesen. Der Prinz legte sich mit seinem ganzen Temperament und größter Eindeutigkeit gegen die pro-englische Politik fest, die von seinen Eltern erwartet wurde, und besonders befriedigend für die Russen war die Leidenschaftlichkeit, mit der er sich gegen Battenberg wandte. „*Mit kochender Wut*" äußerte er sich gegen Herbert Bismarck über das Eheprojekt[41]). Überhaupt hat er sich dem Sinne nach genau an das gehalten, was der Reichskanzler ihm auf den Weg mitgegeben hatte, und auch für Österreich gutes Wetter machen wollen: „*Über Österreich*", schrieb er an Bismarck (20. Mai, FA), „*habe ich mit dem Zaren und Herrn von Giers ganz im Sinne Eurer Durchlaucht gesprochen, sogar Eurer Durchlaucht eigene Worte anführend über das ‚trianguläre Bastion', und fand beim Zaren etwas Widerwillen mit Österreich, worauf ich mir jedoch immer wieder zu betonen erlaubte, daß ohne Österreich die Sache absolut unmöglich sei.*" Da alle Zeugnisse, auch die in Wien einlaufenden Berichte[42]), geradezu enthusiastisch sich über den Erfolg der Mission äußerten, war Bismarcks Freude groß. Sie würde sich verringert haben, wenn er die Briefe gekannt hätte, die der Prinz nach seiner Rückkehr an den Zaren richtete, mit bedauerlich übersteigerter Kritik an

der englandfreundlichen Haltung seiner Eltern sicher den gewollten Effekt ins Gegenteil verwandelnd[43]).

Dauernde Frucht jedenfalls hat die Prinzenreise nicht getragen. Denn um die Stimmung wieder abzukühlen, kam ein bulgarisch-serbischer Grenzstreit hinzu[44]), der das Mißtrauen zwischen Österreich und Rußland in helles Licht treten ließ. Der sofortige Beistand, den Rußland, ohne den Fall zu untersuchen, Bulgarien angedeihen ließ, während Österreich in Sofia und Belgrad mäßigend einwirkte, verärgerte Wien. „*Graf Kálnoky begreift*", berichtete Reuß (10. Juni), „*daß es den russischen Panslawisten fatal gewesen ist, Serbien ins österreichische Lager übergehen zu sehen, er begreift aber nicht, wie es sich mit den freundschaftlichen Beziehungen zwischen beiden Kaiserreichen verträgt, daß die russische Regierung diesem Unmut zu öfteren Malen und auch jetzt wieder Ausdruck gegeben hat.*" Überall, bei der Statthalterwahl in Ostrumelien, in Rumänien — wo der Name Iswolski zum ersten Male in den Mittelmächten wenig erfreulichem Sinne hervortrat — und im serbisch-bulgarischen Grenzstreit sei Rußlands Verhalten gegen Österreich unfreundlich und nicht das eines aufrichtigen Verbündeten; in den allgemeinen Problemen der großen Politik vermeide es die engere Fühlung[45]). Der Botschafter fügte hinzu: „*es ist schwer, dem Grafen Kálnoky bei diesen Betrachtungen Unrecht zu geben.*"

Bei solcher Sachlage kam viel darauf an, den akuten Zwist der beiden Balkanländer schnell zu begleichen, bevor der Brand größeren Umfang annahm. Darum schlug Bismarck in Wien und Petersburg vor, zu dritt gemeinsam dahin zu wirken, daß die beiden Streitenden sich aller weiteren Schritte, insbesondere jeder militärischen Aktion enthielten und die Vermittlung den drei Kaisermächten übertrügen: „*es liegt, wie ich glaube, im übereinstimmenden Interesse der drei benachbarten Mächte, die Verwicklung im Keime anzuhalten*"[46]). Seine Initiative hatte vollen Erfolg, so daß die unmittelbare Gefahr beschworen war und der Fall in Ruhe geregelt werden konnte. Bismarcks eigenes Urteil über ihn erhellt aus einer Instruktion an Schweinitz (17. Juni): „*Die prinzipielle Parteinahme der Russen für Bulgarien hat auch mich gewundert. Prima facie scheint das Unrecht mehr auf bulgarischer Seite zu liegen, da der Besitzstand für Serbien spricht; indessen haben wir vor unserer Untersuchung der Sache nicht Partei nehmen wollen. Daß dies russischerseits mit so großer Entschiedenheit geschehen, ist natürlich für den Kaiser von Österreich beunruhigend. Wir werden tun, was wir können, um sein Mißtrauen zu beschwichtigen, und hoffen namentlich, daß, wenn es gelingt, eine Zusammenkunft der beiden Kaiser herbeizuführen, das Mißtrauen beider sich mindern würde und vielleicht eine Verständigung nicht bloß für negative, sondern auch für positive Zukunftszwecke möglich werden könnte.*"

Über ein solches Treffen zwischen Kaiser Franz Joseph und Kaiser Alexander wurde schon längere Zeit gesprochen, jetzt kamen die Verhand-

lungen darüber in Fluß, und zwar lag die Initiative zur Genugtuung Berlins bei Rußland. Um so mehr wurde es deshalb bedauert, als sich Gerüchte verbreiteten, Kálnoky habe sich auf die Frage des Fürsten Lobanow, wann Kaiser Franz Joseph frei sein werde, ablehnend verhalten, über August und Anfang September sei bereits verfügt. Sofort teilte der Kanzler Reuß mit (25. Juni), er finde, „*daß damit das politische Interesse doch zu wenig berücksichtigt und die Höflichkeit kaum gewahrt worden sei, denn die Truppenbesichtigungen, Manöver und sonstigen Geschäfte, für welche die bezeichnete Zeit bestimmt sein möchte, könnten nicht so wichtig sein wie die Pflege guter persönlicher Beziehungen und die Benutzung der Gelegenheit zu einer vertraulichen Aussprache über manche delikate Punkte zwischen den beiden Kaisern*". Die Gerüchte trafen indessen erfreulicherweise nicht zu. Reuß konnte feststellen (28. Juni, bestätigt durch Schweinitz am 8. Juli), daß Kálnokys Gespräch mit dem Botschafter höchst befriedigend verlaufen war und der Minister in Wirklichkeit erklärt hatte, sein Kaiser würde jederzeit mit Freuden bereit sein. Demnach bestand Aussicht, daß die Demonstration des beiderseitigen Verständigungswillens, die in der Entrevue lag, zustande kommen würde.

Unter den „positiven Zukunftszwecken", für die die nützlich sein könnte, verstand Bismarck vor allem den beiderseits befriedigenden Balkanausgleich. Um dies so schon schwierige Problem nicht noch weiter zu belasten, widersetzte er sich dem italienischen Wunsch, zur Regelung des serbisch-bulgarischen Streits herangezogen zu werden[47]), wogegen sich Österreich gewehrt haben würde. Auch so aber erwies sich die Aufgabe, die er sich stellte, als nicht lösbar.

Die Häufigkeit der Streitfälle hatte Prinz Reuß zum Anlaß genommen, von sich aus auf die Nützlichkeit einer klaren Scheidelinie hinzuweisen, und auf diese Meldung wies Bismarck ihn an — mit dem ausdrücklichen Zusatz, daß er an der Durchführbarkeit der Demarkation nicht zweifle, wohl aber fürchte, Rußland wie Österreich wollten beide nicht die Teilung, sondern jeder das Ganze —, dies zu wiederholen, ebenso wie er selbst mit den Russen sprechen werde[48]). Die Tatsache, daß der Dreikaiservertrag verlängert worden war und sich dennoch alsbald neue Meinungsverschiedenheiten eingestellt hatten, war Anlaß für den Reichskanzler, das fundamentale Balkanproblem zur Diskussion zu stellen.

Das Ergebnis war, daß Graf Kálnoky zwar beteuerte, „dem berechtigten russischen Einfluß in Bulgarien keine Konkurrenz machen" zu wollen, jedoch das Land nicht „pure" der russischen Interessenzone zuweisen zu können; denn das würde der erste Schritt zu dem in San Stefano geplanten großen Balkanslawenstaat sein, und Österreich könne nicht dulden, daß „allmählich alle diese Länder von russischen Kreaturen regiert würden"[49]). Diese Begründung, in einem Moment, wo in Rumänien, Serbien, Bosnien

und der Herzegowina Rußland zweifellos ausgeschaltet war, erregte mit Recht Bismarcks Unwillen. Als Antwort hat er zum ersten Male schriftlich klar und scharf formuliert, wie er sich die Demarkation dachte, nämlich daß „Serbien gleich Bosnien in der österreichischen, Bulgarien als in der russischen Interessensphäre liegend angesehen werden"[50]; auf dieser Voraussetzung ruhe das Einverständnis der drei Kaiserhöfe. Wenn er sich darauf berief, daß Österreich schon im Vertrag von 1881, indem es die Union der beiden Bulgarien von der russischen Entscheidung abhängig machte wie Rußland die Annexion Bosniens von der österreichischen, die Zugehörigkeit Bulgariens zur Einflußzone Rußlands anerkannt habe, war er nur nach dem damals hineingelegten Sinn, nicht nach dem Wortlaut im Recht, und Kálnoky widersprach jetzt dieser Grundauffassung. Obgleich er Rußlands „berechtigten" Einfluß in Bulgarien anerkannte, bestand er darauf, Österreich könne dort seinen „berechtigten" Einfluß nicht preisgeben[51]). Damit war das Prinzip der Scheidelinie abgelehnt, Bismarck sah seine Besorgnis bestätigt, daß Österreich sich höhere Ziele steckte, als er bisher angenommen hatte.

Allerdings sandte Reuß noch am gleichen Tage einen weiteren Bericht, der wenigstens melden konnte, daß Kálnoky die Diskussion nicht abschneiden wollte. Eine Scheidelinie könne er sich zwar noch immer nicht denken— *„dann hilft allerdings nichts"*, schrieb Bismarck an den Rand —, aber er sei bereit, die Frage zu erörtern, am liebsten in persönlichem Gespräch: *„die vorjährige Zusammenkunft wäre so fruchtbringend gewesen, daß er nur wünschen könnte, diesen persönlichen Ideenaustausch zu wiederholen. Außerdem hätten sich seit Salzburg viele Dinge verändert."* Die Freude hierüber wurde aber beeinträchtigt durch die weiteren Sätze: *„Daß ihm die russische Politik mehr Vertrauen eingeflößt hätte, könne er leider nicht behaupten. Dies Gefühl sei aber in noch viel höherem Grade bei Kaiser Franz Joseph zu bemerken"*, und vor allem dadurch, daß er den Wunsch nach dem Treffen begründete, *„er wolle der österreichisch-ungarischen Monarchie wieder einen Beweis von der Intimität unsrer Beziehungen geben. Denn er könne mir nicht verbergen, daß die öffentliche Meinung in Österreich, namentlich aber in Ungarn, doch etwas aufmerksam auf die besonderen Avancen geworden sei, welche sich die Höfe von Berlin und St. Petersburg im Laufe der letzten Monate gemacht haben"*, wozu Bismarck wieder bemerkte: *„und wir in Sorge, daß man uns für andre als defensive Zwecke verbrauchen will; wir wollen Frieden mit Rußland, Österreich wohl weniger."*

Im Augenblick lag eine schwerwiegende sachliche Differenz zwischen den Bundesgenossen vor. Da aber Kálnoky sich sofort bereit erklärte nach Varzin zu kommen, verzichtete Bismarck auf weitere schriftliche Erörterung: *„Es würde ohne Nutzen sein, wenn ich die mit meiner Gesundheit nicht verträgliche Arbeit übernehmen wollte, den Bericht so ausführlich zu beantworten, wie*

es nötig wäre, um meine abweichende Meinung über die vielen und weitgreifenden Momente, welche Graf Kálnoky in seinen Äußerungen mehr rhetorisch als politisch behandelt hat, zu motivieren und namentlich die Bedenken hervorzuheben, die sich daran knüpfen, daß Österreich jetzt, wie es scheint, das Maß von Verständigung in Frage stellt, welches ich bisher zwischen ihm und Rußland teils expresso teils tacito consensu dahin hergestellt glaubte, daß die gegenseitigen Verzichte auf Bosnien und Herzegowina einerseits und Bulgarien andrerseits für äquivalent galten. Ich fürchte, daß Österreich inzwischen seine Ziele höher gesteckt hat und auf den Frieden mit Rußland nicht mehr denselben Wert legt wie früher und wie wir noch heut. Um so erwünschter ist mir Graf Kálnokys Anregung einer Begegnung behufs mündlichen Austauschs unserer Gedanken"[52]).

Der Erlaß ging dann auf den bedrohlich starken polnischen Einfluß in Österreich ein: „*Diese polnischen Einflüsse sind von dem zisleithanischen Parlamentarismus bei der russenfeindlichen Stimmung der Ungarn nicht zu trennen, aber für unsre innere Zukunftspolitik liegen in den polnischen Ingredienzien der österreichischen Politik viel größere Gefahren, als alle russischen Umtriebe in Bulgarien und selbst in Rumänien für Österreich herbeiführen können. Diese Gefahr, welche für uns in der österreichischen Politik liegt, hält uns nicht ab von dem ehrlichen Zusammengehen mit Österreich, weil wir den unbedingten Willen haben, unser Bündnis mit Österreich und den Frieden auch mit Opfern an eigenen inneren Interessen zu wahren. Der gleiche entschiedene Wille fehlt, wie ich fürchte, der österreichischen Politik inbetreff ihrer russischen Beziehungen, und deshalb werden durch unbewiesene Konjunkturen und rhetorische Übertreibungen Gespenster zitiert, denen nicht der tausendste Teil von der Realität beiwohnt, welche für uns die polnische Frage hat; der über ganz Europa verbreiteten polnischen Verschwörung zu Gunsten großer Kriege und Verwirrungen und zum Schaden des Friedens und der monarchischen Einrichtungen halte ich auch den Fürsten von Bulgarien für affiliiert und habe deshalb kein Vertrauen zu ihm und keinen Beruf ihn zu stützen.*"

Ob nun derartige Einflüsse sich tatsächlich geltend machten, jedenfalls war festzustellen, daß bei Kaiser Franz Joseph persönlich in letzter Zeit das Mißtrauen gegen Rußland sich verstärkt hatte. In der Sorge, daß daher dessen Aussprache mit Kaiser Alexander unerwünschte Ergebnisse zeitigen könnte, ist Bismarck mit dem Gedanken hervorgetreten, den er bereits im Frühjahr durch Schweinitz und seinen Sohn in tiefstem Geheimnis mit Giers hatte besprechen lassen, das Treffen auszubauen zu einer Dreikaiserzusammenkunft im Beisein der leitenden Minister: die Anwesenheit auch Kaiser Wilhelms würde günstigen Verlauf gewährleisten und den Eindruck nach außen gewaltig verstärken. Kaiser Wilhelm, zunächst etwas zurückhaltend, weil seine Manöverpläne durchkreuzt wurden, hat dann die Wichtigkeit der Aufgabe voll erfaßt und eingewilligt, die Reisestrapaze auf sich zu nehmen. Das

russische und österreichische Einverständnis war leicht zu erreichen, das letztere bei persönlichem Treffen zwischen Kaiser Wilhelm und Kaiser Franz Joseph in Ischl am 6. August. So wurde das große Ereignis für den 15. September in Skierniewize vereinbart, vorher aber sollte noch Kálnokys Besuch in Varzin erfolgen. Schon allein diese Verabredungen brachten durch die in ihnen liegende Dokumentation des Verständigungswillens eine beträchtliche Entspannung.

4. Die Londoner Ägyptenkonferenz

Das Bedürfnis, festeren Boden für den Dreikaiservertrag zu gewinnen, wurde in Bismarck erhöht durch die Art, wie sich sein Verhältnis zu den Westmächten entwickelte. Wir haben gesehen, wie das zu England sich zuspitzte, weil durch die Schuld seines Botschafters in London die von ihm gestellte Alternative nicht klar erfaßt wurde, daß England entweder die Wünsche Deutschlands zu berücksichtigen oder mit dessen Übergang ins Lager seiner Gegner zu rechnen habe. Angesichts eines für Deutschland sehr unfreundlichen Artikels der „Fornightly Review", welcher der britischen Politik das Ziel setzte, sich mit Frankreich und Rußland gegen das deutsche hegemonische Streben zu verbinden, und auf Gladstone zurückgeführt wurde[53]), sowie angesichts des fortgesetzten kolonialen Widerstandes ergriff Bismarck eine sich bietende Handhabe, sich stärker in Ägypten einzuschalten. Die Frankfurter Handelskammer hatte am 30. Mai das Auswärtige Amt um Schutz für den deutschen Besitz an ägyptischen Werten gebeten und diesen auf mindestens 100 Millionen Mark berechnet. Das war eine wesentlich höhere Zahl, als Bismarck bisher angenommen hatte, und nachträglich (5. Juli) hat die Handelskammer sogar 300 Millionen errechnet; die angeordnete Nachprüfung, als die „Times" und die „Vossische Zeitung" die Ziffer anzweifelten, ergab, daß der Reichsbankpräsident von Dechent (30. September) sie anerkannte, während das Handelsministerium sogar zu dem Ergebnis von 320 bis 360 Millionen gelangte[54]). Damit besaß Deutschland eine gute Plattform für intensive Anteilnahme. Daß sie jedoch nach dem Vorhergegangenen nicht zugunsten Englands ausfallen werde, lag auf der Hand.

In dieser Erkenntnis haben die britischen Staatsmänner mit Hochdruck ihre Bemühungen fortgesetzt, zu direktem Einvernehmen mit Frankreich zu kommen, und zunächst schien sich der Erfolg ihnen zuzuwenden; am 9. Juni konnte Lord Ampthill in Berlin eine englisch-französische Konvention vorlegen, als deren wichtigste Punkte sich gegenüberstanden der Verzicht Frankreichs auf das Kondominium und das Zugeständnis Englands, daß es die Absicht habe, zu Beginn 1888 seine Truppen zurückzuziehen, falls dies dann nach Ansicht der Mächte ohne Gefahr für Frieden und Ordnung in Ägypten geschehen könnte. Gebunden war das Abkommen an den Erfolg der durch die Konferenz zu beratenden finanziellen Organisation sowie an

die Zustimmung des Unterhauses. Im Augenblick schien also Bismarcks Rechnung auf französisch-englischen Zwist irrig.

Ferrys Nachgiebigkeit überraschte den Kanzler, da er selbst das Abkommen für Frankreich ungünstig beurteilte: „*die formalen Konzessionen Englands sind vage und resolutiv gefaßt, bei sprachlicher Prüfung ganz wertlos*“[55]). Bernhard Bülow erklärte (5. Juni) es aus der Sorge, sonst Gladstone zu Fall zu bringen: „*Das Bleiben dieses Politikers wird aber hier gewünscht: in chauvinistischen Kreisen, weil derselbe für einen Feind Deutschlands gilt; von Einsichtigeren in der Überzeugung, daß jeder andere englische Staatsmann in der Verteidigung englischer Interessen mehr Verstand und Energie an den Tag legen würde.*“ Dies leuchtete Bismarck durchaus ein: „*Die Vermutung*“, antwortete er (14. Juni), „*daß Herr Ferry geneigt sei auf der bevorstehenden Konferenz die Interessen der französischen Gläubiger Ägyptens zu opfern, nur um das Kabinett Gladstone zu halten, hat viel für sich. Mächte mit antienglischen Zielen müssen die Fortdauer des Gladstoneschen Regimes wünschen.*“ Die Folge würde aber sein, daß auf der Konferenz sich keine Opposition erheben und daher Englands Wünsche sich durchsetzen würden. Indem er Ferry hierauf hinweisen ließ, suchte er ihn trotz des Abkommens zu festerem Auftreten zu bewegen, und diese Taktik hat schließlich Erfolg gehabt.

Zunächst allerdings hat die Tatsache des Einvernehmens der Westmächte Bismarck in die Richtung gedrängt, den Konflikt mit England nicht zu überspitzen. Dafür sprach auch der Umstand, daß sich in den letzten Wochen Unstimmigkeiten mit Italien eingestellt hatten. Mitte Mai hatte der Präsident des Senats Tecchio den Tod eines irredentistischen Schriftstellers zum Anlaß genommen, sich zur gleichen Tendenz zu bekennen und den Ruf nach dem Trentino zu erheben. Obwohl Mancini sich höchst korrekt wegen dieser, wie Keudell sie nannte, „*beispiellosen Kundgebung*“ entschuldigte, Tecchio habe den internationalen Anstand bedauerlich verletzt, und obwohl dieser bald danach zum Rücktritt veranlaßt wurde, blieb ein bitterer Nachgeschmack, und er wurde verstärkt durch den schon erwähnten Vorstoß der italienischen Regierung, Einfluß auf die Balkanfragen zu gewinnen. Auch erneute Versuche, Deutschland zum Einschreiten gegen die französischen Marokkopläne zu bewegen, erregten wie im Frühjahr den Ärger des Reichskanzlers[56]), und schließlich wurden Zweifel an der Festigkeit der Monarchie erweckt durch die Nachricht, daß der König seinen Plan, den Generälen das Tragen der Uniform bis 4 Uhr nachmittags zur Pflicht zu machen, zur Zeit nicht durchzuführen wage. „*Kaum glaublich erscheint es*“, erwiderte Bismarck (27. Mai), „*wenn man die italienische Regierung nicht für schwächer halten will, als wir bisher annahmen, daß man für die Publikation von so natürlichen Erlassen diesen oder einen anderen Moment ‚nicht für günstig‘ halten könnte und Mißstimmungen dadurch hervorzurufen fürchtet, daß man aufhört die Bequemlichkeiten und zivilistischen Affektationen der Generäle zu*

berücksichtigen. Ich nehme in diesem vertraulichen Schreiben keinen Anstand die Meinung auszusprechen, daß die Abneigung des Königs und seiner maison militaire, ihre Zugehörigkeit zur Armee öffentlich zu bekennen, mein Vertrauen in die Dauer der jetzigen Einrichtungen Italiens wesentlich beeinflußt. Zivilkönige wie die französischen seit Ludwig XV. vermochten nicht einmal in dem einheitlichen Frankreich die Krisis der Revolution zu überstehen; um wieviel mehr beruht in dem Mosaik, welches das Königreich Italien bildet, die politische Einheit des Landes auf der militärischen und die Sicherheit des Monarchen auf seiner Zugehörigkeit zur Armee!"

Alles dies ließ den Kurs des italienischen Bündnisses nicht zu hoch steigen und vermehrte den Wunsch, nicht in Gegensatz zu den Westmächten zu geraten, insonderheit nicht zu England, dessen Einfluß auf Italien so groß war. Dem vorzubeugen war der Sinn der abermaligen Entsendung des zum Gesandten im Haag ernannten Grafen Herbert in Spezialmission nach London, worin zugleich ein denkbar scharfes Mißtrauensvotum für Graf Münster lag, der vorläufig so gut wie ausgeschaltet wurde. In dem eigentlichen Streitpunkt Angra Pequena hat er vollen Erfolg davongetragen[57]). „*Wir haben in der freundschaftlichsten und verbindlichsten Weise gesprochen, und ich habe mich überboten in verbindlicher Form*", berichtete er[58]), während Dilke behauptete, Graf Herbert sei „very rude" zu Lord Granville gewesen[59]). Sachlich jedenfalls ist er mit größter Energie aufgetreten. Er bestand auf dem deutschen Recht, und das Ende war, daß das britische Kabinett am 21. Juni den Beschluß faßte, den Widerspruch gegen die deutsche Besitznahme zurückzuziehen. Zweifellos hat dazu die Sorge mitgewirkt, sonst auf der Konferenz deutscher Unfreundlichkeiten gewärtig sein zu müssen.

Denn einen Vorgeschmack für das, was sich dort würde ereignen können, hatten die Engländer bereits zu spüren bekommen, indem ihre Erwartung, nach ihrer Konvention mit Frankreich würden die andern Mächte diese ohne weiteres als Basis akzeptieren, sofort auf deutschen Widerspruch gestoßen war. Deren Gültigkeit unterlag der Annahme durch das Unterhaus, und Gladstone wünschte diese erst dann herbeizuführen, wenn auf der Konferenz die Zustimmung aller anderen erzielt sei, in der Berechnung, mit dem Hinweis hierauf die im Parlament zu erwartenden Angriffe zu entkräften. Die gegenteilige Reihenfolge wurde vielfach als Gefahr für sein Kabinett angesehen. In vollem Bewußtsein hiervon hat Bismarck, solange England sich noch nicht zum kolonialen Entgegenkommen bequemt hatte, den Standpunkt eingenommen, daß gemeinsame Beschlüsse aller Großmächte nicht mehr vom britischen Parlament abhängen dürften: „*das englische Parlament kann nicht als höhere Instanz für die Gültigkeit oder die Zweckmäßigkeit von Beschlüssen oder Voten der vereinigten Großmächte Europas entscheiden . . . Die Frage, ob die eine oder die andere Antwort der Mächte für die Befestigung des Ministeriums Gladstone nützlich ist oder nicht, kann meines*

untertänigsten Dafürhaltens für die Politik des Deutschen Reiches nicht maßgebend sein. Frankreich und Rußland haben, wie sie meinen, das Interesse, in England ein Ministerium zu unterstützen, welches nicht stark und nicht geschickt genug ist, die englischen Interessen wirksam zu vertreten. Die deutsche Politik dagegen ist meiner Überzeugung nach nicht in der Lage, den Verfall der Macht Englands, welcher das Ergebnis der Gladstoneschen Politik zu werden droht, als eine nützliche Entwicklung in Aussicht zu nehmen, und wenn ich auch in dieser Überzeugung niemals Anlaß genommen habe, Eurer Majestät eine Haltung und Maßregeln vorzuschlagen, welche auf einen Kabinettswechsel in England hinwirken dürften, so kann ich mich doch auf der anderen Seite nicht dazu entschließen, Eurer Majestät Wege zu empfehlen, welche nur den Zweck haben könnten, dem Ministerium Gladstone auf Kosten der Würde Deutschlands und der übrigen europäischen Mächte eine durch unsere Interessen in keiner Weise gebotene Unterstützung zu gewähren"[60]).

Ebenso war es eine Spitze gegen England, wenn er wiederholt dem Wunsch Ausdruck gab, die Türkei nicht von der Konferenz auszuschließen. Auf Münsters Nachricht (18. Juni), Lord Granville wünsche zwar ihre Beteiligung, bezeichne es jedoch als unmöglich, die Ausführung der Beschlüsse allein von ihrer Zustimmung abhängig zu machen, setzte er das Marginal: „*Kann man sie ohne Vertragsbruch ausführen, wenn die Türkei ihre Zustimmung versagt? Bisher ist nur England aus der Linie der Verträge herausgetreten und hat sich darüber mit der Pforte abzufinden; sanktionieren wir diese und weitere Lossagung von den Verträgen, so beteiligen wir uns an deren Bruch*", und erließ das Zirkular an die Botschaften (19. Juni): „*Für den Zusammentritt der Konferenz scheint auch mir die Beteiligung der Türkei nicht unbedingt notwendig, aber doch sehr wünschenswert, weil wir ohne Zustimmung der Pforte Beschlüsse über Verträge, welche deren Rechte berühren, nicht fassen können, ohne unsrerseits die Verträge zu brechen. Nachträgliche Zustimmung des Souveräns kann man nicht präsumieren, und bei Erzwingung derselben durch neue Dulcigno-Versuche würde ich die Beteiligung Deutschlands nicht in Aussicht stellen können. Wir haben keinen Beruf darüber zu wachen, daß andere die Verträge halten, wünschen aber selbst uns nicht an einem Bruch derselben der Pforte gegenüber zu beteiligen*"[61]). Die Frage erledigte sich vorläufig, indem England auch den Sultan einlud und dieser einen Vertreter entsandte.

Formell sollte auf der Konferenz nur die Finanzorganisation geregelt werden, aber die politischen Hintergründe ließen sich nicht umgehen, und deren Aufrollen war Bismarck jetzt erst recht erwünscht, wo er weder Englands noch Frankreichs sicher sein durfte. Nicht erwünscht aber waren ihm Anzeichen für ein ausgesprochen Gladstone-freundliches, die Annexion Ägyptens bekämpfendes Auftreten des österreichischen Botschafters in London Grafen Károlyi. Alsbald mußte Reuß darlegen (26. Juni), daß die An-

nexion England in Gegensatz zu Frankreich und Rußland bringen und es nötigen werde, sich an die Mittelmächte anzulehnen. Das gab Kálnoky zu, allerdings mit dem Bedenken, daß dann Englands Einfluß mehr und mehr aus Konstantinopel verschwinden und die Türkei in die Arme Rußlands getrieben würde[62]), worauf Bismarck entgegenhielt: „*England rechnet für Konstantinopel auf Österreich und wird dessen Kraft dafür gern verbrauchen. Der Fehler ist, daß man England diesen Glauben nicht benimmt und sich doch wenigstens das Ansehen gibt, mit Rußland einig zu sein.*"

So führte das neue Auftauchen der ägyptischen Frage sofort in die schwersten Probleme der europäischen Politik hinein. Je deutlicher sie sich der Konferenz stellten, desto sicherer glaubte Bismarck den deutschen Vorteil wahren zu können. In diesem Sinne durfte Graf Herbert seinem Bruder schreiben (28. Juni, FA): „*Diese ganze ägyptische Frage ist für uns so günstig wie möglich: was auch die nächste provisorische (denn eine andere ist jetzt unmöglich) Lösung sein mag, so engagieren sich immer nur andere dadurch und we may look on.*"

Nützlich war auch, daß die Konferenz Gelegenheit bot, die Einigkeit der Kaisermächte nach außen zu demonstrieren. Darauf hat Bismarck großen Wert gelegt, ein Erlaß an Reuß (7. Juli) schrieb die Taktik vor: „*Es scheint mir in hohem Grade nützlich, daß die drei Kaiserhöfe auf der Konferenz geschlossen auftreten. Es wird ihnen leichter sein, sich über Ägypten untereinander als mit den beiden vorzugsweise beteiligten Mächten zu verständigen, und der Friede wie die Verständigung unter ihnen selbst kann durch ihr Zusammenhalten in dieser Frage nur konsolidiert und gefördert werden.*

Unter den drei Kaisermächten hat vielleicht Rußland als asiatische Macht ein stärkeres, dem englischen Konkurrenz machendes Interesse als Österreich und wir. Ich bin deshalb der Meinung, daß es nützlich ist, den Russen bezüglich der ägyptischen Frage die Führung der geeinigten Politik der drei Kaiserhöfe zuzuwenden, nicht aber unsrerseits die Verständigung zwischen England und Rußland zu fördern, sei es durch Vermittlungen und diesseitige Initiative, sei es dadurch, daß wir England beistehen, um Rußland zur Nachgiebigkeit gegen England zu bringen. Wir würden dadurch Gefahr laufen, Rußland auf den Weg direkter und isolierter Verständigung mit England zu drängen und möglicherweise der Konstellation Vorschub leisten, welche Gladstone von Hause aus erstrebte und welche für uns bei weitem die nachteiligste Gruppierung bilden würde, nämlich die einer englisch-französisch-russischen vorläufig diplomatischen Koalition, deren Bindeglied England wäre; eine Kombination, der gegenüber die italienische Freundschaft für uns nicht standhalten würde. Meiner Überzeugung nach sollten wir deshalb dahin wirken, daß die Konferenzverhandlungen nicht zur Einigung, sondern zu weiterer Trennung zwischen Rußland und England führen.

Wenn der Gedanke ein richtiger ist, so wird es unsre Aufgabe sein, Rußland zu bewegen, daß es England gegenüber den Mut seiner Meinung habe. Diese

Meinung geht bisher ohne Zweifel dahin, daß England aus dem türkischen Nachlaß nicht Ägypten vorwegnehme, und es wird Rußland lieber sein, wenn wir, scheinbar gegen ihre Wünsche, dieses Ziel erstreben und erreichen, sodaß sie dabei ihre Beziehungen zum Kabinett Gladstone schonen können. Wir sollten ihnen dabei aber nicht in die Hände arbeiten, sondern ihnen die Initiative überlassen, sie dann aber unterstützen, ohne England gegenüber schärfer aufzutreten als zu vorstehendem Zwecke nützlich."

Da die Schwierigkeiten für das Zusammengehen der drei Kaisermächte im Augenblick mehr von Österreich herkamen, hat er seine Vorschrift über die auf der Konferenz einzuhaltende Linie noch dahin ergänzt, „*einstweilen das Einverständnis mit Rußland festzuhalten und zu sehen, ob wir das Österreichs dazu gewinnen*"[63]). Tatsächlich ist Österreich in engster Gemeinschaft mit Deutschland und Rußland auf der Konferenz aufgetreten. War aber die Absicht, den Russen in London die Führung zuzuschieben, damit sich die Reibungsfläche zwischen ihnen und den Engländern verstärke, so ist sie nicht erreicht worden, da Giers sich überaus zurückhaltend zeigte in dem gleichen Wunsch, der Ferry zum Nachgeben bestimmt hatte, Gladstone nicht zu Fall zu bringen. Hinzu kam für ihn die Sorge, England könnte das Scheitern der Konferenz mit der Annexion Ägyptens beantworten. Dies Ergebnis wäre ihm noch unerträglicher gewesen als die viel besprochene Eventualität, das Land zu neutralisieren, gegen die auch Bismarck schwere Bedenken empfand[64]). Rußland blieb vorsichtig im Hintergrund, obgleich der Kanzler es durch die Darlegung vorzutreiben suchte: „*Wenn man die Besitzergreifung Ägyptens durch England verhindern will, so liegt das richtige Mittel darin, Frankreich in seinem Widerstand zu ermutigen und dessen Opposition gegen übertriebene englische Ansprüche zu unterstützen. Frankreich allein ist das Instrument, durch welches England wirksam verhindert werden kann, Ägypten faktisch und schließlich auch nominell sich anzueignen . . . Die jetzige französische Regierung ist keine sehr starke und wird ganz in die Abhängigkeit von England geraten, wenn alle übrigen Mächte sie im Stich lassen*"[65]).

Rußland also in die vorderste Linie zu drücken, mißlang. Dennoch brauchte Deutschland nicht hervorzutreten, denn das Schwergewicht der sachlichen Interessen hat von selbst dazu geführt, daß Frankreich, sobald die Detailbesprechung begann, trotz der vorliegenden Konvention in Widerspruch zu England trat, und zwar derart scharf, daß Chamberlain zu Herbert Bismarck von der Möglichkeit eines englisch-französischen Krieges sprach[66]). Damit hat sich die Situation in der erwarteten und erhofften Weise für Deutschland aufs günstigste gestaltet: beide Westmächte warben um seinen Beistand. Und nicht nur dies, auch die englische Opposition trat an den Reichskanzler heran mit dem Wunsche, er möge die Konferenz zum Scheitern bringen, durch die außenpolitische Schlappe Gladstone stürzen — ein Beispiel, daß auch in England der Parteigesichtspunkt über den nationalen

den Sieg davontragen kann. Lord Randolph Churchill, dessen Leben sein ihm wesensverwandter Sohn Winston beschrieben hat, eines der einflußreichsten Mitglieder der konservativen Partei, obgleich niemals der Parteischablone gefügig, hat diesen Wunsch in seinem leidenschaftlichen Kampf gegen Gladstone, den er dabei als „*gefährlichen und gewissenlosen Revolutionär*" bezeichnete, an Herbert Bismarck herangebracht[67]): „*Unter Gladstones Regime breitet sich der radikalisierende Republikanismus ganz ungehindert aus; sowohl die französischen wie die deutschen Radikalen unterhalten mit Gladstone und seinen jüngeren Gesinnungsgenossen enge Fühlung, und da ihre umstürzenden Ideen ansteckend wirken, so kann es für europäische Monarchien nicht gleichgültig sein, ob Mr. Gladstone am Ruder ist oder nicht.*" Als Gegengabe stellte Churchill in Aussicht, daß die neue konservative Regierung ein Bündnis mit Deutschland schließen werde: „*Sobald wir ins Amt kämen, würden wir sofort erklären, daß wir alle Schuldforderungen und Indemnitäten anerkennen und ihnen gerecht werden, dafür aber Ägypten annektieren wollen. Ihnen kann solche Lösung meines Erachtens nur erwünscht sein. England würde durch die Annektierung Ägyptens einem Kriege mit Frankreich so nahe wie möglich kommen, ja ein solcher Krieg würde sicher sein, wenn Deutschland strikt neutral bliebe. Letzteres würde also die Schiedsrichterrolle zwischen Frankreich und England innehaben. Daß eine konservative Regierung die engste Allianz, ich meine ein wirkliches Bündnis mit Deutschland anstreben würde, ist sicher; ich weiß allerdings nicht, ob Sie auf ein solches Bündnis jetzt noch irgendein Gewicht legen.*"

Sich derart vorschieben zu lassen, hat Bismarck aber zunächst peinlich vermieden, auch gegenüber dem Werben beider Kabinette. Courcels Drängen, außer der finanziellen Seite auch die politische zur Sprache zu bringen, wies er ab: „*Wir haben nicht die Aufgabe, uns von England gegen Frankreich oder von Frankreich gegen England als Kartellträger benutzen zu lassen und den bouc émissaire zu spielen*"[68]), obwohl er gleichzeitig seinen Willen, gut freund mit Frankreich zu bleiben, klar betonte, indem er befahl, den Zwischenfall der Verletzung deutscher Fahnen durch eine von Deroulède aufgehetzte Menge in der Presse geringfügig zu behandeln, nachdem das amtliche Frankreich sofort sein Bedauern ausgesprochen hatte[69]). Andrerseits fertigte er Lord Granvilles Beschwerde, nicht genügend Beistand zu finden, scharf ab: „*wir sollen doch England nicht den Skalp von Frankreich auf unsere Kosten holen?*"[70]). Zusammenfassend hat er Kaiser Wilhelm dargelegt: „*Die anderen Mächte und namentlich wir haben kein Bedürfnis, uns das Odium einer der beiden Westmächte in höherem Maße zuzuziehen, als unsre eigenen Interessen es bedingen. Wir haben mit Frankreich schon sehr schwierige und große Schonung erfordernde Beziehungen und üben diese Schonung selbst auf Kosten unsrer eignen Interessen. Es ist deshalb für uns unmöglich, die deutschfeindliche Stimmung in Frankreich noch dadurch zu steigern, daß wir uns zum Exekutor englischer Wünsche Frankreich gegenüber hergeben. Man würde daraus in Frank-*

reich schließen, daß unsre Politik unter allen Umständen auch unabhängig von deutschen Interessen, sich von prinzipieller Feindschaft gegen Frankreich leiten lasse. Wenn Frankreich nicht bloß am Rhein, sondern auch in Afrika auf uns als Gegner stieße, so würde dadurch der Einfluß der Chauvinisten verstärkt und die Wahrscheinlichkeit eines Bruches nähergerückt werden. Auf Englands Unterstützung oder nur Sympathie haben wir nicht zu rechnen, wie wir 1870 gesehen haben. Es ist daher eine sehr unbillige Zumutung, daß wir in dieser Frage England gegen Frankreich auf Kosten unsrer eignen friedliebenden Politik unterstützen sollen." Die englische Beschwerde sei Ausdruck des Bestrebens, „*sich die Vorteile der Annexion Ägyptens ohne eigne Verantwortlichkeit aufdrängen zu lassen und dabei gleichzeitig diejenige Spannung und Verstimmung zwischen Deutschland und Frankreich zu fördern, die im Interesse der heutigen englischen Politik liegen.*"[71])

Aus solcher Reserve ist er auch nicht herausgetreten, als Münster telegraphierte (19. Juli), bei den scharf antifranzösischen Gefühlen des englischen Volkes würde ein Scheitern der Konferenz jetzt nicht mehr Gladstones Stellung schädigen, sondern eher befestigen: „*darauf kommt es für uns nicht an, sondern auf die Beziehungen Englands zu Frankreich*", entschied er, und als sich dann doch durch einen französischen Gegenvorschlag die Aussicht auf ein Kompromiß zwischen den beiden Streitenden zu bieten schien, bemerkte er: „*Wenn Frankreich und England wirklich einig werden, so halte ich für die drei Kaisermächte nicht angezeigt, ihrerseits weitere Schwierigkeiten zu machen. Die Einigung von Frankreich und England zu fördern, wird aber nicht in unserem Interesse liegen.*"[72])

Diese Einigung kam indessen nicht zustande, schroffer als je klafften der englische und französische Standpunkt auseinander, und desto weniger Grund lag für Bismarck zur Stellungnahme vor. Jedoch änderte sich alles, als England am 14. Juli die Kap-Regierung zum Vorgehen in Südwestafrika ermunterte und durch eine Note vom 19. in Berlin zu erkennen gab, daß es seine im Juni gemachten kolonialen Zugeständnisse wieder einzuschränken suchte. Bismarck fand sie „*so anmaßend und so im Widerspruch mit der Gleichberechtigung souveräner Mächte auf neutralem Boden*", daß er beschloß, „*in der Konferenz fester und offener als bisher auf Frankreichs Seite zu treten*"[73]). „*Nach dem neusten Vorgehen Englands bei der Walfischbai kann dasselbe kein Entgegenkommen von uns erwarten*", telegraphierte er dem Auswärtigen Amt (29. Juli) und beauftragte Münster am gleichen Tage, damit England die Konferenz bald beende und den vollen Mißerfolg eingestehe, auch das ägyptische Sanitätswesen „*unfehlbar, mit oder ohne Zustimmung anderer Mächte*" aufzuwerfen, weil hieraus sich infolge des allgemeinen Mißmuts über die ungenügenden Maßnahmen der britischen Behörden gegen die Choleragefahr eine für England peinliche Debatte ergeben müßte.

Lord Granville hat sich denn auch geweigert, den Punkt zuzulassen; dem traten zunächst alle anderen Vertreter bei unter der Erklärung, im Falle der Diskussion den deutschen Vorschlag unterstützt zu haben. Als Münster dann in der nächsten Sitzung den Antrag erneuerte, stimmten sie diesmal für ihn, Granville jedoch weigerte sich abermals, allerdings mit dem Zusatz, außerhalb der Konferenz allen deutschen Wünschen Rechnung tragen zu wollen. Deutlich aber war geworden, und das war Bismarcks Absicht, daß das Kabinett Gladstone in Ägypten nicht mehr auf Deutschland zählen könne.

Noch einmal hat der Kanzler den Sinn seiner Politik klargelegt[74]): „*Die Vorteile oder Nachteile, welche wir von der Konferenz zu erwarten haben, sind ausschließlich auf dem Gebiete der Beziehungen der Mächte untereinander zu suchen. Zu Annäherungen zwischen England einerseits und Frankreich oder Rußland andererseits haben wir keine Vermittlungsdienste zu leisten, dieselben vielmehr nach Möglichkeit zu verhüten und Keime von Verstimmungen zwischen den genannten Mächten vorsichtig zu pflegen, ohne Absichtlichkeit erkennbar zu machen. Zu vermeiden ist alles, wodurch Frankreich sich von Isolierung bedroht fühlen und deshalb England in die Arme getrieben werden kann; ebenso alles, was die vorhandenen französischen Verstimmungen gegen uns steigern oder zu ihrer Steigerung ausgebeutet werden kann. Eine Parteinahme gegen England, welche so ostensibel wäre, daß sie nicht bloß die Gladstone-Granvillesche Politik, sondern die Empfindungen der englischen Nation im allgemeinen verstimmte, muß vermieden werden. Wir müssen die Möglichkeit behalten, mit den Nachfolgern Gladstones in alter Freundschaft zu leben. Die Grenzlinie unsrer Bestrebungen in den erwähnten Richtungen wird praktisch immer daran erkennbar sein, daß wir uns nicht mehr im Widerspruche mit England oder Frankreich, sondern mit beiden zugleich befinden. Unsre eignen und direkten Interessen an der ägyptischen Sache wiegen nicht schwer genug, um uns die Folgen einer solchen Konstellation auf uns nehmen zu lassen.*“

England und Frankreich auseinanderzuhalten, blieb sein Ziel. Aber mit der Behauptung, daß er künstlich den eigenen Streit mit England provoziert habe, um den Franzosen als geeigneter Bundesgenosse zu erscheinen, steht dieser Erlaß und stehen die Tatsachen in schärfstem Widerspruch. Im Gegenteil, er hoffte auf das baldige Ende des Regimes Gladstone, um sich dann mit England wieder zusammenzufinden.

Bei der Unvereinbarkeit der französischen und englischen Ansprüche ging, Bismarcks Wunsch gemäß, die Konferenz rasch einem ergebnislosen Ende entgegen. Dennoch hat ihre letzte Phase sehr gegen seinen Willen die Franzosen gegen ihn aufgebracht. Der französische Vertreter Waddington äußerte die Bitte, Deutschland möge den Antrag auf Vertagung stellen, und hierzu erklärte Bismarck sich in Paris bereit, falls es der Wunsch der französischen Regierung und nicht nur des Botschafters persönlich sei[75]). Die

hiermit beabsichtigte Artigkeit für Frankreich hat jedoch Ferry nicht erfaßt oder nicht erfassen wollen und kühl geantwortet, Frankreich werde einen eventuellen Antrag Deutschlands unterstützen. Hierdurch fühlte Bismarck hinwiederum sich zur Vorsicht gemahnt. Er bestand nun darauf, daß Frankreich selbst den Antrag stelle. An sich ein geringfügiger Vorfall, aber er beleuchtet hell das Maß des beiderseits bestehenden Mißtrauens, und Schlimmeres sollte alsbald folgen.

Sachlich erledigte sich die Frage, indem keiner der beiden, sondern Lord Granville selbst am 2. August die Vertagung vorschlug. Aber bei Waddingtons Gegenantrag, die Vertagung bis zum 20. Oktober zu limitieren, enthielt sich Münster der Stimme, und seinem Beispiel folgten die anderen Vertreter, so daß es bei der unbegrenzten Vertagung blieb. Damit war das eingetreten, was Bismarck vermeiden wollte: Frankreich fühlte sich von Isolierung bedroht. Schwer hat es das empfunden, Ferry war, wie Courcel offen zu Hatzfeldt sagte[76]), in höchstem Maße gereizt und mißtrauisch. Courcel hat später den Verdacht geäußert, Bismarcks Zorn über Münsters Stimmenthaltung im entscheidenden Moment sei gar nicht echt gewesen und er habe ihm absichtlich unklare Instruktionen zugehen lassen, weil er nicht offen für Frankreich eintreten, sondern nur den englisch-französischen Gegensatz schüren wollte[77]). Dem steht entgegen, daß der Kanzler dem Grafen am 12. August scharf seine Unzufriedenheit ausgesprochen hat[78]). In der Tat konnte dieser über die in den letzten Konferenztagen vollzogene Schwenkung gegen England nicht im Zweifel sein. Wieder einmal hat Bismarck seine Absicht durch Graf Münster durchkreuzt gesehen. Die Konferenz schloß zwar ohne jedes Resultat für Ägypten, so daß der englisch-französische Gegensatz fortbestand, aber zu der angestrebten deutsch-französischen Annäherung hat sie nicht beigetragen.

5. Allgemeine oder bloß koloniale Verständigung mit Frankreich?

Den schlechten Eindruck in Paris zu verwischen und doch noch der Spannung mit England als Ausgleich ein gebessertes Verhältnis zu Frankreich gegenüberzustellen, hat Bismarck sich in den nächsten Wochen mit voller Kraft bemüht. Mit der Aussicht auf das Dreikaisertreffen hatte sich Deutschlands Position im Osten wieder gefestigt, die Londoner Konferenz hatte gezeigt, daß von einem Zusammengehen Rußlands mit England keine Rede sein konnte, wenn auch Giers sich nicht als Rufer im Streit hergegeben hatte. Der Dreikaiservertrag blieb also eine Realität, und ebenso real war der Gegensatz, der sich zwischen Deutschland und dem Kabinett Gladstone herausgestellt hatte. Es war zu erwarten, daß das entschlossene Umsichgreifen der deutschen Kolonialpolitik ihn noch verschärfen werde. Bei dieser Sachlage entspricht es dem bleibenden Grundgedanken der Bismarckschen Außenpolitik, wenn er jetzt sein Bündnissystem zu ergänzen dachte durch Freundschaft mit Frankreich: wieder wäre dem Staat, mit dem Deutschland in Zwist geraten war, der Zusammenhalt aller anderen entgegengestellt worden.

Mehrfach schon haben wir Bismarck an solchem taktischen Zusammengehen mit Frankreich, sei es gegen Rußland, sei es gegen England, arbeiten sehen. Diesmal jedoch hat sein Werben andere Natur: es war getragen von der Hoffnung, vielleicht doch noch die alte Feindschaft zu überwinden und eine dauernde Interessengemeinschaft beider Völker aufzubauen. Bei der Höhe des Ziels und der Größe der im Wege stehenden Gefühlshemmungen ist Bismarcks Glauben an den Erfolg von vornherein kein starker gewesen. Aber die Gelegenheit des gemeinsamen Gegensatzes gegen England war zu günstig, um nicht mindestens einen Versuch zu machen.

Wenige Tage nach dem Scheitern der Londoner Konferenz, am 6. August, erging der Befehl an Hatzfeldt, die Fühlung mit Frankreich aufzunehmen: „*Ich bitte, Baron Courcel zu sondieren, was Frankreich jetzt zu tun beabsichtigt, und ihm vorsichtig zu suppeditieren, ob die französische Regierung es nicht angezeigt fände, nun ihrerseits den mit ihr einverstandenen Mächten Vorschläge zu machen und gewissermaßen eine Verständigung unter französischer Leitung über das Verhalten herbeizuführen, welches die nichtenglischen Mächte*

in der ägyptischen Frage zu beobachten haben werden. Anstatt Rekriminationen über die Vergangenheit zu machen, wird es nützlich sein, eine Verständigung für die Zukunft zu suchen. Euer Exc. bitte ich, das Vorstehende nicht als einen von Deutschland oder von mir ausgehenden Vorschlag dem Baron Courcel zu unterbreiten, sondern demselben aus Ihrer persönlichen Anschauung zu sagen, Sie hätten geglaubt, daß nunmehr Frankreich, als die meistinteressierte unter den nichtenglischen Mächten, die Führung der nichtenglischen Interessen in der Frage übernehmen würde. Vertraulich bemerke ich für Euer Exc., daß ich, wenn ich in Ferrys Stelle wäre, sofort eine Konferenz mit dem französischen Programm nach Paris berufen würde. Der Gedanke kann dem Baron Courcel aber nur mit großer Vorsicht, vielleicht in Form von Fragen nach dem, was Frankreich jetzt zu tun beabsichtigt, beigebracht werden. Wir werden ohnehin Fühlung mit Frankreich wegen unsrer afrikanischen und australischen Interessen und deren Schutz gegen die englische Übermacht zu suchen haben."

In wochenlangen Verhandlungen hat Graf Hatzfeldt, unter der dauernden, genauen Anleitung des Reichskanzlers, mit Courcel darum gerungen, nicht nur die koloniale Verständigung unter Dach zu bringen, sondern von ihr aus weiterzukommen auf dem Wege allgemeinen Ausgleichs. Dabei durfte das Endziel nicht vorzeitig erkennbar werden, Schritt für Schritt galt es sich langsam vorzutasten, um nicht den Verhandlungspartner abzuschrecken und durch den Eindruck, einer Utopie nachzujagen, vom Eingehen auf die konkret greifbaren, bescheideneren Möglichkeiten abzubringen. Wurde über solche Einzelfragen nach und nach Einigkeit erzielt, über Ägypten, Westafrika, Kongo, dann ließ der Gesamteindruck vielleicht derart nach, daß auch an Größeres mit Erfolg herangegangen werden konnte.

Der Verlauf dieser Verhandlung ist in den Grundzügen bekannt[79]), so daß er hier nicht noch einmal eingehend dargestellt zu werden braucht. Um Ferry von seinem stets vorhanden gewesenen und durch die Londoner Ereignisse frisch gestärkten Mißtrauen abzubringen, Frankreich werde sich doch nie auf Deutschland wirklich verlassen können, hat Bismarck einerseits seinen Konflikt mit England absichtlich zugespitzt und andrerseits sich nach Möglichkeit Frankreich gefällig gezeigt. Zu dem ersten Teil dieser Begleitmusik für die entscheidenden Verhandlungen gehörte es, wenn er sich hinsichtlich der Entschädigung für die in Ägypten eingetretenen Verluste auf den Standpunkt stellte, der eigentliche Schuldner sei nicht Ägypten, „*sondern England, welches durch sein Bombardement Alexandriens und sein übriges Auftreten in Ägypten die Verpflichtung gegen die Gläubiger übernommen habe . . . Wenn wir bisher mit dieser Ansicht nicht hervorgetreten seien, so sei dies aus Höflichkeit geschehen und in der Erwartung, daß es England vielleicht gelingen werde, auf der Konferenz sich Ägypten in seinen Verpflichtungen zu substituieren unter Modalitäten, welche die Gläubiger würden anerkennen können. Nachdem diese Voraussetzung durch das Scheitern der Konferenz keine Bestätigung*

gefunden, sei es nunmehr an der Zeit, sich an den eigentlichen Schuldner England zu wenden und diesen zu fragen, in welcher Art er beabsichtige, seiner Verpflichtung gerecht zu werden"[80]). Gegen England stellte er sich auch in Persien abermals auf Rußlands Seite: „*Für uns und Österreich sei hier Rußland gegenüber die analoge Politik zu verfolgen, wie wir sie Frankreich gegenüber bezüglich Ägyptens verfolgt haben, d. h. eine Politik der offenen und bereitwilligen Unterstützung an einem Punkte, wo Rußland die Interessen der beiden anderen Kaiserreiche und namentlich Österreichs in keiner Weise verletzen könnte. Finde Rußland in Persien die Unterstützung der beiden anderen Kaiserhöfe, so werde es mit Genugtuung diesen Vorteil als aus dem Dreikaiserbund erwachsend registrieren. Von England dagegen sei weder Bündnis noch sogar Freundschaft zu erwarten; bei der Unsicherheit der Stabilität seiner Regierungen, die stets dem parlamentarischen Wechsel unterworfen seien, werde eine Freundschaft Englands, auch wenn sie versprochen würde, stets der Zuverlässigkeit entbehren.*

S. D. hält es für zweckmäßig, den Gegensatz der russischen und englischen Interessen zu benutzen, um Rußland einen Dienst zu erweisen, und empfiehlt deshalb, daß von unserer wie Österreichs Seite auf den Schah im Sinne der Nachgiebigkeit auf die russischen Forderungen eingewirkt und womöglich der englische Einfluß auf den Schah neutralisiert werde"[81]). Um besser wirken zu können, wurde jetzt die deutsche Vertretung in Teheran eingerichtet.

Das andere Prinzip, Frankreich durch Gefälligkeiten in den nicht unmittelbar zwischen ihm und Deutschland stehenden Fragen gutzustimmen, hat er vor allem auch weiterhin in dessen Konflikt mit China betätigt. Eine chinesische Bitte, deutsche Instruktionsoffiziere zu entsenden, wenn einmal der Friede mit Frankreich wiederhergestellt sein werde, wurde sehr höflich bis zum wirklichen Eintritt dieses Zeitpunktes vertagt. Nicht einen Schatten von Aussicht auf Erfolg hatte natürlich die plumpe Bitte des Vaters des Kaisers von China, Deutschland möge durch militärische Maßnahmen Frankreich ablenken[82]). Im Gegenteil nutzte Bismarck die Gelegenheit, um zur Verständigung mit Frankreich zu mahnen, und hat dies dem Auswärtigen Amt begründet (15. August): „*Im Interesse unsrer Beziehungen zu England ist Sr. Durchlaucht ein französisch-chinesisches Zerwürfnis unlieb. Überseeische Verwicklungen Frankreichs seien nur dann vorteilhaft für uns, wenn wir mit England in guten und sicheren Beziehungen ständen. Sobald die letzteren irgendwie sich trübten, wäre es nicht nützlich, daß das europäische Gewicht Frankreichs durch überseeische Verwicklungen geschwächt würde.*" Ein Gesuch der Admiralität, deutsche Kriegsschiffe die von den Franzosen angegriffenen chinesischen Plätze anlaufen zu lassen (26. August), wurde scharf zurückgewiesen, auch Kaiser Wilhelm hat es „*ebenso unnötig wie gefährlich*" genannt[83]). Schließlich hat in den Verhandlungen zwischen Hatzfeldt und Courcel die Frage des Auslaufens der auf deutschen Werften für China

gebauten Panzerschiffe eine breite Rolle gespielt, sie ist ebenfalls im Geiste strikter Neutralität entschieden worden.

Daß Bismarck bei seinem Heranrücken an Frankreich keineswegs bloß westafrikanische Fragen, sondern hinter ihnen den Gesamtkomplex des deutsch-französischen Verhältnisses im Auge hatte, ist den französischen Staatsmännern deutlich gewesen. Am 14. August hat Courcel[84]) gegen Ferry die delikate Lage hervorgehoben, der günstige Moment, sich zwischen Deutschland und England zu entscheiden, werde nur von kurzer Dauer sein. Aber derart weitreichende Entschlüsse hat Ferry abgelehnt, vor die grundsätzliche Wahl ließ er sich nicht stellen. Mit England konnte er im Augenblick nicht zusammengehen, aber er hoffte auf die Zukunft, für die solche Aussicht nicht verschüttet werden dürfe. Mit Deutschland wollte er sich nicht für die Dauer festlegen, weil sonst sein eigentliches Ziel, die Revanche, in unerreichbare Ferne verschwunden wäre. Da er jedoch zur Zeit den guten Willen des Reichs nicht entbehren konnte, ging er auf rein taktische, momentane gemeinsame Aktion ein, nicht auf mehr: ein wirkliches „Rapprochement", wie Bismarck es anstrebte, war für ihn nicht diskutabel. Den Sinn seines Verhaltens hat er selbst später (8. November)[85]) so formuliert, daß in keiner Weise ausgeschlossen sei „la possibilité d'une entente entre les deux pays sur certains points déterminés où ils ont des intérêts communs. Cette entente d'ailleurs, dans la pensée des deux Gouvernements, ne devait pas être de telle nature qu'elle pût être interprêtée comme une démonstration dirigée contre d'autres puissances ou comme l'inauguration d'un nouveau système politique. "

Daß das Einvernehmen sich ausschließlich auf einzelne Fragen der Weltpolitik erstrecken könne und daß Ferry Bismarcks weitergehende Hoffnung enttäuschen werde, hat sich schon im ersten Akt dieses Verhandlungsdramas herausgestellt, der zu seinem Höhepunkt mit Courcels Besuch in Varzin am 26. und 27. August gelangt ist, nachdem er sich vorher in Paris persönlich Ferrys Instruktion geholt hatte. Einwandfrei offenbarte sich Frankreichs Entschlossenheit, in Ägypten mit größter Behutsamkeit zu verfahren, sich also nicht der Möglichkeit eines Umschwenkens zu England hin zu berauben. Sobald damit erwiesen war, daß Frankreich die wirkliche Wahl zwischen England und Deutschland zu vollziehen nicht gewillt war, hat Bismarck jeden weiteren Versuch, die Franzosen in Ägypten vorzutreiben, unterlassen, weil das nur ihr Mißtrauen verstärkt hätte. Im übrigen war es in den kolonialen Fragen nicht übermäßig schwierig, Einvernehmen zu erzielen, so daß der Beschluß gefaßt wurde, eine internationale Konferenz über Westafrika einzuberufen, auf der Deutschland und Frankreich Hand in Hand vorgehen würden.

Weil Ferry und Courcel genau wußten, daß Bismarck die Kolonialverständigung nur als Sprungbrett betrachtete, um zu Wichtigerem fort-

zuschreiten, haben sie ihrerseits, um das Maß seines Entgegenkommens zu prüfen, die Beseitigung der Meistbegünstigungsklausel des Frankfurter Friedens angeregt. Aber den Friedensvertrag wollte der Reichskanzler nicht anrühren; war hier erst einmal ein Beginn gemacht, so konnte allzu leicht in den Franzosen die Lust zu Forderungen erweckt werden, die Bismarck unmöglich zu erfüllen vermochte, so daß das Ergebnis statt der Versöhnung beider Völker neuer Streit gewesen wäre. Infolgedessen wich er dieser Frage aus, *„nicht ohne Schwierigkeit, da der Botschafter mit einiger Dringlichkeit auf dieselbe zurückkam"*[86]).

Der Ablehnung Frankreichs, in Ägypten schärfer gegen England vorzugehen, stand also die Deutschlands gegenüber, den Friedensvertrag zu revidieren. Für beide Partner wurde damit deutlich, daß die grundlegenden Probleme noch nicht entscheidungsreif geworden waren. So ist kein über die im Augenblick drängenden kolonialen Punkte hinausreichendes Ergebnis gefunden worden. Daß in ihnen Einigkeit zustande kam, war ein Erfolg, jedoch nicht der von Bismarck gewünschte. Von Anfang an aber war er auf dies Ergebnis gefaßt gewesen, und solange sein Verhältnis zu England ein so wenig befriedigendes war, bedeutete auch der bescheidenere Gewinn sehr viel. Wenigstens bestand zur Zeit die Sicherheit, daß Frankreich sich nicht den Engländern zur Verfügung gegen Deutschland stellen würde.

Mitgewirkt, um Bismarck Vorsicht geraten erscheinen zu lassen, hat neben der französischen Reserve in Ägypten der Umstand, daß sich gleichzeitig Aussicht auf abermaliges Einlenken Englands hinsichtlich der Kolonien eröffnete durch den Privatbrief, den Lord Granville mit Wissen des Kabinetts am 20. August an Graf Herbert Bismarck richtete[87]). Der im Bad weilende Empfänger hat ihn sofort nach Varzin übersandt mit der Bitte um Anweisung, was er antworten solle. Sein eigenes Urteil war: *„Wir können von England alles was wir wollen ohne Brouille erreichen, wenn unser Vertreter in London es nur richtig anfaßt. Ich möchte nun annehmen, daß es besser ist sich mit England nicht zu brouillieren, solange es da ohne geht. Bin ich hierin in meiner jetzigen Vereinsamung im Irrtum und soll aus mir noch unbekannten Gründen ein gespanntes Verhältnis mit England angebahnt werden, so bitte ich um eine Weisung Papas, den Brief demgemäß zu beantworten. Ist alles was Granville schreibt aber richtig, so dürfte es sich in der Tat bloß um Desavouierung der Kapregierung handeln, und dann hat Granville ja jetzt einen vortrefflichen Anlaß geboten, ihm in vertraulicher Weise alles zu sagen, was wir nur wollen. Mit Münster ist man nie sicher, was bestellt wird, und wie; ich kann als Urlauber jetzt aber frei von der Leber schreiben, und dieser Brief kann der Anlaß werden, daß alles zwischen uns und England klar wird. Will Papa, daß ich in dem Sinne schreibe, so bitte ihn doch, in seiner Angabe die Hauptsätze vielleicht gleich auf Englisch zu sagen, wenigstens die wichtigen Worte, damit ich nachher in der Wahl keine Fehler mache"*[88]). Nachträglich bat er noch um schnellen Bescheid, da er

Lord Granville nicht auf die Antwort warten lassen könne, falls er nicht die Verspätung durch Hinweis auf die Notwendigkeit der Rückfrage in Varzin entschuldigen solle; „*das jedoch würde meine Antwort ja unendlich viel bedeutsamer machen. Ich denke mir aber fast, es wird Papa lieber sein, wenn ich einfach wie aus mir selbst heraus schreibe, weil ich da viel mehr sagen kann, da ich schließlich keine Verantwortung habe, wenigstens momentan nicht*"[89]).

Dieser zweite Brief kreuzte sich mit dem Entwurf für die Antwort, den ihm sein den Dienst beim Vater versehender Bruder am 27. übersandte und der ganz seinem Vorschlag entsprechend die Gelegenheit wahrnahm, in aller Offenheit Lord Granville die deutschen Beschwerden über das Verhalten des britischen Kolonialamts und der Kapregierung darzulegen und daran den Ausdruck der Überzeugung zu knüpfen, daß die „Mißverständnisse" verschwinden würden, sobald England Deutschland freundlich und auf dem Fuße der Gleichberechtigung behandelte. Das bedeutete, daß der Reichskanzler der Ansicht zustimmte, es sei besser, sich mit England nicht zu überwerfen. Es war nicht sein Wunsch, ein gespanntes Verhältnis mit England anzubahnen. Darum wies er den Fühler nicht etwa ab, sondern suchte die weiteren Besprechungen auf fruchtbaren Grund zu stellen. Zu diesem Zweck wäre es an sich gut gewesen, noch einmal den Sachverhalt zu klären, daß der unglückliche Verlauf der bisherigen Verhandlungen zum Teil auf das Konto des Botschafters kam und mit seinem eigenen Wunsch nicht im Einklang stand. Das aber hielt der Kanzler aus persönlichen Gründen für Graf Herbert nicht tunlich: „*Papa hätte es zweckmäßig gefunden*", schrieb Graf Wilhelm in dem Briefe vom 27., „*wenn man Granville würde unter die Nase haben reiben können, daß Münsters Schlappheit der Hauptgrund zu unsrer malentente sei. Das zu sagen wäre indessen für Dich nicht schicklich, es empfehle sich im Gegenteil, daß Du zu niemandem auf Münster schimpftest, damit man Dir, wenn Du ihn einst ersetzen solltest, nicht nachsage, Du hättest gegen ihn intrigiert.*" So blieb es bei der sachlichen Aufzählung der deutschen Gravamina.

Am Tage von Courcels Besuch in Varzin ging dieser Entwurf ab, und unter dem Eindruck der Aussprache mit ihm beauftragte Bismarck am 29. den Grafen Wilhelm, ihn eigens dazu an sein Bett rufend, mit der Ergänzung, der Gedanke müsse noch schärfer zum Ausdruck kommen, daß die Beziehungen beider Länder sich befriedigend gestalten würden von dem Augenblick an, wo England sich entschließe, Deutschland in den kolonialen Fragen ebensolche Freundlichkeit zu erweisen, wie Deutschland ihm bis jetzt in allen politischen Fragen erwiesen habe[90]). Im Prinzip wurde mit der hierin liegenden Drohung, sich widrigenfalls in Zukunft gegen England zu wenden, die Verhandlung auf den Stand zurückgeschraubt, von dem aus Bismarck im Mai die verunglückte Anfrage an England gerichtet hatte. Während der Fürst die Bitte, die wichtigen Punkte gleich auf Englisch zu formulieren, zunächst als „*zu angreifend*" nicht erfüllt hatte, goß er diesen

entscheidenden Satz gleich in die Form, die wörtlich in das Antwortschreiben[91]) aufgenommen worden ist: „I have not the slightest doubt that all the irritation will disappear, that all the disconveniences between us will be settled and that our relations will be brought back to the satisfactory state they were in, from the moment you treat us in the same friendly way in colonial questions, as we always treated you in all political questions till now."

Damit war abermals die Frage in ihrer ganzen grundsätzlichen Tragweite gestellt. Wie entscheidend wichtig Bismarck diesen neuen Schritt ansah, geht nicht nur aus dem mitgeteilten Briefwechsel der beiden Brüder hervor, später[92]) hat er es selber mit den Worten ausgesprochen, er habe „*gewissermaßen wie in der Erzählung von den sibyllinischen Büchern zum letzten Male Lord Granville vor die Frage gestellt, ob er unsre Freundschaft oder unsre Gegnerschaft haben wollte*".

Den besten Druck auf England, hatte Graf Wilhelm in dem Schreiben vom 27. ausgeführt, sehe der Kanzler in dem Abkommen mit Frankreich, das sich zu machen scheine: „*aus Liebe werden uns die Engländer über See nichts konzedieren, und wenn wir einmal Ernst machen und Frankreich wirklich unterstützen, dann wird ihnen klar werden, daß wir nicht nur reden, sondern auch handeln.*" Hält man diesen Satz mit der Art zusammen, wie Graf Herbert beauftragt wurde seine Antwort einzurichten, dann ist der schlüssige Beweis erbracht, daß die Auffassung irrig ist, Bismarck habe, um Frankreich zu gewinnen, den Bruch mit England erstrebt. Im Gegenteil hat er, sobald sich Aussicht auf Erfolg bot, den Engländern die Hand wieder hingestreckt und bei seinem Heranrücken an Frankreich, weil er nach dem Gespräch mit Courcel noch weniger an den Erfolg glaubte als vorher, den Hintergedanken gehabt, das Maß des britischen Verständigungswillens zu erhöhen, indem er deutlich machte, daß noch andere Möglichkeiten für Deutschland beständen[93]). So erwies sich die eingeleitete Fühlungnahme mit Frankreich in doppeltem Sinn als vorteilhaft: einmal um ihrer selbst willen und außerdem als Druckmittel auf England.

Am Schlusse seines Briefes an Lord Granville ging Graf Herbert auf die Frage der Nachfolge für den am 25. August verstorbenen Lord Ampthill ein. Vor allem kam es Bismarck darauf an, den vom Kronprinzenpaar lebhaft gewünschten Sir Robert Morier auszuschalten. Der Geschäftsträger Baron Plessen mußte sich überdies wenige Tage später erkundigen, ob Münster den ihm zweimal erteilten Auftrag auch wirklich ausgeführt und das Foreign Office informiert habe, daß Morier der deutschen Regierung nicht genehm sein würde. Granville bestätigte, daß es erfolgt war, und versicherte nicht an ihn zu denken, da er vor allem den Wünschen des Kanzlers entsprechen wolle, obwohl Moriers Wahl an sich nahegelegen haben würde[94]).

Mit England bestand also wieder Hoffnung, trotz des unentwegten Umsichgreifens der kolonialen Besitznahme in ein erträgliches Verhältnis zu kommen. Aber wäre nicht damals für Deutschland das sehr viel wichtigere Ergebnis zu haben gewesen, die Feindschaft seines unmittelbaren Nachbarn im Westen zu überwinden und der Revanchegefahr endgültig den Riegel vorzuschieben, wenn Bismarck entschlossen sich gegen England stellte? Hat Bismarck, indem er, um nicht zum Bruch mit England zu kommen, die sich bietende Gelegenheit verpaßt, einer wirklich gesunden Regelung der deutsch-französischen Beziehungen den Boden zu bereiten?

Über diese Frage hat damals eine lebhafte schriftliche Diskussion zwischen seinen beiden Söhnen und Holstein stattgefunden, die alle drei in der Lage waren, den Verlauf der Ereignisse genau zu beobachten. Während Graf Herbert das Verhalten des Vaters verteidigte, standen Graf Wilhelm und Holstein ihm mit besorgter Skepsis gegenüber. Holstein, der überhaupt damals sich mehrfach gegen beide Söhne kritisch über die Politik des Reichskanzlers geäußert hat, glaubte vorhersagen zu müssen, daß, wenn den Franzosen nicht etwas ganz Bestimmtes versprochen würde, Deutschland sich zwischen zwei Stühlen finden und Frankreich in Englands Arme treiben werde. Solche festen Versprechungen sollten sich nach ihm nicht etwa auf Lothringen erstrecken, das bezeichnete er ausdrücklich als unmöglich, und das Elsaß gar hat er überhaupt nicht erwähnt. Aber für Ägypten und Marokko sollten sie erfolgen, und das hielt er für durchaus ausreichend, um Frankreich zu endgültigem Herumwerfen des Steuers zu veranlassen[95]). Diesen Standpunkt hielt er auch nach dem Besuch Courcels in Varzin fest: „*Wenn die Franzosen nicht zwischen heute und drei Monaten zu der Überzeugung kommen, daß wir sie zum Narren gehabt haben, so werden sie — nicht etwa uns lieben — aber ihrem Haß gegen England in einer Weise Luft machen, die Gladstone und seine Republik für den Augenblick kaltstellen wird. Da die größte Unannehmlichkeit meines Lebens mit Frankreich verbunden ist*[96]), *so bin ich der Gallophilie nicht verdächtig. Aber ich glaube, daß der psychologische Moment jetzt da ist, um ohne deutsche Opfer, nur mit moralischer Betonung der Interessen deutscher Gläubiger etc. Gladstone klein zu kriegen, und das zu tun, um was Randolph Churchill Sie bat*[97]). *Ohne Münster wäre die Sache auf der Konferenz ungleich leichter zu machen gewesen als heute. Die Wirkung, welche es in Frankreich haben kann, wenn sie sehen, daß wir sie wirklich bei irgend etwas unterstützen, wird vielleicht recht groß sein*“[98]). Der Optimismus war hier schon einigermaßen herabgestimmt, und überhaupt gab Holstein zu, „*daß man mit den Franzosen gar nicht zu langsam und vorsichtig vorgehen kann*“, billigte also insofern die Taktik des Reichskanzlers. Aber er fürchtete, dieser werde auf der betretenen Bahn nicht konsequent vorwärts, sondern auch einmal rückwärts gehen und damit den Effekt vernichten[99]). „*Frankreich ist fest entschlossen*“, urteilte er noch einmal, „*nicht länger allein zu*

bleiben; geht es nicht mit uns, so geht es irgendwie mit England"[100]). Die Einigkeit der Westmächte würde aber nicht nur die Vereinigten Staaten und Italien an sich heranziehen, sondern auch Rußland. So entrollte Holstein ein Bild, wie es sich zum Verhängnis Deutschlands im Weltkrieg bestätigt hat.

Ebenso gab Graf Wilhelm der Sorge Ausdruck, daß der Kanzler sich in dem Wahn verstricken könne, er werde „*aus den Engländern aufrichtige Freundschaft herausholen, da wo ihr Geldbeutel im Spiele ist. Wenn die Freundschaft nicht aufrichtig und aus Überzeugung geleistet wird, so nützt sie uns m. E. nichts. Schöne Redensarten werden sie fortfahren zu machen, aber sie haben bei ihren vielen Verbindungen genügende Gelegenheiten, alle unsre Unternehmungen lahm zu legen, ohne daß wir ihnen den bösen Willen nachweisen könnten. Sie werden das tun, solange sie nicht der Überzeugung sind, daß wir Schulter an Schulter mit Frankreich Krieg gegen sie führen, und denken, wenn es so weit ist, ist es immer noch Zeit zum Kneifen. Ehe sie nicht Ernst sehen, werden sie keine Konzessionen machen. Vorläufig sind sie überzeugt, daß wir wegen schlechter Behandlung durch sie niemals Krieg führen werden und die anderen Mächte nur, wenn sie deren vitale Interessen verletzen. Sie werden sich also bloß vor der letzteren Behandlung in Acht nehmen und so schlapp als möglich gegen Frankreich sein, sobald Ferry sich stark genug hält, gegen sie aufzumucken. Vorläufig hat Ferry diesen Glauben scheinbar nicht, England ist also ganz frei zu tun, was es will. Ferry würde ihn haben, wenn wir ihm Garantien geben, daß wir ihm nicht in den Rücken fallen. Aber mit dem Zwickmühlenspiel, das wir den beiden maritimen Hauptmächten zur Zeit spielen, erreichen wir für Kolonien gar nichts. Sie sagen sich natürlich, ‚sobald wir uns vertragen, hat zur See niemand etwas zu befehlen', und hüten sich, pour nos beaux yeux, wie wir es von Frankreich verlangen, die Kastanien aus dem Feuer zu holen*"[101]).

Dem hielt Graf Herbert entgegen: „*Frankreich wird doch nie und nimmer unser Freund, und wird über uns herfallen, sobald es starke Allianzen findet, mögen wir ihm jetzt zu Gefallen tun, was wir wollen. Fallen wir aber mit Frankreich gemeinschaftlich über England her, so wird letzteres unser Todfeind und verbindet sich dann bei der nächsten Gelegenheit mit Frankreich, um sich an uns zu rächen*"[102]). Sein Bruder replizierte: „*Gewiß ist es richtig, daß Frankreich niemals unser aufrichtiger, freiwilliger Freund sein wird. Heutzutage sind nur Freundschaften auf der Basis gemeinschaftlicher Interessen möglich. Die können wir aber jetzt mit Frankreich bekommen, während die Engländer im Gegenteil von uns für ihre Interessen fürchten . . . Sobald uns England mit Frankreich brouilliert weiß, so wird es nichts mehr fürchten und hat auch nichts mehr zu fürchten. Es wird uns ein Schnippchen schlagen, vielleicht unter den gleichen heuchlerischen Versicherungen wie heute, vielleicht auch ohne diese formelle Höflichkeit zu beobachten. Ohne Bündnis mit Frankreich und sogar in dessen Gegnerschaft England den Krieg zu erklären, ist für uns unmöglich. Wir müssen dann jede noch so präpotente Behandlung ruhig einstecken und sind*

blamiert . . . Papa ist die bisherige Politik bequem, einen gegen den andern auszuspielen, das geht eine Zeitlang, aber der Moment wird kommen, où il faut prendre une résolution. Das Spiel ist zu klar, als daß nicht beide es längst gemerkt hätten; natürlich sind sie deshalb beide mißtrauisch . . . Ich fürchte sehr, daß wir bei dem Spiel unsre Rechnung nicht finden werden, und daß die beiden Westmächte, wenn England sieht, daß wir im Kongo mit Frankreich gehen, Frankreich dagegen, daß wir es in Ägypten nicht unterstützen, schließlich dazu gelangen, daß es das Klügste ist, sich untereinander zu verständigen"[103]). Allerdings schränkte Graf Wilhelm dann, wie Holstein es getan hatte, sein Urteil ein: „*Jetzt werden sich die beiden gewiß nicht einigen, und wir brauchen jetzt noch für keinen ausgesprochen Partei zu nehmen. Ich sehe nur in der Zukunft die Gefahr; denn ich halte nicht für ausgeschlossen, daß wir, nachdem wir Frankreich kolonialiter ausgenutzt haben während einiger Monate, ihm plötzlich einen Tritt geben wollen, wenn England anscheinend freundlichere Seiten aufziehen sollte. Dann wird es sich isoliert fühlen und naturgemäß auf das westmächtliche Bündnis zurückkommen, auch unter Opfern. England wird nicht immer so dumme Staatsmänner haben wie jetzt, und wenn den beiderseitigen Leitern erst die Überzeugung durchkommt, daß beide Länder, im Bündnis, sämtliche überseeische Konstellationen einfach bestimmen können, so werden sie sich ohne Krieg einigen*"[104]).

Zwanzig Jahre später ist diese Prophezeiung, wie die Holsteins nach dreißig, in Erfüllung gegangen. Aber ist deswegen Bismarcks Politik unter den damals gegebenen Umständen falsch gewesen? Solange er im Amt war, hat er solche Entwicklung jedenfalls zu verhindern gewußt, und indem Graf Wilhelm zugab, daß die Gefahr nur in der Zukunft lag und daß jetzt noch nicht die Notwendigkeit der Option für eine der Westmächte bestand, setzte er sich schon selbst in Widerspruch zu Holsteins Argument, der psychologische Moment für sie sei gekommen. Daß dies in der Tat nicht der Fall gewesen ist, hat das Verhalten der Franzosen bewiesen, es hat gezeigt, daß sie, wie Graf Herbert annahm, überhaupt nicht bereit waren, sich fest mit Deutschland einzulassen. Die Unterstützung in Ägypten, die Holstein und Graf Wilhelm verlangten, war ihnen angeboten worden. Aber sie konnte nur dann eintreten, wenn sie selbst dort energisch vorgingen, und gerade das lehnten sie ab.

Deshalb ist es ein Trugbild gewesen, wenn Holstein sich vorspiegelte, ihre dauernde Freundschaft durch bestimmte Zusage des Beistands in Ägypten und Marokko erkaufen zu können. Weiter wollte er auch nicht gehen; daß der Frankfurter Friede nicht angetastet werden dürfe, war ihm eine Selbstverständlichkeit. Dessen ehrliche Anerkennung jedoch war durch kein weltpolitisches Entgegenkommen zu erreichen. Irgendwelche Aussicht auf wirkliche Versöhnung bestand überhaupt nur im Falle seiner Preisgabe durch Deutschland. Die von Holstein befürwortete Art des Vorgehens würde also bestimmt kein besseres Ergebnis erzielt haben. Durfte aber Bismarck

darüber noch hinausgehen und dem deutschen Volke zumuten, das ungeheure Opfer des Verzichts auf die Früchte des Sieges zu leisten? Gewiß ist, daß die öffentliche Meinung Deutschlands absolut kein Verständnis dafür besessen haben würde, so daß die so schon infolge des Parteiegoismus schwierige innerpolitische Lage noch wesentlich beeinträchtigt worden wäre, ganz zu schweigen davon, daß Kaiser Wilhelm sich wohl nie dazu bereit gefunden hätte. Aber selbst wenn Bismarck solchen Kampf nicht scheute, bestand das andere Bedenken, daß dies Opfer einer französischen Regierung darzubringen sein würde, die soeben selbst bekundet hatte, daß sie nicht gewillt war, den Bruch mit England zu vollziehen, und deren Bestand überdies keineswegs als gesichert angesehen werden durfte. Wie die französische Volksstimmung war, hatte die Aufnahme eines Artikels des royalistischen „Figaro" vom 27. Juli gezeigt, der als Frankreichs eigentlichen Feind auf allen Gebieten England bezeichnete und sich deshalb für Bündnis mit Deutschland einsetzte: er war entweder totgeschwiegen oder mit Spott und Hohn übergossen worden. Schon die Anzeichen für den Versuch eines wirklichen „rapprochement" mit Deutschland hatten das Ministerium sofort gefährdet. Und überdies bestand nicht die geringste Gewähr, daß selbst die Preisgabe des Frankfurter Friedens zum Ziele führen werde. Denn der eigentliche Grund des französischen Hasses lag doch in dem gewaltigen Machtumschwung, in der Tatsache von Deutschlands durch seine Einheit herbeigeführten überragenden Stellung auf dem Kontinent. Mit ihr wollten die Franzosen sich nicht abfinden, für verläßliche Freundschaft waren sie nicht zu haben, solange sie in Gültigkeit war, und deshalb mußte immer noch gefürchtet werden, daß sie einer sich gegen das Reich wendenden Großmacht sich anschließen würden. Bei so geringer Sicherheit konnte und durfte Bismarck nicht an den Verzicht auf das mit eigener Hand Gewonnene denken.

Von einer durch ihn verpaßten Gelegenheit kann demnach keine Rede sein. Wenn die Zukunft die schlimmen Folgen tatsächlich gebracht hat, die Holstein und Graf Wilhelm voraussagten, so steht dies doch nicht im Kausalzusammenhang mit dem in diesen Verhandlungen von Bismarck beobachteten Verfahren. Holstein ist von völlig falscher Voraussetzung ausgegangen, wenn er meinte, die Franzosen würden sich durch koloniale Zugeständnisse umstimmen lassen, und auch die Annahme, daß ohne engeren Zusammenschluß mit Frankreich von England kein Entgegenkommen in Übersee zu erreichen sei, hat sich als irrtümlich erwiesen. Gern hätte der Kanzler den Weg beschritten, den seine Kritiker empfahlen, aber Frankreich hat es unmöglich gemacht.

6. Höhepunkt der Dreikaiserpolitik

Bei der nun einmal gegebenen Sachlage, die eine Möglichkeit klarer Option zwischen den Westmächten nicht zuließ, blieb nichts anderes übrig, als das „Zwickmühlenspiel" fortzusetzen[105]). Deshalb hat Bismarck das Einvernehmen auf kolonialem Feld mit Frankreich nach Kräften weiter gefördert, immer mit dem Blicke darauf, ob nicht trotz allem die Zukunft von dort aus ein Fortschreiten zu Größerem gestatten werde; andrerseits aber hat er auch den Ausgleich mit England betrieben. Stützen konnte er sich bei diesem Werk auf den starken Eindruck, den allenthalben die nun faktisch erfolgende Demonstration der Einigkeit zwischen den drei Kaisermächten vor der Öffentlichkeit hervorrief.

Schon daß Graf Kálnoky vier Tage in Varzin weilte (vom 15. bis 19. August), hat sehr nützlich in dieser Richtung gewirkt. Graf Robilant — leise andeutend, daß Mancini sich wieder zurückgesetzt fühlte — sagte zum Prinzen Reuß, die Reise habe „*bouleversé le monde*", worauf dieser erwiderte, das freue ihn außerordentlich, weil es beweise, „*welche Wucht die beiden Zentralmächte in ihrer auf Erhaltung des Friedens gerichteten Politik auf das übrige Europa ausübten, und das könne jedem Friedensfreund nur recht sein*"[106]). Sachlich war allerdings in Varzin nichts Weiterführendes vereinbart worden. „*Kálnoky brachte nichts Neues, er wollte wohl nur zusehen, ob noch alles beim Alten*", schrieb Graf Wilhelm seinem Bruder (20. August), und der Kanzler selbst hat Kaiser Wilhelm berichtet, nach seiner Ansicht habe der Minister bloß bezweckt, durch seine Reise „*in Österreich und in der Welt überhaupt die Tatsache zur Anschauung zu bringen, daß das intime Verhältnis beider Mächte fortbesteht, und die Gewißheit zu erlangen, daß zwischen uns und Rußland keine geheimen Verabredungen bestehen, mit denen Österreich bei der bevorstehenden Zusammenkunft in Polen überrascht werden könnte*"[107]). Der Kaiser sprach ihm seinen besonderen Dank aus (7. September), „*daß Sie vornehmlich das immer wieder durchblickende Mißtrauen gegen Rußland zu bekämpfen suchten, was sich auch in der letzten Depesche des Generals von Schweinitz aussprach, da ihm der österreichische General Fürst Windischgraetz die Äußerung tat, daß trotz manchen Lobes über das russische Militär er einen Krieg zwischen beiden Kaiserstaaten nur als eine Zeitfrage aufstellte, worauf Schweinitz ihm vortrefflich geantwortet hat*[108]), *obgleich auch wir keine ganz sichre Zukunft*

in die künftige Politik Rußlands setzen können, was in den Satz zusammengefaßt ist: was wird nach Giers zu erwarten sein!"

Nicht verfehlt hatte Bismarck, das persönliche Treffen zu benutzen, um erneut den Entschluß zu klarer Demarkationslinie nahezulegen, unter gleichzeitigem Ausdruck seines Bedauerns, daß Österreich in Bulgarien nicht die gleiche Vorsicht beobachte wie Rußland in Serbien. Sein Rat blieb also prinzipiell der alte. Graf Kálnoky aber entzog sich auch diesmal, ihm ist es offenbar tatsächlich wesentlich auf die Außenwirkung seines Besuchs sowie auf die Sicherheit angekommen, daß Österreich in Skierniewice nicht vor überraschende Vorschläge seiner Partner gemeinsam gestellt werden würde. Nachdem er sie erlangt hatte, ist alles in allem seine Befriedigung größer gewesen als die Bismarcks.

Erfreulich dagegen war die Wärme, mit der sich der österreichische Botschafter in Petersburg Graf Wolkenstein zur Dreikaiserpolitik bekannte. Auf der Durchreise in Berlin sagte er zu Holstein: „*Zu gewinnen ist für Österreich nichts bei einem russischen Kriege. Werde man geschlagen, so sei die Existenz der Monarchie in Frage gestellt; siege man, so werde in Rußland unter dem Drucke der öffentlichen Meinung entweder das konstitutionelle Regime oder gar die Republik eingeführt werden, zwei unerwünschte Eventualitäten für Österreich-Ungarn wegen der unausbleiblichen Rückwirkung auf die übrigen Slawen. Österreich-Ungarn könne mal in die Lage kommen, für seine Existenz kämpfen zu müssen. Diese Aussicht sei aber durch die seit etwa zwei Jahren in Rußland befolgte Politik in weite Ferne gerückt worden. Der Kaiser von Rußland habe trotz des Nihilismus doch immer noch die Macht, seinen Ansichten Geltung zu verschaffen. Es sei deshalb an der Zeit, mal den Versuch mit guten Beziehungen zu machen. Man könne das ohne Gefahr, denn ein Nachlassen in militärischer Vorsicht werde natürlich nicht in Frage kommen. Dagegen empfehle es sich, daß Österreich diesen Beziehungen einige Konzessionen hinsichtlich der Balkanfragen mache, statt jede derselben zum Ausgangspunkt gereizter Erörterungen zu nehmen*"[109]). Das waren Anschauungen, die sich genau mit den Maximen Bismarcks deckten.

Im ganzen durfte nach diesen Vorgängen dem großen Ereignis des Dreikaisertreffens mit Ruhe entgegengesehen werden, und in der Tat ist die Zusammenkunft in Skierniewice überaus erfreulich verlaufen (15. bis 17. September). Konkret greifbares Neues hat die Aussprache der drei Herrscher und der drei leitenden Minister allerdings nicht gebracht. Aber es war schon viel, daß die brennenden Probleme ohne jeden Mißton erörtert werden konnten. Einigkeit über die Erhaltung des status quo wurde theoretisch hergestellt, die Richtlinien des Geheimvertrags abermals bekräftigt, eine festere Gewähr jedoch, als in ihm gegeben war, nicht geschaffen. Zweifellos hat sich das Mißtrauen durch die persönliche Aussprache gemindert, und das konnte, wenn nicht neue unerwünschte Zwischenfälle in Zukunft

eintreten würden, von ausschlaggebender Wichtigkeit werden. Befriedigt durfte Bismarck feststellen, daß sowohl die Russen als auch die Österreicher den Eindruck mitnahmen, eine dauernde Verständigung liege doch nicht, wie sie bisher gefürchtet hatten, außerhalb der Möglichkeit[110]).

Insofern ist Skierniewice ein großer Erfolg gewesen, und namentlich nach außen wirkte es als solcher. Alle Kabinette beurteilten es als neuen Triumph der Bismarckschen Staatskunst. Gern gesehen wurde dies Ergebnis allerdings natürlich nicht überall. Auch löste das Treffen an einigen Stellen Besorgnisse aus, daß dort aggressive Tendenzen sich durchgesetzt hätten. Sultan Abdul Hamid ließ die Furcht erkennen, es möchten „*für den Frieden auf dem Balkan bedrohliche*" Abmachungen getroffen sein; er selbst glaube nicht daran, ließ er Radowitz sagen, aber aus London würde ihm Derartiges gemeldet[111]). Der Botschafter bezeichnete das sofort als absurd und fügte hinzu: „*wer überhaupt sich mit Politik beschäftige, müsse wissen, daß die Kaiserbegegnung nur eine eminente Bürgschaft für Frieden gewesen sein könne.*"

Nichts anderes ist in der Tat der Sinn von Skierniewice gewesen, und das Treffen hat denn auch günstig auf die russisch-österreichischen Beziehungen eingewirkt. Ein Teil des Erreichten indessen ging zu Bismarcks tiefer Betrübnis durch einen unmittelbar danach sich einstellenden Zwischenfall, wie wir es schon öfter zu beobachten hatten, wieder verloren. Diesmal wurde er von österreichischer Seite hervorgerufen.

In Ungarn war die Unzufriedenheit mit Kálnokys russenfreundlicher Politik groß, und besonders stark, wenn auch nicht öffentlich, beteiligte sich an der Kritik Andrássy. Als er sein abfälliges Urteil mit der sachlich unbegründeten Sorge motivierte, jetzt sei bewilligt worden, was er selbst im Jahre 1879 erfolgreich verweigert habe, nämlich die Garantie Elsaß-Lothringens gegen Frankreich, wodurch eine Barriere zwischen Österreich und dem Westen geschaffen sei, stellte ihn der Minister anläßlich der Delegationstagung in Budapest zur Rede[112]). Aber auch Kálnoky glaubte der in Ungarn vorherrschenden Stimmung Rechnung tragen zu müssen, indem er in der Thronrede Kaiser Franz Josephs Rußland überhaupt nicht erwähnte, sondern die außenpolitische Lage bloß mit dem Satz umriß: „Unsre Beziehungen zu Deutschland sind die möglichst innigen, und wir stehen auch mit den übrigen Staaten in bestem Freundschaftsverhältnis."

Daß er es nicht für nötig erachtete, der Kaiserbegegnung mit einem Wort zu gedenken, hat in Rußland böses Blut gemacht. Obgleich er sofort zu beschwichtigen suchte, es sei nur deshalb nicht geschehen, weil sonst unliebsame Interpellationen zu erwarten gewesen wären und weil Giers selbst den Wunsch geäußert habe, möglichst wenig von Skierniewice zu reden[113]), beschwerte sich dieser bitter gegen Bernhard Bülow (6. Oktober): alle Welt in Rußland außer Asakow und einigen Intriganten sei mit dem Treffen zufrieden gewesen, „*in diese vertrauensvollere Stimmung hat die*

Pester Thronrede einen großen Mißklang gebracht". Kaiser Franz Joseph hätte „*für Rußland ein Wort haben müssen, statt uns mit allen übrigen Mächten auf eine Linie zu stellen*", und noch schlimmer als die Thronrede seien die Wiener und Budapester Zeitungen. Ganz Europa sei nunmehr zu der Ansicht gelangt, daß zwischen Rußland und Österreich ernste Spannung bestehe, und darüber triumphierten alle Feinde Rußlands in Serbien und Rumänien. Die russische Politik lasse sich gefallen, daß Österreich überall auf dem Balkan gegen sie arbeite, weil man in Petersburg zur Erkenntnis gekommen sei, am besten die Balkanvölker sich selbst zu überlassen, „*aber in der Form sollte man uns wenigstens menagieren*". Österreich vergesse, „*daß gerade den Kaiser Alexander formale Rücksichtslosigkeiten mehr ärgern als an und für sich ernstere politische Gegenzüge*". Kálnoky sei beim Zaren personagratissima, aber er verstehe sich nicht auf Nuancen: „*der Antagonismus zwischen Österreich und Rußland ist schon an sich groß genug, man braucht ihn nicht durch Unvorsichtigkeiten zu verschärfen.*" Giers schloß mit der Versicherung, solange er im Amte sei, werde es zu keiner ernstlichen Verwicklung mit Österreich kommen: „*je ferai le mort, mais l'affront a été ressenti*"[114]).

Zwei Tage später kam er noch einmal auf die Angelegenheit zurück. Kaiser Alexander sei schwer verstimmt und habe ihm gesagt: „*Kaiser Franz Joseph hat mir in Skierniewice zweimal versprochen, daß wir fortan gute Freunde sein wollten. Welchen Wert haben solche Versprechungen, wenn er unmittelbar nachher nicht den Mut hat, auch nur mit einer Silbe anzudeuten, daß es ihm Freude machte mich zu sehen? Was wird man in Rußland dazu sagen, daß ich mich vom Kaiser von Österreich mit dem König von Spanien und dem Kaiser von Brasilien rangieren lasse? Vom Grafen Kálnoky hatte ich das nicht erwartet. Sein Benehmen in dieser Angelegenheit ist entweder sehr kleinmütig, oder er sucht Streit mit uns. Man spricht nur von einer Entente zu dreien. Aber welch ein Unterschied ist zwischen unseren Beziehungen zu Deutschland und denen zu Österreich!*"[115]).

Was Giers bereits in dem ersten Gespräch mit Bülow angedeutet hatte, daß Rußland sich eventuell vollständig vom Balkan zurückziehen werde, ist kein in der Verstimmung des Moments flüchtig hingeworfener einmaliger Gedanke gewesen, sondern er hat es ausführlich bald darauf wiederholt[116]): „*Wie ich als junger Mann nach dem Orient geschickt wurde, war ich durchdrungen von der Mission Rußlands in diesen Gegenden. Comme je suis revenu de ces illusions! Die Balkanhalbinsel ist für Rußland, was im Mittelalter Italien für Deutschland war.*" Damit bekannte sich der Minister zu ähnlichen Überlegungen, wie Bismarck sie anstellte, daß der Vorstoß dorthin ein Element der Schwäche und nicht der Machtvermehrung in sich berge. Der letzte Krieg, so fuhr er fort, habe die Staatsschulden um 10 Milliarden Rubel vermehrt, „*und welchen Dank haben wir dafür bei den Balkanvölkern geerntet?*" Rumänien, Serbien und Griechenland stünden im gegnerischen Lager, und

sobald Bulgarien Ostrumelien erhalten habe, werde es sich auch abwenden (Bismarck bemerkte hierzu: „*wahrscheinlich*").

Trotz dieser Wiederholung kann es Giers mit seiner Resignation nicht sehr ernst gewesen sein, weil er zu genau wußte, daß Verzicht auf den Balkan in absolut unvereinbarem Widerspruch stand zu dem, was die öffentliche Meinung von ihm erwartete und verlangte. Daß er solche Gedanken überhaupt aufwerfen konnte, steht offenbar im Zusammenhang mit der gleichzeitigen, stetig sich vollziehenden Annäherung der russischen Truppen an die afghanische Grenze, die dann im Laufe des Jahres 1885 Rußland an den Rand des Krieges mit England geführt hat. Häufig ist ja in der Geschichte der russischen Außenpolitik festzustellen, wie ein Vorstoß nach Ost- oder Mittelasien die Intensität des Interesses am Balkan abgeschwächt hat und umgekehrt. Auch diesmal ist die Wechselwirkung nicht ausgeblieben. Das Bewußtsein, eventuell des vollen Krafteinsatzes in Zentralasien zu bedürfen, konnte vorübergehend die Neigung auslösen, auf aktive Betätigung des Balkanehrgeizes zu verzichten.

Auf solche Weise wäre der eigentliche Grund des russisch-österreichischen Gegensatzes in Fortfall geraten, und überhaupt würde es für Deutschland, so führte Bülow aus, ein Glück sein, wenn Rußland seine überschüssige Kraft nach dem Fernen Osten wendete; notwendig erhöhe sich dann sein Interesse an der Dreikaiserpolitik. Deshalb bedauerte er, daß der sonst so vortreffliche Giers wenig Neigung zu entschlossenem Vorgehen in Asien zeige. Aber der Reichskanzler ließ ihm antworten (15. Oktober), ein peremptorisches Urteil, ob es wirklich in Deutschlands Interesse liege, wenn Rußland sich vollständig vom Balkan zurückziehe, lasse sich nicht abgeben, denn mit dem Fortfall des Motivs für die zwischen ihnen bestehende Spannung könne die österreichisch-russische Freundschaft größer werden als uns nützlich, und überdies habe die geringe Neigung des Herrn von Giers zu entschlossenem Handeln auch abgesehen von Asien ihr Gutes.

Hier stoßen wir darauf, daß für Bismarck, wenn er immer wieder den Österreichern zugeredet hat, sich damit abzufinden, daß Rußland einen Teil des Balkans unter seinem Einfluß behalte, nicht ausschließlich der Gedanke maßgebend gewesen ist, sonst sei der Krieg zwischen den beiden unvermeidlich. Daneben ist er trotz aller Intimität des Bündnisses von der alten Sorge nicht frei gewesen, die ihn zur Zeit der Reichstadter Abmachungen im Jahre 1876 so stark bedrückt hat, Österreich könne sich auf Kosten Deutschlands mit Rußland verständigen. Mit einem am Balkan desinteressierten Rußland würde das keine unüberwindlichen Schwierigkeiten geboten haben, und dann wäre der Weg zur Kaunitzschen Koalition geöffnet, da Frankreich selbstverständlich mit Freuden hier Anlehnung gesucht hätte. So weltenfern die Gegenwart von solcher Möglichkeit war, als ausgeschlossen für alle Zukunft konnte sie nicht gelten. Nicht vorhanden war sie aber,

solange der Balkan trennend zwischen Wien und Petersburg stand. Eine gewisse Spannung um seinetwillen war demnach der wirksamste Schutz für Deutschland. Allerdings durfte sie — das war ebenfalls wieder ein deutsches Lebensinteresse — nicht bis zur Kriegsgefahr anschwellen. Das sind die Überlegungen gewesen, die ihn zu seinem Vorschlag der Balkandemarkation veranlaßten.

Den Petersburger Unwillen über die Thronrede hat Graf Kálnoky nach Kräften auch weiterhin beschwichtigt, hatte er doch diese Folge wirklich nicht beabsichtigt[117]). Bei neuen Angriffen im ungarischen Oberhaus gegen Rußland telegraphierte er direkt an Giers, Tisza werde ihnen auf seine Veranlassung entgegentreten[118]), worauf Giers mit Ausdruck seines Dankes erwiderte, im Hinblick auf den Glauben der Balkanstaaten an ein gutes Verhältnis zwischen Österreich und Rußland sei dies von größter Wichtigkeit. Aber die Art, wie der ungarische Ministerpräsident sich am 16. Oktober seiner Aufgabe entledigte, erregte kein Wohlgefallen in Petersburg. „*Nous tombons de Charybde dans Scylla*", sagte Giers zu Bülow; seine Unzufriedenheit wurde dadurch erweckt, daß in Tiszas Darstellung des Dreikaisertreffens der Eindruck hervorgerufen wurde, „*als ob Rußland die beiden andern Kaisermächte um Verzeihung und Aufnahme in ihren Bund gebeten habe*", und daß Rußland von ihm überhaupt „*un peu en bagatelle*" behandelt worden sei[119]). Die von Kálnoky erhoffte versöhnliche Wirkung der Rede stellte sich demnach nicht ein.

Dennoch hat der unangenehme Zwischenfall gleich darauf seine befriedigende Lösung gefunden, indem die neue Thronrede Kaiser Franz Josephs vom 23. Oktober in herzlicher Weise die Freude über Skierniewice aussprach und die volle Übereinstimmung der drei Kaiser betonte: „Auf Wahrung der Verträge und gegenseitiges Vertrauen basiert, soll diese Einmütigkeit eine achtunggebietende Friedensbürgschaft bilden, deren heilsame Wirkungen — ich bin davon überzeugt — nicht nur uns, sondern allen Völkern zugute kommen werden." „*Sehr erfreuliche Wendung, besser noch wäre es gewesen, wenn sie nicht notwendig geworden wäre!*", war Kaiser Wilhelms Kommentar[120]), und in Petersburg wurde nunmehr ein Strich unter die Angelegenheit gezogen; der Geschäftsträger in Wien erhielt den Auftrag, den wohltuenden Eindruck auf Kaiser Alexander zu erkennen zu geben[121]). Eine Art versöhnenden Schlußwortes gab die deutsche Thronrede vom 20. November: „Ich freue mich, daß die Freundschaft mit den durch die Tradition der Völker, durch die Verwandtschaft der regierenden Häuser und durch die Nachbarschaft der Länder mir besonders nahestehenden Monarchen von Österreich und Rußland durch unsere Begegnung in Skierniewice derart hat besiegelt werden können, daß ich ihre ungestörte Dauer für lange Zeit gesichert halten darf. Ich danke dem allmächtigen Gott für diese Gewißheit und für die darin beruhende starke Bürgschaft des Friedens"[122]).

Daß Kaiser Franz Joseph und Kálnoky trotz unverkennbarer innerer Widerstände den russischen Gefühlen Rechnung getragen und den Zwischenfall rasch und gründlich beigelegt hatten, hat es ermöglicht, daß der Dreikaiservertrag nun doch zu günstiger Auswirkung gelangte. Rußland bekam seinen Nutzen zu spüren, indem sich an den internationalen Börsen der Kursstand seiner Werte erheblich verbesserte, und verblieb infolgedessen desto lieber auf der betretenen Bahn. Hinzu kam die Tatsache, daß Zentralasien und die von hierher drohenden Verwicklungen immer deutlicher seine volle Kraft auf sich zogen und ihm verboten, sein gutes Verhältnis zu den Mittelmächten zu beeinträchtigen. Diese hinwieder betonten ihren guten Willen, die anderweitige Gebundenheit Rußlands nicht etwa zu seinem Schaden auszunützen und bewiesen damit praktisch, welchen Wert sie auf die Fortdauer des Dreikaiserverhältnisses legten.

Rußlands asiatisches Vordringen stellte erneut den Schah von Persien vor das Dilemma, ob er sich ihm oder England zuwenden solle, und wieder hat er Bismarcks Rat darüber eingeholt. Als der Gesandte von Braunschweig sofort für Rußland eintrat, wollte der Schah noch weiter über den im einzelnen einzuschlagenden Weg beraten sein, ob eine generelle, in eine Art Schutzverhältnis ausmündende Verständigung oder eine solche bloß von Fall zu Fall vorzuziehen wäre[123]). Um den Russen zu zeigen, wie sehr er ihren Wünschen zu entsprechen gewillt sei, hat Bismarck diese Frage einfach nach Petersburg weitergeleitet (21. November) mit dem Hinzufügen, er halte das letztere für angebracht, sei jedoch bereit, falls Rußland das wünsche, auch das erstere zu befürworten, worauf Giers sich unter lebhaften Dankesbezeigungen ebenfalls gegen die generelle Form entschied: „*ein solches Protektorat könnte Rußland weiter führen, als ihm wünschenswert erscheint*"[124]).

Nun aber verlangte der Schah eine Garantie von Deutschland, daß Rußland ihn nicht im Stich lassen werde, wenn er sich auf solche Weise mit England verfeinde: „*Euer Durchlaucht würden*", so sagte er nach Braunschweigs Bericht vom 10. Dezember, „*den Weg wissen, damit Deutschland wenigstens als stummer Zeuge bei der persisch-russischen Verständigung zugegen sei*", so daß Rußland durch sein Schamgefühl vor Deutschland zum Halten seiner Zusage bestimmt würde. Aber alles Derartige wies Bismarck weit von sich. So tief sich in Persien einzulassen, daß das Reich unter Umständen selbst in künftige Zwiste und noch dazu gegen Rußland verwickelt werden könnte, war ihm genau so unmöglich wie in Ägypten und auf dem Balkan. „*Eine wenn auch nur moralische Bürgschaft für Persien Rußland gegenüber kann der Herr Reichskanzler nicht füglich übernehmen*", war die Antwort (4. Januar 1885); „*sein Rat beruht auf der Erwägung, daß Rußland den Persern helfen kann, wenn es will, gegen England, letzteres aber nicht gegen Rußland.*" Der Gesandte wurde angewiesen (15. Januar), „*der Übermittlung von Fragen,*

was Deutschland in diesem oder jenem Falle tun werde, mit der Bemerkung auszuweichen, daß Eventualitäten sich nie genau und vollständig voraussehen ließen."

Weit voran aber an Wichtigkeit für den allgemeinen Frieden stand der persischen Frage die afghanische. „*Auf Persien*", so charakterisierte Bernhard Bülow die russische Stimmung[125]), „*ist im allgemeinen wenig Schneid vorhanden; selbst Sinowiew*[126]) *hält dasselbe wegen seiner Ausgesogenheit für ein ziemlich wertloses Objekt. Dagegen beschäftigt Indien und was über die bedenklichen inneren Zustände dieses reichen Landes verlautet, die russische Phantasie.*" Voll Stolz sah die öffentliche Meinung auf das stetige Vorrücken der russischen Fahnen, obgleich sie sich bewußt war, daß hier sich leicht ein friedlich nicht beizulegender Zwist der beiden großen Weltmächte einstellen konnte. Wenn überhaupt ein Vorwurf gegen die zentralasiatische Expansion erhoben wurde, so höchstens der, zu geringen Druck dahinter zu setzen. Nur die „Nowoje Wremja" fühlte sich verpflichtet, wenigstens indirekt zu warnen, daß man sich dadurch in Abhängigkeit von den Mittelmächten begebe, indem sie die wichtigste Aufgabe der russischen Außenpolitik die Erhaltung des guten Verhältnisses zu England nannte, zumal sie der in Skierniewice wiederhergestellten Freundschaft mit Deutschland jetzt nicht mehr schaden würde[127]). Im übrigen zeigte sich die Presse sehr erregt gegen England.

Stand aber wirklich der Konflikt in nahem Bereich der Möglichkeit, dann durfte Rußland nicht seine Kraft zersplittern, nicht außerdem noch die Balkanprobleme vorwärtstreiben und die Gegnerschaft Österreichs herausfordern. Eventuell wäre dadurch auch die Türkei ins gegnerische Lager getrieben worden, und das hätte den Engländern das Schwarze Meer geöffnet. Gebieterisch forderten demnach Rußlands allgemeine Interessen im Augenblick absolute Zurückhaltung auf dem Balkan. Gerüchte, die sich verbreiteten, daß im geheimen ein russisch-türkisches Abkommen zustande gebracht worden sei, bestätigten sich nicht. Kálnoky benützte übrigens, ganz in Bismarcks Sinne, die Gelegenheit, als Lord Granville ihn hierauf anreden ließ, um den Engländern klarzumachen, daß, wenn etwas wahr daran sein sollte, sie es sich selbst infolge des Abzugs ihrer Hand von der Türkei zuzuschreiben hätten[128]).

Da Rußland sich hütete, die Balkanprobleme anzurühren, und da auch Österreich gemäß seinem in Skierniewice erneuerten Wort nichts tat, um den status quo umzubilden, ist der Winter 1884/85 auf der Halbinsel besonders ruhig verlaufen. Hiermit war die entscheidende Voraussetzung für die Fortdauer der gebesserten Beziehungen der beiden Mächte gegeben. In ihrem allgemeinen Verhältnis und infolgedessen auch in dem der drei Kaiserhöfe konnte sich eine Stabilität ausbilden, die sich für sämtliche Partner wohltätig fühlbar machte und auf die gesamteuropäische Lage befriedend einwirkte. Daß sie nicht endgültig war, sondern durch den Eintritt

neuer Ereignisse über den Haufen geworfen werden konnte, war ihnen allen bewußt, aber im Moment war sie eine Tatsache, mit der Europa zu rechnen hatte und die Deutschlands Position gewaltig befestigte.

Diesem Ruhezustand vermochten die leichten Reibereien nichts anzuhaben, die sich wegen der fortdauernden Angriffe der ungarischen Presse auf Rußland einstellten. Bedenklicher war schon, daß als Störungsmoment das Heiratsprojekt des Fürsten von Bulgarien mit Prinzessin Viktoria von Preußen im Hintergrund stand. Wie Bismarck vorausgesehen hatte, legten die Russen hier große Empfindlichkeit an den Tag. Er selbst erstaune, sagte Schweinitz zu Bernhard Bülow[129]), *„wie ernst Giers diese Angelegenheit nehme. Es sei keine Übertreibung, daß Kaiser Alexander volles Vertrauen zu uns erst gewommen habe, seitdem und weil die fraglichen Pläne bei unserem Allergnädigsten Herrn und dem Fürsten Reichskanzler auf Widerstand gestoßen wären."* Unter diesen Umständen hielten beide an ihrer Weigerung fest, namentlich als die Verlobung Heinrichs von Battenberg mit der jüngsten Tochter der Königin Viktoria den Eindruck noch verstärkte, daß England hinter dem Plane stehe. Wie dies Ereignis in Berlin wirkte, beleuchtet ein Brief Kaiser Wilhelms an den Reichskanzler vom 31. Dezember 1884 (FA): *„Wir sind gestern Abend völlig erschreckt worden durch Telegramm der Königin von England, die uns die Verlobung ihrer jüngsten Tochter mit dem dritten Battenberg (Garde du Corps in Potsdam) anzeigt!! So weit steigt also die Queen des mächtigen alten dynastischen Hauses herab, um ihre Tochter im Lande (als Sekretärin) zu behalten. Das Kronprinzliche Paar ist außer sich, tant mieux, weil damit Sofia zurückgedrängt wird! Mein Sohn sagte: ‚Es war etwas schwer, den ältesten Battenberg als Neffen anzuerkennen, den dritten aber als Schwager ist zu arg!"*

Hiernach sahen die Russen natürlich erst recht im Gelingen oder Scheitern der Heirat des Fürsten Alexander ein entscheidendes Symptom für die allgemeine Richtung, die Deutschland einzuschlagen gedenke. So leidenschaftlich war ihr Wunsch, sich Battenbergs zu entledigen, daß Bernhard Bülow, allerdings auf rein gesellschaftlichem Wege, durch die Gattin des Generals Durnow, der reichlich groteske Vorschlag unterbreitet wurde, Deutschland möge die leere Kasse des allslawischen Komitees auffüllen, damit die Agitation zum Sturz des Fürsten finanziert werden könne[130]). Das geschah selbstverständlich nicht, aber die Rücksicht auf die Stärke der russischen Empfindlichkeit veranlaßte Kaiser Wilhelm — zumal im Zusammenhang mit Herbert Bismarcks noch zu besprechender Mission nach London wegen des kolonialen Streits in Petersburg Bedenken auftauchten, ob Deutschland nicht einen Frontwechsel nach England hin vornehmen wolle — zu seinem Brief vom 18. März an Battenberg, in dem er ihm den Rat erteilte, sich mit Rußland gutzustellen, und den Verzicht auf die Verbindung mit dem preußischen Königshaus verlangte[131]). Über mangelnde Eindeutigkeit des deutschen Verhaltens konnte sich der Zar nicht beschweren.

Aus dieser Ecke ist infolgedessen nicht nur nichts Ernstliches zwischen beide Mächte getreten, im Gegenteil hat der klare Beweis des deutschen guten Willens nicht verfehlt, den Zaren vorteilhaft zu beeindrucken.

Abgesehen von der Heiratsangelegenheit zeigte sich der Wunsch, die Russen in guter Stimmung zu erhalten, in allerlei anderen Gefälligkeiten wie der Freigabe des Cumberlandschen Privatvermögens, wofür die Zarin bei ihrer nahen Verwandtschaft sich lebhaft interessierte. Bülow mußte unterderhand zu erkennen geben, daß wesentlich die Rücksicht auf ihren Wunsch für den entgegenkommenden Beschluß der preußischen Regierung maßgebend gewesen sei[132]). So hat sich in der Tat in diesen Monaten eine solche Herzlichkeit des deutsch-russischen Verhältnisses ausgebildet, daß sogar die schwärende Wunde der militärischen Maßnahmen sie nicht beeinträchtigte. An ihnen hat sich sachlich nichts geändert. Oberst von Lignitz berichtete (16. Januar 1885) von neuer Erhöhung des Heeresbudgets, Reuß meldete (24. Januar) die Verstärkung der Feldartillerie an der Grenze, Schweinitz stellte das gleiche hinsichtlich der Fußartillerie fest (10. und 24. Februar). Diesmal jedoch neigte Bismarck nicht dazu, die Vorgänge tragisch zu nehmen. Er finde es erklärlich, schrieb er vielmehr an Schweinitz (31. Januar), daß Rußland gegenüber den Vorkehrungen, zu denen Deutschland durch die russische Aufstellung genötigt worden sei, seinerseits irgendwie reagiere; der Botschafter solle seinerseits nicht davon sprechen und auch nicht in beunruhigendem Sinne nach Berlin berichten. Sogar eine gute Seite gewann er der Sache ab: „*es ließen sich auch Fälle denken, in welchen es uns erwünscht sein würde, eine bereite russische Streitmacht einem europäischen Kriegsschauplatze nahe zu wissen. Wenn sich z. B., was ich nicht hoffe, eine westmächtliche Koalition bilden sollte, so würde der Druck der russischen Aufstellung den Ungarn die Notwendigkeit anschaulich machen, der Politik des Wiener Kabinetts keine Verlegenheiten zu bereiten.*" Genau im gleichen Sinne hatte schon vorher Kálnoky neue Angriffe in den russischen Zeitungen auf Giers, bei denen sich namentlich Aksakow hervorgetan hatte und die auf Ignatiew zurückgeführt wurden, nützlich genannt, da die Ungarn daraus ersähen, was die Ziele des Panslawismus seien, und infolgedessen das Maßhalten der Giers'schen Politik besser würdigten[133]).

Im ganzen hat sich für die Zeit dieses Winters die Einigkeit der drei Kaisermächte bewährt, sie ist ein entscheidender Faktor der europäischen Gesamtlage gewesen. Indem das Treffen von Skierniewice solche Folgen nach sich gezogen hat, erwies es sich, wie Bismarck sich in seiner Reichstagsrede vom 10. Januar 1885 ausdrückte, als die „Wölbung, von der gestützt jedes der drei Kaiserreiche schon manches aushalten kann, was ihm von anderer Seite kommen könnte". Es ist deshalb nicht unberechtigt, wenn Bernhard Bülow[134]) den damaligen Zustand als „*Pax Germanica*" bezeichnet hat. Um so erschütternder wirkt das Verhalten des Reichstags, der in diesem

Moment, bloß aus grundsätzlicher parteipolitischer Opposition, dem Kanzler die verlangte neue Direktorstelle im Auswärtigen Amt verweigerte, deren Notwendigkeit bei der gesteigerten Geschäftslast der Fürst persönlich vor dem Hause vertrat[135]). Der Sturm der Entrüstung, der in der öffentlichen Meinung hierüber losbrach, der Spott des Auslandes öffneten vielen Abgeordneten die Augen, welchen Schaden sie sich selbst und ihrem Lande mit ihrer unverantwortlichen Kleinlichkeit zugefügt hatten, so daß die Position in der dritten Lesung im März schließlich doch bewilligt worden ist. Auch hier hat Bernhard Bülow ein richtiges Wort gefunden, indem er an Graf Herbert schrieb: „*Wer solche Symptome bei uns beobachtet, kann sich der Besorgnis nicht erwehren, daß wir nach der großen Aera Bismarck eine Zeit tiefen Niedergangs haben werden, wie nach dem Großen Kurfürsten und nach dem Großen König. Di avertant omen!*“

7. Erneutes Werben um Frankreich

Die „große Aera Bismarck" hat ihren Höhepunkt erreicht, indem neben dem Bündnis mit Österreich, Italien, Rumänien und dem König von Spanien, ergänzt durch das Österreichs mit Serbien, und neben der Freundschaft mit der Türkei und Griechenland Skierniewice der Welt klargemacht hat, daß Rußland im Lager der Mittelmächte stand. Von völlig gesicherter Position aus konnte infolgedessen der Reichskanzler die eingeleiteten Verhandlungen mit den beiden Westmächten fortsetzen, deren erfolgreicher Abschluß das Werk krönen und den Frieden nach allen Richtungen hin gewährleisten sollte. Alsbald nahm er sein Werben um Frankreich wieder auf, obgleich Ferry so reserviert geblieben war.

Zu diesem Zweck beruhigte er ihn, daß in Skierniewice nicht etwa irgend etwas Frankreich Abträgliches beschlossen worden sei, keine Territorialgarantie, wie in Paris befürchtet wurde[136]), und erst recht nicht eine gemeinsame Aggressive: „Les trois Empereurs", sagte er zu Courcel am 20. September[137]), „ont des intérêts trop divergents pour qu'on imagine une entreprise commune quelconque en vue de laquelle ils pourraient s'unir; et d'autre part, leur union même est le gage qu'aucun des trois ne poursuivra une entreprise individuelle inquiétante." Die Friedensgarantie im Osten würde demnach von Deutschland auch weiterhin wie bisher nicht im Westen gemißbraucht werden; im Gegenteil, wohin seine Hoffnungen eigentlich zielten, sprach er rückhaltlos aus: „England muß sich an den Gedanken gewöhnen, daß ein französisch-deutsches Bündnis keine Unmöglichkeit ist." Als dessen Basis erneuerte er sein Beistandsangebot in Ägypten[138]). Dem Rat jedoch, Frankreich möge eine Konferenz nach Paris einberufen, ist Courcel wieder ausgewichen, um nicht den Zwist mit England zu verschärfen: nur mündlich, erklärte er, könne er über eine so heikle Frage Ferry berichten.

So sehr Bismarck daran festhielt Frankreich zu gewinnen, versäumte er doch nicht, daneben auch die englische Karte in sein Spiel zu bringen. Denn in dieser Hinsicht sah er seit Skierniewice die Aussicht wieder hoffnungsvoller an, während er sich noch unmittelbar vorher recht skeptisch geäußert hatte. Am 6. September hatte Unterstaatssekretär Busch ihm gemeldet: *„Seine Majestät haben mir befohlen, Eurer Durchlaucht gelegentlich zu berichten, daß nach Mitteilungen, die Allerhöchstdenselben von verschiedenen Seiten zu-*

gekommen seien, die öffentliche Meinung in England sich immer nachdrücklicher für ein Zusammengehen mit Deutschland ausspreche und die feindselige Haltung des Kabinetts Gladstone gegen die deutschen überseeischen Unternehmungen mißbillige. Seine Majestät äußerte zugleich, wie es im Hinblick hierauf zu bedauern sei, daß die deutsche Presse in ihren antienglischen Kundgebungen nicht hinreichend zwischen dem Ministerium Gladstone und der allgemeinen Stimmung des englischen Volkes unterscheide. Ersteres könne man ja bekämpfen, die Stellung Gladstones werde aber eher gestärkt, wenn gehässige Angriffe der Presse sich gegen England im Allgemeinen richteten." An sich stimmte das durchaus überein mit Bismarcks oft vertretener eigener Auffassung. Aber bei der damaligen Sachlage hatte er geglaubt, energisch gegen England auftreten zu müssen, und hatte deshalb Buschs Bericht mit dem Marginal versehen: „*Ich teile den Gedanken Seiner Majestät, und möchte gern, daß unsre Presse mehr als geschieht zwischen England und Gladstone unterschiede; es ist aber schwer darauf einzuwirken, und die Distinktion auch da, wo guter Wille dazu vorhanden, nicht immer möglich. Die Polemik macht sich nicht in geordneten Wegen, sondern von Zeitung zu Zeitung, in Angriff und Abwehr der Blätter untereinander; die Abwehr ist durch den Angriff und seinen Inhalt in bestimmte Wege gewiesen. Die ‚Times' und der ‚Standard' (Chamberlain) sind der Angreifer. Jedes erkennbare Eingreifen im Sinne der Mäßigung würde in England den Eindruck machen, als ob es unsrer Regierung nicht ernst mit ihrer Politik wäre, ein Eindruck, dem Graf Münsters Passivität in der Kolonialsache leider schon vorgearbeitet hat. Gleichzeitig würde es Frankreich mißtrauisch machen und zum Einlenken gegen England geneigt ... England verläßt sich auf Hofeinfluß und auf die Hamburger Handelskammer, und hofft, daß wir schließlich doch uns von ihm gegen Frankreich werden ausspielen lassen.*"

Daß Bismarck damals es für nötig hielt, den Engländern keinen Zweifel am Ernst des deutschen Kolonialwillens aufkommen zu lassen, beruhte auf inzwischen eingetretenen Reibereien über Kamerun, namentlich aber darauf, daß Lord Granville auf Graf Herberts Schreiben vom 30. August, dem nach Absicht des Kanzlers so hohe Bedeutung innewohnte, überhaupt nicht mehr geantwortet hat. Den grundsätzlichen Charakter des Briefes hat der Minister nicht erkannt, er glaubte noch immer, daß es ausschließlich um die relativ kleinen kolonialen Differenzen gehe. Da der Brief des Grafen die Antwort auf seinen eigenen darstellte, fühlte er sich nicht zu nochmaliger Replik verpflichtet, sondern dachte den erwünschtesten Bescheid mit faktischem Entgegenkommen in Südwestafrika zu erteilen. Hierzu war er bereit, denn die häufige Fühlungnahme zwischen Bismarck und Courcel war in London nicht unbemerkt geblieben und hatte genau wie die Intimität Deutschlands mit Rußland ihren Eindruck nicht verfehlt.

Aber die Durchführung solchen Entgegenkommens ging bei den verschiedenen dafür zuständigen Instanzen nicht so rasch. Es verstrich erheb-

liche Zeit, ohne daß Bismarck irgendein Echo auf seinen Appell verspürte, und so erweckte Granvilles Schweigen in ihm die Ansicht, überhaupt nicht auf Englands guten Willen rechnen zu dürfen. Das erregte seinen Groll, er fühlte sich sachlich und persönlich verletzt — ein weiterer Grund, den geschilderten abermaligen Versuch zu unternehmen, ob nicht Frankreich doch zu gewinnen sei.

Als er jedoch den tiefen Eindruck von Skierniewice auf die öffentliche Meinung Englands beobachtete und sah, wie dort die Einsicht wuchs, ein derart stark dastehendes Deutschland nicht vor den Kopf stoßen zu dürfen, entschloß er sich, den hierfür zugänglichen Kreisen einen neuen Beweis seines guten Willens zu geben. Er veranlaßte Graf Herbert, eine Jagdeinladung nach Schottland anzunehmen, die ihm Gelegenheit zu politischen Gesprächen mit dem Prinzen von Wales und mehreren Kabinettsmitgliedern bot. Er suchte also bessere Fühlung mit England, allerdings nicht mit Lord Granville. Ihn hat Graf Herbert wegen seines Schweigens gemieden, und die Schärfe dieses Schnittes wurde wesentlich erhöht, indem der Kanzler selbst Courcel sagte, er habe seinen Sohn dazu beauftragt[139]). Auf diese Weise wurde genau in dem von Kaiser Wilhelm empfohlenen Sinne klargestellt, daß Deutschland nicht gegen die englische Nation, wohl aber gegen das Kabinett Gladstone verstimmt sei. Gegen Sir Charles Dilke hat Graf Herbert offen betont, daß die auf dem kolonialen Gebiet gemachten Erfahrungen den Reichskanzler zwängen, die Freundschaft mit Frankreich zu pflegen[140]).

War dies berechnet, England zum Nachgeben auf kolonialem Gebiet zu bewegen, so wurde wenigstens teilweise eine offene Tür eingestoßen, denn inzwischen war am 19. September der Beschluß des Kabinetts erfolgt, die deutschen Wünsche in Südwestafrika zu erfüllen. Aber da er in Berlin erst am 24. mitgeteilt wurde, war er dem Kanzler bei der Entsendung seines Sohnes noch unbekannt. Diesem begegnete nun außer dem sachlichen Entgegenkommen auch die persönliche Liebenswürdigkeit Lord Granvilles. Sobald er von Graf Herberts Anwesenheit erfuhr, lud er ihn zu sich ein, und als er über den Grund seines Ausweichens, den der Graf den anderen Engländern, mit denen er zusammenkam, offen dargelegt hatte, unterrichtet wurde, schrieb er ihm einen seine Verständigungsbereitschaft beteuernden, sein Schweigen erklärenden und nochmals eine persönliche Aussprache anregenden Brief (2. Oktober). Aber das bewiesene Einlenken in Südwestafrika genügte nach dem Umsichgreifen der deutschen Kolonialunternehmungen nicht mehr. Zu viele andere Gründe des Mißvergnügens hatten sich hinzugesellt. So erschien es angebracht, die bezeigte Kühle deutscherseits beizubehalten: mit der Notwendigkeit sofortiger Weiterreise begründete Graf Herbert (4. Oktober) sein Nichteingehen auf den Vorschlag des Treffens. In der Tat war er bereits in Paris angemeldet. Granville wurde auf die un-

mittelbar bevorstehende Rückkehr des Grafen Münster verwiesen, der vorher Gelegenheit zu persönlicher Aussprache mit dem Kanzler haben werde.

Schon allein in der Fahrt von England nach Paris lag eine Demonstration. Aber die Absicht war nicht etwa, obgleich die direkte Fühlungnahme abgelehnt worden war, die Verhandlungen überhaupt abzubrechen. Im Gegenteil sollte Herberts Aufenthalt in Paris ihnen besseren Boden bereiten: sähen die Engländer, daß kein unübersteiglicher Wall mehr zwischen Deutschland und Frankreich stünde, würden sie selbst sich nicht mehr so zurückhaltend zeigen. Es war doch viel, daß der Leiter der französischen Politik sich persönlich eingehend mit dem Sohne Bismarcks besprach, in dem dessen eigentlicher Vertrauensmann gesehen wurde. Dabei konnte das zwischen dem Reichskanzler und Courcel begonnene Werk fortgesetzt werden, außerdem aber würde es nicht ohne Rückwirkung auf England bleiben. Auch in diesem Moment war Bismarcks Blick auf beide Westmächte gerichtet, und dem entsprach es, wenn Graf Herbert sowohl Dilke wie Ferry versicherte, daß Deutschland aus eigenem Interesse keinen englisch-französischen Krieg wünschen könne. Er hat sich auch gehütet, zu Ferry von anderem als der kolonialen Verständigungsmöglichkeit zu sprechen; Ägypten, Westafrika, China waren die Hauptpunkte, die zwischen ihnen erörtert wurden[141]). Ebensowenig erfolgte natürlich von seiten des Ministerpräsidenten eine darüber hinausgehende Initiative. Das praktische Ergebnis war, daß die Übereinstimmung in den auf der kommenden Kongokonferenz zu regelnden Fragen neu erhärtet, wegen Ägypten die beiderseitige Unzufriedenheit mit England festgestellt, jedoch der wiederholte deutsche Vorschlag einer neuen, von Frankreich einzuberufenden Konferenz von Ferry als zur Zeit noch nicht tunlich abgewiesen wurde. Das Urteil, das Ferry in den Akten niederlegte, lautete: „Actuellement le Chancelier proclame le caractère européen de la question d'Égypte. Sa tendance manifeste est de nous pousser en avant, en promettant de nous suivre; notre rôle est de l'attendre et de ne pas faire un pas sans le concours assuré de l'Europe." Keiner traute dem anderen genügend, um den ersten Schritt zu tun.

Seinerseits in Ägypten aktiv einzugreifen, davon war Bismarck so weit entfernt wie je. Das Angebot des gestürzten Khediven Ismael, für den Fall seiner Wiedereinsetzung an Stelle seines allgemein als unfähig anerkannten Sohnes Tewfik drei Millionen Morgen Land in Unterägypten zum Zwecke deutscher Kolonisation bereitzustellen[142]), ist überhaupt keiner Antwort gewürdigt worden, weil seine Annahme mit Sicherheit England, Frankreich und die Türkei gegen den neu auftretenden Konkurrenten zusammengeschlossen haben würde. Aber daß Frankreich ebenfalls genau so wenig wie im August seine Reserve preiszugeben bereit war, weil es sich damit in einer Weise von Deutschland abhängig gemacht hätte, die es zu wirklicher, genereller Verständigung, das heißt zum Verzicht auf die Revanche genötigt

hätte, war durch Ferrys Verhalten geklärt. So war das Resultat auch des zweiten Aktes dieser Verhandlungen über die Möglichkeit deutsch-französischer Entente, daß mehr als eine sich auf Einzelfragen beziehende koloniale Interessengemeinschaft nicht zu erreichen war.

In ihnen hat sie sich in den nächsten Wochen durchaus bewährt. Bezeichnend dabei war die deutsche Haltung zu dem Plan des sehr aktiven Kriegsministers General Campenon, eine eigene Kolonialarmee aufzustellen. Früher haben wir schon das grundsätzliche Urteil Kaiser Wilhelms und Bismarcks kennengelernt, inwieweit Frankreich durch seine Kolonien militärisch geschwächt oder gestärkt würde. Daß eines Tages die Kolonialarmee ein wesentlicher Aktivposten der französischen Rüstung werden könnte, hatten sie beide nicht für möglich gehalten. Auch jetzt hat der Militärattaché in Paris, von Villaume, ein gutunterrichteter und kluger Mann, sie vom deutschen Standpunkt aus als harmlos bezeichnet. In einem Bericht vom 6. November führte er aus: „*Auch wir haben, trotz des Zuwachses, den ihre Streitkräfte im Ganzen dadurch erhalten werden, meines untertänigen Erachtens keinen Grund, damit unzufrieden zu sein. Wenn die Franzosen für ihre Kolonien erst Spezialtruppen besitzen, auf welche sie bei dem Rendezvous aux Vosges nicht rechnen, werden sie sich nicht mehr wie bisher gegen jede Kolonialunternehmung sträuben, das Interesse an denselben im Lande wird zunehmen und vielleicht ihre Aufmerksamkeit dadurch nach und nach von der Ostgrenze abgelenkt werden.*" Die Akten enthalten keine Spur, daß andere militärische oder politische Stellen abweichend geurteilt hätten. Auch in diesem Sinne verhielt sich Deutschland also wohlwollend gegen Frankreichs koloniale Tätigkeit, und Bismarck hat mit seinem Streben nicht nachgelassen, über dies engere Gebiet hinaus doch noch zu Besserem zu gelangen.

Aber es war ein schlechtes Anzeichen, daß der einflußreiche Journalist Gabriel Charmes, der sich gegen Herbert Bismarck bei seinem Besuch in Paris besonders liebenswürdig gezeigt hatte, gleich darauf im Journal des Débats einen recht unfreundlichen Artikel über die deutsche Kolonialpolitik veröffentlichte[143]). Der sich hier genau wie bei Ferry offenbarende Wunsch, England gefällig zu sein und den Bruch mit ihm zu vermeiden, wurde noch von Lord Granville gefördert, indem er in den Franzosen den Glauben zu erwecken suchte, nach den Konzessionen in Südwestafrika stimme Deutschland in allen wichtigen Punkten mit England überein, so daß für sie keine Aussicht auf seinen Beistand bestehe[144]). Trotz Bismarcks alsbaldigen lebhaften Widerspruchs schenkte Ferry dem desto eher Glauben, weil in ihm noch immer der Eindruck haftete, auf der Londoner Konferenz von Deutschland im Stich gelassen worden zu sein. Um ihn hiervon abzubringen, hat der Kanzler ihm noch einmal durch den Geschäftsträger von Rotenhan auseinandersetzen lassen, wie sehr Münsters damaliges Verhalten seinen Wünschen widersprochen habe. Der Ministerpräsident nahm dies hin mit den

Worten: „Eh bien, ce sont des malentendus qui sont passés. L'essentiel est à présent de marcher ensemble côté à côte dans la question égyptienne"[145]).

Da demnach die unerläßliche Vorbedingung für ein eventuelles Weiterkommen darin bestand, daß Frankreich sich in Ägypten von Deutschland wirklich unterstützt fühlte, hat Bismarck hier jetzt seine Passivität verlassen und ist deutlich gegen England aufgetreten, sobald Ferry durch den Verlauf der Dinge genötigt worden war selbst vorzugehen. Dies letztere abzuwarten war dem Kanzler ja stets notwendig erschienen, um nicht plötzlich nach eigenem Vorstoß der englisch-französischen Einigkeit gegenüberzustehen, und es war zur Wirklichkeit geworden, indem der englische Versuch, die Zinsen der ägyptischen Schuld herabzusetzen[146]), von dem französischen, österreichischen und italienischen Mitglied der Schuldenkommission mit dem Appell an das Reformgericht beantwortet wurde. Italien allerdings zog sich sofort wieder zurück; um England nicht zu verärgern, desavouierte Mancini seinen Vertreter in Kairo, sehr zum Mißfallen Ferrys, der das „*aus der Italien eigenen Großmannssucht des Parvenus*" erklären wollte[147]), aber auch sehr zum Mißfallen Bismarcks. „*Das Verhalten Mancinis*", ließ er in Rom sagen, „*ist nicht geeignet, bei italienischen Verträgen Beteiligten Vertrauen einzuflößen*[144])." Er hatte auch den Erfolg, daß der Minister seine Bedenken fallen ließ und in der antibritischen Front verblieb. Das wichtigste aber war vom deutschen Standpunkt, daß der Antagonismus Frankreichs gegen England gefördert war, und um Ferry zu überzeugen, daß Deutschland diesmal nicht versagen werde, ist Bismarck scharf den Engländern entgegengetreten.

Er begrüßte es, daß Rußland in die gleiche Kerbe hieb und, um in Zukunft nicht einseitigen Maßnahmen ausgesetzt zu sein, einen Sitz in der Schuldenkommission forderte. Nach persönlicher Aussprache mit dessen Berlin passierendem Vertreter in Kairo Hitrowo, obwohl dieser von seiner Tätigkeit in Bulgarien her als leidenschaftlicher Panslawist bekannt war, verlangte er das gleiche für Deutschland unter dem ausdrücklichen Vorwurf, daß England sich des Vertragsbruchs schuldig gemacht habe[149]). Den Vorwurf hielt er trotz Granvilles Einwänden aufrecht: „*Der Herr Reichskanzler*", instruierte Hatzfeldt Münster (8. November), „*bedauert, daß Lord Granville an dem Versuche, den Vertragsbruch der ägyptischen Regierung als eine bedeutungslose Maßnahme hinzustellen, die sich durch eine augenblickliche finanzielle Verlegenheit allenfalls rechtfertigen lasse, auch heute noch festhält. Wenn solche Auffassungen des Vertragsrechts weiteren Boden gewinnen, so steht, abgesehen von dem speziellen Falle und dessen nächster Rückwirkung auf den Orient, dessen politischer Bestand ganz und gar auf der gewissenhaften Beobachtung der Verträge beruht, zu besorgen, daß die Sicherheit der internationalen Beziehungen überhaupt für die Zukunft verloren geht. Finanzielle Verlegenheiten gehören zu den Vorkommnissen, denen jeder Staat zeitweilig aus-*

gesetzt sein kann; es wird für keine Macht mehr der Mühe lohnen, alte Verträge zu halten oder neue abzuschließen, wenn der Grundsatz Geltung findet, daß vorübergehende Schwierigkeiten in der inneren Finanzverwaltung eines Staates diesen berechtigen sollen, sich über völkerrechtliche Verbindlichkeiten einseitig hinwegzusetzen. Bisher hat in dem europäischen öffentlichen Recht die internationale Verständigung, die ihren Ausdruck in den Verträgen findet, ein wirksames Mittel gebildet, Schwierigkeiten zu ebnen oder Gegensätze auszugleichen. Dieser Weg wird verschlossen und damit die Aufgabe der europäischen Mächte, den allgemeinen Frieden zu pflegen und zu erhalten, für alle Zukunft erschwert, wenn das Vertrauen in die Verbindlichkeit der Verträge abhanden kommt."

Gleichzeitig ließ Bismarck auf einen neuen englischen Fühler — einer der jüngeren Liberalen, der Privatsekretär Lord Hartingtons, Reginald Brett, der spätere Lord Esher, legte (6. November) Graf Herbert „persönlich und höchst vertraulich" die Frage vor, ob England den Weg beschreiten solle, über seine ägyptischen Reformpläne zunächst Deutschland zu konsultieren[150]) — antworten, daß die Gefälligkeit für England dort ihre Grenze finden müsse, wo die guten Beziehungen zu den übrigen kontinentalen Staaten gefährdet würden. Unmißverständlich war hier ausgesprochen, daß Deutschland um Englands willen nicht Frankreichs Feindschaft herausfordern werde. Auf Granvilles Einwand, Bismarck habe doch früher selbst England die Annexion Ägyptens angeboten, wurde scharf widersprochen: „*Aus unseren Akten läßt sich nachweisen, daß bei den vielfachen Besprechungen über die Angelegenheit diesseits niemals eine Äußerung getan worden ist, welche eine solche Aussage englischerseits rechtfertigen könnte. Wir haben in Ägypten nichts anzubieten, weil wir nichts dort besitzen; dagegen können wir, da wir hervorragende eigene Interessen dort nicht haben, wohl akzeptieren, worüber andere direkter interessierte Mächte einig sind. In diesem Sinne haben wir uns den englischen Vertretern gegenüber wiederholt geäußert. Namentlich ist dem Herrn Reichskanzler erinnerlich, daß er bei vertraulichen Unterredungen mit Lord Ampthill diesem gegenüber ausgeführt hat, daß, wenn er englischer Minister wäre, er es sich angelegen sein lassen würde, betreffs Ägyptens Fühlung mit dem Sultan zu gewinnen und eine Verständigung mit demselben herbeizuführen. Wenn England es dahin bringen könne, daß sein Eingreifen in Ägypten im Namen und kraft Mandat des Sultans erfolge, so würden wahrscheinlich auch die anderen Mächte sich die Geltendmachung seiner besonderen Stellung in Ägypten gefallen lassen. Dieser Gedankengang hat mit dem Anerbieten einer Annexion nichts gemein*"[151]). In der Tat ist Bismarck seit dem Berliner Kongreß nie über die Linie hinausgegangen, daß Deutschland keinen Widerspruch erheben werde, wenn England sich zur Annexion entschlösse. In dieser vom Schleier der Geheimdiplomatie bedeckten Diskussion lag schon ein Vorspiel für den Zwist, der sich dann im nächsten Frühjahr von der Plattform beider Parlamente aus vor aller Welt abspielen sollte.

Auch jetzt jedoch, wo Deutschland auf solche Weise sich in Ägypten gegen England gewendet hatte, ist Ferry für wirklichen Zusammenschluß nicht zu haben gewesen. Die französische Presse hatte die Anzeichen für das sich anbahnende Einvernehmen mit Deutschland sehr unfreundlich aufgenommen, Ferry mußte für den Bestand seines Kabinettes fürchten, wenn er sich noch tiefer in dieser Richtung einließ. Damals hat er deshalb für die auf der Kongokonferenz zu beobachtende Haltung die bereits zitierte Instruktion an Courcel erlassen[152]), in der er behauptete, es sei die Absicht beider Regierungen, das Rapprochement auf die kolonialen Einzelfälle zu beschränken und nicht etwa ein neues politisches System zu begründen. Nur für ihn selbst traf dies jedoch zu; daß auch die deutsche Regierung es ablehne, entsprach nicht den Tatsachen. Darum hat Bismarck, als Courcel ihn am 12. November über die fortdauernde Reserve Ferrys unterrichtete, seine lebhafte Enttäuschung bezeigt: „qu'à la vérité, si l'Allemagne avait vu à côté d'elle une France disposée à l'oubli du passé et prête à adopter franchement la politique des intérêts, elle aurait pu la seconder, mais qu'elle ne risquerait pas de se mettre mal avec l'Angleterre en voyant l'état d'esprit où restait la nation française"[153]). Ferry gab sich den Anschein, die Klage des Kanzlers bloß auf mangelnde Zusammenarbeit auf der Konferenz zu beziehen, und erklärte, das nicht begreifen zu können. Dort hat in der Tat sich die Interessengemeinschaft erfolgreich betätigt, aber in Wirklichkeit galt Bismarcks Enttäuschung der Tatsache, daß Frankreich in dem die Zukunft entscheidenden Sinne sich entzog. Er hatte außer dem kolonialen Zusammengehen den deutschen Beistand in Ägypten nicht nur angeboten, sondern einwandfrei betätigt, und dennoch keine Wirkung in Paris erzielt. Die Unversöhnlichkeit der Franzosen stand außer Frage.

Sofort zog er die Konsequenz. „*Courcel wird bald merken, wie weit Frankreich mit seiner schüchternen Reserve kommt. Ferry ist augenscheinlich nach Ihrer Abreise noch wieder bearbeitet worden*", schrieb Holstein an Graf Herbert (15. November, FA); er mußte nun erkennen, daß der von ihm im August empfohlene Weg, Frankreich durch koloniale Zugeständnisse zum endgültigen Herumwerfen des Ruders zu gewinnen, nur in eine Sackgasse mündete. Wirklich hat Bismarck nach dieser Ankündigung Holsteins gehandelt. Zwar hielt er sich auf der am 15. November zusammentretenden und bis in den Februar 1885 tagenden Kongokonferenz streng an das mit Frankreich Vereinbarte und stärkte namentlich nach außen hin den Eindruck deutsch-französischer Intimität. In Ägypten aber stellte er sich, sobald England entgegenkam, abermals zu dessen Gunsten um.

Trotz der bitteren kolonialen Differenzen beauftragte Lord Granville den Nachfolger Lord Ampthills, Sir Edward Malet, den Reichskanzler über Ägypten zu „konsultieren" und zu bitten, er möge mäßigend auf Frankreich einwirken[154]). Dies letztere lehnte Bismarck ab (15. November), aber er

bekannte sich jetzt wieder zu strikter Reserve und riet den Engländern zu direkter Verständigung mit Ferry im Sinne europäischer Gesamtkontrolle über das Land; Frankreich werde wohl, wenn England derart seine Ziele mäßige und ihm außerdem seine Vermittlung in China anbiete, Entgegenkommen beweisen. Hielt sich aber Deutschland wieder zurück, dann wirkte sich das automatisch zugunsten der am längeren Hebelarm sitzenden Engländer aus, Ferry sollte demnach alsbald die Folge seiner Absage spüren.

Der Gebrauch jedoch, den Lord Granville von dem Rat machte, verdarb sofort die für England günstiger gewordene Stimmung des Kanzlers aufs gründlichste. Unter Berufung nämlich auf Bismarcks Wunsch nach direktem Übereinkommen zwischen England und Frankreich, dabei aber verschweigend, daß der Reichskanzler als dessen Ziel die europäische Gesamtkontrolle in Ägypten bezeichnet hatte, wendete er sich an Paris und erweckte hierdurch in Ferry den Verdacht, einer geheimen deutsch-englischen Abmachung gegenüberzustehen. Abermals und diesmal noch schlimmer als durch Münsters Verhalten im August fühlten sich die Franzosen von Deutschland verraten. Begreiflich, daß Bismarck, durch Courcels Bitte um Aufklärung unterrichtet, in größten Zorn geriet.

„*Vor einiger Zeit*", so legte er dem Grafen Münster den Sachverhalt dar (27. November), „*bin ich, teils indirekt durch Vermittlung meines Sohnes im Haag, teils direkt durch den hiesigen englischen Botschafter darüber befragt worden, ob ich bereit sein würde, auf eine vertrauliche Besprechung der von England inbetreff Ägyptens zu machenden Vorschläge einzugehen, wenn mir solche früher als den übrigen Mächten mitgeteilt würden. Ich habe die Frage verneint und Sir E. Malet aus meinen Motiven u. a. ausgeführt, daß jede Vorverständigung zwischen uns und England über diese der deutschen Politik fernliegende Frage die Natur einer auf die Entschließungen Frankreichs auszuübenden Pression annehmen würde, und daß ich es der deutschen Politik nicht entsprechend fände, eine Pression der Art zu üben. Wir könnten uns zu einer solchen weder zu Gunsten Frankreichs gegenüber von England noch zu Gunsten Englands gegenüber von Frankreich benutzen lassen. Es käme auch überhaupt nicht darauf an, ob die Vorschläge Englands, objektiv betrachtet, für uns annehmbar wären, sondern ob sie die Zustimmung aller Vertragsmächte haben würden. Nur dadurch, daß sie diese allgemeine Zustimmung besäßen, würden sie für uns annehmbar werden. Auf den objektiven Inhalt käme es bei unsrer Stellung zur Sache im Mindermaße an. Diese für unsere Stellungnahme notwendige Vorbedingung der Feststellung der Auffassung aller Vertragsmächte ließe sich nicht unmittelbar erfüllen, ihrer Erfüllung würde man aber näher kommen, wenn man wüßte, wie Frankreich, die nächst England meistinteressierte Macht, sich zur Sache stellte. Wenn ich daher überhaupt berufen wäre, in der englischen Politik mitzuwirken, so würde ich als englischer Minister zunächst versuchen, die Meinung Frankreichs zu ergründen. Ich wäre überzeugt, daß England bei Frankreich ein offenes*

Ohr finden werde, wenn England die ‚europäische Gesamtkontrolle über Ägypten' in Paris anregte; irgendwelchen Rat in meiner Eigenschaft als Vertreter Deutschlands zu erteilen, müßte ich ablehnen.

Nach den Mitteilungen, die mir Baron Courcel machte, ist diese meine ganz vertrauliche und freundschaftliche Besprechung mit Sir Edward Malet von Lord Granville benutzt worden, den französischen Botschafter in London glauben zu machen, Lord Granville sei von Deutschland veranlaßt worden, sich mit Frankreich zu verständigen. Diese Mitteilung ist in einer Form erfolgt, daß Mr. Waddington und noch mehr Herr Ferry davon den Eindruck erhalten haben, es sei eine Vorverständigung inbetreff Ägyptens zwischen uns und England erfolgt und die Eröffnung Lord Granvilles an Herrn Waddington eine gewissermaßen im gemeinsamen Namen von Deutschland und England gemachte. Damit ist also gerade das bezweckt, was ich in meiner Unterredung mit Sir E. Malet als Grund meiner Weigerung, England Rat zu erteilen (to be consulted), angeführt habe. Ich finde diese Benutzung meiner vertraulichen Äußerungen zu einem Verfahren, das ich unter uns als politische Intrige bezeichnen muß, den Ansichten, die ich von politischem Anstand zwischen befreundeten Regierungen habe, nicht entsprechend. Es sind in der praktischen Wirkung zwei ganz verschiedene Dinge, ob England, wie ich meinte, aus eigenem Antriebe den Versuch macht, sich mit Frankreich zu verständigen oder ob den Franzosen insinuiert wird, England sei gewissermaßen der Mandatar Deutschlands und, wie Baron Courcel meinte, auch noch anderer Mächte, wenn es die Franzosen auffordert mit England in Unterhandlungen zu treten. Die Eröffnung Lord Granvilles an Herrn Waddington hat, wie ich das bei unseren bisherigen Äußerungen gegen Frankreich natürlich finde, bei Herrn Ferry Erstaunen und Mißtrauen erregt (l'a stupéfait). Ich kann nicht zweifeln, daß damit der Zweck, den Lord Granville bei dieser Indiskretion gehabt haben kann, erreicht ist. Die natürliche Folge davon wird aber auch sein, daß ich demnächst jede vertrauliche Auslassung auf vertrauliche oder amtliche Fragen, die mir von England zugehen, sorgfältig vermeiden werde.

Ich bitte Sie, Lord Granville von diesen Vorgängen in höflicher und vertraulicher Form insoweit Mitteilung zu machen, als erforderlich ist, um erklärlich zu finden, wenn ich vertrauliche Einzelbesprechungen über diese alle Mächte interessierende Angelegenheit in Zukunft vermeide."

Außer diesem zürnenden Erlaß hat Bismarck, bei seinem Mißtrauen, ob Graf Münster dessen Inhalt auch wirklich ungeschminkt weitergeben werde, noch selbst am 28. Sir E. Malet zur Rede gestellt, worauf dieser ehrliche Freund deutsch-englischen Zusammengehens, dem ein solcher Auftakt seiner Berliner Tätigkeit auch ganz persönlich höchst unangenehm war, sein Mögliches tat, den unerfreulichen Vorfall schnell beizulegen. Noch am Abend des gleichen Tages konnte er nach Erkundigung in London dem Kanzler melden: „*You will, I am sure, understand that I was greatly distressed*

when I left you this morning. I immediately telegraphed to Lord Granville and I have received a reply this evening. He begins by desiring me to express his regrets to you. He goes on to say that what took place was this. The French Ambassador in London, Mr. Waddington, dwelt strongly upon the jealousy which the Powers would feel, if separate communications on the subject took place between France and England. Lord Granville replied that he had reason to believe that this would not be the case. Mr. Waddington, Lord Granville says, assumed that he had learned this from you — and he adds that he has never stated that he received the advice from you.

Fortunately your Highness knows Englishmen sufficiently to feel that what Lord Granville says is what passed. I could hardly believe that he had made so extraordinary a breach in the first principles of diplomatic intercourse as that which appeared on the surface and I sincerely hope that the untoward incident will not disincline you to continue to extend to me the kindness and the frankness which you have hitherto shown me."

Das gleiche erklärte Lord Granville „*sehr aufgeregt und betrübt*" Münster, als dieser seinen Auftrag ausrichtete, und fügte hinzu, Waddington und namentlich Ferry müßten der Sache eine andere Färbung gegeben haben[155]). Jede böse Absicht gegen Deutschland wurde von den britischen Staatsmännern in Abrede gestellt.

Inzwischen hatte Bismarck auch die Franzosen beruhigt, wie unzutreffend ihr Verdacht war; in eingehendem Gespräch mit Courcel hat er sich bemüht, den hervorgerufenen Eindruck zu verwischen[156]). Und nun, da er in die Notwendigkeit versetzt war, die Natur des deutsch-französischen Verhältnisses noch einmal mit dem Botschafter zu erörtern, erneuerte er seinen Generalansturm.

Sehr vorsichtig allerdings begann er die Unterredung. Nachdem er kategorisch festgestellt hatte, daß von der in Paris vermuteten Bindung Deutschlands an England keine Rede war, legte er dar, daß ihm ein Zusammengehen mit dem Kabinett Gladstone durch dessen stark in Frage gestellte Stabilität unmöglich gemacht werde. Die gleiche mangelnde Sicherheit müsse er jedoch seit einigen Wochen leider an der Regierung Ferry beobachten, die dadurch in ihrem Handeln beeinträchtigt werde: „il faudrait que je fusse plus assuré de sa durée et de sa constance pour lier partie d'une manière suivie." Verklausuliert deutete er damit seine früher so offen ausgesprochene Bereitschaft an, mit einem seiner selbst gewissen französischen Kabinett sich zu verständigen. Wie die Dinge jetzt lägen, bleibe ihm nichts als strikte Neutralität und Reserve. Abermals empfahl er, zur Lösung des ägyptischen Knotens eine Konferenz nach Paris einzuberufen.

Gewaltig aber änderte sich sein Ton, als der Botschafter die französische Vorsicht damit begründete, daß sich in Ägypten wohl für lange Zeit die Beziehungen zwischen den europäischen Großmächten entschieden. Das

war ihm das Stichwort, die bis dahin beobachtete Zurückhaltung fallen zu lassen und doch noch einmal das deutsch-französische Problem in seiner ganzen Tiefe aufzuwerfen. „Mon soin constant à partir de 1871", beschwor er den Botschafter, „a été de me conduire de telle sorte que je puisse amener la France à pardonner Sedan, comme elle est arrivée après 1815 à pardonner Waterloo. Je désire pour cela qu'elle obtienne des satisfactions dans toutes les directions possibles, excepté dans la direction du Rhin." Frankreich möge doch endlich sich von den traurigen Erinnerungen abwenden und Deutschland vertrauen.

Aber er stieß auf eisige Kälte, Courcel, offenbar wie Ferry fest überzeugt, sich deutscher Illoyalität gegenüberzufinden und deshalb weniger als je geneigt, die bisherige Linie zu verlassen, klammerte sich in seiner Antwort daran, daß Bismarck selbst zu Beginn des Gesprächs Neutralität als Richtlinie für Deutschland hingestellt hatte, und wollte in dem späteren Appell zum Vertrauen und deshalb zur Versöhnung nichts andres erkennen als einen taktischen Trick, um Frankreich zum Bruche mit England zu verleiten: „L'art merveilleux avec lequel le Chancelier d'Allemagne se donne une position de neutralité, d'impartialité, de correction égale et loyale entre l'Angleterre et la France, est un chef d'oeuvre de diplomatie. Au fond, il désire jouer les plus mauvais tours à l'Angleterre, mais par notre main et sans se découvrir. Quand les deux Puissances occidentales seront brouillées, il se frottera les mains, et jurera qu'il n'a voulu que concorde et conciliation." Das Vertrauen, das der Reichskanzler gefordert hatte, bestand also schon bei dem Botschafter keineswegs, ganz im Gegenteil, selten ist die französische Unversöhnlichkeit in amtlichen Schriftstücken so offen ausgesprochen worden wie in seinem das Gespräch wiedergebenden Brief an den Ministerpräsidenten. Er schloß mit der eindringlichen Mahnung, niemals Bismarcks Bitte zu erfüllen und Sedan zu verzeihen. „Jamais rien pardonner, jamais rien oublier", war seine Parole. Sedan also, d. h. der Sieg Deutschlands über Frankreich, nicht etwa bloß Elsaß-Lothringen war ihm das unübersteigliche Hindernis. Bei Ferry bedurfte es dieses Aufrufs nicht. Seine Antwort ist leider in der französischen Aktenausgabe nicht veröffentlicht, aber Zweifel können nicht bestehen, daß sie im gleichen Geiste gehalten gewesen ist. Zum dritten Male im Laufe weniger Monate hat Frankreich gezeigt, daß es für Bismarcks Werben unzugänglich bleiben wollte und auf die Revanche nicht verzichtete.

Nach dem vergeblichen Verhallen auch des letzten Appells hat Bismarck suchen müssen, wieder mit England in bessere Fühlung zu kommen und hat deshalb den durch Lord Granville hervorgerufenen Zwischenfall abgeschlossen. „*Ein Versuch*", instruierte er Hohenlohe (5. Dezember), „*durch fortgesetzte Vorhaltung der Widersprüche zwischen der französischen und der englischen Version der Wahrheit näher zu kommen, erscheint aussichtslos, auch*

entbehrlich; die Entstellung, auf welcher Seite immer sie vorgekommen sein mag, ist nur ein Symptom mehr davon, daß in England daran gearbeitet wird, uns mit Frankreich in Mißhelligkeit zu bringen, und in Frankreich, uns Mißtrauen gegen England einzuflößen. In England tritt das bezeichnete Streben am greifbarsten in der Presse hervor; in Frankreich scheint auch die Diplomatie beteiligt ... Die Darstellung, welche Baron Courcel dem Grafen Hatzfeldt und mir von der Erregung Ferrys über uns gegeben hat, erscheint mir nicht recht motiviert und nicht natürlich, sondern mehr als ein Versuch, uns in eine stupéfaction über das Verfahren Lord Granvilles zu versetzen. Selbst wenn ich wirklich den Engländern amtlich empfohlen hätte, sich mit Frankreich über Ägypten zu verständigen, so wäre das weder an sich auffallend noch im Widerspruch zu den Beziehungen, in denen wir zu Frankreich stehen, also kein Grund stupéfait zu sein. Glücklicherweise liegt jedoch nichts der Art vor, der Hergang ist, wie ich ihn in dem Erlasse an Graf Münster erzählt habe. Eure Durchlaucht wollen aus dieser Mitteilung keinen Anlaß entnehmen zu Vorhaltungen an Herrn Ferry, sondern nur mein Mißtrauen inbetreff der Neigung Frankreichs, uns mit England schlechter zu stellen als unsre eignen Interessen es mit sich bringen. Ich nehme das der französischen Politik nicht übel; es liegt in ihrem Interesse; aber wir können uns dazu nicht hergeben"[157]). Das bedeutete das Wiedereinbiegen auf die Courcel angekündigte strikte Neutralität, unter Betonung des Rechtes in Ägypten mitzureden, so daß die beiden Hauptinteressierten jederzeit damit rechnen mußten, Deutschland könne für den andern Partei ergreifen.

Diese Linie hat er innegehalten in dem Streit, der sich über neue, am 29. November überreichte, aber der Gesamtheit der Mächte unannehmbare Lösungsvorschläge Englands hinsichtlich der ägyptischen Finanzen zwischen London und Paris einstellte. Allerdings stieß er Frankreich, obwohl er seinen Standpunkt sich nicht mehr rückhaltlos aneignete, keineswegs ab. Dazu war ihm das koloniale Einverständnis zu wertvoll, und auch jetzt nicht gab er die Hoffnung endgültig preis, von dort aus vielleicht doch noch in Zukunft zu Besserem zu gelangen. „Eh bien, je continuerai à faire ma cour à cette dame capricieuse; mais je n' ai pas beaucoup d'espoir", so hatte er die große Aussprache mit Courcel am 27. November geschlossen[158]) und hat danach gehandelt. Aber obgleich im ganzen auf der Kongokonferenz die Einigkeit gewahrt wurde, ist es dort zwischen Deutschland und Frankreich zu allerlei Differenzen gekommen[159]), die das wahre Verhältnis beider Länder und die bloße Zweckbedingtheit ihres momentanen Zusammengehens enthüllten. Darum entbehrten auch die in der ganzen französischen Presse sensationell wiedergegebenen Gerüchte jeder Grundlage, daß die Fürstin Bismarck die französische Riviera aufsuchen und bei dieser Gelegenheit der Reichskanzler nach Paris kommen werde[160]). Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" trat ihnen entgegen (27. Dezember): „Die Beziehungen beider Länder und beider Regierungen zueinander sind derart, daß auffallenden und übelwollenden

Deutungen ausgesetzte Schritte zu ihrer Erhaltung und Befestigung nicht erforderlich sind; die beiderseitigen Botschafter erfreuen sich des Vertrauens der beiden Regierungen, zwischen denen sie zu vermitteln haben, und wenn dennoch der Fall einträte, daß die Leiter der deutschen und der französischen Politik einer persönlichen Besprechung bedürften, so würde sich eine solche erreichen lassen, auch ohne das Aufsehen und die Parteivorwände herbeizuführen, welche sich an einen Besuch des Reichskanzlers in Paris knüpfen könnten."

Mit dieser Form des Dementis war aber schon zugestanden, daß die Möglichkeit persönlichen Treffens nicht ausgeschlossen sei, und offenbar hat Bismarck, nachdem einmal das Gerücht sich ohne sein Zutun verbreitet hatte, den Gedanken aufgegriffen. Denn einige Wochen später, am 19. Januar 1885, hat er Courcel diesen Vorschlag gemacht. In Paris allerdings schien ihm auch jetzt, wie die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" geschrieben hatte, die Begegnung unmöglich, nicht indessen in Luxemburg, Belgien oder sogar in Südfrankreich, Nizza oder Monako, während Courcel die neutrale Schweiz für besser hielt[161]). Während demnach der Botschafter den Plan nicht indiskutabel fand, ist Ferry, wenigstens soweit die französischerseits veröffentlichten Akten erkennen lassen, mit keinem Wort auf ihn eingegangen. Abermals blieb die von deutscher Seite hingestreckte Hand unbeachtet. Im Augenblick brauchte er eben nicht zu befürchten, daß sein in diesem Fall bis zu direkter Unhöflichkeit gesteigerter Mangel an Entgegenkommen von Deutschland mit Zusammenschluß mit England beantwortet würde. Denn zwischen beiden hatten sich die kolonialen Streitigkeiten vermehrt und verschärft, sie führten zur Herausgabe der in London sehr ungern gesehenen deutschen Weißbücher, und hinzu kam das auf britische Einwirkung zurückgehende Ausweichen des Khediven gegenüber dem russischen und deutschen Verlangen nach Sitz in der Schuldenkommission[162]). Damit war ein neuer Zwist gegeben. An Münster ließ Bismarck schreiben: *„Daß der Khedive unseren Vorschlag, in der Schuldenkommission vertreten zu sein, so kurzer Hand abgewiesen hat, könne doch nur mit englischer Unterstützung geschehen sein. Es sei nicht höflich. Wir würden keine Vorbereitung zur Beantwortung der englischen Vorschläge machen, when we are trifled with"*[163]). Der Ton zwischen beiden Regierungen war also alles eher als freundlich. Sicher hat das Bewußtsein dieser Tatsache stark bei Ferry mitgewirkt, um ihn sich immer wieder der Werbung Bismarcks entziehen zu lassen.

Frankreich war zu wirklicher Freundschaft nicht zu gewinnen, mit England bestand eine Fülle verbitternder Reibereien und Interessengegensätze. Bei dieser Sachlage war nichts andres möglich, als das „Zwickmühlenspiel" fortzusetzen. Um deshalb von noch festerer Rechtsbasis aus in Ägypten mitsprechen zu können, hielt der Reichskanzler trotz der Ablehnung des Khediven Tewfik den Anspruch auf Sitz in der Schuldenkommission auf-

recht. Er erlebte dabei jedoch die unangenehme Überraschung, daß der italienische Vertreter in Kairo Schwierigkeiten machte. Energisch von Rußland wie von Deutschland zur Rede gestellt, ist Mancini nach anfänglichem Schwanken — in diesen Tagen bereitete Italien seinen Griff nach Massauah am Roten Meer vor, für den es Englands Wohlwollen benötigte — in die antibritische Front zurückgekehrt. England selbst dagegen blieb bei seinem Widerspruch. Darum hat Bismarck wieder mehr Gewicht in die französische Schale verlegt. In seiner Reichstagsrede vom 10. Januar 1885 bezeigte er der Regierung Ferry ausgesprochene Liebenswürdigkeit (die eben erwähnte Ablehnung seines Angebots eines Treffens war damals noch nicht erfolgt), sein Gesamturteil über die kontinentale Lage war: „wir sind von Freunden umgeben in Europa." Öffentlich kündigte er an, was er im geheimen so oft in London hatte sagen lassen, daß weitere britische Unfreundlichkeit Deutschland nötigen werde, dessen Gegner zu unterstützen.

Dem entsprach alsbald sein Handeln. Als Frankreich am 8. Januar mit Gegenvorschlägen gegen das ägyptische Finanzprojekt Englands hervortrat[164]) — ihr wichtigster Punkt war die internationale Garantie der von Ägypten aufzunehmenden Anleihe statt der ausschließlich englischen, so daß der gesamteuropäische Charakter festgelegt wurde —, hat er klar dessen Partei ergriffen. Zuvor allerdings hatte er sich des Einverständnisses der beiden andern Kaisermächte versichert. Das Eintreten für Frankreich, ließ er in Wien sagen[165]), sei erforderlich: „*Wir haben dann der französischen Regierung bewiesen, daß sie von uns keine Schwierigkeiten zu erwarten hat, wenn sie sich von der Politik der Revanche abwendet und den eigenen Interessen ihre Politik widmet. Wir müssen der jetzigen friedliebenden Regierung in Paris die Wege ebnen, die sie einschlägt, um sie im Amte zu erhalten.*" An Schweinitz telegraphierte er (12. Januar): „*Wir beabsichtigen unsre Stellung zur Sache in London nach Form und Inhalt mit der größten Schonung jeder englischen Empfindlichkeit vorzubringen, halten es aber im eignen Interesse für geboten, Frankreich in Wahrnehmung seiner berechtigten Interessen nicht durch reservierte oder unklare Haltung zu beunruhigen.*"

Nachdem sowohl Wien als auch Petersburg zugestimmt hatten, erörterte er die Art des deutschen Verhaltens eingehend mit Courcel und gelangte mit ihm zu vollem Einverständnis[166]). Das Ergebnis war die Instruktion an Münster vom 14. Januar, den französischen Gegenvorschlag zu befürworten: „*Wir hatten früher gehofft, daß in ähnlicher Weise, wie die Gesamtinteressen Europas eine Zeitlang von England und Frankreich gemeinsam wahrgenommen und beschützt wurden, so auch England allein, nachdem es selbständig in Ägypten eingeschritten war, die gleiche Mission in stillschweigend vorausgesetzter Vertretung der europäischen Gesamtinteressen übernehmen und die entsprechenden Funktionen dauernd ausüben werde. Eurer Excellenz ist es bekannt, daß ich noch vor zwei Jahren meine Überzeugung dahin ausgesprochen habe, daß für Deutsch-*

land kein Grund vorliege, unserem Vertrauen und unseren guten Beziehungen zu England auch in dieser Richtung Ausdruck zu geben, wenn die englische Politik die Pflichten, welche mit einem derartigen europäischen Mandat verbunden sein würden, allein übernehmen wolle. Daß dies aber auf die Dauer nicht zu erwarten ist, dürfen wir aus dem bisherigen Verhalten der englischen Macht in Ägypten, namentlich aber aus den wiederholten Erklärungen des Kabinetts, daß es der Okkupation so bald wie möglich ein Ende machen wolle, mit Sicherheit schließen. Durch diese Tatsache ist die Stabilität der Ordnung in Ägypten, an deren Erhaltung allen dort verkehrenden Nationen gelegen ist, in Frage gestellt. Es ist ungewiß, welche Zustände in dem Lande Platz greifen können, sobald England die Absicht seiner Regierung, dasselbe zu räumen, in Ausführung bringt, und die übrigen Mächte haben an der Gestaltung der Dinge daselbst ein zu lebhaftes Interesse, um auf die Teilnahme an der Herstellung von Bürgschaften für dieselbe nach den gemachten Erfahrungen verzichten zu können. Wir sind außerdem zweifelhaft geworden, ob England mit seiner Okkupation die Absicht verbindet, auch andere als englische Interessen in Ägypten wahrzunehmen, nachdem es uns nicht gelungen ist, das Einverständnis der englischen Regierung mit der Beteiligung Deutschlands und Rußlands an der Schuldenkommission zu erlangen. Wenn aber das Bedürfnis der Teilnahme an der Gestaltung der Zukunft des Landes ein gemeinsames der europäischen Mächte ist, so dürfte es auch in der Billigkeit liegen, daß die Lasten, welche von der gemeinsamen Aufgabe unzertrennlich sind, von allen Mächten gemeinsam getragen werden . . . Ich würde mich freuen, wenn unsre Auffassung bei dem englischen Herrn Minister wenigstens insoweit Anklang fände, daß sein Urteil über dieselbe uns Anlaß zu eingehenderen Erörterungen behufs Verständigung zwischen uns und den übrigen beteiligten Mächten böte"[167]). Wie die französische Politik ging auch die deutsche, indem sie die allgemeine Garantie der ägyptischen Anleihe statt der englischen forderte, darauf aus, die internationale Natur der Frage außer Zweifel zu stellen, das Land also nicht dem englischen Einfluß ausschließlich verfallen zu lassen. Da die gleiche Forderung aber auch von Österreich und Rußland erhoben wurde, stand das Kabinett Gladstone der Einigkeit des Kontinents in voller Isolierung gegenüber.

Daß das Motiv für Bismarcks Verhalten in den Hemmnissen lag, die England der deutschen Kolonialpolitik bereitete, hat ein zweiter Erlaß an Münster vom gleichen Tage (14. Januar) ausgeführt. Er wies darauf hin, wie stark sich die deutsche öffentliche Meinung über sie errege: „*Euer Excellenz werden ermessen, wie es der Kaiserlichen Regierung unter diesen Umständen erschwert wird, auf anderen Gebieten, auf denen deutsche und englische Interessen einander berühren, eine Politik zu verfolgen, in der eine Freundlichkeit gegen England zu erkennen wäre.*"

Am 19. hat Münster seinen Auftrag ausgeführt und die französischen Vorschläge bei Lord Granville befürwortet, am gleichen Tag taten der

österreichische und der russische Botschafter dasselbe. Der Eindruck auf die englischen Staatsmänner war groß. Nicht nur sind sie auf den Gedanken verfallen, Bismarck versöhnlicher zu stimmen, indem sie jetzt ihrerseits auf seine Frage vom Mai wegen der Abtretung Helgolands zurückkamen[168]). Sie haben damit kein Ergebnis erzielt, weil Münster, offenbar eingeschüchtert durch die zahlreichen Rügen der letzten Monate und vor allem durch die, Helgoland einseitig gegenüber den Kolonien in den Vordergrund gedrückt zu haben, das Angebot weder amtlich noch privat weitergeleitet hat. Die Hauptsache aber war, daß, wie Münster meldete (23. Januar), nach zweitägiger, sehr lebhafter Beratung, wobei namentlich Gladstone selbst sich für Nachgeben einsetzte, das Kabinett im wesentlichen die französischen Vorschläge akzeptiert und auch dem Eintritt Deutschlands und Rußlands in die Schuldenkommission zugestimmt hat. Damit schien England auf die Monopolstellung in Ägypten zu verzichten.

Erreicht worden war dieser Erfolg insbesondere durch die Energie des deutschen Auftretens. Darüber waren sich auch die Franzosen klar, und so hat Courcel in einem Gespräch mit dem Reichskanzler am 19. Januar durchblicken lassen, daß, nachdem Deutschland in Ägypten Frankreich einen solchen Gefallen erwiesen hatte, das „Rapprochement" vielleicht sich eines Tages doch auf anderes als die Weltpolitik erstrecken könne; übereilt dürfe allerdings nichts werden: „Il est des passions qui ne peuvent disparaître immédiatement, mais en cherchant les points de contact dans chaque affaire particulière qui se présentera successivement, von Fall zu Fall, suivant une expression que vous employez quelquefois, nous arriverions à multiplier les occasions d'accord; il pourra naître de cette manière de procéder une sorte d'habitude et l'habitude transforme les sentiments"[169]).

Damit war der Botschafter auf dem Standpunkt angelangt, den Bismarck von Anfang an eingenommen hatte, und offenbar ist es nicht bloß Taktik gewesen, um Deutschland zu noch festerem Auftreten in Ägypten zu bewegen. Courcel ist vielmehr unter dem Eindruck des gemeinsam gegen England errungenen Erfolges, wenn er auch sein Endziel festhielt, in seiner Intransigenz schwankend geworden. Er überschätzte die Tragweite des deutsch-englischen Gegensatzes erheblich. Ihm war es nicht faßlich, daß eine solche Macht, wie der Reichskanzler sie aufgebaut hatte, tatsächlich nicht mißbraucht und daß die Lebensnotwendigkeiten der anderen respektiert würden. Deshalb glaubte er, Bismarck bereite einen Stoß ins Herz des Inselreiches vor, um es zugunsten industrieller und kommerzieller Weltgeltung Deutschlands zu ruinieren[170]), und versprach sich für Frankreich viel von vorläufigem weiteren Zusammengehen. Ferry jedoch bewies, daß sich bei ihm auch durch Deutschlands eindeutige Stellungnahme nichts geändert hatte, durch sein schon erwähntes Nichteingehen auf den im gleichen Gespräch erfolgten Vorschlag eines Treffens und namentlich durch die

Aufnahme, die er einem erneuten Appell Bismarcks an Frankreichs Freundschaft bereitete[171]).

Auf Grund der besser als bisher klingenden Äußerungen Courcels entschloß sich nämlich der Reichskanzler, Hohenlohe am 24. Januar zu einem direkten Schritt bei dem Ministerpräsidenten zu beauftragen, ob durch den deutschen Beistand in Ägypten „die vom französischen Botschafter für volles Vertrauen gestellte Bedingung nunmehr von seiner Regierung als erfüllt angesehen" werde. Sehr höflich zwar fiel die Antwort aus, aber sachlich lag ihr Schwerpunkt darin, Frankreich sei nach wie vor entschlossen, die bisherige Politik fortzusetzen. Das war eine abermalige Ablehnung, über das koloniale Zusammenwirken hinauszugehen. Fürst Hohenlohe irrte sehr, wenn er bei Ferry Vertrauen in Bismarcks Absichten feststellen zu können glaubte. Im entscheidenden Punkt hatte sich der Franzose, offenbar bestärkt durch Englands Nachgeben in Ägypten, aufs neue versagt, was allerdings nicht hinderte, daß er die Vorteile der weltpolitischen Interessengemeinschaft mit Deutschland auch weiterhin gern mitnahm. Auch der letzte Akt dieses Dramas deutsch-französischer Verhandlungen war ohne den gehofften Erfolg geblieben.

8. Zusammenstoß und Einigung mit England

Die Interessengemeinschaft mit Frankreich hat Bismarck seinerseits fortbestehen lassen, weil sie ihm nicht bloß für die auf der Kongokonferenz behandelten Probleme Nutzen brachte, sondern hauptsächlich weil er inzwischen den mit der oben zitierten zweiten Instruktion an Graf Münster vom 14. Januar eingeleiteten Druck auf England wegen der Kolonien noch verstärkt hatte. Der Botschafter wurde am 24. unter scharfem Vorhalt seiner früheren Unterlassungssünden ermahnt, Lord Granville klaren Wein einzuschenken, daß Deutschland Englands koloniale Unfreundlichkeit auf anderen Gebieten beantworten würde[172]). Hierbei durfte sich Bismarck desto eher Erfolg versprechen, weil England, wenn auch dank seines Nachgebens sein ägyptischer Zwist mit Frankreich im Moment an Schärfe eingebüßt hatte, im übrigen unter schwerem weltpolitischen Druck stand. Die Eroberung Khartums durch den Mahdi mit dem für England so beschämenden Tode Gordons am 26. Januar war ein furchtbarer Schlag, der das Kabinett Gladstone erschütterte, dazu kam die neue Welle russischer Expansion.

Um die Jahreswende hatte sich die russische Presse für eigene Kolonialpolitik nach deutschem Vorgang eingesetzt und dabei auf Abessinien verwiesen[173]), um den Engländern in Ägypten Schach zu bieten. Das blieb Utopie, bitterer Ernst aber war der Vorstoß in Zentralasien in Richtung auf Herat, der den Druck auf Indien vervielfachte. Am 22. Januar, dem Tage des britischen Nachgebens in der ägyptischen Finanzfrage, forderte Rußland die Festlegung seiner Grenze mit Afghanistan auf einer von London als unerträglich beurteilten Linie. Bei der eingetretenen Hochspannung wäre auch den Russen das von Bismarck erhoffte schärfere Auftreten Frankreichs in Ägypten erwünscht gewesen; mißbilligend sagte Giers zu Schweinitz, Frankreich solle doch „*an der Spitze und nicht am Schwanz der Mächte marschieren*"[174]). Auf alle Fälle aber war der russische Vorstoß geeignet, England Entgegenkommen gegen die deutschen kolonialen Wünsche nahezulegen.

Zu dem gleichen Zwecke machte Bismarck dem Sultan Mut, auf seinen Rechten in Ägypten kräftiger zu bestehen. Handhabe hierfür bot ihm der sich nunmehr vollziehende Griff Italiens nach Massauah, der von Keudell als „*ein erster Versuch Italiens sich selbst zu helfen anstatt wie bisher alle Hilfe*

in auswärtigen Angelegenheiten von anderen zu beanspruchen" bezeichnet wurde (17. Januar), der jedoch die türkische Oberhoheit verletzte. Wie bisher wurde die Festsetzung Italiens am Roten Meer, die in unseren Tagen so schlimme Folgen für die britische Politik gezeitigt hat, von England begünstigt als Gegengewicht gegen die französische Besitznahme von Obok. An dieser Konkurrenz im Roten Meer sich zu beteiligen, wies Bismarck von sich: ein Angebot zweier Reederfirmen, Scheik Sahib an der Bab-el-Mandeb-Straße, also einen strategisch äußerst wichtigen Punkt, käuflich zu erwerben, lehnte er, ebenso wie früher Ismaels Landangebot in Unterägypten, sofort ab[175]); er hätte sich dadurch nur alle anderen zu Gegnern gemacht. Aber als Giers seine Absicht kundgab, der Pforte zum Einspruch in Rom zuzureden, telegraphierte er an Schweinitz (30. Januar): „*ich teile vollständig die Ansicht Herrn von Giers, daß es sich empfiehlt, die Pforte zur Wahrnehmung ihrer territorialen Rechte in Ägypten überhaupt, nicht bloß in Massauah zu ermutigen.*" Seine Absicht war, die türkische Empörung mehr gegen England als gegen seinen Bundesgenossen zu wenden und auch damit den auf England lastenden Druck und seine Nachgiebigkeit gegen Deutschland zu erhöhen.

An sich war ihm der italienische Vorstoß als Schwächung der Türkei und Gefährdung des status quo recht unerwünscht, aber Schwierigkeiten wollte er ihm nicht in den Weg legen. Deshalb hat er den Rat Keudells (31. Januar) nicht erfüllt, „*daß unabhängige deutsche Zeitungen in freundlicher Weise darüber belehren, ein wie ernstes Interesse Deutschland daran habe, daß seine beispiellos erfolgreiche Friedensarbeit nicht durch einen Flibustierstreich gestört werde, welcher einen Weltbrand zu entzünden vermöchte*". „*Weder tunlich noch nützlich*" nannte er den Vorschlag und erwiderte (8. Februar): „*Ich zweifle an der Aussicht auf einen ‚Weltbrand', wenigstens einen solchen mit unsrer Beteiligung. Wenn das uns befreundete Italien sich Unternehmungen hingibt, wie sie Eure Excellenz als ‚Flibustierstreich' bezeichnen, so kann dadurch die Autorität der Verträge, welche den Orient betreffen, und die Neigung anderer Mächte, sie ihrerseits ferner zu beobachten, wesentlich abgeschwächt werden, aber vorläufig läßt sich nicht absehen, daß eine der Vertragsmächte geneigt sein sollte, der Vertragsverletzung Italiens eine andere Folge zu geben als vielleicht die der Nachahmung im eigenen Interesse. Übrigens wird, wenn der Tatendurst der Italiener und die Unruhe der Irredentisten eine Ablenkung am Roten Meer finden, desto weniger Störung des Friedens an den nördlichen Grenzen des Königreichs zu fürchten sein. Wir haben für die Folgen des italienischen Vorgehens keine Verantwortlichkeit, und ich beabsichtige nicht, eine solche durch vorzeitige Einwirkung auf die Entschließungen des italienischen Ministeriums künstlich zu schaffen.*

Eure Excellenz wollen sich deshalb bis auf weitere Weisung allen den Versuchen und Velleitäten italienischer Kolonial- oder Mittelmeerpolitik gegenüber

in absolutem Schweigen zurückhalten, solange nicht Herr Mancini Ihnen gegenüber eine Initiative ergreift, welcher gegenüber Ihr Schweigen als Zustimmung gedeutet werden könnte. In dem Falle wollen Sie Ihre persönliche Ansicht, daß Italiens Vorgehen den Verträgen zuwiderlaufe, aussprechen, ohne auf die Ihrer Regierung Bezug zu nehmen."

Gegen den Bundesgenossen wollte er eben nicht auftreten und empfand darum die russische Anregung gemeinsamen Einspruchs peinlich, denn andrerseits lag es auch nicht in seinem Wunsche, sich den Russen zu versagen. So ließ er durch den Grafen Herbert dem russischen Geschäftsträger seine grundsätzliche Bereitschaft aussprechen, ihm jedoch gleichzeitig insinuieren, an sich sei es doch eigentlich vorteilhaft für Rußland, wenn die Italiener durch den Griff nach türkischem Gebiet den Garantievertrag von 1857 verletzt hätten, da nunmehr im geeigneten Moment das Beispiel befolgt werden könnte. Auch noch auf einen anderen den Einspruch inopportun erscheinen lassenden Umstand machte er aufmerksam: „*Nach Äußerungen des Baron Courcel*[176]) *schiene Frankreich nicht geneigt, sich den türkischen Protest anzueignen, vielleicht weil es in analoger Weise wie Italien vorzugehen beabsichtige. Wenn wir uns aber von Frankreich trennten, so entstehe die Gefahr, daß dieses sich mit England und Italien über einen Modus des Zugreifens einige und daß sich hieraus eine italienisch-westmächtliche Gruppierung entwickle. Nebenher sei zu bedenken, daß nur ein von uns und Rußland bzw. Österreich unterstützter türkischer Protest voraussichtlich ohne praktische Folgen bleiben und uns Italien gegenüber in eine unsrer Würde nicht entsprechende Stellung bringen würde. Das Einfachste schiene zu sein, wenn Rußland seinerseits das italienische Vorgehen nachahme und sich in den Besitz von Massauah oder von einem anderen Küstenpunkte in jenen Gegenden setze . . . Wolle Rußland jetzt seinerseits am Roten Meer festen Fuß fassen, so könne es das mit der Begründung tun, daß dies nur im Interesse des Sultans geschehe, um dessen Gebiete vor Wegnahme durch andere, die an Zurückgabe nicht denken würden, zu schützen*"[177]).

Ernstgemeint ist dies letztere nicht gewesen; zu Graf Herberts Aktennotiz, der Geschäftsträger Graf Murawiew habe gemeint, Giers werde wohl auf den Vorschlag eingehen, schrieb der Kanzler an den Rand: „*schwerlich*"! Es war nicht zu erwarten, daß die Russen, die in Ägypten sich vorsichtig zurückgehalten hatten, sich jetzt in einer Weise vorwagen würden, die ihnen die Westmächte zu sicheren Gegnern gemacht hätte. Bismarck kam es nur darauf an, in möglichst liebenswürdiger, sicher nicht verstimmender Form die Idee des Protestes abzubiegen, und in der Tat hat Giers sie fallen lassen. Hieraus wieder hat der Kanzler den Türken gegenüber Honig gesogen, indem er ihnen mitteilte, er sei bereit gewesen, einen russischen Schritt zu unterstützen; dessen Unterbleiben sei im Interesse der Türkei selbst erfolgt, weil Frankreich nicht mitgemacht hätte und in die Arme der Gegenpartei gestoßen worden wäre[178]). Den Franzosen dagegen wurde die Darstellung

gegeben, daß Deutschland nur mit Rücksicht auf sie sich an der von Rußland angeregten Demarche nicht beteiligt habe[179]).

In Rom selbst ist nachträglich Bismarcks absprechendes Urteil doch noch zur Kenntnis gebracht worden. Zwar als Mancini in der Kammer das im Roten Meer bewährte Zusammengehen mit England pries als „Ergänzung für jenes Programm des Friedens und der Erhaltung, welches den Zweck unsres Bündnisses mit den Zentralmächten bildet, des Bündnisses, von welchem unsre auswärtige Politik ihre Hauptrichtung erhält", hat Bismarck das zunächst noch schweigend hingenommen, gemäß dem Rate Keudells (23. Februar): „*Der hier gemachte Versuch, die gewaltsame Besetzung ägyptischer Küstenstädte als eine Ergänzung des Friedensprogramms der Zentralmächte darzustellen, bedarf keiner Kritik.*" Nachdem jedoch der Minister am 17. März noch einmal in das gleiche Horn stieß, hat Hatzfeldt den Grafen Launay zur Rede gestellt: es sei unverständlich, wie das Vorgehen in Massauah in Zusammenhang mit den der italienischen Politik durch den Dreibund auferlegten Pflichten gebracht werden könne. „*Wir könnten nichts weniger als eine Friedensbürgschaft in dem italienischen Vorgehen erblicken; dasselbe bilde vielmehr ein bedenkliches Präzedens, welches leicht Nachfolge finden könne ... Wenn Italien durch sein provokatorisches Vorgehen am Roten Meer mit anderen Mächten in Konflikt geraten sollte, so würde es unsre Unterstützung auf Grund des Vertrages von 1882 nicht in Anspruch nehmen können*"[180]).

Wenn demnach der koloniale Vorstoß Italiens schließlich doch nicht ohne Meinungsverschiedenheit zwischen den Verbündeten abgelaufen ist, so hat Bismarck ursprünglich die durch ihn ausgelöste Erregung benutzen wollen, um die Türkei wieder in Ägypten einzuschalten und auf solche Weise die gegen England einzusetzenden Druckmittel zu verstärken. In dieselbe Richtung ging es, wenn er den Wunsch nach Sitz und Stimme in der ägyptischen Schuldenkommission nach der erfolgten englischen Zustimmung nicht mehr dem Khediven, sondern dem Sultan als dessen Souverän unterbreitete und auch den Zaren für diese Art des Vorgehens zu gewinnen suchte. Der Weg über den Sultan, schrieb er an Schweinitz (26. Januar), biete zugleich den Vorteil, „*die ganze ägyptische Frage ihrem ursprünglichen, natürlichen Charakter näher zu bringen, indem er die Stärkung der Autorität des Sultans Ägypten gegenüber anbahnt. Für die Politik der beiden der Türkei benachbarten Kaiserreiche kann es m. E. nur von Nutzen sein, wenn der Sultan zu einer stärkeren Betonung seiner Rechte in Ägypten veranlaßt wird. Je mehr eigene Interessen er dort zu wahren hat, und je mehr er dazu die Unterstützung Rußlands und Österreichs bedarf, umso entgegenkommender wird er sich diesen Mächten in denjenigen Fragen zeigen, die aus ihren nachbarlichen Beziehungen zur Türkei erwachsen. Der Schwerpunkt der Türkei wird in dem Maße gegen Süden verschoben, wie Ägypten dazu gehört. Auch können Rußland und Österreich, für die Ägypten zur See weniger erreichbar ist, auf die dortigen Verhältnisse*

einen größeren Einfluß durch den in ihrer portée befindlichen Sultan ausüben, als sie es einem von England annektierten Ägypten gegenüber vermöchten. Finanziell würde der Sultan wohl imstande sein, die Wahrung seiner Interessen am Nil selbst in die Hand zu nehmen, wenn ihm die Hilfsmittel Ägyptens im gleichen Maße zur Verfügung gestellt würden wie jetzt den Engländern. Eine türkische Okkupation würde zudem sowohl Ägypten als Europa billiger zu stehen kommen als die englische."

Überhaupt hat Bismarck die Interessengemeinschaft mit Rußland ganz scharf in den Vordergrund gestellt, einmal um dessen Freude am Dreikaiserbündnis zu erhöhen, sodann wegen des Eindrucks auf England, und auch auf Frankreich und Italien. Je enger diesen das Verhältnis zwischen Berlin und Petersburg erschien, desto weniger konnten sie sich deutschen Wünschen entziehen. Worin die Basis dieser Interessengemeinschaft in Ägypten zur Zeit bestand, das hat er in einem Erlaß an Hohenlohe auf die Formel gebracht (30. Januar): „*Die russische Politik hat dasselbe Bedürfnis wie die unsrige, das heißt in Frankreich Herrn Ferry, welcher die Ordnung und die Kraft repräsentiert, und in England Mr. Gladstone, der die Schwäche dieses Landes nach außen bedeutet, am Ruder zu halten.*"

Ohne eine Antwort der Russen auf seinen Erlaß vom 26. Januar abzuwarten, ist er selbst in Konstantinopel mit der Beschwerde über „*die ablehnende und wenig höfliche Haltung des Khediven als eines Vasallen der Türkei*" vorgegangen (28. Januar). Dem Geschäftsträger in Paris von Thielmann wurde eingeschärft (31. Januar), daß für Deutschland nicht die finanziellen, sondern nur die politischen Gesichtspunkte den Ausschlag gäben: „*Ägypten hat an sich für uns nur wenig Interesse, das Entscheidende ist für uns die Handhabung des europäischen Gleichgewichts in dem Sinne, in dem wir es nach unserem Interesse heute zu verstehen haben. Für unsre ägyptische Politik wird immer nur unser Verhältnis zu den europäischen Mächten, besonders zu den zunächst interessierten, maßgebend sein. Die Verbesserung unsrer Beziehungen zu Frankreich, die Ausübung einer Pression auf Englands unfreundliche Haltung in den Kolonialangelegenheiten, die Rücksicht auf die öffentliche Meinung in Deutschland bezüglich der letzteren und auf unsre innere Politik, die Pflege unsrer Beziehungen zu Österreich und Rußland sind die bestimmenden Faktoren, nach denen wir unsre Politik bezüglich Ägyptens einzurichten haben. Die ägyptische Frage bietet uns ein nutzbares Terrain für politische Operationen, aber kein Objekt derselben.*"

Der Erlaß beweist die absolute Konstanz der von Bismarck mit seiner Beteiligung in Ägypten angestrebten Ziele; abgesehen von der Berufung auf die deutsche Kolonialpolitik könnte er genau so in den Anfangsstadien der von dort her eingetretenen Erschütterungen geschrieben sein. Da dem Kanzler derart die Rücksicht auf die großen Mächte voranstand, hat er sich alsbald umgestellt, als Giers zwar das Ziel, den türkischen Einfluß in Ägypten

zu stärken, billigte, nicht jedoch den Weg des Appells an den Sultan, weil dieser dann selbst einen Sitz in der Kommission fordern könnte, was wegen der Stärke des englischen Einflusses in Konstantinopel bedenklich sei. Obgleich Bismarck dies Bedenken nicht teilte, hütete er sich dem deutlich ausgesprochenen russischen Wunsch sich zu widersetzen, und gleich darauf hat die Angelegenheit auch so ihr günstiges Ende gefunden, indem der Khedive jetzt dem Eintritt Rußlands und Deutschlands zustimmte. Damit war es gelungen, die beiden Hauptziele zu erreichen: Deutschlands Anspruch, in Ägypten nicht ausgeschaltet zu werden, war formell anerkannt, so daß es bei der kommenden Auseinandersetzung sich noch besser zu Gehör bringen konnte, und gleichzeitig war die Übereinstimmung der deutschen und russischen Politik zutage getreten. An alle Botschafter konnte nunmehr die Weisung ergehen (18. Februar), sich wegen Ägyptens stets zunächst mit den Vertretern der beiden Kaisermächte und sodann mit dem französischen zu verständigen. Der Sinn war deutlich: die Isolierung Englands.

Da sie im Augenblick tatsächlich vorlag, kam Bismarck immer wieder auf seinen Vorschlag einer neuen Ägypten-Konferenz zurück, es war anzunehmen, daß auf ihr die Einheitsfront gegenüber England sich noch stärker akzentuieren würde. Darum erklärte aber auch Lord Granville direkte Verhandlungen von Kabinett zu Kabinett für den besseren Weg, was wieder Bismarck bei sieben Beteiligten zu kompliziert fand. Überhaupt wies er darauf hin, *„wie ungewöhnlich in der europäischen Diplomatie die Ausdehnung ist, welche England dem direkten schriftlichen Verkehr der Regierungen untereinander durch amtliche Noten in neuerer Zeit gegeben hat. Während der 34 Jahre, die ich an unseren auswärtigen Geschäften amtlich beteiligt bin, ist niemals eine Periode vorgekommen, in welcher der Schriftwechsel unsres Kabinetts mit sämtlichen übrigen europäischen Kabinetten einen ähnlichen Umfang angenommen hätte wie unser jetziger direkter Schriftwechsel allein mit England"*; seit dem 1. Juni 1884 habe er von England 114 Noten von 649 Seiten erhalten. England möge zu der *„bewährten Tradition des internationalen Meinungsaustauschs (d. h. Botschafter) zurückkehren, da Noten auch auf parlamentarische Wirkung berechnet und deshalb nicht immer der Sache dienlich"* seien. *„Wir schrecken nicht vor der Fortsetzung und Ausdehnung der Öffentlichkeit unsrer Verhandlungen mit England zurück, wenn Lord Granville bei diesem System beharrt. Aber ich bitte Lord Granville es als einen Beweis für meinen Wunsch nach Erhaltung und Förderung des guten Einverständnisses mit England zu betrachten, wenn ich auf die Nachteile aufmerksam mache, welche mit dem System der direkten und schriftlichen Korrespondenz von Regierung zu Regierung im Wege des Notenwechsels für das gute Einvernehmen verschiedener Nationen verknüpft sind"*[181]). Die Konferenz würde dazu dienen, den Schriftverkehr einzuschränken. Das war natürlich nur ein winziger Nebenzweck,

entscheidend voran stand die Hoffnung, den Engländern die Einheit der übrigen entgegenzustellen. Die Ziele Bismarcks und Granvilles liefen demnach diametral auseinander.

Daß sein Auftreten gegen England in Ägypten ausschließlich die Antwort auf dessen koloniale Unfreundlichkeiten sei, die sich häuften, seitdem neben Südwestafrika und Kamerun auch Togo, Neu-Guinea und neuerdings Ostafrika zu Objekten deutscher Tätigkeit geworden waren, hat der Kanzler in einer Instruktion an Münster vom 17. Februar als Antwort auf eine von Malet am 7. überreichte Note noch einmal klargestellt: „*Bei der Oberflächlichkeit und ungemeinen Langsamkeit, mit der die englischen Geschäfte betrieben werden, wäre es ja denkbar, daß die pragmatische Entwicklung der jetzigen Phase der englisch-deutschen Beziehungen Lord Granville noch immer nicht klar geworden ist und daß er gewisse, für die Gestaltung derselben entscheidende Daten entweder vergessen oder nie beachtet hat. Wahrscheinlicher ist aber, daß Lord Granville dasselbe System akzeptiert hat, welches im Unrecht befindliche parlamentarische Oppositionsparteien befolgen, Tatsachen und Gründe einfach zu ignorieren und durch Wiederholung widerlegter Behauptungen den mangelnden Beweis zu ersetzen ... Eine freundliche Gesinnung in bloßen Worten ist im politischen Verkehr wertlos, und die Unbefangenheit, mit welcher die tatsächlich durch alle Mittel betriebene Obstruktion abgeleugnet wird, brauche ich nicht weiter zu kennzeichnen. Euer Exc. besitzen in dem botschaftlichen Archiv mehr als genügendes Material, um solche rhetorischen Winkelzüge abzuschneiden, und wenn Sie, wie ich nach dieser neusten Leistung Lord Granvilles befürchte, dasselbe immer noch nicht ausgiebig genug benutzt haben sollten, so bitte ich Sie wiederholt, sich dasselbe anzueignen und Lord Granville damit zu durchdringen, damit ich mit der ferneren Wiederholung solcher unwahren Versicherungen endlich verschont werde.*“ Seit dem Brief des Grafen Herbert vom 30. August 1884 habe Lord Granville nicht mehr im unklaren über den Ernst der deutschen Absichten sein können; nicht nur habe er darauf nicht geantwortet, sondern England habe fortgefahren, „*unsre Bestrebungen wo und wie es konnte, lahmzulegen und zu durckkreuzen*“.

Nach dieser Vorbereitung erfolgte am 20. Februar im Einverständnis mit Österreich und Rußland der offizielle Vorschlag in Paris, Frankreich möge dorthin eine Konferenz zur Lösung der ägyptischen Frage einberufen. Bisher hatte Ferry diesen Gedanken ja immer abgewiesen, der Augenblick schien aber besonders günstig nochmals auf ihn zurückzukommen. Denn gerade in diesen Tagen ging die Kongokonferenz mit vollem Sieg des von Deutschland und Frankreich gemeinsam verfochtenen Standpunktes zu Ende. Sie brachte die internationale Anerkennung des vom König der Belgier begründeten Kongostaates, sicherte die allgemeine Handelsfreiheit und vernichtete die Monopolstellung, die England sich durch seinen Vertrag mit Portugal hatte schaffen wollen. Ein solcher Erfolg des deutsch-franzö-

sischen Zusammengehens konnte ermutigen, dieselbe Waffe auch in Ägypten anzuwenden, zumal ein neuer schwerer Streit zwischen Deutschland und England über Kamerun die Franzosen vom Ernst des Gegensatzes der beiden überzeugte.

Verhielt sich England hier so intransigent, so war das für Bismarck der Anlaß zu schrofferem Auftreten in Ägypten; der alte Kausalzusammenhang trat abermals hervor. Am 27. sandte der Kanzler ein Telegramm an Münster, dessen Konzept er eigenhändig aufsetzte: „*Auf Befehl Seiner Majestät des Kaisers ersuche ich Eure Exc., Lord Granville einstweilen vertraulich darauf vorzubereiten, daß wir bei der ägyptischen Verhandlung Verzugszinsen der Indemnitäten von Ägypten zwar nicht verlangen, weil Ägypten überhaupt nicht der Schuldner für den Schaden ist, den die englische Flotte vor Alexandrien angerichtet hat; daß wir aber, nach Kenntnisnahme von der Tonart und von dem Schlußsatze der Kamerunnote Lord Granvilles an Eure Exc. vom 21. c. nicht geneigt sind, auf das Recht zu verzichten, die volle Entschädigung deutscher Untertanen für die Schäden des Bombardements von Alexandrien einschließlich der Verzugszinsen von England zu fordern, und einstweilen Verwahrung dagegen anmelden, daß die Hilfsquellen Ägyptens, welche den Gläubigern desselben als Sicherheit dienen, für die Zwecke der englischen Okkupation und Kriegführung verwendet werden*“[182]).

Bei derartiger Gereiztheit zwischen Berlin und London brauchte Ferry nicht zu befürchten, von Deutschland plötzlich im Stich gelassen zu werden, wenn er selbst die französischen Ansprüche in Ägypten lauter betonte. Dennoch blieb er bei vorsichtiger Reserve, weil er um seines letzten Zieles, der Revanche willen, es nicht zum Bruch mit England kommen lassen wollte. Die gewünschte Konferenz über den Gesamtkomplex der ägyptischen Frage ging ihm auch jetzt noch zu weit, bloß eine Kommission zur Regelung des Verkehrs durch den Suezkanal hielt er für angebracht, bis über die entscheidenden politischen und finanziellen Probleme bessere Klarheit gewonnen sei[183]). Wie begrenzt das Maß war, in dem Bismarck auf ihn rechnen durfte, wurde damit den Mächten deutlich vor Augen geführt.

Darum hütete sich England, dem französischen Wunsch nach der Suez-Kommission zu widersprechen, obwohl sie ihm keineswegs willkommen war. Vor allem aber mühte sich Lord Granville die Kluft zwischen Deutschland und Frankreich zu erweitern durch seine Oberhausrede vom 28. Februar, mit der die englisch-deutsche Spannung in das oft dargestellte und deshalb hier nicht noch einmal in den Einzelheiten zu schildernde Stadium akuter Krisis eintrat[184]). Die Rede gipfelte in der Enthüllung, Bismarck habe seit langem England im geheimen geraten, Ägypten an sich zu nehmen. Nicht nur das französische Mißtrauen wurde dadurch aufgestachelt, auch in Konstantinopel mußte Deutschlands Aufrichtigkeit in trübem Licht erscheinen. Deshalb hat Bismarck sofort, schon am 2. März, im Reichstag mit größter

Bitterkeit geantwortet und ganz in dem Sinne, wie er das schon im November (vgl. oben S. 538) getan hatte, die Richtlinien seiner Ägypten-Politik seit 1878 eingehend und öffentlich dargelegt. Sofort suchte er auch etwaige Zweifel in Petersburg zu beschwichtigen, indem er am gleichen Tage an Schweinitz telegraphierte: „*Wir haben in jeder Phase der ägyptischen Frage zunächst den befreundeten Kaisermächten von unsrer Auffassung Kenntnis gegeben und dieselben um die ihrige befragt ... Ich halte für notwendig, das Zusammengehen der Kaisermächte in der ägyptischen Frage nicht nur zu erhalten, sondern auch den Seemächten gegenüber zu betonen.*" Was er während der Konstantinopler Konferenz hatte vermeiden wollen, erschien ihm bei der neuen Sachlage eine Notwendigkeit.

Wieder jedoch blieb er England gegenüber nicht bei der bloßen Negation. Daß er keinen Streit wollte oder gar suchte, sondern im Gegenteil noch immer zur Verständigung bereit war, sobald England den gleichen Willen ehrlich betätigte, bewies er, indem er unmittelbar im Anschluß an die Rede seinen Sohn über den Kanal entsandte. Besonderes Gewicht erhielt diese Mission noch dadurch, daß Graf Herbert vor seiner Abreise von Kaiser Wilhelm empfangen wurde und dies als Grund für den gegenüber dem ursprünglichen Plan eingetretenen Aufschub um einen Tag in London über Lord Rosebery zur Kenntnis brachte.

Lord Rosebery war wenige Tage vorher ins Kabinett berufen worden und hatte dies am 22. Februar den ihm befreundeten Grafen Herbert mitgeteilt (FA): „*I have agreed to join the Government not from ambition but from duty; for there is certainly nothing to gratify ambition in the present position of the administration. You know well that I have not been in agreement with the foreign policy of the Government on many points; and there is nothing in that policy I regret as much as the apparent want of harmony with Berlin. Common sense requires that this state of things should cease, and the great Teutonic race be at peace with itself. However I am only on the treshold and know none of the arcana. I speak only as a reader of the newspapers who does not understand them.*"

Hier bot sich ein vortrefflicher Ansatzpunkt. Seiner Antwort vom 28. Februar, die bereits auf die deutschen Beschwerden gegen das Kolonialamt eingegangen war und den Wunsch nach baldigem Wiedersehen geäußert hatte[185]), ließ Graf Herbert am 2. März, wenige Stunden vor der Reichstagsrede die Anmeldung seines Kommens folgen: „*When I wrote to you a few days ago I expressed a hope that I should have an opportunity of seeing you in the course of this month with reference to the questions I mentioned in my letter. I now think it the best plan to meet you at once and have a talk with you; for I feel sure that that will help us more to come round to a state of things that we both whish to see established than the exchanging of another dozen of official notes.*

The speeches Lord Granville made in the House of Lords on Friday and which we read this morning in the English papers, will oblige my father to make a statement in our Parliament tonight. He is just going to the House and is going to say that he wants our relations to go on more smoothly than they did of late. You will perhaps have got a telegram about his speech, before this letter reaches you; but printed paper is never as good as a conversation viva voce, and I do care particularly to hear from you what the language of your Government really means with regard to us. I leave here this night and shall call upon you wednesday morning.

PS. I had the wish to start already yesterday; but the Emperor wanted to see me, before I was off and I shall see His Majesty before my departure"[186]).

In der Tat hat sich diese persönliche Beziehung sehr nützlich erwiesen. Lord Rosebery begrüßte Graf Herbert überaus herzlich: „*Ihr Ankündigungsbrief heute früh kam mir wie ein Donnerschlag, aber wie ein erfrischender*"[187]). Es war eine demonstrative Geste, wenn er ihn bat, bei ihm zu wohnen, und weiter hat er die Besprechungen mit den entscheidenden Staatsmännern vermittelt. Der offene Zwist mit Deutschland kam ihnen höchst ungelegen. Zwar hatte ihr Verhältnis zu Frankreich im Augenblick ja an Schärfe verloren, aber Ende Februar hatten die Russen mit dem Vorstoß auf Pendjeh sich wieder empfindlich dem englischen Machtbereich in Zentralasien genähert. So stieß Graf Herbert auf Geneigtheit, den deutschen Wünschen Gehör zu schenken.

Offenbar hat Bismarck seinen Sohn beauftragt, das Terrain zu sondieren, ob es möglich wäre, die beiden Männer, die er für die Schikanen gegen die deutschen Kolonialbestrebungen verantwortlich machte, Lord Granville und Lord Derby, zu beseitigen. Aber das hat bei vorsichtiger Fühlungnahme Lord Rosebery sofort als unerreichbar bezeichnet: „Lord Granville ist", wie Rosebery bedauernd sagte, „untrennbar von Gladstone, würde nur mit diesem fallen"[188]), und als auch Sir Charles Dilke das bestätigte, hat Graf Herbert jeden weiteren Schritt in diesem Sinn unterlassen. Sachlich erwies es sich auch als unnötig, da Lord Granville nach einem ersten „stormy and recriminatory"[189]) Gespräch dann denkbar großes Entgegenkommen bezeigte.

Er ging so weit, die neue, einlenkende Rede, die er dem Oberhaus am 6. März hielt, vorher Graf Herbert vorzulesen, und fast noch größerer Liebenswürdigkeit befleißigte sich Gladstone. Gemäß einer bei sehr befriedigend verlaufenem gesellschaftlichem Zusammensein gemachten Zusage begrüßte er am 12. März im Unterhaus Deutschlands Erscheinen auf dem kolonialen Felde und übersandte den Text dieser Rede dem inzwischen wieder abgereisten Grafen mit eigenhändigem Begleitbrief (13. März, FA): „*At the close of our conversation last week or in the course of it you expressed a desire that I should speak in the House of Commons as I had spoken at Edinburgh*

last autumn respecting German colonisation. An opportunity unexpectedly offered itself last night, rather sooner than I had expected, and I availed myself of it. I inclose a report from the ‚Times' which though not litterally correct conveys the substance. I am glad to say that my words were received with evident and warm cordiality by the House."

Die dem Schreiben des Premierministers betont angepaßte Antwort (Berlin, 15. März, Konzept FA) ist von Bismarck selbst durchkorrigiert worden: „*It was a great honour for me to receive your autograph letter this morning and I beg leave to express my gratitude for the most courteous way in which you have been pleased to acquaint me with the report of your friendly speech of the 12. inst. I have laid both before my father who fully appreciated their purport and directed me to convey to you his respectful* (in Herberts Entwurf hatte gestanden: *best) thanks for the mark of distinction which you conferred upon me by this letter. You will have remarked that in his speech of yesterday's date, when he only had seen the telegraphic extract of your speech, he expressed himself highly satisfied with the friendly terms of it. In conformity with his whishes and in reply to your kind communication I take the liberty of enclosing the full report of his utterances so far as they may be considered as a rejoinder to your speech. You will see thereby that he seized the first opportunity offered to him to tell the Reichstag, who received his words with cheers, how gratified he was that there now remains no germ of misunderstanding between our two countries.*"

Das Ende war also, daß Graf Herbert wie sein Vater das Verschwinden jedes Keimes von Zwistigkeiten zwischen beiden Ländern feststellen durfte, und in der Tat konnte der Reichskanzler sich in dieser zweiten Reichstagsrede — der gewaltigen, gegen den deutschen Zwiespalt aufrufenden Hödurrede — sich über das Verhalten des Kabinetts Gladstone befriedigt aussprechen, weil dessen Einlenken sich nicht auf solche ungewöhnlich liebenswürdige Form beschränkte, sondern weil es sich jetzt auch materiell den deutschen kolonialen Wünschen fügte. Ein alle schwebenden Streitfragen bereinigendes Kompromiß kam zustande. Deutschland verzichtete auf das Betschuanaland und die St.-Lucia-Bai, das heißt auf Forderungen, die Bismarck von Anfang an wesentlich als Kompensationsobjekte hatte behandeln wollen. Dagegen erkannte England den deutschen Anspruch auf Neu-Guinea, Kamerun, Togo und Südwestafrika an.

Damit waren die kolonialen Ziele, die Bismarck sich bis dahin ernstlich gesteckt hatte, erreicht. Was Holstein und Graf Wilhelm für ausgeschlossen erachtet hatten, daß England ohne den Druck eines wirklichen Bündnisses zwischen Deutschland und Frankreich jemals so weit nachgeben werde, war dennoch eingetreten. Durch energisches Ausnützen der allgemeinen Weltlage, dabei in einer Form, die keine dauernde Verstimmung hinterließ, war der Erfolg errungen, selbst mit dem liberal geführten England ist schließlich

ein umfassendes Abkommen doch möglich gewesen. „*I hope*", schrieb Rosebery seinem Freunde Herbert (22. März, FA), „*that the peace of Kensington Gardens* (die grundlegende Aussprache zwischen beiden gleich nach Herberts Ankunft hatte auf einem Spaziergang in Kensington Gardens stattgefunden) *may last as long as the treaty of Vienna*".

Aber auch der Grund, der für Bismarck maßgebend gewesen war, wenn er seine Reserve in Ägypten verlassen und sich dort England entgegengestellt hatte, fiel mit dem Wandel in dessen Haltung gegen die deutschen kolonialen Ansprüche fort. Immer hatte er auf diesen Kausalzusammenhang hingewiesen. Weil England der deutschen Kolonialpolitik Schwierigkeiten bereitete, hatte er den Franzosen versprochen, ihre Gegenvorschläge wegen der ägyptischen Finanzen zu unterstützen, und hatte das getan. Graf Herbert hat auch am Abschluß seiner Londoner Mission den französischen Botschafter Waddington aufgesucht und ihn über die Tragweite des erreichten Ergebnisses beruhigt[190]). Irgendwie darüber hinauszugehen und sich aktiv für ihre politischen Ansprüche einzusetzen, dazu ermutigte Ferrys ganzes Verhalten in den letzten Monaten nicht und bestand nach Herstellung des Einvernehmens mit England erst recht kein Anlaß. Daß Berlin und London ihren Zwist zu gütlichem Austrag hatten bringen können, war den Franzosen, obgleich sie unmittelbar die Kosten in keiner Weise zu bezahlen hatten, begreiflicherweise äußerst unerwünscht. Courcel ließ alsbald seinem niemals stillgewordenen Mißtrauen, ob Deutschland nicht dennoch napoleonischen Plänen nachjage, die Zügel schießen, indem er der Überzeugung Ausdruck gab, die unausbleibliche Folge des kolonialen Erfolgs werde auf die Dauer, da der deutsch-englische Gegensatz nicht endgültig überwunden sei, der deutsche Griff nach Holland sein, und zwar sowohl nach seinem europäischen wie seinem überseeischen Besitz[191]). Die Hartnäckigkeit, mit welcher diese völlig grundlose Sorge immer wieder auch an autoritativen Stellen auftauchte, beleuchtet die psychologischen Unterströmungen der französischen Politik.

Solange sich hieran nichts änderte, konnte Bismarck nicht daran denken, um eines Partners willen, der so offen bekundet hatte, in dem entscheidenden Punkt unversöhnlich bleiben zu wollen, das mühsam wiederhergestellte Verhältnis zu England nach dessen Entgegenkommen neu zu gefährden. Im Augenblick folgerte hieraus jedoch nicht die Notwendigkeit abermaligen Frontwechsels in Ägypten. Denn dort stellten sich jetzt die Konsequenzen der Nachgiebigkeit praktisch ein, zu der England sich Ende Februar grundsätzlich entschlossen hatte. Soweit die Verhältnisse es überhaupt zuließen, wurde Einigkeit erzielt, so daß Deutschland nicht zu optieren brauchte. Der Termin für den Zusammentritt der nach Paris einzuberufenden Kommission für die Regelung des Verkehrs durch den Suezkanal wurde auf den 30. März festgesetzt und ebenso die Durchführung der auf der Basis der französischen

Gegenvorschläge ruhenden finanziellen Sanierungsmaßnahmen beschlossen. Damit hatte der Anspruch, daß Europa nicht ausgeschlossen werden und England nicht allein den Neubau des ägyptischen Staates vornehmen dürfe, auf der ganzen Linie gesiegt.

Wir haben verfolgt, wie Bismarck diesen Standpunkt verfochten hat, nicht um unmittelbarer eigener deutscher Interessen willen, sondern zu dem Zwecke, den Hebel in der Hand zu behalten, der sich als besonders wirksam zur Regulation seines Verhältnisses zu beiden Westmächten erwiesen hatte, genau wie der Balkan ihm ausschließlich zur Regulation der russisch-österreichischen Beziehungen diente. Von endgültiger Lösung war das ägyptische Problem auch nach den Vereinbarungen des März 1885 weit entfernt. Gesichert aber war, daß bei den kommenden Auseinandersetzungen Deutschland eingeschaltet blieb mit der Aussicht, das erfolgreiche Spiel der letzten Jahre fortsetzen zu können.

So steht der volle Erfolg seiner ägyptischen Politik neben der Verwirklichung seiner kolonialen Ziele. Während die letztere möglich gewesen ist in direktem Handel mit England, sind auf der Kongokonferenz und in Ägypten die britischen Ansprüche eingeengt worden durch eine internationale Gegenaktion, deren Basis das Zusammengehen Deutschlands und Frankreichs gebildet hatte. Ihr Sieg ließ der Hoffnung Raum, daß schließlich trotz allem die Einsicht in Paris zum Durchbruch gelangen könnte, welch wertvolle Früchte auch sonst auf diesem Wege zu erzielen seien. Nach den Erfahrungen der letzten Monate mit Ferry war solche Hoffnung noch herabgemindert; aber ein Zwang, sie endgültig zu begraben, lag noch nicht vor, und jedenfalls bot der gegenwärtige Zustand Europas die Gewähr, daß die eventuelle Rückkehr Frankreichs zur Revanchepolitik keinen Beistand von seiten einer anderen Großmacht finden werde. Gestützt auf die durch die Bündnisse und den Dreikaiservertrag unangreifbar gemachte Stellung Deutschlands auf dem Kontinent, hat Fürst Bismarck auf diese Weise die Brücken auch zu den beiden Westmächten geschlagen und damit das ihm als ideal vorschwebende System verwirklicht. Eine Gefahr drohte Deutschland im Augenblick von keiner Seite her.

Daß ein solcher idealer Zustand nicht dauern würde, war eine Selbstverständlichkeit. Sechs fest in sich ruhende Großmächte, zwischen denen Art und Geschichte so viel Trennendes aufgerichtet hatten, deren Ehrgeiz, zumal sie alle mit einer einzigen Ausnahme sich nicht mehr auf Europa beschränkten, sich immer wieder kreuzen mußte, ließen sich nur für Ausnahmemomente derart gewissermaßen zu einem einheitlichen Block zusammenschmieden. Sie alle zusammenzuhalten wäre nur beim Bestehen einer Hegemonie denkbar gewesen. Solche Hegemonie jedoch würde die einzelnen ihres Großmachtcharakters entkleidet, gerade die lebendigen und

gesunden Kräfte zu härtestem Widerstand aufgerufen haben und wäre somit unausbleiblich zur furchtbaren Gefahr für den sie ausübenden Staat geworden. Solches Streben war Bismarck fremd. Darum war er bedacht, bei stärkstem Ausbau der Widerstandsfähigkeit des eigenen Landes den Zielen der anderen, soweit sie sich nicht direkt gegen Deutschland richteten, nicht nahe zu treten. „Das war das Wunderbare an dem Bau Bismarcks, wie richtig die Interessen der einzelnen Mächte abgewogen waren, so daß er keinem der Vertragsstaaten zu große Opfer auferlegte; nicht das Interesse der Kontrahenten konnte ihn sprengen, sondern nur schlechter Wille." Diese Charakteristik, die Graf Lerchenfeld[192]) von Bismarcks Bündnissystem gegeben hat, läßt sich auf seine gesamte Außenpolitik erweitern. Mit schlechtem Willen mußte aber gerechnet werden. Der Reichskanzler sah voraus, daß einzelne Maschen des Netzes, das er über die europäische Staatenwelt ausgebreitet hatte, den schweren Belastungen, die an ihnen zerrten, nicht standhalten könnten. Immer wieder war dies in den verhältnismäßig ruhigen Jahren, die wir an uns haben vorbeiziehen lassen, eingetreten und würde auch in Zukunft, namentlich beim Ausbruch ernster Krisen, nicht zu vermeiden sein. Mit höchster Kunst hatte Bismarck die gerissenen Lücken zu stopfen, mit ständig wechselnden Mitteln das oberste Ziel, Deutschlands Sicherheit, zu erreichen gewußt. In dem umfassenden Charakter seiner Politik hatte er sich die Möglichkeit geschaffen, je nach dem Bedarf des Augenblicks variierend sich immer auf so feste Position zurückzuziehen, daß der an einer Stelle erfolgende Bruch nicht zu wirklicher Gefahr wurde und daß von dieser gesicherten Stellung aus der Rückgewinn des momentan verlorenen Bodens in Angriff genommen werden konnte.

An dieser Methode hat er auch weiterhin festgehalten. Denn die Labilität des Erreichten trat alsbald hervor. Wenige Tage, nachdem das Kompromiß über Ägypten geschlossen worden war, ist der Umschwung in Paris eingetreten, der das Gesicht Europas verändert hat. Vor den gehässigen Anklagen Clemenceaus, mit der Tonkin-Expedition die eigentliche Aufgabe Frankreichs gefährdet zu haben, ist Jules Ferry, als dort ein kleiner, sofort überwundener Rückschlag eintrat, gefallen. Der Umweg, den er eingeschlagen hatte, durch die Weltpolitik sein Land seelisch und materiell stark für die Revanche zu machen, erschien den leidenschaftlichen Deutschenhassern zu lang und zu unsicher. Sie führten Frankreich dahin zurück, die Kontinentalpolitik wieder zum obersten Gesetz zu erheben, und alsbald rückten erneut die Vogesen in den Brennpunkt. Nicht nur die Hoffnung auf ein gebessertes nachbarliches Verhältnis ist damit zerbrochen, sogar ein so beschränktes Zusammengehen, wie es in den letzten Monaten stattgefunden hatte, ist seitdem für Bismarck nicht mehr zu erreichen gewesen.

Daß Frankreich aber wieder sicher im antideutschen Lager stand, hat automatisch die Schwierigkeiten, die der Reichskanzler beim Streben nach

seinem hohen Ziel zu überwinden hatte, nach allen Seiten hin gewaltig verstärkt. Es brachte den Engländern außerordentliche Erleichterung. Einen wichtigen Teil der in den letzten Jahren verlorenen Ellenbogenfreiheit gewannen sie zurück, denn das wirksamste Druckmittel, das Bismarck ihnen gegenüber einzusetzen vermocht hatte, war nun nicht mehr in der gleichen Weise anzuwenden. So sah sich der Fürst genötigt, seine Beziehungen zu den beiden Westmächten auf völlig veränderte Grundlage zu stellen. Noch weiter brachte der Herbst des gleichen Jahres 1885 mit der bulgarischen Union, die so lange schon ihre störenden Schatten vorausgeworfen hatte, den Wiederausbruch des Balkangegensatzes zwischen Österreich und Rußland, an dem das Dreikaiserbündnis zerbrochen ist. Auch hier mußten grundsätzlich neue Wege gesucht werden.

1882 hatte Bismarck sagen dürfen, daß ihm die Außenpolitik auch nicht mehr eine schlaflose Nacht bereite. Mit solcher relativen Sorglosigkeit war es jetzt vorbei, die Gefahren mehrten sich, die Schwierigkeiten, Deutschland den Frieden zu erhalten, stiegen. An diesem Ziel hat Bismarck unabänderlich festgehalten. Der Sinn seiner Außenpolitik, den möglichen Gegner zu isolieren, alle anderen in irgendeiner Weise an Deutschland zu binden und damit jeden Angriff unmöglich zu machen, hat sich nicht gewandelt. Aber die Mittel, die er zu diesem Zweck anwendete, konnten von 1885 ab nicht mehr die gleichen sein, die er in den Jahren seit dem Abschluß des deutsch-österreichischen Bündnisses mit vollem Erfolg eingesetzt hat.

Anmerkungen

Personenregister

Anmerkungen

Von den zusammenfassenden Darstellungen der Bismarckschen Außenpolitik seit 1871 seien erwähnt die folgenden Arbeiten:

O. Becker: Bismarcks Bündnispolitik, 1923.
N. Japikse: Europa und Bismarcks Friedenspolitik, 1927.
W. Langer: European Alliances and Alignments 1871—1890, 1931.
U. Noack: Bismarcks Friedenspolitik und das Problem des deutschen Machtverfalls, 1928.
H. Oncken: Das Deutsche Reich und die Vorgeschichte des Weltkrieges, 1933.
H. Plehn: Bismarcks auswärtige Politik nach der Reichsgründung, 1920.
F. Rachfahl: Deutschland und die Weltpolitik, 1923.
H. Rothfels: Bismarcks englische Bündnispolitik, 1924.

Erster Teil

[1]) Den einheitlichen Sinn der ganzen Bismarckschen Außenpolitik seit 1871 habe ich herauszuarbeiten gesucht in einem Aufsatz meiner Sammlung „Gestalten und Probleme der Außenpolitik", S. 129 ff.

[2]) An Reuß, 28. Februar 1874, GP, I, S. 248.

[3]) Vergl. H. Rothfels, Otto v. Bismarck, Der deutsche Staat, 1925.

[4]) Diktat vom 14. Oktober 1876, GP, II, S. 64.

[5]) Gedanken und Erinnerungen, II, S. 268.

[6]) GP, I, S. 109.

[7]) GP, I, S. 312.

[8]) E. v. Hartmann, Dezember 1870. Zwei Jahrzehnte deutscher Politik, S. 1.

[9]) G. Cecil: Life of Robert Marquis of Salisbury, II, S. 104.

[10]) Reichstagsrede vom 14. Juni 1882.

[11]) Immediatbericht an Kaiser Friedrich, 3. April 1888, GP, VI, S. 284.

[12]) Über Bismarcks Stellung zum Präventivkrieg vergl. von Trützschler, Europäische Monatshefte 1923, GP, I, S. 274.

[13]) An Kaiser Wilhelm, 27. Mai 1885, GP, IV, S. 125.

[14]) GP, II, S. 87.

[15]) Zu dem russischen Botschafter Saburow, Simpson, The Saburow Memoirs, 1929, S. 111.

[16]) Vom 20. Dezember 1872, GP, I, S. 159.

[17]) Vom 2. Februar 1873, GP, I, S. 163.

[18]) Wie günstig Bismarck anfänglich die Persönlichkeit Alexanders II. beurteilte, zeigt sein Brief an Reuß vom 16. Februar 1868, Gesammelte Werke Bd. VI a, S. 263: Er nennt ihn darin „einen Herrscher von aufrichtigem, geradem Charakter und sicherem Worte, der des vollen Vertrauens des Königs, unseres allergnädigsten Herrn, genießt und der uns die Garantie bietet, daß gegenseitiges Vertrauen nicht erstrebt wird, um es als eine Falle zu benutzen, um gegen uns ausgebeutet zu werden".

[19]) Vergl. Stählin, Geschichte Rußlands, Bd. IV, Erste Hälfte.

[20]) 24. Januar 1877, GP, II, S. 125 ff.

[21]) Graf von Beust, Aus Dreiviertel Jahrhunderten, Bd. II, S. 484.

[22]) An Kaiser Wilhelm, 5. September 1879, GP, III, S. 41.

[23]) v. Wertheimer, Graf Julius Andrássy, Bd. II, S. 24.
[24]) GP, I, S. 206.
[25]) GP, I, S. 203.
[26]) Vergl. seine Randbemerkungen zu dem Schreiben Alexanders II. an Kaiser Wilhelm vom 10. Juni 1873, GP, I, S. 206.
[27]) Zuerst hat Plehn (S. 164 ff.) hierauf hingewiesen.
[28]) Lucius von Ballhausen, Bismarck-Erinnerungen, S. 176.
[29]) D. Harris, Bismarck's advance to England, Journal of Modern History, Sept. 1931.
[30]) Cecil, a. a. O., II, S. 96.
[31]) Diktat vom 14. Oktober 1876, GP, II, S. 64.
[32]) GP, II, S. 72.
[33]) An Bülow, 14. August 1876, GP, II, S. 33.
[34]) Vergl. W. Schüßler, Historische Zeitschrift, Bd. 147, S. 106 ff.
[35]) 30. Januar 1877, Denkwürdigkeiten des Botschafters General v. Schweinitz, Bd. I, S. 383 Anm.
[36]) Der Verlauf dieser oft — am ausführlichsten bei Rothfels, S. 38, und Langer, S. 111, neuerdings bei W. Taffs, Lord Odo Russell, London 1938, S. 177 ff. — besprochenen Verhandlung ergibt sich mit voller Klarheit aus den Akten des Auswärtigen Amtes. Nach einer Aufzeichnung Bülows vom 30. Januar 1877 hat Bismarck in einer Unterredung mit dem englischen Botschafter Lord Odo Russell vom gleichen Tage, unmittelbar also nach Eingang der oben erwähnten Moltkeschen Denkschrift seiner Besorgnis vor einer russisch-französischen Koalition Ausdruck gegeben: „*Von einer Koalition sich bedroht fühlen, mache nervös. Wir würden es aber nicht sein, hätten wir die Gewißheit, uns nicht ohne Bundesgenossen zu finden. Ohne alle eigenen kriegerischen Hintergedanken, ganz friedlich bringe er zur Sprache, wie England sich stellen würde, wenn wir ungerecht von Rußland und Frankreich angegriffen würden. Ob wir dann auf aktive Hilfe Englands rechnen könnten, oder ob England alles neutral ansehen würde wie 1870? Bei Englands Überlegenheit zur See we could stand it, selbst ohne Österreich, auf das wir doch schließlich in einer solchen Konjunktur würden rechnen können. In Wien allerdings sei das Verhandeln dadurch erschwert, daß man sich auf Geheimhaltung nicht verlassen könne, da in allen Zimmern die Zeitungsschreiber wie die Wanzen säßen. Bei der Gefahr eines russischen Angriffes „würde der Reichskanzler dem Kaiser vorschlagen, Österreich das anzubieten, was er ihm früher versagt, ein dauerndes organisches Bündnis mit gegenseitiger Garantie. Das hätte gewiß seine Schwierigkeiten, aber ehe man sich der Gewalttätigkeit seiner Nachbarn füge, sei jedes Mittel recht*".

Die nach Rückfrage in London offiziell erteilte Antwort Russells vom 2. Februar ging dahin, England sei zur Zeit freier von jeder bindenden Verpflichtung als jemals seit 1856 und wolle dies bleiben. Es werde alles tun, um einen Krieg zu verhindern, glaube auch nicht, daß Rußland und Frankreich zur Zeit den Willen hätten, Deutschland anzugreifen. Falls es gewünscht werde, stelle es seine guten Dienste zur Verfügung, um das gegenseitige Mißtrauen zu überwinden. „*But it must be clearly understood that England does not undertake to go beyond moral support given to the cause of peace.*"

Die Frage Bismarcks nach eventueller militärischer Unterstützung war hiermit also glatt verneint worden.
[37]) GP, II, S. 153 f.
[38]) Als besonders wichtige Literatur hierfür seien hervorgehoben die Denkwürdigkeiten des Generals von Schweinitz, II, der Aufsatz von W. Schüßler, Hist. Vierteljahrsschrift, 1932, S. 328 ff. sowie die beiden englischen Arbeiten B. H. Sumner: Russia and the Balkans 1870—80, Oxford 1937, und W. N. Medlicott: The congress of Berlin und after, London 1938.
[39]) Ungedruckte Erinnerungen Graf Herbert Bismarcks, F. A. Peter Schuwalow weist auch in seinen Memoiren (Berliner Monatshefte 1938, S. 624) darauf hin, daß keine der Kongreßentscheidungen ohne ausdrückliche Zustimmung des Zaren akzeptiert worden ist. Vergl. auch Giers' Brief an Baron Jomini vom 5. Juli 1879: „Mon Dieu! N'aurions-nous pas traité de fou l'homme qui aurait rêvé à un pareil résultat il y a deux ans! Et tout cela avec la sanction de l'Europe!" (Baron Boris Nolde: L'alliance franco-russe, Paris 1936, S. 200.). Über Kaiser Alexanders Stimmung vergl. Stählin, a. a. O., S. 345.
[40]) Kaiser Wilhelm II. (Ereignisse und Gestalten, S. 10) gibt den ihm von einem Herrn des Auswärtigen Amtes berichteten Ausspruch Bismarcks wieder: „jetzt fahren wir Europa

vierelang vom Bock". Das Wort ist ganz unbismarckisch. Bernhard Bülow erzählt in seinen Erinnerungen (IV, 444), ein englischer Sekretär habe ihm gesagt: „Fürst Bismarck führt den Kongreß, wie ein guter Kutscher seinen Viererzug führt; he is a most skilful whip." Dies dürfte der wahre Ursprung sein.

[41]) Bericht Graf Münsters, 4. März 1879.

[42]) Vergl. Irene Grüning, Die russische öffentliche Meinung und ihre Stellung zu den Großmächten 1878—1894, 1929. Hier wird ein wohl allzu deutschfreundliches Bild von der russischen Presse in diesen Monaten gezeichnet, indem die Verfasserin die „Nowoje Wremja" fast ganz außer acht läßt. Dies Blatt aber hat sich alles eher als deutschfreundlich gehalten, und es wurde nicht nur in Rußland, sondern auch im Ausland und speziell in Berlin besonders beachtet als das Blatt Ignatiews und wurde als Sprachrohr einflußreicher Kreise angesehen.

[43]) Herbert Bismarck an das Auswärtige Amt, Friedrichsruh, Februar 1879.

[44]) Bericht des Generals von Schweinitz, 4. Februar 1879.

[45]) Schüßler a. a. O. S. 332.

[46]) Randbemerkung zu Bülows Aufzeichnung vom 2. Februar 1879.

[47]) Bülow an Schweinitz, 4. Februar 1879.

[48]) An Reuß, 20. März, s. Schüßler, S. 333.

[49]) General von Werder an Kaiser Wilhelm, 27. März.

[50]) Bericht vom 28. April.

[51]) Bericht vom 8. Juni.

[52]) Vergl. Kriegsrüstungen und Kriegswirtschaft, Anlagenband, 1930, S. 22, Moltke an Bismarck, 16. Mai 1879. Hier ist die Erhöhung der russischen Friedensstärke sogar noch höher als bei Lignitz auf 82440 Mann angegeben.

[53]) Mitgeteilt von Chrysander, Bergedorfer Zeitung, 11. Februar 1904.

[54]) Am 5. April, Schweinitz, Denkwürdigkeiten, II, S. 60.

[55]) DDF, II, S. 523, Bericht Saint-Valliers, 27. Juni 1879.

[56]) An Hatzfeldt, 14. Oktober 1878, M. Müller, Die Bedeutung des Berliner Kongresses für die deutsch-russischen Beziehungen, 1927, S. 80.

[57]) Bericht Otto von Bülows, Mainau, 19. Juli.

[58]) Bericht Otto von Bülows, Gastein, 11. August.

[59]) Monypenny und Buckle, The Life of Benjamin Disraeli (Dünndruckausgabe) II, S. 1212.

[60]) Zu Saint-Vallier sagte er „La République, sage et modérée, comme vous l'avez en ce moment, c'est, à mes yeux, une garantie de paix, parce qu'elle n'a pas besoin de redorer dans le creuset de la victoire le prestige indispensable aux dynasties sans racines", DDF, II, S. 411 ff. Bericht Saint-Valliers, 5. Januar 1879.

[61]) GP, III, S. 395, an Hohenlohe, 8. April 1880.

[62]) Bericht Saint-Valliers, 5. Januar 1879, DDF, II, S. 411.

[63]) DDF, II, S. 411.

[64]) Staatssekretär von Bülow an Graf Münster, 4. Januar 1876, GP, II, S. 31.

[65]) Diktat Varzin, 20. Oktober 1876, GP, II, S. 71. Die Bemerkungen A. O. Meyers, Bismarcks Friedenspolitik (1930, S. 26, Anm. 5), daß Bismarck erst Wochen, nachdem der im September 1879 angeregte Plan eines deutsch-englischen Bündnisses erledigt war, die englisch-französische Intimität willkommen gewesen sei, ist irrig.

[66]) Winifred Taffs: Ambassador to Bismarck Lord Odo Russell, London 1938, S. 252.

[67]) Bericht Saint-Valliers, 6. März 1879, DDF, II, S. 451. Vergl. auch die Biographie Dufferins von Lyall.

[68]) Bericht Saint-Valliers, 11. April 1879, DDF, II, S. 474.

[69]) Vergl. Hasenclever, Geschichte Ägyptens im 19. Jahrhundert, Freycinet, La question d'Egypte, 1905, Lord Cromer, Modern Egypt, 1908.

[70]) An die Vertreter bei den deutschen Höfen, 19. Mai 1879.

[71]) Cecil a. a. O., II, S. 353.

[72]) Bericht Saint-Valliers, 27. Juni, DDF, II, S. 522.

[73]) Dies ist auch damals schon von dem anonymen Verfasser des 1880 erschienenen Buches Berlin und St. Petersburg, Julius von Eckardt, erkannt worden, vergl. Seite 180.

[74]) Auch der französische Botschafter in Konstantinopel, Fournier, hatte am 18. Juni berichtet, Deutschlands Hintergedanke sei, Frankreich und England auseinanderzubringen, DDF, II, S. 511.

[75]) An Reuß, 26. Juni.

[76]) Außer den in GP, III abgedruckten Akten, auf denen seitdem die gesamte Forschung beruht, sind als besonders wichtig noch heranzuziehen Wertheimer, a. a. O. III, Schüßler, a. a. O., Schweinitz, a. a. O., H. Goldschmidt, Mitarbeiter Bismarcks im außenpolitischen Kampf, Preuß. Jahrb. Bd. 236 und 237, E. Heller: Das deutsch-österreichisch-ungarische Bündnis in Bismarcks Außenpolitik, Berlin 1925, K. Schünemann: Die Stellung Österreich-Ungarns in Bismarcks Bündnispolitik, Archiv für Politik und Geschichte, J. 1926.

[77]) Besonders wirksam war ein Artikel der „Times" vom 2. August 1879, in dem sie die Hinneigung Bismarcks zu den Westmächten betonte, mit deren Hilfe er die Kongreßbeschlüsse aufrechterhalten wolle, vergl. Wertheimer III, S. 227.

[78]) Außer den beiden Kommissionen für die Grenzziehung zwischen der Türkei und Griechenland sowie der Türkei und Montenegro bestanden noch die folgenden: 1. für die Organisation Ostrumeliens, 2. für die Grenzen Bulgariens, 3. eine Subkommission zu 2 für die Grenzen Ostrumeliens, 4. für die Grenzen Serbiens. Von ihnen hatten 3 und 4 beim Ausbruch der Krisis ihre Arbeiten bereits abgeschlossen.

[79]) Vergl. Rachfahl, a. a. O., S. 262.

[80]) GP, III, S. 14 ff.

[81]) Von hier an gedruckt, GP, III, S. 17, Anm.

[82]) Aufzeichnungen und Erinnerungen aus dem Leben des Botschafters Joseph Maria von Radowitz, herausgegeben von H. Holborn, 1925, Bd. II, S. 88. Goldschmidt, a. a. O., S. 131, nimmt irrtümlich an, daß der erste Brief Kaiser Wilhelms nicht zur Absendung gelangt sei.

[83]) Niederschrift Radowitz', 19. August.

[84]) GP, III, S. 20 ff.

[85]) Goldschmidt, a. a. O., S. 131.

[86]) Vergl. hierzu Wertheimer III, S. 325, Anm. und GP, III, S. 20.

[87]) In deutscher Übersetzung in: Die Kriegsschuldfrage, 1928, S. 847 ff.

[88]) Manteuffel an Kaiser Wilhelm, Warschau, 30. August.

[89]) Randbemerkung Kaiser Wilhelms zu Manteuffels Bericht: „*Ich hatte dem Feldmarschall Manteuffel nur erlaubt, falls der Kaiser ein Rendezvous proponiere, würde ich es annehmen.*"

[90]) Goldschmidt, a. a. O., S. 145, Anm. 1.

[91]) Die bekannten Zeugnisse für die Anerkennung, die Bismarck dem Staatssekretär v. Bülow gezollt hat, mögen ergänzt werden durch die Bemerkung in Herbert Bismarcks Erinnerungen (FA): Sein Tod sei „*geschäftlich wie persönlich ein großer Verlust*" gewesen. Graf Herbert hebt Bülows unbedingte Zuverlässigkeit hervor: „*In den großen Fragen herrschte zwischen beiden vollkommene Übereinstimmung in der Auffassung . . . Ein solcher Mitarbeiter war überhaupt nicht zu ersetzen.*" Ganz in die Irre geht die Behauptung Lord Odo Russells (Taffs, a. a. O., S. 347), Bülow sei durch Bismarck gezwungen worden, gegen seinen Willen das deutsch-österreichische Bündnis bei Kaiser Wilhelm zu vertreten, wodurch sein Tod beschleunigt worden sei.

[92]) GP, III, S. 26 ff.

[93]) FA.

[94]) Aufzeichnung des Staatssekretärs v. Bülow, 27. September.

[95]) An Graf Wilhelm Bismarck schrieb Radowitz 9. September: „*Wir haben zur Deckung unserer Verantwortung Seiner Majestät gegenüber, in allgemeinen Ausdrücken etwas an den Minister des Innern geschrieben, und im Übrigen jenes Stillschweigen [Bismarck: fortzusetzen!] in der ‚Norddeutschen Allgemeinen' veranlaßt, welches mehr als längere Artikel gesprochen hat.*" Nach Monaten, am 12. November, also nachdem dem Zaren Mitteilung über das in Wien Geschehene gemacht worden war, ist Kaiser Wilhelm noch einmal auf die Angelegenheit zurückgekommen. Auf einen Bericht des Geschäftsträgers in Petersburg, v. Stumm, schrieb er: „*Ich will wissen, in welcher Art mein am 4. IX. dem Minister v. Bülow erteilter Befehl, in Verbindung mit dem Minister des Inneren die hiesigen Redakteure der Presse aufmerksam zu machen, in den Antworten auf die russischen Preßausfälle gegen Deutschland gemäßigter zu sein,*

zur Ausführung gebracht worden ist und welchen Erfolg dieser Befehl gehabt hat. Ich hatte ihn erlassen, weil ich den Befehl der russischen Regierung gerade gelesen hatte, daß die Journale in Rußland streng zur Mäßigung aufgefordert worden seien. Vorstehender Bericht scheint zu beweisen, daß der damalige Befehl keine besondere Folge gehabt haben muß."

In seiner Antwort vom 17. November legte Graf Stolberg dar, der Minister des Inneren habe damals den Vorsteher des Literarischen Büros angewiesen, allen ihm zu Gebote stehenden Einfluß geltend zu machen, und infolgedessen seien auch die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" und die „Post" direkt, die „Nationalzeitung" durch eine Vertrauensperson verständigt worden. „*Einen zwingenden Enfluß auf andere, namentlich auf fortschrittliche Blätter gestattet unsere Preßgesetzgebung nicht, und ein von amtlicher Seite gemachter Versuch, abmahnend einzuwirken, würde bei der bedauerlichen Neigung zur Opposition wahrscheinlich den entgegengesetzten Erfolg erzielt haben.*"

[96]) Im gleichen Sinne schrieb er am 5. September an Bernhard v. Bülow und telegraphierte er am 7. an Manteuffel (Wortlaut bei Schüßler, a. a. O., S. 334 f.). Manteuffel hat dieses Telegramm am 9. September an Kaiser Wilhelm weitergegeben und hierbei sich bemüht, zugunsten der Bismarckschen Auffassung zu wirken. Das Telegramm zeige, „*daß Fürst Bismarck nicht im Gegensatze zu Rußland ein engeres Verhältnis mit Österreich beabsichtigt, sondern daß derselbe das gute freundschaftliche Verhältnis mit Rußland aufrecht zu erhalten wünscht und nur bestrebt ist, neben dieser Aufrechterhaltung auch ein bundesfreundliches Verhältnis mit Österreich sicherzustellen, um uns Rußland gegenüber selbständiger und unabhängiger zu machen und um uns jedenfalls eine Allianz zu sichern, falls Rußland doch panslawistischen Einflüssen verfallen sollte.*"

[97]) Der Entwurf ist undatiert. Da er einerseits auf die Denkschrift vom 31. August Bezug nimmt und andererseits sich auf ihm ein Wiedervorlagevermerk Graf Wilhelms zum 11. September befindet, muß er zwischen beiden Zeitpunkten diktiert sein. Zur Absendung ist er nicht gelangt.

[98]) Die Literatur hierüber ist zusammengestellt bei Langer, S. 182. Bismarck hat später mehrfach angegeben, schon im August durch die französische Regierung von den russischen Fühlern benachrichtigt worden zu sein. Hierüber vermag ich nichts festzustellen, vielmehr scheint mir der Ausgangspunkt des Bismarckschen Verdachts in dem zu liegen, was Manteuffel in Alexandrowo erfahren hat. Die Angabe GZ, III, S. 81, Anm., daß er zuerst durch die Äußerung Andrássys gegenüber dem Prinzen Reuß vom 8. aufmerksam gemacht worden sei, kann schon deshalb nicht stimmen, weil er schon auf Grund des telegraphischen Berichts von Radowitz in seiner Denkschrift vom 5. September (GP, III, S. 39 ff.) von dem Mißlingen der jüngsten russischen Versuche in Paris und bei Italien spricht.

In dem schriftlichen Bericht Manteuffels vom 4. September heißt es, Rußland fürchte eine österreichisch-englische Allianz und deren Angriff. Deshalb habe es ein Bündnis mit Frankreich und Italien gesucht, „*wobei Kaiser Alexander seine Aversion gegen Republik überwunden hat, was wohl von Bedeutung für die Beurteilung der russischen Verhältnisse ist. Solange nun italienische und französische Allianzpläne vorgelegen haben, ist das Optimistische und in Imagination Lebende, was in den Russen liegt, zu der oben erwähnten Gereiztheit gegen Deutschland getreten . . . Als man aber diesen Allianzplänen näher getreten, hat man gefunden, daß die italienische Macht kaum genügend, daß die inneren Zustände von Frankreich doch noch unsicher, das französische Gouvernement aber keineswegs gesonnen sei, auf eine Allianz einzugehen, die ihm nicht die vollste Aussicht auf Erfolg gäbe, was in einer bloß russischen Allianz nicht der Fall sei. Nachdem dem Kaiser und seinen Ratgebern dies klargeworden, ist eine große Ernüchterung eingetreten und das Gefühl lebendig geworden, daß die Wiederherstellung der guten Verhältnisse mit Deutschland das Vorteilhafteste für Rußland sei.*"

In einem Brief an Wilhelm Bismarck, Berlin, 17. September (VA), hat Graf Rantzau eine dramatische Schilderung der Aussprache zwischen Manteuffel und Radowitz gegeben: „*Radowitz ist gestern bei Manteuffel gewesen und hat ihn zuerst höchst erbost gefunden über das Dementi in der ‚Norddeutschen', auf das er bei jeder Argumentation zurückgekommen ist. Endlich ist Radowitz auf den guten Gedanken gekommen, zu sagen, die Andeutung in seinem Bericht über das Abfallen Rußlands bei Frankreich wäre für uns der Leitstern gewesen. Manteuffel springt entzückt auf und ruft aus: Ha, so ist mein alter 70jähriger Kopf doch nicht so dumm!*

Radowitz: Wir haben die Wahrnehmungen Ew. Exzellenz vollständig bestätigt gefunden, Waddington hat Hohenlohe dasselbe durchblicken lassen, und beide sind ehrliche Leute.

Manteuffel: Das sind sie. Ich habe dem König gesagt: Fragen Sie den Kaiser auf den Kopf, ob es nicht wahr ist. Ich hielt das für meine Pflicht.

Radowitz: Ja, wissen Ew. Exz., was der Kaiser gesagt hat: Er hat (nach Otto Bülow) gesagt, das wäre dummes Zeug. Der Kaiser hätte alles geleugnet.

Das hat geflutscht, und Manteuffel hat versprochen, heute morgen den Kaiser zu überzeugen, da er durchdrungen wäre davon, daß der Zar von allem Bescheid wisse und alles angeordnet habe. Er hat sich überhaupt mit der Politik Seiner Durchlaucht ganz einverstanden erklärt, eine Isolierung müsse um jeden Preis vermieden werden, ‚Nur traue ich Österreich nicht.' ‚Also trauen Ew. Exz. Rußland mehr?' ‚Nein, noch weniger!' ‚Also?' ‚Sie haben recht, verlassen Sie sich auf mich, ich bringe alles wieder in Ordnung.'

Vor einer halben Stunde war er hier und sagte zu Radowitz: ‚Ich will Ihnen nur die Hand drücken und Ihnen sagen, daß ich beim Kaiser war und daß das wohl nicht ohne Nutzen gewesen ist.'

Das ist es wohl auch nicht, denn S. M. hat sich Stolberg gegenüber scheinbar gar nicht gewehrt . . . An Otto Bülow hat S. M. gesagt: ‚Na, nun ist ja alles ausgeglichen. Wenn die Österreicher nur wollen werden.' Das zeigt doch, daß er sich mit dem Gedanken vertraut macht, die allgemeine Defensivallianz wäre vielleicht nicht zu erreichen, und daß er dann den sumpfigeren Graben auch nimmt'."

Wichtig ist auch ein Brief von Radowitz an den jungen Bernhard von Bülow vom 11. September: *„Hohenlohes Meldung* (vom 10. September, GP, III, S. 391 f.) *kam recht apropos. Es wird nun in Paris auf dieser Fährte weiter gesucht und ich habe namentlich Ihren Bruder bitten lassen um Mitwirkung. Übrigens — und das wäre auch bei S. M. zu betonen — ist es evident, daß man nicht in erster Linie sich an den notorisch antirussischen Waddington gewendet hat, sondern mehr an solche, die ihm sukzedieren konnten. Schweinitz, der gestern hier durchreiste, hält es für wahrscheinlich, daß General Chanzy direkt von Miljutin sondiert worden ist und wenig Neigung gezeigt hat, jetzt darauf einzugehen. Halten Sie bitte genau dem Kaiser vor, was Manteuffel darüber schreibt, und sagen Sie, dies sei auch die gewissenhafte und amtliche Meinung von uns allen, die ja auch Hohenlohe und Gontant bestätigt: daß solche Versuche, und zwar vor kurzem, gemacht worden sind. Damit steht durchaus nicht im Widerspruch, daß Kaiser Alexander versichert, er habe nicht die Ermächtigung gegeben, einen engeren Anschluß mit Frankreich abzumachen. Gewiß nicht, zur Abmachung ist es nicht gekommen, auch nicht zu einer Genehmigung dazu, weil die vorausgegangenen Sondierungen ungünstig ausgefallen sind, und es ist sehr möglich, daß solche Sondierungen allein durch Miljutin und seine Gesinnungsgenossen gemacht wurden, ohne Autorisation des Kaisers, um letzterem das fait accompli zu bringen, wenn es gelungen wäre. Daß aber solche Dinge versucht sind, und nur weil sie nicht jetzt Anklang fanden, einstweilen die alte Freundschaft zu uns wieder aufgewärmt wird, das haben wir als amtlich für uns sicher zu betrachten und danach unsere verantwortliche Stellung zu nehmen."*

In einem Runderlaß an die Vertreter bei den deutschen Höfen vom 23. Oktober wird es als feststehend bezeichnet, daß *„zwar nicht amtlich, aber doch vertraulich"* Anerbietungen gemacht worden seien, und zwar sowohl durch russische Diplomaten als durch General Obrutschew.

Als Bismarck später im Verlauf der Verhandlungen über die Erneuerung des Dreikaiserbündnisses auf die Angelegenheit zurückkam, schrieb er am 6. Februar 1880 an Schweinitz: *„Über den General Obrutschew habe ich aus den Berichten der preußischen Offiziere, welche mit ihm zusammen in Paris waren, noch Folgendes entnommen: Den französischen Militärs war die Wahl dieses Offiziers schon auffällig gewesen, und französische Generale haben ohne Rücksicht ausgesprochen, daß dieser russische Generalleutnant für militärische Dinge wenig Interesse und Verständnis zu haben scheine, vielmehr ausschließlich Politiker sei und seine Mission offenbar mehr politisch als militärisch sei. Er hat eine lebhafte politische Korrespondenz teils mit Generälen, besonders Gallifet, mehr aber noch mit anderen politischen Größen geführt. Auf dem französischen Kriegsministerium hat er in einer fast stürmischen und von den Franzosen unhöflich gefundenen Weise Auskunft gefordert, ob und wann sie „fertig" wären. Einer der kriegsministeriellen Räte hat dem italienischen General Albini, auf Obrutschew zeigend, gesagt: diese Russen verlangen immer, wir sollen schnell und jetzt gleich fertig sein; wir brauchen dazu 3, 5, vielleicht noch 10 Jahre. Der General Obrutschew hat danach aus seiner Mission, Frankreichs Bereitwilligkeit zu sondieren, gar kein Geheimnis gemacht."*

Wie die Dinge sich in Rom abgespielt haben, darüber vermutete der Geschäftsträger von Derenthall (12. September), das Werkzeug sei der Legationssekretär Schewitsch, einer

der „alten Garde" Gortschakows, gewesen. Als Keudell dann vorsichtig nachforschte, erklärte ihm König Humbert (Bericht Keudells vom 4. Oktober): *„Es hat Leute gegeben, welche von Waffentaten träumten. Ob sie es ernst meinten, weiß ich nicht; sie hatten ja weder hinreichende Truppen noch recht bewährte Führer; aber man hat in Paris Hoffnungen gemacht, und dort ist sehr gut geantwortet worden. Was uns betrifft, so vermögen wir fast nichts; das wissen wir selbst und das wissen auch andere Leute. Wie soll man auswärtige Politik machen, wenn man alle vier Monate andere Minister hat. Das Gewicht, welches wir zu Gunsten des Friedens in die Wagschale legen können, ist nur ein geringes; erst in ferner Zukunft werden wir vielleicht etwas mehr bedeuten."* Auch dem deutschen Kronprinzen hat der König gesagt (Bericht Keudells vom 30. Oktober 1879), irgendwelche Eröffnungen wegen eines Krieges seien russischerseits gegen Italien nicht gemacht worden. Dies bestätigte ehrenwörtlich der Generalsekretär des Außenministeriums Maffei (Keudell 8. November). Für möglich, aber unwahrscheinlich erklärte der Botschafter, daß Nigra auf eigene Hand konspiriert habe. Schließlich bezeichnete er es noch als Möglichkeit, daß die russischen Sondierungen in Rom vor Maffeis am 27. Juli erfolgten Amtsantritt bei seinem sehr deutschfeindlichen Vorgänger Tornielli gemacht worden seien.

Daß solche Schritte erfolgt seien, war auch Lord Salisburys Überzeugung. In der gleichen ganz vertraulichen, nur für den Reichskanzler bestimmten Mitteilung, in der er ihn davon unterrichtete, daß Waddington bei seinem Besuch in Dieppe ihm von den mehrfachen russischen Versuchen *„auf indirektem Wege"* erzählt habe (Münster 14. Oktober), ließ er ihm auch sagen, Italien habe eine Zeitlang den russischen Einflüsterungen Gehör geschenkt, nach seinen Nachrichten sei aber auch dort ein großer Umschwung eingetreten.

Schließlich sei noch ein Bericht Werders an Kaiser Wilhelm vom 15. April 1880 mitgeteilt: *„Der Graf Schuwalow erzählte mir neulich, daß er nach seiner Rückkehr aus England Seiner Majestät dem Kaiser Alexander von der Tätigkeit des Generals Obrutschew während seiner Anwesenheit in Paris, die so viel Staub aufgewirbelt hat, gesprochen hätte. Der Kaiser hat gesagt, er wisse davon nichts, er hätte ihm keinen Auftrag dazu gegeben. Tags darauf ist der General Obrutschew beim Grafen Schuwalow erschienen, wie er gesagt hat, auf Befehl Seiner Majestät des Kaisers, und hat dem Grafen die bestimmte Erklärung abgegeben, daß es ihm nicht eingefallen wäre, Politik zu treiben, alles was darüber erzählt würde sei unwahr.*

Seine Majestät der Kaiser kamen neulich beim Thee auch wieder auf diese Dinge zu sprechen — wie ich glaube, hat der Botschafter Saburow über eine darauf Bezug habende Unterredung mit dem französischen Botschafter berichtet — und sagte, es wäre alles „cancan", namentlich was Unterhandlungen des Generals Obrutschew mit dem damaligen Minister Waddington beträfe. Ew. Majestät Regierung hat übrigens nie behauptet, daß solche stattgefunden hätten, und ich erwiderte Seiner Majestät, daß der Vorwurf, den man dem General Obrutschew mache, daß er sondiert hätte, auf amtlichen Mitteilungen begründet wäre.

Es ist außerordentlich schwer dahinterzukommen, was für eine Rolle der Kriegsminister dabei gespielt hat oder überhaupt in der äußeren Politik spielt. Gegen mich ist er von einer ausgesuchten Liebenswürdigkeit und scheinbaren Offenheit, durch die man sich aber nicht bestechen lassen darf. Jemand, der ihn sehr genau kennen müßte, sagte mir neulich, er wäre ‚indéchiffrable'. Das kann sich aber eigentlich nur auf seine Ansichten in der äußeren Politik beziehen, denn darüber, daß er sehr fortschrittlich gesinnt ist, besteht wohl kein Zweifel. Ich glaube nicht, daß er durchaus einen Krieg mit Deutschland haben möchte, er verbreitet aber die Ansicht, daß dieses einen mit Rußland wolle, und leistet dadurch dem Chauvinismus der ihm anhängenden Generalstabsoffiziere, die er in unerhörtem Maße begünstigt, Vorschub."

[99]) Langer bezweifelt, ob Bismarck selbst die russischen Fühler ernst genommen habe, aber dann hätte er, ganz abgesehen von der Häufigkeit, mit der er auch seinen intimsten Mitarbeitern gegenüber immer wieder auf sie zurückgekommen ist, doch nicht den Russen diesen Vorwurf ins Gesicht erhoben.

[100]) Vergl. den genannten Aufsatz von Schüßler. Dort die ganze Literatur.

[101]) DDF, II, S. 556, 13. September.

[102]) Es verdient besonders betont zu werden, wie sehr die Akten bestätigen, daß sich hierbei Radowitz und Otto von Bülow ganz ausgezeichnet bewährt haben. Goldschmidt (S. 129) hat mit Recht darauf hingewiesen, daß beide sich der schweren Verantwortung gewachsen gezeigt haben, indem sie geschickt und taktvoll dem Kaiser wie dem Kanzler manches fernhielten, was die Kluft hätte vertiefen können. In welchem Maße dies der Fall gewesen

ist, beweist die nicht gedruckte Nachschrift zu Radowitz' Brief an O. v. Bülow vom 7. September (GP, III, S. 45): „*Kontrollieren Sie ja etwaige direkte Telegramme nach Gastein! Rufen Sie auch Albedyll und Lehndorff zu Hilfe, wenn es nötig ist. Es ist gewiß das beste, zunächst nur negativ von Seiner Majestät zu erlangen, daß er nicht gegen den Fürsten entscheidet, vielleicht zwei Tage Vorbehalt und Nachdenken, dann noch einmal der Angriff: nur zu vermeiden ist ein positiver Entscheid, der ungünstig lautet, denn dann ist die Sache nicht zu halten, der Chef ist ganz entschlossen, seine Lage gegenüber Andrássy wird auch wirklich unmöglich, nachdem dieser den Kaiser Franz Joseph schon so genau informiert hat. Seine Majestät möge nur erwägen, was es jetzt heißt, Bismarck fallen zu lassen — pour les beaux yeux de la Russie!!*"

Auch Graf Rantzau, der persönlich Radowitz nicht gerade nahe stand, schrieb an Wilhelm Bismarck (3. September, VA): „*Du kennst meine Ansicht über ihn zur Genüge, aber ich muß sagen, daß er sich in dieser Affäre ganz ausgezeichnet benommen hat.*"

[103]) GP, III, S. 65 ff.

[104]) Ich gebe den Brief hier wieder, da er bisher nur in englischer Übersetzung bekannt ist (Busch, Some secret pages III, S. 265). Dasselbe Bedenken Kaiser Wilhelms wird auch in Stolbergs Brief an Bismarck vom 17. September erwähnt (Goldschmidt, S. 152).

[105]) Aufzeichnungen und Erinnerungen, Bd. II, S. 102.

[106]) An Otto v. Bülow, 2. Oktober.

[107]) Vom 3. Oktober (ohne den Randvermerk gedruckt, GP, III, S. 110).

[108]) Radowitz an Otto v. Bülow, 27. September.

[109]) Otto v. Bülow an Radowitz, 5. Oktober.

[110]) Stolberg an Otto v. Bülow, 19. Oktober.

[111]) Baron Boris Nolde: L'Alliance franco-russe, Paris 1936, S. 236.

Zweiter Teil

[1]) Besonders wichtig: Medlicott, W. N.: The Congress of Berlin and after: a diplomatie history of the Near East settlement. 1878—1880. London: 1938, Simpson: The Saburow Memoirs, Schünemann: Archiv für Politik und Geschichte, Juni 1926.

[2]) Hatzfeldt, Das deutsch-österreichische Bündnis, S. 57 und 75 ff.

[3]) Vergl. besonders die zitierten Werke von Rothfels und Schüßler, sowie A. O. Meyer: Bismarcks Friedenspolitik, und Taube: Bismarck zwischen England und Rußland.

[4]) Cecil a. a. O., Bd. 2, S. 366 und 371. Für Disraelis Haltung vergl. auch Monypenny-Buckle. Bd. 6.

[5]) GP, III, S. 56.

[6]) Letters of Queen Victoria, II. Serie, Bd. 3, S. 53.

[7]) Taffs a. a. O., S. 350.

[8]) Cecil Bd. II, S. 304.

[9]) DDF, Bd. II.

[10]) GP, Bd. III, S. 98f.

[11]) W. Frank: Nationalismus und Demokratie in Frankreich, sowie Mitchell, P. B.: The Bismarckian Policy of Conciliation with France 1875—1885. 1935.

[12]) GP, Bd. III, S. 393.

[13]) DDF, Bd. II, S. 589 ff., 14. November.

[14]) Lyall, Lord Dufferin, Bd. I, S. 309.

[15]) GP, III, S. 131.

[16]) Aufzeichnung von Radowitz vom 27. Juni.

[17]) Marginal zur Aufzeichnung von Radowitz vom 7. Dezember 1879.

[18]) Pribram: Österreich-Ungarns Geheimverträge seit 1879, Bd. I, S. 129 f.

[19]) Erlaß an Prinz Reuß, 20. Januar 1880.

[20]) Prinz Reuß an Bismarck, 24. Januar FA.

[21]) Privatbrief, Konzept von der Hand Herbert Bismarcks, FA. Auch ein amtlicher Erlaß vom gleichen Tage (GP, Bd. III, 135) geht auf die Angelegenheit ein, vergl. auch M. Busch: Some secret Pages, Bd. III, S. 289 ff.

[23]) Vergl. auch Taffs a. a. O., S. 266.
[24]) DDF, Bd. III, S. 33 ff.
[25]) Bericht des Prinzen Reuß, 16. Februar.
[26]) Erlaß an Keudell, 14. April.
[27]) DDF, Bd. III, S. 1.
[28]) Die Behauptung von Carroll, a. a. O., S. 88, daß Bismarck den Fehler begangen habe, die Franzosen in Ägypten nicht zu unterstützen, trifft also nicht in vollem Umfang zu.
[29]) GP, III, S. 394.
[30]) Vergl. u. a. Hohenlohe, Denkwürdigkeiten, Bd. II, S. 291.
[31]) Taffs a. a. O., S. 265.
[32]) Der Artikel ist dadurch veranlaßt worden, daß der Berliner Vertreter des „Daily Telegraph", Lavino, nach einer Aufzeichnung Holsteins vom 25. März, an diesen mit der Bitte herantrat, ob Bismarck nicht aus Anlaß der Rede Lord Hartingtons durch ein Interview mit ihm der konservativen Sache helfen wolle. Als Holstein dies alsbald ablehnte, da es die Empfindlichkeit der englischen Wählermassen reizen würde, und Bismarck den gleichen Standpunkt einnahm, bat der Journalist um eine Äußerung in einem offiziellen Organ.
[33]) DDF, Bd. III, S. 30, Bericht Saint-Valliers vom 25. Februar.
[34]) DDF, Bd. III, S. 68, Bericht vom 30. März.
[35]) Bericht des Grafen Münster vom 17. März.
[36]) Fürst Orlow hat, bevor er zu diesem Zwecke die mündliche Besprechung mit Bismarck gleichzeitig mit Saburow in Berlin aufnahm, als Antwort auf Bismarcks Schreiben vom 19. August aus Kissingen (s. Bismarck und Katharina Orlow, S. 165) am 3. September den folgenden Brief an den Reichskanzler gerichtet, dessen Wortlaut zur Vervollständigung der dort abgedruckten Korrespondenz hier mitgeteilt sei: „Berlin, 3. septembre 1879. Cher ami, j'ai reçu votre bonne lettre de Kissingen, la veille de mon départ de Pétersbourg. Elle m'a profondément ému; tout un beau passé de quinze années s'est dressé devant moi, tout comme lorsque vous m'écriviez. Vous l'aviez sous vos yeux et dans votre coeur. Ce me sera un bonheur de vous revoir et, comme je suis en congé, rien ne sera plus facile. Je vais d'ici à Copenhague saluer la Césarevna que j'ai manqué à Pétersbourg, puis je vais à Jugenhayn et Bruxelles. A la mi septembre je verrai dans les journaux où vous êtes et je viendrai vous voir, soit à Berlin, soit dans l'une de vos terres. D'abord, je vous parlerai de mes enfants et de moi; puis, nous pouvons parler politique. —

Pendant six semaines de séjour à Pétersbourg, je me suis convaincu qu'il n'y a pas de changemant réel dans les rapports de nos deux pays. L'Empereur m'a dit, en toutes lettres: ‚que sa politique n'a point varié et qu'il conservait la conviction que nos deux empires étaient faits pour vivre en bonne et cordiale amitié'. — Seulement, il se plaint des difficultés que rencontrent nos negociations de détail, en Orient, où l'on nous chicane tous les jours dans des questions indifférentes à l'Allemagne et même à l'Autriche. En attendant, on a mis un tampon à la violence de notre presse. Plû à Dieu, qu'elle fut ministérielle comme vous le croyez ... Hélas, la Russie n'a ni ministère homogène, ni presse offizieuse. Les journaux ne sont que les organes de leurs rédacteurs. Chaque question est traitée avec fiel et dégénère en scandale. C'est ce que cherchent les journalistes, car le scandale attire les abonnés. — On vient d'user le moyen de désapprouver par communiqué officiel. Cent fois mieux vaudrait-il payer les journaux que d'user d'un tampon fort insuffisant. Mais, tout, l'argent disponible est englouti dans le gouffre des dépenses militaires et l'on n'a pas même de quoi organiser une police convenable, reclamée par le pays entier. Je puis vous parler de cela en pleine connaissance de cause. Quant à Gortchacow, je ne sais qu'elle politique il pourrait gêner. Je ne sais pas même, s'il en a une. Nous en causerons en reste. Mais, ce qui est certain, c'est que l'Empereur Alexandre est resté ami de l'Allemagne. Il est froissé plus qu'irrité des difficultés qu'on lui crée en Orient à tout instant. Ce qui est certain aussi, c'est que l'immense majorité des Russes désire une étroite union avec l'Allemagne. Voilà ce qui est la vérité vraie. —

Ma lettre est peu diplomatique, et bien grosse, Pardonnez le moi; j'ai laissé courir ma plume comme je laisserai courir ma langue, lorsque je vous verrai. De chez nous, j'irai rejoindre mes enfants et reprendre mon poste peu laborieux, mais fort coûteux de Paris. Je dis mille amitiés aux chers vôtres et vous embrasse de coeur. Votre ami N. Orloff. P. S. On vient de me dire que les Souverains vont se voir. Puissent-ils s'accorder. Dieu le veuille. A vrai dire, je crains toujours ces sortes d'entrevues."

Für das Verhältnis zwischen Bismarck und Orlow ist auch wichtig der Brief des letzteren vom 6. September (FA), in dem er erzählt, Gortschakow dränge ihn, sich wieder zu verheiraten: „s'il y revient il peut y avoir une scène, car subordonné discipliné, je ne serai jamais esclave."

[37]) GP, Bd. III, S. 126.

[38]) Aufzeichnung des Grafen Limburg-Stirum vom 30. Oktober.

[39]) Der in ihm enthaltene historische Rückblick auf die deutsch-russischen Beziehungen ist unter dem Titel „Eine geschichtliche Studie" im Bismarck-Jahrbuch, Bd. I, S. 125 ff. abgedruckt. Dort fehlt aber die politisch entscheidende Einleitung wie der Schluß, die oben mitgeteilt sind.

[40]) Herbert Bismarck an das Auswärtige Amt, 20. November.

[41]) Herbert Bismarck an Limburg-Stirum. Varzin, 30. Oktober.

[42]) Busch: Some Secret Pages, Bd. III, S. 276.

[43]) Baron Nolde, a. a. O., S. 241.

[44]) An Jomini, 18. November 1879. Nolde, S. 244.

[45]) GP, Bd. III, S. 132.

[46]) An Stolberg, Varzin, 20. November.

[47]) Bericht des Geschäftsträgers von Stumm, 8. November.

[48]) Bleichroeder an Bismarck, 18. November, und Radowitz an Herbert Bismarck, 19. November, beide FA.

[49]) Bericht von Schweinitz, 3. Dezember.

[50]) DDF, Bd. III, S. 74.

[51]) Erlaß an Prinz Reuß, 6. April 1880.

[52]) DDF, Bd. III, S. 6, 12. Januar 1880.

[53]) Bismarck hatte vorher zu Radowitz es als bedenklich bezeichnet, daß die Entlassung nicht erfolgt sei, vergl. dessen Erinnerungen, Bd. II, S. 107.

[54]) Vergl. Taffs, a. a. O., S. 336.

[55]) Herbert Bismarck an das Auswärtige Amt, 9. November.

[56]) Bericht des Prinzen Reuß, 21. Dezember.

[57]) Herbert Bismarck an Stolberg, Varzin, 28. November.

[58]) Marginal zum Schreiben Moltkes vom 2. Dezember.

[59]) Holstein an das Auswärtige Amt, Varzin, 21. Oktober.

[60]) DDF, Bd. III, S. 19.

[61]) Erlaß an Schweinitz, 4. März 1880.

[62]) Bericht vom 26. März 1880, W. von Werder: Aus Jahrzehnten deutsch-russischer Freundschaft, Berliner Monatshefte, September 1939, S. 769.

[63]) Erlaß an Schweinitz, 6. Februar. Dieser und die folgenden Erlasse sind bereits benutzt bei Schüßler, a. a. O., S. 363 ff. Die oben zitierten Sätze sind dort nicht abgedruckt. Bismarcks Aufzeichnung über das Gespräch mit Saburow siehe GP, III, S. 141, Saburows Version bei Simpson, S. 110 ff. Die die Verläßlichkeit Alexanders II. bejahende Antwort von Schweinitz ist zum größten Teil gedruckt in seinen Denkwürdigkeiten, Bd. II, S. 94ff.

[64]) GP, Bd. III, S. 146.

[65]) GP, Bd. III, S. 129 f.

[66]) Aufzeichnung Buchers, 17. Februar.

[67]) Erlaß an den Geschäftsträger Graf Wesdehlen, 25. Februar.

[68]) GP, Bd. III, S. 395.

[69]) Erlaß an Schweinitz, 18. Februar.

[70]) Denkwürdigkeiten, Bd. II, S. 109 f.

[71]) Manteuffel an Wilhelm Bismarck, Straßburg, 25. März, VA.

[72]) Daudet: La mission du comte de Saint Vallier, 1918, S. 192. In DDF ist das Stück nicht gedruckt.

[73]) Über Österreichs Widerstand gegen die Erneuerung des Dreikaiserbündnisses vergl. insbesondere Rothfels, S. 131 ff. und Schüßler, S. 354 ff., wo auch österreichische Akten herangezogen worden sind in Ergänzung des von Pribram, S. 128 ff. Mitgeteilten.

[74]) Medlicott, a. a. O., S. 185 ff.

[75]) Bericht des Prinzen Reuß, 25. Januar 1880.

[76]) Rothfels, S. 55, Anm. 3. Bismarck schrieb an den Rand: „Ich anders, ich sagte ihm das voraus."
[77]) Bericht des Prinzen Reuß, 25. November 1879.
[78]) DDF, Bd. III, S. 63, 22. März 1880.
[79]) DDF, Bd. III, S. 4, 31. März 1880.
[80]) Marginal zu Bericht des Prinzen Reuß, 15. Dezember 1879.
[81]) Erlaß an Prinz Reuß, 29. Januar 1880.
[82]) Rothfels, S. 133.
[83]) Bericht des Prinzen Reuß, 28. Februar 1880.
[84]) Schüßler, S. 361.
[85]) Bericht des Geschäftsträgers v. Berchem, Wien, 11. November 1879.
[86]) Marginal zum Bericht des Grafen Hatzfeldt, 13. Oktober 1879.
[87]) GP. Bd. III, S. 135.
[88]) Marginal zu einem Immediatbericht von Radowitz, 18. März 1880.
[89]) Vergl. H. Schuster: Die Judenfrage in Rumänien, Leipzig 1939.
[90]) Erlaß an Hohenlohe und Münster vom 4. Februar 1880.
[91]) Vergl. Aus dem Leben König Karls von Rumänien, Bd. IV, S. 302 ff.
[92]) Da J. v. Reiswitz mit einer eingehenden Sonderdarstellung der deutsch-serbischen Beziehungen zu Bismarcks Zeit beschäftigt ist, deren erster, bis 1870 reichender Band bereits vorliegt, ziehe ich sie meinerseits nur insoweit heran, als sie notwendig in den Rahmen der Bismarckschen Gesamtpolitik hineingehören, und verzichte in dieser Hinsicht vollständig auf Einzelheiten.
[93]) Erlasse an Graf Bray, 14. Februar und 30. März.
[94]) Vergl. Corti „Alexander von Battenberg" und Hajek: „Bulgariens Befreiung und staatliche Entwicklung unter seinem ersten Fürsten", 1939.
[95]) Schünemann, S. 572.
[96]) Erlaß an Schweinitz vom 7. April, gleichlautend an Hohenlohe vom 8. April. Nur der Frankreich betreffende Teil ist gedruckt (GP, Bd. III, S. 395), worin versichert wird, daß Deutschland jede Angriffsabsicht auch jetzt fehle, und daß es an der Politik festhalte, alle französischen Unternehmungen zu fördern, „sofern nur unsere Stellung in Deutschland und unser einziger Anspruch, Herren im eigenen Hause zu sein, nicht gefährdet wird". Mit diesem Teildruck ist aber der Gesamtzusammenhang zerstört, in Wirklichkeit überblickt dieser sehr wichtige Erlaß, wie es im Eingang heißt, den ganzen Umfang „*unserer Interessen, wie ich sie sehe*".
[97]) Bericht von Radowitz, 26. April.
[98]) Bericht von Radowitz, 15. Mai, vergl. auch W. Frank, S. 94.
[99]) GP, Bd. III, S. 396, vom 9. April.
[100]) GP, Bd. III, S. 397, vom 6. und 27. Mai.
[101]) Bericht von Radowitz, Paris 21. Mai.
[102]) Aufzeichnung Hohenlohes, 24. April.
[103]) Bericht des Prinzen Reuß, 29. April.
[104]) Bericht des Grafen Hatzfeldt, 13. Mai.
[105]) Bericht des Prinzen Reuß, 4. Mai.
[106]) Es ist indessen zu viel gesagt, wenn Schüßler (S. 372) aus dem Bericht des Prinzen Reuß vom 4. Mai herausliest, daß nunmehr der Weg zum Dreikaiserbündnis frei geworden sei.
[107]) Bericht des Prinzen Reuß, 6. Juni.
[108]) Vergl. Holborn: Deutschland und die Türkei 1878—1890, S. 8—32, sowie Taffs, S. 326 ff.
[109]) Erlaß an Prinz Reuß, 22. Mai.
[110]) Erlaß an Radowitz, 19. Juli.
[111]) Marginal zur Aufzeichnung Hohenlohes vom 16. Juli.
[112]) Herbert Bismarck an Hohenlohe, Kissingen, 23. August.
[113]) DDF, Bd. III, S. 110, vom 17. Mai.
[114]) GP, Bd. III, S. 399.
[115]) Aufzeichnung Hohenlohes vom 14. Juni. Der Artikel ist erschienen in der „Kölnischen Zeitung" vom 18. Juni.

[116]) Vergl. W. Langer: The European Powers and the French Occupation of Tunis. American Historical Review, September 1925 und Januar 1926. Unsere Darstellung zeigt, daß die dort (S. 264) vertretene Auffassung, Bismarck habe von Anfang an durch den tunesischen Konflikt Italien in das Bündnis mit den Mittelmächten hineintreiben wollen, unrichtig ist.

[117]) DDF, Bd. III, S. 138. Saint-Vallier an Freycinet, 9. Juni.

[118]) Hohenlohe an Radowitz, 29. Mai.

[119]) Bericht von Radowitz, Athen, 8. Juli.

[120]) Denkwürdigkeiten, Bd. II, S. 118.

[121]) Undatierter Privatbrief, FA.

[122]) Bericht von Schweinitz, 12. August.

[123]) Marginal zum Bericht des Geschäftsträgers von den Brincken, London, 6. August.

[124]) Marginal zur Aufzeichnung Hohenlohes vom 10. Juli.

[125]) Aufzeichnung Hohenlohes vom 29. Juli.

[126]) Telegramm an Hohenlohe, Kissingen, 8. August.

[127]) Vergl. Saint-Valliers Bericht vom 16. Juli, DDF, Bd. III, S. 182, in dem er von einer deutsch-französischen Entente in Marokko, Griechenland, Rumänien und Ägypten spricht.

[128]) An den Innenminister von Eulenburg, Kissingen, 2. August. Erst, als sich erwies, daß London und Paris sich offiziell vertreten ließen, stimmte der Fürst der Beteiligung auch des Berliner Oberbürgermeisters zu.

[129]) Zum Teil gedruckt bei Frank, S. 100.

[130]) GP, Bd. III, S. 183, Anm.

[131]) Bericht des Prinzen Reuß, 14. September.

[132]) Vergl. Schweinitz, Denkwürdigkeiten, Bd. II, S. 116 ff. Bismarcks Antwort auf den ausführlichen Reisebericht des Kronprinzen habe ich veröffentlicht in der Deutschen Rundschau, Märzheft 1939.

[133]) Erlaß an Prinz Reuß, 16. Juni.

[134]) Simpson, S. 140 ff.

[135]) Aufzeichnung Hohenlohes, GP, Bd. III, S. 147 ff.

[136]) Privatbrief an Herbert Bismarck, 16. August, FA.

[137]) GP, Bd. III, S. 149. Anm. 1, vergl. auch das Urteil zu Saburow bei Simpson, a. a. O., S. 173.

[138]) Graf Rantzau an Graf Herbert Bismarck, 7. September, FA.

[139]) Schünemann, a. a. O., S. 575.

[140]) Bericht des Prinzen Reuß, 25. September.

[141]) Simpson, S. 157 ff. Da dort Bismarcks Brief an Saburow nur in englischer Übersetzung wiedergegeben ist, drucke ich hier das französische Original (Friedrichsruh, 12. Oktober): „Mon cher Ambassadeur. Je vous remercie sincèrement des aimables paroles que vous avez bien voulu m'adresser. J'espère qu'il nous sera permi de parvenir au but que, dans l'intérêt commun de nos monarques et de nos pays, nous nous sommes proposés d'atteindre. L'appui précieux de votre influence et la confiance mutuelle qui nous lie sont les meilleures gages pour l'heureux accomplissement de nos voeux. Veuillex agréer, mon cher Ambassadeur, l'assurance réitérée des sentiments qui m'animent et l'expression de ma très haute considération."

[142]) Aufzeichnungen Limburg-Stirums vom 18. September.

[143]) Der Text der Konvention ist gedruckt bei Medlicott, a. a. O., S. 404.

[144]) Erlaß an Reuß, 19. September.

[145]) Simpson, a. a. O., S. 149 und Aufzeichnungen Limburg-Stirums vom 12. September, der aber bei seiner im Augenblick des Gesprächs mit Saburow noch fehlenden Kenntnis des Wortlautes der Konvention den springenden Punkt von dessen Argumentation nicht klar wiedergibt.

[146]) Telegramm Hatzfeldts, 16. September, Marginal Bismarcks „*gewiß nicht!*"

[147]) Marginal zur Aufzeichnung Limburg-Stirums, 25. Oktober.

[148]) Marginal zur Aufzeichnung Limburg-Stirums, 29. November.

[149]) Vergl. auch Russells Bericht an Granville, bei Taffs, S. 288.

[150]) Denkwürdigkeiten, Bd. II, S. 308.

[151]) Erlaß an Ministerresident Weber in Tanger, 12. November.
[152]) DDF, Bd. III, S. 258 und S. 273 ff.
[153]) Vergl. M. Busch, a. a. O., Bd. III, S. 1—6 und Radowitz, Erinnerungen, S. 154 ff.
[154]) Trotz der Aussicht auf die Botschaft in Konstantinopel ist es für Radowitz eine herbe Enttäuschung gewesen, nach seinen Leistungen auf wichtigsten Posten in den letzten Jahren wieder die früher innegehabte Gesandtschaft in Athen übernehmen zu müssen. Bismarck hat, zumal ihm durch Saint-Vallier die hohe Anerkennung zur Kenntnis gebracht wurde, die sich Radowitz in Paris erworben hatte, ihm die Pille zwar durch einen anerkennenden Erlaß versüßt (Erinnerungen, Bd. II, S. 149 f.) und auch dem sich für Radowitz interessierenden Kronprinzen geschrieben, daß nach Erledigung der montenegrinischen Frage Athen der entscheidende Punkt im Nahen Orient sei und deshalb einen besonders fähigen und eingearbeiteten Vertreter erfordere. Dennoch kann kein Zweifel sein, daß der Reichskanzler Radowitz persönlich ein Vorurteil entgegengebracht hat. Vielleicht hat dazu mitgeholfen die dauernde Hetze, die Holstein nach Ausweis seiner im Friedrichsruher Archiv erhaltenen Briefe an Graf Herbert Bismarck gegen Radowitz betrieben hat.
[155]) Marginal zur Aufzeichnung Limburg-Stirums vom 28. November.
[156]) Marginal zum Immediatbericht Limburg-Stirums vom 29. November.
[157]) Bericht des Grafen Wesdehlen, Bukarest, 8. September.
[158]) Aus dem Leben König Karls von Rumänien, Bd. IV, S. 342.
[159]) Bericht des Prinzen Reuß, Budapest, 28. Oktober.
[160]) Herbert Bismarck an Limburg-Stirum, Friedrichsruh, 13. November.
[161]) Simpson, a. a. O., S. 171 bis 179.
[162]) Bericht des Geschäftsträgers von Stumm, Petersburg, 26. November.
[163]) Denkwürdigkeiten, Bd. II, S. 135 ff.
[164]) Vergl. auch Bismarcks Urteil im Schreiben an den Kronprinzen vom 17. Dezember 1880, Deutsche Rundschau, Märzheft 1939. General von Werder bezeichnete (8. Dezember) Miljutin als nicht aggressiv, aber er leide an der fixen Idee, daß Deutschland Krieg wolle.
[165]) GP, Bd. III, S. 148—155.
[166]) GP, Bd. III, S. 161 ff.
[167]) Bericht des Prinzen Reuß, 23. Januar 1881.
[168]) Bericht des Prinzen Reuß, 27. Januar.
[169]) Telegramm vom 1. Februar, GP, III, S. 165.
[170]) Gesammelte Werke, Friedrichsruher Ausgabe, Bd. XII, S. 187.
[171]) Bericht des Prinzen Reuß, 10. Februar.
[172]) Bericht des Prinzen Reuß, 4. März.
[173]) Bericht des Prinzen Reuß, 6. März.
[174]) Die Einzelheiten für dieses Stadium der griechischen Frage s. b. Radowitz, Erinnerungen, S. 157 ff. An Literatur sind besonders wichtig die Werke von Taffs, a. a. O., S. 293 ff. und A. D. Elliot: The Life of G. J. Lord Goschen, 1911, Bd. I, S. 196—240.
[175]) GP, IV, S. 17 ff.
[176]) GP, IV, S. 21.
[177]) Bericht des Grafen Münster vom 28. November.
[178]) Herbert Bismarck an Limburg-Stirum, Friedrichsruh, 5. Dezember.
[179]) Herbert Bismarck an Graf Limburg-Stirum, Friedrichsruh, 12. Dezember.
[180]) Herbert Bismarck an Graf Limburg-Stirum, Friedrichsruh, 18. Dezember, GP, IV, S. 21, Anm.
[181]) Graf Limburg-Stirum an Radowitz, 29. Januar 1881.
[182]) Die Ablehnung s. GP, IV, S. 21.
[183]) Taffs, a. a. O., S. 340.
[184]) Gesammelte Werke, Bd. VIII, S. 390.
[185]) Aufzeichnung des Grafen Limburg-Stirum vom 22. Januar und Erlaß an den Botschafter vom 24. Januar.
[186]) Goschens Bericht s. bei Elliot, a. a. O.
[187]) Fitzmaurice, a. a. O., Bd. II, S. 228.
[188]) Ihre wesentlichen Gesichtspunkte sind aufgenommen in den GP, IV, S. 22 ff. gedruckten Erlaß an Münster vom gleichen Tage.

[189]) Aufzeichnung des Grafen Limburg-Stirum vom 12. Februar.
[191]) Taffs, a. a. O., S. 299.
[192]) DDF, Bd. III, S. 355.
[193]) DDF, Bd. III, S. 365.
[194]) Radowitz, Erinnerungen, S. 175 ff.
[195]) Simpson a. a. O., S. 233 ff. Hier ist die bisher weitaus ausführlichste Darstellung der letzten Verhandlungsphase gegeben. Ganz knapp wird der Sinn dieses Ringens zusammengefaßt in Bismarcks Immediatbericht vom 15. Juni, GP, III, S. 173 ff.
[196]) Gesammelte Werke, Bd. XIV, S. 924.
[197]) DDF, Bd. III, S. 459, vom 27. April.
[198]) DDF, Bd. III, S. 487, vom 5. Mai.
[199]) Corti, a. a. O., S. 109 ff.
[200]) DDF, Bd. IV, S. 38 und 71, Chanzys Ansicht: DDF, Bd. III, S. 451 und IV, S. 52.
[201]) Seine Gründe hierfür hat er entwickelt in dem Erlaß an Keudell vom 19. Mai, GP, Bd. III, S. 190. In einem zweiten, vom 26., ließ er noch hinzufügen, daß die Erinnerung an Napoleons Haltung in der römischen Frage und an den Gewinn Venetiens mit Hilfe Preußens Garibaldi nicht abgehalten habe, gegen Deutschland zu kämpfen, und daß die italienische Demokratie nicht mit Frankreich brechen werde.
[202]) Telegramm Hatzfeldts, Pera, 7. Mai.
[203]) Erlaß an Hatzfeldt, 10. Mai und DDF, Bd. III, S. 491.
[204]) Bericht des Fürsten Hohenlohe vom 13. Mai.
[205]) GP, III, S. 167—172.
[206]) Pribram, a. a. O., S. 9 f. Die deutsche Erklärung erfolgte am 18. Mai, die österreichische am 21. Mai.
[207]) Simpson, a. a. O., S. 235.
[208]) Telegramm an Prinz Reuß vom 18. Mai, eigenhändiges Konzept.
[209]) GP, Bd. III, S. 172.
[210]) Erlaß an Prinz Reuß, 24. Mai.
[211]) Aufzeichnung Herbert Bismarcks vom 27. Mai. Saburows Darstellung bei Simpson, a. a. O., S. 240.
[212]) Aufzeichnung Herbert Bismarcks vom 1. Juni.
[213]) Simpson, S. 292 ff., vergl. auch Saburows Brief an Bismarck vom 7. Juni, Simpson, S. 264 ff.
[214]) Erlaß an Prinz Reuß, 12. Juni.
[215]) Der Dreikaiservertrag ist gedruckt u. a. GP, Bd. III, S. 176 ff.
[216]) GP, Bd. III, S. 175.
[217]) Datiert Pillnitz, 25. Juni.

Dritter Teil

[1]) Nach einer Aufzeichnung Hatzfeldts vom 18. August sprach Saburow den Wunsch aus, daß der russische Kriegsminister in das Geheimnis eingeweiht werde, falls dies in Deutschland hinsichtlich des Chefs des Generalstabs und des Kriegsministers geschehe. Darauf befahl Bismarck den ersteren, aber nicht den letzteren zu benachrichtigen, „*da bei uns in politischer Beziehung als oberste Militärbehörde nicht der Kriegsminister, sondern der Chef des Generalstabs stets in Betracht kommt*".
[2]) Aufzeichnung Herbert Bismarcks vom 12. Juni.
[3]) Bericht von Thielaus, 13. Juli.
[4]) Hatzfeldt an Prinz Reuß, 25. Juli.
[5]) Bericht von Derenthalls, Rom, 1. August.
[6]) Herbert Bismarck an das Auswärtige Amt, Kissingen, 3. Juli.
[7]) GP, III, S. 401.
[8]) Herbert Bismarck an das Auswärtige Amt, Kissingen, 19. Juli.
[9]) Herbert Bismarck an das Auswärtige Amt, Kissingen, 26. Juli.

[10]) Kissingen, 31. Juli, Gesammelte Werke, Bd. 14, S. 928.
[11]) Vergl. auch Denkwürdigkeiten II, S. 169.
[12]) Herbert Bismarck an Herzfeldt, Kissingen, 20. Juli.
[13]) Otto von Bülow an Hatzfeldt, Gastein, 25. Juli.
[14]) Von Redern an Herbert Bismarck, 26. August, FA.
[15]) Werder an Kaiser Wilhelm, 25. August.
[16]) Bericht des Prinzen Reuß, 6. September.
[17]) DDF, IV, S. 124 ff.
[18]) DDF, IV, S. 126.
[19]) Denkwürdigkeiten II, S. 175.
[20]) DDF, IV, S. 151.
[21]) „Berliner Monatshefte", 1939, S. 773. Im Gegensatz zu Werders Bericht die Darstellung bei Grüning, a. a. O., S. 75, Anm. 65: „Der Zarenbesuch fand in der Presse keine weiteren Erörterungen.
[22]) Herbert Bismarck an Graf Rantzau, Varzin, 12. und 15. September, FA.
[23]) Bericht von Hirschfelds, 21. September.
[24]) Einzelheiten am besten bei Langer, a. a. O. und bei Sayed Kamel: La conférence de Constantinople et le question égyptienne en 1882, Paris 1913.
[25]) Herbert Bismarck an Busch, Varzin, 13. September.
[26]) Langer, a. a. O., S. 282.
[27]) Taffs, a. a. O., S. 310.
[28]) Aufzeichnung Buschs, 17. September.
[29]) Aufzeichnung Buschs, 3. Oktober.
[30]) Bericht des Prinzen Reuß, 8. Oktober.
[31]) Rothfels, a. a. O., S. 133.
[32]) Herbert Bismarck an das Auswärtige Amt, 18. September.
[33]) Bericht des Prinzen Reuß, 30. September.
[34]) Aufzeichnung Hatzfeldts, 24. Oktober.
[35]) Herbert Bismarck an das Auswärtige Amt, Varzin, 4. November.
[36]) Aufzeichnung Buschs, 15. September.
[37]) Berichte von Derenthalls, 26. und 27. September.
[38]) Bericht des Prinzen Reuß, 7. Oktober.
[39]) Aufzeichnung Hatzfeldts, 31. Oktober.
[40]) Marginal zu einem Bericht Keudells vom 30. Oktober.
[41]) Keudell schreibt am 16. Dezember, GP, III, S. 191: „Vor der Reise hatte sich das Ministerium mit dem Gedanken vertraut gemacht, einen Garantievertrag vorzuschlagen, falls die Haltung der österreichisch-ungarischen Staatsmänner dazu ermutigen sollte."
[42]) Bericht Keudells, 2. November, sowie Erlaß Kallays an den österreichischen Geschäftsträger in Berlin Baron Pasetti vom 4. November, den dieser der Wilhelmstraße vorlegte.
[43]) Vergl. Frank, a. a. O., S. 112 ff.
[44]) Über Gambettas Persönlichkeit vergl. die neue Darstellung bei Tank, K. L.: Gambetta, 1937.
[45]) Bericht vom 3. November, vergl. auch Denkwürdigkeiten II, S. 319 ff.
[46]) GP. III, S. 403.
[47]) 4. Dezember, DDF, IV, S. 184.
[48]) Gesammelte Werke, Bd. 12, S. 294 f.
[49]) Aufzeichnung Hatzfeldts vom 7. November.
[50]) Vergl. Hartdegen, Die Vatikanische Frage und die Entstehung des Dreibundes, 1938, S. 4 ff. und Pribram, S. 137.
[51]) 12. Dezember, DDF, IV, S. 198 ff.
[52]) GP, III, S. 193.
[53]) GP, III, S. 195 ff.
[54]) Pribram, a. a. O., S. 138, und Bericht des Prinzen Reuß, 2. Januar 1882.
[55]) Vergl. Herzfeldt, Bismarck und die Skobelew-Episode, H. Z., Bd. 142, S. 281.
[56]) II, S. 175.
[57]) Bericht von Braunschweigs, Sofia, 3. Januar 1882.
[58]) Bericht des Prinzen Reuß vom 2. und des Grafen Wesdehlen, Bukarest, 3. Dezember.

[59]) An Herbert Bismarck, 19. Oktober, FA.

[60]) In dem oben erwähnten Schreiben an Saburow vom 2. Dezember.

[61]) Ein ausführlicher Bericht liegt von Saint-Vallier vor, vom 12. Dezember, DDF,IV, Seite 198.

[62]) Die Tendenzen innerhalb der Pforte hat der Geschäftsträger von Hirschfeld zum Gegenstand eines sehr interessanten Berichtes gemacht. Neben dem Umstand, daß nicht sicher war, ob Hatzfeldts private Verhältnisse ihn nicht zur Rückkehr auf seinen Botschafterposten nötigen würden, hat die uns bekannte Skepsis Bismarcks gegenüber dem für Konstantinopel in Aussicht genommenen Radowitz mitgewirkt, um die dortige Stelle noch offen zu halten, und so kommt es, daß in den nächsten Monaten, wo Konstantinopel infolge der ägyptischen Frage der vielleicht wichtigste Platz wurde, Deutschlands Vertretung dort in den Händen eines Legationsrates ruhte. Aber Hirschfeld hat sich der schwierigen Aufgabe voll gewachsen gezeigt. Es ist ein Verlust für die deutsche Diplomatie gewesen, daß ein Augenleiden ihn dann nötigte, frühzeitig aus der Karriere auszuscheiden. Neben der Geschicklichkeit des Auftretens, die er auch dem schwer zu behandelnden Sultan gegenüber an den Tag legte, besaß er die Kunst, seine Berichte formal wie inhaltlich auf hohem Niveau zu halten. Das zeigt auch dieser Bericht vom 22. November. Er schildert darin, wie seit Hatzfeldts Abreise Abdul Hamid sich ganz vom Verkehr mit den Botschaftern zurückgezogen habe und dem Einfluß der für fremde Einwirkung unzugänglichen religiösen Berater verfallen sei. Das habe dahin geführt, daß auch die türkische Beamtenschaft es nach Möglichkeit vermeide, sich mit Europäern einzulassen. Die Unkenntnis aber der abendländischen Dinge ergebe gefährliche Selbstüberschätzung der Türken und infolgedessen Neigung zu extremen Schritten. Daher rühre auch die uns im Kampf um Tunis und Tripolis bereits entgegengetretene Unterstützung der panislamischen Tendenzen in Nordafrika.

[63]) Bericht Hirschfelds, 26. November.

[64]) Bericht Hirschfelds, 15. Dezember.

[65]) Nur der sich auf Frankreich beziehende Teil dieser vom 22. Dezember datierten Aufzeichnung ist gedruckt, GP, III, S. 403.

[66]) Hatzfeldt an Hohenlohe, 17. Dezember.

[67]) DDF, IV, S. 207 f.

[68]) Herbert Bismarck an Busch, Varzin, 7. September.

[69]) Herbert Bismarck an seinen Vater, London, 16. Dezember, FA.

[70]) Taffs, a. a. O., S. 329.

[71]) Erlaß vom 26. Dezember, GP, IV, S. 25.

[72]) Erlaß an Prinz Reuß, 25. Dezember.

[73]) Erlaß an Prinz Reuß, 31. Dezember.

[74]) Bericht des Prinzen Reuß, 3. Januar 1882.

[75]) Herbert Bismarck an seinen Vater, London, 7. Januar, GP, IV, S. 26 ff.

[76]) Bericht von Saurmas, 13. Januar 1882.

[77]) Pribram, a. a. O., S. 138 f. und Bericht des Prinzen Reuß vom 19. Januar, GP, III, Seite 202 ff.

[78]) Wie falsch es ist, den italienischen Entschluß zum Dreibund allein auf die tunesische Frage zurückzuführen, darauf hat vor allem Langer, a. a. O., S. 236, hingewiesen.

[79]) Bericht des Prinzen Reuß, 10. Januar.

[80]) Hatzfeldt an Prinz Reuß, 15. Januar, GP, IV, S. 30 f.

[81]) Erlaß an Hirschfeld, 18. Januar.

[82]) Vergl. Erlaß an Reuß, 15. Januar, GP, IV, S. 30.

[83]) Bericht des Fürsten Hohenlohe, 6. Februar.

[84]) Bericht des Grafen Münster, 31. Januar.

[85]) Herbert Bismarck an seinen Vater, London, 8. Februar, FA.

[86]) Fitzmaurice, The life of Lord Granville, Bd. II, S. 259.

[87]) Bericht des Grafen Münster, 9. Februar.

[88]) Bericht des Prinzen Reuß, 11. Februar.

[89]) Aktennotiz vom 16. Februar, die Version Courcels, DDF, IV, S. 248 ff. Für Courcels Tätigkeit in Berlin im allgemeinen vergl. E. Daudet: La Mission du Baron de Courcel, Paris 1919, sowie das zitierte Werk von Pagès.

[90]) Herbert Bismarck an seinen Bruder, London, 21. Februar, FA.
[91]) Bericht von Keudells, 31. Januar.
[92]) Aufzeichnung Bismarcks vom 31. Januar, GP, III, S. 205 ff. In den Abdruck der sich mit Bismarcks Haltung einverstanden erklärenden Randbemerkung Kaiser Wilhelms vom 1. Februar (S. 208) hat sich ein Fehler eingeschlichen: der Kaiser nennt die kriegerischen Erfolge der italienischen Armee 1866 „mehr wie louche", nicht „mehr ein Couche".
[93]) Erlaß an Reuß, 14. Februar, GP, III, S. 209.
[94]) Marginalien zum Bericht des Prinzen Reuß vom 10. Februar.
[95]) Bericht des Prinzen Reuß, 16. Januar.
[96]) Bericht des Generals von Schweinitz, 10. Januar.
[97]) Bericht Schweinitz' vom 2. Februar.
[98]) Erlaß an Reuß, 4. Februar, vergl. Herzfeld, a. a. O., S. 283 f.
[99]) Bericht des Prinzen Reuß, 17. Februar.
[100]) Erlaß an Hirschfeld, 23. Februar.
[101]) Bericht Courcels, 22. Februar, DDF, IV, S. 251 ff.
[102]) Aufzeichnung Hatzfeldts, 30. Januar.
[103]) Bericht Schweinitz', 10. Februar.
[104]) Über seine Einzelheiten vergl. vor allem die auf den Akten des Politischen Archivs beruhende Arbeit von Herzfeld, sowie Grüning, a. a. O., S. 77 ff.
[105]) Bezeichnend für den engen Anschluß Serbiens an Österreich ist, daß nach dem Bericht des deutschen Gesandten Graf Bray, Belgrad, 27. Februar, denjenigen serbischen Studenten, die sich Skobelew vorgestellt hatten, das Regierungsstipendium entzogen wurde.
[106]) Erlaß an Schweinitz, 19. Februar.
[107]) Bericht Schweinitz', 27. Februar.
[108]) Bericht des Prinzen Reuß, 29. März.
[109]) Bericht des Prinzen Reuß, 18. März.
[110]) Bericht des Prinzen Reuß, 29. März.
[111]) Herzfeld, a. a. O., S. 287.
[112]) Grüning, a. a. O., S. 74.
[113]) Bericht Schweinitz', 15. März.
[114]) Aufzeichnung Rudolf Lindaus vom 9. Februar und Bericht des Grafen Münster, 19. Februar.
[115]) Zum Teil gedruckt bei Herzfeld, S. 299 f.
[116]) Wilhelm Bismarck an das Auswärtige Amt, Friedrichsruh, 31. März.
[117]) Auf die Einzelheiten dieses entscheidenden Stadiums der Dreibundverhandlungen brauche ich nicht näher einzugehen, da sie schon mehrfach auf Grund des deutschen und österreichischen Aktenmaterials dargestellt sind. Siehe besonders Pribram, a. a. O., sowie Italicus: Italiens Dreibundpolitik 1928, Schinner: Der österreichisch-italienische Gegensatz auf dem Balkan und an der Adria 1936, Volpi: L'Italia nella Triplici Alleanza, Mailand 1939. Spezialliteratur bei Langer und Hartdegen.
[118]) Erlaß an Reuß, 28. Februar, GP, III, S. 213.
[119]) GP, III, S. 227.
[120]) Wilhelm Bismarck an das Auswärtige Amt, 8. Mai, GP, III, S. 241.
[121]) Erlaß an Reuß, 16. März, GP, III, S. 220.
[122]) Bericht von Keudells, 21. April.
[123]) Wilhelm Bismarck an das Auswärtige Amt, Friedrichsruh, 1. Mai.
[124]) Erlaß an Graf Wesdehlen, 22. März.
[125]) Wilhelm Bismarck an das Auswärtige Amt, Friedrichsruh, 16. April.
[126]) Bericht des Grafen Wesdehlen, 12. April.
[127]) Wilhelm Bismarck an das Auswärtige Amt, 3. Mai.
[128]) Erlaß an Reuß, 28. März.
[129]) Privatbrief Buschs an Graf Wilhelm Bismarck, 3. April, VA.
[130]) Taffs, a. a. O., S. 307, an Lord Granville, 22. März.
[131]) Wilhelm Bismarck an das Auswärtige Amt, 19. April.
[132]) Wilhelm Bismarck an das Auswärtige Amt, 5. Mai.
[133]) Aufzeichnung Hatzfeldts, 14. April.
[134]) Diktat Friedrichsruh, 15. April.

[135]) Bericht des Prinzen Reuß, 5. Mai.
[136]) Wilhelm Bismarck an das Auswärtige Amt, 8. Mai.
[137]) Wilhelm Bismarck an das Auswärtige Amt, 18. Mai.
[138]) Bericht des Grafen Münster, 21. April.
[139]) Wilhelm Bismarck an das Auswärtige Amt, Friedrichsruh, 27. April.
[140]) Wilhelm Bismarck an das Auswärtige Amt, 4. Mai.
[141]) Marginal zum Bericht des Prinzen Reuß vom 5. Mai.
[142]) Marginal zur Aufzeichnung Hatzfeldts vom 15. Mai.
[143]) Marginal zum Bericht des Prinzen Reuß vom 16. Mai.
[144]) Marginal zur Aufzeichnung Hatzfeldts vom 16. Mai.
[145]) Marginal zur Aufzeichnung Hatzfeldts vom 17. Mai.
[146]) Marginal zur Aufzeichnung Buschs vom 27. Mai.
[147]) Marginal zur Aufzeichnung Hatzfeldts vom 19. Mai.
[148]) Aufzeichnung Buschs vom 23. Mai.
[149]) Wilhelm Bismarck an das Auswärtige Amt, Friedrichsruh, 24. Mai.
[150]) DDF, IV, S. 322.
[151]) Diese Note vom 23. geht also erheblich weiter, als in den DDF, IV, S. 322, Anmerkung, angegeben ist.
[152]) Aufzeichnung Buschs vom 25. Mai.
[153]) Marginal zur Aufzeichnung Buschs vom 29. Mai.
[154]) Marginal zum Telegramm des Grafen Münster vom 30. Mai.
[155]) Marginal zum Bericht des Prinzen Reuß vom 2. Juni.
[156]) Marginal zum Bericht des Prinzen Reuß vom 2. Juni.
[157]) Telegramm von Hirschfelds vom 1. Juni.
[158]) Erlaß an das Auswärtige Amt, Friedrichsruh, 2. Juni.
[159]) Marginal zum Telegramm Schweinitz' vom 7. Juni.
[160]) Graf Hatzfeldt an Hirschfeld, 9. Juni.
[161]) Einige Berichte des deutschen Vertreters, die die Einzelheiten der Vorgänge in Ägypten schildern, habe ich veröffentlicht im „Deutschen Adelsblatt" 1937, Hefte 49 bis 51.
[162]) Schweinitz, Denkwürdigkeiten, Bd. II, S. 199 ff. und ein bei den Akten befindlicher Privatbrief des Grafen Redern, Petersburg, 18. Juni.
[163]) An Lord Granville, 16. Juni, Taffs, a. a. O., S. 382.
[164]) Immediatbericht vom 18. Juni.
[165]) Erlaß an von Hirschfeld vom 18. Juni.
[166]) Erlaß an von Hirschfeld vom 20. Juni.
[167]) Rottenburg an das Auswärtige Amt, Varzin, 22. Juni.
[168]) Rottenburg an das Auswärtige Amt, 26. Juni.
[169]) 23. Juni, DDF, IV, S. 384.
[170]) Auch Lord Ampthill berichtet über Bismarcks Ärger, Taffs, a. a. O., S. 319 sowie Fitzmaurice, Bd. II, S. 268.
[171]) Bericht des Grafen Münster vom 13. Juni.
[172]) Bericht des Prinzen Reuß vom 6. Juli.
[173]) Marginalien zum Bericht des Prinzen Reuß vom 27. Juni.
[174]) Erlaß an das Auswärtige Amt, Varzin, 4. Juli 1882.
[175]) Hatzfeldt an von Hirschfeld, 11. Juli.
[176]) Hatzfeldt an von Hirschfeld, 12. Juli.
[177]) Über die Haltung des Sultans berichtet Hirschfeld am 23. Juli.
[178]) Bericht des Fürsten Hohenlohe vom 22. Juli.
[179]) Marginal zum Telegramm des Prinzen Reuß vom 24. Juli. In dem Buch von Sayed Kamel erscheint, entsprechend der von Freycinet in seiner Senatsrede vom 25. Juli gegebenen Darstellung, Bismarcks ganze Politik in dem Licht, die vier Mächte gegen den Westen zusammenzuhalten. Dies ist also eine durchaus irrtümliche Annahme.
[180]) Marginal zum Bericht von Stumms, London, 24. Juli.
[181]) Vergl. die Memoiren Crispis, S. 136 ff. Als Motiv der Ablehnung hat Baron Blanc dem deutschen Geschäftsträger (25. August) angegeben, Italien habe kein Interesse, das national-arabische Element als einziges, welches Kraft und Willen besitze sich Frankreichs

Vordringen in Nordafrika zu widersetzen, unterdrücken zu helfen. Weitere Gründe bei Gwynn und Tuckwell, The Life of Sir Ch. Dilke, Bd. I, S. 477 ff.

[182]) Erlaß an Hatzfeldt, Varzin, 21. Juli.

[183]) Marginal zum Telegramm Hirschfelds vom 29. Juli.

[184]) Gegen die von Freycinet gegebene Darstellung, als ob Hohenlohe durch absichtlich verspätete Mitteilung des deutschen Vorschlags seinen Sturz nicht verhindert habe, spricht die Tatsache, daß dieser unmittelbar vorher (15. Juli) geschrieben hatte, Deutschland könne sich im eigenen Interesse keine geeigneteren Persönlichkeiten im Amte wünschen als Grévy und Freycinet.

[185]) Caroll, a. a. O., S. 94.

[186]) Holstein an Herbert B., undatierter Brief (zwischen 23. und 26. Juli), FA.

[187]) Knapp zusammengefaßt sind die Grundlinien der deutschen Ägyptenpolitik in Bismarcks Schreiben, Varzin, 7. September, und der Aufzeichnung Buschs vom gleichen Tag, beide für den Kronprinzen, GP, IV, S. 32—36.

[188]) Hatzfeldt an Herbert Bismarck, 6. August.

[189]) GP, IV, S. 47.

[190]) Zu dem Bericht von Reuß vom 25. August.

[191]) DDF, IV, S. 489.

[192]) An Duclerc, 12. August, Pagès, a. a. O., S. 183. Dieser Teil des Courcelschen Berichtes ist in DDF, IV, S. 480, nicht abgedruckt.

[193]) Graf Rantzau an das Auswärtige Amt, Varzin, 7. September.

Vierter Teil

[1]) Bericht des Fürsten Hohenlohe, 21. Dezember.

[2]) Vergl. z. B. Herbert Bismarcks Aufzeichnung vom 24. November, GP, III, S. 404. Eine sehr pessimistische Schilderung der inneren Lage Frankreichs hat auch Lord Granville am 23. und 26. Januar 1883 gegeben, Letters of Queen Victoria, 2nd series, Bd. III, S. 402 f.

[3]) Marginal zum Bericht Hohenlohes vom 17. Dezember.

[4]) Marginal zu Hatzfeldt an Herbert Bismarck, 11. August.

[5]) Graf Rantzau an das Auswärtige Amt, 18. Oktober.

[6]) Bericht des Prinzen Reuß, 30. September.

[7]) GP, IV, S. 31 ff.

[8]) Letters of Queen Victoria, 2nd series, Bd. 3, S. 332, und GP, IV, S. 36 ff.

[9]) Herbert Bismarck an seinen Vater, Ostende, 7. September, FA.

[10]) Bericht des Grafen Münster, 2. Oktober.

[11]) Bericht des Prinzen Reuß, 12. November.

[12]) Rottenburg an Graf Wilhelm Bismarck, Varzin, 24. November, VA.

[13]) Erlaß an Prinz Reuß, 28. November.

[14]) Aufzeichnung Herbert Bismarcks, London, 21. Oktober.

[15]) 5. Dezember, DDF, IV, S. 549.

[16]) Bericht des Prinzen Reuß, 22. November.

[17]) Marginal zum Bericht des Prinzen Reuß vom 3. Januar 1883.

[18]) Schweinitz, Denkwürdigkeiten II, S. 215, behauptet, Giers sei in Berlin nur geringe Aufmerksamkeit gewidmet worden. Damit stehen die Akten in Widerspruch.

[19]) Erlaß an Hatzfeldt, 25. November.

[20]) Aufzeichnung Hatzfeldts, 24. November.

[21]) Herbert Bismarck an Hatzfeldt, Varzin, 25. November.

[22]) Die schlimme Wirtschaftslage Rußlands schildert auch Graf Redern in einem Privatbrief an Herbert Bismarck, Petersburg, 3. Dezember 1882, FA: „*Mit Politik beschäftigt sich überhaupt niemand hier, besonders nicht mit der auswärtigen. Die Erkenntnis, daß die ökonomische Frage für die nächsten Generationen die wichtigste und diejenige, um welche alles sich drehen wird, bricht sich immer mehr Bahn. Uns kann das ganz recht sein, haben die Leute hier erst Arbeit und Beschäftigung, infolgedessen auch die Mittel, sich einen gewissen Wohlstand zu verschaffen, so werden sie sowohl Nihilistentum als auch den panslawistischen Blödsinn an den Nagel hängen.*

Sie werden dann auch mehr als je Frieden brauchen, sie werden ihre Rohprodukte, von denen sie jetzt mehr, als sie sollten, exportieren, viel mehr als gegenwärtig im Inland aufbrauchen, und da nicht anzunehmen ist, daß sämtliche Industrien mit einem Schlage gestiefelt und gespornt in den Kampfplatz des Welthandels hineinspringen werden, so wird immer noch genug übrig bleiben, was sie von uns werden beziehen müssen, während ihre Kauflust immerhin zunehmen wird." Redern schildert dann den zur Zeit bestehenden Geldmangel und schließt: „*Die Gutsbesitzer haben nichts verkauft, die Kaufleute setzen infolgedessen nichts ab, und dazu kommen mehrere Bankkrachs und allgemeine Geldknappheit.*"

[23]) Bericht des Prinzen Reuß, 1. Dezember.

[24]) Zu diesem Satz des von Busch aufgesetzten Konzepts hatte Graf Hatzfeldt zunächst an den Rand geschrieben: „*Der Reichskanzler hat mir diese bestimmte Ansicht nicht ausgesprochen, und die Äußerung in Wien erscheint mir nicht unbedenklich in dieser Form. Beruht dies auf direkter Anordnung Seiner Durchlaucht?*" Auf Buschs Entgegnung: „*Sind die eigenen Worte Seiner Durchlaucht*", hat der Staatssekretär das Konzept gezeichnet.

[25]) Aufzeichnung Herbert Bismarcks, Varzin, 23. November.

[26]) Aufzeichnung vom 11. Dezember über das Gespräch mit Waldersee, vergl. auch dessen Denkwürdigkeiten, I, S. 223.

[27]) Marginal zum Bericht des Prinzen Reuß vom 9. Dezember. Wegen des „Grenzboten"-Artikels hat Bismarck Moritz Busch Indiskretion vorgeworfen. Vergl. M. Busch, Tagebuchblätter, Bd. III, S. 134.

[28]) Rottenburg an Hatzfeldt, 18. Dezember.

[29]) Erlaß an Reuß, 19. Dezember, vergl. auch GP, III, S. 251. Anm. 1.

[30]) Gesammelte Werke, Bd. IVc, S. 262.

[31]) Bericht Schweinitz', 1. Dezember.

[32]) Grüning, a. a. O., S. 80, und Telegramm Schweinitz', 16. Dezember.

[33]) Erlaß an Prinz Reuß, 30. Dezember.

[34]) Vergl. auch GP, III, S. 251.

[35]) Bericht des Prinzen Reuß, 14. Dezember.

[36]) Bericht des Prinzen Reuß, 27. Dezember.

[37]) Hatzfeldt an Reuß, 21. Dezember.

[38]) Herbert Bismarck an seinen Vater, Bicester, 14. Januar 1883, FA, der zitierte Teil ist GP, IV, S. 47, nicht gedruckt.

[39]) Als Herbert Bismarck (London, 12. März, FA) meldete, der Prinz, „*der ja gewohnt ist meist nur ornamental zu wirken*", gefalle sich entschieden in dem Bewußtsein, eine politische Rolle gespielt zu haben und habe sich über die Ernennung zum Feldmarschall ganz besonders gefreut, schrieb Kaiser Wilhelm an den Rand: „*Hierzu bemerke ich nur, daß gleich der Übereinkunft mit Rußland und Österreich die gegenseitigen Prinzen, wenn sie in der jenseitigen Armee eine Stellung erhalten, die Rangabzeichen der eignen Armee anlegen und bei Avancement in dieser, die gleichen Abzeichen in der anderen Armee anlegen, ohne Ernennung. So ist u. a. mein Enkel als Hauptmann in meinem österreichischen Regiment angestellt, und als er hier Major ward, legte er die Majorsabzeichen zur österreichischen Uniform an. Ebenso avancieren die Großfürsten und die Erzherzöge gleichmäßig. Da nun der Prince of Wales in der englischen Armee Feldmarschall ist, so konnte er keine anderen Abzeichen zur preußischen Uniform anlegen als die der Feldmarschälle, aber ohne offizielle Ernennung.*"

[40]) Herbert Bismarck an seinen Vater, London, 12. und 19. März, FA.

[41]) General von Kameke an das Auswärtige Amt, 3. Februar.

[42]) Bericht des Fürsten Hohenlohe, 2. März.

[43]) Bericht des Prinzen Reuß, 3. März.

[44]) Berichte des Prinzen Reuß, 14. Juli und 27. August sowie von Keudells, 16. November.

[45]) Marginal zum Bericht Keudells, 2. Januar 1883.

[46]) Hatzfeldt an Keudell, 21. Februar 1883.

[47]) Bericht Schweinitz', 16. Januar.

[48]) Bericht des Prinzen Reuß, 29. Januar.

[49]) Bericht des Prinzen Reuß, 11. Januar.

[50]) Berichte des Prinzen Reuß, 29. und 30. Januar.

[51]) Bericht des Prinzen Reuß, 8. Februar.

[52]) Hatzfeldt an Prinz Reuß, 10. Februar.

[53]) Bericht Schweinitz', 2. Februar.
[54]) Erlaß an Schweinitz, 6. Februar, GP, III, S. 285.
[55]) Bericht Schweinitz', 3. März.
[56]) GP, III, S. 252.
[57]) Bericht des Prinzen Reuß, 13. Februar.
[58]) Marginal zum Bericht Schweinitz' vom 14. Februar.
[59]) London, 12. März, FA.
[60]) Herbert Bismarck an Graf Rantzau, 5. März, FA.
[61]) Vergl. GP, III, S. 252—259.
[62]) Marginal zu Bericht des Prinzen Reuß, 15. März.
[63]) Z. B. an den Vertreter in Marokko, 22. April.
[64]) Herbert Bismarck an seinen Vater, Paris, 27. März, u. Frankfurt, 28. März, FA.
[65]) Marginal zum Bericht des Fürsten Hohenlohe, 1. Mai.
[66]) Bericht des Prinzen Reuß, 6. April.
[67]) Herbert Bismarck an seinen Vater, London, 25. April, FA.
[68]) DDF, V, S. 36 ff.
[69]) Hatzfeldt an den Geschäftsträger in Paris Bernhard von Bülow, 13. Juni.
[70]) Bericht Bülows, 29. Juni.
[71]) Bericht des Prinzen Reuß, 29. April, GP, III, S. 289.
[72]) Privatbrief des Prinzen Reuß an Graf Hatzfeldt, 30. April.
[73]) Bericht des Prinzen Reuß, 14. April.
[74]) Telegramm Bismarcks an von Braunschweig, 29. März.
[75]) Vergl. Radowitz, Erinnerungen, Bd. II, S. 228 ff.
[76]) Bericht Radowitz, 31. Mai.
[77]) Bericht des Prinzen Reuß, 30. Juni.
[78]) Hatzfeldt an von Braunschweig, 31. Juli.
[79]) In dem eben zitierten Erlaß Hatzfeldts an von Braunschweig vom 31. Juli.
[80]) Bericht von Braunschweigs, 26. Juli.
[81]) Bericht des Grafen Münster, 5. April.
[82]) Münster an Herbert Bismarck, 6. April, FA.
[83]) Vergl. Radowitz, Erinnerungen, Bd. II, S. 231.
[84]) Erlaß an Münster, 4. Mai.
[85]) Herbert Bismarck an seinen Vater, London, 10. Juli, FA.
[86]) Otto von Bülow, Ems, 5. Juli.
[87]) Wilhelm Bismarck an das Auswärtige Amt, Friedrichsruh, 7. Juli.
[88]) Fürst Karl Anton von Hohenzollern an Kaiser Wilhelm, Krauchenwies, 12. Juli.
[89]) Schweinitz, Denkwürdigkeiten, II, S. 237.
[90]) Bericht von Radowitz, 31. Mai.
[91]) Hatzfeldt an von den Brincken, 8. Juni.
[92]) Bericht des Prinzen Reuß, 30. Juni.
[93]) Bericht des Prinzen Reuß, 14. Juli.
[94]) Bericht von Radowitz, 27. Juli.
[95]) Telegramm an das Auswärtige Amt, Kissingen, 29. Juli.
[96]) Erlaß an Fürst Hohenlohe, 23. April.
[97]) Bericht des Fürsten Hohenlohe, 17. August.
[98]) Bericht Bernhard von Bülows, Paris, 8. Oktober.
[99]) Goriainow, American Historical Review, Januar 1918.
[100]) Denkwürdigkeiten, II, S. 237.
[101]) Erlaß an Schweinitz, 30. Juni.
[102]) Hatzfeldt an General von Bronsart, 27. Juni.
[103]) Rottenburg an Hatzfeldt, 27. Juni.
[104]) GP, III, S. 290.
[105]) Zweiter in GP nicht gedruckter Bericht des Prinzen Reuß vom 28. Juni. Nach Schweinitz, Denkwürdigkeiten, II, S. 239 f. hat Lobanow nach Petersburg berichtet, daß die Initiative bei Kálnoky gelegen habe. Das war unrichtig, andrerseits hat Schweinitz (8. Juli) festgestellt, Lobanow habe ohne Auftrag, ja ohne Wissen von Giers gehandelt.
[106]) Dritter Bericht des Prinzen Reuß, vom 28. Juni.

[107]) Erlaß an Prinz Reuß, 30. Juni.
[108]) Schweinitz, Denkwürdigkeiten, II, S. 239.
[109]) Den Österreichern gegenüber begründeten es die Russen mit der Entdeckung einer nihilistischen Verschwörung (Bericht des Prinzen Reuß, 6. August).
[110]) Vom 11. August, DDF, V, S. 81.
[111]) Von Bronsart an Bismarck, 12. August.
[112]) Von Bronsart an Bismarck, 30. Juli.
[113]) Bismarck an von Bronsart, 2. August.
[114]) Wilhelm Bismarck an von Bronsart, Kissingen, 12. August.
[115]) GP, III, S. 263.
[116]) Bericht des Prinzen Reuß, 17. August.
[117]) Schweinitz, Denkwürdigkeiten, II, S. 241 ff.
[118]) Herbert Bismarck an das Auswärtige Amt, Kissingen, 25. August.
[119]) Bericht des Prinzen Reuß, 26. August.
[120]) Bericht des Prinzen Reuß, 29. August.
[121]) Aufzeichnung des Grafen Hatzfeldt, 19. August.
[122]) Vergl. mein Buch: Berlin—Madrid—Rom, 1939, S. 45 ff.
[123]) W. Frank, a. a. O., S. 141 ff.
[124]) Bismarck an Hatzfeldt, Kissingen, 10. August.
[125]) Bericht vom 14. August, DDF, V, S. 83. Über Antoine und Kablé, vergl. A. v. Puttkamer: Die Ära Manteuffel, S. 113 ff.
[126]) Einzelheiten in meinem eben zitierten Buch, S. 48.
[127]) Grüning, S. 83, Hinweis darauf GP, III, S. 296.
[128]) Hohenlohe, Denkwürdigkeiten, II, S. 340.
[129]) 25. August, vergl. DDF, V, S. 92, Anmerkung.
[130]) Vergl. hierüber und über die folgende Auseinandersetzung mein zitiertes Buch, S. 43 ff.
[131]) DDF, V, S. 91, Anmerkung.
[132]) Bericht des Grafen Arco, 4. September.
[133]) Bericht des Grafen Arco, 10. September, des Prinzen Reuß, 15. September.
[134]) Aufzeichnung Buschs vom 25. August, GP, III, S. 292 ff.
[135]) Bericht des Prinzen Reuß, 4. September.
[136]) Radowitz, Erinnerungen, Bd. II, S. 233 f.
[137]) Telegramm Bismarcks an das Auswärtige Amt, Salzburg, 1. September.
[138]) Herbert Bismarck an Busch, Kissingen, 27. August.
[139]) Herbert Bismarck an Busch, Kissingen, 28. August.
[140]) Aufzeichnung Hatzfeldts, 20. August.
[141]) Von Kurowski an Herbert Bismarck, 27. August, FA.
[142]) Telegramm des Geschäftsträgers Graf Monts, Bukarest, 30. August.
[143]) Ein zusammenfassender Bericht über die Unterredung ist in den deutschen Akten nicht enthalten. Aber die weiter unten zitierten Einzelstücke ermöglichen doch, ein Bild des Besprochenen zu rekonstruieren.
[144]) Bericht des Grafen Arco, 5. September, und DDF, V, S. 99.
[145]) GP, III, S. 294.
[146]) Holborn, a. a. O., S. 38 ff. und besonders eingehend Noack, a. a. O., S. 147 ff.
[147]) Holborn und Noack kritisieren auch, daß Bismarck aus dem Wort Lord Dufferins, das Ende der Türkenherrschaft würde mit Englands Interesse wohl nicht unvereinbar sein, bloß die Absicht herausgelesen habe, Österreich stärker für die Abwehr gegen Rußland zu mobilisieren, und sich über die faktische Wandlung der englischen Politik nicht recht klargewesen sei. Dabei übersieht Holborn, dem die deutschen Akten vorgelegen haben, daß Radowitz in seinem Bericht vom 26. Oktober hervorhebt, der Ausspruch sei nur dem österreichischen Botschafter gegenüber gefallen, während Dufferin zu ihm selbst gesagt hat, nichts könne dem englischen Interesse mehr entsprechen als wenn die Türkei sich lebensfähig erwiese. Vor dem deutschen Botschafter hat sich Dufferin also ausdrücklich als Gegner der Politik Gladstones bekannt. Wenn er dem österreichischen gegenüber anders sprach, lag die Vermutung Bismarcks wirklich sehr nah.
[148]) Prinz Reuß an Bismarck, 12. September, GP, III, S. 297 ff.
[149]) Bericht Schweinitz', 11. September, GP, III, S. 295 ff.

[150]) Mitteilung Otto von Bülows zum Bericht des Prinzen Reuß vom 18. September.
[151]) Telegramm Bismarcks an Reuß, Gastein, 2. September.
[152]) Telegramm des Prinzen Reuß an Bismarck, 4. September.
[153]) Ungedruckte Erinnerungen des Grafen Herbert Bismarck, FA.
[154]) An den Prinzen Reuß, 8. September, GP, III, S. 265 ff.
[155]) An Prinz Reuß, 15. September, GP, III, S. 268 ff.
[156]) An Prinz Reuß, 18. September.
[157]) Telegramm von Radowitz, 17. September.
[158]) Bericht des Prinzen Reuß, 18. September. Über den österreichisch-serbischen Vertrag, vergl. Yakchitsch, Revue d'histoire diplomatique, 1937.
[159]) Busch an Hatzfeldt, 18. September.
[160]) Undatierte Aufzeichnung des Grafen Redern, präs. 17. September.
[161]) Waldersee an Bismarck, Homburg, 26. September, sowie Waldersee, Denkwürdigkeiten, I, S. 227 ff.
[162]) Bericht des Grafen Arco, 22. September.
[163]) Letters of Queen Victoria, 2nd series, Bd. III, S. 444.
[164]) Bericht des Prinzen Reuß, 23. September.
[165]) Letters of Queen Victoria, 2nd series, Bd. III, S. 442.
[166]) Bericht des Prinzen Reuß, 11. Oktober.
[167]) Bericht Baron Plessens, 23. Oktober.
[168]) Bericht des Prinzen Reuß, 3. September.
[169]) Bericht des Prinzen Reuß, 10. September, Aufzeichnung Buschs vom 15. September und Busch an Hatzfeldt vom 18. September.
[170]) Herbert Bismarck an das Auswärtige Amt, Gastein, 18. September.
[171]) Phil. Currie an Plessen, 11. September.
[172]) Telegramm Hatzfeldts, Homburg, 23. September.
[173]) Bismarck an Radowitz, Friedrichsruh, 12. Oktober.
[174]) Aufzeichnung Hatzfeldts, Homburg, 24. September.
[175]) Aufzeichnung Hatzfeldts, Homburg, 25. September.
[176]) Bericht des Grafen Bray, Belgrad, 11. Oktober.
[177]) Außer den Konsularberichten auch ein Privatbrief des auf seinen Gütern in Polen weilenden Fürsten Hohenlohe an Herbert Bismarck vom 18. September, FA.
[178]) Bericht Plessens, Petersburg, 10. Oktober, sowie Privatbrief Plessens an Herbert Bismarck, 10. Oktober, FA.
[179]) Gedruckt bei Holborn, a. a. O., S. 111 ff.
[180]) Teilweise gedruckt, Gesammelte Werke, Bd. VIc, S. 282.
[181]) Über die Einzelheiten der Verhandlungen, siehe GP, III, S. 269—282.
[182]) Busch an Otto von Bülow, 5. Oktober.
[183]) Herbert Bismarck an Busch, Friedrichsruh, 6. Oktober.
[184]) Graf Rantzau an das Auswärtige Amt, Friedrichsruh, 23. Oktober.
[185]) Einzelheiten in meinem Buch Berlin—Madrid—Rom.
[186]) Bericht Baron Plessens, Petersburg, 17. Oktober.
[187]) Herbert Bismarck an Graf Rantzau, Petersburg, 10. März 1884, FA.
[188]) Marginal zum Bericht Baron Plessens vom 9. November.
[189]) Bericht Plessens, 8. November.
[190]) Aufzeichnung Rottenburgs, 29. Oktober. Der Aufsatz ist erschienen in der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung" vom 30. Oktober.
[191]) Marginal zur Aufzeichnung Hatzfeldts vom 13. November.
[192]) Aktennotiz Hohenlohes, Berlin, 29. Oktober.
[193]) Aktennotiz Holsteins, 14. November.
[194]) Bericht von Wertherns, München, 9. November.
[195]) Bericht Radowitz', 26. Oktober.
[196]) Telegramm Hatzfeldts an Radowitz, 6. November.
[197]) Graf Rantzau an das Auswärtige Amt, Friedrichsruh, 5. November.
[198]) Graf Rantzau an das Auswärtige Amt, 12. November.
[199]) Marginal zum Bericht von Braunschweigs, 8. November.
[200]) Bericht Herbert Bismarcks, London, 3. November.

[201]) Graf Rantzau an Graf Herbert Bismarck, Friedrichsruh, 10. Dezember, FA.
[202]) Vergl. mein Buch Berlin—Madrid—Rom, S. 125 ff., sowie Hohenlohe, Denkwürdigkeiten, Bd. II, S. 347 ff.
[203]) Bericht Plessens, 13. November.
[204]) Aufzeichnung Hatzfeldts vom 13. November. Über das Gespräch zwischen Bismarck und Giers vergl. den Immediatbericht des Reichskanzlers vom 16. und seinen Erlaß an Reuß vom 19. November, GP, III, S. 302 ff. Ergänzend noch ein Telegramm Bismarcks an Reuß vom 14. November. Giers' Bericht an seinen Stellvertreter Vlangali, Montreux, 19. November, bei Goriainow: American Historical Review, Januar 1918.
[205]) Graf Rantzau an das Auswärtige Amt, 5. Dezember.
[206]) Bericht des Prinzen Reuß, 1. Dezember.
[207]) Aufzeichnung Hatzfeldts, 2. Dezember.
[208]) Schweinitz: Briefwechsel, S. 197.
[209]) An den Staatssekretär des Reichsschatzamts von Burchard, Friedrichsruh, Gesammelte Werke, VIc, S. 287.
[210]) Hatzfeldt an Caprivi, 24. November.
[211]) Bericht von Keudells, Genua, 18. November.
[212]) Vergl. Waldersee: Denkwürdigkeiten, I, S. 232, und Holborn, a. a. O., S. 29 ff.
[213]) Bericht Radowitz' vom 3. Dezember, und Schweinitz' vom 7. Dezember.
[214]) Nolde, a. a. O., S. 294.
[215]) Erlaß an Reuß, Friedrichsruh, 18. November, GP, III, S. 406 ff.
[216]) DDF, V, S. 167—181 und 190—193. Die deutschen Akten enthalten nichts über das Gespräch.
[217]) Den gleichen Gedankengang mußte Schweinitz in Petersburg entwickeln (Graf Rantzau an das Auswärtige Amt, Friedrichsruh, 10. Dezember). Auch das russische Finanzkomitee hat diesen Zusammenhang beim Zaren hervorgehoben und, um den Erfolg der Auslandsanleihe zu sichern, beantragt, der Presse die Polemik gegen die Mittelmächte zu verbieten (Bericht Schweinitz' vom 19. November).
[218]) DDF, V, S. 219, vom 19. Februar.
[219]) Berichte des Prinzen Reuß, 20. und 22. Dezember.
[220]) Schweinitz: Denkwürdigkeiten, II, S. 255 und 258.
[221]) Graf Rantzau an Graf Herbert Bismarck, Friedrichsruh, 27. Januar 1884, FA.
[222]) Herbert Bismarck an seinen Vater, Berlin, 11. Januar 1884, Goldschmidt: Die Briefe an Bismarck, S. 259 ff.
[223]) Bericht des Prinzen Reuß, 28. Dezember 1883, GP, III, S. 308 ff.
[224]) Bericht des Prinzen Reuß, 14. Januar 1884.
[225]) Bericht des Prinzen Reuß, 21. Januar, GP, III, S. 311 ff. und Schweinitz', 19. Februar, GP, III, S. 329 f., außerdem unveröffentlicht Reuß, 22. Januar, und Schweinitz, 26. Januar.
[226]) Da hierfür über das bereits Bekannte hinaus wenig Neues beizusteuern ist, darf ich mich kurz fassen. Das wichtigste Material ist gedruckt, GP, III, S. 315—335.
[227]) Graf Rantzau an das Auswärtige Amt, Friedrichsruh, 19. Januar.
[228]) Bericht des Prinzen Reuß, 10. Februar.
[229]) Graf Rantzau an das Auswärtige Amt, Friedrichsruh, 12. Februar, und Hatzfeldt an Reuß, 17. Februar.
[230]) Bericht des Prinzen Reuß, 22. Februar.
[231]) Telegramm des Prinzen Reuß, 26. Februar.
[232]) Bericht des Prinzen Reuß, 28. Februar.
[233]) Unveröffentlichter Teil des sonst GP, III, S. 331, gedruckten Berichtes vom 3. März.
[234]) Aufzeichnung Hatzfeldts vom 6. März.
[235]) Rantzau an das Auswärtige Amt, Friedrichsruh, 13. Februar.
[236]) Bericht des Prinzen Reuß, 21. Februar.
[237]) Graf Rantzau an das Auswärtige Amt, 25. Februar.
[238]) DDF, V, S. 229.
[239]) GP, III, S. 334.
[240]) Herbert Bismarck an seinen Vater, Petersburg, 9. März, FA.
[241]) An Graf Rantzau, Petersburg, 1. und 4. März.

Fünfter Teil

[1]) Bericht Courcels vom 27. Februar, DDF, V, S. 224.
[2]) Vergl. auch die Aufzeichnung Ferrys über den Besuch, den Bleichroeder ihm angeblich im direkten Auftrag Bismarcks am 19. März gemacht hat (DDF, V, S. 242 ff.).
[3]) Hatzfeldt an Graf Solms, 3. April.
[4]) Aufzeichnung Hatzfeldts, 4. April.
[5]) Vom 6. April, GP, III, S. 410.
[6]) Bericht des Ministerresidenten Weber, Tanger, 4. April.
[7]) Bericht Webers, 19. April.
[8]) Hatzfeldt an Hohenlohe, 14. Mai, vergl. Courcel an Ferry, 14. Mai, DDF, V, S. 290.
[9]) Von Hagen: Bismarcks Kolonialpolitik, S. 326.
[10]) 31. März, DDF, V, S. 241.
[11]) Vergl. Rambaud, Jules Ferry.
[12]) Bericht Hohenlohes vom 8. Februar.
[13]) Graf Rantzau an das Auswärtige Amt, Friedrichsruh, 9. März.
[14]) Courcel an Ferry, 25. April, DDF, V, S. 268.
[15]) A. I. P. Taylor: Germany's first bid for colonies 1884—1885. London 1938. Im allgemeinen sei für Bismarcks Kolonialpolitik neben der zusammenfassenden Charakteristik bei Oncken, a. a. O., S. 249 ff., auf die grundlegende, eben schon zitierte Darstellung von M. v. Hagen, sowie ergänzend auf die Arbeit von W. O. Aydelotte, Bismarck and British colonial policy, 1883—1885, Philadelphia 1937, schließlich auf das von ihm noch nicht benützte Buch von Schüßler, Lüderitz, 1936, hingewiesen.
[16]) Graf Rantzau an das Auswärtige Amt, Friedrichsruh, 12. Januar 1884.
[17]) Hatzfeldt an Radowitz, 22. März.
[18]) Telegramm Münsters, 8. April.
[19]) GP, IV, S. 50 ff., vergl. darüber Rothfels, a. a. O., S. 77 ff.
[20]) Taylor (S. 33 ff.) sieht darin den Willen, mit England in Streit zu geraten!
[21]) Hatzfeldt an Hohenlohe, 15. Mai, sowie Courcel an Ferry, 12. Mai, DDF, V, S. 286.
[22]) Bericht Bülows, Paris, 26. Mai.
[23]) GP, IV, S. 59 ff.
[24]) Bericht des Prinzen Reuß, 30. März.
[25]) Erlaß an Prinz Reuß, 21. April.
[26]) Bericht des Prinzen Reuß, 6. Juni.
[27]) Bericht Herbert Bismarcks, 4. April.
[28]) Von dieser Antwort wurde Schweinitz am 28. Juni beauftragt Giers in Kenntnis zu setzen, hierbei wurde der Zeitpunkt der Unterredung als „*vor einigen Monaten*", „*im Frühjahr*", angegeben.
[29]) Holstein an Herbert Bismarck, 26. Februar, FA.
[30]) DDF, V, S. 253.
[31]) Aus Schweinitz' Eintragung vom 21. Mai, Denkwürdigkeiten, II, S. 272, geht auch hervor, daß ihm nichts Derartiges zur Kenntnis gekommen ist.
[32]) Bericht Herbert Bismarcks, Petersburg, 23. April.
[33]) II, S. 273.
[34]) Corti, a. a. O., von S. 137 ab.
[35]) Vergl. Goldschmidt, Die Briefe an Bismarck, S. 262, Herbert Bismarck an seinen Vater, Petersburg, 12. April.
[36]) Herbert Bismarck an seinen Vater, 5. April, FA.
[37]) Erlaß an Prinz Reuß, 25. April.
[38]) Berichte des Prinzen Reuß vom 23., 24. und 28. April.
[39]) Denkwürdigkeiten, II, S. 272, und Brief an seine Gattin, Petersburg, 29. Februar, Briefe, S. 202.
[40]) GP, III, S. 339 ff.
[41]) Herbert Bismarck an seinen Vater, Petersburg, 18. Mai, FA. In seinen nicht gedruckten Erinnerungen, FA, erzählt Graf Herbert, der den Prinzen begleitende Graf Waldersee sei von der russischen militärischen Machtentfaltung derart beeindruckt worden, daß er ihm die Frage vorgelegt habe, wie lange noch unser Bündnis mit Österreich dauere: „*es*

wäre doch gut, es nicht zu erneuern und statt dessen das mit Rußland abzuschließen". Später ist Graf Waldersee bekanntlich der Vorkämpfer für den Präventivkrieg mit Rußland geworden.

[42]) Bericht des Prinzen Reuß, 29. Mai.

[43]) Gedruckt nach der ersten Veröffentlichung im Krasny Archiv u. a. bei Becker. Das französisch-russische Bündnis, S. 286.

[44]) Corti, a. a. O., S. 170 f.

[45]) Über Kaiser Franz Josephs gleichartige Sorge vergl. GP, III, S. 347, Anmerkung.

[46]) Telegramm an Reuß und Schweinitz, 10. Juni.

[47]) Busch an Prinz Reuß, 25. Juni.

[48]) Erlaß an Prinz Reuß, 17. Juni, GP, III, S. 347, vergl. Schünemann, a. a. O., S. 588.

[49]) Bericht des Prinzen Reuß, 19. Juni, GP, III, S. 343.

[50]) Erlaß an Prinz Reuß, 23. Juni, GP, III, S. 345.

[51]) Bericht des Prinzen Reuß, 2. Juli, GP, III, S. 352 ff.

[52]) Erlaß an Prinz Reuß, Varzin, 8. Juli.

[53]) Von Hagen, a. a. O., S. 352 ff.

[54]) Irgendeinen Anhaltspunkt, daß aus politischen Gründen ein so großer Teil der ägyptischen Werte für deutsche Rechnung erworben worden sei (vergl. Aydelotte, S. 114 f.), ergeben die deutschen Akten nicht.

[55]) Erlaß an Hohenlohe und Münster, 22. Juni.

[56]) Erlaß an Keudell, 26. Juni, GP, III, S. 411.

[57]) Graf Herberts Berichte, gedruckt GP, IV, S. 64—74.

[58]) An seinen Vater, 18. Juni, FA.

[59]) Gwynn und Tuckwell: Life of Sir Charles Dilke, Bd. II, S. 81.

[60]) Immediatbericht vom 22. Juni.

[61]) An der in diesem Satz liegenden Resignation hat Schweinitz herbe Kritik geübt (Denkwürdigkeiten, Bd. II, S. 279).

[62]) Bericht des Prinzen Reuß, 2. Juli.

[63]) Marginal zum Brief Hatzfeldts an Wilhelm Bismarck, vom 12. Juli.

[64]) Erlaß an Prinz Reuß, Varzin, 18. Juli.

[65]) Herbert Bismarck an das Auswärtige Amt, Varzin, 24. Juli.

[66]) Bericht Herbert Bismarcks, London, 9. Juli, GP, IV, S. 275.

[67]) Bericht Herbert Bismarcks, London, 11. Juli.

[68]) Marginal zur Aufzeichnung Hatzfeldts vom 17. Juli.

[69]) Telegramm an das Auswärtige Amt, Varzin, 17. Juli.

[70]) Marginal zum Telegramm Münsters vom 17. Juli.

[71]) Graf Wilhelm Bismarck an das Auswärtige Amt, Varzin, 19. Juli.

[72]) Marginal zum Bericht Münsters vom 23. Juli.

[73]) Herbert Bismarck an das Auswärtige Amt, Varzin, 24. Juli.

[74]) Erlaß an Graf Hatzfeldt, Varzin, 2. August.

[75]) Telegramm an das Auswärtige Amt, Varzin, 30. Juli.

[76]) Aufzeichnung Hatzfeldts, 5. August.

[77]) 15. September, DDF, V, S. 410.

[78]) GP, IV, S. 77. Taylor, a. a. O., S. 45, Anmerkung, erklärt die widerspruchlose Hinnahme der Rüge durch Münster damit, daß dieser nicht durch Rekrimination Anlaß zu noch schärferem Vorgehn bieten wollte. Anders hat Herbert Bismarck die Dinge angesehn. In einem Brief an seinen Bruder (Königstein, 15. August, FA) bedauert er, daß „*der Rüffel*" erst nach Münsters Urlaubsantritt angegangen sei, der ihn nunmehr überhaupt nicht kennenlernen werde: „*Er liest nämlich nie ein Aktenstück, welches während seiner Abwesenheit eingegangen ist, und wäre er auch noch so viele Monate auf Urlaub gewesen.*"

[79]) Das Material GP, III, von S. 413 ab, das französische DDF, V, von S. 365 ab. Die neueste Darstellung bei Geoffroy de Courcel: L'influence de la conférence de Berlin en 1885 sur le droit international, Paris, 1936, und bei G. Königk: Die Berliner Kongokonferenz 1884—1885, Essen, 1938.

[80]) Wilhelm Bismarck an Hatzfeldt, Varzin, 13. August.

[81]) Wilhelm Bismarck an das Auswärtige Amt, Varzin, 4. August.

[82]) Telegramm des Gesandten von Brand, Peking, 15. August.

[83]) Busch an den Reichskanzler, 29. August.

[84]) DDF, V, S. 367.
[85]) DDF, V, S. 465.
[86]) Bismarck an das Auswärtige Amt, Varzin, 1. September.
[87]) Vergl. darüber Taylor, a. a. O., S. 49 f. Der Brief und Herberts Antwort sind gedruckt, GP, IV, S. 79 ff.
[88]) An Wilhelm Bismarck, Königstein, 24. August, FA.
[89]) An Wilhelm Bismarck, Königstein, 28. August, FA.
[90]) Graf Wilhelm an Graf Herbert, Varzin, 29. August, VA.
[91]) Gedruckt GP, IV, S. 80 ff.
[92]) Erlaß an Münster, 17. Februar, 1885.
[93]) Taylor, S. 51, kann seine These nur dadurch aufrechterhalten, daß er das überaus wichtige Schreiben Herbert Bismarcks an Lord Granville „full of platitudes" nennt. Er übersieht, daß der Sinn des Schreibens darin lag, den Engländern klarzumachen, der erste Schritt zum Besseren liege bei ihnen.
[94]) Plessen an Herbert Bismarck, London, 31. August, FA.
[95]) An Wilhelm Bismarck, Berlin, 24. August, VA.
[96]) Der Arnim-Prozeß.
[97]) Vergl. oben S. 589.
[98]) An Herbert Bismarck, Berlin, 1. September, FA.
[99]) An Wilhelm Bismarck, 2. September, VA.
[100]) An Wilhelm Bismarck, 4. September, VA.
[101]) An Herbert Bismarck, Varzin, 29. August, VA.
[102]) An Wilhelm Bismarck, Königstein, 1. September, FA.
[103]) An Herbert Bismarck, Varzin, 2. September, VA.
[104]) An Herbert Bismarck, Varzin, 6. September, VA.
[105]) Holstein hat die Option zugunsten Frankreichs auch weiterhin empfohlen: „Mit dem Zwickmühlensystem machen wir nicht Bismarcksche, sondern Haugwitzsche Politik" (an Wilhelm Bismarck, 5. Oktober, VA).
[106]) Bericht des Prinzen Reuß, 28. August.
[107]) 21. August, GP, III, S. 363.
[108]) Vergl. Schweinitz, Denkwürdigkeiten, II, S. 286.
[109]) Aktennotiz Holsteins vom 25. August.
[110]) Vergl. das Aktenmaterial, GP, III, S. 369 ff.
[111]) Telegramm von Radowitz, 12. Oktober, vergl. auch dessen Erinnerungen, Bd. II, Seite 242.
[111]) Telegramm von Radowitz, 12. Okt., vergl. auch dessen Erinnerungen, Bd. II, S. 242.
[112]) Bericht des Prinzen Reuß, 29. September.
[113]) Bericht des Prinzen Reuß, 30. September.
[114]) Bericht Bülows, 6. Oktober.
[115]) Telegramm Bülows, 8. Oktober.
[116]) Bericht Bülows, 15. Oktober.
[117]) Der österreichische Legationsrat von Eisenstein hat Bülow gegenüber die Schuld an dem ganzen Zwischenfall auf Tisza gewälzt, der den Entwurf zur Thronrede umformuliert habe (Bericht Schweinitz', 10. November).
[118]) Bericht des Prinzen Reuß, 16. Oktober.
[119]) Bericht Bülows, 25. Oktober.
[120]) Marginal zum Bericht des Geschäftsträgers Grafen von der Goltz, Wien, 28. Oktober.
[121]) Bericht Schweinitz', 3. November.
[122]) Bismarcks gesammelte Werke, Bd. XII, S. 495.
[123]) Telegramm von Braunschweigs, Teheran, 20. November.
[124]) Bericht Schweinitz', 22. November.
[125]) An Herbert Bismarck, Petersburg, 9. Dezember, FA.
[126]) Bericht von Schweinitz, 6. Dezember.
[127]) Der Leiter der asiatischen Abteilung im russischen Außenministerium.
[128]) Bericht des Prinzen Reuß, 30. Dezember 1884.
[129]) Bülow an Herbert Bismarck, Petersburg, 29. Dezember, FA.
[130]) In dem eben zitierten Brief vom 29. Dezember.

[131]) Corti, a. a. O., S. 182 ff.
[132]) Bülow an Graf Herbert, Petersburg, 29. Dezember, FA.
[133]) Bericht des Prinzen Reuß, 22. Januar 1885.
[134]) Petersburg, 9. Dezember, FA.
[135]) Reichstagsrede vom 15. Oktober 1884.
[136]) Vergl. den späteren Brief Courcels an Ferry vom 3. Dezember, DDF, V, S. 503.
[137]) Courcel an Ferry, 21. September, DDF, V, S. 420.
[138]) Courcel an Ferry, 25. September, DDF, V, S. 425. und Aufzeichnung Hatzfeldts vom 24. September, GP, III, S. 430.
[139]) DDF, V, S. 421.
[140]) GP, IV, S. 89.
[141]) GP, III, S. 431 ff. und DDF, V, S. 441 ff. Über die Pariser Zustände und leitenden Persönlichkeiten hat Bernhard Bülow auf Grund seiner genauen Kenntnis den Grafen Herbert vor Antritt der Reise dorthin informiert (Petersburg, 24. September, FA): *Daß Sie in England jagen, ohne Granville zu sehen und hernach Ferry aufsuchen wollen, wird einen großen und heilsamen Eindruck hervorrufen. Ferry stammt aus dem Osten Frankreichs, wo das keltische Element am stärksten mit germanischem durchsetzt ist und infolgedessen der lebendigste Patriotismus besteht; durch seine hübsche Frau ist er überdies mit den hervorragendsten Elsässer Protestler-Familien — Scheurer-Kestner, Köchlin, Dollfuß — verwandt: von Hause aus ist Ferry Revanche-Mann. Anderseits ist er jedoch der Hauptträger der Kolonialpolitik, welche die Franzosen nicht ohne unsere Unterstützung gegen England durchführen können. So entsteht in ihm das Gemisch von Mißtrauen und Wunsch nach Verständigung, Abneigung und Dankbarkeit, welche seine Haltung uns gegenüber charakterisiert. Ferry ist sehr eitel. Was ihn am meisten kratzt, ist, wenn er den Eindruck bekommt, daß man die Republik im allgemeinen und ihn im besonderen für außerordentlich fest hält: „On considère chez nous la République comme définitivement établie en France, depuis que Votre Excellence est au pouvoir (diesen Satz hat Herbert Bismarck wörtlich gegen Ferry gebraucht)". Seine Ranküne gegen die Radikalen, Freycinet und Grévy mit eingeschlossen, ist noch größer als gegen die Orléanisten, die er bis zu einem gewissen Grade schont. Im Gegensatze zu dem genialen aber völlig manierenlosen Krämersohn Gambetta hat Ferry, der einer guten Bürgerfamilie angehört, korrekte Formen und liebt es, wenn man ihm gelegentlich eine excellence an den Kopf wirft und tiefe Verbeugungen macht. Er ist davon durchdrungen, daß Frankreich allein seiner Energie und Umsicht Tunis und Tonkin verdankt und die Geschichte ihn hierfür einst mit Richelieu und Ludwig XIV. rangieren wird. Je unaufhörlicher ihm die Opposition Mangel an Verständnis und Erfahrung auf dem Gebiete der auswärtigen Politik vorwirft, um so mehr möchte Ferry zeigen, daß er gerade diese trotz jedem Fachdiplomaten versteht. Überdies wiederholt die Mme Ferry beständig qu'il n'y a de vraiment distingué que la diplomatie. Früher glaubte Ferry, daß die englischen Konservativen antifranzösisch, die Liberalen sehr franzosenfreundlich seien. Vielleicht wäre es nicht schlecht, wenn Sie durchblicken ließen, wie gerade die englischen Liberalen Ihnen den Hof machten und sich gerne mit uns verständigen möchten . . . Ferry fühlt sich nicht als Kollege der übrigen Minister, sondern durchaus als Premier und ist es auch in Wirklichkeit durch größere Zähigkeit, Schlauheit, Arbeitskraft und weil sein ledern-steifes Wesen dem haltlosen Franzosen imponiert. Lassen Sie ihn merken, daß in Ihren Augen die anderen Minister, auch Waldeck-Rousseau, erst in zweiter Linie kommen . . . Freycinet ist kompromettant und zur Zeit wertlos. Den alten Grévy hat Ferry ganz an die Wand gedrückt, — unter vier Augen kann man jedoch beide immer noch gut behandeln, denn in Frankreich il n'y a que les morts qui ne reviennent pas. Schimpfen Sie gegenüber Ferry auf Clemenceau, indem Sie einfließen lassen, daß Gladstone diesen für den größten Mann in Frankreich halte."*
[142]) Otto von Bülow an Busch, Baden-Baden, 28. September.
[143]) Freiherr von Rothenhan an Herbert Bismarck, Paris, 14. Oktober, FA.
[144]) Vergl. den Bericht Baron Plessens, London, 8. Oktober, Goldschmidt, Preußische Jahrbücher, Bd. 37, S. 247.
[145]) Bericht von Rothenhans, Paris, 24. Oktober.
[146]) Einzelheiten bei Lord Cromer: Modern Egypt, Bd. II.
[147]) Bericht Hohenlohes, 10. November.
[148]) Marginal zum Bericht Keudells vom 24. Oktober.
[149]) Erlaß an Münster, 22. Oktober.
[150]) Goldschmidt, a. a. O., S. 248 ff.

[151]) Hatzfeldt an Münster, 17. November.
[152]) Vom 8. November, DDF, V, S. 465, vergl. oben S. 568.
[153]) Courcel an Ferry, 12. November, DDF, V, S. 470.
[154]) Taylor, a. a. O., S. 61.
[155]) Telegramm Münsters vom 1. Dezember.
[156]) Über das Gespräch hat der Botschafter an Ferry in drei langen Telegrammen und einem umfangreichen Privatbrief berichtet, DDF, V, S. 489—503.
[157]) Vergl. auch den Erlaß vom selben Tage an Münster, GP, IV, S. 91 ff. Als Antwort hat Lord Granville der Freude Ausdruck gegeben, daß das Mißverständnis geklärt sei, und Bismarck sagen lassen, *„daß er, Gladstone und alle seine Kollegen den dringendsten Wunsch hätten Eurer Durchlaucht zu beweisen, daß sie weit davon entfernt seien, die deutschen Kolonialbestrebungen irgendwie hindern zu wollen* (Telegramm Münsters vom 10. Dezember)". Bismarck bemerkte dazu: *„Redensarten — Tatsachen."*
[158]) Pagès, a. a. O., S. 211.
[159]) Vergl. besonders Courcel an Ferry, 27. Dezember, DDF, V, S. 524 ff.
[160]) Die Engländer haben gefürchtet, daß Bismarck seine Reisepläne auf Ägypten ausdehnen könnte, was sie als „very inconvenient" empfanden (Fitzmaurice, a. a. O., Bd. II, Seite 376 ff.).
[161]) Courcel an Ferry, 20. Januar 1885, DDF, V, S. 558.
[162]) Der Generalkonsul in Kairo von Derenthall meldete am 21. Dezember, die Antwort sei *„Wort für Wort von Baring festgestellt, jeder Versuch des Khediven, sie günstiger zu gestalten, ist durch englisches Machtgebot niedergehalten worden".*
[163]) Aufzeichnung Buchers, 19. Dezember.
[164]) DDF, V, S. 537.
[165]) Erlaß an Reuß, 9. Januar 1885.
[166]) Auf dem Höhepunkt des Konflikts mit England hat er Hohenlohe telegraphiert (11. März), die Tatsache sei *„vor Verdunkelung zu bewahren, daß die Instruktion vom 14. Januar nach vorheriger vertraulicher Verständigung mit dem französischen Kabinett entworfen worden war und daß das Schriftstück auch nach seiner Fertigstellung und Übergabe die Billigung des Herrn Ferry gefunden hatte".*
[167]) Der französische Wortlaut der deutschen Note, DDF, V, S. 560 ff.
[168]) Fitzmaurice, a. a. O., Bd. II, S. 425, vergl. Rothfels, a. a. O., S. 86.
[169]) DDF, V, S. 556.
[170]) DDF, V, S. 552.
[171]) GP, III, S. 440—443.
[172]) GP, IV, S. 93 ff. Gegen die hier erhobenen Vorwürfe hat Münster sich überaus schwach verteidigt (2. Februar), er habe immer wieder auf den Ernst der Lage hingewiesen: *„Mir wurde dabei stets mit den besten Versicherungen geantwortet, die allerdings nicht immer mit den Taten übereinstimmten."*
[173]) Bericht Schweinitz', 5. Januar 1885.
[174]) Telegramm Schweinitz', 15. Januar 1885.
[175]) Erlaß an den Geschäftsträger in Konstantinopel von Thielmann, 4. Februar.
[176]) Über diese hat Bismarck dem Prinzen Reuß geschrieben (8. Februar): *„Infolge der ersten russischen Anfrage hatte ich zunächst den französischen Botschafter sondiert, um festzustellen, wie Frankreich zu dem Vorgehen Italiens stehe. Aus den Äußerungen des Baron Courcel gewann ich den Eindruck, daß seine Regierung nicht geneigt sei, den türkischen Protest zu unterstützen; er war der Meinung, daß die Garantie des Vertrages von 1857 die Gebiete südlich von Suakim nicht decke. Herr Ferry scheint diese Grenzlinie für den Geltungsbereich des Vertrages erst bei Massauah zu ziehen, aber von da ab südlich die Garantie von 1857 ebenfalls nicht anwendbar zu finden. Ich vermute, daß die französische Regierung sich nicht die Möglichkeit abschneiden will, ihrerseits ähnlich wie Italien vorzugehen; jedenfalls wird sie für eine Demarche in Rom, wie sie in den Wünschen der Pforte liegt, jetzt nicht zu haben sein, und eine eventuelle Vorstellung der drei Kaiserhöfe würde mithin nicht nur ohne französische Unterstützung bleiben, sondern letztere eher den Plänen Italiens zugute kommen."*
[177]) Aufzeichnung Herbert Bismarcks vom 7. Februar.
[178]) Erlaß an Radowitz, 23. Februar.
[179]) Erlaß an Hohenlohe, 15. Februar.

[180]) Aufzeichnung Hatzfeldts, 20. März.
[181]) Erlaß an Münster, 17. Februar. Am 1. März wurde Münster beauftragt, diesen Erlaß Lord Granville in Notenform zu überreichen; bis dahin hatte sich die Zahl auf 127 Noten und 718 Seiten erhöht.
[182]) Dies ist offenbar die Mitteilung, deren Ton Gladstone seiner Königin „nicht weniger als drohend" nannte (Letters of Queen Victoria, 2nd series, Bd. III, S. 615).
[183]) Aufzeichnung Bismarcks vom 28. Februar sowie Courcel an Ferry, 26. Februar, DDF, V, S. 620.
[184]) Vergl. GP, IV, S. 100 ff.
[185]) Gedruckt bei Lord Crewe: Lord Rosebery, Bd. I, S. 234.
[186]) Konzept, FA.
[187]) Ungedruckter Teil des sonst GP, IV veröffentlichten Berichts des Grafen Herbert vom 7. März.
[188]) Telegramm Herbert Bismarcks, London, 4. März.
[189]) Lord Crewe, a. a. O., S. 235.
[190]) Ungedruckte Erinnerungen, FA.
[191]) Privatbrief an Ferry vom 11. März, DDF, V, S. 645 ff.
[192]) Erinnerungen und Denkwürdigkeiten, S. 324.

Personenregister

Fürst Otto von Bismarck ist nicht im Register aufgenommen.

Abaza, russ. Finanzminister 195.
Abdul Hamid, Sultan 129, 150, 177 ff., 184, 186, 188 ff., 207, 212, 216, 219, 230 f., 266, 268 f., 286 f., 291 f., 296, 300, 306, 320, 325 ff., 328 f., 331, 333 ff., 341 ff., 346 f., 348 ff., 373 f., 400 ff., 404, 424, 433, 443, 449, 457, 483 f., 495, 505, 525, 552, 555 ff., 584.
Abzac, Marquis de, frz. Diplomat 409.
Adam, Juliette, Journalistin 107, 304.
Adlerberg, Graf, russ. Hausminister 51.
Aksakow, russ. Publizist 304, 389, 525, 532.
Albedinski, von, russ. General 364.
Albedyll, von, General 74, 546.
Albert, König von Sachsen 235, 244.
Albini, ital. General 574.
Albrecht, Erzherzog 104, 469.
Aleko Pascha, Generalgouverneur von Ostrumelien 463, 494 f.
Alexander I., Zar 435.
Alexander II., Zar 33—37, 40, 44 f., 51, 53, 66—75, 78 f., 83 ff., 86, 89, 111, 113 f., 115—123, 139, 144 f., 146 f., 149 f., 165 ff., 169, 195, 197, 199, 206, 220—223, 232, 236, 260, 313, 436, 452, 569 f., 573 ff.
Alexander III., Zar 115, 165, 197, 220—222, 224 ff., 229 f., 232 ff., 236—239, 247, 250, 256 f., 259—264, 282 ff., 303—314, 316 f., 322 f., 351, 365 f., 377, 389 ff., 393, 396, 400, 412 ff., 434—438, 440, 442 f., 447, 449, 451 ff., 455, 457, 459, 461 ff., 465 f., 468, 472, 489 f., 491 494 ff., 500, 524 ff., 528, 531 f., 555.
Alexander, Fürst von Bulgarien 133 f., 224 f., 248, 283 f., 304 ff., 321 f., 389, 400 ff., 426 f., 434, 439, 448, 450 f., 453 f., 456, 493 f., 495, 500, 531 f.
Alexander, Prinz von Hessen 305.
Alfons XII., König von Spanien 40, 424. 441, 444 f., 475, 534.
Ali Nizami, türk. Marschall 286, 291 f., 296, 320, 374.
Alice, Prinzessin von Hessen 493.
Ampthill, Lord siehe Russell.
Andrássy, Graf 35 f., 44, 53 f., 56, 64, 66 69—71, 77 f., 83, 85, 104, 124, 135, 176, 194, 213, 242, 276, 284, 525, 573, 576.
Antoine, lothr. Politiker 419.
Arabi, Pascha 265, 325, 328, 358, 370.
Arnim, Graf Harry von 21, 32.
Augusta, Kaiserin 74.
Aumale, Herzog von 362, 424.
Avezzana, ital. Irredentist 101.

Bakunin 309.
Baring, Sir Evelyn, v. Cromer.
Barjatinski, russ. Feldmarschall 78.
Barrère, Camille, frz. Diplomat 394.
Barthélemy — St. Hilaire, frz. Außenminister 186, 208, 214, 220, 253 f., 268, 275, 277 f., 297.
Battenberg, Alexander von, s. Alexander, Fürst von Bulgarien.
Battenberg, Heinrich von 531.
Beaconsfield, Lord 42, 47, 57, 77, 96, 98, 108 f., 137, 142, 180, 430.
Beck, Freiherr von, österr. Generalstabschef 382.
Benomar, Graf, spanisch. Gesandter 278, 475.
Berchem, Graf, deutsch. Diplomat 275, 448.
Berg, Graf, russ. Feldmarschall 37, 78.
Beust, Graf, österr. Reichskanzler 35 f., 70.
Bismarck, Fürstin Johanna.
Bismarck, Graf Herbert 51, 62, 115 f., 156, 173, 185, 197, 238, 240, 252 f., 260, 290 f., 294, 297, 306 f., 340, 347, 368, 372, 376, 380, 384 f., 392, 394 ff., 404, 416, 424, 431, 433, 438, 440 ff., 451 ff., 461, 468, 472, 490 ff., 496, 500, 504, 506 ff., 516 bis 521, 523, 531, 533, 535, 540 f., 554 f., 558, 560—563, 593 ff.
Bismarck, Graf Wilhelm 74 f., 407, 496, 506, 517—523, 562.
Bitter, preuß. Finanzminister 324.
Blanc, Baron, ital. Diplomat 226, 251, 272, 301.
Bleichröder, Bankier 63, 96, 106, 131, 137, 277, 279, 491.
Blowitz, engl. Journalist 77, 109, 290, 311, 385.

Boeresku, rumän. Außenminister 133.
Bontoux, Bankier 279.
Bratianu, rumän. Premierminister 131, 132 f., 193, 405, 428, 432 ff.
Braunschweig, von, deutsch. Diplomat 283, 304, 400 f., 529 f.
Brett, Reginald (Lord Esher) 540.
Bronsart von Schellendorf, preuß. Kriegsminister 446.
Bucher, Lothar 221, 379.
Bülow, Bernhard von, Staatssekretär 47, 57, 61, 69—74, 77, 85, 572.
Bülow, Bernhard von, später Reichskanzler 398, 424 f., 486, 503, 525—528, 530 ff., 595.
Bülow, Otto von, Legationsrat 78 ff., 83, 574 f.
Busch, Dr., Unterstaatssekretär 256 f., 260, 310, 375, 534.
Busch, Moritz, Publizist 379, 588.

Cairoli, Benedetto, ital. Ministerpräsident 105, 164, 226.
Cambridge, Herzog von 435.
Campenon, General, frz. Kriegsminister 538.
Caprivi, von, General 457.
Carlos, Don, spanisch. Thronprätendent 40.
Challemel-Lacour, frz. Außenminister 106, 137, 385, 422, 424, 459.
Chamberlain, Joe 142, 369, 507, 535.
Chanzy, General, frz. Botschafter 116, 118, 222, 229, 574.
Charmes, Gabriel, Journalist 538.
Chartres, Herzog von 452.
Chrestowitsch, Generalgouverneur von Ostrumelien 495 f.
Christian IX., König von Dänemark 100.
Churchill, Lord Randolph 508, 519.
Clemenceau, Georges 59, 106, 424, 565, 596.
Corti, Graf, ital. Botschafter 320.
Courcel, Baron de, frz. Botschafter 214, 299 f., 307, 331, 347, 352, 356, 372, 419, 421 f., 458 ff., 471, 475, 478, 480, 485, 508, 511, 512, 514 f., 517 ff., 534, 535 f., 541—547, 548, 550 f., 554, 563, 597.
Crispi, Francesco 101, 348.
Cromer, Lord 483, 597.
Cyon, Dr., Publizist 410.

Daudet, Ernest, Journalist 109, 227.
Decazes, Herzog von, frz. Außenminister 41, 109.
Dechent, von, Reichsbankpräsident 503.
Delane, engl. Journalist 109.
Depretis, ital. Ministerpräsident 226, 252. 275, 317, 387, 423.
Derby, Lord 41 f., 47, 561.
Derenthall, von, deutsch. Diplomat 261, 272, 574.
Déroulède, Paul, frz. Chauvinist 418, 508.
Derwisch Pascha, türk. Marschall 333.
Dilke, Sir Charles 137, 142, 294, 339, 348, 367, 369, 372, 384, 504, 536 f,. 561.
Disraeli s. Beaconsfield, Lord.
Dolgoruki, Fürst 434—437, 443, 447.
Dondukow-Korsakow, Fürst 134.
Duclerc, frz. Ministerpräsident 351, 361.
Dufferin, Lord 61, 100, 128, 230, 294, 402 f.
Durnow, russ. General 491, 493, 531.

Eduard (VII.), Prinz von Wales 220, 367, 384, 424, 440 f., 451 ff., 493, 536, 588.
Elliot, Sir Henry 298, 426, 438 f.

Fallières, frz. Ministerpräsident 362, 385.
Ferry, Jules, frz. Ministerpräsident 186, 226, 252, 277, 279, 362, 385 f., 422, 424 f., 459 f., 478 f., 485 f., 503 f., 507, 511, 513, 515 f., 603 f., 534, 537—539, 541—548, 550 f., 556, 559, 563 ff., 596 f.
Fitzmaurice, Sir E. 384.
Fournier, frz. Botschafter 129, 572.
Franz Joseph, Kaiser 35, 37 f., 57, 79, 105, 124, 146, 170, 197 f., 201 f., 204 f., 221, 234 f., 239 f., 242, 256 ff., 261 f., 276 f., 303, 311, 364, 386 f., 390, 399, 408, 413 f., 417, 427, 431, 455, 462, 466, 488 f., 495 f., 497 f., 499, 500 f. 526 f., 528 f., 576.
Freycinet, frz. Ministerpräsident 66, 104, 106 ff., 122, 140 f., 153 f., 159 f., 186, 296 f., 325 f., 328, 331, 347 f., 350 f., 362, 424 f., 586, 596.
Friedrich der Große 175.
Friedrich Wilhelm III. von Preußen 84 f., 435.
Friedrich Wilhelm, Kronprinz 73 f., 132, 141, 165, 189, 197, 232, 259, 273, 367, 423, 446, 453, 469, 492 f., 518, 531, 575.
Froebel, Konsul 253.

Gallifet, Marquis de, frz. General 311, 395, 418, 574.
Gambetta, Léon 58, 66, 78, 100, 106 f., 121, 137, 140, 154, 159 ff., 164, 180, 187, 214, 220, 229, 277 f., 279, 282 f., 286, 288, 290, 294, 296 ff., 299 f., 304, 311, 325 f., 339, 347, 352, 355, 362, 418.
Georg I., König von Griechenland 156 f., 401, 407, 438 f.
Giers, Nik. von, russ. Außenminister 74, 114, 116, 120, 123, 145, 148, 156, 167, 169 ff., 196 ff., 209, 223, 225, 233, 238 f., 248, 256 ff., 259 f., 261 ff., 269, 282 ff., 284, 303 f., 307, 309, 312 f., 314, 316, 323 f., 334, 364, 366, 376 ff., 380 f., 380 ff., 411, bis 417, 421, 426, 431, 434 f., 437 f., 441 ff., 447, 449, 452, 454—463, 465 ff., 471 f., 489 f., 493 ff., 500, 507, 512, 525 bis 528, 531 f., 552 f., 554, 556.

Gladstone, W. E. 138—140, 143 ff., 150, 165, 167, 180—185, 186, 190 f., 198, 211 f., 217 f., 225, 253 f., 270, 284, 294, 339 f., 351 f., 353, 355, 364, 369 f., 404, 430, 437—440, 452 f., 463, 486 f., 489, 493, 502 f., 504, 507—510, 512, 519, 535 f., 544, 549 f., 552, 556, 561 f., 596 f.
Gortschakow, Fürst 33 f., 39, 41 f., 44 ff., 51, 53 f., 56, 67, 69, 72, 77, 98, 114, 116, 121, 123, 128 f., 145, 173, 248, 282, 304, 374, 377, 380, 462, 575, 577.
Goschen, G. J. (Lord) 152, 158, 185, 211, 215, 294, 299.
Granville, Lord 137 f., 150, 185, 208, 210 f., 225, 255, 268, 290 f., 294 ff., 297, 300, 324, 328, 332, 343—346, 348, 367, 369, 384 ff., 392, 402, 404, 422, 438 ff., 451, 483, 486, 504, 508—511, 516—518, 530, 535 f., 538 ff., 541—546, 549, 552, 557 bis 559, 561 f., 597.
Grévy, Jules, Präsident der Republik 58. 160, 227, 231, 277, 386, 394, 398, 424, 587, 596.
Gurko, russ. General 413.

Hartington, Lord 108, 540, 577.
Hartmann, russ. Anarchist 123 f., 155.
Hatzfeldt, Graf 107, 129, 141, 145 f., 153, 158, 177, 179, 186, 188 f., 208, 211 f., 215 bis 219, 230 f., 236, 249 f., 256 f., 266, 275, 278, 284, 287 f., 307 f., 322, 329, 335, 340 f., 348, 353, 373, 377, 380 f., 392, 395 f., 398, 405, 410 f., 414, 417, 428, 440 ff., 449, 454 f., 457 ff., 468, 475 f., 480, 511, 512 f., 514, 539, 546, 555, 584.
Haymerle, Baron 99 f., 102—105, 119, 124, 126—129, 134 ff., 143, 145—148, 157, 164, 167 f., 170—176, 184, 194, 196 ff. 201—205, 213 f., 221 ff., 232 ff., 237 f., 239 ff., 242 f. 251, 260, 269 f., 273, 276, 308, 319, 365, 432, 434.
Helbig, Professor der Archäologie 227.
Herzen, Alexander 309.
Hirschfeld, von, deutsch. Diplomat 286, 320 f., 322, 331, 334, 341, 343, 584 f.
Hitrowo, russ. Diplomat 283 f., 305, 322, 539.
Hohenlohe, Fürst 22, 66, 76, 100, 106 f., 109, 138 ff., 142, 144, 147, 150, 152, 155 f., 161, 166 f., 169, 175, 187 ff., 208, 220, 227 ff., 231, 253 f., 278, 288, 297, 310 f., 326 f., 335, 361, 385, 393, 395, 409 f., 418 f., 421 ff., 458, 477, 545, 551, 556, 573 f.
Holnstein, bayr. Oberstallmeister 116.
Holstein, Friedrich von 50, 85, 156, 178, 185, 197, 284 f., 306 f., 421, 448, 519—522, 524, 541, 562, 577, 581.
Hoyos, Graf, österr. Diplomat 284.
Hübner, Frhr. von, österr. Diplomat 53.
Huhn, von, Journalist 395.
Hugo, Victor 141.
Humbert, König von Italien 226, 261, 265, 273, 281, 386, 395, 503, 575.

Ignatiew, Graf 34, 116, 217, 232, 235 ff., 239, 248, 259, 264, 279, 282, 303, 311 ff., 334, 366, 389, 448, 458, 532.
Ismael, Khedive 61, 63, 537, 553.
Iswolski, russ. Diplomat 497.

Jomini, Baron, russ. Diplomat 111, 114, 169 f., 197, 304, 461.

Kablé, elsäss. Abgeordneter 419.
Kaehler, General 449 f.
Kállay, Baron 167, 251, 269 ff., 272 ff., 275 f.
Kalnoky, Graf 126, 276 284, 292, 295 f., 302, 306 ff., 310 f., 317, 319 f., 321 323, 327 f., 338, 349, 365, 370, 377, 382, 386 bis 389, 395 f., 399 f., 407, 413—417, 426, 428 f., 431—434, 438 f., 441, 445, 448 f., 450, 462—467, 470 f., 488 ff., 494 bis 501, 506, 523—526, 528 f., 530, 532.
Kameke, General von, preuß. Kriegsminister 46, 247, 315.
Karageorgewitsch, Peter 427, 463.
Karl, König von Rumänien 133 f., 192 f., 223, 284, 404, 405, 416, 424, 428 f.,
Karl, Erzherzog 200.
Karl Anton, Fürst von Hohenzollern 192, 406 f., 428.
Károlyi, Graf, österr. Botschafter 36, 505.
Katharina II., Zarin 480.
Katkow, Journalist 304, 311, 366, 380 ff., 388 f., 411, 420, 426, 447.
Keudell, von, Botschafter 94, 101, 105, 121, 161 ff., 164, 187, 226 f., 251, 274, 279, 301, 387, 393, 397, 456, 476, 503, 552, 555, 575.
Konduriotis, griech. Diplomat 401, 407.
Konstantin, Großfürst 117.
Kuli Khan, Mirza, pers. Minister 491.

Launay, Graf de, ital. Botschafter 101, 272, 301 f., 318, 396, 398, 476.
Lavino, engl. Journalist 577.
Lehndorff, von, Generaladjutant 74, 86, 576.
Leo XIII., Papst 280 f.
Leopold II., König der Belgier 558.
Lerchenfeld, Graf, bayr. Diplomat 565.
Lignitz, von, Militärattaché 54 f., 195, 389, 411, 447, 532.
Limburg-Stirum, Graf 175 f., 178, 182, 189, 194 f., 210, 213, 215 f., 226, 240, 242.
Lindau, Rudolf, Pressereferent im AA. 93.

Lobanow, Fürst, russ. Botschafter 413, 455, 462, 466, 498.
Loris Melikow, Graf, russ. Minister 236.
Ludwig II., König von Bayern 116, 152, 255.
Ludwig XIV. von Frankreich 203.
Ludwig XV. von Frankreich 504.
Ludwig Philipp, König der Franzosen 452.

Mac Mahon, Marschall 58, 362.
Maffei, Graf, ital. Diplomat 164, 575.
Malet, Sir Edward 541, 543 f., 558.
Mancini, ital. Außenminister 226, 261, 272, 274, 275 f., 279 ff., 318, 348, 388 f. 394, 397 f., 420 ff., 429, 438, 456, 476 f., 503, 523, 539, 554 f.
Manteuffel, Feldmarschall von 69—76, 78, 123, 419, 572 ff.
Maria Alexandrowna, Zarin 165, 493, 532.
Maria Feodorowna, Zarin 257.
Maria Theresia, Kaiserin 175.
Menabrea, Graf, ital. Botschafter 369, 388.
Metternich, Fürst 147.
Milan, König von Serbien 319, 408, 417, 424, 434, 441.
Miljutin, Graf, russ. Kriegsminister 54, 74, 116 ff., 120, 122 f., 134, 148, 165, 191, 196 ff., 236, 247, 413, 468, 574 f., 581.
Moltke, Graf 37, 45 f., 54, 62, 78, 81, 118 ff. 123, 250, 378.
Monod, Gabriel, Historiker 480.
Montpensier, Herzog von 453.
Morier, Sir Robert 518.
Münster, Graf 76, 97, 109, 128, 138, 179, 185, 225, 255, 290, 294, 324, 338, 343 f., 369, 384, 392, 402, 404, 463, 477, 484, 494, 504 f., 509 ff., 516 f., 518 f., 535, 537 ff., 542 ff., 546—550, 552, 558 f., 594, 597.
Mukhtar Pascha, türk. Marschall 424, 433, 440, 442.
Murawiew, Graf, russ. Diplomat 554 f.

Napoleon I., 308.
Napoleon III. 23, 53, 362.
Nasir Ed-Din, Schah von Persien.
Nigra, Graf, ital. Diplomat 575.
Nikolaus, Fürst von Montenegro 307, 366, 426.
Nikolaus I., Zar 85, 139, 436.
Nikolaus (II.), Großfürstthronfolger 492.
Nizami, s. Ali Nizami.
Novikow, russ. Botschafter 215.

Oberdank, ital. Irredentist 387.
Obrutschew, russ. General 85, 103, 156, 247, 413, 447, 574 ff.
Orlow, Fürst, russ. Botschafter 111, 155, 312, 410, 458, 462, 471, 577 ff.
Oubril, von, russ. Botschafter 53, 115, 173, 197, 221.

Pallain, frz. Ministerialdirektor 386.
Palmerston, Lord 139.
Paris, Graf von 452 f.
Parnell 220.
Pasetti, Baron, österr. Diplomat 166.
Pauncefote, Sir Julian 384.
Pittié, frz. General 227 ff.
Plessen, Baron von, deutsch. Diplomat 438 f., 441, 447 f., 518.
Pobjedonoszew, Generalprokurator des Heiligen Synods 235, 304, 492 f.
Puttkamer, von, preuß. Innenminister 428.

Radolinski, Graf (Fürst Radolin) 208, 289.
Radowitz, Joseph von 67 ff., 74 f. 79, 101, 109, 111, 115, 118, 131 f., 140 f., 154 ff., 159, 189 f., 207 f., 217 f., 373, 401, 403 f., 407 f., 427, 433, 441, 449, 457 f., 525, 572 ff., 576, 581.
Radziwill, Fürst, Generaladjutant 320.
Rantzau, Graf Cuno zu 74 f., 115, 171, 173, 178, 197, 260, 356, 365, 370, 464, 467 f., 483.
Rechenberg, Freiherr von, Generalkonsul 413, 426.
Redern, Graf, deutsch. Diplomat 257, 259, 282, 366, 435.
Reschid Bey, türk. Diplomat 286 ff., 291, 296, 457.
Reuß, Prinz Heinrich VII. 67, 70, 101 f., 104 f., 108, 119, 128, 130, 135 f., 138, 143, 145 f., 147 f., 170, 173 f., 182, 184, 193 f., 196 ff., 201—203, 205 f., 208, 210, 213 f, 221 f., 223, 233 ff., 236 f., 239 ff., 242 f., 249, 251, 256, 260 ff., 276, 279, 292, 296, 308, 310 f., 353, 355, 371, 377 f. 380, 382, 389 f., 398 f., 403, 407, 411, 414 ff., 429, 438, 449 f., 455, 462, 466 f., 470, 489, 495—499, 505 f., 523, 532.
Richter, Eugen, Abgeordneter 220.
Ristitsch, serb. Ministerpräsident 194.
Robilant, Graf, ital. Botschafter 295, 523.
Rochefort, Henri de, Journalist 141, 159.
Rosebery, Lord 560 f.
Rotenhan, Frhr. von, deutsch. Diplomat 538.
Rottenburg, Chef der Reichskanzlei 403.
Rudolph, österr. Kronprinz 184, 200, 279, 386, 443.
Russell, Lord Odo (Lord Ampthill) 61, 98, 108, 182, 185, 189 f., 211, 213 f., 216, 268, 291, 294, 320, 334, 347, 403, 480, 502, 518, 540 f., 570, 572.

Saburow, von, russ. Botschafter 71, 79 f., 88, 94, 111, 115 f., 120 f., 123, 126, 144, 147, 150, 156, 165, 169 ff., 173 ff., 183, 194—197, 201, 203, 206, 210, 221 f., 232 f., 234 f., 237—240, 243, 247, 249 f., 259 f., 269 283, 307 f., 311, 322 338 f., 353, 364, 375 f., 388, 390, 399—411, 426 ff., 431, 448, 455 f., 458, 462 ff., 471, 490 f., 575, 580.
Sadullah Pascha, türk. Botschafter 335.
Said Pascha, türk. Großvezir 320, 441.
Saint-Vallier, Graf, frz. Botschafter 59, 61 f., 63, 77, 100 f., 106 f., 109, 119, 123 f., 143, 154 f., 187 f., 212, 222, 228 ff., 231, 252 f., 263, 278, 280, 299.
Salisbury, Lord 23, 43, 52, 63, 76, 96, 108, 109, 128 f., 150, 400, 430, 575.
Saurma, Graf, deutsch. Diplomat 63, 298 f., 336 f., 404 f.
Say, Léon, frz. Politiker 394, 424.
Schewitsch, russ. Diplomat 574.
Schlözer, Kurd von, Gesandter 280.
Schuwalow, Graf Peter 51, 116, 124, 173, 400, 472, 575.
Schweinitz, General von, Botschafter 34, 47, 53 f., 66 f., 111, 116 f., 119—123, 134, 142, 145, 156, 169 ff., 194, 196 f., 220, 223, 239 f., 248, 256 f., 263, 282, 309, 312 f., 381 f., 388, 390 f., 399, 412 f., 417, 431, 442, 447, 456, 461 ff., 468, 492, 496 ff., 500, 523, 531 f., 548, 552 f., 555, 560, 574.
Serrano, spanisch. Marschall 40 f.
Sinowiew, Abteilungsdirektor im russ. AA. 530.
Skobelew, russ. General 304, 308—315, 318 f., 389.
Statescu, rumän. Außenminister 284.
Stolberg, Graf zu 78, 80—82, 84, 112, 114, 118, 573.
Stratford Canning, Lord 214.
Stumm, von, deutsch. Diplomat 368.
Sturdza, Gregor, rumän. Politiker 133.
Swaine, engl. Militärattaché 456.
Széchenyi, Graf, österr. Botschafter 399.
Szeps, österreich. Journalist 279.
Szögyényi, Graf, österr. Diplomat 468.

Tautphöus, Frhr. von, bayr. Diplomat 449.
Tecchio, ital. Senatspräsident 503.
Tewfik, Khedive 63, 265, 325, 328, 334, 336, 537, 547 f., 555 ff.
Thibaudin, General, frz. Kriegsminister 385, 395, 419, 424.
Thielmann, Freiherr von, deutsch. Diplomat 556.
Thiers, Adolphe, Präsident der Republik 21.
Tissot, frz. Botschafter 141, 186, 215, 271, 395.
Tisza, Graf, ungar. Ministerpräsident 528, 595.
Todleben, Graf, russ. General 122.
Tolstoi, Graf, russ. Minister 389.
Trikupis, griech. Ministerpräsident 407.

Vega de Armijo, Marquis, spanisch. Außenminister 444.
Veil-Picard, Bankier 279.
Viktor Emanuel II., König von Italien 38.
Viktoria, Königin von England 41, 97, 438 f., 451 f., 493, 531 f.
Viktoria, Kronprinzessin 97, 141, 492, 518, 531 f.
Viktoria, Prinzessin von Preußen 493, 531.
Villaume, von, Militärattaché 251, 538.
Virchow, Rudolf, Professor, Abgeordneter 220.

Waddington, frz. Ministerpräsident 58 f., 66, 76, 78, 99, 105 f., 121, 154, 186, 396 ff., 511, 543 ff., 563, 573 ff.
Waldeck-Rousseau, frz. Minister 394.
Waldersee, Graf, Generalquartiermeister 378 ff., 437, 456 ff., 593.
Wales, Prinz von, s. Eduard.
Walujew, Graf, russ. Finanzminister 115 f.
Wannowski, General, russ. Kriegsminister 247.
Wedel, Graf, Militärattaché 457, 469.
Werder, von, General 44, 53, 156, 257 ff., 263, 455, 575, 581.
Werthern, Frhr. von, Gesandter 392.
Wesdehlen, Graf, deutsch. Diplomat 63, 133, 193, 224, 284.
Wettendorff, türk. Unterstaatssekretär 457.
Wilhelm I., Kaiser 26, 33, 35, 37, 46 f., 48, 57, 66—86, 88, 94, 97, 99, 111, 113 ff., 121, 123, 129, 131 ff., 135, 138, 141 f., 147 f., 153, 156, 161 ff., 177 ff., 182, 184 f., 189—193, 197 f., 201 f., 204 ff., 207, 217, 219, 222, 224, 227 f., 231 f., 243, 256 bis 263, 275, 282 f., 302, 308 ff., 312 bis 314, 332, 340, 342 f., 346, 348, 352, 362, 364, 370, 376, 379 f., 387 ff., 392, 403 ff., 411 f., 413 f., 428 f., 431, 435, 437, 443 ff., 448, 451 ff., 455, 460 f., 468, f., 487, 492 ff., 500, 508, 514, 522 f., 524, 528, 531 f. 534 ff., 538, 559 ff., 572, 575 f., 588.
Wilhelm (II.), Prinz von Preußen 50, 200, 443, 449, 496.
Wimpffen, Graf, österr. Botschafter 276.
Windischgraetz, Fürst, österr. General 523.
Wladimir, Großfürst 310.
Wolkenstein, Graf, österr. Botschafter 416 f., 524.

Heinrich von zur Mühlen

Entstehung und Sippengefüge der britischen Oligarchie

198 Seiten. Kartoniert 7.20 RM.

„Nur selten haben Werke so gründlicher Einzelforschung zugleich den Wert einer Aufklärung wie dieses, von dem man wohl ohne Übertreibung sagen darf, daß es zu den bedeutsamsten Forschungsarbeiten der jüngsten Zeit gehört, da es wissenschaftliche Bestätigungen erbringt über den Aufbau eines Systems, das als Plutokratie den sozialen Aufgaben der Gegenwart nicht gewachsen sein kann."

National-Zeitung, Essen.

Friedrich Berber

Deutschland-England 1933/1939

Die Dokumente des deutschen Friedenswillens

3. Auflage. 250 Seiten. Leinen 4.90 RM.

„Diese Sammlung führt den Leser durch sachlich geschickte und begrenzte Auswahl und durch streng eingehaltene chronologische Reihenfolge mitten in die erregte Auseinandersetzung um Krieg und Frieden ein. — Das Werk ist im hohen Umfang geeignet, im deutschen Volk zu einer nicht nur auf Nachrede beruhenden politischen Urteilsbildung beizutragen."

Königsberger Allgemeine Zeitung.

Herman Harris Aall

Weltherrschaft und die Rechtlosigkeit der Meere

117 Seiten. Leinen 4.50 RM.

„Aall verweist auf die von England bewußt offengehaltene Lücke in den zwischenstaatlichen Bindungen, deren Vorhandensein die Tatsache der britischen Weltherrschaft im Kern erklärt. Dieser umfassende Nachweis der permanenten englischen Kriegsschuld ist ein prachtvolles Dokument innerer und äußerer Unabhängigkeit eines fanatisch für Wahrheit und Recht eintretenden Gelehrten, für den es nur das Gesetz der Erkenntnis der wahren Zusammenhänge gibt."

Stuttgarter Neues Tageblatt.

Essener Verlagsanstalt G. m. b. H., Essen

Gerhard Baumann

Grundlagen und Praxis der internationalen Propaganda

280 Seiten. Kartoniert 4.20 RM.

„Mit zahlreichen Einzelheiten belegt der Verfasser vor allem die englische Propaganda im Weltkriege und heute mit dem Ziel der Vernichtung des geistigen Widerstandszentrums Deutschlands unter besonderer Berücksichtigung der Lügen- und Greuelpropaganda. Die Ursache für den Mißerfolg der britischen Propaganda in diesem Krieg sieht der Verfasser mit Recht z. T. in der Unkenntnis der deutschen geistigen Haltung und vor allem in der Kraft der nationalsozialistischen Weltanschauung."

National-Zeitung Essen.

Heinrich Dietz

Agitation und Massenhysterie in England

188 Seiten. Leinen 4.80 RM.

„Heinrich Dietz hat uns als erster gelehrt, die britischen Propagandamethoden in ihrer historischen Entwicklung zu sehen. Er war daher dazu berufen, der allgemeinen Öffentlichkeit die Erkenntnisse in Buchform vorzutragen, die er der Fachwelt in zahlreichen Aufsätzen mitgeteilt hatte. Der Verfasser hat sehr frühzeitig erkannt, welche Bedeutung in England der politischen Rede als Instrument zur Beherrschung der Massen zukommt. Er entwirft jeweils ein lebendiges Bild von den Meistern der politischen Rede, vom 16. Jahrhundert bis zur Gegenwart. Dieses Werk ist eines der bestinformierten, auf solider Forschung beruhenden Englandbücher unserer Tage."

Zeitschrift für neusprachlichen Unterricht.

Matthias Schwabe

Die französische Schule im Dienste der Völkerverhetzung

82 Seiten. Kartoniert 1.80 RM.

„Eine höchst aufschlußreiche und dringlich interessante Broschüre ist diese Arbeit. An Hand zahlreicher Zitate wird nachgewiesen, daß die führenden Cliquen Frankreichs seit Jahrzehnten systematisch die unbefangene Bevölkerung schon von klein auf verhetzen und blind machen für die Wirklichkeit. Diese bewußte Blindhaltung junger Generationen zu erkennen, ist trostlos und deprimierend, zugleich wird aber auch damit die große Aufgabe gestellt, für eine neue freiere Zukunft der völkischen Beziehungen zu kämpfen."

Wille und Macht, Berlin.

Essener Verlagsanstalt G. m. b. H., Essen

Max Hildebert Boehm

Deutschösterreichs Wanderschaft und Heimkehr

247 Seiten. Kartoniert 3.20 RM.

„Professor Boehm hat in seiner Schrift sowohl die Wärme eines persönlichen Glücks über die Heimkehr einströmen lassen, wie auch die in langjähriger Volkstumsarbeit und geschichtlichen Studien erwachsenen Erkenntnisse eingearbeitet.— Der Weg des ostmärkischen Deutschtums erfährt in diesem Büchlein eine abgerundete und ausgereifte Schilderung."

Monatshefte für Auswärtige Politik.

Friedrich Berber

Europäische Politik 1933/1938 im Spiegel der Prager Akten

2. Auflage. 135 Seiten. Pappband 6.20 RM.

„Die ausgezeichnete Auswahl der vorliegenden Dokumente, die wie die antike Tragödie das Schicksal aus dem Bericht der Boten reden läßt, zeigt mit dramatischer Spannung das Hineingleiten Europas in den Krieg, das Durcheinander der treibenden und hemmenden Kräfte, den Kampf von Einsicht, Schwäche und List, die glaubt, dem Kriegsgott Zeit abgewinnen zu können."

XX. Jahrhundert.

Axel Freiherr von Freytagh-Loringhoven

Kriegsausbruch und Kriegsschuld 1939

115 Seiten. Kartoniert 2.80 RM.

„Diese Schrift stellt die Ereignisse, die zum Ausbruch des Krieges geführt haben, zusammenfassend dar und untersucht die Frage der rechtlichen und sittlichen Kriegsschuld, wobei sie sich auf die von den kriegsführenden Mächten veröffentlichten Farbbücher stützt. In ebenso unvoreingenommener, die fetsstehenden Tatsachen mit klarem Blick würdigender und die Schlußfolgerungen unangreifbar ziehender Weise hat der Verfasser es verstanden, eine erschöpfende Darstellung zu geben und ein lebendiges Bild über die Vorgänge zu entrollen, die den Krieg heraufbeschworen haben."

Deutsches Recht.

Essener Verlagsanstalt G. m. b. H., Essen

Carl Düssel

Europa und die Achse

2. Auflage. 125 Seiten. Kartoniert 2.80 RM.

„Die knappe, klare Analyse Carl Düssels kommt zum entscheidenden Kampf zwischen dem Kontinent und England eben zurecht. Auf kleinem Raum ein großes Material zusammenfassend, zeigt Düssel den Aufbau der englischen Weltherrschaft auf Unkosten Europas und den Umschwung durch die deutsch-italienische Politik. Die kleine Schrift von erstaunlicher Konzentration ist aber mehr als Untersuchung. Sie ist Programm für das neue Europa."

XX. Jahrhundert.

Italien-Jahrbuch

Band 1 = 1938, Band 2 = 1939, Band 3 = 1940

Herausgegeben vom Deutsch-Italienischen Kulturinstitut, Petrarca-Haus, Köln

Je rund 500 Seiten. Leinen je 18.— RM.

„Hier tritt ein Organ ins Leben, das sich dem neuen Italien widmet. die zahlreichen Zweige seines Aufbaues, seine vielgestaltigen Leistungen sichtet, darstellt und den Deutschen zugänglich macht. Auch die Vielfalt der deutsch-italienischen Beziehungen erfährt eine besonders eingehende Berücksichtigung. Diese umfassende Jahresschau ist voll von Anregungen, neuen Gesichtspunkten und guten Einfällen, die wie fruchtbare Körner in sauber abgesteckten Feldern eingestreut und verborgen liegen."

Frankfurter Zeitung.

Walter Truckenbrodt

Deutschland und der Völkerbund

220 Seiten. Leinen 7.80 RM.

„Da man auch in diesem Kriege Deutschland wieder die Kriegsschuld aufbürden will, ist es von höchster Wichtigkeit, die deutsch-feindliche Einstellung und die deutschfeindlichen Bestrebungen der Liga der Nationen in der Zwischenkriegsepoche von 1919 bis 1939 klar herauszustellen und den Nachweis zu führen, daß der Völkerbund ein Glied darstellte in der Kette der systematischen Vorbereitungen zu einem neuen Überfall auf Deutschland. Truckenbrodt weist eindeutig nach, daß nicht ein einziges deutsches politisches Problem, auf dessen Erledigung Deutschland vor dem Völkerbundsrat drängte, eine gerechte und unparteiische Lösung gefunden hat."

Weltkriegsbücherei.

Essener Verlagsanstalt G. m. b. H., Essen

Fritz Ibrügger

Die Lüge geht um die Welt

Das Buch will den Abgrund, den der planvolle Einsatz der Lüge als Mittel zur Völkerverhetzung für die Menschheit bedeutet, in seiner ganzen Größe aufzeigen. Es will dazu erziehen, in den Organisatoren dieses Einsatzes und in ihren Auftraggebern das zu sehen, was sie wirklich sind: Verbrecher an der Menschheit und Verräter an allem, was ihr heilig sein sollte.

Friedrich Schönemann

Die Vereinigten Staaten von Amerika

2 Bände, insgesamt 894 Seiten. Leinen 21.60 RM.

„Sind Amerikabücher meist Ereignisse von Reisen, auf denen oft nur Einblick in diesen oder jenen Ausschnitt der angetroffenen neuen Welt gewonnen werden konnte, so begrüßen wir in der vorliegenden Arbeit das deutsche Standardwerk über die Vereinigten Staaten. Der Verfasser hat Jahre hindurch drüben gelebt und gewirkt (an der Harvard-Universität) und will historisch-kritisch das Werden der Vereinigten Staaten von Amerika verfolgen, um ihrem Sein gerecht werden zu können."

Europäische Revue.

Eugen Lahr

Französische Kriegszielpropaganda am Ende des Weltkrieges

178 Seiten. Kartoniert 4.50 RM.

Die vorliegende Arbeit zeigt, wie in geschickter, aber skrupelloser Weise französische Presse, Publizistik und Diplomatie zusammenarbeiteten, um dem imperialistischen Ziele Frankreichs, die offensichtlich den von Frankreich in den Vorfriedensverhandlungen angenommenen Grundsätzen widersprachen, zum Siege zu verhelfen unter Anwendung immer neuer Verbrämung der Schlagworte „Demokratie" und „Selbstbestimmungsrecht der Völker". Dieses Buch ist im Hinblick auf die großzügige Haltung, die das nationalsozialistische Deutschland dem nun besiegten Frankreich gegenüber einnimmt, ein Werk, das jeder lesen muß, der sich für das deutsch-französische Verhältnis interessiert.

Essener Verlagsanstalt G. m. b. H., Essen

BIBLIOTEKA NAUKOWA WAP
39557/I/2